

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

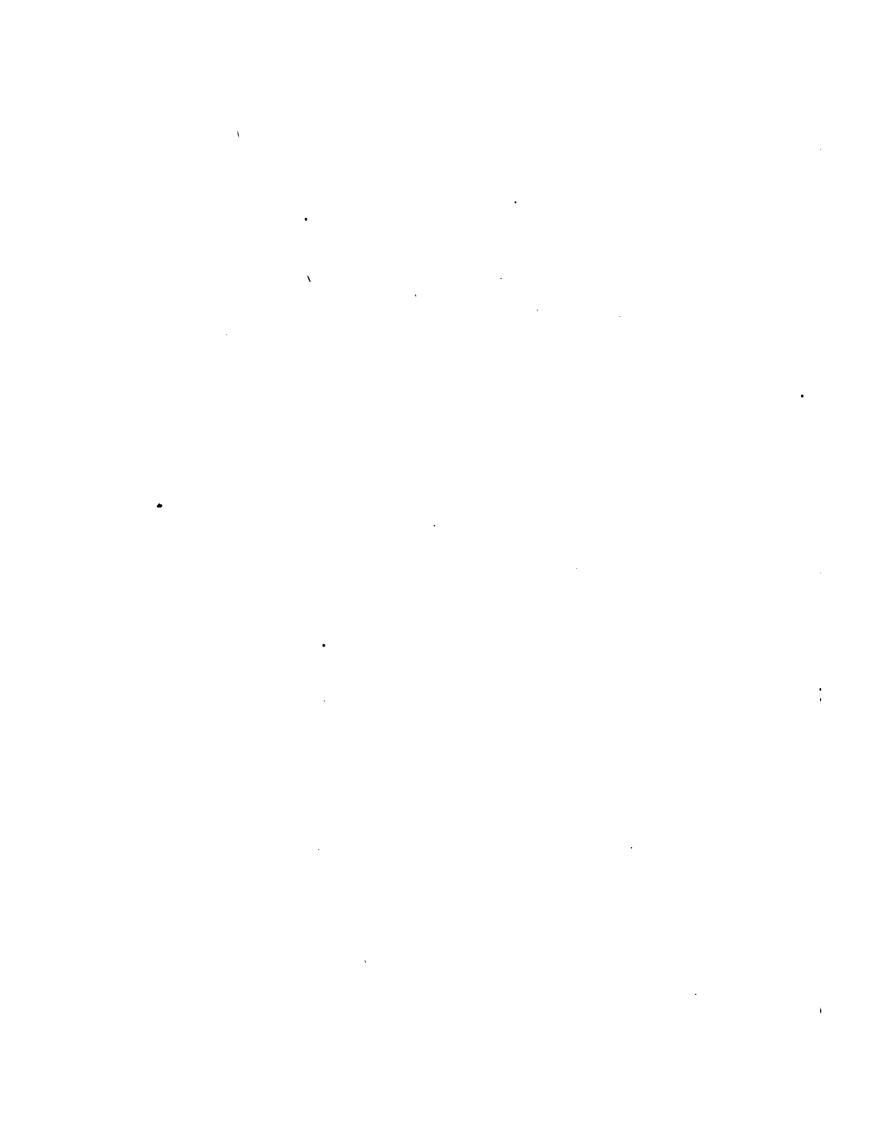
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.



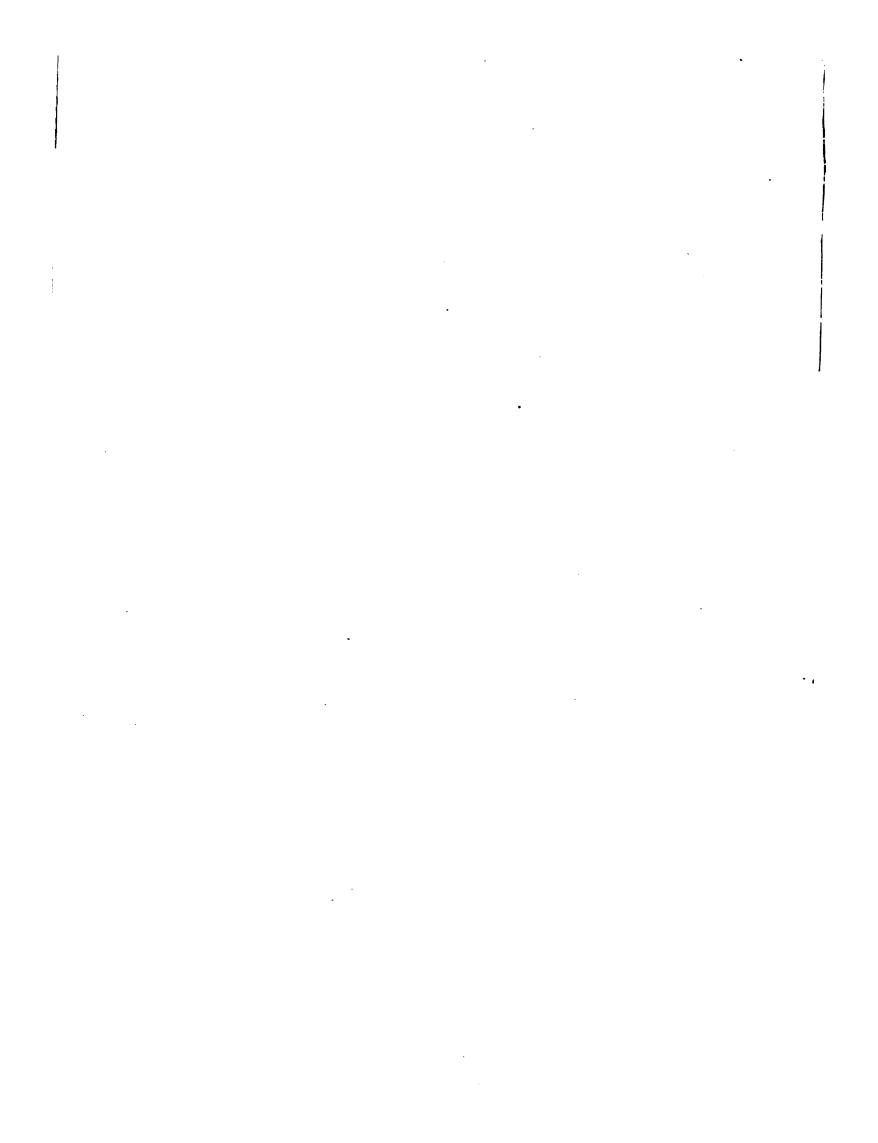




88 Jan 1216. • , -



·					
	·				
				·	
		•			
				·	
,					
1				•	



Internationales Sheschließungsrecht.

(Aufzeichnungen betreffend die Chefdliebung von Ausländern in der Schweis.)



In Betreff ber auf Seite 85 gemachten Anregung gur

Errichtung einer internationalen Centralftelle für das Chewesen

wird auf folgende Auffape verwiesen :

- Internationales Chefciliefungswesen. Separatabbrud aus bem ju Bern ericheinenden Tagesblatte "Der Bund"
 1884 Rr. 43, 44 u. 45.
- Des mariages contractés en pays étranger, par F. NESSI, avocat. In dem ju Laufanne erscheinenden Journal des Tribunaux 1883, Nos 39-42.
- D'un projet de règlement international en matière de mariage, par ERNEST LEHE, Docteur en droit, Avocat consultant de l'Ambassade de France en Suisse. In dem ju Paris, unter der Ceitung des Germ Ed. Clunet, erspeinenden Journal du Droit international privé 1884, p. 49 ss.
- D'un cas où des étrangers mariés en Suisse ne peuvent obtenir ni la reconnaissance de leur mariage dans leur pays d'origine ni la rupture du lien conjugal dans le lieu de la célébration, par E. Lehe, Conseil de l'Ambassade de France en Suisse, ancien Professeur de Législation comparée. L. c. 1884, p. 483 ss.

Internationales Cheschließungsrecht

in Form von

Aufzeichnungen

betreffenb

die Eheschließung von Ausländern in der Schweiz.



Als Anleitung für die fameizerifden Civilftandsbeamten

bearbeitet von

A. Garnier, gew. Civilfiandsbeamter des Kreises Gern.



Zern, Buchdruderei C. W. Arebs 1884. Alle Recite für bas Gange und Die einzelnen Theile vorbehalten. Der Berfaffer.

Dur Berichtigung der auf Zeite 14 (Abschn. V) und Zeite 21 (Beil. B) gemachten Angaben betreffend die Chescheidung in Frankreich.

Das nene Chescheidungsgeset Frankreichs.

Durch das Gejet über die Ehescheidung vom 27. Juli 1884 [Journal officiel 1884, No 206 p. 4041] find Die Boridriften des Code civil (Tit. VI), welche bas - nunmehr aufgehobene - Befet vom 8. Dai 1816 aufer Rraft gefett hatte, wieder hergeftellt worden. Ausgenommen bon Diefer Bieberherftellung bleiben die Art. 283, 275 bis 294, 297 u. 305, welche bie Cheicheibung auf Grund "gegenfeitiger Einwilligung" (consentement mutuel) ber Ebegatten in die Auflojung ihrer Che betreffen, jowie die Art. 308 u. 309, welche fich auf die mit der Scheidung berbundene Bestrafung der ehebrecherischen Frau beziehen. Außerdem wurden bie Art. 230, 232, 234, 235, 261, 263, 295, 296, 298, 299, 306, 307 u. 310 gewiffen Abanderungen unterworfen. So namentlich fiel in Art. 230 bie Befchrantung weg, wonach die Scheidungstlage der Frau wegen Chebruchs des Dannes hur dann julaffig war, wenn der Rann feine Rontubine in b'er gemeinschaftlichen Bohnung gehalten hatte. Beiterhin wurde ber Art. 295, welcher bie Bieberverheirathung gefchiedener Ehegatten miteinander unbedingt verbietet, dahin abgeandert, bag fic bie gefchiebenen Chegatten uur in bem Falle nicht miteinander wiederverheirathen tonnen, wenn fie nach ihrer Scheibung eine anderweitige Che eingegangen hatten und biefe Che abermals burch Scheibung getrennt worden ift. Die fibrigen Abanderungen find meiftens nur redattioneller Ratur; abgefeben bon einzelner Bufanen, welche mitunter auf die Tragweite ber biedurch modificirten Beffimmung einen nicht unbedeutenben Einfluß ausüben. Beispielsweise sei erwähnt, daß in die Art. 232 und 261 das Wort «afflictive» eingeschaltet wurde [pelme afflictive et infamante]; bamit foll namlich ausgebrudt fein, bag Berbannung und Entziehung ber bargerlichen Chrenrechte (degradation civique), welche Strafen, im Allgemeinen, einen politifchen und vorübergebenben Charafter haben, die Chefdeibungsflage nicht begründen tonnen.

Auszug aus dem Code civil,

enthaltend die einschlagenden Bestimmungen biefes Sefetbuches unter Berudfichtigung ber in Folge des Chescheidungsgesets vom 27. Juli 1884 eingetretenen Aenderungen.

VI. Gitel. (Bon der Chescheidung.)

1. Rapitel. (Bon ben Chefcheibungsgründen.)

Art. 229 u. 230. Gin Gattentheil [ber Mann, bie Frau] tann wegen Chebruch 82bes ansbern [feiner Frau, ihres Mannes] auf Chescheibung klagen.

Art. 231. Beiberseits fönnen die Ehegatten auf Chescheidung klagen wegen Excesse seine [excès, Nachstellungen nach dem Leben], Sabitien [sevices, harter Mißhandlungen], oder schwerer Injurien [injures graves, grober Beleidigungen, tiefer Chrenkrankungen] bes einen gegen den andern.

Als «injures graves» betractet man, je nach den begleitenden Umständen, die böswillige Berlassung und die Gewohnheitssauft zerei, sowie überhaupt verschiedene Bründe, deren Annahme in das freie Ermessen des Richters gestellt ist. (Bgl. diesbezigslich die Urtheile der belgischen Gerichtshöfe in der « Pasicrisie belge» — Recueil genéral de la jurisprudence des Cours et tribunaux de Belgique.)

Art. 232. Die Berurtheilung eines ber Chegatten zu einer Leibes - (peinlichen Freiheits-) und entehrenden Strafe [peine afflictive et infamante] bilbet für ben andern Chegatten einen Grund zur Scheidung. (Bgl. Art. 261.)

Als « peines afflictives et infamantes » — b. h. als Rriminalftrafen, welche ben doppelten Charafter ber

Beibes- (Freiheits-) und ber Ehrenftrafen haben, — gelten nach Art. 7 bes Code penal: 10 bie Tobes-ftrafe, 20 leben slängliche ichwere Zucht-haus ftrafe [travaux forces, Zwangsarbeiten]. 30 Deportation, 40 ichwere Zuchthaus-frafe [travaux forces] auf bestimmte Zeit, 50 Festungsbaft, 60 Reflusion (Zuchthaus-ftrafe milberer Art).

Blos entehrende Rriminalstrafen [peines infamantes seulement] dagegen find — laut Art. 8 bes Code penal: die Berbannung und die Entziehung der burgerlichen Schrenrechte [degradation civique]. Das französische Recht stellt nämlich die Chrenftrafen als Saupt-, nicht nur als Rebenstrafen hin — b. nicht als die Folgen anderweiter, in erster Linie erkannter

Strafen.

Segen den in contumaciam Berurtheileten kann, während 20 Jahren — von dem Datum des gerichtlichen Erkenntnisses an gerechnet — eine Chescheichigen der Grenntnisses an gerechnet — eine Cheschen, und zwar deshald nicht, weil (gemäß Art. 261 des Cocle civil) zur Anstellung einer solchen Klage der Rachweis erforderlich ist, daß das betressende Strafurtheil keinem gesetlichen Rechtszug mehr unterliege. Dieser Rachweis kann aber bei einem in contumaciam erlassenen Urtheile, welches auf eine Strafe der dezeichneten Art lautet, nicht erbracht werden, da die Abanderung eines solchen Urtheils während einer Frist von 20 Jahren, falls der Berurtheilte innert derselben der Gericht erscheint, stetsfort möglich ist. (Bgl. d. Entschebs franz Rassactionshoses, Kriminal-Abth, v. 17. Juni 1313; Sirey, coll. nouv. 4, 1, 372.)

2. Rap. (Bon dem Berfahren bei ber Chefcheibung.)

1. Abichnitt. (Bon ber Form ber Cheicheibung.)

Art. 234. Die Chescheibungstlage fann nur bei bem Gerichte bes Bohnfiges ber Chegatten [tribunal de l'arrondissement dans lequel les époux auront leur domicile]

angebracht werben.

Urt. 258. Nach stattgehabter Eröffnung bes Endurtheils [jugement definitif], welches bie Ehescheidung julaßt, ift ber Rlager ermächtigt, sich ju bem Civilstanbsbeamten ju verfügen, um burch lettern bie Chescheidung aussprechen ju laffen. (Ral. Art. 268)

ausfprechen zu lassen. (Bgl. Art. 263.)
Art. 261. Wird die Gbescheidung aus dem Grunde nachgesucht, weil einer der Ebegatten zu einer Lei bes. (peinlichen Freiheits.) und en tehren den Strafe (vgl. Art 232) verurtheilt worden ist, so bestehen die Förmliche keiten, die alsdann zu beobachten sind, einzig darin, daß man bet dem Gerichte erster Instanzeine in gehöriger Form geschehene Ausfertigung des Strafurtheils sammt einem Zeugnisse des Gerichts fammt einem Zeugnisse, worin erklärt wird, daß dieses Urtheil seinzeicht, worin erklärt wird, daß dieses Urtheil seinzeicht, morin erklärt wird, daß dieses Urtheil seinzeicht, worin erklärt wird, daß dieses Urtheil seinzeicht mehr abgeändert werden könne. Das Zeugniß des Gerichtsschreibers soll von dem Generalprokurator oder dem Prokurator der Republik bib im irt sein.

Art. 263. Die Berufung ist nur insofern zuläßig, als sie binnen zwei Monaten, von dem Tage der Zustellung des contraditiorischen oder des Contumacialurtheils an gerechnet, eingelegt worden ist. Die Frist zur Ergreifung des Rekurses an den Rassationshof wider ein Urtheil ist ebenfalls eine zweimonatliche und wird ebenfalls von dem Tage der Zustellung an gerechnet. Der Rekurs dat aufschieben de Wirtung.

Art. 264. Bermöge eines jeben Urtheils, bas in bem letten Rechtszug ergangen ober rechtstätig geworden ift und die Chescheidung gestattet, soll ber Chezatte, ber es erwirkt hat, verbunden sein, innert einer Frist von zwei Monaten, nach vorhergegangener gehöriger Borladung des andern Theiles, sich vor dem Civilstandsbeamten zustellen, um die Chescheidung aussprechen zu ftellen, um die Chescheidung aussprechen zu

laffen.

Art. 265. Diese zwei Monate beginnen bei Urtbeilen erster Instanz mit dem Ablaufe der Berufungsfrist, bei Contumacialerkenntnissen der Appellationsinstanz mit dem Ablaufe der Oppositionsfrist und bei contradiktorischen Urtbeilen letten Instanzenzuges mit dem Ablaufe der für den Kassationsresurs anberaumten Frist.

Art. 266. Der Chegatte, ber als Rläger aufgetreten war, und binnen ber hievor bestimmten Frist von zwei Monaten versaumt hat, ben andern Chegatten vor den Civilsstands beamten zu laden, soll ber Bortheile des erlangten Urtheils verlustig sein und seine Chesche dei dung flage nicht wieder anstellen konnen, es set benn aus einem neuen Grunde, in welchem Falle er immerhin die frühern Grunde wieder geltend machen kann.

3. Abidnitt (Bon ben Ginreben ber Ungulaffigteit miber Chefcheibungsflagen.)

Art. 272. Die Chescheibungeflage erlischt burch die Ausschnung ber Chegatten, gleichviel erfolge biese nach ben Begebenheiten, welche jur Rlage berechtigen konnten ober nach

bereits angestellter Rlage.

Das bloße Zusammenwohnen ber beiben Ehegatten nach erlangter Renntnis von ber Thatsache bes Ehebruchs, ohne daß diese Zujammenwohnen von Umftänden begleitet wäre, welche auf eine Berzeih ung schließen lassen, genigt nicht, um eine Berschung im Sinne des Gesets anzunehmen und infolge dessen die Shescheidelbungstlage als erloschen zu betrachten. (Ertenntnis des Gerichtshofes v. Bordeaux vom 9. Fruktidor Jahr XII: Sirey, coll. nouv. 1, 2, 219; Entscheid des französischen Kastationshofes v. 4. April 1808: Sirey, coll. nouv. 2, 1, 508.) — Der Beweis der Berschung kann immerhin aus dem

Umftande hergeleitet werden, daß die Frau, welche ihren Chemann verlaffen hatte, hernach bas Bufammenleben mit letterm wieder aufgenommen und mahrend etwa eines Jahres fortgefest hat. (Ertenntnigdes Berichtshofes v. Miom, v. 18. Rivos Jahr XII:

Sirey, coll. nouv. 1, 2, 171.) Art. 273. Im einen wie im andern Fall foll bie Rlage für unzuläßig erklärt werben. Immerhin steht bem Rlager bas Recht zu, wegen eines feit ber Bieber: verföhnung eingetretenen Grundes eine neue Rlage anzustellen und hiebei, um bas neue Befuch zu unterftugen, von ben frühern Brunden Bebrauch ju machen.

4. Rap. (Bon ben Birfungen ber Chefcheibung.)

Art. 295. Gefchiebene Chegatten fonnen fich nicht mehr mit einander verebelichen, wenn ber eine oder andere Theil nach der Chescheidung eine neue Che eingegangen bat und diefer Chefoliegung eine abermalige Scheidung gefolgt ift. 3m Falle einer Wiebervereinigung gefchiebener Chegatten wird die Bornahme einer neuen Trauung erfordert.

Die fich wiedervereinigenden Cheleute find an bie urfprungliche Regelung ihrer guterrechtlichen Berhaltniffe gebunden. [Les époux ne pourront adopter un régime matrimonial autre que celui qui

réglait originairement leur union.]

Befchiedene, welche fich miteinander wiederverebelicht haben, tonnen eine neue Chescheibungstlage nicht anstellen, aus welchem Grunde es immer fei, außer bemjenigen einer gegen ben einen von ihnen feit ihrer Biedervereinigung erfolgten Berur = theilung queiner Leibes : (peinlichen Freiheite.) und entehrenden Strafe.

Art. 296. Die geschiebene Frau barf erft nach Ablauf von zehn Monaten feit ber endgültig geworbenen Chefcheibung [après que le divorce sera devenu définitif]

pich wieberverehelichen. Das Berbot einer Wiederberheirathung vor Ablauf der gesetlich bestimmten zehnmonatlichen Frist hat, als zur öffentlichen Rechtsordnung gehörend, zwingenden Charatter für jede Frau überhaupt, und ist sonach auch für die im Auslande geschiedene Auslanderin felbst dann verbindlich, wenn das im Geimatstaate der lettern geltende Recht ihr diese Wartefrift nicht auf-eriegt. (Extenninis des Pariser Gerichtshoses b. 13. Febr. 1872; Dalloz, 1878, 11, 160.) Art. 298. 3m Falle ber wegen Chebruchs

gerichtlich zugelaffenen Scheidung fann ber fculbige Chegatte fich niemals mit feinem Dit-

fouldigen verheirathen.

Laut Entigeib bes Berichtshofes von Bruffel vom

14. Mär; 1865 (Pasicrisie belge 1865, 2, 103) wird immerhin der Staatsan walt ich aft die Befugnig abgesprochen, eine entgegen der Bestimmung des Art. 298 zu Stande gekommene Ehe an zu fechten, und zwar insbesondere aus dem Grunde, weil der Code civil nirgends ber Staatsanwalticaft biefe Befugnig ausbrudlich einraumt.

Bas ben Familiennamen ber gefchiebenen Frau anbelangt, so ergibt fich aus ben Berhandlungen ber frangofischen Deputirtentammer bei Berathung bes porliegenden Bejeges (Sigungen bom 15. und 17. Juni 1982), daß der Gejetgeber Die Entideibung barüber, ob Die geschiedene Frau ben Familiennamen bes Mannes weiterbin führen burfe, ober ob fie ihren im ledigen Stande geführten Familiennamen wieder anzunehmen habe, in das freie Ermeffen des Richters ftellt. Jedenfalls gilt als Regel, daß der geschiedenen Chefrau in authentischen Urfunden, unter allen Umftanden, ihr ursprünglicher Name beigelegt wird.

5. Rap. (Bon ber Trennung von Tifd und Bett.)

Art. 306. In Fallen, in welchen eine Rlage auf Chescheibung begrundet ift, fteht es ben Chegatten frei, (ftatt bie Scheidung bem Bande nach) die bloße Trennung von Tisch und Bett nachzusuchen.

Art. 310, Abs. 1. hat die Trennung von Tifch und Bett brei Jahre fortgebauert, fo tann auf Antrag eines ber Chegatten bas Erennungsurtheil in ein Scheis bungsurtheil umgewandelt merden.

Gemaß Art. 4 ("Uebergangsbeftimmungen") bes Che-icheidungsgefetes vom 27. Juli 1884 tonnen bie bor ber bffentlichen Rundmachung [Promulgation] Diefes Gefeges anbangig gemachten Rlagen, welche auf Erennung von Tijd und Bettlauten, in Cheideidungstlagen umgemanbelt wer-ben. Diefe Umwandlung fann felbft in ber Berufungsinstand [Cour d'appel] nachgesucht werden. Ebenfalls tönnen die vor der Promulgation diese Geseges endgültig gewordenen Urtheile, welche auf beständige Trennung von Tisch und Bett lauten, — in dem in Art. 310 vorgesehenen Falle — in Ehescheidungs urtheile umgewandelt

Der bem Art. 812 bes Code civil (Tit. VII) burch bas Gefet vom 6. Dezember 1850 beigefügte § wird in Art. 2 bes Chescheidungsgefetes vom 27. Juli 1884 auf die Chescheidung ausgedehnt und erhält folgende Fassung: "Im Falle eines Urtheils oder auch einer bloßen Alage, sei es auf Erennung von Tisch und Bett, bleibt dem Chemann unbenommen, das dreibund bert Tage, nach bem Richterinruch bundert Tage nach bem Richterspruch, burd welchen der Ehefrau, gesonbert bom Ehemann ju leben, gestattet wurde, und vor Ablauf von hundert und adtzig Tagen seit der definitiven Bermerfung ber Rlage ober ber Wieber-berfohnung geborene Rind filt das feinige nicht anzuerkennen. Die Rlage auf Richtanerkennung ift indessen nicht zuläßig, falls eine that jächliche Bieberbereinigung ber Chegatten flattgefunden bat.

Siteratur. Code annoté du Divorce, par M. Botton et A. Lebon; Paris 1884, Rousseau.

Citiete Berte.

- Bishop. Siehe S. 137 ("Quellen und Literatur").

 Botton (Max) & Lebon (André) . Siehe S. vij.

 Collier Arthur Siehe S. 21 (Andrea II : Mei-
- Collier, Arthur . Siehe S. 21 (Anhang II : Beilage A, Schluß).
- Dernburg, Dr. heinrich, Professor ber Rechte an ber Universität Berlin. — Lehrbuch bes preuß. Bribatrechts und der Privatrechtsnormenbes Reichs. Gallea. S., 1881. [Bb. III.]
- Drebing. Siehe S. 137 (, Quellen u. Literatur*).
- v. Eriden, A. . Erforderniffe, Form u. Beurtundung ber Chefoliegung. 2. Aufl.; Berlin 1883, Gugen Groffer.
- Ernst. Siehe S. 111 (, Großbritannien" : Literatur).
- Fœlix Traité de droit international privé. (Appendice: Des mariages contractés en pays étranger). Quatrième édition, par Ch. Demangeat. Paris, 1866.
- Glasson, Dr. Ernest, Professor ber Recht zu Baris.
 -- Le Mariage civil et le Divorce. 2 ième édit.; Paris 1820, Pedone-Lauriel.
- Grinwalb. Siehe S. 66 ("Ungarn": Literatur).
- Daemmerle. Siehe S. 58 ("Quellen").
- Hammick. Siehe S. 111 ("Großbritannien": Literat.).
- Dandbuch für die ich weizerischen Civilftands beamten. — herausgegeben vom schweizerischen Bepartement bes Innern. Bern, 1881.
- Sinschins, Dr. Baul, Professor ber Rechte an ber Universität Berlin. — Das Reichsgeset über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung bom 6. Februar 1875. Mit Romment'ar in Anmerkungen. 2. Aust.; Berlin 1876, J. Guttentag (D. Collin).
- König, Dr. Karl Gustav, Professor ber Rechte an der Universität Bern. — Civilgesetzuch für den Kanton Bern. Mit Kommentar, Bd. I; Bern 1879, G. Frobeen [K. J. Wyk]. Bgl. S. VIII (Rote zu Art. 27), S. XXIV (Zujak) und S. 224 (Beil. Nr. 1).
- Lehr, Dr. Ernest, Avocat consultant de l'Ambassade de France en Suisse. — Eléments de droit civil russe; Paris, 1877. Bgl. 6. 57 (unten).

- Maurhofer. Siehe S. 53 ("Quellen").
- Mourlon et Jeannest St.-Hilaire. Siehe S. 25 (Anhang III).
- v. Miller. Siehe S. 7 (, Anmertung", lints oben).
- d'Olivecrona, K. Le mariage des étrangers en Suède et des Suédois à l'étranger. Siehe S. 170 ("Schweben").
- Beters, B. Die Chefdeibung und bie Ungultigfeits: ober Richtigfeitserflarung ber Che im Geltungsbereiche bes Breufifchen Allgemeinen Landrechts. Berlin 1881, Bablen.
- Bhilippi. Siehe S. 77 (litt. d).
- b. Riebel's Commentar jum Bayerijchen Gejege vom 16. April 1868. 5. Aufl.; Rorblingen 1881, C. D. Bed.
- Rivier, Dr. Alphonse, Professor ber Rechte an der Universität Brüssel. — Eléments de Droit international privé ou du Consili des Lois. (Ouvrage de T. M. C. Asser traduit, complété et annoté.) Paris 1884, A. Rousseau. — Egl. © 203 ("Personalstatut", NB.).
- v. Schenrl. Siehe S. 38 ("Ranonifches Recht": Literatur).
- v. Schulte. Siehe S. 119 ("Ranonischen Recht": Literatur).
- v. Senfrieb. Siehe S. 141 ("Baben", lestes Lemma).
- v. Sicherer, Dr. Dermann, Profeffor ber Rechte an ber Univerfitat Minchen. Berfonenkanb und Epefchliegung in Deutichland. Erläuterung bes Reichsgefetes vom 6. Februar 1875 über bie Beurfundung des Berfonenstandes und die Eheichließung. Erlangen 1879, Palm und Ente (A. Ente).
- Souza Bandeira Filho, Dr. Le Mariage au Brésil. Siehe S. 239 ("Quelle").
- Stölzel, Dr. Abolf. Deutiches Eheichliefe ungsrecht. 3. Aufl., Berlin 1879 (Frang Bahlen)
- Stiffi, Dr. Q. Civilftand u. Che. Burich 1878.
- Verger. Siehe S. 21 (lints oben : Rote), Seither in 2. Auflage ericienen.

Nebersicht des Inhaltes.

10000	itung.	Seite
I.	Tuszug aus dem schweizerischen Bundesgesetze betreffend Festkellung und Beurkundung des Civilkandes und die Speschen Welkellung und die Fibrung der Cheregister — sammt anderweitigen einschläsigen Stellen dieses Gesetzes und einzelnen Borschriften der bezüglichen bundesräthlichen Erlasse. I. Bon den zur Eingehung einer Speschen Eigenschaften und Bedingungen (Art. 25: 54 und 55 — S. VIII — Art. 26: 50 — Art. 27: 52 und 53 — S. IX — Art. 28, 3ist. 1: Art. 45 bis 48, 56 und 63; Art. 28, 3ist. 2; — S. X — Art. 28, 3ist. 3; Art. 28, Schlußelemma: Art. 51). II. Bon den auf die Abschließung der Speschen Förmlichseiten (Art. 29: Reglem. Art. 26, Abs. 1 — S. XI — Art. 30: 64 und 65 — Art. 31 — S. XII — Art. 32 — Art. 33: [Ausammenstehung betreffend Berkündungsversahren in den verschiedenen Kantonen] — S. XIII — Art. 34 — Art. 35 — Art. 36: — S. XIV — Reglem. Art. 30 und 31; Art. 36, Schlußelemma — Art. 37 — Art. 38: — S. XV — Reglem. Art. 35 is 37 und 43 bis 45 — Art. 40: 59, Issus — S. XVII — Beglem. Art. 34 bis 37 und 43 bis 45 — Art. 42 — S. XVII —: 57; Reglem. Art. 32.) — Beisag (Art. 13).	VII
п.	Außerschweizerische Gesetzebung betreffend die Cheschließung von Ausländern im Inlande. 1. Deutsches Reich: — S. XVIII — A. Preußen und — S. XIX — die übrigen Staaten außer Bapern (vgl. S. 189 ff.); B. Bapern. — S. XX — 2. Frankreich. — S. XXI — 3. Italien. — S. XXIII — 4. Desterreich. — 5. Portugal. — S. XXIII — 6. Spanien. — Britisches und nordamerikanisches Recht.	XVD
	(8 Bufag: Bestimmungen bes Civilgesethuches für ben Ranton Bern über bas Cheverlöbnig	XXIV
**	erictigung (betr. , Danemarte)	XXIV
B Unf	erichtigung (betr. , Danemarte) eichnungen betr. die Cheschließung von Ausländern in der Schweiz. orwort	XXIV
e Unfi e e	erichtigung (betr. , Danemarte) geichnungen betr. die Cheschließung von Ausländern in der Schweiz. orwort elgien Erstärung der belgischen Gesandtschaft (vgl. S. 153) — Wiederverheirathung der Geschiedenen rafilien	1
Unfi E E	erichtigung (betr. , Danemart') eichnungen betr. die Cheschließung von Ausländern in der Schweiz. orwort elgien Griffdrung der belgischen Gesandtschaft (vgl. S. 153) — Wiederverheirathung der Geschiedenen rafilien Anerfennung der im Auslande geschlossenen Chen. änemart	• 1
E Info	erichtigung (betr. , Danemarte) eichnungen betr. die Cheschließung von Ausländern in der Schweiz. orwort elgien Ertlärung der belgischen Gesandtschaft (vgl. S. 153) — Wiederverheirathung der Geschiedenen rasilien Anersennung der im Auslande geschlossenen Ehen. änemart Ehemündigkeit — Elterliche Einwilligung (vgl. Berichtigung, S. XXIV) — Ehehindernisse	1 8
Unfz B B	erichtigung (betr. , Danemarte) geichnungen betr. die Cheschließung von Ausländern in der Schweiz. orwort elgien Erklärung der belgischen Gesandtschaft (vgl. S. 153) — Wiederverheirathung der Geschiedenen rafilien Anerkennung der im Auslande geschlossenen Chen. änemart Ehemandigkeit — Elterliche Einwilligung (vgl. Berichtigung, S. XXIV) — Chehindernisse	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1

verhaltniffe. — V. Legitimation vorehelicher Rinder. — G. 10. — VI. Formular für bas Berehelichungszeugniß mit einem auf die Schweiz bezüglichen Zusate. — VII. Bescheinigung	Seite
betr. die in der Schweiz erfolgende Cheschließung eines in der Pfalz heimatberechtigten. —	
VIII. Erwerbung bes heimatrechts durch Berehelichung ober Legitimation.	
Anhang: Ueberficht betreffend die Ausfertigung von Ausgugen aus den bor dem 1. Januar	
1876 geführten Civilftandbregiftern (Rirchenbuchern)	11
Frantreid	12
Die perfonliche Fabigkeit und die Form der Civilftandsatten im Auslande. Erflarung Des	
frangofischen Boticafters: Anerkennung ber im Auslande (refp, in ber Soweig) gefoloffenen	
Che, Uebertragung der Staatsangehörigkeit auf die Chefrau und ehelichen Rinder	12
l. Berkundung des Cheversprechens (vgl. Abichn. VIII). — S. 13 IL Rotorietatsurtunde	
als Erjag für den Geburtsichein; Urkunde über bie elterliche Ginwilligung. — III. Wohnfig-	
verhaltniffe bezüglich der Cheschließung. — G. 14 — IV. Abwesenheitserklarung mit Bezug auf	
die elterliche Ginwilligung. — V. Chemundigkeit (vgl. S. 81); Borausjegung der freien Gin-	
willigung der Brautleute (vgl. S. 92); Chehinderniß des bestehenden Chebandes (vgl. S. 92).	
— VI. Elterliche Einwilligung, — S. 15 — Chrerbietigkeitsatt, Birtfamkeit des Familien-	
rathes (refp. des Bormundes ad hoc); - G. 16 - Beibringung bezüglicher Rachweise; Bu-	
filmmungserklärung britter Berfonen bezüglich ber Aboptivkinder, ber Findlinge, ber Dilitar-	
perfonen; Radweis über bie Erfüllung ber Militarbienftpflicht VII. Cheverbote wegen	
Blutsvermandticaft, Schwägericaft und - S. 17 - Adoptivbermandticaft; Chebinbernig	
ber Priefterweihe VIII. Cheverfundung am heimathorte (vgl. Abichn. I), bezügliche	
Dispensertheilung - 6. 18 -; Erfordernig ber Berfundung auf frangofifgem Staats-	
gebiete in Betreff ber außerhalb Frankreichs erfolgenden Chefchliegung. — IX. Aufenthalt am	
auslandifden Trauungsorte X. Deffentlichteit ber Chefcliegung (vgl. S. 93) - XI. Gater-	
rechtlicher Chevertrag — S. 19 —. XII. Legitimation vorehelicher Rinder. — S. 20 —	
XIII. Gintragung der ausl. heirathsurtunde und event, der Legitimationsurtunde in Frantreich;	
Armenrecht beguglich Ausfertigung und Beglaubigung ber jur Chefcliegung erforberlichen	
Urtunden Befanntmachung ber gefetgeberifden Erlaffe in Frantreid 6. 21 - Un-	
bang I: Rachtrag betr. Wohnfigverhaltniffe Anhang II: Beilagen. 1. (Bu Abichn. I)	
Beibringung ber Geburtsicheine ber Brautleute. 2. (Bu Abicon. V) Chefcheibungsurtheil und	
TodeBerflarung bezüglich einer Bieberverheirathung 6. 22 - 3. (Bu Abichn. VI) Un.	
wendung ber anf die Buftimmungsertlarung ber Afcenbenten bezüglichen Artitel bes Code	
civil; - 6. 23 - ber Mangel einer Erlaubnig ber Borgefetten bei Militarperfonen ober	
bie Richtbeobachtung bes Aushebungsgefetes als Chehinderniß. 4. (Bu Abichn. VII) Aufhebung	
bon Chehinderniffen durch Dispensation S. 24 - 5. (Bu Abichn. VIII) Der Bohnfig	
bezüglich ber Cheichliegung; Dispensertheilung bezüglich einer Chevertundung; - 6. 25 -	
Deffentlichfeit ber Chefdliegung. 6. (Bu Abion. XI) Ueber die ber Beirathsurfunde beigufügende	
Angabe betreffend bas Borhandenfein eines guterrechtlichen Chebertrages. 7. (Bu Abidn. XII)	
Anfechtungsrecht bezüglich ber Legitimation unehelicher Rinder. 8. (Bu Abichn. XIII) Durch	
bie Eintragung ber ausländischen heirathsurtunde in Frankreich wird einer Entscheidung über	
Die Gultigfeit ber betreffenden Che feineswegs vorgegriffen Anhang III: [Dufterformulare].	
A. Urtunde fiber die Einwilligung der Ascendenten — S. 26 -; B. Chrerbietigfeitsatt (acto	
respectueux); C. Beideinigung bes Rotars, welcher ben guterrechtl. Chevertrag abgefast bat,	
Brogbritannien (United Kingdom: England mit Wales, Schottland und Irland)	26
Befdeinigung der britifden Gefandtidaft in Bern: Anerkennung der in ber Someiz zu ichliegenden	
The mit Borbehalt bezüglich ber Berwandticafts- und Somagericaftsverhaltniffe; Ginfdrantung	
biefes Borbehalts S. 27 - I. Cheverbote wegen Bermandtichaft und Schwägericaft: Be-	
juglides Labellarifdes Bergeichnis; Die Chehinderniffe Des bestehenden Chebandes (vgl. 6. 95),	
der Impoteng und der Billensunfahigfeit (Beiftesfibrung); Cheberbot wegen Chebruchs (bei	
Befdiedenen); - S. 28 - Richtigleit ber Chefdliegung in ben verbotenen Graben; Che-	
icheidungsuriheile ichottifcher Gerichtshofe (vgl. G. 151, lit. 0); ausländifche Scheidungs-	
ertenntniffe. — II. Chevertundung (ngl. S. 97, 98 f., 100, 104, 107 und 109 f.): — 5. 29 -	
am heimathorie nicht anzubegehren. — III. Elterliche bezw. vormundschaftliche Ginwilligung.	
- IV. Legitimation vorehelicher Rinder Appondix betr. gerichtliche Anerkennung ber im	
Auslande gefchloffenen Che (vgl. die bezügliche Anmerkung auf S. 26).	
14-14.m	90

Anertennung ber im Auslande gefchloffenen Che. - I. Die Chehinderniffe bes bestehenden Che-Seite bandes (vgl. S. 111), ber Blutsverwandtichaft (vgl. S. 82), ber Schwagerichaft, ber Geiftesfrantheit, bes Gattenmords und ber Impotens (vgl. S. 82). - S. 31 - II. Elterliche Ginwilligung; Birtfamteit eines Familienrathes ober Bormundicaftsrathes. - 6. 32 -III. Cheverfundung. - IV. Ausfertigung ber Civilftandsurfunden in Italien; Rotorietatsurfunde als Erfat für ben Geburtsichein, Urfunde über Die Ginwilligung ber Afcenbenten oder bes Familien- bezw. Bormundicaftsrathes. - V. Bohnfigverhaltniffe begigl, Berfündung ber Che in Italien; - 6 33 - Uebertragung der Staatsangehörigkeit auf bie Chefrau; Gintragung ber auslandifden Beirathsurtunde in Italien. - VI. Legitimation borebelicher Rinber. — Befanntmadung ber gejetgeberifden Erlaffe in Italien. Ranonijajes Recht . . . 88 [Grund jur Berudfichtigung bes tanonifden Rechts in vorliegender Arbeit.]. - Die tribentinifche Formvorfcrift (vgl. S. 112); - S. 34 - Die firchliche Cheverfundung; Die fogen. "gefchloffene Beit". - I. Beftand eines Chebandes (vgl. S. 117, IV). - 6. 35 - II. Empfang ber hohern Beiben und Ablegung eines feierlichen Reufcheitsgelnbbes. - III. Religions. verschiedenheit. - IV. Impotenz (vgl. S. 116 f.); - V. Entführung; - S. 36 - Chebruch und Gattenmord. — VI. Bermandifchafts- und Schmägerichaftsverhaltniffe: Bergleichungstafel ber eivilrechtlichen und ber tanonifden Grabberechnung; - 6. 37 - geiftliche Bermanbtfcaft; Dispenfationswefen. - Die verfciebenen Chebinberniffe (Gebachtnifverfe). Rieberlande . 88 Beurfundung bes Berfonenftandes in ben Rieberlanden; Anertennung ber im Auslande gefoloffenen Che; Gintragung ber auslandifden Beirathsurfunde in ben Rieberlauben. -I. Cheverbote wegen Bermandticaft ober Schwägericaft (vgl. S. 82), wegen Chebruchs und wegen fraber bestandener Che zwifden benfelben Perfonen (bei Befdiebenen). - 6. 39 -II. Elterliche refp. bormunbicaftliche Ginwilligung : Dagwifchentunft bes Rantonsrichters ; -5. 40 - Beibringung bezüglicher Urfunden. - III. Bohnfigverhaltniffe; Chevertundung. -IV. Rotorietatsurfunde ober eibliche Erflarungen als Erfat für bie beigubringenben Geburtsfceine und Tobtenfceine - 6. 41 -. Legitimation vorebelicher Rinder. Rormegen. 41 Civilebe: Boraussegungen; Erlaubnig jur Biederverheirathung für bie Gefchiedenen; Besondere Chehinderniffe; - 6. 42 - Elterliche refp. vormundicaftl. Ginwilligung. Defterreid. Allgemeine Grundfage fiber die perfonliche Fabigteit jur Chefcliegung und die Form ber Chefoliegung; Uebertragung ber Staats- und heimatsangeborigfeit auf die Chefrau. -I. Der fog. politifche Chetonfens; - 6. 43 - Die Cheerlaubnig fur Die niebern Beamten u. f. w. - II. Anertennung der im Auslande gefchloffenen Chen; - G. 44 - Rathfamteit ber Schliegung einer tirchlichen Che nach ber Civilebe; Die fog. Rotheivilebe; Befcheinigung aber bie im Auslande (refp. in ber Someig) erfolgende Chefchliegung ; - G. 45 - Ertlarung ber f. f. bfterr.-ungar, Gefanbticaft in Bern. - III. 1) Citerlice, beam, pormundfcaftliche Ginwilligung. - 6. 46 - Cheerlaubnif für Militarperfonen. - 6. 47 - 2) Das Chehindernig der Entfahrung. 3) Das Chehinderniß der Schwangerschaft. 4) Das Chehinderniß ber Impoteng. 5) Das Chehindernig bes bestehenden Chebandes (vgl. S. 121): "Scheibung ber Che" und "Trennung ber Che" - 6. 48 -, Bulaffigfeit ber Bieberverheirathung bon Geiciebenen (Getrennten) bon beren Ronfeffion abhangig; bie Rlaufenburger-Freifprechung und die fogen. fiebenburgifchen Chen. - 6. 49 - 6) Das Chehindernig bes Empfanges ber hohern Beihen ober ber Ablegung eines Ordensgelubdes. 7) Das Chehindernig ber Religionsverfciebenheit. 8) Die Cheverbote wegen Blutsverwandifcaft, Schwagerfcaft und - S. 50 — Adoptivverwandtschaft. 9) Chebruch und Gattenmord als Chehindernisse. — Dispensation von Chehinderniffen. - IV. Cheverkundung. - 6. 51 - V. Legitimation vorehelicher Rinder. - 6. 52 - VI. Betanntmachung ber gefetgeberifden Erlaffe. - 6. 53. Portugal . Augemeine Grundfage betreffend Die perfonliche Sabigteit jur Chefoliegung und Die Form ber Cheschliehung; Uebertragung der Staatsangehörigkeit auf die Chefrau. — I. Borschrift der firoliden Chefoliegung für Ratholiten und ber Civilege für Richtfatholiten (vgl. S. 86: Bufage); Anerkennung der im Auslande geschloffenen Che; Rathsamkeit der kirchlichen Trauung nach

ber Civiltrauung für tatholifde Portugiejen. - II. Cheverbote : 1) wegen mangelnder Gin-

willigung dritter Personen, — S. 55 — 2) wegen des Berhältniffes zwischen Bormund und Mündel, 3) wegen Ehebruchs, 4) wegen Sattenmordes, 5) wegen Priesterweihe oder Ordenssgeläbdes. Elterliche bez. vormundschaftliche Einwilligung: Wirksamkeit eines Familienrathes. — S. 56 — Chehinderniß des bestehenden Chebandes (vgl. S. 83 und 123): Scheidung. — III. Cheverkündung: Wohnsitzerhältnisse; Eintragung der ausländischen heirathsurkunde in Portugal. — IV. Legitimation vorehellicher Kinder. — (Bezüglich der Cheverbote wegen Berwaudtschaft und Schwägerschaft, vgl. S. 83: Art. 1073, Ziff. 1 bis 3.)	Seite
Rumanien	57
Erklärung der ruffischen Gesandtschaft in Bern: Ausschließliche Anerkennung der kirchlichen Cheschließung. — S. 58 — Die Cheschließung richtet sich nach der Konfession der Brautleute: die Chehiadernisse der Bekenntnisverschiedenheit und der Religionsverschiedenheit. — II. Cheverbot wegen zu hohen Alters. — III. Elterliche bezw. vormundschaftliche Einwilligung. — IV. Wiederverheirathung der Geschiedenen. — V. Cheverbote: wegen bereits erfolgter dreimaliger Berheirathung, wegen Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft, geistlicher Berwandtschaft, — S. 59 — Adoptivverwandtschaft und Quasi-Affinität, wegen Empfanges der Priesterweihe ober Ablegung eines Ordensgelübdes, wegen Mangels einer Erlaubniß der vorgesetzten Behörde bei Militär- und Civilbeamten oder Mitgliedern der Gesandtschaft; Dispensationsertheilung. — Die Civilche in Rufland. — Rothwendigkeit der kirchlichen Trauung nach der Civiltrauung in der Schweiz. (Bezüglich der Chemündigkeit voll. S. 88, und bezüglich des Chehindernisses des Chebruchs voll. S. 87.)	57
6 m weben	59
Die Stellung der Civilehe in Schweden. — I. Chemundigkeit (vgl. S. 83); Elterliche bezw. vormundschaftliche Einwilligung: Einwilligung des « Gistoman ». — S. 60 — II. Die Che- hindernisse der Impotenz, des steischlichen Umgangs und der anstedenden Krankheit.	
Spanien	60
Beschränkung der Civilehe auf die Cheschilehung der Richtlatholiken. Das Civiskandswesen in Spanien. — I. Anerkennung der im Auslande geschlossenen Che: Rathsamkeit der Schliehung einer kirchlichen Che neben der Civilehe für katholische Spanier in der Schweiz. — II. Elterliche bezw. vormundschaftliche Einwilligung — S. 61 —: Wirtsamkeit eines Familienrathes. — S. 62 — III. Die Schindernisse des Civilgesetes: 1) Impotenz; 2) Gebundenheit durch bestehendes Cheband (vgl. S. 123), Empfang der höhern Weihen oder Ablegung eines Ordensgelübdes; 3) Mangel der elterlichen bezw. vormundschaftlichen Einwilligung oder Richteinholung des Rathes der Ascendenten; 4) Blutsverwandtschaft (vgl. S. 84), Schwägerschaft und Adoptivverwandtschaft; 5) Chebruch und Gattenmord; 6) Bormundschaft; Dispensationswesen. — S. 63 — IV. Cheverkündung; bezügliche Dispensertheilung. — V. Legitimation vorehelicher Kinder. — VI. Eintragung der ausländischen heirathsurkunde auf der spanischen Gesandtschaft (Ronsulate) und in Spanien.	
Ungarn Die ungarifche Chegesetzebung. — I. Ausstellung eines Zeugniffes über die perfonliche Fähigkeit zur Cheschliehung. Richtanerkennung einer Civilehe. Die Mischen. Die Chevertündung. — II. Wiederverheirathung der Geschiedenen: Rlausendurger-Freisprechung. — S. 65 — III. Die kanonischen Schinderniffe. — IV. Cheverbote wegen Berwandtichaft und Schwägerichaft. — V. Cheerlaubniß für Militarpersonen; elterl. bezw. vormundschaftl. Einwilligung.	64
Bereinigte Staaten von Rordamerika	66
Grgangungen: Deutsches Reich	69

Inhaltsaberfict.	
	Seite
Chemundigleit (§ 28 bes Reichsehegefetes) und einer folden bezüglich bes Cheverbotes	
wegen Chebruchs (f 83, Ar. 5 bes Reichsehegefetes). — S. 70 —	
B. Zusammenftellung ber auf das Erforderniß einer elterlichen, bezw. vormundschaftlichen Gin-	
willigung (§§ 29—31 des Reichsgefeges) sich beziehenden partikularrechtlichen Bestimmungen :	
a) mit Bezug auf den Bater; — S. 71 — b) mit Bezug auf die Mutter und ebent.	
Zuziehung des Bormundes; — S. 73 — c) mit Bezug auf den Bormund, resp. die Bor-	
mander, die Bormundschaftsbehörde oder den Familienrath; — S. 75 — d) Beibringung	
bezüglicher Urfunden; - 6. 77 - e) Einfluß bes Mangels der elterlichen oder ber vormund-	
schaftlichen Einwilligung auf den Rechtsbestand der Che.	
Sáluhwort	80
Rachtrag: - 6. 81 - Deutsches Reich (Chemundigfeitsalter; Cheverbote wegen Blutaver-	
wandtschaft, Schwägerschaft und Aboptivverwandtschaft, sowie wegen Chebruchs; Wartefrift	
für die Frauen bezüglich deren Biederverheirathung; Erfagmittel für die von den Che-	
foließenden beigubringenden Urtunden; Chefoliegung von Mitgliedern der landesherrlichen	
Familien, sowie ber fürfiligen Familie Dobenzollern). — [Belgien und] Frankreich	
(Chemundigteitsalter; Cheverbote wegen Berwandtichaft und Schwagericaft; Bartefrift fur die	
Frauen bezäglich beren Biederverheirathung). — Großbritannien (Chemundigleitsalter;	
Bartefrift für die Frauen bezüglich beren Biederverheirathung ; Chefcliegung von Mitgliedern	
der königlichen Familie). — Stalien (Rechiliche Bedeutung des Berlöbniffes; Chemundigkeits-	

alter: - 6. 82 - Bartefrift für Die Frauen beguglich beren Bieberverheirathung; bas Chehinderniß der Impotenz, vgl. S. 30; die Cheverbote wegen Bermandtichaft und Schmägerfcaft; Dispensationsbefugnig bes Ronigs; Chefdliegung bes Ronigs und ber übrigen Ditglieber ber toniglichen Familie). - Rieberlanbe (Chemunbigfeitsalter; Cheverbote wegen Bermanbtichaft und Somagericaft; Bartefrift für Die Frauen bezüglich beren Bieberberbeirathung; rechtliche Bebeutung bes Berlobniffes; Stellvertretung bei ber Trauung). -Rorwegen (Chemundigleitsalter). - Defterreid (Chemundigleitsalter; rechtliche Bedeutung bes Berlobniffes; Stellvertretung bei ber Trauung : Dispenjation von Chehinderniffen; Bartefrift für die Frauen bezüglich beren Wiederverheirathung; - 6. 83 - bas Chebindernig ber Bermandtigaft und Somagericaft bei ber Jubenfcaft). - Portugal (Recit. Bedeutung des Berlobniffes; Stellvertretung bei der Trauung; die Chebinderniffe ber Bermandticaft und Schmagericaft, bes mangelnben Chemundigfeitsalters und des bestehenben Chebandes ; Bartefrift für die Frauen bezüglich beren Bieberverheirathung). - Stumanien (Chemundigfeitsalter). - Stuffland (Chemundigfeitsalter). - Comeben (Chemundigfeitsalter). - Chanien (Rechtliche Bebeutung bes Berlbbniffes; - S. 84 - Chemundigfeitsalter; Bartefrift für die Frauen bezüglich beren Bieberverheirathung; Die Cheverbote wegen Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft und Aboptivverwandtschaft; Dispensation von Chehinder-

niffen; Stellvertretung bei ber Trauung). - Ungarn (Chemundigfeitsalter). Die Errichtung einer internationalen Centralftelle für bas Chefolieftungsmefen .

84 86

Bujage Portugal (Borbehalt bezüglich ber firchlichen Chefchliegung; Beftimmungen fiber bie Buflandigfeit ber Berichte in Betreff einer firdlich ober einer civiliter gefoloffenen Che, Legitimation ber vorehelichen Rinder mittelft einer gerichtlichen Berfügung) - 6. 87 -. Rufland (Das Chehinderniß des Chebruchs). — Chanien (Beftimmungen über bie Richtigleit ber Che).

88

Anbana.

A. Parallele zwijden ben vericiebenen Gefetgebungen bezüglich Feststellung ber wefentlichen Erforberniffe ber Chefdliefung, Anwendung bes Grundfabes ber Monogamie und Rechtswirfung einer Butatibebe .

Rontordangtafel betr. Die Cheverbote wegen Berwandifcaft u. Schwägericaft in ber Seitenlinie

89

Deutsches Reich. 5. 89] Cheichliegung vor dem Standesbeamten in Deutschland (vgl. S. 150, Anmerfung); S. 89, R. 2] Chefoliegung bei ber beutichen Armee im Felbe; S. 90, R. 3] Cheichliegung auf einem beutichen Ronfulate im Auslande; S. 92, Bemertung? Unterfdeidung zwifden Ungfiltigfeit und Richtigfeit ber Che. — Frantreid. S. 93] Chefoliegung vor dem Civilftandsbeamten in Frankreich; ibid.] Chefoliegung auf einem frangofifden Ronfulate (ober Gefanbticaft) im Auslande; Cheidliegung bei ber frangofifden

139

Armee im Felbe. — Großbritannien. S. 94] Die Grundlagen des modifizirten tanonifden Rechtes (vgl. G. 187: "Quellen und Literatur" ad Bishop »); G. 97 f.] Die Chefdliegungsform ber englifden Staatsfirde; S. 98 ff.] Die andere" Chefdliegungsform; 6. 101 ff.] Appendix enthaltend die Formulare ju einer kirchlichen Common-Licence, jur Notice, jum Certificate und jur Licence des Standesbeamten; S. 104 ff.] Die Chefoliegung in Irland; S. 106 ff.] Die Chefoliegung in Schottland; S. 109] Die Chefoliegung in Indien und in den Colonien; S. 110] die Chefchliegung im Auslande: auf einer britifchen Gefandticaft, bei einer britifden Armee im Felbe, an Bord eines britifden Rriegsichiffes oder eines handelsichiffes und auf einem britifden Ronfulate. - 3talien. G. 111] Die Chefoliegung por bem Standesbeamten in Italien; ibid. R. 3] bie Chefoliegung bei ber italienifden Armee im Felbe. - Ranonifdes Redt. S. 112] I. Die beiben Arten von Sponsalien und die tribentinische Formvorfdrift (S. 118, R. 2: die Chefdliegung am Bohnorte, bei ber Armee im Felbe und in Ermangelung eines Domigils ober Quaff-Domigils); 6. 113] die bedingte Chefcliegung. 6. 114 f.] II. Die Ginwilligung ber Chefcliegenden : Die Confenserflarung und Die Stellvertretung bei Abgabe berfelben; Die Billensunfabigfeit und bie Freiheit ber Ginwilligung : beren Mangel. G. 115 f.] III. Die geiftige Reife und die Chemundigteit (Gefchlechtsreife) : Die Fruhreife ; Die forperliche Sabigteit : die Impotenz; die fog. Geschwifterebe. S. 117] IV. Der Grundfat ber Monogamie und beffen Anwendung. G. 118] V. Die Rechtswirfungen einer Butativehe. — Rieberlanbe. 6. 119] Die Chefdliegung bor bem Civilfianbsbeamten in ben Rieberlanden. — Defter reich. G. 121] Die Cheichließung vor bem Geiftlichen ober ber weltlichen Beborbe (§ 75) in Defterreid. - Portugal, 6. 122 f.] Ausbrudliche Burudführung ber Chefoliegung auf ben allgemeinen Bertragsbegriff. 6. 128] Die Chefcliegung vor bem Civilftandsbeamten in Portugal. - Spanien. S. 124] Die Chefchliegung bor ber weltlichen Beborbe (Bemeinderichter) in Spanien ; ibid. R. 5] die Chefdlichung bei einer fpanifchen Armee im Felbe ober an Bord eines fpanifden Rriegs- ober Banbelsidiffes. .- Bereinigte Staaten von Rordamerifa. S. 124 f.] I. Bundesgesetgebung und Territorialgeset. gebung; die Quellen bes nordameritanijden Cherechts. S. 126 ff.] II. Die Form ber Chefoliegung: Die Confenserflarung und Die Folgerungen aus dem Bufammenleben in Berbindung mit dem Rufe als Chemann und Chefrau; G. 129] Die bedingte Chefchliegung. 6. 129] III. Freiheit ber Einwilligung ber Chefchließenden; Billensfabigteit. 6. 180] IV. Chemunbigfeit; rechtliche Bebeutung bes Berlobniffes; elterliche bezw. vormunbicaftliche Einwilligung (Ginwilligung einer britten Perfon). S. 181] V. Rorperliche Fabigteit jur Chefdliefung. VI. Der Grundfat ber Monogamie und beffen Anmendung. 6. 182] VII. Die Cheberbote wegen Bermanbticaft und Schwägericaft. VIII. Die Chebinderniffe ber Raffe und bes burgerlichen Standes. IX. Die Unterfcheibung swifden einer nichtigen (void) und einer nichtigerflarbaren (voidable) Che; 6. 188] bie Gerichtsbarfeit in Chefachen; S. 184] die Cheicheibung. X. Die Putativehe. S. 185] XI. Die Cheichliefung im Auslande: Gegenwart eines Ronfuls ber Bereinigten Staaten. S. 186] Anerkennung ber im Auslande abgefcloffenen Che. Chefcliegung bei einer Armee im Felbe. (Bgl. 6. 125, R. 8 bezüglich Chefcliegung an Bord eines ameritanifden Schiffes.) S. 187 ff.] Beilage: Aufichluffe aber die personliche handlungsfähigteit in ben verschiedenen Staaten und Territorien ber Bereinigten Staaten.

- C. Beifpielsweife angeführte Rouflittefulle zwifchen ben verfchiebenen Gefetgebungen . . 150
- Rachtrag betreffend die während des Drudes biefes Wertes eingetretenen Aenderungen im internationalen Cheschließungswesen (Belgien und Beutsches Reich)

Alphabetifdes Sadregifter.

Einleitung.

I.

Auszug

ans dem ichweizerifden Bunbesgefete

betreffend

Feststellung und Benrkundung des Civilstandes und die Che

(vom 24. Chriftmonat 1874)

enthaltenb Litt. D

— Besondere Bestimmungen über die Cheschließung und die Führung der Cheregister — fammt anderweitigen einschlägigen Stellen biefes Gesetze und einzelnen Borfchriften ber bezüglichen bundesrathlichen Erlaffe.

I. Bon ben jur Gingehung einer GBe erforderliden Gigenschaften und Webingungen.

Art. 25.

(Art. 54 ber Bunbesverberfaffung.)

Das Recht gur Che fteht unter bem Schute bes Bunbes.

Diejes Recht barf weber aus tirchlichen ober ofonomischen Rudsichten, noch wegen bisherigen Berhaltens ober aus andern polizeilichen Gründen beschränkt merben

Die in einem Rantone ober im Auslande nach ber bort geltenben Gefetzgebung abgeschlossene Che soll im Gebiete ber Eibgenoffenschaft als Che anerkannt werben. (Bgl. "Beisat", S. XVII.)

Durch ben Abschluß ber Che erwirbt bie Frau bas Beimatrecht bes Mannes.

Durch die nachfolgende Che ber Eltern werben porehelich geborne Rinber berfelben legitimirt. (2gl. Art. 41.)

Jede Erhebung von Brauteinzugsgebühren ober andern ähnlichen Abgaben ift unzuläffig.

Art. 54 diefes Gefetes: "Eine im Ausland unter ber bort geltenden Gefetgebung abgefoloffene Che wird nur dann als ungiltig erklärt, wenn die dagegen erhobene Richtigkeitsklage fowohl nach der Gefetgebung, unter welcher die Che abgefoloffen wurde, als nach dem gegenwärtigen Gefetge begründet ift." Art. 55 diefes Gefetes: "Wird eine Che nichtig erklärt, bei ber fich beibe Chegatten in gutem Glauben befanden, so begründet dieselbe sowohl für die Chegatten als für die aus der Che hervorgegangenen oder durch dieselbe legitimirten Rinder die bürgerlichen Folgen einer giltigen Che.

"Befand fich nur einer ber Chegatten in gutem Glauben, fo hat die Che nur für biefen und für die Rinder die bürgerlichen Folgen einer giltigen Che.

"Baren endlich beibe Chegatten in bofem Glauben, fo treten bie burgerlichen Folgen einer giltigen Ehe nur für bie Rinder ein."

Art. 26.

Bu einer giltigen Che gehort bie freie Ginwilligung ber Brautleute. Bwang, Betrug ober Irrihum in ber Perfon eines ber Chegatten schließt bie Boraussehung ber Ginwilligung aus.

Art. 50 biefes Gefetes: "Gine Che, welche ohne bie freie Einwilligung beiber ober eines ber Chegatten burch 3wang, Betrug ober burch einen Irrthum in ber Person ju Stande gekommen ift, kann auf Rlage bes verletten Theiles ungiltig erklart werden.

"Die Richtigkeitsklage ift jedoch nicht mehr annehmbar, wenn seit dem Zeitpunkt, in welchem ber betreffende Ebegatte seine völlige Freiheit exlangt oder den Irrihum erkannt hat, mehr als drei Monate verfixichen find."

Mrt. 27.

Um eine Che einzugehen, muß ber Brautigam bas achtzehnte, bie Braut bas fech bzehnte Altersjahr zurüdgelegt haben.

Personen, welche das zwanzigste Altersjahr noch nicht vollendet haben, bedürfen zu ihrer Berehelichung der Einwilligung des Inhabers ber elterlichen Gewalt: des Baters oder der Mutter. Sind dieselben gestorben oder sind sie nicht in der Lage, ihren Billen zu äußern, so ist die Einwilligung des Bormundes erforderlich. Gegen Cheverweigerungen des Bormundes steht den Betreffenden der Returs an die zuständige Bormundschaftsbehörde zu.

In bem urfprünglichen Entwurfe bes Bunbesrathes hieß es ausbrücklich: bedürfen gu ihrer Berehelichung der Einwilligung des Baters; ift berfelbe gestorben ober tann er die vaterliche Gewalt nicht ausaben, fo ift die Einwilligung ber Mutter, und im Falle, bag beibe Eltern gestorben ober nicht in ber Lage waren, ihren Willen ju außern, Diejenige bes Bormundes erforberlich." Die neue Rebattion follte, nach bem Dafarhalten bes Antragstellers, feinen andern Sinn in ben Artifel bringen, fondern bemfelben nur eine turgere Saffung geben (o. Siufi, Civilftand und Che; Burid 1878). Rach anfanglichem Schwanten bat — Diefer Auslegung entsprechend - das eidgenöffische Departement des Innern der Mutter das Recht, die Einwilligung ju ertheilen, auch bann quertannt, wenn nach ber maßgebenben tantonalen Gefetgebung bie elterliche Gewalt, in Ermangelung des Baters, nicht auf fie abergeht, fondern den minderjahrigen Rindern ein Bormund beftellt wird. Rad Prof. Dr. Ronig's Anficht (Commentar jum bernifchen Civilgefetbud, Bb. I G. 109) hat indeffen Die befinitive Redattion ben ursprünglichen Sinn bes Artifels babin verandert, daß das Recht, Die Einwilligung ju ertheilen ober ju verweigern, ben Eltern nur in ihrer Eigenicaft als Inhaber ber elterlichen Gewalt gutomme und daß bemgemäß die Eltern teine Buftimmung ju ertheilen haben, wenn ihnen aus irgend einem Grunde die elterliche Gewalt entzogen worden ift, oder, wenn die Rinder — trogbem fie bas zwanzigste Altersjahr noch nicht zurudgelegt haben sollten — in Folge Jahrgebung ober Berheirathung aus der elterlichen Gewalt getreten find, fo bag 3. B. eine neunzehnjährige B ittwe ju ihrer Bieberverheirathung teiner Buftimmung ber Eltern bedarf. Die Frage aber, ob den Eltern oder welchem Theile berfelben Die elterliche Gewalt guftebe, fei nach kantonalem Recht zu beurtheilen, da fie dem Familienrecht angehöre. Daher wird von erwähnter Autorität namentlich der Mutter ein Zustimmungsrecht nur dann zuerkannt, wenn nach dem kantonalen Recht die Mutter an die Stelle bes Baters als Inhaber ber elterlichen Gewalt tritt; wie dieß 3. B. im Ranton Bern nach bem Tobe bes Baters ber Fall ift. - Das Bundesgericht hat bisher noch feinen bezuglichen Ausspruch gethan.

Art. 52 biefes Gesetes: "Gine Che, die zwijchen Brautleuten abgeschlossen worden ift, welche beibe ober von benen der eine Theil das im Art. 27 vorgeschriebene Mündigteitsalter noch nicht erreicht hatten, kann auf Alage des Baters oder der Mutter oder des Bormundes nichtig erklärt werden.

"Die Richtigteitstlage ift indeffen nicht mehr annehmbar:

- a. wenn die Chegatten bas gefetliche Alter erreicht haben;
- b. wenn die Frau ichwanger geworben ift;
- c. wenn der Bater oder die Mutter oder der Bormund ihre Einwilligung für die heirath gegeben hatten."

Art. 58 biefes Gefetes: "Auf Richtig teit einer Che, welche ohne Ginwilligung ber Eltern ober Bormunber (Art. 27, Alinea 2) und ohne vorangegangene gehörige Berkundung eingegangen worden ift, tann nur von benjenigen, deren Einwilligung erforderlich gewesen ware, und nur bis zu dem Zeitpunkte geklagt werden, in welchem die Cheleute das gesetzliche Alter erreicht haben.

Art. 28.

Die Eingehung ber Che ift unterfagt:

1) Perfonen, die schon verheirathet sind;

Art. 45—48, 56 u. 63 diefes Gesets: "(45.) Wenn beibe Ehegatten die Cheibung verlangen, so wird das Gericht dieselbe aussprechen, sofern fich aus den Berhäliniffen ergibt, daß ein ferneres Zusammenleben der Chegatten mit dem Wesen der Che unverträglich ift.

"(46.) Auf Begehren Gines ber Chegatten muß bie Che getrennt werben:

a. wegen Chebruch 3, fofern nicht mehr als fechs Monate verfloffen find, feitbem ber beleidigte Theil bavon Renntnig erhielt;

b. wegen Radftellung nach bem Leben, schwerer Dighandlungen ober tiefer Ehrenfrantungen;

c. wegen Berurtheilung ju einer entehrenben Strafe;

- d. wegen boswilliger Berlaffung, wenn biefe icon zwei Jahre angebauert hat und eine richterliche Aufforderung zur Rücklehr binnen fechs Monaten erfolglos geblieben ift;
- e. wegen Geift estrantheit, wenn diese bereits drei Jahre angedauert hat und als unheilbar erklart wird.
- "(47.) Wenn keiner der genannten Scheidungsgründe vorliegt, aber gleichwohl das eheliche Berhaltniß als tief zerrüttet erscheint, so kann das Gericht auf ganzliche Scheidung oder auf Scheid ung von Tisch und Bett erkennen. Die letztere darf nicht auf langer als zwei Jahre ausgesprochen werden. Findet während dieses Zeitraumes eine Wiedervereinigung nicht flatt, so kann die Rlage auf ganzliche Chescheidung erneuert werden, und es erkennt alsdann das Gericht nach freiem Ermessen.
- "(48.) Bei ganglicher Scheidung wegen eines bestimmten Grundes (Art. 46) darf ber fouldige Chegatte vor Ablauf eines Jahres nach ber Scheidung tein neues Stebundnig eingeben.

"Diefe Frift tann burch bas richterliche Urtheil felbst bis auf brei Jahre erftredt werben.

- "(56.) In Bejug auf Chen zwifchen Auslandern darf eine Scheidungsober Richtigkeitstlage von ben Gerichten nur bann angenommen werden, wenn nachgewiesen wird, bag ber Staat, bem die Eheleute angehören, bas zu erlaffende Urtheil anerkennt.
- "(63.) Hat vor dem Intraftireten dieses Gesetzes eine dauernde oder zeitliche Scheidung von Tisch und Bett stattgesunden, so kann die ganzliche Scheidung verlangt werden, wenn der Grund, gestätzt auf welchen die Scheidung von Tisch und Bett erfolgte, nach Mitgabe dieses Gesetzes zur ganzlichen Scheidung berechtigte."
- 2) wegen Berwandtschaft und Schwägerschaft:
 - a. zwischen Blutsverwandten in allen Graben ber auf= und abfteigenden Linie, zwischen vollbürtigen Geschwistern und Halbgeschwistern, zwischen Obeim und Nichte, zwischen Tante

und Reffe, gleichviel beruhe bie Berwandtschaft auf ehelicher ober außerehelicher Zeugung;

Die Che zwischen Großontel und Großnichte ift erlaubt; benn bas Cheverbot tann nicht auf weitere Berwandtschaftsgrade, als die im Gesetze ausdrudlich genannten, ausgedehnt werden (Entsch. des Bundesgerichts i. S. Tannaz. Bb. II, S. 29).

b. zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern, Stiefeltern und Stiefkindern, Aboptiveltern und Aboptivefindern:

Danbbuch für die schweizerischen Civistandsbeamten, S. 282, Ar. 127: "Unter Schwiegerelt ern sind nicht bloß die Eltern bes andern Ehegatten, sondern auch dessen Großeltern, Ureltern u. s. w. zu verstehen; ebenso unter Stieffindern nicht bloß die Kinder des andern Ehegatten, sondern dessen schweizern zu sehn der schweizern bestehen mit den leiblich en Eltern, Großeltern u. s. w. des andern Ehegatten, sowie mit den leiblich en seltern, Großeltern u. s. w. des andern Ehegatten, sowie mit den leiblich en sehlichen oder unehelichen) Rachsommen: Rindern, Enteln u. s. w. des selben. (Entsch des Bundesgerichts i. S. Imhos, Bd. III, S. 475.)

— Die Schwägerschaft wird nur durch das Band der Ehe begründet. Der außereheliche Umgang zweier Personen schafft tein Schwägerschafts i. S. Blättler, Bd. V, S. 592.)" — S. 283, Ar. 130: "Die auf die Adoption bezügliche Bestimmung muß wörtlich genommen werden, d. h. die Ehe ist lediglich verboten zwischen dem Aboptirenden und dem Aboptirten, dagegen nicht verboten zwischen den übrigen Berwandten dieser Personen."

3) Geistestranten und Blobfinnigen. Sandbuch für die schweizerischen Civilfiandsbeamten, S. 283, Rr. 183:

"Als Blbbfinn ift nach bem Gefete ein hoherer Grad von Schwachfinnigkeit zu betrachten, und zwar ein folder Grad, welcher ben freien Willen ausschließt und baber bie betreffende Person zur Eingehung einer Ehe unfähig macht. (Entscheibungen des Bundesgerichts: Bb. I, S. 97, i. S. Lut; Bb. V, S. 260, i. S. Det.) — Unter den Geiftestranten find die Wahnsinnigen zu verstehen, welchen ebenfalls der freie Wille und daher die Fähigkeit zur Eingehung einer Ehe mangelt." (Bgl. die Rote zu Art. 31, Abs. 1.)

Bittwen und geschiedene Frauen, besgleichen Chefrauen, beren Che nichtig erklart worden ift, burfen vor Ablauf von dreihunbert Tagen nach Auflösung ber frühern Che teine neue eingehen.

Art. 51 diefes Gefetes: "Auf Richtig teit ber Ehe ift von Amtes wegen zu Magen, wenn fie entgegen den Bestimmungen bes Art. 28, Biff. 1, 2 und 3 abgefchloffen worden ift.

II. Bon den auf die abichließung der Che Bezüglichen Sormlickeiten.

Art. 29.

Jeber im Gebiete ber Eibgenoffenschaft vorzunehmenden Cheschließung muß die Berstund nung bes Cheversprechens vorausgehen. Die Verkündung hat am Wohnorte, sowie am Deimatorte jedes der Brautleute zu erfolgen. Wird im Auslande mit Berufung auf bestehende Landesgesetze die Verkündung als überstüssig oder unzulässig abgelehnt, so wird dieselbe durch eine dieskällige Bescheinigung ersetzt.

Bundesräthliches Reglement vom 20. herbstmonat 1881, Art. 26, Abf 1: "Das Gefuch um Bertundung eines Cheversprechens tann bei jedem Civilstandsbeamten gestellt werden, welcher nach Art. 29 des Gesets zur Bornahme der Berkindung verpflichtet ift."

Art. 30.

Behufs Bornahme ber Berfundung von Cheversprechen find bem Civilftandsbeamten vor zu weifen:

- a. bie Beburtefcheine beiber Brautleute;
- b. für Personen, welche bas 20. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, bie Bustimmung verklärung bes Inhabers ber elterlichen Gewalt ober bes Bormunbes, beziehungsweise ber zuständigen Bormunbschafts-beborbe;
- c. falls nicht beibe Theile perfonlich ericheinen, ein von ihnen unterzeichnetes und von ber zuftanbigen Amtsftelle beglaubigtes Cheversprechen.

Art. 65 biefes Gefetes: "Wo die bisherigen Personalregister nur der Taufe, nicht aber der Geburt ermahnen, tann der Taufschein an die Stelle des im Art. 30, litt. a dieses Gesets geforderten Geburts-scheines treten."

Wenn es absolut unmöglich ift, fich seinen Geburts- oder Taufschein zu verschaffen, so kann dieses Attenstüd durch einen sogenannten Rotor ie tatsakt ersest werden. (Entich. des Bundesrathes — Bundesblatt 1876, Band III, S. 678.)

Berlobte, welche schon verheirathet gewesen sind, haben ben Todesschein ihres letten Spegatten oder das Urtheil, durch welches die frühere (lette) She nichtig erklärt oder geschieden worden ift, beziehungsweise einen Auszug aus diesem Urtheil, beizubringen. (Bgl. den unter Art. 36 dieses Gesetzs abgedruckten Art. 30, Biff. 6 des bundesräthlichen Reglements v. 20. Herbstmonat 1881.)

Art. 64 biefes Gefetes: "Die Rantone haben dafür ju forgen, daß sammtliche auf den Civilftand bezüglichen Regifter und Aften oder Ropien derselben, soweit es zu diesem Zwede erforderlich ift, in den Besitz der bürgerlichen Behörden übergeben. Rach dem Intraftireten dieses Geses (1. Jänner 1876) sind die neuen Civilftandsbeamten allein berechtigt, Bescheinigungen und Auszüge aus den Civilstandsregistern auszufertigen."

Mrt. 31.

Wenn sich aus ben gemachten Angaben (vgl. Art. 26, 27 u. 28) und beigebrachten Belegen (vgl. Art. 30 und Absat 4 bes gegenwärtigen Artikels) ergibt, daß die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind, so faßt der Civilftandsbeamte den Verkünd ung sakt ab und besorgt bessen Beröffentlichung; er übermittelt den Berkündungsakt von Amtes wegen den schweizerischen und ausländischen Sivilstandsbeamten, in deren Kreisen nach Borschrift des Art. 29 die Berkündung ebenfalls stattsinden soll.

Alle biese Handlungen erfolgen tagfrei, infoweit fie von schweizerischen Civilftanbebeamten vorzunehmen find.

Der Civistandsbeamte hat die Berkundung der Wiederverehelichung von Bittwen, geschiedenen Frauen und Frauen, deren Che nichtig erklärt wurde, bevor die diesen Bersonen in Art. 28, Schlußlemma dieses Gesetzes auferlegte Wartfrift von 300 Tagen abgelaufen ist, ebenso zu verweigern, wie wenn eine solche von Berlobten verlangt wurde, die das gesetzliche Alter noch nicht erreicht haben. (Rreisschreiben des Bundesrathes v. 28. Hornung 1882.) — Der Civilstandsbeamte darf sich hingegen nicht weigern, Sebeversprechen zu verkunden, weil ein Gatte mit Geiste strantheit ober Blobsinn (Art. 28, Biff. 3 des Gesetz) behaftet ware. Die Entscheidung hierüber bleibt den Gerichten vorbehalten und kann somit nur nach erfolgter Berkundung des Sebeversprechens durch eine bezügliche Einsprache (Art. 34) herbeigeführt werden. (Rreisschreiben des Bundesrathes v. 6. Weinmonat 1876: Bundesblatt 1876, Bb. III, S. 667.)

Wenn auswärtige Behörben behufs ber Verehelichung von schweizerischen ober eigenen, in ber Schweiz geborenen ober sich aufhaltenben Angehörigen bienstliche Berrichtungen schweizerischer Civilstandsbeamten in Anspruch nehmen, so sind lettere verpflichtet, ben baherigen Begehren Folge zu geben.

i.

Ift ber Brautigam ein Auslanber, fo foll bie Berkundung nur auf Borlage einer Erklarung ber zuständigen auswärtigen Behorbe erfolgen, worin die Anerkennung ber She mit allen ihren Folgen ausgesprochen ift.

Die Ranton Bregierung ift ermächtigt, hievon zu bispenfiren und die mangelnde Bescheinigung burch eine andere paffende Anordnung zu ersetzen.

Art. 32. (Bgl. Art. 42.)

Der Berfunbungsatt foll enthalten:

Die Familien= und Personennamen, ben Beruf, Wohn= und heimatort ber Brautleute und ihrer Eltern, sowie bei verwittweten ober geschiebenen Personen bie Familien- und Personennamen bes frühern Chegatten und bie Frist, binnen welcher Ginfprachen anzumelben find.

Art. 33.

Im ganzen Gebiete ber Eibgenoffenschaft ist ber Verkündungsakt durch ben gesehlich angewiesenen Civiskandsbeamten, und zwar in allen Fällen gleichmäßig, mittels offentslichen Anschlags ober einmaliger Einrückung in das Amtsblatt bekannt zu machen.

Die Festjegung ber Art ber Bertanbung ift ber tantonalen Gesetzgebung überlaffen. (Areisschr. bes Bundesrathes v. 17. September 1875 — Bundesblatt 1875, Band IV, S. 417.)

Unterm 3. April 1876 wurde vom eidg. Departement des Innern — mittelft Areisschreiben an die Kantone — die Aufftellung eines übersichtlichen Berzeichnisses der verschiedenen in der Schweiz hinsichtlich Berzöffentlich ung des Bertündungsaftes bestehenden Berfahren, sowie der dadurch bedingten Dauer der Bertindungsfrift angekindigt. Diese nunmehr revidirte und auf Seite 308 des handbuchs enthaltene Uebersicht diente als Quelle bei folgender Zusammenstellung:

In den Kantonen Bern, Jug, Freiburg, Colothurn, Appenzell & Mh, Gt. Gallen, Grandunden, Nargau, Thurgau, Menenburg und Genf geschieht die Berfündung mittelft öffent-lichen Anschlages unmittelbar nach Eingang der Begehren, und zwar mit Ausschluß eines andern amtlichen Berfündungsversahrens.

Im Ranton Zürich besteht neben bem sofortigen bffentlichen Anschlage eine einmalige Einernächung in das wöchentlich zweimal (Dienstag und Freitag) erscheinende kantonale Amtsblatt und zugleich noch in vielen Gemeinden eine Einruckung in die als obligatorische Publikationsmittel erklärten Zeitungen, welche meistens zweimal (Mittwoch und Samstag), geringern Theils dreimal (Dienskag, Mittwoch und Samskag) erscheinen.

Eppengengen. Ih. berbindet ebenfalls den sofortigen offentlichen Anfchlag mit einmaliger Einrudung in das jeweilen Samftags erscheinende Amtsblatt. (Es tommt aber das Datum des Anschlags, nicht das der Amtsblattnummer bei Feststellung der Einspruchsfrist in Berechnung.)

3m Ranton Rugern erfolgt die Einrüdung in's Amtsblatt am Donnerstag. Die Bertunbbegehren werden in der Buchdruderei am Donnerstag bis Bormittags 9 Uhr entgegengenommen. Die Bertundungsfrift wird vom folgenden Sonntag an berechnet.

Uri verfündet am Donnerstag mittelft Einrüdung in's Amtsblatt, Comps am Freitag mittelft Einrüdung in's Amtsblatt — die Einsendung ift bis Mittwoch Bormittags an die Buchdruderei zu richten —, Sowalden auch am Freitag mittelft Einrüdung in's Amtsblatt, Ribwalden am Samstag mittelft Einrüdung in's Amtsblatt und Glarus ebenfalls am Samstag mittelft Einrüdung in's Amtsblatt.

In Bafel. Stadt erfolgt zweimalige Ein rüdung ins Rantonsblatt (Amtsblatt), welches Mittwochs und Samftags erscheint, und in Bafel . Land einmalige Einrüdung in das Sonntags erscheinende Amtsblatt.

Schaffbaufen verbindet den öffentlichen An ich ag mit einmaliger Einrudung in das wochentlich einmal (Dienstag) erscheinende Amtsblatt (Frift der Einfendungen an die Druderei bis Samftag Abends). 3m Reffin erfolgt einmalige Ginrüdung in das wochentlich einmal (Freitag Abends) erscheinende Amtsblatt, welches jeweilen am nachfolgenden Sonntag im gangen Ranton öffentlich angefolagen wird.

Im Kanton Baabt wird der öffentlich: Anschlag Samftags angebracht und dauert bis zum Mittwoch nach dem zweiten Sonntag, also während zwei auseinandersolgenden Sonntagen. Im Batis sindet der öffentliche Anschlag jeweilen Sonntags statt.

Mrt. 34.

Einsprachen gegen ben Cheabschluß sind binnen zehn Tagen nach statzgehabter Beröffentlichung ber Berkundung bei einem ber Civilstandsbeamten, welche die lettere beforgt haben, anzumelben. Dem Civilstandsbeamten bes Bobnorts bes Brautigams ift innerhalb zweimal 24 Stunden nach Ablauf biefer Frist von Seite ber andern zur Berkundung verpstichteten Civilstandsbeamten Anzeige zu machen, ob eine Ginsprache erhoben seit ober nicht.

Jebe Ginsprache, welche sich nicht auf eine ber in ben Art. 26, 27 und 28 biefes Gefetes enthaltenen Borschriften ftut, ift von Amtes wegen gurudzuweisen und in teinerlei Beise gu berudfichtigen.

Das Berdot, welches aus dem durch Art. 48 (vide unter Art. 28, Ziff. 1) den Gerichten eingerdumten Rechte hervorgeht, nämlich dem schuldigen Chegatten die Sie während drei Jahren untersagen zu tonnen, ist in Art. 34 nicht erwähnt; aber es ist augenscheinlich, daß dies dort lediglich ver gessen wurde, und daß der Civispandsbeamte, bei welchem, gestützt auf ein durch gerichtliches Urtheil ausgesprochenes Berbot dieser Art, Einsprache erhaben wird, diese Einsprache berücksichen muß (Handbuch für die schweizerischen Civispandsbeamten — S. 302, Rote 1.).

Mrt. 35.

Wenn Einsprachen gegen ben Sheabschluß erfolgen, so theilt der Civilstandsbeamte des Wohnortes des Bräutigams dieselben letterm mit, und es hat dieser sich sodann binnen einer Frist von zehn Tagen zu erklären, ob er die Einsprachen anerkenne ober nicht; im lettern Falle ist dem Einsprecher davon Renntniß zu geben, welcher binnen der Frist von weitern zehn Tagen die Alage bei dem zuständigen Richter des Wohnortes der wenn dieser keinen Wohnsitz in der Schweiz hat, beim zuständigen Richter des Wohnortes der Braut anhängig zu machen hat. Geschieht letteres nicht, so fällt die Einsprache dahin.

Art. 36.

Nach Ablauf von vierzehn Tagen nach ber am Wohnorte bes Brautigams stattgehabten Berkundung ist ben Brautleuten auf ihr Berlangen von dem dortigen Civilstands-beamten, sofern inner dieser Frist bei demselben keine Cheeinsprache angemeldet oder wenn eine solche durch die zuständige Behörde abgewiesen worden ist, ein Berkund die in auszustellen, in welchem bescheinigt wird, daß die Che gesetzlich verkundigt worden und gegen deren Bollzug keine Ginsprache bestebe.

Für diesen Berkündschein, der die Ermächtigung zur Trauung in einem andern Civilftandstreise (vgl. Art. 87, Abs. 8) enthält und lediglich zu diesem Behuse ausgestellt wird, kann der Civilftandsbeamte eine Gebuhr (vgl. Art. 31, Absat 2) beziehen, wenn die kantonale Gesetzebung es gestattet. (Preisschr. des Bundesrathes v. 11. Hornung 1876 — Handb. f. d. schweiz. Civilstandsb. S. 194 Rr. 41.)

Bunbesrathliches Reglement v. 20. Derbfitmonat 1881, Art. 30:

"Wenn die Trauung der Che nicht in dem Areise stattsfindet, wo der Brautigam seinen Wohnsit hat, so stellt der Civilftandsbeamte dieses Areises den Berkundschein, beziehungsweise die Ermächtigung zur Trauung aus und legt sodann, als Belege zum Cheregister B, in welches die Che, nach Gingang der in Art. 5, litt. b (vgl. Art, 37, Abjan 3) des Gesetz vorgeschriebenen Wittheilung, einzutragen ist, in sein Archiv:

1) bie Geburtsicheine (Art. 30 bes Befeges);

2) bas fcriftliche Cheverkundungsgesuch, welches nur bann erforderlich ift, wenn die tantonale Gefetgebung nicht die Führung von Cheverkundungsregistern vorschreibt;

3) ben Berffindatt, welchen er felbft befannt gemacht bat;

- 4) bie Berfundafte, welche ibm von den andern Civilftandsbeamten jurudgefandt worden find;
- 5) bie Einwilligungserflarung ber Eltern ober Bormunder, mo folde nach Art. 27 bes Gefetes nothig finb;
- 6) für jeben ber neuen Chegatten, welcher foon einmal verehelicht gewesen ift, ben Tobtenichein für ben frühern andern Chegatten ober das Urtheil, durch welches die frühere Che nichtig erklatt ober geschieden worden ift, beziehungeweise einen Auszug aus diesem Urtheil;
- 7) wenn ber Brautigam ein Auslander ift, die in Art. 31 des Gefeges vorgeschriebene Erklarung ber juftanbigen auswärtigen Behorde, eventuell bie Dispensation ber tantonalen Regierung;
- 8) in dem in Art. 37, Lemma 2 des Gefetes bezeichneten Falle die bort vorgeschriebene Ermächtigung.

Art. 31 des vorerwähnten Reglements: "Wenn dagegen, gemäß der gesetlichen Regel (vgl. Art. 37, Abs. 1 des Gesetzes), die Che in dem Civilftandstreise des Wohnstiges des Brautigams abgeschlossen wird, so verwahrt der Civilftandsbeamte dieses Rreises die in Art. 30 bezeichneten Urkunden in seinem Archiv als Belege zur Gintragung in das Register A (Register für die Eintragung der im Civilstandskreise abgeschlossenen Chen)."

Eine Bertunbung, welcher nicht innerhalb feche Donaten ber Abschluß ber Che folgt, verliert ihre Giltigteit.

2(rt. 37.

Auf Borweis ber Berkundbescheinigung (vgl. Art. 34, Abs. 1) vollzieht ber Civilftands= beamte die Trauung, welche in der Regel in dem Areise, wo ber Brautigam feinen Bohnfit hat, stattfinden soll.

In Fällen von Todesgefahr kann ber Civilstandsbeamte mit Bustimmung ber zuständigen kantonalen Behörbe auch ohne vor ausgegangene Berkundung bie Trauung vornehmen.

Auf die schriftliche Ermachtigung (vgl. Art. 36, Abs. 1) des Civilftandsbeamten bes Wohnsiges des Brautigams darf die Cheschließung auch von dem Civilftandsbeamten eines andern Rreises in dem Gebiete der Eidgenoffenfchaft vollzogen werden. In diesem Falle hat letterer unverweilt einen Trauungsschein behufs Eintragung in die amtlichen Register des Wohnortes auszufertigen.

(Bgl. den hiebor — als Rote zu Art. 36, Abs. 1 — abgebruckten Art. 30, Abs. 1 des bundesräthelichen Reglements vom 20. herbstmonat 1881.)

Ift ber Brautigam Auslanber, fo fann bie Trauung nur auf Borlage einer Erflarung ber zustanbigen auswärtigen Beborbe erfolgen, worin bie Anertennung ber Che mit allen ihren Folgen ausgesprochen ift, bas Dispensationsrecht ber Rantonsregierungen nach Art. 31, Schlußlemma vorbehalten.

Art. 38.

Die Bornahme ber Trauungen ift an wenigstens zwei Tagen jeder Boche zu ermöglichen.

Bundesräthliches Reglement v. 20. herbstmonat 1881, Art. 15: "Es burfen teine Gebuthren von ben betheiligten Parteien bezogen werden: — 2) für die Trauungen, welche im Civilftandstreise des Wohnsiges des Brautigams (Art. 87 des Gesets) an den von der tantonalen Behörde festigesigten Tagen und Stunden stattfinden."

Die Trauung findet in einem Amtslotale und offentlich ftatt.

Bei arztlich bezeugter fchwerer Erfranfung eines ber Berlobten fann bie Trauung auch in einer Privatwohnung vollzogen werben.

In allen Fällen ift bie Gegenwart von zwei volljährigen Beugen nothwenbig.

Die Bolljährigkeit tritt für beibe Geschlechter mit dem zurückgelegten zwanzigsten Altersjahre ober mit der Berheirathung ein. (Art. 1, Lemma 2 des Bundesgesetzes betreffend die personliche handlungsfähigkeit vom 22. Brachmonat 1881 — in Krast erwachsen am 1. Januar 1882.) — Da das Gesetz für die Zeugen keine andere Bedingung als diesenige der Bollzährigkeit aufstellt, so müssen Frauenspersonen als Zeugen zugelassen werden. Ebenso müssen Personen, welche mit den Brautleuten verwandt oder verschwägert sind, als Zeugen angenommen werden. (Handbuch für die schweiz. Civilfandsb., S. 320, Ar. 198.)

Art. 39.

Die Che wird baburch abgeschloffen, daß der Civilftanbebeamte bie Ber- lobten einzeln fragt:

"R. R. erklart Ihr hiemit, die R. R. gur Chefrau nehmen zu wollen ?"

"R. R. ertlart Ihr hiemit, ben R. R. jum Chemann nehmen zu wollen ?"

Rachbem Ihr beibe erklart habt, eine Che eingehen zu wollen, erklare ich biefe im Namen bes Gefebes als gefchloffen."

Unmittelbar nachher findet die Eintragung in das Cheregister statt, welche durch die Cheleute und die Zeugen zu unterzeichnen ist.

Die Chefrau unterzeichnet mit ihrem angeheiratheten — burch die Berebelichung erworbenen, neu angenommenen — Familiennamen. (handbuch für die foweizerischen Civispandsbeamten. S. 321, Rr. 201.)

Art. 40.

Gine kirchliche Trauungsfeierlichkeit barf erst nach Bollziehung ber gesetzlichen Trauung burch ben bürgerlichen Traubeamten und Borweisung bes baherigen Chessches stattsinden.

Geiftliche, welche gegen den Art. 40 diefes Gefetes handeln, find von Amtes wegen oder auf Rlage hin zu bestrafen: mit Gelbbuße bis auf Fr. 800, im Wiederholungsfall mit Berdoppelung der Buße und Amtsentsetzung. (Art. 59, 3iff. 2 dieses Gesets.)

Da die tichliche Trauung bem burch die Gesetze bes Staates allein anerkannten Cheabschluß nachsolgt, so kann bemgemäß die Liturgie ber Staatskirche fich nicht sowohl auf den Speadschluß beziehen, als vielmehr auf das durch benselben zwischen Speleuten begründete Berhältniß, welches vom Standpunkte der chriftlichen Moral naher erörtert wird. (Bgl. "Liturgie für die evangelisch-resormirte Kirche des Kantons Bern." Bern, Stämpfiliche Buchdruckerei 1878: S. 195 u. 199 ff.)

Art. 41.

Sofern voreheliche Rinber burch bie nachfolgenbe Che legitimirt werben, fo haben bie Eltern bei ber Trauung ober spateftens innerhalb breißig Tagen nach berselben biese Rinber bem Civilftanbebeamten ihres Wohnortes anzuzeigen.

Hat jedoch die Eintragung aus irgend einem Grunde nicht ftattgefunben, so fann aus bieser Unterlassung ben vorehelichen Rindern und ihren Nachkommen in ihren Rechten tein Nachtheil erwachsen.

Bunbesrathlices Reglement vom 20. Derbfimonat 1881, Art. 34-37 u. 43-45:

"(34.) Bur Entgegennahme ber Angeige über bie Legitimation außerehelicher Rinder burch nachfolgende Ehe ihrer Eltern find verpflichtet:

- a. der Civilftandsbeamte, welcher die Trauung vornimmt, wenn die Angeige bei Abichluß ber Che, b. h. unmittelbar vor oder nach derfelben, gemacht wird;
- b. ber Civilftandsbeamte am Bohnfige ber Chegatten, wenn bie Anzeige nicht bei ber Trauung gemacht worden ift.
- "(35.) Wird die Angeige verspatet, b. h. erft nach Ablauf ber in Art. 41 bes Gesets ben Eltern hiefür eingeraumten Frift gemacht, so barf ber Civilftandsbeamte bes Bohnortes der Ehegatten die Annahme berselben gleichwohl nicht verweigern; dagegen foll er die saumigen Eltern gemaß Art. 59, Biff. 1 bes Gesets verzeigen.

(Laut Art. 59, Biff. 1 bes Gefetes follen Perfonen, welche ber in Art. 41 vorgefcriebenen Anzeigepflicht nicht nachtommen, mit Gelbbufe bis auf Fr. 100 bestraft werben.)

- "(36.) Der Civilftandsbeamte darf die Anzeige erft annehmen, nachdem ihm die Geburtsicheine ber Rinber, welche legitimirt werden follen, und im Falle des Art. 34, litt. b. der Chefchein ber Eltern übergeben worden find.
- "(87.) Die Regitimation Burtun de wird für jedes Rind besonders nach Maggabe eines Formulars verfaßt, welches Familiennamen, Bornamen, Beruf, Deimatort und Wohnort der Eltern, den Zeitpunkt und den Ort des Cheabschlusses, sowie den Familiennamen, Bornamen und Geburtsort des Lindes enthalt.

"Die Urfunde muß von den Eltern und dem Civilftandsbeamten unterzeichnet werden.

- "(43.) Die Borfdriften der vorhergehenden Artitel finden auch Anwendung, wenn bie Chegatten ich im Ausland verheirathet haben und ihren Wohnfig in die Schweiz gurudverlegen.
- "(44.) Ebenfo tommen biefelben jur Anwendung, wenn bie in der Schweiz verbargerten Eltern im Ausland wohnen.

"Begeben die Eltern fic ju biefem Zwede in die Schweig, fo foll die Anzeige ber Legitimation außerehelicher Rinder vor bem Civilftandsbeamten am Deimatorte bes Chemannes gemacht werben.

"Können die Eltern sich nicht in die Schweiz verfügen, so ist die Legitimationsurtunde vor einem diplomatischen oder Konsular-Agenten der Schweiz oder vor einem aus-ländischen öffentlichen Beamten (Civistandsbeamten, Rotar u. s. w.), welcher die Fähigkeit zur Errichtung öffentlicher Urkunden besitzt, in Schrift zu versaffen und hierauf von den Eltern mit einem motivirten, die nöthigen Ausschlichen Antrage und den erforderlichen Belegen (Art. 36 dieses Reglements) dem Civistandsbeamten des heimatortes des Baters zuzustellen, worauf dieser [Beamte die betreffenden Altenstücke bei den Belegen über die Eintragung der Trauung der Eltern aufzubewahren und eine Mittheilung an die Civistandsbeamten derzenigen Kreise, wo die Geburt des Kindes eingetragen ist — nämlich, wo dasselbe geboren wurde und heimatberechtigt war — zu erlassen hat, behufs Anbringung einer bezüglichen Kandbemerkung in das Geburtsregister.]

"(45.) Die Borichriften ber Art 34 bis 37 finden endlich auch Anwendung auf die Legitimation außerehelicher Rinder durch die nachfolgende She ausländischer Eltern, welche in der Schweiz sich verehelichen oder verehelicht haben und in derfelben wohnen."

Mrt. 42.

Das Cheregifter foll enthalten:

- a. Familien= und Berfonennamen, Beimat, Geburte- und Wohnort, Beruf und Geburtebatum beiber Chegatten;
- b. Familien- und Bersonennamen, Beruf und Bohnort ihrer Eltern;
- c. Familien- und Personennamen bes verstorbenen ober geschiebenen Gatten, wenn eines ber Chegatten bereits verheirathet war, nebst bem Datum bes Tobes, beziehungsweise ber Scheibung;
- d. bas Datum ber Berfunbungen;

- e. bas Datum bes Eheabichluffes;
- f. bas Bergeichniß ber eingelegten Schriften;
- g. bie Namen, Bornamen und ben Wohnort ber Beugen.

Art. 57 diefes Gefetes: "Alle Urtheile betreffend Cheicheibungen ober bie Richtigteit einer Che find von ben Gerichten, welche dieselben ausgesprochen haben, dem Civilftandsbeamten bes Wohnortes und ber Deimatgemeinde sofort mitzutheilen und von diesem am Rande bes entsprechen Erauseintrages im Cheregifter vorzumerten."

Bundesräthliches Reglement v. 20. Gerbstmonat 1881, Art. 32: "In dem in Art. 30 (f. u. Art. 36 des Gesets) vorgesehenen Halle, wo die Ehe in einem andern Civisftandstreise als demjenigen des Wohnsiges des Bräutigams abgeschlossen worden ist, hat der Civisstandsbeamte, welcher die Trauung vornimmt, zu seiner Legitimation und als Beleg zur Eintragung in das Register A die ihm nach Maßgabe des bezüglichen Formulars ertheilte Ermächtigung in seinem Archiv aufzubewahren."

Beifat. Laut Art. 13 biefes Gefeges kann ber Bundesrath ba, wo er es für angemeffen erachtet, bie biplomatisch en und konsularisch en Bertreter ber Gibgenoffenschaft im Auslande ermächtigen, Geburten und Tobesfälle schweizerischer Angehöriger zur erwahren und Ghen zwischen Schweizern unter sich, sowie Chen zwischen Schweizern und Ausländern abzuschließen.

II.

Ankerichweizerische Gesetzgebung

in Bezug auf

die Cheschließung von Ausländern im Inlande.

1. Dentides Reid.

Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, § 38: "Die Vorschriften, welche die Ghe ber Ausländer von einer Erlaubnig abhängig machen, werben nicht berührt. Auf die Rechtsgaltigteit ber geschlossenen Ghe ift ber Mangel bieser Erlaubniß ohne Ginfluß."

— § 47: "Ift einer ber Orte, an welchem nach § 46 (s. S. 5, Ziff. III) bas Aufge bot bekannt zu machen ift, im Auslande belegen, so ist an Stelle des an diesem Orte zu bewirkenden Aushanges die Bekanntmachung auf Kosten des Antragstellers einmal in ein Blatt einzurücken, welches an dem ausländischen Orte erscheint oder verbreitet ist. Die Cheschließung ist nicht vor Ablauf zweier Wochen nach dem Tage der Ausgabe der beireffenden Nummer des Blattes zulässig.

"Es bedarf biefer Einrudung nicht, wenn eine Bescheinigung ber bestreffenben ausländischen Ortsbehörde dahin beigebracht wird, daß ihr von bem Bestehen eines Chehindernisses nichts bekannt sei."

A.

Preußen. — Cirtularerlaß bes Minifters bes Innern im Ginverftanbnig mit bem Juftigminifter, betreffenb materielle Erforderniffe ber Chefchließung bon Auslandern im Deutschen Reich, bom 25. Dezember 1882:

Die Gefetgebung des Ehefcließungsortes ift für die Form der Chefcließung maßgebend, — nicht aber bezüglich der materiellen Erfordern iffe der letteren (Ehemündigteit, Einwilligung der Eltern, Eheverbote zc. zc.). Ein nach den Gefeten feines Bohnortes mit 18 Jahren ehemündiger Franzose kann von der Eheschließung im Deutschen Reich nicht deßhalb ausgeschlossen werden, weil nach dem Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 die Chemündigteit erst mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre eintritt. In gleicher Weise kann auch von einem im Deutschen Reiche nicht domizilirenden Engländer die Beibringung einer elterlich en Einwilligung nicht verlangt werden, deren er nach dem für seine personliche Rechtsfähigkeit maßgebenden englischen Rechte nicht bedarf.

hiebon ausgehend bestimmt icon § 3 bes Reichsgesetes vom 4. Mai 1870, betreffend die Cheschließung ac. von Bundesangehörigen im Auslande, daß der Rupturient die zustimmende Erklärung derjenigen Personen beizubringen habe, deren Einwilligung nach ben Gesen seiner heiner hein ath erforderlich ift. Insbesondere aber für das Gebiet des Allgemeinen Landrechts bestimmt in unzweideutiger Weise § 23 der Ginleitung des lettern: "Die person lichen Gigenschaften und Besugnisse eines Menschen werden nach den Gesehen der Gerichtsbarkeit beurtheilt, unter welchen derselbe seinen eigentlichen Wohnste hat."

Deshalb hat auch nach § 47, Absat 2 bes Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 — wie schon nach § 144, Theil II, Tit. 1 Augem. Landrechts — ber Rupturient in den betreffenden Fallen eine Bescheinigung der ausländischen Behörde dahin beizubringen, daß ihr von dem Bestehen eines Cheshindernisses nichts bekannt sei.

Die Anwendung des am Cheschließung sorte geltenden Rechts auf die Beurtheilung der materiellen Ersordernisse der Geschließung würde überdies in vielen Fällen die Schwierigkeiten ergeben, daß der Ausländer gar nicht in der Lage wäre, die Mittel in Anwendung zu bringen, die das Reichsgeset dom 6. Februar 1875 zur Beseitig ung von Chehindernisse dem im Deutschen Reichs Bohnenden an die hand gibt. Die Dispensation vom Alter der Chemündigkeit (§ 28 a. a. D.) würde ihm von der eventuell allein zuständigen Behörde des ausländischen Bohnortes nicht ertheilt werden konnen, wenn er das durch das ausländische Gesetz seltgesetze Alter der Chemündigkeit bereits erreicht hat. Gine gerichtliche Rlage auf Ergänzung der elterlichen Cinwilligung (§ 32 a. a. D.), die eventuell nur bei dem Gerichte des ausländischen Bohnorts angestellt werden könnte, würde unstatthaft sein — falls sie dem betressenden ausländischen Gesetz überhaupt bekannt wäre — wenn es nach diesem Gesetz der elterlichen Cinwilligung überhaupt nicht mehr bedarf. In den Fällen des § 38, Absatz a. a. D. würde der nach den Gesen des Cheschließungsorts ersorder-liche Rachweis (betressend, Auseinandersetzung oder Sicherstellung des Bermögens") nicht erbracht werden können, wenn es an dem Bohnort einer zu dem Ende zuständigen Behörde — wie es thatssächlich nicht selten der Fall sein wird — überhaupt gebricht.

Es hat unmöglich die Abficht des Befengebers fein tonnen, in folder Beife für Perfonen bie im Auslande wohnen, Borfchriften zu erlaffen, die einer vollständigen Anwendung nur auf folde Bersonen fähig find, die ihren Bohnfig im Deutschen Reich haben.

("Standesbeamter" de 1823, Rr. 4, S. 25 f.)

In Prengen haben — laut Geset betreffend die Zulassung von Ausländern zur Cheschließung vom 13. März 1854 (Ges.=Samml. S. 123), § 1 — Ausländer, welche mit einer Inländerin oder einer Ausländerin eine Ehe schließen wollen, neben der Erfüllung der sonstigen gesetlichen Cheersordernisse durch ein gehörig beglaubigtes Attest der Orts=obrige it ihrer Heimath nachzuweisen, daß sie nach dortigen Gesetzen, unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit, zur Eingehung einer Ehe im Auslande besugt sind oder die nach diesen Gesetzen etwa ersorderliche Erlaubniß zu der beabsichtigten Ehe erhalten haben. Nach § 2 dieses Gesetzes sind die Minister der Justiz, der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten und des Innern ermächtigt, sowohl in einzelnen Fällen, als auch, mit Rücksicht auf die Gesetzesdung einzelner Staaten, für die Angehörigen derselben überhaupt die Beibringung eines solchen Attestes zu erlassen. Dispen ationen bieser Art, also allgemeine, ein für alle Male geltende, sind

ertheilt worden: für die Angehörigen von Großbritannien und Irland (Minist. Erlaß v. 31. August 1856), der Vereinigten Staaten von Nordamerika (ebenda), Frankreichs (Minist. Erlaß vom 2. April 1856), Belgiens (Minist. Erlaß vom 27. April
1869), Desterreich ungarns mit Ausschluß der in Salzburg, Eprol, Borarlberg und
Krain heimathsberechtigten (Minist. Erlaß v. 17. Juni 1869), Rußlands (Minist. Erlaß
v. 2. März 1871), der bayerischen Pfalz (Minist. Erlaß v. 29. August 1871), der
Niederlande (Minist. Erlaß v. 4. Januar 1872), Schweden norwegens (Minist.
Erlaß v. 5. Mai 1874, Italiens (Minist. Erlaß v. 21. Juni 1875). Auf die seit Erlaß des Geseßes v. 13. März 1854 erworbenen Landestheile (Hannover,
Schleswig-Holstein, Hessen-Rassau, Frankfurt a. M.) ist das Gesey nicht ausgedehnt worden,
wohl aber hat man in der Praxis die Bestimmung des § 2 a. a. D. auch auf diese Gebiete
angewendet, so daß bezüglich der Befreiung der Ausländer von der Beibringung der nach § 1
ersorderten Erlaubniß in ganz Preußen gleiche Grundsäse, nicht aber bezüglich der Art des
von nicht befreiten Ausländern beizubringenden Erlaubnisscheines zur Anwendung kommen.

Ausführliche Belehrung über bie in den verschiedenen Staaten des Dentschen Reiches mehr ober minder einschränkenden Boraussehungen, an welche die Cheschließung von Auslandern gebunden ift, bietet das zu obigen Angaben als Quelle benutte Bert von A. v. Erichsen (Erforberniffe, Form und Beurfundung ber Cheschließung, 2. Aufl., Berlin 1883). Es wird theils ein Reugniß ber auswärtigen Beimathsbehörbe, daß ber beabsichtigten Cheschließung nach bem Rechte bes Beimathstaates ein hindernig nicht entgegenfieht, theils eine Erlaubnig ber inlanbifchen Dbrigteit geforbert. Die auf bie Beibringung berartiger Nachweise gerichteten Borfchriften bezweden in erster Linie bie Sicherftellung, bag ber Auslander nach eingegangener Che fammt feiner gamilie von feinem Beimatheftaate auf Erforbern werbe übernommen werben, und gelten baber lebiglich fur ben eine Che eingehenden Auslander, nicht aber fur bie ehefchließende auslandifche Braut, und zwar beghalb, weil lettere gerabe burch bie Berheirathung ihrer heimathlichen Staatsangehorigfeit und bes eventuellen Bieberaufnahmerechts verluftig geht. Gleichzeitig follen indeffen bie betreffenben Befcheinigungen baju bienen, in Bahrung ber internationalen Recht 8orbnung bie Eingehung nichtiger ober ungiltiger Ghen burch frembe Staatsangehörige gu verhindern ober boch zu erschweren. (Bgl. Erlag bes Auswärtigen Amtes vom 18. Ottober 1875 - "Stanbesbeamter" de 1875, S. 235.)

в.

Bahern. — Geset über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868 23. Februar 1872, Art. 39:

- I. Ausländer, welche auf bayerischem Gebiete, ohne nach Bayern formlich eingewandert zu fein, eine Che schließen wollen, haben der Diftriftsverwaltungsbehörde des Ortes, an welchem die Cheschließung erfolgen soll, den Nachweis vorzulegen, daß nach ben im Heimat- lande bes Mannes geltenden Gefegen biese Cheschließung zulässig ift und biefelben Wirkungen hat, wie wenn sie im Heimatlande selbst erfolgt ware.
- II. Ift biefer Nachweis geliefert, fo hat bie Diftriftsverwaltungsbehörbe ein Beugnif auszuftellen, baß ber Cheschließung tein hinberniß im Bege ftebe.
- R. Baper. Minifterialentighließung vom 5. Dezember 1875, Rr. 13269 (Amtebl. b. Min. b. Innern 1875, S. 685), Biff. III, ju litt. C. :

Der in Art. 39, Abf. I des Gesetzes vom 28. Februar 1872 über Deimat, Berehelichung und Auf-

enthalt verlangte Rachweis foll zunächt barthun, daß Ausländer durch die Cheschließung ihre Staatsangehörigkeit auf ihre zukunftige Chefrau und ihre in der Che gebornen Rinder übertragen, und daß sie demgemäß nach eingegangener Che sammt ihrer Familie von ihrem Heimatsstaate auf Ersordern wieder werden übernommen werden.

Die Beibringung von folden Rachweisen ift bann nicht nothwendig, wenn burch minifterielle Erklärungen u. bgl. bekannt gegeben worden ift, daß die Chefchließungen von Auslandern in Bayern bieselbe Wirkung und die nämliche Folge haben, wie wenn diese Ehe im ausländischen Deimatftaate des Mannes abgeschlossen worden ware. Dieß ift 3. 3. der Fall

- a. bezüglich ber Rieberlanbifden Staatsangehörigen nad DR.- C. v. 19. Marg 1871, Rr. 1905,
- b. bezüglich ber Somebisch Rorwegisch en Staatsangehörigen nach M. E. v. 3. Juli 1874, Rr. 7596 (Amtsblatt bes St.-M. d. J., S. 349),
- c. bezüglich ber Italiener nach Uebereinfunft bom 3. Dezember 1874 (Minift .- Amtsbl. v. Jahre 1875, S. 478),
- d. bezüglich ber Belgier nach Uebereinfunft v. 8. Oftober 1875 (Minift.-Amtabl., G. 645) und
- e. bezüglich ber Frangofen nach bem in Frantreich geltenben Civilgefegbuche.

Bas endlich die weiteren Boraussetzungen ber Eheschießung von Ausländern betrifft, jo haben bie Diftrifts - Berwaltungsbehörden den Rachweis zu verlangen, daß nach den im Deimatlande des Rannes geltenden Gefeten biefe Chefchließung julaffig ift.

v. Sicherer (Personenstandsgeset, S. 280) führt bes Nähern aus, daß auch bei ben von ber Beibringung eines besondern Nachweises befreiten Staatsangehörigen der Riederlande, Schweden-Norwegens, Italiens, Belgiens und Frankreichs immerhin der Nachweis, daß die Che nach der bürgerlichen Gesetzgebung des auswärtigen Staates zulässig sei, der Ausstellung des Zeugnisses durch die Berwaltungsbehörde vorauszugehen habe; entbehrlich geworden in Folge der betreffenden völlerrechtlichen Bereinbarungen sei daher nur der Nachweis, daß die Che nach öffentlichem Rechte zulässig sei.

2. Frankreid.

Behufs Sicherstellung ber Inlanderin, welche sich mit einem Ausländer verheirathet, vor Eingehung einer im Heimatstaate des Mannes ungiltigen Che, hatte das Justigministerium mittelst Areisschreiben vom 4. März 1831 den Civilftandsbeamten die Weisung ertheilt, ein Zeugniß der ausländer zur Schließung der beabsichtigten Ehe in Frankreich befugt sei. Wiederholte Entscheide der Staatsanwaltschaft des Seine-Departements aus den Jahren 1822, 1833, 1834, 1835, 1838, 1841, 1845 und 1851 gingen indessen beständig dahin, daß dem vorerwähnten Erlasse keinerlei Gesetzeskraft zugeschrieben und der Ausländer eines durch das französsische Gesetz ihm zugesicherten Rechtes nicht beraubt werden könne.

Das Kreisschreiben vom 4. Marz 1831 hatte bemgemäß jegliche Bebeutung verloren und wurde nun durch einen neuen Erlaß des Justigministers vom 16. Februar 1855 ausdrücklich aufgehoben. Dieser lautet: "Durch einen Cirkular-Erlaß vom 4. März 1831 waren die Civilsstandsbeamten dahin angewiesen worden, von den Ausländern, welche in Frankreich eine Che schließen wollen, den Nachweiß zu verlangen, daß sie nach ihrem Person alst atus die Rechtsfähigkeit zur Cheschließung besitzen. Es wurde entschieden, daß in Frankreich lediglich die Ersfüllung der durch das französische Geset vorgesehenen Bedingungen gesordert werden könne. Diese auf dem Code civil beruhende Gerichtsprazis verbietet es, das vorerwähnte Kreisschreiben in Anwendung zu bringen. Um jedoch den Klagen verschiedener ausländischer Regierungen und namentlich der benachbarten deutschen Staaten nach Kräften zu steuern, soll der Civilstands-beamte bei Eheschließungen zwischen zwei Ausländern oder zwischen einem Ausländer und einer

Einleitung. XXI

Inlanderin die Brautleute auf die Gefahren aufmerksam machen, welchen sie sich aussetzen würden, falls sie die Auswirkung einer vorläusigen Heirathsbewilligung ab Seite ihrer Heimatsbehörben vernachläßigten. Dieß ist insbesondere bann nothwendig, wenn es sich um Schließung einer Che handelt, bei welcher die Braut dem Inlande angehört, weil diese durch ihre Bersbeirathung mit einem Ausländer ihre französische Staatsangehörigkeit verliert (Code civil, Art. 19), bei einer Bernachlässigung der entsprechenden Borschriften aber die Staatsangehörigkeit ihres Mannes nicht erwerben und im Auslande als bloße Konkubine desselben gelten wurde."

Der in Frankreich eine Che schließende Ausländer ist mithin bem französischen Staatsangehörigen völlig gleichgestellt, b. h. ausschließlich an die Beobachtung der im Code civil enthaltenen Borschriften gebunden, von welchem Grundsate immerhin zu Gunsten bes bezüglich seiner personlich en Fähigkeit auf das ausländische Recht sich berufenden Ausländers, in Betreff zweier Voraussetzungen, abgewichen wird.

Ift namlich ber Auslander ein Abgeschiedener, so kann er — tropdem die gegenwartige französische Gesetzgebung die Shescheidung nicht kennt — gleichwohl in Frankreich eine She schließen. (Bgl. S. 14, Biff. V.) Gbenso kann von der elterlichen, bezw. vorm und schaftlichen Gin willigung Umgang genommen werden, falls die betreffende ausländische Gesetzgebung eine solche nicht verlangt. (Bgl. Entscheidung b. Justizministers vom 11. Juni 1814.)

Die Dispensation von einem Chehinbernisse (Ghemündigkeitsalter, Berwandtschaft und Schwägerschaft) kann bezüglich ber Ausländer nur auf Grund ber vorerst ab Seite ber ausländischen Regierung ertheilten Dispensation ausgewirkt werden und selbste verständlich nur insofern, als eine solche nach französischem Gesetze zulässig ift. (Bgl. Entscheide bes Justigministers vom 7. Juni 1843, 11. September 1843 und 20. Juli 1852.)

Was die Cheverkund ungen anbelangt, welche nach bem Code civil stattzusinden hatten, so wird von deren Bornahme im Auslande abgesehen, sobald in der Gesetzgebung des betreffenden Landes eine entsprechende Borschrift nicht besteht. Diese Prazis folgt namentlich einem Erlasse des französischen Reichskanzlers vom 6. September 1816, laut welchem die Bestimmungen des französischen Gesetzs über die Cheverkundungen nur bezüglich der in Frankreich ihren Wohnort habenden Franzosen als bindend zu betrachten sind.

Quelle: Collier, Arthur. — Tenue de l'Etat civil en France — Manuel à l'usage des officiers de l'Etat civil. Paris, 1864.

3. Stalien.

Das italienische Civilgesethuch (Codice civile del Rogno d'Italia) enthält in seinem Titel V (von ber Che), Kapitel V (von ber Cheschilegung ber Inlander im Ausslande und ber Ausländer im Inlande) folgende Bestimmungen:

Art. 102.

Die perfonliche Fahigteit gur Chefchliegung bestimmt fich fur ben Auslander nach ben Befegen feiner Beimat.

Immerhin ift auch ber Auslander ben im zweiten Abschnitte bes erften Rapitels biefes Titels aufgestellten Ghehinderniffen unterworfen.

Der zweite Abschnitt bes 1. Rapitels bes V. Titels umfaßt die Art 55 bis und mit 69 (f. hienach S. 30 u. 31, sowie S. 81 u. 82). Die Cheverbote, welchen laut Art. 102 auch ber Auslander unterworfen ift, find wohl diejenigen ber Art. 55 (Mangel ber Chemandigkeit), 56 (bestehendes Che-

band), 57 (Bartezeit ber Frauen), 58 (Blutsvermandtichaft ober Schwägerschaft in allen Graden ber auf- und absteigenden Linie), 59 (Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft in der Seitenlinie bezüglich der Geschwister, Blutsverwandtschaft bezüglich des Oheims und der Richte, des Reffen und der Tante), 60 (Aboptivverwandtschaft), 61 (Bevogtung wegen Geistestrantheit) und 62 (Gattenmord). — hinfichtlich des Ersordernisses einer elterlichen bezw. vormundschaftlichen Einwilligung (Art. 68—67) wird sinngemäß die Bestimmung des ersten Absates des Art. 102 ihre Anwendung sinden massedend.

Art. 103.

Der Auslander, welcher in Italien eine Che schließen will, hat dem Civilftandsbeamten eine Erklarung ber zu ftandigen heim atsbehörde vorzulegen, aus welcher hervorgeht, daß gemäß der Gesetzgebung seiner heimat (giusta le loggi da cui dipende) der beabssichtigten Cheschließung kein hinderniß entgegensteht (nulla osta al divisato matrimonio).

Wenn ber Auslander seinen Aufenthalt in Italien bat, muß er gudem bie Borfchriften biefes Besethiches über bie Chevertanbungen beobachten.

4. Defterreid.

Allgemeines burgerliches Gesethuch, § 51: " Ginem fremden Minberjährigen, ber sich in diesen Staaten verehelichen will, und die erforderliche Einwilligung (vgl. §§ 49 u. 50 auf Seite 45) beizubringen nicht vermag, ist von dem hierländigen Gerichte, unter welches er nach seinem Stande und Ausenthalte gehören wurde, ein Berstreter zu bestellen, der seine Einwilligung zur Ehe oder seine Mißbilligung diesem Gerichte zu erklären hat."

Ein Erlaß des Cultusministeriums v. 22. Nov. 1859, 3. 17602, lautet: "Bevor der Seelsorger an der Cheschließung einer dem Auslande zugehörigen Person sich betheiligt, hat er sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß dieselbe nach den Gesehen ihrer Deim at zur Eingehung einer Che im Auslande befugt sei, oder die nach diesen Gessehen etwa erforderliche Erlaubniß zur Schließung der beabsichtigten Ehe erlangt habe. Die Rothwendigkeit der Absorderung eines Ausweises über die erwähnte Besugniß oder Erlaubniß ist in dem Hosdertete vom 22. Dezember 1814, Ar. 1118 J. G., ausgesprochen. Demnach wird es dem Seelsorger, welcher zur Eheschließung eines Ausländers in Desterreich mitwirken soll, obliegen, in verlässiger Weise zu ermitteln, welchem Lande derselbe angehört, und von ihm das ausreichend beglaubigte Zeugniß der kompetenten Dbrigkeit der Gemeinde des Auslandes, zu welcher er zuständig ist, abzusordern, durch welches diese bie vorhin angedeutete Besugniß oder Erlaubniß zur Eingehung der vorhabenden Che bescheinigt."

5. Portugal.

Codigo civil portuguez, Art. 27: Der Stand (estado) und bie perfonliche Rechtsfähigkeit (capacidade civil) ber Auslander richten sich nach ben Gesetzen ihrer heimat.

6. Spanien.

Ley provisional de matrimonio civil de 18 de Junio de 1870:

Art. 15.

Sind die Brautleute Auslander und haben bieselben ihren Aufenthalt in Spanien noch nicht zwei Jahre lang fortgesett, so sollen sie mittelft einer von der, den Gesetzen ihrer Heimat gemäß, zuständigen Behörde in beglaubigter Form ausgestellten Beich einig ung, welche allen Erfordernissen einer nach spanischem Gesetze authentischen und rechtsgultigen Urkunde zu entsprechen hat, den Nachweis erbringen:

"Daß bie Berkanbung ber beabsichtigten Gheschließung mit allen in bemienigen Lanbe, in welchem fie mahrend bes letten Jahres vor ihrem Einzuge in Spanien ihren Wohnsit ober Aufenthalt hatten, zu Recht bestehenden Förmlichkeiten ftattgefunden habe."

In jedem Falle werden fie ihre Fahig teit (libertad, Befugniß) jur Chefchließung nachzuweisen haben.

Art. 32.

In Fallen von Todes gefahr kann ber Ctvilstandsbeamte (Juoz municipal) bie Cheschließung gleichwohl vornehmen, ohne daß die Cheschließenden die in Art. 15 erwähnten Urkunden beigebracht hatten.

Die so abgeschloffene Ehe gilt indeffen blos als bebingt gultig, so lange nicht bie vorausgesette Fähigkeit ber Cheleute in ber burch bieses Geset festgestellten Form als vorshanden nachgewiesen ift.

In Ausführung obiger Bestimmungen murbe erlaffen:

Diesenigen Ausländer, welche ihren gegenwärtigen Aufenthalt in Spanien noch nicht zwei Jahre hindurch fortgesetht haben, im letten Jahre aber vor ihrem Einzuge in dieses Staatsgebiet an einem andern Orte niedergelassen waren oder sich aushielten, wo die Landesgesethe eine Berkündung der Ehen durch die bürgerlichen Behörden nicht kennen, haben die Bescheinigung, daß ihre beabsichtigte Cheschließung im betressenden Lande verkündet worden sei, nicht beizubringen, sondern lediglich das Zeugniß über ihre Heirathsfähigkeit, auf welches die lette Bestimmung des Art. 15 des Gesess sich bezieht. (Reglamento de 13 de Diciembre de 1870 para la ejecucion de las leyes de matrimonio y registro civil, Art. 51, § 3.)

Im britischen und nordamerikanischen Rechte wird allgemein angenommen, daß ber Ausländer bezüglich Schließung einer Ehe im Inlande dem Inlander gleichgestellt sei. Immerhin weist die Prazis der englischen Gerichte Ausnahmen von dieser Regel auf. Was allerdings die formellen Geeerfordernisse betrifft, so wird ihr Vorhandensein oder Richtsvorhandensein unbedingt und ausschließlich nach dem Rechte des Gheschließungsortes (lex loci contractus) beurtheilt. Hinsichtlich aber der personlichen Fählichen baß hierüber das Recht des Wohnsitzes der Brautleute zur Zeit des Cheabschlusses (lex domicilii) entscheide; wobei dieser Wohnsitzes der Brautleute zur Zeit des Cheabschlusses (lex domicilii) entscheide; wobei dieser Wohnsitz nur dann — entsprechenden Falls sedoch ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit — für maßgebend gilt, wenn er dona side, d. h. nicht behuss Umgehung der heimatlichen Gesetzgebung, gewählt wurde. (Bgl. W. Ernst. A Treatise of Marriage and Divorce; London, 1879.)

Als Jusah:

Beftimmungen des Civilgesethuches für den Kanton Bern über das Cheverlöbnif.

Satung 47. Gin Cheverlobnif ober ein vorläufiges Berfprechen zweier Persfonen verschiedenen Geschlechts, fich mit einander zu verheirathen, fieht unter ben Gesegen ber Sittlichkeit und ber Ehre, aber begrundet tein Bwangsrecht.

Bur Begrundung eines Cheein fpruches bient'es nicht. (Ronig's Commentar - I, 112).

Sat 48. Haben die Verlobten einen Shevertrag vor Notar und Zeugen geschloffen, ober ist die Ehe mit Einwilligung der Berlobten und mit Zustimmung derjenigen Personen, welchen das Geset das Recht zu dem Ginspruche zusichert bereits verkündigt worden, so soll das Amtsgericht diesenige verlobte Person, welche ohne zureichenden Grund sich der Bollziehung der She widersetzt, auf den Antrag der andern zu einer angemessenen Entschädigung versurtheilen, und es kann den zurücktretenden Berlobten zu einer Gefängnißstrafe von vier bis zwanzig Tagen verfällen, wenn sein Muthwille zu Tage liegt ober sein Zurücktritt den öffentlichen Anstand beleibigt.

Benn bas Berlobnig im Ranton Bern abgefoloffen und verfündigt worden ift, fo tann bie Rlage auch

gegen einen Auslander angestellt werben. (Ronig's Commentar - I, 112).

Sag 49. Bei ber Bestimmung ber Entschäbigung soll bas Amtsgericht sowohl auf ben Grab ber Erheblichteit ber Grunde, welche ben einen Berlobten zu bem Zurudtritte veranlaßt, als auf die vereitelten Anwartschaften bes andern billige Rudficht nehmen.

Begebene Beichente muß ber iculbige Theil jurudgeben ohne bie feinigen jurudforbern ju tonnen.

(Rönig's Commentar - I, 113).

Sat 50. Bon bem Urtheile bes Amtsgerichts, sowohl über bie Frage, ob ber Burücktritt bes Berlobten ganglich gerechtfertigt worden, als über bie andere, welche bie Bestimmung ber Entschädigung zum Gegenstande hat, sindet in jedem Falle die Weitersziehung an den Appellations= und Cassationshof statt.

Berichtigung.

(Bgl. S. 4.)

A. v. Erich fen, Erforderniffe, Form und Beurkundung ber Chefchliegung (2. Aufl. Berlin 1883, Gugen Groffer), S. 156 :

In Danemark ift für jeben Mann, ber bas 25. Lebensjahr nicht vollendet hat ober für volljährig erklärt ift, sowie für jede weibliche Person, welche bas 25. Lebensjahr nicht vollsendet hat ober Wittwe ober geschiedene Frau ift, sowie auch für alle biejenigen, welche burch obrigkeitliches Dekret für unmundig erklärt sind (einschließlich folder Wittwen, benen ein Bormund bestellt ift) die Einwilligung der Eltern, Borm in der ober Ruratoren erforderlich. Ueber Verweigerung der Zustimmung kann bei der Obrigkeit Beschwerde eingelegt werden. (Mittheilung aus der königl. Danischen Gesandtschaft beim Deutschen Reiche vom 14. Juli 1882.)

Im britischen Parlamente ift ein Antrag, bas Berbot ber Che zwischen Schwager und Schwagerin aufzuheben, bereits in zweiter Lefung angenommen worben.

Aufzeichnungen

betreffend

die Cheschließung von Ausländern in der Schweiz.

₩

Porwort.

Der schweiz. Bundesrath batte unterm 8. Dezember 1875 (Bundesblatt 1875, Band IV, S. 1127) an sammtliche eibgenössische Stanbe ein Rreisschreiben erlaffen, laut welchem seine mit Bezug auf die Berheirathung von Auslandern in der Schweiz zusammengeftellte Ueberficht ber verschiebenen auslandis schen Gesetzgebungen im Bundesblatte veröffentlicht werben follte.

Besondere Veranlassung hiezu bot der Umftand, bag bie Behorben einiger auswärtigen Staaten bie burch Urt. 31 und 37 bes fchweiz. Bundesgesehes vom 24. Christmonat 1874 (Amtl. Sammlung b. Bundesg. Neue Folge. Bb. I, S. 506) geforberte Anerkennungs-Er-

flarung verweigerten.

Es war junachft in Erfahrung ju bringen, welche Staaten jene Erklarung verabfolgen, und für ben Fall, daß eine folche erhaltlich, welches die zur Ausstellung berfelben zuständi= gen Behorben feien. Ferner mußte ermittelt werben, in welchen Staaten eine Che als gultig anerkannt werbe, wenn fie lediglich nach den Formen bes Ortes ihrer Eingehung abgesichloffen worben ift, ba fur die Angehörigen biefer lettern Staaten nach ben Schluffagen von Art. 31 und 37 bes Bunbesgefeges bie Rantonsregierungen von bem Beibringen ber ermahnten Erflarungen bispenfiren tonnen.

Es richtete nun ber Bundesrath unterm 27. Brachmonat 1877 an bie eibgenöffifchen Stände ein neues Kreisschreiben (Bundesblatt 1877, Band III, S. 280) folgenden Juhalts:

"In unserm Rreisschreiben bom 8. Dezember 1875 an sammtliche eidgenoffische Stande, betreffend die in ben Artikeln 31 und 37 des Bundesgesetzes über Civil-

ftand und Che vom 24. Dezember 1874 vorgefebenen Erklärungen auswärtiger Behörden über die Anerkennung von Chen, haben wir eine Ueberfict ber bezüglichen Gefeggebungen ber europaifchen Staaten in Ausficht geftellt.

"Durch Rote vom gleichen Tage wurden sammtliche Regierungen Guropas ersucht, sich darüber auszusprechen, ob sie im Falle sich befinden, die fraglichen Erklärungen für jeden einzelnen Fall auszustellen, und welches die

hiegu tompetenten Beborben feien.

biezu tompetenten Behörden seien.
"Aus benjenigen Antworten, die auf unsere Anfrage erfolgten, ist ersichtlich, daß in den betreffenden Staaten Erstlärungen im Sinne der Artikel 31 und 37 nicht berabsolgt werden tönnen, indem die Frage der Anertennung einer im Auslande abgeschloffenen She überall von der Borfrage abhängig ist, ob die hierauf bezüglichen Bestimmungen der Gesetzgebung des Heimmungen der Gesetzgebung des Geimatlandes beim Abschlosie einse Steaten den Armediete ausstellen

"Während einige Staaten ben Grundjat aufftellen, baß alle für die im Inlande abzuschließenden Eben giltigen Boridriften auch für die im Auslande vorzu-nehmenden Trauungen maßgebend seien, begnügen fich andere Länder damit, für Angehörige, die sich außer Landes verechelichen, nur- die personliche Fähigkeit zur

Kandes veregeligen, nur die personlige grungteit gut Ehe in Betracht zu ziehen.
"In ihren Antworten auf unsere Rote vom 8. Dezember 1875 haben die Bertreter der fremden Staaten sich mit mehr oder weniger Ausführlichkeit über die zur Anwendung sommenden gesetzlichen Bestimmungen ihrer Kander verbreitet oder auch einsach auf die betreffenden Rapitel ihrer Befegbucher berwiefen.

In ber Pragis ift es jedoch icon vorgetommen, bag folche Angaben, welche in einem Falle gemacht worden waren, in einem andern falle erweitert ober

modifizirt murben.

"Es werden die Gefete felbft von Zeit zu Zeit einer Revifion unterworfen, ohne daß wir hievon rechtzeitige Renntnig haben.

"Endlich ift es für schweizerische Behörben unmöglich, bie Berantwortlichkeit für die richtige Auslegung und Anwendung aller ausländischen, auf das Chewesen begüglichen Gesetzebungen zu übernehmen.

Mus biefen Grunden glauben wir von ber Gingangs erwähnten Bulammenftellung und Beröffentlichung gang abjeben zu follen.

"Wir geben babei bon bem Grundsate aus, bag es Sache ber betreffenden Auslander ift, von ben Bertretern ihres Landes in der Schweiz oder ihren beimat-lichen Beborben ein Gutachten darüber zu erwirten, ob die geselichen Borbedingungen zu einer gultigen She vorhanden seien, und welche Förmlichleiten beobachtet werden muffen

"In allen Fallen, wo einer fantonalen Regierung noch Zweifel bleiben ober sonstige Schwierigkeiten entfteben, find wir natürlich bereit, nach Nafgabe unseres Wiffens Auskunft zu ertheilen, ober die Angelegenheit an die fremden Bertreter, beziehungsweise Regierungen zur Aufklärung ober Regelung zu vermitteln."

Somit verzichtete ber Bundesrath, angesichts ber mit Beschaffung des nothwendigen Materials verbundenen Schwierigkeiten, auf sein früheres — einem wirklichen Bedürsnisse der Gegenwart entsprechendes — Borhaben. Auch ist in dem nach den meisten Seiten hin ersichöpfend belehrenden Handbuche für die schweizzerischen Civilstandsbeamten, welches sein Zustandekommen dem eidgen. Departement des Innern verdankt, in Betreff der Cheschließung von Auskländern nur sehr beschränkte Auskunft

3m Unichluß an bas erfte Rreisschreiben bes Bundesrathes (vom 8. Dezember 1875) hatte ihrerfeits bie Juftig= und Bolizeibireftion bes Rantons Bern unterm 31. Juli 1876 an bie Civilftandsbeamten bezügliche Aufschluffe und Weifungen zugeben laffen, welche vor ber Sand bei ber Anwendung bes § 11, 3. Lemma bes (bamals gultigen) bernischen Bollziehungs. befreies vom 25. November 1475 maßgebend fein follten. Es bandette fich alfo in Diefem Erlaffe junachft um Aufftellung berjenigen Bebingungen, von beren Erfullung Die Seitens ber Juftig- und Polizeidirektion erforderliche Gutheißung ber Ausweise bei einer Beirath von Auslandern abhängig gemacht wird. Bor Allem aus mar es hiebei auf bas Erlangen von Buficherungserflarungen ausländischer Behörden begüglich bes Beimatrechtes ber zufünftigen Gheleute und beren Rachfommenfchaft abgefeben. Auf die spatere Anfechtbarteit ber Che in civilrechtlicher Beziehung murbe indeffen feine Rudficht genommen, fondern beren Berhutung lediglich ben Betheiligten überlaffen.

Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß die auf Grund des Art. 31, Lemma 4, und Art. 37, Schlußlemma des schweiz. Gesetzes ausgestellten Erklärungen heimatlicher Behörs den der Ausländer oder ihrer Gesandtschaften in der Schweiz nur mit Bezug auf die Heimatbörigkeit der Betreffenden Werth haben. Die Entscheidung der Frage aber, ob gegebenen Falls eine She wirklich gültig sei, ist stets und überall Sache der zuständigen Gerichte und baher sebe Begutachtung Seitens einer Bers

waltungsbehörde — resp. einer Gesandtschaft — hinsichtlich Nichtbestehens von Shehindernissen, bei einer allfälligen Ansechtung der Che, ohne Bedeutung. Wollen nun die Betheiligten nicht Gesabr laufen, daß — trop derartiger Anerstennungserklärungen — aus irgend einem Grunde ihre She früher oder später angesochten, beziehungsweise nichtig erklärt werde, so mussen sie die Gesetzgebung ihrer peimat recht = zeitig zu Rathe ziehen.

Bekannilich ift der durch Art. 54 der Bundesverfassung und Art. 25 des Geseges über Civilftand und She aufgestellte Grundsat, "es sei die im Austande geschlossene She, wenn nach dortigen Geseten gultig, auch im Inlande als gultig anzuerkennen," bis jett in keiner Gesetzgebung Europa's, außer der schweizerischen

schen, zu finden.

Biemlich allgemein wird jeboch, rudfichtlich ber Form ber Chefchliegung, ber Sat locus regit actum in Unwendung gebracht, beziehungeweise bie nach ichweizerischem Befete in der Schweiz vollzogene Trauung im Auslande als gultig anerfannt. Ausnahmen von diefer Regel bieten insbefondere Rugland, Rumanten und Ungarn. In Diefen Staaten ver-langt das burgerliche Gefet unbedingt ben firchlichen Cheabschluß. Andere Staaten wie z B. Spanien und Portugal, in welchen für Natholiten, und Defterreich, in welchem fogar fur alle Richt: Confessionelosen, zwar nur Die confessionelle Che gesetlich zu Recht be= fteht, die Civilebe aber, in verschiedener Beife, fur Afarholifen, refp Confessionelose, Gingang gefunden hat - burften eine in ber Schweig vollzogene Civiltrauung, nach allgemeinen Rechtsanschauungen, für ihre Angehörigen unterichierelos als gu'rig betrachten. Der Charafter biefer Befetgebungen lagt es inteffen fur ben Einzelnen als rathfam erscheinen, in ber Schweiz ber burgerlichen Trauung die firchliche folgen zu laffen; während — nach oben Gejagtem für die Angehörigen von Rugland, Rumanien und Ungarn die bürgerliche Trauung nur infofern in Betracht fommt, als fie auf fchwei= zerischem Territorium ber firchlichen Trauung nothwendig vorangeben muß.

Werden nun — wie dieß in den meisten gandern der Fall ist — einer in der Schweiz abgeschlossenen Givilehe alle rechtlichen Wirstungen der im Beimatlande selbst gultig einz gegangenen She beigemessen, so geschieht dieß im Allgemeinen nur unter der Boraussehung, daß die heimatliche Gesetzgebung der Brautleute, bezw. Chegatten, rucksichtlich ihrer person ich nichen Fähigkeit zur Gheschließung

nicht umgangen worben fei.

Vorwort.

Bahrend bie englische und beutsche Bericht8: praxis bei einer im Auslande gefchloffenen Che von gemiffen materiellen Erforderniffen abfeben, insofern die Brautleute ihren ordentlichen Bohnfit im betreffenden gande hatten und fich nicht bloß in fraudem legis — d. h. behufs Umgebung laftiger Borichriften ber beimatlichen Befetgebung - momentan borthin verfügten, fo anerkennen bagegen Belgien, Frankreich, Italien, bie Riederlande, Desterreich, Bortugal und Spanien eine Che nur insofern, als bie Requifite ihres einheimischen Rechts ausnahms=

los vorhanden sind.

Die Berudfichtigung bes auslandischen Rechts in ber Schweig - über bas in ber schweizerischen Befetgebung vorgestedte Biel hinaus - liegt allerbinge nicht in ber Aufgabe ber Be= hörden und fann füglich ben Betheiligten anbeim= gestellt werben. Immerbin burfte bie bei allen internationalen Bermittelungsbestrebungen stets erfolgreich vorangebende Schweiz auch bezüglich der Cheschließung durch ihr Beispiel fordernd wir= ten. Abgefeben bievon, ift es aber gewiffermaßen Bflicht ber mit bem Gefegesvollzuge betrauten Beamten, fich in die Doglichfeit zu fegen, bei heirathen von Schweizern mit Auslandern die Intereffen ihrer Mitburger burch richtige Ausfunftertheilung über bie jur Bultigfeit ihrer Che erforderlichen Boraussehungen zu mabren.

Schließlich wird noch bemerkt, bag in nachftehenden Aufzeichnungen bie Bestimmungen bes auslandischen Rechts nur insofern berücksichtigt werden, als beren Inhalt von ber schweizerischen Gesetzgebung abweicht.

NB. Gelbstverständlich wurde nur auf jene - zwar die große Mehrzahl bildenden fcriften auslandischer Gefetgebungen Bebacht genommen, welche entweder Die Befugniß gur Chefchließung im Berhalinif jum fchweizerischen Bundesgefege befchranten oder aber einzelne der burch biefes Befet beftimmten Erforderniffe, beziehungeweise Formali= taten (Ginwilligung ber Eltern ober beren Stellvertreter, Berfunbungever= fahren u. f. w.) in eigenartiger Beife regeln.

Rach einem allgemein anerkannten Grundfate bes internationalen Rechts haben bie fcweize= rifchen Behörden unter feinen Umftanden beim Abschluffe einer Che mitzuwirken, welche eine Uebertretung ber im ichmeizerischen Befege ent= haltenen Berbote bedingen murbe, zumal biefes Befet bezüglich feiner Cheverbote teinerlei Dispensation fennt. Das Richtvorhanden= fein eines in ber ichweizerischen Befeggebung begrundeten Chebinderniffes im Rechte eines fremben Staates - wie g. B. im beutschen Reichsehegesetze bestenigen amischen Oheim und

Nichte ober Reffe und Tante - ift bemnach, als für ben ichweizerischen Civilftanbsbeamten ohne praftische Bedeutung, ganglich außer Acht gelaffen worben. Die gleiche Bemerkung gilt natürlich auch von ber mittelft auslandischer Dispensationen gu bewirkenden Erweiterung ber perfonlichen Fabigfeit jur Cheschließung, so weit Diefelbe Die fur Ginbeimische in ber Schweiz geltenden Berbotsbestimmungen burchbrechen murbe.

Cfr. pag. 80 ss.

Banern.

(Siehe unter "Deutsches Reich, litt. B".)

Belaien.

In Belgien gilt bas Civilgesetbuch — ber Code civil - Frantreichs. Um überfluffige Wieberholungen ju vermeiben, wird baber einfach auf die Rotig unter der Rubrit "Franfreich" verwiesen.

Bezüglich ber belgischen Staatsangehörigen ertheilt übrigens bie belgische Gesandischaft in Bern eine Erflärung, welche mit berjenigen ber trangolichen Botichaft begiglich ber Angehörigen von granfreich wortlich gleichlautend ift.

Der einzige bier zu erwähnende Unterschied amifchen ber belgifchen und ber frangofifchen Befeggebung befteht barin, bag Belgien - im Begenfage ju Franfreich - bie Beftimmungen bes Napoleonifchen Befeges betreffend bie Ghe= icheibung, beziehungemeife bas Inftitut ber Chescheidung felbst, aufrecht erhalten hat. Es fommen baber folgende Artifel bes Code civil in Betracht:

(295.) Beschiebene Chegatten konnen ein= ander nicht wieder heirathen, aus welchem Grunde auch bie Chescheibung erfolgt fein mag.

(296.) Im Falle ber auf Grund wechselsseitigen Einverständnisses (consentement mutuel) ausgesprochenen Ehescheidung darf keiner der beiden Chegatten vor Ablauf einer Frift von brei Sahren eine neue Che eingehen.

(298.) Im Falle ber wegen Chebruches gerichtlich jugelaffenen Chescheidung fann ber schuldige Chegatte fich niemals mit feinem Mitschuldigen verheirathen.

Brasilien.

Der Art. 5 eines Gesetzes vom 19. Juli 1858 entfall Benal Di gleich Beftemung wie Lemma 1 bes 11125 ver ichweildischen

Bundesgeseges über Civilstand und Che. Der= utet namlich:

ben Gefehen best ing wo es geschah, ein: gegangen Lurden, find für gelie no ollen alle juribifchen Wirtungen guben."

Đãnemark.

Die Chegefetgebung beruht in biefem Lande größten-theils auf Buch III, Rapitel XVI bes banifchen allge-Neinen Gesehdiches aus dem Jahre 1684 — unter Zuziehung der Berordnungen vom 5. März 1734, 19. Hebruar 1783, 4. Januar 1799 und 30. April 1824. — (Bgl. Glasson, Le mariage civil et le Divorce. Paris 1880, p. 433.)

In Danemark beginnt die Chemundigkeit bes mannlichen Befchlechts erft mit bem vollendes ten 20. Alterejahre. Der Juftigminifter tann

jedoch Dispensation ertheilen.

Die Bustimmung bes Inhabers ber elterchen Sewalt ist für ben Man nacht efe Buchrigten für bit lebit Leittle aber fitte bereiten ber fichtebene Frau bevarf teiner Ginwilligung.

Chehindernisse find: ein anderes Che-Ber-sprechen (fur ben Mann, wenn berfelbe eine andere geschwangert und vorher ihr die Che versprochen hat); ferner — bieses jeboch burch Dispensation aufzuheben - bie Schwägerschaft in ber Seitenlinie (in Betreff ber Bittwe feines Brubers ober bes Bittwers feiner Schwefter, fowie der Wittwe seines Obeims ober der Tante feiner frubern Chefrau).

Bgl. Stollgel. Deutides Cheidliegungsrecht, Berlin 1879, 6. 115.

Beutiches Reich.

Innerhalb bes Bunbesgebietes übt bas Reich bas Recht ber Gefengebung nach Maßgabe bes Inhalts ber Reichsverfaffung und mit ber Birtung aus, bag bie Reichsgefege ben Lanbesgefegen porgeben. Die Reich & gefete erhalten ihre verbindliche Rraft burch ihre Berfunbigung von Reichswegen, welche vermittelft eines Reich 8gefegblattes geschieht. Sofern nicht in bem publizirten Befege ein anderer Anfangstermin feiner verbindlichen Rraft beftimmt ift, beginnt bie lettere mit bem vierzehnten Tage nach bem Ablauf besjenigen Tages, an welchem bas betreffende Stud bes Reichsgesethlattes in Berlin ausgegeben worden ift. (Reichsverfassung v. 16. April 1871, Art. 2.)

Bemäß bem beutichen Bunbesgesete über bie Erwerbung und ben Berluft ber Bunbes- und

Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 - beffen Bultigfeit nunmehr auf bas gange Reichsgebiet ausgebehnt worben ift -- wird bie Staats= ausgevennt worden in — with die State-angehörigkeit sowohl durch Berheis rathung (§ 5) als durch Legitimation (§ 4) begründet. Nach § 21 desselben Gesetze geht indessen, durch zehnschriegen ununterbroche-nen Ausenthalt im Auslande die Staatsangehorigfeit verloren, insofern die vorbezeichnete Frift nicht burch bie Gintragung in Die Datrifel eines beutschen Confulate unterbrochen

A. Sämmtliche Staaten mit Ausnahme von Banern.

Bon bem bie Chegesetzgebung im beutschen Reiche normirenden "Gefege über die Beurfunbung bes Berfonenftanbes und bie Chefchließung" (vom 6. Februar 1875) fommen in ber Schweig folgende Stellen in Betracht:

(§ 28.) - - Die Chemunbigfeit bes mannlichen Befchlechts tritt mit bem vollenbeten zwanzigsten Lebensjahre ein. -Dispensation ift julaffig.

Diefe Arben atton wird ertheilt: in Breugen bom Juftigmindet, al Sad in von Binif bes Innern, in Burttembergi best Lantesberrt, it Baten vom Juftigminifter, in Elfag-Lotheingen bom Reichstangler.

(§ 29.) Eheliche Rinber bedürfen zur Chefchließung, fo lange ber Sohn bas funfs undzwanzigfte, bie Tochter bas vierundzwanzigfte Lebensjahr nicht vollendet hat, ber Ginwillije gung bes Baters, nach bem Tobe bes Baters ber Ginwilligung ber Mutter und, wenn fie minderjährig find, auch bes Bormundes.

Sind beibe Eltern verftorben, fo bedürfen Minberjahrige ber Einwilligung bes Bormundes. Cfr. p. 70 ss.

(Das Alter ber Großjährigkeit beginnt im gangen Umfange bes beutichen Reichs mit bem vollendeten 21. Lebensjahre. (§ 1 des Gefetes vom 17. Februar 1875)

Dem Tobe bes Baters ober ber Mutter fteht es gleich, wenn biefelben jur Abgabe einer Erklarung bauerub außer Stanbe find ober ihr Aufenthalt dauernd unbe= tannt ift.

Gine Ginwilligung bes Bormunbes ift für biejenigen Minderjährigen nicht erforberlich, welche nach Lande grecht einer Bormundichaft nicht unterliegen. Cfr. pag. 71 ss.

Inwiefern Die Wirffamteit einer Bormundschaftsbehörbe ober eines Familienrathes fattfindet, bestimmt fich nach Canbedrecht.

Bemaß § 45 bes fraglichen Befetes ift bie Buftimmungserflarung berjenigen, beren Ginwilligung erforber-lich ift, in beglaubigter form beigubringen.

- (§ 30.) Auf une heliche Rinber finben bie im vorhergehenden Baragraphen für vater-lofe eheliche Rinber gegebenen Bestimmungen Anwendung.
- (§ 31.) Bei angenommenen Kinbern tritt an Stelle bes Baters (§ 29) berjenige, welcher an Kindesstatt angenommen hat. Diese Bestimmung sindet in benjenigen Theilen des Bundesgebietes keine Anwendung, in welchen durch eine Annahme an Kindesstatt die Rechte der väterlichen Gewalt nicht begründet werden können.

(§ 32.) Im Falle ber Berfagung ber Einwilligung jur Chefchließung steht große jahrigen Kindern bie Rlage auf richterliche Erganzung zu.

Stölzel (Deutsches Cheichließungsrecht. Berlin 1879, Rote auf S. 22) ftellt inbeffen folgende Behauptung auf: "hat einer ber Cheschließenden oder haben beide Cheschließenden ben Bohnort außerhalb des deutschen Reiches, so entscheibet fiber bas Erforderniß elterlicher oder vormundicaftlicher Einwilligung das außerdeutsche

(§ 33.) Die Ehe ift verboten:

(Rr. 5.) zwischen einem wegen Ehe= bruchs Gefchiebenen und feinem Mitschulbigen.

3m Falle ber Mr. 5 ift Dispensation gu- laffig.

Diefe Mebriation mird ertheit für Breugen vom Juftigmin tie Cachife bei Min truckn, Burttemberg vom Littemberni Reben von Juftimiifter und Eljag-Lothringen vom Recestangler.

(§§ 34 und 35 entfprechen b. Art. 28, Biff. 1 und Schluglemma bes fcweiz. Gefeges.)

(§ 36.) Sinfichtlich ber rechtlichen Folgen einer gegen die Bestimmungen ber §§ 28 bis 35 geschloffenen Che sind die Borschriften bes Landesrechts maßgebenb.

Biemlich allgemein wird nun die mangelnde Chemündig teit (§ 28) als ein öffentliches, trennendes hinderniß betrachtet, welches also die zuwider eingegangene She nichtig macht — d. h. fie tann von Amteswegen angesochten werdenlift. pag. 168 s. hinfichtlich der mangelnden Ein will ig ung ber

Sinficitich ber mangelnden Gin willigung ber Eltern, beziehungsweise beren Bertreter, herricht inbeffen in Deutschland die größte Mannigfaltigkeit. (Bgl. hinschius, Commentar jum deutschen Reichsehegeset, Berlin, 1876, S. 123 ff.)Cfr. pag. 77.

Dasfelbe gilt bon bem Chehinderniß bes Chebruchs, welches bald aufschiebend, bald trennend wirtt. Cfr. pag. 168 s.

Das burch § 37 aufgestellte Berbot ber She zwischen einem Bflegebefohlenen unb feinem Bormunbe ober beffen Rinbern wäherend ber Dauer ber Bormunbschaft braucht in ber Schweiz taum berudfichtigt zu werden, insbem ber zweite Absatz bes nämlichen Baras

graphen bie gleichwohl geschloffene Ehe als nicht aufechtbar erklart.

Dasselbe gilt in Betreff bes § 38, laut welchem die partikularrechtlichen Borschriften, welche die Ehe der Militärpersonen ober ber Landes beamten von einer Erlaubnif abhängig machen, durch das Reichsehegesetz war nicht berührt werden, der Mangel dieser Erlaubnif aber ohne Einfluß auf die Rechtsgültigkeit der geschlossenen Che ist.

Ein Gleiches gilt auch (nach § 38) von ben Borschriften, welche vor ber Gheschließung eine Rach weißung, Auseinanbersetung ober Sicherstellung bes Bermögens erforbern. — Cfr. pag. 167/168,

ΙT

Mit Bezug auf die behufs Bornahme der Cheverfündungen beizubringenden Geburts ober Eberteurfunden) ist zu erwähnen, daß § 73 des Reichseehegesetzes die Ausfertigung von Auszügen aus Registern, welche vor Inkraftireten desselben zur Beurkundung des Civilstandes geführt wurben, denjenigen Behörden und Beamten überslassen hat, welchen vor diesem Zeitpunkte die Kührung dieser Register (Standesregister oder Rirchenbücher) oblag. — Vide Anhang S. 11.

III.

§ 46 schreibt bie Bekanntmachung bes Cheverkundungsaktes — in Deutschland "das Aufgebot" genannt — durch Anschlag während zweier Wochen vor.

Diefer § 46 enthalt ferner bie Borfchrift, baß bas Aufgebot bekannt zu machen ift:

1. in ber Gemeinde ober in ben Gemeinden, wofelbft die Brautleute ihren Wohnfig haben;

2. wenn einer ber Berlobten feinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb feines gegenwartigen Bohnstes hat, auch in ber Gemeinbe feines jegigen Aufenthalts;

3. wenn einer ber Berlobten feinen Wohnsts innerhalb ber letten feche Monate gewechselt bat, auch in ber Gemeinde feines früheren Wohnstges.

Demnach ist bei Bornahme von Che-Berfündungen im deutschen Reichsgebiete bloß der Bohnsig entscheidend, mithin nicht die Deimatsoder Ortsangehörigkeit. Indessen wird man nicht ermangeln bürfen, um dem schweizerischen Gesetze zu willfahren, die Berkundung am heimatorte wenigstens anzubegehren und eine auf das Gesetz sich berufende Bescheinigung der zuständigen heimatbehörde auszuwirken, laut welcher die betreffende Berkundung als überfluffig ober gar unjulaffig erklart wirb. (Bgl.

Bunbegg, Art. 29.)

Sofern die Brautleute aber ihren gegenwärtigen Wohnsit nicht durch längere, mindestens die in § 46, Biff. 3 (s. oben) des deutschen Gesetzes erwähnte sechsmonatliche Frist übersteigende Aufenthaltsdauer begründet haben, ist es hinwiederum rathsam — um einem bezüglichen Ansechtungsgrunde vorzubeugen — die Verkündung am letten ständigen Wohnorte auf beutschem Reichsgebiete vornehmen zu lassen, wiewohl das schweizerische Gesetz keine berartige Vorschrift enthält. Cfr. pag. 160 (II).

Rad Dinschius (Commentar z. d. Reichsgeset vom 6. Februar 1875, ad § 42) ist unter Wohn sie berjenige Ort zu verstehen, welchen Jemand dauernd zu seinens bleibenden Ausenthalte, zum Size-seines Hausendschaftes, zum Mittelpunkte seiner Geschäfte und seiner Thätigkeit gewählt hat. Unter dem dem Wohnsize entzgegengesetzen Ausenthaltsort ist — nach derzielben Autorität — das rein thatsächliche Berhältnis des längern Berweilens an einem bestimmten Orte ohne den sog, animus remanendi, also ohne die Absicht dort dauernd zu bleiben und den Mittelpunkt seiner häuslichen und ökonomischen Berhältnisse fiziren zu wollen, gemeint. Die Entscheidung darüber, in welchen Fällen nun ein "gewöhnlicher" Ausenthaltsort vorliegt, ist dem Standesbeamten überlassen. Bei dieser wird es wesentlich darauf ankommen, ob der Iwed des Ausenthaltsortes ein rein vorübergehender ist oder nicht und derselbe so lange gewährt hat, daß die Berhältnisse des Betressenden haben bekannt werden können.*)

(§ 51.) Das Aufgebot verliert feine Kraft, wenn feit beffen Bollziehung sechs Monate versftrichen sind, ohne bag bie Ghe geschloffen worden ift.

IV.

(§ 82.) Die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Trauung werben burch biefes Gefet nicht berührt.

Die Bern field Best in G in to ga ft in Bern field Best in G in to gane, beren Formant fige Ermugen lautt.

"Auf Grund ber eingesebenen Berfündscheine wird hiemit attestirt, daß ber Berheirathung bes N. N. aus X. mit N. N. aus X. ein hinderniß nicht im Wege steht und daß bem N. N. nach beutschem Recht die unbeschränkte Besugniß zur Ebeschließung zusteht, sowie daß bemgemäß eine rechtsgültige von bemselben in der Schweiz einz gegangene Gbe mit ihren Folgen in Deutschland traft des Geses Anerkennung sinden wird.

Bern, d. d. Raiserl. beutsche Gesanbtichaft: Y. Z."

Laut verdankenswerther Mittheilung der kaiferl. beutschen Gesandischaft in Bern, stütt sich dies selbe, bei Ertheilung dieser Atteste über Anerstennung der von deutschen Staatsangehörigen in der Schweiz zu schließenden Ehen, auf einen Erlaß des auswärtigen Amtes des deutschen Reiches, d. d. Berlin, 13. Dezember 1875, wonach in Ländern, welche eine für Ins und Ausländer aller Confessionen gleichmäßig versordnete Form der Cheschließung besigen, es den deutschen Staatsangehörigen nach wie vor unbenommen bleibt, ihre Chen rechtsgültig in dersenigen Form einzugehen, welche daselbst geseslich zu Recht besteht, mag diese Form in dem kürgerlichen Afte bestehen.

Semäß Erlaß bes preußischen Ministeriums bes Innern vom 12. Juni 1879 (Min.:Bl. d. Inn. 1880 S. 2) könnte allenfalls auch von ber betreffenden Orispolizeibehörde eine Bescheinigung über etwaige oder über nicht vorhandene hindernisse für Schließung einer Ehe im Auslande ausgestellt werden, und zwar dahin, daß, soviel die angestellten Ermittelungen ergeben haben, der beabsichtigten Eheschließung im Auslande ein gesepliches hinderniß nicht entgegensstehe. (Unter hinweis auf §§ 28 ff. des Reichsgeseless vom 6 Februar 1875.)

In Betreff ber Legitim ation burch nach folgen be Ehe ist zu bemerken, baß im sogen. Gebiet bes franz of is sche n Rechts (bie preußische Rheinproving, bie bayrische Rheinpfalz (vide Bayern), Rheinsbeffen bas hessen-homburgische Oberamt Meisenbeim und bas oldenburgische Fürstenthum Birkensfeld) gemäß Art. 331 bes Code civil die im Ehebruch erzeugten Kinder nicht legitimirt werden können. Cfr. p. 9 (V).

Dasselbe gilt für Baben, ba ber Art. 331 bes babischen Landrechts mit bem Art. 331 bes Code civil übereinstimmt. Cfr. p. 19 (XII).

B. Banern.

Anmertung. Die in Rachstehenbem auszugsweife wiedergegebenen Erlaffe find in Dr. L. A v. Miller's handbuch für Standesbeamte, 2. Aufl , Rordlingen 1882, vollinhaltlich abgedruct

Die Conderstellung Baverns in Bezug auf bie Cheichließung feiner Staatsangehorigen grundet sich auf den Borbehalt in Dr. III, § 1 bes Berfailler Bundnifvertrages vom 23. No= vember 1870 und Biffer I bes Schlufprotofolls von demfelben Tage, wonach die Reichsgefeg= gebung fur bas Ronigreich Babern nicht jujustandig ift, bezüglich ber Beimat: und Riederloffungeverhaltniffe bas Berebelichungemefen in Bayern mit verbindlicher Kraft zu regeln.

Die redilichen Erforberniffe gur Cheschließung beurtheilen fich somit nur in rein civilrechtlicher Beziehung nach Maßgabe bes beutschen Reichsgefetes vom 6. Februar 1875, in administrativpolizeilicher hinficht aber nach Maßgabe des baperischen Gesetzes vom 16. April 1868/23. Februar 1872 über Beimat, Berebelichung und

Aufenthalt.

Rach Art. 33, Biff. I und II bes lett: erwabnten Geseges tann ein Baper, welcher rechts des Rheins seine Beimat und in Europa feinen Wohnfit hat, eine burgerlich gultige Che wo es auch fei - nur bann fchließen, wenn von ber Diftritisverwaltungsbehorbe feiner Beimatgemeinde ein Beugniß (bas fog. "Berehelichungszeugniß") barüber ausgestellt ift, daß gegen die beabsichtigte Cheschließung tein im Gefege begrundetes Chebindernig beftehn. (Betreff D. Folgen vgl. Abschn. VIII, G.11.)

Auf die in der baperifchen Pfalz beimatberechtigten Bayern findet inteffen Die Borfchrift über die Beibringung des Berebelichungs Beugniffes fiine Unmendung, wenn Diefelben außer= halb bes rechterbeinischen Bagerns eine Che fcliegen. Die Borfdriften über Beibringung des fraglichen Beugniffes beziehen fich überall nur auf ten Diann.

Buftanbig jur Ausstellung biefes Beugniffes ift bie Diftriftsverwaltungsbehorde jener Gemeinde, in welcher ber Mann seine Beimat hat. (Art. 33, Biff. III bes ermahnten Befetes.) Cfr. p. 156 (*).

Rach von Riedel's Commentar g. angef. Gefete (5. Aufl. G. 189) find es in ben einer Rreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten, und zwar auch in Munchen, bie Magistrate, außerbem bie Bezirkamter, welche gur Ausstellung bes Berebelichungszeugniffes zu-ftanbig find. Die Buftanbigfeit bemeffe fich übrigens in allen Fallen nur nach ber Beimat

und nicht nach bem Aufenthalte ober Domicil bes Brautigams. (Vide Abschn. IV, S. 9.)

Laut Art. 34, Biff. I bes betr. Befeges ift bie Ausstellung bes Beugniffes bebingt:

1. burch ben Nachweis, bag ber Berebes lichung bes Mannes Die Militarbienft = pflicht nicht hindernd im Bege fteht;

Dafigebend find die §§ 40 und 60, Biff. 4 des Reichs. Militärgefeges vom 2. Mai 1874, laut welchen Dilli-tärperfonen bes Friedens ftanbes ju ihrer Berheirathung ber Benehmigung ihrer Borgefest n bedürfen und ebenfo von dem Beurlaubtenftanbe die vorläufig in die Beimat beurlaubten Refruten und

Freiwilligen. Vide pag 79 (C. a). Der Bewerber hat fomit eine Erlaubnig ber Militarbeh dr be ober aber eine Urtunbe (Militarpaß, Abfaieb, Freischein, Entlaßichein u. f. m.) beigubringen, aus welcher bas Richtvorhandensein militardienftlicher hinderniffe herborgeht.

2. burch Beibringung ber Bertunb= fcheine aus bem Aufenthaltsorte ober ben Aufenthaltsorten ber Brautleute;

3m rechtsrheinischen Bayern findet das - in Ge-magheit des Reichsgeseges vom 6. Febr. 1875 erforderliche - ftanbesamtliche Aufgebot nicht ftatt. Das felbe wird indeffen burch eine Seitens ber Bemeinbevermaltung zu bewirfende Bekanntmachung erfest, welche während bioß gehn Tagen angeschlagen bleibt (Entschließung bes Ministeriums bes Innern vom 23. Dezember 1875, Rr 14,86.) — Vide Berehelichung zeugniß S. 10.

Burde innerhalb der gefeglichen Grift feine Ginfprache erhoben, ift aber amtsbefannt ober aus bestimmten Grunden mahricheinlich, das gleichwohl der beabfichtig-ten Che ein civilrechtliches Berbot hindernd im Bege fieht, so bat die Diftritsverwaltungsbevorbe binn n längliens drei Tagen nach Empfang der Befanntmachungsurfunde zu verfügen, daß durch Bestätigung des Amtsgerichts, in deffen Bezirk die zunächst von jenem Cheverbote betroffene Person ih en 26. hnfig hat, Das Richtvorbandenfein ober Die legale Befeitigung bes in Frage ftebenden Ch binderniffes nachgewiesen werde, und hat bis jur Beibringung Diefes Rachweifes Die Ausstellung bes Berebelichungszeugniffes ju berweigern. (Art. 35, Biff. VI bes Gefeges bom 16. April 1868/23. Februar 1872.)

3. durch Beibringung der nach bestehenden Dienstesvorschriften erforderlichen bienft. Iichen Bewilligung, falls ber Mann eine im Dienfte bes Staates, ber Rirche, einer öffentlichen Corporation ober Stiftung verwenbete Berfon ift, beren Anftellung bem Staats= oberhaupte ober einer Staatsbeborbe gufteht;

Es find insbefondere die Offigiere (Militarargte und Militarbeamte), Uniberfitats-Brofefforen, fomie auch bie Notare darunter verftanben.

4) burch bas Nichtbestehen ober bie Ungulaffigfeit eines allenfalls Geitens ber Beimatgemeinbe bes Brautigams aus Grunden, welche die perfonlichen Berhaltniffe Des= felben betreffen, erhobenen Ginfpruchis.

Die in Art. 36 ausbrudlich aufgeführten, einzig maggebenben, Grunde find:

1) wenn ber Mann wegen Berbrechens ober Bergebens verurtheilt ift und fich weder über Abbugung noch über Rachlag ber Strafe auszuweisen bermag;

2) wenn und fo lange fich berfelbe megen Berbrechens ober Bergehens in Untersuchung

3) wenn berfelbe in ben unmittelbar porhergebenben brei Jahren bffentliche Armenunter ft ügung be-ansprucht ober erhalten hat;

4) wenn und fo lange berfelbe fich mit ben ber Bemeinbetaffe ober Armentaffe feiner Beimatgemeinde gegenüber ihm obliegenden Leiftun-

gen im Rudftanbe befindet,

5) wenn und fo lange berfelbe aus irgend einem Grunde, fei es wegen Minderjährigkeit ober geistiger Unfahigteit ober Berfchwendung unter Bormund ja aft steht. Minderjährigen Mannern, welche noch in väterlicher Gewalt und daber nicht unter Curatel stehen, tann bie Gemeinde teinen Ginfpruch entgegenftellen (b. Riedel's Commentar, S. 203).

Ein etwaiger nach Ablauf ber Frift von 14 Tagen

erhobener Einfpruch barf nicht mehr berudfichtigt werben. (Art. 37, Biff. I.) Ueber die gesetzliche Zuläffigteit bes erhobenen Einspruchs enticheibet Die Distrikisberwaltungsbehörde. (Art. 37, Biff. IV.)

Ueberdieß hat ber Bewerber — laut Art. 34 Biff. II - alle gur Burbigung bes Gesuchs erforderlichen Aufschluffe zu ertheilen und Rach = meis über Alter, Stand und Beimat ber Braut, sowie ihrer etwa porhandenen Rinder beigubringen. Cir. p. 79 8.

Rad Riebel's Commentar (6. 195) haben fich bie ju ertheilenden Aufschluffe por Allem auf Die 3bentitat und die Geimat bes Bewerbers, fowie auf beffen Fahigleit gur Eingehung ber Che gu erftreden. Derartige Aufschläffe find namentlich an-gezeigt, wenn fich ber Bewerber bereits langere Zeit außerhalb ber Beimat aufgehalten hat. Da bie Behorbe die Ausstellung des Beugniffes fo lange bermeigern tann, bis die Ertheilung der nothigen Aufschliffe erfolgt ift, fo liegt die sofortige Borlage begitglicher Ausweise jedenfalls im Intereffe bes Bewerbers. — Bur Bereinfachung und Befchleunigung bes Berfahrens bient baber ins-besondere bas Beibringen eines heimaticheines, fowie etwaiger Leum und Bzeug niffe für Brauti-gam und Braut und je nach Umftanben einer fchriftlicen Ertlarung ber Deimatgemeinbe bes Brautigams, bag fein Ginfpruch befiebe ober erhoben werden wolle. (Gur eine folde auf Anfuden bes Brautigams erfolgte Ertlarungsabgabe tann eine Gebuhr ju Gunften ber Gemeindetaffe erhoben werben.)

Bas ben Rachweis über Alter, Stand und Beimat ber "etwa vorgandenen" vorehelichen Rinder den Braut betrifft, so schleicht, nach Riedel, der Wortlaut bes Seseges Rachforschungen und Constatirungen aus, welche das sittliche Gesubl verletzen. Am zwedmäßigsten dürfte es sein, falls sich das Richtvorhandensein solcher Kinder durch die Civilftandsregister des Wohn- oder Heimatortes der Braut nicht beweisen lätzt, der Betreffenden die eidesstattlich: Bersicherung über die Richtigkeit ihrer Aussage ab- und darüber ein Protofoll auf-

...

Gemaß Minifterialentschließung vom 5. Dez. 1875 Mr. 13269 (Amteblatt bes Ministeriums

bes Innern 1875 G. 682) haben bie Diftrifts. verwaltungsbehörben - jufolge Ginführung bes Reichsgefeges vom 6. Februar 1875, wenn nicht gerabeju eine formliche Untersuchung über bas Richtvorhandenfein civilrechtlicher Chebinderniffe ju pflegen, boch wenigstens bas Borhandenfein ber positiven Boraussegungen ber Cheschliegung zu prüfen, und daher - fich nachfolgende Aftenftücke vorlegen zu laffen:

a) Bum Nachweise ber Chemunbigfeit (vgl. b. sub litt. « A » cit. § 28 b. Reichsgef.), die Geburtsurfunden ober ben Nachweis ber

erlangten Dispensation.

(Gesuche um diese Dispenfation sind — gemäß Bekanntmachung des Min. d. Justig und d. Innern vom 24. Dez. 1875 in Berbindung mit der k. Berordnung vom 15. Dez. 1875 — in Bayern rechts des Rheins bei dem Amtsgerichte einzureichen, in dessen Bezirk der um Dispens nachzuchende Berlobte seinen Wohnsig hat oder fich gewöhnlich aufhalt.)

b) Bei ber Berehelichung von Personen, welche ber Einwilligung bes Baters, ber Mutter, ber Aboptiveltern, bes Bormunbes und bezw. ber Bormunb= schaftsbehörbe bedürfen, die zustimmende Erklarung berselben, bezw. das die Bustimmung ergangende richterliche Erfenniniß ober gegebenen Falles die betreffenden Sterbeurfunden.

Die §§ 29-31 bes beutschen Reichsges. vom 6. Febr.

1875, auf welche sich litt. b dieses Ertasses bezieht, find unter ber Rubrit "A" abgebrudt.
In der Pfalz haben nach dem Code civil Art. 348 auch bei angenommenen Rindern die leiblichen Eltern (nicht die Aboptiveltern) den Geiraths-Consens zu er-

c) Gine Urfunde, burch welche festgestellt wird, baß bie Brautleute in teinem ber in § 33 Biff. 1 mit 4 und § 37 bes beutschen Reichsgesetes bezeichneten Berhaltniffe zn einanber fteben.

Die burch § 33 Biff. 1 mit 4 bes beutschen Gesets aufgestellten Cheberbote find in Art. 28 Biff. 2 Des schweiz. Besets ebenfalls enthalten. § 37 bes beutschen Befeges bezeichnet ferner als unzuläffig die Chefchliegung eines Pflegebefohlenen mit feinem Bormund ober beffen Rinbern mahrend ber Dauer ber Bormundicaft.

d) Bei Berfonen, welche bereits eine frühere Che eingegangen haben, der Nachweis des erfolgten Ablebens bes andern Chetheils (Todtenfcein ober Sterbeurfunde) ober ber ftattgehabten Chetrennung (Chefcheidungsurtheil) und ge-gebenen Falles ber Auseinanderfetung und Sicherstellung bes Bermogens.

Unter "Auseinan berfetung u. Sicherftellung bes Berm bgens" ift im Angemeinen ju verfteben bie burd bie meiften beutiden Landesrechte vorgefdriebene Bergeichnung bes Bermogens unter gerichtlicher Dit-wirtung ober bie ordnungsmäßige Abfindung ber Richer bei Gingebung einer anderweiten Che burch einen Bittwer, welcher minderjährige Rinder bat. Gingelne Rechte behnen die Sicherungsmaßregeln auch auf die Ehen ber Bittwen aus, ja auf die Ehen ber Rütter unehelicher Kinder, oder auch auf die Fälle, in benen großjährige Kinder vorhanden find, einige sogar auf alle Fälle einer zweiten Che selbst beim Richtvorhandensein von Kindern. Es herrsch hier die bunteste Mannigsaltigkeit. So gibt es beinahe für alle einzelnen Städte, Bisthümer, Fürstenthumer, Grafschaften, Stifte, herrschaften u. s. besondere Rechte.

Sefuche um Dispensation von dem Bersbote der Ehe des wegen Chebruchs Geschiedenen mit seinem Mitschulsdigen (§ 33 des Reichsgesets) sind gemäß Bekanntmachung des Min. d. Justiz und des Innern vom 24. Dez. 1875 (Ges. u. Berordn. Bl. 1875, S. 871/872) bei dem Staatsanwalte bessenigen Bezirksgerichts einzureichen, bei welchem der Chescheidungsprozeß in erster Instanzanhängig war.

Sobald bie civilrechtl. Erfordernisse zur Gheschließung als erfüllt nachgewiesen find und auch den übrigen Boraussetzungen des (oben citirten) Art. 34 des bayerischen heidenat- und Berehelichungsgesetzes genügt ist, haben die Diftrittsverwaltungsbehörden das Berehelich ung sezugniß ungesäumt aus zu sertigen und ben Betheiligten die Seburts- und Todten schen und den Bormünder u. s. w. hinaus zu geben. Die Sesuche selbst, sowie die Aufgebote, die Erklärungen der Gemeinden und sonstige Bestandtheile der Amtsatten bleiben bei der Distrittsverwaltungsbehörde zurück. (Ministerialentschussen) vom 26. Juli 1876 Rr. 3146. Amusblatt des Min. d. Junern 1876, S. 306/807.)

NB. Um rafc jum Biele zu gelangen, wird es zwedmäßig fein, ben Bezirksamtmann jeweilen, zu ermächtigen, die betreffenden Gebühren per Poftvorfchug erheben zu dürfen.

III.

Birb bie Ausstellung bes Verehelichungszeugnisse verweigert ober wird bieses Zeugnissgegen einen auf Grund bes Art. 36 (s. S. 8) bes bayerischen Heimatgesetzes ertheilt, so können bie Betheiligten — laut Art. 40 bes mehrerwähnten Gesetzes — innerhalb einer Nothfrist von 14 Tagen Beschwerde an die vorgesetzte Kreisregierung, Kammer bes Innern, und zweitinstanzlich an den Verwaltungsgerichtshof ergreifen.

IV.

Abgesehen bavon, daß bei Angehörigen des rechtstheinischen Bayerns das Fehlen des Berehelichungszeugnisses die Ungültigkeit der Ehe zur Folge hat, werden die Betreffenden, denen es tropdem gelang, eine Che abzuschließen, sos bald fte ihren Wohnsig in Bayern nehmen, mit einer Geldbuße bis zu 50 Thalern ober

mit Haft bis zu 30 Tagen bestraft, es sei benn, baß vor Eröffnung bes Strasversahrens bas vorgeschriebene Zeugniß erwirkt ober bie Che Weder aufgelöst ist. (Art. 41 bes mehrerwähnten

Befeges.) Bemerkt wird ichließlich, bag nur bie Diftritts-verwaltungsbehörbe jener Gemeinbe, in welcher ber Brautigam bie wirkliche ober angewiesene Heimat besitht, zur Ausstellung bes Berehelichungszeugniffes zuständig und jedes Beugniß einer andern Beborde nichtig ift, fowie noch, bag fragliches Zeugnig feine Bultigkeit verliert, wenn por Abschluß ber Che eine wesentliche Beranberung in benjenigen Berhaltniffen eintritt, auf Grund beren bas Beugniß ausgestellt worden ift. Somit erscheint eine sorgfältige Ronftatirung ber Beimatverhaltniffe bes Brautigams als unbedingt nothwendig, indem biefe Berhaltniffe nach bem bayerischen Gefete ber Möglichkeit eines rafchen Wechsels unterworfen find. Co g. B. erwerben - gemäß Art. 2 bes mehrerwähnten Gefeges - Beamte bie Beimat in ber Gemeinde ihres Amtsfiges, Offiziere in ber Gemeinde ihrer Garnison, u. f. w. (Bgl. Riedel's Commentar, S. 185.)

Art. 15, Biff. I bes Deimatgefeges: Rann bie Deimat einer in Bayern betretenen Person nicht ecmittelt werden, so ist diese Person durch die zuständige Behörde vorläufig einer Gemeinde zuzuweisen, welche dann so lange als Deimatgemeinde gilt, bis die wirkliche Deimat festgestellt oder eine neue erworben worden ift.

Art. 19, Biff. II: Buftandig ift jene Diftriftsverwaltungsbehörbe, in beren Bezirt die Person, über deren Deimat fich Imeifel ergeben haben, zulezt betreten wurde; in München ift die t. Polizeidirektion zuständig.

V.

Nach hinschius (Commentar 3. Bersonenstandsges., Berlin 1876, S. 93) ist im Geltungssbereich des bayrischen Landrechts (Th. I, Rap. 5, § 8, Mr. 2 u. 3) die Legitismation durch nach folgende Ehe auf die im Kontubinate erzeugten Kinder (liberi naturales) beschränkt, wogegen die bloßen spurii (d. h. alle übrigen außerehelichen Kinder) nicht legitimirt werden können.

Im bayerischen Gebiete bes franzosites scheine Rechts (Rheinpfalz) ift die Legitimation der im Chebruch erzeugten Kinder nicht statthaft — gemäß Art. 331 des Code civil. (Vgl. S. 6.)

VI.

Durch Ministerialentschließung vom 18. Dezember 1880, Rr. 16980 (Amisbl. d. Minist. d. Innern 1880, S. 424 ff) wurde folgendes Formular vorgeschrieben:

Berebelichungszeugniß.

Die unterzeichnete Diftrikteverwaltungsbehörbe bestätigt, daß ber Berebelichung des

Bor- u. Buname bes Brautigams: Herrn Arthur Meyer, Religion: tatholijch, Ort, Tag, Monat und Jahr geb. zu Schwabing am 7. Sep-der Geburt: tember 1846, Civilstand (ob ledig, vermittwetober gefchieben): Stand ober Gewerbe: ledig, Raufmann, wohnhaft ju Münden und Wohnort: Beimat: heimatberechtigt i. Schwabing Sohn bes *): Sobn des Bor-u. Buname bes Baters : Eduard Deper,

Raufmanns. Stand: Bohnort ober Sterbeort: geftorben in Schwabing, und beffen Chefrau (Wittme): und Angabe, ob am Leben ober beffen noch lebenber Wittme perftorben :

Bor- u. Buname : Philippine, geb. Guber, Wohnort, wenn Wittwe: wohnhaft in Schwabing, Dit (Fraulein, Frau): mit Fraulein Bor- u. Buname ber Braut: Anna Müller, Religion :

Ort, Tag, Monat und Jahr geb. ju Freifing am 31. Deber Beburt : Civilftand (ob ledig, berledig, mittmet ober gefchieben):

Stand ober Gewerbe: Bisheriger Bohnort: Bisberige Deimat : Tochter bes *): Bor-u. Buname bes Baters:

Stand: Reigermeifters, Wohnort ober Sterbeort: wohnhaft zu Freifing,

Angabe, ob am Beben ober perftorben :

und beffen Chefrau (Bitime): und beffen verftorbener Chefrau Ratharina, geb. Soulze, Bor- u. Buname: Bohnort, wenn Bittme: -

tatholijd,

Tochter des

Caspar Maller,

zember 1856,

bisher wohnhaft und beimatberechtigt ju Freifing,

fein im Gefetevom 16. April 1868/23. Febr. 1872 über Beimat, Berebelichung und Aufenthalt begrundetes hinderniß im Bege fleht. Bugleich wird befcheinigt, bag bas Aufgebot nach Art. 34, Biff. 2 und Art. 35 bes angeführten Befeges burch Aushang an ben Rathhaufern ju Dinden bom 3. bis 18. Dezember laufenden Jahres und zu Freising vom 7. bis 17. Dezember laufenden Jahres erfolgt ist, welches Aufgebot gemäß § 74, Abf. 2 bes Reichsgefeges vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenfiandes und bie Cheschließung bie Stelle bes von bem Standesbeamten anzuordnenden Aufgebotes vertritt, und bag Chehinderniffe nicht gur Renntniß ber Behörbe gefommen finb.

Den 18 . . Rgl. Bezirtsamt (Magiftrat) N. N.: (L. S.) N. N.

Durch Ministerialentschließung bes Staats= minifteriums bes Innern vom 17. Febr. 1878 Rr. 13289 (Amtebl. b. Min. b. Innern S. 53/54) wurde bie Anordnung getroffen, baß bei Berehelichungszeugniffen, welche zum Besbrauche in ber Schweiz bestimmt find, am Schluffe bes betreffenben Aftenftudes in nachftehender Form zu bestätigen ift :

"baß insbefondere auch bie Schließung ber befagten Che in ber Schweiz ftatthaft ift und baß bie bafelbft unter Beobachtung ber bort geltenben gesethlichen Borichriften erfolgenbe Chefchließung tiefelben Birfungen bat, wie wenn fie in Bapern ftattfinden murbe."

VII.

hinsichtlich ber in ber Pfalz beimatberech= tigten baberiichen Staatsangehörigen, welche bie Che in ber Schweiz fchließen wollen, orbnet bie Bekanntmachung bes baper. Staatsminisfteriums bes Innern vom 20. Mai 1878, Rr. 5917 (Amtebl. bes Min. b. Innern 1878, S. 162/163) an, baß bie Stanbesbeamten ber Bfalg in folden Fallen fortan ber Urfunde über die Bornahme bes Aufgebotes im Anschluffe an bie Bestätigung über Die geschehene Befannts machung und an die Bescheinigung, daß Ebebinberniffe nicht gur Renntniß getommen find, nach vorheriger Brufung über Die materiellen Erforderniffe ber Cheschliegung nach Daggabe ber reichsgeseglichen Bestimmungen Die weitere Ertlarung beizufügen haben :

"baß bie Schließung ber befagten Che in ber Schweiz ftatthaft ift und bag bie bafelbft unter Beobachtung ber bort geltenben gesethlichen Borschriften erfolgende Cheschließung bieselben Wirfungen hat, wie wenn fie in der Pfalz

ftattfinden murbe."

VIII.

Nachträglich werben noch folgende Bestim= mungen bes Befeges vom 16. April 1868/23.

Februar 1872 angeführt:
(Art. 3, Abf. II.) Frauenspersonen er werben burch Schließung einer giltigen Che bie Beimat bes Mannes.

Benn die Auslanderin Rinder in die Che bringt, fo find die Indigenats- und Deimatverhaltniffe biefer Rin-

ber sosort zu tonftatiren (Entschl. d. Min. d. Innern vom 29. Juni 1868, Rr. 7745, Biff. 3).
Uneheliche Rinder erlangen die neue Deimat, welche die Dutter burch Berebelichung erwirbt, bagegen behalten bie Rinder aus einer früheren Che die Deimat, welche der Bater bei feinem Tode hatte (v. Riedel's Commentar, S. 80).

(Art. 4, Abf. 1 und II.) Giner gefchie= benen ober verwittweten Chefrau bleibt

^{*)} Bei unehelichen Rindern ift Bor- und Buname, Stand und Bohn-, bezw. Sterbeort ber Mutter angu-

bie Beimat, welche ber Mann gur Beit ber

Scheidung ober seines Todes hatte.
(Art. 4, Abs. III.) Wird eine Che als nichtig ertlart ober ift fie burgerlich ungiltig, so hat die Frau ihre Beimat ba, wo fie ihr gutame, wenn fie diese Che nicht geschloffen batte; war die nichtige Che von Seite ber Frau in gutem Blauben eingegangen worben, fo behalt fie biejenige Beimat, welche ber Chemann gur Beit ber Richtigfeitertlarung ber Che be-

Rad bon Riebel's Commentar (5. Aufi., S. 90) fann fich bie im Schluffage Des Art. 4 enthaltene Ausnahme von der unmittelbar vorhergehenden Regel nur auf die-jenigen Butativehen beziehen, welche aus civil-rechtlichen Gründen als nichtig erklart worden sind. Die wegen Mangels des in Art. 33 gegenw. Gesetzs vorgeschriebenen "Berehelichungszeugnisses" bürgerlich ungiltigen Ehen konnen auf die Deimatverhältnisse der

Frau teinen Ginfluß außern.

(Art. 1, Abf. III.) Den ehelichen Rinbern werben bie legitimirten und bie in einer putativen Che erzeugten Rinber gleichgeachtet.

(Art. 1, Abs. IV.) Die aus einer nach Art. 33, Abs. II (f. S. 7) burgerlich ungiltigen Che entsproffenen Rinber folgen ber Beimat ihrer Mutter, fo lange bie Ungiltigfeit biefer Che mabrt.

Mis Unbang: Ueberficht berjenigen Amtoftellen, welche bor bem 1. Januar 1876 mit ber Führung ber Standebregister (bezw. Airchenbucher) betraut waren und von welchen — nach d. oben cit. § 73 d. Reichsehegesetes — die bezüglichen Geburts-, Sterbe- ober heirathsurfunden noch jest ausgesertigt werden.

(Abgebrudt aus: hinfdius, Commentar 3. Berjonen-ftandsgef., 2. Aufl., Berlin 1876, S. 17 ff.)

- 1. Preußen flaatlige Civilftanberegifter für alle Staatsangehörigen a. im Bezirt des Appellhofes zu Coln, geführt durch die Bürgermeifter (Gemeindeborsteher, auch besonders beauftragte Gemeindebeamte), b. in Frantfurt a. M. durch eigene Standesbuchführer, c. in allen übrigen Theilen der Monarchie durch Die Burgermeifter in ben Stabten, in Landgemeinben burd bejonders ernannte Beamte, namentlich Gemeinde= beamte ober Borsteher der aus mehreren Gemeinden eines Rreises zusammengesetten Berwaltungsbezirke (Amtsvorsteher, Amtmanner, Landes-, Rirchipiel-Boigte n. j. w.).
- 2. Bapern a. ftaatliche Civilftandgregifter in ber Pfalz durch die Bürgermeifter, b. in den Landes-theilen bfil ich des Rheins für Gangelische und Katholiten Kirchenbucher durch die Pfarrer, für Diffibenten und Juden Register je nach den Landes-theilen theils durch die Diftriktspolizeibehörden, theils durch die Borsteher der Kultungemeinden, bez. Rabbiner, theils burd die driftliden Pfarrer.
- 8. Ronigreich Sachfen für Evangelische und Ratholiten durch die Pfarrer oder besonders dazu bestellte firchliche Beamte, für Juden Register über Geburten, Berebelichungen und Sterbefalle burch bie Bor-

fieher der jubifden Religionsgemeinden, für Diffidenten Civilfiandsregister durch die Gerichte.

4. Wirttemberginer durch die Gerichte.

4. Wirttember durch die Pfarrgeistige- und Ratholiten Kirchenbücher durch die Pfarrgeistlichen, für Juden Register durch die Rabbiner, für Dissidenten und diejenigen, welche eine Kotheivilehe geschlossen durch den Bezirksrichter, Kirchenbücher für einzelne keiner Kirche gugetheilte Evangelische und Ratholiten durch ben Pfarrer bes Bohnorts, Register für Juden an Orten ohne Rabbiner durch ben chriftlichen Ortsgeiftlichen. 5. Baben allgemein Civiffandsregister durch die

6. Großbergogthum Deffen a. in Rhein-beffen allgemein CiviftanbBregifter burch bie Bemeinbevorsteher, b. in den Provinzen Startenburg und Oberheisen für Evangelische und Ratholiten Kirchenbucher burch die Pfarrer, welche auch die Geburtsfälle, Erauungen und Sterbefälle ber Mennoniten in ihre Bucher einzutragen haben.

Medlenburg-Sowerin für Evangelifche und Ratholiten Rirdenbucher burd bie Geiftlichen, für Juben Regifter burd ben Borftanb ber jubifchen Gemeinde, für Diffidenten Civilftandsregifter burch bie

Ortsobrigfeiten.

8. Sach fen - Beimar für Evangelifde und Ratholiten Rirdenbuder burd bie Bfarrer, für Juben Regifter burd ben Rabbiner, beg. Borbeter, für Diffibenten burd die Civilgerichte.

9. Medlen burg-Strelig für Evangelische Kirchenbucher burch die Pfarrer, für Juden Civilftands-register durch den Landesrabbiner.

10. Olden burg a. im Fürstenthum Birtenfeld

allgemein Civilftandsregister durch ben Standes beamten, b. in Olden burg und Rubed für Chriften, Juben und Diffibenten durch die Geiftlichen ber aner-

fannten Religionsgefellicaften.

11. Braun fch weig für Lutheraner, Reformirte und Ratholiten Kirchenbucher durch die Prediger, bez. Opferleute, für Juden Civilftandsregister durch den Rabbiner oder Borstand der jüdischen Gemeinde, bez. den Pfarrer der Parochie, für Diffidenten den Kirchenbuchführer ber evangel. lutherifden Barocie.

12. Sadfen - Reiningen für Chriften Rirchen-bucher burch ben Geiftlichen, für Juden entiprechenbe Bucher burch ben israelitifchen Lehrer.

13. Sach fen Altenburg für Chriften Rirden-bucher burd ben Beiftlichen.

14. Sach fen - Coburg - Gotha für Chriften Rirchenbucher burch ben Pfarrer, Rirchner ober Schul-biener, für Richtchriften Civilftandsregifter burch bas

Justigamt (Stadigericht).

15. An halt Register für Evangelische und Ratholiten durch ben Geistlichen, bez. niederen Kirchendiener, für Juden durch den stadilich ermächtigten Borsteher der Kultusgemeinde, für Dissidenten, sowie keiner Gemeinde angehörige Ratholiken und Juden durch die Rreisdirettionen.

16. Sowarzburg - Rubolfta bt für Evangelifche und Ratholiten Rirdenbilder burch bie Beiftlichen.

17. 6 d war 3 burg. 6 on berahau jen für Evangelijde und Ratholiten Rirdenbucher burch bie Beiftlichen, für Juben Regifter burch bie Borfteber ber Synagogengemeinden, für Diffibenten burd bie Jufij.

18. Balbed für Evangelifche und Ratholiten Rirchenbucher burch bie Beiftlichen, für Juben in Balbed biefelben Rirchenbucher burch ben ebangeliiden Pfarrer, in Byrmont Register burch ben Bor-fanger, beg. Borfteber ber Jubengemeinbe, für Diffibenten burd ben Beifilichen, wenn ein folder bei einer mit Rorporationsrecten berfehenen Religionsgenoffenschaft angestellt und bom Landesdirektor bestätigt ift. 19. Reu-g altere Linie Geburts., Trau- und

Sterbe - Regifter für Chriften und Juden burch bie

20. Reuß iftngere Linie Rirdenbucher für Chriften und Juden burch bie Pfarrer, Civilfiandsregifter burd bie Juftigamter.

21 Soaum burg - Lippe Rirdenbucher für Chriften burd bie Pfarrer.

22. Lippe Rirchenbucher für Chriften burch bie Pfarrer, Regifter für Juden burd bie Obrigfeiten

(Memter und Dagiftrate)

23. Lube d' in ber Stadt Lubed allgemein Regifter burd bas Stabt- und Landamt, in ben Lanbbegirten und Trabemunde für Chriften durch ben Beiftlichen, für Juben burch ben Rabbiner. 24. Bremen allgemein Stanbesregifter in ber

Stadt burch ein Mitglied bes Senates, in Begefad und Bremerhaben durch bas Amt, im Landgebiete durch bie

(protestantifden) Rirchfpielprediger.

25. Samburg allgemein Civilftandsregifter burch besondere Beamte in der Stadt und den Landherricaften, in den Landgemeinden durch die hertommlich damit be-trauten Rirchenbehorden.

26. Lauen burg für Chriften und Diffibenten Rirchenbucher, lediglich geführt durch die evangelisch-lutherischen Prediger, für Juden Regift r durch den Givilftandsbeamten der Altonaer oder Lübecker Syna-

gogengemeinde.
27. Elfaß - Lothringen allgemein Civilftandsregister burch die Mairos und deren Beigeordnete.

Frankreich.

Den [frangofifchen] Befegen, welche ben Stand und

Den franzofingen Gelegen, weiche ben Stand und bie Fahig feit der Person en betreffen, sind die Franzosen selbst dann unterworfen, wenn sie sich im Auslande niedergelassen haben. (Code civil, Art. 8.) Alle im Auslande errichteten Civil-standsurkunden, mögen sich dieselben auf Franzosen oder Ausländer beziehen, haben volle Beweiskraft, wenn sie nach der im betreffenden Lande hergebrachten Form abgesaßt sind (Code civil, Art. 47.)

Bemäß Rreisschreiben bes Bunbegrathes vom 16. Beumonat 1877 (Bunbesblatt 1877, Bb. III, S. 532) hat bie frangofifche Botichaft in Bern, im Auftrage ihrer Regierung, jeweilen gu Ban-ben ber refp. ichweizerifchen Civilftanbsbeamten, eine Befcheinigung barüber auszustellen, bag bie von ber frangbfifchen Befetgebung vorgefebenen Bebingungen von den betreffenden Brautleuten erfüllt find.

Das im Bunbesblatte (1877, Band III, Seite 569) abgebrudte Formular jener Er= flarung ber frangofischen Botschaft

lautet in beutscher Ueberfegung:

"Wir, ber Botichafter von Frankreich in ber Comeig, erflaren auf gestelltes Ansuchen, baß fich aus ben une vorgelegten Aftenftuden ergibt:

1. daß N... Frangofe ift;

2. daß die burch bas frangofische Befet vorgefchriebenen Cheverfunbungen in Frantreich in gehöriger Beife ftattgefunden haben;

3. daß, ba teine Einsprache erhoben murbe und alle gesetzlichen Formalitäten erfüllt find, N... jur Gingehung ber Che in Frankreich berechtigt ware.

Bir erklaren ferner, daß fich aus ben nachftebend angeführten Artifeln bes Code civil

ergibt, was folgt:

(Art. 170.) Die im Ausland zwischen Frangofen ober zwischen Frangofen und Auslandern eingegangene Che ift gultig, wenn fie nach ber im betreffenben ganbe ber= gebrachten Form abgeschloffen worden ift, vorausgefest, baß die in bem Artifel 63, in Berbindung mit ben Artiteln 166-170 bes Code civil, porgefchriebenen Bertunbungen vorhergegangen find, und baß ber franzoftiche Angehörige ben in ben Artikeln 144 - 164 ent= haltenen Bestimmungen, die fich auf die Alter8= bedingungen, bie Berpflichtung gur Beibringung ber elterlich en Ginwilligung und auf bas Cheverbot wegen naher Bermanbtichaft beziehen, nicht zuwiber gehandelt hat.

(Art. 12.) Gine Auslanberin, bie fich mit einem Frangofen verheirathet hat, tritt in ben rechtlichen Buftand ihres Dannes.

(Art. 10.) Jedes einem Franzosen im Auslande geborene Rinb ift Frangoje (wenn es in der Che geboren oder gehörig anerkannt ift).

Bur Beglaubigung beffen haben wir gegenmartige Erflarung als rechtsgultigen Ausweis erlaffen."

Den in obiger Erffarung angezogenen, nebft ben fie erganzenben, Artiteln bes frangofifchen Civilgefegbuches (Code civil) find folgenbe Beftimmungen, ale auch in ber Schweiz maggebenb, au entnehmen :

I.

(Art. 63 und 64.) In Franfreich hat bie bem Cheabschluffe vorausgebende Berfundung an zwei auf einander folgenben Sonntagen au geschehen. Im Chevertunbungs. att muffen angegeben fein: bie Bornamen und Familiennamen, ber Beruf, bie Wohnorte ber fünftigen Chegatten und ber Umfland, ob fle großiahrig ober minderfahrig find, sowie auch bie Bornamen und Familiennamen, ber Beruf und die Bohnorte ihrer Eltern. Der Berfundfchein foll außerbem Tag und Ort und Stunde ber geschehenen Berfundigungen enthalten und barf nicht vor bem britten Tage nach ber zweiten Berfundigung, ben Tag biefer lettern

nicht mitgerechnet, ausgestellt werben. (Bgl. Art. 166 – 169.)

(Art. 65) Ift bie Ehe nicht binnen 3 ahresfrift nach bem Ablaufe ber für bie Berkundigungen bestimmten Zeit ab gesicht loffen worden, so kann folches nicht mehr geschehen, als nachdem neue Berkundigungen in ber oben vorgeschriebenen Form erfolgt find.

TT

In Betreff ber von ben Brautleuten beizubringenden Geburtsicheine vide Beilage A - Anhang II.

(Art. 70.) Derjenige Berlobte, welchem es unmöglich ware, sich seinen Geburtsschein zu verschaffen, kann benselben baburch ersetzen, baß er eine von bem Friedensrichter seines Geburts ober Wohnortes aufgenommene Notorietatsurkunde beibringt. (Bgl. Art. 71 und 72.)

(Art. 71.) Diese Notorietätsurkunde muß eine von sie ben Zeugen mannlichen oder weiblichen Geschlechts, verwandten oder nicht verwandten, abgegebene Erklärung über die Bornamen, den Familiennamen, den Beruf und den Wohnort des künftigen Chegatten und seiner Eltern, wenn diese bekannt sind, den Ort und, soviel möglich, den Zeitpunkt seiner Geburt und die Ursachen enthalten, welche die Vorlegung der Geburtsurkunde selbst verhindern. (Bgl. Art. 155.)

(Art. 72.) Die Rotorietatsurtunde muß gestichtlich bestätigt fein.

Art. 1817: Gine authentische Urfunde ift biejenige, welche von öffentlichen Beamten — die an bem Orte, wo fie abgefaßt worden ift, zu instrumentiren berechtigt find — mit Beobachtung ber erforderlichen Formlichkeiten aufgenommen worden ift.

(Art. 73.) Die authentische Urtunbe über bie Einwilligung ber Eltern ober Großeltern, ober, in beren Ermangelung, über die ber Familie, muß die Bornamen, ben Familiennamen, ben Beruf und ben Wohnort bes künitigen Ehegatten und aller berjenigen, welche bei der Urkunde mitgewirft haben, sowie auch den Grad ihrer Verwandtschaft enthalten. (Bgl. Art. 148—151 und 160.)

Diefe Urtunde muß als Spegialbollmacht abgefaßt fein und die genaue Bezeichnung derzenigen Berson enthalten, mit welcher die She abgefcloffen wird. Minift. Erlaß v. 27. April 1807 und 29. Ottober 1852. (S. das in untenstehendem Anhang III enthaltene Dufterformular A.)

TTT.

(Art. 74.) — Gin ununterbrochener Aufenthalt (habitation) wahrend fechs Monaten in einer Gemeinde begründet in berfelben ben Bobn-

fit in Beziehung auf bie Heirath. (Bgl. Art, 102 und 166—168.)

Dieser Artitel ift selbstverständlich nur bezüglich der in Frankreich vorzunehmenden Berkindungen maßgebend (Bgl. Art. 170). — Allerdings bestimmt der Art. 15 der Verordnung vom 23. Oktober 1893 betr. die Dazwischenkunft der Consuln als Civisstandsbeamte im Auslande, daß — außer dem Falle, wo die Personew, welche ihre Einwilligung zu ertheilen haben, in Frankreich wohnen — die Berkundung auf französischen von den Staatsgediete nur dann erfolgen müsse, wenn die Brautleute noch nicht volle sechs Konnate in der Matrikel des betreffenden Consulates eingeschrieben sind. Diese Borsetzeffenden Consulates eingeschrieben sind. Diese Borsetzsffenden Consulates eingeschrieben sind. Diese Borsetzsffenden Sonsulates eingeschrieben sind. Diese Borsetzsffenden Gonsulates als französischer Wooden gelten und folglich die durch den Consulatbeamten vorgenommene Eseverstündung als in Frankreich vorgenommen betrachtet wird. — Bemerkt wird noch, daß dieser Berkündungsmodus, gemäß der angestührten Berordnung, nur auf solche Ehen anwendbar ist, welche auf einem französischen Consulate abgeschlossen werden.

(Art. 102.) Der Wohn sitz eines Fransosen (in Frankreich) ist, in Betreff ber Aussübung seiner Civilrechte, da wo er seine Hauptniederlassung hat. (Bgl. Art. 74 und 166—168, sowie Anhang I: Art. 106, 107 u. 109.)

(Art. 103.) Die Beränderung des Wohnsfiges wird bewirkt durch die Thatsache des wirkslichen Wohnens an einem andern Orte, verbunden mit der Absicht, seine hauptsniederlassung baselbst zu nehmen.

(Art. 104.) Der Beweis bieser Absicht geht aus einer ausbrücklichen, bei ber Municipalität, sowohl bes Ortes, ben man verläßt, als beffen, wohin man seine Wohnung verlegt, abgegebenen Erklärung hervor.

nen Erklärung hervor.
(Art. 105.) In Ermangelung einer ausstrücklichen Erklärung hängt ber Beweis ber Absicht von den Um stän ben ab.

(Art. 108.) — Der nicht emancipirte Minbersjährige hat seinen Bohnsitz bei seinen Eltern ober seinem Bormunde; ber in ter bicirte Großsährige hat den seinigen bei seinem Bormunde. — (Bgl. Art. 168.)

Art. 476: Der Minderjährige mird burch bie Deirath von Rechts wegen em ancipirt. Art. 477: — Sonft geschieht die Emangipation burch bie bloge Erflärung bes Baters, ober — in Ermangelung besselben — ber Mutter, welche ber Briedensrichter mit Zuziehung seines Gerichtsschreibers aufnimmt.

Art. 478: — Die Emancipation des vaters und mutterlosen Minderjährigen wird durch den sie erlaubenden Beschuß des Familienrathes, und durch die von dem Friedensrichter als Prästdenten desselben, in dem nämlichen Atte gegebene Erstärung: "daß der Minderjährige emancipirt sei" bewirkt.

Art. 488: Die Großjährigteit ift auf bas Alter von vollen einundzwanzig Jahren festgefest. (Bgl. Art. 148—160.)

IV.

(Art. 115.) Wenn eine Berfon an bem Orte ihres Wohnsiges ober gewöhnlichen Aufenthaltes nicht mehr erscheint, und feit vier Jahren teine Rachricht von ihr eingegangen ift, fo tonnen bie Betheiligten fich an bas Gericht erfter Inftang wenden, bamit bie Abmefen-beit erklart werbe. (Bergl. Art. 119, 149, 151 unb 155.)

(Art. 119.) Das Urtheil, burch welches die Abwesenheit erklart wird, foll nicht eher als ein Jahr nach bem Urtheile, welches bas bezügliche Beugenverhor (Code civil, Art. 116) verordnet hat, ausgesprochen werben.

(Bgl. Art. 115.)

(Art. 144 und 145 entsprechen bem Art. 27 Lemma 1 -, Art. 146 bem Art. 26 Art. 147 bem Art. 28, Biff. 1 bes schweigerifchen Befeges.)

hinfictlich bes Art 147 bes Cobe civil (baw. Art. 28, Biff. 1 bes ichweiz. Gefetes) ift ju bemerten, daß gegenmartig in Frantreich bie eigentliche Chefcheibung nicht ju Recht besteht und eine auch auf Lebenszeit ausgelprochene Trennung von Tisch und Bett die getrennten Chegatten teineswegs jur Eingehung einer neuen She berechtigt. In Betreff von frangofischen Staatsangehorigen ift baber ein etwa außerhalb Frantreichs gefälltes Sheicheibungsurtheil unter feinen Umftanben ju berudfichtigen, felbst bann nicht, wenn ein folches Urtheil mittelft Raturalisation von bem andern Chegatten alfo nicht bemjenigen, welcher im Fragefalle bie Gingehung einer neuen Che beabfictigt — erlangt murbe. — Die mit einer beständigen Pragis ber Gerichte übereinstimmende Ansicht der französischen Autoren geht nämlich dahin, daß der Erwerdung eines ausländischen Staatsbürgerrechts bloß individuelle Wirfungen beizu-messen sind und folglich die seitens des einen Gatten-theils, auch des Mannes, erwirkte Naturalijation nicht ohne Beiteres auf den andern Theil ihren Einfluß ausäbt, d. h. letterer gleichwohl Franzose, bzw. Französin, verbleibt. (Bgl. Entich. des Rassationshofes vom 16. Dezember 1845.)

Das Requisitorium des Generalproturators anläglich eines, im Sinne besselben am 16. Januar 1860, burch ben Caffationshof entidiedenen Falles enthalt indeffen bie ausbrudliche Ertlarung, bag ber Berebelichung eines frangoficen Staatsangeborigen mit einer gemag ben Bejegen ihres Landes gefchiedenen Auslanderin tein hindernis im Bege fteht. — Vide Beilage B — Anhang II.

Bege fieht. — Vide Beilage B — Undang 11.
Eine blofe Rotorietätsurkunde nach Analogie von Art. 70 ift, als Beweis des Todes, nicht zuzulaffen. (Staatsraths-Gutachten vom 12.—17. Germi Jahr XIII.) — Vide Beilage B bis — Anhang II.

Den Artifeln 148-160 muß als Ginleitung ber Art. 371 vorausgeschidt werden: "Das Rind ift in jedem Alter seinen Eltern Achtung und Chrerbietung jouldig.

(Art. 148.) Cheliche Rinber beburfen gur Chefchließung, fo lange ber Cohn bas funfundzwanzigste, die Tochter bas einundzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet hat, ber & in : willigung ber Eltern. Sind biese verschiebener Meinung, so genügt die Einswilligung bes Baters. (Bgl. Art. 73, 158 und 159.)

Die Beigerung ber Mutter muß burch einen

notarialischen Att beurkundet fein. Art 182: Eine Che, welche ohne die Einwilligung ber Eltern (Art. 148 und 149), der Broßeltern (Art. 150) oder des Familienrathes (Art. 160), in den Fallen, wo biefelbe nothig mar, eingegangen worben ift, tann nur von benjenigen, beren Ginwilligung erforberlich war, ober von bemienigen ber beiben Chegatten, welcher berfelben bedurfte, angegriffen werben.

Art. 183: Auf Richtig feit einer Che tann von ben Gitern ober Bermanbten wegen mangelnber Einwilligung nicht mehr gellagt werben, wenn die Che von benjenigen, beren Ginwilligung nothwendig war, von denjenigen, deten Einwilligung notimendig war, ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt worden ift, oder wenn, seitdem ihnen die She bekannt wurde, ein Jahr, ohne Retkamation von ihrer Seite, verstossen ift. Sben so wenig kann der Shegatte diese Riage noch anstellen, wenn von dem Zeitpunkte an, wo er das gehörige Alter (von 25, bezw. 21 Jahren) erreicht hat, um für sich selbst in die She einwilligen zu können, ein Jahr, aben Verkamation von keiner Saite berehricken ist obne Retlamation von feiner Seite, berftrichen ift.

Eine bloge Abweichung in ber form von ben Borfcriften Des Art. 73 bilbet, bei fonftigem Borbandenfein ber Buftimmungs ertlarung, feinen Richtigleitsgrund. (Entid. des Obergerichts von Bau b. 24. Darg

1859.)

(Art. 149.) Ift einer ber beiben Eltern tobt, ober ift er außer Stanbe, feinen Billen zu erflären, so genügt bie Ginwilligung bes anbern (Bgl. Art. 148).

Der Tob bes einen Elterntheils muß burch Beibringung eines Tobtenicheines nachgewiesen werden. Außer Stanbe, ihren Willen zu erklaren, ift eine Berson im Falle ber Abwesen heit nach Art. 115, sowie, wenn ihr die perfonliche hand lungsfähig-teit fehlt. Der Rachweis hierüber ift durch Borlage eines bezüglichen Urtheils ju erbringen (Bgl. Art. 155).

(Art. 150.) Wenn beibe Eltern tobt ober, ihren Billen zu erflaren außer Stanbe finb, fo treten bie Großeltern an beren Stelle. Sind bie Großeltern berfelben Linie nicht gleicher Meinung, so ift die Einwilligung bes Großvaters hinreichend. — Sind die beiben Linien unter fich uneinig, fo ift biefe DReis nungeverichieben beit ber Ginwilligung gleichzuachten. (Bgl. Art. 148 und 149.)

In Betreff ber beigubringenden Urfunben fiebe unter Art. 149, sowie unter Art. 160 bie Roten 2 bis 4. Die Meinungsberichiedenheit muß burch einen no-

tarialischen Aft beurkundet fein.
Diefer Artikel findet keine Anwendung auf die ehe-lichen Rinder unehelicher Eltern. (Bgl. Art. 158 und 159.)

(Art. 151.) Cheliche Rinber, wenn fie bas im Art. 148 bestimmte Alter ber Bolliabrigfeit (von 25, bezw. 21 Jahren) erreicht haben, find verpflichtet, vor ihrer Berbeirathung

ben Rath ihrer Eltern, ober, wenn biefe verftorben ober, ihren Billen zu erflaren, außer Stanbe find, ben Rath ihrer Großeltern burch einen formlichen Chrerbietigkeitsaft (acte respectueux et formel) nachzusuchen. (Bgl. Art. 73, 154 und 158.)

Sind bie Rinber außer Stanbe, ben Rath ihrer Eltern (bezw. Großeltern) nachzujuden, fo genügt es, hierüber eine nach Analogie von Art. 71 abgefaßte Rotorietstsurfunde beizubringen. (Erlaß des Justigmin. v. 11. Mefstor Jahr XII.) Bgl. Art. 155 und Note 8 unter Art. 160. — Vide Beilage C. — Anhang II.

sunter urt, 100. — viale Beilage (i — Anhang il. Die Richtbeobachtung ber in vorstehendem und den vier nächtfolgenden Artifeln (151—155) enthaltenen Borfdriften — also der Rangel des betreffenden Ehrerbietigkeitsgrund für die einmal geschlossen Schenen Richtigkeitsgrund für die einmal geschlossen Ehe. (Entich. des Rassandionshofes dom 12. Februar 1833.) Bgl indeffen ben - in ber gefandticaftlichen Ertlarung enthaltenen - Art. 170.

(Art. 152.) Wird auf ben im vorhergebenben Artifel vorgeschriebenen Chrerbietigfeiteaft die Einwilligung zur Beirath nicht ertheilt, fo muffen Sohne, welche über 25 Jahre alt find (Bgl. Art. 148), bis zur Bollendung ihres breißigften, Töchter, welche über 21 Jahre alt find (Art. 148), bis zur Bollendung thres fünfundzwanzigsten Lebensjahres, biefen Chrerbietigteitsatt noch zweimal, von Monat zu Monat, erneuern, unb erft einen Monat nach bem britten Male barf die Che eingegangen werben. (Bgl. Art. 158.)

(Art. 153 - nach Mitgabe von Art. 152 ergangt.) Rach vollen betem breißig= ften Jahre konnen Sohne, und nach vols lenbetem fünfunbzwanzigsten Jahre können Tochter schon einen Monat nach bem erften ehrerbietigen Anfuchen (Chrerbietigkeitsatt), worauf teine Ginwilligung erfolgt ift, bie Ehe abschließen.

(Art. 154.) Der Chrerbietigfeite: att muß ben im Art. 151 bezeichneten Eltern (bezw. Großeltern) burch zwei Rotare ober burch einen Motar und zwei Beugen befannt gemacht werben, und in bem hierüber auf= junehmenden Protofoll muß bie Antwort ber Betreffenden vermertt werben. (S. Anhang III, Mufterformular B.)

Sind die Betressenden nicht zu hause, oder weigern sie sich, den Rotar zu empfangen, so wird der Chrerbietigkeitsalt auf dem für prozessualische Berrichtungen üblichen Wege notisiziet. (Bgl. Gutachten des kaiserl. Prokurators zu Paris v. 10. Dezember 1858.) — Vide Beilage D — Anhang II.

(Art. 155.) Im Falle ber Abwesen heit – nach Art. 115 — bessenigen Ascendenten, an welchen ber Chrerbietigfeiteaft hatte gerichtet werden follen, fann ohne Beiteres jur Abfcbliegung ber Che gefchritten werben, infofern

entweder das Urtheil, welches benfelben für abwefend erflart hat, ober, in Ermangelung eines folden Urtheile, basienige, welches bas bezug= liche Beugenverhör verordnet hat (Art. 119), ober, falls noch gar kein Urtheil erlaffen ift, eine — von dem Friedensrichter bes Ortes, wo ber betreffende Afcenbent feinen letten befannten Bohnsip hatte, ausgefertigte - Notorietats: urfunde beigebracht wirb. Gine folche Urfunde muß die Erklarung von vier burch eben biefen Kriebenerichter von Amtemegen berufenen Beugen entbalten.

Bgl. Die Rote 3 unter Art. 160 in Betreff berjenigen, beren Abmefenheit nicht bemiefen werden fann.

(Art. 158.) Die in ben Artikeln 148 unb 149 enthaltenen Bestimmungen, fowie bie Bestimmungen ber Art. 151-155 in Betreff bes Chrerbietigfeitsaftes - in benjenigen Fallen, in welchen er an bie Eltern gerichtet werben muß — find auch auf gefeglich aners tannte uneheliche Rinber anwendbar. (Bgl. Art. 159.)

(Art. 534: Die Anerkennung eines unehelichen Rindes foll in einer besondern authentischen Urtunbe er-

jou in einer vejondern authentischen Urfunde erfolgen, wenn fie nicht in desien Geburtsschein entbalten ift.) — Vide Beilage E — Anhang II.
Ift das natürliche Kind blos vom Bater und nicht von der Mutter gesetzlich anerkannt worden, so ift — nach Mitgabe des Art 836 C. civ. — die Zusimmungserklärung des Baters allein erforderlich; es hat nämlich die Mutter ihr außereheliches Kind ebenfalls förmlich anzuerkennen, um in traend einem Wochtsfalls formlich anguerkennen, um in irgend einem Rechts-berhaltniffe zu bemfelben zu ftehen, es fei benn, daß fie infolge erzwungener Anersennung (Mutterschaftsprozes) als Elterntheil betrachtet werden burfe.

(Art. 159.) Ein uneheliches Rind, welches nicht anerkannt ift, sowie basjenige, welches nach erfolgter Anertennung feine Eltern vers Toren hat, ober beffen Eltern, ihren Billen ju erklaren, nicht im Stanbe finb, tann, bor gurudgelegtem einundzwanzigften Alterejahre, nur mit ber Einwilligung eines ihm hierzu befonbers beiguordnenben Bormundes fich verheirathen.

Diefer Bormund ad hoc wird fibungsgemäß burd ben Friebensrichter aus ber Mitte folder Berfonen ermablt, welche in vertraulicher Beziehung gu bem unehelichen Rinde oder deffen Eltern fieben.

Rach einzelnen Autoritäten follte bagegen ber Bormund ad hoc bom Berichte bezeichnet werden.

(Art. 160.) Wenn weber Bater noch Mutter, noch einer ber Großvater ober eine ber Groß= mutter am leben find, ober wenn biefelben alle außer Stanbe find, ihren Billen zu erklaren, fo tonnen die ehelichen Gobne ober Tochter, welche noch nicht einundzwanzig Jahre alt find, ohne bie Einwilligung bes Familien rathes') nicht heirathen. (Bgl. Art. 148-150 und 159.)

1. Art. 406: — Diefer Familienrath wird burch ben Friedensrichter bes Ortes, wo ber Minberjahrige feinen Wohnsit hat, jusammenberufen. —

Mrt. 407: Der Familienrath foll, neben bem ben Borfit führenben Friedensrichter, aus fechs Berwandten oder Berfcmägerten bestehen, welche halb aus der väterlichen und halb aus ber mitterlichen Seite genommen werben. Der Berwandte wird dem Berfcmägerten bes nämlichen Grabes, und unter Berwandten bes nämlichen Grabes der ältere dem jungern vorgezogen.)

Der Rachweis über die Buftimmungserflarung bes Familienrathes ift mittelft einer vom Friedensrichter gelieferten Ausfertigung des betreffenden Beichluffes ju leiften. (Bgl. Art. 73.)

- 2. Der nach Mitgabe ber Art. 149—151, 159 und 160 erforderliche Rachweis bes Todes der Eltern, bezw. auch der Großeltern, wird durch Borlage bezitglicher To die nicht erbracht. Sind indeffen die Eroßeltern in den Todtenscheinen der Eltern bereits als verstorben angegeben, so bedarf es feiner besondern Registerauszüge in Betreff der Großeltern. (Gutachten des faijerl. Profurators zu Paris, v. 21. Ottober 1852.)
- 3. Wenn ber Tob o ber bie Abwesenheit ber Eltern ober Großeltern, beren Einwilligung ober Rath ersorderlich ift, nicht bewiesen werden kann, weil es unmöglich ift, ihren Tobesort ober ihren letten Bohnort ausfindig zu machen, so haben die Brautleute nebst vier Zeugen ihre bezüglichen Aussachen eiblich zu bestätigen und es soll barüber ein Protofoll aufgenommen werden. (Bgl. Staatsraths-Gutachten vom 27. Ressidor 4. Thermidor XIII) Vide Beilage F Anhang II. Bgl. auch die Rote unter Art. 151.
- 4. Finden sich in den beigebrachten Todten scinen der verstorbenen Eltern ober Großeltern die Ramen nicht ganz genau geschrieben (d. h. fehlt etwa darin ein Buch stade oder ift ein Borname ausgelasse in Buch stade berichtigungsversahren ersorderlich; sondern es genügt, um allfällige Zweisel über die Identität der Person zu heben, daß, wenn der betressend Eheschießende minderzährig (unter 21 Jahren) ist, diesenigen Personen, deren Einwilligung zur Eherengehung nötigig ist, wenn der Eheschließende aroßiährig ist, er selbst, nehst vier Zeugen eidlich erstäten: "daß diesenige Person, deren Tod in dem beigebrachten Attenstüde beurtundet wird, und diesenige, deren Tod erwiesen werden soll, ein und diesenige, deren Tod erwiesen werden soll, ein und dieselbe set. (Staatsraths-Gutachten b. 19./30. März 1808.) Vide Beilage A Anhang II.

Rach Art. 348 bes Code civil haben Aboptivfinder nicht die Einwilligung ihrer Aboptiveltern, sondern diejenige der leiblichen Familie nachzusuchen. (S. Anh. I.)

Den Finblingen ober überhaupt von ihren Eltern verlassenen Lindern hat, selbst wenn ihre Eltern bekannt und am Leben sind, einzig der Berwaltungsrath desjenigen Berpstegungs- oder Findelhauses, in welchem sie auferzogen worden sind, die Einwilligung zu ertheilen, so lange dieselben mindersährig — unter 21 Jahre alt — sind. Sobald solche Kinder aber mehrsährig sind, bedürsen sie zu ihrer Berheirathung keinerlei Bustimmungs- erklärung. Immerhin muß auch in letterem Falle, mittelst einer bezüglichen Erklärung des

Findelhausverwalters ber Rachweis geleistet werden, daß die Betreffenden im Sinne des Gefetzes "verlassene Rinder" waren. (Gefetz v. 15. Bluv. XIII.)

Für die zu Paris auferzogenen findlinge und verlassenen Rinder hat der Directour genéral de l'Assistance publique allein die Einwilligung zu ertheilen. (Geset vom 10. Januar 1849, Art. 3, § 4.)

Diefe Einwilligungserklärungen werden ohne Buriehung bon Rotaren durch die einwilligende Behorde felbft abgefaßt. (Refer. des faiferl. Profurators zu Paris bom 2. Marz 1853.)

Ift inbeffen ein minberjahriges Rinb von feinen Eltern unter Beobachtung ber hiefür geltenden Borfchriften aus bem Findel- ober Berpflegungshaufe gurudgenommen worden, so haben hinwiederum die Eltern allein das Recht die Einwilligung zu ertheilen. (Refer, des tinigl. Profurators zu Baris vom 17. Juni 1821.)

Den Militärpersonen ift — verschiedenen Dekreten gemäß, wobon besonders basjenige vom 16. Juni 1808 hervorgehoben wird — die Heirath ohne schriftliche Erlaubniß ihrer Borgesetten (unter Androhung schwerer Strafen) untersagt. — Vido Beil. G — Anh. II.

Gemäß Art. 72 bes Militaraushebung sgefetes vom 27. Juli 1872 foll Abrigens ber Bräutigam, falls er noch nicht volle breißig Jahre alt ift, ben Rachweis erbringen, bag er ben Borsschriften biefes Gefetes nachgekommen ift. — Vide Beilage H — Anhang II.

VII.

Art. 162 berbietet die She zwischen Schwageru. Schwägerfchaftsverhaltniß erstredt fich nicht auf ben Chegatten des Schwagers ober der Schwägerin (Refer. d. Justizmin. v. 27. Jebr. 1819 u. v. 23. Marz 1849).

Ein kaiferk. Entscheib vom 7. Mai 1808 behnt das in Art. 168 enthaltene Berbot der Che zwischen Oheim und Richte oder Reffe und Aante auf Chen zwischen einem Großoheim und der Lochter seines Reffen oder seiner Richte aus.

(Art. 164.) Gleichwohl bleibt es dem jeweiligen Staatsoberhaupte überlaffen, aus wichtigen Gründen von den in den Art. 162 und 163 enthaltenen Cheverboten zu entbinden. — Vide Beilage I — Auchang II.

Ueber die Gründe, aus welchen Dispensationen ertheilt werden, sowie über die hiefür beizubringenden Attenftnde, siehe die Erlasse des Justigministers vom 10. Mai 1924, 28. April 1832 und 22. Ott. 1848.

Gemäß Art. 184 bes Code civil tann bie ben Borichriften ber Art. 162 u. 168 gu wiber eingegangene Che jowohl von ben Chegaten felbft als von Jedem, der ein Intereffe dabei hat und auch von der Staatsanwaltschaft angefochten werden.

Ferner ift noch - laut Art. 348 des Code civil — die Che megen Aboption verboten:

zwischen bem Aboptanten und ben Nach. tommen bes Aboptirten;

zwischen ben Aboptivfindern einer und ber felben Berfon;

zwischen bem Aboptirten und ben Rindern, welche ber Aboptant etwa später befommt; zwischen dem Aboptirten und dem Chegatten des Adoptanten, sowie auch zwischen dem Adoptanten und dem Chegatten des Adobtirten.

Das Chebin berniß aus ber Aboption ift indeffen, nach ber Anficht ber meiften Autoren, tein trennendes, weil das Gefet einen bezüglichen Richtigfeitsgrund nicht ermahnt.

In Betreff der katholischen Geistlich en hat die französische Gerichtspraxis obicon feine bezügliche Bestimmung im Code civil enthalten ift - meift als Grundfat angenommen, daß biefelben durch ihr Belübde auch in civilrechtlicher Beziehung gebunden seien und folglich feine gultige Che ichließen tonnen, felbst dann nicht, wenn sie sich vom kirchlichen Berbande losgesagt haben. (Entsch. d. Raffations= hofes v. 21. Febr. 1833, 17. Januar 1846, 23. Februar 1847 und vom 26. Febr. 1878.) Vide Beilage J - Anhang II.

VIII.

(Art. 166.) Die beiden Berfündungen, welche der Art. 63 (f. S. 12) vorschreibt, muffen in der Gemeinde des Ortes geschehen, wo ein jeder der beiden Cheschließenden feinen [ordentlichen] Wohnsig hat. (Bgl. Art. 102-104 und 167-170.)

Bezüglich derjenigen Frangofen, die ihren gewöhn-lichen Wohnort außerhalb des frangofijchen Staats-gebietes haben, finden die Berfündungen in der Gemeine ihres legten ordentlichen Bohnfiges in Frankreich ftatt. Wenn fich ein folder Wohnsig nicht feftstellen läßt, so wird die Berkundung am Geburtsorte ber Betreffenden vorgenommen, infofern Diefer Geburtsort in beren Beimatland fich befindet; fonft aber betrachtet man als Berfundungsort ben legten ordentlichen Wohnsitz — beziehungsweise Geburtsort — bes letzt en auf heimatlichem Gebiete geborenen Afcendenten. (Bgl. Gutachtende faisert. Profurators zu Paris v. 26. März 1860.)
Bei ehemaligen Angehörigen von Elfaße Lotyringen gilt, mit Bezug auf Obiges, der Ort.

für welchen fie optirt haben, als orbentlicher Bohnfig in Franfreich.

(Art. 167.) Die Verkündungen müssen auch in der Bemeinde bes früheren Bohnfiges (dernier domicile) geschehen, wenn ber gegenwärtige Wohnfit nur durch einen Aufenthalt bon fechs Monaten erlangt ift. (Bgl. Art. 74 und 166.)

Es tann nämlich neben dem, eine Ausnahme von ber allgemeinen Regel bilbenben, o eiraths-Bobnder allgemeinen Regel bilbenden, Seiraths-Wohnfige des Art. 74 noch der ordentliche civilrechtliche Wohn fig des Art. 102 bestehen. Mit andern Worten: "Es kann der Wohnsig des Art. 74 durch bloßen Ausenthalt begründet sein — mit Ausschluß der Abschaft, sich am betressenden Orte bleibend niederzu-lassen." Mithin erscheint der Art. 167 gewissermaßen als eine Folgerung des Art. 166 sür den Fall, daß der Ehschließende mit Bezug auf seinen gegenwärtigen Wohnort den Vorschriften des Art. 104 nicht nachgelebt bat und auch die Pestimmung des Art. 105 nicht aus hat und auch die Bestimmung des Art, 105 nicht zu-trifft. Dies ift wohl der Sinn, welchen Tronchet bei der Berathung im Staatsrathe dem Art. 167 beilegte: « les publications sont faites et au lieu de la résidence et au lieu du domicile » (Locré, t. IV, p. 342, No. 5). Vide Beilage K — Unhang II.

Rüdfichtlich ber burch Art. 29 bes fcmeig. Gefetes verlangten Berkindung am "Geimatorte tritt — nach Obigem — an Stelle bes Deimatortes ein gemäß Art. 102 ff. festgestellter Bohnfig (domicile), mahrend ber Bohnsig (résidence) nach Art. 74 dem "Bohn-orte" bes schweizerischen Gesetzes entspricht.

(Art. 168.) Haben die Cheschließenden oder einer derselben das in den Art. 148, 159 u. 160 bestimmte Alter (von 25, bezw. 21 Jahren) noch nicht erreicht, fo muffen die Berfundungen außerbem in der Gemeinde des Wohnortes berjenigen Personen geschehen, unter beren Gewalt sie sich in Betreffihrer Berheirathung befinden. (Bgl. Art. 108.)

- 1. Diefer Artifel wird mitunter auch auf ben interbicirten Großjährigen bezogen, in Anwendung bes Art. 509 des Code civil: "Der Interdicirte wird hinfichtlich feiner Berson und seines Bermögens einem Minderjahrigen gleichgeachtet.
- 2. Befinden fich die betreffenden Afcendenten in einem Lande, bessen Bejetgebung teine Ber-fündung am Bohnorte ber Eltern ober Großeltern vorfieht, ober in welchem überhaupt die Berfundung von der guftandigen Beborde abgelehnt wird, so können die in diesem Artikel vorge-schriebenenen Berkündungen unterbleiben. (Entsch. des Justizmin. vom 21. Mai 1850.) — Vide Beilage L – Anhang II.
- 3. Sind bie Eltern eines unehelichen Minderjährigen tobt, abwesend oder unfähig, eine Erklärung abzugeben, fo follen die Berkindungen am Bohnorte bes Bormundes ad hoc (Art. 159) geschehen und nicht am Orte, an welchem der sogen. Familienrath zur Erwählung dieses Bormundes fich versammelt hat. hat. (Butachten des faiferl. Profurators ju Baris bom Mai 1853.)
- 4. Der Artitel 168 tann indeffen auf ben nicht emangipirten Min derjährigen nur dann Anwendung finden, wenn berfelbe unter besondere Bormundschaft gestellt ift (vgl. Art. 108); da auch in diesem Falle den Eltern als solchen das Zustimmungsrecht verbleibt.

(Art. 169.) Dem jeweiligen Staatsoberhaupte ober den hiermit beauftragten Beamten (beziehungsweise dem Procureur de la République, in bessen Bezirk die Trauung stattfinden soll), bleibt es überlassen, aus wichtigen Gründen, von ber zweiten Bertünbigung (Art. 63) zu entbinden.

Diese Dispensation wird in Fällen von Todesgefahr oder nahe bedorftehender Riederkunft ertheilt. Bon der erften Berkindung wird iudessen unter keinen Umftänden dispensirt, und es darf zudem der Berkindschein frühestens an dem derselben solgenden Mittwoch ausgestellt werden. (Bgl. Reg.-Besch. v. 20. Prairial Jahr XI., Minist.-Entsch. d. 7. Februar 1851 und Kreisschreiben des Justigmin. v. 15. Ottober 1852.) — Vide Beilage M, litt. a und b — Anhang II.

Im Auslande ift die Befugniß zur Dispensation von der zweiten Berkündung den Konsuln übertragen — gemäß Art. 17 der Berordnung betr. Dazwischenfunft der Konsuln bezüglich der Civilftandsatten franzöfischer Angehöriger im Auslande, v. 23. Oktober 1833. Vide Beilage M, litt. C — Anhang II.

Der Singangs — in ber Erklärung ber französischen Botschaft — angeführte Art. 170 macht ausbrücklich die Gültigkeit der im Auslande (beziehungsweise in der Schweiz) stattsindenden Speschließung zwischen Franzosen oder Franzosen und Ausländern von der Vornahme bezüglicher Bertündungen auf französischem Staatsgebiete, welche nach Maßgabe der Art. 63 und 166—168 geschehen sollen, abhängig.

Diese wort get reue Auslegung des betreffenben Borbehaltes des Art. 170 liegt jundcht den, behufs Auswirfung der Erklärung der frangösischen Botschaft, zu erfüllenden Bedingungen zu Grunde. (Bgl. die Rote unter Art. 74.)

Speziell mit der von Marcade gegebenen Interpretation übereinstimmend, entspricht fic einer auch von

andern bedeutenden Juriften vertretenen Anficht, wonach jur gultigen Sheichließung außerhalb Frankreichs die in Frankreich vorzunehmenden Berkündungen unbedingt erforderlich find.

Hinwiederum behaupten hervorragende Autoren — wie Foelix (Des mariages contractés en pays étrangers, chap. I, no 4) und namentlich auch Demolombe — daß, falls die Borschriften der Art. 63 und 166 bis 169 außer Acht gelassen wurden, die Ehe nicht ipso jure nichtig sei, wohl aber als nichtig erflärt werden tönne, wenn eine ab sicht tliche Vermeidung der fraglichen Berkünd ungen, beziehungsweiße eine — nach den Umständen zu beurschellende — Beeinträchtigung der vom französischen Gesex grundsählich geforderten Dessentichkeit der Eheschließung vorliegt. Demnach wäre z. B. die von einem vollzährigen (über 25 Jahre alten — Art. 148) seit geraumer Zeit im Auslande ansässigen Franzosen, ohne vorherige Berkündung in Frankreich — woselbst er keinen Bohnsig beibehalten hat — eingegangene Ehe durchaus nicht ansechtbar.

Die Gerichtspragis, welche früher streng an ten Wortlaut bes Art. 170 fich anichlog, pflegt in neuerer Zeit die Grunde, aus welchen die Bertundung in Frantreich unterblieben ift, auseinanderzuhalten. (Vide Beilage N, litt. a — Anhang II.)

Das Anfechtungsrecht bezüglich einer entgegen ben in Frage ftebenden Bestimmungen des Art. 170 abgeschloffenen She ift abrigens auf die Ebegatten (bezw. beren Bertreter) ober Diejenigen Personen, beren Ginwilligung nothwendig geweien ware, beschränft und steht auch diesen jämmtlichen Berechtigten nur unter ben Borbehalten des Art. 188 zu. (Bgl. die oben unter

Art. 148 angeführten Art. 182 und 183.) Sinfictlich ber vielen Urtheile, welche einer solchen Beschränfung beipslichten, wird hier kurzweg nur auf den — als Beilage N, litt. b — im Anhange II mitgetheilten Entscheid des Cassationshofes den 12. Fehruar 1833 verwieben

Unter Umftanben tonnen immerhin folgende Bestimmungen des Art. 192 C. civ. Anwendung finden: "Benn der Seirath die zwei erforderlichen Berfündungen nicht vorhergegangen sind, ober wenn die bezüglichen Dispenjationen nicht ausgewirft wurden, so fod der Brofurator der Republit wider die Eheschließenden oder diejenigen, unter deren Gewalt sie gehandelt haben, auf eine ihrem Bermögen angemeffene Gelbuge erkennen laffen."

IX.

Wiewohl nach französischem Rechte die Trauung in Frankreich nur an einem gemäß Art. 74 ober gemäß Art. 102 ff. festgestellten Wohnsitze bes Brautigams ober der Braut statisinden kann, fo ift der Frangoje in Betreff bes im Auslande vorzunehmenden Cheabichlusses durch teine Bestimmung der Befete feines Landes an einen Aufen thalt am Trauungsorte gebunden. Mus ben ber Abfaffung bes Code civil vorausgegangenen Berathungen erhellt, daß die Aufnahme einer bezüglichen Boridrift absichtlich unterlassen murbe (Locré, Lég. civ., t. IV, p. 351). Auch lautet der Art. 15 der mehrerwähnten Berordnung v. 23. Of= tober 1833 im Sinne einer ganglichen Unabhängigfeit der Trauung von der Dauer des Aufenthaltes am ausländischen Trauungsorte; ba nach diesem Artikel bei Cheichliegungen auf frangöfischen Confulaten, nur die Bornahme der Berkundungen, nicht aber diejenige der Trauung mit der in Art. 74 des Code civil bestimmten sechsmonatlichen Frist in Berbindung gebracht wird.

X.

Art. 191: Jede Che, die nicht öffentlich und vor dem zuständigen öffentlichen Beamten geschlossen worden ift, tann sowohl von den Gegatten selbst, als von deren Eltern (bzw. Großeltern) und von allen, die ein wirkliches und schon vorhandenes Interesse dabei haben, sowie auch von der Staatsanwaltschaft angefochten werden.

Wird eine Che als nichtig erklärt, jo kann unter Umftanden diese Ebe gleichwohl in der heirathsurkunde einer nachmaligen gultigen Shefchließung erwähnt werben. (Refer. d. königl. Prolurators zu Paris vom 26. Oftober 1822.)

XI.

Ein Kreisschreiben des frangos. Juftigminifters vom 13. November 1850 bestimmt, daß im Che-

ichein vermerkt werde, ob die Eheleute einen güterrechtlichen Bertrag abgeschossen haben oder nicht, und bejahenden Falls das Datum dieses Bertrags sammt Ramen und Adresses Rotars anzugeben sei. Dieser Erlaß stütt sich auf das Geset vom 10. Juli 1850 betreffend die Oeffentlichkeit der Cheverträge und dürste, als sür französische Angehörige von Wichtigkeit, die schweizerischen Sivistandsbeamten zur Anstringung einer bezüglichen Bemerkung am Fuße des Ehescheines veranlassen. (Vide Beilage O—Anhang II, sowie Anhang III: Mustersormular C.)

Der Code civil (Art. 1387 und 1388) gestattet ben zukunftigen Chegatten die vermögensrechtlichen Wirkungen ihrer ehelichen Berbindung nach Gutdunken zu ordnen, insweit der bezügliche Bertrag keine der Sittlickeltit entgegengesetten Bestimmungen enthält, noch Berord nungen trifft, welche den Borickriften des Code civil— in Betrest der Gewalt des Mannes als Oberhaupt der familie oder der Rechte, welche dem Aberlebenden Chegatten beigelegt sind auwiderslaufen lebereinkunft tressen und keinen Berzicht leisten, welche eine Abänderung der gesetlichen Erhfolge fieren, welche eine Abänderung der gesetlichen Erhfolge — sei es in Beziehung auf sie selbst, bei der Erhfolge ihrer Kinder (hzw. Descendenten), oder hinsichtlich ihrer Kinder unter einander — zum Gegenstande hätten.

Art. 1894: Alle Cheberträge müffen bor ber heirath burch notarielle Urtunbe errichtet werden.

Art. 1898: Gin Minberjahriger, ber eine Che einzugehen fähig ift, ift fabig, in alle Berabredungen (conventions) einzuwilligen, welche in einem Spertrage ftatt haben tonnen; und die darin gemachten Berabredungen und Schentungen sind gultig, wenn er bei dem Bertrage unter dem Beistande derjenigen Personen gehandelt hat, deren Einwilligung zur Giltigkeit der Che nothwendig ift.

Bas bie Form bes Bertrages betrifft, hat bie frangoffice Berichtspragis ben Grundfat locus regit actum fiets als maßgebenb betrachtet.

XII.

In Betreff ber Legitim ation burch nachfolgenbe Che find folgende Bestimmungen bes Code civil maggebend:

(Art. 331.) Uneheliche Rinder, mit Außnahme ber in Blutschande ober Chebruch erzeugten, fönnen burch die nachfolgende Che ihrer Eltern legitimirt werden, wenn diese sie, entweder vor der heirath gesetlich anerkannt haben, oder in ber heirath gurkunde selbst, anerkennen.

Als in Blutschande erzeugt (nés d'un commerce incestueux) gelten, nach französ. Rechte, alle biejenigen Kinder, deren Eltern im Zeitpunkte der Erzeugung wegen Berwandtschaft oder Schwägerschaft sich nicht beirathen durften. (Bgl. außer Art. 28, Ziff. 2 des schweiz. Gesetz das oben citirte Berbot des Art. 162 des Coche civil, sowie das, was in Auslegung des Art. 163 über das Berhaltniß zwischen Großobeim und Groß-

nichte gesagt ist.) hiebei ist jedoch ju bemerken, daß gemäß 3 Entscheidungen des franzos. Cassationshofes (alle v. 22. Januar 1867) die von Schwagerund Schwägerin erzeugten Kinder legitimirt werden können. Gerner: bei Kindern, die von Onkel und Richte erzeugt wurden, entschied ein dom erstinstanzlichen Gerichte von Melun am 18. März 1858 gefälltes und durch den kaiserlichen Gerichtshof von Paris, in desten Sigung vom 14. Januar 1859, bestätigtes Urtheil ebenfalls für die Gilltigkeit der Legitimation.

In Anbetracht ber Bestimmungen des bundesräthlichen Reglementes vom 20. Gerbstmonat 1881, welches eine den der Heirathsurkunde getrennte und erst nach dem Bollzuge der Trauung zu errichtende Legitimationsurkunde vorsieht, steht den französischen Staatsangehörigen in der Schwetz kein anderes Mittel zu Gebote, als daß sie vor dem Ehe ab schult einen Rotar ihre Anerkennung serklärung beurkunden lassen; den Civilstandsbeamten oder durch einen Rotar ihre Anerkennungserklärung in Betress deiner weitern Legitimationserklärung in Betress der bereits in gehöriger Form anerkannten Kinder bedarf, — d. h. die Legitimation von Rechtswegen und ohne weiteres Zuthun durch die heirath der Eltern ersolgt, wenn das Kind vor der Deirath der Eltern ersolgt, wenn das Kind vor der Deirath von beiden Eltern in authentischer Urfunde anerkannt ist. — (Bgl. die Rote unter Art. 158.) Bezüglich der von Schwag er und Schwäg er in oder von Großoheim und Großnichte in der Schweiz zu legitimirenden Kinder würde die Schwierigkeit immer-

Bezüglich ber von Schwager und Schwägerin ober von Großobeim und Großnichte in der Schweiz zu legitimitenden Kinder würde die Schwierigkeit immerschin darin liegen, daß Franzosen folche Kinder, als in Blutschande erzeugt, eben nicht vor dem Cheabschlusse, sondern nur "in der heinthsurkunde selbst" frast der eingetretenen Entbindung von den Cheverboten, bzw. der hiedurch möglich gewordenen ehelichen Berbindung, anerkennen können. (Bgl. den in Beil. E. (S. 22) cit. Art. 335.)

Das französische Recht gestattet die Anerkennung des nach dem hundertundachtzigsten Tage seit Auflösung der Che geborenen Kindes, unter Beseitigung der für seinen ehelichen Stand sprechenden Rechtsvermuthung. (Entich. des Rassations-hoses vom 23. Rob. 1842.)

Das Richtvorhandensein *) eines Geburtsscheines ober un richtige Angaben **) in dem vorgelegten Geburtsschein des anzuerkennenden Rindes, sogar die Angabe anderer — b. h. von denjenigen, welche die Angabe anderer — b. h. von denjenigen, welche die Anerkennungserklärung abgeben, verschiedener — Personen als Ettern desselben ***), insofern keine anderweitige gesetzundsige Anerkennung stattgesunden hat (j. d. Note unter Art. 158), bilden, nach französischem Rechte, keinen genügenden Grund um die Entgegennahme einer Annerkennungserklärung zu verweigern.

Auch bereits berftorbene Rinber tonnen — nach Urt. 332 — zu Gunften ihrer Nachkommen legitimirt werden.

(Art. 333.) Kinder, die durch eine nachfolgende She legitimirt worden sind, haben die selben Be dte, als wären sie aus dieser She geboren. (Vide Beilage P — Anhang II.)

^{*)} Rescript des kaisers. Proturators v. 27. Mai 1854 und Januar 1860.

^{**)} Refeript bes taiferl. Profurators ju Paris bom 23. Juni 1853 und 30. Marg 1857.

^{***)} Urtheil bes Parifer Gerichtshofes vom 2. Juni 1809 und bes Raffationshofes vom 8. Dezember 1829

XIII.

Schließlich ift noch der Art. 171 des Code civil zu erwähnen, laut welchem in den ersten drei Monaten nach der Rückehr des Franzosen in das französ. Staatsgebiet die Urkunde über die im Auslande gesichlosene Ehe in das Eheregister seiner Wohnstgemeinde eingetragen werden soll.

Derjenige, welcher nach seiner Rudkehr einen neuen Wohn sit erwählt, soll die Eintragung der heirathsurkunde sowohl in der neuen als auch in der früheren
Wohnstigermeinde vornehmen lassen. Rach Ab'la uf
der dreim on at lichen Frift kann die Eintragung
nur auf Grund eines hiezu ausgewirkten Urtheils erfolgen. (Areisschreiben d Justizmin. v. 7. Mai 1822).

Die Vorschrift des Art. 171 erscheint lediglich als eine Folgerung des Deffentlichkeitsgrundsates, welchen das Geset bezüglich gewiser haupterfordernisse der Eheschliehung aufgestellt hat; indessen ift sie ohne Einfluß auf die Gültigkeit der Ehe (Entsch. des Rassationshoses vom 16. Juni 1829), wohl aber findet dieselbe be i Beurtheilung der Wirfungen einer Che gegenüber Dritten ihre Anwendung. In der französischen Gerichtspraziswird nämlich dieser Art. 171 mit dem Art. 1882 (C. civ.) in Berbindung gedracht und baher derseinze, welcher die frageliche Borschrift nicht beobachtet hat, sür den aus dem Aichtschaften — der betreffenden Che erwachsene Schaden, als haftbar erklärt. — (Vide Beilage Q — Anhang II.)

Diefe Urkunden sollen ferner, falls nicht in frangofischer Sprache ausgefertigt, fiels von einer durch einen beeibigten Uebersetzer versaßten Ueber fet ung begeleitet sein. (Bal. Rescript des taiserl. Proturators zu Baris vom 30. Rovember 1860.)

Ebenfalls nothwendig ist deren gehörige Beglaubigung. Gemäß Art. 6 und 9 der Berordnung vom 25. Ottober 1833 mussen solche Attenstüde von dem französischen Ronsul, in dessen Bezirk sie ausgestellt wurden, und sodann auf dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (Affaires-Etrangères) legalisitt werden. Diese Legalisationen sind in einem bezüglichen Areisschreiben des Generalprosurators zu Paris vom 10. August 1854 geradezu als unerläsliche bezeichnet. Es heißt darin: «Ce principe, établi d'une manière sormelle par l'ordonnance de 1681 et de 1723, a été consirmé par l'ordonnance du 25 octobre 1833.»

Geburts = ober Tobesscheine aus bem Auslande können in Frankreich nicht, wie die Chescheine, in die Civilstandsregister eingetragen, wohl aber einem Notare zur Ausbewahrung übergeben werden, welcher alsdann auch — gemäß Art. 21 des Gesetzt vom 25. Ventose, Jahr XI betreffend das Notariat — authenlische Abschriften von denselben aussertigen kann.

Desgleichen können in die französischen Civilsstandsregister keinerlei Bermerke angebracht werden, welche sich auf Urtheile außländischen die schen würden, so lange diese Urtheile nicht in Frankreich gerichtlich als vollziehbar erklärt worden sind (Code de procedure civile, Art. 546. — Entsch. der Gerichtschofe von: Toulouse, 27. Dezember 1819; Grenoble, 3. Januar 1829; Douai, 3. Januar 1845).

Indessen berechtigt die im Auslande errichtete Legitimations-oder Anerkennungsurkunde zur Anbringung einer bezüglichen Kandbemerkung. (Gutachten des kaiserl. Prokurators zu Paris vom 26. März 1852.)

Die Anerkennungsurkunden unehelicher Kinder sind frem pelpflichtig (gemäß Art. 45, Ziss. 7 des Finanzgesetzes vom 28. April 1816) und müssen – nach Analogie des oben bezüglich der Deirathsurkunden Gesagten — sowohl in's Französische übersetz als gehörig de glaubigt sein.

Laut Beichluß der Enregistrement-Berwaltung dom 17. Mai 1858, Art. 16618 des Journal de l'enregistrement mird die in Frankeich abersakte, einer

Laut Befolug ber Erregistrement-Berwaltung bom 17. Mai 1858, Art. 16618 bes Journal de l'enregistrement, wird die in Frankreich abgefaßte, einer ausländischen Urfunde beigefügte, U e ber se hing als mit dem Originalattenstide ein Sanzes bildend angeschen und folglich von einer besondern Abgabe enthoben. (Kreisschreiben des Seine-Präsetten vom 6. September 1858.)

Ein Befet bom 10. Dezember 1850 befreit bie Dürftigen (indigents) von der Entrichtung jeglicher Bebuhren behufs Musmirfung ber gu ihrer Berheirathung, sowie zur Legitimation ihrer vorehelichen Rinder, erforberlichen Attenftude, - mit Inbegriff berjenigen, welche bon ben frangofischen Gesandtschaften im Auslande geliefert werden, fowie der bezüglichen Legalisationen. Als Ausweis haben Die Betreffenden ein vom Polizeitommiffar ober vom Maire ihres Wohnortes ausgestelltes Reugnig beigubringen, laut welchem fie weniger als 10 Fr. Steuer bezahlen, ober eine Beideinigung bes Steuereinnehmers, bag fie nicht einmal fleuerpflichtig find. Ein berartiges Urmuthezeugniß unterliegt ber Beglaubigung burch ben Friedensrichter.

Die Bekanntmachung ber Gesetz und Dekrete in Frankreich geschieht — gemäß bezüglichem Dekret vom 5./11. Nov. 1870 — mittelst Einrückung in das Journal officiel de la République française, neben welchem jedoch das Bulletin des lois besteht und die Promulgation der im Journal officiel nicht eingerückten Erlasse bewirkt.

Die Gesetze und Defrete treten in Paris einen vollen Tag nach beren Bekanntmachung in Rraft

und sonst überall einen vollen Tag nach Ginlangen des Journal officiel am Hauptorte des betreffenden Arrondissements

Als tiber den in vorliegender Arbeit behandelten Gegenstand wesentliche Belehrung dietend, ist eine — von der Académie de législation de Toulouse preisgeströnte und in der Revue pratique de droit français, tome XLVI, sowie als Separatabbrud (Paris 1880, Marescq afné) erschienene — Abhandlung zu erwähnen: « Des mariages contractés en pays étrangers, par Albert Verger, »

Anhang I: Nachtrag.

1. Zu Abschnitt III (S. 13):

Art. 106. Derjenige Angehörige des französischen Staates, welcher ein nicht auf Leben Sdauer verliehenes und der Möglich teit eines Widerrufes unterworfenes öffentliches Amt bekleidet, behält seinen Wohnsitz da, wo er ihn zur Zeit der Annahme jenes Amtes hatte, falls er nicht eine entgegengesetze Absicht kundgegeben hat.

Art. 107. Die Annahme eines auf Lebenszeit verliehenen Amtes bringt die Uebertragung des Wohnsiges des Beamten an den Ort, wo er jenes Amt auszuüben hat, unmittelbar mit sich.

Art. 109. Großjährige, welche als Dien steboten ober sonst als Arbeitsleute (Gebülfen) bas Haus des Dienstherrn (hzw. Arbeitgebers) bewohnen, haben den nämlichen Wohnsit wie diejenigen, welchen sie dienen oder bei welchen sie arbeiten.

2. Zu Abschnitt VI (S. 16):

Art. 348: Der Aboptirte fährt fort, seiner leiblichen Familie anzugehören, und behält in berselben alle seine Rechte; gleichwohl ist die She verboten, u. s. w. (s. S. 17, Absch. VII.)

Anhang II: Beilagen.

1. Bu Abiconitt II (S. 13):

A. Das Staatsraths-Gutachten vom 19./30. März 1808 enthält, außer ben unter Art. 160 (Note 4, S. 16) mitgetheilten Anordnungen, noch folgende Weifungen bezuglich ber von ben Brautleuten beizubringenben Geburtsfcheine:

"Wenn der Familienname eines der Brautleute in seinem Geburtsscheine nicht mit denselben Buchstaben geschrieben ist, wie der seines Baters, — ober wenn einer Blevan ausgelassen ist, — so ist das Zeuanis der Eltern oder Großeltern, welche in ihrer in gesetzicher Form (Art 73) ertheilten Einwilligung die Identität bekunden, hinreichend, um zum Abschlusse der Spe überzugehen. Sind die Eltern oder Großeltern todt, so kann diese Identität für Minderjährige durch den Familienrath (bzw. den eigens bestellten Bormund ad hoc), — für Großschrige durch die dier (in Frankreich) bei der Trauung nothwendig anwesenden Zeugen, rechtsgültig bescheinigt werden.

Dieses Gutachten zieht in Erwägung: "baß, wenn es wichtig ift, die Berichtigung der Civilftandsregifter nur durch die Gerichte und nach Maßgabe dießfälliger Urtheile vornehmen zu lassen, es nicht minder zwedmäßig ericheint, den Betreffenden — sofern keine unbedingte Rothwendigkeit vorliegt — die mit einer Berichtigung der Civilstandsregister verbundenen Rosten zu ersparen."

Immerhin muß ber unrichtig geschriebene Rame mit bem wirklichen Ramen gleichlautend sein. (Gutachten bes kaiserl. Prokurators ju Paris vom 13. Dezember 1858.)

Falls die zu Gunften eines außerehelich geborenen Kindes errrichtete Anerkennungs. (bzm. Legitimations.) Urkunde mehr oder weniger Bornamen enthält als besten Geburtsschein, so ist ungeachtet dieses Unstanden. (Gutachten des kaiserl. Prokurators zu Paris vom 5. September 1856.)

Avis du Conseil d'Etat du 12 brumaire an XI; lettre du procureur impérial, à Paris, du 30 janvier 1860:

« La déclaration de reconnaissance d'un enfant naturel, dont la naissance n'a pas été inscrite sur les registres de l'état civil, ne peut tenir lieu d'acte de naissance, et l'omission de cet acte ne peut être réparée que par un jugement rendu en connaissance de cause. » (Arthur Collier, Tenue de l'état civil en France — Manuel à l'usage des officiers de l'état civil. — Paris 1864, chez l'auteur, rue St-Jacques 126; page 114, note 6.)

2. Zu Abschnitt V (S. 14):

B. 3n Art. 147: Entique bes Raffationshofes bom 16. Januar 1860: a Si l'art. 147 du Code civil défend de contracter un second mariage avant la dissolution du premier, cette défense n'existe pas toutes les fois que la preuve de la dissolution du premier mariage est rapportée; — que cette preuve est faite lorsque l'étranger établit que son mariage a été dissous dans les formes et selon les lois du pays dont il est sujet; — que telle est la conséquence du principe reconnu par l'art. 3 du Code civil et de la distinction des lois réelles et des lois personnelles.» (Dalloz 1860, 1, 57.)

Entideib bes Raffationshofes vom 18. Mär; 1878: (Affaire Bauffremont-Bibesco): « même eût-elle été autorisée par son mari, la femme séparée de corps ne pourrait être admise à invoquer la loi de l'Etat où elle aurait obtenu une nationalité nouvelle à la faveur de laquelle, transformant sa condition de femme séparée en celle de femme divorcée, elle se soustrairait à la loi française qui seule règle les effets du mariage de ses nationaux et en déclare le lien indestructible. » (Dalloz 1878, II, 1.)

Loi du 8 mai 1816, art. ler: Le divorce est aboli.

B. bis. Staateraths-Gutachten bom 12./17. Gorminal XIII: Der Staaterath ze. nach Anhörung bes ze. eine Entscheidung barüber beabsichtigenben Berichts, ob man beim Abgang bestimmter Beweise über ben Tod einer Militärperson, aus mündlichen Zeugenaussagen ober einer viele Jahre fortgesetzen Abwesenheit Bermuthungen ziehen tonne, welche jene Beweise zu ersieken vermöchten,

ift ber Meinung :

1) bağ es, wie ber Juftigminifter felbft bemertt, außerorbentlich gefährlich mare, einfache Rotorietatsatte, welche nach bem Borfalle geliefert werben, und meiftens bas Refultat einiger gefauften ober ber Schmache entriffenen Beugenaussagen find, als Beweis bes Tobes ju-gulaffen bag mithin bicfcs Mittel unbrauchbar ift;

2) bag in Betreff ber Abwefenheit, beren Folgen fo-weit fie auf bas Bermogen Begug haben, burch bas burgerliche Gefegbuch feftgeftellt find, und daß man nun auch nicht weiter als diefes gehen und die Che eines Abwefenden nach Berlauf einer gewissen Anzahl Jahre für aufgelöst erflaren fann;

daß fomit keine Beranlaffung vorhanden fei, bom gemeinen Rechte abzuweichen, ober eine Ausnahme einauführen, welche die Befeggebung niemals jugelaffen bat.

3. Bu Abidnitt VI (S. 14-16):

C. Bu Mrt. 151: Circular-Refeript des Juftigminifters an die Brokuratoren vom 11. Mossidor XII: Die Fälle, welche bei Anwendung bes Art. 151 bes Code civil Schwierigkeiten bieten tonnen, laffen sich auf folgende drei zurudführen:

1) wo die Linder weder den gegenwärtigen noch einen frühern Wohnort ihrer Ettern (bzw. Großeltern) über-

2) wo fie einen Wohnort berfelben zwar tennen, aber ihre Afcendenten bort nicht mehr antreffen, und biefe bon bort berichwunden find, ohne feitbem Radricht von

fich gegeben ju haben; 8) wo fie fich in ber ganglichen Unmöglichkeit befin-ben, mit ihren Afcendenten in Berbindung zu treten, fei es nun, weil beren Bohnort fic in einem fremben Sanbe ober in ben Rolonieen befindet, mit benen Rrieg geführt wird, ober fonft ein anderer Umftand die Berbindung fowierig ober gar unmöglich macht. Das in Art. 155 bestimmte Berfahren ift aber nur

auf ben unter Biffer 2 ermahnten Fall anwendbar; benn ein Urtheil ober ein Beugenverhor über Abwefenbeit fest nothwendig voraus, daß ein früherer Wohn-ort des Abwesenden bekannt fei. Ift aber der Wohnort bes Afcendenten ganglich unbefannt ober befteht mit jenem Orte feine Berbindung, fo laffen fich die betreffenden Urfunden, beren Beibringung unter solchen Umftänden geradezu unmöglich ift, durch eine nach Analogie von Art. 71 des Code civil errichtete Rotorietatsurfunde erfegen.

(Bgl. oben unter Art. 160 bie bem Staatsraths-Butachten bom 27. Deffidor/4. Thermidor XIII entnommene Rote 3.)

D. Bu Mrt. 154: Lettre du procureur impérial, à Paris, du 10 décembre 1858: «Il est bien évident que les père et mère ne peuvent, soit en interdisant l'entrée de leur domicile, soit en le désertant, placer l'enfant majeur, mais qui est encore sous leur autorité re-lativement au mariage, et qui veut leur demander conseil conformément aux art. 151 et suivants du Code Napoléon, dans l'impossibilité de remplir les formalités prescrites en pareil cas par la loi, et par conséquent dans l'impossibilité de contracter mariage à quel âge que ce soit.

« Aussi est-il de jurisprudence constante qu'il n'est point indispensable que la noti-fication des actes respectueux soit

faite aux ascendants en parlant à leurs personnes, pourvu qu'il soit établi que le notaire a fait tous ses efforts pour parvenir jusqu'à eux.» (A. Collier, op. cit., p. 225.)

E. Bu Art. 158: Der Artifel 158 fpricht nicht bon Großeltern, weil anertannte uneheliche Rinder im rechtlichen Sinne teine Großeltern haben. So gibt ihnen bas Befet (Art. 756 Code civil) nur auf bas Bermogen ihrer verftorbenen Eltern, nicht aber auf basjenige ber Bermandten ihrer Eltern, Rechte.

Rach Mitgabe bes Art. 337 Code civil fann ein Chegatte auch mabren b ber Che ein unehe-lices Rind, bas er vor ber Che mit einem andern als feinem Chegatten erzeugt batte, anertennen.

Art. 335 Code civil lagt inbeffen bie Anerkennung bes in Blutichanbe ober im Chebruch er-geugten Rindes nicht gu. (Bgl. Abichn. XII, G. 19.)

Arrêt de la Cour suprême, du 16 décembre 1811 : « Attendu que l'art. 334 n'ayant pas fixé l'époque où la reconnaissance de paternité devra être faite, il s'ensuit que l'enfant conçu peut être reconnu avant sa naissance, et que la discussion qui a préparé et précédé cet article ne permet pas de doute à cet égard. » — (A. Collier, op. cit., p. 115)

Loi du 21 juin 1843, art. 2: « A l'avenir, les actes notariés contenant reconnaissance d'enfants naturels et les procurations pour consentir à ces actes, seront, à peine de nullité, reçus conjointement par deux notaires, ou par un notaire en présence de deux témoins.

F. 3n Rote 3, S. 16: Staatsraths-Gutachten vom 27. Meffidor/4. Thermidor XIII (vgl. das oben angeführte ministerielle Circular-Rescript vom 11. Meffidor XII):

In Ermagung,

bag - wenngleich bie in Art. 71 vorgeschriebenen Formlichteiten nothwendig find, um bie Geburtsurfunden ber Brautleute ju erfegen - jur Erfegung einer viel weniger wichtigen Urfunde, beziehungsweise jur Erfegung bes Tobtenicheines ber Eltern ober Großeltern eine die Musfage bon fieben Beugen enthaltenbe und bom Berichte beftatigte Rotorietatsurfunde nicht geforbert merben tann:

bag bas natürliche Mittel, ben Tobtenicein ber Eltern ju erfegen, Die von ben Großeltern ju forbernbe Er-flarung über jenes Abfterben ift;

klarung über jenes woperven in, daß man mehrmals ohne Nachtheil für die Folgen, ein einfacheres und weniger toftspieliges Mittel, als inline Notorietätsafte find, ergriffen hat — indem man folde Rotorietätsafte find, ergriffen hat - indem man fich mit ber Erklarung ber vier (in Frankreich) jum Cheabichluffe nothwendigen Zeugen begnügt hat, welche bor dem Civilftandsbeamten abgegeben worden und deren in der Beirathaurtunde Ermahnung gefcheben ift; bag eine folde Ertlarung, Die ebenfo feierlich als ein

Rotorietatsattift, bei ben Geirathen ber Groß ja hrigen, für welche bie Ginwilligung ober ber Rath ber Eltern (baw. Grokeltern) nicht unumganglich nothwendig noch

ebehindernd ift, ohne Gefahr erfcheint; bag aber für die Beirathen ber Minberjahrigen nichts zu befürchten ift, weil zufolge Art. 160 bes Code civil Sohne und Tochter unter 21 Jahren ohne Einswilligung bes Familienrathes teine Che eingehen konnen, jobald die Eltern ober Großeltern nicht vorhanden find, ober fich in der Unmöglichfeit befinden, ihren Billen fundjugeben -

ift ber Meinung :

1) bag es ber Beibringung von Sterbeurfunden ber Eltern der Brautleute nicht bedarf, wenn die Groß. vater ober Großmutter beren Tob beich einigen , und bag für biefen gall, von ihrer Be-icheinigung im heiratheatte Ermahnung gefchehen foll;

2) bag, wenn die Eltern ober Grogeltern, beren Ginwilligung ober Rath erforderlich ift, gestorben oder ab-wesend find, und man sich wegen Un be tannt sein & ihres letten Wohnsiges in der Unmöglichkeit befindet, ihren Todtenschen, beziehungsweise eine gesetveinoer, igten Lobtenichten, beziehungsweise eine gejegmäßige Urtunde über ihre Abwesenheit beizubringen, zum
Abschlusse der Sebe bei Großfährigen auf ihre
eidliche Erklärung: "daß der Ort, wo die betressenden Ascendenten gestorben sind, oder ihren letten Bohnsig gehabt haben, ihnen unbekannt sei" — geschritten werden kann. Diese Erklärung muß auch von
ben vier Zeugen des Scheabschlusses eidlich bekatigt werden und amar behin: bot ihnen ber ft atigt werben, und zwar babin: bag ihnen ber Chefchließende und beffen Familienverhaltniffe genau, vom Gegentheile feiner Berficherungen aber nichts be-tannt fei." Die Civilftandsbeamten muffen von Diefen Erflarungen im Beirathsafte Ermahnung thun.

NB. In ber Sowe is wird an Stelle eines begug-lichen Bermertes bei ber Eintragung im Cheregister, wie diefes Gutachten es für Frankreich porfieht, eine befondere - vom Chefcheine unabhangige -– Protofollaufnahme ftattfinden muffen, welche mit den übrigen Belegen aufzubewahren ift. — Richt zu ibersehen ift immerhin, daß die Bergünftigungen dieses Gutachtens dem Betruge Borschub leisten, und daß, falls die betreffenden Angaben nicht wahr wären, die She unter Umständen als nichtig erklärt werden könnte.

G. (S. 16) Raiferliches Defret vom 16. Juni 1808.

Arf. 1. Die Offiziere aller Grade im aftiven Dienfte burfen nicht ohne ichriftliche Erlaubnig bes Rriegs. minifters heirathen.

Diegenigen, welche ohne eine folde Erlaubnig eine She joliegen, werden ihrer Stelle entjett, und verlieren für fic, sowie für ihre Bittwen und Kinder jeden rechtlich begründeten Anspruch auf eine Militärpenfion oder Entimadigung (récompense militaire).

Unteroffiziere und Soldaten im attiben Dienfte durfen fich nur mit Erlaubnig bes Bermaltungsrathes ihres Truppentheiles (conseil d'administration

de leur corps) berheirathen.

H. Art. 72 de la loi sur le recrutement, du 27 juillet 1872: « Nul n'est admis, avant l'âge de trente ans accomplis, à un emploi civil ou militaire, s'il ne justifie avoir satisfait aux obligations imposées par la présente loi. » — Aus dieser Bestimmung mird der Schluß gezogen, daß der betressente Rachweis behus Eingehung einer Sche erforderlich ist. (Mourlon, Repétitions écrites sur le Code civil, t. I., p. 317.)
hiebet ift jedoch solgendes Gutachten in Betracht zu

Lettre du procureur impérial, à Paris, le 16 février 1861: « Aucune disposition du Code Napoléon, qui a réglé seul la capacité pour con-tracter mariage, n'impose au futur l'obligation de justifier de sa libération du service militaire pour pouvoir être admis à se marier en France.

Les instructions ministérielles, qui prescrivent aux officiers de l'Etat civil de demander cette justification, n'ont d'autre but que de mettre à même de faire connaître à l'autorité administrative les personnes qui n'auraient pas satisfait au service militaire, et de contribuer ainsi d'une manière efficace à l'exécution des lois sur le recrutement de l'armée. — Mais les instructions précitées n'ont point eu pour but et n'ont pu avoir pour résultat de créer une cause d'incapacité de con-

tracter mariage que la loi civile n'a pas prévue.» (A. Collier, op. cit., p. 207.) Pareil avis avait été émis par le procureur du roi, à Paris, le 27 juin 1838, et le 31 mars 1852 par le procureur impérial. (A. Collier, op. cit., p. 208.)

4. 3 u Abschnitt VII (S. 16 u. 17):

- I. Bu Art. 164: a. Gin Rreisfdreiben bes Juftigminiftere vom 28. Auguft 1832 betont, bag bie Dis-penfe von ben Cheverboten wegen Bermandticafts ober Somagericaftsverhalt. niffen ftets die Ausnahme und nicht die Regel bilben
- b. Ginem bom 22. Ottober 1848 batirten Rreig-ichreiben bes Juftigminiftere laffen fich folgende Mus-einanderfegungen über die gur Ertheilung von Dispensationen maggebenden Grunde entnehmen : "Der unfittliche Lebensmandel gilt im Allge-meinen als ein hauptgrund gur Berweigerung bes Dispenfes; indeffen bringt ein erfter Tehler gewöhnlich die entgegengeseigte Birfung bervor. Altersverschiediedenheit, jumal wenn das bobere Alter auf Seite ber Braut ift, wirft hinwiederum in einem ber Dispensertheilung ungunstigen Sinne. In Betracht gezogen werden nament-lich auch die zufünftigen Interessen des Rindes. Als hauptfachliche Beweggrunde jur Ertheilung des Dis-penfes find noch hervorzuheben: die Bortheile, welche ben betroffenden Familien aus der beabsichtigten ehelichen Berbindung erwachsen follen. Unter allen Umftanden aber werden die Dispense verweigert, wenn nachgewiesen oder auch nur aus guten Gründen vermuthet werden tann, daß die um Dispens Rachfuchenden mit einander ebebrecherischen Umgang gehabt haben.
- c. Entscheid bes Juftizminifters vom 9. Februar 1855 : « L'adultère est un obstacle péremptoire à la concession des dispenses que rien ne peut faire disparattre. » (A. Collier, op. cit., p. 151, n. 5.)

d. Regierungsbeschluß vom 20. Prairial XI.:

Art. 1. Die Dispenje, um in ben verbotenen Ber-wandtichaftsgraden (Art. 162 und 163 — ursprünglich 157 bes Code civil) heirathen ju dürfen, werben auf den Bericht des Juftigminifters bon der Staatsregierung ertbeilt.

Mrt. 2. Der Regierungscommiffar (Staatsanwalt) bei bem erftinftanglichen Gerichte des Begirtes, in welchem bie um Dispens Rachsuchenden ihren Bohnfit haben, fest am Fuße ber, eine Ertheilung bes Dispenjes be-zwedenden, Bittidrift fein Gutachten, und hierauf wird Diefelbe bem Juftigminifter eingereicht.

J. Arrêt de la Cour de cassation, du 26 février 1878: « Il résulte des art. 6 et 26 de la loi organique du Concordat, de germinal an X, que les prêtres catholiques sont soumis aux canons qui étaient alors reçus en France, et, par conséquent, à ceux qui prohibaient le mariage aux ecclésiastiques engagés dans les ordres sacrés et déclaraient nuls les mariages contractés au mépris de cette prohibition; le Code civil et les lois constitutionnelles ne renferment aucune dérogation à cette loi spéciale. » (Sir., 78, I, 241).

5. Zu Abschnitt VIII (S. 17 u. 18):

M. Zu Art. 167: Ein Schreiben des General-proturators beim Parifer Obergerichtshofe an den königs. Proturator, vom 24. Juni 1847, bejagt, daß ein gemäß Art. 102 ff. begründeter Wohnsitz ipso jure als Deiraths-Wohnsitz gilt, ohne Rüdficht auf die Dauer des Aufenthaltes am betreffenden Orte (Bgl. Art. 74). Rurjollen, jchließt diefes Gutachten, die Berkfind ungen — gemäß Art. 167 — auch in der Gemeinde des frühern Wohnsitzes geschehen, falls derselbe seit weniger als sechs Monaten verlassen wurde.

Die bier angezogenen Stellen lauten :

« Vous me consultez sur la question de savoir si le citoyen qui a transporté son principal établissement dans une commune, et qui n'a pas conservé d'autre domicile, peut se marier dans cette commune, avant qu'il se soit écoulé un laps de temps déterminé.

« Je ne vois aucune difficulté à résoudre cette question affirmativement. En effet, la seule objection qui pourrait s'élever contre cette solution viendrait des dispositions de l'art. 74 du Code civil, qui exige de l'un des deux époux six mois d'habitation continue dans la commune où le mariage doit être célébré.

« Mais il faut bien remarquer que cette condition ne s'applique qu'à un domicile spécial, ou plutôt à une résidence indépendante du domicile de droit. C'est au domicile de droit que doivent être faits tous les actes de la vie civile: telle est la règle générale. Le domicile, quant au mariage, dont parle l'art. 74, n'est qu'une exception, et loin de vouloir enlever à un citoyen la faculté de se marier à son domicile de droit, le législateur a voulu, au contraire, par l'art. 74, faciliter les mariages, en indiquant pour leur célébration un second domicile de faveur existant simultanément avec le premier.

«Si l'on veut user de la faculté accordée par le législateur, et se marier dans la commune où l'on établit son domicile, quant au mariage, tout en conservant son domicile de droit, il faudra alors accomplir les conditions auxquelles cette faveur est assujettie; mais si l'on a transporté dans une commune son principal établissement, et par conséquent son domicile de droit, si l'on n'a pas conservé d'autre domicile, alors on rentre dans la règle générale, il n'est plus besoin de six mois d'habitation continue exigés par l'art. 74 pour le domicile de faveur, et le mariage doit être célébré dans le lieu du domicile, proprement dit, sans attendre l'expiration du délai de six mois.

« Seulement, il convient, conformément à l'art. 167, et pour assurer autant que possible la publicité du mariage, de faire des publications au lieu du dernier domicile, qui a été abandonné depuis moins de six mois. » (A. Collier, op. cit., p. 159.) — Bgl. Mbjdn. IX, S. 18.

Die Staatsanwaltschaft des Seinebepartements ist stefer Ansicht beigetreten (Gutachten vom 6. Robember 1850, 6. Januar 1851, 4. Dezember 1852, 4. März 1853, 4. September 1854, 3. Oktober 1854, 11. und 20. Juni 1855, 8. Oktober 1855, 8. Januar 1856, 8. August 1856, 8. Januar 1858, 26. Mai 1859 und 12. Juni 1860. — A. Collier, op. cit., p. 160).

Lettre du procureur de la république, du 6 novembre 1850: « Il appartient à l'officier de l'état civil de reconnaître si les futurs époux, ou l'un d'eux, ont réellement transféré leur domicile dans sa commune, suivant les règles posées par les art. 103 et 105 du Code civil, lorsqu'il n'y a pas eu la double déclaration prescrite par l'art. 104. (A. Collier, op. cit., p. 160, n. 7.)

L. 3u Art. 168: Lettre du ministre de la justice, du 21 mai 1850: « Plusieurs fois il a été reconnu par mes prédécesseurs que, dans le cas où les père et mère du futur mineur résideraient à l'étranger, les publications prescrites par l'art. 168 du Code civil pourraient ne pas être exigées lorsque le consentement des parents était représenté, et que la formalité des publications au lieu de leur domicile ne devait évidemment être utile à personne; il a été écrit notoirement dans ce sens au parquet de la Seine, le 27 octobre 1843 et le 8 janvier 1845. » (A. Collier, op. cit., p. 244.)

M. Zu Art. 169: a) Regierungsbeschluß v. 20. Brairial XI, Art. 3: Dispense von der zweiten Ehevertündung, wovon der Art. 169 (ursprünglich 163) des Code civil spricht, sollen geeigneten Falles, im Ramen der Regierung, von ihrem Kommissar (heute: dem Se taatsan walte) bei dem Gerichte erster Instanz desjenigen Bezirts, in welchem die um Dispens Rachsuchenden ihre heir ath abzuschließen gedenken, ertheilt werden. Dieser Rommissar (Staatsanwalt) mußtem Justizminister über die wichtigen Gründen, Bericht erstatten.

b) Circulaire du procureur impérial de la Seine, du 13 juillet 1810 — adressée aux maires de Paris: — « On me présente souvent des demandes à fin de dispenser de seconde publication de bans pour des mariages qui doivent se célébrer dans d'autres arrondissements que ceux de Paris; le procureur impérial de l'arrondissement dans lequel on célèbre le mariage peut seul les accorder et juger de la gravité des causes que l'on met en avant pour les obtenir. Pour faciliter ces sortes de demandes aux parties qui se croient intéressées à les former, vous pouvez leur faire délivrer l'extrait de la première publication avant que la seconde soit faite.»

(A. Collier, op. cit., p. 248.)

c) Ordonnance sur l'intervention des consuls relativement aux actes de l'état civil des Français en pays étrangers. (Du 23 oct. 1833.) Art. 17. Nous autorisons nos consuls à dispenser, pour des cas graves dont nous confions l'appréciation à leur prudence, de la seconde publication, lorsqu'il n'y aura pas eu d'opposition à la première, ou qu'une main-levée leur aura été représentée.

N. 3u Art. 170: a. Arrêt de la Cour suprême, du 9 mars 1881:

« Attendu que tout mariage doit être célébré publiquement; que la publicité des mariages contractés en France résulte des publications ordonnées par l'art. 63 du Code civil, et de la célébration devant l'officier de l'état civil compétent; qu'à l'égard des mariages contractés en petent; qu'a l'egard des mariages contractes en pays étrangers, devant un officier public étranger, et célébré dans les formes usitées dans le pays, par des Français qui n'ont en ce pays ni domicile ni résidence, la publicité ne peut résulter que des publications ordonnées par ledit art. 63 et requises par l'art. 170 du Code civil; d'où il suit que dans ces circonstances l'absence de ces publications entrette le défeut de publications entrettes le défeut de public de ces publications entraîne le défaut de publicité et par conséquent la nullité du mariage; attendu que, dans l'espèce, il s'agissait de deux Français qui n'avaient ni domicile ni résidence en pays étranger, et qui n'avaient quitté momentanément la France que pour se soustraire aux disposi-tions de la loi française concernant le mariage; qu'ils se sont mariés en Angleterre, sans publications préalables en France, et qu'en cet état, en prononçant la nullité du prétendu mariage contracté par eux à Londres, non-seulement la Cour d'appel de Paris n'a point excédé ses pouvoirs, mais a fait une juste application de l'art 170 du Code fait une juste application de l'art. 170 du Code civil. >

Même arrêt en date du 6 mars 1837. (A. Collier, op. cit., p. 49, n. 12.)

b. Arrêt de la Cour de cassation, du 12 févr. 1888: « Attendu que depuis le mariage il s'est écoulé plusieurs années sans réclamation de la part du sieur M.... père, ni de la part de son fils, lequel, lorsqu'il a épousé la veuve F..., aurait atteint l'age compétent pour consentir au mariage par lui-même; attendu, enfin, que l'arrêt déclare que le sieur M... a reconnu formellement la légitimité du mariage pendant cinq ans avant la demande en nullité, et que pendant le même espace de temps les sieur et dame H... ont eu la possession d'état constante d'époux légitimes, ce qui dans l'espèce écarte l'application de l'art. 170: rejette la demande en nullité.»

Gleiche Entscheibe bom 10. Marg und 19. Aug. 1841 und 14. Juni 1845.

(A. Collier, op. cit., p. 50, n 13.)

6. Zu Abschnitt XI (S. 19):

O. Circulaire du ministre de l'intérieur, du 2 novembre 1851 : «Le contrat de mariage est l'un des actes les plus importants de la vie civile; il détermine le régime sous lequel les époux sont unis, et par cela même affecte plus ou moins leur capacité à l'égard des tiers.

« L'incertitude sur l'existence de ce contrat peut faciliter la fraude ou faire nattre des inquiétudes qui rendent plus difficiles les transactions sur les biens dont les femmes mariées sont propriétaires, et les engagements qu'elles peuvent contracter.

« Il est important donc, dans l'intérêt du crédit privé, de mettre un terme à ces inquiétudes. «Tel a été l'objet de la loi du 10 juillet 1850.»

(A. Collier, op. cit., p. 205).

7. Zu Abschnitt XII (S. 19):

P. Lettre du procureur impérial, à Paris, du 23 juin 1853: «En constatant que les futurs époux déclarent reconnaître comme étant nés d'eux tels enfants inscrits sous tels noms, l'acte de mariage laisse intacts les droits de tous ceux qui auraient intérêt à contester cette reconnaissance. L'officier de l'état civil n'est pas, sous ce rapport, juge des déclarations qui lui sont faites; il les recoit, il les consigne. »

(A. Collier, op. cit., p. 267.)

8. Zu Abichnitt XIII (S. 20):

Q. Circulaire du procureur du roi, à Paris, adressée aux maires: « La loi ne permet pas aux maires, remplissant les fonctions d'officier de l'état civil, de s'ériger en juges des actes qu'on leur présente à transcrire; ce droit ne peut ap-partenir qu'aux tribunaux. Lors donc qu'on vous présente pour inscrire sur vos registres un acte dans une forme authentique, vous ne pouvez refuser de le faire, et vous ne devez point exa-miner si les formalités intérieures, ou même intrinsèques, de cet acte, ont été observées. La transcription que vous en faites n'ajoute ni ne retranche rien à la validité d'un tel acte. Ceux à qui la loi donne le droit de l'attaquer le conservent toujours; cette transcription n'est qu'une espèce de depôt que la loi a voulu qu'on fit d'un acte passé en pays étranger, pour le mettre à la portée de ceux qui ont intérêt de le connaître. (A. Collier, op. cit., p. 47.)

Auhang III: Mufterformulare.

(Rad Mourlon & Jeannest St.-Hilaire, Formulaire général à l'usage des notaires, etc. Paris, Marescq.)

Zu Art. 73: Urtunde über die Einwilligung der Ascendenten.

(1. Durch zwei Notare:)

Par-devant Me et son collègue, notaires à (Angabe des Ories nebst naherer Bezeichen nung desselben) soussignés,

(2. Durch einen Rotar und zwei Beugen :)

furent présents M. A. (Bor- und Familien-namen u. Beruf bes betr. Afcenbenten) et dame B. . . . (Bor- und Familiennamen und Beruf), son épouse, de lui autorisée, demeurant ensemble à (Angabe bes Wohnortes berfelben),

Lesquels ont déclaré consentir au mariage projeté entre M. C. . . . (Bor- und Familiennamen, Beruf und Wohnort des Cheschließenden), leur petitsils, et mademoiselle D. . . . (Bor- u. Familiennamen, Beruf u. Wohnort der Braut), et vouloir qu'il soit procédé, même en leur absence, à la célébration dudit mariage.

Pour renouveler ce consentement où besoin sera, tous pouvoirs sont donnés au porteur.

Dont acte

(1. Durch zwei Rotare:)

Fait et passé à en l'étude de M. (ober: en la demeure de M. , l'une des parties),

l'an , le Le comparant a signé (ober: les parties ont signé) avec les notaires, après lecture.

(2. Durch einen Notar und 2 Zeugen:)

Fait et passé à . . . , en l'étude, l'an , le , en présence de M. A. (Sor- u. Familiennamen, Beruf u. Wohnort) et de M. B. (Sor- u. Familiennamen, Beruf u. Bohnort), témoins instrumentaires.

Le comparant a signé (ober: les parties ont signé) avec le notaire et les témoins, après lec-

B.

Bu Art. 151 — 154: Chrerbietigkeits - alt (Acte respectueux).

Par-devant Me..., etc. (j. Form. A.)

Fut présente:

Demoiselle A. (Bor- n. Familiennamen, Beruf
und Esqueri), âgée de . . . ans, fille de M. . . .
et de dame , son épouse, demeurant à

Laquelle a supplié respectueusement lesdits sieur et dame , ses père et mère, de lui donner leur conseil sur le mariage qu'elle se propose de contracter avec M. B. . . . (Bor m. familiennamen, Beruf und Bohnort des Brautigams), fils de M. . . . et de dame . . . , son épouse, demeurant à . . . requérant qu'il soit incessamment procédé par lesdits notaires à la notification du présent acte respectueux, conformément à la loi.

Dont acte, etc. (f. bei ber vorhergehenden Urfunde).

Notification.

Et le . . . , heure de . . . , lesdits , tous deux notaires à . . . , soussignés , ont notifié au sieur C. . . . (Bor-u. Familiennamen und Beruf des Baters) et à la dame (Yor- und Familiennamen und Beruf der Mutter), son épouse, en leur demeure, à . . . , en parlant à leurs personnes, l'acte respectueux, en date du , enregistré, dont la minute précède.

Lesdits sieur et dame C. . . . , invités à donner le conseil demandé par leur fille, ont répondu (bit Antwort ift hier anaugeben) et ont signé (ober: ont refusé de signer) leur déclaration.

Et, à l'instant, les notaires soussignés, après

Et, à l'instant, les notaires soussignés, après avoir donné lecture aux dits sieur et dame..... du présent procès-verbal, rédigé les jour, an et lieu ci-dessus indiqués, leur en ont laissé copie en forme, précédée de celle de l'acte respectueux.

Ċ.

Bescheinigung bes Rotars, welcher ben güterrechtlichen Chevertrag abgefaßt hat.

Cejourd'hui (Latum in Borten), le contrat de mariage du sieur A. (Bor- und Familien-

namen, Beruf und Bohnort des Bräutigams), et de la demoiselle B. . . . (Bor- und Familiennamen, Beruf und Bohnort der Braut), a été passé devant moi, notaire à , soussigné, qui en ai la minute.

Et je leur ai délivré le présent certificat, pour être remis à l'officier de l'état civil, avant la célébration de leur mariage.

Großbritannien,

cigenti. das Bereinigte Rönigreich von Erofbritannien (England und Schottland) und Irland.

Die britisch e Gesandtsangehörigen, welche sich in der Schweiz verehelichen wollen, eine Bescheiz nach schweiz verehelichen wollen, eine Bescheiz nach schweizerischen Gesehe geschoffene See eines britischen Staatsangehörigen in dessen Heimatlande rechtsgültig sei, d. h. Uebertragung seiner Staatsangehörigteit auf die Gattin und ehelichen Kinder, sowie alle übrigen rechtlichen Wirtungen einer im heimatlande selbst eingegangenen See zur Folge habe, insofern keine Uebertretung der heimatlichen Gesehe hinsichtlich Consanguinität (Blutsverwandschaft) und Affinität (Schwägerschaft) vorliege.

Dieser Borbehalt ist indessen etwas zu allgemein gehalten, indem nach dießbezüglicher Prazis der englischen Gerichte zu unterscheiden ist, ob britische Staatsangehörige ihren ord entlich en Wohnsig im Heimatlande oder im Aus- and e haben. Im letztern Falle steht ihr Speabschluß auch mit Bezug auf die Scheverbote unter der Gesetzehung des Niederlassungsortes (lex domicilii), insofern die Betreffenden ihren ausländischen Abohnsig der englischen Gesetze wählten. (Bgl. W. Ernst, A Treatise of Marriage and Divorce, London 1879).

Bu bemerten ift, daß im Legitimacy Declaration Act (21 und 22 Vict. c. 93) ben britifden Unterthanen — unter gewiffen Boraussetungen — das Recht eingeraumt wird, die Gilltigteit ihrer Che durch bas zuftandige englische Gericht anertennen zu laffen. (Vide Appendix, S. 29.)

I.

Die karfte und einfachfte Auskunft über die in der gesandtschaftlichen Erklärung angezogenen Einschräntungen der heirathsfähigkeit gibt nachftehendes, dem amtlichen Gebeibuche der englischen Staatskirche entnommenes

Tabellarifdes Bergeichniß

der auf Verwandtschafts- und Schwägerschaftsverhältnisse beruhenden Cheverbote.
— Diese Berbote ftügen sich auf die Bibel (Leviticus, Rap. XVIII) und auf das Geset 32 Honr. VIII, c. 38. —

Dem Manne ift die She verboten mit: feiner Großmutter, ber gewesenen Chefrau feines Großvaters (Stiefgroß. ber Großmutter feiner frühern Chefran (Sowiegergroßmutter) ber Schwester feines Baters (Tante), ber Schwester feiner Mutter (Tante), der Sameper jeiner Mutter (Lante), ber gewesenne Shefrau des Brubers seines Baters (Sawiegertante), der gewesenne Shefrau des Bruders seiner Mutter (Sawiegertante), der Schwester des Baters seiner frühern Chefran (Sawiegertante), der Schwester der Mutter seiner frühern Chefran (Chimicoccente) (Camiegertante), feiner Mutter, feiner Stiesmutter, ber Mutter feiner frühern Chefrau (Sowiegermutter), ber Tochter feiner frühern Chefran (Stieftochter), ber gewesenen Chefrau feines Sohnes (Schwiegertochter), feiner Sowefter ber Schwester seiner frühern Spefrau (Schwägerin), ber gewesenen Spefrau seines Brubers (Schwägerin), ber Tochter seines Sohnes (Entelin), ber Tochter seiner Tochter (Entelin), ber gewesenen Chefrau bes Cohnes seines Sohnes (Someigerentelin), ber gewesenen Chefrau bes Cohnes feiner Tochter (Schwiegerentelin), ber Tochter bes Sohnes feiner frühern Chefrau (Stiefenfelin), ber Tochter ber Tochter feiner frühern Chefrau (Stief= entelin), ber Tochter feines Brubers (Richte), ber Tochter feiner Schwefter (Richte), ber gewesenen Chefran bes Sohnes feines Brnbers (Schwiegernichte), bet gewesenen Chefrau bes Cobnes seiner Schwester (Schwiegernichte), ber Lacier bes Brubers feiner frubern Chefran 29 Somiegernichte), ber Tochter ber Schwefter feiner frühern Chefran Sowiegernichte).

feinem Grofbater, 2 bem gewesenen Chemann feiner Großmutter (Stiefgroßvater), bem Grofvater feines frabern Chemannes (Cowiegergroßbater), bem Bruber feines Baters (Obeim), bem Bruber feiner Mutter (Obeim) dem Bruder jeiner naunter (Opeim), dem gewesenen Shemann der Schwester seines Baters (Schwiegersheim), dem gewesenen Spemann der Schwester seiner Mutter (Schwiegersheim), dem Bruder des Baters seines frühern Shemannes (Schwiegersheim), dem Bruder der Mutter seines frühern Chemannes (Schwiegersheim) (Comiegeraheim), feinem Bater, feinem Stiefvater, bem Bater feines frühern Chemannes (Somiegervater), feinem Cobne, bem Sohne feines frühern Chemannes (Stieffohn), bem gewesenen Chemann feiner Lochter (Sowiegersohn), feinem Bruber, bem Bruder seines frühern Chemannes (Schwager), bem gewesenen Chemann seiner Schwester (Schwager), bem Sohne seines Sohnes (Enkel), bem Sohne seiner Tochter (Enkel), bem gewesenen Chemanne der Tochter seines Sohnes 21 (Sowiegerentel) bem gewefenen Chemanne ber Tochter feiner Tochter (Schwiegerentel) bem Sohne bes Sohnes feines frühern Chemannes (Stiefentel), bem Sohne ber Tochter feines frühern Chemannes (Stiefentel), bem Sohne feines Bruders (Reffe), bem Sohne feiner Schwefter (Reffe)

Dem Wei be ift die She versoten mit:

Ein Som dgerida ftsverhalt niß giltgleichviel, ob die Bermandtichaft, auf welcher dasselbe beruht,
eine eheliche ober außereheliche sei. Indessen wird die Schwägerschaft nur durch das Band der Ehe begrindet,
und es schafft der bloge außereheliche Umgang zweier
Personen tein Schwägerschaftsverhaltniß. (Bgl. 2B. Ernft's
op. cit., S. 184.)

Nach einer auf. Anordnung der Regierung veranstalteten amtlichen Zusammenstellung der in den verschiedenen Ländern der britischen Krone zu Recht bestehenden Chegesetze (Report of the Royal Commission on the Laws of Marriage — aus dem Jahre 1868) gelten die obenan-

geführten Cheverbote wegen Berswandtschaft und Schwägerschaft, sowie die übrigen — den Bestimmungen bes Art. 27, Lemma 1 und Art. 28, Biff. 1 und 3 des schweiz. Gesessentsprechen — Ehehindernisse und auch dassenige wegen Impotenz (wovon in nachfiehender Note die Rede sein wird) für das ganze Gebiet des Bereinigten Königreichs, währenddem ein Eheverbotwegen Ehebruchs (bei Geschiedenen) nur für Schottland besteht.

bem gewesenen Chemann ber Tochter seines Brubers (Schwiegerneffe), bem gewesenen Chemann ber Tochter seiner Schwester (Schwiegerneffe),

bem Sohne bes Brubers feines frühern Chemannes

(Schwiegerneffe), bem Sohne ber Schwefter feines frühern Chemannes

(Sowiegerneffe).

Bemerkt wird, daß durch Art. 2 (2nd section) bes, gewöhnlich als Lord Lyndhurst's Act citirten, Gefetes 5 & 6 Wm. IV, c. 54 alle awifden Berionen, welche in ben berbotenen Graben bermanbt ober verichmägert find, eingegangenen Ehen als ipso facto, d. h. von vornherein und unbedingt, nichtig erklätt wurden; wogegen früher die Richtigkeit solcher Eben von einem Urtheile, welches blos bei Ledzeiten der Ebegatten erlangt werden konnte, abhängig war. hinsichtlich des die Richtigkeit der Ehe begründenden Berbotes wegen Geistesstörung siehe die Acts 15 & 16 Geo. II, c. 30 und 51 Geo. III, c. 37,

laut welchen bas bezügliche Gutachten einer Commiffion

natigebend ift.
Um einen Richtigkeitsgrund zu bilden, muß die Impotenz (das phyfische Unvermögen, die eheliche Pflicht zu leiften), zur Zeit der Eingehung der She bestanden haben und als unheilbar nachgewiesen werden. Siebei handelt es sich um vollkändige Unsahigsteit zur Beiwohnung und nicht um blose Zeugungsunfähigkeit. Die bei Beurtheilung fraglicher Eigenschaft als Rorm geltenden Sage find : bezüglich des Mannes, non potest penem erigere, nec feminam penetrare et cognoscere, und, bezüglich des Weibes, viro inutilis est wegen Digbildung (malformation).

Ausführliche Belehrung über bas Borhanben= fein ber Grunbe, auf welche fich nach engli= schem Rechte die Richtig teitserflärung einer Ehe ftugen tann, bietet S. 155 ff. bes wieberholt angeführten Bertes von B. Ernft.

Dem oben ermabnten Commiffionsberichte ift, rudfictlich ber perfonlichen Fabigfeit jur Cheschließung, noch zu entnehmen, daß unter Umftanben Chefcheibungsurtheile fchot= tischer Gerichtshofe in England und Irland nicht als gultig anerkannt werben, und folglich die Angehörigen biefer Länder nicht zur Gingehung einer neuen Che berechtigen. Dieß fei nämlich bann ber Kall, wenn bie betreffen= ben Englander ober Irlander nicht einen bona fide begrundeten Bobnfit in Schottland hatten, b. h. eigens jum 3mede ihrer Chescheidung fich nach Schottland verfügten, weil bie ichot-tischen Gefege in biefer Binficht Erleichterungen gemahren.

In ber Regel anertennen bie englifden Berichte eine Auslande erfolgte Cheicheidung nur insofern als gultig, als die betreffende Chefdlichung auch im Auslande ftattgefunden hat; oder, falls die Ehe in England abgefoloffen wurde, betrachten fie als enticheibend, daß die Parteien ihren ordentlichen Bohn-fit in dem Lande haben, in welchem das Urtheil gefallt wird, und daß die Scheidungsgrunde nach englischem Rechte maßgebend seien, als da find: — laut dem sog. Divorce Act (20 & 21 Vict., c. 85, s. XXVII) — auf Antrag bes Mannes, Chebruch ber Frau; auf Antrag ber Frau, Chebruch bes Mannes, verbunden mit Blut-icanbe (Bgl. die Cheverbote wegen Berwandtichaft ober Schwägerschaft), ober mit Bigamie, ober mit Entführung, oder mit boswilliger wenigstens zwei Jahre andauernder verlassung, oder mit solcher Grausankeit, daß ohne Che-bruch die Trennung von Tisch und Bett ausgesprochen werden könnte, sowie auch seit Bestehen der Ehe be-

gangene Sodomie oder Bestialität. (Bgl. b. oben citirte Bert von 2B. Ernft. C. 25 u. 55 ff.)

Bei englischen Erkenniniffen ift besonders barauf zu achten, baß bas Wort « Divorce» sowohl ben Begriff ber eigentlichen Chescheibung (Dissolution of Marriage) als benjenigen ber blogen Trennung von Tifch und Bett (Judicial Separation, Divorce à Mensa et Thoro) umfaßt, und baß ein Separations-ertenninis, wenn auch auf Lebenszeit ausges sprochen, niemals eheaustosende Wirtung haben fann und somit nicht zur Schliegung einer meitern Che berechtigt.

Π.

Außer ben auf bie verschiebenen Chehinberniffe aurudauführenden Nichtigkeitsgrunben gelten noch als folche: bie absichtliche Umgehung ber Cheverfündung sowie bie mangelhafte Bornahme berselben. (4 Geo. IV, c. 76, s. XXII; & & 7 Wm. IV, c. 85, s. XLII.)

Als mangelhaft betrachtet man eine Cheberffinbung, wenn im Bertunbungsatte Die Identitat der Brautleute nicht gehörig festgestellt ift, wenn also die bezüg-lichen Angaben falsch oder auch nur unvollftändig find. Unter Umftänden tann das Fehlen eines blogen Bor-namens zur Begrundung einer Richtigkeitsklage hin-reichen, nämlich, wenn ein unter einem gewisen Bor-namen allgemein bekanntes Individuum absichtlich nur die übrigen feiner Bornamen in den Berfundungsatt aufnehmen ließ.

Die burgerliche Cheverkundung ift burch bie Gefete 6 & 7 Wm. IV, c. 85 (Lord Russell's Act), 1 Vict., c. 22 unb 19 & 20 Vict., c. 119 geregelt.

Das gefeglich vorgefehene Berfunbungsverfahren in England und Irland läßt fich

folgendermaßen zusammenfaffen :

Die Brautleute haben bem Registerbeamten (superintendent registrar), in beffen Bezirk - beziehungsweise den Registerbeamten, in deren Bezirke - fie feit mindeftens fieben Tagen ihren Wohnort haben (was anzugeben ift), die erforberlichen Angaben über ihren Ramen, Beruf, Wohnort, Civilstand u. f. w. fcriftlich einzureichen. (Belege hiefür werden feine verlangt; wohl aber werden falfche Aussagen wie Meineid bestraft.) Diese Unzeigen werden in das Beirathsmelbebuch (notice book) eingeschrieben, welches Jedermann gur Ginficht offen liegt.

Wenn die Brautleute erflaren, daß fie icon feit bollen 15 Tagen im betreffenden Begirte wohnhaft find, fo tann ein Melbeschein (licence, eigentlich Erlaubnificein), falls nicht Ginfpruch erhoben murbe, in England bereits am zweiten, in Irland am achten Tage nach ber Gintragung in bas Melbebuch ausgestellt werben.

Im entgegengesetten Falle aber muß ein öffentlicher Anschlag während einundzwanzig aufeinanderfolgenden Tagen stattsinden, und erst nach Ablauf dieser Frist ist ein « certificate » (Berkündschein) erhältlich.

Rach englischem Recht kann alsdann die Trauung ohne Unterschied, ob auf certificate oder

licence geftütt, vollzogen merden.

Eine Berkundung, welcher nicht innerhalb brei Monaten — vom Datum des Ablaufs der Berskindungsfrift an gerechnet — der Abschluß der Ehe folgt, verliert ihre Giltigkeit.

In Schottland geschehen teine bürgerlichen Cheverkundungen.

Bemerkt wird, daß — wie aus Borstehendem zu entnehmen — jede Bornahme einer Berkündung durch den faktischen Aufenthalt der Brautleute bedingt ist, und somit die Bestimmung des Art. 29 des schweiz. Gesetze hinsichtlich der Berkündung am Heimatorte in Betreff der britischen Staatsangehörigen als unaussührbar betrachtet werden nuß.

Ш.

Falls die Brautleute mindersährig, b. h. unter 21 Jahren — und nicht Wittwer oder Wittwe — sind, bedürsen dieselben zu ihrer Verheisrathung der Ein willigung des Baters oder, wenn der Bater todt sit, des gesetlich ernannten Bormundes (Guardian) oder, wenn kein solcher vorhanden ist, der Mutter, wenn dieselbe unverheirathet ist, oder, in Ersmangelung einer unverheiratheten Mutter, eines von der zuständigen Behörde (Court of Chancery) eingesetzen Bormundes; es se sei denn, daß keine der zur Ertheilung dieser Einwilligung berechtigten Personen vorhanden wäre. (4 Geo. IV, c. 76, s. XVI.)

Gegen unverständige Berweigerungen fieht ben Betreffenden der Rekurs an die als Court of Chancery bezeichnete Behörde zu, welche ebenfalls zur Ertheilung der Einwilligung zuständig ist, wenn die sonst hiezu Berechtigten in weit entlegenen Ländern (in Parts beyond the Seas) sich besinden. (4 Geo. IV, c. 76, s. XVII.)

Nach englischem Rechte ist indessen ein Nach = weis der elterlichen, bzw. vormundschaftlichen, Einwilligung dem Eivilstandsbeamten nicht zu erbringen. (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. XXV; 19 & 20 Vict., c. 119, s. XVII.)

Auch ift die Richtbeobachtung ber auf bas Erforberniß einer folchen Ginwilligung (bei Minberjahrigen) bezüglichen Gesetzesvorschriften ohne Einfluß auf die Gultigkeit der geschlossenen Che; immerhin aber konnen badurch die Wirkungen der Che in Beziehung auf das Bermögen wesentlich beeintrachtigt werden. (Bgl. d. oben cit. Report on Marriage Laws, p. IX.)

Ift eine Che von Minder jahrigen ohne ben nothwendigen Confens der dazu Berechtigten einzegangen worden, jo hat die Staatsanwaltschaft (Attorney General or Solicitor General) auf Antrag derzienigen Person, deren Einwilligung erforderlich war und nicht gegeben wurde, gegen den Schuldigen einzuschreiten. Dieser soll nun aller ihm aus der See erwachsenden vermögensrechtlichen Bortheile verlustig erklärt werden, welche nach Ansicht des Gerichtshoses zu Gunsten des unschuldigen Ehegatten und alfalliger Kinder aus dieser Sehe, oder, falls die Schuld beide Spegatten trifft, blos zu Gunsten der Kinder verwendet werden dürsen. (4 Geo. IV, c. 76, s. XXIII; 6 & 7. Wm. IV, c. 85, s. XLIII; 19 & 20 Vict., c. 119, s. XIX.)

IV.

Als Cigenthumlichkeit bes englischen Rechts
ift zu erwähnen, baß bie Legitim ation
burch nachfolgenbe Ehe bemselben unbetannt ift, wogegen sie in ber schottischen Gefetzgebung Aufnahme gefunden hat. (Bgl. b. o.
cit. Report on the Marriage Laws, p. LIV.)

Appendix.

By the 1st section of the Legitimacy Declaration Act (21 & 22 Vict, c. 93) it is enacted that

Any natural-born Subject of the Queen, or any Person whose Right to be deemed a naturalborn Subject depends wholly or in part on his Legitimacy or on the Validity of a Marriage, being domiciled in England or Ireland, or claiming any Real or Personal Estate situate in England, may apply by Petition to the Court for Divorce and Matrimonial Causes, praying the Court for a Decree declaring that the Petitioner is the legitimate Child of his Parents, and that the Marriage of his Father and Mother, or of his Grandfather and Grandmother, was a valid Marriage, or for a Decree declaring either of the Matters aforesaid; and any such Subject or Person, being so domiciled or claiming as aforesaid, may in like Manner apply to such Court for a Decree declaring that his Marriage was or is a valid Marriage, and such Court shall have Jurisdiction to hear and determine such Application, and to make such Decree declaratory of the Legitimacy or Illegitimacy of such Person, or of the Validity or Invalidity of such Marriage, as to the Court may seem just.

Italien.

Semäß Rreisschreiben bes Bundesrathes an sammtliche Kantonsregierungen vom 2. August 1869 (abgedruckt im Bundesblatt 1876, Band I, S. 220) wird bei Ehefcließungen von Italienern — auch wenn sie sich mit Schweizerinnen verzeirathen — auf die in Art. 31, Lemma 4, und Art. 37, Shlußlemma des schweizerischen Gesehe borgesehene Anerkennung serklärung verzichtet.

Die italienische Gefandischaft in Bern begrunbete mit Rote vom 28. Juli 1869 (Bunbesblatt 1876, Banb I, S. 220) ihre Beigerung, irgendwelche Erflarungen bezüglich Chebewilligung ober Burgerrechtszuficherung auszuftellen, bamit, baß fle auf bae italienische Befeg vermies, welches bie Unerfennung ber im Auslande gefchloffenen Che (Art. 100, fiebe bienach : Abichn. V) ausspricht, beziehungsweife bie betreffenben Borausfegungen regelt. Gine Rote jener Befandtichaft vom 5. Juni 1867 (abgebruckt im Bunbesblatte 1876, Band I, S. 215) betont inbeffen, baß bie Bultigfeit einer von Italienern in der Schweiz, wie anderswo, abgeschloffenen Che von ber Beachtung gewiffer Borichriften bes ttalienischen Gefetes abhangig fei, und somit bie Umgehung Diefer Borfchriften bie Richtigkeit ber Che - beziehungsweise auch ihrer rechtlichen Folgen in Betreff ber Chegatten und allfälliger Nachkommen — bedinge.

Die in der Schweiz zu beachtenden Stellen bes "burgerlichen Gesethuches fur das Königreich Italien (Codice civile del Regno
d'Italia)" sind — soweit sie nicht den Beflimmungen des schweizerischen Gesetzes entsprechen — in nachfolgender Zusammenstellung

enthalten :

T

hinsichtlich bes Art. 56 — beziehungsweise ber demfelben entsprechenden Bestimmung des Art. 28, 3iff. 1
bes schweizerischen Gesetzes — wird bemerkt, daß Art.
148 des italienischen Civilgesetzbuches die Auflösung des
Sebandes ausdrücklich vom Tode des einen Spegatten
abhängig macht; obschon dieser Art. 148 die gerichtliche
Trennung der Sehegatten zuläst. Italienische Staatsangehörige sind daber, durch ein etwa außerhalb Italiens
gefälltes Eheschung einer weitern Ehe berechtigt.

Art. 59, Biff. 2 verbietet bie Che wischen Schwager und Schwagerin. Gemäß Art. 68 fann indefien der Rönig, aus gewichtigen Gründen, von diesem Schinderniffe befreien. — Ift aber die Ehe ohne Dispensation abgeschloffen worden, so kann sie — laut Art. 104 — sowohl von den Staatsanwaltschaft, sowie überhaupt von allen benjenigen Personen, welche ein rechtlich begründetes und schon bestehendes Interesse babei haben, an gestochten werden.

Art. 60 verbietet die Ehe: zwischen dem Aboptanten und den Rachkommen des Aboptirten;

amifchen Aboptivfinbern einer und berfelben Berfon;

zwischen bem Aboptirten und ben Kinbern, welche ber Aboptant etwa später bekommt;

zwischen bem Aboptirten und bem Chegatten bes Aboptanten, sowie auch zwischen bem Aboptanten und bem Chegatten bes Aboptirten.

Bei einer entgegen ben Bestimmungen bes Urt. 60 geschloffenen Che find bie jur Unfechtung Berechtigten — gemäß Urt. 104 — bie nämlichen wie bie bezüglich Urt. 59 ermähnten.

Art. 61. Die wegen Geiftestrants heit Bevormunbeten burfen teine Che eingehen.

Wenn bie Bevormundung erft eingeleitet ift, so foll die Cheschließung verschoben werden, bis das Gericht endgültig entschieden hat.

Art. 112: Die Che bes wegen Seiftestrantheit Interbicirten tann von dem Interdicirten felbft, von deffen Bormunde, von dem Familienrathe und von der Staatsanwaltichaft angefochten werden, falls die Bevormundung icon jur Zeit des Cheabschlusses verhängt oder die betreffende Arankheit damals scon vorhanden war. Auf Richtigkeit der Che tann indessen nicht mehr erkannt werden, wenn das Zusammenleben der Spegatten wahrend drei Monaten, nach Aussehung der Interdiction, fortbestanden hat.

Art. 62. Wer durch Strafurtheil ber Thaterichaft ober Theilnahme an einer begangenen
ober versuchten absichtlichen Tobtung
bes einen Chegatten schulbig erklart
worben ift, barf nicht ben andern Chegatten
beiratben.

Wenn die Untersuchung erft eingeleitet ober ber Berhaftsbefehl erlaffen worden ist, so soll die Cheschließung bis nach erfolgtem Urtheil verschoben werben.

Bezüglich einer mit Außerachtlaffung diefes Berbotes zu Stande getommenen Ghe ift das An fechtungs-recht durch Art. 104 bestimmt. S. daher die obenftebende (fammtliche Berechtigten ermahnende) Rote zu Art. 59.

Als eigentliches Chehinderniß gehört noch hieher das — in Art. 107 als Richtigkeitsgrund angeführte — immerwährende und offenbare Unvermögen die eheliche Pflicht zu leiften (Impotenz), falls dieses Gebrechen icon vor Eingehung der Che bestand.

11.

Art. 63. Cheliche Rinber bedürfen gur Cheschließung, fo lange ber Sohn bas fünfundzwanzigste, die Tochter bas vierundzwanzigste Lebensjahr nicht vollenbet hat, ber Ein willis gung beiber Eltern. Im Falle von Meinungsverschiedenheit genügt indeffen bie Ginwilligung bes Baters.

Benn ein Elterntheil verftorben ober außer Stanbe ift, feinen Billen zu erklaren, fo genügt bie Ginwilligung bes andern.

Das Aboptivfind, welches bas einundzwanzigste Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat, bebarf neben ber Zustimmung seiner leiblichen Eltern auch ber Einwilligung bes Aboptanten. (Bgl. Art. 64, 65, 67, 81 und 100.)

Art. 64. Wenn beibe Eltern tobt ober, ihren Billen zu erklaren, außer Stanbe find, so burfen biejenigen, welche noch nicht volle einundzwanzig Jahre alt find, nur mit Einwilligung ber Großeltern sich verheirathen. Bei Meinungsverschiebenheit zwischen Großvater und Großmutter ber gleichen Linie genügt die Bustimmung des Großvaters.

Die Meinungsverschiebenheit zwischen beiben Linien ift ber Einwilligung gleich zu achten. (Bgl. Art. 67, 81 und 100.)

Art. 65. Wenn weber Eltern, noch Aboptiveltern, noch Großeltern vorshanden ober bieselben alle außer Stande sind, übren Billen zu erklären, so bürfen biesenigen, welche noch nicht einundzwanzig Jahre alt sind, nur mit Einwilligung bes Familienrathes (consiglio di famiglia) sich verheirathen. (Bgl. Art. 67, 81 u. 100.)

Art. 251. Der Familienrath (consiglio di famiglia) besteht aus bem Friedensrichter (pretore), welcher benselben zusammenberust und dabei den Borsit sübrt, und vier Mitgliedern (consulenti).

Mitglieber des Familienrathes find außerdem auch der Bormund (tutore), der Gegenbormund (protutore) und für den emancipirten Minderjährigen bessen Beifand (curatore).

Art. 252. Mitglieber bes Familienrathes find von Rechtswegen, wenn nicht bereits in anderer Gigenschaft hiezu berufen: 1. die mannlichen Alcenbenten des Mindersjährigen; 2. die vollburtigen Brüder; 3. die Ontel.

Art. 253. In Ermangelung ber im vorhergehenden Artikel angeführten Berwandten, soll ber Friedensrichter andere Personen zu Mitgliedern des Familienrathes erwählen, und zwar soviel als möglich solche, die mit dem Minderjährigen am nächten verwandt oder berschwägert sind.

In Ermangelung von Berwandten oder Berschwägerten, hat der Friedensrichter nach Rafgabe des Art. 261 (f. unter Art. 66 hiernach) zu versahren.

Art. 66. Die Bestimmung bes Art. 63 ist auch auf gesetlich anerkannte unehe= liche Kinder anwendbar. In Ermangelung noch lebender Eltern oder eines zur Abgabe der Einwilligungserklärung fähigen Adoptanten, wird die Einwilligung von dem Bormundschafts= rathe (consiglio di tutela) ertheilt.

Diesem Rathe steht es auch zu, in Ermangelung von Aboptiveltern, die Einwilligung zur Berehelichung ber nicht anerkannten unehelichen Kinder zu ertheilen. (Bgl. Art. 67, 81 u. 100.)

Art. 179: Ein uneheliches Rind tann sowohl nur bom Bater ober nur bon ber Mutter, als auch bon beiden Eltern anertannt werden.

Art. 181: Die Anerkennung Berklarung foll entweber in der Beburtsurfunde oder in einer besondern authentischen Urtunde, welche bor oder nach ber Geburt errichtet werden tann, enthalten sein.

Art. 182: Die Anertennung bat nur rudfictlich besjenigen Elterntheiles, bon welchem fie erflart wurde, eine Birtung und gibt bem anertannten Rinde teinerlei Rechte gegenüber bem andern Elterntheile.

Art. 261. Im Interesse der außerehelich geborenen Personen wird ein Bormundschaftsrath (consiglio di tutela) bestellt.

Wenn eine gefettiche Anerkennung ftatigefunden hat, jo besteht diefer Rath aus dem Friedensrichter und vier von ihm erwählten Bersonen aus der Mitte derjenigen, welche in vertrauliden Beziehungen zum Bater zu stehen psiegten. Widrigenfalls besteht der Bormundschaftsricht aus dem Friedensrichter und zwei Gemeinderathen oder zwei andern vom Friedensrichter selbst gewählten Bersonen.

Art. 67. Gegen bie Berweigerung ber Einwilligung ab Seite ber Afcendenten, ober bes Familienrathes ober bes Bormundsschaftsrathes kann ber mehrjährige Sohn beim Appellationshofe (corte di appello) Beschwerde erheben.

Im Intereffe ber Tochter ober bes minberjährigen Sohnes kann bie Beschwerbe von ben Berwandten ober Berschwägerten, sowie auch von ber Staatsanwaltschaft erhoben werden.

Art. 240: Din ber ja frig ift diejenige Person, welche noch nicht volle einundzwanzig Jahre alt ift.

Art. 108. Gine Che, welche ohne bie Ginwilligung ber Afcenbenten (Art. 63 und 64), bes Familienrathes (Art. 65) ober bes Bormundschäftsrathes (Art. 66) eingegangen worden ift, tann von denjenigen Personen, deren Einwilligung erforderlich war, sowie auch von demjenigen der beiden Spegatten, welcher der Einwilligung bedurfte, angefochten werden.

Diefes Anfechtungsrecht fallt aber weg für ben Sohn, welcher gur Beit ber Eingehung ber Ebe bas einundsmanzigfte Rebensjahr bereits gurudgelegt hatte.

Art. 109. Die Richtigkeitsklage, im Falle bes vorhergehenden Artitels, kann indessen weder von den Ehegatten, noch von den Berwandten, deren Einwilligung ersorderlich war, angestellt werden, wenn legtere ausdrücklich oder stillschweigend die Ehe genehmigt haben, oder, falls, seitdem ihnen die Ehe bekannt wurde, sechs Monate ohne Reklamation von ihrer Seite versiossen sind.

Sbensowenig tann ber Chegatte diese Rlage noch anstellen, wenn von dem Zeitpuntte an, wo er mehrjährig wurde, sechs Monate ohne Reklamation von seiner Seite verstrichen find.

III.

Art. 70 und 72. In Italien hat bie bem Cheabichluffe vorausgebende Berfundung an zwei aufeinanderfolgenben Conntagen gu

Im Bertünbung satt follen ange= geben fein : bie Bornamen und Familiennamen, ber Beruf, ber Beburtsort, ber Wohnort ber fünftigen Chegatten (Brautleute) und ber Um= ftand, ob fie mehrfahrig oder minberjabrig find, fowie auch bie Bornamen und Familiennamen, ber Beruf und ber Wohnort ihrer Eltern.

Der Berfundungeaft bleibt noch mahrend brei Lagen nach bem zweiten

Sonntage angeschlagen.

Art. 78: Der Ronig ober die hiezu bevollmächtigten Beborben tonnen, aus wichtigen Grunden, von ber zweiten Bertundigung entbinden In Diefem Falle foll die betreffende Dispenjation im Bertund. iche ine ermahnt merben.

Art. 71. Die Berfunbungen muffen in ber Gemeinde des Bohnortes eines jeden

ber beiben Chefchließenden gefchehen.

Wenn der gegenwärtige Aufenthalt feit weniger als einem Jahre besteht, so muffen bie Berfundungen auch in ber Gemeinde bes fruberen Bohnortes gefchehen. (Ugl. Art. 100.)

Bon bem Civilftandsbeamten (uffiziale dello stato civile) werden die Civile and kregifter feit Intraftreten des Codice civile geführt — d. h. allgemein seit 1. Januar 1866, für Rom seit 1. Februar 1871, für die Provinzen Benedig und Mantua seit dem 1. September 1871. Bor biefen Beitpuntten murbe ber Berjonenftand von den Beiftlichen, baw. Borftanden der betr. Religionsgenoffenschaften, und nur ausnahmsweife civiliter beurtundet. Die Ausscrigung von Auszugen cibiliter beurtunder. Die Ausgertigung von Auszugen aus den früheren Standesregistern ober Rirchenbuchern ift Sache derzenigen Amtsstellen geblieben, welche bor 1866 bezw. 1871 mit Führung dieser Register betraut

Art. 80. Derjenige Berlobte, welchem es unmöglich mare, fich feinen Beburte: f ch e in zu verschaffen, tann benfelben baburch erfegen, bag er eine von bem Friedensrichter (pretore) feines Geburtsortes ober Wohnfiges aufgenommene Motorietateurtunde beibringt.

Diefe Rotorietatsurfunde muß eine von funf Beugen, mannlichen ober weiblichen Beschlechts, verwandten ober nicht verwandten ber Brautleute, abgegebene eibliche Erklarung enthalten, in welcher biefelben mit ber größten Benauigfeit und Bestimmtheit Die Bornamen und Familiennamen, den Beruf und ben Bohnort bes Chefchließenden und feiner Eltern, wenn biefe befannt find, sowie ben Ort und soviel möglich ben Beitpunft feiner Be-

burt und die Urfachen, welche die Borlegung ber Beburteurfunde felbft verhindern, anzugeben haben, und zugleich auch, wober ein feber ber Beugen bie Kenntniß jener Thatfachen besitt (le cause di scienza di ciascun testimonio).

Art. 81. Die authentische Urfunbe uber bie Einwilligung ber Afcen-benten (Art. 63, 64 und 66) muß bie genaue Bezeichnung sowohl berjenigen Berson, welcher bie Einwilligung ertheilt wirb, als auch ber anbern, mit welcher bie Che abgeschloffen wirb, enthalten.

In biefem Aftenftude follen auch angegeben fein : bie Bornamen und Familiennamen, ber Beruf und ber Bohnort, fowle ber Bermanbt= schaftsgrad berjenigen Personen, welche bie Gin=

willigung ertheilen.
Die Buftimmungs- Ertlarung bes Familienrathes (Art. 65) ober bes Bormunbichafterathes (Art. 66) ift mittelft einer, obenermahnte Angaben enthaltenben, Ausfertigung bes betreffenben Beschluffes nachzuweisen.

Art. 100. Die im Auslanbe awischen Italienischen Staatsangehörigen ober zwischen Italienern und Auslandern eingegangene Ehe ift gultig, wenn fie nach ber im betreffenben Lanbe gefehlich zu Recht beftebenben Form abgeschloffen worben ift, vorausgesett, daß ber italienische Staatsangehorige ben in ben Artifeln 55-68 (nella sezione seconda del capo I del titolo V del libro I) ent= haltenen Bestimmungen nicht zuwider gehandelt

(Art. 55 entspricht bem Art. 27, Semma 1 —, Art. 56 bem Art. 28, 3iff. 1 —, Art. 57 ben Art. 28, Schlußlemma —, Art 58 bem Art. 28, 3iff. 2 — und Art. 59, 3iff. 1 und 3 bem Art. 28, 3iff. 2, litt. a bes schweizerischen Geses. Art. 68 ift, soweit er bezüglich einer in der Schweizabzuschließenden Ebe Anwendung sinden kann unter Art. 59, 2iff. 2 mitgetheist. tann, unter Urt. 59, Biff. 2 mitgetheilt.)

Indeffen muffen auch auf italienischem Staat8gebiete Berkund ungen, und zwar nach Maßgabe ber Art. 70 und 71 (f. oben: Abschn. III) geschehen. Wenn berjenige Chefoliegenbe, welcher italienticher Staatsangeboriger ift, feinen Wohnort außerhalb bes Konigreiche Italien hat, fo muß die Berfundung in der Gemeinde feines letten fordentlichen Bohnfiges in Italien ftattfinden.

Art. 16: Der civilrechtliche Bobnfig (domicilio) einer Berson ift, an bem Orte, wo fie bie Daupiftatte (sede principale) ihrer eigenen Geschäfte und Intereffen

Der Wohnort (residenza) ift an bem Orte, mo bie Berfon fich gewöhnlich aufhalt.

Art. 17: Die Beranberung des Bohnfiges wird bewirft durch die Thatfache des mirtlichen Wohnens an einem andern Orte, verbunden mit der Abficht, feine

hauptniederlaffung dafelbft zu nehmen. Der Beweis biefer Abficht geht aus einer aus britdlichen, auf bem Civilftanbsamte, fowohl bes Ortes, ben man berläßt, als besjenigen, wohin man feine Bohnung verlegt, abgegebenen Ertlärung ober fonft aus ben Umftanden hervor.

Art 18: Der nichtemancipirte Minberjahrige hat ben Wohnfit bei feinen Eltern (bam. feiner Mutter) ober bei feinem Bormunbe.

Der interdicirte Mehrjährige hat den Wohnfig bei feinem Bormunde.

Wenn ber civilrechtliche Wohnfig (eines Chefchliegenben) auf italienischem Staatsgebiete fich nicht mit Sicherheit fefificien lägt, jo hat — laut Commentar von Tom-maso Arabia und Salvatore Correa zum ital. Civilgefegb. — Die Berkundung am domicilio d'origine, b. h. wohl am Geburtsorte des Betreffenden, fattaufinden, infofern Diefer Geburtsort in beffen Geimatland fic befindet, oder dann am Orte des legten ordents lichen Wohnfiges, baw. am Geburtsorte, des legten auf heimatlichem Gebiete geboren en Afcenbenten.

Art. 9. Die Auslanderin, welche fich mit einem Italienischen Staatsangeborigen verheirathet, wird ohne Beiteres Italienifche Stuatsangehörige, welche Eigenfcaft fie auch als Wittme beibehalt.

Art. 101. Der italienische Staatsangehörige, welcher im Auslande eine Che eingegangen hat, soll dieselbe — binnen brei Monaten nach feiner Rüdtehr in bas italienische Staatsgebiet - in die Civilftanberegifter berjenigen Gemeinbe, in welcher er feinen bleibenben Aufenthaltsort gewählt haben wird, eintragen laffen, und zwar bei einer Belbbuge bis auf Fr. 100 im Unterlaffungefalle.

Art. 195. Diejenigen unehelichen Rinder, welche nicht gefetlich anerkannt werden konnen, konnen auch nicht burch bie nachfol= genbe Che ihrer Eltern legitimirt merben.

Art. 180, Biff. 1: Rinder folder Eltern, von welchen auch nur ber eine Theil im Beitpuntte ber Erzeugung mit einer andern Perfon verheirathet mar, tonnen nicht anerfannt merden.

Art. 196. Auch bereits verftorbene Rinber fonnen zu Gunften ihrer Nachkommen legitimirt werben.

Art. 197. Die burch nachfolgenbe Che legitimirten Rinder erlangen die Rechte der ebe--lichen Rinder vom Tage des Cheabschlusses hinweg, wenn fie von beiben Eltern in ber Seirathsurfunde ober vor bem Cheabichluffe anerkannt worben find; - ober aber vom Tage ber Anertennung an, wenn dieselbe erft nach ber Beirath erfolgte.

Die vom Könige promulgirten 🛭 e = f e & e erhalten ihre verbindliche Rraft im gangen Königreiche am fünfzehnten Tage nach beren Bekanntmachung, sofern nicht in bem promul= girten Befege ein anderer Anfangstermin feiner verbindlichen Rraft bestimmt ift.

Die Befanntmachung gefchieht burch Einrudung bes Befeges in die amtliche Sammlung ber Befege und Defrete, und burch Unzeige in ber Gazzetta Uffiziale del regno. daß diese Ginruckung erfolgt sei. (Art. 1 der bem ital. Civilgesethuche vorausgeschickten Beftimmungen über bie Befanntmachung, Muslegung und Anwendung ber Befete im Allgemeinen.)

Kanonisches Recht.

Der Umftand, daß die Angehörigen einzelner Länder, um in ihrer Deimath als Gheleute zu gelten, einer in ber Schweiz eingegangenen Civilehe eine firchliche Sheichtung folgen laffen muffen (b. h. daß die betreffenden ausländichen Gefengebungen die Giltigeti der She von beren Abidlug gemäß ben Boridriften bes fanonifden veren uoldium gemas ven Borigriften des tandnigen Rechtes abhängig machen), bedingt die Aufzeichnung derjenigen Normen, nach welchen das Borhandensein der zum firchlichen Cheabschlusse erforderlichen Borausssetzungen — beziehungsweise die Zulässigsleit der in der Schweiz nothwendig vorausgehenden Cheschließung nach schweizerischem Rechte, in derartigen Fällen — zu beurtheilen ist. Wie aus Nachstehendem erhellt, lassen sich indessen eines fichtigen Generalen ein Betracht sommenten kirchlichen Gebenerhote mittelft Distant ausfahren ben firchlichen Cheverbote mittelft Dispens aufheben. Es wird fic alfo hauptfachlich barum hanbeln, bie nothigen Ginleitungen rechtzeitig ju treffen, refp. treffen ju laffen, damit die tirchliche Trauung unmittelbar nach der Civiltrauung vollzogen werden konne.

Wo ber Beschluß bes Conciliums von Trient (bas Defret Tametsi — Conc. Trid. S. XXIV cap. 1 de reform. matr.) nicht promulgirt wurde, wo also noch bas vortribentinische kanonische Recht feine Beltung bewahrt hat - beziehungsweise bie firchliche Che burch jede Art von Erklarung bes Checonsenses geschlossen wird - find bie tatholischen Brautleute schon burch bie burger= liche Cheschließung faframental mit einanber verbunden, und das Nachsuchen ber priefterlichen Trauung ift bloge Gewiffenssache. 2Bo aber ber Beschluß bes tribentinischen Concils gilt, find bie Ratholifen unbedingt verpflichtet. ibre burgerlich abgeschloffene Che wenigftens burch Confenserflarung por bem zuftandigen Bfarrer und zwei Beugen zu erganzen; weil nach jenem Beschluffe erft baburch ihre Berbindung ratum matrimonium, b. h. fatramentale Che werben - beziehungsweise rechtliche Bultigfeit erlangen - fann.

Dem entsprechend entsteht, da wo das Detret Tametsi promulgirt wurde, aus bessen Richts befolgung das sogen. impedimentum clandestinitatis, ein Chehinderniß, welches öffentlich trennend wirkt. (Bgl. indeß unten die Schlußnote in Abschnitt I.)

Der Cheabschluß gemäß ben Borfchriften bes tribentinischen Concils jest die firchliche Chebertinbung an drei aufeinanderfolgenden Sonn- oder Feiertagen voraus, wobei jedoch zu bemerken ift, daß der Bischof von den Berkundungen dispensiren kann.

Das Concilium Tridentinum stellte im c. 10 S. XXIV de resorm. matr. die Borschrift auf, daß von der Adventszeit bis zum Spiphanienseste und vom Afdermittwoch bis zum Sonntage nach Oftern Hoch zeit se eierlichte it en untersagt seien. Bur Ebeschließung binnen der "geschlossenen Zeit" find bischfliche Dispensationen erforderlich, und diese werden nur unter der Bedingung einer "füllen" Dochzeit ertheilt.

. . .

Maßgebend ift bezüglich der tridentinischen Borschrift bas Dom icil desjenigen Berlobten (gleichgultig, ob Bräutigam oder Braut), in dessen Domicil die Ehe geschlossen wird. Benn daher in dem Domicile des einen Theiles das Tridentinum nicht angenommen ift, so kann der andere Theil daselbst eine gultige Ehe ohne Beranderdung der tridentinischen Form eingehen, wenngleich er selbst an dem Orte seines eigenen Domicils an das Tridentinum gebunden ware.

I.

Die Gebundenheit durch noch bestehende Che wird als das impedimentum ligaminis bezeichnet.

Das Concilium Tridentinum hat die Hauptgrundsätze über die Shescheidung in der XXIV. Sigung polemisch in solgenden canones de sacramento matrimonii sestgestellt:

(can. 5.) Si quis dixerit, propter hæresim aut molestam cohabitationem aut affectatam absentiam a conjuge dissolvi posse Matrimonii vinculum : anathema sit.

(can. 6.) Si quis dixerit, Matrimonium ratum non consummatum per solemnem religionis professionem alterius conjugum non dirimi: anathema sit.

(can. 7.) Si quis dixerit, Ecclesiam errare, cum docuit et docet juxta Evangelicam et Apostolicam doctrinam, propter adulterium alterius conjugum Matrimonii vinculum non posse dissolvi, et utrumque, vel etiam innocentem qui causam adulterio non dedit, non posse altero conjuge vivente aliud Matrimonium contrahere: mœcharique eum, qui dimissa adultera aliam duxerit, et eam, quæ dimisso adultero alii nupserit: anathema sit.

(can. 8.) Si quis dixerit, Ecclesiam errare, cum ob multas causas separationem inter conjuges quoad thorum seu quoad cohabitationem ad certum interessit

Eine tirchlich giltig abgeschlossen Ehe aber burch ben Beischlaf nicht vollzogene Che (matrimonium ratum, sed non consumma-

tum) wird durch die Ablegung des feierlichen Reuschheitsgelübdes in einem von dem heiligen Stuhle approbirten religiosen Orden aufgelöft. Dadurch erhält nun der andere, in der Welt zurückliebende, Theil rechtliche Freiheit, eine neue Che zu schließen. Gin matrimonium ratum, so lange es noch nicht consummirt ift, kann übrigens auch durch papstliche Dispensation dem Bande nach aufgelöst werden.

Die durch eine berartige Dispensation — ober vielmehr einen berartigen Richterspruch — des Papftes erfolgte Ausschlung einer Ehe könnte selhsberftändlich nur insofern in Betracht kommen, als auch nach dürgerlichen Recht das Band der Ehe aufgelöst, resp. nicht vorhanden ift. Diese Bemerkung gilt auch hinsichtlich der eheaustösenden Wirkung, welche der Ablegung eines Ordensgeläbdes beigelegt wird, da ein rein kirchlicher Rechtsfat eine nach den Staatsgesehen giltig abgeschlossen Ehe in civilrechtlicher Beziehung nicht zerstören kann.

Sonst kennt bas kanonische Recht keine Chescheibung bem Bande nach (divortium
quoad vinculum), sondern bloß die Trennung
von Tisch und Bett (divortium quoad thorum
et mensam), welche nicht zur Eingehung einer
neuen Che berechtigt.

Es folgt hieraus, daß, wenn ein rechtsfraftig gefchiebener Proteftant, nachdem er jur katholischen Rirche übergetreten ift, bei Lebzeiten seiner vorigen Frau eine neue Ehe ichließt, sowie, daß wenn ein Ratholif mit einer rechtsfraftig geschiedenen Protestantin bei Lebzeiten ihres vorigen Chemannes eine neue Ehe schließt, die katholische Rirche diese Ehen nicht anerkennt, weil fie behauptet, daß ihre Chegesetze für alle Getauften, also auch für Protestanten rechtsverbindlich seien.

Am bestimmtesten ausgesprochen ist der Grundsat, daß die Hateiter [Protestanten] den Gesegen der Kriche bezüglich der Che unterworfen seien, in der Bulle Singulari Beneditts XIV. v. 9. Februar 1749 hieraus ergibt sich aber, daß die Ehen, welche die har et iker ein gehen, als ungültig betrachtet werden, wenn denselben ein kanonisch-rechtliches trennendes Shehindernis im Wege steht, und demnach auch, daß unter Umständen die von den weltlichen Gerichten geschiedenen Chegatten eine neue She nach katholischem Ritus schließen können, wenn gleich der andere Theil noch am Zeben ist. Dinwen, wenn gleich der andere Theil noch am Zeben ist. Dinwendestum ist mit Bezug auf das impodimentum clandestinitatis zu bemerken, daß Beneditt XIV. [Defret der S. Cong. Tridentini vom 4. Rovember 1741] die in Belgieu und Holland zwischen Protestanten und katholisen mit Umzehung der tridentinischen Form eingegangenen Shen als giltig erstärte adummodo aliud non obstiterit impedimentum canonicum». Diese für Belgieu und Holland erlassen. Berstartion Beneditts XIV. dehnte Pius VI. unterm 15 Juni 1793 auf das herzogthum Cleve aus, Leo XII. erklärte unterm 9. September 1824, daß sie auch für das Bisthum Rew-Orleans, welches die Staaten Florida, Ober- und Rieder-Louisiana und andere Provingen umsaste, gelten solle, und später wurde sie auch für Canada gewährt. An die rheinbrensisssen erließ Pius VIII. unterm 25. März 1830 die Erstärung: «ut matrimonia mixta, quse posthac

[a die videlicet 25. Martii 1830] in vestris dicecesibus contrahi contingat non servata forma a Tridentino Concilio præscripta, si eisdem nullum aliud obstet canonicum dirimens impedimentum, pro ratis ac veris connubiis habeantur, prout pro raus ac veris connubis habeantur, prout nos Auctoritate Nostra Apostolica matrimonia eadem vera et rata fore declaramus atque decernimus, contrariis non obstantibus quibuscunque.» In Bezug auf Ungarn heißt es in der Infruttion des Cardinals Lambrushini vom 30. April 1841: "was die Chen andelangt, die mit Umgehung der tridentinischen Form der dem alatholischen Ministeringegangen merden in fossen die Wischt in Gischt eingegangen werben, fo follen bie Bifcofe in binfict auf die bergangenen und gegenwärtigen besonderen Ortsverhältnisse dieselben, obgleich sie unerlaubt sind, doch
für gültig ansehen, wenn nicht sonst ein kanonisches
hinderniß im Wege steht oder bei Eingehung der Sehe
Bedingungen gemacht wurden, die nach katholischer Lehre
gegen das Wesen der She streiten". Die Deklaration
Benedikts XIV. gilt indessen ausschließlich für jene
Känder und Discesen, für welche sie erlassen, beziehungsweise auf welche sie ausgedehnt wurde. Dies erhellt
aus der beständigen Praxis des heiligen Stuhles. Schon
im Jahre 1602 erklärte die S. Cong. Concilii: «Hæreticos
ausone, ubi decretum Cap. I sess. 24. de resorauf die vergangenen und gegenwärtigen besonderen Orts. quoque, ubi decretum Cap. I sess. 24. de reformatione matrimonii est publicatum, teneri, talem formam observare, et propterea ipsorum etiam matrimonia absque forma Concilii, quamvis coram ministro hæretico vel magistratu fori contracta, nulla atque irrita esse. In boller Uebereinftimmung mit diefer Ertlärung entichied die S. Cong. Inquisi-tionis in una Monacensi dom Jahre 1851 und in una Trevirensi vom 26. Januar 1853. Wo indeffen bas Defret bes Conciliums von Trient nicht verfündigt worden, besteht ipso jure und allgemein das impedimentum clandestinitatis nicht ju Recht. Falls es fich um ein zur Zeit des tridentinischen Concils akatho-lisches Land handelt, in welchem die Publikation des Eridentinum nur innerhalb einzelner katholischer Pfarreien geschehen konnte, jo kist fic aus ber in benselben flattgehabten Berkundigung des Detrets Tametsi (vide Eingangs) ebenfalls tein Richtigkeitsgrund für die ohne Beobachtung der tridentinischen Form außerhalb jener Pfarreien zwischen Broteftanten unter fich und zwischen Protestanten und Ratholiten geschloffene Che herleiten

TT

Durch Uebernahme ber hoheren Beiben (ordo) sowie burch Ablegung eines feierlichen Orbensgelübbes (votum) entsteht ein trennendes öffentliches Ebebinberniß.

Ein ein faches Reufcheitsgelübbe ober bas Gelübbe, die höheren Weihen zu empfangen, bildet nur ein aufschiebendes Chehinderniß. Ob eine niedere Weihe schon an und für fich ein Chehinderniß begründe, wird bestritten.

III.

Das aus ber Religionsverschieben heit (disparitas cultus) hervorgehende Chehinderniß besteht barin, daß die katholische Kirche Chen, welche zwischen Getauften (Christen) und Nichtgetauften (also namentlich Juden) eingegangen werden, nicht als ratum matrimonium anerkennt, und sich auch nicht bazu herbeiläßt, sie burch ihre Mitwirkung zu einem ratum matrimonium zu machen.

Die bloge Befenninis - Berichieb en beit (awijden Ratholiten und Protestanten) ift nur aufschie-bendes Chehinderniß, b. h. bedingt nur die Einholung ber erforderlichen tirchlichen Dispensation.

IV.

Die Impotenz (impotentia coëundi) hat nach katholischem Kirchenrecht bei Rastraten ("eunuchi quidam et spadones qui utroque teste carent" — Breve Cum frequenter Sixtus V.) ben Charakter eines öffentlichen trennenben Schehinbernisses. Bei benjenigen aber, bei welchen keine berartige Verstümmelung vorhanden, die Impotenz aber gleichwohl eine immerwährende resp. ohne Lebensgefahr unheilbare ist und bereits zur Zeit des Cheabschlusses bestand, hat sie den Charakter eines auf Antrag des einen oder anderen Theiles geltend zu machenden, also privaten trennenden Hindernisses. Das kirchliche Recht nöthigt nämlich in solchem Falle die Chegatten nicht zur Trennung, sondern gestattet ihnen mit beiderseitigem Willen die Che (als Geschwisterebe) fortzusehen.

Rach kanonischem Rechte kann ber Impotente selbst bie eingegangene Ebe ansecht. n. Auch ift es nicht nothwendig, daß dem auf Richtigkeit klagenden Theile die Impotenz des beklagten bei Eingehung der She nicht bekannt gewesen sei. Die Ansechung einer She auf Grund der Impotenz eines Ebegatten wird also nicht etwa auf den Irrt hum über wesenkliche Eigenschaften der Person zurückgesicht; die Impotenz gilt vielmehr als selbständiges Shehinderniß.

V.

Das katholische Kirchenrecht läßt die Entsührt ung (raptus) als öffentliches trennendes Schehinderniß zwischen dem Entführter und der Entführten bis zu dem Zeitpunkt, wo die Entsührte von dem Entführter getrennt und an einem sicheren und freien Orte untergebracht worden ist, wirken. (Conc. Trident. Sess. XXIV c. 6 de reform. matr.: Decernit S. Synodus, inter raptorem et raptam, quamdiu ipsa in potestate raptoris manserit, nullum posse consistere matrimonium.)

Die Cheichtießung ift also lediglich deshalb nichtig, weil fie erfolgt ift, während sich die Entstührte in der Gewalt des Entführers befindet, welcher Umstand nicht nothwendig und an sich schonfen seinen solchen 3 wang in sich schließt, wie er beschaffen sein muß, um als trennendes Brivatehehinderniß geltend gemacht werden zu tonnen. Der Entstührung ift eben die Bedeutung eines selbständigen Cheindernisses beigelegt. Sie gilt als solches, so lange sich die Entstührte in der Gewalt des Entstührers besindet, selbst dann, wenn erstere mit dem Abschluß der Ehe einverstanden ift, wosern nämlich die Entstührung gegen den Willen der Entstührten und zum Zwede einer ehelichen Berbindung (nicht aber aus was immer für anderen Gründen) bewerkselligt wurd.

Zwei Berbrech en (Chebruch und Gattenmord) begründen Chehinderniffe, welche das kanonische Recht in dem einheitlichen Begriffe bes impedimentum criminis zusammenfaßt.

Der Chebruch bilbet nämlich dann ein öffentliches trennendes Schehinderniß, wenn fich die Chebrecher auf den Fall des Todes des unschuldigen Gatten die Sche versprochen oder bei Ledzeiten des Letzeiten des Letzeiten faltisch abzuschließen versucht haben, oder endlich wenn auch nur ein Theil, behufs Ermöglichung der Sebe dem unschulgen Gatten mit Erfolg nach dem Leben getrachtet hat. Sin gemeinsam begangener Gatten mord, durch welchen der Weg zu einer neuen Sche gebahnt werden sollte, ist selbst wenn nur der eine Theil dei Begehung des Berdrechens diese Absicht hegte, auch ohne dinzulommenden Spedruch diffentliches trennendes hindunkt die so bezielte Sche. Wit Bezug auf letzern Fall ist jedoch zu demerken, daß die Ranonisten das hinderniß nur dann anerkennen, wenn der andere Theil wenigstens tregendwelche Renntniß von der fraglichen Absicht haben konnte.

VI.

Bas die ehehindernden Berm and tich afts ober Schwägerich afts verhältnisse bestrifft, so kommt für die Beurtheilung darüber, ob ein solches Berhältnis vorhanden sei, die kanonischerechtliche Ausbehnung des Begriffes der Bermandtschaft, beziehungsweise desjenigen der Affinität oder Quasi-Affinität in Betracht.

Die katholische Rirche nimmt an, daß bie Affinitat, nicht sowohl insofern sie aus rechtsgültiger Che, sondern insofern fie aus

geschlechtlicher Bereinigung entstehe, ein Chebinderniß bildet: b. h. daß die copula carnalis, vermöge der Fleischeseinheit, die sie bewirke, die Blutsverwandten des einen Theiles auch zu Blutsverwandten des andern mache. Immerhin wurde, während die Che mit Seiten-Berwandten, bezw. Berschwägerten, bis zum vierten Grade kanonischer Computation verboten ist, das Chehinderniß ex sornicatione auf den zweiten Grad der Seitenlinie beschränkt (Conc. Trid. Sess. XXIV, cap. 4 de reform. matr.)

Die Blutsverwandtichaft (cognatio naturalis oder consanguinitas) sowie die Schwägerschaft (affinitas) gelten gleichviel, ob fie auf vollburtiger oder halbburtiger, ehelicher oder unehelicher Abftammung beruhen.

Aus einer Berfcwägerung entfteht teine Berfcwägerung: affinitas non parit affinitatem.

Aus einem ratum matrimonium non consummatum und aus einer (nicht wegen mangelnden freien Confenses) annullirten, aber ebenfalls bezüglich der copula carnalis unvollzogenen, Che, sowie auch aus einem gültigen Berlöbnisse (sponsalia de futuro) geht das Chehinderniß der Quasi Affinität (impedimentum publicæ honestatis) bervor. In letterem Falle ist das Cheverbot auf den ersten Grad beider Linien beschränkt, sonst aber erstreckt es sich bis zum vierten Grade (Conc. Trid. Sess. XXIV, cap, 3 de reform. matr.)

Als nachfte Erlauterung zu Obigem folgt eine

Vergleichnngstafel

der civilrechtlichen und der fanonischen Gradberechnung.

Urgro	Urgroßeltern.		Großoheim oder Großtante.		Sohn oder Tochter des Großoheims oder der Großtante.		Entel oder Entelin des Großoheims oder der Großtante.		Urentel od. Urentelin bes Großoheims oter der Großtante.	
civil :	tanonijá) : III	civil:	fanonisch : III 1	civil : 5	tanonisch :	civil : 6	fanonis h :	civil : 7	tanonist: IV 111	
Gro	Großeltern.		Oheim oder Tante.		Geschwisterkind (Better oder Base).		Sohn oder Tochter eines Geschwisterkindes.		Entel oder Entelin eines Geschwistertindes.	
civil :	fanonijá : II	civil :	fanonisch : II 1	civil:	tanonisch :	civil : 5	tanonijā : III 11	civil:	tanonist :	
Œ!	Eltern.		Bruder od. Schwester.		Reffe oder Richte.		Großneffe od. Groß- nichte.		Urgroßneffe ob. Ur- großnichte.	
civil : 1	fanonisch : I	civil : 2	fanonist : I	civil : 3	łanonijch : II 1	civil : 4	łanonij c j : III 1	civil : 5	ťanonijá): IV 1	

In der Gradderechnung nach kanonischem Rechte [canonica computatio] bedeuten die zu zählenden generationes die Geschlechtsfolgen, nicht (wie im Civilrechte) die Zeugungsatte, so daß Seitenverwandte in dem sovielsten Grade mit einander verwandt sind, zu der wievielsten Geschlechtsfolge vom gemeinsamen Stamme [stipes communis] herad sie gemeinsam gehören oder der vom stipes communis am weitesten abstehende gehört. (Tot gradibus distant inter so, quot amdo distant a communi stipite. Tot gradibus distant inter se, quot amdo distant inter se, quot gradibus

remotior pars distat a communi stipite.)
Sind die Berwandten von ihrem gemeinsamen Stamme gleich weit entfernt, so heißt die Seitenlinie stipite.)
Sind die Berwandten von ihrem gemeinsamen Stamme gleich weit entfernt, so heißt die Seitenlinie stipite transversa sive collateralis] eine gleiche swoulis], weil sie gleich lang ist wie die gerade aufsteigende Linie sinea rocta ascendens sive ascendentium], mit welcher die Bergleichung statssindet. Sine ungleiche swoulis] wird die Seitenlinie genannt, wenn der eine Berwandte vom gemeinsamen Stamme weiter entsernt ist als der andere, und daher, dei der ungleichen Seitenlinie, der Berwandsschaftsgrad nach der gedigen vom stipes communis dezeichnet; wodel jedoch zu bemerken ist, daß bezüglich der Dispensertheilung die Rähe des der ührten Grades — d. h. derzeinigen Geschlechtsssolge, welcher der dem stipes communis näher stehende Theil angehört — in Frage kommt.

Zeispiele Ranonischer Gradbezeichnung.

A. Linea recta ascendentium. 1. Grab: Bater [pater] und Mutter [mater], Stiesvater [vitricus] und Stiesmutter [noverca], Schwiegervater [socer] und Schwiegermutter [socrus]; 2. Grad: Großvater [avus] und Großmutter [avia], des Mannes oder des Weibes Großvater [prosocer oder socer magnus] und des Mannes oder des Weibes Großwater [prosocer oder socer magnus] und des Mannes oder des Weibes Großwater [prosocer oder socer magnus] und Urgroßwater [proavia]; 4. Grad: Urahnsvater [adavus] und Urahnsmutter [adavia]. — B. Linea recta descendentium. 1. Grad: Sohn [silius] und Tochter [slia], Stiessohn [privignus] und Stiestohr [privigna], Schwiegersohn [gener] und Schwiegersohter [nurus]; 2. Grad: Urantel [nepos] und Entelin [neptis]; 3. Grad: Urentel [pronepos] und Urantelin [adneptis]. NB. Durch heirath der Sitern alammengedrachte Stiessinder werden als comprivigni dezeichnet, stehen aber in keinem Berwandtschaftsverhältnisse zu einander. — C. Linea transversa equalis. 1. Grad: Bruder [frater] und Schwisgerin [des Mannes oder Weibes Bruder — levir, der Schwester Mann — sororius] und Schwisgerin [des Mannes oder Weibes Schwester — glos, des Bruders Weib — fratria]; 2. Grad: Geschwisterinder [zweier Brüder Rinder — patrueles, zweier Schwestern Rinder — consoderini, Bruders und Schwister Rinder — amitini]; 3. Grad: Geschwisternetel [soderini oder consoderini secundi — Ensel oder Entelinen des Urgroßoheims oder der Urgroßtante]. — D. Linea transversa inæqualis. Im 2. den 1. berührenden Grade [in secundo gradu attingente primum]: der Oheim [des Vacers Bruder — patruus, der Nutter Bruder — avunculus], die Lante [des Baters Schwester — amita, der Rutter Schwester — matertera], der Resse [des Bruders oder der Schwester Sohn — nepos ex fratre oder ex sorore].

Die auf der Taufe oder Firmung beruhende geistliche Berwandtschaft (spiritualis cognatio) macht die Ehen zwischen den Taufpathen und dem Täusting oder dessen Eltern, sowie zwischen dem Täuster und dem Täusting oder dessen Eltern, beziehungsweise zwischen dem Firmpathen und dem Firmling oder dessen Eltern zu verbotenen Ehen (Conc. Trid. Sess. XXIV, cap. 2 de reform. matr.)

Sammtliche Cheverbote wegen Berwandtschaft (bezw. Affinität oder Quasi-Affinität) gelten als trennende Chehindernisse, welche indessen mittelst Dispensation zu beseitigen sind, mit Ausnahme derjenigen, welche auf dem jus naturale beruhen und deshalb für indispensabel gehalten werden. Das Concilium Tridentinum stellte in der XXIV. Sigung durch den canon 3 de sacramento matrimonii im Gegensatz zu reformatorischen Behauptungen sest, daß auch in einzelnen durch das mosaische Gesetz versotenen Graden dispensitt werden könne:

"Si quis dixerit, eos tantum consanguinitatis et affinitatis gradus qui Levitico exprimuntur posse impedire Matrimonium contrahendum et dirimere contractum, nec posse Ecclesiam in nonnullis illorum dispensare, aut constituere ut plures impediant et dirimant: anathema sit."

Feststehender Grundsat ift es, das die Che zwischen ben im fünften Grade Berwandten auch dann obne Dispen fation erlaubt sei, wenn ein Theil einer vom stipes communis weniger als die vierte entfernten Beschlechtsfolge angehört.

Die katholischen Kanonisten erwähnen als Gründe, aus welchen Dispense ertheilt werden: die Schwierigkeit zu einer anderweitigen Heirath, wenn das Mädchen bereits superadulta — d. h. über 25 Jahre alt — ist, keine bedeutende Mitgist hat (incompetentia dotis), die Ortschass welche den betressenden familien zicht (angustia loci); die Bortseile, welche den betressenden Familien aus der beabsichtigten ehelichen Berbindung erwachsen sollen, zumal wenn es sich um Familien handelt, die im Dienste der Kirche sich ausgezeichnet haben (prwerogativa regiwe dignitatis, conservatio familiæ, conservatio bonorum in familia, bonum pacis — die Tisqung schwerer Feindschaften, excellentia meritorum); die Gesahr der Bersührung (periculum perversionis); der Berbacht des seisschafts (imprægnatio) wenn dieselbe nicht mit der Absicht, die Dispensation zu erzwingen, veranlaßt wurde. — Immerhin wird bei der Ertheilung

oder Berweigerung von Dispensationen ber Berth bes vorgebrachten Grundes in einem gewiffen Berhaltniffe von dem Gewichte bes gegenüberftebenden Chehinderniffes abhängig gemacht.

Rach der Lehre des Tridentinischen Concils soll die Dispensationsertheilung stets die Ausnahme und nicht die Regel bilden und dann ausgeschlossen sein, wenn die vorausgegangene Handlungsweise der Betressenden als eine wissentliche hintansetzung der lirchlichen Eheverbote erscheint. (Bgl. Conc. Trid. S. XXIV cap 5 de rosorm. matr.)

Die tanonischen Chehinderniffe wurden in nachstehenden — bem Gebächtniffe fich leicht einprägenden — Berfen zusammengefaßt :

A. Die auffchiebenben Chebinberniffe:

(Impedimenta impedientia.)

Ecclesiæ vetitum, tempus, sponsalia, votum.
Ecclesiæ vetitum: Kirchliches Berbot im Falle ber Bekenntnisverschiedenheit oder im Falle, daß die kirchliche Epeberkindung nicht kattgefunden hat, oder im Halle, daß die elterliche Einwilligung nicht verlangt wurde; tompus: geschlossen Zeufcheitsgelsibbe (oder Berlöbniß; votum: einfaches Keuschheitsgelsibbe (oder Gelädde des kinstigen Empfanges der höhern Weihen).

B. Die trennenden Chehinderniffe: (Impedimenta dirimentia.)

Error, conditio, votum, cognatio, crimen, Cultus disparitas, vis, ordo, ligamen, honestas, Si sis affinis, si sorte coire nequibis, Si parochi et duplicis desiit præsentia testis, Raptave sit mulier, nec parti reddita tutæ: Hæc facienda vetant connubia, facta retractant.

Error: Irrthum; conditio (sc. servilis): Stavenfand (obsolet); votum: feierliches Reuichheitsgelide; cognatio: Berwandtschaft (natürliche oder geistliche); crimen: Berbrechen (Ehebruch und Sattenmord; cultus disparitas: Religionsverschiebenheit (im Gegenfatz zu Bekenntnisverschiedenheit); vis: Zwang (Gewalt); ordo: höhere Beihen (Subdiaton, Diaton, Priester); ligamen: Gebundenheit durch bestehende Che; honestas: Chrbarteit (wegen Quasi-Affinität); affinitas: Schwägerschaft; impotentia codundi: physsiches Unvermögen (unter welchen Begriff auch der Rangel der Chemündigkeit fallt); clandestinitas: Heinführung: Eeimlicheit der Chessisches

Eiteratur. v. Scheurl, Dr. Abelf. Das gemeine bentiche Cherecht und feine Umbildung durch das Reichsehegefet bom 6. Februar 1875, mit besonberer Rüdficht auf die Rirden - Cheorbnung. Erlangen 1882, Andreas Deichert.

Miederlande.

Die Beurkundung des Personenstandes ist seit dem Jahre 1808 Sache des Civilstandsbeamten (ambtenaar van den burgerlijken stand).

Der Artifel 138 des niederländischen bürgerlichen Gesethuches (Burgerlijk Wetboek) bestimmt ausbrüdlich, das die im Auslande amifchen Riederlandern ober amifchen Riederlanbern und Ausländern eingegangene Che gültig ift, wenn fie in der im betreffenden Staate zu Recht bestehenden (gebruikelijk) Form geschloffen ift; vorausgesett, daß biefe Che in den Riederlanden - gemäß den in ben Art. 105-112 des niederlandischen Civilgesetbuches enthaltenen Borfdriften - vertunbet worden und teine Ginfprache erfolgt fei, fowie auch, bag bie nieberlanbifden Staatsangeborigen ben auf bas Chemundigfeitsalter, die Cheberbote und die Zustimmungsertlärung ber Eltern, Großeltern ober Bormunder fich beziehenden Bestimmungen des niederlandifden Civilgesethbuches (vide unten - Abschnitt III - bie Art. 88-104) nicht zuwider gehandelt haben.

Eine Auslanderin, die fich mit einem Riederlander verheirathet, wird traft der Che niederlandifche Staatsangeborige (Art. 6 bes niederl. Civilgefeth).

Der Artifel 139 bes nieberl. Civilgefetbuches fcreibt bor, baß, binnen Jahresfrift nach ber Rüdtehr ber Chegatten in bas nieberl. Staatsgebiet, die Urfunde über die im Auslande geschloffene Che in das öffentliche Cheregister (openbaar huwelijksregister) ihrer Bohnfitgemeinde eingetragen werden soft.

Aus bem oben angeführten Art. 138 ergibt sich, baß in ber Schweig folgende Bestimmungen bes niederländischen Civilgesesbuches in Betracht zu ziehen sinb:

I.

(Art. 88.) Die Che ift berboten: 3wifchen Sowager und Sowagerin, eheliche ob. uneheliche (wettige of onwettige); 3wifchen Großoheim und Großnichte ober Großneffe und Großtante, eheliche ober uneheliche.

Der Ronig tann indeffen, aus gewichtigen Grunben, Dispenfation ertheilen.

(Art. 89.) Wer burch Richterspruch bes Chebruchs überführt ist, barf sich niemals mit seinem Mitschuldigen (met den medepligtige aan dat overspel) verheirathen.

(Art. 90.) Gefchieben e Chegatten tonnen ein an ber nicht wieder heirathen, gleichviel aus welchem Brunde die Chescheidung erfolgt ift.

Art. 145: Auf Richtigkeit einer entgegen den. Bestimmungen der Art. 88, 89 und 90 abgeschloffenen She kann sowohl von den Ebegatten selbst. als von deren Eltern oder Ascendenten, oder überhaupt von allen benjenigen Personen, welche ein Interesse dabei haben, sowie auch von der Staatsanwaltschaft (openbaar ministerie) gestagt werden.

II.

Art. 385: Dinberjahrig find biejenigen, melde bas Alter von vollen breiundzwanzig Jahren noch nicht erreicht haben, fo lange fie nicht verheirathet find. Rach Auflösung ber Che fehren diejenigen, welche noch nicht breiundzwanzig Jahre alt find, in den Stand der Minderjahrigfeit jurnd

Art. 478: Die emangipiteten (meerderjarig-verklaarde) Minderjährigen bleiben trog der Emangi-pation den Bestimmungen der Art. 92, 98 u. 94 unter-

(Art. 92.) Cheliche Rinder dürfen, fo lange fie minderjährig find, feine Che ichließen ohne porher die Einwilligung ber Eltern verlangt und dieselbe entweder von beiden oder falls die Mutter fich nicht erklärt oder anderer Meinung als ber Bater ift — vom Bater allein erlangt zu haben.

Im lettern Falle hat der Bater bei Abgabe feiner Buftimmungserflarung jugleich die Erflarung abzugeben, beziehungsweise in bie betreffende Urtunde aufnehmen zu laffen, daß bie Buftimmung ber Mutter nachgesucht

wurbe.

Wenn der Bater verftorben oder außer Stande ift, feinen Billen gu erflaren, so wird die Zustimmung ber Mutter erforbert.

(Art. 93.) Wenn beide Eltern todt ober, ihren Billen zu erflaren, außer Stande find, so tritt der Großvater väterlicher Seite an deren Stelle.

In Ermangelung bes Großvaters väterlicher Seite hat ber Brogbater mutterlicher Seite die Einwilligung zu ertheilen.

(Art. 94.) Ift meber ber Großbater väterlicher noch mütterlicher Seite porhanben ober find beide außer Stande, ihren Willen zu erklären, so wird die Buftimmung ber Grogmutter baterlicher Seite, ober, in Ermangelung lettgenannter Berfon, Diejenige ber Großmutter mütterlicher Seite verlangt.

(Art. 95.) Wenn weder Bater noch Mutter, noch einer der Großväter ober eine ber Groß. mütter am Leben sind, oder, wenn dieselben alle außer Stande find, ihren Willen zu erflaren, fo bedürfen ebeliche Rinder gur Chefchliegung, fo lange fie minderjährig find, ber Ginwilligung des Bormundes und bes Begenvormundes (toeziende voogd).

3m Falle einer berfelben ober beibe bie Bustimmung versagen, ist der Kantonsrichter (kantonregter) befugt, auf Antrag des Minderjahrigen, - nach ftattgehabtem Berhore, beziehungsweise vorschriftmäßiger Vorladung des Bormundes und bes Gegenvormundes - die fehlende Buftimmung zu ergangen.

(Art. 96.) Gegen den Spruch des Kantonsrichters fteht ben Betheiligten ber Returs an das Bezirksgericht (arrondissements-regtbank)

(Art. 97.) Uneheliche, durch den Bater gefeglich anertannte Rinder bedürfen, fo lange fie minberjährig find, ber Bustimmung des Baters.

In Ermangelung bes Baters ift bie Buftimmung ber Mutter erforberlich.

Art. 335: Durch die Anertennung eines une helichen Rinbes entsteht ein civilrechtliches Ber-haltniß (burgerlijke betrokkingen) zwijchen bem Rinbe und beffen Bater ober beffen Mutter.

Art. 339: Ein uneheliches Rind fann, bei Lebzeiten ber Rutter, nur mit Buftimmung berfelben anerfannt werben.

(Art. 98.) Uneheliche nicht anerkannte Rinder ober diejenigen anerkannten, deren Eltern berftorben ober außer Stande find, ihren Willen zu erklaren, bebürfen, fo lange fie minderjährig find, ber Buftimmung ihres Bormundes und ihres Begenvormundes, vorbehaltlich ber Ergangung ber feblenden Zustimmung durch ben Rantonsrichter, beziehungsweise bas Bezirksgericht, in gleicher Weise wie es die Art. 95 und 96 in Betreff ber ehelichen Rinder vorschreiben.

(Art. 99.) Eheliche Kinder, die mehr= jahrig aber noch nicht volle breißig Jahre alt find, muffen ebenfalls vor ihrer Berheirathung die Zustimmung des Baters und der Mutter nadfuden.

Im Falle der Bersagung dieser Einwilligung tonnen fie die Dazwischentunft bes Rantonsrichters, in beffen Gerichtsbarteit bie Eltern ihren Wohnfit haben, anrufen. (Bergl. Art. 100—103.)

(Art. 100.) Der Rantonsrichter foll binnen brei Boden ben Bater ober, in beffen Ermangelung, die Mutter zusammen mit dem Rinde bor fich laben.

(Art. 101.) Erscheint ber Bater, beziehungsweise die Mutter nicht, so kann die Trauung auf Bormeis ber Urfunde, welche bas Richtericheinen bezeugt, vollzogen werben.

(Art. 102.) Erscheint das Kind nicht, so ist ein neues Begehren besfelben an ben Rantonsrichter nothwendig.

(Art. 103.) Erscheinen beibe Theile: beharren inbeffen bie Eltern bei ihrer Beigerung, fo barf die Che erft nach Ablauf von brei vollen Monaten - bom Tage ber Ericeinung an gerechnet - abgeschloffen werben.

(Art. 104.) Die Borichriften der fünf letten Artitel finden auch auf uneheliche Rinder Anwendung : bezüglich berjenigen Berfonen, deren Buftimmung burch Art. 97 gefordert wird.

Bemag Art. 126 find bem Civilftandsbeamten, ber venag utt. 120 into dem Einiganosotamten, der die Trauung vollziehen soll, zuzustellen: eine authentische Urkunde über die Einwilligung der Eitern, Großeltern oder Bormünder, dezw. den richterlichen Entscheid (vgl. Art. 92—98); eventuell sam mt den Todtensche in en (vgl. Art. 128, S. 41) derzenigen Personen, deren Einwilligung sonst nothwendig gewesen wäre, und im Falle der Art. 99 und 104 der Rachweis der ersolgten Dagwifdentunft bes Rantonsrichters.

Art. 146: Gine Che, welche entgegen ben Beftimmungen ber Art. 92 bis 98 - ohne bie Einwilligung bes Baters, ber Mutter, ber Grogeltern, bes Bormundes ober bes Begenvormundes, in ben Fallen, mo biefelbe, beziehungsmeife bas Berhor bes Bormundes erforberlich war - eingegangen worden ift, tann nur bon benjenigen Berfonen, beren Ginwilligung, bezw. Berbor nothwendig mar, angegriffen werben.

Die Richtigleitstlage ift nicht mehr annehm-bar, wenn die She von benjenigen Berfonen, beren Ein-willigung erforberlich war, ausdrüdlich ober ftillschwei-gend genehmigt wurde, ober wenn sechs Monate verftricen find, feitdem die Betreffenden von der Che Rennt-

nig erhielten.

Diefe Renntnig wird indeffen bei Chen, Die im Au flande abgeschloffen find, nur bon dem Beitpuntte an vorausgesett, wo die Ebegatten ihre Heirathsurfunde — gemäß Art. 139 (vide Eingangs nach Art. 188) — in die heimatlichen Register haben eintragen laffen.

Sinfictlich ber Art. 99-104, beziehungsweise einer auf die darin enthaltenen Borfdriften fic ftugenden Richtigfeitstlage, find die Bestimmungen des Gingangs (6. 88) angeführten Art. 138 maggebenb, laut welchen bie Beobachtung ber fraglichen Boridriften als eine Bedingung für die Gültigleit ber im Auslande abge-foloffenen Che betrachtet werden muß.

III.

Art. 74. Der Bobnfit (woonplaats) ift ba,

wo man feine Dauptnieberlaffung hat. In Ermangelung eines eigentlichen Wohnfiges, gilt als folder der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts (de plaats des werkelijken verblijfs).

Art. 75. Die Beranderung bes Wohnfiges wird be-wirft burch bie Thatfache bes wirklichen Bohnens an einem andern Orte, berbunden mit der Abficht, feine Dauptniederlaffung bafelbft zu nehmen.

Art. 76. Der Beweis diefer Abficht geht aus einer ausdrücklichen, bei der Behörde jowohl der Gemeinde, die man verlätit, als derjenigen, wohin man feinen Wohnfitz verlegt, abgegebenen Erklärung hervor.
In Ermangelung einer Erklärung hangi der Beweis der Abficht von den Umftanden ab.

Art. 77. Diejenigen, welche offentliche Memter belleiben, haben ihren Bohnfig ba, wo fie benfelben gur Beit ber Annahme bes Amtes hatten, falls fie nicht eine entgegengefeste Abfict tundgegeben baben.

Art. 78. Dinberjahrige haben ben namlichen Bohnfit wie ihre Eltern ober Bormunder, die unter Curatei gestellten Dehrjährigen ben namlichen wie ihre Curatoren.

Art. 79. Mehrjährige, welche als Dienst boten ober sonst als Arbeitsleute (Gehülfen) das Haus bes Dienstherrn (bezw. Arbeitgebers) bewohnen, haben ben nämlichen Wohnsig wie diejenigen, bei welchen sie dienen oder bei welchen sie arbeiten.

(Art. 105, 107 u. 108.) In den Riederlanden hat die dem Cheabschluffe vorausgehende zweimalige Verkündnug an zwei auf einander folgenden Sonntagen durch ben Civilstandsbeamten des Ortes zu geschehen, wo ein jeder der beiden Cheschließenden seinen 2B o h n-

is hat (vgl. unten Art. 109). Im Chevertündungsatt müssen an-

gegeben fein:

1) die Vornamen und Familiennamen, bas Alter, der Beruf und der Wohnort der Brautleute, sowie auch, falls dieselben berbeirathet gewesen find, die Ramen ihrer früheren Chegatten;

die Bornamen und Kamiliennamen, ber Beruf und der Wohnort der Eltern.

Der Bertundschein foll außerdem Tag und Ort und Stunde ber gefchehenen Berfunbigungen enthalten.

Rad Mitgabe bes Art. 130 barf ber Bertunbicein nicht vor Ablauf bes britten Tages nach ber zweiten Bertunbigung, ben Sag biefer ben Tag biefer lettern nicht mitgerechnet, - alfo nicht bor bem bem zweiten Sonntage folgenden Mittwod - ausgeftellt

(Art. 109.) Die Berkündigungen muffen auch in der Gemeinde des früheren Bohnfiges gefchehen, wenn derfelbe feit weniger als fechs Monaten verlaffen wurde.

(Art. 111.) Der König oder die hiermit beauftragten Beamten find befugt, aus gewichtigen Brunben, bon ber zweiten Berfundigung zu entbinden.

(Art. 112.) Eine Berfündung, welcher nicht binnen Jahresfrift - bon ber erften Berkundigung an gerechnet - ber Abichluß der Che folgt, verliert ihre Bultigfeit.

IV.

(Art. 127.) Derjenige Berlobte, welchem es unmöglich mare, fich feinen Beburtsfchein zu verschaffen, tann benfelben baburch erfegen, baß er eine von bem Rantonsrichter feines Beburtes ober Wohnortes über bie Erflarung von vier Beugen, mannlichen ober weiblichen Beschlechts, verwandten ober nicht verwandten, aufgenommene Notorietats. Urfunbe (akte van bekendheid) beibringt.

Diese Erklärung foll enthalten: Die Ansgabe bes Ortes und soviel möglich bes Beitspunktes ber Geburt, sowie ber Ursachen, welche bie Borlegung einer bezüglichen Urkunde ver-

hinbern.

Dem Mangel einer Geburtsurkunde kann auch abgeholfen werden: entweder durch eine berartige, alsdann jedoch eiblich abgeges bene Erflärung der [vier] Zeugen, welche (in den Niederlanden) bei der Trauung nothe wendig anwesend sein muffen, oder durch eine von dem betreffenden Eheschließenden vor dem Civistandsbeamten abgegebene eidliche Beresicherung, daß er sich weder einen Geburtsschein noch eine Notorietätsurkunde verschaffen könne.

In ber heirathaurfunde foll von ber einen ober ber anderen biefer Erflarungen Ermahnung

geschehen.

(Art. 128.) Sind die Brautleute außer Stande, die Lodten ich eine berjenigen Bersonen beizubringen, deren Zustimmung zur Gbeschliesung erforderlich ift, so kann diesem Mangel nach Mitgabe der im vorhergehenden Artikel enthaltenen Bestimmungen abgeholfen werden.

(Art. 129.) Weigert sich der Civilstandsbeamte, die Trauung zu vollziehen, weil die vorliegenden Aktenstüde und abgegebenen Erklärungen ihm als ungenügend erscheinen, so steht
ben Vetreffenden das Recht zu, an das Bezirk zu, an das Bezirk ze ericht (arrondissements-regtdank)
mittelst Bittschrift zu rekuriren. Nach
Vernehmlassung der Staatsanwaltschaft und
unter Umständen auch des Civilstandsbeamten,
urtheilt das Bezirksgericht, summarisch und ohne
Bulassung einer höhern Instanz, über das Genügen oder Nichtgenügen der Aktenstüde.

In Betreff ber Legitimation (wettiging) burch nachfolgende Che find folgende Bestimmungen bes niederländischen Civil-

gefegbuches maggebend :

(Art. 327.) Uneheliche Kinder, mit Außnahme der in Blutschande (val. Artikel 328) oder Chebruch erzeugten,
werden durch die nachfolgende Che ihrer Elkern
legitimirt, wenn diese sie dor Eingehung der
Ehe gesehlich anerkannt haben oder wenn die
Anerkennungserkärung in der Heirathsurkunde enthalten ist (of wanneer die erkenning plaats heeft bij de akte van voltrekking zelve).

Art. 45. Die Geirath Burtunde foll enthalten: Biff. 9. Die bei der Trauung ertlarte Anertennung unehelicher Rinder.

In der Som eig ift es daher rathsam, um einem allfälligen Ansechtungsgrunde vorzubeugen, die Anerkennungserklärung vor dem Abschlüß der She (durch den Civilftandsbeamten oder durch einen Rotar) beurkunden zu lassen. In Betress derzeinigen Personen, welche sich im Falle des nächkfolgenden Art. 328 besinden, sollte die Be git im a ti ou burtunde jedenschafts unmittelbar nach Bollziehung der Trauung errichtet werden; auch dürfte es nicht überstüffig sein, wenn — gestützt auf Art. 329 — ein Legitimationsreseript nachgesucht würde.

(Art. 328.) Personen, welche nur traft einer Dispensation des Rönigs einander heirathen dürfen (siehe Art. 88: Abschn. I, S. 38), konnen ihre vorehelichen Kinder nur durch Anerkennung bei der Trauung — d. h. in der Heirathsurkunde selbst — legitimiren.

(Art. 329.) Wenn die Eltern unterlassen hätten, vor Eingehung der Spe oder bei der Trauungsvollziehung, eine Anerkennungserklärung abzugeben, so kann diese Unterlassung durch ein Rescript (brieven van wettiging), welches der Rönig, nach eingeholtem Gutachten des des Hohen Rathes (hooge raad) erläst, unschällich gemacht werden.

(Art. 332.) Kinder, die durch eine nachfolgende Sche legitimirt worden find, haben dieselben Rechte, als wären sie aus dieser Spe geboren, und zwar auch im Falle der Erlassung eines Legitimationsrescripts.

Norwegen.

Die Angehörigen ber Staatsfirche foliegen die Che vor dem Geiftlichen. Für Nichtlutheraner hat ein norwegisches Gesetz vom 16. Juli 1845 die Civilehe vor dem Rotar eingeführt.

Die zur Schließung einer Civilehe geforberten Borausse et ungen — rudsichtlich ber vorangehenden Förmlichkeiten, sowie der personlichen Fähigkeit — sind die nämlichen wie bei den Eheschließungen der Lutheraner. Ausgenommen ist jedoch die Borlegung der Berkündsscheine, Taufscheine und Admissionsscheine, welche nur bei der kirchlichen Cheschließung verlangt wird.

Das Institut der Ehescheibung befteht zu Recht; indessen bedarf es bei Ghescheidungen, welche durch gegenseitige Uebereinstimmung erstheil worden sind, einer formlichen Erlaubnis, um eine weitere Che eingehen zu dürfen.

Als Cheicheidungsgrunde, beziehungsweise auch als Chehindernisse gelten: die Impotenz und ekelhafte Rrankheiten, insofern dieselben vor Eingehung der Che bereits vorhanden waren.

Die unverheirarheite Tochter betarf zur Cheichliefung ber Cinwillianna ter Eliern, begehungsweise bes Bormundes

Chefic: E. Glasson. Le mariage civil et le divorce. 2nd écution: Paris 1550. G. Pedone-Lauriel; p. 451. a.

Beterreid.

Als leitende Grunt Exe fint felgende Behimmungen bes allgememer bergerlicher Geverbutes für des Anteribum Orferreich vorangefelen.

is 4., Die bürgerlichen Geiege verbinden alle Staatsbürger der känder, für welche sie fundgemacht worden sind. Die Staatsbürger dietben auch in hantlungen mit Geichesten, die son ger dem Sin alle gediete vonschmen, m dies Geiege gedunden, insweit als ihre verifulliche hähigkeit, sie zu neternehmen, danech ein geich zu fie zu nuternehmen, darbeite geschet, mit als diese hangen mit Geichelte gugleich in diesen kändern rechtliche Folgen hervordeinigen illen.

'§ 37.) Benn Ausländer mit Ausländern, ober mit Unterthanen vieles Staates im Auslande Archisgeichäfte vornehmen, is fird bie nuch ben Geferen bes Ortes, wo bas Gefchäft abgeichlerien worden, gu benertheiten; bafern der ber Abfa tijung nicht offendar ein anderes Recht zu Grunde gelegt worden ist, und die oben im § 4 enthaltene Berichtig nicht entagen Acht.

* * *

Auslander innen erwerben bie Staatsburgerichaft burd Berehtlichung mit einem liberreichieften Staatsburger. Defteltet urm 23 Gebruar 1-33, Ar. 2005 Juftiggeiersumulunger

heimatgelet bim 3 Tejember 1863 (Rr. 195 wirdsgelegblatt), § 7: Frauensperionen erlangen turch bie Berebelichung bas Gelmatrecht in ber Gemeurte, in welcher ihr Epegatte heimatberechtigt ift.

—, § 11: Die Bittwe behalt tas heimatrecht in jener Gemeinde, in welcher ber Catte jur Beit ieines Ablebens heimalberechtigt war. — Gerichtlich gefichten bene oder getremnte Ehefranen behalten batten beingentrecht, welches sie zur Brit ber verichtlichen Schriedung oder Trennung hatten. — Wird eine Che für ungiltig erflärt, so tritt bie Francusperson, welche in beier Che gestanden war, in jene heimalderhältriffe jurke, in welchen sie sich bis jum Eingehen der Che befunden hat.

1

Das die Freiheit der Cheichließung aus polizeilichen Gründen beschränkende Erforderniß eines jogenannten politischen (polizeilichen) Ehelongensannten politischen (polizeilichen) Ehelongensachen b. b. einer heiterbewilligung ab Seite einer politischen Behörde oder Gemeinde wurde abgeschaft: in Riederöfterreich burch Gesez vom 20. Sept. 1868, Rr. 9 L. G. B. (Landesgesenblatt); in Steiermarf durch Gesez v. 20. Sept. 1868, Rr. 16 L. G. B.; in Mähren durch Gesez vom 16. Oct. 1868, Rr. 13 L. G. B.; in Oberöfterreich durch Gesez vom 16. Oct. 1868, Rr. 13 L. G. B.; in Oberöfterreich durch Gesez vom 31. Oct. 1868, Rr. 20 L. G. B; in Böhmen durch Gesey v. 1. Dez. 1868, Rr. 51 L. G. B.,

m Kirrelaute unt in Körneben, als nicht auf einem Gelege, wodern und auf einem ündlichen Gebenande berühent, bieb im abministimmen Wege, mit den Kim. Griefen v. 1. Kop. 1-17. 3. 5356 M. 3. Serredmung fen aundekenperung vom IS. Dez 1857, Kr. 14 i. G. d. mit v. IS Side 1868, 3. 769 M. 3. Berredmung der kandebergerung v. M. Hebenar 1868, Kr. v. G. d. d. Side vom vie Gebenar 1868, Kr. v. G. d. d. Side vom vie Gebenar der gesicht nicht auch ihrt. Gebenar mehre gesicht nicht ihr d. mehr zu Keften mit im Bullmatren hiet eine iniche Gerrintung im beständen.

Das Minnfernum bes Jumern bat mit Gelag rom 9. Januar 1569, 3. 140 M. 3. eröffnet, boğ der politif de Chefon fond (Chesmeltegertel und the turms bezäglichen Geiege und Bererdnungen bermalen nur noch für tieferigen öfferreichrichen Stantsburger bestieben, welche in einem der Länder Salzburg, Doral, Borarlberg u. Krain beimaiberechnist fint.

Dreie Shelenverfe unt felbuberftanblich uur fur ben Srautigum erferberich, ba es uch hiefei lebiglich um bie heimatterigfent handelt und die Bennt einehm burch bie Speinlufzing ihr bisheriges heimatrent berliert, um bem enigen des Chemames zu folgen.

In der Bray's werden jum Theile mit Amerabung bes für bie Arftdenge und haupthabt Wien erfloffenen Goffangeiteitete urm 26. Januar leis ber Abel, Staatsbeamte, bie mit einem afabemisigen Grate verichenen Berfonen und bie in gin annten honoratieren Aberhaupt von der Beiteinung bes petitiden Chefrnienies bispenfit, welche Ausnahme jeboch in feiner positioen Borichift begründet ift.

Gir Eprel und Borarlberg ift bie Einholung tes Stillenfen beigrant, rameid auf bie untern Belloftaffen beigrant, rameid auf bie unnnieligen Berionen aus ber Alaffe ber Liennbaten, Geiellen und Lagemerfer, ober fogenannten "Innehner" rot Ain. Serordnung u. 21. Juni bar, Reichageregblam Rr. 2001.

Begligeich ber Ertheilung bes Chefonjenjes ilt als allgemeine Regel, bag bie Geftattung von Betebelidungen hauptibalid ron bem Radweite einer ge-fiderten Ermerbefanigfeit ober eines binreidenten Einfommens, um eine Familie erhalten ju tonnen, abbangig gemacht werben folle, mofern aud in mora.iter Begiebung fein Anftanb ofwaltet. In biefem Sinne ipricht fich bas hoffangleibefret som 25. Augunt 1501 aus. Auch wurde icon mit ben Refolutionen vom 1. Juli 1746, vom 10. Juli 1765 und vom 3. Ekara 1766 anbefahlen, bağ die unbefannten Leute und Bagabunden, wie auch bie alten mit Leibesgebrechen behafteten Zeute, welche nich nicht ernahren fonnen, fonbern von Almofen leben, ober in einer folden Ber-tflegung fiehen, von dem heirathen abzuhalten feien. Rach dem an bas Eproler Gabernium ergangenen hoftangleibefrete bom 12. Dai 1320 tann ber Chefonjens eigentlich nur bann verweigert werben, wenn bie Betreffenden an einer Armenberioranne Theil nehmen ober bem Bettel ergeben find, ober ein unftates, ermerblofes Leben führen. Uebertretungen ber mit bem letterwähnten hoffangleibefrete gegebenen Boridrift find nach ber Minifterialverordnung b. 28. Dezember 1852, R. G. B. Rr. 21 vom 3. 1853, mag die Ehe ohne ben vorge-ichriebenen politijden Chefonfens im 3n- oder Auslande geichloffen werden, von ten politifden Behorben gu unterjuden und angemeffen gu bestrafen.

Stabile und provisionsfähige Salzbergarbeiter bedürfen nicht des politischen Chetonsenses (Entsch. des Min. d. Innern v. 29. Nov. 1880, 3. 17966).

Minberjahrigen wird ber politifche Chetonfens nur mit Ginwilligung bes Baters ober Bormundes ertheilt.

Rudfichtlich ber Beborben, welche ben Chekonfens ertheilen, ift bie Brazis sowohl in ben einzelnen Kronlandern als auch zum Theile in einem und demfelben Kronlande verschieden.

In Eprol und Borarlberg wird bießbezüglich an bem Grundsate festgehalten, baß
in ber Regel bie Ertheilung bes heimatbehördlichen Chekonsenses von Seite ber Gemeinbe
bes Buständigkeitsortes ber Betreffenden genüge.
Ueber die von ber Gemeinde verweigerten Chekonsense entscheidet die politische Bezirksbehörde
in erster Instanz.

Rach ben Gemeinbeordnungen für Salaburg liegt die Ertheilung des Chekonsenses ab Seite ber Heimatbehörde im Wirkungskreise bes Gemeindeausschuffes und geht ber Returs an die politische Bezirksbehörde.

Wichtig ift ber Min.-Erlaß bom 17. Februar 1850, 3. 25658, womit bei Erledigung eines Minifterial-reinries, weil den Chewerbern Manches in den Aften aur Laft gelegt war, ohne daß diele felbst davon Renntniß hatten, angeordnet wurde, daß den Chewerbern die gegen sie von der Gemeinde vorgebrachten Einwendungen, ju ihrer alfälligen Rechtfertigung, joon vor der ersten Instanz, vorgehalten werden sollen.

Angesichts des Umstandes, daß die Urfunben, welche bie sog. Chefonsense ober bie Beftatigung ber Entbehrlichkeit eines folchen enthalten, im Auslande, insbesonbere in ber Schweiz, öfters falfclicherweise als Bescheinis gungen aufgefaßt worben find, baß einer beab-fichtigten Che tein hinderniß im Bege ftebe, hat bas Ministerium bes Innern - laut Eröffnung v. 27. April 1873, Nr. 13505 (vergl. Abschn. II) - angeordnet, baß bie betreffenden Urfunden ftets nach einem bestimmten Formulare ausgefertigt und falls die Ausfertigung burch Gemeinden, die nicht zugleich als politische Behörden fungiren, erfolgt, und die Urfunden eine Wirksamkeit im Auslande haben follen, ftete von ber vorgefesten politi= fchen Bezirfebehorbe (Bezirfehauptmannichaft) vibirt werben muffen.

k _ *

Staatsbeamte, ftabtif de und Stiftungsbeamte, welche in der Residenzstadt unter 420, in den Provinzialftadten unter 315 und auf dem Lande unter 210 Gulden Gehalt haben, durfen sich ohne Bewilligung ihres Amtsvorstandes nicht verehelichen, widrigensalls ihre Wittwen und Linder keinen Anspruch auf eine Staatsversorgung haben. Ausgenommen sind nur

bie Salg., Zoll., Wegmauth= und Wirthichaftsbeamten, sowie biejenigen, welche auf entlegenen Stationen einer Gattin bringend bebürfen. (Finang-Hofbetret vom 29. Juli 1800, Politische Gesetzammlung Bb. 15.)

Bei der Finanzwache find die Beamten in Beziehung auf die Verehelichung den Staatsbeamten gleichzestelt; die Individuen der Mannschaft bedürfen bei Dienstverluft der Bewilligung der Kandes-Finanzbehörde (Hoffammerdefret vom 21. April 1848, Rr. 696 Justizgesessammlung, §§ 245 u. 246). Finanzwachtommissäre dürfen vor Ablauf von zwei Jahren nach der Beeidigung bei Berlust der Anstellung keine She ohne Bewilligung des Finanzmamissikretums schliegen (Fin.-Min.-Erlaß vom 15. April 1858, § 19692).

Die Lehrerin nen an ben Bollsichulen bedürfen zu ihrer Berechelichung ber Bewilligung ber Bezirksichulbehörbe. Die Berechelichung ohne biefe Bewilligung ift als freimillige Entfagung bes Dienftes zu betrachten (Erlag bes Min. f. Cultus u. Unterricht b. 11. Marz 1871, 3. 13478).

Un terlehrer an Bollsschulen (zeitweilige Provijoren und Gehilsen) dürsen nur dann in Berwendung
bei öffentlichen Schulen bleiben, wenn sie zur Berehe
lichung vorläusig die schulbehördliche Genehmigung nachgesucht und erhalten haben Diese Genehmigung ist nur
jolchen Unterlehrern zu ertheilen, die sich durch ihre bisherige Leistung im Schuldienste bereits so bewährt haben,
daß mit Sicherheit ihre desinitive Anstellung im Lehrsach au erwarten ist und sich sowohl über den stellichen
Character der Person, welche sie zu ehelichen gebenken,
als über ein bereits vorhandenes oder durch die Berehelichung zu erwartendes hinzeichendes Einkommen zur
Erhaltung einer Familie ausweisen können. Die Genehmigung ertheilt die Landesschulbehörde. Unterlehrer,
welche sich ohne diese Genehmigung verehelichen, sind
ohne Weiteres des Dienstes zu entlassen. (Berootdnung
der tyrol. Statth. v. 16. Rov. 1858, Landesgesehlatt
Rr. 1858, S. 89.)

In Betreff ber Behrpflichtigen, ber Militarbeamten, ber Militarurlauber und Referviften u. f. w., fiehe die auf die Militarverhaltniffe fich beziehende Rote zu § 54 a. b. G. B. (S. 46 u. 47).

II.

In einem Erlasse bes Kultusministeriums vom 22. Juli 1852, B. 1954, war bereits folgender — das Gesammtergebniß der österreichischen Gesetzebung in Betrest der Gultigkeit der von Desterreichern im Auslande geschlossenen Shen zusammensassender — Grundsatz ausgesprochen worden: "Wenn österreichische Staatsbürger im Auslande eine Sheschließen, sind sie nur rüdsichtlich der persönlichen Fähigkeit an die österreichischen Gesetze gebunden; rüdsichtlich der Form der Trauung haben sie sich nach den Gesetzen des Staates zu richten, wo dieselbe stattsindet."

Da indeffen öfters Falle vorkommen, wo ber Anerkennung von Civilehen, welche österreichische Staatsangehörige in der Schweiz (wie auch anderwärts im Auslande) schließen, anbegründete Schwierigkeiten von Seiten der Gemeinden und Pfarrämter ihrer heimat entzgegengesetzt werden, so wurde in Folge eines (in Abschn. IV wiederum erwähnten) Erlasses des Ministeriums des Innern vom 12. März 1878, Rr. 516, eröffnet:

"Aus §§ 4 u. 37 (vide Eingangs) bes a. b. B. ergibt fich, baß die österreichtschen Staatsburger zwar auch in Handlungen und Geschäften, die sie außerhalb des Staatsgebietes vornehmen, an die burgerlichen Gesetz ihres Laterlandes gebunden sind, jedoch nur insoweit als ihre persjönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, badurch eingeschränkt wird; daß dagegen Rechtsgeschäfte, welche sie mit Ausländern im Auslande vornehmen, nach den Gesetzn des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen sind.

Damit hat der Sat "locus regit actum" in die öfterreichische Gesetzgebung Eingang gesunden und derseibe ist auch früher und später bei verschiedenen Anlässen zum Ausdrucke gekommen, wie die Patente vom 16. Sept. 1785, Justizgesetzsammlung Rr. 468, litt. d und 0, vom 20. April und 22. Rovbr. 1815, Puntt 1, J. S. S. (Justizgesetzsammlung), Rr. 1143 und 1189, vom 28. März 1852, Art. I u. II Ar. 79 und vom 8. Oktober 1856, R. G. B. (Reichsgesetzlatt) Rr. 185, Art. VII entnehmen lassen.

"Wenn baher die Gültigkeit einer in einem Kande, wo die obligatorische Civileheschließung eingeführt ift, abgeschlossenen Civilehe eines Oesterreichers ohne kirchliche Trauung in Oesterreich zur Frage kommt, haben allerdings die Gerichte zu entscheiden; soweit es sich aber um einen Ausspruch über diese Frage vom Stande punkte der Berwaltungs behörde handelt, kann aus dem Borangeschickten nur die Folgerung abgeleitet werden, daß eine solche Civilehe eines Oesterreichers in Oesterreich als gültig anzusehen ist. Den betreffenden österreichischen, ihre civiliter geschlossene She auch kirchelich einsegnen zu lassen."

Borftebender Erlaß ift eine bloße Biederholung desjenigen bom 1. August 1876, 3. 6879, betreffend die bon Defterreichern im beutichen Reiche geschloffenen Civileben.

Semaß Areisschreiben bes schweiz. Bundesrathes an die kantonalen Regierungen vom
26. April 1878 (Bundesblatt 1878, Band II,
S. 699 f.) sollen gleichwohl die österreichischen
Staatsangehörigen darauf aufmerksam gemacht
werden, daß — laut einer vom 9. April 1878
datirten Note der österreichischen Regierung —
die Bornahme der kirchlichen Trauung nach der Civiltrauung die Wirkung habe, vollends allen Schwierigkeiten den
Kaden abzuschneiden, welche etwa noch von

Seiten ber Heimatgemeinden und Pfarramter (wenn auch ohne gesetlichen Anhaltspunkt) ber Anerkennung von in der Schweiz geschloffenen Ehen zu bereiten versucht werden sollten.

In Desterreich besteht nämlich die Civilehe nur als sogen. "Rotheivilehe". Die Gefetzebung nimmt an, daß die Ehe ihrem Wesen nach in erster Linie einen religiösen Charakter habe und bestimmt daher, daß die Sheichließung vorzugsweise konfessionell sein musse. Demsgemäß bedarf es einer förmlichen Weigerung des betr. Seelsorgers, bei Schließung der Ehe mitzuwirken, um diese She vor den weitlichen Behörden eingehen zu können; es sei denn, daß die Brautleute keiner gesetlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören, beziehungsweise konfessionslos seien. (Bgl. das Geset vom 25. Mai 1868, Rr. 47 R. G. B. über die bedingte Sulässischer der Sheschließung vor weltlichen Behörden, sowie das Geset vom 9. April 1870, Rr. 51 R. G. B. über die Shen von Personen, welche keiner gesetlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören.)

Laut Gröffnung v. 27. April 1873, B. 13505 (vgl. Abichn. I, S. 43) hatte bas Minifterium bes Innern - im Ginverftanbniffe mit ben Ministerien ber Juftig und fur Cultus und Unterricht - bie politischen ober mit ber politifden Gefcafteführung betrauten Communals behörben bes Wohnfiges ber bem öfterreichifchen Staatsverbande angehörigen Chemerber ermachtigt, benfelben, jum Bwede ihrer Berebelichung im Auslande, eine Bestätigung ober Befchei= nigung barüber zu ertheilen, baß fie bie perfonliche Fahigfeit zur beabsichtig-ten Ghefchließung (§ 4 a. b. G. B., vide Gin-gangs) besigen. Da inbessen folde Bescheinigungen bie junachst von ber schweizerischen Befetgebung (Bundesgefet Art. 31 und 37) geforberte ausbrudliche Erflarung, "baß bie Befege bes Beimatlandes dem Chewerber geftatten, bie Gbe in bem betreffenben fremben Staate (refp. in ber Schweig) rechtsgultig, b. i. mit Uebertragung feiner Staats. und Seimatsangehörigteit auf bie Gattin und ehelichen Rinber und mit allen übrigen rechtlichen Wirkungen einer im Beimatlande felbst gultig eingegangenen Che, abzuschließen," nicht enthielten, fo hat bas Mini= fterium bes Innern mit Erlag v. 28. Oft. 1879, 3. 11409 - im Ginvernehmen mit bem Juftigminifterium und bem Dinifterium fur Gultus und Unterricht - angeordnet, es feien bie mit ber Ausstellung ber oben ermabnten Beugniffe betrauten politischen Behörben ju beauftragen, biefe Beugniffe mit ber Beifugung zu verfeben, daß ein öfterreichischer Staatsangehöriger, wel-

*

cher nach ben öfterreichischen Befegen bie hiezu erforderliche perfonliche Fahigkeit besitt, auch im Auslande eine gultige Che eingeben fann, und daß zur Gultigfeit einer folchen im Auß= lande geschloffenen Che nach öfterreichischem Rechte die Beobachtung ber von ber betreffenben auslandischen Gefeggebung vorgeschriebenen Form ber Cheschließung ausreichend ift; daß es ferner nach öfterreichischen Befegen eine von felbft eintretende Folge jeder gultigen Berebelichung einer Auslanderin mit einem öfterreichi= fchen Staatsangehörigen ift, daß biefe Muslanderin fammt ihren aus folcher Che ent= fproffenen Rinbern bie ofterreichische Staats= burgericaft und bas Beimatrecht bes Gatten erlangt, bag jeboch bie Brufung und Enticheis bung über bie Frage, ob in einem gegebenen bestimmten Falle die abgeschloffene Che wirklich gultig fei, sobald biefe Frage in Desterreich zur Austragung zu gelangen hat, ausschließlich bem zuftanbigen öfterreichischen (weltlichen) Berichte gufteht, und beghalb ber Mangel jedweden Chehinderniffes hiemit weber bescheinigt wird, noch von vornherein bescheinigt merben fann.

Eine berartige — ben Anforderungen ber Art. 31, Lemma 4 und Art. 37, Schluflemma bes ichweiz. Gefeges entsprechenbe — Anerfen nung serflärung wird übrigens im einzelnen Falle auch von ber t. f. ofter.-ungar. Gejandticaft in Bern abgegeben.

III.

Durch das Gefes vom 25. Mai 1868, Rr. 47 R. G. B., erlangten die durch das kais. Patent vom 8. Ott. 1856, Rr 185 R. G. B., für die Shen der Ratholifen außer Kraft gesetzten Borjchriften des II. Hauptstüdes (§§ 44—136) des a. b. G. B. über das Cherecht der Ratholifen ihre Gultigkeit wieder.

Als, im Berhaltniffe zu ben Bestimmungen bes ichweizer. Gesebes, Die personliche Fahigteit zur Eheschließung besich rantenb find folgende Stellen aus bem "Allgemeinen burgerlichen Gesets buche für bas Raiserthum Desterreich" sammt ben sie erganzenden oder erlauternden anderweitigen Borschriften der öfterreichischen Gesetzebung hier anzuführen:

1

(§ 21.) Diefenigen, welche wegen Mangels an Jahren, Gebrechen bes Geistes, ober anderer Berhältnisse wegen, ihre Angelegenheiten selbst gehörig zu besorgen, unfähig sind, stehen unter bem besonderen Schutze der Gesete. Dahin gehören: — Minderjährige, die das vierundzwagelegt haben; — ferner: die je nigen, welchen der Richter als erklärten Berschwendern die fernere

Bermaltung ihres Bermögens unterfagt hat.

§ 245. Insbesondere konnen Minderjährige ohne Einwilligung ber Bormundschaft teine giltige Ehe eingehen (§§ 49 u. 50).

Die in Theilen bes Staatsgebietes, wo bas a. b. B. neu ober wieder eingeführt wird, nach den be ftanben en Gefegen erreichte Brogiahrigteit wird anerkannt (vgl. Hoftetet vom 3. Januar 1818, Rr. 1403 Juftigesetzsammlung, und Erlaß v. 14. Febr. 1849, Rr. 141 R. G. B.).

(§ 49.) Minderjährige, oder auch Bollichrige, welche aus was immer für Gründen für
sich allein keine giltige Berbindlichkeit eingehen
können, sind auch unfähig, ohne Ein willis gung ihres ehelichen Baters sich giltig zu verehelichen. Ist den Bater nicht mehr am Leben oder zur Bertretung unfähig, so wird, nebst der Erklärung des ordentlichen Bertreters, auch die Einwilligung der Gerichtsbehörde zur Giltigkeit der Ehe erfordert. (Bgl. d. Rote unter § 52.)

Die Einwilligung bes judifchen Baters ift gur giltigen Berehelichung feines zur chriftlichen Religion übergetretenen minderjährigen Rindes nothwendig (Pofbefret vom 21. Ott. 1814, Rr. 1105 J. G. S.)

- § 174. Rinder tonnen auch vor Zurudlegung bes vierundzwanzigften Jahres aus ber väterlichen Gewalt treten, wenn der Bater mit Genehmigung des Gerichtes fie ausdrücklich entläßt, oder, wenn er einem zwanzigjährigen Sohne die Führung einer eigenen Haushaltung gestattet.
- § 175. Wenn eine min berjährige Tochter fich verehelichet, so tommt fie zwar in Rudficht ihrer Person unter Die Gewalt bes Mannes; in hinfict auf das Bermögen aber hat ber Bater bis zu ihrer Großiährigfeit die Richte und Pflichten eines Curators. Stirbt ber Mann während ihrer Minderjährigfeit, so tommt fie wieder unter die väterlich: Gewalt.
- § 176. Wenn ein Bater den Gebrauch der Bernunft verliert; wenn er als Berschwender erklätt; oder wegen eines Berbrechens auf langere Zeit als Ein Jahr zur Befängnißstrase verurtheilt wird; wenn er eigenmächtig auswandert; oder wenn er über ein Jahr abwesend ift, ohne von seinem Aufenthalte Rachricht zu geben; kommt die väterliche Gewalt außer Wirfam keit, und es wird ein Bormund bestellt: Gören aber diese Rechte ein.
- § 177. Bater, welche die Berpflegung und Erziehung ihrer Rinder ganglich vernachläffigen, verlieren die vater-liche Gewalt auf immer.
- § 183. Zwischen den Wahleltern und dem Wahlfinde (Adoptivfinde) und dessen Rachtommen finden, insoweit das Gesetz keine Ausnahme macht, gleiche Rechte, wie zwischen den ehelichen Eltern und Kindern statt Der Wahlvater übernimmt die väterlich: Gewalt. Auf die übrigen Mitglieder der Familie der Wahleltern hat das Berhaltnig zwischen den Wahleltern und dem Wahlklinde keinen Einfluß; dagegen verliert das Wahlklind auch die Rechte seiner eigenen Familie nicht.
- (§ 50.) Minberjahrige von une helit cher Geburt bedurfen gur Giltigfeit ihrer Che, nebft

ber Erklarung ihres Bormunbes, bie Ginswilligung ber Gerichtisbehörbe. (Bergl. bie Note unter § 52.)

(§ 52.) Wird einem Minderjährigen oder Pflegebefohlenen die Einwilligung zur Ehe versagt, und halten sich die Ehewerber badurch beschwert, so haben sie das Recht, die Hilfe des ordentlichen Richters anzusuchen.

Das Berfahren bei Ertheilung ber gerichtlich en Bewilligung zur Berehelichung Minderjähriger bestimmen die §§ 190, 191 u. 192 des Gefetzes über das Berfahren außer Streitsachen v. 9. Aug. 1854, Rr. 208 R. G. B.

(§ 53.) Mangel an bem nothigen Gintomsmen; erwiesene ober gemein befannte schlechte Sitten; anstedenbe Krantheiten ober bem Zwede ber Ehe hinderliche Gebrechen desjenigen, mit bem die Che eingegangen werden will, sind recht mäßige Grunde, bie Einwilsligung zur Ehe zu versagen.

* *

(§ 94.) Die Un giltigkeit einer Che, welcher eines ber in ben §§ 49, 50, 52 und 54 angeführten hinderniffe im Wege fiebt, ift nicht von Amtswegen ju untersuchen. Es muß bas Ansuchen berjenigen, welche burch bie mit einem hinderniffe geschloffene Ehe in ihren Rechten gefrankt worben find, abgewartet werben.

(§ 95.) — Der Gatte, welcher ben Umftand, daß er nach ben §§ 49, 50, 52 und 54 für sich allein feine giltige Spe foliegen tann, verschwiegen, ober die ihm erforderliche Einwilligung falfolich vorgewendet hat, tann aus feiner eigenen widerrechtlichen handlung die Giltigkeit ber Ehe nicht bestreiten.

(§ 96.) Ueberhaupt hat nur ber ich ulbloje Theil bas Recht au verlangen, daß der Chevertrag (die Ghe) ungiltig erkläret werbe; er verliert aber dieses Recht, wenn er nach erlangter Renntniß des hinderniffes die Ehe fortgefigt bat. Eine von einem Minderjahrigen oder Pflegebesoftenen eigenmächtig geschloffene Ehe fann von dem Bater oder ber Bormundichaft nur infolange, als die väterliche Gewalt oder Bormundichaft bauert, bestritten werden.

hofbetret vom 17. Juni 1825, Rr. 2112 3. G. 5.; Der Borm un bich afts behorbe fieht jedoch ein Bestreitungsrecht ber Ehe nicht gu.

. .

(§ 54.) Mit welchen Militarperfonen ober zum Militarkörper gehörigen Bersonen obne schriftliche Erlaubniß ihres Regiments, Korps ober überhaupt ihrer Borgesetten kein giltiger Chevertrag (keine gultige Che) eingegangen werden könne, bestimmen die Militargesete.

Die dieffälligen Militargefege find: die Boridriften über die heirathen in ber f. f. gandarmee mit Inbegriff ber Berwaltungsbranchen in ber Militargrenze (Rriegs-Min.-Erlaß b. 14. Sept. 1861, C. K. (Ar. 3881)

und die Borfdrift über die Geirathen in der t. t. Rriegsmarine (a. h. Entichl. b. 25. Juni 1863).

Die Bewilligung zur Cheschließung wird ben Oberften ber Gendarmerie vom Raiser, den Offizieren vom Oberstlieutenant abwärts vom Minister für Landesvertheidigung ertheilt; die Bewilligung zur Berehelichung der Gendarmeriemannschaft ertheilt der Minister für Landesvertheidigung, der hiezu die Landes-Gendarmerie-Rommantanten delegiren fann (§§ 47, 48 des Geseges v. 26. Febr. 1876, Rr. 19 R. G. B.).

Militarbeamte aller Art bedürfen jur Berehelichung bei Berluft der Anstellung der Bewilligung der vorgesetten Beborde (hoftriegsrath-Circular v. 25. Rov. 1826, 3. 3289, Militargesetzlammlung).

Einer Chebewilligung bedürfen auch die bauernd Beurlaubten, die Refervemanner und die Erfagreferviften, welche die britte Alterstlaffe noch nicht überschritten haben; fobald fie bie britte Alterstlaffe fiberichritten haben, gelten außer ber Beit ber attiven Dienftleiftung Die allgemeinen Borfdriften, jeboch unter Aufrechthaltung ber Dienstpflicht im Deere ober ber Landwehr (§ 52 b. Gefetes v. 5. Dez. 1868, Rr. 151 R. G. B.) Die Gejuche find bei ber evidengauftandigen politijden Beborbe eingubringen und bon Diefer an die tompetente Militarbehorde gur Enticheidung ju leiten (Erlaß b. Sandesvertheidigungs-Minifters vom 18. Dez 1872, 3. 1856). Die Eben ber im ganb-mebr- (Banbesichugen-) Berbanbe ftebenben Mannichaft gliedern fic gleich jenen der Mannichaft des fiehenden heeres in "Ehen erfter und zweiter Rlaffe". Die Ehen erfter Rlaffe, womit der Anspruch auf ararische Gebühren für die Gattin und die noch in der väterlichen Objorge ftebenben Rinber berbunben finb, finb nur im attiben Stanbe gulaffig und in ber Bahl beschränft. Die Bewilligung ertheilt das Bataillons-(Cavalleriecadre-) Commando, eventuell das Ministerium für Landesvertheidigung. Die Chen der nicht aktiven Landwehr (Landesichützen) gehören siets in die zweite Rlasse. Es ist hiezu, wenn der Landwehrmann (Landes-jchütze) die dritte Alterstlasse überschritten hat, eine Be-willigung von Seite der Landwehrbehörden nicht erforberlich. Dat ber Landwehrmann (Landesichlige) Die britte Alterstlaffe noch nicht überschritten, fo ift biegu bie Bewilligung des Bataillons- (Cavalleriecadre-) Rommando erforberlich. Dieje nicht attive Mannschaft bat bas Beirathsgefuch bei ber evidenzzuständigen politischen Bezirfsbehörde einzubringen, von welcher dasselbe an das tompetente Bataillons (Cavalleriecadre-) Commando jur Enticheidung ju leiten ift (§ 27, litt. C bes Land-wehrgesetes; § 36 bes Landwehrstatutes; Din.-Erlaß v. 30. Sept. 1869, 3. 718).

Circ.-Bog. bes Min. für Canbesvertheidigung bom 10. Febr. 1875, 3. 486:

Mie Geirath sgefuche ber Dannicaft (incl. Buchfenmacher) find ju inftruiren:

- a) mit bem Tauf., beziehungsweife Geburtsicheine bes Brautigams und ber Braut;
- b) mit bem Sittenzeugniffe ber Braut, fammt ber Beftatigung, bag biefelbe lebig ober Wittme ift;
- c) mit der Bewilligung des Baters, oder falls derfelbe nicht mehr am Leben ift, der vormundichaftlichen Behörde, wenn eines der Brautleute minderjährig ift;
- d) mit dem Ausweise über das Bermögen oder bie Mitgift der Braut;
- e) mit dem Codteniceine ber letten Frau, wenn ber Brautigam Bittwer ift;

f) mit bem Tobtenicheine bes legten Gatten, wenn die Braut Bittme ift;

wenn die Braut eine Muslanderin ift, mit der gehorig legalifirten Bestätigung der hiezu berufenen Deimatsbehorde, daß gegen die beabsichtigte Ber-ehelichung nach den Gesetzen ihrer Deimat kein Anftand obmaltet.

Die Bewilligung wird bom betreffenben Rommando foriftlich ertheilt und nur unter ber Bedingung, bag ber ehelichen Berbindung fein hindernig entgegenfteht.

Die Bewilligung gur Berebelichung ber Begirfsfeld-webel (Oberjager) ertheilt bas Minifierium für Landesvertheidigung.

Die Patental- und Refervation Sinva-liben bedürfen gleichfalls einer Chebewilligung, welche fie bom Invalidenhaus, ebentuell Generaltommando ju erwirten haben. Die Berehelicung ber Patental- ober Refervationsinvaliden ohne Bewilligung bringt ben Berluft bes Invaliden-Beneficiums mit fich. Den Berebe-lichungsgefuchen ber Batentalinvaliden ift die Beftatigung beizufingen, daß ber Indalibe fein Schidtal und in welchem Grade durch die Ehe verbefere, und der Revers der Braut, daß fie nach dem Ableben des Mannes auf alle Militärbeneficien Berzicht leifte. (Bgl. § 22 der Kriegs-Min.-Bdg. v. 22. Dez. 1868, J. 4554.)
Uneingereihte Refruten bedürfen der Bewilligung

bes Ergangungsbegirtstommando.

Ber von der Stellungstommiffion als für den Rriegs. vier von der Stellungssommission als fur den kriegsbienst für immer untauglich nicht anerkannt, oder in
der zweiten Altersklasse von der Stellungspslicht nicht
befreit worden ist, darf sich vor dem Austritte aus der
dritten Altersklasse nicht verehelichen. Eine ausnahmsweise Ehebewilligung im Falle vorhandener, besonders
rückschrieben umstände an Stellungspslichtige zu
ertheilen, ist das Landesvertheidigungs-Ministerium ermächtigt, welches hiezu auch die betreffende Landesstelle belegiren tann; jeboch begrundet diefe Bewilligung feine Befreiung bon ber Pflicht jum Gintritte in bas ftebende Deer (Rriegsmarine) ober in die Landwehr (§ 44 des Gef. v. 5. Dez. 1868, Rr. 151 R. G. B.) — Derjenige Wehrpflichtige, welcher fich mit Uebertretung diese Berboies verepelicht hat, wird von Amtswegen geftellt, im Falle ber Untauglichfeit aber mit einer Gelb-ftrafe bis ju taufend Gulben, im Falle ber Zahlungsunfabigkeit mit haft bis zu fechs Monaten bestraft.

– Als für immer untauglich sind jene anzusehen, über welche eine Stellungskommission den Beschluß auf Löfgung aus der Stellungskiste gefällt, oder die Ueberprufungs - oder Superarbitrirungstommiffion die Entlaffung beichloffen hat. Auch jene, über welche in ber britten Alterstlaffe ber Beschluß auf Zurudftellung ge-

britten Altersklasse der Beschluß auf Zurückstlung gefällt wurde, bedürsen einer behördlichen Shebewilligung ursachlich ihrer Stellungspflicht nicht mehr. Zur ausnahmsweisen Spebewilligung sind die Landesstellen belegirt (§ 103 d. Instr. zur Durchsührung des Wehrges. u. Erlaß des Min. s. Landesverth. v. 28. Juli 1873, 3. 10842). Die nach der Kundmachung v. 6. Juni 1871, 8. G. d. Rr. 6, erforderliche ausnahmsweise Spewilligung für Ehemerker, die nach nicht aus der dritten bewilligung für Chewerber, die noch nicht aus der britten Alterstlaffe ausgetreten find, erftredt sich auch auf solche Spewerber, welche noch nicht in das fiellungspflichtige Alter eingetreten find. (Rundm. der tirol. Statth. vom 31. August 1880, S. G. B. Rr. 39.)

(§ 56.) Die Einwilligung ist (auch bann)

und noch nicht in ihre Freiheit ver= festen Person gegeben worden.

(Bgl. Art. 26 des schweizerischen Gesetzes und "Ranonisches Recht" — Abichn. V, S. 35.)

(§ 58.) Benn ein Chemann feine Battin nach ber Chelichung bereits von einem anderen geschwängert findet; fo kann er, außer bem im § 121 bestimmten Falle, forbern, bag bie Che als ungiltig erklaret merbe.

Der § 121 bestimmt, daß wenn eine Wittwe oder geschiedene Frau die gesetliche Wartzeit nicht beobachtet hat, diese Uebertretung des Gesets zwar die Ungultigfeit der Che nicht nach sich zieht, wohl aber der Mann, mit welchem sie die zweite Che schließt, das ihm in § 58 zugesicherte Recht, die She auf Grund der Schwängerung durch einen Dritten für ungultig erklaren ju laffen, verliert. Diese Bestimmung tommt indeffen für Die Schweiz nicht in Betracht, weil bas Bundesgeset jum Abidlug ber Che ben Ablauf der gesetlichen Bartezeit ichlechthin (b. b. ohne Bulaffung irgendwelcher Dispen-fation) verlangt.

(§ 60.) Das immermährende Un= vermögen, bie eheliche Pflicht zu leiften, ift ein Chebinberniß, wenn es fcon jur Beit bes geschloffenen Chevertrages (ber Cheschließung) vorhanden war. Gin bloß zeitliches, ober ein erft mahrend ber Ghe jugeftogenes, felbst unheilbares Unvermögen tann bas Band ber Che nicht auflosen.

Diefes Unvermögen bezieht fich lediglich auf die Beiwohnung, ohne Rudficht, ob baburch Rinber erzeugt werben tonnen ober nicht (a. h. Entichl. b. 25. Febr. 1837).

- § 99. Die Bermuthung ift immer für bie Giltigleit ber Che. Das angeführte Chehinderniß muß alfo vollftanbig bewiesen werben, und meber das übereinftim-mende Geständnig beider Ebegatten hat hier Die Rraft eines Beweises, noch fann darüber einem Gide ber Chegatten ftattgegeben werben.
- § 100. Insbesondere ift in dem Falle, daß ein borbergegangenes und immermahrendes Unvermogen, die eheliche Pflicht ju leiften, behauptet wird, ber Beweis burch Sachberftandige, nämlich burch erfahrene Merzte und Bunbargte und nach Umftanden auch burch Bebammen, ju führen.
- § 101. Läßt fich mit Buverläsfigkeit nicht bestimmen, ob das Unvermögen ein immermährendes oder blos zeit-liches fei, so find die Chegatten noch durch ein 3 ahr jufammen zu wohnen verbunden; und hat das Unvermögen diese Zeit hindurch angehalten, so ift die Che für ungiltig ju erflaren.

§ 62 entspricht bem Art. 28, Biff. 1 bes fcmeizerischen Gefeges; inbeffen ift hervorzuheben, bag nach ofterreichischem Rechte nur bieungiltig, wenn fie von einer entführten | jenige Che, bei welcher feiner ber Chegatten § 111. Das Band einer giltigen She tann zwischen tatholischen Bersonen nur durch den Tod des einen Shegatten getrennt werden. Soenso unauflöslich ift bas Band ber She, wenn auch nur Gin Theil schon zur Zeit der geschloffenen She ber tat holischen Religion zugethan war.

§ 115. Richttatholischen driftlichen Religionsberwandten gestattet das Geset nach ihren Religionsbegriffen aus erheblichen Grunden die Trennung (Scheidung) der Che zu fordern. (Diese Anordnung gilt auch für die Ehen der nicht unirten Griechen: hoftanzleidekret v. 20. Rovbr. 1820.)

Gefeg v. 9 April 1870, Rr. 51 R & B., § 2: Bersonen, die teiner gesetlich anerkannten Rirche ober Religionsgesellichaft angehören, beziehungsweise Confession nicht ofe, find hinfictlich der Trennbarteit der Sen den nichtfatholischen driftlichen Religionsverwandten gleichzuhalten

§ 116. Das Gefet gestattet bem nicht kaiholischen Ebegatten die Trennung (Scheidung) zu verlangen, obschon der andere Theil zur katholischen Rirche übergetreten ist.

§ 119. Den Getrennten (Geschiedenen) wird zwar überhaupt gestattet, sich wieder zu verehelich en; doch kann mit denjenigen, welche vermöge der bei der Trennung vorgelegenen Beweise durch Chebruch, durch Berhehungen, ober auf eine andere sträfliche Art die vorgezangene Trennung veranlast haben, keine gultige Ehe geschlossen werden. (Bergl. unten die §§ 67 und 68)

Getrennte akatholische Personen dürfen sich bei Lebzeiten des getrennten Gegentheiles nur mit a katholischen Person mit einer getrennten fan dahre eine katholische Person mit einer getrennten akatholischen bei Lebzeiten des getrennten Gegentheils, wie auch eine bei Eingehung der Schaktholische, ipäter zur katholischen Religion übergetretene, von ihrem akatholischen Gatten getrennte Person dei Lebzeiten desselben keine gilltige Sche eingehen. (Postektet v. 26. Aug. 1814, Rr. 1099, und vom 17. Juli 1835, Rr. 61 J. G. S.)

Auf Israeliten, die zur tatholischen Religion übergetreten find, und sich bei Lebzeiten bes getrennten jüdisch gebliebenen Spegatten wieder verehelichen wollen, sindet das eben angesührte Berbot keine Anwendung. (Soffanzleidekret vom 4. Februar 1837, Rr. 168 J. G. S.) §§ 133-135 beftimmen über bie Grunde, aus melchen Juben ehen aufgelost werden tonnen

§ 136. Durch ben Uebertritt eines jitbif den Chegatten jur driftlichen Religion wird die Che nicht aufgelost, sie tann aber aus ben eben (§§ 133-135) angeführten Ursachen aufgelost werden.

Min Grlag v. 8 Auguft 1853, Rr. 160 R. G. B.: Ereten bei de Theile jur drifflicen Religion über, fo find die Fragen wegen Trennung der Che oder Schelbung von Tisch und Bett nach den Grundfaten jenes Befenntniffes zu beurtheilen, zu welchem fie ilbergetreten sind.

Eine Berfügung bes öfterr. Ministeriums bes Innern vom 22. Janner 1879, B. 9482, wenset sich gegen bie Eheschließung von öfterreichischen Staatsbürgern mit anderen Staatsangehörigen, welche früher verheirathet waren und beren She nach öfterreichischem Gesiehe nicht als zetrennt (b. h. als dem Bande nach aufgelöst) gelten konnte. Solche Shen seien durch gerichtliche Entscheisdungen als ungültig erklärt worden, und es sollen die Behörden nach § 94 bes a. b. B. vorgehen, beziehungsweise dem zuständigen Gerichte die Anzeige behufs Ungültigkeitserklärung der She erstatten, und zwar auch dann, wenn eine solche She im Auslande eingegangen wurde und die Shegatten später ihren Bohnsig nach Oesterreich verlegen.

Diefer Erlag bezwectt in erfter Linie, bem Unwefen ber fogen. fieben burgifchen Chen möglichft ju fteuern Der Sachverhalt ift nämlich folgender:

Rach ungarifdem Rechte (vgl. "Ungarn" - Abidn. II) hat eine auf Lebenszeit ausgesprochene Scheidung bon hat eine auf Lorinszeit ausgesprochene Scheidung bon Eisch und Bett eheaustösende Wirtung für den protestantischen Gattentheil, berechtigt also denselben zur Wiederverheirathung. Es gilt dieser Sat auch dann stür anwendbar, wenn der als Katholik separirte Chetheil erst nachträglich zum Protestantismus übergeht. Die unter österreichischem Rechte separirten Katholiken fonnen fomit in Ungarn mittelft Austritt aus ber tatholifden Rirde gur Abichliegung einer zweiten Che gelangen. Bleichfalls tonnen Diejenigen Protestanten, welche in Defterreich bon einem Ratholiten feparirt find, in Ungarn die ihnen in Defterreich fehlende Befugniß fich verschaffen. - Borerft nun lagt fich ber separirte Defter-reicher in ben ungarifden Staatsverband aufnehmen und ermirbt ein Burgerrecht in Ungarn; was aus Grunden der Zwedmäßigleit gewöhnlich in einer Gemeinde bes Bregburger oder Deder burger Romitates ober in einer fiebenburgifchen Bemeinde gefdieht Dann begehrt der Betreffende vom geiftlichen Berichte der evangelifden oder unitarifden Ronfeffion in Rlaufenburg - dem nach ungarischem Rechte zuständigen Chegerichte - Die Freifprechung zu einer glitdlicheren Che. Dag einem folden Antrage blos bes einen Chetheils enthrochen und die Auflösung der She anerkannt werden darf, beruht ebenfalls auf besonderen ungarischen Gefegen. Für Ungarn ift Die auf Die foeben bargeftellte Beife erlangte Rlaufenburger. Freifpredung, beziehungsweife bie auf Grund berfelben gu Ctanbe getommene Che zweifellos gultig. Diefe Anficht wird auch

sogar von der öfterreichischen Gerichtspragis vertreten; wogegen durch lettere berartige Chefchliegungen, insbesondere durch einen vor girta vier Jahren gefällten Enticheid des oberften Gerichtshofes in Wien, als für Defterreich nichtig ertlatt worden find.

Welche immer die rechtlichen Wirkungen einer durch Anwendung des in Rede stehenden Berfahrens begrändeten Ebe außerhalb Oesterreich (resp. "der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder") sein mögen und obicon die fragliche Umgehung des österreichischen Besetz in der transleithanischen Reichshälfte der österreichisch wird, so mussen bennoch die soweigerischen Behörden eine bezügliche Mitwirkung — d. hallenfalls die Bornahme von Trauungen auf Grund jener Rlausenburger Freisprechungen — verweigern, wosern einer der Berlobten österreichischer Staatsangehöriger ist; indem, wie bereits gesagt, solche Ehen nach österreichischen Rechte für das "österreichische" (im Gegensatz zu "ungarische") Staatsgebiet jeglicher Gilttigket entbehren.

Diebei ift noch ju bemerfen, daß nach bem öfterreicifchen Strafgefethuche berjenige ftrafbar ift, welcher fich in ein fremdes Land begibt, um eine She ju fcliegen, die nach den Landesgefeten nicht flattfinden fann.

Sätten jedoch die beiden separirten Gattentheile (nicht nur einer allein, wie oben vorausgesetst wurde) die ungarische Staatsangehörigkeit erworben und hätten dieselben gemeinsam die Alausenburger-Freisprechung erwirft, so dürste voraussichtlich die in Ungarn für beide Theile erfolgte Ehe-auflösung erwirft, so dürste voraussichtlich die in Ungarn für beide Theile erfolgte Ehe-auflösung auch als für Oesterreich wirksam von den österreichischen Gerichten anerkannt werden. Das die Betressenden ursprünglich dem österreichischen Staatsverbande angehörten, würde man kaum in Betracht ziehen können, sondern dieselben lediglich als Ausländer—und daher als rechtsgültig dem Bande nach geschiedene Ehegatten — behandeln müssen. Das Shahindernis des bestehenden Spebandes wäre demnach in einem solchen Falle beseitigt. Aber auch unter der Barausses ung, daß beide Eheschießen-den der malen Afatholiken sind und der Arausses ung, daß beide Eheschin) nach der heim atlichen Esetzgebung ind wie perstönliche Fähigkeit zur Eheschließung bestigt, bleibt es gleichwohl nach dem Gharatter der österreichischen Gesatten und dem Ministerialersasses zum Mindesten zweischaft, ob überhaupt eine (wenn auch nicht österreichische) Berson, welche mit einem Ratholiken verheirathet oder zur Zeit ihrer Berheirathung der katholischen mit einem Oesterreicher (einer Oesterreicherin) eine für Oesterreich unansechbare Ehe schließen kann; es sei denn, daß allfätig die frühere Ehe als nach österreichischem Besetze ungültig betrachtet werden könne.

Sind beide Cheichließenden aus dem öfterreichischen Staatsverbande ausgetreten und haben dieselben ihre Rationalität in rechtsgültiger Form gewechselt, so jällt jedes Bedenken über die Statthaftigkeit der fraglichen Gesetzumgehung von selbst dahin Dies Berhaltnis wird zwischen Oesterreich und Ungarn noch besonders eigenthümlich dadurch, daß es im Beamten stande Bersonen gibt, welche eben sowohl ungarische als öfterreich ich e Staatsangehörige jein tonnen, nämlich die Beamten der gemeinsamen Ministerien und die Angehörigen der gemeinsamen Armee. Die Bersetung zu einem gemeinsamen Minis

sterium eröffnet mithin einem bsterreichischen Beamten bie Möglichteit bes Abichluffes einer gultigen fiebenburgifchen Spe; während sonst gerade bie Staatsbeamten, sowie auch die Anwalte, Rotare u. f. w. ihrer Stellung halber außer Stanbe fich befinden, ihre Staatsangehörigkeit abzustreifen.

(Bgl. Standesbeamter de 1879, Rr. 10 u. 15 — S. 81 f. u. 119 f.; de 1880, Rr. 4 u. 16 — S. 27 f. u. 122; de 1881, Rr. 28 — S. 214 f.)

6.

(§ 63.) Geistliche, welche ichon hohere Beiben empfangen; wie auch Ordensperfonen von beiden Geschlechtern, welche feierliche Gelübbe ber Chelosigfeit abgelegt
haben, tonnen feine giltigen Chevertrage (Chen)
fchließen.

7.

(§ 64.) Cheverträge (Ehen) zwischen Christen und Bersonen, welche sich nicht zur christlichen Religion bekennen, können nicht giltig eingegangen werden.

8.

(§ 65.) — Bwischen Geschwifterstindern tann teine giltige Che geschloffen werben; es mag die Berwandtschaft aus ehe-licher ober unehelicher Geburt entstehen.

Der Befegestegt lautet namlich :

§ 65. Zwifden Berwandten in auf- und absteigender Linie; zwifden voll- und halbburtigen Geschwistern; zwifden Geschwisterfindern; wie auch mit den Geschwistern der Ettern. nämlich mit dem Opeim und der Ruhme väterlicher- und mutterlicher Seite, tann teine giltige Ebe geschossen werden; es mag die Berwandtschaft aus ehelicher oder unehelicher Geburt entstehen.

(§ 66.) Aus ber Schwägerschaft entsteht bas Chehinderniß, daß ber Mann die voll- ober halbburtige Schwester seiner Chegattin (die Schwägerich), ferner die Tante ober die Richte, sowie auch die Base (Tochter des Oheims oder der Tante) seiner Gattin, und die Gattin umgekehrt die Berwandten ihres Mannes in denselben Graden (also ihren Schwager, den Oheim, den Neffen oder den Better ihres Chemannes) nicht ehelichen kann.

Der Befegestegt lautet mortlich :

§ 66. Aus der Schwägerschaft entsteht das Chehindernig, daß der Mann die in dem § 65 ermähnten Berwandten seiner Shegattin, und die Gattin die daselbst erwähnten Berwandten ihres Mannes nicht ehelichen tann.

* • *

(§ 125.) Das Chehinderniß der Bermandischaft erftredet sich unter Seitendermandten bei der Juden fich aft nicht weiter, als auf die She zwischen der Schwester (Großtante) und einem Entel ihres Bruders oder ihrer Schwester (Großnesse). Rach ausgelöster She ift der Rann nicht befugt, seines Weides Schwester (die Schwägerin); und das Weib ist nicht befugt, ihres Mannes Bruder (ihren Schwager), noch einen Sohn oder

(Art. 104.) Die Borichriften der fünf letten Artifel finden auch auf uneheliche Rinder Anwendung: bezüglich derjenigen Personen, deren Buftimmung durch Art. 97 gefordert wird.

Bemag Mrt. 126 find bem Civilftanbsbeamten, ber bie Trauung vollziehen foll, juguftellen: eine authentifche Ur tunde über bie Ginwilligung ber Eltern, Groß-eltern ober Bormunber, bezw. ben richterlichen Enticheid (vgl. Art. 92-98); eventuell fammt ben Tobten-icheinen (vgl. Art. 128, S. 41) berjenigen Personen, beren Einwilligung sonft nothwendig gewesen ware, und imffalle der Art. 99 und 104 ber Rachweis der erfolgten Dagwischenfunft bes Rantonsrichters.

Art. 146: Gine Che, welche entgegen ben Beftimmungen ber Art. 92 bis 98 - ohne bie Einwilligung bes Baters, ber Mutter, ber Großeltern, bes Bormundes ober bes Gegenvormundes, in ben Fallen, wo Diefelbe, begiebungsweife bas Berbor bes Bormundes erforberlich war - eingegangen worden ift, tann nur bon benjenigen Berfonen, beren Ginwilligung, bezw. Berbor noth-

wendig war, angegriffen werben. Die Richt it gteitstlage ift nicht mehr annehmbar, wenn die She von denjenigen Berjonen, beren Einwilligung erforderlich war, ausdrüdlich oder ftillschweigend genehmigt wurde, oder wenn sechs Monate verfrieden find, seitbem die Betreffenden von der Ehe Renntstetten.

nig erhielten. Diefe Renntnig wird inbeffen bei Chen, Die im Auslande abgeschlossen sind, nur von dem Beitpunkte an vorausgesett, wo die Chegatten ihre Dei-rathsurkunde — gemäß Art. 139 (vide Eingangs nach Art. 188) — in die heimatlichen Register haben eintragen laffen.

hinficilic ber Art. 99-104, beziehun sweise einer auf Die barin enthaltenen Borfcriften fich flügenden Richtigkeitsklage, find Die Bestimmungen Des Eingangs (5. 88) angeführten Art. 138 maggebend, laut welchen Die Beobachtung ber fraglichen Borfdriften als eine Bedingung für bie Gultigfeit ber im Auslande abgefoloffenen Che betrachtet werben muß.

III.

Art. 74. Der Bohnsig (woonplaats) ift da, wo man feine hauptnieberlaffung hat.

In Ermangelung eines eigentlichen Wohnfiges, gilt als folder ber Ort des gewöhnlichen Aufenthalts (de plaats

des werkelijken verblijfs). Art. 75. Die Beranderung des Wohnfiges wird bewirft durch die Thatsache des wirklichen Wohnens an einem andern Orte, verbunden mit ber Abficht, feine hauptniederlaffung dafelbft zu nehmen.

Art. 76. Der Beweis Diefer Abficht geht aus einer ausdridlichen, bei der Behörde sowohl der Gemeinde, die man verläßt, als derjenigen, wohin man feinen Wohn-fig verlegt, abgegebenen Erklärung hervor. In Ermangelung einer Erklärung hängt der Beweis der Abficht von den Umftänden ab.

Art. 77. Diejenigen, welche offentliche Aemter befleiben, haben ihren Wohnfit da, wo fie denfelben gur Beit ber Annahme des Amtes hatten, falls fie nicht eine entgegengefeste Abfict fundgegeben haben.

Art. 78. Din ber jahrige haben ben namliden Bohnfit wie ihre Eltern ober Bormunder, Die unter Curatel gestellten Mehrjährigen ben namlichen wie ihre Curatoren.

Art. 79. Mehrjährige, welche als Dien fiboten ober fonft als Arbeitsleute (Gehülfen) bas haus bes Dienftherrn (bezw. Arbeitgebers) bewohnen , haben ben namlichen Bohnfit wie Diejenigen , bei welchen fie dienen oder bei melden fie arbeiten.

(Art. 105, 107 u. 108.) In den Riederlanden bat die dem Cheabschlusse vorausgehende zweimalige Verkündung an zwei auf einander folgenden Sonntagen durch den Civilstandsbeamten des Ortes zu geschehen, wo ein jeder der beiden Cheschließenden feinen 2B o h nfit hat (vgl. unten Art. 109).

3m Chevertundungsatt muffen an-

gegeben fein:

1) bie Vornamen und Familiennamen, bas Alter, ber Beruf und ber Bohnort ber Brautleute, sowie auch, falls dieselben berheiraihet gewesen sind, die Namen ihrer früheren Chegatten;

die Bornamen und Familiennamen, ber Beruf und der Wohnort der Eltern.

Der Berkündschein soll außerdem Tag und Ort und Stunde der geschenen Berfunbigungen enthalten.

Rad Mitgabe bes Art. 130 barf ber Bertunbidein nicht bor Ablauf bes britten Tages nach ber zweiten Berfündigung, ben Sag biefer legtern nicht mitgerechnet, — alfo nicht vor bem bem zweiten Sonntage folgenben Mittwoch - ausgeftellt

(Art. 109.) Die Berkündigungen müssen auch in ber Bemeinde bes früheren Bohnfiges geschehen, wenn berfelbe feit weniger als fechs Monaten verlaffen murbe.

(Art. 111.) Der König ober die hiermit beauftragten Beamten find befugt, aus gewichtigen Brunden, von der zweiten Berfundigung zu entbinden.

Art. 112.) Eine Berkündung, welcher nicht binnen Jahresfrift - bon der erften Berfündigung an gerechnet - ber Abichluß ber Che folgt, verliert ihre Gultigfeit.

IV.

(Art. 127.) Derjenige Berlobte, welchem es unmöglich ware, fich feinen Beburtsich ein ju verschaffen, fann benfelben badurch erfegen, baß er eine von dem Rantonerichter feines Beburtes ober Wohnortes über die Erflarung von vier Zeugen, mannlichen ober weiblichen Befclechts, verwandten ober nicht verwandten,

aufgenommene Notorietäts. Urfunbe (akte van bekendheid) beibringt.

Diese Erflärung soll enthalten: Die Angabe bes Ortes und soviel möglich bes Beitpunftes ber Geburt, sowie ber Ursachen, welche bie Borlegung einer bezüglichen Urfunde ver-

hinbern.

Dem Mangel einer Geburtsurkunde kann auch abgeholfen werden: entweder durch eine berartige, alsdann jedoch eiblich abgeges bene Erklärung jedoch eiblich abgeges, welche (in den Riederlanden) bei der Trauung nothe wendig anwesend sein muffen, oder durch eine von dem betreffenden Eheschließenden vor dem Civilstandsbeamten abgegebene eidliche Bersficherung, daß er sich weder einen Geburtsschein noch eine Rotorietätsurkunde verschaffen könne.

In ber Beirathsurfunde foll von ber einen ober ber anderen biefer Erflarungen Ermahnung

gefcheben.

(Art. 128.) Sind die Brautleute außer Stande, die Todten fcheine berjenigen Bersonen beizubringen, deren Zustimmung zur Cheschlies gung erforderlich ift, so kann diesem Mangel nach Mitgabe ber im vorhergehenden Artikel enthaltenen Bestimmungen abgeholfen werden.

(Art. 129.) Beigert sich der Civistandssbeamte, die Trauung zu vollziehen, weil die dorsliegenden Aftenstüde und abgegebenen Erklärungen ihm als ungenügend erscheinen, so steht den Betreffenden das Recht zu, an das Bezirks gericht (arrondissements-regtbank) mittelst Bittschrift zu refurriren. Nach Bernehmlassung der Staatsanwaltschaft und unter Umständen auch des Civistandsbeamten, urtheilt das Bezirksgericht, summarisch und ohne Bulassung einer höhern Instanz, über das Genügen oder Nichtgenügen der Aftenstüde.

In Betreff ber Legitimation (wettiging) burch nach folgenbe Che find folgenbe Bestimmungen bes niederländischen Civil=

gesethuches maggebend:

(Art. 327.) Uneheliche Kinder, mit Außnahme der in Blutschande (val. Artifel 328) oder Ehebruch erzeugten,
werden durch die nachfolgende Che ihrer Eltern
legitimirt, wenn diese sie dor Eingehung der
Che gesehlich anerkannt haben oder wenn die
Anerkennungserkärung in der Heirathsurfunde enthalten ist (of wanneer die erkenning plaats hoeft die dekte van voltrekking zelve).

Art. 45. Die Geirath Burtunde foll enthalten: Biff. 9. Die bei ber Trauung ertlarte Anertennung unehelicher Rinder. In der Soweiz ift es baher rathsam, um einem allfälligen Anfechtungsgrunde vorzubeugen, die Anerkennungserklärung vor dem Abschlüß der Ehe (durch den Civilftandsbeamten oder durch einen Rotar) beurtunden zu lassen. In Betreff derzenigen Personen, welche sich im Falle des nächstolgenden Art. 328 besinden, sollte die Regitim a tious urfunde jedenhalls unmittelbar nach Bollziehung der Trauung errichtet werden; auch dürfte es nicht überstüffig sein, wenn — gestütt auf Art. 329 — ein Legitimationsrescript nachgesucht würde.

(Art. 328.) Personen, welche nur fraft einer Dispensation bes Königs einander heirathen dürfen spieche Art. 88: Abschn. I, S. 38), können ihre vorehelichen Kinder nur durch Anerkennung bei der Trauung — b. h. in der heirathsurkunde selbst — legitimiren.

(Art. 329.) Wenn die Eltern unterlassen hätten, vor Eingehung der Ehe oder bei der Trauungsvollziehung, eine Anerkennungserklärung abzugeben, so kann diese Unterlassung durch ein Rescript (brieven van wettiging), welches der Rönig, nach eingeholtem Gutachten des des Hohen Rathes (hooge raad) erläst, unschällich gemacht werden.

(Art. 332.) Kinder, die durch eine nachfolgende She legitimirt worden find, haben dieselben Rechte, als wären sie aus dieser She geboren, und zwar auch im Falle der Erlassung eines Legitimationsrescripts.

Norwegen.

Die Angehörigen ber Staatslirche foließen bie Che vor dem Geiftlichen. Für Richtlutheraner hat ein norwegisches Sesetz vom 16. Juli 1845 die Civilehe vor dem Rotar eingeführt.

Die zur Schließung einer Civilehe geforberten Borausse hungen — rücksichtlich ber vorangehenden Förmlichkeiten, sowie ber personlichen Fähigkeit — sind die nämlichen wie bei ben Cheschließungen ber Lutheraner. Ausgenommen ist jedoch die Borlegung der Berkündsicheine, Taufscheine und Admissionsscheine, welche nur bei der kirchlichen Cheschließung verlangt wird.

Das Institut ber Ehesch eibung besteht zu Recht; indessen bedarf es bei Ghescheidungen, welche durch gegenseitige Uebereinstimmung erstheil worden sind, einer förmlichen Erlaubniß, um eine weitere Che eingehen zu dürfen.

Als Chescheibungsgrunde, beziehungsweise auch als Chehindernisse gelten: Die Im potenz und ekelhafte Krantheiten, insofern bieselben vor Eingehung der Che bereits vorhanden waren.

Die unverheirathete Tochter bedarf zur Cheschließung ber Einwilligung ber Eltern, beziehungsweise bes Bormundes.

Quelle: E. Glasson, Le mariage civil et le divorce. 2^{me} édition: Paris 1880, G. Pedone-Lauriel; p. 451, s.

Befterreid.

Als leiten be Grund fage find folgende Beftimmungen des allgemeinen burgerlichen Gefethuches für das Raijerthum Defterreich voranzustellen:

(§ 4.) Die bürgerlichen Befetz verbinden alle Staatsbürger ber Känder, für welche fie kundgemacht worden find. Die Staatsbürger bleiben auch in handlungen und Beschäften, die fie au her dem Staats gebiete vornehmen, an diese Bejetz gebunden, insoweit als ihre person i iche Fahig feit, sie zu unternehmen, daburch eing eschafte zugleich in diesen Lündern rechtliche Folgen hervorbringen sollen.

(§ 37.) Wenn Auslander mit Auslandern, ober mit Unterthanen dieses Staates im Auslanden de Rechtsgeschäfte vornehmen, jo find fie nach den Gefegen bes Ortes, wo bas Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen; bafern bei der Abichliegung nicht offenbar ein anderes Recht zu Grunde gelegt worden ift, und die oben im § 4 enthaltene Borschrift nicht entgegen fieht.

* *

Auslander innen erwerben die Staatsbilrgerschaft durch Berehelichung mit einem öfterreichischen Staatsbürger. (hofvelret vom 23. Februar 1833, Ar. 2595 Juftizgesehjammlung.)

Geimatgefet vom 3. Dezember 1863 (Rr. 105 Reichsgefethlatt), § 7: Frauensperionen erlangen burch die Berehelichung bas Geimatrecht in der Gemeinde, in welcher ihr Chegatte heimatberechtigt ift.

—, § 11: Die Bittwe behält das heimatrecht in jener Gemeinde, in welcher der Gatte gur Zeit seines Ablebens heimatberechtigt war. — Gerichtlich gefchiebene oder getrennte Shefrauen behalten das heimatrecht, welches sie zur Zeit der gerichtlichen Scheidung oder Trennung hatten. — Wird eine Ehe für un giltig erflärt, so tritt die Frauensperson, welche in dieser Sche gestanden war, in jene heimatverhältnisse zuruck, in welchen sie sich bis zum Eingehen der Sche befunden hat.

I,

Das die Freiheit der Cheschließung aus polizeilichen Gründen beschränkende Erforderniß eines sogenannten politischen (polizeilichen) Ehekongenannten politischen (polizeilichen) Ehekongenannten politischen Geiterbischwilligung ab Seite einer politischen Behörde oder Gemeinde — wurde abgeschafft: in Riederöfterreich durch Gesex vom 20. Sept. 1868, Rr. 9 & G. B. (Landesgesehblatt); in Steiermark durch Gesex v. 20. Sept. 1868, Rr. 16 & B. B.; in Mähren durch Gesex v. 22. Sept. 1868, Rr. 16 & G. B.; in Soles in Oberöfterreich durch Gesex vom 16. Ott. 1868, Rr. 13 & G. B.; in Oberöfterreich durch Gesex vom 31. Ott. 1868, Rr. 20 & G. B; in Böhmen durch Gesex v. 1. Dez. 1868, Rr. 51 & G. B.,

m Rüstenlande und in Karnthen, als nicht auf einem Gesetz, sondern nur auf einem faktischen Gebrauche beruhend, blos im administrativen Wege, mit den Min. Erlassen b. 16. Dez. 1867, 3. 5356 M. J. (Berordnung der Landesregierung vom 25. Dez. 1867, Kr. 24 L. G. B.) und v. 25. Febr. 1868, 3. 709 M. J. (Berordnung der Laudesregierung v. 29. Februar 1868, Rr. 6 L. G. B.) In Galizien und in der Butowin abesteht der politische Ehesonsens weder gesessich noch saktisch mehr zu Recht, und in Dalmatien hat eine solche Einrichtung nie bestanden.

Das Ministerium des Innern hat mit Erlaß vom 9. Januar 1869, B. 140 M. J. eröffnet, daß der politische Ehekonsen seine (Ehezem elbezettel) und die darauf bezüglichen Gesetze und Berordnungen dermalen nur noch für diesenigen österreichischen Staatsbürger bezstehen, welche in einem der Länder Salzburg, Throl, Borarlberg u. Krain heimatberechtigt sind.

Diese Ehekonjense find selbstverständlich nur für ben Brautigam erforderlich, da es sich hiebei lediglich um die heimathörigkeit handelt und die Braut ohnehin durch die Cheschließung ihr bisheriges heimatrecht verliert, um demjenigen des Chemannes ju folgen. In der Brazis werden jum Theile mit Anwendung

In der Praxis werden jum Theile mit Anwendung des für die Residenz- und Hauptstadt Wien erstoffenen Postanzleiderets vom 26. Januar 1815 der Adel, Staatsbeamte, die mit einem akademischen Grade versehenen Personen und die jogenannten Honoratioren überhaupt von der Beibringung des politischen Chekonsenses dispensirt, welche Ausnahme jedoch in keiner positiven Borschrift begründet ist.

Für Tyrol und Borarlberg ift die Einholung des Chetonsenses auf die untern Boltstlaffen beschräntt, nämlich auf die unansälfigen Personen aus der Rlaffe der Dienstboten, Gesellen und Tagewerter, oder sogenannten "Inwohner" (vgl. Min.-Berordnung v. 21. Juni 1849, Reichsgesetzblatt Rr. 285.)

Bezüglich der Ertheilung des Shekonsenses
git als allgemeine Regel, daß die Sestatung von Berehelichungen hauptsächlich von dem Rachweise einer gesicherten Erwerbsfähig keit oder eines hinreichen den de in kommen s, um eine Familie erhalten zu können, abhängig gemacht werden solle, wosern auch in moralischer Beziehung kein Anstand odwaltet. In diesem Sinne spricht sich das Hoftand odwaltet. In diesem Sinne spricht sich das Hoftand odwaltet vom 25. Mugust 1831 aus. Auch wurde schon mit den Resolutionen vom 1. Juli 1746, vom 10. Juli 1765 und vom 3. März 1766 anbesohen, das die unbekannten Leute und Bagabunden, wie auch die alten mit Leibesgebrechen behafteten Leute, welche sich nicht ernähren können, sondern vom Almosen leben, oder in einer solchen Berpssegung stehen, von dem Herziehen abzuhalten seinen Mach dem an das Throler Gubernium ergangenen Hoftanzleidekrete vom 12. Nai 1820 kann der Epekonsens eigentlich nur dann verweigert werden, wenn die Betressehn sind, oder ein unsstätes, erwerbloses Leben sühren. Uebertretungen der mit dem Leiterwähnten Hoftanzleidekrete gegebenen Borschrift sind nach der Ministerialverordnung d. 28. Dezember 1852, R. G. B.
Rr. 21 vom 3. 1853, mag die She ohne den vorgesschriebenen politischen Ehekonsens im In- oder Ausklande geschlosen werden, von den politischen Behörden zu untersuchen und angemessen zu bestrafen.

Stabile und provisionsfähige Salzbergarbeiter bedürfen nicht bes politischen Chekonsenses (Entsch. des Min. d. Innern v. 29. Nov. 1880, 3. 17966).

Minderjahrigen wird ber politifche Chetonfens nur mit Ginwilligung bes Baters ober Bormundes ertheilt.

Rudfichtlich ber Beborben, welche ben Chetonfens ertheilen, ift die Pragis sowohl in ben einzelnen Aronlandern als auch zum Theile in einem und bemfelben Aronlande verschieden.

In Tyrol und Borarlberg wird biesbezüglich an bem Grundsate festgehalten, baß in ber Regel die Ertheilung bes heimatbehördlichen Chekonsenses von Seite ber Gemeinde bes Zuständigkeitsortes ber Betreffenden genüge. Ueber die von ber Gemeinde verweigerten Chekonsense entscheibet die politische Bezirksbehörde in erster Instanz.

Nach ben Gemeinbeordnungen für Salgburg liegt die Ertheilung des Ghekonfenses ab Seite ber Beimatbehörde im Wirkungskreise bes Gemeindeausschusses und geht der Rekurs an die politische Bezirksbehörde.

Bichtig ift ber Min.-Erlaß vom 17. Februar 1850, 3. 25658, womit bei Erledigung eines Minifterial-refnrjes, weil den Chewerbern Manches in den Aften jur Laft gelegt war, ohne daß diese selbst davon Renntniß hatten, angeordnet wurde, daß den Chewerbern die gegen sie von der Gemeinde vorgebrachten Einwendungen, ju ihrer allfälligen Rechtsertigung, icon vor der ersten Instanz, vorgehalten werden sollen.

Angesichts bes Umstandes, daß die Urkunben, welche die sog. Ghekonsense oder die Bestätigung der Entbehrlichkett eines solchen enthalten, im Auslande, insbesondere in der Schweiz, öfters fälschlicherweise als Bescheinigungen aufgesaßt worden sind, daß einer beabssichtigten She kein Hinderniß im Wege stehe, bat das Ministerium des Innern — laut Gröffnung v. 27. April 1873, Rr. 13505 (vergl. Abschn. II) — angeordnet, daß die betreffenden Urkunden stets nach einem best immten Kormulare ausgefertigt und falls die Aussfertigung durch Gemeinden, die nicht zugleich als politische Behörden fungiren, erfolgt, und die Urkunden eine Wirksamkeit im Auslande haben sollen, stets von der vorgesetzten politischen Bezirksbehörde (Bezirkshauptmannschaft) vibirt werden müssen.

* *

Staatsbeamte, ftabtische und Stiftungsbeamte, welche in der Refidenzstadt unter 420, in den Provinzialftädten unter 315 und auf dem Lande unter 210 Gulden Gehalt haben, dürfen sich ohne Bewilligung ihres Amtsvorstandes nicht verehelichen, widrigenfalls ihre Wittwen und Kinder keinen Anspruch auf eine Staatsversorgung haben. Ausgenommen sind nur bie Salg., Boll., Begmauth- und Wirthschaftsbeamten, sowie diejenigen, welche auf entlegenen Stationen einer Battin bringend bedürfen. (Finang-Gosbetret vom 29. Juli 1800, Politische Gesetzammlung Bb. 15.)

Bei der Finanzwache find die Beamten in Beziehung auf die Berehelichung den Staatsbeamten gleichgestellt; die Individuen der Mannschaft bedürfen bei Dienstvelluft der Bewilligung der Landel-Finanzbehörbe (Hoftammerbekret vom 21. April 1843, Ar. 696 Justizgefessammlung, §§ 245 u. 246). Finanzwachtommistäre dürfen vor Ablauf von zwei Jahren nach der Beeidigung bei Berlust der Anstellung keine She ohne Bewilligung des Finanzministeriums schließen (Fin.-Rin.-Erlaß vom 15. April 1858, §. 19692).

Die Lehrerin nen an ben Boltsichulen bebürfen zu ihrer Berehelichung ber Bewilligung ber Bezirksichulbehörbe. Die Berehelichung ohne biese Bewilligung ift als freiwillige enfagung bes Dienstes zu betrachten (Erlag bes Min. f. Cultus u. Unterricht v. 11. Marz 1871, 3. 13478).

Un terlehrer an Boltsschulen (zeitweilige Proviforen und Gehilsen) bürsen nur bann in Bervendung
bei öffentlichen Schulen bleiben, wenn sie zur Berehelichung vorläusig die schulehbörbliche Genehmigung nachgesucht und erhalten haben Diese Genehmigung ist nur
folchen Unterlehrern zu ertheilen, die sich durch ihre bisherige Leistung im Schuldienste bereits so bewährt haben,
daß mit Sicherheit ihre besinitive Ankellung im Lehrsach zu erwarten ist und sich sowohl über den sittlichen
Charakter der Person, welche sie zu ehelichen gebenken,
als über ein bereits vorhandenes oder durch die Berehelichung zu erwartendes hinreichendes Einkommen zur
Erhaltung einer Familie ausweisen können. Die Genehmigung ertheilt die Kandesschulbehörde. Unterlehrer,
welche sich ohne diese Genehmigung verehelichen, sind
ohne Weiteres des Dienstes zu entlassen. (Berordnung
ber throl. Statth. v. 16. Rov. 1858, Landesgesehlatt
Rr. 1858, S. 89.)

In Betreff der Behrpflichtigen, der Militarbeamten, der Militarurlauber und Referviften u. f. w., fiebe die auf die Militarverhaltniffe fich beziehende Rote zu § 54 a. b. G. B. (S. 46 u. 47).

II.

In einem Erlasse bes Kultusministeriums vom 22. Juli 1852, B. 1954, war bereits folgender — das Gesammtergebniß der österreichischen Gesetzebung in Betrest der Gultigkeit der von Oesterreichern im Auslande geschlossenen Schen worden: "Wenn österreichische Staatsbürger im Auslande eine She schließen, sind sie nur rüdsichtlich der persönlichen Fähigkeit an die österreichischen Gesetzebunden; rüdsichtlich der Form der Trauung haben sie sich nach den Gesetzen bes Staates zu richten, wo dieselbe stattsindet."

Da indessen öfters Falle vorkommen, wo der Anerkennung von Civilehen, welche österreichische Staatsangehörige in der Schweiz (wie auch anderwärts im Auslande) schließen, unbegründete Schwierigkeiten von Seiten der Gemeinden und Pfarramter ihrer heimat entegegengeset werden, so wurde in Folge eines (in Abschn. IV wiederum erwähnten) Erlasses bes Ministeriums des Innern vom 12. März 1878, Rr. 516, eröffnet:

"Aus SS 4 u. 37 (vide Gingangs) bes a. b. G. B. ergibt fich, daß die österreichischen Staatsbürger zwar auch in Handlungen und Geschäften, die sie außerhalb des Staatsgebietes vornehmen, an die bürgerlichen Gesetze ihres Baterlandes gebunden sind, jedoch nur insoweit als ihre persjönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird; daß dagegen Rechtsgeschäfte, welche sie mit Ausländern im Auslande vornehmen, nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen sind.

Damit hat der Sat "locus rogit actum" in die öfterreichische Sefetzgebung Eingang gefunden und derfelbe ift auch früher und später bei verschiedenen Anlässen zum Ausdrucke gekommen, wie die Patente vom 16. Sept. 1785, Justigesetzsammlung Rr. 468, litt. d und 0, vom 20. April und 22. Rovdr. 1815, Punft 1, J. C. S. (Justigesetzsammlung), Rr. 1143 und 1189, vom 28. März 1852, Art. I u. II Ar. 79 und vom 8. Ottober 1856, R. G. B. (Reichsgesetzlatt) Rr. 185, Art. VII entnehmen lassen.

"Wenn baher die Gultigkeit einer in einem Lande, wo die obligatorische Sivileheschließung eingeführt ift, abgeschlossenen Civilehe eines Oesterreichers ohne kirchliche Trauung in Oesterreich zur Frage kommt, haben allerdings die Gerichte zu entscheiden; soweit es sich aber um einen Ausspruch über diese Frage vom Stande punkte der Berwaltungsbehörten nur die Folgerung abgeleitet werden, daß eine solche Civilehe eines Oesterreichers in Oesterreich als gültig anzusehen ist. Den betreffenden österreichischen, ihre civiliter geschlossene Ghe auch kirchelich einsegnen zu lassen."

Borftehender Erlaß ift eine bloße Biederholung desjenigen vom 1. August 1876, 3. 6879, betreffend die von Desterreichern im deutschen Reiche geschloffenen Civilehen.

Gemäß Areisschreiben bes schweiz. Bundesrathes an die kantonalen Regierungen vom
26. April 1878 (Bundesblatt 1878, Band II,
S. 699 f.) sollen gleichwohl die öfterreichischen
Staatsangehörigen darauf aufmerksam gemacht
werden, daß — laut einer vom 9. April 1878
battrien Note der österreichischen Regierung —
die Bornahme der kirchlichen Trauung nach der Civiltrauung die Wirkung habe, vollends allen Schwierigkeiten den
Kaden abzuschneiden, welche etwa noch von

Seiten ber Heimatgemeinden und Pfarramter (wenn auch ohne gesehlichen Anhaltspunkt) der Anerkennung von in der Schweiz geschloffenen Ehen zu bereiten versucht werden sollten.

In Desterreich besteht namlich die Civilehe nur als sogen. "Rotheivilehe". Die Gesetzgebung nimmt an, daß die She ihrem Wesen nach in erster Linie einen religiösen Charafter habe und bestimmt daher, daß die Shescheliebung vorzugsweise konfessionell sein musse. Demsemäß bedarf es einer förmlichen Weigerung des betr. Seelsorgers, bei Schliehung der She mitzuwirken, um biese She vor den weltsichen Behörden eingehen zu können; es sei denn, daß die Brautleute keiner gesetlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehoren, beziehungsweise konfessionslos seien. (Bgl. das Geset vom 25. Mai 1868, Kr. 47 R. G. B. über die bebingte Sulässisseit der Sheschließung vor weltlichen Behörden, sowie das Geset vom 9. April 1870, Kr. 51 R. G. B. über die Shen von Personen, welche keiner gesetlich an-

Laut Eröffnung v. 27. April 1873, B. 13505 (vgl. Abschn. I, S. 43) hatte bas Ministerium bes Innern - im Ginverftanbniffe mit ben Minifterien ber Juftig uub fur Cultus unb Unterricht - bie politischen ober mit ber politischen Beschäftsführung betrauten Communal= behorben bes Bohnfiges ber bem öfterreichifchen Staatsverbande angehörigen Chemerber ermachtigt, benfelben, jum Bwede ihrer Berebelichung im Austanbe, eine Beftatigung ober Befcheis nigung barüber zu ertheilen, baß fie bie perfonliche Fahigkeit zur beabsichtig-ten Eheschließung (§ 4 a. b. G. B., vide Ein-gangs) besigen. Da inbessen solche Bescheinigungen bie junachft von ber ichweizerischen Befetgebung (Bundesgefet Art. 31 und 37) geforderte ausbrudliche Erflarung, "baß bie Befege bes Beimatlanbes bem Chemerber ge-ftatten, bie Ehe in bem betreffenben fremben Staate (refp. in ber Schweig) rechtsgultig, b. i. mit Uebertragung feiner Staatsund heimatsangeborigteit auf bie Gattin und ehelichen Rinber und mit allen übrigen rechtlichen Wirfungen einer im Beimatlande felbft gultig eingegangenen Che, abzuschließen," nicht enthielten, fo hat bas Minifterium bes Innern mit Erlaß v. 28. Oft. 1879, 3. 11409 - im Ginvernehmen mit bem Juftigminifterium und bem Dinifterium fur Gultus und Unterricht - angeordnet, es seien die mit ber Ausstellung ber oben ermahnten Beugniffe betrauten politischen Behörben zu beauftragen, biefe Beugniffe mit ber Beifugung gu verfeben, bag ein öfterreichischer Staatsangehöriger, wel-

*

ertannten Rirde ober Religionsgesellicaft angehören.)

der nach ben öfterreichischen Besegen bie biegu erforderliche personliche Fähigkeit besitzt, auch im Auslande eine gultige Che eingeben fann, und bag gur Gultigfeit einer folchen im Auslande geschloffenen Che nach öfterreichischem Rechte die Beobachtung ber von der betreffenben ausländischen Gefengebung vorgeschriebenen Form ber Cheschließung ausreichend ift; baß es ferner nach öfterreichischen Befegen eine von felbst eintretende Folge jeder gultigen Berebelichung einer Auslanderin mit einem ofterreichi= fchen Staatsangehörigen ift, daß biefe Aus-landerin fammt ihren aus folder Che entfproffenen Rindern die öfterreichische Staats= burgerichaft und bas Beimatrecht bes Gatten erlangt, daß jeboch bie Brufung und Enticheis dung über bie Frage, ob in einem gegebenen bestimmten Falle die abgeschloffene Che wirklich gultig fei, sobald biefe Frage in Defterreich gur Austragung zu gelangen hat, ausschließlich bem zuständigen öfterreichischen (weltlichen) Berichte zufteht, und defihalb ber Mangel jedweben Chehinderniffes hiemit weder bescheinigt wird, noch bon bornberein befcheinigt werden tann.

Eine berartige — ben Anforderungen ber Art. 31, Bemma 4 und Art. 37, Schluglemma des ichweiz. Gejeges entsprechenbe — Anertennung verklärung wird itbrigens im einzelnen Falle auch von ber f. f. öfter.-ungar. Gesandtichaft in Bern abgegeben.

III.

Durch bas Gefet vom 25. Mai 1868, Rr. 47 R. G. B., erlangten die durch das faif. Patent vom 8. Oft. 1856, Rr 185 R. G. B., für die Spen der Ratholiten außer Kraft gesetzen Borschriften des II. hauptstüdes (§§ 44—136) des a. b. G. B. über das Cherecht der Katholiken ihre Gultigkeit wieder.

Ale, im Berhaltniffe zu ben Bestimmungen bes ichweizer. Gefetes, Die perfonliche Fahigfeit zur Cheschließung besich rantenb find folgende Stellen ans bem "Allgemeinen burgerlichen Gefetsbuche für bas Raiserthum Desterreich" sammt ben sie erganzenden oder erlauternden anderweitigen Borschriften ber österreichsichen Gefetzebung hier anzuführen:

1

(§ 21.) Diejenigen, welche wegen Mangels an Jahren, Gebrechen des Geistes, oder anderer Berhältnisse wegen, ihre Angelegenheiten selbst gehörig zu besorgen, unfähig sind, stehen unter dem besonderen Schute der Gesete. Dahin gehören: — Minderjährige, die das vierundzwanzigste Jahrihres Lebens noch nicht zurückgelegt haben; — ferner: die je nigen, welchen der Richter als erklärten Berschwendern die fernere

Verwaltung ihres Vermögens unterfagt hat.

§ 245. Insbesondere konnen Minderjährige ohne Einwilligung ber Bormundschaft feine giltige Che eingehen (§§ 49 u. 50).

Die in Theilen bes Staatsgebietes, wo das a. b. B. neu oder wieder eingeführt wird, nach den bestandenen Gesetzen erreichte Großjährigteit wird anerkannt (vgl. Hostett vom 3. Januar 1818, Nr. 1403 Justizgesetzammlung, und Erlaß v. 14. Febr. 1849, Nr. 141 R. G. B.).

(§ 49.) Minberschrige, ober auch Bollichrige, welche aus was immer für Gründen für
sich allein keine giltige Berbindlichkeit eingehen
können, sind auch unfähig, ohne Ein willigung ihres ehelichen Baters sich giltig
zu verehelichen. Ist den Bater nicht mehr am
Leben oder zur Bertretung unfähig, so wird,
nebst der Erklärung des ordentlichen Bertreters, auch die Einwilligung der Gerichtsbehörde zur Giltigkeit der Ehe erfordert. (Bgl. d. Rote unter § 52.)

Die Einwilligung bes judifchen Baters ift gur giltigen Berebelichung feines gur chriftlichen Religion übergetretenen minderjährigen Rindes nothwendig (hofbetret vom 21. Oft. 1814, Rr. 1105 3. G. S.)

- § 174. Rinder fonnen auch vor Jurudlegung des vierundzwanzigften Jahres aus der väterlichen Gewalt treten, wenn der Bater mit Genehmigung des Gerichtes fie ausdrücklich entläßt, oder, wenn er einem zwanzigjährigen Sohne die Führung einer eigenen Qaushaltung gestattet.
- § 175. Wenn eine minderjährige Tochter fich verehelichet, so tommt fie zwar in Rudficht ihrer Person unter die Gewalt bes Mannes; in hinficht auf das Bermogen aber hat der Bater bis zu ihrer Großjährigfeit die Richte und Pflichten eines Curators. Stirbt der Mann während ihrer Minderjährigfeit, so tommt fie wieder unter die väterlich: Gewalt.
- § 176. Wenn ein Bater ben Gebrauch ber Bernunft verliert; wenn er als Berschwender erklärt; oder wegen eines Berbrechens auf langere Zeit als Ein Jahr zur Befängnißftrase verurtheilt wird; wenn er eigenmächtig auswande:t; oder wenn er ilber ein Jahr abwesend ift, ohne von seinem Aufenthalte Nachricht zu geben; kommt die väterliche Gewalt außer Wirksamteit, und es wird ein Bormund bestellt: Gören aber diese hinderniffe auf, so tritt der Bater wieder in seine Rechte ein.
- § 177. Bater, welche die Berpflegung und Erziehung ihrer Rinder ganglich vernachläffigen, verlieren die vaterliche Gewalt auf immer.
- § 183. Zwijchen ben Wahleltern und dem Bahlefinde (Aboptivtinde) und dessen Rachtommen finden, insoweit das Gesetz keine Ausnahme macht, gleiche Kechte, wie zwischen den ehelichen Sitern und Kindern statt. Der Wahlvater übernimmt die väterlich: Gewalt. Auf die übrigen Mitglieder der Familie der Wahleltern hat das Berbältniß zwischen den Wahleltern und dem Wahltinde keinen Einfluß; dagegen verliert das Wahlstind auch die Rechte seiner eigenen Familie nicht.
- (§ 50.) Minderfahrige von une he lit cher Beburt bedurfen zur Giltigfeit ihrer Che, nebft

ber Erklarung ihres Bormunbes, bie Ginwilligung ber Gerichtisbehörbe. (Bergl. bie Rote unter § 52.)

(§ 52.) Wird einem Minderjährigen ober Pflegebefohlenen die Einwilligung gur Ehe verfagt, und halten sich die Chewerber badurch beschwert, so haben sie bas Recht, die hilfe bes ordentlichen Richters anzusuchen.

Das Berfahren bei Ertheilung ber gerichtlich en Bewilligung jur Berehelichung Minderjähriger bestimmen bie §§ 190, 191 u. 192 bes Gefetzes über bas Berfahren außer Streitsachen b. 9. Aug. 1854, Rr. 208 R. G. B.

(§ 53.) Mangel an bem nothigen Gintomsmen; erwiesene ober gemein befannte schlechte Sitten; anstedenbe Krantheiten ober bem Zwede ber Ehe hinderliche Gebrechen bessenigen, mit bem die She eingegangen werben will, sind recht maßige Grunde, bie Ginwilsligung zur Ehe zu verfagen.

* * *

(§ 94.) Die Ungiltigkeit einer Che, welcher eines ber in ben §§ 49, 50, 52 und 54 angesuhrten hinderniffe im Wege steht, ist nicht von Antswegen zu untersuchen. Es muß das Ansuchen berjenigen, welche burch die mit einem hindernisse geschlossene Che in ihren Rechten gekrankt worben sind, abgewartet werden.

(§ 95.) — Der Gatte, welcher ben Umftand, daß er nach ben §§ 49, 50, 52 und 54 für sich allein feine giltige She schliegen fann, verschwiegen, oder die ihm ersorberliche Einwilligung falfolich vorgewendet hat, tann aus seiner eigenen widerrechtlichen Dandlung die Giltigkeit ber Ehe nicht bestreiten.

(§ 96.) Ueberhaupt hat nur der fculblofe Theil bas Recht zu verlangen, daß der Chevertrag (die Ehe) ungiltig erkläret werde; er verliert aber dieses Recht, wenn er nach erlangter Kenntniß des hinderniffes die Ehe fortgeset bat. Eine von einem Minderjährigen oder Pflegebeschlenen eigenmächtig geschloffene Sehe kann von dem Bater oder der Bormund chaft nur insolange, als die väterliche Gewalt oder Bormundschaft dauert, bestritten werden.

hofbetret vom 17. Juni 1825, Rr. 2112 3. G. 5.: Der Bormunbicaftsbeborbe fieht jedoch ein Bestreitungsrecht ber Ehe nicht ju.

. .

(§ 54.) Mit welchen Militarperfonen ober jum Militarkörper gehörigen Bersonen ohne schriftliche Erlaubnifihres Regiments, Korps ober überhaupt ihrer Borgesetten kein giltiger Chevertrag (keine gultige Che) eingegangen werden könne, bestimmen bie Militargesetze.

Die dieffälligen Militargefege find: die Boridriften über die heirathen in ber i. f. Lanbarmee mit Inbegriff ber Berwaltungsbranden in ber Militargrenze (Rriegs-Min.-Erlaß v. 14. Sept. 1861, C. K. (Rr. 3881)

und die Borfdrift über bie Geirathen in ber t. t. Rriegsmarine (a. h. Entfol. b. 25. Juni 1863).

Die Bewilligung zur Cheschließung wird den Oberften ber Gendarmerie vom Raiser, ben Offizieren vom Oberstlieutenant abwärts vom Minister für Landesvertheibigung ertheilt; die Bewilligung zur Berechelichung der Gendarmeriemannschaft ertheilt der Minister für Landesvertheibigung, der hiezu die Landes-Gendarmerie-Rommandanten delegiren fann (§§ 47, 48 des Geseges v. 26. Febr. 1876, Rr. 19 R. G. B.).

Militarbeamte aller Art bedürfen zur Berehelichung bei Berluft ber Anstellung ber Bewilligung ber vorgesetten Beborbe (hoftriegsrath-Circular v. 25. Rov. 1826, 3. 3289, Militargesetziammlung).

Giner Chebewilligung bedürfen auch die bauernb Beurlaubten, Die Referbemanner und Die Erfagreferbiften, welche bie britte Alterstlaffe noch nicht überschritten haben; sobald fie bie britte Alterstlaffe überschritten haben, gelten außer ber Zeit ber attiven Dienstleiftung bie allgemeinen Borschriften, jedoch unter Aufrechthaltung ber Dienstpflicht im Geere ober ber Landwehr (§ 52 b. Gefetzes v. 5. Dez. 1868, Rr. 151 R. G. B.) Die Gesuche find bei ber evidenzauftandigen politijden Beborbe einzubringen und bon biefer an die tompetente Militarbehorde jur Enticheidung ju leiten (Erlaß b. Landesvertheidigungs-Minifters vom 18. Dez 1872, 3. 1856). Die Ehen der im Land-wehr- (Landesschützen-) Berbande stehenden Mann-schaft gliedern sich gleich jenen der Mannschaft des stehenden Heeres in "Ehen erster und zweiter Alasse". Die Ehen erter Rlasse momit der Anspruch auf ärzeische Die Chen erfter Rlaffe, womit ber Anfpruch auf ararifde Bebuhren für bie Battin und bie noch in ber baterlichen Objorge ftebenben Rinber verbunden find, find nur im attiben Stande juldffig und in ber gabl befchrantt. Die Bewilligung erthellt bas Bataillonsoeigtann. Die Seinligung ertgett bas Batatunns-(Cavalleriecadre-) Commando, eventuell das Ministerium für Landesvertheidigung. Die Shen der nicht aktiven Landwehr (Landesschützen) gehören siets in die zweite Rlasse. Es ist hiezu, wenn der Landwehrmann (Landes-schüge) die dritte Altersklasse überschritten hat, eine Be-willigung von Seite der Landwehrbehörden nicht erforberlich. Dat ber Landwehrmann (Landesichute) Die britte Alterstlaffe noch nicht überfdritten, fo ift biegu bie Bewilligung des Bataillons- (Cavallericcadre-) Kommando erforderlich. Dieje nicht aktive Mannschaft hat das heirathsgesuch dei der evidenzzuständigen politischen Begirfsbeborde eingubringen, von welcher basselbe an das tompetente Bataillons (Cavalleriecadre-) Commando jur Enticheidung zu leiten ift (§ 27, litt. c des Land-wehrgesets; § 36 des Landwehrstatutes; Min.-Erlaß v. 30. Sept 1869, 3. 718).

Circ.-Bog. des Min. für Landesvertheidigung vom 10. Febr. 1875, 3. 486:

Mie heirathsgefuche ber Mannicaft (incl. Buchfenmacher) find zu inftruiren:

- a) mit bem Tauf., beziehungsmeife Beburtsicheine bes Brautigams und ber Braut;
- b) mit bem Sittenzeugniffe ber Braut, fammt ber Bestätigung, bag biefelbe ledig ober Bittme ift;
- c) mit der Bewilligung des Baters, oder falls berfelbe nicht mehr am Leben ift, ber vormunbichaftlichen Behörde, wenn eines der Brautleute minderjährig ift;
- d) mit bem Ausweise über bas Bermogen ober bie Ditgift ber Braut;
- e) mit dem Cobtenfcheine ber letten Frau, wenn ber Brautigam Bittwer ift;

f) mit dem Todtenicheine bes legten Gatten, wenn

Die Braut Bitime ift; g) wenn die Braut eine Auslanderin ift, mit ber geborig legalifirten Bestätigung der hiezu berufenen Geimatsbehörte, daß gegen die beabsichtigte Berehlichung nach den Gesetzen ihrer Geimat kein Anstand obwaltet.

Die Bewilligung wird vom betreffenden Kommando schriftlich ertheilt und nur unter der Bedingung, daß der ehelichen Berbindung kein hinderniß entgegensteht.

Die Bewilligung gur Berehelichung ber Begirfsfeld-webel (Oberjager) ertheilt bas Minifterium für Landesvertheidigung.

Die Patental- und Refervation Binvaliben bebittfen gleichfalls einer Chebemilligung, welche fie bom Invalidenhaus-, eventuell Generaltommando gu erwirten haben. Die Berehelichung der Batental- ober Refervationsinvaliden ohne Bemilligung bringt ben Berluft des Invaliden-Beneficiums mit fich. Den Berebe-lichungsgefuchen der Patentalinvaliden ift die Beftatigung beizufügen, baß ber Invalide fein Schidlal und gung beiginugen, bus bei Inditte jein Smitte and in welchem Grade burch bie Che verbeffere, und ber Rebers ber Braut, baß sie nach dem Ableben bes Mannes auf alle Militärbeneficien Bergicht leifte. (Bgl. § 22 ber Ariegs-Min.-Bbg. v. 22. Dez. 1868, Z. 4554.)
Uneingereihte Retruten bedürfen ber Bewilligung

bes Ergangungsbegirtstommanbo.

Ber bon ber Stellungstommiffion als für ben Rriegs. bienft für immer untauglich nicht anertannt, ober in ber zweiten Alterstlaffe von ber Stellungspflicht nicht befreit worden ift, barf fich vor bem Austritte aus ber britten Alterstlaffe nicht verehelichen. Gine ausnahmsweise Chebewilligung im Falle vorhandener, befonders rudfichtswurdiger Umftande an Stellungspflichtige ju ertheilen, ift bas Landesvertheidigungs-Miniftertum er-machtigt, welches hiezu auch die betreffende Landesstelle belegiren tann; jeboch begrundet diefe Bewilligung feine Befreiung von ber Pflicht jum Gintritte in bas fiebenbe Deer (Kriegsmarine) ober in die Landwehr (§ 44 bes Gef. v. 5. Dez. 1868, Rr. 151 R. G. B.) — Derjenige Wehrpflichtige, welcher sich mit Uebertretung diese Berbotes verehelicht hat, wird von Amtswegen gestellt, im Falle ber Untauglichteit aber mit einer Gelderteit in Falle ber Untauglichteit aber mit einer Gelderteit ver dereinen Erleben der Belde ber Belde B pepent, im Fante ver Entitungitet unter inter eines Sein-ftrafe dis zu taufend Gulden, im Falle der Jahlungs-unfähigteit mit Haft dis zu sechs Monaten bestraft. — Als für immer untauglich sind jene anzusehen, über welche eine Stellungskommission den Beschluß auf Lofdung aus ber Stellungslifte gefällt, ober bie Ueber prufungs - oder Superarbitrirungstommiffion Die Entlaffung beichtoffen bat. Auch jene, über welche in ber britten Alterstlaffe ber Befchluf auf Burudftellung ge-fallt wurde, bedurfen einer beborblichen Chebewilligung

fällt wurde, bedürfen einer behördlichen Chebewilligung ursachlich ihrer Stellungspflicht nicht mehr. Jur ausnahmsweisen Epebewilligung sind bie Landesftellen belegirt (§ 108 d. Inftr. zur Durchführung des Wehrges. u. Erlaß des Min. f. Landesverth. v. 28. Juli 1873, Z. 10842). Die nach der Kundmachung v. 6. Juni 1871, L. G. B. Ar. 6, erforderliche ausnahmsweise Specialisten in bewilligung für Chewerber, bie noch nicht aus ber britten Altersflaffe ausgetreten find, erstreckt sich auch auf solche Spewerber, welche noch nicht in das fiellungspflichtige Alter eingetreten find. (Rundm. der tirol. Statth. vom 31. August 1880, S. G. B. Rr. 39.)

und noch nicht in ihre Freiheit verfesten Berfon gegeben worden.

(Bgl. Art. 26 des schweizerischen Gesetzes und "Ranonisches Recht" — Abschn. V, S. 35.)

(§ 58.) Wenn ein Chemann seine Gattin nach ber Chelichung bereits von einem anberen geschwängert finbet; fo fann er, außer bem im § 121 bestimmten Falle, for= bern, bag bie Che als ungiltig erklaret werbe.

Der § 121 bestimmt, daß wenn eine Wittwe ober geschiedene Frau die gesetliche Wartzeit nicht beobachtet peigievene grau die gefegliche Wartzeit nicht bedouchter hat, diese Uebertretung des Gesetzs zwar die Ungultige-keit der She nicht nach fich zieht, wohl aber der Mann, mit welchem sie die zweite Che schließt, das ihm in § 58 zugesicherte Recht, die She auf Grund der Schwängerung durch einen Dritten für ungultig erklären ju laffen, berliert. Diefe Bestimmung tommt indeffen für die Schweiz nicht in Betracht, weil bas Bundesgefet jum Abfalig ber Ebe ben Ablauf ber gefeslichen Bartezeit ichlechthin (b. 5. ohne Bulaffung irgendwelcher Dispen-fation) verlangt.

(§ 60.) Das immermährenbe Un= vermögen, bie eheliche Pflicht gu leiften, ift ein Chehinderniß, wenn es ichon jur Beit bes gefchloffenen Chevertrages (ber Cheichliegung) vorhanden war. Gin blog zeitliches, ober ein erft mahrend ber Ghe jugeftofenes, felbst unheilbares Unvermogen fann bas Band ber Che nicht auflosen.

Diefes Unvermögen bezieht fich lebiglich auf die Be i-m o h n u n g , ohne Rudficht, ob badurch Rinder erzeugt werben tonnen ober nicht (a. h. Enticht. v. 25. Febr. 1837).

- § 99. Die Bermuthung ift immer für bie Giltigteit ber Che. Das angeführte Chehinderniß muß alfo vollftanbig bewiesen werben, und weber bas fibereinstim-mende Gestanbnig beider Ebegatten bat bier die Rraft eines Beweises, noch fann barüber einem Gibe ber Chegatten ftattgegeben merben.
- § 100. Insbesondere ift in dem Falle, daß ein porbergegangenes und immermahrendes Unvermogen, Die eheliche Bflicht ju leiften, behauptet wird, ber Beweis burd Sachberftanbige, nämlich burch erfahrene Bergte und Bunbargt: und nach Umftanben auch burch Bebammen, ju führen.
- § 101. Saßt fich mit Zuverlaffigfeit nicht beftimmen, ob bas Unvermögen ein immermahrenbes oder blos geitliches fei, fo find die Shegatten noch durch ein 3 ahr zufammen zu wohnen berbunden; und hat das Unvermögen diese Zeit hindurch angehalten, so ift die She für ungiltig zu erklaren.

§ 62 entspricht bem Art. 28, Biff. 1 bes (§ 56.) Die Einwilligung ist (auch bann) ungiltig, wenn sie von einer ent führten jenige Ehe, bei welcher keiner der Chegatten

ber katholischen Religion angehört - ober auch nur im Beitpunfte ber Gingehung ber Che angehörte - im Ginne bes fcweiz. Befeges "ge= ichieben" werben fann. hiebei muß noch bemertt werben, daß in der öfterreichischen Rechtsfprache bie "Trennung von Tifch und Bett" als "Scheibung ber Che", bie gangliche Auflofung bes Chebandes aber als "Trennung ber Ehe" bezeichnet wird. Cheauflosenbe Trennungeerkenntniffe (eigentliche Chescheibunges urtheile im schweizerischen Sinne) tommen alfo in Defterreich nur bezüglich ber unter Richt= fatholiten geschloffenen Ehen vor, wie benn auch bie ofterreichischen Chefcheibung 8= ertenntniffe (Urtheile auf bloge Trennung von Tifch und Bett) niemals gur Gingehung einer weiteren Che berechtigen.

§ 111. Das Band einer giltigen She kann zwischen katholischen Personen nur durch den Tod des einen Shegatten getrennt werden. Stenso unauflöslich ift das Band der Che, wenn auch nur Ein Theil schon zur Zeit der geschlossenen She der katholischen Religion zugethan war.

§ 115. Richtfatholischen driftlichen Religionsverwandten gestattet das Befet nach ihren Religionsbegriffen aus erheblichen Grunden die Trennung (Scheidung) der Che zu fordern. (Diese Unordnung gilt auch für die Chen der nicht unirten Griechen: hoftangleicetret v. 20. Rovbr. 1820.)

Befet v. 9 April 1870, Rr. 51 R & B., § 2: Bersonen, die keiner gesehlich anerkannten Rirche ober Religionsgesellschaft angehören, beziehungsweise Confessions in ofe, sind hinfictlich der Trennbarkeit der Chen den nichtkatholischen driftlichen Religionsverwandten gleichzuhalten

§ 116. Das Gesetz gestattet bem nicht kaiholischen Spegatten die Trennung (Scheidung) zu verlangen, obsichon der andere Theil zur katholischen Rirche übergetreten ist.

§ 119. Den Getrennten (Geschiebenen) wird zwar überhaupt gestattet, sich wieder zu verehelichen; doch kann mit denjenigen, welche vermöge der bei der Trennung vorgelegenen Beweise durch Chebruch, durch Berhetungen, oder auf eine andere sträsliche Art die vorgezangene Trennung veranlast haben, keine gültige Ehe geschlossen werden. (Bergl. unten die §§ 67 und 68)

Getrennte akatholijche Personen dürsen sich bei Lebzeiten des getrennten Segentheiles nur mit akatholischen Person mit akatholischen Berson mit einer getrennten akatholischen bei Lebzeiten des getrennten Gegentheils, wie auch eine bei Eingehung der Ehe akatholische, später zur katholischen Beligion übergetretene, von ihrem akatholischen Gatten getrennte Person bei Lebzeiten desselben keine gültige She eingehen. (Postektet v. 26. Aug. 1814, Rr. 1099, und vom 17. Juli 1835, Rr. 61 J. G. S.)

Auf Israeliten, die jur katholischen Religion übergetreten sind, und fich bei Lebzeiten bes getrennten judisch gebliebenen Spegatten wieder verehelichen wollen, findet das eben angeführte Berbot keine Anwendung. (Poffangleidefret vom 4. Februar 1837, Ar. 168 3. 6. 5.) §§ 133-135 bestimmen über die Grunde, aus melchen Juben ehen aufgelöst merben fonnen

§ 136. Durch ben Uebertritt eines ilt bijden Ehegatten zur driftlichen Religion wird die She nicht aufgelost, fie tann aber aus ben eben (§§ 133-135) angeführten Urfachen aufgelost werben.

Min Erlag v. 8 Auguft 1853, Rr. 160 R. G. B.: Treten bei be Theile jur driftlichen Religion über, fo sind die Fragen wegen Trennung der Sche oder Schelbung von Dijch und Bett nach ben Grundfagen jenes Bekenntniffes zu beurtheilen, zu welchem fie übergetreten find.

Eine Berfügung bes österr. Ministeriums bes Innern vom 22. Jänner 1879, B. 9482, wenset sich gegen die Cheschließung von öfterreichischen Staatsbürgern mit anderen Staatsangehörigen, welche früher verheirathet waren und beren Che nach öfterreichischem Gesest est nicht als zetrennt (b. h. als dem Bande nach aufgelöst) gelten konnte. Solche Chen seien durch gerichtliche Entscheibungen als ungültig erklärt worden, und es sollen die Behörden nach § 94 bes a. b. B. vorgehen, beziehungsweise dem zuständigen Gerichte die Anzeige behufs Ungültigkeitserklärung der Che erstatten, und zwar auch dann, wenn eine solche Che im Auslande eingegangen wurde und die Chegatten später ihren Bohnsig nach Oesterreich verlegen.

Diefer Erlag bezwedt in erfter Linie, bem Unwesen ber fogen. fieben burgifchen Ehen möglichft ju fleuern. Der Sachnerhalt ift nömlich folgenber

steuern Der Sachverhalt ist nämlich folgender:
Rach ungarischem Rechte (vgl. "Ungarn" — Abschn. II) hat eine auf Lebenszeit ausgesprochene Scheidung von Tisch und Bett ebeaustösende Wirtung für den proseitantischen Gattentheit. berechtigt also denielben zur Wiederverheirathung. Es gilt dieser Sat auch dann für anwendbar, wenn der als Ratholik separirte Ehetheil erst nach'rkglich zum Protestantismus übergeht. Die unter österreichischem Rechte separirten Ratholiken Können somit in Ungarn mittelst Austritt aus der katholischen Kirche zur Abschließung einer zweiten Sche gelangen. Gleichsalls können diesenigen Protestanten, welche in Desterreich don einem Ratholiken spearirt sind, in Ungarn die ihnen in Desterreich sehlende Besugnit sind verschaften. — Borerst nun läßt sich der separirte Oesterreicher in den ungarischen Staatsverdand aufnehmen und erwirdt ein Bürgerrecht in Ungarn; was aus Gründen der Zweckmäßigkeit gewöhnlich in einer Gemeinde des Presburger oder Deder burger Romitates oder in einer siebenbürgischen Gemeinde geschieht Dann begehrt der Betressend zu einer glitchichen Gerichte der evangelischen oder unitarischen Konsessich werden Susseriate und einem solchen Annearischem Rechte zuständigen Ehzerichte — "die Freisprechung zu einer glitchichern Scher Das einem solchen Anntage blos des einen Sehreiches Beseinen bars, beruht ebensalls auf besonderen ungarischen Seseinen. Für Ungarn ist die auf die soeben dargestellte Beise erlangte Kl au se nb ur g er Freisprechung, beziehungsweise die auf Brund derselben zu Stande gestommene Sche zweisellos gültig. Diese Ansicht wird auch

fogar bon ber öfterreichifden Berichtspragis vertreten; wogegen burch lettere berartige Chefchliegungen, ins-besondere burch einen vor girfa vier Jahren gefällten Entscheid des oberften Gerichtshofes in Wien, als für Defterreich nichtig erflart worden find.

Welche immer bie rechtlichen Birtungen einer burch Anwendung bes in Rebe fiehenben Berfahrens be-grundeten Che außerhalb Defterreich (refp. "ber im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Lander") fein mogen und obicon die fragliche Umgehung bes ofterreicifcen Befeges in ber transleithanifden Reichshalfte ber öfterreichifch = ungarifden Monardie geradegu fpitematisch betrieben wird, so muffen bennoch die schweizerischen Behorden eine bezugliche Mitwirkung — b. h allenfalls die Bornahme von Trauungen auf Grund jener Rlaufenburger Freisprechungen — verweigern, wofern einer ber Berlobten bfterreichischer Staatsan-gehöriger ift; indem, wie bereits gefagt, folche Eben nach bfterreichischem Rechte fur bas "biterreichische" (im Begenfage ju "ungarifche") Staatsgebiet jeglicher Bultigfeit entbehren.

hiebei ift noch ju bemerten, bag nach bem öfter-reidifchen Strafgejethuche berjenige firafbar ift, welcher fich in ein fremdes Land begibt, um eine Che ju foliegen, die nach den Landesgefegen nicht flatt= finden tann.

Satten jedoch die beiden feparirten Batten-theile (nicht nur einer allein, wie oben porausgefest thetle (nicht nur einer auein, wie oben vorausgelest wurde) die ungarische Staatsangehörigkeit erworben und hätten dieselben gemeinsam die Rlausenburger-Freisprechung erwirft, so dürste voraussichtlich die in Ungarn für beide Theile erfolgte Ehe-auflösung auch als für Oesterreich wirksam von den österreichischen Gerichten anerkannt werden. Daß bie Betreffenden urfprünglich bem öfterreichifden Staats. verbande angehörten, wurde man faum in Betracht gieben fonnen, fondern diefelben lediglich als Auslander - und daber als rechtsgilltig bem Banbe nach ge-ichiedene Chegatten - behandeln muffen. Das Ghobindernif des beftebenden Chebandes mare bemnach in einem folden Falle befeitigt. Aber auch unter ber Borausjegung, bag beibe Ehefchließen-ben bermalen Atatholiten find und ber ben bermalen Atatholiten find und ber Richt fterreicherin) nach ber heimatlichen Gefetgebung bie perjönliche Fahigteit zur Eheschließung besitht, bleibt es gleichwohl nach bem Charafter der öfterreichischen Gefetgebung und dem Wortlaute des hier erlauterten Dinisterialerlasses zum Mindesten zweifelhaft, ob iberhaupt eine (wenn auch nicht österreichische) Berson, welche mit einem Ratholiten verheirathet oder zur Zeit ihrer Berheirathung der fatholischen Kirche augethan mar, hei Lehreiten ihres trüberen lischen Rirche zugethan war, bei Lebzeiten ihres früheren Gatten mit einem Defterreicher (einer Defterreicherin) cine für Defterreich unanfectbare Che foliegen tann; es fei benn, bag allfällig bie fruhere Che als nach bfterreichifchem Befete ungultig betrachtet werben tonne.

Sind beibe Chefcliegenden aus bem ofterreichifden Staatsverbande ausgetreten und haben diefelben ihre Rationalität in rechtsgültiger Form gewechfelt, fo fallt jebes Bedenten über die Statthaftigfeit ber fraglichen Befegesumgehung bon felbft babin Dieg Berbaltnig wird zwischen Oesterreich und Ungarn noch besonders eigenthümlich dadurch, daß es im Beamtenstande Bersonen gibt, welche eben sowohl ungarische als buerreichische Staatsangehörige sein tonnen, nämlich die Beamten der gemeinsamen Ministerien und die Angehörigen der gemeinsamen Armee. Die Bersetung zu einem gemeinsamen Mini-

fterium eröffnet mithin einem öfterreichifden Beamten Die Möglichfeit bes Abichluffes einer gultigen fiebenbürgischen Ebe; während sonft gerade die Staats-beamten, sowie auch die Anwälte, Notare u. s. w. ihrer Stellung halber außer Stande sich befinden, ihre Staatsangehörigkeit abzustreifen.

(Bgl. "Standesbeamter" de 1879, Rr. 10 u. 15 — S. 81 f. u. 119 f.; de 1880, Rr. 4 u. 16 — S. 27 f. u. 122; de 1881, Rr. 28 — S. 214 f.)

6.

(§ 63.) Geistliche, welche schon hohere Beihen empfangen; wie auch Ordensperfonen von beiden Befchlechtern, welche feierliche Belübbe ber Chelofigkeit abgelegt haben, tonnen feine giltigen Chevertrage (Chen) foliegen.

(§ 64.) Chevertrage (Chen) zwifden Chriften und Berfonen, welche fich nicht gur driftlichen Religion betennen, fonnen nicht giltig eingegangen werben.

(§ 65.) — Bwischen Beich wifter-findern tann feine giltige Che geschloffen werben; es mag bie Berwandtichaft aus ebelicher ober unehelicher Beburt entfteben.

Der Bejegestegt lautet namlich:

§ 65. Zwifden Bermandten in auf- und abfteigender Linie; zwischen betwandten in und andergenver ginie; zwischen Geschwistern; wie auch mit den Geschwiftern der Ettern. nämlich mit dem Oheim und der Muhme väterlicher- und mitterlicher Seite, kann keine giltige Se geschlossen werden; es mag die Berwandtfcaft aus ehelicher ober unehelicher Geburt entfteben.

(§ 66.) Aus ber Schwägerschaft entsteht bas Chehinderniß, daß ber Mann bie voll= ober halbburtige Schwester feiner Chegattin (bie Schwägerin), ferner bie Tante ober bie Richte, sowie auch die Base (Tochter bes Dheims ober ber Tante) feiner Battin, und bie Battin umgefehrt bie Bermanbten ihres Mannes in benfelben Graben (alfo ihren Schwager, ben Dheim, ben Reffen ober ben Better ihres Chemannes) nicht ehelichen fann.

Der Befegestegt lautet mortlich: § 66. Aus ber Schwägerschaft entsteht das Ge-hindernig, daß der Rann die in dem § 65 ermähnten Berwandten seiner Chegattin, und die Gattin die da-selbst ermähnten Berwandten ihres Mannes nicht ebelichen tann.

(§ 125.) Das Chehindernig ber Bermandticaft erftredet fich unter Seitenvermandten bei ber 3 ube npreaet fich unter Settenvermanten bet Der 3 ube nicht of it nicht weiter, als auf die Che zwischen der Schwefter (Großtante) und einem Entel ihres Bruders ober ihrer Schwefter (Großneffe). Rach aufgelöster Ehe ift der Mann nicht befugt, seines Weibes Schwefter (die Schwägerin); und das Weib ift nicht befugt, ihres Mannes Bruder (ihren Schwager), noch einen Sohn oder Entel von ihres Mannes Bruder oder Schwefter (alfo einen Reffen ober Grogneffen ihres Chemannes) ju che-

In Betreff bes Chehinberniffes ber Mboptivver= wandticaft f. ben in ber Rote ju § 49 (S. 45) abgedrudten § 188.

Die Annahme an Rinbesftatt bes öfterreichifchen Befeges hindert die Biltigfeit ber Che - swiften bem leges hindert die Giligteit der Ege — zwischen dem Adoptirenden und Adoptirten, sowie jenen. Aachtommen des legtern, welche zur Zeit der Adoption unter dessen väterlicher Sewalt standen; dann zwischen dem Adoptirenden und der Gattin des Adoptirten, wie auch dem Adoptirten und der Gattin des Adoptirenden; überdieß, so lange die Adoption währt, zwischen dem Adoptirten und des Adoptirenden, wie en leiblichen rechtwässen, wier der datrichen den leiblichen, rechtmäßigen, unter ber väterlichen Gewalt stehenden Rindern — wofern das Wahltind der daterlichen Gewalt des Adoptirenden unterstellt oder in deffen Haus, um mit ihm wie das Kind mit den Eltern zusammen zu leben, aufgenommen wird. Wenn es aber weder unter die väterliche Gewalt des Wenn es aber weder unter die baterliche Gewalt des Aboptirenden kommt, noch zu dessen Hausgenoffen wird, so ist die Aboption des öfterreichischen Gesetzes der unvollkommenen gleichzugenstellen und bringt kein Chehinderniß mit sich. (Anweisung für die geistlichen Gerichte des Raiserthums Oesterreich in Betress der Ehelachen, § 29 — Patent v. 8. Oktober 1856, Rr. 185 R. G. B.)

(§ 67.) Eine Che zwischen zwei Berfonen, bie miteinander einen Chebruch begangen haben, ift ungiltig. Der Chebruch muß aber vor ber geschloffenen Che bewiesen fein. (Bgl. ben oben S. 48 bei Erlauterung bes § 62 citirten § 119.)

Der Be meis bes Chebruches tann burch ein por einer politischen Behorbe, nicht aber burch ein bor bem Seelforger ober einer geiftlichen Beborbe abgelegtes Beftanbnig geführt werben (hoffangleibetret b 6 De-

jember 1833.)

(§ 68.) Wenn zwei Bersonen, auch ohne vorhergegangenen Chebruch, fich zu ehelichen verfprochen haben, und wenn, um bie Absicht zu erreichen, auch nur eine von ihnen bem Batten, ber ihrer Che im Bege ftand, nach bem leben geftellt hat; fo tann zwischen benfelben auch bann, wenn ber Dorb nicht wirtlich vollbracht worden ist, eine giltige Che nicht geschloffen werben.

Dispensation von Chebinderniffen.

(§ 83.) Mus wichtigen Grunden fann Die Rachficht von Chehindernissen bei der Landesstelle angelucht werden, welche nach Beschaffenheit ber Umftande sich in das weitere Bernehmen zu jegen hat.

Min. Bbg. v. 1. Juli 1868, Rr 80 R. G. B., § 2: Die Entschiung in ober fter In ftang über die Rach-

ficht bon Chebinderniffen gebort jum Wirtungsfreife bes

Minifteriums bes Innern. Hoffangleibetret vom 27. Mai 1840, Politische Ge-jegammlung 28. Bb.: Wenn Ratholiten zu einem

atatholifden Betenntniffe übertreten, um Die firchliche Dispens nicht anfuchen ju muffen, barf ihnen die bur-

gerlide Dispens nicht ertheilt werden Doffriegsraths - Berordnung vom 22. April 1815, E. 2788: Die Dispens von Sehinderniffen für Ri-litarpersonen wird vom Rriegsministerium ertheilt.

IV.

Ueber die Bornahme des Aufgebotes vor den meltlichen Behörden enthält das Gefet vom 25. Mai 1868, Rr. 47 R. G. B., folgende Beftimmungen :

Art. II. Wenn einer der nach den Borichriften des allgemeinen burgerlichen Gefegbuches jum Aufgebote ber Che berufenen Seelforger — b. h. entweder berjenige, in beffen Pfarrbegirt ber Brautigam feinen Bohnfig ober Aufenthaltsort hat, oder berjenige, in beffen Bfarrbegirt Die Braut ihren Wohnfit ober Aufenthatisort hat — Die Bornahme Des Auf-gebotes, aus einem burch die Gefetgebung bes Staates nicht anerkannten hinderungsgrunde, ber-weigert, fo fieht es den Brautleuten frei, das Auf-gebot ihrer Ehe durch die weltliche Behörde zu veranlaffen.

§ 1. Als bie jur Bornahme bes Aufgebotes berufene weltliche Beborbe bat bie f. f. politifche Begirtsbeborbe, in jenen Stabten aber, welche eigene Gemeinbeftatute befigen, bie mit ber politisch en Amtsführung betraute Gemeinbe-behorbe einzutreten, und es wird biejenige poli-tifche Bezirts-(Gemeinde-)Behorde hiezu als tompetent anzusehen sein, in deren Amtsbezirk ber bie Cheichliegung verweigernde Seelforger feinen Amtsfit bat.

§ 2. Um das Aufgebot bei der weltlichen Behorbe verlangen ju tonnen, haben die Chemerber bor biefer Behorde bie Beigerung bes tom petenten Seelforgers entweder durch ein fchriftliches Beugniß besfelben ober burch bie Musfage bon amei im Amisbegirte mohnenben eigenberechtigen Dannern nadzuweifen.

Bird ein folder Beweiß nicht erbracht, fo liegt es ber politischen Behörde ob, an ben betreffenben Seelforger eine Aufforderung bes Inhaltes ju richten, daß berfelbe das Aufgebot vornehmen ober mittelft amtlicher Bufdrift die entgegenftebenden Binder=

niffe anzeigen wolle.

Erfolgt hierauf aus Bründen, welche in ben Staatsgefegen nicht enthalten find, ober ohne Angabe bon Grunden eine ablehnende Antwort bes Seel-Gründen eine ablehnende Antwort des Seels or for gers, oder geht innerhalb eines Zeitraumes von längstens acht Tagen, in welche die Tage des Postenlaufes nicht einzurechnen sind, keine Antwort ein, so hat die politische Behörde nach Beibringung der durch die Borschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches sammt Nachtrags-Berordnungen vorgeschriebenen Ausweise und Behelfe bas Aufgebot fofort

§ 3. Alle Funftionen und Enticheibungen, welche nach ben Borfdriften bes zweiten Daupiftlides bes allge-meinen burgerlichen Gefetbuches fammt Rachtrage-Berordnungen dem Seelforger übertragen find, fteben im Falle einer Cheschließung vor der welt-lichen Behörde (vgl. oben die Rote betr. "die sog. Rothzivilehe" auf S. 44) der kompetenten politischen Bezirks-(Gemeinde-)Behörde zu. § 4. Gegen Entscheidungen ber politischen Bezirls. (Gemeinde-)Behörde in Chesachen steht ben Ehrwerbern das Recht bes Returses an die t. t. politische Landesstelle und gegen die Enischeidungen dieser lettern das Recht des Returses an das t. t. Ministerium des Innern offen, ohne daß der Returs an eine bestimmte Frift gebunden ober durch gleichlautende Entscheidungen der beiden unteren Instanzen ausgeschlossen ist.

§ 5. Das Aufgebot einer vor ber weltlichen Beborte abzuschließenden She ift von biefer Behörde durch
öffentlichen Anfchlag, fowohl an ber eigenen am tlichen Rund machung stafel, als auch im Requifitionswege durch öffentlichen Anschlag bei dem Bemeindeamte bes Bohnortes eines jeden ber Brautleute vorzunehmen.

Der das Aufgebot enthaltende Anichlag foll burch brei Boch en an ber Rundmachungstafel der politifchen Behorde und ber betreffenden Gemeinbeamter affigirt bleiben, bebor jur Cheichließung geschritten

Aus wichtigen Grünben fann die politische Bezirls. (Gemeinde.) Behörde biefen Aufgebotätermin verfürzen und unter bringenden Umfländen das Aufgebot auch ganz nach fehen (Gef. v. 4. Juli 1872, Rr. 111 R. G. B., § 1).

Der auch bezüglich ber bürgerlichen Ebeverfündung als Rorm geltenbe § 72 bes a. b. G. B. lautet wie folgt:

"Benn die Verlobten ober eines von ihnen in dem Bfarrbegirke, in welchem die Gbe gesichloffen werden soll, noch nicht durch se che Wochen wohn haft sind; so ist das Aufsgebot auch an ihrem letten Aufenthaltsorte, wo sie länger als die eben bestimmte Zeit gewohnt haben, vorzunehmen, oder die Verlobten mussen ihren Wohnsitz an dem Orte, wo sie sich bestinden, durch sechs Wochen fortsetzen, damit die Verkundigung ihrer Ehe dort hinreichend sei."

Die Berkundigung einer Che von österreichischen Staatsangehörigen in Desterreich erscheint somit nur dann gefordert, wenn die Brautleute ihren Bohnort gegenwärtig in Desterreich haben oder benselben seit weniger als sechs Wochen

Semäß Art. 29 bes schweizerischen Gesetzes tommt indessen die Bornahme des Eheausgebotes am heimatorte der Berlobten in Frage. Wenngleich im hinblide auf die österzeichische Gesetzebung dieses Aufgebot in Oesterzeich, außer dem Falle des § 72 a. b. G. B., abgelehnt werden konnte — wie es denn auch als überstüssig anzusehen ist — so wurde mit Rücksicht darauf, daß von Seite der Schweiz auf die Bornahme der fraglichen Aufgebote in Oesterreich Werth gelegt wird, die Berkundung am heimatorte in allen Fällen von Verzehelichungen österreichischer Staatsbürger in der Schweiz zugestanden. In Folge Erlasses des Ministeriums des Innern vom 12. März 1878, B. 516 wurden demnach die politischen Bezirksbehörden, sowie die mit der Kührung ihrer

Geschäfte betrauten Communalämter in Städten mit eigenen Statuten, als diesenigen Organe, welche nach österreichischem Sesetze die Aufgestote bei Civileben vornehmen, ermächtigt, "den Requisitionen, mit welchen die schweizerischen Civilstandsbeamten auf Grund des Art. 29 des Bundesgesetzes über Civilstand und She um die Vornahme des Aufgebotes der Sheschließung eines österreichischen Staatsangehörigen in dessen Heimatsort ansuchen, zu entsprechen und nach Analogie des Art. II, § 5 (vide oben) des Gesetze vom 25. Mai 1868, Nr. 47 R. G. B. die Verfündigung durch Anschlag an der amtlichen Kundmachungstafel und an der Amtstafel des Gemeindeamtes der Heimatsgesmeinde zu veranlassen."

Dieser Anweisung ber öfterreichtschen Beborben entsprechend verfügte nun der schweizerische Bundebrath, daß die Berkundgesuche nicht an die betreffenden österreichtschen Setmatgemeinden der Ehewerber, sondern an die k. k. polistische Bezirksbehörde (Bezirkshauptmannschaft), in deren Bezirk der Heimatort liegt, zu richten seien. (Areisschreiben an die kantonalen Regierungen vom 26. April 1878 — Bundesblatt 1878, Band II, S. 699 f.)

§ 73 a. b. G. B.: Wird binnen sech & Wonaten nach bem Aufgebote die Ehe nicht geschlossen, so mussen die brei Berkundigungen wiederholt werden.

§ 71 a.b. G. B.: Die Berkindigung muß an brei Sonn- ober Festagen an die gewöhnliche Rirchenver-sammlung des Pfarrbezirkes, und wenn jedes der Brautleute in einem anderen Bezirke wohnet, beider Pfarrbezirke geschehen.

Israeliten, welche außerhalb bes Berbandes einer israelitissichen Eultusgemeinde leben, sind, wenn es sich um die Berkandigung der Ehe handelt, als der ihrem Bohnorte nächsigeslegenen inländischen Cultusgemeinde einverleibt anzusehen. (Berordnung der Ministerien des Innern, für Cultus und Unterricht und der Justig, v. 29. Mai 1876, Nr. 76 N. G. B., § 1.)

٧.

Die Legitimation eines unehelichen Kindes durch die Berehelich ung seiner Eltern tritt ex lege durch die Thatsache der Berehelichung ein und ist nicht von deren Durchführung in den Taufmatriteln abhängig,

welche vielmehr nur eine Folge und Formali= firung ber bereits eingetretenen Legitimation ift. Die beimatrechtliche Folge erscheint begbalb von biefer Durchführung nicht abhangig. (Bgl. Entsch, bes Min. d. Innern v. 15. Mai 1875, 3. 5618.).

MIS Beitpuntt ber erfolgten Legitimation ift ber Tag ber Berebelichung ber unehelichen Eltern angu-jeben (Erlag b. Din. b. Innern b. 20. Febr. 1871,

§ 161 a. b. . B.: Rinber, welche außer ber Che geboren und burch bie nachber erfolgte Berebelichung ihrer Eltern in die Familie eingetreten fint, werden, fowie ihre Nachkommen-fchaft, unter Die ehelich erzeugten gerechnet; nur tonnen fie ben in einer ingwischen bestandenen Che erzeugten ehelichen Rindern die Eigenschaft ber Erftgeburt und anbere bereits erworbene Rechte nicht ftreitig machen.

Erfolgt die Berebelichung ber Eltern nach bem Tobe bes Rinbes, fo werben beffen Rachtommen daburch nicht legitimirt (Pat. vom 22. Febr. 1791, Rr. 115 Inftiggefetsfammlung).

Der Fall, bag bas uneheliche Rind burch Berebelichung bes unehelichen inlanbifchen (ofterreichischen) Baters mit ber auslandifchen Mutter legitimirt und Daburch auch öfterreichischer Staatsburger werbe, ift nur eine nothwendige Folge des Grundjages, baß folde legitimirte ben ehelich gebornen Rindern gleich gehalten werden und lettere als Defterreicher angesehen werben muffen, wenn ihre Mutter auch eine Muslanderin war (Min. Erlag v. 6. Dezember 1850, 3. 25418, 2. 3. B. f. Ried. Deft., Rr. 42)

Legitimirte Rinber, insoferne fie nicht eigenberechtigt find, werden in jener Gemeinde bei= matberechtigt, in welcher ihr Bater gur Beit ber stattfindenden Legitimation bas Beimat = recht befigt (Helmatgeset v. 3. Dez. 1863, Mr. 105 M. &. B., \$ 6 A61. 3).

Die eigen berechtigten Rinder bleiben aber in jener Bemeinde heimatberechtigt, in welcher fie bei Erlangung ber Gigenberechtigung heimatberechtigt maren (Beimatgefet, § 12 Abs. 2).

Bur Ableitung bes heimatrechtes in Folge ber Legitimation burch bie nachgefolgte Che wird ber ftrenge rechtliche Beweis geforbert (Entich. bes Min. b. Innern v. 4. Janner 1873, 3. 18461).

VI.

Ueber bie Rundmachung ber Befege und Berordnungen verfügt das Gefes v. 10. Juni 1869, Rr. 113 R. G. B., u. A. Folgendes:

§ 1. Das Reichsgesetblatt (R. 3). B.) ift für bie im Reichsrathe vertretenen |

Königreiche und Länder bestimmt zur verbindenden Rundmachung:

a) ber unter Mitwirkung des Reichsrathes ju Stande getommenen Befete;

b) ber zur öffentlichen Bekanntmachung beftimmten Staatsvertrage;

c) ber Berordnungen, welche auf Grund der Reichsgesete erlaffen werden.

Die burch bas Reichsgesetblatt fundzumachen= ben Gefete und Berordnungen find in basfelbe unter fortlaufenben, mit Enbe eines jeben Jahres abzuschließenden 3 a b I en aufzunehmen.

§ 2. Das Reichsgesetblatt wird burch bas Minifterium bes Innern in allen lanbesüblichen Sprachen ber in bem Reichs: ratbe vertretenen Ronigreiche und ganber beraus= gegeben.

Die beutsche Ausgabe des Reichs= gesethlattes enthalt den authentischen Tegt der für dasselbe bestimmten Rund=

Die Ausgaben in ben übrigen landesüblichen Sprachen enthalten die offiziellen Ueberfehungen bes authentischen Textes.

Sammiliche Ausgaben bes Reichsgefegblattes find in der Regel gleichzeitig herausjugeben und ju verfenben.

§ 3. Das Reichsgesethblatt führt ben Titel: "Reichsgefegblatt fur Die im Reichsrathe vet-

tretenen Ronigreiche und Canber."

Alle im Reichsgesethblatte enthaltenen Rund= machungen haben, wenn nicht anders bestimmt wird, für fammtliche nach § 1 bes Staatsgrundgefeges über bie Reichsvertretung v. 21. Dezbr. 1867, Nr. 141 R. G. B., im Reicherathe vertretenen Königreiche und Län= ber, namlich die Konigreiche Bohmen, Dal= matien, Galigien und Lodomerien mit bem Großherzogthume Rrafau, das Erzherzogthum Defterreich unter und ob ber Enns, Die Bergogthumer Salzburg, Steiermart, Rarnthen, Rrain und Butowina, Die Martgrafichaft Mahren, bas Bergogthum Ober, und Rieder-Schles ften, die gefürstete Grafichaft Tirol, und bas Band Borarlberg , Die Markgraffchaft Iftrien, bie gefürstete Graffchaft Borg und Grabisca und bie Stadt Trieft mit ihrem Bebiete, ju gelten.

In biefem Falle ift bas Bebiet, für welches bie Rundmachung zu gelten bat, nicht besonders anzuzeigen.

Wenn aber eine folche Rundmachung nicht für fammitliche im Reichsrathe vertretenen Ronig= reiche und Lander erlaffen wird, fo ift ber Be= bietsumfang, fur welchen fie erlaffen wirb, im Tegte ber Rundmachung anzugeben.

53

§ 5. Die in bas Reichsgesethlatt aufge= nommenen Befete und Berordnungen find mit bem Lage ber Berausgabe und Ber: fendung jenes Studes ber beut fchen Ausg a b e bes Reichsgesethblattes, in welchem sie enthalten find, als gefetlich tunbgemacht anzusehen.

§ 6. Die verbindenbe Kraft ber im Reichsgesetblatte enthaltenen Rundmachun= gen beginnt, wenn in benfelben felbft nicht ausbrudlich eine andere Bestimmung getroffen wird, mit bem Anfange bes fünfunbvierzigften Tages nach Ablauf bes Ta: ges, an welchem bie beutsche Ausgabe jenes Studes bes Reichsgefegblattes, in welchem bie Rundmachung enthalten ift, ber au 8=

gegeben und verfenbet murbe. Der Zag ber Berausgabe, welcher mit bem Berfenbungstage gufammentreffen muß, ift auf jebem Ctude bes Reichsgesegblattes auebrudlich anzugeben.

Erfolgt bie Berausgabe eines Studes bes Reichsgesetblattes nicht in allen Ausgaben gleichzeitig, fo ift auf ben fpater erscheinenben Ausgaben biefes Studes ber Berausgabsund Bersendungstag bes authentifden Tegtes anzugeben.

Außerdem find ber Tag ber Berausgabe jebes Studes bes Reichsgefegblattes und bie in bem= felben enthaltenen Rundmachungen unter genauer Bezeichnung ber Ausgabe, beren Berausgabe erfolgt, im amtlichen Theile ber Biener Beitung und der zu amtlichen Rundmachungen bestimmten Lanbeszeitungen unverzüglich fundzumachen.

§ 10. Es ift Sorge ju tragen, baß bie schleunige Erlangung bes Reichsge= festlattes für jedermann thunlichft erleichtert, bie Bestellung auf basselbe von jedem Boftamte angenommen, ber Breis besfelben möglichst billig gestellt und die Berfenbung allenthalben nach Art ber Beitungen eingeleitet werbe. Die Berfendung bes Reichsgesegblattes erfolgt portofrei.

§ 12. Die Birtfamfeit biefes Befeges beginnt am 1. Janner 1870.

Mit dem nämlichen Beitpunkte treten bie uber bie Rundmachung ber Befete und Berordnungen bestehenden gefetlichen Bestimmun= gen, fofern fie bas Reichegefegblatt betreffen, außer Birtfamfeit.

Die authentische Rundmachung ber Gefete und Berordnungen erfolgte früher burch bie Juftig. Beset = Sammlung (3. . .)

und bie politische Gefet = Samm= lung (Pol. G. S.), beibe von 1780 bis ein= fcbließlich 1. Dezember 1848 reichenb. Un bie= felben reiht fich feit bem 2. Dezember 1848

bas Reichsgesetblatt.

Bugleich mit bem Reichsgesethlatte murben, bom 2. Dezember 1848 angefangen, für bie einzelnen Kronlander Landesgesesblatter (2. 3. B.) ausgegeben, welche bie nur für biefelben giltigen Gefete und Berordnun= gen aufzunehmen bestimmt find. Diefelben Dieselben hörten mit Enbe bes Jahres 1859 auf, und die Centralbehorden hatten zu bestimmen, welche Befege, für welche Rronlander, und in welchen Sprachen jum Zwede ber weiteren Berlaut= barung ben Bemeinden burch befondere Ab: drude fundzumachen seien. Nach Umftanden konnten einzelne Berordnungen auch burch Ginrudung in Die amtliche Landeszeitung veröffentlicht werben. Seit 1863 erscheinen jeboch wieber Landes-Befet und Berordnungeblatter in den einzelnen Kronlandern. - Berordnun= gen der Landesbehörden find von bem Tage an als kundgemacht anzusehen, an welchem fie in bas zu ihrer Berlautbarung beftimmte Berordnungsblatt eingerudt erscheinen; ihre Birffamfeit beginnt entweder mit bem bes sonters bezeichneten Tage, ober wenn ein sol-cher nicht bezeichnet ist, mit dem Anfange des fünfzehnten Tages nach Ablauf des Kund-machungstages (Min. Bdg. v. 14. März 1860, Nr. 65 R. G. B.).

Onellen :

Das allgemeine burgerliche Gejegbuch (a. b. G. B.) für bas Raiferthum Defterreich, sommt allen basseibe erganzenden und erlauternden Gefegen und Berordnungen u. i. w — Wien 1880, Manz'iche t. t. hofverlags- und Universitäts-Buchhandlung.

Manrhofer, Ernft, f. f. Minifterialrath. Ganbbuch für ben politifchen Bermaltungs-bienft in ben im Reichsrathe vertretenen Ronigreichen und Sandern, mit besonderer Berudfichtigung der diefen Landern gemeinfamen Befege und Berordnungen. Wien, Many's c. t. Hospierlags, und Universitäts-Buchhand-lung, 4. Austage 1881. — (Band III: S 3, R. 3; S. 24, R. 1; S. 25; S. 26, R. 2; S. 27.)

Saemmerle, Beinrich, f. f. Begirtshauptmann. Sanbbuch für bie Gemeinben über ben felbftanbigen und übertragenen Birtungstreis ber Gemeinden und die Organe zur Ausübung besselben. Bien, Mang'iche f. f. Hofverlags- und Universitäts-Buchhandlung, 4. Austage 1881. — (S. 24 f., 31 – 36 und 360).

Portugal.

Dafigebend ift das am 1. Juli 1867 promulgirte portugiefische Civilgesethuch (codigo civil portuguez), beffen Bestimmungen über Civilfiand und Che jedoch erst auf 1. Januar 1879 (Diario do Governo, No 271, de 29 de novembro de 1878) als vollziehbar erflärt worden find.

Der Art 24 des portugiefischen Civilgefegbuches lautet: "Die Bortugiefen, welche im Auslande reifen ober bort angeseffen find, bleiben - rudfichtlich ihrer perfon-lichen Fahigkeit (capacidade civil), ihres Standes (estado) und ihres in Portugal gelegenen unb meglichen Bermogens (propriedade immobiliaria situada no reino) — ben por-tugiefigen Gefegen unterworfen, infoweit als bie im Auslande vorgenommenen Geschäfte und handlungen auch in Portugal rechtliche Wirkungen hervorbringen follen. Dagenen find bezüglich ber außern Form Die Gefete desjenigen Landes maßgebend, in welchem das Rechtsgeschäft abgeschloffen wird; es fei denn, daß das Gefetz ausdrücklich das Gegentheil bestimme (a forma externa dos actos será, todavia, regida pela lei do paiz, onde forem celebrados, salvo nos casos em que a lei expressamente ordenar o con-

Die Muslanberin, welche fich mit einem portugiefischen Staatsangehörigen verheirathet, erwirbt ba-burch die portugiefische Staatsangehörigkeit. (Codigo civil, Art. 18, Ar. 6.)

I.

In Art. 1057 bestimmt bas portugiesische Civilgefegbuch, daß bie Ratholiten ihre Chen nach ber in ber katholischen Rirche zu Recht bestehenden Form abschließen follen; daß aber biejenigen, welche fich nicht jur fatholischen Religion bekennen, ihre Che vor dem Civilftanbebeamten einzugeben haben (celebrarao o casamento perante o official do registro civil) und zwar in ber burch bas Civilgeses hiefür bestimmten Form (pela forma establecida na lei civil). Ferner besagt der Art. 1072, daß bie zwischen nicht katholischen portugiesischen Staatsangehörigen burgerlich abgeschloffene Che alle civilrechtlichen Wirkungen einer gultigen She hervorbringt, wenn die wefentlichen Erforberniffe eines Bertrages überhaupt vorhanden und die Bestimmungen des Art. 1058 sowie der Urt. 1073 und folgende beobachtet worden seien.

Demnach icheint ber portugiefifche Gefengeber bie Civilebe ausschließlich in Betreff ber nichtfatholifchen Bortugiefen anzuerkennen.

In offenbarem Widerspruche aber mit bem

jurudführen laffen, ift es - laut Art. 1081 bem Civilftandsbeamten unterfagt, fich nach bem Blaubensbekenntniffe ber Chefchließenben zu erfundigen. Der Civilftandebeamte hat ben vor ibm Ericheinenben lediglich von bem Bortlaute bes Art. 1057 Renntniß zu geben und alsbann Die Brautleute ju fragen, ob fie in ihrem Borfage beharren, fich civiliter trauen zu laffen. Bubem bestimmt ber Art. 1090, bag eine Civilebe aus Brund ber Religion ber Chefchließenben niemals als nichtig erklart werben konne.

Aus dem Borausgeschickten erhellt zur Genüge, bag bas portugieftiche Befet - wenn auch in einer etwas verschrobenen Beife - jedem obne Unterschied der Religion bie Che mit voller rechtlicher Birfung burch ben Civilakt einzugehen gestattet. Uebrigens ergibt sich bie Bultigfeit einer in ber Schweiz gefchloffenen Civilehe aus ben Bestimmungen ber Urt. 1065 und 1066: "Die im Auslande zwischen Bortugiesen geschloffene Che bringt nur infofern civilrechtliche Birfungen in Bortugal bervor, als fie gemäß bem portugiefifchen Befege abgeschloffen worden ift; wobei die Bestimmungen ausgenommen werben, welche in ber zweiten Salfte bes Art. 24 (f. Gingangs) bezüglich ber außern Form bes Bertrages enthalten find (salvo o que se acha establecido na segunda parte do artigo 24º. quanto á fórma externa do contrato).

"Die im Auslande zwischen einem Bortus giesen und einer Auslanderin oder zwischen einem Auslander und einer Portugiefin gefchloffene Che bringt infofern civilrechtliche Birtungen in Bortugal hervor, als bezüglich bes portugie-fifchen Gattenthelles bie Bebingungen bes portugiefischen Befeges erfüllt finb."

Die immerbin etwas untlare Stellung, welche bie Civilebe bezüglich ber Ratholiten im portugiefichen Rechte einnimmt, lagt es als rathfam ericheinen, die tatholischen Bortugiesen barauf aufmertsam ju machen, daß es für fie vorfichtig fein durfte, der burger-lichen Chescheließung Die tirchliche folgen ju laffen.

II.

Die rudfichtlich ber perfonlichen Fahigfeit jur Chefchließung in Betracht ju ziehen= ben Bestimmungen bes portugiesischen Civil= gesethuches find folgende :

Art. 97. Dinberjahrig find Diejenigen Ber-fonen bes einen ober bes andern Gefchlechts, welche noch nicht volle einundzwanzig Jahre alt find.

Die Che ist verboten:

Grundsate, auf welchen fich bie eben mitge= 1) ben Minderjahrigen, sowie auch ben recht= theilten Bestimmungen ber Art. 1057 und 1072 lich nicht handlungefahigen Bollichrigen, wo-

fern bieselben nicht, nach Maßgabe bes Art. 1061, bie Einwilligung ber Eltern ober berfenigen Bersonen, welche beren Stelle vertreten, erlangt haben;

- 2) bem Bormunbe, sowie ben Nachstommen besselben, mit der bevormundeten Persson, bevor die Entlastung des Bormundes nach beendeter Bormundschaft erfolgt ist; ausgenommen im Falle, daß der Bater oder die Mutter der bevormundeten Person durch letzte Willenssverordnung oder mittelst sonstiger authentischer Urkunde die Ehe genehmigt haben;
- 3) bem burch Richterspruch bes Chebruch & überführten Chegatten mit feinem Mitfcul-bigen;
- 4) bem wegen begangenen ober versuchten Gattenmordes als Urheber ober Mithelfer verurtheilten Shegatten mit berjenigen Berson, welche das Berbrechen verübt ober an bemselben theilgenommen hat;
- 5) benjenigen, welche burch die Priefterweihe ober burch ein gesetlich anerkanntes seierliches Belubbe gebunden find.

Art. 1059. Die Uebertretung ber im borbergehenden Artitel enthaltenen Bestimmungen hat feine andere Birtung, als bag bie Uebertreter fich die nachstehend ermahnten Strafen quziehen.

Art. 1060. Der nicht emangipirte Minderjahrige ober ber unter Bormundschaft ftebende Mehrjahrige, welcher ohne Ein willigung ber Eltern (bezw. beren Stellvertreter) eine Ehe eingeht, verfällt in folgende Strafen:

- § 1. Der nicht emangipirte Rinderjahrige tann nicht beanspruchen, bag die Berwaltung feines Bermögens ihm überlaffen werde, bebor er das Rebrjährigfeitsalter erreicht hat; wobei er jedoch das Recht behält, die zu feinem Unterhalte nothwendigen Mittel bis zur Obbe feines Einkommens zu verlangen.
- § 2. Die unter Borm und ich aft geftellten Mehrjahrigen tonnen die Berwaltung ihres Bermbgens nur dann fibernehmen, wenn die Urfache ber Bebormundung ju bestehen aufhort. 3m Uebrigen gelten die mit Bezug auf die Minderjährigen aufgestellten Bestimmungen.
- § 3. Die bon nicht emanzipirten Minderjährigen ober unter Bormundschaft ftehenden Mehrjährigen ohne die erforderliche Zustimmung eingegangenen Ehen werden stets als nach dem Grundsatze der Gütertren nung abgeschloffen betrachtet.

Art. 1068. Der Bormund ober beffen Ablömmling, welcher — entgegen ben Bestimmungen bes Art. 1058, Biff. 2 — mit der bevormundeten Person (Mündel) fich verheirathet, ift nicht fahig, bon berjelben, sei es durch Schenkung ober durch Testament, etwas zu erwerben. Eine solche Ehe wird übrigens als mit Trennung der Guter verbunden angesehen.

Einziger S. Außerbem wird bem Bormunde mahrend ber Minberjagreigteit ber bevormundeten Perfon Die Berwaltung ihrer Guter entzogen. Art. 1064. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artitels finden ebenfalls Anwendung auf die in Art. 1058, Biff. 3 und 4 bezeichneten Berfonen, welche entgegen den in diesem Artitel enthaltenen Berboten eine See eingehen würden.

Art. 1061. Sind die Eltern nicht einig bezüglich Ertheilung der Einwilligung jur Ehefchließung, so entscheibet die Meinung des Baters. Wenn nur ein Elterntheil vorhanden oder der andere gesetlich verhindert ist, seinen Willen zu erklären, so genügt die Eine willigung des überlebenden oder an der Abgabe einer Erklärung nicht verhinderten Theiles; ausgenommen, wenn beim Ueberleben der Mutter diese eine zweite Ehe eingegangen hat und nicht in der Berwaltung der Güter des Kindes bestätigt wurde. In letterem Falle steht das Bustimmungsrecht dem Familienrathe zu.

§ 1. Wenn, in Grmangelung ber Eltern, ber Großvater Die Bormunbschaft übernommen hat, so steht es biesem zu, die Ginwilligung zu ertheilen ober zu verweigern.

§ 2. In Ermangelung ber Eltern und ber Großväter steht bieses Recht bem Familiens rathe qu.

Art. 207. Der Familienrath (conselho de familia) besteht aus fünf der nächsten Berwandten bes Minderjährigen, welche in dem Gerichtsbezirke despienigen Ortsrichters wohnen, wo das vormundschaftliche Inventar aufzunehmen war (residentes dentro dos limites da jurisdicçad do juiz do inventario). Drei dieser Berwandten werden aus der väterlichen und zwei aus der mütterlichen Linie genommen, wobei unter Berwandten des nämlichen Grades der ältere dem jüngern vorgezogen wird.

- § 1. Wenn nur aus der einen Linie Berwandte da sind, so werden die übrigen stimmberechtigten Ritglieder (vogues) aus der Mitte derjenigen Personen gewählt, welche in vertraulichen Beziehungen zu den Ettern des Minderjährigen standen; jedoch mit dem Unterschiede, daß in diesem Kalle, wenngleich die borhandene Linie der Berwandten die mütterliche wäre, dieselbe drei stimmberechtigte Mitglieder zu liesern hat.
- § 2. Die vollbürtigen Brüber, fowie die Ehemanner ber vollbürtigen Someftern fonnen alle gleichzeitig Mitglieber des Familienrathes fein, wenn deren auch mehr als fünf find; falls aber die Zahl derfelben eine gerade ift, jo foll noch ein sonstiger nächfter Berwandter hingugezogen werben.

Art. 208. Wenn die Jahl der Berwandten, welche in dem Gerichtsbezirte, wo das Inventar aufgenommen wurde (no julgado do inventario) ihren Wohnort haben, zur Bildung des Familienrathes nicht hinlanglich ift, so werden solche Personen hiezu berusen, welche mit den Eitern des Minderjährigen in vertraulichen Beziehungen standen, und, in Ermangelung von solchen, irgend welche andere ehrbare Personen.

Art. 209. Diejenigen Berwanbten, welche in einem andern Berichtsbegirte wohnen, tonnen auf ihr Berlangen am Familienrathe als Mitglieber theilnehmen.

Art. 216. Der Ortsrichter (o juiz) führt beim Familienrathe den Borfits, ohne felbst stimmberechtigt zu fein.

Art. 1062. Gegen die Ertheilung ober Berweigerung ber elterlichen, bezw. vormunbschaftlichen Ginmilligung gibt es feinen Retur 8.

Das portugiesische Gesetz kennt keine bie Auflosung bes Chebanbes bewirkenbe, b. h. jur Gingehung einer weitern Che berechtigenbe, Sch eibung.

III.

Art. 1075. Der burgerlichen Cheschließung muß die Berfundung am Bohnsitze ober am Wohnorte eines jeden ber Brautleute vorausgehen. Im Cheverfundung gaft muffen angegeben fein:

- 1) die Bornamen und Familiennamen, das Alier, ber Beruf, der Bohnfit oder der Bohnsort ber Chefchleißenden;
- 2) Die Bornamen und Familiennamen, ber Beruf und ber Wohnsig ober ber Bohnort ihrer Citern
- § 1. Wenn die Trauung nicht durch ben Civilstandsbeamten des Wohnsites eines der Brautleute vollzogen werden soll, so muß die Berkündung gleichwobl am Wohnsitze eines jeden der Brautteute geschehen und im Gheverkündungsakt der Ort angegeben sein, wo die Trauung stattsinden wird.
- § 2. Behufs Bornahme ber Berkündung von Cheversprechen sind dem Civilstandsbeamten vorzulegen: die Urkunden über die Einwilligung der gesetzlichen Borgesetzten der Brautleute, sofern dieselben einer solchen bedürfen.

Art. 41. Der Bobn fit (domicilio) eines Bortugiefen [in Portugal] ift in Betreff ber Ausübung feiner Civilrechte ba, wo er feinen bleibenden Bohnort (residencia) hat.

Art. 43. Derjenige, welcher ver ich iebene Bohnorte hat, an welchen er fich abwechselnd aufhält, hat
seinen Wohnsig da, wo er jur Zeit sich befindet; es sei
benn, daß er bei der betreffenden Gemeindsbehörde ausdridlich erklart habe, er mahle einen jener Orte als
bestimmten Wohnsig.

Art 44. Der Wohnsit fann nach Sutbunken verandert werden, rur ist bei der Gemeindsbehörde sowohl bes Ortes, der verlaffen, als desjenigen, wohin der Wohnsit verlegt wird, eine bezügliche Erklarung abzugeben.

Einziger &. Diese Erklärung bringt ihre Wirkungen bervor, sobald die That fache des wirklichen Bobnens hinzugetreten ift. Art. 45. Derjenige, welcher teinen ftanbigen Wohnort hat, hat seinen Wohnsit ba, wo er sich befindet,

Art. 47. Die nicht em ancipirten Minderjährigen haben als Wohnsig benjenigen bes Baters ober der Mutter, unter deren Gewalt sie sich befinden, und in Ermangelung der Eltern denjenigen des Bormundes.

Art 48. Die unter Bormundichaft geftellten Debrjahrigen haben als Wohnfit benjenigen bes Bormundes.

Art. 50. Die nicht unter Bormundschaft gestellten Großichrigen, sowie die emancipirten Minderschrigen, welche als Dien fib ot en ober sonst als Arbeits-leute (Gehülfen) das Qaus des Dienstherrn (bezw. Arbeitgebers) bewohnen, haben den Wohnsty dessenigen, welchem sie dienen oder bei welchem sie arbeiten.

Art. 51. Die öffentlichen Bramten, welche ihr Amt an einem bestimmten Orte ausilben, haben auch baselbst ihren Bohnsit.

Art. 52. Die einem Regimente einverleibten Milit arper fon en haben ihren Bohnfig da, wo der Truppentörper, welchem fie angehören, in Garnison fieht. Einziger §. Die zur Kriegsflotte gehörenden See-

Einziger S. Die zur Ariegsflotte gehörenden See-leute haben ihren Wohnst in Liffabon. Die Mannschaft der handelsschiffe, sowie diejenige der Auftenfahrer hat ihren Bohnstg an dem Orte, zu welchem das betreffende Fuhrzeug zugehörig ist; mit Ausnahme berjenigen Leute, welche bereits anderswo einen bestimmten Wohnsig haben.

Art. 1076 u. 1077. Der Berkunbich ein ift nach Ablanf einer funfzehntägigen Anschlagefrift erhaltlich.

Eine Berfundung, welcher nicht innerhalb eines Jahres ber Abschluß ber Che folgt, ver= liert ihre Gultigfeit.

Art. 2479. Der portugiefische Staatsangehörige, welcher im Auslande eine Che eingegangen hat, soll dieselbe — binnen drei Monaten nach seiner Ridtehr in das portugiesische Staatsgebiet — in die Civilstandsregister seines Wohnsiges eintragen laffen, und zu diesem Behufe dem betreffenden Civilstandsbeamten eine authentische Urfunde vorlegen, aus welcher ersichtlich ift, daß die Ehe gesetzlich abgeschlossen wurde.

IV.

Urt. 119. Die Legitimation burch nachfolgende Che ber Eltern erfolgt:

- 1) wenn die betreffenden Kinder in der Heirath & urfunde ihrer Eltern, oder in der eigenen Geburtsurkunde, oder durch Testament oder durch eine fon stige vor oder nach dem Abschluß der She errichtete öffentliche Urfunde von ihrem Bater und ihrer Mutter anerkannt worden sind;
- 2) wenn bie Rinder ein ihre Abstammung feststellendes gerichtliches Erfenntnig ausgewirft haben.

§ 1. Die Anerkennung, auf welche fich Biff. 1 bezieht, kann von allen benjenigen angefochten werben, welche ein Intereffe babet haben.

§ 2. Die Bestimmung ber Biff. 2 ift auf biejenigen Falle anwendbar, in welchen bie Erforichung ber Baterschaft ober ber Mutterschaft aulässig ift.

S 3. Die Birtungen ber Legitimation beginnen in jedem Falle mit dem Tage bes

Cheabichluffes.

Art. 120. Auch bereits ver ftorben e Rinber fonnen ju Gunften ihrer Nachkommen legitimirt werben.

Art. 121. Die burch nachfolgende Che legistimirten Rinder werden in allen Beziehungen ben ehelichen Rindern gleichgestellt.

* *

Das portugiefische Geset sieht die Führung eines besondern Registers für die Anerkennungserklärungen und Legitimationsbeurfundung (Registo dos reconhecimentos e legitimagoes) vor. — Art. 2488 bis 2491 d.s portogies. Civilgesetd. und Art. 48 und 49 des Reglements für die Führung der Civilstandsregister (Regulamento do Registo civil) vom 28. Rovember 1878 (Diario do Governo, No 271, de 29 de novembro de 1878).

Rumanien.

Seit 1864 bestehen die Civilstand Bregister. Ausfertigungen aus den früher von den Geiftlichen bezw. Rabbinern geführten Registern bedürfen der Beglaubigung durch den Civilstandsbeamten.

Das im Jahre 1864 in Rumanien eingeführte Sivilgesethuch ist im Wesentlichen bem französischen Code civil nachgebildet. Indessen wird, vom französischen Borbilde abweichend und gewissermaßen im Gegensaße zu demselben, die — gemäß Art. 22 der rumanischen Beisassung zur gültigen Geschließung unbedingt ersforderliche — kirchliche Traunn als civilrechtliche Form des Cheabschlusses aufgestellt.

Die firchlich geichloffene Che wird in Die Civilftandsregister eingetragen, welche Borfcbrift ebenfalls bezüglich ber im Auslande geschloffenen Chen besteht.

Quelle. Glasson, op. cit, p. 305 et s.

Rugland.

Laut Handbuch für Die schweiz. Civilstands, beamten, Thl. III, Nr. 159, ertbeilte die russische Sesandtschaft in Bern seiner Zeit folgenden Bescheid betreffend die in Art. 31, Lemma 4

und Art. 37, Schluflemma bes schweizer. Gesetzes vorgesehene Anertennungs

erflärung:

"Die kaiferliche Gefandtschaft von Rußland bescheinigt andurch, daß nach der Gesetzgebung des Kaiserreichs russische Unterthanen in fremden Ländern ungehindert eine She eingehen können, unter der Bedingung, daß die Trauung nach den Regeln und Borschriften der Konfessionen (oder der Konfessionen) erfolge, welcher (oder welchen) die Brautleute angebören.

"Chen, welche unter Beobachtung biefes Grforderniffes abgeschloffen find, werden in Rußland mit allen ihren gefetlichen Folgen als

gultig anerfannt."

Der Eingangs angeführten Quelle ist ferner zu entnehmen, daß dieselbe Gefandtschaft mit Rote vom 6. Weinmonat 1876 sich dahin erstlärte:

"Die rufsische Gesetzgebung anerkenne und verlange nur die kirchliche Erauung und die kaiserlichen Behörden haben sich baher mit der Anerkennung im Auslande bürgerlich abgeschlossener Chen rufsischer Unterthanen nicht zu befassen. Gin rufsischer Unterthan möge indessen in beiden Formen sich trauen lassen und damit den Anforderungen der rufsischen und der schweizerischen Gesetzgebung genügen."

Nach Lage der Berhälmisse werden die Russen nicht versaumen dürfen, der Civiltrauung eine in der Kirche ihres Bekenntnisses, zumal in der russischen — wenn einer der Brautleute der orthodoxen Kirche angehört (Vide S. 58 Abschn. I, Biss. 3) —,

abgeschloffene Che folgen zu laffen.

Damit Die schweizerischen Beborben ber Befahr enthoben feien, bet einer Chefchliegung mitzuwirken, welcher die zur firchlichen Trauung erforderlichen Boraussetzungen fehlen murden, follte indeffen ber ruffische Staatsangeborige etwa burch amtliche Befcheinigungen über bie im gegebenen Falle zu berudfichtigenben Borichriften ber heimatlichen Gefetgebung beziehungeweise über feine perfonliche Fabigfeit - fich auszuweisen haben. Dieß gilt namentlich mit Bezug auf die verbotswidrigen Bermandtschaftsgrade, sowie überhaupt die verschiedenen in nachstebender Ueberficht ermabnten Chehinderniffe. Gine derartige Beicheinigung auszuftellen, mare allenfalls Sache bes Beiftlichen, welchem bie Bornahme bes betreffenben Cheabschluffes zusteht.

Das Wert bes Brofessor Ernft Lehr « Eléments de droit civil russe (Paris, 1877) »
— Bgl. "Standesbeamter" de 1878, S. 110

— enthält in Band I, S. 18—36 folgenbe Angaben, welche rudfichtlich ber nach Obigem ju verlangenden Nachweise Anhaltspunkte bieten tonnen :

1. Die Glieber ber griechisch = ruffischen (orthodogen) Rirche fonnen ohne die Benehmigung ber Regierung ober ber Rorperschaft ober ber Bemeinbe, welcher fie angehoren, eine Che schließen, mogen bie beiden Berlobten oder mag nur ber eine Theil bem ruffifchen Staates verbande angehören.

2. Ehen zwischen anbern als griechischfatholifchen Chriften werben nach beren Bekenninis ohne ftaatliche Mitwirkung gefcoloffen und find nur ben ftaatlichen Befegen betreffe ber Chemundigfeit, ber freien Ginwilligung, ber elterlichen und vormundschaftlichen Benehmigung, sowie bes Grundfages ber Mono-

gamie unterworfen.

3. Ehen zwischen griechtichen und romifchen Ratholiten, welche nicht burch einen griechischeruffischen Beiftlichen eingefegnet murben, find nichtig; besgleichen zwischen Drthodogen und Protestanten.
4. Christen ift bie Ghe mit Richt=

ch rift en verboten.

5. Richtchriftliche Ruffen (Mufelmanner und Juden) burfen die Che nach ihren Bewohnheiten und Rechten eingeben, vorausgefest, daß fie das gesetliche Beirathealter beobachten.

Berfonen, welche über 80 Jahre alt find, tonnen teine Che mehr eingeben.

Co lange bie Rinber unter elterlicher Bewalt fteben, bedürfen fie jur Cheschließung ter Gin-milligung ber Eltern, bes Bormuns bes ober bes Curators, beziehungsweise in erster Einie des Baters und, wenn derselbe nicht mehr am Leben ober außer Stande ift, feinen Billen ju außern, berjenigen ber Mutter, beren Stelle, wenn fle verftorben ober nicht in ber Lage ift, ihren Billen zu außern, ber Bormund oder ber Curator ju vertreten bat.

In ben baltifchen Brobingen, fowie in ben Gouber-nements Efchernigow und Boltama ift Ergangung ber Einwilligung burch bie Berichte gulaffig. Eltern tonnen großjahrigen (über 21 Jahre

alten) Rindern nur aus ben im Rirchengefege bon 1332, Art. 70 bestimmten Grunden Die Ginwilligung verfagen.

Chen, bei welchen ber eine Chegatte ber orthobogen (ruffifch-griechifden) Rirche angehort, tonnen nur durch ein Erfenntnig bes Diocejangerichts unter Beftätigung ber Rirchenfynobe aufgelost merben

Für römische Ratholiten tritt eine Losung ber Che nur burd Richtigfprechung Seitens ber geift-lichen Obrigfeit ober burd Ablegung bes feierlichen Reufchheitsgelübbes ein. Außerbem besteht für biefelben nur die zeitweise oder immermahrende Trennung von Tijd und Bett, nicht bie Cheideibung. (Bgl. "Ranonijdes Recht".)

Die Protestanten find bem Scheidungsrechte

ihrer Rirche unterworfen.

Wenn eine Che nichtig gesprochen ift, barf feiner ber frühern Chegatten vor Ab = lauf eines gewiffen Beitraumes, welche je nach bem Grunde ber Richtigsprechung awischen 3 und 6 Jahren schwanft, eine neue Che eingeben.

Derjenige, beffen Che megen Bigamie nichtig gesprochen ift, barf teine weitere Che eingeben, wenn fein fruberer Chegatte fich nicht wieder mit ihm vereinigen will, selbst nicht nach deffen Tobe. Der frühere Chegatte bedarf gur Bieberverheirathung einer firchlichen

Erlaubniß.

Dasselbe gilt, wenn ein Chegatte ben anbern verläßt und fünf Jahre lang feine Radricht von feinem Aufenthalte gibt. Rur Militarpersonen, welche in Folge friegerischer Greigniffe langer als funf Jahre abwesend find und nach ber Rudfehr ihre Che gelost finben, burfen fich wieder verheirathen.

Sind beibe Theile im Falle ber Bigamie ober im Falle ber boslichen Berlaffung als ich ulbig erflart, fo ift ihnen bie Bieber= verheirathung unbedingt, auch nach bem Tobe

bes andern Chegatten, unterfagt.

Die Che ift verboten:

1) Orthodogen, die bereits breimal ver= hetrathet gewesen find;

(Bur Sicherung Diefes Berbotes ift vorgefcrieben, daß bei Berwittweten die Zahl ihrer Eben in die bei Bechfel des Bohnfiges erforderlichen Legitimationspapiere aufgenommen merbe.)

2) a. bei Orthodogen: zwifchen Ber = wandten und Berfchwägerten

bis zum vierten Grabe;

b. bei romischen Ratholiten: zwischen ebelich Bermanbten und Berfchmägerten bis zum vierten, außerehelich Bermandten bis zum vierten, außerehelich Ber= ichwägerten bis jum zweiten Grabe (Bgl. "Ranonisches Recht", Abschn. IV); (Die Cheverbote wegen Bermanbticaft und

Schmägericaft bestimmen fich somit nach ben Ge-fegen bes firchlichen Befenntniffes.) wegen Tauf= und Firmpathen=

ídhaft;

4) wegen Abopt i voerwandtschaft, zwischen dem Adoptirenden und den Nachstommen des Adoptirenten, zwischen dem Adoptiren und den Kindern des Adoptischen, zwischen und des Adoptirten Ehegatten, zwischen dem Adoptirten und des Adoptirten und des Adoptirten und des Adoptirten und des Adoptirten Ehesatten.

5) bei Ratholiken: auf Grund des off entslichen Aergernisses, zwischen dem einen Berlobten und den Berwandten im ersten Grade des andern Berlobten, sowie zwischen dem durch den Tod oder wegen Impotenz oder wegen abgelegten feierlichen Gelübdes des andern Chegatten Geschiebenen und den Berwandten des andern Ehegatten bis zum vierten Grade kanonischer Computation;

6) in der orthodogen Kirche: den Regulargeistlichen, Patriarchen, Exarchen, Metropolitanen, Erzbischöfen, Bischöfen u. s. w. nicht den Popen, Protopopen;

(Legtere bürfen jedoch nur vor ihrer Confecration, nicht nachher, eine Ghe eingehen. Die She ist also allen benjenigen verboten, welche die Priesterweihe empfangen ober ein Klostergellibbe abgelegt haben.)

- 7) ben Militär: und Civilbeamten ohne schriftliche Erlaubniß ihrer Borgesfenten:
- 8) awischen Mitgliedern ber Gefanbtichaft und Auslanderinnen ohne Erlaubniß ber Regierung.

Bezüglich ber meiften ber unter Biff. 2-5 angeführten Berbote fteht bie Befugniß gur Dispenfationsertheilung ben Erzbischöfen gu.

Ungültig find: die Chen in verbotenen Berwandtschaftsgraden; die Ehen von Geschiedenen, denen die Biederverheirathung untersagt ist; die Shen von Personen, welche das Heirathsalter überschritten haben, oder welche schon dreimal verheirathet waren; die Chen der Regulargeiftlichen.

Ein Gesetz ober vielmehr ein am 19. April 1874 vom Kaiser genehmigtes Gutachten des Staatsrathes führte die Et vile he zu Gunsten der Dissidenten ein. Diese Bergünstigung erstreckt sich indessen nur auf die gegenwärtigen oder zufünstigen Nachkommen der alten kirchzlichen Sektirer und nicht etwa auf die Anhänger der neueren politischen Sekten oder überhaupt diesenigen, welche sich von der orthodogen Kirche lossagen. Das Abtrüunigwerden von der Staatskirche gilt übrigens als ein Bergehen. (E. Glasson, Le mariage civil et le divorce, Paris 1880; p. 422.)

In ber Schweiz erscheint es bemnach angezeigt, um späteren Indigenatsconstiften vorzubeugen, die Civiltrauung ber russischen Staatsangehörigen — zumal mit Schweizerinnen — nur bann vorzunehmen, wenn Gewisteit vorshanden ift, daß berselben ein kirchlicher Chesabschluß folgen werde.

Schweden.

Wenn beibe Brautleute zur Staatstirche gehören, so wird in Schweben die She vor dem lutherischen Geistlichen geschloffen. Richtlutheraner schließen die She vor dem Beiftlichen ihrer Rirche nur dann, wenn dieser Geistliche vom Könige hierzu ermächtigt ift. Ift Legteres nicht der Fall, so wird zur Civile he Zuslucht genommen. Als Civilstandsbeamter fungirt alsdann in den Städten der Magistrat, auf dem Lande der Steuereinnehmer (Kronosogde). Geset vom 31. Ottober 1873.

T.

Laut einem Erlasse bes Breuß. Min. b. Innern vom 7. Juni 1878 — beziehungsweise einer Mittheilung ber Schwebischen Regierung an die Deutsche Gesandtschaft in Stockholm ("Standesbeamter" de 1878, S. 229.) — sind nach schwedischen Gesetzen für die Vereheslichung von Winderjährigen folgende Bestimmungen maßgebend:

1) Manner unter 21 Jahren bes burfen zur Cheschließung bes Dispenses bes Konigs.

2) Manner, welche bas 21. Lebensjahr erreicht haben, auch wenn sie für minder jährig erklärt sind, sowie Bittwen ober geschiebene Frauen, welche für minderjährig erklärt sind, können ohne Zustimmung ber Eltern ober des Bormundes eine She eingeben.

3) Jedes Mabchen, welches das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht hat oder nach biesem Zeitpunkte für minderjährig erklärt worden ist, bedarf der Einwilligung des "Gistoman", d. h. derjeuigen Person, welche das Geses mit dem fraglichen Rechte betrauet. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind in dem sog. Code de mariage Cap. 1, §§ 2, 3 und 4 enthalten.

Abelige Fraulein, felbst wenn munbig erflart, fonnen ohne Buftimmung bes "Giftoman" feine Ghe eingeben.

Das Recht bes a Giftoman » steht — nach Glasson, Le mariage civil et le divorce, Paris 1880, p. 439 — in erster Linie dem Bater zu, sodann der Rutter und, salls beide Eltern todt sind, derzenigen Person, welche von denselben hierzu bestimmt worden ist. Beim Richtvorhandensein einer solchen Person geht dieses Recht

an bie nachften Bermanbten über, und zwar zuerft an bie vollburtigen Bruder, bann an die halbburtigen und in beren Ermangelung an Die Grofvater ober, wenn solche nicht vorhanden, an den Oheim väterlicher oder dann an den Oheim mütterlicher Seite, und nach diesem an eine Reihe entsernterer Berwandten, und nur bei

ganglichem Rangel jeglicher Berwandten an den Bormund. Uebrigens foll — nach Glasson — der Rangel der Zustimmung des Gittoman keinen Richtigkeitsgrund für die einmal geichloffene Che bilben, wohl aber auf die gaterrechtlichen Folgen ber Ehe einen wefentlichen Ginfluß ausüben tonnen.

Das bermalen' großentheils noch in Rraft bestehende fcwedifche Gefegbuch vom Jahre 1734 bezeichnet als Chescheidungsgrunde, welche eigentlich als Nichtigkeitsgrunde, beziehungsweise Chehinderniffe aufzufaffen find:

1) bas immermahrende Unvermögen, die ebeliche Bflicht zu leiften (3mpoten 3), wenn es ichon gur Beit bes Cheabichluffes

vorhanden mar :

2) wenn in ber Beit zwischen ber Ber= lobung und ber Trauung einer ber Chegatten mit einer britten Berfon fleifch = lichen Umgang hatte, und biefes Berbaltniß tem anbern Gattentheile erft nach Abichluß ber Che befannt murbe;

3) wenn ber Chemann nach vollzogener Trauung entbeat, daß feine Gattin, wenn auch vor ber Berlobung, mit einem Dritten fleifchlichen Umgang gehabt

hat;

4) wenn einer ber Chegatten gur Beit bes Cheabschluffes mit einer anftedenben Rrantheit behaftet mar und Diefen Umftand bem andern Battentheile verschwiegen batte.

Quelle: Glasson, op. cit., p. 446.

Spanien.

Ein provisorisches Gesets (« Ley provisional de matrimonio civil,») vom 18. Juni 1870 führte die Civilehe — und zwar als, ohne Rückficht auf die Konfession, obligatorisch — ein. Diese Geleg ist mit gewissen Einschränkungen noch jest gültig; bezüglich der Katholiken stellt nämlich ein Dekret v 9. Februar (Gaceta de Madrid, 10 de Febrero) 1875 bas frühere die firchliche Trauung voraussegenbe Chefcliegungerecht (vide "Ranonifces Recht" und Abiconitt II ber nachftebenben Rotig) wieder ber, beläßt es aber für Richtfatholiten (a personas de otra creencia que la verdadera») und für "ichlechte den Censuren und Strafen der Kirche versallene Ratholiken (malos catolicos sujetos á las censuras y penas eclesiásticas) bei bem provifori-ichen Civilebegeset, beffen Bestimmungen über bie zivilrechtlichen Wirtungen ber Che judem in fraglichem Defret als allgemein aufrechterhalten erflart werden. Ueberbieg behnt bas Defret bom 9. Februar 1875 - im Gegenfat ju früheren Berfügungen — bas Cheberbot wegen ber Prieftermeibe ober bes feierlichen Reufcheitsgelübdes auf folche Ratholifen aus, welche fich von ber

Rirche losgefagt haben. In Betreff ber Einwilligung des Inhabers ber elterlichen Gewalt befteht ein besonderes Gefet (a Ley de disenso paterno ») vom 20. Juni 1862, welches hinfichtlich ber firchlichen fomobl als der burgerlichen Cheichliegung - b. b. neben ben Borichriften tes tanonifchen Rechtes, beziehungsweife bes Civilehegefetes

- in Unwendung tommt

Seit Infrafttreten des Civilftandsgefeges (a Ley provisional de Registro civil ») bom 17. Juni 1870 ift bie Fuhrung ber Civil ft and Bregifter ausichlief. lich Sache ber weltlichen Behörden: ber a Direccion general de los Registros civil y de la propiedad y del Notariado », ber « Jueces municipales » (Dris. richter) und ber biplomatifden Bertreter ober Ronfularbeamten. Gemäß einer Berordnung (Real Orden é instruccion para verificar las inscripciones de los matrimonios canonicos celebrados desde 1870 en adelante) bom 19. Februar 1875 follen die firchlich abg: folloffenen Chen ebenfalls in die Civilftanderegifter

abg: intofenen Egen ebenfalls in die Etvitsandsregister

und zwar auf Brund einer bezüglichen pfarramtlichen Bescheinigung — einzetragen werden.
Das Civilregister (Registro civil) zerfällt in vier Abtheilungen: 1) Das Geburtsregister (R. de nacimientos), 2) das Eheregister (R. de matrimonios),
3) das Tobtenregister (R. de desunciones) und 4) bas Bürgerr gifter (R. de ciudadanfa). - Art. 5 bes obenermabnten Befeges betr. Die Guhrung ber Civil-

ftandsregifter.

Laut Art. 41 bes Civile be gefetes ift bie im Auslande von zwei Spaniern (Spanier und Spanierin) ober von einem Spanier (Spanierin) und einem Auslander (Auslanderin) gefcoffene Che in Spanien aultig, wenn beren Abichluß nach der im betreffenden Lande gefeßlich zu Recht bestehenden Form (la forma externa de aquel contrato) statifand und bie Chefchliegenden gemäß ben fpanifchen Befegen gur Eingehung einer Che fabig maren (y los contrayentes tuvieren aptitud para celebrarlo - sc. el matrimonio - con arreglo á las leves espanolas).

Rach bem gegenwartigen Stanbe ber fpanifchen Befeggebung erfcheint es jeboch jum Dinbeften rathfam, bag fatholifche Spanier einer in der Schweiz abgeschloffenen Civilehe eine firchliche Trauung nach romisch=fatho=

lifchem Ritus folgen laffen.

Ley de Disenso de 20 de Junio de 1862: Art. 1. Der Cohn (hijo de familia), welcher noch nicht das breiundzwanzigste und bie Tochter, welche noch nicht bas zwanzigfte Altersjahr vollendet hat, bedurfen gur Cheschließung der Ginwilligung bes Baters. (Bgl. Art. 14).

Bermitimete bedürfen teiner Einwilligung (Ley 3°, tit. 5°, lib. 10, Nov. Recop.).

Art. 2. Wenn in bem Falle bes vorhergehenden Artikels der Bater nicht vorhanden ober dauernd außer Stande ift, die Einwilligung zu ertheilen, so geht das Recht hiezu an die Mutter über und sodann in der Folge, unter entsprechenden Boraussetzungen, an den Großvater väterlicherseits, bezieshungsweise an den Großvater mütterslicherseits. (Bgl. Art. 12 u. 14.)

Art. 3. In Ermangelung ber Mutter sowie bes Großvaters vaterlicher= und mutterlicher= feits haben nacheinander ber teftamenta= rische Bormund (curador testamentario) und ber erstinstangliche Richter (Juez de primera instancia) das Recht, die Einwilligung gur Chefchließung ju ertheilen. Der Bor-mund wird als zur Ertheilung ber Einwilligung unfahig erachtet, wenn bie betreffenbe Che mit einem Bermandten besfelben bis zum vierten Grade civilrechtlicher Berechnung abgeschloffen werben foll. Comohl ber Bormund als ber Richter follen gemeinschaftlich mit ben nachften Bermandten handeln, und es ift deren Ginmil= ligung nicht mehr erforderlich, sobald bie Cheschließenden - ohne Unterschied bes Beschlechts das Alter von zwanzig Jahren erreicht haben. (Bgl. Art. 14.)

Art. 4. Der Familienrath (junta de parientes), von welchem im vorhergehenden Artitel die Rede ift, besteht:

1) aus ben Afcenbenten bes Minberjahrigen;

2) aus beffen altern Brubern und den Chemannern ber ebenfalls altern Schwestern besjelben, jofern lettere am Leben find.

In Ermangelung von Ascendenten, Brüdern und Chemannern der Schwestern oder wenn weniger als drei dieser Personen vorhanden sind, wird der Familienrath auf die Zahl von fünf stimmberechtigten Mitglieder (vocales) ergänzt, welche aus den nächsten männlichen und vollsährigen Berwandten des Minderjährigen zu wählen sind, und zwar sollen beide Linien in gleichem Berhältnisse vertreten sein, jedoch mit der väterlichen der Anfang gemacht werden. Unter Berwandten des nämlichen Grades wird der Altere dem gingern vorgezogen. Der Bormund wird — wenn derselbe auch Berwandter ist — sur die Zahl der Mitglieder des Familienrathes nicht mitgerechnet.

Art. 6. In Ermangelung von Berwandten wird der Familienrath aus chrbaren Burgern vervollständigt, und es find dieselben wo möglich aus der Mitte derjenigen zu mahlen, welche in vertraulichen Beziehungen zu den Eltern des Minderjährigen gestanden haben.

Art. 8. Der Familienrath wird durch den erstinftanglichen Richter des Wohnsiges des Elternlosen zusammenberusen, wenn nach dem Gesetze das Recht, die Sinwilligung zu ertheilen, ihm zusteht. In den übrigen Fallen ift es Sache des Friedensrichters (Juez de paz). Der betreffende Richter hat den Borsit zu führen, sowie die in Art. 6 erwähnten "ehrbaren Bürger" zu wählen. Art. 10. Der Bormund soll der Sigung des Familienrathes beiwohnen und kann an der Berathung der Berwandten über die beabsichtigte eheliche Berbindung theilnehmen; seine Stimme wird er aber des sonders abgeden, wie es betressenden Falls auch der erstinstanzliche Richter thun wird. Wenn die Meinung des Bormundes oder des erstinstanzlichen Richters von dem Abstimmungsergednisse des Familienrathes verschliebung aus. Bei Stimmengleicheit unter dem Borstie des erstinstanzlichen Richters, entschiede des Priedeischen Stetzenannten. Unter dem Borstie des Friedensrichters entscheider bei Stimmengleicheit des Reinung des nächsten Berwandten, und wenn deren zwei im nämlichen Grade sind, die Meinung des Alteren, oder wenn der Familienrath aus anderweitigen Bersonen (vereinos) besteht, die Meinung des ältesten Mitgliedes.

Art. 12. Die natürlichen Kinber (hijos naturales) bedürfen keiner Einwilligung der Großväter um eine Ehe zu schließen, und ebensowenig der Dazwischenkunft der Berwandsten, wenn der Bormund oder der Richter die Einwilligung zu ertheilen hat.

"Natürliche Kinder" sind diejenigen unehelichen Kinder, beren Eltern im Zeitpunkte der Erzeugung oder der Geburt ihne Dispens mit einander eine Che schließen konnten (Ley 3*, tit 50, lib. 10 de la Novisima Recopilacion).

Art. 13. Die übrigen unehelichen Kinber (hijos ilegítimos) haben nur die Zustimmung der Mutter zu verlangen: und in Ermangelung Letztgenannter ist der Bormund oder endlich der erstinstanzliche Richter zur Ertheilung der Einwilligung berufen. Die Berwandtschaft wird unter keinen Umständen zugezogen. Die Borsteher der Findelhäuser (casas de expositos) gelten mit Bezug auf dieses Gesetz als Bormünder (curadores) der unehelichen in den betreffenden Findelhäusern aufgewachsenen Kinder.

Art. 14. Die jur Ertheilung ber Ginwillis gung berechtigten Berjonen brauchen bie Grunde, auf welche fie fich ftugen, um biefelbe zu versweigern, nicht anzugeben, und gegen ihre Entifcheibung (disenso) ift fein Refurs zuläffig.

Art. 15. Cheliche Sohne, welche über breiundzwanzig und Töchter, welche über zwanzig Jahre alt sind, sind verspslichtet in Betreff der beabsichtigten Seschließzung den Rath (consejo) ihrer Eltern oder Großväter — und zwar in der durch die Art. 1 und 2 festgestellten Reihenfolge — einzuholen. Wenn dieser Rath nicht zustimmend ausfällt, so dürfen die Betreffenden vor Ablauf von drei Monaten nicht heirathen, von dem Lage an gerechnet, an welchem der Rath nachzesucht wurde. Die erfolgte Einholung des Rathes wird mittelst einer die bezügliche Borladung sowie das persönliche Erscheinen der Berechtigten und die Abgabe der betreffenden Erkläs

rung vor einem öffentlichen ober geiftlichen Rotar (Notario publico o eclesiastico) ober vor bem Friedenstichter (Juez de paz) besstätigenden Urfunde nachgewiesen. Ainder, welche entgegen diesen Bestimmungen eine Che schließen, verfallen in die durch Art. 489 (ursprünglich 493) des Strafgesetbuches (Codigo penal) festgesette Strafe.

Der Art. 489 des Strasselsbuches bestimmt als Strasse Gefängnis von geringstem oder mittlerem Grade (la pena de prision correccional en sus grados mínimo y medio).

III.

Das Civilehegefet ftellt als Chebinberniffe auf:

1.

(Art. 4, Biff. 3.) Die relative ober absolute 3 m po ten g, sofern bieselbe vor Eingehung ber Che bestand und offenbar eine immer= währenbe und unheilbare ist.

2

(Art. 5.) — 3iff. 1 entspricht dem Art. 28, Ziff. 1 des schweiz. Geseges; wobei aber zu bemerken ist, daß die spanische Geseggebung keine Scheidung kennt, welche zur Eingehung einer neuen Sche berechtigt, und daß unter der Benennung a divorcio » die bloße Trennung von Tisch und Bett verstanden wird. (Art. 83 des Civilehegesetzes: a El divorcio no disuelve el matrimonio, suspendiendo tan solo la vida comun de los conyuges y sus esectos. »)

* *

(- 2.) Für Ratholiken, welche die höheren Beihen empfangen haben (ordenados in sacis) ober in einen kanonisch approbirten Orden eingetreten sind, die Ablegung bes feierlichen Reusch beitägelübbes; es sei benn, daß dieselben die entsprechende kanonische Dispensation erlangt haben.

3

(- 3.) Für eheliche Kinder, sowie auch für die übrigen Minderjährigen, die nicht erlangte Einwilligung oder der nicht nache gesuchte Rath berjenigen Bersonen, welche nach dem betreffenden Gesetz (vide Abschnitt II) zur Ertheilung der Einwilligung, beziehungsweise bes Rathes berusen sind.

4.

(Art. 6, Biff. 2.) Die eheliche Berswandtschaft in der Seitenlinie bis zum vierten Grade (Geschwisterkinder, Großoheim und Großnichte oder Großneffe und Großstante).

- (Biff. 3.) Die eheliche Schmägerfchaft bis zum britten Grabe ber Settenlinie (Schwager ober Schwägerin, Schwiegeroheim ober Schwiegertante und Schwiegerneffe ober Schwiegernichte).
- (- Biff. 4.) Die une heliche (natural) Schwägerschaft bis zum zweiten Grabe (Schwager ober Schwägerin).
- (— Biff. 5.) Die Aboptivverwandts schaft: bezüglich des verwittweten Chegatten des Adoptivvaters oder der Adoptivmutter und des Adoptivfindes, sowie des Adoptivfindes und des verwittweten Chegatten des Adoptivvaters oder der Adoptivmutter;
- (- Biff. 6.) bezüglich bes Aboptirten und ber ehelichen Nachkommen bes Aboptanten, so lange bas Aboptionsverhältniß besteht.

5.

- (-- Biff. 7.) Der Ehebruch, menn bie Betreffenden rechtstraftig schulbig gesprochen find.
- (- Biff. 8.) Der Gattenmord, bezügelich bersenigen, welche als Urheber, Miturheber ober Theilhaber bes Mordes an dem unschulbigen Chegatten verurtheilt worden sind, auch wenn sie Chebruch nicht begangen haben.

6.

- (— Biff. 9.) Die Bormund fchaft: hinsichtlich bes Bormundes und seines Mundels,
 ausgenommen im Falle, daß der Bater des
 Mundels die Che mit dem Bormunde testamentarisch oder in öffentlicher Urkunde genehmigt hat;
- (— Ziff. 10.) hinsichtlich ber Nachkommen bes Bormundes mit dem Mündel (pupilo ó pupila) bevor die Entlastung des Bormundes nach beendeter Bormundschaft erfolgt ift, ausgenommen in dem unter Ziff. 9 erwähnten Falle.

(Art. 7.) Die Regierung kann auf Rachjuchen der Betheiligten, aus hinreichenden Gründen und nachdem die erforderlichen Einleitungen — nach Maßgabe eines auf das Civilftandswesen überhaupt sich beziehenden Reglementes (Reglamento para la ejecucion de las leyes de matrimonio y registro civil, de 13 de Diciembre de 1870) — getrossen sind, Dispenjation en ertheilen: in Betress des in Art. 6, Jisp. 2 erwähnten Shehindernisses aus der ehelichen Berwandtschaft im vierten Grade der Seitenlinie; serner der Art. 6, Ziss au. 4 erwähnten Sehindernisse der Schwägerichast dis zum dritten, beziehungsweise zweiten Grade der Seitenlinie; und endlich noch in Betress die Art. 6, Zissen Betress die Art. 6, Zissen Art. 6, Zissen Zissen Erwähnten hindernisses wegen Aboptivverwandtschaft.

* _ (

Laut Art. 47 bes vorerwähnten Reglementes vom 13. Dezember 1870 gehört das Dispensationswesen in den Wirkungskreis des Be an ad ig ungs und Ju fi z m in ist er iu m ß (Ministerio de Gracia y Justicia) und es getten als Gr in de, aus welchen Dispense erhältlich sind: der Umstand, daß die beabsichtigte Deirath Kindern aus einer frühern She Bortheile gewährt; daß diese Deirath beiden Brautleuten oder einem derselben oder dürftigen Eltern derselben ein Ausstommen verschafft; daß sie ein Wittel ist. um Rechtsstreite beizulegen, oder daß die betressenden Familien ein sonstiges derartiges Interesse dabei haben; serner die Schwierigkeit zu einer anderweitigen Heirath, der geringen Bevölkerungsgahl oder irgend eines andern Umstandes wegen, zu gelangen; die Bermeidung des öffentlichen Aergernisses, wenn der Berdacht des sleischlichen Umgangs auf den Betressenden lastet, beziehungsweise Rachtommenschaft oder Schwangerschaft vorhanden ist; schließlich überhaupt alle Umstände, infolge welcher nach vernunftgemäßer Anschaung die beabsichtigte eheliche Berdindung auf das öffentliche Bohl oder dassenige der Familien der Sesuchsteller einen günstigen Einsus der Familien der Gesuchsteller einen günstigen Lunftand die Berweigerung als geboten erschene läßt.

Eine Berordnung (R. O.) vom 6. Juli (Gac. 7 Julio) 1872 bestimmt die Rachweise, von welchen sebes Dispensationsgesuch begleitet sein muß. Es sind dieß: 1) ein Stammbaum, aus welchem sich der Berwandtschaftsgrad ergibt, sammt den zudienenden Geburts. Todesund Ehescheinen; 2) solche Schriftstude, welche zur Beglaubigung der im Gesuche angebrachten Gründe dienen können, 3) bezüglich des in Art. 6 Ziff. 6 des Geseiges aufgestellten Cheindernisses, eine authentische Abscrift der Adoptionsurfunde. Wenn als Dispensationsgrund der Umstand geltend gemacht wird, daß uneheliche Kinder vorhanden sind oder daß die Gesuchstellerin schwanger ist, so genügt hierüber die Erstärung der Betheiligten; wobei sedoch zu bemerken ist, daß die auf daß Berwandtschaftsverfältnis bezüglichen Dotumente gleichwohl beigebracht werden müssen.

IV.

Bezüglich ber Berfunbung einer Ghe in Spanien werden bem Civilehegefet folgende Anhaltspunfte entnommen :

(Art. 9.) Die Berkundung hat am Bohnfit e ober Wohnorte (domicilio o residencia) eines jeden der Brautleute zu geschehen.

Im Chevertündung gaatt muffen ansgegeben sein: Die Bornamen und neben tem vaterlichen auch der mutterliche Familienname, das Alter, der Beruf oder das Amt eines jeden der Brautleute, sowie deren Geburtsort und Wohnsitz und die verschiedenen Orte, woselbst sie sich während der zwei letzten Jahre aufgeshalten haben, und zwar muffen diese Orte nach Gemeinde, Provinz u. s. mäher bezeichnet sein.

Im Cheverkundungsati muffen ebenfalls angegeben fein: bie Bornamen und Familiennamen, der Beruf oder das Amt, sowie der Wohnort der Eltern der beiden Brautleute. (Art. 37 des Reglements vom 13. Dezember 1870.)

(Att. 11, 12 u. 13.) Die Bekanntmachung hat mittelst zweimaligen Anschlags während zwei aufeinanderfolgenden Bochen in den verschiebenen Pfarrbezirken (parroquia) zu geschehen, in welchen die Betreffenden innerhalb der letten zwei Jahre ihren Wohnsitz gehabt oder sich aufgehalten haben.

(Art. 18.) Aus wichtigen Gründen fann bie Regierung (sc. el Ministro de Gracia y Justicia) von den Berkundungen (del segundo edicto

ó de ambos) bispenfiren.

(Art. 19.) Der Berkündschein ist fünf Tage nach Ablauf der Anschlagsfrist (á los cinco dias de concluido el término de la publicacion de los edictos) erhältlich.

k , *

Art. 42 bes Reglements v. 13. Dezember 1870: Die Bornahme ber gesehlich vorgesehenen Berkin-bungen ift zur Gultigkeit einer Che unbedingt erforberlich; es sei benn ber Rachweis vorhandener Todesgefahr oder erlangter Dispensation erbracht worden.

(Art. 33 enthalt die gleiche Bestimmung wie Art. 36, Schluffat, bes schweiz. Gefetes mit bem Busate jedoch, daß auch die Befreiung von einer Berfundung nur mahrend sechs Monaten, vom Datum der Dispensation an gerechnet, in Rraft bleibt.)

٧.

Gemäß Art. 67, Biff. 9 bes spanischen Gesetzes betreffend die Führung ber Civilftandszregister (Ley provisional de Registro civil) vom 17. Juni 1870 sollen die Legittimation verflärungen bezüglich vorehezlicher Kinder in der Heirathsurfunde selbst enthalten sein.

VI.

Art. 42 bes Civilehegesetes: "Die im Auslande von zwei Spaniern oder von einem
Spanier, welcher seine Staatsangehörigkeit beis
behalten will, und einem Ausländer geschlosenen Ehen sollen innerhalb fünfzehn Tagen
nach der Trauungsvollziehung in das Civilere gifter (registro civil) der spanischen Gen bisch aft oder des spanischen Gonsulates des bessenigen Ortes eingetragen werden, wo der Abschluß der Che stattgefunden hat, oder, in Ermangelung einer solchen Gonsulates am betreffenden Orte, in das Civileregister der diesem Orte nächstefindlichen spanischen Gesandtschaft, beziehungsweise des nächstefindlichen spanischen Gesandtschaft, beziehungsweise des nächstefindlichen spanischen Gonsulates."

Die Bestimmungen bes Urt. 42 Des Civilebegefen:3 find - mit Bejug auf die firchlichen Chefcliegungen - in der Berordnung (Real Orden é instruccion para verificar las inscripciones de los matrimonios canonicos) vom 19 Februar 1875, als Art. 2, wieder-

Den spanischen Gefandten ober Confular= beamten liegt es ob, bie auslandische heirathsurfunde nach Spanien au befördern, resp. der Direccion general zukommen zu laffen, behufs Uebermachung an ben betreffenden Juez municipal ober, behufs Eintragung in ihr eigenes Regifter, falls ein Bohnfig ber Cheschliegenben in Spanien nicht befannt ift. (Art. 70 bes Gefetes - Ley de Registro civil - vom 17. Juni 1870.)

Ungarn.

Die feit 1659 für Ungarn erlaffenen Befege und Berordnungen (Decreta et articuli regum regni Hun-

garie) sind in einer als zweiter Theil des Corpus juris hungarici angeschenen amtlichen Sammlung enthalten. Für Ratholiten, unirte Griechen und griechische Orientalen gilt, sowohl im Stammlande als in den partidus adnexis — für die Unitarier auch in Siedenburren nur das ftreng tirchliche Recht (vide "Ranonifches Recht"), wobon blog einige rein weltliche Fragen ausgenommen find. Staatliche Chegefete befteben nur für Die Evangeliten beider Befenntniffe und für die Juden. Bas insbesondere Die Evangeliten betrifft, beren She ge se geb ung durch das am 6. Marg 1786 iu Wien erlassene faiert. Patent und den dazu erstofenen Rachtrag d. d. Ofen am 27. hornung 1787 geregelt, jedoch durch Geschartifel Lill bom Jahre 1868 wefentlich modifizirt. Bezüglich ber Juben wurden burch Doffangleibetret d. d. Wien am 22. Rovember 1863, Pofianzietoetrei a. a. 201en am 22. Robember 1803, 8. 15940, unter Berweisung auf den Zurechtbestand des Gefetgartifels XXIII v. 3. 1827 und § 3 des Gefetgartifels XXIX v. 3. 1840, provisorische gegenwärtig noch in Krast bestehende Bersugungen getroffen.

Die Gerichtsbarkeit in Spelachen ist geregelt durch Gesegartitel XLVIII und LIV v. J. 1868 und XXXI v. J. 1871, dann durch allerhöchste Berordnung vom August 1868 sammt Min. Bog. v. 10. Juli 1871.

Ginem Erlag Des Bfterreichifchen Minifteriums für Cultus und Unterricht vom 28. Nov. 1878, 3. 18104 ift ju entnehmen, daß gur Ausstellung rechtsgültiger Beugau entiegnen, dus zur Ausieuung regisgutiger Zeugniffe über die Bulaffigleit der durch ungarische Staatsangehörize im Auslande abzuschießenden Sehen, beziehungsweise zur Ausstellung eines Zeugniffes über die personliche Fähigkeit zur Gingehung einer gültigen Ehe, ausschließlich das kgl.
ungar. Ministerium für Cultus und Unterricht berufen fei. Diefer Erlaß lautet im Beitern: "In derartigen Beugniffen wird fowohl die perfonliche gabigkeit bes geugnissen Staatsbürgers, welcher im Auslande eine auch in Ungarn güttige She eingehen will, wie auch der Umstand bestätigt, ob der Betreffende dem § 44 des ungar. Wehrgeseges (G. A. XL v. J. 1868) entsprechend eine Ehe einzugehen berechtigt ist. Die Einrichtung des politischen Ehrechsenseines besteht in Ungarn nicht."

Das tgl. ungarifche Ministerium am a. b.

Soflager hat unterm 28. Mars 1871, 3. 42712, befannt gegeben, baß in Ungarn nur jene Chen als gultig betrachtet werben, welche unter Ginhaltung ber vorgeschriebenen Formalitaten geschlossen werben, und daß somit auf Grund einer Civilehe - sie mag wo immer geschloffen worden fein - weber bas Beimatrecht in Ungarn erworben werben kann, noch ben aus biefem Berhaltniffe etwa hervorgeben= ben Rinbern Die gefetlichen Rechte legitimer Rinder zuerfannt werben fonnen.

Die Bestimmung des Gesetgartitels XXVI von 1791, "daß M is che n vom katholischen Pfarrer eingesegnet werden mussen, ist durch § 2 des Gesetgartisels ill von 1844 aufgehoben, und es wurde durch § 22 des ersten Theiles der Judez-Curialbeschlüsse vom Jahr 1861 sowie durch § 11 des Gesegartitels Lill v. I. 1868 ebenfalls anertannt, bag auch bom Baftor ober Bopen eingefeg-

nete Difchen gultig finb.

Es wird breimalige Bertfinbigung in ben beiberseitigen Pfarrtirchen (bezw. Synagogen) des Wohnories der Brautleute gesordert. Diese Berfündung muß auch am fruhern Bohnorte vorgenommen werden, falls ber betreffende ehewerbende Theil an feinem gegenwärtigen Bohnorte noch nicht fechs Bochen lang feshaft ift. Bon biefer Berfündung fann die weltliche Behörde dispenfiren. Die §§ 9 und 10 des Gefegartifels Lill vom Jahr 1868 bestimmen bezüglich ber Mijdeben, baß zur Bornahme ber Bertandung Die Seeljorger beiber Barteien aufzufordern find. Weigert dieß einer derfelben und wird dieß durch ein ftempelfreies Zeugniß zweier Beugen bestätigt, fo genügt die Bertundung burch Ginen Seelforger.

In Abweichung von ber ofterr. Gefetgebung (vgl. "Defterreich", Abichn. III, Biff. 5) befteht ber Sag, daß eine auf Leben szeit ausgesprochene Scheidung von Tifch und Bett eheauftofende Birtung fur ben protestantischen Batten bat, benfelben also gur Bieberverheirathung berechtigt. Chenfalle tonnen geschiedene Ratholifen, wenn fte apostastren und die Chetrennung ermirten, auch bei Lebzeiten bes andern - wenn gleich tatholisch gebliebenen - Battentheiles, fich mit Afatholifen wieder vereheligen.

Ueberdieß verlangt bas ungarische Recht fei= neswegs von einem fatholischen Defterreicher bie Bahrung öfterreichischen Rechtes bei einer Chefchliegung in Ungarn. Die auf Grund einer nach ungarifchem Rechte als vollwirksames Chescheidungeurtheil geltenden - "Rlaufen= burger=Freisprechung zu einer glücklicheren Che" bewirfte Cheschliegung murbe fomit vor ben ungarifchen Berichten ohne Rud. ficht auf die Staatsangehorigteit ber Cheschießenden rechtsbestandig fein. (Bgl. bas bei "Defterreich" bezügl. ber fog. fiebenburgischen Gen Befagte, S. 48 f.)

III.

Das Chehinderniß ber Religion & ver= fchiebenheit besteht ber Art zu Recht, baß Chen zwischen Chriften und Nichtchriften un-

gultig find. § 10 der in Chefachen von Evangelischen beider Ron-fessionen erlaffenen und mit § 36 des Gesegritels LIV vom Jahre 1868 gefegliche Rraft erlangt habenden Berfügung lautet: «Tertio matrimonium inter subditum nostrum religioni christianæ addictum et alium religioni huic non addictum, pro nullo et invalido

Das Chehinderniß ber Religionsverschiebenheit bewirkt eine Ginschränkung ber perfonlichen Fahigfeit, jufolge welcher nicht ber driftlichen Religion jugethane ungarische Staatsangehörige auch im Auslande mit Chriften eine giltige Che nicht abschließen konnen. (Bgl. Entscheibg, Des oberften öfterr. Gerichtshofes v. 6. Marg 1878 -"Standesbeamter" de 1878, S. 166 u. 246.)

Ferner bestehen — soweit das canonische Recht darüber bestimmt — die Chehindernisse der Impoteng, ber Entführung, bes Ehes bruchs, bes Gattenmords und, auch bezüglich ber gemischten Ehen, basjenige ber geiftlichen Weihen ober Orbensgelübbe.

IV.

Bezüglich ber evangelisch = chriftlichen Ehen erstreckt fich bas hinberniß aus ber Bluteverwandtichaft auf Ehen zwisichen Beich wifterfindern, fowohl eins als zweibandig ehelicher ober unehelicher Ab-ftammung. Die Sch magerfchaft gilt in gleichem Berhaltniffe, jedoch nur fur eheliche Abstammung.

Bei verbotenen Berwandtschafts: u. Schwäger: schaftsgraden ift immerbin Dispensation julaffig.

Fur die Juben ift bas Berbot aus Grund ber Bermanbtichaft auf Ghen mit einem Entel bes Brubers ober ber Schwester (also zwischen Großobeim und Großnichte ober Großneffe und Großtante) ausgedehnt. Jenes aus ber Schmagerich aft entzieht bem Manne bie Befugniß Des Weibes Schwester (Die Schwa: gerin), bem Beibe ihres Mannes Bruber (ben Schwager), ferner den Sohn ober Enfel von ihres Mannes Bruder ober Schwester zu bei

Der Mangel einer fcriftlichen Erlaubnig bei Mili-

tärpersonen begründet die Richtigkeit der She.
Großjährige — d. h. diejenigen, welche das vierundzwanzigste Altersjahr zurückgelegt haben — bedürfen
feinerlei Einwilligung der Eltern oder Bormunder. —
Minderjährige können nur mit Einwilligung des ehelichen Baters ober in beffen Ermangelung Des Großbaters baterlicherfeits eine Che ichließen.

Der Erlag bes öfterreichischen Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 28. Rov. 1878, 3. 18104 - von welchem bereits in Abichn, I ein Bruchftud mitgetbeilt ift - enthalt bezüglich ber Einholung einer elterlichen bezw. vormundschaftlichen Bustimmungs= Ertlarung folgende Aufschluffe und Wei=

fungen :

"Belangend bie Frage, in welchen Fallen nach ungarischem Rechte ein Minderjahriger, welcher fich verebelichen will, ber Ruftimmung feines gefeglichen Bertretere und ber Bewilligung ber Bormundschaftsbehörde bebarf, bann welche Behorde jur Ertheilung biefer Bewilli-gung berufen fet, murde feitens bes tgl. ungar. Juftizministeriums golgendes eröffnet: Minderjahrige, welche eine Che zu schließen beabsich= tigen, bedürfen hierzu im Allgemeinen fowohl ber Zustimmung ber Vormundschaft, wie auch . ber Genehmigung ber Bormunbichaftsbehorbe, wenn biegbezüglich zwischen ber Bormunbichaft und ben Eltern, beziehungsweise zwischen ben Berwandten und bem Minderjährigen eine Berstandigung nicht zu Stande kommt; ferner hat der Bormund die Genehmigung der Vormundschaftsbehörde bezüglich eines burch Minder= jahrige abzuschließenben Chepattes in jebem Falle zu erbitten (B. 5 bes § 113, G. A. XX v. 3. 1877). Laut § 147 bes foeben bezogenen Gefetartitels macht bie Einwilligung ber Anverwandten die vormundschaftsbehördliche Benehmigung entbehrlich, wenn ein unter Bormundschaft ober Curatel ftehender Jungling über 18 Jahre ober ein Madchen über 16 Jahre eine Che eingeben. Cbenfo ift die vormundschaftsbehördliche Genehmigung beim Beftande eines Familienrathes in bem Falle entbehrlich, wenn ein unter Bormunbschaft ober Curatel stehender Jungling über 18 Jahre ober ein Mabchen über 16 Jahre eine Che eingeben wollen, ba laut § 155 bee 3. A. XX v. 3. 1877 ber Bormund oder Curator und der Prafident bes Familienrathes biesbezüglich ju verhangen berechtigt find. Die Agenden ber Bormundschaftsbehörde werden nach § 176 des bezogenen Befegesartifels in erfter Inftang burch bie Baifenftuble ber Municipien und ber Stabte mit geordnetem Magistrate und ausnahmsweise burch bie Bemeinben ausgeubt. (Diefe ausnahmsweise Berechtigung gur Ausübung ber vormundschaftlichen Agenden wird einzelnen hierzu geeignet ertannten Gemeinden vom tgl. ungar. Minifterium bes Innern verlieben.) Ueber Returfe gegen bie Befchluffe ber Baifenstuhle ber Municipien und ber Stabte mit geordnetem Magistrate entscheidet in zweiter und dritter Inftang ber municipale Berwaltungs= ausschuß und respektive bas Ministerium bes Innern; bezüglich ber Beschlusse ber als Bormundschaftsbehörde fungirenden Gemeinden ist in zweiter Instanz ber municipale Baisenstuhl, und in britter ber municipale Berwaltungs:

ausschuß zur Enticheibung berufen.

"Es werden bemnach die mit der Bornahme von Trauungen betrauten Organe besonders darauf aufmerksam gemacht, daß in den Fällen, wo die von minderjährigen ungarischen Nupturienten beigebrachten vormundschaftsbehördlichen Bewilligungen von Gemeinden ausgestellt sind, stets noch die Erbringung des Rache weises zu fordern sein wird, daß der betreffenden Gemeinde die bezügliche ausnahmsweise Berechtigung durch das kgl. ungarische Ministerium des Innern zuerkannt worden ist."

Literatur. Grünwald, Dr. Alegander. Die Chejchließung nach den Bestimmungen des österreichischen allgemeinen bürgerlichen Geschuches, des Gode Napoleon, des öfterreichischen Concordats, des mosaischtalmubischen, des orientalisch- strechten Rechtes, des ungarischen, des slavischen, des deutschen Reichs, des ungarischen, des italienischen, des mossemischen, des montenegrinischen, des englischen, des brafilianischen, und des nordameritanischen Gesets. Wien, Mang: 1881.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

In den Bereinigten Staaten gilt durchgehends als oberfier Sat des Eheichließungsrechts die eheftistende Kraft des bloßen Consensaustausches. Im Uedrigen besitzt jeder Theil dieses Ländercomplezes eigenartige Statuten: das Trauritual ist indessen allenthalben ziemlich willturlich, und sozar formlose Ghen bestehen in den Berein. Staaten nach allen Seiten hin zu Recht. Auch ist die Beurkundung des Person enstandes nicht allgemein geordnet. — (Vide Anhang, S. 67 ff.)

S. 67 ff.)
Rad Lage ber Berhaltniffe ericeint bas Anbegehren einer Ehevertun bung an bem — faum feftzuftellenden — Deimatorte eines "Bürgers ber Bereinigten Staaten" als überfüffig, wenn nicht geradezu als un-

möglich

I.

Der Artikel (section) 4082 ber im Jahre 1873/74 revibirten Statuten ber Bereinigten Staaten (Revised Statutes of the United States) bestimmt, baß Ehen, welche in Gegenwart eines Confularbeamten (Consular Officer) ber Bereinigten Staaten im Auslanbe abgeschlossen werden, als gultig zu betrachten sind und die rechtlichen Wirtungen einer in ben Bereinigten Staaten eingegangenen gultigen Che hervorbringen sollen; vorausgeset, daß die Brautleute die zur Eins

gehung einer Che im Bundesbiftrifte (District of) Columbia erforberliche perfonliche Fähigfeit besitzen.

Es enthalt nun bas Confularreglement ber Bereinigten Staaten (Regulations prescribed for the use of the Consular Service of the United States) vom 1. Mai 1881 folgende sachbezüglichen Aufschluffe und Beisungen:

(Art. XXIV. — 414.) Im Diftrifte Columbia mußte, sur Beit als die Bestimmung der Section 4082 der Revised Statutes aufgestellt wurde, der Brautigam das einundamunte, ber Braut bas fechszehnte Altersfahr zurückgelegt haben, um eine She eingeben zu können; und es kounte die Trauung durch irgendwelchen Geistlichen vollzogen werden, sofern derselbe den Sahungen seiner Kirche gemäß die gehörige Bollmacht hiefur besaß.

(— 415.) Der Confularbeamte, in beffen Gegenwart die Trauung vollzogen wurde, hat jebem der Brautleute ein bezügliches Zeugniß (certificate) zuzustellen und zugleich auch ein solches dem Department of State, wo es alsbann aufbewahrt wird, einzusenden.

(— 416.) Das vorerwähnte Zeugniß muß mit dem Amtsfiegel versehen sein (must be under the official seal) und in demselben find die Ramen, das Alter, der Geburts und der Wohnort der Epegatten, das Datum und der Ort des Cheabichlusses, sowie auch der Umftand an zugeben, daß der Beamte, welcher das betressend Zeugniß ausstellt, bei der Trauungsvollziehung wirklich anwesend war.

(—417.) Das Geset verlangt, daß der Cheabschluß in Gegenwart des Consule lattschaft der nicht aber, daß der Consulselbst die Trauung vollziehe. Die Che wird in der am betreffenden Orte gesetzlich zu Recht bestehenden Form abgeschlossen; indessen ist der Consul verpstichtet, die materiellen Erfordersnisse der Cheschließung möglichst genau zu prüssen (not only that the parties may lawfully intermarry according to the laws of the country in which the ceremony is to take place, but also that all requirements of law necessary to give validity to the marriage have been had).

II.

Alle im Gebiete ber Bereinigten Staaten geborenen Berfonen, welche nicht Unterthanen einer fremben Racht find, besitzen bas Burg errecht ber Bereinigten Staaten. (Revised Statutes, Sec. 1992.) Diefes Burgerrecht geht indeffen bei Ausreißern

berloren. (R. S., Sec. 1996 unb 1998.)

Laut Section 1994 ber Revised Statutes erwirbt bie Ausland erin burch ihre Berspeirathung bas Burgerrecht ber Berein. Staaten

nur infofern als fie felbst nach bem Befege naturalisirt werben tonnte.

Ferner werben — gemäß Section 1993 — bie außerhalb bes Gebietes ber Berein. Staaten geborenen Kinder, beren Bater zur Zeit ihrer Geburt bas Burgerrecht ber Bereinigten Staaten befaß, als Burger ber Bereinigten Staaten anerkannt: mit Ausnahme berjenigen, beren Bater niemals in den Berein. Staaten seinen Wohnsitz gehabt hatte.

Ш

Mit Bezug auf die Legitimation burch nach folgende Che kann folgende Bestimmung der Revised Statutes als maßgebend betrachtet werden:

Sec. 4704. Bezüglich bes Pensionswesens (In the administration of the pension laws) gelten bie vor ber Berheirathung ihrer Eltern geborenen Kinder als ebelich, falls bieselben vor ober nach Abschluß ber Ehe vom Bater anserkannt worden sind.

Letter State Bishop, Marriage and Divorce. 6th ed. Boston 1881; Little, Brown & Co.

Anhang.

Rreisfdreiben Rr. 39.]

Betreffend die in ben Bereinigten Staaten gu Recht bestehenben Gesehe über Bivilftand und Che (births and marriages).

Staats-Departement (Department of State),

Bashington, ben 16. Februar 1872. An die diplomatischen Bertreter und Ronsularbeamten der Bereinigten Staaten.

Meine herren: Anläglich verschiedener Falle wurde es als wünschenswerth erachtet, daß ben diplomatischen Bertretern und Konsularbeamten zuverlässige Aufschliffe zu Gebote stehen über die in den verschiedenen Gebielstheilen (States and Territories) der Bereinigten Staaten bermalen zu Recht bestehenden gesetzlichen Ginrichtungen, welche auf die Beurkundung der Geburten und die Cheschließung (births and marriages) sich beziehen; weßhalb das Departement den Gesetzen der verschiedenen Staaten und Territorien nachstehende Angaben entnommen hat.

Staaten.

Alabama. — Geforbert mird ein heirathsmeldesichen (license, eigentlich Erlaubnihichein) ausgestellt vom Bormundichaftsrichter (judge of probate), welchem sodann die heirathsurtunde (certificate of the marriage — heirathsbeicheinigung, Cheichein) behufs Eintragung in besten Register zuzustellen ift. Geburtsregister werden keine geführt (No registry of births).

Artanfas. — Rein Erlaubniße ober Meldeschein erforderlich; aber es hat derjenige, welcher die Trauung vollzogen hat, (the person solemnizing) dem Provinzial- oder Grasschaftsgerichtscher (clerk of the court for the county) einen Cheichein behufs Gintragung besielben augustellen. Reine Geburtsregifter.

Californien. — Rein Melbeichein (license) erforderlich; aber diejenigen, welche Trauungen vollziehen, (persons solemnizing) sollen ein bezägliches Brotofoll ausnehmen (must keep a record) und dasselbe dem, county recorder (Grasschaftstanzler) behuß Eintragung in das beiressende Register übermachen. Reine Geburtsregister.

Connecticut, — Man muß sich einen Melbeschein (Erlaubnisschein) bom Stadtschreiber (town clerk) verschaffen; die heirathsbescheinigung wird dem städtischen Registerbeamten (town registrar) übermacht, welcher dieselbe einzutragen hat. Reine Geburtbregifter.

De laware. — Man hat entweder einen Meldeschein sich zu verschaffen oder Cheverkündungen in der Kirche vornehmen zu lassen. Diejenigen, welche Trauungen vollzieben, sollen die Protofollausnahmen besorgen und eine Abschrift derselben jährlich einmal dem Grafschafts- oder Provinzialkanzler (recorder of county) behus Eintragung in dessen Register übermachen. Reine Geburtsregister.

Floriba. — heirathsmelbefchein ausgestellt vom Grafichaftsichreiber (clerk of county); diefem Beamten wird die heirathsbeicheinigung zugestellt und er beforgt beren Eintragung. Reine Geburtsregifter.

Georgia. — Deirathsmelbefchein ausgestellt vom geistlichen Grafichaftsrichteramte (ordinary of the county); die Heirathsbescheinigung wird bieser Amtsftelle übermacht, woselbst die Eintragung zu erfolgen hat. Reine Geburtbregister.

Illinois. — Es muffen Cheverfündungen während zwei Wochen in der Rirche ftatifinden; es fei denn, daß man bom Graffchaftstanzler (county clerk) einen Melbeichein erhalten habe. In beiden Fallen ift diesem Beamten der Cheschein behufs Eintragung zuzustellen. Reine Geburtsregifter.

In diana. — Rein Melbeschein erforderlich; aber es joll ber Cheschein behufs Gintragung bem "county clerk" zugestellt werben, Reine Geburtsregister.

30 wa. — Meldeschein vom "county clork" ererhältlich; diesem Beamten hat sodann derzenige, welcher bie Trauung vollzieht, (party solomnizing) den Speschein behufs Eintragung zuzustellen. Reine Geburtsteaister.

Ransas. — Rein Meldeschein geforbert; aber es hat berjenige, welcher bie Trauung vollzieht (person solemnizing), die heirathsbescheinigung behufs Eintragung bem "county clerk" zuzustellen. Reine Geburtsregister.

Rentuck, — Gesorbert wird entweder ein Meldejchein oder ein Berfündschein, welch' letterer aber den Anicklag des Sebeverfündungsattes auf dem Civilftandsamte (in clerk's office) voraussett; die heirathsbescheinigung ist dem Civilsandsbeamten (registrar of briths, deaths, and marriages) zuzustellen und es hat dieser Beamte die Registereintragung zu besorgen. Während in diesem Staate die Einschreibung der Geburten gesetzich vorgeiehen ist, besteht jedoch keine Borschrift, welche die Eltern zur Angabe der Geburtssfälle zwingt, so daß das Gesetz meistentheils ein todter Buchflabe verbleibt.

Louisiana. — Der Rirchgemeinderichter (parish judge) ftellt den Weldeschein aus, und es wird die Geirathebescheinigung diesem Beamten zugestellt, welcher

fie in bas betreffenbe Regifter eintragt. Reine Beburteregifter.

Maine. – Der Stadtschreiber (town clerk) stellt ben Melbeschein aus, sofern nicht die Ehe in der Rirche verkindet wird. Derjenige, welcher die Trauung voll-zieht, hat ein Protofoll aufzunehmen und dasselbe binnen Jahresfrift dem Stadtschreiber zu übermachen. Letzterer besorgt die Registereintragung. Reine Geburts-

Maryland. — Der Waisengerichtsschreiber (clerk of orphans' court) ftellt ben Melbeichein aus; biefem Beamten wird fodann der Chefchein behufs Eintragung in die Regifter jugeftellt. Reine Beburigregifter.

Da ffacufetts. - Die Brautleute haben bem Registerbeamten bon ihrem Chevorhaben Renntnig gu geben (must file notice with the clerk); biefer Beamte fellt fobann einen Delbeichein aus. Die Beiraths. amie peut jodann einen Melbeigein aus. Die Heiraths-bescheinigung wird dem städtischen Registerbeamten (town registrar) zugestellt, welcher die Eintragung zu besorgen hat. Angehörige (Inhabitants) dieses Staates, welche behufs Umgehung des Geseiges sich außerhalb des Staatsgebietes verheirathen, können keine gultige She schließen (marriage declared void). Reine Gedurtsregister.

Michigan. — Der "county clerk" ftellt den Melbeschein aus, und diesem Beamten wird sobann der Cheichein behufs Gintragung zugestellt. Reine Geburts-

Minnefota. — Rein Melbefchein; aber ber Beift-liche ober Beamte, welcher die Trauung vollzieht, foll von einem ber Brautleute bie eibliche Ertlarung fich abgeben laffen, daß die beabfidrigte Chefdliegung nicht gefegwibrig ift. Das hierüber aufgenommene Prototoll wird sammt dem Chescheine dem "county clerk" be-bufs Gintragung in die Register jugestellt. Reine Geburteregifter.

Diffouri. — Melbeschein vom "clerk" ausgestellt und Chefchein biefem Beamten behufs Gintragung gugeftellt. Reine Beburteregifter.

Diffiffippi. - Delbefdein ausgestellt von bem Regifierbeamten des Baisengerichts (registrar of orphans' court) und Cheichein diesem Beamten behufs Eintragung jugeftellt. Reine BeburtBregifter.

Rem - hampfbire. — Das Gebeversprechen muß brei Mal verfündet werden, gleichgilltig ob vor einer firchlichen ober politischen Gemeindeversammlung (at ttenen voer politischen Gemeinversammlung (at three meetings, either religious or town meetings); ber vom Stadifchreiber (town clerk) ausgestellte Bertündschein gilt als "license" und wird nach vollzogener Trauung diesem Beamten zum Zwecke der Eintragung wieder zugestellt. Keine Gebuttsregister.

Rem - Jerfen. -- Rein Melbeschein erforberlich; ber Cheschein muß aber bem Stabtichreiber (town clerk) behufs Gintragung jugeftellt werben. Reine Geburteregifter.

Rem - Dort. - Rein Melbefchein erforberlich; aber bie Beirathsbefcheinigung foll bem Civilftands-Rein Melbeidein erforberlich : beamten (registrar of births, marriages, and deaths) jugeftellt werben. Die Anzeige aller Geburtsfalle ift ebenfalls vorgeschrieben, aber nicht allgemein als zwingende Beftimmung aufgestellt.

Rord . Carolina -- Der Melbeichein wird bom Braffcaftsrichteramte ober bem Braffcaftstangler (county judge or clerk) ausgestellt und bem Lettgenannten die Beirathsbeicheinigung behufs Gintragung jugeftellt. Reine Beburtsregifter.

Rebrasta. - Der Bormundicafterichter (judge of probate) ftellt ben Melbefchein aus, und biefem Beamten wird der Chefchein behufs Gintragung gugeftellt. Reine Beburteregifter.

Revada. — Rein Melbejchein erforderlich; bie Beirathsbescheinigung wird bem "county clerk" que gestellt, welcher die Eintragung besorgt. Reine Geburtsregifter.

Dhio. -- Entweder gefchehen Bertindungen in ber Rirche ober es wird ein Melbefchein vom Begirts-gerichtschreiber (clerk of county court) verlangt. Diesem Beamten foll in beiben Fallen ber Eheschein behufs Gintragung jugeftellt werden. Reine Geburts.

Rein Melbefdein erforberlich; es muß ber Chefchein behufs Gintragung bem Provingial- ober Graficaftsgerichtstangler (recorder of the county court) behufs Eintragung jugeftellt werben. Reine Beburteregifter.

Benniplvanien. - Rein Melbeichein erforberlich; aber Derjenige, welcher die Trauung vollzieht, foll die Che einschreiben. Reine Beburtsregifter.

Rhobe 38 land. — Rein Melbefdein erforber-lich; aber es hat Derjenige, welcher bie Trauung voll-zieht, bem Stadtschreiber (town clerk) behufs Ein-schreibung ber Ehe, Mittheilung zu machen. Reine Geburterenifter.

Sib - Carolina. - Melbefchein bom Probingialgerichtsichreiber (clerk of the county court) ausgefiellt, welchem Beamten ber Cheabichluß behufs Gintragung mitgetheilt wird. Reine Beburtgregifter.

Tenneifee. — Meldeschein vom "clerk of county court" und Uebermachung des Chescheines an diesen Beamten, welcher die Eintragung besorgt. Reine Geburteregifter.

Teras. - Melbefdein bom Bormunbicaftsgerichts: schreiber (clerk of probate court), welchem ber Che-ichein behufs Eintragung zugestellt wird. Reine Geburtsregifter.

Bermont. — Cheverkindung in der Liede oder bei der Gemeindebersammlung (Publication in either church or town meeting). Der Cheidein wird dem church or town meeting). Der Cheichein wird bem Stadtichreiber (town clerk) behufs Eintragung gugeftellt. Reine Beburteregifter

Birginia - Melbefdein bom Provinzialgerichte (county court), welcher Beborbe ber Chefchein bebufs Gintragung jugestellt mirb. Reine Geburtsregifter.

Beft. Birginia. - Deldefchein vom Graf. icalisgerichtsichreiber (clerk of county court); dielem Bramten wird ber Chefchein behufs Gintragung juge: ftellt. Reine Beburtsregifter.

Wisconfin - Derjenige, welcher die Trauung vollzieht, foll fich von einem der Brautleute eine eidliche Erflärung abgeben laffen, einen Chefdein ausstellen und benfelben bem ,county clerk" behufs Eintragung ibermaden

Territorien.

Colorado - Rein Delbefchein erforderlich; inbeffen foll Derjenige, welcher bie Trauung bollgieht, ben Spefdein behufs Eintragung desfelben dem Graffcafts. tangler (clerk of the county) guftellen. Reine Geburteregifter.

Dafota. — Rein Melbeschein erforberlich und teine Ginichreibung ber Che. Die Richter, Friedenstichter und Geiftlichen find unterschiebslos berechtigt, Trauungen zu vollziehen. Reine Geburtbregifter.

3 da ho. — Rein Melbeschein erforberlich; Derjenige, welcher bie Trauung vollzieht, soll aber binnen einer Frift von drei Monaten dem "county recorder" eine Bescheinigung über die geschloffene Che übermachen. Reine Geburtsregister.

Utab. — Rein Delbefchein, fowie auch feine Ginichreibung von Chen ober Geburten

Bafh ington. — Rein Melbeidein erforberlich; inbeffen muß Derjenige, welcher die Trauung vollzieht, ben Chefchein behufs Eintragung besselben dem "county recorder" zustellen. Reine Geburtsregister.

Rem . De git o (Reu-Mejito). - Rein Melbeichein, fowie auch teine Ginichteibung weber ber Chen noch ber Geburten.

36 berbleibe, meine herren, 3hr ergebenfter Hamilton Fish.

Rote. — Die Statuten der verschiedenen Staaten und Territorien bedrohen die Richtbesolgung der auf die Beschaffung des Meldeschienes oder die Uebermachung des Chescheines bezüglichen Borschriften mit Strafen — und zwar werden in einzelnen Fallen die Eheschließenden, in andern Derzenige, welcher die Traung vollzieht, und wiederum in andern beide Parteien als strasbar bezeichnet; in keinem Staate oder Territorium aber ist die Ehe dehhalb nichtig, weil die Borschriften des betressenden Staates on Territories is the marriage null and void because of a noncompliance with the requirements of the statute).

Borfiehendes Arcis chreiden ift enthalten in den "Regulations prescribed for the use of the Consular Service of the United States (Washington, May 1, 1881): Appendix No. IV, p. 464—467."

Ergangungen: Deutsches Reich.

$\mathbf{A}.$

§ 40 bes Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875: Die Befugniß zur Dispensation von Ehehindernissen fien fteht nur bem Staate zu. Ueber bie Ausübung biefer Befugniß haben bie Lanbesregierungen zu bestimmen.

Dispensation ertheilt:

1. In Preußen, vom Chehinderniß des § 28 (vide S. 4) und des § 33 Rr. 5 (vide S. 5) der Justigsmin ist er (Allerh. Berordn. v. 24. Febr. 1875 — "Standesbeamter" de 1875, S 65 — und Allgent. Berfügung des Justigministers v. 2. März und v. 6. November 1875 — "Standesbeamter" de 1875, S. 65 sund 215). Die Dispensationsgesuche betr. Schemündigkeit sind bei dem Amtsgerichte zu überreichen, in dessen Bezirt die Bittsteller ihren Wohnsig haben. Gesuche um Dispensation von dem Cheberdote wegen Spebruchs sind an daszenige Landgericht (Civilsammer) zu richten, bei welchem der Spescheidungsprozeß in erstet Instanz anhängig war; wenn diese Behörden ober dem Iustigminister nicht untergeben sind, an das für die um Dispens nachsuchenden Berlobten zur Zeit zuständige Ebegericht erster Instanz. Im Bezirte des Oberlandesgerichts zu Köln sind die Anträge aus § 33 Rr 5 an den Ersten Staatsanwalt des Landgerichts

ju richten. — Für ben Kreis Herzogthum Lanenburg gilt bie Allerh. Berordn. v. 3. Aobbr. 1875. Die Gejuche find beim Kreisgericht Aggeburg einzureichen. Min. Bdg v. 15. November 1875.

- Min.-Bog v. 15. November 1975.

 2. In Bayern, aus §§ 28 (vide S. 8) und 33 Mr. 5 (vide S. 9) ber Kandesbeamter d. Berordn. v. 15. Dez. 1875 "Standesbeamter d. 1876, S. 2 und Minist. Bekanntmachung vom 24. Dezbr. 1875 "Standesbeamter de 1876, S. 67). Gesuche um Dispensation betr. Chemündigkeit sind bei dem Amtsgerichte einzureichen, in dessen Bezirk der nachsuchende Verlobte seinen Wohnsitz hat oder sich gewöhnlich aufhält. Gesuche um Dispensation vom Chemöhnlich aufhält. Gesuche um Dispensation vom Chehinderniß des Chebruchs sind bei dem Staatsanwalte bessenigen Bezirksgerichts anzubringen, bei welchem der Eheschidungsprozes in erster Instanz anhängig war.
- 3. In Sachsen, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 das Ministerium bes Innern (Min.-Bog. v. 6. Rovbr. 1875, § 7 "Standesbeamter" de 1875, S. 257). Die Gesuche find beim Standesbeamten anzubringen und von diesem der Aufsichtsbehörde vorzulegen.
- 4. In Wirttemberg, aus §§ 28 und 33 Ar. 5 ber Landeshehrt (Geseth v. 8. Aug. 1875, Art. 2 "Standesbeamter" de 1875, S. 157).
- 5. In Baben, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Jufti 3-min ift er (Bejet b. 9. Dez. 1875, § 6). Die Gefuche find beim Standesbeamten einzureichen und von diesem bem Amtsgericht vorzulegen (Dienstanweisung v. 8. Dez. 1875, § 74 "Standesbeamter" de 1876,
- 6. In Heffen, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 der Landes, herr (Berordn. v. 8. Rovbr. 1875, Art. 12 "Standesbeamter" de 1875, S. 229 und Minist., Instr. v. 9. Rovbr. 1875 "Standesbeamter" de 1875, S. 243).
- 7. In Medlenburg = Schwerin, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 das Ju ft 3 m in ifter iu m (Großt). Berordn. v. 14. Aug. 1875, § 1 Abs. 2 "Standesbeamter" de 1875, S. 145). Antrage können event. auch an die Civilstands-Kommission gerichtet werden (Min.-Berordn. v. 29. Dez. 1875 "Standesbeamter" de 1876, S. 68).
- 8. In Medienburg-Strelit, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 bie Landesregierung (Großh.-Berordn. v. 14. Aug. 1875, § 1 Abs. 2 "Standesbeamter" de 1875, S 174).
- 9. In Sachsen = Beimar = Eisenach, aus § 28 bas Staatsministerium, Departement ber Justig, aus § 33 Rr. 5 ber Landesherr. Gejuche betreffend Ehrhinderniß des Shebruchs sind beim Kreisgericht, bei welchem ber Ehelheidungsprozeß in erster Instanz anhängig war, und wenn die Scheidung bon einem dem Großherzogthum nicht angehörigen Gerichte ausgesprochen ist, direkt beim Staatsministerium, Opartement der Justig, in den übrigen Fällen beim Amtsgericht zu überreichen (Großh. Berordn. v. 9. Ottober 1875, § 7 — "Standesbeamter" de 1876, S. 33).
- 10. In Olbenburg, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber gandesherr (Großh. Berordn. v. 8 Robbr. 1875, Art 2 u. 3 "Standesbeamter" de 1875, S. 271). Die Gesuche sind bei der untern Berwaltungsbehörde d. h. im herzogithum bei den Berwaltungsämtern und den Magistraten der Städte erster Klasse, im Fürstenthum Lübed bei den Berwaltungsämtern und dem Magistrate der Stadt Eutin, im Fürstenthum Birkenfeld bei der Regierung zu stellen.

- 11. 3n Braunfdweig, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Lande sherr (Augerung bes herzogl. Staats-ministeriums v. 18. Dez. 1875). Ueber die gestellten Antrage haben die Kreisdirektionen (in Braunschweig ber Stadimagiftrat) ju berichten.
- 12. In Sachsen-Meiningen, aus § 28 das Minifterium, Juftigabtheilung, aus § 33 Rr. 5 ber Landes herr (Geset v. 27. Robbr 1875, Art. 4 "Standesbeamter" de 1876, 6. 6). Die Gesuche find beim Landgericht, bezw. Amtsgericht, und insofern im kalle ber Dikneniation wasen Erakung. Falle ber Dispensation wegen Chebruchs ber Che-icheibungsprozeg bei einem inlandischen Rreisgericht anhangig mar, bei letterem anzubringen.
- 13. In Sachien Mitenburg, aus §§ 28 und 38 Rr. 5 ber ganbesherr (Berordn. v. 31. Oft. 1875, § 8 "Standesbeamter" de 1875, S. 259) Gefuche find burch das Minifterium, Abth für die Juftigangelegenheiten, ju bermitteln
- 14. In Sachsen-Coburg-Gotha, aus §§ 28 und 38 Rr. 5 bas Staatsminifterium auf Grund landesherrlicher Ermächtigung (Neußerung des Standesamtes zu Gotha v. 7. Ott. 1881; Staatsgrundgesetz v. 3. Mai 1852, § 128).
- 15. In Anhalt, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Sanbesherr (herzogl. Berordn. v. 8. Ott. 1875, § 7 "Stanbesbeamter" de 1875, S. 214).
- 16. In Schwarzburg = Rubolftabt, aus § 28 bas Minifterium, Juftigabtheilung, aus § 38 Rr. 5 ber Landesherr (Fürftl. Berordn. v. 15. Ott. 1875 - "Standesbeamter" de 1875, S. 215).
- 17. In Schwarzburg-Sonberebaufen, wie in Schwarzburg-Rubolftabt (fürftl. Berordn. v. 16. Ott. 1875 — "Standesbeamter" de 1876, S. 8).
- 18. In Balbed, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Preußische Buftigminifter (Berorbn. v. 8. Januar 1876 hinfchius, S. 394). Berfahren wie in Preugen.
- 19. 3n Reuß i. 2., aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Ranbesbeamter de 1875, S. 272). Die Befuge find bei der Landesregierung einzureichen.
- 23. In Reuß j. L., aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber ganbesherr (Berordn. v. 16. Ott. 1875, § 6 "Standesbeamter" de 1875, S. 190).
- 21. In Schaumburg = Lippe, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 bie Regierung (Berordn. v. 11. Dez. 1875, § 2 "Standesbeamter" de 1876, S. 7).
- 22. In Lippe, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 das Rabinets-Ministerium (Perordn. v. 20. Rov. 1875, § 10 "Standesbeamter" de 1875, S. 270).
- 23. 3n Rübed, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Sen at (Befanntmachung b. 2. Ott. 1875 "Stanbesbeamter" de 1875, S. 183).
- 24. In Bremen, aus §§ 23 und 33 Rr. 5 ber Senat (Berordn v. 10. Dez. 1875, § 3 "Standesbeamter" de 1876, S. 315). Dispensationsgesuche find beim Standesbeamten anzubringen, der Diefelben, falls er fie fur begrundet erachtet, der Auffichtsbehörde behufs Mitheilung an den Senat vorzulegen hat; entgegengesetgen Falls find die Betheiligten, wofern fie ihren Antrag aufrecht erhalten, an ben Senat zu verweifen (Inftr. für die bremischen Standesbeamten v. 10. Dez 1875, § 24 - "Standesbeamter" de 1876, S. 324).
- 25. 3n Samburg, aus §§ 28 und 33 Rr. 5 ber Senat (Berordn. b. 6. Dez. 1875, § 4 "Standes. beamter" de 1875, S. 265).

26. In Elfaß-Lothringen, aus §§ 28 und 33 Ar. 5 ber Reich stangler (Allerh. Berordn. v. 22. Pov. 1875 — Gesethlatt für Elfaß- Lothringen de 1875, S. 192; Sinschus, S. 445 — und Berordnung bes Reichstanglers v. 8. Januar 1876 — "Standesbeamter" de 1876, S. 86).

Rota. Bei obiger Bujammenftellung wurden als

Duellen benutt:
Stolgel, Dr. Ab. — Deutsches Cheschliefungsrecht,
3. Aufl, Berlin 1879. (S. 102 f.)
b. Erichien, A. — Erforderniffe, Form und Beurfundung ber Cheschließung 2. Aufl., Berlin 1883 (S.

B.

(Bgl. bie auf 6. 4 u. 5 abgebrudten §§ 29-31 bes beutiden Reichsgefetes v. 6. Febr. 1875.)

Ueber das Erforderniß der elter: lichen, bezw. vormundschaftlichen Ginwilligung wirb anhangsweise ben Berfen von v. Erichsen (Erforberniffe, Form und Beurfundung ber Cheschließung, 2. Aufl., Berlin 1883), Sinfchius (Rommentar zum beutschen Reichsgeset vom 6. Februar 1875, 2. Aufl., Berlin 1876), v. Sicherer (Berfonenstand und Chefchliegung in Deutschland, Erlangen 1879) und Ctolgel (Deutsches Chefcliegungerecht, & Aufl., Berlin 1879) fol-genbe — bie Bestimmungen bes Reichegefetes in partikularrechtlicher Beziehung erganzenbe -Darftellung entnommen :

Borausgesett, bag bas Rind die im Besepe festgestellte Altersgrenze (25 resp. 24
Jahre) noch nicht erreicht hat, ift bei ebe= lich en , nicht aboptirten (vgl. unten) Rinbern in erfter Linie ausschließlich die Einwilli= gung bes leiblichen Baters erforberlich. Diefer Rechtsfaß gilt auch bann, wenn bie Che, aus welcher bas Rind entsproffen, burch Scheibung aufgelost, ober wenn bas eheliche Busammenleben ber Eltern burch Trennung von Tisch und Bett aufgehoben ist, gleichgültig ob bie Mutter ober ber Bater für ben schulbigen Theil erklärt, bezw. ob das Rind, welches sich verehelichen will, bem Bater ober ber Mutter jur Erziehung überlaffen murbe. (b. Sicherer, S. 155.) Auch baburch, baß ber Bater eine Freiheitsftrafe zu verbußen hat, tritt beffen Recht zur Mitwirfung an ber Chefchließung bes Rinbes nicht außer Rraft (v. Grichfen, S. 13). Des Batere Recht erlifcht nur burch ben Tob ober burch fortbauernbe und namentlich die Willensfähigkeit beeintrachtigende Umftanbe, vor Allem burch eine ihn an ber Erflarung feiner Benehmigung verhindernbe Beifteefrankheit (v. Sicherer, S. 157 - hin-

fchius, G. 104) ober burch Abmefenheit, wenn ber Betreffende feit langerer Beit feinen gewöhnlichen Aufenthaltsort verlaffen hat und von ihm feitbem ober feit Gingang ber letten Nachrichten für langere Beit teine Runde eins getroffen ift. Es barf auch unter Umftanben bei bekanntem Aufenthaltsort von ber Gin= bolung ber Ginwilligung abgesehen werben, 3. B. wenn fich ber Bater im Innern Afrifa's aufhalt; benn bei fehr weiter Entfernung und erschwerter Rommunifation fann auch ein bauern= bes Außerstandesein angenommen werden. (Sinschius, S. 104.) — Bei angenommenen Rinbern (Adoptivfindern) tritt ber Aboptiv= vater an Stelle bes leiblichen Baters, ausgenommen in ben Beltungegebieten bes rheinischen Rechts (Code civil) und des badifchen Landrechts, mofelbft bie Aboption feinerlei Familiengemeinschaft begründet. Bort bas Aboptionsverhaltniß auf ober ift ber Aboptiv= vater verftorben, unbefannten Aufenthaltes ober fonstwie nach Maggabe ber oben erlauterten Befegesbestimmungen außer Stanbe, feinen Billen zu erflaren, fo hat es bann wieber beim gewöhnlichen Rechte fein Bewenben.

Die Anerkennung ber Baterschaft zu einem unehelichen Kinde gibt bem Anerkennenden keinerlei Rechte eines Baters, namentlich nicht das Recht, um die Einwilligung angegangen zu werden (Motive zum Besetz-Entwurs). Die abweichende Bestimmung des Code Art. 334 ff. ist durch das Reichsgesetz beseitigt. Desgleichen diezenige des badischen Landrechtes (v. Erichsen, S. 22).

Aufgehoben sind alle diejenigen Borschriften ber Landesrechte, welche die Einwilligung der beiden Eltern verlangen, nicht minder diejenigen Rechtssähe, welche bestimmen, daß neben dem Bater auch die Mutter befragt oder gehört werde, daß aber im Falle eines Widerstreites der Wille des Vaters entscheide. Das Recht der Mutter beginnt erst mit dem Tode oder mit der dauernden Berhinderung des Baters. (v. Sicherer, S. 155.)

b

In Ermangelung bes ehelichen Baters tritt bie leibliche Mutter in ihre Rechte, was bezüglich ber unehelichen Rinber von vornherein ber Fall ift.

Rach ber babischen Gesetzebung, sowie im Geltungsgebiete bes frangösischen Rechtes werden indessen für
die Mutter die mütterlichen Rechte erst durch die
Anerfennung des Rindes begründet. Rinder,
welche durch die Mutter nicht anerkannt sind, bedürfen
bemnach in jenn Rechtsgebieten der mütterlichen Einwilligung ebensowenig als Rinder, beren Mutter tobt
oder ihren Willen zu erklaren außer Stande ist.

Eine Cinwilligung ber Aboptibmutter ift niemals erforberlich.

Ebenfo unbedingt wie bas Recht bes Baters, fo lange eine Billenserflarung von ihm eingeholt werben fann, ift nach bem Reichsgefege bas Recht ber Mutter, wenn ber Bater verftorben ober gur Abgabe einer Erflarung bauernd außer Stande ober wenn fein Aufent= halt dauernd unbekannt ist. Das Recht ber Einwilligung fommt unter ben angegebenen Boraussegungen ber Mutter auch bann ju, wenn fie von bem Bater aus eigener Schulb bem Banbe nach geschieben ober boch von Tifch und Bett getrennt worben ift; wenn bas Rind, welches fich verebelichen will, nicht ibr, fondern dem Bater gur Erziehung überlaffen murbe; wenn fie nach ber Scheidung ber Che ober nach dem Tode ober ber Todeserklärung bes Batere ju einer weitern Che geschritten ift. (v. Sicherer, S. 155.) - 3m Falle ber Wiederverheirathung der Mutter hat felbstver= ftanblich beren nunmehriger Chemann, bes Rinbes Stiefvater, als folder, feinen Chefonfens zu ertheilen (v. Erichfen, S. 11). - Dinber= jahrige bedürfen indessen neben ber Bustimmungserklarung ber Mutter auch ber unabhängig von der Erflarung ber Mutter beftehenden - Benehmigung bes Bor: mundes, event. ber Bormundichaftsbehorbe; unter bem Borbehalte jeboch, bag biefelben nach Canbesrecht einer Bormunbichaft unterliegen. Wenn die Mutter die Bormundschaft führt, mas nach gemeinem Rechte, nach bem fachfischen Befegbuch und nach ber preußischen Bormundichafteordnung julaffig, nach andern Bartitularrechten, 3. B. nach dem frangöfischen Befegbuch und bem babifchen Landrecht fogar die Regel ift, so genügt, wie die Motive jum Entwurf bes Bundesrathes ausdrucklich hervorheben, die Einwilligung ber Mutter. (v. Sicherer, S. 158.) Sind für einen Dunbel zwei ober mehrere Bormunber mit gleichen Rechten bestellt, mas in einzelnen Bormund= schaftsordnungen für jeden Fall vorgeschrieben ift, so wird die Einwilligung der sammtlichen Bormunder erforderlich sein. Ift bagegen bem geschäftsführenden Bormund ein auffehender Bormund beigegeben, so ift nur die Einwillis gung bes geschäftsführenben Bormundes erforberlich; es tommt bemnach bem Chrenvor-mund nach gemeinem Recht ober nach bem fachfischen Befegbuch, bem Begenvormund nach frangofischem und babischem Recht ober ber preußischen Bormundschaftsordnung, ben affi-ftirenden Bormundern, welche nach Partikularrechten der Mutter beigeordnet werden, bas Recht ber Ginwilligung nicht zu. Landesrechte, welche der Vormundschaftsbehörde bie Entscheidung zusprechen, wenn bie zwei

ober mehreren Bormunder sich nicht einigen können, sind durch § 29, Abs. 5 des Reichse gesetzes aufrecht erhalten. (v. Sicherer, S. 158 u. 159)

In den vormaligen herzogthumern Anhalt. Deffau-Rothen ift die obervormundschaftliche Genehmigung erforderlich, wenn die Rutter selbst Bormunderin ift (v. Sicheter, S. 171).

Eine Birtfamteit" bes & amilienrathes (§ 29. Abf. 5 des Reichsgel.) findet nach dem franzöfichen Gefethuche nicht ftatt, fo lanze die Mutter bes Minderjährigen am Leben und ihren Willen zu erklören im Stande ift, gleichgeitig, ob die Nutter felbst oder ob ein Dritter die Bormundschaft führt, ob der Minderjährige aus der vormundschaftlichen Gewalt entlassen ist oder nicht In ersterem und in letzerem Falle ist die Einwilligung der Mutter genügend und nothwendig. Der Einwilligung eines Gegenvormundes bedarf es niemals. Wenn ein Dritter die Bormundschaft sührt. so ist außer der Einwilligung des Bormundes dem Reichsgesetz die Einwilligung des Bormundes aus ersorderlich und ausreichend. In keinem dieser Fälle aber sindet die, Wirtsamkeit" des Familienrathes katt (v. Sicherer, S. 174; hinschies, J. 107.)

Der Borbehalt in § 29, Absaiz 4 bes Reichsgesetze trifft zunächst die zahlreichen gans bestechte, nach welchen die überleben be Wutter aus eigenem Rechte, nicht als bestellte, sondern als natürliche Bormünsberin, nicht kraft obrigkeitlichen Auftrages, sondern kraft der elterlichen Gewalt zur Berstretung ber mindersährigen Kinder berufen ist. (v. Sicherer, S. 159.)

Diese Spstem hat sich in verschieden n Rechtsgebieten des Königreichs Ba pern, zumeist in solchen erhalten, in welchen die allgemeine Gitteraemeinschaft der gesezliche eheliche Güterstand ist. Dieber gehören von Rechtsgebieten in Schwaben das vormaligen Kürstenthum Oettingen-Wallerstein, die vormaligen Reichsstäte Raufbeuren und Kördlingen; von Rechtsgebieten in Franken die vormaligen Fürstbisthümer Bamberg, Sichstät, Fulda, Würzburg und im Anschlus an das letztre die Rechtsgebiete von Schweinsurt und Castell, das vormalige Fürstenthum Oobenlobe-Schillingessurft, die Gebiete der Brasen von Erbach, Pappenheim und Thurnau, der Reichsstädte Dinkelbühl, Weißendurg und Windsheim. Auch in Berbindung mit der partitulären Gitergemeinschaft kommt das Spstem der elterlichen Gewalt vor im ehemaligen Fürstenthum Ansbach, in den vormals sachsen-codurgischen Gebietstheilen; sogar in Berbindung mit dem Dotalspstem im Gebiete des Deutschordens in Franken. Auch im Gebiete des Meutschaft gilt, wird für mindersährige Kinder in der Regel erst mit dem Tade beider Eltern oder mit der Miederverechelichung der überlebenden Mutter eine Bormundschaft bestellt; es ist jedoch dem Bater das Recht eingeräumt, mit Ilmgehung der Rutter den Rindern Bormünder zu sesen, (v. Sicherer, S. 159 u. 160.)

Ebenso hat sich das Spstem der elterlichen Gewalt in verschiedenen Rechtsgebieten des Broßberzogthums

Ebenjo hat sich das Spitem der elterlichen Gewalt in verschieden Rechtsgebieten des Großherzogithums De if en erhalten. Dahin gehören die Gebiete des erbacher und des mainzer Landrechts, des fuldischen Rechts und des wimpsener Stadtrechts, jowie die im Jahre 1866 erworbenen vormals naffauischen Gebiets-

theile. Rach andern Rechten, welche im Großherzogthum gelten, fo nach tagenellenbogener und nach pfälzer Landrecht ebenso nach dem Rechte der im Jahre 1866 erworbenen vormals frankfurtischen Gebietstheile wird die Mutter nach des Bateis Tode als Bormunderin der Kinder bestellt. (v. Sicherer, S. 161.)

Im Grofherzogthum Medlenburg. Sowerin hat fit nur in der Stadt Bismar der Gebrauch erhalten, daß — von dem Falle übler Wirthschaft abgesehen — eine Bormundschaft nicht eingeleitet wird, wenn die Wittwe mit ihren Kindern in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebt. (v. Sicherer, S. 162.)

Rach der Gesetzebung des Großberzogthums Sach en-Beim ar-Eisen ach wird für Minderschrige eine Bormundschaft nicht bestellt, wenn sie in elterlicher Gewalt stehen und die elterliche Gewalt über sie ausgestht werden kann Richt ausgestht werden kann die elterliche Gewalt, wenn die Eltern selbst bevormundet sind. Es bedarf demnach einer Einwilligung des Bormundes nur dann, wenn die Nutter bevormundet ift. (v. Sicherer, S. 162.)

In den Gebieten, welche unter olden burgischer Der herichaft vereinigt find, hat sich das Spftem der elterlichen Gewalt zum Theil in dauernder Art, zum Theil als eine vorübergehende Einrichtung erhalten. Das erstere ift in den früher hossteinischen Kandestheilen, das letztere ift im Derzogthum Oldenburg der Fall. In den früher holsteinischen Kandestheilen, das letztere ift im Derzogthum Oldenburg der Fall. In den früher holstein is den Landestheilen wird, so lange die Wittwe mit den Kindern in ungetheilten Gitern sitzt, eine Bormundschaft nicht derstellt. Allerdings werden der Wittwe assischen nicht die dermundschaftliche Bertretung und Berwaltung, sondern nur die Ucherwachung der mütterlichen Berwaltung zusommundschaftliche Bertretung und Berwaltung zusommt, ein Richt der Einwilligung zur Verehelichung der Kinder nicht haben Im Derzogthum Olden das System der Gütertrennung als der gesetzicht abzugebende eftelliche Güterstand eingesührt. den Ebegatten jedoch die Ermächtigung gegeben worden, durch eine vor dem 1. Juli 1874 vor dem Amtsgericht abzugebende Erklätung die bisherigen gesetzichen oder gewohnheitsmäßigen Rechteverstältnisse zu erhalten. Soweit nun nach dem bisherigen Rechte die Wittwe das gemeinschaftliche Bermögen frast eigenen Rechtes verwaltete, ohne das sie sieher die worde, soweit sommt dieser Rechtssat für Ehen, für welche von jener Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde, sorten zur Anwendung (v. Sicherer, S. 163.)

Ebenso wird im herzugthum Sach fen. Coburg für minderjährige Rinder nach dem Tobe des Baters ein Bormund nicht bestellt, fo lange nicht die Mutter zur zweiten Ebe fchreitet. (v. Sicherer, S. 163.)

Im Fürstenthum Reuß a. 2. tritt die Mutter nach dem Tode des Baters in die mit der vaterlichen Gewalt verbundenen Rechte und Pflichten gegen die minderjährigen Kinder ein. (v. Sicherer, S. 164.)

Im fürstenthum Lippe behält, wenn die Chegatten in Gütergemeinschaft gelebt haben, der überlebende, er sei Rann ober Frau, die Berwaltung und Rugung des gemeinschaftlichen Bermögens, ohne das eine Bormundschaft bestellt wird. Rur in den Fällen einer schlechten haushaltung und einer Wiederverheirathung des überlebenden Seigenken wird eine Bevormundung der mindersährigen Kinder ersorderlich, welche jedoch in dem letzteren Falle, wenn nicht Abtheilung, sondern Einstindschaft vorgenommen wird, nur die zur Errichtung der Einkindschaft dauert.

In ber freien und Sanfestadt Bremen wird für minderjährige eheliche Rinder nach bem Tobe bes Baters eine Bormundichaft nicht bestellt, jo lange bie Mutter mit den Rindernfin ungetheilten Gutern lebt

Rach ben in verweisender Form gegebenen Borfdriften bes Reichsgefeges (§ 30) beburfen une heliche Rinber ebenfalls teiner Gin= willigung bes Bormundes neben ber Buftimmung ber Mutter in benjenigen Rechtsgebieten, in welchen uneheliche Rinder, so lange bie Mutter mit ben Rindern in ungetheilten Gutern lebt, einer Bormunbichaft nicht unterliegen.

Dieses ift ber hall im Großherzogihum Sach en-Be i mar Eijenach, in ben Fürstenthümern Lippe und Reuß a. g., in ber freien und Dansestadt Bremen. In Dam!burg werden uneheliche Rinder nur bann bebormundet, "wenn sich zeine besondere Ber-anlassung dazu darbietet."

Rach ber babifden Gefetgebung, sowie im Geltungsgebiete bes frangbfifden Rechts (Art. 158 in Berbindung mit Art. 160 bes Code civil) genügt für minderjährige uneheliche Rinber, welche bon ber Mutter anerkannt sind, io lange die Mutter lebt und ihren Willen zu erklären im Stande, be-ziehungsweise auch nicht unbekannten Aufenthaltes ift, die Einwilligung der Mutter allein, welche zugleich als natürliche Bormünderin gilt; und nur dann, wenn für die Kinder ein Bormund bestellt ist, bedarf es der Mitwirkung eines folden außer der Zustimmung der

3ft in bem Bebiete bes frangbiifchen Befegbuches nnb des babifchen Landrechts das unéheliche Rind von ber Mutternicht aner fannt (vide sub litt. b) worben, fo bebarf es mahrend feiner Minderjahrigfeit nach frangofifchem während seiner Minderjahrigkeit nach französischem Rechte der Simwilligung eines durch den Familienrath zu ernennen den Bormundes ad hoc, nach der badischen Gesetzgebung der Einwilligung des vom Familienrathe erm acht ig ten Bormundes. Dießbezüg-lich sei jedoch, nach hinschill (S. 109), bemerkt, daß in der Rheinprovinz über nicht anerkannte Kinder eine regelmäßige Bormundichaft gesuhrt wird. (Preuß. Bormundichaftsordn. b. 5. Juli 1875, § 12) und dem nach im Sinne des Beichkarietes angenommen merden nach im Sinne bes Reichsgesches angenommen merben tann, daß ber allgemein bestellte Bormund ben Ronfens ju geben hat; benn einmal tenne das Reichsgefet nicht die Einwilligung eines ad hoc zu bestellsgefe ficht bie Einwilligung eines ad hoc zu bestellenden Bormundes, lasse also eine solche nicht zu, und ferner ordne der Code Art. 160 die Zuziehung des Familienrathes für diesen Fall nicht an. Hür Baden kommt zur Anwendung der ursprünglich mit dem Code civil gleichlautende Art. 160 des badischen Landrechts, welcher burch bas Befeg b. 9. Deg. 1875, § 2, folgende Faffung erhalten hat : "Wurde nach bem Tobe bes Baters eine Bormundichaft bestellt, fo bedürfen des Baters eine Vormunojogast besteut, so voouren minderjährige Kinder außer der Einwilligung der Mutter in die She auch diejenige des vom Familienrathe ermächtigten Bormundes. — Sind beide Citern gestorben oder zur Abgabe der Erklärung dauernd außer Stande, so können Söhne oder Töchter, so lange sie nicht einundzwanzig Jahre alt sind, nicht heirathen, ohne daß der Bormund mit Ermächtigung des Familienrathen die Einmillianna ertheilte " milienrathes bie Ginwilligung ertheilte."

Sind bei ehelichen Rindern beibe Eltern ober ift bei unehelichen Rinbern bie Mutter verstorben ober jur Abgabe einer Ertlärung bauernb außer Stanbe, beziehunge-weise unbefannten Aufenthaltes, so bedürfen alsbann nur Minberjährige noch einer Sinwilligung, und zwar berjenigen bes Bormunbes, event. ber Bormunbich aftsbehörde ober eines Familienrathes.

Durch bas Reichsgesetz wurden nämlich alle partifulargefeglichen Bestimmungen aufgehoben, welche in Ermangelung bes ehelichen Baters, bes Aboptivvaters ober ber leiblichen Mutter die Einwilligung anderer Personen als ber Bormunber - alfo namentlich ber Großeltern und bes außerehelichen Baters (wenn er das Rind anerkannt hat) — erforbern. (Bgl. bie Motive z. Gesepentm., S. 27.) Auch ber etwa in Fallen von Beiftestrantheit bem Bater ober ber Mutter bestellte Rurator hat nicht ben Ronfens zu geben (Binfchius, S. 104). Andererseits aber ift ber Konsens ber im § 29 gedachten Bersonen unter ben an-gegebenen Boraussehungen stets erforderlich. Damit entfallen (wie bereits oben bezüglich) bes Baters erwähnt) auch biejenigen partifularrechtlichen Borfchriften, welche bas Recht auf ben elterlichen Ronfens burch bestimmte, ben Berluft ber elterlichen Rechte nach fich ziehende Bergeben ber Eltern verwirft erflaren, ober folde, welche unter befonderen Borausfegungen -B. wenn ber Schwangerer eine fonft unbescholtene Jungfrau oder Wittwe ehrbarer Eltern gur Bieberherftellung ihrer Ehre ober gur Legitimation ber Rinder heirathen will und Die Eltern bes Schwangerers ben fleischlichen Umgang wiffentlich zugelaffen haben - ben Ronfens nicht erforbern (hinfchius, G. 108).

Diefenigen Minberfahrigen, welche bie venia ætatis, alfo bie Rechte ber Bolliahrigen erlangt haben, ftehen den letteren gleich, bedürfen alfo nicht bes Ronfenfes bes Bormundes; wobei jeboch ju bemerten ift, baß im Bebiete bes frangofiichen Befegbuches auch emangipitte Minberjahrige ber Einwilligung bes Familienrathes bedürfen - nicht aber eines Bormundes - ba nach bem frangofischen Befegbuch emanzipirte Minderjahrige einer Bor-munbschaft nicht unterliegen (§ 29, Abfat 4 bes Reichsgef.), für diefelben aber gleichwohl die Einwilligung des Familienrathes (§ 29, Abs. 5 des Reichsges.) erforderlich ist. (Hinself, S. 104 ff.; v. Sicherer, S. 173.)

Nachdem das Reichsgese v. 6. Februar

1875 (wie bereits oben bemerkt wurde) ben

Großeltern das Recht jur Ertheilung ber Gin= willigung entzogen hat, wirb es im Bebiete bes frangofifchen Gefegbuches (in ben Provingen Rheinbagern und Rheinheffen, im albenburgifchen Fürftenthum Birtenfelb und im Reichsland Elfag-Bothringen) ber Ginwilligung bes Familienrathes icon bann bedurfen, wenn bie "Eltern" (ber eheliche Bater, ber Aboptivvater und bie leibliche Mutter) bes Minberjahrigen verftorben ober gur Abgabe einer Erflarung bauernd außer Stanbe find, ober wenn beren Aufenthalt bauernd unbefannt ift.

"Inwiefern bie Birtfamteit einer Bormundichaftsbehörde ober eines Familienrathes ftatt finbet, bestimmt fich nach ganbesrecht." hienach find nicht nur diejenigen Borfchriften ber Landesrechte aufrecht erhalten, welche außer ber Einwilligung des Vormundes die Ge-nehmigung der Vormundschaftsbehörde (des Familienrathes) fordern, sondern auch die-jenigen, nach welchen die Einwilligung des Vormundes durch die Genehmigung der Vormunbichaftsbehorbe erfest werben fann (v. Sicherer, S. 165).

Aus einer biegbezüglichen Prufung ber verschiedenen Landesrechte ergibt fich Folgendes:

1) Das preußische allgemeine ganbrecht (Theil II, Titel 1) bestimmt: "(§ 54) Der Bormund fann seine Einwilligung ohne Genehmigung bes vormundschaft-lichen Gerichtes ertheilen." — Der Standesbeamte hat sich baher gemäß § 45 bes Reichs-gesetzes nicht blos die Einwilligung bes Bormunbes, fonbern auch die Genehmigung ber Bormunbichaftsbehorbe nachweisen zu laffen. - Bgl. hiezu ein Ertenninig bes Reichsgerichts, 2. Straffenats, v. 20. Januar 1882. - "(§ 69) Bermeigert ber Bormund feine Ginwilligung, fo tann biefelbe vom vormundschaftlichen Bericht burch ein blogee Defret erfest werben. (§ 70) Beharret aber ber Bormund auf feiner Weige. rung, fo fteht ihm frei, auf richterliches Bebor und Ertenninig barüber angutragen." - Der Standesbeamte hat somit ungeachtet bes ober-pormunbschaftlichen Detrets bie Chefchließung anzubahnen, wenn ber Bormund auf richterliches Gebor und Erfenntniß angetragen bat. "(§ 72) Sind mehrere Bormunder unter

fich nicht einig, so gibt unter ihnen bloß ber Schluß bes vormundschaftlichen Gerichts ben Ausschlag." (Gin Biberfpruch gegen biefen Beschluß ift teinem Bormunde gegeben. — Roch's Rommentar, Bb. III, S. 28 Unm. 75.) Im Gebiete bes vormaligen Fürstenthums

Sobenzollern - Sigmaringen (Begirt ber Oberamter Gammertingen, Baigerloch und Sigmaringen , Kreisgerichts Bechingen) gelten die Bestimmungen bes ofterreichischen Chepatentes vom 16. Januar 1783, SS 7-9: "Bei vaterlosen Minberjährigen soll die [vormundschafte- gerichtliche Genehmhaltung ber Einwilligung bes Bormunbes gur Chefchließung angesucht werben. Bollte jeboch ber Bormund weber selbst einwilligen, noch die Bormundsschaftsbehörbe angehen, so soll dem Mindersjährigen selbst ober Andern in deffen Ramen freistehen, sich an die gedachte Behörde zu wenden, welche nach Bernehmung bes Bormundes vorzukebren hat, was fie ber Billigkeit gemäß findet." (Diefes ofterr. Batent wurde für Bobenzollern-Sigmaringen eingeführt burch Berordnung v. 12. Mai 1810. — Sammlg. b. Ges. u. Bdg. für das Fürstenthum H. 25. von den Jahren 1808 bis 1820, Bb. I, S. 49.)

Da bie Bormundschaftsorbnung für bie preußische Monarchie v. 5. Juli 1875, § 48, "bie bestehenben Borschriften über bas Erforderniß ber Einwilligung des Bormundes und des Bormunbschaftsgerichts dur Chefchließung bes Munbels" in Rraft lagt, ist nach wie vor im Lanbrechtsgebiet und im ebemaligen Fürstenthum Dobenzollern = Sigmaringen bie Ginwilligung bes Bormunbichaftsgerichts einzuholen (Stolzel, S. 39). - Anbererseits ift aber burch ben eben ermahnten § 48 ber B. D. v. 5. Juli 1875 fur biejenigen Landesthelle ber preußischen Monarchie, welche unter der Wirfung des frangofischen Befegbuches fteben (alfo ben Begirt bes Appellation sgerichtshofes Coln), die früher vom Familienrath geubte Wirkfamteit auf das Bormundschaftsgericht - b. h. ben Friedensrichter - übertragen worben.

2) In Bapern ift bie Benehmigung ber Vormunbschaftsbehörde nicht erforberlich, ausgenommen im Beltungsbereiche bes preußischen allgemeinen Landrechts (vgl. die unter Biff. 1 mitgetheilten Bestimmungen), bes vorberofter= reichischen Rechts (Josephs II. allgem. burgerl. Gefeth. v. 1. Novbr. 1786, Theil I, Sauptsflud 3, § 10) und bes öfterreichischen allgem. burgerlichen Gesethuches v. 1811 (vide "Defterreich" §§ 49 und 50 a. b. B. B., G. 45). In biefen brei Bebieten, sowie nach bem Rechte ber vormaligen Reichsstadt Rempten ift bem Minberjährigen fur ben Fall, bag ber Bormund bie Einwilligung verweigert, bas Recht eingeraumt, Die Entscheidung ber Bormundschaftsbehörde anzurufen.

In Rheinbapern besteht bas Inflitut

bes Familienrathes unverändert (Code civil, art. 160 - vgl. "Franfreich" S. 15).

3) Im Ronigreich Sach fen tann nach § 1921 bes burgerlichen Befegbuches ber Bormund gur Gingebung einer Che bes Pfleges befohlenen feine Ginwilligung nur mit Bes nehmigung bes Bormunbichaftsgerichts ertheilen. Demnach muß vor Anordnung bes Aufgebotes nicht nur bie Ginwilligung bes Bormunbes, fondern auch bie Benehmigung bes Bormund-Schaftsgerichts beigebracht werben (Berordnung bes Rultusministeriums v. 18. Febr. 1867, abgebr. in ber Beitschr. für Rechtspfl. u. Berwalt.

R. F. Bb. 29, S. 182).
4) Im Großberzogthum Baben ift bie Birtfamteit bes Familienrathes neu geregelt burch das Gesetz v. 9. Dez. 1875, § 2 litt. a, woburch ber Art. 160 bes babischen Landrechts eine neue Faffung erhalten hat (vide S. 73 wo biefer Artitel bezüglich ber von ber Mutter nicht anerkannten unehelichen Rinder mitge-

theilt ift).

5) In ber Proving Rheinheffen besteht bas Institut bes Familienrathes unverandert (vide sub No 2: Rheinbapern).

6) Im Großherzogthum Gach fen = Bei= mar fann bie verweigerte Ginwilligung bes Bormundes burch Defret des Bomnnbichafte= gerichts erfett werben. Auch bat bas Bormunbichaftegericht bann zu entscheiben, wenn von mehreren Bormunbern ber eine gegen ben Befchluß ber übrigen Biberfpruch erhebt. (Beset v. 27. Marz 1872, §§ 63, 101 u. 102.) Sonft ift ber Ronsens ber Bormunbichafts= behörde nicht erforberlich.

7) 3m oldenburgifchen Fürftenthum Birten= felb (Enklave im preuß, Reg. Beg. Trier) befteht bas Inftitut bes Familienrathes unverandert (vide sub No 2: Rheinbapern).

- 8) Erforberlich ift die Genehmigung ber Bormunbichaftebehorbe (bes Bormunbichaftsgerichts) in ben Berzogthumern Sach fen-De in in gen nach Art. 9 bes Gefetes v. 27. Nov. 1875, Sachsen-Altenburg nach § 14 ber Bormundschaftsordnung vom 31. August 1785, §§ 36 und 82 der Eheordnung vom 13. Mai 1837 (Ausführungsverordnung vom 30. Oftober 1875, § 9)
 und Sachsen-Eodurg-Gotha nach bem Chegefet vom 15. August 1834 (§ 4 Abs. 5, § 6 Abs. 2 u. 3), welches bie Rechtsfape bes allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten (Theil II Titel 1, §§ 54 und 69-72) miederholt.
- 9) In Unhalt = Deffau = Rothen ift bie obervormundschaftliche Benehmigung gur Cheschließung nothig, wenn bei vaterlosen Minder-

jährigen neben dem Bormunde bie Mutter nicht vorhanden ober jur Abgabe einer Erflarung bauernb außer Stanbe ift. (Befet b. 28. Marz 1850, § 2 litt. B, Biff. 6.)

10) Im Fürstenthum Schwarzburg = Rubolftabt ift - nach § 3 ber erneuerten Berlobniß: , Sochzeits , Rindtaufs und Bes grabniß: Ordnung v. 22. April 1774, bestätigt burch § 31 ber Bormunbichaftsorbnung vom 13. April 1818 — jur Gultiglett bes Cheversprechens eines Unmundigen Die Buftimmung bes Bormundes und bes Bormunbicaftsgerichts

erforberlich.

11) In & u be & tann bie Ginwilligung ber Bormunder, wenn fie ohne hinlanglichen Grund verweigert wird, durch die Vormundschafts= behörde erfett werden, gegen beren Bescheib bei dem Rathe Beschwerbe julassig ift (Bormundichaftsordnung vom 11. Oftober 1820, \$\$ 29 u. 115). In Bremen und ham burg kann bas Obergericht (als Obervormunbschaftsbehorbe) ebenfalls bie von Seiten ber Bormunber ohne binlanglichen Grund berweigerte Einwilligung erseben. Gegen bas Detret bes Dbergerichts tann an bas gemeinschaftliche Oberappellationsgericht ber freien Stabte Deutschlands appellirt werben. (Bormunbichaftsordnung für Bremen v. 7. Auguft 1826, § 45. — Bormunbichaftsordnung für Hamburg v. 23. Dez. 1874, Art. 58, Abs. 3 und Art. 109 bis 111.)

12) Im Reichslande Elfaß = Lothringen besteht das Institut des Familienrathes unsverändert (vide sub No 2: Rheinbagern).

In Burttemberg, in Medlen= burg=Schwerin, in Medlenburg= Strelit, in Reuß a. 2. und in Lippe ift ein Konfens ber Bormunbschaftsbehörbe niemals erforberlich. (hinschius, S. 106.)

Urfunden. - Die guftimmenbe Grtlarung berjenigen, beren Ginwilligung nach bem Befege erforberlich ift, muß in beglaubigter Form beigebracht werben (§ 45 bes Reichsgesehes). Die Einwilli= gung muß zur Schließung ber Ehe mit einer bestimmten Berfon ertheilt werben und eine unbebingte fein - b. h. nicht etwa an Bedingungen gefnupft fein, beren Erfüllung ber Rontrolle burch ben Stanbes= beamten fich entziehen mußte. Die Ginwilligung muß auch, wie jebes andere Cheerforberniß, noch in bem Augenblide ber Che= fcliegung ben gefeglichen Bor= ausfegungen entiprechen. Bar bei= spielsweise vor Anordnung des Aufgebotes der Shekonsens des Baters ordnungsgemäß erbracht und ist der Bater seit Anordnung des Aufgebots verstorben, so muß die Einwilligung der überlebenden Mutter, eventuell des Bormundes, der Bormundschaftsbehörde oder des Kamilienrathes nachgewiesen werden. Bur Cheschließung darf ebenfalls nicht geschritten werden, wenn die bereits ertheilte Einwilligung vor der Cheschließung zurückgezogen wird. (v. Erichsen, S. 19.)

Ift ein Elterntheil, bessen Einwilligung ersforberlich ware, verstorben ober zur Abgabe einer Erklärung bauernd außer Stande, beziehungsweise unbekannten Aufenthalis, so ist bieß nachzuweisen.

Der Rach weis bes Tobes gefchieht mittelft Beibringung eines amtlichen Auszuges aus ben Bivilftanberegiftern, bezw. Rirchensbüchern (vgl. bie Uebersicht auf G. 11).

Bezüglich der in Folge des Krieges von 1870/71 vermißten oder sonst für todt erklärten Bersonen ift eine Aussertigung des gerichtlichen Erfenninissen; bersehen mit dem Attest der Rechtstraft, beizudringen; bezüglich der in den letzten Kriegen vor dem Feindesland verstorbenen Personen, ein Attest der zuständigen Lazareth-Berwaltungs-Kommission. Für kinftige Kriegs- resp. Mobil machungsfälle gelten die Borschriften der kalerlichen Berordung d. 20. Januar 1879 (Reichsgesethlatt, S. 5 — "Standesbeamter" do 1879, S. 37) § 12: "Bei Sterbefällen von Militärpersonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Robilmachung verlassen haben, macht es hinsicklich der Art und Beise der Beurkundung keinen Unterschied, ob diese Steutschalle ober außerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs erfolgen. — Für die Beurkundung derselben ist der gerforbene seinen kohnsig gehabt hat, und wenn ein Bohnsig besten Bohnsig gehabt hat, und wenn ein Bohnsig bestelben im Inlande nicht bekannt ist, der Standesbeamte zuständig, in dessen Beant ist, der Standesbeamte bekienigen Bezirts, in welchem der Berstorbene geboren ist."

Bezüglich ber im Auslanbe ver = ft orbenen Bersonen find die von den zuftändigen ausländischen Behörden oder die von den diplomatischen Bertretern oder Konsuln des beutschen Reiches auf Grund des Gefetzes v. 4. Mai 1870 ausgefertigten Urfunden maßgebend.

Ist ein Bormund bestellt, so wird ber Tob des Baters sich allenthalben schon aus ber Bestellung des Bormundes ergeben; ber Tod der Mutter wird aber besonders nachzuweisen sein.

Satte die Mutter sich wieder verheirathet, führte sie also bei ihrem Tode einen andern Familiennamen als das minderjährige, zur Cheschließung schreitende Kind aus früherer Che, so wird unter Umständen — behufs Festhellung der Identität der Person der Mutter — auch der Trauschein bezüglich der zweiten Che beizubringen oder anderweitig (z. B. durch Polizeiatiest) der Rachweis zu führen sein, daß die in der betressenden

Sterbeurfunde bezeichnete Berfon die Mutter ber gur Cheichliegung foreitenben Berfon gewefen ift. (b. Erichfen, S. 12.)

In ben Källen, in benen Bater ober Mutter zur Abgabe einer Erkläsrung bauernd außer Stande sind, bienen als Beweismittel bie Ausfertigung des Gerichtsbeschlusses, burch welchen ein Geistestranker unter Bormundschaft gestellt ift, ober die dem Kurator des Geistestranken gerichtlich

ertheilte Bestallung.

Soweit die behaupteten Thatfachen dem Standesbeamten weder persönlich bekannt sind, noch durch Atteste der Polizeis oder Gemeindesbehörden oder anderweitig glaubhaft nachges wiesen werden können, ist der Standesbeamte (nach § 45 des Reichsgesches) berechtigt, "den Berlobten die eidesstattliche Berssichen abzunehmen, welche durch die vorliegensden abzunehmen, welche durch die dorliegensden Urfunden oder die sonst beigebrachten Besweismittel ihm nicht als hinreichend festgestellt erscheinen. Auch kann der Beamte "von unsbedeutenden Abweich ungen in den Urst unden, beispielsweise von einer verschiedenen Schreibart der Ramen oder einer Berschiedensheit der Bornamen absehen, wenn in anderer Weise die Persönlichkeit der Betheiligten sests

Der Bormund hat feine Gigenschaft als solcher burch Borlage ber ihm Gerichtsseits ertheilten Beft allung nachzuweifen ober biefe feine Eigenschaft muß in ber Beglaubigung seiner Unterschrift ausbrudlich bestätigt fein. Ift in Fallen, in benen eine Bormunbichaftsbehorbe mitwirft, aus ber Genehmigung ber letteren zu ersehen, daß fie auf Antrag bes (mit Ramen zu bezeichnenben) Bormunbes erfolgt, fo bebarf es teiner besonbern Erflarung bes Bormunbes Ertbeilt. die Vormundschaftsbehorde jedoch bem Bor= munde nur die Ermächtigung, in die beantragte Chefdliegung feines Pflegebefohlenen ju willigen, so hat ber Bormund eine besonbere Erklarung in beglaubigter Form abzugeben und gleichzeitig jene Ermächtigung vorzulegen.

Bofern nach Lanbesrecht die Buftimmungserklarung des Bormundes von einer Beftätigung
ber Bormundichaftsbehörde abhängig gemacht
wird, hat fich der Standesbeamte neben der Ginwilligung des Bormundes auch die Genehmigung der Bormundichafts afts =
behorde nachweifen zu laffen.

Die vom Familienrathe ertheilte Einwilligung ist durch eine Ausfertigung bes vor dem betreffenden Frieben 8 richter — vor welchem die Versammslung stattfand — gefaßten Beschlusses barzuthun (Philippi, F. Die Civilstandsgesetze in der preußischen Rheinprovinz. 3. Aust. Elberfeld 1865, S. 58).

6

(v. Sicherer, Seite 255 ff.:) Sehr verschieben ift in ben verschiebenen Rechtsgebieten bie Rechtswirkung geregelt, welche ber Mangel ber elterlichen ober ber vormunbschaftlichen Einwilligung auf ben Rechtsbestand ber Ehe haben foll.

1) Rach bem geltenben Rechte ber katholischen Kirche sind bie Ehen ber Kinder giltig, auch wenn sie ohne die Einswilligung, ja sogar gegen den offenen und wohlbegründeten Widerspruch der Eltern einzegangen werden. Die Einwilligung der Borsmünder wird von der kirchlichen Gesetzgebung ebenso wenig, als die Einwilligung der Aboptiveltern gesordert. In allen denjenigen Rechtsgebieten demnach, in welchen dem kanonischen Eherechte bürgerliche Wirkung beigelegt ist, hat die mangelnde Einwilligung der Eltern, des Bormundes oder desjenigen, welcher an Kindesstatt angenommen hat, auf Grund des beutschen Reichsgesehes lediglich aufschie ben de Rechtswirkung hat

Eine nur aufschiebende Rechtswirtung hat bas Ehehinderniß ferner nach allen denjenigen ältern Partitularrechten, welche zwar die Einwilligung der Eltern und Bormunder fordern, die Nichteinholung der Einwilligung aber nur mit vermögen serechtlichen Nachtheilen bedroben

2) Die Rechte, nach welchen bas Chehinberniß trennenbe Wirkung hat, scheiben sich wieder in solche, welche die Che für nichtig, und in solche, welche die Che für ansechibar erklären

Nichtig find Chen, welche von Kindern ohne die Ginwilligung der Eltern, von Mindersjährigen ohne die Ginwilligung der Bormunder abgeschloffen werden, nach einigen frantisich en und ich wäbisch en Partitularerechten, sowie nach regensburger Stadtrecht.

An fecht bar find Ghen, welche ohne Einwilligung der Eltern und Bormunder geschloffen werden, insbesondere nach dem fran = zösischen Gesetzbuch und dem babischen Landrecht, sowie nach dem f. sächsischen Gesetz v. 5. Rovember 1875. Das Recht der Ansechtung ist jedoch in diesen Gesetzgebungen

verschieben begrenzt. Nach bem t. sachfischen Befege ift bas Recht ber Anfechtung lebiglich Denjenigen eingeraumt, beren Ginwilligung erforderlich war, bem Bormund nur mit Be-nehmigung ber Bormundschaftsbehorbe. Rach bem frangofischen Befegbuch und bem babifchen Landrecht fommt bas Recht ber Anfechtung nicht nur Denfenigen gu, beren Ginwilligung erforderlich mar - Eltern, Bormund, Familien-rath -, fondern auch bemjenigen ber beiben Chegatten, welcher ber Ginwilligung bedurfte. Diejenigen, beren Einwilligung erforbert murbe, haben bas Recht ber Anfechtung verloren, wenn sie nach frangofischem und badischem Recht ein Jahr , nach fachfischem Gefet feche Monate nach erlangter Renntnig von ber Ghe ohne Einsprache haben verftreichen laffen, nach fachft. schem Gesetze überdieß, wenn ber Chegatte, welcher ber Einwilligung bedurfte, das Lebensjahr vollendet hat, mit deffen Bollendung das Erforderniß ber Einwilligung wegfällt. Der Chegatte, welcher ber Ginwilligung bedurfte, hat nach frangofischem und babifchem Befet bas Recht ber Anfechtung verloren, wenn er nach Erreichung bes Lebensalters, in welchem er ohne bie Einwilligung Dritter fich verebelichen kann, ein Jahr ohne Einsprache ver-ftreichen ließ. Dag bas Recht der Anfechtung verloren geht, wenn bie zur Ertheilung ber Einwilligung berechtigten Bersonen bie Che ausbrudlich ober ftillschweigend gutheißen, ift in ben bier ermabnten Gefetgebungen ausbrudlich ausgesprochen.

3) Nach vielen Rechten endlich wirkt bas Ehehinderniß verschieden, bald als trennens bes, bald als aufschiedenbeit ber hinderniß, je nach Berschiedenheit ber Fälle.

Hierher gehört vor allem bas gemeine protestantische Rirchenrecht, nach welchem zwischen ber Einwilligung ber Eltern und ber Einwilligung ber Bormunder zu unterscheiben ift. Die Eltern konnen, obgleich bieß nicht unbestritten ift, eine Ehe, welche bas Rind ohne ihre Ginwilligung abgeschloffen bat, anfechten; bem Bormunde bagegen wird bas Recht ebensowenig wie ben Aboptiveltern ein= geraumt. Wenn bisher nach gemeinem proteftantischen Rirchenrecht angenommen murbe, baß Die Einwilligung ber Eltern nur fur die Chen von Saustindern erforderlich, mithin auch, baß ber Mangel ber elterlichen Einwilligung nur für die Chen ber hauskinder ein privates trennendes Chehinderniß fei, fo wird nunmehr, nachbem bas Reichsgefet bie Ginwilligung ber Gliern fur bie Chen ber Rinber ichlechthin bis jur Erreichung einer bestimmten Altersgrenze als erforberlich erklatt hat, ba wo bas gemeine protestantische Kirchenrecht für bas bürgerliche Gebiet verbindliche Kraft hat, anzunehmen
sein, daß der Mangel der elterlichen Einwilligung für die Ehen der Kinder schlechthin bis
zu der vom Reichsgesetz gezogenen Altersgrenze
ein privates trennendes Ehehinderniß sei. Dagegen wird der mangelnden Einwilligung des Bormundes oder des Aboptivvaters auch unter der Herrschaft des Reichsgesetzes eine trennende Rechts wirkung
nicht beigelegt werden können.

Dieher gehoren ferner biejenigen Barti: fularrechte, welche für Rinber unter vaterlicher Gewalt bie Ginwilligung ber Eltern, für Rinber unter Bormunbschaft bie Ginwilli. gung bee Bormundes forbern, wegen ber Birtung ber mangelnben Ginwilligung aber auf bas romische Recht verweisen. Rach romischem Rechte ift gur Giltigkeit ber Ebe eines Dauskindes bie Ginwilligung bes Sausvaters nothwenbig, gur Biltigfeit ber Che bes Dunbels bie Ein. willigung bes Bormunbes nicht erforberlich. Demnach ift in ben betreffenben Rechtsgebieten ber Mangel ber pormunbichaftlichen Ginwilligung ein aufschiebendes, ber Mangel ber elterlichen Ginwilligung, und amar foweit bas Reichsgefet biefe verlangt, ein trennenbes Chehinderniß. Denn ber landes rechtliche Sas, bag bie Einwilligung ber Eltern nur, aber auch ichlechthin bei Rinbern in vaterlicher Gewalt erforberlich fei, ift aufgehoben und burch bie reichsgesestliche Borfchrift erfest, baß bie Ginwilligung bes Baters und in beffen Ermangelung die Einwilligung der Mutter nur, aber auch fchlechthin bei Rinbern bis zu einem gemiffen Lebensalter erforberlich fei ; mit ber Berlegung ber reichsgesetlichen Borichrift find aber ebenbiefelben Rechtsfolgen verbunben, welche bisher bie Berlegung bes landesrecht-

lichen Sates nach sich zog.

Das preußtiche Land pie Landrecht unterscheibet zwischen dem Mangel der väterlichen und der vormandschaftlichen Einwilligung. Der Mangel der väterlichen ber väterlichen Einwilligung. Der Mangel der väterlichen Geinwilligung. Der Mangel der väterlichen Geinwilligung. Der Mangel der väterlichen Geinwilligung. Die Mangel der Wahren, welche noch unter väterlicher Gewalt sich besinden, und bei Töchtern, welche noch minderjährig sind, die Ungiltigkeit der Ehe nach sich. Die Ungiltigkeit kann nur von dem Bater und muß dinnen sechs Monaten nach erhaltener Nachricht von der Bollziehung der Ehe gerichtlich gerägt werden. Für Söhne, welche nicht mehr unter väterlicher Gewalt sich besinden, und für Töchter, welche großsährig sind, ist der Mangel der väterlichen Einwilligs

ung nur ein aufschiebenbes Chehinbernig. (Theil II, Titel 1. §§ 972, 973, 994 und 997.) — Der Mangel ber mutterlichen Ginwilligung ift für großidhrige Rinder, Sohne wie Tochter, nur ein aufschiebenbes Chehinderniß. Bei minderjährigen Rindern fann ber Mangel ber mutterlichen und ber bor= munbichaftlichen Einwilligung bie Aufhebung ber Che nach fich ziehen. Ift mahrend ber Minberjahrigfeit bie Ungiltigfeit ber Che nicht gerügt worden, so bleibt dem Mündel selbst bas Recht bagu noch innerhalb sechs Monaten nach erreichter Großsährigkeit vorbeshalten. (Th. II, Titel 1, §§ 999, 978, 979 und 984.) - hat Derjenige, welcher gur Anfechtung ber Che befugt ift, nicht innerhalb ber gesetlichen Frift bie Ungiltigkeit ber Che ge-richtlich gerngt, so ift bas Chehinberniß gehoben und die Che wird als "von Ansang an giltig" betrachtet. (Theil II, Titel 1, §§ 976, 975.) - Der Mangel ber obervormundschaftlichen Genehmigung allein macht bie Che nicht ungiltig (Ertenntniß bes Obertribunals ju Berlin v. 3. Rebr. 1848).

Rach vor beröfterreichtige em Rechte sind die Ehen, welche Minderjährige ohne die gesehlich vorgeschriebene Einwilligung ober ohne die gerichtliche Erganzung derselben abschließen, "ganz ungiltig und ohne alle Wirtung"; Ehen großjähriger Kinder dagegen sind giltig, bestechtigen jedoch die Eltern, "wosern die Urssache der Weigerung . . . vom Gerichte für gründlich anerkennet wird", "Ausstattung oder Bersorgung" zu versagen und "ein solches ungehorsames Kind zu enterben". (Josesinisches Gesehbuch, Haupstäd III, §§ 8 u. 12.)

Je nach ben begleitenben Umständen ist die Birkung des Schehindernisses verschieden im hamburgischen, im schlesswigsholfteinischen, im ulmer, im frankfurter Recht, sowie nach den Shesordnungen für die Herzogthümer Bremen und Berben und für das Land Habeln.

Auch das mofaische Recht gehört zu benjenigen Rechten, nach welchen der Mangel der elterlichen Einwilligung verschieden wirkt. Die Giltigkeit der Ehe eines mündigen Sohnes und einer großjährigen Tochter ist durch die Einwilligung der Eltern nicht bedingt. Dagegen ist die Ehe einer minderjährigen Tochter ohne die Einwilligung des Baters ungiltig und kann nur durch die nachträgliche Einwilligung des Baters giltig werden. Eine vaterlose Minderjährige aber kann ohne die Einwilligung Dritter eine giltige Ehe schließen. Diese Rechtssätze werden da, wo das mosaische Recht für das bürgers

liche Gebiet verbindliche Kraft hat, soweit die Giltigfeit ober Ungiltigfeit ber Che jur Frage fteht, auch gegenwärtig noch, jedoch mit ber Maggabe gelten, daß die mofaischen Termine burch die Termine ber Reichsgesegebung er= fest find.

C.

Bayern.

2. Berfügung bes fgl. Staats: minifteriums bes Innern vom 27. Januar 1883, betreffenb Berebe: lichung des Militarpersonals.

Inhaltlich Bekanntmachung bes f. Kriegsministeriums vom 10. Dezember v. 38. Nr. 16204 a (Berord. Blatt 1882, G. 545) haben S. M. ber Ronig mit allerhochfter Entschließ. ung, d. d. hobenfdmangnau, ben 2. Dez. v. 38., allergnabigft zu bestimmen geruht, baß ber § 1 ber allerhöchsten Berordnung vom 14. Dezember 1872, bie Berehelichung ber Militarpersonen w. betreffend (Berord.-Blatt 1872, S. 332) folgende veranderte Faffung erhalte:

\$ 1. Die Offiziere bes Frieben 8-ftanbes burfen fich nur mit Unferer aller-

hochften Bewilligung verebelichen.

Alle übrigen Offiziere bebürfen Unferer Genehmigung jur Berehelichung nicht. Fur biefelben find binfichtlich ihrer Berebelichung lediglich die burgerlichen Normen maßgebend und fteht ihren Reliften ein Anspruch auf Benfion ober Unterftupung aus Militartaffen nur unter ber Borausfegung ber SS 41 bis 45 des Reiche-Militar-Benfionegefeges ju.

Rach \$\$ 10 und 11 ber ermahnten aller= bochften Berordnung vom 14. Dezember 1872 finden die Bestimmungen bes § 1 auf die Militarargte und die obern Beamten ber Militarverwaltung gleichmäßige

Anwendung.

Für ben in ber gebachten Richtung nunmehr hienach zu bemeffenden Bollzug des Art. 34, Biff. 3 bes Gefeges vom 23. Februar 1872 über heimat, Berehelichung und Aufenthalt (vide S. 7, Abschn. II) wird barauf aufmertfam gemacht, baß ber in biefer Befegesftelle porgefebenen bienstlichen Bewilligung nicht

bedürfen : 1) biejenigen Offiziere und Sanitatsoffiziere gur Disposition, welche nicht in etatsmäßiger

Friebensverwendung fteben;

2) bie Offiziere und Sanitatsoffiziere à la suite, welche weber in etatsmäßiger Friebens-

verwendung fteben, noch auf bestimmte Beit beurlaubt find :

3) die Offiziere und Canitatsoffiziere außer

Dienft :

4) die in Ruheftand verfetten Beamten ber Militarverwaltung;

5) bie Offiziere, Sanitatsoffiziere und Beamten des Beurlaubtenftandes.

("Der Standesbeamte" de 1883, Dr. 6.)

- b. Ausweisschriften, welche einem an bie betreffende (f. S. 7, Abschn. I) banerische Beborbe zu richten-ben Gesuche um Anstellung eines "Ber-ehelichungszengniffes" beigelegt fein muffen:
- 1. ber Geburteschein bes Brautigams und ber Braut; fammt event. ber auf die Chemundigfeit bezüglichen Dispenfationsur= tunbe, falls ber Brautigam bas zwanzigste Altersjahr noch nicht vollendet hat;

2. eine Bescheinigung über bie Ronfestion bes Brautigams und ber Braut : etwa ein Laufzeugniß (vgl. b. Formular z. "Bersehelichungszeugniß", S. 10);

- 3. bei ber Berebelichung von Berfonen, welche einer elterlichen, bezw. vormunds fchaftlichen Ginwilligung beburfen (vgl. \$\$ 29 - 31 bes Reichsgef. v. 6. Febr. 1875, S. 4 u. 5, fowie die bezügl. "Erganjungen" auf S. 70 bis 77), bie Urtunbe über bie guftimmenbe Ertlarung ber= felben - fammt gegebenen Falles ben betreffenden Sterbeurfunden - ober bas die Bustimmung erganzende richterliche Ertenntniß;
- 4. bei Militarperfonen bes Friebensftanbes bie Erlaubniß ber Militarbehörbe (bezw. bes Ronigs bei Offizieren); sonft aber eine Urfun be - Militarpaß, Abichied, Entlaßschein u. f. w. —, aus welcher hervorgeht, baß ber Berebelichung bes Mannes bie Militärbien ftpflicht nicht hindernd im
- 5. eine dienftliche Bewilligung, falls ber Brautigam eine im Dienfte bes Staates, ber Rirche u. f. w. (vgl. S. 7, Abschn. II, Biff. 3) verwendete Berson ift, beren Anstellung bem Staatsoberhaupte ober einer Staatsbehorbe jufteht;
- 6. eine Urtunbe barüber, bag die Brautleute in teinem ber in § 33, Biff. 1 mit 4 bes beutschen Reichsgesehes — b. h. in teinem ber in Art. 28, Biff. 2 bes schweizerischen Bunbesgesehes — bezeichneten Berhaltniffe ber

Blutsverwandtschaft, Schmägerschaft ober Aboptivverwandtschaft, fowie auch nicht in bemienigen bes Pflege = befohlenen und des Bormundes oder eines Rinbes bes Legtern (§ 37 bes beutschen Reichsgesetes) zu einander fteben;

7. ber Tobtenfchein ber legten Frau (bes legten Dannes), wenn ber Brautigam Bittwer (bie Braut Bittme) ift; bei Abgeschiebenen bas Chescheibungs= urtheil (fammt event. ber Dispensa= tionsurfunde wegen Chebruchs, vgl. S. 9, sowie S. 69 u. 70);

8. gegebenen Falles ber Rachweis ber erfolgten "Auseinandersetzung und Sicherfiellung bes Bermögens"

(vgl. S. 8 unten);

9. Leumundszeugnisse für Brautis

gam und Braut;
10. je nach Umftanben: Schriftliche Erflarung ber heimatgemeinbe bes Brautigams, "baß kein Einspruch aus polizeilichen Gründen bestehe oder erhoben werden wolle", falls namlich bie Erhebung eines folchen Ginfpruche ju befürchten ift (vgl.

11. Bescheinigung über ben Civilftanb ber Braut, sowie über bas Borhan: benfein ober nichtvorhanbenfein

etwaiger Rinber berfelben;

12. Die Berfundscheine aus ben berzeitigen Aufenthaltsorten ber Brautleute.

Ferner ift eine gesetlich normirte Beirath 8gebühr zu entrichten, welche bei ber Bufendung bes Berehelichungszeugniffes per Boftnachnahme erhoben ober per Boftanweisung reflamirt wird.

(Bgl. hievor "Bapern" — Abschn. II und VI — S. 7 bis 10.)

Shlukwort.

Der Rurge halber murben in die foeben abgeschloffenen Aufzeichnungen bie mit ben Beftimmungen bes schweizerischen Bunbesgefetes ihrem Inhalte nach übereinstimmenden Gefetesporfdriften bes Auslandes in ber Regel nicht aufgenommen; ebensowenig biejenigen Bestimmungen bes ausländischen Rechtes, beren Ab-weichungen vom schweizerischen Gesetze bem Bwede vorliegender Arbeit gegenüber einer praftischen Bebeutung entbehren. Es sind bies por Allem biejenigen Borichriften, welche im Berhaltniß jum ichmeizerischen Befet bie Be =

fugniß gur Chefchliefung erwei= tern ober bezüglich ber mit bem Abichluß ber Che verbundenen Formlichfeiten Erleichterungen gemahren. In letterer Sinficht verbient nament= lich die Bulaffigfeit ber Stellvertretung ber Chefchließenben bei ber Trauung8= vollziehung hervorgehoben zu werden. Bas ins= besondere die auslandisch = rechtlichen Erweite= rungen ber perfonlichen Fabigfeit betrifft, fo beziehen sich dieselben lediglich auf das Ehe= mündigteitsalter, die Wartezeit beim weiblichen Geschlecht und auf ein einziges ehehinderndes Bermandtschaftsverhaltniß, namlich basjenige zwischen Oheim und Richte ober Reffe und Sante. In ben meiften Befeggebungen befchranten fich übrigens biefe Erweiterungen ber Beirathsfähigkeit auf ein ber Regierung vorbehaltenes Dispensation grecht.

Immerhin waren diejenigen in erweiternbem Sinne von ber ichweizerischen Befetgebung abweichenben Bestimmungen bes auslandischen Rechts, auf welche in ben mitgetheilten Befegesftellen bingewiesen wirb, nicht ohne Beiteres ju übergeben ; weil biefelben aber ber Anwendung ber fachbezüglichen schweizerischen Borschriften nicht entgegenwirken tonnen, so wurden sie - vom Stanbpunkte ber Pragis - einfach als ben lettern entfprechend bezeichnet.

Cbenfalls weggelaffen, und zwar ihrer relativen Zwedlosigkeit halber, wurden biejenigen Befegesvorschriften, welche bie Chefchließung ber Mitglieder lanbesberrlicher

Familien betreffen.

Damit jedoch diese Arbeit einem über ihren eigentlichen 3med binausgebenden Beburfniffe nach Ausfunft entfprechen tonne und überhaupt eine möglichst vollständige Bufammen = stellung bes außerschweizerischen Chefchlie gungerechtes - soweit bem= selben eine internationale Bedeutung zukommt - biete, werden nunuiehr bie aus ben angegebenen Grunden in Borftebenbem nicht berudsichtigten ober bloß abgekürzt wiedergegebenen Borschriften ber wichtigsten auslandischen Befeggebungen anmertungsweise nachgetragen.

Bemerkt wird, daß insbesondere die Ebe= verbote megen Bermanbtichaft in bem bier folgenden Rachtrage ihrem gangen Bortlaute nach enthalten find, wofern bieß nicht bereits im eigentlichen Tegte ber Arbeit der Fall war. Wenn daher ein berartiges Berbot weder in den vor= noch in den nach= ftebenden Aufzeichnungen zu finden ift, fo tann basfelbe als in ber betreffenben Befetgebung überhaupt nicht bestehend angeseben werben.

Die als Machtrag beigefügten, vorliegenbe Arbeit einigermaßen ju einem Sanbbuche bes inter= nationalen Cheschließung brechtes erganzenben, Aufzeichnungen finb:

Deutsches Reich. Reichsgeset vom 6. Februar 1875

§ 28, Abfat 2. Die Ehem fin big feit bes mann-lichen Gefchlechts tritt mit bem vollenbeten zwanzigften Lebensjahre, die bes weiblichen Gefclechts mit bem vollendeten fechszehnten Lebensjahre ein. Dispenfation

ift zulässig.
§ 38. Die Che ift verboten:
1) zwischen Berwandten in auf und abesteigender Linie,
2) zwischen boll- und halbbürtigen Ge-

fowiftern, gwifden Stieffinbern, Somiegereltern und Somiegertin-bern jeben Brabes,

ohne Unterschied, ob das Bermandtigafts- ober Somägericaftsverhaltniß auf ehelicher ober außerehelicher Geburt beruht, und ob die Ehe, burch welche die Stief- oder Schwiegerver-bindung begründet wird, noch besteht oder

nicht,

4) zwischen Personen, deren eine die andere an Kindesstatt angenommen hat, so lange dieses Rechtsverhältniß besteht,

5) zwischen einem wegen Shebruchs Geschiedenen und seinem Mitschuldigen.

Im Falle der Rr. 5 ift Dispensation

§ 35. Frauen durfen erft nach Ablauf bes

gehnten Monats seit Beendigung der früheren She eine weitere Ehe schließen.
Dispensation ift zulässig.
§ 45. Bor Anordnung des Ausgebots sind dem Standesbeamten die zur Eheschließung gesehlich nothwendigen Erfordernisse als vorhanden nachzuweisen.

Insbesondere haben die Berlobten in beglaubigter

Form beigubringen:

1) ihre Beburt Burtunden

bie juftimmenbe Ertlarung berjenigen, beren Ginwilligung nach bem Gefete erforber-

lich ift.
Der Beamte tann die Beibringung diefer Urtunden erlaffen, wenn ihm die Ehatjachen, welche durch dieselben festgestellt werden sollen, person. lich befannt ober fonft glaubhaft nachgewiesen find. Auch tann er bon unbedeutenden Abweichungen in ben Urfunden, beifpielsmeife bon einer verfchiedenen Schreib. art ber Ramen ober einer Berfchiebenheit ber Bornamen abfehen, wenn in anderer Beife Die Berfonlichteit der Betheiligten feftgestellt wird. Der Beamte ift berechtigt, ben Berlobten Die eibes-

stattliche Bersicherung über die Richtigkeit der Thatsachen abzunehmen, welche durch die dor-liegenden Urfunden oder die sonst beigebrachten Be-weismittel ihm nicht als hinreichend festgestellt er-

fceinen.

§ 72. — In Ansehung der Mitglieder der Landesherrlichen Familien, sowie ber Fürftlichen Familie Hohenzollern werben die auf Hausgesetzen oder Observanz beruhenden Bestimmungen über die Erfordernise der Eheschließung und über die Berichtsbarteit in Chefacen nicht be-

Frankreich (und Belgien). Gode civil: Art. 144. Mannspersonen tonnen nicht heirathen, ehe fie das achtzehnte, Frauenspersonen nicht, ehe fie das fünfzehnte Altersjahr jurudgelegt

Art 145. Dem jeweiligen Staatsoberhaupte bleibt

es jedoch überlaffen, aus wichtigen Grunden in Betreff biefer Altersgrenze Dis pen fation zu ertheilen. Art. 161. In gerader Linie ift die Ehe unter allen Afcen ben ten und ehelichen ober unehelichen Decenbenten, wie auch unter Berichwagerten berfelben Linie verboten.

Art. 162. In der Seitenlinie ift die Che gwifchen ehelichen und unehelichen Befch wiftern, auch swifden Berichmagerten besfelben Grabes, verboten.

Art 163. Die Che ift ferner verboten: awifden bem Oheim und ber Richte, ber Cante und bem Reffen.

Art. 164. Doch bleibt es bem jeweiligen Staatsoberhaupte überlaffen, aus wichtigen Grinden die in ben Art 162 und 163 enthaltenen Gheverbote in Be-treff bes Somagers und ber Somagerin, bes

Oheims und ver Richte oder der Cante und des Reffen mittelst Dispensation aufzuheben.
(Art. 228 des Code civil enthält die gleiche Bestimmung wie Art. 28, Schlußlemma des schweiz. Gefekcs.)

@rofbritannien. (Report of the Royal Commission on the Laws of Marriage — 1868.)

Dannlide Berfonen bon biergebn und meibliche bon zwölf Jahren tonnen eine Che foliegen. (Das engliche Recht hat alfo bas Chem un big-teits alter bes fanonischen Rechtes beibehalten.)

Eine Bartegeit für Die Wiederverheirathung von

Eine Wartegeit für die Wiederverheirathung von Frauen (Wittwen u f. w) ift dem englischen Rechte
— ebenso wie dem kanonischen Rechte — unbekannt. Die Mitglieder der königlichen Familie bedürfen zur Cheschließung die Zustimmung des re-gierenden gandesherrn, oder, falls dieselben über 25 Jahre alt sind, mussen seine zwolf Monate zum Beraus den "Privy Council" über die beabsichtigte Cheschließung nerktöndigt haben und mahrend dieser Krift non ung verftandigt haben und mahrend Diefer Brift bon den beiben Saufern des Parlaments nicht migbilligt worden fein (12 Geo. III, c. 11—1772).

Stalien. Codice civile del Regno d'Italia:

Art. 53. Gin gegenseitiges vorlaufiges Cheveripreden (La promessa scambievole di futuro matrimonio) begrundet tein 3mangsrecht, weber beauf ben Gall eines Rudtrittes ausbedungenen Beiftungen.

Art. 54. Burbe über das Cheversprechen eine öffentliche ober auch eine bloge Privaturfunde errichtet, vorausgeset, daß in letterem Falle ber Betreffenbe mehrjährig war ober, wenn minderjährig, mit Ermächtigung derjenigen Personen gehandelt hat, beren Mitwirtung jur Cheschiebung geforbert wird, ober ift das Schoursprechen bereits burch ben Civilftanbsbeamten berfündet worden, so ift berjenige Berlobte, welcher ohne zureichenden Brund fich der Abschließung der Che widerfett, dem andern Theile gegenüber jum Er- jage der ihm in Folge bes Cheversprechens entstandenen Muslagen berpflichtet.

Die bezügliche Rlage tann indeffen nur innerhalb Jahresfrift, bon dem Tage an gerechnet, an welchem die Che hatte abgeschloffen werden sollen, angebracht

Art. 55. Der Mann barf bor gurudgelegtem achtgehnten, die Frau bor gurudgelegtem fünfgehnten Altersjahr feine Che eingehen. (Bgl. Art. 68, Mbf. 2.)

Art. 57. Die Frau darf eine zweite Che erft nach Ablauf von zehn Monaten feit der Auflofung ober Richtigerflarung ber frubern Che eingeben, mit Ausnahme bes in Art. 107 ermähnten Falles. Diefes Berbot hort mit bem Tage, an welchem bie

Frau niebergetommen ift, auf. (Art. 107. Die offenbare und immermahrenbe 3mpotenz kann, sofern bieselbe vor Eingehung ber Che vorhanden war, von dem andern Chegatten als Richtigfeitsgrund vorgebracht werben.)

Art. 58. In gerader Rinie ift die Che verboten zwischen ehelichen oder unehelichen Ascendenten und Descendenten und zwischen Berschwägerten

berfelben Linie.

Art. 59. In der Seitenlinie ist die Ehe ver-eten: 1) zwischen ehelichen oder unehelichen Gefom iftern, 2) zwischen Berich wägerten bes-jelben Grades, 3) zwischen Oheim und Richte, Tante und Reffe. (Bgl. Art. 68, Abs. 1.)

Art 68. Der Ronig tann, aus bringenben Grunden, von ben in Art. 59, Biff. 2 und 3 enthaltenen Cheverboten mittelft Dispensation entbinden.

Ebenjo tann berselbe von bem hindernisse ber mangelnden Chem und ig teit dispensiren und die Che einem Manne, welcher das vierzehnte, oder einer Frau, welche das zwölfte Altersjahr

Buridgelegt hat, gestatten.
Art. 69. Die Bestimmungen bes Art. 55, ber Biff.
2 u. 3 bes Art. 59 und bes Art. 67 (vide S. 31) sind nicht anwendbar auf ben Ronig und die tonig-

liche Familie.
Bur Gultigfeit ber von ben toniglichen Prinzen und Prinzeffinnen gefchloffenen Chen ift bie Buftimmung bes Ronigs erforberlich.

Mieberlande. Burgerlijk Wetboek.

Art. 86. Der Jüngling, ber bas volle Alter von achtgebn, und bas Dabden, welches bas volle Alter bon fe d s g e h n Jahren nicht erreicht hat, tonnen feine Che ichließen.

Der Ronig tann jedoch , aus gewichtigen Grunden,

Dispensation ertheilen.

Art. 87. Die Che ift verboten amifchen Bermanbten ober Berichmagerten auf= und abfteigender Linie, ehelicher und außerehelicher Beburt, und in ber Seitenlinie gwijchen Befom iftern, ehelichen wie außerehelichen.

Mrt. 88. Die Che ift ferner verboten:

1) amijden Schwager und Schmägerin,

ebeliche ober unebeliche; 2) zwifchen Obeim ober Großobeim und Richte ober Grognichte, fowie zwifchen Cante ober Großtante und Reffe ober Großneffe, ebelide ober unebeliche.

Der Ronig tann, aus gewichtigen Grunden, in Betreff ber in biefem Artitel enthaltenen Cheverbote Dispenfation ertheilen.

jation ertheilen.
(Art. 91 enthält die gleiche Bestimmung wie Art. 28, Schlustemma des schweiz. Gesetes.)
Art. 113. Ein Cheversprechen (Berlöbnis) begründet kein Zwangsrecht, weder bezüglich Schließung der Ehe, noch bezüglich Ersat von Auslagen oder sonstigem aus der Richtersullung des Bersprechens erwachsennen Schaben; alle behufs Schaldshaltung getroffenen

Bereinbarungen find daber nichtig. Ausnahmsweise nur begrundet das Cheversprechen dann, wenn es vor dem Civilftandsbeamten

abgegeben und bon biefem bereits bertunbet murbe, eine Rlage auf Erfat bes mirtlichen Schabens, welchen einer ber Berlobten aus ber Beigerung bes andern erlitten hat; mahrend eine Berudfichtigung bes entgangenen Bewinnes nicht ftattfinden foll.

Diefe Rlage verjährt durch den Ablauf von achtzehn Monaten, von bem Tage der erften Bertundung an

gerechnet.

Art. 134. Es bleibt bem Ronig überlaffen, aus michtigen Gründen, ben Betreffenben bie Gingebung ihrer Che mittelft eines befonbern, burch authentifche Urtunde Bevollmachtigten ju bewilligen. Datte fic aber ber Bollmachtgeber, bebor biefe Che geichloffen murbe, gejeglich icon mit einer anbern Ber-fon verehelicht, fo foll bie burch ben Bevollmachtigten eingegangene Che als nichtig betrachtet werben.

Rorwegen. Im banischen Rechtsgebiete gilt bas gleiche Ehem un big teitsalter wie im beutichen Reiche und ift ebenfalls Dispen fation aufaffia. (Siblgel, Deutides Epeichliegungsrecht: An-hang II — Tabelle.) 3m fonftigen Rechtsgebiete richtet fich bie

Chemun big feit nach der Confirmation, welche (laut Ritual v. 25. Juli 1685) im jechszehnten Altersjahre ftattfindet. — Glasson, op. cit. p. 451.

Defterreid. Allgemeines burgerliches Befegbud: § 21. Diejenigen, welche wegen Dangels an Jahren, Bebrechen des Beiftes, ober anderer Berhaltniffe megen , ihre Angelegenheiten felbft gehörig ju beforgen unfahig find, fteben unter bem besonderen Soute der Gejete. Dabin gehoren: Rinder, die das fiebente; Un mundige (vgl. § 48), die das vierzehnte; Minderjahrige, die das bierundzwanzigfte Jahr ihres Lebens noch nicht jurudgelegt haben.

§ 48. Rafende, Bahn finnige, Blodfinnige und Unmundige find außer Stande, einen giltigen Chevertrag ju errichten (eine giltige Che ju foliegen).

§ 45. Gin Cheverlobnig ober ein vorläufiges Beriprechen, fich ju ehelichen, unter mas far Umftanben ober Bedingungen es gegeben ober erhalten worden, gieht feine rechtliche Berbindung nach fich, weber gur Schliegung ber Che felbst, noch jur Leiftung besjenigen, was auf ben Fall bes Rudtrittes bedungen worben ift.

§ 46. Rur bleibt bem Theile, von beffen Seite feine gegrundete Ursache zu dem Rudtritte entftanden ift, der Anspruch auf den Ersat bes wirklichen Scaben & borbehalten, welchen er aus biefem Rudtritte gu

leiben beweifen fann.

§ 76. Die feierliche Erflarung ber Gin-milligung gur Che fann mittelft eines Be-vollmächtigten gescheben; boch muß biegu bie Bemilligung ber Lanbesftelle erwirft und in ber Bollmacht bie Berfon, mit welcher bie Che einzugeben ift, bestimmt werden. Die ohne eine folde besondere Bollmacht ge-ichloffene Che ift ungiltig 3ft die Bollmacht bor ber abgeschlossenen She widerrusen worden, so ist zwar die Ehe ungiltig, aber der Machtgeber für den durch seinen Biderruf verurfacten Schaben verantwortlich.

§ 83. Aus wichtigen Gründen fann die Rachficht von Chehinderniffen bei ber Lanbesftelle angesucht werben, welche nach Beschaffenheit der Umftande sich in das weitere Bernehmen zu setzen hat.

§ 120. Wenn eine Che für ungiltig erflart, getrennt ober durch des Mannes Tod aufgelofet wird, fo fann bie Frau, wenn fie fcwanger ift, nicht bor ihrer Entbindung, und, wenn iber ihre Schwangericaft ein Zweifel entfleht, nicht vor Ablauf bes fech sten Monats, ju einer neuen Che foreiten; wenn aber nach ben Umftanben ober nach bem Zeugniffe ber Sachverständigen eine Schwangerschaft nicht wahrscheinlich ift, so kann nach Ablauf breier Monate [von ber k. k. politischen Bezirksbehörde, bezw von ber mit ber politischen Amtstührung betrauten Gemeindebehörde in erfter Instanz] die Dispensation ertheilt werden. (Gel. v. 4. Juli 1872, Rr. 111 R. G. B., § 1.)

werden. (Gef. v. 4. Juli 1872, Rr. 111 R. G. B., § 1.) § 121. Die Uebertretung die ses Gesetz es (§ 120) ziebt zwar nicht die Ungiltigkeit der Ehe nach sich, allein die Frau verliert die ihr von dem vorigen Manne durch She-Pacten, Erbvertrag, letten Willen oder durch das Uebereinkommen bei der Trennung zugewendeten Bortheile; der Mann aber, mit dem sie die zweite She schließt, verliert das ihm außer diesem Falle durch den § 58 (j. S. 47) zusommende Recht, die She für ungiltig erklären zu lassen, und be i de Che gatten sind mit einer den Umständen angemessenen Strafe zu belegen. Wird in einer solchen She ein Kind geboren, und ist es wenigstens zweiselhaft, od es nicht von dem vorigen Manne gezeugt worden sei; so ist demselben ein Eurator zur Bertretung seiner Rechte zu bestellen.

§ 125. Das Chehinberniß ber Bermanbte bei ber fich aft erftredet fich unter Seitenverwandten bei ber Jubenicat fich unter Seitenverwandten bei ber Jubenicat ich aft nicht weiter, als auf die She zwischen Bruber und Schwester, dann zwischen ber Schwester und einem Sohne oder Entel ihres Brubers oder ihrer Schwester; das Chehinderniß der Schwöger- ich aft aber wird auf nachstehende Personen beschraftet: Rach aufgelöster She ist der Mann nicht besugt, eine Berwandte seines Weibes in auf- oder absteigender Linie, noch auch seines Weibes Schwester, und das Weibe ist nicht besugt, einen Berwandten ihres Mannes in auf- und absteigender Linie, noch auch ihres Mannes Bruder, noch einen Sohn oder Entel von ihres Mannes Bruder oder Schwester zu ehelichen.

Portugal. Codigo civil portuguez:

Art. 1067. Die Einwilligung der Brautleute zum Cheabschlusse kann nur bei der Trauung giltig erklärt werden. Unverbindlich sind daher alle Berträge, durch welche die Betheiligten, miteinander eine Ehe zu schließen, sich vorläusig verpstichten (os contratos, em que as partes se obrigam-para o futuro); gleichgültig ob dieselben unter dem Ramen von Berlöbnissen, Cheversprechen oder irgend einer andern Bezeichnung (debaixo do titulo de esponsaes, desposorios ou qualquer outro) abgeschlossen wurden und ob dabei eine Stipulation von Conventionalstrasen stattfand.

Einziger &. Die Bestimmungen biese Artifels verhindern es jedoch nicht, daß eine Person, welche in Folge eines Seversprechens Geschenke erhielt oder den andern Theil zu Ausgaben veranlaßte, zur Rückgabe ber erstern, beziehungsweise Bergutung der lettern, auf Berlangen, verpflichtet ift.

Art. 1068. Die Ertlärung ber Einwilligung gur Che tann mittelft eines Bevollmächtigten abgegeben werben; borausgefest, baß bie betreffenbe Urfunde als Spezialvollmacht abgefaßt fei und bie genaue Bezeichnung berjenigen Perjon enthalte, mit welcher die Ehe abgeschloffen werden foll.

Art. 1073. Es tonnen feine Che foliegen;

- 1) bie Blutsvermandten ober die Berfchmägerten (os parentes por consanguinidade ou affinidade) in der geraden [auf- und absteigenden] Linie;
- 2) die Bermandten im zweiten Grabe ber

Seitenlinie (os parentes em segundo grau na linha collateral); Die Berwandten im britten Grade der Seitenlinie

3) Die Berwandten im britten Grade der Seitenlinte (Oheim und Richte ober Reffe und Tante), ausgenommen wenn fie einen Dispens erlanat baben:

erlangt haben;
4) Mannspersonen, bevor sie das vierzachnte, und Frauenspersonen, bevor sie das zwölfte Altersjahr zurückgelegt haben;

5) Perfonen, die soon verheirathet sind und deren frühere Ehe noch besteht.

Einziger S. Die unter Biff. 3 erwähnte Dispen = fation wird, aus wichtigen Gründen, von der Regierung ertheilt.

Art. 1074. Die Uebertretung ber im vorhergebenden Artifel enthaltenen Bestimmungen bewirkt die Richtig-teit ber Chejchließung.

Art. 1238. Die Wittme, welche vor Ablauf von breihundert Tagen nach dem Code des Mannes eine neue Che eingehen will, ift verpflichtet, untersuchen zu laffen, ob fie fcwanger fei oder nicht.

Art. 1234. Die Wittwe, welche mit hintanjetung ber im borhergebenben Artifel
enthaltenen Bestimmung eine She schließt,
wird aller trast Gesetzes oder Bertrages aus der
frühern She erlangten oder noch zu erlangenden Bortheile verlustig, welche alsdann an die gesetzlichen Erben
des früheren Rannes übergeben; und es verliert der
neue Chegatte das Recht, seine Baterschaft bezuglich des
nach Ablauf von hundertundachtzig Tagen seit Abschluß
der She gebornen Kindes zu bestreiten; dem Kinde
indessen bleibt der Anspruch auf die Baterschaft des
früheren Shemannes vorbehalten, wenn es dieselbe beweisen kann.

Rumanien. Bürgerliches Gesethuch (nach Stölzel, Deutsches Sheschließungsrecht: Anhang II — Tabelle). Als Ehem ündigkeitsalter gilt das vollendete 18. resp. 15. Lebensjahr. Dispen fation durch ben Landesherrn ift zulässig.

Rufland. (nach Stölzel, a. o. a. D.)

Als Chemündigteitsalter gilt in Raufafien das vollendete 15. refp. 13. und in Finnland
das vollendete 21. refp. 15. Lebensjahr, ausgenommen
in legterem Gebiete bei Landleuten in der Armee oder
mit fester Beschäftigung, bei welchen das 18. refp. 15.
Lebensjahr, sowie auch in Lappland, woselbst das
17. resp. 15. Lebensjahr entscheidet. (Im übrigen
Rußland tritt die Shemündigteit des männlichen Gejchlechts mit dem vollendeten achtzehnten, die des weiblichen Geschlechts mit dem vollendeten sechszehnten Lebensjahre ein. Indessen ift Dispensation durch den
Bisch innerhalb der letzten 6 Monate zulässige.)

Schweben. (Rach Stölzel, a. o. a. D.)

Als Chem ündigfeits alter gilt bas vollendete 21. refp. 15. Lebensjahr, außer in Lappland, wofelbft bas 17. refp. 15. Lebensjahr entscheit. Dispenfation durch ben Rönig ift zuläffig.

Spanien. Ley provisional de matrimonio civil, de 18 de Junio de 1870:

Art. 3. Es entsteht teine civilrechtliche Berbindlichteit aus einem vorläufigen Sheversprechen (promesa de futuro matrimonio), in welcher Form und wie feierlich diese immer gegeben wurde und welche auch die hiebei stiputirten Conventionalstrafen ober sonstigen Bedingungen sein mögen.

Art. 4, Biff. 1. Die Chemunbigfeit bes mannlichen Gefchlechts tritt mit bem vollendeten vier-gebnten Bebensjahre, die bes weiblichen Geichlechts mit bem vollendeten gwolften Lebensjahre ein.

Gine Che, Die zwifden Brautleuten abgefcloffen murbe, welche bas vorgeschriebene Mündigfeitsalter noch nicht erreicht hatten, wird als ipso facto und ohne meitere Erflärung gultig betrachtet, wenn die Speatten einen Lag, nachdem fie das gefestiche Alter erreicht, ohne Anhebung einer Richtigkeitstlage miteinander gelebt haben, ober wenn die Frau schwanger geworben ift.

Art. 5, Biff, 4. Die Gefchließung ift berboten: Bittwen bor Ablauf bon breihunbert und einem Sag nach bem Tode bes Mannes ober vor beren Entbindung, falls fie schwanger find, und -- unter gleichem Borbehalte mahrend ber - Frauen, beren Che nichtig gleichen Frift ertlart worben ift, bon bem Tage ber RichtigfeitBertlarung an gerechnet; es fei benn, daß fie bie entsprechende Di B. penjation erlangt haben.

Mrt. 6. Die Ehe ift ferner berboten;

1) Zwischen Afcenbenten und Defcenbenten, gleichviel feien diefelben ehelich oder außerehelich

vermandt ober verschwägert;
2) In der Seitenlinte wegen ehelicher Blutsvermandtschaft bis jum vierten Grabe (Geschwifterfindern ober Großobeim und Grofnichte, bezw. Grofneffe und Groftante);

3) in ber Seitenlinie wegen ehelicher Schwägerichaft bis jum britten Grabe (Obeim und Reffe bes Mannes ober Tante und Richte ber Frau);

4) in ber Seitenlinie außerehelich Bermanbten ober Berfomagerten bis jum

ameiten Grabe (Somager ober Schmägerin); 5) amifchen bem Aboptivvater ober ber Aboptibmutter und dem Aboptiblinde, jowie zwijchen letterm und bem verwittweten Chegatien des Aboptivvaters ober der Aboptivmutter, und endlich auch zwifden Aboptiveltern und Chegatten

ber Aboptivlinder; 6) ehelichen Descenbenten bes Aboptirenben mit bem Aboptirten, fo lange die Aboption befteht.

Art. 7. Die Regierung tann auf Rachsuchen ber Betheiligten, aus hinreichenden Grunden und nach Daggabe eines bezüglichen Reglements, Dispenfation ertheilen: von dem in Art. 5, Biff. 4, enthaltenen Eheverbote (Bartezeit für Frauen); von demjenigen des Art. 6, Biff. 2, in Betreff des dritten und vierten Grades (Oheim und Richte oder Tante und Reffe, Beidwifterfinber, Großobeim und Brognichte ober Grogneffe und Großtante); bon ben Cheverboten bes Art. 6, Biff. 3 und 4 (Somiegertante ober Somiegernichte,

Echwiegeroheim ober Schwiegerneffe, Schwiegeroheim ober Schwiegerneffe, Schwager und Schwägerin) in ihrer gangen Ausdehnung, mit Ausnahme ber außerehelichen Berwandtschaft (Beschwister ober Halbeschwister); und von ben Severboten unter Ziff 6 desselben Artikels 6 (Rachtommen des Adoptirenden mit dem aboptirten) Art 35. Die Che tann perfonlich ober auf Grund

einer Spezialvollmacht burd einen Stellber-treter abgeichloffen werden. Die betreffende Urlunde foll die Bezeichung berjenigen Berson enthalten, mit welcher die Che abzuichließen ift. Indessen ift diese Cheich ließung mittelst eines Bevollmächtigten nur insofern zulässig, als der Eheschließende feinen Bohnfig ober Bohnort außerhalb bes Begirtes bes guftandigen Civilftandsbeamten hat.

Ungarn. (Rad Stölzel, a. o. a. D.) Die Chemunbigteit beginnt nad tanoniich em Rechte, welches tiber bie Ghefchliegung ber romifchen und griechifchen Ratholiten bestimmt, mit bollenbetem biergebnten Bebensjahre für bas mannliche Gefchlecht und mit bollenbetem gmolften Rebensjahre für das weibliche. Rach dem burger-lichen Rechte, welches für die Alatholiten maß-gebend ift, können Personen, welche das zwölfte Lebensjahr vollendet haben, mit Einwilligung des ehelichen Baters (ober nach seinem Tode des vaterlichen Großvaters, des Bormundes ober ber Bormundschaftsbehörbe), aber nur mit dieser Einwilligung sich giltig verehelichen. Das Geset, auf welchem dieses bürgerliche Recht beruht — aus dem 17. Jahrhundert stammend — ift jedoch nicht mehr in Uebung: vielmehr gelten Proteftanten mannlicen Befolects erft mit achtgebn, weiblichen Befclechts erft mit fünfgebn Jahren für ehemundig; für Juben ift teine Altersgrenze vorgeschrieben.

Im Bormort murbe ber Bunfch geaußert, es möchte bie Schweiz ben Weg zu einer internationalen Berstänbigung bezüglich bes Ehefchließung grechts anbahnen. Jene Meußerung burfte nun nachstehende Andeutungen an der geeigneten Stelle erscheinen laffen.

Gine Löfung bes Problems, wie bie Chegeschgebung ber fammtlichen civilisirten Länder — wenigstens in ihren wesentlichen Bestimmungen — einheitlich zu gestalten mare, mag allerdings in nachster Zeit faum gefunden werben. Als theilweisen Erfat hiefür bezweckt die hier gemachte Anregung immerhin das Entstehen einer bem gegenwärtigen Rechtszustand anzupassenben Einrichtung au befürworten, welche bie aus ber Berschiebenheit ber einzelnen Gesetzgebungen für bie internationale Cheschließung sich ergebenden Uebelstände beseitigen, beziehungsweise den Nachtheilen eines Cheabschlusses außerhalb des Heimatlandes beider Brautleute ober nur des einen Theiles vorbeugen würde.

Soll nämlich die von einem Ausländer (Ausländerin) mit einer Ausländerin (Ausländer) oder mit einer Inländerin (Inländer) geschlossene Ehe nach allen Seiten hin unansechtbar sein, so mußte hiezu nothwendig die betreffende ausländisch es Gesehaung berücksichtigt werden.

Laut bem im Vorwort abgebruckten Kreisschreiben bes schweizerischen Bundesrathes vom 27. Brachmonat 1877 steht aber ber Berückschtigung des ausländischen Rechts ab Seite der inländischen Behörden ein dreifaches Hinderniß entgegen. Da überdieß dem inländischen Gesetzgeber kaum zuzumuthen ist, Bestimmungen des Inhalts aufzustellen, daß für die im Inlande sich verehelichenden Ausländer eine frem de Gesetzgebung angewendet werden soll, so bleibt wohl zur Erreichung des vorerwähnten Zweckes kein anderes als das bereits angedeutete Mittel übrig.

Dasselbe bestünde in

Errichtung einer internationalen Centralstelle,

b. h. in Aufstellung einer aus Vertretern ber verschiebenen — mittelst bezüglicher Verträge zu verbindenden — Staaten zusammengesetzten Behörde. Diese Behörde würde als vermitteln des Organ zwischen dem Rechte des Heichließungswortes ermächtigt sein, nach Prüfung des Sachverhalts, ein rechts verbindsliches Gutachten über die beabsichtigte Cheschließung abzugeben und hätte demnach die Verantwortlichkeit für die richtige Auslegung und Anwendung aller auf das Chewesen sich beziehenden Gesetzt der Vertragsstaaten zu übernehmen.

Ohne in die Einzelnheiten der Organisation eines derartigen Institutes näher einzutreten, wird nur bemerkt, daß von den Bertragsstaaten wohl in erster Linie eine Bereinbarung zu treffen wäre, wonach die Gesetze ihre versbindliche Kraft bezüglich internationaler Eheschließungen erst von dem Zeitpunkte an erhalten sollen, in welchem die internationale Centralbehörde von denselben amtliche Kenntnißerhalten hat. Im Anschlusse hieran sollte auch die Frist, innershalb welcher der Cheabschluß stattzusinden hätte, in eine gewisse Abhängigkeit von dem Datum der Ausstellung, resp. Eröffnung des betreffenden Gutachtens der Centralbehörde gebracht werden.

Die Aufstellung und Organisation einer internationalen Centralstelle im angedenteten Sinne würde vor Allem die sonst kaum zu erlangende Sicherheit gegen Ansechtung einer zwischen Angehörigen verschiedener Staaten geschlossenen Ehe, aus Gründen des Privat= oder des öffentlichen Rechtes, bieten.

Die Erörterung der Frage, ob und in wie weit dieses Institut eventuell als förmlicher internationaler Gerichtshof für Ehesachen auszubilden wäre, sowie ob cs in dieser oder jener Gestalt seine Wirksamkeit auch auf Chescheibung sangelegenheiten auszudehnen hätte, gehört nicht in den Bereich der vorliegenden Arbeit.

Bufäte.

portugal. Codigo civil portuguez:

Art. 1069. Die katholische resp. kirch lich e Chefch ließ ung (o casamento catholico) bringt nur insofern zivilrechtliche Wirkungen hervor, als die in Portugal staatlich anerkannten oder als solche geltenden Borschriften des kanonischen Rechtes befolgt wurden, vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen

(Die in ben Art. 1070 und 1071, auf welche verwiesen wirb, enthaltenen Bestimmungen verpstächten lediglich ben die Trauung vollziehenden Geistlichen, unter Androhung von Strafen, zur Beobachtung der in Art. 1058 (f. S. 54) aufgestellten Eheverbote.)

Art. 1086. Die firch lich (fatholisch) abgefcoloffene Che fann nur von den geistlichen Gerichten nichtig erklärt werden und nur in denjenigen

Fällen, welche bas in Portugal geltenbe Rirchenrecht vorfieht.

Art. 1089. Die Richtig teit einer bon portugiefis ichen Staatsangehörigen eingegangenen Civilehe fann nur bon ben Civilgerichten ausgesprochen werben.

(Bergleiche Seite 56 f., IV: Art. 119, Biff. 2 und § 2 bezüglich ber Legitimastion burch nachfolgenbe Ethe ber Eltern mittelst einer gerichtlichen Berfügung.)

Art. 130. Die Rlage auf Erforschung ber unehelichen Baterschaft ift verboten, ausgenom= men in folgenden Fallen:

- 1) wenn ein schriftliches Geständniß des Baters vorliegt, wodurch er seine Baterschaft ausbrudlich anerkennt;
- 2) wenn bas Rind, gemäß Art. 115, im Be-fige bes Stanbes fich befindet;
- Art. 115. Der Besig des Standes, in diesem Falle, besteht in der Thatsache, daß eine Person, sowohl von den Eltern selbst, als von deren Familien und auch von der öffentlichen Meinung (pelo publico), für das Kind der Betreffenden gehalten und als solches behandelt worden ist.
- 3) im Falle einer Nothzüchtigung ober Entsführung, wenn ber Beitpunkt ber Geburt, nach ben Berechnungen bes Art. 101, mit bem Zeitspunkte bes Berbrechens in causalem Zusammenshang steht.
- auft. 101. Als ehelich gelten die in einer gesetlich abgeschlossene She nach Ablauf von hundertundachtzig Tagen seit der Trauung gebornen Kinder, sowie diejenigen, deren Gedurt innerhalb einer Frist von dreihundert Tagen nach Austdjung der She oder nach der gerichtlich ausgesprochenen Trennung der Ehegatten stattgesunden hat.
- Art. 131. Die Klage auf Erforschung ber Mutterschaft ift gestattet; aber es hat bas Lind burch irgend eines ber gewöhnlichen Mittel ben Beweis zu führen, daß es wirklich bas von ber angesprochenen Mutter geborne sei.
- Art. 132. Die Klage auf Erforschung ber Baterschaft ober ber Mutterschaft ift jedoch in benjenigen Fallen nicht annehmbar, in welchen bie Anerkennung ber unehelichen Kinder unterfagt ift.

Art. 122. Anerkannt werben tonnen alle unehelichen Rinder, ausgenommen :

- 1) vie im Ehebruch erzeugten (os filhos adulterinos); 2) vie in Blutschande erzeugten (os filhos incestuosos).
- § 1. Im Chebruch erzeugt find biefenigen Rinber, welche von einer zur Zeit ber Empfangniß in bestehenber Che lebenben Person und nicht zugleich von ihrem Chegatten bersftammen.
- § 2. Als in Blutschande erzeugt gelten bezüglich ber obenermähnten Wirkung:
- 1) bie Rinder berjenigen, welche in irgend einem Grade ber auf= und abfleigenden Linie verwandt ober verschwägert sind;
- 2) die Kinder von Bluteverwandten im zweiten Grabe ber Seitenlinie.

Rusland. Bufolge amtlicher Mittheilung ber kaiferlich rufifichen Regierung ift nach ruf= fifchen Gefeben bie Che verboten:

Denjenigen, welche fich in einer früheren, gefchiedenen Ghe ber ehelichen Untreue ichulbig gemacht haben.

(R. Baperische Ministerialentschließung vom 19. Februar 1880 Rr. 1831 — Amtsbl. d. Min. b. Innern 1880, S. 97/98).

Epanien. Ley provisional de matrimonio civil, de 18 de Junio de 1870:

Bestimmungen über die Nichtigkeit der Che.

- Art. 92. Als ung filt ig bezuglich ber burch biefes Gefet ibr beigelegten Birfungen ift ju betrachten:
- 1) die Che besjenigen, welcher die in Art. 4 vorgesehenen perfonlichen Eigenschaften (Ghemundigteit, Billensfabigkeit, Zeugungsfabigkeit) nicht besaß, vorbehaltlich der im 2. Absat der Ziffer 1 dieses Artitels (f. S. 84) enthaltenen Bestimmungen;
- 2) bie Che, welche mit Uebertretung eines der unter Biff. 1 und 2 des Art. 5 enthaltenen Cheverbote (vgl. S. 62, III, 2: Bestehen eines Shebandes, Priesterweihe, Ordensgelsibde) oder eines berjenigen des Art. 6, Biff. 1 bis 8 (vgl. S. 84, sowie S. 62, III, 4 und 5: Blutsverwandtichaft, Schwägerschaft, Aboptivverwandtschaft, Chebruch und Gattenmord) abgeschlossen wurde, es sei denn, daß die entsprechende Dispensation vorausgegangen ware;
- 3) die Che, welche nicht vor bem zuständigen Civilstand Sbeamten und in Gegenwart von zwei volljährigen Zeugen abgeschloffen wurde:
- 4) bie She, welche ohne bie erforderliche freie Ginwilligung, jei es durch Irrthum in der Perfon, burch 3 wang ober aus Furcht zu Stande getommen ift;
- 5) die Che, welche zwischen bem Entführer und ber Entführten, mabrend lettere in ber Sewalt bes erstern fich befand, abgeschloffen wurde.
- Gleichwohl sollen biejenigen Chen, auf welche fich die zwei letten Ziffern beziehen, gültig sein, wenn von dem Zeitpunkte an, wo der Irrthum erkannt oder die Freiheit wieder erlangt wurde, ein sech s Monate hindurch fortgesetes Beisammen wohnen der Chegatten stattgesunden hat, ohne daß mahrend dieses Zeitraums eine Rlage auf Richtigkeit der Che erhoben wurde.
- Art. 93. In ben Hällen von Liffer 1, 2 und 8 bes vorhergehenden Artifels tann die She von den Chegatten selbst, von der Staatsanwaltich aft (Ministerio fiscal), sowie überhaupt von jedem, der ein Interesse babei hat, angesochten werden.
- In ben Fallen von Biff. 4 u. 5 ift die Richtigleitstlage nur bemjenigen Gattentheile gestattet, welcher unter bem Irrthum, der Gewalt ober ber Furcht gelitten bat.

Konkordanz zwischen den Artikeln oder Faragraphen der Gesehe verschiedener Staaten bezüglich der Cheverbote wegen Verwandtschaft und Schwägerschaft in der Seitenlinie.

		Sámi	igerfco	ıft		Bluteverwandtichaft			1 290 (90)
) Defterreich (§ 125), bei ber Buber	(4) Better ober Base eines frühern Spegatten	(4) —)	(3) Oheim u. Reffe oder Tante u. Pichte eines trubern Ebegatten	(2) Bruber ober Schwester eines frühern Chigatten (Schwager ober Schwägerin)	(4) Beschwistertinder (Better oder Bafe)	(4) Großobeim und Großneffe ober Großtante und Großnichte	(3) Dheim und Reffe ober Eante und Richte	(2) Gefdmifter und Dalbgeichwifter (voll- u. halbburiige Gefcm.)	Berbotene Grabe (ohne Unterschie), ob das Berwandischis- ober Schwägerschaftsverfallniß aus ebe- licher ober außerebelicher Geburt ent- ftanden ift).
*) Defterreich (§ 125), bei ber Bubenichaft, nur bezüglich ber Tante ober Großtante. **) Richt verboten bezüglich ber Juben.	_		1	l	Î	1	u rt. 28, 3iff. 2 litt.a	Art. 28, Ziff. 2 litt a	Schweiz Bundesgefet v. 24. Chriftm. 1874
	-	_	l	l	ì	l	1	§ 88, 8iff. 2	Dentsches Reich Reichsgeses v 6. Februar 1875
	1		ı	Art. 162 Dispensation: Art. 164	1	Art. 163 ausgedehnt durch I. Entich. v. 7. Mai 1808	Art. 163 Dispensation: Art. 164	U rt. 162	Frantreich u. Beigien Code civil 12/22 Narz 1804
	-		1	Art 59, 3iff. 2 Dispensation: Art. 68	Į.	l	Art. 59, Ziff. 8 Dispensation: Art 68	Art. 59, Biff. 1	Stallen Codice civile 25. Juni 1865
	-		ı	Art. 83, 3iff 1 Disp. Art. 88, Schlußl.	·	Art. 88, Biff 2 Disp. Art. 88, Schlußlemma	Art. 88, 3iff 2 Dispensation: Art. 88, Shußlemma	% rt. 87	Nicherlanbe Burgerlijk Wetboek 1838
	§ 66 Dispensation? § 125**)	§ 125*)	§ 66 Dispensation	8§ 66 u. 125 Dispensation	\$ 65 Dispensation ? § 125**)	§ 125*) nur bei ber Jubenschaft	§ 65 Dispenjation ? § 125*)	§§ 65 und 125	Defterreich Allg. bürgeri Besethünd 1. Juni 1811
Juben.	-		i	1	l	ł	Art. 1073, 3iff. 3 Dispensation Art. 1073, Einziger §	Art. 1078, 3iff. 2	Sortugai Codigo civil 1. Juli 1867
	-	wandtschilt beruht) Art. 6, Biff. 3 Dispens.: Art. 7	(nur wenn bie Schwägericaft	Art. 6, Bift. 3 u. 4 Dispensation: Art. 7	(nur wenn ehelich verwandt) Art. 6, Ziff. 2 Dispens.: Art. 7	(nur wenn ehelich verwandt) Art. 6, Biff. 2 Dispenf.: Art. 7	(nur wenn ehelich verwandt) Art. 6, Ziff. 2 Dispensation: Art. 7	Art. 6, 3iff. 2 u. 3iff. 4	Spanten Prob. Gefet bom 18. Juni 1870

Anhang.

Varallele zwischen den verschiedenen Gesetzgebungen

bezüglich

Feffeellung der wesentlichen Erforderniffe der Cheschliehung, Anwendung des Grundsakes der Monogamie und Rechtswirkung einer Butativefie.

(Bgl. die hiebor auf S. VIII, IX und XV zu findenden Artitel 26, 27 Abf. 1, 28 Biff. 1, 38, 39 und 50-53 bes ichweizerifchen Bundesgesetzes, sowie ben auf S. VIII als Rote zu Art. 25 abgedruckten Art. 55 bes nämlichen

Deutsches Reich.

Reichsgeset vom 6. Febr. 1875: (§28, Abf. 1.) Bur Chefchließung ift bie Ginwilligung und bie Chemunbigfeit ber Chefchließenben erforberlich. - (§ 34.) Riemand barf eine neue Ehe schließen, bevor feine frühere Che aufgelost, für ungultig ober für nichtig erklart ift. — (§ 36.) hinsichtlich ber rechtlichen Folgen einer gegen bie Bestimsmungen ber §§ 28 und 34 geschlossenen Che sind die Borichriften bes Lanbesrechts maß: gebend. Dasfelbe gilt von bem Ginfluffe bes Bwangs, Irrthums und Betrugs auf bie Gultigfeit ber Che. — (§ 42, Abf. 2.) Gine nach ben Borfchriften biefes Befeges geichloffene Che tann nicht aus bem Grunbe an= gefochten werben, weil ber Stanbesbeamte nicht ber guftanbige') gewesen ift. (§ 52.) Die Chefchließung erfolgt in Begenwart von zwei Zeugen durch die an die Berlobten einzeln und nach einander gerichtete Frage bes Stanbesbeamten :

ob fie ertlären, daß fie die Che mit einander eingehen wollen, burch die bejahen de Antwort ber Berlobten und den hierauf erfolgenden Ausspruch bes Stanbesbeamten, bag er fie nun-

mehr traft bes Besetses für rechtmäßig verbunbene Cheleute erflare. - (§ 71.) In welcher Beise bie Berrichtungen ber Stanbesbeamten in Bezug auf solche Militarper= fon en mahrzunehmen find, welche ihr Standquartier nicht innerhalb bes Deutschen Reichs, ober basselbe nach eingetretener Mobilmachung verlaffen haben, ober welche fich auf ben in Dienst gestellten Schiffen ober anderen Fahrzeugen ber Marine befinden, wird durch Raiserliche Verordnung bestimmt 2).

?) Raiferliche Berordnung vom 20 Sannar 1879 (Reichsgesethl. 1879, S. 5-8): § 2. Als Militarpersonen gelten im Sinne biefer Als Militärpersonen gelten im Sinne dieser Berordnung für der Dauer einer Mobilmachung außer den zum Geere gehörenden Militärpersonen alle diejenigen Personen, welche sich in irgend
einem Dienste- oder Bertragsverhältnisse bei dem Heere befinden oder sonst
sich bet demselben aushalten oder ihm folgen, einschließlich von Kriegsgefangenen. — § 8. Die Divistons-Rommandeure, sowie die mit höheren oder gleichen
Besugnissen ausgerüsteten Militärbesehlshaber sind ermächtigt. für Ebeichliekungen der ihnen untergebenen wächtigt, für Eheichließungen der ihnen untergebenen Militärpersonen, wenn dieselben außerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs erfolgen, die Berrichtungen der Standesbeamten — unter Beachtung des § 3 Absat 8 bes Geses (wonach Geistlichen und andern Religionsbienern das Amt eines Standesbeamten oder die Setellstandesbeamten der Anterior vertretung eines folden nicht übertragen werben darf) - einem oberen Dilitarbeamten als Stellvertreter des juftandigen Standesbe-amten (§ 11) zu übertragen. — § 9. Bor der Ehe-jchließung haben die Berlobten dem Beamten (§ 8) die Dispensation von dem Aufgebot oder eine Be-scheinigung des zuständigen Standesbeamten (§ 11) des Inhalts vorzulegen, daß und wann das Aufgebot vorschiedige erfolgt ift und daß Shehinderniffe nicht zu seiner Renntniß gekommen find. Wird eine lebensgefährliche Krankheit, welche einen Aufschub der Spesichtliche Krankheit, welche einen Aufschub der Spesichtliche krankheit, darztlich beschingt, so kann

^{1) [§ 42,} Abs. 1.] Zufiändig ist der Standesbeamte, in bessen Bezirk einer der Berlobten seinen Wohnsis hat oder sich gewöhnlich aufhält. Unter mehreren zuständigen Standesbeamten haben die Berlobten die Wahl. — (§ 43.) Auf schriftliche Ermächtigung des zuftändigen Standesbeamten darf die Eheschlesung aufandigen Standesbeamten darf die Eheschlesung aufand. auch vor bem Standesbeamten eines andern Orts ftatt-

— (§ 72.) Für die Landesherren und die Mitglieder der landesherr: lichen Familien, fowie ber gurftlichen Familie Dobengollern erfolgt bie Ernennung bes Stanbesbeamten . . Anordnung bes Landesherrn (vgl. S. 81). — (§ 85.) Durch biefes Gefet werben bie Beftimmungen bes Gefetes vom 4. Rai 1870 s), betreffend bie Chefchließung und bie Beurtun-bung bes Berfonenstanbes von Reichsangehörigen im Auslanbe, nicht berührt. Der Reichstanzler kann einem biplomatischen Ber-

ber Beamte (§ 8) auch ohne Aufgebot bie Chefcliegung bornehmen, — § 11. Für die Eintragung einer nach Daggabe bes § 8 biefer Berordnung erfolgten Shefchliegung ift berjenige Standesbeamte guftanbig, in beffen Begirt einer ber Berlobten feinen bisherigen Bohnfit ober feinen gewöhnlichen Aufenthaltsort gehabt hat, und wenn ein Bohnfit ober gewöhnlicher Aufent-haltsort berfelben im Inlande nicht bekannt ift, ber haltsort berjelben im Inlande nicht bekannt ift, der Standesbeamte, in dessen Bezirk einer der Berlokten geboren ist. — § 16. Sobald die Militärperjonen in ihr Standquartier zurückgestehrt sind, oder nachdem die Truppe oder Behörde, zu welcher sie gehörten, demobil geworden oder aufgelöft ift, kommen die allgemeinen gesetlichen Bestimm-

ungen jur Anwendung

3) Gefet vom 4. Rai 1870. (Bundesgefethl. 6. 599); 4. Das a u f g e b o t gefchieht durch eine Betanntmachung bes Beamten, welche bie Bornamen, die Familiennamen, das Alier, ben Stand ober das Gewerbe und ben Bohnort ber Berlobten und ihrer Eltern enthalten muß. Diefe Be-Tanntmachung muß an ber Thure ober an einer in bie Augen fallenben Stelle bor ober in ber Ranglei bes Beamten eine Boche hindurch ausgehängt bleiben. Er-icheint an dem Amtsfige bes Beamten eine Zeitung, fo ift die Bekanntmachung außerdem einmal darin einzu-rüden, und die Cheschließung nicht vor Ablauf des britten Tages von dem Tage an zuldffig, an welchem bas bie Befanntmadung enthaltenbe Blatt ausgegeben ift. Unter mehreren an dem bezeichneten Orte er-icheinenden Beitungen hat der Beamte die Babl. — 5. Wenn eine ber aufzubietenden Berfonen inner. halb ber letten fechs Monate ihren Wohnfit außerhalb bes Amisbereichs bes Beamten gehabt hat, jo muß bie Befanntmachung des Aufgebots auch an bem fraberen Bobn fige nach den bort geltenden Borfdriften erfolgen, ober ein gehörig beglaubigtes Beugnif ber Obrigfeit bes fruberen Bohnortes barübe: beigebracht werden, daß dafelbft Chehinderniffe in Be-treff der einzugehenden Che nicht befannt feien. — § 6. Der Beamte tann aus besonders dringenden Grunben bon bem Aufgebote (§§ 4 und 5) gang bishen-firen. — § 7. Die Sollie gung ber Che erfolgt in Begenwart von zwei Beugen burch die an die Ber-lobten einzeln und nach einander gerichtete feierliche Frage des Beamten:

ob fie erklaren, daß fie die Ehe mit dem gegen-wartigen anderen Theile eingeben wollen,

und burch die bejahende Antwort der Berlobten und durch den hierauf erfolgenden Ausspruch des Beamten, daß er fie nunmehr fraft des Gefetes für recht-mätig verbundene Cheleute erklare. — § 10. Die borftebenden Beftimmungen über Die Chefdliegung finden auch Anwendung, wenn nicht beibe Berlobte, fon-bern nur einer berfelben ein Bundesangeföriger [refp. Reich angehöriger ober Schutgenoffe] ift.

treter ober einem Ronful bes Deutschen Reichs die allgemeine Ermächtigung zur Vornahme von Cheschließungen und jur Be-urtundung ber Beburten, Deirathen und Sterbefalle, wie für Reich Bangeborige, fo auch für Sougenoffen ertheilen. Diefe Borfchrift tritt mit bem 1. Marg 1875 in

Die Motive jum Reichsgefet-Entwurfe be- fagen: (3.24) 28 illen sun fahigen, wie Trunkenen, Wahnfinnigen fehlt die Möglichkeit ber Ginwilligung, und Betrug, 3 mang, 3 rrthum fchließen bie Ginwilligung aus.

Bezinglich ber Billensunfahigen find für bas Gebiet bes preußischen Landrechts folgenbe Bestimmungen maßgebenb: (Ih. I, Eit. 4, §§ 23-29.) Rafen be und Bahn-finnige find ben Rindern unter fieben Jahren gleich zu achten. Go lange Berfonen, welche mit Anfallen einer folden Krantheit behaftet find, noch tein Bormund bestellt ift, gilt die Bermuthung, baß fie ihren Billen bei volliger Berstandestraft und nicht mahrend eines Anfalls ihrer Rrantheit geaußert haben. Sind aber biefelben unter Bormundichaft ges fest, fo tann, fo lange biefe bauert, auf bas Borgeben, daß die Erklarung in einem lichten Bwifchenraume erfolgt fet, teine Rudficht ge-nommen werben. Bon Billen Bertlarungen ber Blobfinnigen, bie unter Bormunbschaft genommen worden, gilt bas, was von Unmunbigen verordnet ift. Berfonen, welche burch ben Trunt bes Gebrauchs ihrer Bernunft beraubt worden, find, fo lange biefe Erunten-beit bauert, ben Bahnfinnigen gleich ju achten. Gin Gleiches gilt von benjenigen, welche burch Schreden, gurcht, Born ober andere bef. tige Leiden aft in einen Zustand versetzt wor= ben, worin sie ihrer Bernunft nicht machtig waren. — Für bas Königreich Sachsen, bur-gerliches Gesetbuch, § 1592: Personen, welche des Bernunftgebrauches beraubt find, können eine Che nicht schließen. — Für Bapern, baper. Landr. Th. I, Kap. 6, § 3: Sowohl zur gültigen Berlobung als wirklichen Berebelichung wird 1. von beiden kontrabirenden Baupttheilen die Ginwilligung erforbert, fennb bem= nach 2. alle jene bavon ausgeschloffen, welchen es an Willen ober gnugfamen Begrif ben ber Sache mangelt.

Das preußische allgemeine Landrecht verfügt: (Th. II., Tit. 1, §§ 38—44.) Ohne bie freie Einwilligung beiber Theile ift feine Che verbindlich. Co weit eine Billenserklarung überhaupt wegen Mangels perfonlicher Fähigkeit ober wegen Bwanges,

Anhang.

Surcht ober Betruges unverbindlich ift, fo weit ift auch eine unter folchen Umftanben geschloffene Che nichtig. (Th. 1, Tit. 4, \$\$ 31 ff.) So weit eine jebe Willenbaugerung wegen Irrthumes untraftig ift, fo weit hebt ein folder Grrthum auch die Ginwilligung in eine Beirath auf, wenn in ber Berfon bes funftigen Chegatten, ober in folden perfonlichen Eigenschaften, welche bei Schließung einer Che von Diefer Art vorausgeseht zu werben pflegen, geirrt worden ift. (2h. I, Tit. 4, SS 75-83.) Gine burch Zwang, Betrug ober Irthum veranlafte Ehe wird verbinblich, wenn fie nach entbedtem grrthume ober Betruge, ober nach aufgehobenem 8 mange, ausbrücklich genehmigt ober langer als sechs Bochen nach biefem Zeitpunkte fortgesett worben. Ift ber angeblich gezwungene, betrogene ober fonft im Grrthume gewefene Theil verftorben, ohne die Ungiltigkeit zu rügen, so kann die Che von dessen Erben nicht mehr angesochten werden. Ift sedoch aus einer angeblich gezwungenen Che kein Aind vorhanden, so haben die Erben des unschuldigen Theiles ein Recht, auf bie Richtgiltigfeit ber Che zu flagen. Die Frift, welche bem Erblaffer noch übrig war, wird ben Erben, vom Tobestage an gerechnet, verboppelt.

Durch bas Reichsgeset (berogatorische Clausel bes § 39) wurden bie in einer Rethe beutscher Lanber fruber geltenben Chebinberniffe ber En t= führung und ber Impotenz als selb-ftandige Chehindernisse aufgehoben; wogegen bieselben insbesondere auf die nach § 28 Abs. 1 als nothwendig anerkannte freie Einwilligung in beschrantenbem ober ausschließenbem Sinne noch einwirten konnen. Die Entführung läßt fich namlich unter Umftanben auf ben Begriff bes 3 manges jurudführen, mahrend bie Impoteng infofern einen Einfluß ausübt, als nach ben "Borschriften bes Landesrechts", wie sie durch § 36 des Reichsgesehes vorbehalten sind, ein Irrthum über wesentliche Eigenschaften ber Berson auf bie Giltigleit ber Che Ginfluß ubt, vorausgesett, baß im gegebenen Falle ber antere Gatte vor Eingehung ber Che fich im Irrthum befunben bat. (Bgl. v. Sicherer, Personenstand unb Chefchliegung in Deutschland, G. 331; Sin= fcius, Commentar &. Reichsgef., S. 101 und 149 ff.)

v. Sicherer, a. v. a. D., S. 231: Das Ehehinderniß ber mangelnben Ehe man big-

teit ift nach kanonischem Recht und nach gemeinem protestantischen Rirchenrecht ein offentliches trennendes Chehinderniß. Diefe Rechtswirfung tommt ba, wo bas tanonifche Recht und bas gemeine protestantische Rirchenricht für bas burgerliche Bebiet verbindliche Rraft hat, bem Chehinderniß der mangelnben Chemunbigfeit auch in bem burch bas Reichsgefet erweiterten Umfang zu. (Co auch Sinfchius, a. o. a. D., S. 122, Anm. 14 Biff. 1). Bu ben "Borfdriften" über bie "rechtlichen Folgen" (vgl. § 36 bes Reichsgef.) einer Che, welche gegen bie Bestimmung bes § 28, Abfat 2 (f. S. 81) bes Reichsgesetzes geschloffen worben ift, wird auch ber Grundfat gerechnet werben muffen, welcher burch bie neuere Rechtsubung ber katholischen Kirche festgestellt wurde, baß bie Ehe giltig sei, wenn im Augenblick ber Cheschließung ber eheunmundige Gatte gei fig reif und körperlich fahig war. Da, wo bas gemeine protestantifche Rirchenrecht für bas burgerliche Gebiet verbindliche Kraft bat, wird in Uebereinstimmung mit bem alteren fanonischen Recht anzunehmen fein, daß bie Che giltig werbe, wenn trop ber mangelnben Chemundigfeit bie Beichlechtsvereinigung vollzogen ober wenn bie Che-munbigfeit eingetreten ift, ohne bag ber Beftanb ber Che von bem bieber eheunmanbigen Batten angefochten worben mare. Ebenbasselbe wird ba anzunehmen sein, wo bas kanonische Recht für bas burgerliche Gebiet verbindliche Rraft hat, bas tribentinische Dekret über die Form der Cheschließung aber nicht verkundet worden ift. — Auch nach dem französischen Gesehduch und dem badischen Landrecht ist der Mangel der Chemündigkeit ein öffentliches trennendes Chehindernif. (Bgl. Frankreich.) Das babische Gesetz vom 9. Des gember 1875, § 2 lit. c hat bem Art. 184 bes babischen Landrechts bie Fassung gegeben: "Jebe ben Berfügungen bes § 28, Abf. 2 bes Reichsgesetses — zuwiderlaufende Che kann fomohl von ben Chegatten felbft, als von Jebem, der babei betheiligt ift, und so auch von bem Staatsanwalte angefochten werben." Bas fo für ben Art. 184 bes babifchen Land. rechts burch bie Gefetgebung ausgesprochen ift, ergibt fich fur ben Art. 184 bes frangofifchen Gefetbuchs auf bem Wege ber Auslegung. (Ebenso entscheidet Sinschius, a. v. a. D. S. 122 Unm. 14). Durch S 2 lit. d bes foeben angeführten Erlasses hat ferner ber babische Gesetzgeber ben Art. 186 bes Landrechts babin abgeanbert: "Der Bater, bie Mutter, ber Bormund und bie Kamilie, welche im vorerwähnten Fall in bie ju frube Che eingewilligt haben,

können mit ber Rlage auf Nichtigkeit berselben nicht gehört werben." — Rach preußischem Landrecht ist ber Mangel ber Chemundigkeit nur ein privates trennenbes Chebinberniß. Die She ift, wenn jur Beit ber Cheschließung ber eine Chegatte ober beibe bas Alter ber Chemunbigfeit noch nicht erreicht hatten, nicht nichtig, sondern ungiltig. (Th. II., Tit. 1, §§ 934, 970). Sie kann von dem eheunmun-bigen Gatten oder dem Bater oder dem Bormund besselben angefochten werden. (Th. II, Tit. 1, §§ 991, 992). Sie wird giltig, wenn ber Mangel ber Chemunbigkeit nicht binnen sein Monaten nach Erreichung bieses Alters gerügt worden ist. (Ah. II, Lit. 1, § 990).

— Auch nach dem k. sachsischen Gesetz vom 5. November 1875, § 5 ist der Mangel der Chemündigkeit ein privates trennendes Chemündigkeit hinderniß. Die Anfechtung ber Ghe ift nur bemjenigen Batten, welcher gur Beit ber Ghe= fcliegung bie Chemundigteit noch nicht erreicht batte, und nur bis jum Ablauf von feche Donaten nach erreichter Chemunbigfeit geftattet.
— Dagegen ift nach bem fachfen-gothaifchen Chegefes und ber fachfen-altenburgifchen Ches ordnung ber Mangel ber Chemundigkeit nur als ein aufschiebendes Chehinderniß gu betrach. ten, die Che eines Cheunmundigen bemnach nur bann nichtig, wenn ber Cheunmunbige bie Einwilligung in bie Che nicht erklaren tonnte. hinschius, a. o. a. D., Seite 122, Anm. 14: Allerbings fann auch in ben Rechtsgebieten, in welchen bas Chehinberniß nicht trennend wirft, eine Cheschließung por erreichter Chemundigkeit bann nichtig fein, wenn es an ber nothigen Billensfabig teit fehlt, 3. B. wegen bes Rinbesalters ober ber Unmunbigfeit (f. d. B. A. E. R. Th. I, Tit. 4, §§ 20 u. 21).

Was die Wirkungen der Putativehe anbelangt, so läßt das französische Gesethuch (Art. 201 u. 202) die "bürgerlichen Folgen seiner giltigen Ehe]" sowohl für die Shegatten als die Kinder eintreten, falls beide Shegatten in gutem Glauben sich befanden, und nur für den unschuldigen Gattentheil sammt den in der She erzeugten Kindern, wenn der andere Shegatte in bösem Glauben gehandelt hat; das sächsische Gesethuch (§ 1628) für die beiden Shegatten oder doch für denjenigen, welcher sich in redlichem Glauben befunden hat Nach preußischem Landrecht (Theil II, Titel 1, §§ 952 und 974) entstehen aber aus einer nichtigen She und ebenso aus einer ungiltigen She, nachdem sie als nichtig erklärt ist, "auch unter den Verdundenen selbst niemals Rechte

und Pflichten, wie aus einer wirklichen Che"; nur die Kinder sollen — nach §§ 50 u. 57 Th. II Tit. 2 — "in Ansehung ihrer unmittelbaren Eltern" "alle Rechte der ehelichen" Kinsber haben. — Bgl. auf S. 11 die Bestimmsungen des baverischen Heimatgesetzes (Art. 4 Abs. III, sowie Art. 1 Abs. III u. IV.)

Bemerkung. Die Terminologie bes preußischen Rechts, welcher sich die Reichseivlprozesordnung angeschlossen, unterscheibet ung ültige und nichtige Ehen. "Ungslitig" ist die Ehe, welche — gemeinrechtlich ausgedrickt — einem privaten trennenden Sehindernisse nicht von Amiswegen, sondern nur von demzenigen, dessen Privatinteressen, sondern nur von demzenigen, dessen Privatinteressen durch die Seschindernissen, verletzt sind, angesochten werden kann. "Richtig" ist die Sese, welcher ein dssentliches trennendes Sehindernisse (impedimentum juris publici) entgegensteht: J. B. die blutschaderische, die digneische, die wischen Eheberechern berbotene Sese. Die Richtigkeitstlage soll im össentlichen Interesse von Amiswegen durch den Staatsanwalt erhoben werden; außerdem ist ein Jeder, welcher ein Interesse dabei hat, zur Erhebung der Rlage berechtigt.

Frantreich.

Code civil : (Art. 144 unb 145.) & hem ű n= bigfeit, f. S. 81. — (Art. 146.) Ohne Einwilligung gibt es teine Che. — (Art. 147.) Bor Auflosung ber erften Ehe fann man teine zweite eingeben. - (Art. 180.) Gine Che, die ohne frete Ginwilligung beiber Chegatten ober eines berfelben abgefchloffen ift, fann nur von ben Chegatten, ober von bemjenigen unter ihnen, beffen Einwilligung nicht frei war, angefochten werben. Hat ein Irrsthum in ber Perfon ftattgefunden, fo tann nur berjenige Chegatte bie Che anfechten, welcher fich im Irrthume befand. — (Art. 181.) In bem Falle bes vorhergehenden Artikels ift bie Richtigkeitsklage nicht mehr an-nehmbar, wenn von bem Zeitpunkte an, wo ber Chegatte feine vollige Freiheit erlangt ober ben Irrihum entbedt hat, ein feche Monate hindurch fortgefettes Beifammenwohnen ftattgefunden hat. — (Art. 184.) Jebe ben Ber-fügungen bes Art. 144 und 147 guwiber eingegangene Che fann fomobl von ben Chegatten felbst, als von jebem, ber ein Interesse babei hat 1) und von ber

^{1) [}Art. 187.] In allen Fällen, wo in Gemäßheit bes Art. 184 die Richtigkeitsklage von jedem, ber ein Interesse dabei hat, angestellt werden kann, darf solches gleichwohl von Seitenverwandten ober Kindern aus einer andern Che nicht bei Lebzeiten der beiden Shegatten, sondern erft alsdam gesichen, wenn sie ein wirlliches, schon vorhandenes Interesse dabei haben. — (Art. 188.) Der Ehegatte zu bessen Rachtheil eine zweite Ehe geschlossen worden ift, kann selbst bei Lebzeiten des zentgen Ehe-

Staatsanwaltschaft 3) angefochten werben. — (Art. 185.) Gleichwohl fann eine Che, bie bon folden Berfonen eingegangen worben ift, welche beibe, ober beren eine bas erforderliche Alter noch nicht hatte, nicht mehr angefochten werben: - 1) wenn von bem Beitpuntte, ba biefer Chegatte ober ba beibe bas gejegliche Alter erreicht haben, feche Monate verstrichen sind; - 2) wenn bie Frau, welche bieses Alter nicht hatte, vor bem Ablauf ber fechs Monate empfangen hat. — (Art. 186.) Der Bater, die Mutter, die Ascendenten und bie Familie, welche im Falle bes vorhergehenden Artikels in die Che eingewilligt haben, konnen mit der Rlage auf Nichtigkeit berfelben nicht gehört werden. — (Art. 191.) Je de Che, bie nicht öffentlich und vor bem auftanbigen öffentlichen Beam-ten 5) gefchloffen worben ift, fann sowohl von den Chegatten felbft, als von beren Eltern, beren Afcenbenten, und von allen, bie ein wirkliches und schon vorhandenes Intereffe haben, sowie auch von ber Staatsanwaltschaft angefochten werben. — (Art. 201.) Die für nichtig erflarte Che, welche in gutem Blauben eingegangen wurde, begründet sowohl hinsichtlich ber Ehegatten als ber Kinder die bürgerlich en Folgen seiner giltigen Ehe.] — (Art. 202.) Befand sich nur einer der Ehegatten in gutem Glauben, so hat bie Che nur fur biefen und fur bie aus ber Che abstammenben Rinber bie burgerlichen Folgen [einer giltigen Che.]

Als Nachtrag:

(Art. 48.) Alle Civilftanbsaften, welche bie

gatten, welcher mit ihm berehelicht war, auf Richtigerflarung berfelben flagen. — (Art. 189.) Schilgen die neuen Ehegatten die Richtigkeit ber erften Che vor, so muß über die Gilligkeit oder Richtigkeit berselben vorab erkannt werden.

- 2) [Art. 190.] In allen Fällen, auf welche ber Artikel 184 Anwendung findet, vorbehaltlich der in Art. 185 enthaltenen Einschränkungen, kann und muß der Staatsanwalt (Prokurator der Republik) auf Richtigerklärung der Ehe bei Lebzeiten beider Shegatten antragen, und sie verurtheilen lassen, sich zu trennen.
- 3) [Art. 74] Die Che muß in der Gemeinde abgesichloffen werden, wo einer der beiden Berlobten seinen Bohnsit hat. In Beziehung auf die heirath hat man seinen Bohnsit in einer Gemeinde, wenn man sechs Monate nach einander in derselben gewohnt hat. (Bgl. S. 18, Ill.) Die Ehe wird dadurch abgeschloffen, daß der Civilstands be amte, in Gegen wart von vier Zeugen, von sedem Theile der Brautleute einzeln und nach einander die Erklärung sich geben läßt, daß sie sich zum Ehemann und zur Ehefrau nehmen wollen, und hierauf im Ramen des Gesets ausipricht, daß sie durch die Ehe verdunden sind (Art. 75 des Code civil).

biplomatischen Bertreter ober Confuln [Frankreichel im Auslande in Betreff von Frangofen bem frangofifchen Gefege gemäß errichten, find giltig. 4) — (Art. 88.) Außerhalb bes Staatsgebiets jollen bie Civilftanbeaften, welche Militar = oder andere bei ber Armee angestellte Personen betreffen, ben allgemeinen Bestimmungen gemäß errichtet werben, vorbehaltlich ber in ben folgenben Artifeln enthaltenen Ausnahmen. (Art. 89.) Der Quartiermeister bei einem jeben Corps, bas aus einem ober meh-reren Bataillonen ober Schwadronen beftebt, und ber tommanbirenbe hauptmann bei ben anderen Corps, follen die Berrichtungen bes Civilftanbebeamten beforgen. Diefelbe Obliegenheit trifft bie bei bem Armeetorps fich befindenden Militarintenbanten bezüglich ber Offiziere ohne Truppen und ber übrigen bei ber Armee angestellten Personen. – (Art. 94.) Die Berkunbungen bei Sheschließungen ber Militar- und an-beren bei ber Armee angestellten Bersonen muffen an bem Orte ihres letten Wohnsites gefchehen; fie muffen überbieß, in Betreff ber au einem Corps gehörenden Individuen in den Tagesbefehl des Corps, und hinfichtlich der Offiziere ohne Truppen, sowie der sonft ange-ftellten Personen, in den Tagesbefehl der Armee ober bes Armeeforps, welchem fie angehören, fünfundzwanzig Tage vor Abschließung ber Che aufgenommen werben. — (Art. 95.) Rach erfolgter Eintragung ber Beiratheurtunbe muß ber mit Führung bes Registers beauftragte Offizier eine Ausfertigung berfelben bem Civilftanbsbeamten bes letten Bohnortes ber Chegatten sofort zusenden. (Art. 98.) Der Civilftandsbeamte bes Wohnortes ber Barteien ift gehalten, jebe Civilftanbeurfunbe, von

4) Ordonnance sur l'intervention des consuls relativement aux actes de l'état civil des Français en pays étranger (28 octobre 1833):
Art. 14. Les publications et affiches de mariage prescrites par le Code civil seront faites dans le lieu le plus apparent de la chancellerie du consulat. — Art. 15. Aucun consul ne pourra célébrer un mariage entre Français, s'il ne lui a été justifié des publications faites dans le lieu de sa résidence, en outre de publications faites en France, lorsque les deux futurs ou l'un d'eux ne seront pas résidants et immatriculés depuis six mois dans le consulat, ou si les parents, sous la puissance desquels l'une ou l'autre des parties se trouverait relativement au mariage, ont leur domicile en France, — Art. 17. Nous autorisons nos consuls à dispenser, pour des cas graves dont nous confions l'appréciation à leur prudence, de la seconde publication, lorsqu'il n'y aura pas eu d'opposition à la première, ou qu'une main-levée leur aura été représentée.

welcher ihm eine Ausfertigung von ber Armee jugefchickt wirb, fogleich in bie Regifter einzu-

Die frangofifche Doftrin ftreitet barüber, ob bie auf einer blogen — dem internationalen öffentlichen Recht ent-nommenen — Filtion beruhende Ausdehnung des inlänbischen (französischen) Staatsgebiets die Zuftändigkeit der diplomatischen resp. konsularischen oder der militärischen Civilftandsbeamten im Auslande wirklich derart be-grunde, daß vor denselben insbesondere Ehen von Franzosen mit Angehörigen des jenigen Landes, in welchem der diplomatische Bertreter oder Ronjul Frantreichs seinen Amtsfig hat, beziehungsweise bes-jenigen Banbes, welches bie französische Armee bejest hat, abgefchloffen werden tonnen. Gingelne Autoritäten fprechen fich fchlechthin in bejabendem Sinne aus; im Allgemeinen aber vertritt die Rechtswiffenicaft in Uebereinftimmung mit Rechtfprechung und Gefegesausführung in Frantreich bie Unficht, daß in ben Fragefällen ein frangofifder biplomatifder refp. tonfularifder ober militarifder Civilftanbsbeamter nicht zuständig fei, sondern alsdann ber Sat locus regit actum feine ursprüngliche Bedeutung — mit Ausschluß jeder internationalrechtlichen Erweiterung berjelben — bewahre. Ramentlich hervorgehoben wird ein Urtheil des franzöfischen oberften Gerichtshofes (Cour suprême) vom 10. August 1819, welches in Abanderung eines bom Gerichtshofe bon Rouen unterm 24. Febr. 1818 gefällten Ertenntniffes folgendermaßen entichied : que, d'après la législation invariablement observée en France, les actes de toute nature passés en pays étrangers entre Français et étrangers doivent être faits suivant les lois du pays où ces actes ont lieu; — que ce principe, loin d'être modifié, a recu une nouvelle force des force des art. 47 et 170 du Code civil, et que, si les agents diplomatiques ont été autorisés par l'art. 48 à rece-voir les actes de l'état civil des Français en pays étranger, il résulte clairement et de l'essence des choses et du texte de la loi qu'il ne s'agit que des Français uniquement, nos lois et nos agents n'ayant de pouvoir à l'étranger que sur leurs nationaux; qu' enfin cet article est en harmonie avec les qu' enfin cet article est en harmonie avec les ordonnances constitutives des consulats.» Diefer Entscheib schließt mit dem Aussprucke, daß die vor einem diplomatischen Bertreter oder Konsul zwischen einem Hranzosen und einem Ausländer abgeschlossene Ebe aus Gründen der diffentlichen Rechtsordnung nichtig ift, daß dieser Richtigkeit der Standesbesig nicht entsgegengehalten werden kann, und daß zudem die Chegatten selbst zur Klageerhebung berechtigt sind. (Dalloz, Rép., V. Act de l'état civ., n. 355.) Diemit stimmt unter Anderm ein Circularerlaß des Min. d. Ausbwärtigen Angelegenheiten p. 4. Rophr. 1833 siberein wartigen Angelegenheiten v. 4. Robbr. 1833 überein.

Großbritannien.

Für bas Gefammtgebiet bes Bereinigten Ronigreichs (United Kingdom) gilt heute noch bas recipirte tanonifche Cherecht 1), foweit hier nicht kraft besonderer Gesetze ober zufolge einer auf Gewohnheiterecht fich ftugenden Gerichtspragis Mobifitationen eingetreten finb. Bom tanonifchen weicht bas britifche Chefoliegungerecht bauptfächlich barin ab, baß es bie Ehefcheibung — b. h. bie gerichtliche Auflösung bes Banbes (vinculum matrimonii) bei einer geschlechtlich vollzogenen Che - julaßt). Gine fernere Abweichung besteht barin, baß bas Chebinberniß ber Bermanbtschaft bebeutend eingeschränkt wurde; wobei aber bie als ehehindernb anerkannten Grabe ber Bluts-, Schwieger- und Stiefverwanbtichaft unterschiebslos als indispensabel erklart find (25 Hen. VIII, c. 22 — A. D. 1533/4 und 32 Hen. VIII. c. 38 — A. D. 1540) 7. Wit

ftimmungen mit Bezug auf die englifden Berbaltnife, die damals bestehende Rechtsordnung aufrecht erhalten merben follte.

2) In Gemäßheit bes beibehaltenen tanonifden Redts tonnten immerhin die geiftlichen Gerichte, trot ber Reformation, nur auf Erennung bon Tifd und Bett (divorco a mensa et thoro) ertennen, wofern jur Richtigfeitserllarung ber Che tein Grund vorhanden war. Ran behalf fich bamit, bag im einzelnen Falle bie ge-jeggeberifche Thatigfeit bes Parlaments angerufen wurbe, jeggeberige Lyatigiet des partiments angetufen ware, um eine Trennung dem Bande nach (divorce a vinculo) ju ermöglichen. Die Anwendung diese Berfahrens war indessen jehr tostipielig und somit ein Borrecht der Reichen. Um diesem Aebelsande abzwhelsen, übertrug ein im Jahre 1857 erlassens Statut, der fogen erlivorcen Acta (20 & 21 Vict. c. 85) die ber sogen. «Divorce Act» (20 & 21 Vict. c. 85) die Serichtsbarteit in Chesachen an ein eigens hiefür eingesetzte Civilgericht (the Court for Divorce and Matrimonial Causes), welches sowohl die blose Trennung von Tijd und Bett (nunmehr judicial separation genannt) als die vollständige Chescheng (dissolution of marriage) und die Richtigkeitserklärung einer Che ausspricht. Bordespalten bleibt die Beiterziehung an das Gerrenhaus (House of Lords) gemäß Status 31 & 32 Vict. c. 77 (Divorce Amendment Act, 1868).

dment Act, 1868).

3) Statut 32 Hen. Vill, c. 38 führt die Statthaftigeteit resp. Unstatthaftigeteit einer Ehe awsichen Bermandten oder Berschwägerten auf das göttliche Redt (vgl. Leviticus XVIII; XX, 19; XXI, 2,8; XXV, 49) jurüd, welches es als einzig maßgebend erstärt: «all persons de lawful to marry [i. e., may lawfully marry] that de not prohibited by God's law, and no reservation or prohibition, God's law except, shall trouble or impeach any marriage without the Levitical degrees. Eine Aufer riage without the Levitical degrees. Eine Aufgählung der "durch das Geses Gottes" verbotenen Grade ist bereits in 25 Hen. VIII, c. 22 enthalten. Das auf Seite 27 mitgetheilte "Tabellarische Berzeichniß", welches gegenwärtig bem Book of Common Prayer einberleibt ift, murbe im Jahre 1568 burch ben Erzbijchof von Canterburn (Matthews Parker) aufgestellt. Der 99, ber Canons v. 3. 1603 verweist auf jene Labelle mit folgenden Worten: «No persons shall marry within the degrees prohibited by the laws of God, and expressed in a table set forth by authority in the year of our Lord God 1568s. Ueberdieß wurde durch mehrsache Urtheile der hochten englischen Gerichischofe der im flaatstirchlichen Gebet-

¹⁾ Die Fortbauer ber Geltung bes ta-nonischen Rechts nach ber Resormation in Eng-land beruht auf Statut 25 Hen. VIII, c. 19, laut welchem bis zum Abschusse einer (nie zu Stande ge-tommenen) Totalrevision ber kanonisch-rechtlichen Be-

Einführung bes Protestantismus fielen auch bie Chehinderniffe ber hohern Beiben (5 & 6 Edw. VI, c. 12), bes Orbensgelübbes, ber Entführung, bes Chebruchs und Battenmords dahin. Bezüglich bes im-pedimentum criminis ift jedoch zu bemerken, Daß bie Beifilichen ber Staatsfirche nicht gegwungen werben tonnen, bei einer Chefchließung von Perfonen mitzuwirten welche wegen Chebruchs gefchieben wurden (Divorce Act, 1857, s. LVII). In Bezug auf bas Ehehinderniß bes bestehen ben Chebans bes ist der Sas aufgestellt worden, daß die wahrend ber legten fieben Jahre fortgefeste Abwefenheit eines Gattentheiles, welchen ber andere feit Anbeginn biefer fieben Jahre für tobt halten fonnte, als ein genügender Grund gur Bermuthung bes Sobes betrachtet werben barf, und folglich in biefem Falle ber als verwitimet geltende Gatte gur Eingehung einer neuen Che berechtigt ift. Daber wird bie unter folden Umftanden geschloffene Butativehe in 9 Geo. IV, c. 31 ausbrucklich bon ben als Bigamie') zu behandelnden Fallen ausgenommen.

anbana.

Die Form ber Ehefchließung ift es nun, mit beren Normirung die britische Gesetzebung sich insbesondere befaßt hat und wobei sie sich vom kanonischen Rechte am Beiteften entfernte. Immerhin gelten die in dieser Beziehung bisher aufgestellten Bestimmungen

buche enthaltenen «Table of Kindred and Affinitys volle Gesetzskraft zuerkannt. — Der zu wiederholten Malen mißlungene Bersuch, die Ehe mit der Schwester der verstorbenen Gattin (with a deceased wise's sister), d. h. zwischen Schwager und Schwägerin, als erlaubt erkären zu lassen, ift in jüngster Zeit nach glinstiger zweiter Lesung der bezüglichen Bill (vgl. S. XXIV, unten) im Oberhause an dem Widerskande der geistlichen Billrederäger abermals gescheitert.

Chen in den verbotenen Graden sind ab initio null und nichtig, gemäß Statut 5 & 6 Wm. IV, c. 54. (Bgl. S. 28, I oben.)

(Bgl. S. 28, I oben.)

4) Wer nämlich bei Lebzeiten des andern Gatten, sei es in England oder anderswo eine zweite Ehe schließt oder bei Schließung einer solchen mitwirkt, macht sich — laut Statut 9 Goo. IV, c. 31 — der Felonie schuldig und sollt auf sieden Jahre deportirt oder auf höchstens zwei Jahre mit Auchthaus bestraft werden. Diese Bestimmung erstreckt sich indessen nicht auf bigamische (resp. polygamische) Ehen, welche von andern als britischen Unterthanen außerhalb Englands eingegangen wurden, noch auf Ehen von Personen, deren frühere Che durch ein zuständiges Gericht dem Bande nach aufgelöst wurde, noch auf Ehen, welche unter den obenerwähnten Boraussetzung der sieben sich rigen nachtichtslosen Wesen. Das irische Statut gegen die Bigamie (10 Goo. IV, c. 34) ist im Wesentlichen dem englischen gleichlautend.

nicht allgemein fur bas gefammte britifche Reich; es wurden vielmehr bloge Partitulargefete für Die einzelnen Theile bes unter britifcher Botmäßigkeit ftebenben ganberkompleges erlaffen. Doch ift bas Bestreben, auch bie formellen Erforderniffe bes britifchen Chefchließungerechtes einheitlich zu gestalten, seit langem zu Tage getreten. So wurde im Jahre 1865 eine aus ben hervorragenoften Rechtsgelehrten Großbritanniens zusammengefeste - Commiffton mit ber Entwerfung eines bezüglichen Brojettes und gunachft mit ber Prufung ber fur bie verichiebenen Bebietstheile bes Bereinigten Ronig= reiche, fowie fur Indien, Die Rolonien und auch fur bie im Auslande fich verehelichenben britischen Unterthanen ju Recht beftebenden Ebegefege beauftragt. Das Ergebniß ber breijahrigen Arbeit biefer Commission ift in bem mehrerwähnten Berichte (Report of the Royal Commission on the Laws of Marriage, 1868) niebergelegt. Diefer Commiffionsbericht fann, abgefeben von ben feither entftanbenen Statuten, als maßgebende Quelle bezüglich des gegenwartigen Bestandes des britifchen Chedließungerechtes betrachtet werben und wurbe deßhalb mehrfach bei nachfolgenden Aufzeichnungen benutt.

Die Busammenstellung ber verschiebenen in England zu Recht bestehenben Formen ber Cheschellung berfelben in zwei Hauptarten: 1. Die vom Jahre 1753 (Lord Hardwicke's Act) 5]

s) Das gewöhnlich als Lord Hardwicke's Act bezeichnete Statut 26 Goo. Il, c. 33 entstand aus dem Bedürsnisse, der damals in Folge Ueberhandnehmens der heimlichen Eheschleigungen herrschen Rechtsunscherheit zu steuern. Dieß jollte nun durch strengen Formalismus in Berdindung mit den härtesten Strasbestimmungen, insbesondere mit Richtigkeitserklärung der Ehe im geringsten Widerhandlungs- oder auch nur Unterlassungsfalle, erreicht werden. Dem Speabschlusse mußten — dei Strase der Richtigkeit — Berkindungen an drei auseinandersolgenden Sonntagen in der Pfarrtirche des Wohnortes eines jeden Verlobten vorangegangen sein; ausgenommen, wenn eine bischöfliche licence als Ersas hiestir ausgewirst worden war. Während nun die nach einspruchslos ersolgter Berkindung geschlosene Ehewegen Rangels solcher Requisite, wie z. B. der Einwilligung dritter Personen, nicht angesochten werden konnte, sollten Ehen unbedingt nichtig sein, wenn nicht ohne die ersorderliche elterliche resp. vormundschaftliche Einwilligung mittelst einer licence sich hatten tranen lassen. Ob die Erlangung der licence auf einem bloken Irrthum oder auf einem Meineide beruhte, war gleichgüttig; die Gerichte psiegen zu erklären, daß schon durch die salsche Erschte plegen zu erklären, daß schon durch die falsche Angabe bei Auswirkung der licence die Ehe nichtig set. So gescha es ost, daß selbst nach Ablauf eines Menschenalters Ehen annulärt wurden,

bis aum Jahre 1836 (Act 6 & 7 Wm. IV, c. 85) für alle Richt=Quaters ober Richt=Ruben . fonflige Rudficht auf bie Ronfeffion - einzig gultige Art, welcher bie Bestätigung burch bie Staatsfirthe zu Grunde liegt (Marriages by the Established Church); 2. (Other Marriages) bie andere Art, welche einer Daawischentunft ber ftaatsfirchlichen Organe fich

weil der Brautigam falfchlich angegeben hatte, daß die Braut vollfährig fei, während ihr noch einige Wochen ober Tage zur Erreichung des gesehlichen Alters sehlten. Ueberhaupt tonnte ein noch so langer Besit des ehelichen Standes in Frage gestellt werden; die Rlage auf Richtig-Siandes in Frage gestellt werden; die Rlage auf Richtig-leitserklärung einer Che wegen angeblich unterlaufener Hormzebrechen verjährte niemals. Ein Fall, welcher die Schäden der angezogenenen Bestimmungen in ganz prägnanter Weife veranschaulicht, war folgender: "Rittelinwilligung seiner Ettern hatte sich ein Rann verheirathet. Rachdem dieser Rann bereits Großvater geworden, entdedt derselbe, daß er außer der Sche geboren war. Dem Gesetz gemäß wäre nun bei seiner Bereheirathung nicht sowohl der elterliche Consens als vielmehr derzeitige eines vom Kanzleisose zu bestellenden Bormundes ersorderlich gewesen. Er läßt seine Che für nichtig erklären, und damit lösen sich auch die Chen seiner Kinder, welche samtlichen Tutors bedurft hätten!" (Bgl. "Standesbeamter" de 1878, S. 171.) Bor Allem aus aber verlangte Lord Hardwicke's Act, daß Ehen nur in solchen Kirchen und Kapellen verkindet und abnur in folden Rirden und Rapellen berfundet und abgefoloffen murben, in welchen bor bem 25. Darg 1754 die Bornahme von Aufgeboten fiblich mar. Als nun die Bornahme bon Aufgeboten Ablich war. Als nun von ben Richtern ber Grundsag ausgesprochen wurde, daß alle Ehen, welche in den seit dem 25. März 1754 erbauten Gotteshäusern abgeschlossen waren, nichtig seien, traten die durch das Gesetz berursachten Misstände erst recht zu Tage. Zur Abbestellung solcher Härten wurde eine Bill nach der andern eingebracht. Am 18. Juli 1823 kam das Statut 4 Goo. IV, c. 76 zu Stande, welches gegenwärtig noch für die Eheschleigung nach dem Gebräuchen der Staatskirche in Araft ist. Dieses Statut beließ es indessen bezüglich des Rechtes zur Bornahme der geietlichen Ebeichliekungen bei den Bestimme nahme ber gefestiden Chefdliegungen bei ben Bestimm-ungen ber Bord hardwide's Atte, welche basfelbe ausschließlich ber Staatstirche borbehalten und nur für die Quater und Juden eine Ausnahme ftatuirt hatte. Endlich wurden auf 1. Marg 1837 die Ratholiten und Diffibenten, sowie bie Confessionslosen, — in Folge einer von Lord John Russell eingebrachten Bill — von dem Zwange befreit, ihre Chen vor einem staatsvon dem Zwange befreit, ihre Ehen vor einem staatskirchlichen Geistlichen nach dem Ritus der Staatskirche
einzugehen. Im Zusammenhange damit wurde eine
von kirchlichen Institutionen und von Konsessinsunterichieden unabhängige Rationalanstalt für das Eivilstandsregisterwesen gegründet. Die beiden bezüglichen
Statute datiren vom 17. August 1836 und sind solgendermaßen betitelt: 6 & 7 Wm. IV, c. 85 (An Act sor Marriages in England) und 6 & 7 Wm. IV, c. 86 (An Act sor Registering Births, Deaths and Marriages in England.) Diedurch erreichte die englische She-(An Act for Registering Births, Deaths and Marriages in England.) hiedurch erreichte die englische Ehegesegebung in der Hauptsache ihren Abschlüße. Die seither entkandenen Erlasse betressen meiß nur die Regelung nebensächlicher Punkte. Als bezügliche Geschnobellen sind hervorzuheben: die Statute 7 Wm. IV & 1 Vict. c. 22 (v. 30. Juni 1837), 3 & 4 Vict. c. 72 (v. 7. August 1840) und 19 & 20 Vict. c. 119 (v. 29. Juli 1856) guft 1 1856).

entzieht und, mit ber eigentlichen Civilebe, bie Chefchließungsform fammtlicher ber Staatsfirche nicht zugethanen Rirchen ober Religion8= genoffenschaften umfaßt. Bahrend bie & e i ftlichen ber Staatsfirche ohne jebe Ginmifcung weltlicher Beborben eine Che verfunben, abschließen (trauen) und beurfunden tonnen, fo find bie Angehörigen aller andern Rirchen ober Religionsgenoffenschaften auf bie Inanspruchnahme resp. Buziehung bes Stanbes: beamten (registrar 6], Registerbeamten) an-

9) Das gesammte Civilfiand sregifterwe fen fieht England unter ber Oberleitung eines Rogistrar-General mit Amisfit in London (General Register Office, Somerset House). Diefer oberfte Stanbes-beamte ermablt für jeben Stanbesamtsbezirf (district) einen superintendent registrar, welcher hinwiederum seinerseits die Bahl der ihm unterftebenden registrars trifft; wobei aber bem Registrar-General bas Betrifft; wobei aber dem Registrar-General das Be-kätigungs, sowie auch ein direttes Bahlrecht (by wri-ting under his hand) vorbehalten bleibt (19 & 20 Vict. c. 119, s. 15). Die Umschreibung der districts entspricht im Allgemeinen der auf die Armenverwaltung (Poor Law Unions) sich beziehenden Sintheilung des Landes; da ursprünglich die Berbindung der Stelle des Schriftschrers beim Borstandscollegium (the clerk to the beauch of generaling) einer Union mit derienigen the board of guardians) einer Union mit berjenigen eines superintendent'registrar in Aussicht genommen wurde. — Der Generalregistrar fat — außer sammtlichen Standesämtern — jede unter der Botmäßigkeit der Standesämtern beiden Rirche oder Rapelle, in welcher Trauungen gesetzlich erfolgen tonnen, mit den gesetzlich dorgeschriebenen (doppelt und gleichstemig zu führenden) Westlierhildern und den erforderlichen Karmularen au Registerbiidern und ben erforderlichen Formularen zu ben vierteljahrlich abzuschließenden beglaubigten Ab-ichriften sammtlicher in ben 8 letten Monaten erfolgten schriften sammtlicher in den 8 letten Monaten erfolgten Registereintragungn zu versorgen; desgleichen die zur Bornahme den Eheschließungen ermächtigten Quäkerund Judengemeinden. Sache des Registrar-General ist es ferner, die nicht der Staatsliche angehörendem Andachtshäuser — behufs Begründung der Statthaftigkeit von Trauungen in denselben — zu registriren (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 18; 7 Wm. IV & 1 Vict. c. 22, s. 85.) Endlich hat der Registrar-General, dezüglich der nichtstaatslichtigem Seschlesungen, zweiteinstanzlich über die Berückstigdichen oder Richtsenstau entscheid ichtigung eines als Cheeinsprache eingelegten caveat zu entscheid (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 37; 7 Wm. IV & 1 Vict. c. 22, s. 5). — Zu den hauptsächlichsten Obliegenheiten eines zu por in tondont rogist rar bezüglich der zweiten Seschlesungsart gehören: die Entgegennahme und die Einstragung der dei ihm eingereichten Eheaumeldungen (notices), die erstinstanzliche Entscheidung über die allsätzig erhobenen Einsprachen (caveats) gegen den Eheaust fällig erhobenen Giniprachen (caveats) gegen ben Cheabschluß, die Ausstellung des Cortificato (Bescheinigung über ein einspruchslos erfolgtes Ausgebot) oder der licence (Crlaudnisschein zur sosortigen Trauung), die licence (Erlaudnissigein jur josortigen Ltauung), die Bornahme der Civiltrauungen, die Bermittelung zwischen den Gesuchkellern und dem Registrar-General dei Registrirung von Gebäuden zur Trauung (Registry of Buildings for Marriages). Ein Superintendentregistrarhat bezüglich Ertheilung der licences dem Registrar-General eine Amtsbürgschaft von 100 Pfd. Sterl. zu leisten (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 11). Wärtde ein superintendent registrar vor Ablauf der gesetlichen

gewiesen, und zwar sowohl hinsichtlich ber porgangigen Bekanntmachung einer beabsichtigten Cheschließung (vgl. S. 28, II) als ber Trau-ung und ber Beurkundung bes Cheabschlusses; indem biefe Beurtundung ausschließlich burch ben burgerlichen Beamten mit authentischer Rraft geschehen tann und die Unwesenheit bes registrar beim Cheabschluffe voraussest. Gine Ausnahme von biefen Bestimmungen besteht einzig in Betreff ber nach ben Gebrauchen ber jogenannten Quafer (Society of Friends called Quakers) ober ber Juben einge-gangenen Chen, bei beren Abichluß bie Gegenwart bes registrar nicht geforbert wirb; wogegen bie Auswirfung eines ftanbesamflichen Aufgebots- ober Trauungserlaubnificheines (registrar's certificate or licence) gleichwohl vorangegangen sein muß. (Bgl. 4 Geo. IV, c. 76 und 6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 2.) Bemerkt wird hiebei, bag jur gefehlichen Gingehung einer Che nach ben Gebrauchen ber Juben beibe Brautleute Juben fein muffen, und daß bezüglich ber Quatereben eine burch bie Gefesnovelle vom 13. Mai 1872 (35 Vict. c. 10) normirte Erklarung bes Quater-Registerführers (registering officer of the said Society of Friends) ju Sanden bes Stanbesbeamten ausgestellt werben muß, falls nicht beibe Cheschließenden Quater (members of the said society or in profession with or of the persuasion thereof) finb.

I. Die staatstirchliche Cheschließungsform bebingt bie Bornahme von Bertunbungen (publication of «banns») an brei aufeinanderfolgenden Gonntagen in ber

Frift, oder trog einer noch nicht zum Austrage gelangten Einsprache, oder nachem 3 Monate seit Entgegennahme der notico verstrichen sind, ein certissate oder eine licence ausstellen, so gälte dies als Felonie; desselben Bergehens würde ein solcher Beamter sich schulig machen durch wissentliche und willentliche Mitwirtung bei einer durch das Gesez sir null und nichtig erkläten Cheschilekung. Als einschlächge Aufgabe eines superintendent registrar ift noch zu erwähnen: die Ausberwahrung der ihm zugestellten Duplisate der Register und die viertelzährliche Uebermittelung der beglaubigten Abschilchen, welche die verschiehenen kirchlichen und bürgerlichen Registersührer zu handen des Registrar-General ihm alle drei Monate zusenden müssen. — Dem rog is trar liegt hinsichtlich der Cheschilehung insbesondere od: den Brautleuten in der Ausfüllung des Formulars einer notice beizustehen und deren Unterschift als eattesting witness» zu beglaubigen; bei Trauungen in registrirten Gebäuden (registorend duildings) oder im Standesamtslotale (district register ossele) anwesend zu sein, die vorgelegten certiscates oder licences zu prüsen und bessendschildusses darauf zu achten, daß die gesptliche Formel des Eheabschildusses den Brautleuten wortgetren ausgessprochen werde. Bezüglich Beurlundung des Eheabschildusses siehe Rote 17 auf S. 101.

Pfarrkirche ober bem öffentlichen Andachtshause (parish church or public chapel) bes Wohnsortes eines jeden der Brautleute. Diese Borsschrift wird aber in der Regel mittelst einer licence (Trauungserlaubnis), 7 welche

7) Bur Ertheilung ber gewöhnlichen Erlaubniffcheine (common licences) find — fraft Statut 25 Hen. VIII, c. 21 — neben den Bischhen auch die Erzbischhen bon Canterbury und Port berechtigt: jeder biefer Dachthaber innerhalb feines Umisbereichs. Die Ergbifcofe übertragen diefes Recht an ihre Generalvifare für bas ber Thatigfeit berfelben unterftellte Gebiet, Die Bischofe an ihren Ran gler ober an besondere Stells vertreter(surrogate:), deren Wirkungsfreis gewöhnlich auf eine einzelne Ortschaft beschränkt ist. Bevor ein auf eine einzelne Orthogat beigkränft ist. Bevor ein surrogate eine licence ertheilen darf, hat er einen bezüglichen Eid, sowie eine Amtsbürgschaft von 100 Pfd. Sterl. dem Didcesanbischofe zu leisten (4 Geo. IV. c. 76, s. 18). Durch die sections I und XI des Statutes 6 & 7 Wm. IV, c. 85 wird dem Standesbeamten (resp. dem superintendent registrar) die Befugnis, licences bezüglich der staatstirchlichen Eighlichungen zu ertheilen außertellich den eine Beinglich foliegungen gu ertheilen, ausbrudlich abgefprocen. Die jattegungen zu ertgetten, ausdrücklich abgelprochen. Die Ausstellung ber licence ab Seite einer nicht gehörig ermächtigten Person kann immerhin — gemäß soction XXII des Statutes 4 Goo. IV, c. 76 — nur dann die Richtigkeit der Ehe zur Folge haben, wenn bei deren Berwendung von beiden Cheschließenden wissentlich und willentlich und mit der Abschit, das Geset zu umgehen, gehandelt wurde. Der Gesuchkeiten der einesstattliche Berficherung abzugeben, bag einer ber Berlobten (one of the parties) während der letten 15 Tage seinen of the parties) während der letten 15 Tage seinen gewöhnlichen Ausenthaltsort (usual place of abode) innerhalb des Sprengels gehadt habe, zu welchem die sür die Trauung gewählte Kirche oder Kapelle gehört (4 Geo. IV, c. 76, ss. 10, 14); ferner, daß der beabsichtigten Eheschließung kein gesetliches Schehinderniß entgegenstehe (ib., s. 14); und schließlich, daß die Sinwilligung des Inhabers der elterlichen Gewalt, inspern dieselhe erforderlich ist erlandt marken ist sid des 214 willigung des Inhabers der elterlichen Gewalt, insofern dieselbe ersorderlich ift, erlangt worden sei (ib., ss. 14, 16, 17). Behufs Auswirtung der liconco bedarf es nun keiner Berschreibung oder sonstigen Berbürgung (4 Geo. IV, c. 76, s. 15). Auch enthält das Geset keine Bestimmung, wonach salsche Aussagen die Alage auf Meineid nach sich 3iehen, sondern dloß eine Androhung auf Berlustigerstärung sämmtlicher aus der Che erwachsenden Bortheile, für den Fall, daß die eltersliche resp. vormundschaftliche Einwilligung nicht wirklich erlangt worden ware, wenn es einer solchen bedurft batte erlangt worden ware, wenn es einer jolchen bedurft hätte (4 Geo. IV, c. 76, s. 23). Sinmal geschlossene Ehen find aber nicht mehr ansechtbar wegen angeblich fallser Aussagen, sei es in Betreff bes vorgängigen Aufenthaltes (4 Geo. IV, c. 76, s. 26) oder der Einwilligung des Inhabers der elterlichen Gewalt (4 Geo. IV, c. 76, s. 23). Die Bestimmung des Statutes 4 Geo. IV, c. 76, s. 23). s. 11, daß bei erfolgter Einsprache (if any Caveat be entered) die licence nicht vor Erledigung der Angelegenheit durch den zur Ertheilung der licence zuständigen geistlichen Richter (the Judge out of whose office the licence is to issue) ausgestellt werben jolle, wird wohl nur in den wenigsten Fallen Anwenbung finden tonnen; ba zwijden bem bezuglichen An-trage und ber Ausstellung ber licence auch nicht bie furzefte Frift zu verftreichen braucht, und ebenfo wenig wijchen Ausstellung der licence und Trauung (Rep. Marr. Laws Comm., p. VII). Ueberhaupt liegt der Zwei einer licence — wie das betreffende Formular (j. S. 101) es ausspricht — darin, daß dem ehrbaren

vom Bischof ertheilt wird (granted by the Ordinary, through his chancellor and surrogates), umgangen. Auch find bie Geiftlichen berechtigt, nicht aber verpflichtet, auf Grund fanbesamtlichen Befannt= machungsscheines (registrar's certificate) bie Trauung vorzunehmen (vgl. 19 & 20 Vict. c. 119, s. 11). Im Falle ber Bornahme von Cheverkundungen fann bie Trauung nur in einer ber Rirchen ober Rapellen vollzogen werden, in welchen bie Berfunbungen ftattfanden. Stutt fich bie Befugniß zum Cheabschluffe auf eine bischöfliche licence ober ein ftanbesamtliches certificate, so muß die Trauung in ber im betreffenben Aftenftude bezeichneten Rirche ober Rapelle vorgenommen werben, welches Bebaube im Rirchsprengel (ecclesiastical district), beziehungeweise im Standesamtsbegirte gelegen fein muß, in welchem einer ber Chefchließenben feinen Wohnort hat. Die Bornahme einer Trauung hat burch einen gehörig ordinirten Geist= lichen und in Wegenwart zweier Beugen ju geschehen. Ueberdieß ift biefelbe ber Beit nach auf die Bormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr beschränkt (62. Canon v. J. 1603) ⁸]. Eine «special licence», deren Ertheilung — frast Statut 25 Hen. VIII, c. 21 - bem Erzbischof von Canterbury vorbehalten ift, hebt indeffen jede Art von Beschrankungen auf. Eine folche entbindet nämlich von bem Erforderniffe eines vorgangigen Aufenthaltes am Cheschließungsorte und mittelft berfelben fann bie Trauung zu jeber beliebigen Stunde bes Tages ober fogar ber nacht, sowie an irgend welchem conferrirten ober nicht conferrirten Orte ftatts

Laut Statut 4 Geo. IV, c. 76, s. 22 ist bie Che null und nichtig in allen Beziehungen (null and void to all intents and purposes whatsoever), wenn bie Cheschließenden wiffentlich und willentlich (knowingly and wilfully) an einem andern Orte als in einer Kirche ober Kapelle sich trauen ließen, in welcher bie Bornahme von Gheverfundungen gesetlich ftatthaft ift "); es sei benn,

Begehren ber Brautleute jo rajd wie möglich entiprocen werbe (athat these your honest desires may the more speedily obtain a due effect.). Die Gilltig-

more speecily obtain a dus ellects). Die Gillig-teitsbauer einer licence ist auf 3 Monate beschränkt (4 Geo. IV, c. 76, s. 19).

8) Diese sogenannten scanonical hours wurden durch die Constitutions v. J. 1597 eingeführt und gelten, weil nicht durch das alte kanonische Recht vorgeschrieben, als blos sür die Gesklichteit bindend. Die hindnsehung fraglicher Borschrift ist laut Statut 4 Geo. IV, c. 76 s. 21 als Felonie ju behandeln, hat aber feineswegs bie Richtigfeit ber Che jur Folge.

9) Bierzehn besondere Ctatute mit rudwirkender Rraft

daß sie die entsprechenbe licence erlangt hatten; ober, wenn biefelben wiffentlich und willentlich ohne vorausgegangene gehörige Bertundung ober ohne eine licence ab Seite ber gur Ausftellung einer folden ermachtigten Berfon ausgewirkt zu haben, ihre Che abschloffen; ober endlich, wenn bie Betreffenden wiffentlich und willentlich die Bornahme ber Trauung (the Solemnization of such Marriage) burth eine nicht orbinirte Person (Person not being in Holy Orders) geschehen ließen.

II. Die "andere Cheschließungsform" fest - wie bereits erwähnt - Die Mitwirfung bes registrar und zwar, ausge-nommen bet Quater- und Judenehen, auch bezüglich ber Trauung voraus. Die Brautleute haben vor Allem aus bei bem superintendent registrar bes Diftriftes, ju welchem ihr (burch einen minbestens fiebentagigen Aufenthalt begrundeter) Bohnort gehort, eine fchrift= liche Anmelbung ihrer Che (notice) einzureichen. Siefur haben fie bas burch 19 & 20 Vict. c. 119 bestimmte Formular 10)

wurden behufs Beftätigung folder Ehefchliefungen er-laffen, welche an verfchiebenen Orten in England, entweber in neu erbauten ober umgebauten und nicht wieder Boretrirten ober in fonft mit ben bezüglich ber Bornahme von Chefchließungen geforberten Sigenichaften nicht verfehenen Rirchen ober Rapellen fattgefunden hatten. Die biese Eigenschaften seistellende Gesetzehung wird allgemein unter der Benennung a'The Church Building Acts zusammengesaßt. Die namhastesten der hiezu gehörenden Statute sind: 58 Geo. III, c. 45; 5 Geo. IV, c. 32; 3 & 4 Vict. c. 60; 6 & 7 Vict. c. 37; 7 & 8 Vict. c. 56. Den wirren Knäuel der verschiedenen Bestimmungen dieser Statute aufzulösen, wagen selbst englische Fachleute nicht (vgl. das am Schlusse von "Großbritannien" eitirte Wert von James T. Hammick, 5. 116). Ein Ersatmittel hiefür bilbet indeffen die praktische Regel, ju welcher allgemein Zustuckt genom-men wird und welche darin besteht, das Borhandensein der gesetlich vorgeschriebenen Cheregister in der beder gejeglich vorgejchriedenen Speregifter in der de-treffenden Kirche oder Rapelle als entscheides Moment für die Statthaftigkeit von Cheichließungen in derselben wirken zu lassen. Der einer Rirche oder Rapelle vor-gesette Geistliche muß nämlich, bevor er zur Bornahme von Trauungen schreitet, das Generalregisteramt um Aushändigung der erforderlichen Register angehen. Diese Register werden aber vom Generalregistrar nur nach vernauer Reffinns des Societalits geliefert und fein genauer Prafung bes Sachberhalts geliefert, und beim Erlofden bes fraglichen Rechtes muffen biefelben unberjüglich bem Registeramte wieber jugeftellt werben. Ueberjuglich dem Registeramte wieder zugeneut werden. Uederdieß veröffentlicht das Generalregisteramt akjährlich unter dem Titel «Official List of the Registrar General» ein vollständiges Verzeichniß sammtlicher Andachtshäufer, in welchen die Bornahme von Trauungen statthaft ist. 10) Das durch die Gesenovelle 19 & 20 Vict. c. 119 seigestellte Formular (vgl. Beil. A, S. 102) enthält außer der eigentlichen notice — deren Inhalt lediglich auf die Veren und Narrannen der Stand der Aren

auf die Ramen und Bornamen, den Stand, den Beruf ober das Amt (den Rang), das Alter und den Bofnort ber Brautleute, die Dauer ihres Aufenthaltes am Cheau benuten, beziehungsweise entsprechend auszufüllen oder ausstüllen zu lassen und in Gegenwart eines registrar zu unterzeichenen, welcher alsbann in der Eigenschaft eines «attesting witness» ihre Unterschrift beglaubigt. Der superintendent registrar bewahrt diese notice in seinem Archive auf und trägt eine Abschrift derselben in das Heirathsmeldebuch (Marriage Notice Book) ein, welches Jedermann gebührenfrei zur Einsicht offen liegt. Die Gewalthaber (vgl. S. 29, III), welche Einspruch erheben, sehen an den Rand des Eintragungsvermerkes das Wort "forbidden (verboten)" mit Angabe von Namen, Wohnort u. s. w. Hisbrauch dieser Besugniß wird wie Meineib bestraft (19 & 20 Vict. c. 119, s. 18). Erfolgt kein Einspruch gegen die Aumeldung, so ist der Melde ein (registrar's certificate, s. d. Korm. auf S. 103) nach Ablauf einer Krist von 21 Tagen erhältlich. Die Ausstellung dieses Scheines kann indessen von irgendwelchen Personen — bei Entrichtung einer Gebühr von d Schilling — mittelst eines sogen. "caveat" (Verwahrung sessichtelst in einer an den betreffenden superintendent registrar gerichteten schriftslichen Mittheilung, daß der beabsschieden Ehesschleibung ein — ausdrücklich zu erwähnendes —

jchließungsorte und das für die Trauung gewählte Rotal beschrätt ist — noch eine feierliche Erklärung, daß kein Shehinderniß wegen Berwandtschaft oder Schwägerschaft oder sonkigen gesetlichen Eheverbotes der beabsichtigten Eheschließung entgegenstehe, daß der unterzeichnete R. R. während der letzterschssenen 7 Tage (dei Eheschließungen ohne liconco) oder (bei Eheschließungen mit liconco) 15 Tage seinen gewöhnlichen Aufenthalt und Wohnort in dem zum Distrikte (des detressenden superintendent registrar) gehörenden Pfarrbezirke X. gehabt habe, und das weder Bräutigam noch Brautunter dem Alter von 21 Jahren stehen sodere Väutigam noch Brautunter dem Alter von 21 Jahren stehen sodere Stäntigam noch Brautunter dem Alter von 21 Jahren stehen soder ein willigung des Inhabers der elterlichen Gewalt ertheilt worden sei]; worauf noch die Bestätigung solgt, daß dem Unterzeichner der Erklärung die Sespesbestimmung wohl bekannt sei, laut welcher salschen mie Meineid bestraft werden. — Gleichgülltig ist es, ob der Bräutigam oder die Braut die notice besorgt, und für den Fall, daß nicht beite Eheschließenden in einem und demselben Distrikte ihren Wohnort haben, bedarf es gleichwohl nur einer einzigen notice, wenn die Ehe mit liconce abgeschlossen eingereicht.

11) Ift ein caveat leichtfertig aus nicht maggebenden Gründen (on grounds which the Registrar General shall declare to be frivolous) angebracht worden, so tann der Andringer zu Schadener sa verurtheilt werden (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 37 und 7 Wm. IV & 1 Vict., c. 22, s. 5).

Shehinderniß entgegenstehe 12). Die Berücksichtigung ober Nichtberücksichtigung eines caveat wird durch den Registrar General entschieden (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 13). Erklären die Brautleute in ihrer notice, daß sie schon seit vollen 15 Tagen im betreffenden Standesamtsbezirke wohnhaft sind, so kann ein Trauung ser laubniß chein (licence, vgl. daß Formular auf S. 104)13], falls nicht Einspruch ershoben wurde, bereits am zweiten Tage nach der Anmelbung ausgestellt werden. Nachweise über die in der notice enthaltenen Angaben sind keine zu erbringen; sebe falsche Auseisage age aber wird wie Meineid 14) bestraft (vgl.

12) Das burd ben Registrar-General hiefür sesseritellte Formular lautetwiefolgt: a Tothe superintendent registrar of the district of T. Take notice, that the marriage intended to be had between A. B. of T., in the county of Kent, and C. D., of S., in the county of Essex, ought not to take place, and that a certificate or licence for the solemnization thereof ought not to issue or be granted, because (here insert the specific grounds of objection to the marriage) and for the reasons asoresaid this caveat against the issue or grant of such certificate or licence is entered by (here insert the name, residence, and profession or calling of the person entering the caveat). Dated this . . . day of . . ., 18 . .»

18) Eine licence darf nur insofern ertheilt werden, als wenigstens einer der Berlobten während der vor Einreichung der notice lettverslossen 15 Tage im Distrikte bessenigen superintendent registrar, bei welchem die notice eingereicht wird, seinen Wohnort gehabt hat; de zig lich des andern Berlobten gehabt hat; de zig lich des andern Berlobten gehabt hat; de zig lich des andern Berlobten genitgt es aber, daß derselbe in dem Zeitpunkte, in welchem die notice erfolgt, an dem in der notice bezeichneten in England gelegenen Orte wirklich wohnheifei. In der behufs Auswirkung einer licence eingereichten notice braucht übrigens die Dauer des dorgängigen Ausenthaltes im betressenden Distrikte nur für denseinigen Theil angegeden zu sein, welcher während der gesehlichen Frist daselbst gewohnt hat (19 & 20 Vict. c. 119, ss. 2, 6). Soll der Eheabschlaus in Arland wohnhaft ist, von dem superintendent registrar seines durch einen blos seidentägigen Ausenthalt begründeten Wohnortes ein sieden Tage nach Einreichung der notice erhältliches certisicate sich ausstellen lassen, auf dessen Bonortes ein zrland die licence ertheilt; deraus der registrar in Irland bie licence ertheilt; derausgesetz, das der in Irland seinen Wohnort habende Theil dem irischen Gesetze Genüge geleistet habe (9 & 10 Vict. c. 72, s. 1). Was die Schließung einer Ehe in Schettsland andelangt, wenn der eine Berlobte in England seinen Wohnort hat, so besteht dassen, entweder die vorgeschriebenen 6 Wochen im betressen, entweder die vorgeschriebenen 6 Wochen im betressen er den zu einem regular marriage ersorderlichen Bertstindssein auswirten kann, oder seine Ehe als irregular marriage eingugeben (vgl. das unten bezüglich "Schottland" Bestagte.

14) Das Bergehen verjährt in 3 Jahren (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 41: And be it enacted, That every

ben Text ber notice: every person who shall knowingly or wilfully make and sign or subscribe any false Declaration.... shall suffer the penalties of perjury). Auch soll bet einer betrügerischerweise zu Stande gekommenen Che ber schuldige Gatte aller ihm aus der Ehe erwachsenden vermögensrechtlichen Bortheile für verlustig erklärt werden (19 & 20 Vict. c. 119, s. 19; vgl. S. 29, III).

Wenn nicht beide Cheschießenden in einem und demselben Distrikte in England wohnhaft sind, und die Trauung gestügt auf das bloße certiscate (d. h. nicht mit licence) vorgensmmen wird, so muß ein certiscate aus dem Wohn orte eines jeden der Berlobten beigebracht werden (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 16). Laut section 7 des Statuts 19 & 20 Vict. c. 119 kann ein Berlobter, welcher in Assends seinen Wohnort hat, gestügt auf ein daselbst — gemäß Act 9 & 10 Vict. c. 72 — ausgewirktes certiscate in England (ohne vorgängigen Aufenthalt in biesem Lande) getraut werden; vorausgeset, daß der andere in England wohnende Theil sil seine Person dem englischen Gesetze Genüge geleistet habe. Unter der nämlichen Boraussezung kann ein in Edstland wohnender Berlohter, ebensalls ohne vorgängigen Aufenthalt in England, auf Grund eines aus seinem Wohnorte herrührenden Versändscheines (certiscate of proclamation of danns) in England sich trauen lassen (19 & 20 Vict. c. 119, s. 8).

Die Trauung hat innerhalb einer Frist von brei Monaten (within Three Calendar Months) vom Tage ber Anmelbung an gerechnet (after the Date of the Entry of Notice) und zwar an demjenigen Orte stattzusinden, welcher im certificate oder in der licence angegeben ist. Dieser — innerhalb des Districtes, in welchem die notice eingereicht wird, zu wählende — Ort ist entweder das Standes amtslokal (the district register office), wenn die Ehe durch den Civilakt abgeschlossen wird, oder ein privilegirtes ist Andachtslokal (registered building) ist, wenn der Eheabschluß mit einer

Prosecution under this Act shall be commenced within the Space of Three Years after the Offence committed).

committed).

48) Das Privileg wird gemäß Lord Russell's Act (6 & 7 Wm. IV, c. 85) durch den Registrar-Goneral auf das Gesuch von 20 Eingesessenn (house-holders) ertheilt, welche bezeugen, daß sie das beiressende Rotal während eines vollen Jahres als ihr gewöhnliches Andachislofal benutt haben.

so Falls im Diftrifte, in welchem die Berlobten ihren Wohnort haben, kein registrirtes Gebaude sich besindet, wo Trauungen nach einem den religiösen Anschauungen berselben entsprechenden Ritus vorgenommen werden, ist der superintendent registrar — durch Statut 3 & 4 Vict. c. 72 — ermächtigt, die licence oder das certisicate auf ein au herhalb des Diskriftes, zu welchem der Wohnort der Berlobten oder eines der selben gehört, gelegenes Gebäude lautend auszusellen; auch ist die Ansechtung einer Ehe auf Grund dießbezitglicher salscher Aussagen unzulässe. Aaut 19 & 20 Vict. c. 119, s. 14 ist der

firchlichen Trauungsfeierlichfeit verbunden wirb, ober endlich bei Quater- und Jubenehen irgend ein Cotal, in welchem bie Bornahme von Trauungen nach ben Gebrauchen ber Quater refp. ber Juben hertommlich ift. Finbet ber Trauatt auf bem Stanbesamte statt, so ist — laut sections 20 u. 21 bes Statuts 6 & 7 Wm. IV, c. 85 — bie Gegenwart bes superintendent registrar. eines registrar of the district und zweier Reugen erforberlich und es foll bie Che bei offener Thure (with open Doors) und in ben Bormittagsftunben zwischen 8 und 12 Uhr abgeschloffen werben und zwar baburch, bag jeber ber Brautleute folgende zwei Formeln ausspricht: 1. "Ich ertlare feier-lich, baß mir tein gefetliches hinberniß betannt ift, welches meiner bes (ber) A. B. Che mit C. D. entgegenstehen wurde." - 2. "Ich rufe Die bier anwesenben Berfonen als Beugen an, baß ich A. B. bich C. D. zu meiner gefetzlich angetrauten Chefrau (meinem gefehlich angetrauten Chemanne) nehme." (1. «I do solemnly declare, that I know not of any lawful impediment, why I A. B. may not be joined in matrimony to C. D. \sim 2. «I call upon these persons here present to witness that I A. B. do take thee C. D. to be my lawful wedded wife [or husband].»)

Bei bem Eheabschlusse in einem registered building (registered building (registriten Gesbäube) bedarf es indessen nicht der Gegenswart eines superintendent registrar, sondern es genügt diesenige eines registrar, sondern es genügt diesenige eines registrar (of marriages) des Standesamtsbezirtes, in welchem das betreffende Gedäude sich besindet. Die Anzahl der Zeugen und die Beschränzung der Zeit unterliegen gleichen Beschmmungen, wie bezüglich des Civilaties. Besonders hervorzuheben ist das Erfordernis einer wortsgetreuen Abgabe der (oben angesührten) gesehlich bestimmten Erklärungen ab Seite der Cheschließenden. Laut der bezüglichen Gessehessstelle hat solches sin einem Theile der Trauungsseierlichkeit" (in some part of the ceremony) zu geschehen, weshalb iene Formeln von allen protestantischen Sesten ihrem Trau-

superintendent registrar ebenfalls dann befugt, die Bornahme der Trauung außerhalb des Districtes, in welchem die Berlobten ihren Wohnort haben, zu gestatten, wenn das zur Trauung gewählte Gedäude als das gewöhnliche Andachtslofal (usual place of worship) eines der Berlobten erklärt wird; unter dem Borbehalte jedoch, daß dieses Gedäude nicht weiter als zwei Meilen von dem Districte entsernt sei, in welchem die notice eingereicht wurde. Wegen angeblich salscher Aussagen in Betress des ausual place of worshipdann die einmal geschlossene Ehe nicht angesochten werden (19 & 20 Vict. c. 119, s. 17).

ungsrituale beigefügt wurden. Da die römischstatholische Kirche dagegen zu einer Aenderung ihrer Liturgie sich nicht herbeiläßt, so psiegt bei katholischen Trauungen die Entgegennahme fragslicher Erklärungen in der Sakristei (sacristy or vestry), welche als ein Theil des aregistered building» gilt, durch den registrar in Gegenwart der Zeugen nachgeholt zu werden. Laut section 42 des Gesetzes 6 & 7 Wm.

IV, c. 85 ift eine Che null und nichtig (null and void), wenn bie Cheschließenben miffentlich und willentlich (knowingly and wilfully) an einem anbern als bemienigen Orte, welchen bie notice und bas certificate bezeichnet, ober ohne ben superintendent registrar gehörig verständigt zu haben (without due notice to the superintendent registrar), ober ohne vorher ein certificate ober eine licence Gefetes gemäß auszuwirken, ober endlich in Abwesenheit bes registrar, beziehungsweise je nach Um-ftanden auch bes superintendent registrar, sich trauen ließen, ausgenommen in ben Fallen, welche burch Statut 4 Geo. IV, c. 76 vorgefeben find - b. h. bei Chefchließungen gemäß ben Bebrauchen ber Staatsfirche und, bezüglich ber Gegenwart eines rogistrar beim Cheabschluffe, auch bei Quaker= und Jubeneben. — 17)

17) Die Cheregifter, in welche jede Che jofort nach ihrem Abschuffe einzutragen ift, werben von den Geistlichen der Staatstirche (clergy of the Established Church), von den weltlichen Registerbeamten (registrars

Haben bie Chefchließenben — was benfelben ohne Unterschied ber Konfession freisteht — ben Sivilati auf bem Standesamte einer kirchelichen Trauungsfeierlichkeit vorsausgehen lassen, so bedarf es bloß ber Borweisung bes standesamtlichen Chescheines (cortificate of marriage), um ben betressenden Religionsdiener zur Bornahme ber religiösen Handlung (nach welchem Ritus sie auch statischen mag) zu berechtigen; wogegen eine solche Trauung vor dem bürgerlichen Gesehe jeder Bedeutung entbehrt und deßhalb auch — wie dieß bezüglich der Staatskirche ausdrücklich besmerkt ist — keine Eintragung in ein öffentliches Cheregister veranlassen kann (19 & 20 Vict. c. 119, s. 12).

of marriages), sowie von den Schriftsührern der Quater (registering officers of the society) und Juden (secretaries of synagogues) nach gemeinsamen vom Registrar-General zu beziehenden Formularien in doppelter Aussertigung geführt. Die Duplitate der Register werden, wenn dis zu Ende beschrieben, dem superintendent registrar zur Ausbewahrung in seinem Archiv zugestellt. Auserdem sollen aber die mit der Kührung der Cheregister betrauten firchlichen und staatlichen Organe vierteljährlich bei dem superintendent registrar beglaubigte Abschriften sammtlicher während der letztverstoffenen drei Wonate erfolgten Eintragungen zu Panden des Registrar-General einreichen (6 & 7 Wm. IV, c. 86, ss. 30—38; 1 Vict. c. 22, ss. 25 and 26). Bernachlässigung der vorerwähnten Phichten zieht eine — durch 6 & 7 Wm. IV, c. 86, ss. 42 und 1 Vict. c. 22, ss. 28, 31, normirte — Geldstrase nach sich.

APPENDIX.

I.

Beispiel einer kirchlichen «Common-Licence», wie solche vom Generalvikariate (Vicar-General's Office, Doctors' Commons) zu Lonbon ausgestellt merben.

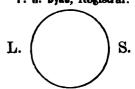
ARCHIBALD CAMPBELL, by Divine Providence, Archbishop of Canterbury, Primate to all England and Metropolitan, to our well-beloved in Christ,

Richard Smith, of the parish of Sutton, in the county of Kent, a bachelor, and Ellen Hastings, of the same parish, a spinster,

Grace and health. Whereas ye are, as it is alleged, resolved to proceed to the solemnization of true and lawful matrimony, and that you greatly desire that such may be solemnized in the face of the Church: We being willing that these your honest desires may the more speedily obtain a due effect, and to the end therefore, that this marriage may be publicly and lawfully solemnized in the Parish Church of Sutton aforesaid by the Rector, Vicar, or Curate thereof, without the publication or proclamation of the banns of matrimony, provided there shall appear no impediment of kindred or alliance, or of any other lawful cause, nor any suit commenced in any Ecclesiastical Court to bar or hinder the proceeding of the said matrimony, according to the tenor of the said itence: And likewise that the celebration of this marriage be had and done publicly in the aforesaid church between the hours of eight and twelve in the forenoon: We for lawful causes graciously grant this our licence and faculty as well to you, the parties contracting, as to the Rector, Vicar, Curate or Minister of the aforesaid Parish, who is designed to solemnize the marriage between you in the manner and form above specified according to the rites of the Book of Common Prayer set

forth for that purpose by the authority of Parliament. Given under the Seal of our Vicar-General, this *Tenth* day of *August*, in the year of our Lord 1871, and in the *third* year of our Translation.

F. H. Dyke, Registrar.



VICAR GENERAL'S OFFICE,

Bell Yard, Doctors' Commons.

By Stat. 4 Geo. 4, c. 76, this licence to continue in force only three months from the date hereof.

H.

Beilagen (Schedules) şum Statut 19 & 20 Vict. c. 119. Beilage A. (Schedule A.)

Formular jur Anmelbung einer Che (Form of «Notice» of Marriage.)

To the Superintendent Registrar of the District of Hendon in the County of Middlesex. I, the undersigned James Smith, hereby give you Notice, That a Marriage is intended to be had without for by, as the Case may be, Licence within Three Calendar Months from the Date hereof between me and the other Party herein named and described; (that is to say,)

Name and Surname.	Con- dition	Rank or Profession.	Age.	Dwelling Place.	Length of Residence.	Church or Building in which the Marriage is to be solemnized.	District and County in which the Parties respectively dwell.
James Smith	Wido- wer	Ironmonger	Twenty- five Years	16,High-St., Hendon, Middlesex.	Fifteen Days, as	West Street Tunbridge,	Hendon, Middlesex.
Martha Green	Spinster		Nineteen Years	GroveFarm Tunbridge, Kent.		Kent.	Tunbridge, Kent.

And I hereby solemnly declare. That I believe there is no Impediment of Kindred or Alliance or other lawful Hindrance to the said Marriage, and that I, the above-named James Smith, have for the Space of Fifteen Days immediately preceding the giving of this Notice had my usual Place of Abode and Residence

[If the Marriage is intended to be had in a Church or Chapel of the Church of England insert in this Space the following Words, sin the Parish of , or sin the Ecclesiastical District of , (as the Case may be,) and add the Name of the Parish or Ecclesiastical District in which One of the Parties resides) within the above-mentioned District of Hendon.

[And I further declars That I am not a Minor under the Age of Twenty-one Years, and that the other Party herein named and described is not a Minor under the Age of Twenty-one Years. (If One or both of the Parties be under Age these Words must be expunged.)] (Or, as the Case may be,)

And I further declare, That she [or I] the said Martha Green, not being a Widow [or Widower], is [or am] a Minor under the Age of Twenty-one years, and that the Consent of George Kilpin, whose Consent to her [or my] Marriage is required by Law, has been duly given and obtained thereto [or ethat there is no Person whose Consent to her [or my] Marriage is by Law requireds (as the Case may he)].

quired» (as the Case may be)].

And I make the foregoing Declarations solemnly and deliberately conscientiously believing the same to be true, pursuant to the Provisions of an Act passed in the twentieth Year of Her Majesty

Queen Victoria, Chapter 119., intituled «An Act to amend the Provisions of the Marriage and Registration Acts», well knowing that every Person who shall knowingly or wilfully make and sign or subscribe any false Declaration or who shall sign any false Notice for the Purpose of procuring any Marriage under the Provisions of the said Act above mentioned, or any of the several Acts therein recited, shall suffer the Penalties of Perjury. In witness whereof I have hereunto set and subscribed my Hand, this Fifth Day of January 1857.

Signed and declared by the above-named James Smith in the Presence of

[Here let the Witness attest the Signature of the Party giving the Notice according to One or other of the following «Examples»:—]

Example.	Name of Witn	ess	Description.	Place of Abode.	
1	John Cox		Superintendent Registrar of Hen- don District [or Deputy Super- intendent Registrar of Hendon District].	Hendon, Middlesex.	
2	Peter Green		Registrar of Marriages for the Hendon District.	Hendon, Middlesex.	

Beilage B. (Schedule B.)

Formular zur Bescheinigung bes Stanbesbeamten über eine Eintragung in bas Heirathsmelbebuch, gegen welche tein Einspruch erfolgte (Form of Superintendent Registrar's «Certificate»).

I, John Cox, Superintendent Registrar of the District of Hendon in the County of Middlesex, do hereby certify, That on the Fifth Day of January 1857 Notice was duly entered in the Marriage Notice Book of the said District of the Marriage intended between the Parties herein-after named and described, and of such Marriage being intended to be solemnized without [or by, as the Case may be,] Licence, delivered under the Hand of James Smith, One of the Parties; (that is to say,)

Name.	Con- dition.	Rank or Profession.	Age.	Dwelling Place.	Length of Resi- dence.	Church or Building in which the Marriage is to be solemnized.	District and County in which the Parties respectively dwell.
James Smith	Wido- wer.	Ironmonger	Twenty five Years.	16, High-st , Hendon, Middlesex.	Fifteen Days.	Sion Chapel, West Street, Tunbridge, Kent.	Hendon, Middlesex.
Martha Green	Spinster			GroveFarm Tunbridge, Kent.	More than a Month.		Tunbridge, Kent.

Date of Entry of Notice, 5th January 1857. Date of Certificate given, 27th January 1857.

The Issue of this Certificate has not been forbidden by any Person authorized to forbid the Issue thereof.

Witness my Hand, this Twenty-seventh Day of January 1857. (Signed)

John Cox. Superintendent Registrar.

This Certificate will be void unless the Marriage is solemnized within Three Calendar Months after the Date of the Entry of Notice, namely, on or before the Fifth Day of April 1857.

Beilage C. (Schedule C.)

Formular zu einem vom Standesbeamten ausgestellten Trauungs-Erlaubnificheine (Form of Superintendent Registrar's «Licence» for Marriage).

To A. B. of in the County of and C. D.

in the County of I, the undersigned Superintendent Registrar of the District of in the County of send Greeting:

Whereas in pursuance of some or one of the Statutes next hereinafter mentioned made and now in force concerning the contracting and solemnizing of Marriages in England; (that is to say.) an Act passed in the Seventh Year of His late Majesty King William the Fourth, Chapter 85; an Act passed in the First Year of Her present Majesty, Chapter 22.; an Act passed in the Fourth Year of Her said Majesty, Chapter 72; and an Act passed in the twentieth Year of Her said Majesty, Chapter 119; One of you did on the

Day of

Day of

Whereas it has been made to appear to my Satisfaction that in regard to your said intended Marriage you have severally in all respects complied with the Provisions and Requirements of the above-mentioned Statutes, so far as such Provisions and Requirements are applicable to and binding upon you or either of you: And whereas no Impediment of Kindred or Alliance or other lawful Hindrance to the said Marriage has been shown to exist: And whereas the Certificate required by Law has been duly issued by me: Now therefore I, the said Superintendent Registrar, by virtue of the Power and Authority vested in me in that Behalf, do hereby grant unto you the aforesaid A.B. and C.D. full Licence and Permission to proceed in due Form of Law to contract and solemnize such Marriage at in the said District at any Time within but not after the Expiration of Three Calendar Months next following the

Day of

E.F., WHEREAS in pursuance of some or one of the Statutes next hereinafter mentioned made and

Superintendent Registrar of the above-mentioned District.

In Irland find bie protestantische Epis= topaltirche, bie romifch-tatholifche Rirche unb bie Gette ber Bresbyterianer binfichtlich ber Chefdliegung einander infofern gleichgeftellt, als fie allesammt ber Bermittlung eines burgerlichen Beamten bei ihren Cheverfundungen und Erauungen enthoben find, wahrend für bie übrigen protestantischen Sektirer (Nonconformists) und bie Anhanger fonftiger Religions= genoffenschaften (Quater und Juben), sowie auch in Betreff ber Civile be eine im Befent-

lichen gleiche Ginrichtung wie in England befteht. Die Befegesvorschriften über bie Chefchliegung in ber protestantifchen Epistopaltirche entfprechen, mit nur unbebeutenben Abweichungen, benjenigen, welche für England bezüglich ber Staatstirche aufgeftellt finb. Die Beiftlichen find bier verpflichtet - b. h. es ift bieg nicht fakultativ wie in England -– auf Grund eines registrar's certificate die Trauung porzunehmen. Auch fteht bie, fruber bem Erzbischof von Armagh vorbehaltene, Ertheilung einer special licence jebem Bischof bezüglich seiner Diocefe zu (33 & 34 Vict. c. 110, s. 36). Die gewöhnliche licence wird von benjenigen Berjonen ertheilt, welche ber betreffenbe Bifchof, gemaß 33 & 34 Vict. c. 110, hiefur bevollmächtigt hat. Die licence kann aber

nicht vor Ablauf von 7 Tagen nach der notice ausgestellt werden, welche notice erft nach fiebentägigem Aufenthalte im betreffenden Di= ftritte julaffig ift. Bevor bie licence erhaltlich ift muß eines ber Brautleute perfonlich vor bem Stellvertreter bes Bifchofs (surrogate) erscheinen und eine eibliche Ertlarung (affidavit) barüber abgeben, baß kein Chehinderniß vor-handen sei, daß einer der Berlobten seit wenig-ftens 14 Tagen im Diftritte, zu welchem die für ben Cheabschluß gewählte Kirche ober Rapelle gehört, sich aufgehalten habe, und, bei Minberjährigen, baß fie bie gesetlich vorge-fchriebene Einwilligung britter Berfonen erlangt haben (33 & 34 Vict. c. 110, s. 35).

paven (35 & 34 Vict. C. 110, 8. 35). Die authentische Beurkundung des Cheabschlusses wurde bezüglich dieser Kirche den Geistlichen belassen, welche indessen die Formularien zu ihren Speregisten dom Rogistrar-General zu Dublin beziehen und — bei Berwirkung schwerer Geldstrafen — ein Duplikat dieser Register, sowie viertelzährliche Abschriften der Eintragungen bem district registrar ju übermitteln haben.

Bor bem 1. Januar 1871 burften — ge-maß bem irifchen Statut 19 Geo. II, c. 13 Chen zwischen Protestanten, sowie gemifchte Ehen, bei Strafe ber Richtigfeit nicht bor einem romifch = tatholifden Beiftlichen abgeschloffen werben; und zwar galt als Protestant bezüglich biefer Bestimmung febe Berfon, welche

innerhalb der zwölf der Eingehung einer folchen Che vorangegangenen Monate fich als Brotestant besannt hatte («any person who hath been or hath professed him or herself to be a Protestant at any time within twelve months before such celebration of marriage»). Dieser Richtigkeitsgrund murbe durch Act 33 & 34 Vict. c. 110, s. 38 abgeschafft und forian bie Bornahme bon Trauungen bei Cheschließ: ungen zwischen Protestanten und Katholiken sowohl ber anglikanischen (protestant episcopalian) Geistlichkeit als ber romischekatho: lifchen unter folgenden Bedingungen jugeftanben : 1. daß eine vorgangige notice bei dem registrar eingereicht worden fei und biefer Beamte fein certificate ausgestellt habe, gemaß ben Statuten 7 & 8 Vict. c. 81 und 26 Vict. c. 27; — 2. baß biefes certificate bem betreffenben Beiftlicen bei ber Trauung übergeben werbe; — 3. baß bas Gebaube, in welchem bie Trauung stattfindet, ein ausschließlich zu gottesbienfilichen Sandlungen bestimmtes fei und im Standes= amtsbegirte bes betreffenben registrar liege; 4. daß die Thure offen bleibe; — 5. daß der Eheabschluß in den Stunden zwischen 8 Uhr Bor- und 2 Uhr Nachmittags in Gegenwart von zwei ober mehr glaubmurdigen Beugen ftatifinde. Bird eine einzige ber vorermahnten Bedingungen vorfaplich vernachlaffigt, fo foll bie Che null und nichtig fein.

Wenn beide Chegatten romifche Ratho= lifen find, fo ift jur Giltigfeit bes Cheabichluffes in formeller Beziehung einzig und allein bie Mitwirfung eines ordinirten Beift: lichen romisch-fatholischer ober auch anglifanischer Ronfession erforderlich; mobei es gleichgultig ift, ob die Trauung öffentlich oder nicht öffentlich, in einer Kirche ober Brivatwohnung, zu biefer ober fener Beit stattfinde, und ob berfelben irgendwelche Bekanutmachung ober bie Ginholung einer licence ober einer Ginwilligung bes Inhabers ber elterlichen Bewalt voraus-gegangen fet; wie benn auch bezüglich eines borgangigen Aufenthaltes am Chefchliegungsorte teine Borschrift besteht. (Bgl. den Entscheib bes britischen Oberhauses im berühmten Falle "The Queen v. Millis", 10 Clark & Finn. 534.) Zu bemerken ist indessen, daß die Be-schlüsse des Conciliums von Trient in Irland burchwegs promulgirt worden find, und daß fomit eine Che, welcher bie foeben vorausges fetten Mangel der Deffentlichkeit anhaften murben, zwar burgerlich giltig, vor bem firchlichen Forum aber unbedingt nichtig mare.

Die Beurfundung ber romifch-tatholifden Chefdließungen hat gemäß Statut 26 & 27 Vict. c. 90 (Mr. Monsell's Act) in folgender Weise zu geschehen: Bor der Trauung hat der Bräutigam ab Seite des district

registrar ein Formular auszuwirten, welches als Che-ichein ausgefüllt wirden foll; dieß bei einer Geldbufe von 10 Pfd. Sterl. im Unterlaffungsfalle. Diefer Che-schein ift bei Abschluß der Che von dem Geiftlichen, von den ist bet Abiquin der Ege bon dem Geistrichen, bon ben Chegatten und zwei Zeugen zu unterschreiben und hernah, binnen einer Frist von drei Tagen, dem district rogistrar der Post zuzusenden. Im Unterlassungsfalle trifft den Chemann eine abermalige Geldstrafe von 10 Pfd. Sterling. Dem Geistlichen ist indessen teine bezügliche Berpflichtung auferlegt. Uebrigens werden von den Geistlichen firchliche Cheregister geführt, welchen aber teine Beweiskraft als öffentliche Urtunden zustemm

Das irische Statut vom Jahre 1844 (7 & 8 Vict. c. 81) gieht eine Grenze zwifchen Bresbyterianern und andern protestantischen Settirern und regelt bie Chefchließung ber erstern nach Analogie bes für bie Epistopalfirche zu Recht bestehenden Berfahrens. Borausgefest, daß einer ber Chefchließenben Brespresbyterianischen (jeboch hiefur regiffrirten) Berfammlungelotale gemäß ben Bebrauchen ber Bresbyterianer stattfinden. Der Trauung follen Bertundungen an brei aufeinanderfolgenden Sonntagen vorausgegangen ober biefelben burch eine licence ersett sein, beren Ertheilung ge-wissen presbyterianischen Kirchenvorstehern zu-steht. Die Trauung soll in dem durch die licence bezeichneten Lotale vorgenommen werden, und zwar bei offener Thure in ben Stunden zwischen 8 Uhr Bor- und 2 Uhr Nachmittags. Kraft Statut 33 & 34 Vict. c. 110 find ge-wisse Borsigende ber Spnobalversammlungen (moderators of the Synods and Presbyteries) gur Ertheilung einer special licence ermächtigt, wodurch alle Einschränkungen mit Bezug auf Ort und Beit aufgehoben werden; vorausges sett immerhin, daß beide Cheschließenden Press bpterianer feien.

Der Registrar-General (von Irland) verfieht bie presbyt rianijde Geiftlichfeit mit Cheregiftern, welche diefelben doppelt zu führen find, und bon welchen das eine Doppel, wenn bis zu Ende beschrieben dem district registrar, behufs Ausbewahrung in seinem Archive, übermittelt werden soll. Auch haben die Geistlichen vierteljährliche Abidriften ber einzelnen Regiftereintragungen bem registrar juguftellen. 3m Biber-hanblungsfalle verwirten bie Geiftlichen fcmere Gelb-

Bas bie Mitwirfung eines bur = gerlichen Beamten bei Shefchließungen anbelangt, fo liegt ber hauptunterschied zwifchen bem englischen und irifchen Rechte barin, baß in Irland die Gegenwart bes registrar nur bezüglich ber Civilehe erforberlich ift. Indeffen find die Beiftlichen ber verschiedenen Religion8= genoffenschaften nur infofern gur Bornahme bon Trauungen berechtigt, als wenigstens einer der Cheichließenden der betreffenden Benoffen= schaft angehort. Die Auswirfung eines - fo-

anband.

Die Bestimmungen ber irischen Statute über bie Mangel ber Cheschließung, beziehungsweise bie Nichtigkeit ber lettern u. f. w., entsprechen benjenigen ber englischen Gesetzgebung.

nahme von Trauungen in bemfelben, regiftrirt

werben. Die Registrirung ber Gebaube fallt in ben Wirkungstreis bes Registrar-General

zu Dublin, welcher mit ber Oberleitung bes Civilftanbswefens für Irland betraut ift.

Die einzige Besetseftimmung, von beren Beobachtung bie Gultigfeit einer in Schott:

land geschlossenen Ghe unbedingt abhängig gemacht wird, ist diesenige des Statuts 19 & 20 Vict. c. 96 (Lord Brougham's Act), wonach wenigstens einer der Eheschließenden seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort zur Zeit des Eheabschlussen der thaltsort zur Zeit des Eheabschlussen der letten 21 Tage vor dem Cheabschlusse in Schottland sich aufgehalten haben muß. 18) Abgesehen hievon gilt kaum eine andere allgemein anwendbare Rechtsnorm zur Prüsung des wirklichen Bestandes einer Che als der Grundsatz des Consensaustausches, vorausgesest nämlich, daß beide Theile die persönliche Fähigkeit zur Cheschließung besaßen. 19)

Das schottische Recht unterschelbet brei verschiedene Arten der Chefchließung, deren eine als «regular» und die beiden andern als «irregular» bezeichnet werden, se nachdem der Consens gewissen — durch Geset oder Gewohns beitsrecht — hergebrachten Borschriften gemäß oder nur formlos abgegeben wird. Hinwiederum sondern sich die «irregular marriages», auf Grund der vortridentinischen kanonischen Rechtsnormen, in Cheschließungen per verba de præsenti und in solche, welche per verba de futuro subsequente copulâ entstehen. 20)

18) Dieses Statut machte dem Unwesen der mittelst blogerlebergereitung der Landesgrenzeerzielten Umgehung des englischen Gesets ein Ende. Bor Erlaß desselben pflegten nämlich die englischen Brautpaare, deren Berehelichung in der Deimat hindernisse in den Weg gelegt wurden, sich in eine schottische Grenzortschaft zu begeben und daselbst, sofort nach ihrer Antunft, die Ebe vor irgend einem als Urfundperson verwendeten zeugnisstätigen Ranne abzuschließen. Weltbekannt ist in dieser Beziehung der Schwied von Gret na-Green, dessen daus das erste war, welches aufschtischem Gebiete an der Haupftraße lag.

19) 3m Falle Leslie und Leslie (Court of Session Reports, 2nd Series, XXII., p. 993) begründet Lord Deas sein Urtheil folgendermaßen: «The leading principle is that consent makes marriage. No form or ceremony, civil or religious, no notice before or publication after, no consummation or cohabitation, no writing, no witnesses even are essential to the constitution of this, the most important contract which two private parties can enter into, whether as affecting their domestic arrangements or the pecuniary interests of themselves and their families. Matrimonial consent may be verbally and effectually interchanged when no third party is present; and if it can be proved, even at the distance of years, by subsequent written acknowledgments or oath of reference, or in any other competent way, that such consent was seriously and deliberately given, the parties will be held to have been married, from that time forward, whether they have cohabited in the interval or not. (Report of the Royal Commission on the Laws of Marriage, p. XVI.)

20) Diegbezüglich sei abermals auf bas in ber vorhergehenden Rote angesührte Urtheil des Lord Deas im Falle Leslie und Leslie verwiesen. Dasselbe lautet

Was die «regular marriages» anbelangt. fo wurde bie früher ben Beiftlichen ber Staats. firthe (Established Church of Scotland) ausschließlich vorbehaltene Befugniß zur Bornahme von Trauungen, burch Statut 10 Anne, c. 7, den Organen der protestantischen Epistopalfirthe (Protestant Episcopalian Communion), und, burch Statut 4 & 5 Wm. IV, c. 28, ben= jenigen aller übrigen Religionsgenoffenschaften (mit Inbegriff ber romifch-tatholischen Rirche)

Anhang.

eingeraumt.

Immerbin bleibt - bezüglich aller Confeffionen - jur Gefetlichkeit ber Chefchließung bie vorgangige Berfunbung (proclamation of banns) in ber jur Established Church gehorenden Afarrfirche bes Bohnories eines feben ber Brautleute erforberlich. Bu biefem Behufe haben bie Betreffenben an ben Bfarramtefchreiber (session clerk of the parish) sich zu wenden und hiebei die durch zwei Einzeseffene (house-holders) ober einen Kirchenalteften (elder of the parish) bestätigte Erklarung abzugeben, daß fie feit feche Bochen ununterbrochen im Bfarrbezirke fich aufgehalten haben, nicht verheirathet und auch nicht in ben verbotenen Graben miteinander verwandt ober verschwägert find. Das Aufgebot, welches nach bem Gefete an brei aufeinanberfolgenben Sonntagen vorgenommen werben follte, pflegt, mittelft Extragebuhr, auf eine einmalige Bornahme befchrantt zu werben. Die Begen wart eines Beiftlich en

irgendwelcher Confession (ober bei Quatern und Juben ihrer eigenen officers) zu jeder beliebigen Beit und an jedem beliebigen Orte genügt um der ohne bestimmte Trauform aus-

nămlich weiter: What is still more remarkable is, that even consent is not essential to marriage. A promise of marriage subsequente copulâ, makes marriage without inquiry, whether the parties meant marriage or not.... It may or may not be, that the law in such cases presumes consent I am speaking, not of presumption, but of fact. And whatever the law for its consistency may presume, there may unquestionably be a marriage by promise subsequente co-pulâ, where, in point of fact, con-sent has never been interchanged, and where the parties do not even know that the law holds them to be married persons. In the case of Reid v. Lang (H L., 14th May 1823), where a marriage was held constituted by promise subsequente copulâ, the Lord Chancellor observed — «In all probability the girl did not know that comula would make a marriage. In the similar copula would make a marriage». In the similar case of Sim v. Miles (20th November 1829), the Lord Justice-Clerk Boyle observed, — «Ignorance of the law cannot affect the question. We disregarded it entirely the other day in the case of Mc Lean v. Elder, where the woman wrote letters, showing that she did not think she was married. (Rep. Marr. Laws Comm., p. XIX).

getauschten Consenserklarung ben Charakter einer Cheschließung in facie ecclesiæ ju geben, beziehungsweise um die in folder Beife abgeichloffene Che zu einem «regular marriage» zu gestalten. Die Buziehung eines Civil= standsbeamten (civil registrar) zum Trauatte ift unter allen Umftanben nur fatul= tativ. Auch ift die Abgabe ber Confenserflarung vor bem registrar (ober einem anbern weltlichen Beamten, wie z. B. bem Friebensrichter) ohne Mitwirtung eines Geiftlichen b. h. bie Civiltrauung - burch fein Gefet vorgefehen und murbe bemnach ebensowenig jur Begrundung eines regular marriage beitragen, ale wenn fie bor einer fonftigen, jur Bornahme von Trauungen nicht befugten, Berfon ftattfinden wurde; wie bieß 3. B. bezüglich des berühmten Schmiebes von Greina- Breen ber Fall zu sein pflegte. (Lgl. N. 18, S. 106.)

Die Richterfüllung ber jum regular mar-riage geforberten Bebingungen - b. h. bie Unterlassung ber vorgeschriebenen Fomlichkeiten: ber Berfundungen u. f. w. - hat übrigens nicht bie Nichtigfeit ber Che jur Folge, fondern im fchlimmften Falle bie Berwirkung von Strafen ab Seite ber Bestheiligten und die Umwandlung eines vermeintlichen regular marriage in einen irregular marriage. Sinwieberum ift bie Anwesenheit ober . Nichtanwesenheit von Beugen von feinem Belang fur bie rechtliche Entftebung ber Che, und es bermochte bas übereinstimmenbe Beugniß einer noch fo bebeutenben Angabl von glaubwurdigen Berfonen, welche von bem Cheversprechen (wenn es, sich um verba de futuro handelt) eigene Renniniß haben, teineswegs ber fpater folgenden geschlechtlichen Bereinigung ben Charatter bes Bolljuges ber Che zu verleihen; wogegen bei verba de præsenti ber Cheabschluß ein völlig geheimer — also jeber britten Berson unbekannt — sein kann (vgl. bie Falle Dalrymple und Macadam.) Bahrend bie Ehe nicht burch eheliche Lebensgemeinschaft fichtbar zu werben braucht, tann umgefehrt aus bem Umftande, bag zwei wie Mann und Beib aufammenlebende Perfonen verfchiebenen Beschlechts allgemein für rechtmäßig verbundene Cheleute gelten — alfo aus bem fogen. «Habit and Repute» — eine Ghe nicht entstehen, wie bie öffentliche Meinung in Schottland es irrthumlich behauptet. Anderseits verlangt aber bie fcottifche Berichtspragis beim Borhandenfein eines Cheversprechens (verba de futuro) nicht einmal bas Bewußtsein ber Parteien, bag fie durch die spater erfolgte geschlechtliche Bereinigung (subsequente copulâ) zu wirklichen Chegatten geworben find, um ben rechtsgiltigen

Bestand ber Che anzunehmen (val. Rote 20, auf Geite 106 f.); nur muß bas Cheveriprechen fchriftlich gegeben ober burch Gibeszuschiebung als vorhanden nachgewiesen sein. Hat jedoch ber Nachweis einer geschlechtlich vollzogenen per verba de futuro abgeschlossenen She bie Nichtigkeit einer nachmals eingegangenen Che jur Folge, fo barf alebann fein Gib jugeschoben werben, sondern es ift nur ber Beweis mittelft Urfunden julaffig; ohne Rudficht auf die Beim-lichkeit bes vorgangigen Cheversprechens und ber mit bemfelben in Berbindung ftebenben copula ober auf bie Feierlichkeit ber nachmals erfolgten andern Chefchließung. Fraglich bleibt immerhin, ob bas bloße Bufammentreffen bes Cheversprechens und ber gefchlechtlichen Bereinigung an und für fich schon bas thatsachliche Borhandenfein ber Che begrunde, ober ob verba de futuro subsequente copulâ nicht vielmehr bie Bebeutung eines nur vorläufigen Bertrages (pre-contract) 21] haben, welcher allerbings fur beibe Theile gegenüber Dritten ein Chebinderniß bilbe, aber erft mittelft eines richterlichen Ertenntniffes gur wirklichen Che werben fonne. Bon ber berrichenben Anficht

21) In England hatte bereits im Jahre 1540 bas Statut 32 Hen VIII, c. 38 ben Sag aufgestellt, daß eine in erlaubtem Grade (vgl. daß in R. 3 auf S. 94 Gelagte) geschlossene, stroblid getraute (contract and solemnised in the face of the church) und fonsumitte (consummate with bodily knowledge, or fruit of children or child) The, trog einer stüheren unsonsummate with bodily knowledge, or fruit of children or child) The, trog einer stüheren unsonsummate with bodily knowledge) rechtmäßig bestehen solle. Acht Jahre später wurde zwar durch sieder hergestellt, sahre später wurde zwar durch Statut 2 & 3 Edw. VI, c. 23 daß frühere Recht wieder hergestellt, schließlich aber durch die Lord darbwide's Alte (26 Geo. II, c. 33) gänzlich außer Rrach gesetzt ein no case whatsoever shall any suit or proceeding de had in any ecclesiastical court, in order to compel a celebration of any marriage in facie Ecclesiae, by reason of any contract of matrimony whatsoever, whether per verba de praesenti or per verba de futuro, which shall be entered into after the twenty sisth day of march, in the year one thousand seven hundred and sisty four; any law or usage to the contrary notwithstandings. — In Stramb wurde das Cherecht bezüglich der pre-contracts zuerst durch Statut 12 Geo. I, c. 3, ss. 6, 7 abgedndert und hernach diese Institut durch 58 Geo. III, c. 81 bollständig beseitigt. — Diesenigen schreitschen Juristen, welche in der Eteschschung per verba de praesenti nur einen pre-contract anertennen, berusen sich aus dem Entscheid das Schottischen Juristen, welche in der Eteschschung per verba de praesenti nur einen pre-contract anertennen, berusen sich aus dem Entscheid das schottischen Juristen dei schaupten, daß das schottischen State (26 Geo. II, c. 33) bestand, sich nicht unterscheide, und somit die Eegenwart eines gehörig ordinirten Beschlichen beim Ekabschschusse zu einem actual marriage unbedingt ersorderlich sei (Rep. Marr. Laws Comm., p. XVIII).

abweichend, welche eine folche Berbindung ohne Weiteres als Che gelten läßt, sprach sich Lord Moncreiff in einem durch den oberften schot= tifchen Berichtshof (Court of Session) gefällten Urtheile babin aus, bağ im Falle einer auf verba de futuro fich flugenben Berbinbung bie Che nur fraft einer gerichtlichen Bestätigung entstehen und biese Bestätigung nur bei Leb-geiten ber beiben Theile (refp. Eltern, wenn ab Seite ber Kinder anbegehrt) erlangt werben fonne («that declarator is essential to the constitution of marriage in that case, and that if no such declarator be brought in the lifetime of both parents the marriage can never be established afterwards»); bagegen bedurfe es im Falle einer burch verba de præsenti abgefchloffenen Che teines proceffualischen Berfahrens, um die Ghe als folche au bestätigen (ait is very marriage, without the necessity of any process»), wofern bie materielle Boraussehung bes ftattgehabten Confensaustaufches - entweder durch Urfunden ober burch Beugen — als wirklich vorhanden nachgewiesen werbe, welche Beweisführung zubem an feine Frift gebunden fei (Rep. Marr. Laws Comm., p. XX).

Bemag Ctatut 17 & 18 Vict. c. 80, ss. 48, 49 sollen die gerichtlich (by conviction before a magistrate or justice of the peace, or by a decree of declarator of a competent court) bestätigten irregular marriages in bie Cheregifter bes Bohnfiges ober Bohnortes ber Barteien eingetragen werben. Die Eintragung eines irregular marriage tann inbeffen auch - laut section 2 bes Statutes 19 & 20 Vict. c. 96 (vgl. oben 3. 106) auf Grund einer vom Sheriff (or Sheriff Substitute) ber Graffchaft, zu welcher ber Chefchließungeort gebort, schriftlich ertheilten Ermachtigung (warrant) erfolgen. Behufe Muswirkung eines folden warrant haben fich beibe Gatten binnen einer Frift von brei Monaten, vom Tage bes Cheabichluffes an gerechnet, gemeinschaftlich an ben biebor bezeichneten Beamten zu wenden und bemfelben fowohl bie Thatfache ber ftattgehabten Chefchließung als ben Umftand nachzuweisen, bag einer von ihnen wahrend ber bem Cheabschluffe unmittelbar vorangegangenen 21 Tage in Schottland fich aufgehalten ober überhaupt vor bem Cheabichluffe feinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in Schottland gehabt habe. Hinwiederum macht section 3 bes foeben angeführten Statutes bie Bulaffigfeit ber gerichtlichen Beftatigung, beziehungsweise ber Eintragung eines irregular marriage von bem Erforderniffe ber vorermahnten Aufenthaltsbauer abhängig.

Das icottifche Registermefen gleicht im Allgemeinen bem englifden und irifden; mobei jedoch ju bemerten ift, daß feine firchlichen Cheregifter, wohl aber Berfundregifter, geführt werben. Der Registrar-General hat feinen Amtsfig in Edinburgh, und jeber Pfarrbezirt bilbet einen Diftrift mit Amtsfig eines Pfarrbezitt bildet einen Diptitit mit umispig eines registrar. Bor Eingehung eines regular marriage haben die Brautleute ein die zur Registereintragung erforderlichen Angaben enthaltendes Shescheinformular ab Seite des district registrar auszuwirfen und dasselbe bei der Trauung sammt dem Berkündschiene dem betreffenden Richenbener vorzulegen. Dieses alsdann als Chefdein ausgefüllte Formular wird, fofort nach Ab-ichluß ber Che, burch bie Chegatten, zwei Beugen und ben Beiftlichen, welcher die Trauung burgenommen bat, (refp bei Quater- und Jubeneben burch ben betreffenben Schriftfuhrer) unterzeichnet. Schlieglich hat ber Che-mann, bei einer Gelbstrafe von 10 Bfo Sterl. im Unterlaffungsfalle, Diesen Cheschein binnen einer Frift Unterlassungsfalle, diesen Cheschein binnen einer Frist von 3 Tagen nach der Trauung an den district registrar zurückgelangen zu lassen. Der registrar trägt diese Ehescheine in doppelt gestihrte Register ein und Abersendet sie hernach durch Bermittelung des Scherissan den Registrar-General. Die Duplitate der Registre werden ebenfalls, nach einer jährlich durch den Scheriss unschen Prüfung derselben, dem Registrar-Genoral bedus Ausbewahrung im Centralarchive ristrar-General behufs Aufbewahrung im Centralarcive übermittelt.

Bas bie Cheschließungen ber europäischen britischen Unterthanen in Indien ober in ben Colonien anbelangt, fo gilt in erster Linie ber Sat, daß die Brautleute nach eng= lischem Rechte (according to the law of England) heirathefabig fein muffen.

Für Indien wurde im Jahre 1851 ein Imperial Statute (14 & 15 Vict. c. 40) erlaffen, mit Bezug auf welches — laut beffen section 25 — bas Wort "Indien" alle zur Zeit unter ber Botmäßigkeit der East India Company, ober unter berfenigen von einge-bornen mit letterer verbundeten Furften, ftebenben Lander umfaffen foll. Diefes Statut bezweckt vornehmlich bie Richtigfeiteerflarung ber Cheschließungen wegen mangelnber Formlichkeiten gu verhindern. Obichon namlich ber oberfte Gerichtshof (Supreme Court) von Bombay im Jahre 1849 eine amifchen Angehörigen ber englischen Staatsfirche zu Surat geschloffene Che, beren Trauung von einem nicht orbinirten fogen. Unabhängigen Miffionar vorgenommen worden war, für gultig erflart hatte, so vermochte biefer für bie indische Gerichtepragis wichtige Entscheid, bemjenigen bes House of Lords vom Jahre 1844 im berühmten Falle "bie Königin gegen Millis" (10 Cl. & Finn, 534) mit Bezug auf bie Gultigfeit einer inbifchen Che in Europa feinesmegs feine Bebeutung zu nehmen. Das englische Oberhaus hat namlich (wie mehrfach erwahnt) entschieben, bag nach gemeinem englischen Rechte (common

law of England), wie basselbe vor ber Lorb Hardwide's Afte (vgl. bie Rote 5 auf S. 95 f.) beftanb, jur Bultigfeit einer Chefchließung bie Gegenwart eines gehörig ordinirten Geift: lichen beim Abichluß ber Ghe unbedingt erforberlich fei. Um bezügliche Barten ju ver-meiben, erffarte nun Statut 14 & 15 Vict. c. 40, alle früher von Berfonen, welche nicht ordinirt waren, getrauten Chen als gultig, insofern die perfonliche Fabigfeit ber Chefchlies Benden vorhanden war, und ermachtigte für bie Bufunft ben Governor General ju Erlaffen über bas Che- und Registerwefen. 3m Uebrigen bestimmt biefes Statut, bag die Chefchließungeform ber in England ju Recht beftebenden nachgebildet werde, beziehungsweife verlangt basselbe bie Ginsegung von registrars, bie schriftliche Eingabe (notice) an biefelben, bie Gegenwart bes registrars bei ber Trauung und auch bie Abgabe ber Erflarung ab Seite ber Chefchließenden, bag ihnen fein gefegliches ihrer Che entgegenft benbes Sinbernif befannt fei und bag fie einander ju Chegatten nehmen, wobei fie bie anwesenben Berfonen als Beugen anrufen muffen. Das Gefet, welches gegenwartig in Rraft ift, batirt vom 23. Februar 1865 und tennt folgenbe Arten ber Ghefcbliekuna :

1. vor jedem Beiftlichen, welcher gehörig orbinirt ift; vorausgesett, daß bie Trauung nach bem Ritus ber Rirche, welcher

ber Beistliche angehört, stattfinde; 2. vor jedem Beistlichen der Kirche von Schottland; vorausgesest, daß die Trauform ben Bebrauchen ber ichottifchen Rirche entfpreche;

3. vor bem registrar, gemäß Statut 14 &

15 Vict. c. 40; 4. vor jebem Beifilichen, welcher gur Bornahme von Trauungen nach gewiffen Beftimmungen bes Befetes ermachtigt worben

Das wichtigste Imperial Statute, welches auf bie Cheschließung von europaischen britischen Unterthanen in ben Colonien fich bezieht, ift basjenige vom 29. Juni 1865 (28 & 29 Vict. c. 64). Dieses Statut ertheilt namlich allen burch die verschiedenen gesetzgebenden Rorper sammtlicher außereuropalicher britischer Befitzungen erlaffenen Chegefegen volle Rraft und Birffamtelt bezüglich bes gefammten britischen Reiches; vorausgesett, daß die Cheschließenden nach englischem Rechte bie personliche Fähigkeit jur Cheschließung befagen. In einzelnen auftralischen Colonien ift indeffen bie Che mit ber Schwester ber verftorbenen Battin erlaubt; wie benn auch bie Bestimmungen bes als Lord . * .

Die von britifchen Unterthanen im Muslande gemaß bem Befes bes Chefcließung 8= ortes abgeschlossenen Chen anerkennt bas englische Recht als gultig; wofern die Anwenbung ber lex loci contractus bie Berbotsbestimmungen ber heimatlichen Befeggebung nicht burchbricht (vgl. inbeffen bas auf G. 26 Befagte). Reben biefem Grundfage wird auch bas fogenannte Exterritoria litats: princip zur Beltung gebracht, und bemgemäß werben bie in ben Rapellen ober auch nur in fonftigen Bemachern ber britifchen Befandtichaften vorgenommenen Trauungen als auf britifchem Staatsgebiete vorgenommen betrachtet. Einer abnlichen Ausbehnung bes Begriffes bes Beimatlandes ift es jugufchreiben, baß auch folche Ghen als auf britischem Staatsgebiete abgeschloffen gelten, welche bei einer britifchen Armee im Felbe ober an Borb eines britischen Kriegsschiffes abgeschlossen werben. Bur Gultigkeit ber auf
einer Gesanbtschaft stattsindenden Cheschließungen genügt — nach 4 Geo. IV, c. 91 — die
bloße Mit wirkung eines Geistlichen ber Staatstirde (Church of England) beim Cheabschluffe; wogegen von allen ander-weitigen formellen Erforderniffen, wie Ber-tundung, vorgangiger Aufenthalt u. f. w., abgefeben wirb. Dasfelbe Statut lagt bezüglich ber bei einer britischen Armee im Felbe erfolgenden Chefchließungen irgend einen Raplan ober Offigier ober sonstigen bem betreffenben Truppentorper einverleibten Beamten (any chaplain or officer, or any person officiating under the orders of the commanding officer of a British army serving abroad) als Urfundperson gelten. Ferner erklart section 20 bes gewöhnlich als Consular marriage Act citirten Statutes 12 & 13 Vict. c. 68, alle bor bem Datum feiner Entstehung (28. Juli 1849) an Borb eines britischen Rriegsichiffes unter Mitwirfung eines ordinirten Beifilichen nach ben Gebrauchen ber Staats. firthe (of the Church of England, or of Ireland, or of the United Church of England and Ireland, or of the Church of Scotland) ober nach irgend welchen religiofen Bebrauchen ober per verba de praesenti in

Segenwart bes jenes Kriegsschiff kommanbirenben Ofsiziers (the officer commanding such vessel) abgeschlossenen Ehen der Form nach als gültig, und behnt zugleich diese Bestimmungen auf die in Gegenwart eines britischen Gesandten oder Konsularbeamten (Ambassador, Minister, Chargé d'affaires, Consul-General, Consul or Vice-Consul) vor dem gleichen Datum statigehabten Cheschließungen aus. Bas die allsälige Schließung einer Che an Bord eines Hand die schließung einer Che an Bord eines Hand die Gesetzesbestimmung, welche deren Gültigkeit ausspricht, wohl aber enthält der amerchant Shipping Act, 1854» in seiner section 282 die Borschift, daß der Meister des Schiffes jede an Bord statisindende Chesschließung in das Logbuch eintragen solle.

Besondere Statute, mit rudwirkender Rraft, wurden zur Gültigkeitserklärung der an gewissen ausländischen Orten (awischen britischen Unterthanen oder britischen Unterthanen und Ausländern) geschlossene Ehen folgende erlassen: 4 Geo. IV, c. 67, in Betress der zu St. Beters burg in der Rapelle der Russia Company und in Privatwohnungen stattgehabten Cheschließungen; 5 Geo IV, c. 68, betressend die in Reufund land geschlossenen schen; 3 & 4 W. IV, c. 45, in Betress der zu ham durg seit Bhischassen der dortigen britischen Faktorei stattgehabten Cheschließungen ber dortigen britischen Faktorei stattgehabten Cheschließungen; 17 & 18 Vict. c. 88, in Betress der in Mexisto geschlossenen Ehen; 21 & 22 Vict. c. 46, betressend die in der Rapelle der Russia Company zu Moskau vorgenommenen Trauungen, sowie gewisse zu Ring do und Tahit stattgehabte Cheschließungen; 22 & 23 Vict. c. 64, bezüglich der Trauungen in der britischen Rapelle zu Lissaben, 30 & 31 Vict. c. 2, betressend gewisse zu Ode este stattgehabte Cheschließungen; 30 & 31 Vict. c. 93, betressend den Raplan der Saint John Del Roy Mining Company zu Morro Belho in Brasilien vorgenommenen Trauungen; 31 & 32 Vict. c. 61, bezüglich gewisser in China und anderswo abgeschlossen Ehen.

Gine vierte Rlaffe ber Chefdliegungsarten, welche britischen Unterthanen im Auslande gu Gebote fiehen, wurde burch bie turzweg als aConsular Marriage Acts, 1849, refp. 1868» bezeichneten Statute 12 & 13 Vict. c. 68 und 31 & 32 Vict. c. 61 geregelt. Diesen Statuten gemäß tann jeber britische Ronfularsbeamte (Consul-General, Consul, Vice-Consul or Consular Agent), welcher bie erforbers liche, von einem ber Staatsfefretare hiefur befonders ausgestellte, Ermachtigung besitt (specially authorized in writing under the hand of one of Her Majesty's principal Secretaries of State), Cheanmelbungen (notices) ab Seite von Berfonen entgegennehmen, welche feit wenigstens einem Monate innerhalb feines Amtsbereichs wohnhaft find, und nach Ablauf von sieben Tagen, wenn mit einer licence, fonst aber von einundzwanzig Tagen, ben Abfcluß ber Che geftatten, beziehungsweise bie

Trauung nach irgend welchem religiofen Ritus in seiner Begenwart vor fich geben laffen ober, auf Berlangen der Brautleute, felbft als Traubeamter funttioniren; unter ber Borausfegung jedoch, daß ber Trauatt auf bem betreffenden Ronfulate, bei offener Thure, in den Bormittagestunden amifchen 8 und 12 Uhr, in Begenwart bon zwei ober mehr Beugen ftattfinde, und bag, wofern die Trauung nicht nach ben Bebrauchen ber englischen Stuatsfirche borge. nommen wird, als Bestandtheil ber Ceremonie bie doppelte Erklarung von beiden Brautleuten abgegeben werbe, daß ihnen fein gesetliches ihrer Che entgegenftebenbes Sinderniß befannt fei und daß fie einander ju Chegatten nehmen, wobei fie die Unmefenden als Beugen angurufen baben.

The Be ur tund ung der auf britischen Consulaten geschlossenen Shen ift nach Maßgabe des Statutes 6 & 7 Wm. 1V, c. 86 geregelt, und jährlich erfolgt die Uebermittelung von Abschriften sämmtlicher Registereintragungen an den Registrar-General von England (through one of Her Majesty's Principal Secretaries

Sammtliche vorftebenben Bestimmungen über bie Chefchließung im Auslande follen, laut ben Statuten, welchen fie entnommen finb, auch bann Anwendung finden, wenn nicht beibe Berlobten, sondern nur einer derselben britischer Unterthan ift; indeffen wird biefe britifche Auffaffung bes Exterritorialitatsprincipes von ben meiften namentlich ben europäischen - Staaten nicht getheilt, und es hat dieselbe bereits zu Conflittsfallen Unlaß gegeben.

Schließlich wird bezüglich der Putative he bemerft, daß auch hierin das britische Recht vom kanonischen wesentlich abweicht, indem es bieselbe als legalen Begriff nicht kennt und einer Ghe, welche nach kanonischem Rechte als putativ bezeichnet wirb, teinerlei Wirfungen, weber zu Bunften bes in gutem Glauben fich befindenden Gatten noch der Rinder, beilegt.

Riteratur: Hammick, James T. The Marriage Law of England. London, Shaw & Sons, Fetter Lane; 1878. — Ernst, W. A Treatise of Marriage and Divorce. London, Stevens and Haynes, Bell Yard; 1879.

Italien.

Codice civile: (Art. 94.) In Gegens wart von zwei 1) Beugen nimmt ber Ci-

vilftandsbeamte von jedem der Cheschließenden einzeln (personalmente) und nach einander die Erflarung 2) entgegen, daß fle fich gegenseitig zu Chegatten nehmen wollen, worauf er im Namen des Gesetzes ausspricht, daß sie nunmehr rechtmäßig verbundene Che-leute sind. — (Art. 104.) Auf Richtigkeit der Ehe, welche entgegen den Bestimmungen Ger Urt. 55 (Ehem undigfeit) und 56 (Chehinderniß bes bestehen ben Ehebanbes) abgeschloffen worden ift, tann von ben Chegatten felbft, von ben nachften Afcenbenten, von ber Staatsanwaltschaft, sowie überhaupt von allen benfenigen Berfonen, welche ein rechtlich begrundetes und icon bestehendes Interesse babei haben, geflugt merden. Bon benfelben Berfonen fann die Che angefochten werden, wenn die Trauung nicht vor bem guftan= bigen's) Beamten ober nicht in Begenwart ber erforderlichen Zeugen (Art. 94 u. 97) ftattfand. Das Rlagerecht wegen Intompetenz bes Civilftandsbeamten erlifcht indeffen binnen Jahresfrift, vom Cheabichluffe an gerechnet. (Art. 105.) Die Che fann von bemjenigen Gattentheile, beffen Ginwilligung nicht frei gewesen ift, angefochten werden. hat ein Brrthum in ber Berfon fattgefunden, fo kann von bemienigen Gattentheile, welcher in Irrthum geführt wurde, auf Richtigkeit ber Che geklagt werden. — (Art. 106.) Bezüglich ber im vorhergehenden Artikel ermahnten Grunde ift Die Nichtigkeitsklage jeboch nicht mehr annehmbar, wenn feit bem Beitspunkt, in welchem ber betreffende Chegatte seine völlige Freiheit erlangt oder ben Irrsthum erkannt hat, ein einen Monat hindurch fortgesettes Beisammenwohnen stattfand. (Art. 110.) Gine Che, bie von Berfonen eingegangen wurde, von welchen auch nur eine bas festgestellte Alter noch nicht erreicht hatte, fann nicht mehr angefochten werben: 1) wenn feit bem Beitpunkt, in welchem bas erforberliche Alter erreicht worden ist, sechs Monate ver-strichen sind; 2) wenn die Frau, obwohl sie dieses Alter noch nicht erreicht hat, schwanger

bornimmt, ift bie Begenmart bon bier Zeugen erfor-berlich (Ert. 97 b. ital. Civilgefetb.).

2) Diefe Erfldrung barf weder unter bem Borbehalte einer Frift, noch unter einer Bebingung gegeben werben (Art. 95 b. ital. Civilgefetb.).

werden (Art. 95 b. ital. Civilgeseth.).

3) Zuständig ist der Standesbeamte der Gemeinde, in welcher einer der Berlobten seinen Wohnsit (domicilio) oder gewöhnlichen Aufenthaltsort (residenza) hat (Art. 93 d. ital. Civilgeseth.).

Die Berrichtungen der Standesbeamten werden bezäglich der im Felde befindlichen Militärs, sowie der übrigen dem Geere folgenden Persionen gemäß besonderer Reglemente besorgt (Art. 398 d. ital. Civilgeseth).

^{1) 3}m Ertrantungs- ober fonft gerechtfertigten Berhinderungsfalle eines Berlobten, in welchem ber Civil-ftanbsbeamte die Trauung in einer Privatwohnung

geworben ift. - (Art. 111.) Gine Che, bie zwischen Brautleuten abgeschloffen murbe, welche beide oder von benen der eine Theil das vorgefchriebene Alter noch nicht erreicht baiten, tann weber von ben Afcenbenten, noch von bem Familien= ober Bormunbichafterathe, welche in die Ehe eingewilligt haben, angesochten werden. — (Art. 112: Beistes frant-heit, siehe auf S. 30 bie Rote zu Art 61.) — (Art. 113.) Ein Gattentheil kann zu jeder Beit auf Richtigfeit einer von bem anbern Sattentheile eingegangenen Ehe flagen: wird die Richtigkeit der frühern Che vorgeschützt, so muß vorab über einen solchen Biberfpruch erkannt werben. Die von bem Batten eines Abmefenben eingegangene Che tann, fo lange bie Abmefenbeit bauert, nicht angefochten werben. — (Art. 114.) 216 Seite ber Staatsanwaltschaft fann nur bei lebzeiten beiber Chegatten auf Richtigfeitserflarung ber Ghe angetragen werben. — (Art. 116.) Die für nichtig erflarte Che, falls fie in gutem Blauben eingegangen murbe, be= grundet bie burgerlichen golgen [einer giltigen Che], sowohl hinsichtlich ber Ghegatten als ber Rinber und zwar auch ber vorehelich geborenen, wofern lettere vor Nichtig= ertlarung ber Ghe gefehlich anerkannt worden find. Befand fich nur einer ber Chegatten in gutem Blauben, fo hat die Che nur für biefen und für die Rinder die burgerlichen Folgen [einer giltigen Ghe].

Ranonisches Recht.

T

Bon bem hinzutreten kirchlicher handlungen, sowie überhaupt von ber Form bes Con = jensaustausches ist ba, wo bie tribenstinische Eheschließungsform nicht zu Recht besteht, die Gultigkeit der Cheschließung keineswegs abhängig. Das vortridentinische in Eheschließungsrecht läßt nämlich das Berhältnis der Che aus einem bloßen Chevers

fprechen ober Berlobnig (sponsalia) ent= fteben, ohne bag bie Bultigfeit ber Sponfalien an die Beobachtung einer bestimmten Form gesbunden ware. Indessen unterscheidet man zweierlei Arten von sponsalia. Als sponsalia de futuro wird bie vorlaufige Billenseinigung zwischen Mann und Beib, fich in ber Bufunft burch bie Che unauf: lovlich ju verbinden, bezeichnet. Sponsalia de praesenti bagegen wird ber gegenseitige Austaufch ber Confensertlarung genannt, wenn biefe Ertlarung babin geht, bag bas Chebanb (vinculum matrimonii) nicht erft von einem gutunftigen Beitpuntte an gewollt wird, fondern von dem gegenwärtigen Augen-blide an bestehen foll (c. 31 X. de sponsalib. et matrim. 4,1: si inter virum et mulierem legitimus consensus interveniat de praesenti, ita quod unus alterum mutuo consensu verbis consuetis expresso recipiat, utroque dicente: «ego te in meam accipio, et ego te accipio in meum», vel alia verba consensum exprimentia de praesenti, sive sit juramentum interpositum, sive non, non licet alteri ad alia vota transire: quod si fecerit, secundum matrimonium de facto contractum - etiamsi sit carnalis copula subsecuta - separari debet, et primum in sua firmitate manere. Verum si inter ipsos accessit tantummodo promissio de futuro, utroque dicente alteri: «ego te recipiam in meam, et ego te in meum», sive verba similia; si alius mulierem illam per verba de praesenti desponsaverit, etiamsi inter ipsam et primum juramentum intervenerit, sicut diximus, de futuro, hujusmodi desponsationis intuitu secundum matrimonium non potuit separari). Immerhin können sponsalia de praesenti mit bem Entschluffe verbunden fein, die eheliche Lebensgemeinschaft noch auf eine bestimmte ober unbestimmte Butunft ju verschieben ober auch auf tiefelbe ganglich ju verzichten, fo bag bie Che eine fortmahrend geheime, nicht burch Busammenwohnen (cohabitatio) fichtbar werbende bleiben tann. Während aber burch sponsalia de futuro bie Freiheit willfürlicher Cofung bes Rechtsbanbes, wenigstens burch beiberseitige Uebereinkunft (mutuo contrabentium consensu vel dissensu) vorbehalten bleibt, tann bas Band ber sponsalia de praesenti nur burch Ablegung eines felerlichen Reuschheitsgelubbes (c. 7 X de conv. conjug. 3,32) ober burch papftliche Dispensation aufgelost werden; wobei ju bemerten ift, bag lettere Art ber Lofung bes Chebandes nicht auf bem jus scriptum, wohl aber auf langft

¹⁾ In kirchlicher Beziehungsgilt dieses vortridentinis de Cheschließungsrecht heute noch in allen Ländern und Pfarreien, in welchen das Trienter Dekret über die Eheschließungssorm nicht seit wenigstens 30 Tagen publizirt ist; wobei indessen allgemein angenommen wird, daß der tridentinische Beschulß bezüglich der rein katholischen (nicht aber der gemischen) Shen auch durch Usus oder Observanz rechtsverbindlich geworden sein kann. In einltrechtlicher Beziehung hat das vortridentinische Eheschließungsrecht außerdem in einzelnen Rechtsgebieten, in welchen dem kanonischen Eherecht bürgerliche Wirtung beigelegt ist, tros der daselbst ersolgten Publikation der Lex Trickentina ausschließliche Geltung bewahrt.

feftftebendem Gewohnheitsrecht ber fatholifchen Rirche beruht. Die Lofung bes Chebanbes ift jeboch unter allen Umftanben - an Orten, wo das tridentinifche Chereformgefet feine Beltung hat — sowohl bezüglich ber sponsalia de futuro als ber sponsalia de praesenti nur so lange möglich als der Bollzug (consummatio) ber Ehe burch bie geschlechtliche Bereinigung (copula carnalis) nicht ftattgefunden hat (c. 30 X. de sponsalib. et matr. 4,1: is qui fidem dedit M. mulieri super matrimonio contrahendo, carnali co-pulà subsecutà, etsi in facie ecclesiae ducat aliam et cognoscat, ad primam redire tenetur). Durch den blosen nisus ad copulam geht inbeffen fein Berlobniß= verhaltniß in eine rechtsbestandige Che über (c. 32 X. de spons. et matrim. 4,1).

Wo ber Beschluß bes Conciliums von Trient beobachtet - b. h. die Ertlarung des Chetonfenfes wenigstens vor bem guftanbigen Pfarrer2) un bzwei ober brei Beugen ab=

2) Bufidnbig ift ber Pfarrer bes Domigils rejp. Quafibomigils ber Brautleute (parochus proprius contrahentium) ober eines berfelben, falls nicht beibe Berlobten bas gleiche Domigil haben. In letterem Falle bestimmt die in der Dibcefe berrichende Objetvang, welchem Pfarrer ber Borrang gebort; fur bie Gultigfeit ber Che bleibt es immerhin ohne Bedeutung, ob fie bor dem parochus proprius bes Brautigams oder bor dem der Braut abgeschloffen wird, ja felbft ein ausdrudlicher Protest feitens des andern mittompetenten Pfarrers ware völlig wirtungslos. Wenn einer ber Brautleute zwei eigentliche Domizile ober neben bem eigentlichen Domizil noch ein Quasi-bomizil hat, so tann ber Cheabichluß unterschiedslos vor dem Pfarrer eines der beiden Domizile oder vor bemjenigen des Quafidomigils ftattfinden. Das eigen tliche Domigil (domicilium verum) ift an einem Orte, wo die betreffende Berfon mit ber Abficht, bafelbft ihren bleibenden Wohnstg zu haben, sich niedergelassen hat. Unter dem uneigentlichen oder dem Ou a jedomigile versteht man den Ort, an welchem eine Person seit wenigstens einem Wonate ihren Aufenthalt genommen hat, in der bestimmten Absich, daselbst zwar Innauen Deit eine ein kalbes Inde hirdurch zu mohren genommen gar, in der desimmen nosign, oaselde zwar längere Zeit, etwa ein halbes Jahr hindurch zu wohnen, nach Ablauf dieser Frist aber diesen Ort. zu verlassen.

— Der Bisch sof (ordinarius) gilt als parochus proprius totius diwcessos. Rach einer ausdrücklichen Bestimmung des Tridentinums (Soss. XXIV, C. 1 des von nach konnt den mit kennt der mit den met ben mit kennt der mit den met ben mit kennt der mit den met den mit kennt den mit den rol. matr.) tann bie Ebe auch bor einem vom Bijchof ober vom juftanbigen Pfarrer belegirten Briefter abgefolossen werden (calio sacordote de ipsius parochi seu ordinarii licentia»). Diese Delegation rochi sou ordinarii licontias). Diese De legation erfolgt ab Seite des observanzmäßig zuständigen Pfarrers durch einen sog. Entlassichein (dimissoriale). — Bei Solbaten ift der Psarrer, in dessen Pfarret die Garnison sich befindet, der parochus proprius. Rur ausnahmsweise für die Dauer einer Mobilmachung resp. im Kriege tonnen die Militärgeistlichen (Feldstapläne) den Ehen der Soldaten valide assistien. — Als Baaabund. im rechtlichen Sinne des Mortes. Als Bagabund, im rechtlichen Sinne bes Wortes, gilt Jeber, ber weber ein domicilium verum, noch ein quasi-domicilium hat, ohne daß hiebei ber gesel-

gegeben - werben muß, ift bie Bestimmung bes Defretalenrechts, baß bie ganz formlos und heimlich burch sponsalia (verba) de praesenti eingegangene Che rechtsbeffanbig fet, aufgehoben; wie benn auch, in ben betreffenben ganbern und Pfarreien, ein bloges Berlobnif (sponsalia de futuro) nicht mehr burch ben Beischlaf fich von felbst in eine Che vermanbeln fann.

Im Uebrigen halt bie Cherechtslehre ber tatholischen Rirche entschieden baran feft, bag die von der Lex Tridentina vorgeschriebene Erklarung vor Pfarrer und Beugen, abgefeben von ber form, sich nicht von ben sponsalia de praesenti bes Defretalenrechts unterfcheibe, und demzufolge halt auch eine konftante Pragis ber firchlichen Berichte bie Begriffe "Schließung" der Che (burch consensus de praesenti) und "Bollzug" berfelben (durch copula carnalis) — ohne Rucksicht auf die Cheschließungs» form - auseinander. Dieg ermöglicht nun die bedingte Cheschließung. solcher Rechtsanschauung fann nämlich die Unauflosbarteit ber Che fo lange aufgehoben, sufpenbirt ober in ber Schwebe bleiben, als bie ber Confenserflarung beigefügte Bedingung nicht in Erfüllung gegangen ift; vorausgefest, bag bie Consummation ber Ghe burch copula carnalis bis ju erfullter Bedingung aufge= ichoben werbe. Eritt bie Bedingung ein, fo ift bie Che ipso jure rechtsbestandig; fallt aber bie Bedingung aus, fo ift bie Che ipso facto null und nichtig, und es bedarf fomit einer ausbrudlichen Erneuerung bes Ronfenfes, wenn die Che gleichwohl bestehen foll. Fest steht es immerbin, bag ber freiwillige

schaftlichen Stellung bes Betreffenden irgendwelche Bebeutung jutommt. Für folde bomizillose Individuen ift der Pfarrer, in besten Bezirk sie fic eben aufhalten, der zuständige. In Betreff ber Chen der Bagabunden verordnet bas Tribentinum (Soss. XXIV, c. 7 de rol. matr.), baß bie Trauung folder Rupturienten erft bann matr.), das die Arauung solder Aupurtenten erst dann vorzunehmen sei, wenn der Didcesanbischof hiezu die Erlaubniß gegeben hat; indessen ift die Richtbeachtung dieser Borschrift ohne Einfluß auf die Gilltigkeit der geschlossennen She. Auch erleidet der oben aufgestellte Grundsat, wonach die Cheschließenden zwischen den verschiedenen zuständigen Pfarrern die Wahl haben, keine Modifikation für den Fall, wo nur der eine Theil als Bagadund gilt, während der andere ein Domizil hat Bagadund gilt, wahrend der andere ein Domizit hat:

— b. h. es kann eine solche Ehe vor jedem Pfarrer
giltig eingegangen werden, in dessen Pfarrei die betressenden Personen sich eben aushalten, und wenn an
einem solchen Orte die tridentinische Cheschließungssorm
nicht zu Recht besteht, so kann die Che auch durch formlosen Consensaustausch (also ohne Pfarrer und
Zeugen) gültig abgeschlossen werden (vgl. die Rote auf
S. 34, unmittelbar vor Abschn. 1).

Die Abschließung einer bebingten Ghe ist immerhin ba, wo die tridentinische Borschrift hinsichtlich der Gheschließungsform in Wirksamfeit getreten ist, von der vorgängigen Erslaubniß des Bisch of & (Ordinarius) abhängig, und es muß die Bedingung, um als wirklich "de ig e fügt" zu gelten, dem Pfarrer und den Zeugen bei oder unm it telbar vor der Consensenteilärung einer Alage auf Richtigkeitserklärung einer Che wegen Richteintritis der beigefügten Bedingung steht nur dem unschuldigen Theile, d. h. demjenigen Batten zu, welcher weder das Borhandensein des Ausbedungenen sälschlich vorgegeben oder dessen Richtvorhandensein absichtlich verschwiegen, noch auch die Erfüllung der Bedingung durch

sein Berschulden verhindert hat, und es erlischt biefes Rlagerecht burch ausbrudliche ober ftills schweigende (vgl. oben) Berzichtleistung auf bie Bedingung (§ 117 ber auf S. 119 citirten ofterr. Anweif.). - Fragliches Chebinbernig ber man= gelnden beigefügten Bedingung (impedimentum deficientis conditionis appositae) ift aller= binge burch fammtliche Civilgefet= gebungen, wenn nicht immer ausbrudlich b) fo boch menigstens stillschweigend aufge = boben. Dadurch aber, daß es im firchlichen Forum als privates trennendes Chebinbernig behandelt und bemnach fur Ratholiten bie Gingebung eines neuen matrimonium ratum bei Lebzeiten bes anbern Chetheiles zuläffig wird, tann unter Umftanben bie auf Grund jenes Sinderniffes erfolgte Auflofung einer Che in civilrechtlicher Beziehung gleich= wohl von Belang fein; bann namlich, wenn im betreffenben Falle auch nach bem burgerlichen Rechte bas Band ber Ghe aufgelost ift (refp. nicht befteht) und die Befeggeb= ung bes Beimatftaates ber Brautleute bie Giltigfeit einer Che von beren Gingebung gemäß ben Satungen ber Rirche abhangig macht.

II.

Das wesentlichste Erforberniß für die Giltigeseit einer in gehöriger Form erfolgenden Chesschließung ist die Einwilligung (consensus)'] der Eheschließenden. Jede Art der Erstlärung, durch welche der Mitsontrahent eine sichere Renntniß von dieser Einwilligung erlangen kann, ist genügend, um das Borhansbensein derselben anzunehmen, also z. B. bei Taubstummen die Geberdensprache (c. 25 X. de spons. et matrim. 4,1: surdi et muti possunt contrahere matrimonium per con-

⁸⁾ Bgl. auf S. 120 f. den § 59 des öfterr. a. b. G. B. und auf S. 111 (in der Rote 2) die Bestimmung des Art. 95 des ital. Civilgesethuches.

⁴⁾ Eine blos einseitige Mentalreservation (nicht etwa eine gegenseitig verabredete "Simulation") bei der Einwilligungserklärung benimmt — nach katholischer Eherechtslehre — keineswegs der Eheschließung ihre Bollgaltigkeit als Rechtsgeschäft, kann aber dennoch rückschlich des Gewissens wirksam sein, resp. den consensus beeinträchtigen (judicatur pro matrimonio in foro judiciali: secùs in poenitentiali; vgl. c. 26 X. de spons. et matr. 4, 1 — d. h. den berühmten Fall, in welchem Innocen, Ill. die Wöglichteit des angebligerbrachten Beweises des dissensus wenigstens zu bezweiseln schemeises des dissensus wenigstens zu bezweiseln scheme in propria persona, et sud nomine alieno, quo tunc se vocari sinxit, et inter eos sit carnalis copula subsecuta; videtur sorte pro conjugio praesumendum, nisi tu nobis expresse scripsisses, quod ille nec proposuit, nec consensit illam ducere in uxorem; quod qualiter tibi constiterit, non videmus»).

sensum mutuum sine verbis). Für die Consenserflarung ift übrigens burchweg Stell: vertretung zulassig - nach c. 9 de procur. in VI'0 (1, 19). Ausgeschlossen ift aber die Einwilligung bei gegenwartiger vollständiger Billen sunfähigfeit (amentia). Daher tonnen eine Che nicht schließen: Dahnfinnige ober Rafende, sofern fle es im Augenblide ber Cheschließung find (c. 26 C. XXXII qu. 7: neque furiosus, neque furiosa matrimonium contrahere possunt - c. 24 X. de spons. et matrim. 4,1: propter alienationem furoris legitimus non potuerit intervenire consensus)6]; in hobem Grabe Betruntene (c. 7 § 1, C. XV qu. 1: nesciunt quid loquantur, qui nimio vino indulgent: jacent sepulti); und ehe-unmundige Kinder (c. 12 X. de despons. impub. 4, 2: duo pueri G. & G. matrimonialiter sunt conjuncti, puero VI. puella verò VII. annum agente, qui simul per tres annos manserunt — breviter respondemus, quod impediente puerili a et a t e matrimonium inter G. et G. non fuit). Auch wirb ausbrudlich eine "freie Ginwilligung" (liber consensus) verlangt, so z. B. in c. 5 X. de condit. appos. (4, 5) und Conc. Trid. S. XXIV, c. 1 de reform. matr. Ausgeschloffen ift nun bie Boraussepung einer solchen Einwilligung, wenn sie durch 3 mang (vis, Anwendung körperlicher Gewalt) ober Furcht (metus, in Folge von Drohungen) beeinstußt wird (c. 14 X. de spons. et matr. 4, 1: cum locum non habeat consensus, ubi metus vel coactio intervenit — matrimonium autem solo consensu contrahitur). Sobann wird bas Befen ber Che noch burch einen anbern, ebenfalls - wie bas fogen. impedimentum vis ac metus — als privates trennendes Chehinderniß aufgefaßten, Mangel ber Einwilligung gefährbet; namlich burch ben Irrthum in ber Berien (error in persona), mit welchem man ben jest nicht mehr praftischen error conditionis scil. liberae (b. h. über ben Freiheitsftanb ber anbern Berfon) in Berbindung ju bringen pflegte. In Betracht fällt immerhin nur ber fogen. error qualitatis in personam redundans, ein Irrthum über folche Eigenschaften, welche ale bie Individua-

litat ber Person feststellend und fie von allen andern unterscheibend gebacht find, so baß beim Richtvorhandensein berselben die Berson sich geradezu als eine andere barftellt. Jeben Irthum aber, welcher bloß auf einzelne -- nicht bie einzige Bezeichnung ber Berfon bilbenbe -Eigenschaften fich bezieht, erklart bas fanonische Recht als einen unwesentlichen Irrthum (error accidentalis), und zwar felbst bann, wenn voraussichtlich bie. Befanntschaft mit fraglichen Eigenschaften refp. Mangeln ben anbern Theil von ber Cheschließung abgehalten haben murbe; wie bieß 3. B. hinsichtlich einer ekelhaften ober ansteckenden Krankheit's), eines unheilbaren gei-ftigen Gebrechens, fruher begangener grober Berbrechen, des Nichtvorhandenfeins ber Birginitat bei einer ledigen Braut, ber vorgangigen Schwangerung burch einen Dritten u. bal. ber Kall fein burfte. Allerbinge lagt fich einiger= maßen ber Unbefanntschaft mit berartigen Mangeln mittelft bes oben ermahnten sogen, impedimentum deficientis conditionis appositae vorbeugen. - Sowohl bezüglich des impedimentum vis ac metus als bes impedimentum erroris fleht das Rlagerecht nur bem verletten Theile ju. Diefes Recht erlischt fur ben gezwungenen, wie fur ben getaufchten Gatten, fobalo berfelbe, nach Aufhören ber Furcht, beziehungsweife nachdem er feines Irrthums innegeworden ift, bie ebeliche Pflicht willentlich und wiffentlich leiftet, ober - wenn auch biefer Umfland nicht erwiesen ware '- bas eheliche Bufammenleben freiwillig (cum affectu maritali) fortsett. In Betreff ber Dauer bes friedlichen Busammenlebens ift bie Entschelbung in bas Ermeffen bes Richters gestellt; indeffen verlangt hiefur bie (auf S. 119 angeführte) öfterreichische Anweisung auf Grund der Gloffe zu c. 21 X. de sponsal. (4, 1) feche Monate. Den Betrug laffen bie Ranonisten allgemein nicht als felbftanbiges Chebinberniß gelten.

Mit bem gurudgelegten flebenten Lebensfahre foll bie geistige Reife für sponsalia de futuro vorhanden fein (c. 4 X. de despons. impub. 4, 2: si postquam puella septimum annum complevit — cum sponsalia extunc placere consueverint); bie Ehemundigteit tritt jeboch erft mit bem vol=

b) Die Ginwilligungsertlarung von Beiftestranten be Einwilligungsertlärung von Gei fieß franten ift nämlich dann rechtsbeständig, wenn sie in einem lichten Zwischenzaume abgegeben wird. Rur solche efuriosis, welche im Zeitpunkte des Speadschusses derstandlos sind, können keine gültige Spe eingehen. Das kanonische Recht knüpft indessen keineswegs die Annahme der Berstandesadwesenheit an irgend eine vorgängige gerichtliche Bersügung (wie 3. B. Bormundschaftsverhängung, Interdiktion u. s. w.).

^{6,} c. 3 X. de conjugio leprosorum (4, 8): epost sponsalia de futuro inter legitimas personas contracta, antequam a viro mulier traducatur, alter eorum leprae morbum incurrat, alius ad consummandam copulam maritalem....cogi non debet, cum nondum inter eos matrimonium fuerit consummatum».

lendeten vierzehnten, resp. zwölften Lebensfahre ein, por welchem Alter ber Mangel ber @ eschlechtsreife (pubertas) und mithin ber torperlichen Fahigteit für bie Che (sponsalia de praesenti) wenigstens vermuthet werben foll. Diefe bis jum Beweife bes Gegentheils geltenbe Rechtsvermuthung wird aber burch bas thatsachliche Borhandensein ber körperlichen Reife entfraftet (c. 3 X. de despons. impub. 4, 2: certum est, eum puberem esse, qui ex habitu corporis pubertatem ostendit, et generare jam potest; et puerperae sunt, quæ in annis puerilibus pariunt - vergleiche auch c. 8 X. eod.). Bur erlaubten Cheschließ. ung ift indeffen im Falle ber Frühreife ber nur aus bringenben Grunben erfolgenbe Ausspruch (sententia declaratoria) des Payftes ober Bifchofs erforberlich. Sponsalia de praesenti, welche im nichttribentinifchen Rechtsgebiete von mehr als fleben-, aber noch nicht vierzehn- refp. zwölffahrigen Berfonen ober von ihren Eltern mit ihrer Bustimmung für fle abgeschloffen werben, haben jebenfalls bis jum Gintritt ber Pubertat bie volle Rraft und Bebeutung eines giltigen Berlobniffes (sponsalia de futuro), von welchem fogar tein Theil gurudtreten fann, bis beibe bas Dunbigfeits= alter erreicht haben (c. un. § 1 in VIo de despons. impub. 4, 2: si pubes et impubes, vel duo impuberes non proximi pubertati, et in quibus aetatem malitia non supplebat, per verba contraxerint de praesenti: sponsalia enim illa, quae juris interpretatione tantum fuerunt sponsalia de futuro —; c. 8 X. de despons. impub. 4, 2: usque ad legitimam aetatem expectare tenentur, et tunc aut confirmetur matrimonium, aut (si simul esse noluerint) se-parentur, nisi carnalis commixtio ante intervenerit, cum interdum illa t e mpus anticipare soleat pubertatis). Bo ber Befcluß bes Concilium Tridentinum beobachtet werben muß, gelten bie namlichen Bestimmungen, mit bem blogen Unterichieb, baß bie Unwendung ber tribentinischen Cheschließungsform vorausgefest wird und burch ben Beifchlaf bor Erreichung bes Munbigfeitealters bas Berlöbnigverhaltnig nicht ohne Beiteres in eine rechtsbestandige Che übergeht. Der Mangel bes gefehlichen Alters bilbet übrigens ein offentliches trennenbes Ehe= bin berniß (bas fog. impedimentum aetatis), so lange bie Münbigkeit nicht eingetreten ift, und ift alfo mabrend biefer Frift von Amtes: wegen in Untersuchung zu ziehen. Nach eingetretener Mundigfeit gilt bas hinberniß blos als privates trennendes und es fann

nur noch auf Rlage bestenigen Gattentheiles, welcher zulett munbig geworden ift ober bet ber Cheschließung allein unmunbig war, einges schritten werben (c. 7 X. de despons. impub. 4, 2: sive uterque, sive alter reclamet, antequam adannos matrimoniis aptos pervenerint, et postulent separari, non sunt ullatenus audiendi, si verò alteruter istorum ad annos pubertatis pervenerit, intra eosdem annos altero existente cum sponsalia contrahuntur; si is, qui minoris aetatis est, cum ad annos illos pervenerit, reclamaverit, nec in alterum voluerit consentire, judicio ecclesiae poterunt ab invicem separari). Diefes Rlagerecht geht burch febe Banblung, welche eine Buftimmung ausbrudt, und insbesonbere burch ben freiwilligen Beifchlaf verloren.

In engster Beziehung ju bem foeben bebanbelten Chebinderniffe fteht basjenige ber 3 mpotens (impedimentum impotentiae), weldes bas tanonifche Recht überhaupt als mit erfterem gleichbedeutend auffaßt (c. 2 X. de frigid. et malef. 4, 15: sicut puer, qui non potest reddere debitum, non est aptus conjugio: sic qui impotentes sunt, minime apti ad contrahenda matrimonia reputantur). Unter Impoteng verfteht bas tanonifche Recht nur die impotentia coëundi (bie Unfahigteit jur gefchlechtlichen Bere in ig ung), ohne Rudficht auf bie Beugungsfähigfeit (potentia generandi vel concipiendi.) Inwiefern bas Unvermögen, bie eheliche Bflicht ju leiften, als Binberniß bes Rechtsbestanbes einer Che zu betrachten ift, wurde bereits auf Seite 35 (Abichn. IV) angegeben. Die Richtigkeit einer Che begrundet die Impotenz, wenn ste offenkundig eine absolute (d. h. den Bolljug bes Beifchlafs überhaupt verhindernde) ift, auf welche Anschauung bes tanonischen Rechts fich bas auf G. 35 angeführte Rescript Sigtus V. bezüglich ber Raftratenehe ftut. In anderen Fallen vorhandener Impotenz gilt die She übrigens nur dann als rechtsbeständig, wenn sie als "Beschwisterehe" gewollt wird, beziehungsweise der Shekonsens einen wohlüberlegten Bergicht auf Die Beschlechtsgemeinschaft voraussette. Damit nun bie behauptete Impotenz als Ungiltigkeitsgrund geltend gemacht werden kann, muß sie schon vor Eingeh-ung der Che vorhanden gewesen also antecedens, nicht subsequens, superveniens - und zudem eine im mermahren be (perpetua) und ohne Lebensgefahr un heils

bare (incurabilis) fein. Böllig gleichgultig ift es indeffen, ob bie geschlechtliche Unfähigkeit auf Seite bes Mannes (ut membrum virile erectionis non sit capax) ober auf Seite bes Beibes (ex tali vasis arctitudine, ut a viro penetrari nullatenus possit) fich vorfindet. Ebenso bedeutungelos binfichtlich Geltendmachung ber Impoteng ale Chehinderniffes ift der Umstand, daß fragliches Gebrechen bei Gingebung ber Che bem anbern Theile bekannt mar, ausgenommen im Falle, baß bie Che mit Bor= bebacht als Geschwisterehe eingegangen wurde (c. 4 X de frigid. et malef. 4, 15: romana tamen ecclesia consuevit in consimilibus judicare, ut quas tanquam uxores habere non possunt, habeant ut sorores). Immerhin wurde bas impedimentum impotentiae in Anwendung bes Grundfages aufgestellt, baß bie Impoteng bem Befen ber Che widerstreite: « Quamvis actus carnalis copulae non sit de essentia matrimonii, tamen potentia ad hoc est de essentia ejus» (S. Thomas — Sent. IV dist. 34 qu. un. art. 2 ad 1, et Summa theol. P. III qu. 58 art. 1 ad 1). Das Berfahren bei Richtigfeits : refp. Ungiltigfeits : ertlarung einer Che auf Grund ber 3m= poteng fest eine forperliche Untersuchung burch Sachverständige voraus. Stimmen bie Sachverftanbigen nicht miteinanber überein, ober geht ihr Gutachten bahin, daß das Borhanden-fein der Impotenz ungewiß sei, so hat der kirchliche Richter auf die Probe der dreisährigen Beiwohnung (experimentum triennalis cohabitationis) su ersennen (c. 5 X. de frigid. et malef. 4, 15: ut à tempore celebrati conjugii, si frigiditas prius probari non posset, cohabitent per triennium). Ift biese Probezeit verftrichen und burch einen neuen Augenschein feftgestellt, baß in bem Thatbeftanbe teine Beranderung vorgegangen fei, fo wird alsbann ber Ergangung bei ber Parteien als entscheibenbes Beweismittel zugelaffen. ?) — Das gemeine Rirchenrecht verbietet nun bemjenigen, auf beffen absoluter Impotenz bie Richtigkeitserklarung einer Che begrundet wurde, bie Eingehung einer neuen Che; mogegen ein foldes Berbot für ben relativ impoten : ten - b. h. jum Bollzug bes Beifchlafe mit

einer bestimmten Berfon als unfahig erklarten — Chetheil nicht besteht (also z. B. bezüglich bes Mannes: ut vas virginis penetrare nequeat, bene tamen vas viduae). Wofern sich aber später ergibt, daß die wegen Impoteng getrennten Mitgatten gur Boll= giehung beraufgelösten Che fahig geworben find - mas bei gefchlechtlichem Berfehr zwischen benfelben ber Fall fein murbe - fo tritt bie betreffende (frühere) Che wieber in Rraft; bem Sage ber firchlichen Chegefetgebung entfprechend, bag ein richterliches Erfenntniß in Chefachen niemals unbedingte Rechtsfraft erlangt (in matrimonii causa, lata sententia nun-quam transit in rem judicatam: unde quandocunque revocatur, cum constat de errore; vgl. c. 7 X. de sent. et re judic. 2, 27 — c. 6 X. de frigid. et malef. 4. 15: sententiam divortii per errorem licet probabilem novimus esse prolatam, cum pateat ex postfacto, quod ipsa cognoscibilis erat illi, cujus simili commiscetur: et ideo inter ipsam et primum virum dicimus matrimonium extitisse). - In Fallen, wo bas Borhandensein ber Impotens fich nicht genugenb feststellen lagt, um bie Annullation ber Che auf Grund biefes Sinberniffes aussprechen gu tonnen, bie Richtfonsumation ber Che aber erweislich ift, tommt die tatholifche Cherechtslebre und Bragis bem moralisch gebotenen Be-burfniffe einer Erennung ber Chegatten auf bem Umwege ber mehrermahnten Chefcheibung mittelft papftlicher Dispenfation (dissolutio matrimonii rati, sed non consummati per dispensationem Summi Pontificis) entgegen.

Der Grundfat, bag eine mahre Che nur zwifchen Ginem Manne unb Ginem Beibe befteben tann, ergibt fich aus bem Befen ber Che, wie es burch bas driftliche Dogma von ber Einheit derfelben festgestellt ist, und gehört bemnach bem jus divinum an. Dieser Lehre hat bas Concilium Tridentinum (Sess. XXIV, de sacr. matr. c. 2) folgende Faffung gegeben : "Si quis dixerit, licere Christianis plures simul habere uxores, et hoc nulla lege divina esse prohibitum, anathema sit." Das kanouische Recht behnt indessen die Verbindlichkeit des Gebotes der Monogamie, weil "göttlichen" Rechtes, auf bie gesammte Menschheit aus; weßhalb in foro ecclesiae bei Nichtchriften nur die Cheschließung mit dem ersten ber noch lebenden Gatten, insofern fein auf natürlichem ober gottlichem,

⁷⁾ Rach heutiger Doktrin und Prazis wird die in der soehen angesührten Dekretale (c. 5, X. de frizid et malek, 4, 15) vorgeschriebene Mitwirkung von Sidesbelsen (juramentum septimae manus propinquorum vel vicinorum) nicht mehr gefordert. Auch der mehrerwähnten östere. Anweisung ist diese eidliche Bersicherung von sieden Berwandten oder Nachbarn der Rocteien unbekannt. Parteien unbefannt.

refp. driftlichem Rechte (in jure naturali, divino et evangelico) beruhenbes trennenbes Chehinderniß (Arrthum in ber Berson, Zwang und Furcht, Impotenz, Willensunfahigfeit, Blutsverwandtschaft in ber auf- und absteigenben Linie, fowie im erften Grabe ber gleichen Seitenlinie) vorhanden ift, als giltig betrachtet wird, beziehungeweise ben gur Rirche übertretenben Bolygamisten bindet. Durch ben Uebertritt, auch blos bes einen Gatten, jum driftlichen Glauben wird eine giltige Che aber keineswegs aufgelöst. Eine Ausnahme hievon wird einzig und allein — gestütt auf die Stelle bes Apostels Paulus I. Corr. VII, 1 bis 15 - in favorem fidei jugestanden, wenn ber im Unglauben verbarrenbe Batte Die ebeliche Bemeinschaft mit bem driftlich geworbenen Theile entweber gar nicht fortfegen ober nur fo fortfegen will, bag bieg nicht sine contumelia Creatoris aut sine pertractione fidelis ad peccatum mortale geschehen fann (c. 7, X. de div. 4,19: si enim alter infidelium conjugum ad fidem catholicam convertatur, altero vel nullo modo, vel non sine blasphemia divini nominis, vel ut eum pertrahat ad mortale peccatum, ei cohabitare volente; qui relinquitur, ad secunda, si voluerit, vota transibit; et in hoc casu intelligimus, quod ait Apostolus: «si infidelis discedit, discedat; frater enim vel soror non est servituti subjectus in hujusmodi» et canonem etiam in quo dicitur: «contumelia Creatoris solvit jus matrimonii circa eum, qui relinquitur». Si verò alter fidelium conjugum vel labatur in haeresim, vel transeat ad gentilitatis errorem, non credimus, quod in hoc casu is qui relinquitur, vivente altero possit ad secundas nuptias convolare, licet in hoc casu major appareat contumelia Creatoris. Nam etsi matrimonium verum inter infideles existat, non tamen est ratum; inter fideles autem verum et ratum existit; quia sacramentum fidei, quod semel est admissum, nunquam amittitur, sed ratum efficit conjugii sacramentum, ut ipsum in conjugibus illo durante perduret). [3] — Das öffentliche

trennende Chehindernig des bestehenden Chebanbes (bas fogen. impedimentum ligaminis) fteht endlich auch ber auf Grund einer Tobe Bertlarung gefch loffenen Che entgegen, wenn fich fpater ergibt, baß ber für tobt ertlarte Satte noch lebt, beziehungsweife im Augenblide ber Chefchließung noch am Leben war (c. 2, C. XXXIV, q. 1 & 2: statuimus, illud esse conjugium, quod primitus erat gratia divina fundatum; conventumque secundæ mulieris, priore superstite, nec divortio ejecta, nullo pacto posse esse legitimum). Remmt ber für tobt erklärte Gatte wieder zum Borschein, so muß die erste Bersbindung wieder hergestellt werden (c. 1, C. XXXIV, q. 1 & 2: si viri post longam captivitatem reversi, ita in dilectione suarum conjugum perseverant, ut eas cupiant in suum redire consortium, omittendum est, et inculpabile judicandum est, quod necessitas intulit, et restituendum, quod fides poscit. - redeant ergo in suum statum voluntaria redintegratione conjugia; neque ullo modo ad opprobrium malæ voluntatis trahatur, quod conditio necessitatis extor-Rach bem faktisch eingetretenen Tobe bes frühern Gatten tunn bie zweite Che übrigens nur burch erneuerte Ronfenserflarung gultig werben. Fur bie Beit ihres vermeintlichen Beftandes hat eine solche Che die Wirkungen einer "Butativehe".

v

Bei einer Putativehe (matrimonium putativum) werben bie Rechtswirfungen, welche bie in gutem Blauben (bona fide) eingegangene nichtige Che vermeintlich bisher erzeugt hatte, als wirklich baraus erwachsen betrachtet. Für jeben ber beiben Batten hort bagegen bie Möglichkeit ber Entftehung gunftiger Rechtswirtungen mit bem Beitpuntte auf, in welchem ber betreffende Batte jum Bewußtsein gelangt ift, bag feiner Che ein trennendes Chebinberniß entgegensteht; und ebensowenig konnen Rechtswirkungen ju Gunften jolcher Rinber entstehen, welche nach ber sichern Renntniß beiber Chegatten von ber Nichtigkeit ihrer Che erzeugt worben find. Die Annahme ber bona fides wird übrigens von ber Voraussetzung abbangig gemacht, baß bie Abschließung ber Che in ber vom Tribentinum vorgeschriebenen Form, eventuell, wo basselbe nicht publigirt ift, erft nach vorgangiger Berfunbung ftattgefunden habe. Durch c. 3 § 1, X. de cland. desp. (4,3) ift namlich bestimmt, daß geheime ober unterfagte Cheschließungen (clandestina vel interdicta conjugia) in verbotenem Grade (in gradu

⁸⁾ Dem in dieser Dekretale ausgesprochenen Grundsate zu Folge, daß die von Christen eingegangene und consumirte Che — weil dieselbe als matrimonium ratum gelte — weber durch den Absall vom Glauben, noch ibberhaupt anderswie als durch den Tod des einen Schegatten ausgelöst werden könne, wird auch bezüglich der afatholischen Chiefcheidung ab Seite der katholischen Kirche die eheauslösende Kraft abgesprochen und demnach jede weitere eheliche Berbindung der geschiedenen Gatten als bigamisch erachtet. (Bgl. das auf S. 34 Gesagte.)

prohibito) folechthin bie Illegitimitat ber aus folden Berbindungen abstammenben Rinber gur Folge haben follen (soboles de tali conjunctione suscepta prorsus illegitima censeatur), auch wenn bie Eltern bei Eingehung ber Che feine Renntnig von bem trennenden Chehindernisse hatten (de parentum ignorantia nullum habitura subsidium). Diefe Bestimmung bes Defretalenrechts ift nachmals auf Die Cheschließung in tribentinischer Form in ber Beise übertragen worben, baß ber Richtbeobachtung biefer Form - wo bas betreffenbe Defret gilt - bezüglich ber Butativehen bie gleiche Birkung jutommt, welche bie Unterlaffung ber bloßen Bertunbung ber Ghe im nichttribentinischen Rechtsgebiete hat. Die angezogene Stelle (c. 5, Conc. Trid. Sess. XXIV, de reform matr.) lautet: « si quis intra gradus prohibitos scienter matrimonium contrahere praesumpserit, separetur et spe dispensationis consequendæ careat —; quod si ignoranter id fecerit, si quidem solemnitates requisitas in contrahendo matrimonio neglexerit, eisdem subjiciatur ponis.» Sonft aber besteht ber alls gemeine Grundsat, bag bie Unbekanntschaft auch nur bes einen Elterntheiles mit bem ents gegenstehenden Chehinderniffe hinreicht, bamit bie bisher anerkannte Legitimitat ber aus einer Butativehe hervorgegangenen Kinder benfelben nicht verloren gehe; was z. B. felbst bezüglich eines bei bestehendem frühern Chebande, also im Chebruch, erzeugten Rintes ber Fall ift, wenn bie nichtige Che in facie ecclesiae ein= gegangen wurde (c. 14, X. qui filii sint legit. 4, 17: intelligentes, quod pater prædicti R. matrem ipsius in faciem ecclesiae ignaram, quod ipse aliam sibi matrimonialiter copulasset, duxerit in uxorem, et dum ipsa conjunx ipsius legitima putaretur, dictum R. suscepit ex eadem; in favorem prolis potius declinamus, memoratum R. legitimum reputantes).

Quellen und Literatur. Corpus Juris Cano-Ouesien unb Literatur. Corpus Juris Canonici. Decreti pars secunda: c. (canon) C. (causa) qu. (quaestio). Decretales Gregorii IX.: c. (caput), X. (Extra sc. Decretum), de sent et re judic. (de sententia et re judicata) 2, 27 (liber secundus, titulus XXVII); de spons. et matr. (de sponsalibus et matrimoniis) 4, 1 (liber quartus, titulus I); de desp. impub. (de desponsatione impuberum) 4, 2 (lib. IV, tit. II), de cland. desp. (de clandestina desponsatione) 4, 3 (lib. IV, tit. III); de cond. appos. c. de conditionibus appositis in desponsatione) 4, 5 (lib. IV, tit. V); de frigid. et males. (de frigidis et maleficiatis et de frigid. et malef. (de frigidis et maleficiatis et impotentia coëundi) 4, 15 (lib. IV, tit. XV); qui filii sint legitimi 4, 17 (lib. IV, tit. XVII); de div.

(de divortiis) 4, 19 (lib.lV, tit. XIX). Decreta-lium Bonifacii VIII. Liber sextus (in VIIo): c. (caput) de spons. et matr. (de sponsalibus et matrimoniis) 4, 1 (lib. lV, tit. l); de desp. impub. (de desponsatione impuberum) 4, 2 (lib. lV, tit. ll). — Un weijung für die geiftlichen Gerichte des Raiferthumes Defterreich in Betreff ber Chiefeten nom Johne 1856. (Diefelse in nom Pordiert Cheladen, vom Jahre 1856, (Diefelbe ift von Rarbinal v. Raufder abgefaßt und von einer vom Bapfte beftellten Rommiffion als mit bem tanonifden Rechte und ben Ausspruden ber bewährteften Rirchenrechtslehrer übereinftimmend befunden worden.) — b. Scheurl (bas auf S. 38 bereits angeführte Bert). — v. Schulte, handb. des fath Cherechtes, Giegen 1854.

Riederlande.

Burgerljik Wetboek: (Art. 84.) Der Mann fann gu gleicher Beit nur mit Giner Frau, bie Fraunur mit Ginem Danne verehelicht fein. (Bgl. Art. 140 u. 141.) -(Art. 85.) Die freie Einwilligung ber Brautleute bilbet ein wesentliches Erforderniß der Cheschließung. (Bgl. Art. 142 und 143.)

— (Art 86: Ehemündigteit, vgl. S. 22 und Art. 144.)

— (Art. 131.) Der Cheabschluß foll offentlich, im Ge-meindehause, vor dem Civilstandsbe-amten des Wohnortes eines der Berlobten und in Begenwart von vier 1) Beugen stattfinden. (Bgl. Art. 147.) — (Art. 135.) Die Berlobten follen, vor bem Civilftand8= beamten und in Wegenwart ber Beugen, erflaren, daß sie einander zu Chegatten nehmen, und daß fie getreulich alle bie Pflichten erfullen werden, welche bas Befet an ben ehe= lichen Stand gefnupft hat. - (Art. 140.) Die Michtigfeit ber Che fann nur burch gerichiliches Urtheil ausgesprochen werben. - (Art. 141.) Auf Richtigkeitserklarung einer Che, welche entgegen ber Bestimmung bes Art. 84 abgeschloffen worden ift, tann von bemjenigen, ber mit einem ber Chegaiten burch frubere Che verbunden ift, von ben Chegatten felbft, von ben Bluteverwandten in ber aufsteigenden Linie, von allen benjenigen, bie ein Intereffe babei haben, und von ber Staatsanwaltschaft angetragen werben. Wirb bie Richtigfeit ber frubern Che vorgeschutt, fo muß vorab über bie Bultigfeit ober Un= gultigfeit berfelben erfannt werben. — (Art 142.) Gine Che, bie obne freie Einwilligung beiber Chegatten ober eines berfelben

¹⁾ In dem Falle, in welchem die Trauung — wegen Berhinderung der Brautleute, sich in das Gemeindehaus zu begeben, — in einer Privatwohnung statissindet, ist die Gegenwart von sech S Zeugen vorgeschrieben (B. W., Art. 132). — Uebrigens tann teine Che wegen Mangels der Oessentlichteit für nichtig erklärt werden, wenn sie zwar nicht öffentlich im Gemeindehause, wohl aber in Gegenwart der in Art. 132 vorgeschriebenen Anzahl von Zeugen abgeschlossen wurde. (B. W., Art. 154.)

eingegangen murbe, tann nur von ben Chegatten, ober von bemjenigen Gattentheile, beffen Ginwilligung nicht frei gewefen ift, angefochten merben. Dat ein grrthum in ber Ber= fon ftattgefunden, fo tann nur ber in 3rrthum geführte Battentheil bie Che anfechten. Die Richtigkeitsklage ift jedoch nicht mehr annehmbar, wenn ein fortgesehres Busammenwohnen mahrend brei Monaten ftattgefunden hat, feit bem Beitpunkt, in welchem ber betref= fende Chegatte feine völlige Freiheit erlangt ober ben Brrthum erkannt hat. — (Art. 143.) Die Che bes wegen geiftigen Gebrechens unter Bormunbichaft Beftellten fann von beffen Bater, beffen Mutter und andern Blute, permandten in ber aufsteigenden Linte, von ben Brubern, Schwestern, Dheimen und Tanten, fowie von bem Bormunde und endlich auch von ber Staatsanwaltichaft angefochten werben. Rach Aufhebung ber Bevogtung fann nur von bem Chegatten, ber bevormundet mar, auf Richtigfeit ber Che geklagt werden, und zwar erlischt auch für biefen bas Rlagerecht burch ein Bufammenwohnen von feche Monaten, von ber Aufhebung ber Interdiftion an gerechnet. - (Art. 144.) Burbe eine Che von einer Berfon eingegangen , welche bas in Art. 86 vorgeschriebene Diunbigfeitsalter noch nicht erreicht hatte, fo tann die Nichtigfeit ber Che auf Rlage des betreffenden Gattentheiles ober ber Staatsanwaltschaft erflart werben. Die Richtigkeitstlage ift inbeffen nicht mehr annehmbar: - 1) wenn am Lage ber Rlageerhebung ber betreffenbe Chegatte ober bie betreffenden Chegatten bas gefegliche Alter erreicht haben ; - 2) wenn bie Frau, obgleich fie bas gesetliche Alter noch nicht erreicht bat, bor bem Tage ber Rlageerhebung schwanger geworben ift. - (Art. 147.) Ift bie Che nicht por bem zustandigen Bivilstands-beamten und in Begenwart von Beugen in ber vorgeschriebenen Angahl (Art. 131 und 132) abgeschloffen worben, fo tann bie Richtigfeitetlage von ben Chegatten felbft, von bem Bater, ber Mutter und anderen Afcendenten, fowie von bem Bor= munbe, bem Begenvormunde und von allen, bie babei ein Intereffe haben, und endlich auch von ber Staatsanwaltschaft angestellt werben. -(Art. 148.) In allen Fallen, wo in Gemäß-beit ber Artitel 141 und 147 bie Richtigfeitsflage von jebem, ber ein Intereffe babei bat, angestellt werben tann, barf foldes gleichwohl von Seitenverwandten ober Rindern aus einer anberen Che ober von fremden Personen, nicht bei lebzeiten ber beiben Chegatten, fonbern erft alsbann geschehen, wenn fie ein

icon bestehenbes und thatfachliches Intereffe babet haben. - (Urt. 149.) Rach Muflofung ber Ehe ift bie Staatsanwaltichaft nicht mehr befugt, auf Richtigerklarung berfelben angutragen. - (Art. 150.) Die fur nichtig erflarte Che begrundet fomobl hinsichtlich ber Chegatten als ber Rinder die burgerlichen Folgen [einer giltigen Che], wenn bei Eingehung berfelben beide Chegatten fich in gutem Glauben befanben. — (Art. 151.) Befand fich nur einer ber Chegatten in gutem Glauben, fo bat bie Ghe nur fur biefen und fur bie aus ber Che entsproffenen Rinder die burgerlichen Folgen [einer giltigen Che].

Deflerreich.

Allgemeines burgerliches Gefetbuch : (§ 44.) Begriff ber Che ". Die Familienver= baltniffe werben burch ben Chevertrag gegrunbet. In bem Chevertrage erflaren zwei Berfonen berichiebenen Befchlechts gefehmäßig ihren Billen , in ungertrennlicher Gemeinschaft gu leben, Rinder zu zeugen, fie zu erziehen, und fich gegenseitigen Beiftand zu leiften. — (§ 47.) Einen Chevertrag fann Jedermann schließen, insofern ihm kein gesetliches Sinberniß')
im Wege steht. — (§ 48.) Rafenbe, Bahnsinnige, Blobfinnige 2) und Unmunbige find außer Stande, einen giltigen Chevertrag ju errichten. - (§ 55.) Die E in willigung zur Che ift ohne Rechtstraft, wenn sie durch eine gegründete Furcht erswungen worden ift. Db die Furcht gegründet war, muß aus ber Große und Wahricheinlichteit ber Befahr, und aus ber Leibes- und Bemuthebeschaffenheit ber bedrohten Berfon beurtheilt werben. — (§ 56: Entführung; vgl. auf S. 47, Biff. 2.) — (§ 57.) Gin 3rr thum macht bie Ginwilligung jur Che nur bann ungiltig , wenn er in ber Perfon bes funftigen Chegatten vorgegangen ift. -(§ 58: Sch wan gerfchaft; vgl. auf S. 47, Biff. 3.) — (§ 59.) Alle übrigen Irrihumer ber Chegatten, sowie auch ihre getäuschten Ermartungen ber porausgesetten ober auch ver-

¹⁾ Die Ungiltigkeit einer Ehe, welcher eines der in den §§ 56 (Entführung), 62 (bestehendes Cheband), 63 (höhere Weihen und Ordensgeläbde), 64 (Retigionsverschiedenheit), 65 (Beiwandtschaft), 66 (Schwägerlchaft), 67 (Epekruch), 68 (Gattenmord), 75 (heimlichkeit der Cheschliehung) und 119 (Ehescheidungsgrund) angeführten hindernisse im Wege sieht, ist von Amteswegen zu untersuchen (§ 94 a. b. B.).

2) Für wahn- oder blödsinnig kann nur derzenige gehalten werden, welcher gerichtlich dafür erklärt wird (§ 273 a. b. S. B).

hat hier die Rraft eines Beweises, noch tann barüber einem Gibe ber Chegatten ftattgegeben

werben. — (§ 102) Beigt fich aus ber Berhandlung bes Streites über bie Giltigkeit ber

Che, daß einem Theile, oder daß beiben Theis

len das Chehinderniß vorher bekannt war, und daß sie es vorsählich verschwiegen haben, so sind die Schuldigen mit der in dem Strasgesetze über schwere Bolizeiübertretungen bestimmten Strase zu belegen. Ist ein Theil schuldloß, so bleibt es ihm anheimgestellt, Entschäddigung zu fordern. — (§ 160.) Kinder, die aus einer ungiltigen She erzeugt worden sind, sind als eheliche anzussehen, wenn das Chehinderniß in der Folge gehoben worden ist, oder wenn wenigstens Einem ihrer Eltern die schuldlose zu Statten kommt; doch bleiben in dem letzteren Falle solche Kinder von Erlangung desjenigen Vermögens ausgeschlossen, welches durch Fasmilienordnungen der ehelichen Abstammung besonders vorbehalten ist.

Die Beurfundung der Chefchließungen im Allgemeinen, fowie ber Geburts- und Todesfälle bei Richtdriften.

Allgemeines bürgerliches Gefetbuch, § 80: Bu einem dauerhaften Beweise des geschlossenen Speerrtrages sind die Pfarrvorsteher verbunden, denselben in das besonders dazu bestimmte Trauungsbuch eigenhändig einzutragen. Es muß der Bor- und Familienname, das Alter, die Wohnung, sowie auch der Standder Spegatten, mit der Bemerkung: ob sie schon verehelicht waren oder nicht; der Bor- und Familienname, dann der Stand ihrer Eltern und der Zeugen; serner der Tag, an welchem die Spe geschlossen worden; endlich auch der Name des Seelsorgers, vor welchem die Einwilligung seierlich erklärt worden ist, deutlich angesührt, und die Urkunden, wodurch die vorgekommenen Anstände gehoben worden, angedeutet werden."

panoe gepoven worden, angedeutet werden." Durch Min. Erlaß b. 30. Januar 1849 (Ar. 107 R. G. B) wurde den evangelischen Geelforgern die selbständige Führung der Tranungsbücher mit derselben Rechtswirtsamkeit, welche jene der katholischen Scelsorger haben, eingeräumt. — Dasselbe gilt von den griechisch, beingeräumt. — Dasselbe gilt von den griechische, eingeräumt. — Baselbe gilt von den griechischen, eingeräumt. — Regimentskaplänen (Circ, des apost. Feldvistars v. 23. April 1847, J. 75). — Den altkatholischen Geistlichen wurde anstänglich das Recht der Führung von Ehergistern, sowie überhaupt der Vornahme von Trauungen, abgesprochen (Erlaß des Eust. Min. v. 20. Febr. 1872, J. 93), später aber durch Ministersalverordnung v. 8. Rov. 1877 (Rr. 100 R. G. B.) zuerkannt.

Ueber die Führung des Eheregisters bezüglich der vor den weltlichen Behörden abgeschlossenen Shen enthält Art. II, § 9 des Gesetzes v. 25. Mai 1868 (Ar. 47 R. G. B.) folgende Bestimmungen: "Die politische Bezirts « (Gemeinde » Behörde führt über die dei derselben vorgenommenen Aufgebote und Eheschlessungen das Aufgebotsbuch und das Speregister und fertigt aus diesen Registern über Ansuchen amtliche Zeuanisse aus, welche die geschehene Berkündigung und beziehungsweise Eheschleisung mit der Beweiskraft öffentlicher Urkunden darthun. — Ein solches Amtszeugnis über den vorgenommenen Att der Eheschleisung hat die politische Bezirts (Gemeinde») Behörde den ordentlichen Seelsorgern beider Brautleute von Amtswegen zu übersenden. In Ausstührung letztere Bestimmung schreibt die Ministerialverordnung vom 1. Juli 1868,

⁸⁾ Der in [] eingeschloffene Zusat wurde mit Rudficht auf die Bestimmungen des Gefetes vom 25. Mai 1868 (vgl. S. 44: "Rothcivilebe") angebracht.

§ 28 (Rr. 80 R. G. B.) Folgendes vor: "Jener Seel-forger, welcher von den Brautleuten um die Entgegen-

1. Titel. Bon den Bertragen und vertragsmäßigen Berbindlichfeiten im Allgemeinen.

Anhana

porger, welcher von den Brautleuten um die Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur
Ebe angegangen worden war, hat auf Grund des ihm
nach Art. Il, § 9 des Gesehes übersanden Amtizeugnisses in das ihm von der Staatsgewalt zur Führung
übertragene Eheregister (Trauungsbuch, Trauungsmatrikel) die vor der welktichen Behörde geschlossene
Ehe als solche unter sortlaufender Zahl einzutragen,
die Auhriken des Registers gehörig auszufülten und in 1. Rapitel. Einleitende Bestimmungen.
(Art. 643.) Folgende Erfordernisse bedingen wesentlich die Giltigkeit eines Bertrages: 1) die die Rubriten bes Regifters gehörig auszufullen und in ber Anmertung sowohl auf das Amtszeueniß Bezug zu nehmen, als auch jene Amtspersonen, vor welchen die Ge geschloffen worden ift, mit Ramen und Dienst-

Fahigteit der Bertragschließenden; - 2) bie gegenfeitige Einwilligung; - 3) ein möglicher Wegenstanb.

darafter anguführen" darafter anzusithren".

Deset vom 9. April 1870 (R. G. B., Rr. 51), über die Ehen von Personen, welche keiner gessetzlich anerkannten Rirche oder Religion sige sellschaft angehören, § 1: Jene Amtshandlungen, welche die Gesetze in Bezug auf Ehen und auf die Matrikenführung über Ehen den Seelsorgern zuweisen, sind, soweit sie eine Person betressen, die keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionseiellschaft angehört non der Bezirkshauntmannichaft. gejellicaft angehört, bon ber Begirtshauptmannicaft, und in Orien, welche eigene Gemeindestatute befigen, von ber mit der politifchen Amtsführung betrauten Gemeindebeborbe vorzunehmen. Die Buftandigfeit der Be-Bohnfig ber betreffenden Berfonen beftimmt. — § 3 besfelben Gefetes lautet: Die Geburts- und Sterberegifter über die im § 1 ermahnten Berfonen werben regifter über die im § 1 erwähnten versonen werven von der Bezirkshauptmannichaft (Gemeindebehörde) geführt, in deren Bezirk fich der Geburts- oder Todesfall zugetragen hat. Diese Behörde hat die Eintragung selbst dann vorläusig vorzunehmen, wenn ihre Kompetenz zweiselhaft erscheint, jedoch zugleich die weitere Berhandlung einzuleiten. Den von den politischen Behörden auf Grund dieser Register ausgefertigten amtlichen Lammt die Remeinkroft öffentlischen Irfunden Beugniffen tommt die Beweistraft öffentlicher Urfunden gu. — Die in Ausführung dieses Gesesse erlaffene Berordnung der Minister des Innern, des Cultus und ber Juftig, vom 20. Oktober 1870 (R. G. B. Rr. 128), bestimmt, daß bei Eintragung der Eben von Personen, welche keiner gesetlich anerkannten Kirche oder Religionsgenoffenicaft angehören, bie Borichriften ber Mini-fterialberordnung bom 1. Juli 1868 (R. G B. Rr. 80) mit ber Modifitation ju beobachten feien, "bag bort, wo nach diefen Borfdriften bes Religionsbetenntniffes gu ermahnen ift, die Bezeichnung aconfession slogo einzutragen tommt.

Gefeg vom 10. Juli 1868 (R. G. B. Rr. 12), be-treffend die Beweisfraft der Geburts., Trauungs, und Sterbematriten ber Israeliten: Art. 1. Die Matritenbucher, welchen bon ben jur Guhrung berfelben obrigteitlich bestellten und bejonders beeideten IBraeliten über die Geburten, Trauungen und Steibefälle ber Glaubensgenoffen ihres Begirtes geführt, sowie die Matritenicheine, welche als Auszuge biefer Bucher von ihnen ausgestellt werden, haben als öffentliche Urfunden volle Beweistraft. - Art. II. Die bisher angeordnete Controle, Beglaubigung und Bibirung ber israelitifchen Matrifenbiicher und ber Musginge aus benfelben burch ben fatholijchen Seelforger bat gu entfallen.

Portugal.

Ausjug aus bem Codigo civil portuguez. Il. Bud. Bon ben Rechten, welche burch eigene Billensaugerung in Berbindung mit berjenigen Anderer erworben werben.

3. Rapitel. Bon ber gegenfeitigen Ginwilligung. (Art. 656.) Die in Folge Irrthums ober 3 manges gegebene Einwilligung bewirft Die Richtigfeit Des Bertrages unter nache folgenden Voraussehungen. — (Art. 657.) Der Brrthum in ber Ginwilligung tann fich begieben: 1) auf ben Grund bes Bertrages; - 2) auf ben Gegenstand bes Bertrages ober bie Gigenschaften biefes Begenstanbes; - 3) auf bie Berfon, mit welcher ober in Betreff welcher der Bertrag abgeschloffen wird. — (Art. 661.) Der Brithum im Begenftanbe bes Bertrages, ober in ben Gigenschaften biefes Begenftanbes, hat nur insofern die Richtigkeit jur Folge, als ber getäuschte Theil ausbrudlich erflart batte, baß er einzig und allein mit Rudficht auf biefelben ben Bertrag fchließe, ober wenn aus ben mit bem Bertrageverhaltniffe felbst zusammen= hängenden Umständen (pelas circumstancias do mesmo contrato) der Nachweis sich ergibt, daß eine solche Absicht auch dem andern Theile bekannt war. (Art. 662.) Bezieht sich ber Irrihum auf ble Perfon, mit welcher ber Bertrag geschlossen wird, so ist bie Be-stimmung bes vorhergebenben Artikels über ben Begenftand bes Bertrages maggebenb. (Art. 663.) Der burch ben Betrug ober aus bem bofen Glauben eines ber Bertragschließenden ober eines Dritten, welcher ein bireftes Intereffe babei bat, entstandene Irrthum bewirft bie Richtigfeit [bes Bertrages]. (Gingiger S.) Unter Betrug bei Bertragen verfteht man irgendwelche Erschleichung ober Arg= lift, welche behufs Irreführung eines ber Bertragschließenden, ober um benfelben im 3rr= thume zu belaffen, angewendet wird; als bofer Glaube gilt, tem andern Theile gegenüber, bie Berheimlichung bes Irrthums bes lettern, tros vorhandener Rent tuiß besfelben. - (Art. 666.) Der Bertrag ift nichtig, wenn die Ginwilligung burch 3 mang abgenothigt murbe, gleichviel ruhre ber Zwang von einem ber Bertrag= ichließenden ober von einem Dritten ber. (Gin= ziger S.) Der Zwang besteht in ber Anwenbung forperlicher Gewalt ober folder Mittel, welche fur die Person, die Chre ober das Bermogen bes Bertragichließenden ober tritter Berfonen einen Schaben ober eine erhebliche Furcht vor foldem berbeiführen tonnen. (Art. 667.) Unbestimmte ober allgemeine

Erwägungen, welche die Bertragschließenden unter sich über die naturgemäß aus dem Absschlusse ober Nichtabschlusse des Bertrags mögelicherweise sich ergebenden Bortheile oder Nachteile in Betracht gezogen haben, werden bezüglich Beurtheil ung des Betruges der Zwanges nacht berücklichtigt. — (Art. 668). Für die Zukunft ist es nicht erslaubt, zum Boraus auf die Seltendmachung der Nichtigkeit, welche aus dem Betruge oder Zwange herrührt, zu verzichten. Aber, wenn nach Aushören der Gewaltthätigkeit, oder nachsdem der Betrug erkannt wurde, der Bertrag von dem Betrogenen oder Bezwungenen bestätigt worden ist, so kann ihn dieser alsdann auf Grund solcher Mängel nicht mehr ansechten.

[Portugal.]

8. Rapitel. Bon ber Aufhebung ber Bertrage.

(Art. 695.) Ge tann tein Kontrabent auf Grund ber Un fåhig teit bes andern Theiles eine Nichtigkeitöklage anstellen, oder einen Irthum respektive Z wang anrufen, welchen herbeizuführen er beigetragen hat. — (Art. 696.) Der wegen Unfähigkeit, Irthum oder Zwang ungiltige Bertrag kann bestätigt werden, sobald der betreffende Mangel oder Nichtigkeitsgrund zu bestehen aufgehört hat und kein anderer hinzukömmt, welcher die Bestätig ung selbst entkräftigen wurde.

Il. Titel. Bon ben Bertragen im Besonderen. -1. Rapitel. Bon ber Cheschliegung. -- 1. Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen.

(Art. 1056.) Die Che ift ein auf Leben 8zeit (auf ewig, perpetuo) zwischen zwei
Personen verschieden en Geschlechts
geschloffener Bertrag, bessen Zweck es ist, eine Familie in gesetzlicher Beise zu
begründen.

2. Unterabtheilung. Befondere Bestimmungen über bie burch bas Civilgeset eingeführte Form ber Chefchliegung.

(Art. 1072.) Die zwischen nichtfatholischen portugiesischen Staatsangehörigen abgeschlossen Ehe hat insosern die bürg erlichen Folgen seiner giltigen She], als die wesentlichen Folgen seiner giltigen She], als die wesentlichen Folgen seiner haupt vorhanden und die Bestimmungen des Art. 1058 (s. S. 54 f.), sowie die folgenden beobachtet worden sind. — (Lgl. auf S. 83 die Art. 1073 und 1074: bezüglich der öffentlichen trennenden Scheindernisse, insbessondere Biff. 4 bezügl. Ehe mündigteit.) — (Art. 1081.) Der Ehe abschluß sindet im Amtslotale des Civistandsbeamten statt; es sei denn, daß einer der Berlobten wegen Krankheit verhindert ist, sich dahin zu begehen,

in welchem Falle ber Civilstandsbeamte bie Trauung in einer Privatwohnung vornehmen barf. Im Amislokale ist die Gegenwart von zwei, außerhalb besselben von sechs Zeugen bei ber Trauungsvornahme nothe wendig.

4. Abthillung. Bon ber Richtigfeitsertlarung ber Che und beren Birtungen.

(Art. 1091.) Gine für nichtig erklärte Ehe begründet gleichwohl die bürgerlichen Folgen [einer giltigen Ghe]. sowohl bezüglich der Chegatten als ihrer Rinder, wenn bei Ginzehung derselben beide Ebegatten in gutem Glauben sich befanden. — (Art. 1092.) Befand sich nur einer der Chegatten in gute m Glauben, so hat die Se nur für diesen und für die Rinder die bürgerlichen Folgen einer giltigen Che.

Spanien.

Ley provisional de matrimonio civil: (Art. 1.) Die Che ift ihrem Befen nach immermah: rend (perpétuo) und unaufloslich. — (Art. 4.)1] Få big jur Chefchliegung find alle Berfonen, welche folgende Gigenschaften in fich vereinigen : - 1. (ser puberes — Mannbarkeit, körperliche Reife) Chemunbigfeit, worunter ju verfteben ift, bag ber Mann bas Alter von vollen vierzehn Jahren, die Frau basjenige von awölf Jahren erreicht hat; val. S. 84; — 2. (estar en el pleno ejercicio de su razon) vollen Befit ber geiftigen Besundheit und Billensfähigfeit im Beitpunfte bes Cheabschlusses; — 3. (no adolecer de impotencia fisica) Beugungefähigkeit mit Ausfchluß feber absoluten ober relativen Impotenz, wofern biefes Gebrechen vor 2) Eingehung ber Che bestand und nachweislich ein immerwährendes und unheilbares ift. - (Art. 5, Biff. 1.) Benn fie auch bie im vorhergebenben Artifel erwähnte Fahigfeit befigen, tonnen gleichwohl teinc Che fcbließen : Diefenigen, welche burch eine gesestich nicht aufgelöste Ehe3) ge-

¹⁾ Bgl. auf S. 87 ben Art. 92, 3iff. 1.

^{9) [}Art. 91.] Gin Ghehinderniß, welches ben Beftimmungen biefes Gefetes gemäß die Nichtigkeit der Ehe bewirkt, bildet keinen Auflösungsgrund, wenn basfelbe erft nach Abichluß der Che entstanden ift.

^{8) [}Art 90.] Die gesetzlich abgeschlossene She mird nur durch den gehörig bewiesenen Tod eines der Spegatten aufgelöst. Die langere Abwesenheit eines Gattentheiles, in Berbindung mit dem Umstande, daß bessen Aufenthaltsort unbekannt ist, ist kein gentigender Grund zur Bermuthung seine Sodes; es sei denn, daß der betreffende Abwesende inzwischen das Alter von hundert Jahren erreicht hat, in welchem Falle derselbe als verstorben gilt.

(Art. 28.) Der Cheabbunden find. fcluß4) findet vor dem zuständigen «Juez municipal» und in Begenwart von zwei volljährigen Beugen ftatt. - (Art. 29.) Buftanbig ift ber « Juez municipal » bes Bohnsites ober Aufenthaltsortes ber Berlobten ober eines berfelben. Unter mehreren guftanbigen Beamten haben bie Berlobten bie Bahl. Unter Aufenthalt ift bezüglich diefer Borfchrift gu verfteben : bas mabrend ben zwei legten Donaten ununterbrochene Bermeilen des Betreffenben im Gemeindebegirte; wenn es fich um Militarperfonen im aftiven Dienste handelt, gilt als beren Aufenthaltsort bas Bebiet, mo, wenn auch blos vorübergebend, ber Truppenforper fich befindet, ju welchem fie gehoren ober bezüglich bessen sie eine militarische Be-amtung ober Anstellung versehen. — (Art. 30.) In Fällen von Tobesge-fahr ist auch bezüglich eines nur Durch-reisenden jeder Standesbeamte zuständig. ⁵) - (Art. 37.) Die Trauung wird im öffentlichen Anitstokal bes guftandigen Beamten vollzogen; es sei benn, bag biefer im Berbin-berungsfalle eines ber Berlobten ober aus einem berartigen Grunde, auf Begehren ber Gbeschließenben, fich anderswohin verfüge. - (Art. 38.) Der Cheabschluß findet in folgender Beise statt: Nach Ablesung der Art. 1, 2, 4, 5 und 6 des Geseges durch den Gerichtsschreiber (Sefretar bes Stanbesbeamten) richtet ber Stanbesbeomte (Gemeinberichter) an bie Berlobten eingeln und nacheinander folgende Frage: "Bollt Ihr gur Chefrau [gum Chemanne] bie [ben] . . . ?" (Borname und Rame bes nicht befragten Berlobten.) Die Berlobten antworten einzeln und nacheinander: Ja, ich will (Si quiero). Hierauf fpricht ber Beamte folgende Worte aus: "Ihr feid burch eine immermahrende und un-gertrennliche Ghe verbunden." Bum Schluffe bes Trauungsaftes wird noch burch ben Sefre-tar berjenige Theil bes Gefeges vorgelefen, welcher von ben gegenseitigen Pflichten und Rechten ber Chegatten banbelt. - Bgl. auf S. 87 ben Art. 92, Biff. 4 (Mangel ber freien Einwilligung) und Biff. 5 (Entführung.) - (Art. 94.) Die für nichtig erklärte Che, welche von beiben Chesatten in gutem Glauben eingegangen worden ist, begründet für die Zeit ihres Bestandes die bürgerlichen Folgen [einer giltigen Che] und den ehelichen Stand der Rinder. — (Art. 95.) Befand sich nur einer der Ehegatten in gutem Glauben, so hat die Che nur für den unschuldigen Theil und für die Kinder die bürgerlichen Folgen [einer giltigen Che]. — (Art. 96) Die Bermuthung ist immer für den guten Glauben; es sei denn, daß das Gegentheil bewiesen werde.

Bereinigte Staaten von Nordamerita.

I.

Die Bunbeggefeggebung ift nicht guftanbig, bas Chewesen in ben Bereinigten Staaten mit verbindlicher Rraft für bie Gingelstaaten zu regeln. Bezüglich der Territorien und ber ber Bunbesregierung unmittelbar untergeftellten fonftigen Bebietstheile ift bagegen bie gefeggebenbe Gewalt bes Rongreffes feineswegs eingeschränkt. Jeboch ergibt fich aus ber Pragis, baß Chegefege nur fur ben Bunbesbiftritt Columbia1) burch ben Rongreß erlaffen merben, mahrenb letterer ben Territorien für bie eigentliche Chegesetzgebung fattisch freie Sand läßt. Immerbin erließ ber Rongreß für bie Territorien und sonstigen bundesunmittels baren Gebietstheile («any Territory or other place over which the United States have exclusive jurisdiction») im Jahre 1862 ein Statut (Stat. 1862, c. 126; R. S. of U. S., § 5352) betreffend Beftrafung ber Boly= gamie. Außerdem hat bie Bundesgesetzgebung mit Bezug auf bas Benfionsmefen Beftimmungen über ben Beweis ber ftatt= gehabten Ehefchließung aufgestellt (R. S. of U. S., \$\$ 2037 & 4705) 2, unb

⁴⁾ Bgl. auf S. 87 ben Art. 92, 3iff. 3.

^{5) [}Art. 43.] Die Chefs ber Truppenkörper im Felde tonnen in Ermangelung eines a liez municipalo die Cheschließung der ihnen untergeordneten Williderpersonen in Hällen von Todesgesahr vornehmen. Die Schreiber (contadores) der Kriegsschiffe und die Rapitäne der Handelsschiffe können ebenfalls an Bord ihrer Schiffe Cheschließungen in Fällen von Todesgesahr vornehmen. Diese Bestimmungen sind jedoch dem Borbehalte des Art. 32 (vgl. S.-XXIII) unterworfen.

¹⁾ Der Distrikt Columbia ist jener Gebietstheil der Bereinigten Staaten, welcher von dem Staate Maryland behus Berwendung zum beständigen Sitze der Bundesregierung der Bereinigten Staaten abgetreten wurde, mit Inbegriff des Klusses Potomac, soweit er in seinem Laufe den Distrikt berührt, sowie der in demselben gelegenen Inseln (R. S. U. S relating to the District of Columbia, § 1) Alle Erlasse des gesetzgedenden Körpers (legislative Assembly) des Distrikts E. können zu jeder Zeit durch den Kongreß abgeändert oder außer Kraft gesetz werden (ibid., § 50).

<sup>§ 50).

2) § 2037</sup> erklart, daß der erbrachte Rachweis, es sei jur Zeit seiner Anwerbung der farbige Solbat mit einer für bessen Gattin gehaltenen Weibsperson in ehelicher Lebensgemeinschaft ibatsäclich verdunden gemesen, oder es habe zwischen den Betreffenden eine Cheschließung in irgend welcher Form, gleichviel ob dieselbe geleglich anerkannt sei oder nicht, und hierauf ein zur Zeit der Werbung noch dauerndes eheliches Zu-

über die im Auslande vorzunehmenden Trauungen von Angehörigen ber Bereinigten Staaten Berfügungen getroffen (R. S. U. S, \$ 4082 - vgl. hievor S. 66, I und bie nachftebenben Ausführungen unter ber Rubrit "Ausland": Abfchn. XI). Endlich hat biefelbe noch vorgefchrieben, bag bie an Borb von Schiffen abgeschloffenen Chen in bas Logbuch eingutragen feien (R. S. U. S., § 4290) 3].

Es gibt bemnach ein besonderes Cherecht in jedem ber verschiebenen Staaten und Territorien, und zwar ist bieses Eherecht sowohl bezüglich bes common-law als ber ftatutarifchen Befeggebung jedem Staate oder Territorium eigenthumlich. Trop der flaatlichen resp. territorialen Abgren= jung ift aber seinem Inhalte nach bas commonlaw beinahe überall in ben Bereinigten Staaten im Befentlichen basfelbe. Als commonlaw betrachtet man namlich ben Inbegriff aller gur Beit ber betreffenben Anfiedelung aus bem Mutterlande ichriftlich ober munblich mit berübergenommenen Befegesvorschriften ober fon= ftigen Rechtsnormen, unter welcher Benennung auch diefelben bekannt fein mochten. Urfprung-

fammenleben flattgefunden, genügen folle, um ber be-treffenden Beibsperfon bie Rechte einer Gattin ju ficern. Den in folder Berbinbung erzeugten Rindern tommen die Rechte der ehelich en Rinder fogar bann zu, wenn die Berbindung der Eltern zur Zeit der Berbung bereits wieder aufgelost war. — § 4705 berfügt bezüglich ber farbigen und ber in-bianischen Golbaten und Matrofen, welche im Land- ober Seedienste der Bereinigten Staaten verflarben, daß deren Wittwen ihre Anfprüche auf eine Benfion burch Erbringung des Rachweifes begründen sollen, fie seien dem Betreffenden mittelft einer von ihnen für bindend gehaltenen Förmlichseit angetraut oder fie und die betreffenden Soldaten ftets von ihren Rach-barn als Mann und Frau anerkannt worden, als welche fie fich selbst zu betrachten pflegten und bis zur Zeit der Werbung miteinander lebten. Bezüglich der aus einer jo bewiesenen Che abstammenden Rinder be-ftimmt der gleiche §, daß sie für ehelich gelten sollen.

3) § 4290 schreibt für alle bedeutenderen Fahrzeuge

bie Führung eines amtlichen Rogbuches vor, in meldes insbesondere auch die Beburts- und Todesfälle, sowie die Speschließungen an Bord des Schiffes einzutragen sind. Dierbei find bezüglich der Geburtsfälle das Geschlecht des Kindes und die Ramen ber Eltern, bezüglich ber Tobesfälle Die Tobesurjache und bezüglich ber Chen Die Ramen und bas Alter ber Sheichließenden anzugeben. — § 4291 berfügt, daß jebe Eintragung in das amtliche Logbuch bon dem Rapitan (master) und bon dem Steuermann (mate) ober einer andern der Schiffsmannschaft angehörenden oder einer andern der Schiffsmannschaft angehörenden Person unterzeichnet werden solle, und daß diese Einstragung am Tage des Borfalles zu geschehen habe. Par den Fall, daß Legteres nicht möglich wäre, sei außer dem Datum des Ereignisses noch das Datum der Eintragung selbst anzugeben, und unter keinen Umständen dürfe eine solche Eintragung später als 24 Stunden nach Ankunft des Schiffes an seinem Bestimmungsorte vorgenommen werden.

lich war also bas common-law, soweit es auf bie Che Bezug hat, in ben meiften Staaten ber Union nichts anderes als bas zur Beit seines Ueberganges nach Amerika in England geltenbe Cherecht. Die übrigen Elemente bes norbameritanischen common-law find größtentheils spanischen ober megikanischen, mitunter auch frangosischen Ursprungs. Das ursprüngliche common-law hat sich aber nachgerade unter bem Ginfluffe ber eigenthumlichen amerikanischen Buftanbe umgestaltet. In einzelnen Staaten wird nunmehr fatutarifch bestimmt, in wie weit basselbe bermalen noch gilt, b. h insbesonbere, welche Erlaffe aus ber Gefetgebung bes Mutter= landes in Rraft geblieben und welche bagegen außer Rraft gefet worden find ']. Ueberhaupt nimmt man im Allgemeinen au, baß bie ge-meinrechtlichen Grund fage insoweit ihre Beltung bewahrt haben, ale fie nicht ausbrudlich burch ein Ctatut befdrantt ober aufgehoben murben.

Eine wichtige Rechtsquelle bilben überbieß bie Entscheibungen ber Gerichts-hofe, namentlich bie bes Obersten Gerichts-hofes (Supreme Court of the United States) gu Bafbingion, indem nach ameritanifcher Rechtsanschauung einer tonftanten Berichtspragis nicht viel weniger als Befegestraft innewohnt. Die Rechtsprechung pflegt nun bie Bestimmungen ber Statute auf bie Brundlage bes commonlaw zurudzuführen und mithin folche ftatutarische Bestimmungen, welche im common-law keinen Rückhalt haben, als blos anweisend ober leitend (directory) ju betrachten, infofern ihnen nicht im Statute felbft zwingenbe Rraft beigelegt ift. Demgemäß werben bie ohne Beobachtung ge-wisser Borschriften ber Statute geschloffenen Eben gleichwohl als gultig erklart, sobalb bie Boraussehungen bes common-law vorhanden find und bas betreffenbe Statut bie Digachtung feiner Borschriften nicht ausbrudlich mit Richtigfeit ber Che ahndet.

⁴⁾ So bestimmen 3. B. die revidirten Statute von Minois (c. 28, § 1), daß das englische common-law, insoweit daßselbe Anwendung finden tann und allgemeiner Ratur ift, fowie fammtliche Statute ober Er-laffe bes britifchen Parlaments, welche, in Ausführung oder Erganjung des common-law, vor bem vierten Jahre der Regierung Jatobs I. entftanden find - aus-Jahre der Regierung Jasobs I. entstanden sind — ausgenommen die zweite soction des sechsten Kapitels des 43. Regierungsjahres der Königin Elisabeth, das achte Kapitel des 13. Regierungsjahres derselben Königin und das neunte Kapitel des 37. Regierungsjahres Heinrichs VIII. — und welche allgemeiner Natur und nicht losal mit Bezug auf England sind, als Norm dei Entscheidung en und als in Kraft stehend gelten sollen, so lange dieselben nicht durch die Gesetzebung ausdrücklich aufgehoben worden sind.

II.

Bemeinrechtlich bebarf es feiner befonbern Formlichkeiten zur bunbigen Gingehung ber Che : bie bloße gegenseitige Ginwilligung (mutual consent) ber beiben Theile genugt Die Bewiß: beit ber beiberfeitigen Billensübereinftimmung vorausgesett, ift auch ein Busammenleben ber Barteien jum Beftand ber Che nicht erforberlich («Nuptias non concubitus, sed consensus facit» — L. 15 D. de condit. 35, 1; L. 30 D. de R. J. 50, 17). Wo also fein Statut ausbrudlich bei Strafe ber Richtigfeit ber Che im Unterlaffungsfalle - bie Beobachtung einer beftimmten Form bes Cheabichluffes porfieht, ift bie formlos, b. b. burch blogen Ronfensaustaufd, gefchloffene Che in allen Beziehungen vollgültig. Wenigstens ist es die berrschende Ansicht, daß nach common-law ber Eheabschluß durch bloße verba de præsenti sine copula ober verba de futuro cum copula erfolgt. Bekanntlich bat bas britische Oberhaus im Ralle «Reg. v. Millis» entschieben, bag nach bem englischen common-law, wie basselbe vor ber Lord Harbwicke's Afte (26 Geo. II, c. 33) bestand, jur Bultigfeit einer Cheschließung die Unwesenheit eines gehörig ordinirten Beiftlichen beim Abichluß ber Che unbedingt erforderlich fet. Diefer junachft fur England und Irland maggebende Enticheid wurde indeffen, nach anfanglichem Schwanken bes Supreme Court, von biefem und ben meiften übrigen Berichts. hofen 5] ber Bereinigten Staaten fur nicht

5) Dag eine formlos, durch blogen Ronfens der Rupturienten ober burch Bereinigung berfelben zu thatsachlicher Lebensgemeinschaft, abgeschlossene Gu nach common-law gultig iet, prachen auß: Die Gerichts bofe von Wiabama, Californien, Georgia, Aninois, Kentucky (bas Gelek wurde aber in diesem Staate seither abgeandert), Marpland (val. unten), Michigan, Winnesota, Misspland (val. unten), Wichigan, Winnesota, Wisspland (val. unten), Dew-Sampshire. New Zersey, Weiv-Pork, Obio, Pennsylvanien, Khode-Filand und Kennessee (obwohl in Tennessee bie formlos abgeschlossen Seland nach common-law gultig betrachtet wied, ertlarten bennoch die Gerichtshösein einzelnen Fallen, daß dieser gemeinrechtliche Say durchesolonial-Statute außer Kraft gesetztei), In Waine ist die Frage noch unentschieden; obgleich die Gerichtsturienten oder burch Bereinigung berfelben gu thatfac. ift die Frage noch unenticieben; obgleich die Gerichts-pragis fich babin ju neigen icheint, daß die ftatutari-ichen Formen beobachtet werden muffen. Die nunmehr herrichende Anficht in Dant plant ift, bag bas mund-lich überlieferte Recht biefes Staates, Die Gilligfeit einer Chefdliegung bon ber Mitwirfung eines Beiftlichen ober eines weltlichen Beamten abhangig macht. Diefer Anficht gewiffermaßen beipflichtend halt bie Gerichts. Diefer pragis in Maffachufetts dafür, daß zur Zeit ber Anfiebelung das englische common-law (mas dasfelbe auch fein mochte) nicht recipirt, fonbern burch Statute verbrangt murbe, welche entweber beute noch gultig ober burd ipatere eriegt find. In Rorb. Carolina mar ausbrudlich erflart worden, daß nach bem in biefem Staate geltenden common-law eine Che nur

ftichhaltig erklart und bemnach ebensowenig berudfichtigt, wie bie, um amerikanisches common-law bilben gu fonnen, gu fpat (erft 1753) erlaffene Lord Sardwicke's Afte. Jebenfalls geht die Anficht berjenigen, welche bie Un mefenheit eines ordinirten Beiftlichen für nothwenbig erachten, babin, baß biefe Unwesenheit eine blos paffive ju fein braucht.

Macht es nun teinen Unterfchieb, ob bie Ginwilligung ber Parteien vor einem Beiftlichen ober bor einem weltlichen Beamten ober bloß vor Beugen ober sogar nur geheim erklart worben fei, wofern bie Bultigfeit ber Gbe nach common-law beurtheilt wirb, fo ift felbftverftantlich bei einer bezüglichen gerichtlichen Berbanblung, ein Rachweis über bie wirklich erfolgte Chefolie gung bunerlaglich. In folden Fallen wird inbeffen ber Beftanb ber Che, bis jum Beweife bes Begentheils, insbefondere aus bem fortgesetten Busammenleben in Berbinbung mit bem Rufe als Chemann und Chefrau (habit and repute) gefolgert. Rach bem in Amerita geltenben Grundsat: «Odiosa et inhonesta non sunt in lege præsumenda» spricht bie Bermuthung für bie Unschuld eines Jeben, und man nimmt an, daß ber Beischlaf nur mit Bezug auf bas vorhandene Berfprechen geftattet wurde. Die aus irgend einer Thatfache hervorgebende Ber=

infofern rechtsbeftanbig fei, als fie ben Statuten gemag unjofern rechtsbestandig sei, als sie ben Statuten gemats abgeschlossen wurde Anläslich eines spätern Falles benerkte indessen ber Gerichtshof, daß er sich eines beziglichen Ausspruches enthalten wolle. — In Susifiama gilt das vortridentinische kanonische Recht; da die Beschlisse des Tridentinums zwar in Frankreich und Spanien, aus welchen Kändern Louislana sein commonlaw bezog, publizirt worden find, nicht aber in Loui-fiana, und bemgemäß in letterm Staate nicht als zu

Recht beftebend erachtet werben. 6) Als Beweismittel bezüglich eines in

gesetzlicher Form stattgehabten Ehe-abschließlich ein vom county clerk ausgesertigter und gehörig beglaubigter Auszug aus dem von diesem Be-amten gesührten record-book (vgl. die Noten 7 und 8) borgeichen. So 3. 33. lautet section 723 (Chapter 22) ber R. S. of U. S. relating to the District of **Columbia**: « A copy of any license and certificate, recorded in the record-book of the clerk's office, and certified by the clerk, under his hand and the seal of the court, shall be competent evidence of the marriage > Andere & cjetgebungen bagegen verleihen dem certificate (vgl. Rote 8) felbft bie pleiche Beweiskraft wie einem Auszuge aus dem record-book des county clerk. So z. B. lautet § 12 in Kapitel 89 der revidirten Statute von Indianis: « Such certificate (vgl. § 10 ibid. in Rote s) or a copy of the same, or of the entry in such registry (vgl. § 11, Note 8), certified by the county clerk, under the seal of the county, shall be received as evidence of the marriage of the parties as therein stated.» - Bgl. b. Roten 2 u. 14.

muthung fur ben Bestanb ber Che bat in ber amerifanischen Berichtspragis ein folches Ueber: gewicht, daß ber Begenbeweiß bie gangliche Grundlofigfeit ber bezüglichen Annahme zu Tage forbern muß. Cogar Berbindungen, welche gleichviel ob im Auslande ober in einem Staate der Union — ohne Beobachtung der am vermeintlichen Chefchließungsorte bei Strafe ber Richtigfeit gesetlich vorgeschriebenen Form ein= gegangen worben maren, murben von ben ameritanischen Berichtshofen fur gultige Chen erklart, und zwar, nach spezifisch amerikanischer Rechtsanschauung, obne Rucklicht barauf, ob bie Parteien Angehörige bes betreffenben auslanbifchen ober amerifanischen Staates maren, ober in bemfelben jur Beit ber Gingehung ihrer Berbindung ihr Domizil batten ober nicht. Dieß geschah nämlich in Fällen, wo bie Betreffenben ihr eheliches Busammenleben im Beltungsbereich bes amerikanischen common-law fortgeset hatten, so bag ange-nommen werben konnte, bie Berbindung fei nachträglich unter ber Herrschaft bes amerikanischen common-law in Folge bes als verba de futuro ausgelegten Confensaustaufches mittelft hingutreten bes Beifchlaft im Bebiete bes common-law rechtsgultig geworben.

Bas bie statutarischen Bestim= mungen über bie Form ber Ghesichließung anbelangt, fo ftimmen bie Befet-gebungen ber verschiedenen Staaten barin überein, baß sie bie Mitwirtung eines Beiftlichen beim Cheabschlusse in erfter Linie, wo nicht geradezu ausschließlich, vorschreiben, und daß bie Mitmirtung eines weltlichen Beamten, falls eine folche überhaupt zugelaffen ift, gewiffermaßen nur als Erfat fur Diejenige eines Beiftlichen bingestellt wird. Siebei ift gu bemerten, bag es in ben Bereinigten Staaten feine Staatsfirche gibt und ber Beiftliche alfo teineswegs im Berhaltniffe eines Beamten gegenüber bem Staate fleht. Diefer Beiftliche braucht baber einfach, ben Satungen feiner Rirche gemäß jur Bornahme bon Trauungen tie gehörige Bollmacht ju besiten. Co bestimmen z. B. Die revibirten Ctatute bes Bundesbiftrifts Columbia in section 718, bag jeber christliche Beift= lich e (every minister of the gospel), welcher nach ben Bebrauchen seiner Rirche orbinirt ober eingefest ift (appointed or ordained according to the rites and ceremonies of his church), ohne Rudficht darauf, ob beffen Refiteng im Diftrifte felbft ober in einem anbern Theile ber Bereinigten Staaten fich befinde, zur Bornahme von Trauungen zuffandig fei. Die Revised Statutes of the State of New-York erklaren

in Part II, Chapter VIII, Title I, § 7 (sec. 8) als berechtigt zur Bornahme von Trauungen : 1) Die Seift lichen und Briefter aller driftlichen Konfessionen (ministers of the gospel and priests of every denomination), 2) bie ftabtifchen Bemeinbevorfteber und Bemeinbeschreiber (mayors, recorders and aldermen of cities) und 3) bie Graf. ich afterichter und bie Friedens. richter (judges of the county courts and justices of the peace). Ueber den Trauatt werben ibidem, § 8 (sec. 9) folgende Beftimmungen aufgestellt: "Benn von einem Geifts lichen ober Briefter vorgenommen, foll die Trauung ben Formlichfeiten und Gebrauchen ber Rirche ober Religionsgenoffenschaft entsprechen, zu welcher ber Geiftliche ober Briefter gehört (When solemnized by a minister or priest, the ceremony of marriage shall be according to the forms and customs of the church or society to which he belongs). Wenn bie Che bor einem Beamten geschloffen wird, so ift feine bestimmte Trauform vorgeschrieben; nur sollen die Brautleute in Gegenwart bes Traubeamten und eines ober mehrerer Beugen feierlich erflaren, baß fie einander zu Chegatten nehmen (When solemnized by a magistrate, no particular form shall be required, except that the parties shall solemnly declare in the presence of the magistrate and the attending witness or witnesses, that they take each other as husband and wife). In jedem Falle ift bei ber Trauung bie Begenwart wenigstens eines Beugen außer bem Beiftlichen ober Beamten nothwendig (In every case there shall be at least one witness besides the minister or magistrate present at the ceremony)." Die revidirten Statute bes Staates Blinois v. 1874 bestimmen in Rapitel 89, § 4, baß aur Bornahme von Tranungen gefetlich befugt find : entweder ein in der Rirche ober Religions= genoffenschaft, zu welcher er gebort, eine regelmaßige Stellung einnehmender driftlicher @ eift = licher (a minister of the gospel in regular standing in the church or society to which he belongs), ober ein Richter aus irgend einem court of record, ober ein Kriebens= richter, ober ber Borfteber irgenb einer in Diefem Staate gelegenen Taubstummen-Erziehungsanstalt. Benn aber die Brautleute ober eines berfelben Quafer (members of the religious society known as Friends or Quakers) find, fo erfolgt beren gefeglicher Cheabschluß baburch, baß fle ihre Absicht, einander gu beirathen, minbeftens eine Boche vor Confummirung ber Che

bem ftanbigen Ausschuffe einer gottesbieuftlichen Gemeinde (standing committee of an official moeting) mittheilen und in einer öffentlichen ober Brivatversammlung, in Gegenwart amtlicher (genannter Rorperfchaft angehörenber) Beugen, mit einer Betratheurtunde verfeben erfcheinen, in welcher die Ramen und ber Bohnort beiber Cheschließenden und ihrer Eltern an= gegeben find. Diese Urfunde wird vorerft von ben Barteien und ben Beugen unterfchrieben, fobann von einem ber Beugen öffentlich abgelefen und bernach in bas Register einer organi= firten Duatergenoffenschaft eingetragen. (Die Abanberungen biefes Baragraphen ber revidirten Statute von 1874 ftuben fich auf ein Gefet vom 30. Mai 1831.) Der nachftfolgende Baragraph (§ 5) lautet : Alle Angehörigen einer Religionsgenoffenschaft, Rirche ober Sette tonnen ihre Erauung ben Sagungen biefer Religiones genoffenschaft, Rirche ober Sette gemäß vor fich geben laffen (may celebrate their marriage according to the rules and principles of such religious society, church or denomination). In Indiana wird bie Trauung von einem Beiftlichen, einem Richter ober einem Frie'd en Brichter vorgenommen. Die Statute von Connecticut, Maine, Maffa: chufetts und Rem-Dampfbire verlangen bie Mitmirfung eines Geiftlichen ober einer Magistratsperson (magistrate) beim Cheabichluffe, und zwar wird an diefem Erforderniffe namentlich in den zwei lestgenannten Staaten ftrenge festgehalten.

Mit ber Buftanbigfeit ber gur Bornahme von Trauungen gesetlich berufenen Berfonen nimmt man es immerhin nirgends ftrenge. Jebenfalls lagt fich annehmen, bag bie Mitwirfung eines irgendwie und irgendwo notorifch angestellten ober ordinirten Beiftlichen irgendwelcher driftlichen Ronfession, zumal beguglich ber Angehörigen biefer Ronfeffion, bie Ghe vor jeglicher Anfechtung hinfichtlich ber Form ihres Abichluffes ju ichugen vermag. In Birginia, z. B., foll jede von einer angeblich bazu berechtigten Berfon vollzogene Trauung die sonst gultige Che vor einer Nichtigteitvertlarung ficherftellen, falls ber Beifchlaf in bem Glauben erfolgt ift, daß die Berbindung ju Recht beftebe.

Die Bekanntmachung bes Ehe-versprechens erfolgt in ben meiften Staaten, in welchen eine folche gefetlich porgefeben ift, mittelft Cinholung eines Trauungs= erlaubniß= ober Delbefcheines (license) 7, welcher beinahe überall ab Seite bes Graffchaftsgerichtsschreibers (clerk of the county court ober county clerk) erhaltlich ift; in einzelnen Staaten jeboch befteht bas Aufgebot in ber Rirche ober vor einer politischen Gemeinbeversammlung. Uebeigens find die dem Cheabschlusse vorauszuschickenden Formlichkeiten in ben Bereinigten Staaten in erfter Linie jum Bwede ber Beurfundung ber Cheschließungen (for the purpose of preserving the evidence of marriages - vgl. R. S. U. S. rel. to the Distr. of C., § 718) eingeführt und zugleich mit einer Regiftrirung ber ftattgehabten Trauungen 8) ver-

Diftritt Columbia (c 22, § 720) borgefdriebene formular einer «liconse » lautet wie folgt:

« To any minister of the Gospel authorized to celebrate marriages in the District of Columbia, greeting:

You are hereby licensed to solemnize the rites of marriage between ______, of ______,, if you find no and , of , if you find no lawful impediment thereto; and having so done, you are commanded to appear in the clerk's office of the supreme court of said District and certify the same.

Witness my hand and the seal of said court.

Laut § 721 (ibid.) joll ber clerk ein Regifter (record-book) führen, in welches Eintragungen nach Maggabe bes obigen auf jeber Seite vorgebrudten Formulars ju gefchehen haben.

Im Staate Saineis ift burch Rapitel 89, § 7 ber revioirten Statute folgendes Formular für die alicense » feftgefest :

of and state of , and state of years, and C. D., of or C. D., as the case may require,) having given his (or her) assent to said marriage.
Witness,, county clerk, and the

., county clerk, and the

seal of said county. Der durch « Act » v. 11. Mai 1877 abgeanderte § 6 ibid verordnet, daß fortan alle Diejenigen, welche eine Ehe eingehen wollen, ausnahmslos bei dem county clerk berjenigen Graficaft, in welcher Die Chefcliegung ftattfinden foll, fich um eine license ju bewerben haben ; wobei die früheren Bestimmungen außer

Rraft erflart werben (vgl. hievor 6. 67). 8) Die revidirten Bundesftatute für den Diftritt Co. lumbia beft.mmen in Rapitel 22, § 721, bag im Record-Book bes clerk (vgl. bie vorhergehende Rote) unterhalb jeder Eintragung einer license das formular für den entsprechenden Trauf chein (minister's certificate) ebensalls vorgedruckt sein solle. Der Wortlaut dieses Formulars ist nach § 722 ibid. solgenber:

«Ι, minister of

⁷⁾ Das burd die revibirten Bundesftatute für ben

bunden worden. [Bgl. die bezügliche Ueberficht auf S. 67 ff.] Derjenige Beiftliche ober Beamte, welcher mit hintansehung ber ftatutarischen Borfchriften ohne Erlaubnifis ober Bertund= schein eine Trauung vornimmt ober dieselbe nicht registriren läßt, sett fich zwar perfonlicher Berantwortlichkeit aus, in teinem Falle aber übt eine folche Unterlaffung irgend welchen Einfluß auf die Gultigleit der Ghe. In einigen Staaten, wie g. B. in Alabama und Bermont, ift fogar gefeglich bestimmt, baß bie Richt= beachtung ber statutarisch vorge= fchriebenen Formlichteiten, wofern ber betreffenbe Cheabichluß gemeinrechtlich gultig fei, die Richtigkeit ber Che nicht nach fich ziehe.

Die auf bas fanonische Recht gurudzuführenbe

church in, hereby certify that, by authority of a license of the same tenor as the foregoing, I solemnized the marriage of the parties aforesaid, on the day of,at eighteen hundred and ... in the District of Columbia.

Die revidirten Statute bes Staates Minois enthalten in Rapitel 89 bezüglich Beurfunbung ber

Ehen folgende Beftimmungen:

s hen folgende Bestimmungen: § 9. Der Geiftliche, der Richter oder der Friedensrichter, oder, falls die Trauung den Gebräuchen und Grundsätzen einer Religionszenossenschaft gemäß vor-genommen wurde, welche die Mitwirkung eines Geist-lichen nicht vorsieht, der Schreiber oder Sekretär der betreffenden Religionsgenossenischaft, Kirche oder Sekte, soll, binnen einer Frist von dreißig Tagen nach dem Cheabschusse, einen Trauschen und wentelben zusammen mit der liconson wenn eine inschede verteilen wie wennen mit der liconson wenn eine insche benselben jusammen mit ber license, wenn eine folche ausgestellt murde, dem clerk berjenigen Graffcaft übermitteln, in welcher die Chefdliegung ftattfand, oder bem

Amtsnachfolger besselben. § 10. Der Trauschein (certificate) foll nach Maß-gabe folgenden Formulars abgesaßt sein: State of illinois. (

Illinois. (ss. County. (ss.

I E. F., a justice of the peace (or as the case may be), hereby certify, that A. B. and C. D. were united in marriage by me, at in the county of, and so and state of ..., on the A. D.

§ 11. Der county clerk foll ben Empfang bes cortificate in ein eigens hiefür bestimmtes Register eintragen, und es foll bie Gintragung bie Bornamen und Familiennamen ber Parteien, bas Datum bes Speabschlies und den Namen derjenigen Person enthalten, welche das certisscate ausgestellt hat; zu gleicher Zeit soll der county clerk das certisscate mit dem Datum der Eintragung überschreiben und basielbe fobann, mit einer Orbnungsnummer berfeben, in feinem Archive aufbewahren. § 14. Die in § 11 vorgefebene Gintragung hat binnen

einer Frift bon 80 Cagen zu gefchehen; widrigenfalls ben Barteien ein Retursrecht gegen ben faumigen

Beamten auftebt.

Auseinanderhaltung ber Begriffe "Schließung" ber Che (burch Confenserflarung) und "Bollzug" berfelben (burch geschlechtliche Beiwohnung) ermöglicht nach ameritanischem, wie nach fanonischem Rechte, Die bed ingte Cheschließung In Amerika gilt nun als Rechtsnorm, baß bie copula das Cheversprechen in eine Che um= manble, fobalb bie Bedingung vor ober gur Beit ber geschlechtlichen Beiwohnung in Erfüllung gehen konnte, daß aber die copula keine Che bewirke, falls die Bedingung sich auf etwas bezieht, was erft nach erfolgter copula eintreten konnte, wie dieß z. B. dann der Fall ware, wenn Jemand einer Person versprochen hatte, dieselbe sechs Wochen später zu heirathen, unter der Bedingung, die copula sofort psiegen zu dürsen (Bishop, I. § 263).

Die Lehre, bag ber Mangel ber freien Einwilligung ber Rontrabenten bie Che vernichtet, und bag auch bie Beobachtung ber statutenmäßig vorgeschriebenen Formen Diefen Mangel nicht heilen kann, ift überall in ben Bereinigten Staaten anerkannt. Indeffen gibt es Statute, wie g. B. basjenige von Bis-confin, welche bie fonderbare Bestimmung ent= halten, daß die wegen Mangels ber freien Einwilligung für nichtig erflarte Che erft von bem Beitpunkte an nichtig fein foll, in welchem bie Richtigkeit burch Urtheil ausgesprochen wird, fo daß bemnach ein Schurte, ber burch Lift und Gewalt ein nicht einwilligendes Dabchen jur Che gebracht bat, bis ju bem ange-führten Beitpunkte als beffen Batte gilt unb feine ale folder über beffen bewegliches Bermogen getroffenen Berfügungen rechtsbeständig bleiben. Ausgeschlossen ist die Boraussehung ber Einwilligung burch fraud, error und duress (Betrug, Irrthum und Zwang ober Rurcht). Unter «duress» versteht man sowohl ben burch Anwendung forperlicher Bewalt ange= thanen 3 mang, ale auch bie burch Drohungen erregte begrundete Furcht vor bem Berluft eines unerfeplichen ober fchwer zu erfegenden Butes, 3. B. bes Lebens, ber Be-fundheit ober ber Freiheit. Fest fieht in ber ameritanischen Rechtsprechung, bag Tauschungen in Bezug auf bie sittlichen Gigenschaften, ben Stand und bas Bermogen einer Berfon -B. wenn bas Weib fich fur Jungfrau ausgab, mabrend fle es nicht war, auch wenn fie beimlich ein Rind hatte — teineswegs als ein Grund ber Nichtigkeit wegen Betrugs und baburch erzeugten Grrthums in ber Berfon zu betrachten find. Sonft ftimmt bie Pragis im Befentlichen mit ben Anfichten überein, welche auch im mobernen europäischen Rechte in Bezug auf bie Mangel ber Ginwilligung bestehen.

Befonbere ftrenge wirb an bem Erforberniffe bes Borhandenfeins ber geiftigen gabigtett (capacity of mind) festgehalten. Das Michtvorhandensein der nothigen Bernunft wird gemeinrechtlich bei feber im Beitpuntte bes Cheabichluffes ihres Berftanbes nicht machtigen ("non compos" — insane or distracted) Berson angenommen, ohne Rudficht barauf, ob ber Buftand geistiger Unfähigfeit ein blos vorübergebender (wie bei einem fonst geistig gefunden Betrunkenen) ober ein anhaltenb bauernber (wie bei einem Berftanbesichmachen, idiot) fei. Dagegen ift bie Ginwilligungeer= flarung eines Berrudten (lunatic) nicht etwa foon baburch in ihrer Gultigfeit beeintrachtigt, baß eine vorgangige gerichtliche Berfügung (Berhängung ber Interdittion, Bevormundung u. bgl.) bas Borhandenfein ber lunacy im Allgemeinen bestätigt habe; vielmehr ift bie Einwilligung bann rechtsbeständig, wenn sie in einem lichten Zwischenraume erklart wurde. Das englische Statut 15 Geo. 2, c. 30 betreffend die « under a commission of lunacy » geftellten Beiftestranten ift ju fpaten Datums (vom Jahre 1742), um in ben Bereinigten Staaten als common-law zu gelten.

IV.

Die Chem undig teit (age of consent) tritt nach common-law für das mannliche Geschecht mit bem vollendeten vierzehnten, für das weibliche Geschlecht mit dem vollendeten zwölften Lebensjahre ein. In einzelnen Staaten jedoch wurde diese Altersgrenze durch flatutarische Bestimmungen enger gezogen (vgl. S. 137 ff.).

Sind die Cheschließenden oder einer dersfelben noch nicht ehemündig, haben sie aber beide das siebente Altersjahr zurückzelegt, so gilt gemeinrechtlich ihre Consenserklärung als Ansang einer Che oder als eine unvollsommene Che (inchoate or imperfect marriage). Wollen dieselben — nach Erreichung des Chemündigkeitsalters — ihre Berbindung als Che fortsegen, so ist ein nochmaliger Abschluß dersselben nicht erforderlich. Statutarisch ebenfalls convalidirt z. B. in Massachusetts die zu früh geschlossene Che durch freiwilliges Busammensleben. Die Austösung der Che kann nicht nur von demfenigen verlangt werden, welcher bei Eingehung derselben tas gesehliche Alter noch nicht erreicht hatte, und zwar nach Erreichung dieses Alters, sondern auch von dem bei Eingehung der Che bereits in dem gesehlichen

Alter stehenden Theile. Jebenfalls tann keiner ber beiben Theile von dem Chebundniffe zus rücktreten, bevor die Chemundigkeit wenigstens für einen derfelben, wo nicht für beibe, einsgetreten ist (Bishop I. § 147). Die Trennung ist felbst dann statthaft, wenn die unter dem gesetzlichen Alter verheiratheten Bersonen bereits Kinder miteinander erzeugt haben.

Ein blos vorläufiges Eheverf prechen ober Verlöbniß, welches nicht zur Ehe geworden ist (promise or agreement to marry not executed in a present marriage), verpstichtet, wie Verträge überhaupt, nur den Volljährigen⁹), nicht auch den Mindersjährigen (infant). begründet aber für letzern das Recht, den großjährigen Mitverlobten bei Nichterfüllung seines Cheversprechens gerichtlich zu belangen (action for the breach of a promise to marry). Dem Bolljährigen steht gegenüber dem Minderjährigen folgerichtig kein solches Recht zu. Wenn das Verlöbniß zwisschen zwei Minderjährigen besteht, so ist jeder Theil ohne Weiteres frei, dasselbe aufzulösen. (Bishop, I. § 143.)

Anerkannt ift überall in ben Bereinigten Staaten, bag ber Mangel einer elterlichen oder vormundschaftlichen Einwilli= gung (b. h. überhaupt ber Ginwilligung einer britten Berfon, beren Buftim= mung statutengemäß erforberlich ift,) auf bie geschloffene Che feinen Ginfluß ausuben fann. Die Statute mehrerer Staaten enthalten gleichmohl verschiedene biegbezügliche Borichriften (vgl. Beil., S. 137 ff.): im Augemeinen wird bie Buftimmung ber Eltern ober bes Bormundes ober auch bes Lehrmeisters (fo g. B. in Pennfplvanien) bis jum Gintritt ber Bollfabrigfeit verlangt. Birb nun eine Che mit hintanfegung biefer Borfdriften abgefchloffen, so ift fie gultig; ble Betheiligten aber feten sich einer Bestrafung aus. Co g. B. verfügt bas Gesetz von Juinois, bag ber « county clerk », welcher eine « license » jur Trauung eines Minderjährigen (a man under the age of twenty-one years, or a woman under the age of eighteen years) ausgestellt hat, ohne baß ber Bater ober in Ermangelung besfelben, beziehungsweise nach beffen Tobe ober wenn

⁹⁾ Die Bolljährig ke it beginnt nach commonlaw für Manns- und Frauenspersonen mit dem ihrem 21. Geburtstage vorangehenden Tage. Statutarisch inbessen ist in einzelnen Staaten das Balljährigkeitsalter für das weibliche Geschlecht herabgesett. (S. hierüber die "Beilage" auf S. 137 ff.)

er fonft bandlungeunfabig (incapable) ift ober nicht mit feiner Familie lebt, die Mutter ober ber allfällige Bormund feine refp. ihre Gin= willigung ertheilt bat, in eine Beloftrafe im Betrage von 300 Dollars verfallen foll, welche Summe von bem betreffenben Bater, ber Mutter ober bem Bormunde mittelft Schuldklage (action of debt) gerichtlich (in any court of competent jurisdiction) erlangt werben fann (R. S. of Illinois, chapter 89, § 13). Den erforder= lichen Radweis über bas Alter ber Brautleute läßt sich ber «county clerk» baburch erbringen, daß er ben Brautleuten felbft ober irgend einer andern zeugniffahigen Berfon (any other witness) eine eidesstattliche Berficherung über bie Richtigfeit ber bezüglichen Angaben abnimmt (ibid., § 8). Rach ben Statuten von New-York (III. 233) fann immerhin bie Che gerichtlich getrennt werben, wenn bie Frau ohne Einwilligung ber Eltern, bes Bormundes ober überhaupt berjenigen Perfon, welche über biefelbe gefehliche Gewalt hatte, vor zuruckgelegtem vierzehnten Altersjahre geehelicht wurde; vorausgefest, daß weder Zusammnleeben, noch Beischlaf, noch, nach erreichtem vierzebniabrigem Alter, eine gegenseitige Ginwilligungeerflarung fattgefun= den hat.

V

Mit ber Voraussetzung ber körperlichen Fahigfeit, beren Borhandenfein ben Beftimmungen über Chemundigfeit ju Brunde liegt, wird bas Chehinderniß ber Impoteng in Berbindung gebracht und als ein felbst: ständiges behandelt 10). Die Auffaffungen über bas Befen ber Impoteng und ben Beftanb berfelben find allerdings fehr verschieden. Aus ber Gerichtspragis ergibt es fich jedoch, bag die englischen Rechtsanfichten barüber auch in Amerita befolgt werden, fo bag man g. B. baran festhält, breijahriges Bufammen-· leben zu fordern, respettive dasselbe ben Che: gatten aufzuerlegen, bamit eine immerwährende Impotenz erwiesen fei. Jedenfalls wird bie bloße Unfruchtbarkeit nicht in Betracht gezogen, mabrend die gangliche Beugungsunfähig= teit in Folge Miggestaltung ber Organe selbst bei vorhandener Möglichkeit einer mehr ober weniger vollständigen gefchlechtlichen Ber: einigung - j. B. wenn feine Berbindung zwischen vagina und uterus existit — als genügender Grund zur Auflösung der Ehe betrachtet wird. Die Klage kann nur von den Ehegatten selbst erhoben werden; in New York sogar nur von dem ver letten Theile, und nur binnen zwei Jahren von der Schließung der Ehe an gerechnet.

VI.

Ueberall in ben Bereinigten Staaten gilt bas Chehinderniß bes beftebenben Che= banbes in bem Sinne, bag zu gleicher Beit ber Mann nur mit Einem Beibe, bas Beib nur mit Ginem Manne verebelicht fein fann, und zwar felbft in benjenigen Staaten, in welchen Die Bielweiberei nicht als Berbrechen geahndet wird. Anderweitige Verheirathung ift namlich nur bann gestattet, wenn bie fruhere Ehe bon Anfang an null und nichtig war, ober wenn sie burch ben Tobober burch ein rechtsträftiges Urtheil auf= gelöst murbe; wofern inbeffen im lettern Kalle dem schulbigen Theile die Wieder= verheirathung nicht untersagt worden ift, mas bei einer wegen Ehebruchs erfannten Scheidung gewöhnlich, entweber in absoluter Beise ober bezüglich einer gemiffen Frift, zu geschehen pflegt. In einigen Staaten, in welchen biefes Berbot gesehlich vorgesehen ift, raumt immerhin bas Gefet bem Gerichte bie Befugniß ein, Dispense gu er= theilen; so 3. B. in Massachusetts. — Bes merkt wird, bag in den Statuten ber meisten Staaten bie Borschrift enthalten ist, es konne ber Berichtshof ber gefchiebenen Frau erlauben, entweber ihren im lebigen Ctanbe geführten Familiennamen (maiden name) ober benjenigen irgend eines ihrer fruhern Batten wieber anzunehmen (vgl. 3. B. bie revibirten Statute von Columbia, chapter 22, sec. 748 und von Illinois, chapter 40, § 16).

— Rach common-law ist die Bermuthung bes Tobes burch bie mabrend ber letten fieben Sahre ununterbrochen fortgefette Abmesenheit einer Berson, von welcher feit Anbeginn biefer fieben Jahre feine Rachricht eintraf, rechtlich begrundet. Ueber Die Bultigfeit ober Ungultigfeit einer vor Ablauf ber gemeinrechtlichen fiebenfahrigen Frift von bem Batten bes Berichollenen eingegangenen weitern Che entscheibet inbeffen feine Befegesbestimmung. Die Entscheidung diefer Frage im Ginzelfalle ift alfo in bas Ermeffen ber Berichte gestellt, und es wurde — nach Bishop, I. § 452 in einem Falle, in welchem bie Abwesenheit blos ein Jahr gebauert hatte, auf Bultigfei ber weitern Che erfannt. Statutengemäß genug

¹⁰⁾ Dieß ift in mehreren Staaten, 3. B. in Mana, Delaware, Alinvis, Maffacufetts, Rew. York, Rord. Carolina und Ship durch Statute ausdrücklich anertannt; in Connecticut aber bilbet die Impotenz einen Scheid ungsgrund wegen Betruges und wird also auf die Mängel der Einzwilligung zurückgesuhrt also auf die Mängel der Einzwilligung zurückgesuhrt.

zur straflosen Eingehung einer weitern Che—wobei diese weitere Ehe erst von dem Zeitpunkte an nichtig wird, in welchem ein rechtskräftiges Urtheil erfolgt — in Ilinois (R. S. of Illinois, c. 38, § 28) und New-York (III. 967), sowie in sämmtlichen Territorien sammt dem Bundesdistrikte Columbia (R. S. U. S., § 5352) eine fünfjährige, in Ohio sogar eine blos dreijährige, in Ohio sogar eine blos dreijährige, in Ohio sogar eine blos dreijährige, under heit des Mannes oder der Frau des sich wieder verheirathenden Gattentheils. Auf Nichtigkeitserklärung einer bigamischen resp. polygamischen Ehe kann selbst von dem schuldigen Theile, d. h. von demsenigen angetragen werden, welcher den andern arglistigerweise zur Eheschließung verleitet hat.

VII.

In Ansehung der She in verbotenen Braben ist bereits unter "Großbritannien" (vgl. S. 94) hervorgehoben worden, daß die frühere kanonische Theorie durch Statute Heinrichs VIII. (25 Hen. VIII, c. 22 und 32 Hen. VIII, c. 38) sehr eingeschränkt und der Grundsatz aufgestellt wurde, es seien alle Shen erlaubt, die nicht "durch das Gesetz Gottes" verboten wären¹¹). Diese Ansicht ging auch in die meisten amerikanischen Statute über. Jedoch herrscht unter den Juristen vielsacher Streit über die Frage, in wieweit die Gesetz Heinrichs VIII. in Amerika bindend und welche Chehindernisse schon "durch das Gesetz Gottes" ausgestellt seien.

Bezüglich ber Blutsverwandtschaft folgen die amerikanischen Statute im Allgemeinen dem englischen Gesehe. Durchaus und überall verboten ist die Ehe in der geraden Linie, b. h. unter Ascendenten und Descendenten, gleichviel beruhe die Berwandtschaft auf ehelicher oder außerehelicher Beugung. In der Seitenlinie dagegen sind die verbotenen Grade in den einzelnen Graden verschieden begrenzt, und ist z. B. in New-York (III. 227) die Ehe speziell nur zwischen Geschwistern werboten, seinen dieselben indessen volle oder halbbürtige. In einigen Staaten, wie z. B. in Ohio und Nord-Carolina, bildet der vierte Grad römischer Berechnung die Scheibelinie, diesseits welcher keine Ehe sutäßig erklärt worden ist, so daß also eine Verbindung unter Geschwisterkindern, nicht aber zwischen Onkel und Nichte statthaft wäre. Uebers

haupt icheint überall in ben Bereinigten Staaten bie Bultigfeit einer Ghe zwischen Obeim und Richte, ober Reffe und Cante als zweifelhaft betrachtet zu werben. Die revibirten Statute von Allinois (c. 89, \$ 1) erflaren ale blutschanberisch und nichtig (incestuous and void) bie Che unter voll- ober halbburtigen Geschwistern (brothers and sisters of the half as well as of the whole blood) und zwischen Oheim und Richte (uncles and nieces) ober Lante unb Reffe (aunts and nephews), ohne Unterschied, ob die Bermandischaft eine eheliche ober uneheliche fei. Bezuglich ber verbotenen Grabe in ber Schmägerschaft ift hauptfächlich barüber gestritten worben, ob bie Ehe mit ber Schwägerin (ber Schwester feiner verftorbenen Frau, the deceased wife's sister) gulagig fet; es fcheint nun eine folche Che überall, Birginia etwa ausgenommen, geftattet gu fein.

Die Richtigkeitsklage kann, ber englischen Prazis gemäß, von jedem ber beiben Chegatten felbst und von britten Perssonen, welche ein Interesse babei haben, ershoben werden.

VIII.

Eine praktische Folge bes Eingangs (S. 124) ermahnten Brundfages ber unbefchrantten Mutonomie jedes Ginzelstaates bezüglich des Chewefens ift insbesondere noch barin zu erbliden, baß - trop ber, feit Aufhebung ber Stla: verei (1865) und ber Berleihung ber vollen Burgerrechte an bie Neger (1870), in ben Bereinigten Staaten allgemein bestehenden politischen Bleichberechtigung, ohne Unterschied von Raffe und Stand - Die Chebinber. niffe ber Raffe und bee barger: lichen Standes (impediments of race and of civil condition) in benjenigen Staaten, beren Gefetgebung fie aufgestellt hatte, auf-recht erhalten fein fonnen. Das Chehinberniß ber Raffe fteht bort allen Cheschließungen zwischen Regern und Indianern, Regern und Beigen, sowie Indianern und Beigen ents

ΙX

Die Unterscheidung zwischen void (nichtig) und voidable (nichtig erflärbar) ging, als ein Bestandtheil bes englischen Eherechts, zugleich mit den übrigen Theilen desselben, in das amerikanische common-law über. Void bedeutet, daß die Ehe von vornherein, also ohne gerichtliche Nichtigkeitserklärung, unbedingt jeglichen Bestandes entbehrt. Die Nichtigkeit einer solchen Ehe kann von Jedermann, vor

¹¹⁾ In Statut 32 Hon. VIII, c. 38 wirft ber Ronig bem Papfie vor, daß die Rirche, nur um Geld zu gewinnen, andere als die im Gefete Gottes enthaltenen Speverbote erfunden habe, um bispenfiren zu

jebem Bericht, bei irgendwelchem gerichtlichen Berfahren, zu Lebzeiten ober nach bem Tode ber vermeintlichen Chegatten, behauptet werden; und zwar gleichviel, ob als Mittel ober als Bred, als haupt- ober als nebenfachlicher Beweissas. Voidable bagegen bebeutet, baß gur Begrundung ber Nichtigkeit bie Che angefochten werben muß. Die Michtigkeiteklage bezüglich einer blos voidable Che ift inbeffen nur bei Lebzeiten beiber Chegatten und nur ab Seite von Intereffenten annehmbar, und fest ein eigens jum Bwede ber Richtigkeitserklarung einge-leitetes gerichtliches Berfahren voraus. Go lange die voidable Che nicht für nichtig erklart ift, wird fie als gultig, nach erfolgter Nichtig= keitserklarung jedoch als von Anfang an ungultig betrachtet.

Void find in erfter Linie biejenigen Chen, welchen bas vernichtenbe Binbernig bes beftebenben Chebanbes entgegenfteht; im Staate New - Jort ift inbeffen gesetlich porgeschrieben, wenigstens unter gewiffen Umftanden, eine gerichtliche Richtigfeiterflarung (refp. Scheibung, val. unten) bezüglich folcher Eben zu erwirten. Unbebingt void ift fobann in benjenigen Staaten, in welchen bie Ebe= hindernisse ber Rasse und bes Stanbes befteben, bie mit hintansegung biefer Sinberniffe geschloffene Che. Da wo fie geseglich verboten ift, bilbet also bie Che swifchen Berfonen verschiedener Raffe (auch ohne vorgangige Richtigkeitserklarung) tein Binberniß gur Schließung einer weitern Che. Endlich ift gemeinrechtlich noch void (im Gegen-fape ju voidable) bie Che mit einer thres Berftandes nicht machtigen Berfon, insbefonbere bei erwiesener Berftanbesichwachheit (idiocy); jeboch beuten in einzelnen Staaten, sowohl Statute als gerichtliche Entscheibungen aus jungfter Beit, auf bie Nothwendigfeit bin, in berartigen Fallen eine formliche Nichtigteitsertlarung - in a direct suit between the parties - ju veranlaffen. In einem in Bermont entschiebenen Falle (aus bem Jahre 1870) erflarte übrigens ber Berichtshof, daß biefe Auslegung ber statutarischen Bestimmungen mit ben bezüglichen Grundfagen bes common-law übereinstimme (« this construction of the provisions of the statute is in harmony with the common-law on the subject »; Bishop, I. § 137).

Die Che in ben verbotenen Graben ber Bermanbischaft und Schmagerschaft ift zwar in einzelnen Staaten ftatutengemäß void, nach common-law aber blos voidable (wie vormals in England, wo folche Chen erft

seit Lord Lyndhurst's Act - 31. August 1835 — void find).

Ueberhaupt foll, infofern bas urfprungliche common-law nicht burch neuere Ctatute abgeandert worden ift, ein auf bas fanonifche Recht jurudzuführenbes Ehehinbernif (Bermanbifchaft und Schwägerschaft ober Impotenz) bie Che nur voidable, ein fcon bem Civilrechte ents ftammenbes Chehinberniß (beftebenbes Cheband, Billensunfahigfeit ic.) bagegen bie Che void machen.

Diese Theorie rührt von bem Rampfe ber. welchen in England nach ber Reformation Die weltlichen Berichte mit ben geiftlichen fuhrten. Da bie geiftlichen Gerichte fich ftreng an bas kanonische Recht hielten und fich zu keiner anderweitig begründeten Richtigfeitserflarung einer Che herbeilaffen wollten, fo versuchten bie weltlichen Gerichte, in Chefachen eingugreifen und in benjenigen Fallen, in welchen bie burgerliche Gesetzebung im Gegensate zum tanonischen Rechte es zuließ, bie Nichtigkeit ber Ebe auszusprechen Dieser Rampf enbete nun bamit, daß die geiftlichen Berichte als in Chesachen einzig zuständig, die durch die weltliche Gefetgebung aufgestellten Chehinderniffe aber als ohne Weiteres die Che vernichtend erklart wurden.

In Amerita bestanden allerdinge niemale geiftliche Berichte; bie weltlichen Berichte haben indeffen in Chefachen nur insoweit Entfcheibungsbefugniß als bie Gefet-gebung ihres Staates biefe ihnen einraumt. In Amerika war namlich bie Borftellung entstanden, daß dort die gefetgebende Gewalt die gleichen Befugniffe habe, wie in England bas englifte Barlament, welches bekanntlich bis jum Jahre 1857 (« Divorce Act » 20 & 21, Vict. c. 85) ausschließlich Ehescheibungen (divorces à vinculo) bewilligen fonnte; baber murden in früherer Beit fogenannte legislative divorces burch bie Gefes= gebung bewirft, mahrend nunmehr in ben meiften Staaten bie Berichte in allgemeiner Beife ober im besonbern Falle jum Ausspruche einer Scheibung von ber Befetgebung ermachtigt werden. Selbständige Gerichts barkeit in Chesachen haben jest bie Gerichte in Arkansas, Florida, Maine, Michigan, New-Jersen, New-York, Nords-Carolina, Ohio und Tennessee. Indessen wird noch ziemlich allgemein ber gesetz gebenden Gewalt bie Befugniß zuerkannt, wenigstens in ausgerordentsiden Allen Sallen wenigstens in außerorbentlichen Fallen, Scheibungen zu bewilligen. In Gub-Carolina und Birginia fonnen heute noch bie Chescheibungen

nur burch bie Besetgebung bewirft werben. In Mlabama gebort gur Gultigfeit einer Scheidung Die Buftimmung von zwei Drittel ber Stimmen beiber Zweige ber Befetgebung ju ber vorgangigen gerichtlichen Untersuchung und Enticheibung; mabrend in Georgia zwei abereinftimmenbe Berbitte befonbere eingefester Beschwornengerichte (special juries) erforber-

lich find - fo Drebing, S. 56.

Bemerkt wird hiebei, daß in Folge bes foeben ermahnten Unterschiebes in ber Berichtsbarfeit bas englische Cherecht in Amerika eine andere Fort-bilbung erhielt. Insbesondere unterscheidet bas beutige amerikanische Recht nicht mehr zwischen ber eigentlichen Scheibung und ber Ungultig= feits. ober Dichtigfeiterflarung ber Che, fonbern es wird jede burch richterliche Thatige feit bewirkte Auflosung ber Ghe, gleichviel ob es fich um eine rechtsbestandige ober um eine ungultige ober nichtige Che handle, ichlechthin als & hefcheibung (divorce) bezeichnet.

Reben ben Chebinberniffen, bie man ale ber Che vorausgegangene Scheidungsgrunde betrachtet, gibt es nun andere, mabrend ber Che eintretenbe Urfachen, aus welchen auf Scheisbung geklagt werben tann. Die hauptfachlichfte und am allgemeinften anerkannte biefer Che = fcheibungsurfachen ift ber Chebruch; wodurch jedoch tein Scheidungegrund entfteht, wenn auch ber flagenbe Theil einen Ghebruch begangen, ober ben Chebruch bes anbern begunftigt, ibn felbft bagu veranlagt, ermuntert, ober fillschweigend bie Fortsetzung eines ebe-brecherischen Berhaltniffes gebulbet, ober wenn eine ausbrudliche ober ftillschweigende Bergeihung ftattgefunden hat. Die Ginrede ber Bergethung (condonation) wird immerhin genau von ber Einrebe ber Rachficht (connivance) getrennt, und lettere, welche oft mit Collufton jufammenhangt, rundweg verworfen. Allerdings wird bie Einrede ber Bergeibung oft migbraucht und aus verschiedenen Sand-lungen bes oftmals überlifteten Batten abgeleitet; baber bie Frage, welche Beweife gur Berzeihung genugen, febr ftreitig ift, nament= lich ob ber nachfolgende Beischlaf des klagen= ben Batten mit bem andern, um beffen Schulb er mußte, als Berzeihung gelten tann. In Penniplvanien wird eine Enticheibung als maßgebend betrachtet, wonach Bahufinn gur Beit bes Chebruchs bie bes Che-bruche angeklagte Frau nicht ichugen soll. In mehreren Ctaaten gibt es, außer bem Chebruch, noch andere nach geschlossener Che eintretende Scheibungs-

grunbe; fo namentlich Graufamfeit, bo8williges Berlaffen ober Berfchollenheit, Bewohnheitefauferei, Gefangnifftrafe auf Lebens: geit ober irgend ein entehrendes Berbrechen, Uebertritt zu einer bie Che ale unerlaubt betrachtenben Schte (3. B. ber Bitterer) u. bgl. In einigen Staaten, 3. B. in Maine, geht bie Gefeggebung so weit, baß fie ben Gerichten bie Befugniß einraumt, aus irgend welchen ihnen genügend erscheinenden (wenn auch im Befege nicht ermabnten) Urfachen bie Scheis bung zu erkennen. In Minois und Miffouri bat bie Befeggebung, fogar ohne bag irgenb ein Grund angeführt murbe, Scheibungen gemahrt. Bohl zu beachten ift, bag bloges Ginraumen ober Geftanbnig bes an= gegebenen Scheibungegrunbes ab Seiten eines Theile taum in irgend einem Staate genugt, es vielmehr eines anderweitigen Beweises bedarf, um eine Scheibung zu ermöglichen. Letteres ift in Bermont und Rem-Jort (III. 235,236) ausbrudlich anerkannt. In ben meiften Staaten ift bie Annehmbarkeit einer Scheibungeflage von ber Dauer bes vorgangigen Aufenthalts ber Barteien im betreffenben Staate ober von dem Umstande abhängig, daß sich die Thatfachen, welche bie Scheibung begrunben follen, im betreffenben Berichtsbegirte ereignet haben. In Bezug auf die Wirkung ber Ches fcheibungen macht fich in Amerika vielfach bie Unficht geltenb, baß bie Chescheibung bem schulbigen Gatten nicht bas Recht geben foll, fich wieder zu verheirathen (vgl. bas bievor auf S. 131, VI Befagte); allein biefe Anficht ift nicht bie gemeinrechtliche.

Der bem fanonischen Rechte entflammenbe Begriff ber Butativehe ift bem ameritanischen Rechte, ebenfo wie feinem englischen Urbilbe, unbefannt. Gine Ausnahme hievon bietet jedoch bie Rechtsprechung in Louifiana, wo bie bezüglichen, aus Spanien eingewan-berten, tanonischen Rechtfage von ber Berichtspraris aufrecht erhalten werben. Das commonlaw fammtlicher übrigen Bebietstheile ber Bereinigten Staaten legt einer nichtigen Che unter teinen Umftanden, weder zu Gunften bes gut-glaubigen Chegatten (b. b. besjenigen, welcher im Glauben fich befand, bag ber Ghe fein vernichtendes ober trennendes Sinderniß entgegenstehe), noch ber in solcher Che erzeugten Rinber, Birtungen bei. Dagegen wurde in mehreren Staaten, 3. B. Raffachufetts und Rew- Nort (III. 234), statutarisch zunächst ber Grundfas aufgestellt, bag bie Rinber aus

einer wegen Bigamte aufgelösten Ghe — wofern biese Che, wenigstens ab Seite bes einen Gattentheiles, in gutem Glauben eingegangen wurde — als eheliche Kinder betrachtet werden sollen Gin Gleiches gilt in einzelnen Staaten bezüglich der Kinder aus einer wegen Berrückt heit oder Berstande geses Bere plichen Alters, nicht aber bezüglich der Kinder aus einer wegen Berwandtschaft oder Schwägerschaft in einem verbotenen Grade aufgelösten Che. Derartige mehr oder weniger weitgehende Bestimmungen enthalten z. B. die Staute von Californien, Maine, Maryland, Massachletts und Teras. In Missouri geht ein Statut so weit, daß es die Kinder aller gesetlich nichtigen Ehen sur ehelich erklärt.

XI.

Bezüglich der im Unslande von Angehörigen ber Bereinigten Staaten eingegangenen Shen enthält bas "Reglement für die Konsularbeamten ber Bereinigten Staaten", aus welchem bereits (auf S. 66 ber vorliegenden Arbeit) die bei einer Trauung in der Schweiz für Amerikaner maßgebenden Borfdriften mitgetheilt wurden,

folgende weitere Bestimmungen

(Art. XXIV, § 417.) Das Statut — R. S. U. S., § 4082 — ermächtigt ben Konful nicht, die Tranung vorzunehmen. Es lagt fich nicht annehmen, bag ber Rongreß bem Konful die Eigenschaft eines Traubeamten ober einer sonstigen, bem fremben Befete ju= widerhandelnben, Urfundperson beilegen wollte; wodurch eine Berletung bes auslandischen Rechts, ober wenigstens ber Schein einer folchen, ent= fteben tonnte. Die Che ift ein Bertrag, ben feber Staat für fein Gebiet nach eigenen Gefeten regelt. In Anfehung beffen, daß Erbichafts- rechte oftere von ber Gultigfeit einer Che abhangig find, follen bie Ronfuln, wenn beren Begenwart bei einer Cheschließung verlangt wirb, auf das Borfichtigste sich nicht nur darüber ver: gewiffern, bag bie Barteien bem Befege des Landes gemäß, in welchem ber Cheabschluß ftattfindet, heirathsfähig find, sonbern auch barüber, bag überhaupt alle Erforberniffe einer gultigen Chefchließung In feinem Falle foll ber vorhanden find. Ronful sich anmaßen, die Trauung vorzunehmen, wenn bas Gefet bes betreffenben Landes bieß nicht ausbrudlich gestattet. Das Statut fieht awar die Bornahme ber Trauung in Begen= wart des Ronfuls vor, aber es hat dieselbe gemäß bem Befete bes Chefchließungsortes stattzufinden.

(-\$ 418.) Die vorausgehenden Ermägungen

find indeffen fur China, Japan, Radagas= far, Siam, die Turfei, die Berberei, sowie bie andern nichtdriftlichen und halbzivilisirten Lander, in welchen Ronfulargerichte eingefest find, nicht maßgebenb. In biefen Landern hat ber Ronfularbeamte einfach ju beurtheilen, ob bie Brautleute bie gur Chefchließung im Bunbesbiftritt Columbia erforderliche perfonliche Fahigteit befigen. — 7 Op. Atty. Genl., 18. — In Betreff folcher Lander, gilt die Ansicht, daß ber Ronfularbeamte bafelbft, fraft feiner richterlichen Gewalt, die Trauung vorne bmen fann, falls die Chefchließenden es wunschen. Immerhin geht bie herrschenbe Meinung dabin, es fet ba, wo man fich bie Mitwirkung eines bie gehörigen Gigen= schaften besitzenden & e i ft lich e n12) verschaffen tann, die Bornahme der Trauung durch einen folden derjenigen durch ben Konsul vorzuziehen; wobei die Thatigfeit des Ronfuls auf Ausftellung bes vorermähnten Beugniffes (vgl. S. 66) 13) fich zu beschranken hat.

Ueberhaupt gilt in ben Bereinigten Staaten

12) hinsichtlich Zu ft an dig keit de & Geiftlich en ist dem auf S. 66 hieder auszugsweise mitgetheilten Art. XXIV, § 414 des Consularreglements noch zu entnehmen, daß, dem maßgebenden Gesetze des Bundesbistritts Columbia zu Holge, jeder den Satungen seiner Kirche gemäß ordinirte oder irgendwie als Seelsorger eingesetzt «minister of the gospel» zuständig ift, gleichviel ob derselbe am Cheschizkungsorte oder irgendwo anders angestellt oder wohnhaft sei. — Bgl. S. 127 f.

18) Das für diejes Zeugniß des Ronfuls festgesette Formular ist folgendes:

Certificate of marriage. Consulate of the United States,

,, 18
I,, Consul of the
United States at, do hereby certify
that, on this ———— day of ————,
A. D. 188—, at, in the city of
, A B, aged years, born
in, and now residing in,
and C. D., aged years, born in
, and now residing in,
were united in marriage before me, and in my
presence, by, who is
authorized by the laws of to per-
form such a ceremony.
In witness whereof, I have hereto subscribed
my name and affixed the seal of the consulate,
at day of day of the
A. D. 188, and of the independence of the

U. S. Consul.

(Regulations prescribed for the use of the Consular Service of the United States, Form No 87.)

United States the

als feftstehender Grundfaß, daß bie Gultigfeit einer Che folechthin nach den Befegen bes Ortes ju beurtheilen fei, wo fie abge = fchloffen wurde; falls wenigstens bie Berichtsbofe nicht burch ausdruckliche Bestim= mungen eines lotalen Statuts - wie namentlich Bishop (I. § 355) es auffaßt -- jur Berlegung Diefer, einer ber hauptfachlichften Rormen bes internationalen Privatrechts formlich gezwungen werben. Die Doftrin will nämlich fogar bann die Bultigfeit einer im Auslande abgeschloffenen Che nach bem Rechte bes Cheschließungsortes beurtheilt wiffen, wenn sich bie Barteien er= wiesenermaßen gur Umgehung ber einheimischen Befete in's Ausland begeben haben, um fich bort trauen zu laffen. Dagegen bestimmen - wie bereits angedeutet — Die Statute ein= zelner Staaten (3. B. von Daffachufetts), baß bie im Staatsgebiete ihren Bohnfig habens ben Berfonen, welche, behufe Umgehung ber Befete bes Staates, außerhalb besfelben eine Che eingehen, teine fur ben Staat gultige Che ichließen tonnen. Aus bem oben angeführten Grundfage ergeben fich nun bie beiden correlativen Sage, daß die am Cheschließungsorte gultige Ghe überall gultig, und umgefehrt, daß die am Cheschließungsorte ungultige Che überall ungultig ift. Diefe Gage erleiben immerhin in ihrer Anwendung gewiffe Ginfchrantungen oder Erweiterungen. In einschränkenbem Sinne wirft vor Allem aus das in ben Bereinigten Staaten durchgebende ju Recht bestebende Berbot ber Polygamie, sobann bas Berbot ber Che in den durch die Statute bestimmten Graben ber Bluteverwandtichaft und Schwager: schaft, beffen Uebertretung geradezu als Blutschande ausgelegt wird. In erweiternbem Sinne wirft junachst die Ansicht berjenigen, welche, fo lange bas Gegentheil nicht burch förmliche Beweisführung tonftatirt murde, bas auslandische Befet als bem inlandischen vollfommen entsprechend annehmen wollen. Gine folche Auffaffung von dem wesentlichen Inhalte bes auslandischen Befeges lagt es nun auch ju, daß in Unwendung des amerifanischen commonlaw bie in einem Lande, in welchem bie Gultigfeit ber Che von der Beobachtung einer gewiffen Form bei deren Abschluß abhangig ift, durch formlofen Ronfensaustaufch eingegangene Berbindung, fo lange der Machweis jener auslan: dischen Formvorschrift nicht erbracht ift, von ben Berichtshofen als Che betrachtet wird 14). Dieß

gilt namentlich für ben bereits erwähnten Fall, daß ein eheliches Zusammenleben im Geltungsbereich des amerikanischen common-law stattsand, und insbesondere dann, wenn das Bundenis in einem Staate der Union abgeschlossen wurde. Dabei kommt es, wie gesagt, nicht darauf an, daß die Betreffenden der Rechtsordnung ihres Domizils durch eine bloße Reise in einen Nachbarstaat sich entzogen haben. (Bgl. das auf S. 127 Gesagte.)

Die von Angehörigen ber Bereinigten Staaten, ohne Beobachtung ber Gefete bes Cheschließungsstaates, im Auslande abgeschlossenen Ehen sind
— nach Bishop, I. \$\$ 391, 393 und 399 —
in benjenigen Ausnahme fallen, welche
sich auf nachfolgende brei Rategorien zurudführen lassen, in ber heimat unbedingt gultig:

1. wenn bie Parteien sich in einem Lanbe aufhalten, in welchem es ihnen unmöglich ift nach bem bafelbst geltenben Gefet eine Ehe zu schließen, währenb sie nach ber heimatlichen Gesetzgebung die hiefur erforderliche Fähigkeit besitzen;

2. wenn die Gefetgebung bes Chefchließungsortes Ausnahmebestimmungen bezüglich ber Auslander aufstellt, wonach diefe nach ihren eigenen Gefeten und Gebrauchen bie Ehe ichließen burfen

bie Ehe schließen burfen; 3. gefest ber Fall, baß bas betreffenbe Land von einer feindlichen

über ben Bestand einer Che, welche angeb-lich in einem andern Staate oder im Auslande ab-geschlossen wurde, durch das bloge Geständnis der Barteien, deren erwiesenes Zusammenleben als Mann und Frau, oder andere aus den Umftanden fich er-Bebende Beweismittel erfolgen fann. — In allgemeiner Beije ift Die (bereits auf Geite 126 f. erwahnte) Lehre, daß die Thatface des Cheabichluifes (the fact of marriage) bor Bericht burch bie Unnahme Diefer Thatfache felbft bon Seiten ber Begenpartei, ober durch den Ruf oder das Busammenleben als verheirathete Berfonen, ober burd irgend eine anbere aus ben begleitenden Umftanden herborgebende Bermuthung fich beweifen laffe, in einem Statute von Daffachufetts mit folgenden Worten ausgesprochen: When the fact of marriage is required or offered to be proved before any court, evidence of the admission of such fact by the party against whom the process is instituted, or of general repute, or of cohabitation as married persons, or any other circumstantial or presumptive evidence from which the fact may be inferred, shall be competent. (Mass. Gen. Stat. c. 106, § 22.) — Bishop (I, § 519) bemertt hiebei, daß in denjenigen Fallen, in welchen der Bestand einer Che durch ben Ruf, das Bufammenleben ober ein fonftiges der Bermuthung der Unichuld (presumption of innocence) feine Beweistraft entnehmenbes Mittel nachgewiesen werden tann, es gleichatlig fei, ob ber Cheabichlug im In- ober Auslande ftattgefunden babe.

¹⁴⁾ Die Statute einzelner Staaten (so 3. B. die bon Annois, R. S. c. 40 § 11) stellen sogar ausdrückliche Bestimmungen des Inhalts auf, daß der anläßlich einer Ehescheidung zu erbringende Rachweiß

Urmee befett ift, wenn bie Cheschlichung innerhalb bes von biefer Armee befetten Bebietes stattfinbet.

Ueber die Eultigkeit der Che murbe unter ben zwei ersten Boraussehungen bas ameristanische Recht, allenfalls in Berbindung mit dem Rechte des Wohnsiges, unter letterer aber bas Recht der in Feindessland friegführenden Macht enticheiden. Co Bishop, a. o. a. D.

XII

Alls Nachtrag zu ber auf S. 67 gemachten Angabe bezüglich Legit im at ion burch nach folgen be Ehe wird noch bemerkt, daß die Gesetz einzelner Staaten eine solche Legitimation vorsehen. So z. B. die Statute von Ilinois, (R.S., c. 17, § 15), welche bestimmen, daß ein uneheliches Kind zu jeder Zeit durch die Berheirathung der Mutter mit dem vermuthlichen Bater vollständig legitim wird

Ferner ist die Legitimation durch nachfolgende Che, fraft bezüglicher Statute, möglich geworden: in. Alabama, Georgia, Indiana, Kentucky, Maryland, Mississippi, Missouri, Nords Carolina, Ohio, Bermont und Birginien; während dieselbe in benjenigen Staaten, welche ihr common-law aus England bezogen haben, gemeinrechtlich nicht bekannt ist.

In Louifiana fonnen Eltern weißer Raffe ihre unehelichen Rinder mittelft einer vor Rotar und Beugen errichteten Urfunde dann legitimiren, wenn fie gur Beit der Geburt bes Kindes fabig waren, eine Che miteinander zu schließen.

Quellen und Literatur.

The Revised Statutes of the United States passed at the First Session of the Forty-Third Congress 1873—'74, embracing the Statutes of the United States, general and permanent in their nature, in force on the First day of December, One Thousand Eight Hundred and Seventy-Three, as revised and consolidated by commissioners appointed under an Act of Congress; and as reprinted, with amendments, under authority of an Act of Congress approved the 2nd day of March 1877. (Washington, 1878.)—The Revised Statutes of the United States relating to the District of Columbia 1878—'74 (Washington, 1875).

The Revised Statutes of the State of Illinois 1882, comprising the « Revised Statutes of 1874 », and all amendments thereto, together with the general Acts of 1875, 1877, 1879, 1881 and 1882, being all the general Statutes of the State, in force on the first day of December 1882 (Compiled and edited by Harvey B. Hurd, Chicago 1883).

Commentaries on the Law of Marriage and Divorce, with the evidence, practice, pleading, and forms; also of separations without divorce, and of the evidence of marriage in all issues. By Joel Prentiss Bishop. Sixth edition. Boston,

1881; Little, Brown & Co. — Die erste Austage biese Wertes wurde im Jahre 1855 von Mittermaier in der "Kritischen Zeitschrift für Rechtswiffenschaft und Gesetzgebung des Auslandes" (Bd. XXVII, S. 179 ff.) angezeigt. — Rach Bishop gilt das fan de fanntlich seine besonderen Kirchenbersammlungen und Beschläffe hatte, nicht wie in andern Ländern als ein geschlösener Rechtstörper, sondern nur so weit als es almählig durch die geststlichen Constitutionen der englischen Bischber und durch die Gestgebung Englands modifizirt und geändert ist. Daher gibt es auch in England besondere Sammlung en und Darstellungen des englischen kand in England besondere Sammlung en und Darstellungen des englischen kand in England besondere Sammlung en und Barns (Ecclesiastical Law — in der guten Ausgabe von Phillimore).

Drebing, Gustab L. Das gemeine Recht (common law) ber Bereinigten Staaten von Amerika nebst ben Statuten der einzelnen Staaten. Rew-York 1866; E. Steiger, 17 & 19 North William Street.

Beilage.

Mus: « Regulations prescribed for the use of the Consular Service of the United States. Washington, 1881 (p. 459 ss.)»

Rreisichreiben Dr. 18.]

Betreffend die in den Bereinigten Staaten geltenben gefehlichen Bestimmungen über das Alter, mit welchem die Bollichrigkeit (majority) eintritt.

Staats-Departement (Department of State),

Washington, den 16. Febuar 1872. An die diplomatischen Bertreter und Konsularbeamten der Bereinigten Staaten.

Meine herren: Unläßlich verichiedener Fälle wurde es als wünschenswerth erachtet, daß den diplomatischen und Konsular-Agenten zuverlässige Aufschliche zu Gestote stehen über die in den verschiedenen Staaten und Territorien geltenden Rechtsnormen bezüglich des Alters, mit welchem Manns, und Frauensperjonen, als ledig oder verheirathet, ihre Bolljährigkeit erreichen. Den auf ein Kreisschreiben, welches das Departement unlängst an die Regierungen (executives) der einzelnen Staaten und Territorien gerichtet hat, erhaltenen Antworten wurden nachstehende Angaben entnommen:

Staaten.

Alabama. — Jünglinge unter 17 und Madden unter 14 Jahren können teine Ehe eingehen. Sowohl Manns als Frauenspersonen erreichen die Bolljährigkeit mit dem Alter von 21 Jahren. Arkansas. — Die Bolljährigkeit tritt ein für

Arfanjas. — Die Bollichrigfeit tritt ein für bas mannliche Gefchlecht mit bem zuruchgelegten 21. Altersjahre und für bas weibliche Geschlecht mit bem zuruchgelegten 18. Altersjahre.

Californien. — Mannspersonen erreichen bas Bollichrigfeitsalter mit 21 und Frauenspersonen mit

18 Sahren.
Connecticut. — Manns- und Frauenspersonen, gleichviel ob verheirathet ober nicht verheirathet, erreichen das Bolljährigkeitsalter mit zurückgelegtem 21. Lebensiabre.

Delaware. — Die Bolljährigfeit tritt für das mannliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 21. Altersjahre und für das weibliche Geschlecht mit dem zurudgelegten 21. Altersjahre ober mit ber Berheirathung

Floriba. - Manns - und Frauensperfonen, gleichbiel ob berheirathet ober nicht verheirathet, er-reichen ihre Bollithrigfeit mit bem Alter von 21

Georgia. - Manns - und Frauenspersonen, gleichviel ob verheirathet ober nicht verheirathet, er-reichen ihre Bollabrigteit mit dem Alter von 21 Jahren.

Bllinois. — Die Bolljährigkeit tritt für bas mannliche Geichlecht mit bem jurudgelegten 21. Alters. jahre und für bas weibliche Befchlecht mit bem gurudgelegten 18. AlterBjahre ein.

In biana. — Manns- und Frauenspersonen, gleichviel ob verheirathet ober nicht verheirathet, erreichen bas Bolljährigfeitsalter mit gurudgelegtem 21

Lebensiabre.

- Die Minderjährigkeit (period of mi-Bowa. nority) erftredt fich für das mannliche Beichlecht bis jum Alter von 21 und für das weibliche Geichlecht bis jum Alter von 18 Jahren. Die Bolljahrigfeit tritt indeffen bei allen Minderjahrigen durch Berebelichung

Ranfas. - Mannsperjonen erreichen ihre Bolljährigfeit mit bem Alter bon 21 und Frauenspersonen mit dem Alter bon 18 Jahren, gleichviel ob verheirathet

ober nicht verheirathet.
Rentudy. — Die Bolljährigkeit tritt für das männliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 21. Altersjahre und für das weibliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 18. Altersjahre ein. (Junglinge fonnen nach

gurufgelegtem 18. und Madden nach zurüdgelegtem 14. Lebensjahre eine She eingehen.)
Louisiana. — Die Bolljährigfeit tritt für das männliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 21. Altersejahre und für das weibliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 18. Altersjahre ein. (Rnaben fonnen nach jurudgelegtem 14. und Dabchen nach jurudgelegtem 12. Lebensjahre eine Che eingeben.)

DRaine. - Die Bollichrigfeit tritt für bas mann-liche Gefchlecht mit dem gurudgelegten 21. Altersjahre und für das weibliche Beichlecht jum 3mede ber Cheichließung mit bem jurudgelegten 18., fonft aber mit bem jurudgelegten 21. Altersjabre ein.

Daryland. - Die Bolljährigfeit tritt filr bas mannliche Beichlecht mit bem gurudgelegten 21. Alters. jahre und für bas weibliche Befchlecht mit bem gurlid. gelegten 18. Altersjahre ein.

Maja du jett 5. — Manns- und Frauens-personen, gleichviel ob verheirathet ober nicht ver-heirathet, erreichen ihre Bolljährigkeit mit dem Alter von 21 Jahren. Michigan. — Die Bolljährigkeit tritt für beide

Beichlechter mit bem gurudgelegten 21. Altersjahre ein. (Die Unnahme Diefer Altersgrenze bezüglich der Frauens. perfonen ift inbeffen eber eine bloge Folgerung aus gemiffen Gefegesbeftimmungen als eine dirette ftatutarifche Boridrift.)

Minnesota. — Die Bollichrigkeit tritt für bas männliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 21. und für das weibliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 18. Altersjahre ein. (Mannsperjonen tonnen indeffen nach jurudgelegtem achtzehnten und Frauensperfonen nach jurudgelegtem fünfzehnten Lebensjahre eine Che galtig eingeben.)

Miffiffippi. - Mann3- und Frauensperfonen, gleichviel ob berbeirathet ober unberbeirathet, erreichen ihre Boliahrigfeit mit bem Alter bon 21 3ahren. Frquensperfonen burfen nach jurudgelegtem achtzehnten Lebensjahre ohne Ginwilligung ber Eltern ober bes

Bormundes eine Che eingeben. Riffouri. — Die Bolljährigkeit tritt für das mannliche Geschlecht mit bem gurudgelegten 21. und für bas weibliche Geschlecht mit bem gurudgelegten 18. Altersjahre ein.

Rebrasta. - Mannsperfonen find mit 21, Frauenspersonen, wenn verheirathet, mit 16 und, wenn

ledig, mit 18 Jahren volljährig.

Revaba — Die Bolljährigfeit tritt für bas mannliche Geschlecht mit bem jurudgelegten 21. und für das weibliche Geschlecht mit bem jurudgelegten 18. AlterSiabre ein.

Rem. Dampfbire. - Die Bolljahrigfeit tritt für bas mannliche Geichlecht mit bem gurudgelegten 21. und für bas weibliche Beichlecht mit bem gurudgelegten 18. Altersjahre ein.

- Die Bolljährigkeit tritt für Rem. Jerjen. beide Geschlechter mit bem jurudgelegten 21. Altersjabre ein. (Frauenepersonen tonnen nach jurudgelegtem achtzehnten Lebensjahre ohne elterliche ober vormundfcaftliche Ginwilligung heirathen.) Rem - Dor t. — Manns- und Frauensperfonen,

gleichviel ob verheirathet oder unverheirathet, erreichen ihre Bollichrigfeit mit dem Alter von 21 Jahren. (Mannspersonen fonnen nach gurudgelegtem achtgebnten und Frauenspersonen nach jurudgelegtem fechszehnten Bebensjahre lettwillig über ihr perjonliches Bermogen berfügen, Die bon einem noch nicht volle 14 Jahre alten Mabchen, ohne Ginwilligung ber Eltern ober bes Bormundes, eingegangene Che fann von den Gerichten

für nichtig ertlärt werden.)
Rord-Carolina. — Die Bolljährigkeit tritt für beiderlei Geschlecht, bei verheiratheten sowohl als bei ledigen Berfonen, mit dem gurudgelegten 21. Alters-

Dhio. - Mannsperjonen erreichen ihre Bolljahrigfeit mit dem Alter von 21 und Frauenspersonen mit dem Alter von 18 Jahren, gleichviel ob dieselben verheirathet oder nicht verheirathet sind.

Oregon. — Die Bolljährigfeit tritt für das

mannliche Geschlecht mit bem gurudgelegten 21. und für bas weibliche Geschlecht mit bem gurudgelegten 18. Altersjahre ober mit ber Berheirathung ein.

Benniplvanien. - Die Bolliabrigfeit tritt für beibe Befchlechter mit bem gurudgelegten 21. Alters-jahre ein. (Der mit bem Borhanbenfein einer beruflichen Lehrzeit verbundene 3mang bort für bas mannliche Gefchlecht mit bem gurudgelegten 21., für bas weibliche Geichlecht mit bem gurudgelegten 18. Alters-

Rhobe-Beland. — Manns= und Frauenspersonen, gleichviel ob verheirathet ober nicht ber-beirathet, erreichen ihre Bolifchrigfeit mit dem Alter von 21 Jahren. (Es fteht indeffen beiden Geschlechtern die Gabigfeit zu, nach zurudgelegtem achtzehnten Alters-jahre legtwillig über ihr personliches Bermogen zu ber-

Sild Carolina. - Manns und Frauens. perionen, gleichviel ob verheirathet ober nicht ver-beirathet, erreichen ihre Bolliabrigfeit mit bem Alter bon 21 Jahren.

Tennessee. — Manns- und Frauenspersonen, gleichviet ob verheirathet ober nicht verheirathet, erreichen ihre Bollichrigkeit mit bem Alter von 21 Jahren.

Tegas. - Die Bolljährigkeit tritt für beibe Beichlechter mit bem jurudgelegten 21. Altersjahre ein. (Weibliche Minderjahrige werden durch die Berheirathung volljährig.)

Bermont. Die Bolljährigfeit tritt für bas mannliche Gefchlecht mit bem jurudgelegten 21. und für bas weibliche Gefchlecht mit bem jurudgelegten 18. Altersiabre ein.

- Die Bolljährigfeit tritt für beide Birginia. -Beidlechter, bei verheiratheten sowohl als bei ledigen Bersonen, mit dem gurudgelegten 21 Altersjahre ein. We fi Birginia. — Die Boljabrigfeit tritt

Beft-Birginia. — Die Bollitprigfeit tritt für beibe Beichlechter mit bem guillegelegten 21. Altersjahre ein. (Ueber 18 Jahre alte Minderjährige tonnen lettwillig über ihr personliches Bermögen verfügen. Zwiiden Bersonen, bon denen die eine noch nicht volle 21 Jahre alt ist, darf keine Ehe ohne Einwilligung des Baters, des Bormundes oder der Mutter geschlossen werben: «No marriage can be solemnized unless with the consent of father, guardian, or

Moiner. Die Bolljährigkeit tritt für das mannliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 21., für das welbliche Geschlecht mit dem zurüdgelegten 18. Altersjahre ein. (Die Berheirathung einer minderjährigen Person übt keinen Einfluß auf den Eintritt ihrer Bolljährigkeit.)

Cerritorien.

– Die Bolljährigfeit tritt für das Colorado*). mannliche Beichlecht mit bem gurudgelegten 21. und für bas weibliche Beichlicht mit bem gurudgelegten 18.

Altersjahre ein. (Jinglinge können mit 16 und Maden mit 14 Jahren eine Spe eingehen.)
Datota. — Die Bollährigkeit tritt für das männliche Geschlecht mit dem zurückgelegten 21. und für das weibliche Geschlecht mit dem zurückgelegten 18. Altersjahre ein. (Jünglinge tonnen mit 16 und Dabchen mit 14 Jahren eine Che eingeben.)

*) Seit 1876 Staat.

3 babo. - Die Bolljährigfeit tritt für das mannliche Gefchlecht mit bem gurudgelegten 21. und für ba 8 weibliche Geschlecht mit dem gurudgelegten 18. Alters-jahre ein. (Junglinge tonnen mit 16 und Dabchen mit 14 Jahren eine Che eingeben.)

Montana. — Die Bolljährigkeit tritt für das männliche Geschlecht mit dem zurückgelegten 21. und für das weibliche Geschlecht mit dem zurückgelegten 18. Altersjahre ein. (Mannspersonen können mit 18 Jahren heirathen; für Frauenspersonen ift kein Chemündig keitsalter bestimmt.)

Rew-Mexito (Reu-Rejito). — Die Boll-jährigkeit tritt für das mannliche Geschlecht mit dem zuruchgelegten 21. und für das weibliche Geschlecht mit dem zuruchgelegten 18. Altersjahre ein. (Rannsperfonen muffen bas Alter bon bollen 21 Jahren erreicht haben, um ohne Ginwilligung ihrer Eltern eine Che eingehen ju burfen; für Frauenspersonen ift feine bezügliche Altersgrenze feftgefteut.) Utab. — Die Bollabrigteit tritt für bas mann-

liche Geschlecht mit dem zurückgelegten 21. und für das weibliche Geschlecht mit dem zurückgelegten 18. Altersjahre ein. (Minderjährige tonnen Bertrage über perfonliche Dienfileiftungen abichließen.)

2Bajhing ton. — Die Bolldhrigteit tritt für bas mannliche Gefchecht mit bem gurudgelegten 21. und für das weibliche Beichlecht mit bem gurudgelegten 18. Altersjahre ein. (Frauensperfonen, welche mit einem Bolliahrigen verheirathet find , gelten als volljahrig. Minderjahrige beiberlei Geschlechts bedurfen zur Che-ichliegung der Einwilligung ihrer Eltern oder ihres Bormundes.)

3d verbleibe, meine Berren, 3hr ergebenfter

HAMILTON FISH.

В.

Besondere Bestimmungen der Einzelkaaten des Deutschen Reiches

die Cheschliehung von Auslandern im Inlande und von Inlandern im Auslande.

(Bgl. bie auf S. XVII mitgetheilten Bestimmungen aus § 38 bes Reichsgesetes v. 6. Febr. 1875.)

Königreich Dreußen

(Bergl. hiebor S. XVIII f.)

Bezüglich ber von ber Beibringung eines Erlaubniffcheines zur Cheschließung nicht befreiten Auslanber gelten folgende Borfdriften:

a. Für bie Proving Hannover ist durch einen Min. Erl. v. 13. Oft. 1848 (Hannov. G. = S. v. 1848, Abth. 3, S. 54) vorge= fchrieben, bag Auslander einen Traufchein von Seiten ber inlandischen Db= rigfeit ihres Aufenthaltsorts beibringen muffen.

Ferner follen in hannover die auslandiichen Juben nur mit obrigkeitlicher Genehmigung, und auch bann allein ihrer heimathsobrigkeit barüber

unter ber Bebingung zugelaffen werben, baß fie eine in landifche Jubin heirathen und eine Bescheinigung ber Obrigteit ihrer Beimath barüber beibringen, baß sie mit ihren Frauen bort werden aufsgenommen werden (§§ 80 — 82 des Gesetzes ü. b. Rechtsverhaltnisse b. Juden v. 30. Sept. 1842, Hannov. G.S. v. 1842, I. Abth., ©. 223).

b. In ber Broving Schleswig - Solftein muffen Auslander einen Erlaubnigfchein ber Obrigkeit, in beren Diftrikt fie fich aufhalten ober ihren Aufenthalt nehmen wollen, beibringen. Diefenigen aber, welche bereits vor Geffattung ihrer Nieder-laffung eine glaubhafte Bescheinigung beigebracht haben, daß fie mit ihren Familien jeberzeit werben wieber aufgenommen werben, ober beren Dieberlaffung in einer Bemeinbe ohne Beibringung eines Wieberannahme = Reverses ftattet worben, haben einen folchen, wenn fie spater heirathen wollen, nicht mehr vor-

zulegen (Batent vom 5. Nov. 1841, § 5).
c. Im früheren Rurfürstenthum Seffen (vergl. S. 142 sub "Großherzogthum heffen") hat der Auslander eine vom Landraths = amte (untere Verwaltungsbehorde) bes Begirte, ju welchem ber Chefchliegungeort gebort, für hinlänglich erkannte Bersicherung ber zuständigen Be-borbe seines Beimatestaates barüber beizubringen, daß er mit feiner fünftigen Familie bahin ohne Weigerung werbe aufgenommen werben (Ausschreiben bes Staats-ministeriums v. 20. Nov. 1825, Biff. 1; Kurheff. B .= Samml., G. 14). Bei Berfonen von bobem Rang und bekannten vor-theilhaften Berhaltniffen tann bavon unter schriftlicher Bustimmung bes Lanbraths abgefehen werben (Min. Bbg. v. 28. Nov. 1829,

§ 29; Rurh. G.=S., S. 83).
d. 3m bormaligen Perzogthum Naffau (vgl. ©. 142 sub. "Großherzogthum Deffen") haben Auslander durch beglaubigtes Atteft ber Ortsobrigfeit ihrer heimath nachzuweisen, daß ihrer Che tein ft a a t 8 = rechtliches hinberniß im Bege fteht (Minift. = Berord. v. 28. Febr. 1852, § 5; Raff. Berordg. BI., S. 73).

e. In ben fruber Großh. Deffischen Lanbestheilen gelten biejenigen Borichriften, welche im Großherzogth. Beffen fur bie Brovingen "Starkenburg und Oberheffen" erlaffen find

(vergl. baher S. 142 sub "Großherzogthum heffen"; so v. Sicherer, a. a. D.).
f. Nach bem Rechte ber Stadt Frankfurt a. M. ift eine obrigfeitliche Erlaub= niß ber Beimathebehörde wenigftens bann erforberlich, wenn bie funftigen Chegatten - mogen beibe Theile ober mag nur ein Theil Auslander fein - im Gebiete ber Stadt fich hauslich niederzulaffen beabfichtigen. So nach ber Berordnung vom 24. Dez. 1772 in Beperbach's Sammlung ber Berordnungen Th. III &. 569, auf welche bie beffische Inftruktion (vide p. 142 sub "Großherzogthum Beffen") als geltenbes Recht verweist.

g. In ben altwurzburgischen Theilen ber Amtegerichtsbezirte Beihers und Silbere (Be-meinben Gerefelb, Rippelsbach, Maierebach,

Bubehör - Amtsgerichts Beihers - und ber Begirt bes Amtegerichte Silbere mit Ausnahme ber Bemeinden Batten Brand, Dietges Bans: nummern 1-10, 19, 20, Liebharbe, Melperte, Seiferte, Thaiben nebft ihrem Bubehor) burfen Auslander ohne beigebrachte schriftliche Ermächtigung ber Behorbe feine Che schließen. Auslander aber, welche fich in einer Bemeinde bes Inlandes anfäffig machen, find wie Inlander zu be-bandeln (vgl. v. Beber, Provinzialrechte bes Ronigr. Baperne; 3. Bb., I. Th., § 41, S. 73).

Königreich Banern.

(Siehe hievor S. XIX f.)

Königreich Sachsen.

Befet vom 3. November 1875 (Bef.= u. Berorbn.=Bl., Ctd. 12, G. 349 f.) :

§ 10. Die bei Chefchließungen gu beob= achtenbe Form wird nach ben Befegen bes Drtes beurtheilt, an welchem bie Che=

schließung vorgenommen wird In Betreff ber fonstigen Boraus= fegungen einer giltigen. Che und in Betreff ber Auflosung ber Che bewendet es bei ber Bestimmung in § 13 bes burger= lichen Gefegbuche.

Burgerliches Gefetbuch, § 13: "Gin-gehung und Auflofung ber Che werben nach ben Befeten bes Staates beurtheilt, beffen Unterthan ber Chemann

Inbeffen lautet § 19 bes B. G. B.: "Muslan-bifche Gefete find nicht anguwenden, winn deren Anwendung durch intandifche Gefete nach ber Borfcrift ober nach bem Zwecke berfelben ausge-fcloffen ift.

Gemäß Berordnung bes Minifteriums bes Innern v. 24. Dez. 1875 ("Standesbeamter" de 1876, G. 167 f.) hat ein Muslanber, welcher sich im Ronigreiche Sachsen mit einer Reich sangehörigen verehelichen will, bem Standesbeamten ein Beugniß ber borgesehten Aufsichtsbehörte — beziehungsweise nach § 2 ber Ministerialverordnung v. 6. Rov. 1875 (Ges.= u. Berordn.=Bl., Sta. 12, S. 351) in den Stabten, in welchen bie revidirte Stabteordnung v. 24. April 1873 eingeführt ift, des Stabtrathes, sonft aber ber betreffenden Amtshauptmann= schaft — barüber beizubringen, daß gegen bie Bulaffigfeit ber beabsichtigten Chefchließung ein Bedenken nicht vorhanden fei. Die Aus-Dbernhausen, Rengersseld, Robenbach, Rom- ftellung biefes Zeugniffes barf nur auf Grund mers, Sandberg und Schachen nebft ihrem einer ber Form nach glaubwurdigen Bescheinigung der hiefür zuständi= gen politifden Behorde bes bei= matftaates bes Brautigams erfolgen, bag nach ben in bem Beimatoftaate bes Brautis game geltenden burgerlich = und poli= tifch = gefeglichen Borfchriften ber beabsichtigten Chefchließung ein Sinberniß nicht ent=

gegenstehe.

Den Angehörigen von Desterreich = Ungarn (mit Ausnahme berjenigen, welche in den Landern Salzburg, Eprol, Borarlberg und Krain heimatberechtigt find), der Mieder lanbe, Schweben = Normegens, Sta= liens und Belgiens, mit welchen Staaten Bertrage bestehen, tann bas Beugniß von ber Auffichtsbehörbe bes betreffenben Stanbes= beamten fofort nach erbrachtem Rach weis ber Staats an gehörigfeit ausgestellt merben Immerhin muffen sämmtliche öfterreichisch ungarische Unterthanen gleichviel, welchem Rronlande fie angehören burch eine ber Form nach glaubwürdige Be. scheinigung der bazu kompetenten politischen Beborde bes betreffenden Aronlandes ben Nachweis erbringen, daß die betreffenden Berfonen nach ber Befeggebung ihres Beimathstaates bie perfonliche Sabig= teit jur Chefchließung befigen. (Befanntmachung, die Cheschließungen Desterreichischer Unterthanen in hiesigen Landen betreffend, vom 20. April 1869; Gefet u. Berordugebl. 1869, C. 144 — Bekanntm., Die Chefchliefig. Rieder- lanbifcher Unterthanen i. R. Sachfen betr., v. 28. Dez. 1871; Gefeg- u. Berordngebl. 1871, G. 359 - Befanntm., Die Cheschließg. Schwedisch-Norwegischer Staatsang. betr., v. 14. April 1874; Befet = u. Berordngebl. 1874, G. 48 f. - Bekanntm., bie von Deutschen in Italien und von Italienern in Deutschland zu schließenben Chen betr., v. 9. August 1875; Befet u. Bogsbl. 1875, S. 315 - Befanntm., Die von Deutschen in Belgien und von Belgiern in Deutschland zu schließenden Ghen beir., v. 12. Nov. 1875; Gefet u. Bongebl. 1875, S. 417, auch im "Stanbesbeamten" 1876, S. 31.)

Etwaige Dispensationen von den vorftebenden Bestimmungen bleiben dem fonigl. Ministerium bes Innern vorbehalten, an melches biesfalls unmittelbar Bericht ju erftatten ift (Berordnung bes fgl. Ministeriums bes Innern v. 30. Dez. 1875; "Standesbeamter"

de 1876, S. 168).

Königreich Württemberg.

Berfügung ber Min. d. Juftig u. b. Innern v. 20. Deg. 1875 (Reg. Bl., Rr. 38, S. 585). § 13, Biff. 6. Auslanber, welche im

Ronigreiche eine Che eingeben wollen, beburfen ber Erlaubniß bes Dberamte, in beffen Amtsbezirk die Cheschließung stattfinden foll (Reg.=Bl. 1857, S. 1.) Als Auslander find in diefer Beziehung nur bie Angehörigen ber außerdeutschen Staaten, sowie ber recht 8 rheinischen Provinzen des Ronigreichs

Banern zu betrachten. Rach ben für bas gefammte Reichsgebiet getroffenen internationalen Bereinbarungen hat in Burttemberg das Oberamt bezüglich der niederländischen, ich wedischen orwegischen, italienischen und belgischen Staatsangehörigen gleichwohl zu prüfen, ob die Ehe nach bürgerlichem Rechte zulässig fei ; entbehrlich ift nur ber nachweis ber Gultigfeit nach

öffentlichem Rechte. Go v. Sicherer, a. a. D. S. 282. Großherzogthum Baden.

Gefet vom 9. Des. 1875 (Gefet- und Berordn.-Bl. Nr. XXXIV, S. 355):

Chefchliegung im Auslande.

§ 23. Chen, welche im Auslande (Art. 2, 3 ber Berfaffung bes Deutschen Reiches) von Angehörigen bes babifchen Staates unter fich ober mit Angehörigen anberer beutschen Staaten ober mit Ausländern (Richtbeutschen) geschloffen werden, konnen nach ber in jenem Lande borgeschriebenen Form giltig eingegangen wer-Den.

Babische Berlobte haben bas Aufgebot auch im Großherzogthum Baben nach ben in ben SS 44 - 46 bes Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Berfonenstandes und bie Cheschliegung gegebenen Borfchriften und, foferne fie Bohnfig und Aufenthalt im Auslande haben, am Drte des legten ständigen Aufent= haltes im Großherzogthum zu erwirken.

Der babifche Staatsangehörige bleibt auch im Auslande ben Vorschriften ber §§ 28-35 bee angeführten Reichsgesetzes vom 6. Febr. 1875 unterworfen.

Chen ber Muslander im Inlande.

§ 24. Nichtbeutsche, welche im Großbergog= thum eine Che Schließen wollen, find verpflichtet, nachzuweisen, baß nach ben Gefegen ibres Bandes ber beabsichtigten Che nichts im Bege fteht Der Stanbesbeamte fann bie Borlage eines Zeugnisses verlangen, worin biefes von Der zustanbigen Beimathe= beborde benrfuntet ift.

Der Nachweis muß fich auf die öffentlicherechtlichen, wie auf die privatrechtlichen findernisse erftrechen. Ausdrücklich hebt dies hervor v. Senfried (b. Reichsgef. über die Beurfdg. des Personenst. 2c. mit d. für das Grhägth. Baden erlassenen Bollzugsvorschriften; Mannheim u. Straßburg 1876,

Befanntmachung bes Min. bes Großherzogl. haufes, b. Juftig u. bes Auswartigen, vom 18. Dez 1875 (Gef. u. Berordn. Bl., Rr. XXXVII, S. 375):

Dienstweifung für bie Staubesbeamten.

§ 79. Den Borichriften ber §§ 66-72 ber D. 2B. find babifche Staatsange. hörige, welche im Auslande die Ehe eingeben, und Richtbeutsche, welche im Großherzogthum fich verebelichen, ebenfalls unterworfen.

§ 66. Lautend wie § 28 b. Reichsgef. (j. S. 81 u. 89). § 67. Cheliche Rinber bedürfen jur Chefoliegung, fo lange ber Sohn bas fünfundzwanzigfte, bie Tochter bas vierundzwanzigfte Lebensjahr nicht bol-

1. der Einwilligung bes Baters

2 nach dem Tobe des Baters: der Einwilligung der Mutter und — wenn eine Bormundsichaft bestellt ist — der Einwilligung des bom Familienrathe ermachtigten Bormunbes

3. nach bem Tobe beiber Eltern: Die Minderjährigen ber Einwilligung des mit Ermächtigung bes Familienrathes handelnben Bormundes.

Dem Tobe bes Baters ober ber Dutter fieht es gleich, wenn biefelben jur Abgabe einer Ertlarung dauernd außer Stande find, ober ihr Aufenthalt dauernd

unbekannt ist.

§ 68. U. w. § 30 b. Reichstell, (j. S. 5).

§ 69. Im Falle der Bersagung ber Einwilligung zur Eheschließung steht großjährigen
Rindern die Rlage auf richterliche Ergänzung zu.

Die Rlage ist bei demjenigen Amtsgerichte anzu-

bringen, bei welchem ber die Bewilligung Bermeigernbe ben allgemeinen Berichtsftand bat.

Das Berfahren richtet fich nach ben für bie An-gelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit geltenben Boridriften.

§ 70. L. w § 33 d. Reichsges. (f. S. 81). § 71. L. w. § 34 d. Neichsges. (f. S 5 u. 89). § 72. L. w. § 35 d. Reichsges. (f. S 5 und 81). § 80. Richtbeutsche, welche im Groß= berzogthum eine Che schließen wollen, find außertem verpflichtet, nachzuweisen, baß nach ben Befegen ihres Landes ber beabfichtigten Che nichts im Bege fteht.

Der Standesbeamte fann bie Borlage eines Beugnisses verlangen, worin biefes von ber au ftanbigen Seimath & behorbe beurkundet ift. Bei ber Berebe. lichung von Angehörigen ber Königreiche Stalien, Schweden und Normegen, ber Niederlande und Belgien genügt seboch eine folche Bescheinigung barüber, bag nach bem burger-lichen Rechte ber Beimath ber Che fein

Binderniß entgegenftebe.

§ 99. Durch Urfunben in beglaubig: ter Form ift die Erlaubnig nachzuweisen, welche die Berlobten als Auslander nach D. W. § 80 beigubringen verpflichtet find.

Großherzogihum Beffen.

Instruttion bes Din. ber Juftig b. 9. Rovbr. 1875. (Reg.=Bl., Rr. 52, 6. 609)

Bezüglich ber Chen von Auslandern gelten in ben verschiebenen Bebietstheilen bes Broß. bergogthums bie nachfolgenben Bestimmungen :

1. Provinzen Starkenburg und Dberheffen.

Auslanber haben vor ber Chefchliegung ein fcriftliches Beugniß ihrer Drisobrigteit beigubringen, baß ber beabsichtigten Che - fet bies eine Che zwischen Auslandern ober zwifchen einer auslandischen und einer inlandischen Berfon - fein hinderniß im Bege ftebe und bag ben wegen Schließung einer giltigen Che beftebenben gefeglichen Borfdriften von ihnen Genuge geschehen sei. (Berordnung v. 27. Juli 1810, Eigenbrodt, handbuch ber Gr. heff. Berordnungen Bb. III, S. 352 u. 353. Sammlung Gr. Beff. Berordnungen, er= schienen im Berlage ber Invaliden-Anftalt, Seft II. 1809, 1810; S. 161 u. 162.)

Für bie vormals Rurbeffifchen (vgl. C. 140 sub "Brenfen") Orte gilt bie Borfdrift:

baß ber Auslander, welcher jur Che ichreiten will, burch einen gehörigen, von dem Rreis= amte für hinreichend erklärten Beimathichein barthun muffe, bag berfelbe mit feiner Familie bemnachft in ben Staat, welchem er angehort. unweigerlich wieber werbe aufgenommen werden, wobon nur bei au 8 = wärtigen Berfonen von hohem Rang und befannten vortheilhaften Gintommen8= ober Bermogensverbaltniffen, unter schriftlicher Buftimmung bes Kreisamtes, eine Ausnahme gemacht werben barf. (Staats-Min. Ausschreiben v. 20. Novbr. 1825. Rurheffische Befet Sammlung S. 14. Berordnung v. 28. Degbr. 1829, baj. S. 83 § 32.)

Für bie vormale Raffauifchen (vgl. S. 140 sub "Breußen") Orte gilt die Borschrift :

daß feinem Angehörigen eines aus = martigen Staates Die Berheirathung, fet es mit einer Inlanderin ober Auslanderin, ohne Confens ber Beimatbbeborbe beffelben gestattet ift. (Berordnung v. 28. Febr. 1852, § 5; Raff. Berordn. Bl., S. 74.)

Für die vormals Frankfurtischen (vgl. S. 140 sub "Breußen") Orte gilt die Borichrift:

daß Auslander gur Cheschließung einer obrigfeitlichen Erlaubniß bez. eines Confenfes ihrer Seimathbehörbe bedurfen. (Berordn. v. 24. Dezbr. 1772; Bohmer, Rirchenbuchführung ber freien Stadt Frankfurt - 1848, ©. 235; Benber, Frankfurter Privatrecht, ©. 38 x.)

2. Proving Rheinbeffen.

Anhang.

Die Cheschließung eines Auslanders mit einer Inlanderin oder eines Auslanders mit einer Auslanderin fann nicht eher ftattfinden, als bis der Ausländer von der fom= petenten Obrigfeit feiner Beimath ein in gehöriger Form ausgestelltes unb von der Provinzial-Direttion in Daing, bezw. bem Rreisamte, in beffen Bezirt bie Trauung stattfinden foll, vifirtes Beugniß barüber beigebracht bat, bag feine Berehelichung julaffig fei und baß feiner bemnachftigen Aufnahme mit feiner Frau in feiner Beimath tein hinderniß im Bege ftebe. (Ber-ordnung vom 21. Mai 1833, Reg. Bi. S. 229 und Berordnung vom 17. Februar 1854, Reg.= **B**[. S. 49.)

Die ermahnten, bie Ghen von Auslandern betreffenden, Boridriften erleiben in ben drei Provingen des Großherzogthums und in fammtlichen Orten berfelben infofern eine, burch Bereinbarung bezw. Staatsvertrage ber beutschen Reicheregierung mit ben betreffenden Staaten berbeigeführte, Ausnahme, als:

Rieberlanber, Schweben, Rors weger, Italiener und Belgier, welche mit Deutschen in Deutschland eine Che abschließen wollen, wenn fie ihre Staatsange= horigfeit nachgewiesen haben, nicht verpflichtet find, durch Borlegung von Atteften ihrer beihre Staatsangehörigfeit burch bie Cheschließung auf ihre zukunftige Chefrau und ihre in der Che geborenen Rinder über tragen und daß fie bemgemäß nach eingegangener Che sammt ihrer vorgedachten Familie von ihrem Beimathestaate auf Erfordern murden ubernommen merben.

Dagegen fint auch bie Angehörigen ber ermahnten Staaten verpflichtet, eine Bescheinigung ihrer zuständigen Candesbehörde darüber vorzulegen, daß der Abschließung ber Che nach bem burgerlichen Rechte ihrer Hei= math fein Sinberniß entgegenstehe.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin. Instruction bes Min. b. Junern u. b. Juftig, v. 14. Auguft 1875 (Reg.-Bl., G. 182):

§ 8, litt. c. Bor Anordnung bes Aufgebots hat ber Stanbesbeamte außer ben im § 45 bes Reichsgesetes geforderten Nachweisen insbefonbere auch zu verlangen: - von Auslandern, b. b. von Berfonen, welche nicht Bundesangehörige find, und von Baperischen Staateangehörigen, ble vom Großheizoglichen Mini-

sterium des Junern erthetlte Erlaub niß zur Chefchließung im hiefigen Lanbe.

Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach. Gefet vom 11. Marg 1878 (Reg.-Bl. S. 41 und "Standesbeamter" 1878, S. 97 f.).

§ 2. Gine Cheschliegung zwischen Berlobten. von benen ber mannliche Theil Angeboriger ber recht &rheinischen Bebietstheile Des Ronigreichs Bapern ober nicht Angehöriger bes Deutschen Reichs (Auslanber) ift, barf im Großherzogthum nur erfolgen, nachbem bem Standesbeamten neben bem Nachweis ber fonftigen in dem Reichsgesete über bie Beurfun= bung bes Perfonenstandes und bie Chefchliegung vom 6. Februar 1875 vorgefchriebenen Erforderniffe noch besonders nachgewiesen ift :

1. hinfichtlich bes Angehörigen ber recht 6rheinischen Gebietstheile bes Ronigreichs Bayern burch Beugniß ber foniglich banrifchen Diftritts = Bermalungs -Beborde feiner Seimathegemeinbe, daß gegen die beabsichtigte Cheschließung ein in der Gesetgebung des Konigreichs Bayern begrundetes hinderniß nicht hestebe,

2. hinfichtlich bes Auslanders burch gehörig beglaubigtes Beugniß berguftan= bigen Behörde seines Beimaths-ftaates, daß bei der Eingehung der beab-fichtigten Che nach dem burgerlichen Rechte feiner Beimath tein Binbernig entgegenstehe, sowie, bag er jeine Staat 8-angehörigteit burch bie Chefchliegung auf feine gutunftige Chefrau und feine in ber Che gebornen Rinber übertragen und bemgemäß nach eingegangener Che fammt feiner vorgedachten Familie von feinem Beimath= staate auf Erfordern wieder werde übernommen merben.

§ 3. Soweit nach bestehenben Staatever= tragen von den Angehörigen bestimm= ter auswärtiger Staaten ber in § 2 vorgeschriebene Nachweis nicht ober nicht in vollem Umfange erfordert merden foll, behalt es hierbei fein Bewenden.

Auch ift unfer Staatsminifterium ermachtigt, fowohl in einzelnen Fällen, als mit Rudfich t auf bie Befeggebung einzelner Staaten fur beren Angeborige überhaupt bie Beibringung bes bezeichneten Rach weifes zu erlaffen.

Ministerial-Befanntmachung vom 12. Marg 1878 (Reg -Bl. S. 43 und "Stanbesbeamter" 1878, S. 98).

1) Der Stanbesbeamte hat von allen man n= lich en Ausländern (affo von allen dem Deutschen Reiche nicht Angehörigen), welche im Großberzogthume eine Che ichließen wollen, bor Anordnung bes Aufgebotes fich ben in § 2 Biffer 2 bes angezogenen Gefeges vom 11. b. M. vorgeschriebenen urkundlichen Nach-weiß erbringen zu laffen, ausgenommen

a. von Nieberlanbischen u. Schwebisch=Rorwegischen Staatsangehörigen, welche — bie genügende Fest fellung ihrer Staatsangehörigkeit vorausgesett — jenen Nachweis zu erbringen, nach ben Ministerial-Bekanntmachungen vom 30. Dez. 1871 (Reg.-Blatt, S. 150) erwähnten Berein-

barungen nicht verpflichtet find,

b. von Italienischen und Belsatichen Staatsangehörigen, welche nur ben Rachweisihrer Staatsangehörige nur ben Rachweisihrer Staatsangehörigfeit und eine — selbstverständlich gehörig legalisirte (beglaubigte) Bescheinigung ihrer zuständigen Landesbehörde darüber vorzulegen haben, daß der Abschließung der Ehen ach dem burgerlichen Rechte ihrer Beimath tein betanntes Sindernißentgegenstebe.

Großherzogthum Mecklenburg-Strelig.

Instruction ber Lanbedregierung vom 14. August 1875 (Offizieller Anzeiger für Gefetgebung und Staatsverwaitung Rr. 32, S. 173):

§ 8 lic. c. Vor Anordnung bes Aufgebots hat ber Standesbeamte, außer ben im § 45 bes Reichsgesets geforderten Nachweisen, insebesondere noch zu verlangen: — von Austländern, b. h. von Personen, welche nicht Bundesangehörige sind, und von bayerischen Staatsangehörigen die von der Großberzoglichen Landesregierung ertheilte Erlaubniß zur Cheschließung im hiesigen Lande.

Bon dieser Borschrift sind die Riederlander,

Bon diefer Borfchrift find bie Riederlander, Schweben, Rorweger, Italiener u. Belgier befreit (Centralblatt für das Deutsche Reich von 1875, Rr. 10, S. 155, 156, und Rr. 46, S. 719).

Großherzogthum Oldenburg.

Dienstanweisung für die Standesbeamten, vom 8. November 1875 (Gej.-Bl. für das Grofherzogihum Oldenburg. Bb. 23, Beilage ju Stud 68, S. 65 ff.).

§ 11, lit. b. Bei Anordnung bes Aufgebots hat der Standesbeamte außer den im § 45 des Reichsgesetzes geforderten Nachweisen zu verlangen: von Ausländern, b. h. von Personen, welche nicht Reichsangehörige sind, eine Bescheinig ung der zuständigen in ländigen Ortspolizeibehörde, daß der Cheschließung in polizeilicher Hinsicht nichts entgegenstehe.

Im Fürftenthum Lübedt gilt für bie früber Solfteinischen Canbestheile (Gemeinden Ahrend:

bod, Siblin, Gufel, Oniffau, Stodelsborf unb Curau) die auf G. 139 f. unter "Ronigreich Breugen, lit. b." mitgetheilte Borfchrift ibes fcblesmig-holfteinischen Rechtes. Im übrigen Kurftenthum Lubed bedurfen Auslander gur Cheschließung eines fog. "Eraufcheins", welscher von ber Obrigteit bes Che fchließungsortes oder bestenigen Ortes, mo bie Cheleute nach ber Berbeirathung wohnen wollen, zu erwirken ift. Diefer Trauschein foll bie Bescheinigung enthalten, bag ber beabsichtigten Cheichließung nichts entgegen ftebe, und barf nicht über fechs Monate alt fein. Er wird in ber Stadt Gutin von bem Ctabtmagiftrat, in ben übrigen Bemeinden von ben Memtern ertheilt. Bur Grlangung des Trauscheines ift ber inlandischen Dbrigfeit ber It a ch weiß zu erbringen, bag der Auslander in feinem Beimathsftaate Bei= mathrecht besige und ungeachtet der Berbeirathung und ber etwaigen Riederlaffung im Fürstenthum unverandert behalten foll, und baß feine Bieberaufnahme mit ber tunftigen Chefrau und ben etwaigen Rinbern ein Sinberniß nicht entgegenftebe (Gefeg vom 15. August 1861, Art. 1 § 2, Art. 2, 3, Art. 4, Mr. 2 lit. a und b - Berordnungsfammlung f. b. Fürstenth. Lübed, Bb. IX S. 190 ff.; vergl. v. Sicherer, a. a. D., E. 286).

In Fürstenthum Birtenfeld haben Auslander, welche sich im Lande verehelichen wollen, "eine nicht über sechs Monate alte Bescheinigung ihrer vaterlanbischen Zivilbehörde" beizubringen, "welche die Anertennung enthält, daß der Ausländer dort heim athrechte besitze, dieselben ungeachtet der Berheirathung im Fürstenthum dort unverändert behalten solle und seiner Wiederaufnahme daseihft mit der künftigen Ehefrau und etwaigen Lindern kein hinderniß im Wege stehe." (Regierungsbefanntmachung vom 19. Mai 1840, in Barnstedt's Samml. der Ges. f. d. Fürstenthum Birtenseld Bb. V, S. 271 f.)

Von der Verpflichtung, Bescheinigungen der Beimathsbehörde beizubringen, sind nach den für das gesammte Reichsgebiet getroffenen Bereinbarungen (Centralblatt f. d. Deutsche Reich von 1875, Nr. 10, S. 155, 156, Nr. 46, S. 719) nie ber land ische, schwedischnorwegische und belgische Staatsangehörige befreit. So v. Sicherer, a. a. D., S. 286; während Stölzel, Deutsches Ehesschließungsrecht S. 58, weiter geht, indem er im Herzogthum Oldenburg und im Fürstenthum Lübeck für die soeben genannten Staatsans

gehörigen auch ben Trauschein ber inländischen Beborbe für nicht mehr erforberlich erachtet.

Bergogthum Brannschweig.

Dannliche Auslander bedarfen gur Cheschließung im Bergogthum ber Benehmig= ung ber Behorbe ihres (inlandischen) Aufenthaltsortes, beziehungsweise in ben Stabten bes Stabtmagistrats, im übrigen Lande aber ber betreffenden herzoglichen Rreis= birektion. — (Gefet v. 21. Febr. 1870, § 1 Biff. III; Gefet u. Bogsfamml. 1870, S. 225.)

herzogthum Sachsen-Meiningen.

Gefet vom 27. Rovember 1875 (Samml. d. landesh. Berordn., Bb. 20, S. 225).

Art. 11. Auslanber mannlichen Befchlechts haben por ber Chefchließung ein Beugniß ihrer Beimathsbe-borbe barüber beizubringen, baß ihrer Che ein gesetliches hinderniß nicht entgegenstebe.

Auf die Chefchließung ber Angehörigen folcher Länder, mit denen wegen Wegfalls von Trauerlaubnißscheinen besondere Ronventionen bestehen (Ausschreiben v. 17. Juni 1869, 12. Dezember 1871, 28. März 1874) oder noch abgeschlossen werden, findet obige Borfchrift feine Unwendung.

Instruktion f. b. Standesbeamten b. 26. Febr. 1876 (Samml. d. Ausschreiben b. landesh. Oberbehör=

ben, Bb. 6, Ar. 32, S. 343):

\$ 55. Ausländer im Sinne bes \$ 38 bes Reichsgesetzes find alle mannlich en Berfonen, welche nicht Angehörige bes beutichen Reichs und nicht Angehörige bes (rechterheini=

fchen) Ronigreichs Bayern find. In Bayern ift namlich bas Bunbesgefet bom 4. Mai 1868 über bie Aufhebung ber polizeilichen Beschränkungen ber Cheschliegung*)

*) Bundes- (Reichs.) Gefet über bie Aufhebung ber polizeilichen Befdrantungen ber Chefcliegung vom 4. Mai 1868 (Bunbes-Bef. Blatt, S. 149).

§ 1. Bundes- (Reichs-) Angehörige beburfen gur § 1. Bundes- (Reichs-) Angehörige bedärfen jur Eingehung einer Che ober ju der damit verbundenen Grändung eines eigenen haushaltes weder des Befiges, noch des Erwerbes einer Gemeinde an- gehörigteit (Gemeindemitgliedschaft) oder des Einwohnerrechtes, noch der Genehmigung der Gemeinde eine Guisherrschaft) oder des Armenverbandes, noch einer obrigkeitlichen Erlaubnis.

Insbesondere darf die Besugniß zur Berechelichung nicht beschränft werden wegen Rangells eines be-

Insoezondere dar die vortugnis zur veregetichung nicht beschährt werden wegen Mangels eines be-ft im mien, die Großichrigteit überfleigenden Alters oder des Rachweises einer Wohnung, eines hin-reichenden Bermögens oder Erwerbes, wegen er-littener Bestrafung, bbjen Aufes, vorhandemer oder zu bestürchtender Berarmung, bezogener Unterfingung ober aus anberen polizeiliden Grünben. Auch barf von ber orisfremben Braut

nicht eingeführt; es gilt bort vielmehr bie Beftimmung bes baperifchen Befeges vom 16. April 1868 Art. 33, wonach bie Berehelichung nur auf Grund eines von ber zuftandigen Beimathsbehorbe ausgestellten Beugniffes erfolgen barf, baß gegen bie beabstchtigte Chefchließung kein gesetzlich begrundetes hinderniß bestehe. Buftandig jur Ausstellung des Beug-niffes ift die Diftrikteverwaltungsbehorbe jener Bemeinde, in welcher ber Mann feine Beimath hat.

Solche Muslander haben bem Stanbes-beamten ein Beugniß ihrer guftanbigen heimath be borbe barüber porzulegen, baß gegen ihre beabsichtigte Cheichließung nach ben Befegen ihres Lanbes ein begrundetes hinderniß nicht besteht. (Dies Beugniß enthalt bann fur ben betreffenben Auslander Seitens feiner Beimathsbeborbe bie Aufnahmezusicherung für feine fünf. tige Frau und die etwa mit ihr unehelich

fcon erzeugten Rinber.)

Diese beschränkende Bestimmung tommt nicht gur Anwendung gegenüber Auslandern als Angehörigen folder Lande, mit welchen besondere Ronventionen wegen Begfalls von Trauerlaubniffcheinen (Art. 11 bes Ausführungsgesetzes v. 27. Nov. 1875) bestehen, wie zur Beit Desterreich - Un-garn (außer Salzburg, Eprol, Borarlberg und Rrain), Rieberlande, Schweben-Rorwegen. Chenfo find zufolge ber zwischen ber beutschen Reichsregierung und ben betreffen-

ein Bujugsgeld ober eine fonftige Abgabe nicht erhoben werben.

§ 2. Die polizeilichen Beichrantungen ber Befugnif jur Chefchliegung, welche in Anfehung ber Ghen zwischen Juden und für bie Angehörigen einzelner burgerlicher Berufaftanbe befteben , werben

aufgehoben.
Die Bestimmungen über bie Genehmigung ber Chefoliegung ber Dilitarpersonen, Beamten,
Geiftlichen und Lehrer burd bie Bocgesetten

merden hiervon nicht betroffen.

werden hiervon nicht betroffen.
§ 3. Die für [Geiftliche und] Civilftandsbeamte bestehenden Berbote, bei der Schließung einer She ohne vorherige Beibringung einer obrigteit- lichen Beschung auf geiner obrigteit- lichen Beziehung auf Bundes- (Reichs-) Angehörige nur so weit in Kraft, als diese Bescheinigung das Borhandensein der durch dieses Geset nicht berührten Boraussexungen der Eheschließung oder die im § 2 Alinea 2 erwähnten Bestimmungen zum Gegenfande bat.

pande pat.
§ 4. Die Borschriften der Landesgesetz über die Julassung von Auslandern zur Eingehung einer Spesinden auf Bundes- (Reichs-) Angehörige keine Anwendung.
§ 5. Die Bestimmungen des bürgerlichen Eherechtes werden durch dieses Gesetz nicht be-

rührt.

§ 6. Diefes Gefet tritt am 1. Juli d. 3. in Rraft.

ben Staaten gefchloffenen Staatsvertrage 3 taliener und Belgier, welche mit Deutschen in Deutschland eine Che abschließen wollen, fobald fie ihre Staatsangehörigteit nach gewiesen haben, nicht verpflichtet, burch Borlegung von Atteften ihrer bezüglichen Beimathebehörde barguthun, daß fie ihre Staatsangehörigfeit burch die Cheschließung auf ihre fünftige Chefrau und ihre in ber Che geborenen beziehungsweise burch bie Cheschließung legitimirten Rinder übertragen und daß fie bemgemäß nach eingegangener Che fammt ihrer vorermahnten Familie von ihrem Beimatheftaate auf Erforbern wieber übernommen merben murten, wohl aber haben auch biefe Aus-lander eine Bescheinigung ihrer gu-ftanbigen Landesbehorbe barüber vorzulegen, baß ber Abschließung ber Che nach bem burgerlichen Rechte ihrer Beimath tein Dinberniß entgegenftebe. (Bgl. Uebereinkunft mit Italien v. 3. Dez. 1874 und mit Belgien v. 8. Oft. 1875: im Gentralblatt fur bas Deutsche Reich 1875, S. 155 f. u. 719.)

herzogthum Sachsen-Altenburg.

Berordnung v. 30. Ottober 1875 (Gef.-Samml., Std. 10, S. 127):

§ 10, Abf. 5 u. 6. Die Standesbeamten haben jur Bollziehung der Chefchließung eines Ausländers erst dann zu schreiten, wenn ihnen auf Borlegung der von demselben beigebrachten Bescheinigung en von der Gemeinbebehörbe (für ein städtisches Standesamt dem Stadtrathe, für ein ländliches Standesamt dem betreffenden Gerichtsamte) eine Bescheinigung dahin abgestellt worden ist, daß der Bollziehung der Cheschließung nach den beigebrachten Bescheinigungen kein Bebenken entgegenstehe.

Das Erforberniß biefer Befcheis nigung fällt bei flädtischen Standesamtern bann weg, wenn ber Burgermeister ober beffen Stellvertreter felbst als Standesbeamter bie Bollgiehung ber Ehefchließung vornimmt.

Laut Berordnung vom 16. Dezember 1851 (Gef.-Samml. 1851, S. 133 f.) darf "Aufgebot und Trauung eines Auslanders, fei es mit einer Julanderin oder Auslanderin, in keinem Falle erfolgen, fo lange nicht hierzu die he im a thebe horde des Auslanders ausbrücklich ihre Zustimmung gegeben hat und barüber vorher die nothige obrigkeitlich e Bescheinigung beigebracht worden ist."

Bon der Berpflichtung, Trauerlaubnificheine ber Beimathsbeborde beigubringen, find nie b er=

lán bifche, schwebischen orwegische, it alienische und belgische Staatsanges börige befreit (Ministerialverordnungen v 2. Ott. 1871, 10. April 1874 u. 16. Rovbr. 1875; Ges. Samml. 1871 S. 119 f, 1874 S. 51f., 1875 S. 169 f.).

Bergogthum Sachfen-Coburg-Gotha.

Im gesammten Berzogthum (Coburg und Gotha) bedürfen Auslander männlichen Geschlechts zur Eheschließung im Inlande eines durch die zuständige inländische Behörde ausgestellten "Trauschein es". Der Trausschein darf aber nur ausgestellt werden, wenn durch ein Zeugniß der zuständigen ausländigen Behörde nachzewiesen ist, daß der einzugehenden She tein hinderniß entgegen steht und daß beide Theile nach ihrer Verheirathung mit ihren etwaigen Kindern jederzeit in ihrem Heimathsorte werden ausgesnommen werden (Gesch über die Heimathseverhältnisse im Herzogth. Coburg v. 22. Febr. 1867, Art. 10, 11, 13 — Geschammt. aus d. Jahren 1865 bis 1867, S. 748 f.; Gesmeindegeset f. d. Berzogth. Gotha v. 11. Juni 1858 §§ 8 bis 10, 13 — Geschammt. Bb. X, S. 258 ff.).

Buftandig zur Musstellung des Trauscheins ist: in Coburg, falls die Trauung in einem ftabtischen Gemeindebe zirte erfolgen foll, der Borstand des letzteren, falls die Trauung in einem landlichen Gemeinde bezirte erfolgen foll, die der Gemeinde gunächst vorgesetze Berwaltung sbehörde; in Gotha, falls die Trauung in Gotha, Ohrbruf oder Waltershausen er erfolgen foll, der Stadtrath, falls die Trauung in dem Bezirte einer andern Gemeinde erfolgen soll, die dieser Ge-

rath, salls die Trauung in dem Bezirke einer an dern Gemeinde ersolgen soll, die dieser Gemeinde vorgesette Staatsbehörde.

Bon der Verpflichtung, Zeugnisse ihrer Heismathbebörde beizubringen, sind nach den für das gesammte Reichsgebiet getroffenen Vereinbarungen (vgl. oben) niederländischen Vischen, schaften der ich eisch wed isch en orwegische, italienische und belgische Staatsangehörige befreit. So v. Sicherer, a. a. D., S. 288. Stölzel, Deutsches Cheschließungsrecht, S. 64, scheint zur Cheschließung der soebengenannten Staatsangeshörigen auch den Trauschein der inländischen Behörde für entbehrlich zu erachten.

Herzogthum Anhalt.

für Ausländer im Sinne der Reichsgesetzegebung find die bestehenden Borschriften aufrecht erhalten durch die Bekanntmachung vom 22. Juli 1868 (Gef.-Samml. Bb. IV, S. 1217).
3n den vormaligen Herzogthumern Anhalt-

In den bormaligen Bergogthumern Anhalt= Deffan und Anhalt=Rothen burfen "Auslander, welche Inlander innen heirathen wollen, nicht aufgeboten und getraut werden, wenn fie

nicht burch ein Zeugnißihrer Obrig. teit (Beimathebehörde) Die Befugniß zu ihrer Verheirathung dargethan haben" (Gef. v. 28. März 1850, § 2 lit. E, Ziff. 1; Gef = Samml. Bb. V, S. 1745). Das Gefetz fügt bezüglich ber im bortigen Lande fich aufhaltenben Auslanber hinzu (§ 2 lit. E Biff. 2): "Auch biefe Berfonen burfen gur Schliegung einer Che nicht eber zugelaffen werben, als bis fie von ihrer competenten beimatblichen Obrigfeit eine Befcheinigung barüber beigebracht haben, daß von Seiten biefer ihrer Obrigfeit nicht nur ber Berheiraihung bes Brautigams an fich, sonbern auch namentlich bei beffen bemnachftiger Rudtehr in die Beimath ber dortigen Mitaufnahme feiner Chefrau und ber in ber Che erzeugten Rinber nichts im Bege fteht."

In bem vormaligen Herzogthum Anhalt= Bernburg barf ein Auslander ohne Bustimmung ber Behörde seines Bater= landes und ohne vorgängige Uebereins funft wegen fünftigen Aufenthalts der Familie fich nicht verheirathen, und ift bemfelben por Erledigung biefer Anftanbe bie Erlaubniß zur Berheirathung nicht zu ertheilen. (Coift v. 8. Oft. 1832, § 23 Abs. 3; Ges.= Samml. Bb. III, S. 753. — Bgl. bie Be= fanntmachung v. 17. Oft. 1839, wegen Berheirathung biefiger Unterthanen im Austande; Bej.=Camml. Bb. VI, G. 74.)

Rach ben für bas gesammte Reichsgebiet getroffenen Bereinbarungen (vergl. S. 146: S.=Meiningen) find nieberlanbische, schwebisch=norwegische, italienische und belgifche Staatsangeborige von ber Berpflichtung befreit, Trauerlaubniffcheine ihrer Beimathebehorbe vorzulegen.

Fürftenthum Schwarzburg-Rudolftadt. Ministerialbekanntmachung — Justruktion — v. 1 Dezember 1875 (Gef. Samml., Std. 15, S. 249):

§ 17, Biff. 10. Bor Anordnung bes Auf= gebots hat ber Stanbesbeamte auf bem in § 45 bes Reichsgesetes vorgeschriebenen Bege insbefondere folgende Thatfachen festzustellen: Bei (mannlichen) Auslandern ber Rachweis barüber, bag von Setten ihrer zu ständigen Heimathebehörde nicht nur ber Berheirathung bes Brautigam im hiefigen Fürstenthum an fich, sondern auch bei beffen Rudfehr in Die Beimath ber bortigen Mitaufnahme feiner Chefrau und ber in ber Che etwa erzeugten Rinber nichts im Wege ftehe (§ 12 des Befeges über die Landesunterthanenschaft und bas Beimatherecht vom 3. April 1846).

Diese Borichrift findet keine Anwendung a. auf die Angehörigen bes beutschen Reiches mit Ausnahme ber nicht zur Pfalz gehörigen Theile bes Ronigreichs Babern,

b. auf die Staatsangehörigen ber Rieber= lande, von Schweben und Norwegen (Bekanntmachungen vom 1. August 1868, 27. September 1871, 28. Dezember 1871 unb 4. April 1874).

Die Staatsangehörigen ber Ronigreiche Ita = lien und Belgien haben lebiglich ben Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit, sowie eine Beicheinigung barüber beizubringen, bag ber Abschließung ihrer Che nach bem bur= gerlichen Rechte ihrer Beimath tein Sinderniß entgegenfteht (Befanntmachungen vom 17. Marz und 16. November 1875).

Sürstenthum Schwarzburg-Sondershausen. Justruftion f. b. Standesbeamten v. 10. Dezbr. 1875 (Bef. Samml., St. 21, S. 259):

16, Biff. 10. Bor Anordnung bes Aufgebots hat ber Standesbeamte auf bem in § 45 bes Reichsgesetes vorgeschriebenen Bege insbefondere folgende Thatfachen festzustellen: -- Fur Muslander, b. h. fur mannliche Berfonen, welche nicht Angehörige bes beutschen Reichs find, und für mannliche Staats= angehörige bes Ronigreichs Babern bie erfolgte Erlaubnißertheilung zur Chefchließung Seitens ihrer guftan= bigen Beimathebehorbe, sofern nicht gehörig nachgewiesen ift, daß biefelben nach ben Befegen ihres Beimathestaates teiner Er= laubniß ihrer Beimathebehorbe jur Chefchliegung im Auslande bedürfen, und bag nach diefen Befegen Die Chefrau und bie aus ber Che hervorgehenden Rinber von felbst die Staats= angehörigfeit bes Chemanns rejp. Baters erwerben. Diefer nachweis muß bem &. Ministerium geführt und von ihm als genügend anerkannt fein. Der Stanbesbeamte hat alfo

Anfrage an bas Minifterium ju ftellen. Diefer Nachweis ift bereits erbracht bezüglich ber Rieberlanbischen, Schwebisch= Rorwegischen, Belgischen und 3ta= lienifchen Staatsangehorigen. (Bgl. Befes v. 15. Febr. 1874, SS 1, 2; Gef. Samml. 1874, S. 43 — Ministerialbekanntmachung v. 11. April 1874; Gef. Samml. 1874, S. 67.)

hieruber einen Nachweis zu verlangen ober eine

Fürstenthum Waldeck.

Wenn beibe Berlobte ober wenn einer berselben Auslander find, und wenn bie Chegatten im Auslande fich niederzu=

laffen gebenten, muß vor bem Aufgebote ein Erlaubniffchein von berjenigen auslanbischen Polizeibehorde beigebracht werden, von welcher die Erlaubnis zur Niederlassung an dem Orte abhängt, wo das Brautpaar seinen Wohnsig aufschlagen will. Ist der Bräutig am Ausländer und wollen die Ehegatten im Inlande sich niederlassen, so mußein Erlaubnissche ein der in ländischen Ralizeischaft werden Auser Polizeibehörde beigebracht werben. Außer= bem foll gur Chefchließung eines Auslanders im Inlande, mag berfelbe eine Auslanderin ober eine Inlanderin jur Frau nehmen, bie besondere Erlaubniß ber Balbedischen Regierung eingeholt werben (Bersordng. v. 5. Nov. 1826, § 2, Biff. 3, litt. A. u. B.; Reg. = Bl. 1826, S. 148 — Befanntm. v. 31. Jan. 1860; Reg. • Bl. 1860, ©. 8).

Rieberlanbifche, fcwebifchenor-wegische, italienische und belgische Staatsangehörige find von ber Berpflichtung befreit, Trauerlaubnificheine ihrer Beimaths= behörde beizubringen. (Bgl. bie Bekanntm. b. Canbesbirektors v. 4. Jan. 1872 u. 30. Mars 1874; Reg. 281. 1872 S. 4, 1874 S. 35.) So v. Sicherer, a. a. D., S. 292. Stolzel, Deutsches Cheschließungsrecht, S. 69, geht aber weiter, indem er auch bie Erlaubniß der Regierung fur entbehrlich erklart.

Sürftenthum Reuß älterer Linie.

Juftruttion ber Landesregierung f. b. Stanbesbeamten b. 5. Rov. 1875 (Gef.-Samml., Rr. 15, S. 208).

§ 9, litt. d., Abf. 2. Bor Anordnung bes Aufgebotes hat ber Stanbesbeamte, außer ben in § 45 bes Reichsgefeges geforberten Rachweisen, insbesondere auch zu verlangen:*) - Ift ber Berlobte Angehöriger ber Defter= reichtisch = Ungarifchen Monarchie (mit Ausnahme ber Lanber Salzburg, Tyrol, Borarlberg und Rrain), ober eines ber Konigreiche Italien, Rieberlande, Schweben, Norwegen, Belgien, so ist der durch gehörig beglaubigies Beugniß ber zuständigen Heimathsbehörde zu liefernde Rachweis ber betreffenben Staatsangehorigteit zu erfordern, - von einem öfterreichisch : ungarifchen Staatsangehörigen außerbem noch der Nachweis der personlichen Fahig teit jur Chefcließung nach ber Be= fetgebung bes Beimathelandes.

Behort bagegen ber Berlobte einem ber vorftebend ausgenommenen öfterreichischen ganber (Salzburg, Throl, Borarlberg und Rrain), dem Fürsteuthum Lichten: ftein ober fonft einem obftebenb nicht genannten europäischen (augerbeutschen) Staate an, fo hat er bie Auf = nahmezuficherung für feine fünftige Frau und bie mit ihr etwa unehelich fchon erzeugten Rinber Seitens feiner gu= standigen Beimathebehorde beizubringen.

In Ameifelsfällen hat fich ber Stanbesbeamte um Belehrung an bas ihm vorgefeste Juftizamt

(Einzelrichter) zu wenden.

Sürftenthum Reuß jungerer Linie.

Inftruition bes Minifteriums f. b. Stanbesbeamten b. 11. Rov. 1875 (Gef. - Samml., Rr. 890, S. 115):

§ 19. In Bezug auf die Chefchließungen von Auslandern, b. i. von Angehörigen bes Ronigreichs Bagern ober außerbeuticher Staaten, gelten nach ben landesberrlichen Berordnungen vom 26. Oftober 1822, § 12 (Gefehf. Bb. I, S. 24) und vom 20. Mai 1852, §§ 2 ff. (Gefehf. Bb. IX, S. 5) folgende Bestimmungen:

a. Reine bem Auslanbeangehörige Mannsperson barf eher aufgeboten werben, als bis fie entweber ben Aufnahme = ichein einer inlandischen Ortes obrigkeit ober bas Beugniß einer auswärtigen Obrigteit, daß sie in beren Bezirt ichon wohnhaft set ober mit der tunstigen Chefrau bort werde aufgenommen werben beigebracht und abgegeben hat.

b. Benn eine inlandische Dannsperson, welche im Fürftenthume mit einer Inlanderin ober Auslanderin eine Che fchließen will, fich auch über ihre Beimatheberechtigung ausweist, so darf die Cheschließung gleichwohl nicht eber erfolgen, als bis burch genügende Beug= niffe ber zuständigen heimaths= behörde nachgewiesen ift, baß ber beabsichtigten Berheirathung nach ben Befegen bes Staates, welchem ber betreffende Auslander angehort, ein binber : niß nicht im Bege fteht und bag berfelbe mit feiner funftigen Chefrau unweigerlich bort werbe aufgenommen werben.

c. Die von den auslandischen Beimathsbehörben ausgestellten Beugnisse muffen

gehörig legalifirt fein.
d. Auslänber, welche gleichzeitig mit ihrer Berheirathung fich im Furftenthum nieberlaffen wollen, durfen gum Abschluffe ber Che erft nach wirklich erfolgter

^{*)} Bebort ber Berlobte bem Ronigreich Bapern an, fo ift eine Beideinigung ber ausbrüdlichen 3 u-ftim mung feiner ju ftanbigen Beimaths-behorbe zu feiner Berheirathung zu erforbern (ebendaf.).

Aufnahme zugelaffen werben, und haben fich über lettere burch glaubhafte Beugniffe ber hierlandischen Behörde auszuweisen.

Die beschrankenben Bestimmungen unter litt. a bis d tommen nicht jur Unwendung, info-weit entgegenstehende Bereinbarungen zwischen bem Deutschen Reiche und ben betheiligten Staaten getroffen find. Derartige Bereinbarungen befteben bereits mit ben Rieber lanben (Amts- u. Berordnungsblatt von 1872, S. 9), mit Rorwegen = Schweben (A.= u. B.=Bl. v. 1874, S. 75), mit Italien (A.= u. B.=Bl. v. 1875, S. 183) und mit Belgien (A.= u. B.=Bl. v. 1875, S. 287).

Sürftenthum Schaumburg-Lippe.

Instruction ber Regierung f. d. Standesbeamten, vom 11. Dez. 1875 (Landesverordnungen Jahrg. 1875, Bb. 12, Rr. 18, S. 347):

§ 9, Biff. 2. Bor Anordnung bes Aufgebots hat ber Stanbesbeamte nicht allein bie im § 45 des Reichsgesetzes geforderten Nachweise au verlangen, fondern auch au beachten: - bag laut Berordnung vom 29. Oft. 1841 gur Trauung mit Auslandern (Nichtangehörige bes Deutschen Reichs) bie Erlaubniß ber Lanbesregierung erforderlich ift, baß jeboch auf Grund abgefchloffener Bertrage bon ber Beibringung ber Trauerlaubnificheine nieberlanbische, schwedischenors wegische, italienische und belgifche Staatsange borige befreit find.

Sürftenthum Lippe.

Instruttion ber Regierung v. 20. Rov. 1875 (Bej. Samml., Nr 15, S. 436).

Biff. IX, ju § 38 b. R. Gef. Auslanber burfen im hiefigen Lande nicht anders eine Che fcbliegen, als wenn fie eine obrigteitliche Bescheinigung beibringen, baß ihrer Berheirathung in burgerlicher Binficht tein Sinderniß entgegensteht, und daß ihre Aufnahme an bem auswärtigen Beimathsorte feinen Anftanb erleibet. Für Auslanberinnen ift aber eine folche Bescheinigung nicht nothig. (Berordnung, bas Beimatherecht betr., v. 2.

Mars 1841, § 19.) Auslander find im Sinne des Reichsgesetzes alle Personen, welche nicht bie beutiche Reich Bangehörigteit befigen. Die Un= gehörigen Baberne find gegenüber ben fonftigen Reichsangehörigen als Auslander zu betrachten, b. h. in Betreff ihrer ift von bem Stanbesbeamten nach ber obigen Borfchrift ju berfahren.

Rieberlanbische und schwebisch=

normegische Staatsangeborige find nicht verpflichtet, bas oben ermahnte Beugnig beigubringen, es ift nur bie Staatsange = horigkeit des zu trauenden Mannes voll= . standig zu konstatiren. (Belanntmachung v. 17. August 1870, L.B. Bb. 15, und Befanntmachung v. 10. April 1874, G.-S. Nr.

6 de 1874.)

Für italienische Staatsangehörige bebarf es im Fall ihrer Berheirathung bes Nachweifes ihrer Staatsangehörigkeit und einer Befcheinigung ihrer Canbes-behorbe barüber, bag ber Abichließung ihrer Che nach bem burgerlichen Rechte ihrer heimath fein hinberniß entgegenfteht. (Befanntmachung vom 27. Juli 1875, B.-S. Nr. 12 von 1875.) Das Bleiche gilt für belgische Staatsangeborige. (Bekannts machung v. 17. Nov. 1875, B. S. Nr. 14 von 1875.)

Freie und Banfestadt Lübeck.

Die lübecische Berordnung v. 29. Febr. 1860 (Samml. d. Berordn. u. Befanntm. Bb. XXVII, S. 18) bestimmt: "Auslanber, welche in bem biefigen Freiftaate mit einer Inober Auslanderin eine Che ichließen wollen, haben neben ter Erfüllung der sonstigen ges
setlichen Erforderniffe durch ein gehörig bes
glaubigtes Atteft der Ortsobrigteit ihrer Beimath nachzuweisen, baß fie nach bortigen Gesetzen zur Eingehung einer Che im Auslande befugt sind, oder die nach diesen Gesetzen eiwa erforderliche Erlaubniß zu der beabsichtigten Che erhalten haben, auch burch beren Gingehung ihre auswärtige Staatsangehörigkeit nicht verlieren, fondern mit ihrer funftigen Chefrau und ehelichen Rinbern am Orte ihrer Beimath wieder aufgenommen werden follen. - Dispensationen von der Beibringung einer folchen Bescheinigung fonnen nur von dem Senate ertheilt werben." Dispenfirt find und haben nur ihre Ctaatsangehorig= teit nachzuweisen britische, nordameri-tanische, nieberlandische, schwe= bisch=norwegische, italienische und belgifche Staatsangehorige (Defrete v. 27. April 1857, 31. Dez. 1871, 28. Marz 1874).

Freie und Sanseftadt Bremen.

Instruttion für die bremifden Standesbeamten v. 29. Des. 1875 ("Standesbeamter" de 1876, Rr. 82-34). § 19, litt. b. Auslanber find nach benfelben Grunbfagen wie In=

lanber jur Cheichließung zuzulaffen, insbe-fondere ift bie Erlaubniß ber Beimathebehörde (Traufchein) auch von Auslandern nicht zu

Freie und Sansestadt Samburg.

(Sammlg. ber Berordnungen der freien Hansestadt Hamburg, Bd. XXXIII, S. 390.)
Bejet vom 17. Nov. 1865, § 25 Abf. 5: "Gin Frember, welcher hier mit einem hiefigen ober nicht bier heimathsberechtigten Frauenzimmer eine Che eingeben will, bat ben Deirathetonfene feiner Beimathebe bor be beigubringen ober zu bescheinigen, baß es beffelben nicht bedarf, sowie ferner die Fort-bauer feiner Seimatheberechtigung für fich, feine tunftige Chefrau und eventuelle Defcenbeng nachs guweisen." Bon Beibringung biefer Befcheinigung wird burch bie betreffende Auffichtsbehorbe bispenfirt, wenn folche notorisch bon ber ausländischen Regierung nicht ertheilt werben kann und bie Anerkennung ber in hamburg geschloffenen Che mit ihren Birtungen in bem betreffenben Auslande te in em Bweifel unterliegt. Allgemein bispenfirt find die Rieberlander, Schweben, Norweger, Italiener und Belgier. (Meußerung bes hamburger Senatsprafibenten vom 5. Darz 1875 bei Stölzel, Deutsches Chefchließungerecht, S. 77 f.)

Aumertung. Citat aus hinfdius' Rommentar jum D. Reichsehegefes, S. 478:

Auch für Auslander, welche innerhalb bes Deutschen Reiches vor einem biplomatifchen Agenten ober Ronful ihrer Ration eine Che eingeben, tommt ber Grundfat bes § 41 bes Reichsgefetes - Innerhalb bes Gebietes bes Deutschen Reiches tann eine Che rechtsgilltig nur bor bem Standesbeamten gefchloffen werben" - jur Anwendung. Die betreffende Ehe ift alfo, wenngleich fie ber heimathsftaat bes Aus-Ehe ift also, wenngleich sie der Heimathsstaat des Ausländers als gultig anerkennt, in Deutschland nichtig. So v. Seyfried (d. Reichsges. über die Beurtdg. d. Personenstandes 2c.; Mannheim u. Straßburg 1876, S. 135). Abgesehen davon, daß die Exterritorialität den Ronsuln als solchen nicht ausommt, geht dieselbe auch bei den eigentlichen diplomatischen Agenten nicht so weit, daß deren Amtsresiden dollig dem eigenen Territorium gleichsteht und für dieselbe ihr heim isches Recht unter Ausschluß des inländischen gilt. S. Dessterecht, 6. Aussi Berlin 1878. S. 89). bes inlanbifden gilt. 6. Aufl; Berlin 1873. S. 89).

Quellen.

binfdius, Dr. Baul. Das Reichsgefen über bie Beurfundung des Personenstandes und die Eheschließung v. 6. Febr. 1875. Mit Kommentar in Anmerkungen, sowie sammtlichen für das Reich und die einzelnen Bundesstaaten ergangenen Ausführungsbestimmungen.

— 2. Aust.; Berlin 1876, J. Guttentag (D. Collin).

v. Sicherer, Dr. hermann, Personenstand und Ebeschließung in Deutschland. Erläuterung des Reichsegeses v. 6. Febr. 1875 über die Beurtundung des Reichsegeses w. 6. Febr. 1875 über die Geneen 1879

Berjonenftandes und die Chefdliegung; Erlangen 1879,

Balm u. Ente (Abolph Ente).
Stolgel, Dr. Abolf. Deutsches Eheschliegungsrecht nach amtlichen Ermittelungen als Anleitung für bie Standesbeamten. 3. Aufl.; Berlin 1879, Franz Bahlen.

"Der Stande & beamte". Organ für bie Intereffen ber Standesamter in Deutschland und ber Schweiz. Gerausgegeben nach amtlichen Mittheilungen und unter Benugung amtlicher Quellen, Rebattion und Berlag bon Eugen Groffer in Berlin. Jahrgange 1875—1888,

Beispielsweise angeführte Sonfliktsfälle awischen den verschledenen Gesetgebungen.

Erlenntuig bes bayerifden Caffationshofes vom 5. Rovember 1869 betr. Auslegung und Anwendung von Art. 83 Abs. Il des Gesets vom 16. April 1868 (vgl. hiebor G. 7).

Ein baverifder Staatsangehöriger, welcher fich am 2. Juli 1867 zu Paris mit Katharina Saint Germain, ohne bie obrigfeitliche Be-willigung jum Abschluß blefer Che erhalten (refp. obne bas "Berehelichungs = geugniß" ausgewirft) zu haben, burch ben Stanbesbeamten und am 15. Mai 1868 ju Regensburg mit Ratharina Wallmuller, mahrend die Ratharina Saint Germain noch am Leben war, burch ben protestantischen Pfarrer hatte trauen laffen, war vom t. Appellationsgericht ber Oberpfalz und von Regensburg bes Bergehens ber mehrfachen Che nach Art. 219 bes bayerischen Strafgesethuches vom 10. Ro= vember 1861 schuldig erflart morben, wurde jedoch vom oberften Gerichtshof von ber An= fculbigung biefes Bergebens freigesprochen.

In ben Enticheibungsgrunben ift gefagt: "Jene (am 2. Juli 1867 ju Baris eingegangene) Che war nach ben Bestimmungen biefer allein maßgebenben (baperifchen) Befete von Anfang an ungultig; fie ift bafur ausbrudlich vom Be-fege ertlart, und es fann beghalb auch von einer fortbauernben Biltigfeit berfelben in fo lange, bis biefelbe burch bie zustanbige Behorbe für ungiltig erklart mare, wie Das t. Appel-lationsgericht annimmt, teine Rebe fein. Bei ber flaren unzweibeutigen Ausbrucksweise bes Befetes bebarf es nicht erft eines besonberen Ausspruches ber Ungiltigfeit einer wiber bie gefeglichen Bestimmungen gefchloffenen Che, und wenn auch das betreffende Berbot lediglich aus ftaatspolizeilichen Rudfichten und im Intereffe ber Bemeinbe erlaffen worben ift, fo tann boch eine folche Che vom Strafrichter nicht als eine giltige beghalb erflart werben, weil fie von der betreffenden Bermaltungsbehörbe,

bie allein zu einem folchen Ausspruche zustanbig ware, nicht ausbrudlich als nichtig aufgelost wurde, ba ein folder Ausspruch, wie bereits ermahnt, vom Befege nicht geforbert wirb." (Sammlung wichtiger Entscheidungen bes tonigl. baper. Raffationshofes Bb. III &. 403 ff. cit. in v. Sicherer's Rommentar 3. Reichsgef. v. 6. Febr. 1875, S. 339, N. 30.)

Mus: aW. Ernst, A. Treatise of Marriage and Divorce; London 1879 — p. 21 ss.»

a. Im Falle Brook gegen Brook (9 House of Lords Cases 193) wurde bie in Dane= mart amifchen Wm. Leigh Brook, einem Bittwer, und ber Schwester feiner frubern Chefrau nach banischem Gefete giltig - gefchloffene Che auf Grund bes Befeges 5 u. 6 Wm. IV, c. 54 (vgl. S. 28 oben) für nichtig erflart, und zwar wird bie Entscheibung bamit begrundet, daß ber Aufenthalt ber Betreffenden in Danemart ein nur vorübergehenber mar.

b. Im Falle Mette gegen Mette (1 Swabey & Tristram's Reports 416) handelte es sich um einen aus Marburg (Deffen Caffel) ge-burtigen ursprünglichen Deutschen, welcher fich aber in England niebergelaffen hatte und bafelbft auch burch eine Parlamentsatte naturali= firt worden mar. Derfelbe hatte du Frankfurt eine - nach bortigem Befege giltige - Che mit ber halbburtigen Comefter feiner verftorbenen Frau geschloffen. Diefe zweite Che wurde nach des Mannes Tode für nichtig und ein fruberes Testament

als zu Recht bestehend erflart.

c. Im Falle Simonin gegen Mallac (2 Swabey & Tristram's Reports 67) waren beibe Parteien frangofifche Staatsangehörige und hatten ihren Wohnsitz in Frankreich. Die Che war zu Condon gefehlich geschloffen, aber nicht consummirt worden. In Frankreich wurde bald darauf die Ehe — auf Grund der Nicht-erfüllung gewisser durch das fran-zösische Gesetz bezüglich der im Auslande ftattfindenden Cheschließungen vorgeschriebenen Förmlichkeiten (vgl. S. 12: Art. 170 bes Code civil) — für nichtig erklärt. Die Frau, welche hernach wiederum in England fich aufhielt, focht nun in biefem Lande bie Biltigfeit ihrer Che an, wurde aber mit ihrer Rlage abgewiefen und zwar in Anwendung bes Grundfages, daß die Gultigfeit einer Chefcliegung nach bem Gefete bes Chefchliegungsortes (lex loci contractus) zu beurtheilen fei.

u. 3m gaue Sottomayor alias De Anmerenng. Der durch den Divorce Act, Barros versus De Barros (Law Reports 2, 1857» — vgl. hievor die Rote 2 auf Seite 94 — eind. Im Falle Sottomayor alias De

Probate, Divorce and Admiralty Division 81; Law Journal 3, Probate, Divorce & Admiralty 43) waren bie Parteien portugiefische Staatsangehörige und hatten fich feit 1858 in England aufgehalten. 3m Jahre 1866 ichloffen fte eine Che vor dem registrar der City bon London. 1873 fehrten biefelben nach Bortugal gurud, und 1874 focht bie Frau ihre Che auf Grund eines burch bas portugiefische Befet aufgestellten Chebinderniffes der Bluteverwandtschaft an. Sir Robert Phillimore war ber Anfict, daß die Berichte des Chefchliegungsortes fich feineswegs um bie Befeggebung ber Beimat ber Chefchließenden ju fummern hatten und fomit auch nicht um Chebinberniffe, welche nach ber lex loci contractus nicht vorhanden find. Diefer Meinungeaußerung entsprechend murbe bie Rlage erstinstanglich abgewiesen.

In zweiter Inftang (Law Reports 3, Probate, Divorce and Admiralty Division 1) bagegen entschieden die Lords Justices, baß bie betreffende Che nichtig fei. Cotton, L. J., begrundete fein Botum damit, daß die Befengebung bes Cheschließungsortes bezuglich ber Form bes Cheabschluffes einzig und allein maß-gebend fein muffe, daß aber die perfonliche Fabigfeit bei ber Chefchließung in gleicher Beife wie bei Schließung irgend eines andern Bertrages nach ber Befeggebung bes Bohnfiges ber Brautleute ju beurtheilen fet, und baß bie Gesetzebung des Beimatlandes berfelben auch fo lange über bie Ehehindernisse entscheibe, als bie Betreffenben in ihrem Beimatlande ihren eigentlichen Bohnfig haben; weghalb bie zwischen amei Berfonen, welche jur Beit ber Chefchließung Staatsangehörige besjenigen Landes waren, wo fie ihren ordentlichen Bohnfit hatten, gesichloffene Che, ohne Rudficht auf den Ort des Cheabichluffes, nur infofern gultig fein tonne, als die heimatliche Gefetgebung der Cheschließenden beobachtet worden fei.

e. Im Falle Lolley (Law Reports 3 House of Lords 55, at pp. 71, 75, 85, 93) war bie Che eines Englanders, welcher fich in England verheirathet und bafelbft feinen Wohnfit hatte, burd Urtheil bes oberften schottischen Gerichtshofes (Court of Session) gefchieben worben. Diese Chescheidung murbe bon den englischen Berichten fur nichtig und ber Betreffenbe, welcher fich feither wieber verheirathet hatte, als ber

Bigamie schulbig erflart.

gefette Berichtshof für Chefachen (Court for Divorce and Matrimonial Causes) wurde im Jahre 1873, jufammen mit ben berichtebenen oberen Gerichts-bofen Englands einem einzigen Oberften Gerichtshofe (Supreme Court of Judicature) einberleibt. Der «Divorce Court» wurde der «Probate, Divorce, and Admiralty Divisions jugetheilt. Für die Prazis aber bleibt dieser Gerichtshof immerhin faltisch von den übrigen gesondert: in erster Instanz werden die Shesachen von der V. Division des eHigh Court of Justicos behandelt, und die Berufung an eine höhere Byl. bie &Supreme Court of Appeals ergriffen — Byl. bie &Supreme Court of Judicature Acts, 1873 and 1875s: 36 & 37 Vict. c. 66, ss. 3, 31; 38 & 39 Vict. c. 77, s. 18.

Die privilegirte Sammlung von Entichei. bungen bes Divorce Court, welche von ber Ginfegung biefes Gerichtshofes an bis gur Beröffentlichung ber «Law Reports» erigien, umfaßt 4 Bande und führt den Titel: «Reports of Cases decided in the Court of Probate and in the Court for Divorce and Matrimonial Causes, by Swabey and Tristram. In den Law Reports, welche der Errichtung des Supreme Court of Judicature vorausgingen, — d. h. während der ersten 10 Jahre des Erscheinens derselben — bilden die Prodate and Matrimonial Causes (Chefacen) eine besondere Abtheilung der Common Law series; feither werden die Chejaden unter ber, gewöhnlich mit «P. D.» gitirten, Rubrit «Probate Divisions mitgetheilt.

Entideibung bes oberften öfterreicificen Gerichts-hofes bom 6 Marg 1878. (Berichtsblatt von Sarwey und Rubel. — "Standesbeamter" de 1878, S. 246.)

Der Jeraelite Morit B., geboren in Stam-pfen, Pregburger Romitat in Ungarn, Direftor ber bohmischen Rudversicherungsgefellschaft in Brag, hat am 16. Februar 1875 mit ber 17 Jahre alten Rlara B., geboren in Berlin, evangelischer Confession, por bem fal. preußi= fchen Standesamte in Berlin Rr. VII bie Civilebe abgeschloffen. Am 29. Dezember 1875 erhob Rlara B. bei bem f. f. Landesgerichte Brag eine Rlage auf Ungiltigfeit biefer Che, indem fle inebefondere bas Ehebinberniß her Religionsverschiedenheit geltend machte, das sowohl nach § 64 des öfterr. a. b. G. B. (vgl. S. 49, Biff. 7) als nach bem maßgebenben ungarifchen Recht (vgl. C. 65, III) bestehe. Das Lanbesgericht Brag wies mit Urtheil vom 27. Februar 1877 bie Rlage ab, bavon ausgebend, baß bier bie preußischen Befete gur Anwendung fommen muffen, in Preußen aber nach § 56 bes bamals noch geltenben Gefetes vom 9. Mai 1874 bas Ehehinderniß ber Religionsverschiedenheit nicht bestebe. Unberer Unficht maren bas t. f. bob= mifche Oberlandesgericht, welches burch Urtheil vom 22. Mai 1877 die Che wegen Religions= verschiedenheit ber Berlobten fur ungiltig erflarte, und ber f. t. oberfte Berichtshof, mel-

cher mit Enticheibung vom 6. Mary 1878 bas Urtheil zweiter Inftang bestätigt hat. In ben Grunben bes oberften ofterr. Gerichtshofes ift gefagt: Morit B., als ungarifder Staats-angehöriger, und Rlara B., als Angehörige bes preußischen Staates, feien im Sinne bes a. b. B. Frembe und haben bemnach bei ber Entscheibung ber gegenwartigen Streitsache bie Bestimmungen ber §§ 34 - 37 bes a. b. G. B. (vgl. S. 42) jur Anwendung zu tommen. Rach § 34 fei Die perfonliche Fabigteit ber Fremben zu Rechtsgeschäften, somit auch gur Che überhaupt und jur Gingehung einer bestimmten Che insbesonbere nach ben Befegen bes Ortes, benen ber Frembe als Unterthan unterliege, zu beurtheilen. Da Morig B. zu Stampfen im Konigreich Ungarn beimatsberechtigt fel, fo haben in Bezug auf feine Sand. lungefahigfeit bie ungarifchen Befege, in Bejug auf Die Bandlungsfähigfeit ber Rlara B. bie im Ronigreich Breugen geltenben Gefete, in Beziehung auf ben Inhalt und bie Form ber Cheschließung aber, ba bie Che in Preugen geschloffen worden, die bort geltenden Befege in Anwendung ju tommen. Betreffend Die perfonliche Sandlungsfabigfeit bes Morit B., Betreffend Die fo fei berfelbe Jube. In Ungarn felen aber Chen zwifchen Chriften und Richtchriften gefetlich ungiltig (vgl. S. 65, III). Diefes im Ronigreich Ungarn bestehende, bem § 64 bes a. b. B. entsprechende Chehinderniß ber Religionsverschiedenheit beruhe auf einem per= fonlichen Berhaltniß und beinhalte baber immer auch eine im § 39 bes a. b. B. vorgefebene Ginfchrantung ber perfonlichen Sahigteit, qu= folge welcher ein ber driftlichen Religion nicht zugethaner ungarischer Unterthan mit einer Christin eine giltige Che nicht abschließen tonne. Wenn auch im Konigreich Preußen bas Ehebinderniß der Religionsverschiedenheit nicht bestehe und der Berehelichung der, der evan= gelischen Ronfession angehörigen Rlara B. mit einem Jeraeliten borifelbst tein hinderniß in ben Weg gelegt worden fei, fo fei boch jum Buftanbefommen einer giltigen Che bie perfonliche Fähigfeit beiber Chegatsten nothwendig, mahrend biefe auf Seiten bes Morig B. nicht vorhanden gewesen.

Gelingt es schließlich, durch Einführung eines bie Che awischen Chriften und Juden geftattenden Geses das Chehindernis der Religionsverschiedenheit in Ungarn ausguheben, so bewahrt dennoch obiges Beispiel seine volle Bedeutung mit Bezug auf andere Känder (zunächt Defterreich), in welchen fragliches Chehindernis zu Recht besteht — vgl. hiedor S. 49, Biff. 7 (§ 64 a. b. G. B.) — und voraussächtlich nach lanne bestehen mirb. ausfictlich noch lange befteben wirb.

Nahtraa

die mährend des Druckes dieses Werkes eingetretenen Nenderungen im internationalen Cheschließungswesen.

Belgien.

Durch Rreisschreiben vom 24. Dezember 1883 (Bundesblatt 1483, IV. 1029 f.) theilte ber ichweizerische Bunbesrath fammtlichen eibgenoffischen Standen mit, daß laut Rote ber belgischen Befandtichaft in Bern vom 21. Dezbr. gl. 3. an Stelle bes bisherigen Art. 170 bes Code civil fur Belgien unterm 20. Dai 1882 ein besonderes Gefet über die Chefchließung von Belgiern im Auslande getreten sei, und bag in Folge beffen ber Wortlaut der Erflarung (Bunbesblatt 1878, I. 343), welche bie Befandtichaft bei Chefchließungen von belgifchen Staatsangehörigen in ber Schweiz zu Sanben ber ichweizerifchen Beborben ausstellt, einige Modifikationen erleibe.

Der Inhalt bes angezogenen belgischen Befeges vom 20. Dai 1882*) ift folgenber :

(Einziger Artifel.) Der Artifel 170 bes Code civil wird burch nachstehende Bestimmungen

1. Chen zwischen Belgiern ober zwischen Belgiern und Auslandern werben im Auslande nach ber im betreffenben Staatsgebiete gu Recht

bestehenden Form abgeschloffen; 2. falls beide Chefchließenden belgische Staatsangehörige find, tonnen fie ihre Che auch vor einem biplomatischen Agenten ober Konful Belgiens im Auslande, gemäß bem belgischen Befege, eingehen.

3. Die diplomatischen Agenten und Ronfuln Belgiens konnen allenfalls auch die Trauung eines Belgiers mit einer Auslanderin vornehmen, wofern fie hiezu von dem Minifter ber Auswartigen Angelegenheiten fpeziell ermachtigt worden find.

4. Die Cheverfundungen geschehen nach belgischem Befege, in Belgien burch ben Civilfandsbeamten und bei Chefchließungen por einem diplomatischen Agenten oder Konful in

berjenigen Gefandtichafts- ober Ronfulatstanglei, in welcher ber Cheabschluß ftattfinden foll.

5. Die gemäß ben Beftimmungen ber Biff. 1, 2 und 3 biefes Befeges abgefcloffenen Chen follen in Belgien als Chen anerfannt werben, vorausgesett, daß die belgischen Staatsanges borigen den in Rapitel 1, Titel V, Buch I des Code civil bei Strafe ber Richtigkeit ber Che aufgestellten Bestimmungen nicht zuwider gehandelt haben.

6. Ueber bie perfonliche Fahigteit ber auslanbischen Braut entscheibet beren Bersonalstatus. (La capacité de la femme étrangère est réglée par son statut personnel.)

Das bem oben ermahnten Rreisschreiben bes ichweizerischen Bundesrathes vom 24. Dezbr. 1883 beigefügte Formular für die nunmehr zur Unwendung gelangende Ertlarung ber belgifchen Gefanbtichaft in Bern lautet in beutscher Ueberfegung*):

*) Der Originaltegt lautet:

Le Soussigné, Ministre de Belgique en Suisse, sur la demande qui lui en a été faite, déclare, d'après les pièces qui lui ont été présentées:

 que N est Belge;
 que les publications à fin de mariage, prescrites par la loi belge, ont été régulièrement faites en Belgique;

3. qu'aucune opposition ne s'étant produite, et toutes les formalités légales ayant été accomplies, N serait admis à contracter

mariage en Belgique. Le Soussigné déclare en outre, qu'il résulte des dispositions légales ci-après énoncées, ce qui suit, savoir:

Loi du 20 Mai 1882. Le mariage contracté en pays étranger entre Belges, et entre Belges et étrangers, sera valable s'il a été célébré dans les formes usitées dans le dit pays, et si les Belges n'ont pas contrevenu aux dispositions prescrites sous peine de nullité au Chapitre 1er, Titre V, Livre 1er du Code civil. (Articles 144 à 164 relatifs aux conditions d'age, à l'obligation de rapporter le consentement préalable des pères et mères et aux probibitions entre parents rapprachés.) et aux prohibitions entre parents rapprochés.)

^{°)} Loi relative à la célébration des mariages de Belges en pays étrangers. — V. Le Moniteur belge (Journal officiel) de 1882, N° 144.

Unterzeichneter, Gefandter von Belgien in ber Schweiz, erklart auf gestelltes Ansuchen, nach Prufung ber ihm vorgelegten Aftenftude:

- 1. baß N.... Belgier ift;
- 2. daß die durch bas belgische Gefet vorgeschriebenen Cheverfundungen in Belgien in gehöriger Beife ftattgefunden haben;
- 3. daß, da feine Einsprache erhoben wurde und alle gesethlichen Formalitäten erfüllt find, N.... jur Eingehung ber Che in Belgien befugt mare.

Unterzeichneter erflart ferner, baß fich aus ben nachftebend angeführten Gefegesbestimmungen ergibt, mas folgt:

(Gefet vom 20. Mai 1882.) Die im Auslande zwischen Belgiern oder zwischen Belgiern und Ausländern eingegangene She ift gultig, wenn sie nach der im betreffenden Lande bergebrachten Form abgeschloffen worden ist und die belgischen Angehörigen den bei Strafe der Richtigkeit der She aufgestellten Bestimmungen des Code civil (I. Buch, V. Titel, 1. Rapitel) — nämlich der auf die Altersbedingungen, die Berpstichtung zur vorgängigen Auswirkung der elterlichen Einwilligung zur Sheschließung und auf die Sheverbote wegen naher Verwandtschlesbenden Artikel 144 bis 164 dieses Gesetbuches — nicht zuwider gehandelt haben.

Der im Austande erfolgenden Cheschließung follen Berkund ungen gemäß Art. 63 in Berbindung mit ben Art. 166—169 bes Code civil vorausgeben.

(Art. 12 bes Code civil.) Eine Auslanberin, bie fich mit einem Belgier verbeirathet, folgt bem rechtlichen Stand ihres Mannes.

(Art. 10 bes Code civil.) Jebes einem Belgier im Auslande geborene Rind ift Belgier [wenn es in ber Che geboren ober gehörig anerkannt ift].

Deffen ju Urfund murbe gegenwartige Er-

Le mariage célébré en pays étranger doit être publié en Belgique conformément à l'article 63 du Code civil combiné avec les articles 166 à 169. Article 12 du Code civil. L'étrangère qui aura épousé un Belge suivra la condition de son mari.

épousé un Belge suivra la condition de son mari.

Article 10 du Code civil. Tout enfant né d'un Belge en pays étranger est Belge s'il est né dans le mariage ou dûment reconnu.

En foi de quoi la présente déclaration a été délivrée pour servir et valoir ce que de raison.

Berne, le 18 ...

Le Ministre de Belgique.

flarung ausgeftellt, auf baß folcher finngemaße Anwendung und Geltung gutomme.*)

Bern, ben 18 . .

Der Gefandte von Belgien :

(L. S.)

 \mathbf{S} .) \mathbf{X} .

Beutsches Reich.

1. Cheichließung der Deutschen in der Soweiz.

Laut Kreisschreiben bes schweizerischen Bundesrathes an sammtliche eidgenösstiche Stande vom
22. Januar 1884 (Bundesblatt 1884, I. 130)
hat die Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft in
Bern dem schweiz. Bundesrathe zur Kenntniß
gebracht, daß, zusolge Entscheides der vorges
jesten Behörde, weder sie noch die deutschen
Konsulate ermächtigt seien, bei bevorstehender
Cheschließung in der Schweiz wohnender Ansgehöriger des Deutschen Reiches Erklärung en
dahin abzugeben, daß die zu schließen de
Che mit allen ihren Folgen in
Deutschland und Anerkennung finden
werde, daß sie infolge bessen die Ausstellung
berartiger Erklärungen für die Zukunft abslehnen und die Interessenten an ihre heimathslichen Behörden verweisen musse. Mithin wird
bie auf S. 6 bieses Luches abgedruckte ges
sandtschaftliche Erklärung fortan nicht
mehr ausgestellt werden.

Von Seiten ber Kaiserl. Deutschen Gesandtsichaft in Bern wurde dem Verfasser ber vorsliegenden Arbeit gütigst mitgetheilt, daß der vorerwähnte Entiche id des Auswärtigen Amtes des Deutsche Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches vom 7. Dezember 1883 datirt und auf nachstehende Erwägungen zurüczuschlichen sei. Die deutsche Reichsregierung soll nämlich Bedenken getragen haben, die anläßlich eines Spezialfalles der Kaiserl. Gesandtschaft in Bern ertheilte Ermächtigung zur Ausstellung fraglicher Erklärung auf alle Cheschließungen von Deutschen Reichsangehörigen in der Schweiz ausgedehnt zu wissen, wie dieß (ausgenommen in Betreff der baverischen Staatsangehörigen) seit geraumer Beit thatsächlich zu geschehen pflegte. Die Be-

^{*)} Die im handbuch für die schweizerischen Civilftandsbeamten (S. 314) ausgenommene und auf Seite 12 der
vorliegenden Arbeit — unter "Franfreich" (Erklärung
bes stanzösischen Botschafters) — abgedruckte Uebersetung
bieser Schlüßformel gibt kaum den Sinn des Originaltextes volltommen richtig wieder, indem die fianzösische
Clausel a pour servir et valoir co que de raison »
zunächt als eine ausdrückliche Berwahrung des Ausstellers dagegen aufzusaffen ift, daß der Erklärung eine
über ihre eigentliche Bedeutung hinausgehende rechtliche
Wirksamkeit beigemeffen werde.

sorgnisse ber Deutschen Reichsregierung scheinen insbesondere darin ihren Grund zu haben, daß der ungleichartige und öfters zu Zweiseln Anlaß bietende Charafter der auf dem Gebiete der Ehegesetzgebung im Deutschen Reiche zum Theil noch geltenden landesgesetzlichen Borschriften, sowie die Berschiedenartigkeit der in den einzelnen Deutschen Bundesstaaten herrschenden Auffassungen hinsichtlich Anwendung des örtslichen Rechtes, es einem Kaiserl. Gesandten zur Unmöglichkeit machen, eine den Bestimmungen der Art. 31 und 37 des schweizerischen Sbegesetze entsprechende Anerkennungserklärung abzugeben; indem die Abgabe einer derartigen Erklärung im einzelnen Falle eine Brüfung der konkreten Sachlage nothwendig voraussetzt.

Bekanntlich scheiterten auch die vor ungefahr fünf Jahren zwischen ber Schweiz und bem Deutschen Reiche gepflogenen Unterhandlungen über ein Abkommen bezüglich ber Eheschließungen von Deutschen in ber Schweiz und von Schweizern in Deutsche Reichsregierung mit Rücksicht auf die Openische Reichsregierung mit Rücksicht auf die Spezialgesetze einzelner Deutscher Staaten sich nicht entschließen konnte, für Trauungen von Deutschen in der Schweiz durch die Deutsche Wesandschaft in jedem einzelnen Falle eine analoge Erklärung ausstellen zu lassen, wie die französische Botschaft für die Trauungen von Franzosen ausstellt (vgl. die Geschäftsberichte des schweizerischen Departements des Innern für die Jahre 1879 und 1880 — Bundesblatt 1880, II. 22; 1881, II. 97).

· Um ben Borfchriften bes Art. 31, Lemma 4

und Art. 37, Schlußlemma des ichweizerischen Bundesgeseges über Civilftand und Che vom 24. Chriftmonat 1874 Benuge leiften gu fonnen, find alfo bie Deutschen Rupturienten lediglich darauf angewiefen, von der nach Daggabe bes bezüglichen Canbesgesches zuftan bigen Beborbe ihrer Beimat ein Beugniß bes Inhalts auszuwirken, bag bie beabsichtigte Che zwischen R. R. und R. R. in ber Schweiz abgeschloffen werben fann und in ber Beimat bes Brautigams mit allen rechtlichen Folgen anerkannt werben wirb. Gine gur Ausstellung einer folchen Anerkennungserflarung zuftanbige Behorde gibt es allerdings ftreng genommen ebensowenig im Deutschen Reiche als irgendwo anders. Inbeffen geht ber Sinn ber angezogenen ich weizerischen Gefetzesvorschriften nicht etwa schon babin, in Wahrung ber internationalen Rechtsordnung bie Cheschließungen von Angehörigen frember

Staaten por feber Anfechtung aus Grunden bes

Brivat- ober bes öffentlichen Rechtes zu ichugen,

sondern die Bestimmungen der Art. 31, Lemma 4 und Art. 37, Schlußlemma des schweizerischen Ehegesetes bezwecken eigentlich nur die Instigen Ehegesets bezwecken eigentlich nur die Instigen Ehegesets bezwecken eigentlich nur die Instigen Ehegatten und deren Nachtommensich aft sicherzustellen. Es wird sich demnach hauptsächlich darum handeln, daß der Nachweis der Staats- und Heimatsangehörigseit des Bräutigams förmlich erbracht und der bezüglichen Urfunde eine Besch einigung beigesügt sei, laut welcher die Uebertragung bei Frau und die ehelichen (mit Inbegriff der legitimirten vorehellichen) Kinder als eine nothwendige Folge der unter den gegebenen Roraussehungen geschlossenen Ebe allt.

gebenen Boraussetzungen geschloffenen Ghe gilt.
Bur Ausstellung bes fraglichen Beugniffes burfte somit biejenige Behörbe zu ft anbig sein, welche, über Die Frage ber Staatsangehörigkeit eine Entscheidung und ausländischen Behörden gegenüber ein Anerkenntniß abzugeben, berufen ift. Bermuthlich hatte sich alfo ber Brautigam einfach an diejenige Behörde feiner Belmat zu wenden, beren Begeich nung bas Busapprotofoll vom 21. Dezember 1881 (Amtl. Samml. n. F., Bb. VI, S. 273) zu bem zwi= fchen ber Schweiz und bem beutschen Reiche abgeschloffenen Rieberlaffungsvertrage enthalt [f. bas bienach S. 156 ff. abgedrudte Berzeichniß]. Allein, mit Rudficht barauf, daß einzelne Staaten befondere Bestimmungen über bie Chefchließung von Inlanbern im Auslande aufftellen und mitunter bie Bultigfeit einer Che von ber Beobachtung biefer Bestimmungen abhängig fein laffen, follte, außer ber Befcheinigung bezüglich Uebertragung ber Staatsangehörigteit burch bie Berebelichung, allenfalls von ber namlichen Behorbe noch bie weitere Befcheinigung verlangt mer-ben, baß im betreffenben Staate biefe ober fene Borfdrift über bie Cheschließungen von Inlanbern im Auslande bestehe, ober daß im betref. fenden Staate feine Erlaubnificheine gur Cheschließung im Auslande, fowie über-haupt feine Ginfdrantungen bes Rechtes jur Schließung einer Che im Auslande gefeglich vorgefehen feien. Sollte bie Behorde, auf welche hier hingewiesen wird, falls beren bienftliche Berrichtungen in bem foeben angedeuteten Sinne in Anspruch genommen murben, fich fur nicht fompetent erachten. ben baherigen Begehren Folge zu geben, und aus biefem Grunde Die Ausftellung einer Bescheinigung ber bezeichneten Art verweigern, fo mare dem deutschen Rupturienten, bei der gegen= wartigen Lage ber Dinge, wohl fein befferer

Rath zu ertheilen, als bag er um bie Bermittelung des Stanbesbeamten feines Beimatortes ober etwa ber in feinem Beimatlande bem Civilftanbewesen porgeseten Beborbe nachsuche, um eine zur Ausstellung ber verlangten Erklarung wirklich tompetente Behorbe ausfindig zu machen.

Bemerkt wird hiebei, bag in ber Anerkennung Berflarung, welche bie Art. 31 u. 37 bes schweiz. Gesetzes verlangen, die betreffende auswärtige Behorbe übrigens auch ihre Buftanbigteit jur Abgabe berfelben er-Nr. 154).

Beilage:

Verzeichniß

in den Bundesstaaten des Deutschen Reiches zur Ertheilung von Anerkenntnissen und zur Entscheidung über bie Staatsangehörigkeit zuftändigen Behörden.

(Beilage B bes Busapprotofolles v. 21. Dezember 1881 ju bem am 27. April 1876 abgeschloffenen Rieberlaffungs-bertrag zwischen ber Schweiz und bem Deutschen Reiche.)

l. Königreich Dreußen.

Brobing Oftpreußen: Die Roniglichen Regierungs. Brafibenten ju Ronigsberg und Gumbinnen. Probing Bestpreußen: Die Königlichen Regierungs-Bröding Brandenburg: Die Königlichen Regierungs-Broding Brandenburg: Die Königlichen Regierungs-Bröjidenten zu Poisdam und Frankfurt a. O., sowie der Königliche Polizeipräsident zu Berlin. Brobing Bommern: Die Königlichen Regierung 5-Brafibenten zu Stettin, Coblin und Stralfund. Broving Bofen : Die Roniglichen Regierungen gu Bofen und Bromberg. Broving Schlesten: Die Königlichen Regierungs-Brajidenten zu Breslau, Liegnig und Oppeln. Broving Sachen: Die Königlichen Regierungs-Brajidenten zu Magdeburg, Merjeburg und Erfurt. Broving Schleswig-Dolftein: Die Roniglice Regie. rung ju Shleswig. Brobing hannober: Die Ronigliden Lanbbrofteien ju Bannover, Bilbesheim, Lüneburg, Stade, DBnabrild und Aurich. und Aurich.
Probing Bestfalen: Die Königlichen Regierungen zu Mänster, Minden und Arnsberg.
Probing hessen = Rassau: Die Königlichen Regierungen zungen zu Kassel und Wiesbaden.
Rheinprobing: Die Königlichen Regierungen zu Cobienz, Düsseldorf, Coln, Trier und Aachen.
Hobenzollern'sche Lande: Der Königliche Regierungs.
Ard ibent zu Sigmaringen.

Königreich Bayern.*)

Prafibent ju Sigmaringen.

Regierungsbegirt Oberbayern: Die Magift rate ber Stabte Freifing, Munchen, Rofenheim, Ingolftabt, Landsberg, Traunstein.

Die Begirtsamter ju Michbach, Ingolftabt, Schongau, Altotting, Landsberg, Schrobenhaufen, Berchtesgaben, Laufen, Toll, Brud, Micsbach, Traunftein, Dachau, Mühlborf, Wafferburg, Ebersberg, München lints ber 38ar, Weilheim, Erding, München rechts ber 38ar, Werbenfels, Freifing, Pfaffenhofen, Friedberg, Rofenbeim.

Regierungsbegitt Rieberbauern: Die Ragiftrate ber Stadte Deggendorf, Landsbut, Baffau, Straubing.

ber Stadte Deggendorf, Landshut, Baffau, Straubing. Die Bezirks am ter zu Bogen, Deggendorf, Dingolfing, Eggenfelden, Landshut, Straubing, Grafenau, Mallersdorf, Biechtach, Griesbach, Paffau, Bilsbiburg, Relbeim, Pharrkirchen, Bilshofen, Kohting, Regen, Wegichield, Landau, Aottenburg, Wolfstein.
Regierungsbezirk Pfalz: Die Bezirksämter zu Bergzabern, Kaiferslautern, Reuftadt a. d. Haardt, Frankenkhal, Kirchheimbolanden, Pirmafens, Germersheim, Kufel, Speper, Homburg, Landau, Zweibriden.

Regierungsbegitt Dberpfalg und Regensburg: Die Da gift rate ber Ctabte Amberg, Regensburg. Die Begirtsamter ju Amberg, Rabburg, Stadtamhof, Burglengenfeld, Reumartt, Sulzbach, Cham, Reundurg vor'm Bald, Tiridenreuth, Eichenbach, Reuftadt an der Bald-Raab, Belburg, Demau, Regensburg, Bobenftrauß, Remnath, Roding, Baldmünden.

Regierungsbezirt Oberfranten : Die Dagiftrate ber

Stubte Bamberg, Bapreuth, Dof. Die Begirfsamter ju Bamberg I, Dof, Begnis, Bamberg II, Rronad, Rehau, Bapreuth, Rutmbach, Stadtfleinach, Berned, Lichtenfels, Staffelftein, Cher-

mannsttadt, Winchberg, Teufdnig, Fordheim, Raila, Wunfiebel, hodftadt an der Aifd. Regierungsbezirf Mittelfranten: Die Magift rate der Städte Ansbach, Erlangen, Rothenburg an der Tauber, Dintelsbihl, Fürth, Schwabach, Cichtatt,

Murnberg, Beigenburg. Die Begirtsamter ju Ansbach, Burth, Rothen-burg an ber Lauber, Beilngries, Gungenhaufen, Scheinfeld, Dinkelsbuhl, Deilsbronn, Schwabach,

^{*)} Bal, bas hievor auf G. 7 (I) begiglich Buftan bigfeit gur Ausftellung bes "Berebelichungs-geugnisses Gejagte. (v. Riebel's Angabe fütt fich auf bie Berhandlungen bes besonderen Ausschuffes ber Rammer ber Abgeordneten für die Gefetse über das Gemeindewesen, Ansafffgmachung und Berehelichung: Abtheilung II, S. 289.)

Sichftatt, herzbrud, Uffenheim, Erlangen, Reuftabt an ber Aijc, Beißenburg, Feuchtwangen, Rürnberg. Regierungsbezirt Unterfranten und Afchaffenburg: Die Ragiftrate ber Stadte Afchaffenburg, Soweinfurt, Burgburg, Rigingen.

Die Begirtsamter ju Algenau, Rariftabt, Miltenberg, Afchaffenburg, Riffingen, Reuftabt an ber Saale, Brudenau, Rigingen, Obernburg, Ebern. Ronigshofen, Ochjenfurt, Gerolzhofen, Lohr, Schwein-furt, Hammelburg, Markibeidenfeld, Burzburg, Saß-furt, Rearichftadt.

Regierungsbegirt Schwaben und Renburg : Die Magi fir a te ber Stadte Augsburg, Raufbeuren, Memmingen, Dillingen, Rempten, Reuburg an ber Donau, Donauwörth, Lindau, Mordlingen, Gungburg.

Die Begirtsamter ju Mugsburg, Rempten, Reu-Ulm, Dillingen, Rrumbach, Rorblingen, Donauwörth, Lindau, Oberdorf, Füßen, Memmingen, Sont-hofen, Günzburg, Mindelheim, Wertingen, Illertiffen, Reuburg an der Donau, Zusmarshaufen, Kaufbeuren.

Königreich Sachsen.

Die Roniglich Sacfficen Rreishauptmannicaften ju Dresben, Baugen, Zwidau, Leipzig.

Königreich Württemberg.

Die Röniglichen Rreis-Regierungen, und zwar: a. des Recar-Preifes zu Audwigsburg; b. des Schwarzwalb-Preifes zu Reutlingen; c. des Jagft-Preifes zu Elwangen; d. des Donau-Preifes zu Ulm.

Großherzogthum Baden.

Rreis Rouftang: Die Großherzoglichen Begirtsamter ju Ronftang, Engen, Deftirch, Pfullenborf, Stodach, Ueberlingen.

Areis Billingen: Die Großherzoglichen Begirtsamter

Rreis Billingen: Die Großberzoglichen Bezirksämter zu Donauelchingen, Triberg, Billingen.
Rreis Waldshut: Die Großherzoglichen Bezirksämter zu St. Blassen, Bonnbort, Sädingen, Waldshut.
Rreis Freiburg: Die Großherzoglichen Bezirksämter zu Breisach, Emmendingen, Ettenheim, Freiburg, Reustadt, Staufen, Waldtirch.
Rreis Lörrach: Die Großherzoglichen Bezirksämter zu Korrach, Müllheim, Schonau, Schopspeim.
Rreis Offenburg: Die Großherzoglichen Bezirksämter zu Adern. Baben. Rabla. Rastatt.

am ter ju Adern, Baben, Babl, Raftatt. Rreif Rarleruhe: Die Großbergoglichen Begirfsamter

ju Bretten, Bruchfal, Durlach, Eitlingen, Rarleruhe, Pforzheim.

Rreis Mannheim: Die Großherzoglichen Begirts.

arreis Mannyeim: Die Großherzoglichen Bezirts-amter zu Mannheim, Sowegingen, Weinheim. Areis heibelberg: Die Großherzoglichen Bezirts-amter zu Eppingen, heibelberg, Sinsheim, Wiesloch. Areis Mosbach: Die Großherzoglichen Bezirtsamter zu Abelsheim, Buchen, Eberbach, Mosbach, Tauber-bischofsheim, Wertheim.

Großherzogthum Beffen.

Brobing Startenburg: Die Großherzoglichen Rreis. am ter ju Bensheim, Darmftabt, Dieburg, Erbach, Groß=Berau, Deppenheim, Offenbad.

Broving Oberheffen : Die Großherzoglichen Rreisamter ju Alsfeld, Budingen, Friedberg, Giegen,

Brobing Rheinheffen: Die Großherzoglichen Rreis. amter ju Algen, Bingen, Maing, Oppenheim, Borms

7.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

Brogherzoglich Medlenburg-Schwerin'ices Minifte-

Großherzogthum Sachfen.

Die Großherzoglichen Direttoren bes I. Bermaltungs Bezirts ju Beimar; Ш. Dermbach Reuftadt a. D.

9.

Großherzogthum Mecklenburg-Strelig.

Großherzoglich Medlenburgifche Lanbesregierung ju Reuftrelig.

10.

Großherzogthum Gldenburg.*)

Für bas herzogthum Olbenburg: Das Großherzogliche Staats minifterium, Departement Des Innern, zu Olbenburg.
Bür bas Fürstenthum Lübed: Die Großherzogliche
Regierung zu Eutin. Für bas Fürftenthum Birtenfelb : Die Großherzogliche Regierung ju Birtenfelb.

11.

Bergogthum Braunschweig.

Die herzoglichen Rreisdirettionen ju Blantenburg a. D., Braunfdweig, Gandersheim, Delmftebt, Dolgminden, Bolfenbuttel.

12.

Bergogthum Sachsen-Meiningen.

Die Bergoglichen Sanbrathe ju Gilbburghaufen, Meiningen, Saalfeld, Sonneberg.

^{*)} Laut Rreisschreiben bes foweizerischen Bundes-rathes an sammtliche eidgenöffischen Stande vom 24. Januar 1884 (Bundesblatt 1884, I. 149 f.) find in Diefem Bergeichniffe nicht mit inbegriffen bie nachgenannten olbenburgifden Beborben, welchen awar bie Entideibung über bie Staatsangehörigfeit in ftreitigen Gallen nicht juffebt, mobl aber, neben ben ben bezeichneten Behorben, paperen, woge uver, neven ven voen vezeimneten wegoroch, bie Ausftellung von rechtsberbindlicen Deimaticheinen übertragen ift: 1) 3m Gerzogsthum Olbenburg: die großherzoglichen Memter und bie Ragiftrate der Stadte Oldenburg, Jever und Barel; 2) im Fürftenthum Lübed: der Ragiftrat der Stadt Getin

Breis.

13.

Bergogthum Sachfen-Altenburg.

Die Bergoglichen Lanbrathsamter ju Altenburg,

fowie bie Stabtrathe ju Altenburg, Gifenberg, Grognig, Rabla, Luda, Meufelwig, Orlamunda, Roba, Ronneburg, Somölln.

Bergegthum Sachsen-Cobnrg-Gotha.

Für das herzogthum Sachlen-Coburg: Das herzogliche Landrath Samt ju Coburg. Die Ragiftrate ju Coburg, Reuftabt, Robach. Der Stadirath ju Ronigsberg.

Für bas herzogihum Sachfen-Gotha : Die Berzoglichen Sanbrath amter ju Gotha, Ohrbruf, Balters-

haufen; fowie bie Stabtrathe ju Gotha, Ohrbruf, Baltershaufen.

Herzogthum Anhalt.

Die Bergogliche Regierung, Abtheilg. bes Innern, ju Deffau.

16.

Bürftenthum Schwarzburg-Bondershaufen. Die Fürftlichen Lanbrathe ju Arnftabt, Conberg. haufen, Bebren.

Sürftenthum Schwarzburg-Rudolftadt.

Die Fürftlichen Sanbrathsamter ju Frantenhaufen, Ronigfee, Rubolftabt.

18.

Sürftenthum Waldeck.

Die Fürftlichen Rreisamtmanner

- für ben Areis ber Twifte ju Arolfen; bes Gifenberge ju Corbach; ber Gber ju Bilbungen;
 - Burmont ju Byrmont.

19.

Surftenthum Reuß, altere Linie. Burfilid Reuf-Planifde Sanbesregierung ju

Sürftenthum Reuß, jungere Linie. Fürfilid Reuß-Blauifdes Minifterium, Abtheilung bes Innern, ju Gera.

Fürstenthum Schaumbnrg-Lippe.

Fürftlich Schaumburg - Lippefche Regierung ju Budeburg.

Sürstenthum Lippe.

Fürftliche Regierung zu Deimold.

Freie und Sanseftadt Lübeck.

Das Polizeiamt zu Labed.

freie und Sanfeftadt Bremen.

Für die Stadt Bremen: Die Polizeidirettion gu Bremen

Rur das Landgebiet: Der Landberr gu Bremen, Für die hafenftibte Bremerhaven und Begefad: Die Aem ter zu Bremerhaven und Begefad.

Freie und Hansestadt Hamburg.

Der Senat ber freien und Danfeftabt Damburg gu Bamburg.

Elfaß-Lothringen.

Die Raiferlichen Begirts = Brafibenten, und zwar: bes Bezirts Ober-Elfaß ju Stragburg;

Unter-Gliaß ju Rolmar; Lothringen ju Deg.

Anhaltspuntte rudfichtlich ber nach Borftebenbem erforderlichen Nachweise bietet gunachst bie — anläßlich ber vorerwähnten Berhandlungen über einen Bertragsabichluß bezüglich Begfall ber Trauerlaubnificheine — unterm 15. Robember 1879 von Seiten ber beutschen Reichs= regierung bem ichweizerischen Befanbten in Berlin ju Banden bes ichweig. Bunbesrathes mitgetheilte Busammenftellung ber einschlägigen in ben verschiedenen Gesetzgebungen ber beutschen Bundesftaaten bestehenden Bestim= mungen.

Laut biefer Busammenstellung, welche auf amtlichen Mittheilungen fammtlicher beutschen Bundesregierungen an die Reichsregierung berubt, bestehen bermalen nur in funf Bunbes.

ftaaten bes Deutschen Reiches besonbere Borfdriften über bie Chefdließung von Inlanbern im Auslande. Diefe funf Staaten find: Bapern (f. S. 7 ff. u. S. 79 f.), Baben (f. S. 141 f.), Cach= fen:Altenburg, Sachsen:Meiningen und Schaumburg-Lippe. (Bgl. indeffen S. 147: "Anhalt-Bernburg".) In Sachfen-S. 147: "Unhalt-Bernburg".) Altenburg fei vorgefchrieben, "baß ein Inlanber, ber im Auslande heirathen will, ein Beugniß ber Beimatsbehörbe barüber zu extrabiren hat, baß feiner Berheirathung ein gesetliches" - b. h. jest reichsgesestliches - "hinderniß nicht im Wege fteht." In abr In abnlicher Beife beftimme fur Cachfen-Meiningen bas Gefet vom 21. Mai 1855, daß alle Unterthanen mannlich en Befchlechts, welche fich

im Auslande zu verehelichen beabsichtigen, einer porgangigen Befcheinigung ber que ftanbigen obrigfeitlichen Beborbe des herzogthums darüber bedürfen, bag ber einzugebenden Che ein gefetliches Sinderniß nicht entgegenftebe. In Schaumburg . Lippe fet, laut Berordnung vom 29. Oftober 1841 und ber Inftruttion vom 11. Dezember 1875 § 9 (vgl. S. 149), jur Cheichließung zwischen Inlandern und Auslandern, auch im Auslande, und gur Anordnung bes Aufgebotes burch ben Standesbeamten eine Erlaubnif ber ganbe fregierung erforderlich. Diegbezüglich fei nun borgeschrieben, daß eine, von der Beimatsbehörde bes auslandischen Brautigams auszuftellende Bescheinigung, "daß der dortigen Aufnahme ber Braut tein hinderniß im Bege ftebe", bem Besuche um Trauscheine für inlandische Frauenspersonen, welche sich mit Auslandern verheirathen wollen, beigefügt werde (Bublifandum vom 17. Januar 1845). Rach ber vorerwähnten Berordnung vom 29. Oftober 1841 "werden alle ohne Erlaubniß ber Regierung gefchloffenen Ehen zwifchen Einlanbern u. Auslanbern, ohne Unterschied ob die Trauung im Lande ober außerhalb Landes erfolgt ift, in faatsrechtlicher hinficht für nichtig erflårt."

Bas somit die Frage betrifft, welche besondern partifularrechtlichen Borschriften bei Eheschließungen von Deutschen in der Schweiz in Betracht gezogen werden
müssen, so tritt namentlich die auf die Angehörigen von
Schaumburg. Lippe bezügliche Borschrift in den
Bordergrund, wonach zu einer im Auslande (resp. in
der Schweiz) erfolgenden Gheschließung die Erlaubnis
der Laubnis abgeschlossen Speichließung die Erlaubnis
der Laubnis abgeschlossen Speich in diffentlichrechtlicher hinschlig ift.

* _ ,

Der namlichen (Eingangs naber bezeichneten) offiziellen Zusammenstellung läßt sich ferner entenhmen, welches materielle Cherecht im Allgemeinen auf die Eheschließung von Deutschen im Auslande Anwendung sinde, beziehungsweise ob sich dasselbe nach der Staatsangehörigteit ober nach dem Wohn sige ober nach dem Ehefchließungsorte bestimme. Dießbezüglich werden nachstehende Angaben gemacht:

1) In Bapern, Königreich Sachfen, Baden, ferner Beffen und Oldenburg für beren frangösisch-rechtlichen, linksrheinischen (vgl. unter Biff. 3) Gebietstheile, endlich Sachfen: Altenburg und Renß a. L. tommt das Bringip ber Staatsangehörigsteit zur Anwendung, und bemgemäß werden

tn biesen Gebieten schlechthin bie Bestimmungen bes beutschen Reichs = Personenstandsgeseses (§§ 28 ff.) als maßgebend erachtet. Dies gilt jedoch im Königreich Sachsen nur insowett, als es sich um die Cheschließung eines man n= lich en Sächsischen Staatsangehörigen handelt (vgl. S. 140, B. G. B. § 13); die Gültigkeit der von einer Sächsischen Staatsangehörigen mit einem Ausländer eingegangenen She ist nach den heimatlichen Gesehen des Lettern zu bezurtheilen.

2) In Mecklenburg : Schwerin und Mecklenburg:Strelis, Sachfen: Co-Durg: Gotha, Balbect, Lippe und Bremen, in welchen Staaten bas gemein-rechtliche Bringip bes Domicils herricht, ift bas Recht bestenigen Bebiets als maggebend ju erachten, welchem bie Chegatten bezw. ber Chemann, burch ben Bohnfit angehoren. Für Medlenburg-Schwerin wird biefer Grundfas bahin angegeben, "daß das anzuwendende materielle Gherecht fich nach bem Ehe wohn= fit beftimme, und baber für die Chefabigleit regelmäßig bas für bas Domigil bes Chemannes geltende Recht entscheibend fei." Für Medlenburg-Strelit, Sachsen-Coburg. Gotha und Bremen wird gang ausbrudlich bemertt, bag in ber fraglichen Beziehung ber gemeinrechtliche Grundfat, wonach bas am Bohnfige bes Chemannes geltende Recht Anwendung finde, in Geltung ftebe. Je nach der Lage biefes Wohnsiges tommt demnach beutsches Reichsrecht ober schweizerisches Becht ober bas Recht eines britten Staates gur Unwendung.

3) In Beffen hinsichtlich seines rechtsrheinischen (vgl. oben sub Ziff. 1) Gebietes,
Großherzogthum Sachsen W.-C., Oldenburg (vgl. oben sub Ziff. 1) hinsichtlich des
Herzogthums Oldenburg und des Kürstenthums
Lübeck, Sachsen Meiningen, Anstalt, Schwarzburg-Budolstadt u. Lübeck
sollen die Grundsäte des gemeinen Rechts,
in Württemberg, Braunschweig,
Menß i. L. Schaumburg Lippe und
Hamburg die Grundsäte des internationalen Privatrechtes oder all gemeine
Rormen als maßgebend erachtet werden.

Da die gemeinrechtliche Bissenschaft und Brazis, wie auch die in Deutschland vorwiegende Theorie des internationalen Privatrechts von dem Domicil-Prinception ift, so darf im Allgemeinen angenommen werden, daß für die nicht unter Biff. 1 begriffenen Gebiete die herrschende Rechtsansicht mit derzenigen übereinstimmt, welche für die unter Biff. 2 auf-

geführten Staaten festgestellt wurde. hierbei ift jedoch hervorzuheben, daß nach einer neueren, befonbers in ber Theorie vertretenen Anficht ber Begriff bes Domicils in einer Beife bestimmt wird, bag er mit der Staats. angeborigteit im Befentlichen zusammenfällt. Für Didenburg namentlich wird hervorgehoben, "Wiffenschaft und Bragis scheinen bas bin zu brangen, bas fogenannte neuere Domigil, welches ftets Die Staatsangehörig= feit in fich foließt, refp. lebiglich die Staats. angehörigfeit als bas Entscheibenbe anzwar ohne Ausscheibung bes frango. fifchen Rechtsgebietes, bas Domizil. Brincip als basjenige bezeichnet, "welchem fich die Bragis, im Anschluß an die in der Rechtswiffenschaft vorherrichenbe Meinung guneige, wie bieg aus ben por einiger Beit erforderten Berichten ber vormaligen Appellations gerichte barüber, ob bei Chescheibungen bas Recht bes Wohnfiges ober ber Staatsangehörigs teit entscheibe (vgl. Juftig-Minift. Blatt 1877, S. 55 u. 99), zu entnehmen fei. "*)

II.

(Bergl. C. XVIII, "Preugen" : Cirtularerlag.)

Bekanntlich begnügt sich bas beutsche Reichsgeset über bie Beurkundung bes Personenstandes
und die Eheschließung (vom 6. Februar 1875)
bezüglich der Eben, welche von Reichsangehörigen
außerhalb bes Reichsgebietes abgeschlossen werben, damit, daß es (§ 85) auf das ausdrücklich
aufrecht erhaltene Geset vom 4. Mai 1870,
betreffend die Eheschließung und die Beurkunbung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande (vgl. hievor S. 90,
Note 3), verweist. Soweit also diese Bestimmungen nicht reichen, verbleibt es bei den

geltenden ober noch zu erlassenden Borschriften ber Landesgesetzung sowie den Rechtssahen bes gemeinen Rechts (fo die Kommentare zum beutschen Reichsehegesetz von v. Sicherer S. 349

und von hinschius G. 158).

Die herrschende Unficht geht babin, bag nach bem gemeinrechtlichen Sage "Locus regit actum" über bie jur Rechtsgültig: teit einer im Auslande abge-schloffenen Ebe erforderliche Form bas am Cheschließungsorte geltenbe Recht ent= fcheibe. Ausbrudlich ift bies ausgesprochen im toniglich fachfischen Befeg vom 3. Rovember 1875, § 10 Abf. 1 (f. hiebor S. 140). Auch ber Code civil Art. 170 (s. S. 12 und 18) und bas babifche Befet vom 9. Dezember 1875, § 23 (f. S. 141) enthalten basfelbe Bringip. Die frangofifche und bie babifche Borfchrift laffen aber Die Modifitation eintreten, baß bas dem Cheabschluffe vorauszuschickende Aufgebot im beutschen Reich für ben Reichsangehörigen fattgefunden haben muß. Da jedoch für bas deutsche Reich die Borfcriften bes frangofifchen Gefegbuches über bas Aufgebot burch bie Borfcriften bes beutichen Reichsgefeges über bas Aufgebot erfest worden flud, fo wird nach Art. 170 bes frangofifchen Befegbuches eine Che als gultig er= achtet werben muffen, wenn bas Aufgebot nach ben Borfdriften des beutschen Reichsehegesetzes vorgenommen worden ift. Demnach, fagt von Sicherer (a. a. D. S. 349), wird das Auf- gebot im Inlande (beutschen Reiche) nur bann erforderlich fein, wenn einer der Berlobten gur Beit in einer inlandifchen Bemeinde feinen 2Bohnfit ober feinen gewöhnlichen Aufenthalt hat ober innerhalb ber letten feche Monate feinen Wohnfit gehabt hat (vergl. S. 5, III); bas Aufgebot am Bohnorte berjenigen, welchen im gegebenen Falle bas Recht ber Einwilligung gur Cheschließung zukommt (code civil Art. 168, f. S. 17), wird fomit nicht mehr für erforberlich zu erachten fein. Das oben zitirte Gefet vom 4. Mai 1870 hat übrigens Diefelben Grunbfage angenommen ; nur foweit bet ben nach biefem Befege du follegenben Chen bie inlandischen Aufgebote fortfallen, find fie auch für bie gebachten Rechtsgebiete nicht erforber= lich (hinschius, a. a. D. S. 158). Für bas preußische Landrecht hat ein Ertenntnig bes Obertribunals zu Berlin vom 15. Januar 1855 (Prajudiz Dr. 2595, Entscheidungen Bb. XXIX S. 380 ff. — v. Sicherer, a. a. D. S. 349) ausgesprochen, bag ber für bie Form ber Bertrage enischeibende Sat "locus regit actum" § 111 Lit. V Th. I — auch für bie Form Der Chefchließung gelte, und hat bemgemaß

Mus Nr. 12 des Justizministerialblattes vom 30. Marz 1877 ergibt sich, daß gutachtliche Aeußerungen ber meisten preußischen Appelationsgerichte die Frage, ob die von schweizerischen Gerichten erkannten Scheidungen dortiger, in der Schweiz wohnhaster Staatsangehöriger als rechtswirtsam im Inlande anzuerkennen seien, bejaht haben, weil sie es für das Richtigere hielten, in Ehesachen nicht das Recht der Staatsangehörige entscheidigte allein das Recht der Staatsangehörigte eit, sondern das en ige des Wohnsiges entscheidigte allein das Appellationsgericht zu Raumburg und drei andere Appellationsgerichte stellten wenigstens eine unbedingte Anerkennung nicht in Aussicht, sondern der langten entweder den Rachweis der Uedere in stimmung des Urtheils mit dem inländischen, den Recht oder der Reciprocität, und riethen, den Gegenstand durch Gesetzgebung und Staatsvertrag zu regeln. (Bgl. "Standesbeamter" de 1879, S. 131.)

eine in Schottland zu Gretna-Green (vgl. hies vor S. 106, N. 18) nach schottischem Rechte vollzogene Che eines Preußen auch in Preußen als eine der Form nach gültige erklärt. In gleichem Sinne spricht sich ein späteres Erkennteniß besselben Gerichtshoses vom 17. März 1862 aus (Striethorst's Archiv Bd. XLIV S. 244 ff. — v. Sicherer, a. a. D. S. 349).

Dagegen ift von Rechtswiffenschaft, Recht= sprechung und Gesetzebung (vgl. S. 140: "Cachsen" B. G. B. S 13 -- und S. 141: "Baben" Ges. v. 9. Dezember 1875 § 23) in Deutschland allgemein anerkannt, baß bie Fähigteit, eine Che überhaupt ober mit einer bestimmten Perfon einzugeben, nicht oder boch nicht schlecht. bin nach bem Rechte bes Chefchliegungsortes ju beurtheilen fei. Bon biefem Grundfat geben junachft die fammtlichen Borfdriften aus, welche in ben einzelnen beutschen Bunbesftaaten bie Trauung von Auslandern durch den Nachweis bedingen, bag ber Auslander nach bem Rechte feiner Beimath zur Eingehung Diefer Che befugt fet (vgl. G. 139 ff.). Da jeboch bas bemnach etwa zur Anwendung zu bringende auslandische Recht nicht folche eherechtliche Borfchriften bes Inlandes, welche Berbotsgefege enthalten, burchbrechen tann, fo muß insoweit bas Recht bes Chefchließungsortes auch in Diefer Beziehung bernichsichtigt werben. In Beant-wortung der Frage, welches Recht in Betreff ber Chehinderniffe entscheibet, wenn bie Berlobten verschiedenen Rechten unterworfen find, geht eine Meinung in ber beutschen Rechtswiffenschaft jest dahin, bag bas Recht an bem beiberseitigen Wohnfige der Berlobten ents icheibet, daß alfo, wenn auch nur nach bem Rechte des Wohnsiges des einen Berlobten ein vielleicht nicht für ben Wohnsit bes andern geltendes Chehinderniß obwaltet, die Che unstatthaft ift (hinschius, a. a. D. S. 168). Eine andere Unficht will bagegen nur bas Recht bes Bohnfiges bes Mannes maggebend fein laffen und nabert fich mithin ber Borichrift bes foniglich fachfischen Gesethuches (§ 13, f. hicpor S. 140), laut welcher bas Recht bes Staates, welchem ber Chemann angehört, über Die materiellen Erforberniffe ber Chefchliegung zu entscheiden hat.

\$ 76 bes Reichsehegesetes vom 6. Februar 1875 verweist die streitigen Ehesachen (Rechtsstreitigkeiten, welche die Trennung, Ungültigkeit ober Nichtigkeit einer She zum Gegenstande haben) ausschließlich vor die bürgerlich en Gerichte und spricht babei ausbrücklich die Beseitigung der geistlichen und

jeber burch bie Bugeborigfeit zu einem beftimmten Glaubensbetenntniffe bebingten Berichtebarteit aus. Die ftaatlichen Berichte haben indessen das bestehende Partikularrecht zur Unwendung zu bringen, mag basselbe weltlichen ober firchlichen Urfprunge fein. Dieß gilt nicht nur für bie Rlagen, welche bie Richtigkeit ober bie Ungultigkeit, fonbern auch für bie Rlagen, welche die Scheidung einer Che betreffen. Fur bie ersteren ist ber Fortbestand bes bisherigen Rechtes in § 36 (f. S. 5, I; wgl. S. 77 f. u. 90 f.) ausbrucklich ausgesprochen, für die letteren ift er in § 77 vorausgefest. Rur in ben Fallen, wo nach bem bisherigen - bie Lehre ber tatholischen Rirche von ber Unaufloslichkeit ber Che anerkennenden — Rechte auf beständige Trennung von Tifch und Bett zu erkennen ware, ift nunmehr, gemaß § 77 bes Reichs= ehegesehes, die Scheibung bem Banbe nach auszusprechen. Bei frühern Ertenntniffen, welche auf beständige Trennung von Tisch und Bett lauten, ift die gerichtliche Umwandlung bes Trennungenrtheils in ein Scheibungsurtheil nach Maggabe ber §§ 77 und 78 bes ange= führten Gefebes zulaffig, und zwar ohne Unterichied, ob bie bestandige Trennung auf Grund bes fanonischen Rechts ober auf Grund ber burgerlichen Besetzgebung und ob fie von geift. lichen ober von weltlichen Gerichten ausge-fprochen murbe. Aber erft nach erfolgter Auflofung bes Chebandes tonnen bie Betheiligten eine anderweite Che eingeben (Binfdius, a. a. D. S. 120; v. Sicherer, a. a. D. S. 469 ff.)

Bu beachten ist, daß die Scheidungserkenntnisse, welche auf Grund französischen und
badischen Rechtes vor dem 1. Oktober 1879 —
als dem Tage des Intrafttretens der Reichsjustizgesete — ergangen sind, nur die Statthaftigkeit der Scheidung aussprechen, und daß
biese selbst durch einen standes amt lichen
Scheide kar erfolgt sein muß. Für solche
Källe bedarf es also der Borlegung des Auszuges über den standesamtlichen Scheideakt.*)

Hinschius (a. a. D. S. 200) und v. Sicherer (a. a. D. S. 452) behaupten, daß die Ehe = scheibung burch landes herrliches Reffript mit dem Prinzip der "ausschließelichen" Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte im Widerspruch stehe und somit als aufgehoben zu betrachten sei, indem die Ausübung dieses — dem sog. Dispensationsrechte des Papstes zur Auslösung des Chebandes (vgl. S. 34 und 112)

^{*)} Daß die Art. 264 ff. des Code civil, wonach es eines ftandesamtlichen Scheideaktes bedurfte, seit Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze nicht mehr zur Anwendung kommen, läßt fich aus einer Entscheidung der königlichen Staatsanwaltschaft zu Aachen vom 14. Mai 1881 entnehmen. (Bergl. "Standesbeamter" de 1881, S. 117.)

nachgebilbeten — Scheiberechtes ein Aft ber Gerichtsbarkeit und nicht eine Dispensertheilung ift. Borauszesest ist die Aufrechterhaltung der Ehescheidung fraft landesherrlicher Machtvolltommenheit immerhin in den Aussührungsversordnungen zum Reichsehegeset für Sachsen-Weimar-Cisenach (§ 15), für Sachsen-Coburg-Gotha (§ 14), für Neuß ä. L. (§ 16), sowie in dem Gesetz sachsen-Meiningen v. 27. Nov. 1875 (Art. 8).

Macht es nun hinfichtlich Schließung einer neuen Che feinen Unterschied, ob bas die Che auflosende ober für nichtig erklarende Urtheil im Beimatestaate ber Cheleute ober in einem anbern beutschen Bundesstaate gefällt murbe - ba bas Reichsehegefet gang Deutschland als ein ein-beitliches Gebiet fur Die Chefchliegung auffaßt und in diefer Beziehung nicht zwischen ben eingelnen Bunbesftaaten mehr unterscheibet -, fo ift bezüglich ber außerhalb bes beutschen Reichsgebiets erfolgten Auflosung ober Richtigfeiteerflarung einer Che bei ber Bieberverehelichung eines Deutschen Reichsangehörigen ber Rachweis unbedingt erforberlich, bag bas auslandifche Ertenntnig in Deutschland vollstredungsfähig ift. Die Frage namlich, ob und unter welchen Boraussetzungen bie im Auslande erfolgte Chescheidung ober Richtigfeiterflarung im Inlande anzuertennen fei, hat bieber in Deutschland eine gesetliche Regelung nicht gefunden, fondern es tommt binfichtlich Bollftrecbarteit ber ausländischen Chetrennungsurtheile lediglich auf ben fehr verichiebenartigen Standpunkt ber Pragis in ben einzelnen Gerichtshofen an, b. h. insbesondere barauf, ob bas betreffende Bollftredungsgericht bas Rationalitate- ober bas Territorialfpftem in Chefachen gelten laßt (vgl. hievor die Note auf S. 160).*) Auch gibt es im Deutschen Reiche

feine folche Behorde, wie fie ber Art. 56 bes fcweizerischen Bunbesgeseges über Civilftanb und Che voraussett und welche befugt mare, eine Bescheinigung barüber auszustellen, baß bas von einem auslandischen Berichte in einer ftreitigen Chefache ju fallende Urtheil im Inlande werbe anerkannt werben (vgl. bas Rreis= schreiben des schweiz. Bundesrathes an die eibgenöffischen Stanbe, vom 22. Januar 1884 — Bundesblatt 1884, I. 130). Da indeffen, nach hinschieß (a. a. D. S. 177), zur Bornahme bes gefeglich (§ 55) vorgeschriebenen Bermertes ber Chetrennung [am Rande der Beirathsurfunde] auf Grund eines außerbeutschen Urtheils ber Stanbesbeamte burch bas Bericht feines Amtsfiges veranlaßt worden fein muß, fo durfte es wohl am Ginfachften und zugleich am Sicherften fein, falls die Chefchließung in Deutschland eingetragen ift, die Borlegung eines ftanbes-amtlichen Auszuges über die Gintragung des betreffenden Randvermertes im Beiratheregifter zu verlangen.

Schließlich wird noch bemerft, baß fur bie Bebiete bes frangofifchen Befegbuche bie Bor=

mann zur Zeit, als er die Chefrau verließ, ein Deutscher war. In diesem Einzelsall soll also die Staatsangehörigkeit die Juldsingkeit der Rlaganstellung vor deutschen Gerichten bestimmen; eine Ausnahme, aus welcher der Schluß gezogen wird, daß es dei den im Absah 1 vorgesehenen Fällen auf die Staatsangehörigkeit der Parteien nicht ankommt. — Die hier gemachten Angaben sind der Entscheidung des Reichsgerichts in einem Falle entnommen, in welchem die Ehegatten Oesterreichische Staatsangehörige katholischer Konfession waren, und aus dessen Behandlung sich serner ergibt, daß keine Rücksich der Rreitenden Ehegatten gegedenen Falles die Scheidung vom Bande verweigert. Während der Richter, den Sahungen des sogen. internationalen Privatrechtes gemäß, unter Anwendung des ausländischen Rechtes über die Statthaftigseit der Scheidung zu urtheilen habe, solle er gleichwohl da, wo das Auslandsgeses die beständige Trennung von Tisch und Bett eintreten läßt, die Auslölung des Ehebandes ausprechen; indem nach § 77 Abs. 1 des Reichsehegesetzes sin vas ganze Deutsche Reich die Luklölung der Ehe dem Bande nach ausnahmslos ersolgt sei, gleichviel obes sich um Inländer oder Ausländer die Moslichkeit einer Umgehung der ihn verpsichtenden Geses des Heimatsaates gibt und daß der Ausländer die Möglichkeit einer Umgehung der ihn verpsichtenden Geses des Heimatsaates gibt und daß der Ausländer, dessen kein beutsches Gericht, den Gesesen seines Heimatslandes zuwider, dem Bande nach geschieden hat, Gesahr läuft, in seinem Widerverscheirathung vielleicht sogar strafrechtlich versolgt zu werden (vergl. hievor S. 48 f.), alles das sein allerdings nicht zu vertennen, könne aber stracht fallen. So das in Rr. 9 des "Standesbeamten" de 1881 mitgetheilte Ertenntniß des Reichsgerichts II. Civil-Senat, vom 11. Januar 1881.

^{*)} Umgekehrt gilt als sestschender Grundsat der Civilprozesordnung für das Deutsche Reich, daß namentlich
in Ehesachen auch Ausländer vor de ut ichen
Gerichten auch Ausländer vor de ut ichen
Gerichten Aecht suchen können. § 13 der C.-B.-D.,
wonach der allgemeine Gerichtsstand einer Person durch
ben Wohnsit bestimmt wird, und § 18, wonach der allgemeine Gerichtsstand einer Person, welche keinen Wohnsit hat, durch den Aufenthaltsort im Deutschen Reiche
bestimmt wird, sind nämlich sowohl auf Ausländer als
auf Inländer anwendbar (vgl. die Motive zu § 13 des
Entwurses der Civilprozesordnung, S. 410 der Kortkampf'schen Ausgabe). § 568 Abs. 1 der C.-P.-D. weist
nun die Ehesachen vor das Landgericht, bei welchem der
Ehemann seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Bon
der Staatsangehörigseit ist dabei die Rechtsschutzgewährung nicht abhängig gemacht. § 568, Abs. 2 hingegen
eröffnet sär einen besondern Fall (wenn der Schemann,
nachdem er die Ehefrau verlassen, muslande wohnt)
ben Rlagen der Ehefrau erlassen, das der EheRandgerichte des lesten ehemännlichen Wohnsiges im
Deutschen Reiche unter der Boraussetung, das der Ehe-

schrift bes Art. 171 bes Code civil, wonach, in ben brei ersten Monaten nach ber Rücksehr bes Inlanders in das inlandische Staatsgebiet die Urfunde über die im Auslande geschlossen es be in das heirathsregister bes Standesamtsbezirks, in welchem berselbe seinen Wohnort hat, übertragen werden soll, "unverändert fortbesteht. Die Beobachtung dieser Borschrift ist sedoch zur Gültigkeit der Ehe nicht erforderlich (vgl. S. 20, Abs. 3). Eine Uebertragung der ausländischen heirathsurkunde in die badischen heirathsregister sindet nicht mehr statt. — (hinschius, a. a. D. S. 158; v. Sicherer, a. a. D. S. 350).

2. Chefdliegung ber Schweizer in Deutschland.

T

In beinahe fammtlichen beutschen Bunbesftaaten beburfen die Auslander (Nichtangehörige bes Deutschen Reiches) jur Cheschliegung im Inlande fogen. Erauerlaubniffcheine ihrer Beimatsbehorben. Diefes Erforbernif ift indeffen für bie Angehörigen gemiffer Staaten (vgl. S. XIX f., sowie S. 139-150) im Bertragswege babingefallen. Dagegen bleiben auch biefenigen Auslander, welche auf Grund abgeschloffener Bertrage von der foeben ermabnten eigentlich polizeilichen Befchrantung bes Rechtes zur Cheschließung befreit finb, in ben meisten Deutschen Bundesstaaten gleichwohl verpflichtet, eine Beicheinigung ihrer guftanbigen Canbesbehörbe barüber beigubringen, baß ber beabsichtigten Cheschließung nach bem burgerlichen Rechte ihrer Beimat ein hinderniß nicht entgegenstehe. Ginen allgemeinen Bergicht fammtlicher Deutscher Bunbes-ftaaten auf bie Beltendmachung biegbezuglicher Bestimmungen bat noch fein Land ju Bunften feiner Ungehörigen erlangt.

Belehrung über den verschiedenartigen Standpunkt, welchen in den einzelnen deutschen Bundesstaaten Gesetzgebung und Prazis mit Bezug auf letzgenanntes Erforderniß für die Shesschließung von Ausländern einnehmen, läßt sich aus der bereits hievor (hinsichtlich der Shesschließung von Deutschen in der Schweiz) besnutzen amtlichen Quelle schöpfen. Anläßlich der mehrerwähnten Berhandlungen über den Abschließ einer Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche bezüglich Begfall der Trauerlaubnißscheine, war nämlich von der beutschen Reichsregierung sämmtlichen Bundeszregierungen die Frage gestellt worden, ob nicht mit Rücksicht auf die Trag weite der Bes

stimmung bes Art. 25 Lemma 3 bes schweiz. Bunbesgesetzes über Civilft an bund Che, Schweizern gegenüber von bem Erforberniffe einer Befcheinigung ihrer Beimatsbehörde über das Nichtvorhandenfein von Chehinderniffen ganglich abgesehen werben konnte. Siebet hatte die Reichsregierung fogar ausbrudlich auf eine unterm 22. Januar 1879 (Bundesblatt 1880, II. 22) vom fchweizerifchen Bundesrathe im Ginverftandnig mit bem Bunbesgericht abgegebene Erflarung hingewiesen, laut welcher die angezogene schweizerische Beftimmung babin aufzufaffen ift, baß eine von einem ichweizerischen Staatsangehörigen im Auslande in Bemäßheit bes bortigen formellen und materiellen Rechtes abgeschloffene Che in ber Schweiz sowohl in öffentlich = recht= licher als in privatrechtlicher Begiehung schlechthin als gultig aufzufaffen ift. Mus ben bezüglichen Berichten ber beutschen Bunbesregierungen ergibt fich nun, bag Geitens einzelner biefer Regierungen bennoch Bebenten geltend gemacht wurden, sowie daß überhaupt unter den obwaltenden Berhaltniffen zwischen Reiche- und Partifulargefetgebung eine einheit-liche Magregel ber bezeichneten Art unmöglich ju erzielen mare. Immerhin mar ber gegewünschte Bergicht für ben Kall bes Bertragsabschluffes mit ber Schweiz von mehreren Bunbesftaaten in Aussicht geftellt worben, jeboch unbebingt nicht von Baben und Reuß j. 2., fowie nur unter gewiffem Borbehalte von Preußen und Ronigreich Sachfen.

Preußischer Seits ist dabei hervorgehoben worden, daß, obwohl eine Verpstichtung zur Beibringung der fraglichen Bescheinigungen in keiner Weise mehr bestehe, lettere doch noch in Betracht kommen könnten, insosern der Aussländer dem Standesbeamten, bei welchem man die Renntniß ausländischer Gesetzgebungen nicht unbedingt vorauszusehen berechtigt sei, soweit nöthig, den Nach we is zu führen habe, daß er nach den Gesehen seine mater iell gültige Ehe schließen könne; ein solcher Nachweiß werde aber unter Umständen am einsachsen und leichtesten durch eine Bescheinigung der in Rede stehenden Art geführt werden können.

In ähnlicher Beise bemerkt die Königlich Sachsische Regierung, daß, ungeachtet eine ausstrückliche Borschrift der bezeichneten Art in Sachsen nicht bestehe, der dortige Standessbeamte, wenn er in einem einzelnen Falle über die maßgebenden Borschriften des Schweizerischen Cherechtes sich in Unkenntniß oder im Zweisel

befinde, und auf anderem Bege Belehrung sich nicht verschaffen tonne, ebenso berechtigt wie verpflichtet erscheine, die Beibringung eines Beugnisses über zuständigen Schweizerischen Behorde über bie einschlagenden ben beftimmungen bes ausländischen Schweizerischen) burgerlichen Rechtes und beren Anwendung auf den konfreten Fall

ju berlangen.

Unter Hinweisung auf § 24 bes babischen Einführungs-Gesetzes zum Reichs-Bersonenstandsgesetze (vgl. S. 141) bemerkt die Badische Regierung, daß die Ermächtigung, von dem Erfordernisse eines auf die Cheverbote des
bürgerlichen Rechtes sich beziehenden
Rachweises abzusehen, nur durch entsprechende
Aenderung des bestehenden Gesetzes ertheilt werben könnte; dadurch aber würde der badische Standesbeamte in die internationalmisliche Lage
versetz, zur Abschließung von Ehen mitzuwirken,
welche Schweizer-Bürger in Deutschland mit Umgehung eines in der Schweizen
aufgekellten, in Deutschland nicht bestehenden Eheverbotes (vgl. S. 3 unten:
Dheim und Nichte) einzugehen beabsichtigen.

In Reuß j. L. besteht die Borschrift: "Wenn eine ausländische Mannsperson"
u. s. w. (s. S. 148: Instruktion f. d. Standesbeamten, S 19 lit. d; ließ aber "ausländische"
statt "inländische" Mannsperson). Die Fürstliche Regierung erachtet es für bedenklich, die Bescheitzigten gerachtet es für bedenklich, die Bescheitzigten gerachtet es für bedenklich; die Bescheitzigten gerachtet es für bedenklichtigten Berheitzathung nach den Gesenbeschichtigten Berheitzathung nach den Gesenbeschichtigten Berheitzathung nach den Gesenbeschichtigten bei den des Tusländerniss nicht im Wege steht," fallen zu lassen, weil die Konsequenzen kaum zu übersehen seien, und weil eine solche Che möglicherweise bei dem Borhandensein von Ehehindernissen von deutschen Gerichten demnächst für nichtig erklärt werden könnte.

Bas Seffen (vgl. S. 142 f.), das Großherzogthum Sachsen (vgl. S. 143 f.) und Lippe
(vgl. S. 149) betrifft, so haben Ausländer
— und zwar in Hessen Beiderlei Geschlechts, in Sachsen-Weimar-Eisenach und
Lippe dagegen nur männliche — vor der
Eheschließung in diesen Staaten eine Bescheinigung ihrer Heimatsbehörde darüber beizubringen, daß der beabsichtigten She
nach der betreffenden ausländischen Gesetzgebung,
sowohl in öffentlicher hinsicht, ein hinderniß nicht im Wege stehe, und daß den bezüglich
Schließung einer gültigen Ehe bestehenden Vorschließung einer gültigen Ehe bestehenden Vorschließung einer gültigen Ehe bestehenden Vorschließung einer gültigen Ehe bestehenden Rechtes
von den Rupturienten Genüge geschehen sei.

Die Regierungen biefer brei Bunbesstaaten hatten indeffen fur ben Fall bes Buftanbetom= mens ber mehrermabnten Bereinbarung begag= lich Wegfall ber Trauerlaubniffcheine fein Bebenten getragen, im hinblid auf Art. 25 Abf. 3 bes schweizerischen Chegesetes v. 24. Dez. 1874, fich bamit einverstanden zu erklaren, bag ben Angehörigen ber Schweiz gegenüber von ber Beibringung ber fraglichen Befcheinigung abgefeben werbe. Gin Bleiches gilt von Sachfen= Meiningen, in welchem Staate bie Borfdrift, wonach Auslander mannlichen Befchlechts vor der Chefchließung ein Beugnif ihrer Beimatsbehörbe über das Richtvor= handensein von Chebinberniffen beizubringen haben, auf Angeborige folcher Lanber, mit benen wegen Wegfalls ber Trauerlaubnificheine befondere Ronventionen befteben, feine Anwendung findet (vgl. G. 145).

Auch Bapern (vergl. S. XIX f.) und Sachsen = Coburg : Gotha (vgl. S. 146) — in welchen Staaten ble Beibringung einer Besich ein ig ung der ausländischen Behörde über das Nichtvorhanden sein von Ehehindern erforderlichen Beugnisses der ins ländischen erforderlichen Zeugnisses der insländischen (vgl. Abschn. II S. 165) Behörde bildet — hätten nach Abschluß des beabsichtigten Bertrages mit der Schweiz keinen Anstand genommen, mit Rucksicht auf die Bestimmungen bes Art. 25 Abs. 3 des schweizerischen Shesgeiges, Schweizern gegenüber von einem Rachsweise im Sinne der angezogenen Borschrift absylehen.

In einer bestimmten privatrechtlichen Beziehung wird eine Bescheinigung ber Beimatebehorbe in Lubed verlangt. her find namlich sowohl Ginheimische wie Auslander verpflichtet, falls aus ihrer fruheren, burch ben Tob bes anbern Chegatten gelosten Che minberjahrige Rinber vorhanden find, vor Eingehung einer anderweitigen Che ben Rachweis über bie vorgangige gefet. liche Auseinanbersehung mit biefen Rindern megen der benfelben guftehenden Erb= anspruche am Nachlaffe bes verftorbenen Chegatten zu erbringen ober zu bescheinigen, baß nach dem an ihrem Bohnfite geltenden Rechte berartige Borschriften nicht bestehen ober auf die beabsichtigte Cheschließung teine Anwendung finden. Gin Bergicht auf die Geltendmachung biefer Bestimmung Schweizern gegenüber murbe nicht in Ausficht geftellt.

II.

Im Anschluß an bie Beantwortung ber vorftebenb erörterten Frage haben verschiebene Bunbesftaaten über anberweitige für bie Chefchließung von Auslandern lande 8 gesetzlich vorgeschriebene Boraussehungen Mittheilung gemacht. hieher gehören, außer ben in Abichn. I. er-wähnten Borfchriften ber Baperifchen und Sachfen Coburg : Gotha'ichen Befeggebung betreffend die von ber inlandischen Behörde ausjuftellenden Beugniffe, folche Bestimmungen, wonach bie Auslander jur Chefchließung im Inlanbe einer Erlaubnig ber inlanbis fchen Beborbe bedürfen. Legteres ift ber Fall in Burttemberg (vgl. S. 141), Rectlens burg-Schwerin (vgl. S. 143) und Schaums burg-Lippe (vgl. S. 149) für beiberlei Geschlecht, sowie in Braunschweig (vgl. C. 145) für bie mannlichen Auslander. Ferner find als eigenthumliche Bestimmungen ber nachgenannten Staaten zu ermahnen: in Reuß j. 2. bie Bestimmung über bie im Fürftenthum fich nieberlaffenben Auslander (f. G. 148 f., litt. d) und in Sachfen-Altenburg bie Borfchrift, daß Auslander im Inlande nur bann

aufgeboten und getraut werben follen, wenn fie von der weltlichen Behörde des im Auslande befindlichen Ortes, wohin fie gehoren, ein Beugniß barüber beibringen, bag ibrer Berheirathung rudfichtlich ber Militarpflicht und rudsichtlich der Fortbauer ihres heimats. rechtes und ber Aufnahme ihrer fünftigen Chefrau und ber in ber Che etwa erzeugt werbenben Rinber an ihrem eigentlichen Bohnorte fein Binberniß im Bege fteht (vgl. bie auf S. 146 mitgetheilte Stelle aus ber Berordnung vom 16. Dez. 1851). Das Bergogliche Ministerium murbe jedoch tein Bebenken tragen, Anordnungen babin zu treffen, bag von ber Anwendung jener Borfcrift Schweizern gegenüber abgefehen werben folle.

Wie aus Borftehendem erhellt, mar bie beutsche Reichsregierung — trop aller ihrer Bereitwilligkeit — nicht im Stande, ber Schweis folche Konzessionen zu machen. daß fur biefes Land der Abschluß eines Ueberein= fommens hinreichende Bortheile geboten hatte. Deghalb glaubte ber fcmeigerifche Bunbesrath es beim status quo bewenden laffen ju follen (vgl. Bundesblatt 1881, II. 97).

Beilage:

Verzeichniß

Schweizerischen Behörden, welche befugt find, über die Staatsangehörigkeit in ber Schweiz Erklärungen und Anerkenntnisse auszustellen.

(Beilage A bes Bufagprototolles v. 21. Dezember 1881 ju bem am 27. April 1876 abgeichloffenen Riederlaffungs. vertrag zwifden ber Schweiz und bem Deutschen Reiche.)

Burich: Die Direttion ber Juftig und Boligei des Rantons Burich in Burich.

Bern: Die Direttion der [Juftig und] Boligei bes Rantons Bern in Bern.

Lugern: Das Militar- und Polizeidepartement bes Rantons Lugern in Lugern.

Urt: Die Boligeibireftion bes Rantons Uri in Altborf.

Somna: Der Regierungsrath bes Rantons Sompg in Schwyj.

Unterwalben o. / 28.: Das Rantonspolizeiamt in Sarnen.

Unterwalben n./B.: Der Regierungsrath bes Rantons

Unterwalden n /20. in Stans. Glarus: Die Polizeitommiffion bes Rantons Glarus in Glarus.

Bug : Die Bolizeidireftion des Rantons Bug in Bug.

Freiburg: Die Direktion der Centralpolizei in

(Fribourg: La Direction de police centrale à Fribourg.)

Solothurn : Das Polizeibepartement bes Rantons Solothurn in Solothurn.

Bafel-Stadt: Das Polizeidepartement des Rantons Bafel-Stadt in Bafel.
Bafel-Landichaft: Die Bolizeidirektion bes Kantons

Basel-Landschaft: Die Polizeidirektion des Kantons
Basel-Landschaft in Liestal.
Schafschausen in Schafschusen: des Rantons
Schafschausen in Schafschusen.
Appenzell A.-My.: Die Polizeidirektion des Kantons
Appenzell A.-Rh. in Trogen.
Appenzell J.-Rh.: Die Polizeidirektion des Kantons
Appenzell J.-Rh. in Appenzell.
St. Gallen: Das Polizeidepartement des Kantons
St. Gallen in St. Gallen

St. Ballen in St. Ballen.

Graubunden : Die Polizeidirektion bes Rantons Graubunben in Chur.

Margan: Der Regierungsrath bes Rantons Margau in Zarau.

Thurgan: Das Bolizeidepartement bes Rantons Thurgau in Frauenfeld

Telfin : Die Direttion ber Centralpolizei bes Rantons Teffin in Bellingona.

Tessin: La Direction de police centrale à

Bellinzona.) Baabt: Das Juftig- und Polizeidepartement bes Rantons Baabt in Laufanne.

(Vaud: La Département de justice et police du Canton de Vaud à Lausanne.)

Ballis: Das Juftig- und Polizeidepartement bes Rantons Wallis in Sitten.

Valais: Le Département de justice et police du Canton du Valais à Sion.)

Reuenburg : Das Buligeidepartement des Rantons Reuenburg in Reuenburg.

Neuchâtel: Le Département de police du Canton

de Neuchatel à Neuchatel.) Genf: Das Juftig- und Polizeidepartement bes Rantons Genf in Genf.

(Genève: Le Département de justice et police du Canton de Genève à Genève.)

3. Gerichtliche Anertennung und Richtigfeiteerflarung einer Che im Deutschen Reiche.

A. Ginichlägige Beftimmungen ber Reichs. Civil-Prozeß=Ordnung.

Der § 231 C. P. D. lautet: "Auf Fest = ftellung bes Bestehens ober Richt: beftebens eines Rechteverhaltniffes, auf Unerfennung einer Urfunde oder auf Festftellung ber Unechtheit berfelben tann Rlage erhoben werden, wenn ber Rlager ein rechtliches Intereffe baran bat, bag bas Rechtsverhaltniß ober die Echtheit ober Unechtheit ber Urfunde burch richterliche Entscheibung alsbald festgestellt

Bor Ginführung des Reichsehegefetes vom 6. Febr. 1875 war in einzelnen Bundesftaaten, wie Baden und Beffen, eine Borpruf jung ber Eheerfordernisse aus burch bie Gerichte üblich, welche jest noch zulässig sein burfte. (Bgl. die Motive zu § 44 bes bundesräthlichen Entwurfes des angeführten Geseges — Drudsachen bes Reichstages, II. Legislatur-Beriode, II Seff. 1874, Rr. 153; f. auch ftenogr. Berichte berf. Seffion, 3. Bb. C. 1059)

3m Sinne biefes Abichnitts*) ift unter Cheichei. bungstlage ju verfteben die Rlage auf Auflöfung bes Bandes ber Ehe ober auf zeitweilige Erennung von Tifc und Bett; unter Ungilltigfeitstlage die Rlage auf Anfechtung einer Che aus irgend einem Grunde, welcher nicht von Amtswegen geltend gemacht werben tann; unter Richtigteitstlage bie Rlage auf Unfechtung einer Che aus einem Grunde, welcher auch von Amiswegen geltend gemacht werden tann (§ 592 C. B. D.)
(§ 568 C. B. D.) Fur bie Rechtsftreitigkeiten,

welche die Trennung, Ungültigfeit ober Richtigfeit einer Che jum Begenftande haben (Chefachen), ift bas Landgericht, bei welchem ber Chemann feinen allgemeinen Berichtsftanb hat, ausschließlich zuständig. - Begen ben Chemann, welcher feine Frau verlaffen und feinen Bohnfig nur im Auslande hat, tann von der Chefrau die Rlage bei bem Landgerichte feines letten Bohnfiges im Deutschen Reiche erhoben werden, fofern ber Beflagte zur Beit, als er bie Rlagerin verließ, ein Deutscher mar.

(§ 585 C. B. D.) Für bie Richtig feits= flage gelten bie in ben nachfolgenden Paras graphen enthaltenen befonderen Borichriften.

Bas für die Richtigkeitstlage vorgeschrieben ift, gilt auch für die Ungültigfeitsflage, welche ihrem Befen und ihren Birfungen nach eine gang gleichartige Rlage ift - b. b. ebenfalls auf die Richtigteitsertlarung ber formell gultig gefchloffenen Che abzielt; nur bag bie Erhebung ber Ungulttigfeitstlage an gewiffe [burch bie Borfdriften bes Lanbesrechts bestimmte] Friften gebunden ift, und bag bie Staatsanwaltichaft bei ber Un-gultigkeitsklage lediglich ein Mitwirtungsrecht (gemäß gultigteitstlage leolglich ein Mitwirtungsrecht (gemäß § 569 C. B. O.) hat, dagegen weder zur Erhebung der Rlage [§ 586], noch zur Einlegung von Rechtsmitteln [§ 589] befugt ift. (Bgl. W. Peters, die Spescheidung und die Ungültigkeits- oder Richtigkeitserklärung der Sche im Geltungsbereiche des Preußischen Allgemeinen Landrechts; S. 88 — Berlin 1881.)

(§ 586 C. P. D.) Die Rlage kann auch von ber Staatsanwaltschaft erhoben werben. Inwiefern jur Erhebung ber Rlage ein Chegatte ober ein Dritter befugt ift, bestimmt fich nach ben Borfchriften bes burger= lichen Rechts. - Die von bem Staatsanwalte ober einem Dritten erhobene Rlage ift gegen beibe Chegatten, bie von einem Ebegatten erhobene Rlage ift gegen ben anbern Chegatten zu richten.

Das Bleiche muß - natürlich abgefehen bom Staatsan malt — bei ber Ungultigteitstlage gelten (Dern-burg, Dr. D., Lehrb. b. Breuß. Privatrechts; Bb. 3, S. 19 R. 3). Bgl. die Rote jum vorhergebenden Paragraphen.

(§ 587 C. B. D.) Mit ber Richtigfeiteflage fann eine anbere Rlage nicht verbunben werben. - Gine Bibertlage ift nur ftatt= haft, wenn fle eine Nichtigfeitetlage ift.

Die Chefdeibungstlage und bie Ungfiltigteitstlage tonnen verbunden werden. - Die

^{*)} Abichnitt 1 ("Berfahren in Chefachen") bes Buces VI ("Chefachen und Entmundigungsfachen") ber R. C. B .D.

Berbindung einer andern Klage mit den erwähnten Rlagen, sowie die Erhebung einer Widertlage anberer Art ist unstatthaft. (§ 575 C. B. O.)

(§ 588 C. P. D.) So lange bie Chegatten leben, fann bie Nichtigkeit einer Che aus einem Grunde, welcher auch von Amtswegen geltend gemacht werden kann, nur auf Grund einer Nichtigkeitsklage ausgesprochen werden.

Für die Ungültigkeit gilt aber dasselbe, denn auch sie kann nicht im Wege der bloßen Einrede geltend gemacht werden; ersordert ist vielmehr auch hier ein positives Resultat, welches nur durch Alage und Wider-flage zu gewinnen ist So Dernburg (a. o. a. O. &b. III, § 8 Rote 4). — Uedrigens tressen die Motive zum Entwurse der E. B. O. (§ 588) auch für die Ungültigeit der Frage nach dem Bestande einer She für die manichsachten Rechtsverhältnisse darauf gehalten werden, der Richtigkeitserklärung, so lange die Ehegatten leben, eine sider den Prozes und über die Parteien hinausreichende Wirtung zu sichern, was sich nur durch die Borschrist erreichen ließ, daß vor dem Tode der Chegatten schot und dier die Richtigkeiten bei der den die nicht der den dies, daß vor dem Tode der Chegatten den dies, daß vor dem Tode der Ehegatten eine dies, daß vor dem Tode der Ehegatten sich die Richtigkeit der Ehe also nicht gelegenklich in einem andern Prozesse (z. B. über die Alegitimität eines Kindes) geltend gemacht und ausgesprochen werden.

(§ 589 E. P. D.) Der Staatsanwalt kann, auch wenn er bie Rlage nicht erhoben hat, ben Rechtsftreit betreiben, insbefondere selbständig Antrage stellen und Rechts=mittel einlegen.

Bezüglich ber Ungultigfeitsflage, fiebe bievor bie Rote ju § 585.

B. Allgemeine Rormen betreffend die Boraussezungen der Richtigkeits- und Ungültigkeitsklage.

Fehlen bie nothwendigen außeren Requisite (insbesondere die Geschlechtsverschledenheit der Cheschließenden und die wesentlichen formellen Erfordernisse der Cheschließung), so ist die Che absolut nichtig, und es bedarf also keiner Nichtigkeitsklage zur Aufbedung der etwa vermeintlich bestehenden Che. (Bgl. das auf C. 150 angeführte Beispiel, betr. das hanerische "Verebelichungsvenanis")

betr. das baveriche "Berehelichungszeugniß".) Die Gultigkeit bes Formalattes bei einer im Inlande erfolgten Eheschließung wird allgemein nur dann verneint: wenn die Sche nicht vor einem Standesbeamten abgeschlossen ist (vgl. die Rote auf S. 150: § 41); wenn einer der Berlobten seine Willenserklärung nicht personlich, bedingungslos und unzweideutig abgegeben hat; sowie auch, wenn der Standesbeamte nicht ausgesprochen hat, daß er die Berslobten als ehelich verbunden erkläre (vgl. S. 89: § 52). Der gesehlich vorgeschriebene Wortlaut

biefer Erklärungen, sowie die Eintragung in das Heirathsregister sind dagegen zur Gultigkeit der Eheschließung nicht wesentlich. Jedenfalls ist aber die Mitwirkung und nicht die bloße Gegenswart des Standesbeamten erforderlich. Unzuständigkeit des Standesbeamten, welcher die Che aba schlossen hat, macht dieselbe indessen nicht ansechtbar (vgl. S. 89: § 42, Abs. 2); vorsausgesept nämlich, daß der standesbeamte rechtsgültig bestellt war, bezw. in seinem Amtsbezirk fungirte.

Mit ber Nichtigkeits- ober Ungultigkeitsklage wird die formell gultig eingegansgene Che, deren materieller Gultigkeit ein gegehe, deren materieller Gultigkeit ein gesehliches hinderniß im Wege fteht, angesochten. Gine solche prima facio bestehende Ehe wird erst durch rechtskräftiges Erkenntniß annullirt; bis dahin aber ist sie für eine wahre Che zu erachten. Insbesondere liegt das Berbrechen der Bigamie vor, wenn der in einer materiell nichtigen Che lebende Chegatte vor der rechtskräftigen Ungultigkeits= oder Nichtigkeitserklärung zu einer neuen Che schreitet (Strafgesehbuch § 171). Das rechtskräftige Erkenntniß ergibt indessen das Richtbestehen der Che von Unsfang an.

Mit der Nichtigkeitsklage wird bie einem öffentlichen trennenben Ches hinderniffe - b. h. einem im öffent= lichen Intereffe ergangenen Berbot - juwider= laufende Che (insbesondere bie blutschanderische, bie bigamische und, g. B. in Preugen. Die gwiichen Chebrechern verbotene Che) angefochten. Mit der Ungültigkeiteklage bagegen wird biefenige Che angefochten, welche vors zugeweise Privatintereffen verlett - b. h. einem privaten trennenden Chehinbernisse zuwider eingegangen worden ift. Un= gultigfeitegrunde find : ber Mangel ber freien Einwilligung beiber Theile, ber Mangel bes erforberlichen Beirathetonfenfes ber gefetlichen Bertreter (vgl. indeffen S. 77 f.), sowie nach einzelnen Rechten ber Mangel ber Chemunbigfeit, die Adoptivverwandtschaft und z. B. nach preußischem Landrecht die unverschuldete Bi= gamie.

Wird die ungültige Che nicht rechtzeitig angefochten, so convalescirt sie, und es wird angenommen, daß sie von Anfang an gültig gewesen sei. Eine nichtige Che dagegen kann nicht nachträglich convalesciren; nur eine neue Verbindung ist unter Umständen möglich.

Als blos aufichiebenbe Chehinberniffe — b. h. als folche, welche bie einmal abgeschloffene Che nicht aufzuheben vermögen, also eine Richtigkeits= ober Ungültigkeitsklage nicht begründen können, bestimmt das Reichs= ehegesetz ohne Rüchicht auf die Landesrechte: das Berbot der Che zwischen dem Pflegebeschs- lenen und seinem Bormund, der Mangel einer Heirathsbewilligung der Borgesetzen für Militärpersonen oder Landesbeamte, sowie auch die Nichtbeobachtung der auf die Bermögens-Auseinandersetzung bei einer Wiederverheirathung bezüglichen Borschriften. (Bgl. hievor S. 5, I: \$\$ 37 u. 38.)

Die Frage nach ben Cbehinberniffen, welche Die Ungultigfeite = ober Richtigfeiteflage begrunben, fallt zusammen mit ber Frage nach ben materiellen Erforberniffen ber Chefchliegung. Diefe boppelte Frage wird im Reichsgefes vom 6. Februar 1875 durch einen, unter der Rubrit "Grforderniffe ber Chefchließung" fammtliche materiellrechtlichen Bestimmungen über bie Cheschließung enthaltenben, britten Abschnitt (§§ 28 bis 40 - vgl. hievor S. XVII, 4 f. 69, 81 u. 89) beantwortet. Wahrend aber bas Reichsgeset die Borausfegungen ber Chefchließung und bie Cheverbote in erfchopfender Beife normirt, verweist es bezüglich ber Rolgen gefetwidriger Chen auf bas bestehende Partifularrecht (f. C. 89 : § 36). Cammtliche Chebinderniffe des frühern Rechts, welche den vom Reichsgeset bestimmten nicht entsprechen, sind — gemäß \$ 39 — schlechthin beseitigt. Siernach find zwar die vom Reichsgesetz aufgestellten Chebinderniffe an die Stelle der von der Lanbesgefetgebung aufgestellten Chehinderniffe ge-treten; bie Recht & wirfung bagegen, welche eine Berlegung ber reichsgefeglichen Bor-Schriften fur ben Beftant ber Che ober in vermogenerechtlicher Sinficht nach fich zieben foll, ift in allen Rechtsgebieten mit Ausnahme ber brei nachgenannten Bunbesftaaten ebenbiefelbe geblieben, welche bisher eine Berletung ber landesrechtlichen Borfchriften nach fich jog ; nur, daß Reichsrecht und Landesrecht fich nicht immer beden, daß mitunter ein vom gandebrecht aufgestelltes Cheverbot (g. B. in Preugen bas= jenige ber Wartefrift fur Frauen, Die fich wiederverheirathen) burch bas Reichegefet ver-icharft worden ift, und bag fogar in einzelnen Rechtsgebieten gewiffe vom Reichsgeset normirte Chehinderniffe bisher nicht bestanden (3. B. in Lauenburg bas Chehinderniß bes Chebruchs, in Schleswig-Politein oder in Lubed das Ches hinderniß der Adoptivverwandtichaft).

Die Rechtswirfung ber vom Reichs= gefet aufgestellten Chehinderniffe ift im Ronigreich Sachfen geregelt burch bas

Gefet vom 5. November 1875 1), im Großbergogthum Baben burch bas Gefet vom 9. Dez. 1875 2), und in ber freien und hansestadt

1) Mgl. Sächfliches Gefets v. 5. November 1875 [Gef. u. Berordn. Bl. Sta 12 S 349]: § 3. Chen, melde gegen die Borichriften in § 33 unter 1 bis 4 (Blutsvermandticaft, Somagericaft und Aboptivvermandticaft, i. S 81) und in § 34 (beftehendes Eheband, f. S. 89) bes Reichs-gefeges vom 6 Febeuar 1875 gefchloffen werden, find nia tig, wenn fie der Richter dafür erklärt. Der Richter hat amtswegen einzuschreiten und kann im Falle bringender Wahricheinlichteit Des Richtigfeitsgrundes Die Trennung der Chegatten icon vor der Richtigfeitserflärung verfügen; auch fonnen die Chegaiten, nachdem fie bas ihrer Che entgegenftebende bindernig erfahren haben, das eheliche Zusammenleben einstellen — § 4. Wird die She mit einer des Bernun ftgebrauch's beraubt en Berson nafchloffen, so kann der Bormund dieser Person die She ansechten. Rücksichtlich der Ansechtung durch die Person selbst, welche des Bernunftgebrauchs beraubt war, nach Beseitigung dieses Justands, bewendet es bei der Borschrift in § 1624 des Bürgerlichen Gesetzuchs. — § 5. Ift die Ehe mit einer Person, welche zur Zeit der Eheschließung die Ehe mit ab ig keit noch nicht erreicht gehabt, geschloffen worden, ohne bag Dispensation ertheilt war, so fann dieser Epegatte dis zum Ablaufe von sechs Monaten nach Eintritt seiner Ehemündigkeit die She ansechten. — § 6. Gine Che, welche ohne die nach §§ 29, 30 u. 31 (s. S. 4 f.) des Reichsgeses vom 6. Februar erforderliche Einwilligung dritter Berfon en gefchloffen worben ift, tann bon berjenigen Berfon, beren Ginmilligung es beburft hatte, von bem Bormunde mit Genehmigung ber Bormundicaftsbehorde, angefochten werben, wenn erhebliche Grunde gur Ber-weigerung der Ginmilligung vorliegen. Die Anfechtung findet jedoch nicht flatt, wenn die Che von dem gur Anfectung Berechtigten ausbrudlich ober ftillichmeigend gutgebeißen worden ift, ober wenn von dem Zeitpuntte an, wo derfelbe Renninis von der Chefdliegung er-langte, fechs Monate verfioffen find, oder wenn der Chegatte, melder ber Einwilligung bes Dritten bedurft hatte, das Lebensjahr vollendet hat, mit defien Bollnatte, das Ledensjapr vollender gat, mit dessen vollendern, and § 29 Abs. 1 des gedachten Reichsgesetzes wezsätlt. — § 7e Werzben die in § 33 unter 5 (Ehebruch, s. S. und § 35 Abs. 1 (Wartezeit für Frauen, s. S. 1) des Reichsgesitzes vom 6. Februar 1875 gedachten Ehesverbote umgangen, so hat dies eine Richtigkeit der She nicht zur Folge. Es sind jedoch in diesen Fällen die christen Ehesatten mit Geldstreie bis zu Preihundert fouldigen Chegatten mit Geloftrafe bis ju Dreihundert Mart ju belegen.

2) (Großherzogl. Babisches Gefet v. 9. Dez. 1875 [Gej. u. Berordn. Bl. Ar. XXXIV S. 355]: § 2, litt. b. Im Landrecht Sat 182 wird das Wort "Großeltern" gestrichen und an dessen Stelle gesett "des Bormundes".

— § 2, litt c L. R. S. 184 soll fünftig lauten: "Jede den Berfücungen des § 28 Absat 2 (Ehe mündig keit), § 33 Jisser 1, 2, 3, 4 (Blutsverwandtschaft), Schwägerschaft und Adoptiverwandtschaft und 34 (bestehen des Sheband) des Reichsgesets über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung zuwiderlaufende Ehe kann sowohl von den Eheschließung zuwiderlaufende Ehe kann sowohl von der Eag 139 kandelt." [Sat 139 L. R. gestattet nur dem Berschaften, die Ehe

Bremen ift die Rechtswirfung ber mangelnben elterlichen und vormundschaftlichen Ginwilligung geregelt burch bas Gefet bom 31. Oft. 1875.) Bezüglich ber andern Staaten aber, beren Befeggebung es beim frubern Recht bewenden lagt, herricht Streit unter ben Juriften über bie Umgestaltung, welche bie Borichriften bes Banbesrechts burch die Ginwirfung bes Reichs-gesepes erlitten haben. Dies gilt insbesondere von benjenigen Staaten, in welchen bas firchliche Cherecht auch auf civilrechtlichem Gebiete verbindliche Rraft hat. hieran fchließt fich auch Die Frage nach bem anzuwendenben Rechte, wenn es fich um Ghen zwifchen Angehörigen verschiedener Confessionen handelt, beziehungsweise eine Collision confessioneller

Eberechtsfäpe eintritt.)
Des Weiteren ift überhaupt streitig, nach welchem "Lanbesrecht" bie "rechtlichen Folgen einer gegen bie Bestimmungen ber SS 28 bis 35 geschloffenen Che", sowie der "Ginfluß des Bwange, Irrthume und Betruge auf bie Bul-tigfeit ber Che" ju beurtheilen find, fur ben Fall einer Collifion zwifchen ben Eherechtsfägen bes bisherigen Domis cile refp. des Seimatstaates der Berlobten und des ersten Ehedomicils, ober bes Chefchließungsortes. Nach v. Sicherer's Anficht (a. a. D., S. 130 ff.) follte bas über bie perfonliche Fahigfeit ber Berlobten gur Cheschließung entscheibenbe Recht für jeden derfelben bas Landesrecht feines Beimatftaates fein; wobei fur die Angehörigen folder Staaten, welche in verschiedene Rechtsgebiete mit verschiedener Chegesetzgebung ger-fallen, der Bohnsit innerhalb bes Staatsgebietes maßgebend mare. Dagegen will von

bes jurudgebliebenen Chegatten angufechten.) - § 2, litt. d. In U. R. S. 186 werden die Borte : "Die Großelteen" burch Die Borte : "ber Bormund" erfest. § 2, litt. i. In S. R. S. 298 a wird ber Eingang so gesagt: "Bebe bem § 33 Biffer 5 (E he br u ch) des Reichzgesetz vom 6. Febr. 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung zuwiderlaufende Gbe [ift nichtig] "

3) Bremisches Geses, 31. Oktober 1875 [Gef.-Bl.

Rr. 19 S. 155]; § 1. Wenn eine Ege ohne die erforder-liche elterliche oder vorm undschaftliche Einwilligung gefchloffen ift, fo tann biefelbe ats un-

Sicherer über bie Rechtsbestandigfeit einer ohne die freie Einwilligung beiber Chefchließenben thatfachlich zu Stande gekommenen Che bas Recht bes Ortes entscheiden laffen, an welchem bie Chefchließung geschah. Dernburg (Breuß. Brivatrecht, III. S. 10) läßt bie perfonliche Fähigkeit jur Gingebung ber Che für jeben Berlobten nach bem Recht feines Domicils jur Beit ber Cheschließung fich bemeffen; wobei er bas erfte Chedomicil ausbrucklich um beswillen nicht für maßgebend erachtet, weil die perfonliche Unfahigfeit im Augenblide ber Chefchließung ben gultigen Abschluß ber Che und mitbin bie Begrundung eines Chedomicile verbinbert batte. Bas bie von v. Sicherer porgefchlagene Beurtheilung ber freien Einwilligung nach bem Rechte bes Cheschließungeortes anbelangt, bemertt Dernburg, baß biefer Ort ein gang que fällig gewählter fein tann, beffen Recht gu berudfichtigen ben Berlobten febr fern lag. Dernburg halt dafür, bezüglich bes mangelnden Che-tonfenfes das Domicil eines jeden der Ber-lobten im Augenblice der Ghefchließung maßgebend fein zu laffen.

Aus Obigem geht hervor, baß, fo lange es an einer einheitlichen Regelung ber Rechtsfape über Richtigfeit und Unfechtbarfeit ber Che fur bas gesammte Deutsche Reich fehlen wirb, eine innerhalb bes Deutschen Reichs außerlich gultig abgeschloffene Che, bei einer Collifion territorialer ober confessioneller Cherechtefage bezüglich eines inneren Erforderniffes ber Cheschließung (b. h. eines Mangels der Confenderflarung) ober bezüglich eines Cheverbotes, in bem einen Bunbesftaate gultig und in bem andern ungultig, beziehungsweise für ben einen Chegatten gultig und fur ben andern ungultig fein fann. Allerdings fommt bas Digliche eines berartigen Rechtszustandes ftreng genom= men erft für die eventuelle Thatigteit bes Richters und nicht fcon für diejenige des Standesbeamten in Betracht; da der Standesbeamte nur feftzustellen bat, ob bie burch bas Gefet verlangten Rachweise erbracht find und ob die Berlobten ihre Gin= milligungserflarung außerlich frei abgeben 5). Darin namlich foll ber hauptfachlichfte

gultig nicht angesochten werden.

4) Diesen Kall hat jedoch das württemberg. Gesets vom 8. August 1875 [Reg.-Bl. Rr. 30, S. 463] in Art. 5 Abs. 2 vorgesehen: "Ehestreitigkeiten bei Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensbekenntnisse oder zwischen Personen, welche nicht einer vom Staate als öffentliche Rorpericatt anerfannten Rirde angehören, find nach ben für Ehejachen ber Broteftanten geltenben Rechts grunbfagen ju beur-theilen." Fur bie bezeichneten Arten von Chen ift bemnach in Buttemberg, bei Unwendung bes § 36 (f. 5.89) bes Reichsgesets vom 6. Jebr. 1875, bas gemeine protestantif de Rirdenrecht maßgebend.

^{5) 3}mmerhin icheinen einzelne Ausführungsverordnungen jum Reichsehegefet ju verlangen, daß der Standes. beamte eine Untersuchung darüber anftelle, ob die vor ihm erklätte Einwilligung wirklich auf dem freien Willen der Brautleute beruhe. So die Instruktion für Beffen, ju § 28: "Sollte der Standesbeamte sich überzeugt halten, daß die Berlobten oder einer derselben geistesgestort oder trunten feien ober burd Betrug, 3mang ober 3rrthum eine freie Billenserflarung ausgeschloffen fet, bann hat er bie Cheschliefung abzulehnen." Ebenfo bie Inftruttion für Eippe, ju § 28: "Die Möglichteig

Grund liegen, weshalb ber Reichsgesetgeber bezüglich ber Rechtsfolgen, welche an die Dig. achtung ber reichsgefeglichen Borfchriften fich fnupfen, es ohne Bedenten beim bisherigen Rechte beließ. Wie dem auch sei, eine bloße Unacht= famteit bes Stanbesbeamten bei Brufung ber vorgelegten Ausweise fonnte es aber mit fich bringen, bag innerhalb bes Deutschen Reichs zwischen beutschen Reichsangehörigen eine bem Beimatftaate bes einen Chefchließenben gegenüber nichtige Che geschloffen murbe, welche gleichwohl im Chefchließungsftaate für gultig erflart werben mußte. Diefer Kall burfte etwa bann eintreten, wenn einer in Cachfen erfolgenben Chefchließ: ung bas Chehinderniß bes Chebruche (Reichegef. § 33 Mr. 5) entgegenftunbe und bie Frau einem Staate (wie z. B. Prengen) anges horen wurbe, welcher bas gedachte Chehinbers niß ale offentliches trennendes wirfen laßt, wahrend ber Mann fachfischer Staatsange-boriger mare; indem Sachien fraglichem Che= hinderniffe bloß aufschiebende Birtung beilegt und über bie materiellen Borausfepungen ber Chefchließung bas Recht bes Staates enticheiben laßt, beffen Unterthan ber Mann ift.

4. Einzelftaatliche Bestimmungen über bas Cheverlöbniß.

(Aus ben Ausführungsgeseten jum Reichsehegeset bom 6. Februar 1875.)

a. Ronigreich Sachfen.

Gefet v. 5. November 1875 [Gef.= u. Berordn.-Bl. Std. 12 S. 349]: § 1. Das Berlöbniß fordert zu seiner Giltigkeit, daß diesenigen
Bersonen ein willigen, deren Einwilligung es zur Eheschließung
bedarf. Bedarf es bei keinem der das Berlöbniß schließenden Theile der Einwilligung des
ehelichen Baters oder der Mutter und tritt auch
nicht der in § 31 Sat 1 des Reichsgesetzes vom
6. Februar 1875 angegebene Fall ein, so ist das
Berlöbniß nur giltig, wenn es in Gegenwart von zwei Zeugen oder vor
Gericht geschlossen worden ist. — § 2. Ein
Berlöbniß, welchem ein gesetzliches hindern iß entgegensteht, hat die rechtliche Wirkung eines giltigen Berlöbnisses für den Berlobten, welcher das hinderniß nicht kennt, so
lange dieß der Fall ist.

Der Einwilligung fehlt allen Billen gunfahigen, wie Tauben, Bahnfinnigen und Geiftestranten; ber Stanbesbeamte wird fic bemnach in jedem einzelnen Falle zu bergewiffern haben, ob Umftande, welche die Billensfahigfeit ausschilegen, bei den behufs der Chefoliegung bor ihm erscheinenden Personen obwalten.

b. Königreich Burttemberg.

Gefet v. 8. August 1875 [Reg.=Bl. Nr. 30 S. 463]: Art. 4. Aus Cheverlobniffen tann nicht auf Eingehung ber Ehe geklagt werben. Die gerichtliche Aufhebung von Cheverlobniffen sindet nicht mehr statt. Die gesehlichen Borschriften über die vermögenstechtlichen Folgen bes Bruchs eines Cheverlobniffes bleiben unberührt.

c. Großbergogibum Baben.

Gefet vom 9. Dezember 1875 [Gef.- u. Berorbn.: Bl. Rr. XXXIV S. 355]: § 13. Aus bem Cheverlöbniß findet eine Rlage nicht ft att.

d. Freie und Panfeftadt Bremen.

Gefet v. 31. Oftober 1875 [Gef.=Bl. Nr. 19 S. 155]: § 2. Eine Klage auf Eingehung ber Ehe ober auf eine an beren Stelle zu leistenbe Entschäbigung, sowie eine Klage auf Schabenkerfaß wegen Nichterfüllung eines Cheversprechens sinbet nicht statt. Die Berabrebung einer Konsventionalstrafe für ben Fall ber Nichterfüllung eines Cheversprechens ist nichtig.

Schweden.

Rachstehende Angaben, durch welche die hiebor — auf S. 59 f. u. 83 — gemachten wesentlich ergänzt und mitunter auch berichtigt werden, sind einem unlängst im «Journal du Droit international privé et de la Jurisprudence comparée » (1883, S. 343 ff.) erschienen Aussache des hern R. v. Olivectona, eines Mitgliedes des Obersten Schwedischen Gerichtshofes, entnommen.

A. Die Cheschließung.

Aus ben burch bas bürgerliche Gesetzbuch [Sveriges rikes lag] von 1734 (Abschnitt "von ber Ehe": Kap. I, II u. VII) und bas kirchliche Gesetzbuch [Kyrkolag] von 1686 festgestellten Grundsägen ergibt sich, baß die schwedische Gesetzgebung, wie jede moderne Gesetzgebung, zur Eheschließung ein Dreifaches fordert:

1. bie freie Einwilligung ber Chef chließenden, was bas B. G. B. von
1734 mit folgenden Worten ausbruckt:
"Niemand kann zur Cheschließung gezwungen werden: biefe erfolgt burch bas Jawort und die freie Einwilligung beider
Cheschließenden." (Abschn. "von der Che",
Rap. I § 5);

2. bie perfonliche Fabigfeit ber Chefchliegenben gur Chefchliegung, beren

Borhandensein bei jebem Menschen vorausgeset wird, infofern ibm fein gefete liches Chebinberniß im Wege ftebt;

3. Die Beobachtung ber gesetlich vorgeschrie= benen Chefchließungeform.

I. Materielle eherechtliche Bestimmungen.

Die Chemunbigfeit bes mannlichen Befdlechts tritt mit bem vollendeten 21. Lebensjahre, die bes weiblichen Geschlechts mit bem vollendeten 15. Lebensfahre ein. - Der Ronig fann indeffen aus wichtigen Grunden einem Danne, welcher bas 18. Lebensjahr vollenbet hat, eine Alter8 = Dispenfation ertheilen. (B. G. B. Abschn. "v. b. Ehe", Rap. I § 6.)

Die noch nicht verheirathet gemefene Tochter, so lange fie das Bolljahrig teitsalter* nicht erreicht hat — d. h. noch nicht volle 25 Jahre alt ift - bebarf jur Cheschließung ber Einwilligung bes Baters ober eines Bertreters ad hoc (ihres sponsor, bes fogen. "Giftoman"). Gin Gleiches gilt für biejenigen ledigen Beibsperfonen, welche bas Alter von 25 Jahren jurudgelegt haben, aber unter Bormunbichaft gestellt find. Wittwen und geschiebene Frauen tonnen indeffen ftete, tropbem fie bas 25. Altersjahr noch nicht jurudgelegt haben follten, ohne Bustimmung ihres Baters ober sonstigen gefetlichen Bertreters eine Che eingehen.

Auf Nichtigkeit einer Ehe, welche ohne Einwilligung bes Baters ober bes gefeglichen Bertreters eingegangen worben ift, tann nur von bem-jenigen, beffen Einwilligung erforberlich gewesen mare, und nur binnen Jahresfrift feit Singehung ber Ghe geklagt werben. Bubem muß ber vorgebrachte Anfechtungsgrund ein vom Gerichte anerkannter rechtmaßiger Brund (justa causa) fein, bie Ginwilligung

gur Che ju berfagen.

Ift feine Richtigkeitsklage erhoben worben, fo tann ber Mangel ber Bustimmung bes Giftoman immerbin in gewiffen Fallen bie En t= erbung ber Frau nach fich ziehen.

Dem verheiratheten Manne ober ber verbeiratheten Frau ift unterfagt, vor Auflöfung ber erften Che eine zweite einzugehen (B. G. B. Abichn. "von ber Ghe", Rap. V § 4).

Diejes Cheverbot bildet ein bffentliches trennendes Shehinderniß, mahrend nachstehende, ebenfalls auf die Wiederverheirathung fich beziehende besondere Chehinder-niffe blos aufschiedende Wirkung haben.

Nach Auftofung ber vorigen Che - gleichviel ob burch Tod ober burch gerichtliche Scheib-ung, und zwar bezüglich ber Scheibung ohne Unterschied ber Confession - ift die Bieberverehelichung, unter folgenden Be-

bingungen, gestattet :

a. Danner burfen erft nach Ablauf bes fechsten Monats feit bem Tobe ihrer Frau, und Frauen erft nach Ablauf eines vollen Jahres feit bem Tobe ibres Mannes eine weitere Che schließen (B. G. B. Abschn. "von ber Che", Rap. XII § 3). Falls die frühere Ehe durch Scheibung aufgelöst worden ift, barf die Frau erst nach Ablauf derjenigen Zeit fich wieder verheirathen, mahrend welcher eine von bem frühern Chemanne berrührenbe Schmangerschaft vermuthet werben tann (Berordnung v. 24. März 1807).

b. Der Wittmer ober bie Bittme barf teine neue Che fcbließen, bevor eine gefegmäßige Gutertheilung (Abfindung) mit ben Rinbern ober fonftigen Erben bes frühern Chegatten ftattgefunden hat (B. G. B. Abfchn. "v. d. Che", Rap. XII § 1).

Bwifchen zwei Perfonen, welche miteinanber einen Chebruch begangen haben, tann eine gultige Che nicht geschloffen werben, und zwar felbst bann nicht, wenn ber unschulbige Gatte verstorben ist. *) Gbenso ift einem wegen Chebruche Befchiebenen unterfagt, überhaupt eine neue Che zu ichließen, bevor ber andere Batte verftorben ober wieder verheirathet ift; es fei benn, baß letterer feine Einwilligung und ber Ronig eine Erlaubniß zur Wiederverheitrathung bes schulbigen Gatten ertheilt habe. (B. G. B. Abschn. "v. d. She", Kap. II § 11 u. Kap. III § 2.)

^{*)} Die Bestimmungen bes Gefenbuches bon 1734, wonach bie Lociter lebenslang bon ihrem Bater ober gefetlichen Bertreter (giftoman) ab hangig mar, find bezuglich ber Mabden bargerlichen Standes burch bas Gefet bom 8. Rob. 1872 vim Sinne obiger Angaben abgeändert worden. Eine Berordnung vom 17. Marz 1882 dehnte sodann die Borschriften des ermähnten Gesets auf die "adeligen Fräuleins" aus. Die hievor auf S. 59 ausgenommene Mittheilung der schwedischen Regierung an die deutsche Gesandischaft in Stockholm Laus dem Jahre 1878) ist somit dochin zu herichtigen, das den Jahre 1878) ist somit dahin zu berichtigen, daß abelige Fräu-leins, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, einer Einwilligung bes Baters ober bes sponsor gur Chefdliegung nicht mehr bedürfen.

^{*)} Immerhin hat der Ronig zu wiederholten Malen Dispenje ertheilt; in Fallen namlid, in welchen Die Mitfdulbigen Rinder ju ergieben hatten. Die begugliche Diepenfationsbefugnig bes Ronigs ift indeffen höchft zweifelhaft.

Dem zu Rerker= ober Zuchthausftrafe Berurtheilten ift, für die Dauer seiner Strafzeit, die Eingehung einer She untersagt (Rgl. Berordnung v. 28. Aug. 1754).

I biopathische Fallsucht (epilepsia idiopathica) bes Mannes ober ber Frau ist ein Chehinderniß (Verordnung v. 25. November 1757).

Wegen Verwandtschaft und Schwa= gerschaft ist die Eingehung der Che ver= boten:

a) in ber geraben Linie, zwischen allen Ascenbenten und Descenbenten und Descenbenten, gleichviel beruhe die Berwandtschaft auf ehelicher oder außerehelicher Beugung; besgleichen zwischen Bersch wäsgerten berselben Linie (B. G. B. Abschn. "v. b. Ehe", Kap. II §§ 1 u. 4);

b) in ber Seiten linie, zwischen bem Manne und seiner Schwester — mögen sie voll- ober halbburtige Geschwister sein, und zwar gleichviel ob sie den Bater (consanguinei) oder die Mutter (uterini) gemeinsam haben —, seiner Richte (des Bruderk, Halbstuders oder der Schwester, Halbschwester Tochter) und deren Nachtommen ins Unsbegrenzte, seiner Tante, Großtanteu. s.m., väterlicher voder mütterlichers seits, ohne Unterschied, ob das Verwandtschaftsverhältniß auf ehelicher oder außersehelicher Geburt beruhe (B. G. B. Abschn. "v. d. Ehe", Kap. II § 2).

Die in ben verbotenen Graben, gleichviel ob ber auf- und absteigenden oder der Seitenlinie, eingegangene She ist nichtig und wird zudem als blutsich and erisch geahndet (Strafgesehb., Rap. XVIII § 4; vgl. Rönigl. Rescript an sammtliche Confistorien des Reiches, vom 22. Mai 1760).

Falls der Bater eine Person geehelicht hat, beren Mutter noch lebt, kann der Sohn des ersteren mit letterer (der Mutter seiner Stiefmutter) bei Lebzeiten des Baters eine Ehe nicht eingehen (B. G. B. Abschn., v. d. Che", Kap. II § 8), "dieweil" — lautet das Geseh — "es nicht gleichgültig sein kann, daß in der Familie die Berhältnisse der Ehrzerbietung zwischen Eltern und Kindern umgeskehrt werden."

Bei Chefchließungen von Auslanbern im Inlanbe wird bie perfonliche Fahigfeit ber Chefchließenben schlechthin nach ben für bie Inlander geltenben Bestimmungen bes schwebischen Gesets beur-

theilt. Diese Bestimmungen sollen ebenfalls über bie personliche Kähigkeit ber schwebischen Staatsangehörigen bei beren Cheschließungen im Auslanbe entscheiben.

II. Formelle eherechtliche Beftimmungen.

Bahrend bas noch in Kraft stehende kirch= liche Gesethuch von 1686 bie firchliche Trauung als bindende Solennitätsform für bie Abschließung ber Che vorschreibt, laßt bagfelbe gleichwohl bie rechtlichen Birtungen ber Che erft mit ber geichlechtlichen Bereinigung ber Chegatten — refp. mit bem Bollzuge bes Beifchlafs — eintreten. Das burgerliche Befegbuch v. 1734 (Abschn. "v. b. Che", Rap. IX § 1 u. Rap. X § 1) macht bagegen die Trau= ung jum Ausgangspuntte aller recht= lichen Folgen ber Che, tennt inbeffen bas Buftanbefommen einer Che ohne priefterliche Einsegnung refp. ohne formlichen Abschluß in befonderen Fallen, in welchen ein gerichtliches Erfenntniß als Erfaß für bie Trauung gilt; namlich bann, wenn ber Brautigam fich jum Abichlug ber Che mit ber von ihm geschwängerten Braut weigerte und bas Gericht, bei welchem lettere ihren Gerichtsftand hat, biefe Brautleute für rechtmäßig verbundene Chegatten erklart hat; besgleichen, wenn ein lediger Mann ber Baterschaft eines mit einer ledigen Beibsperson unter Cheverfprechen erzeugten Kindes überführt wird.

Das Befegbuch von 1734 verleiht überhaupt bem blos vorläufigen Cheversprechen, falls es unter Beobachtung gewiffer Formen gegeben worben ift, - b. h. bem folennen Berlobniß - eine Bedeutung, welche berfenigen ber Chefchließung beinahe gleichkommt. Bur Gultigteit eines Berlobniffes ift beffen Abichluß vor bem Giftoman und vier Beugen, namlich zwei auf Seite bes Brautigams und zwei auf Seite ber Braut, erforberlich. Das Borhandensein eines solchen Berlobniffes bilbet ein hinderniß zur Schließung einer Che mit einer Dritten Berfon, fo lange mit bem verlaffenen Berlobten eine gefehmäßige Abfindung nicht ftattgefunden hat; es fei benn, daß ber Burudtritt bes Berlobten burch hinreichende Grunde veranlaßt worben fei. Auch haben die Brautfinder in allen Begiehungen die Rechte ehelicher Rinder, und als folche gelten felbst biefenigen, welche vor bem Abschluffe bes Berlobniffes erzeugt wurden. Die Unterlaffung bes formlichen Cheabschluffes refp. ber Trauung wird aber mit Strafe belegt. (Bgl. B. G. B. Abichn. "v. b. Che", Rap. III § 9 u. Rap. X § 7.)

Als Rlagegründe, welche zur Richtigkeitserklärung eines Berlöbnisses stühren, gelten:
der Mangel der freien Einwilligung, wenn die Willenserklärung eines der Berlobten durch Zwang oder Betrug
veranlaßt oder bei obwaltender persönlicher Willensunfähigkeit, namentlich im Zustande der Teunkenheit
abgegeben wurde; serner der Umstand, daß einer der
Berlobten zur Zeit der Eingehung des Berlöbnisses mit
einer dem andern Theile verschwiegenen anstedenden
Krankbeit behastet war oder seither eine solche sich zugezogen hat; sowie auch der Fall, daß einer der Berlobten nach der Berlobung im Konkubinate mit einer
dritten Person lebt oder eine entehrende Handlung begeht. Aur Erhebung der Richtigkeitsklage wegen formell
ungültig geschlossenen Berlöbnisse ist nur der Gistoman
besugt. Den Berlobten bleibt selbsverständlich die Freiheit wilktürlicher Lösung des Rechtsbandes durch beiderseitige Uebereintunst vorbehalten; die Dazwischenkunst
des Richters ist nur sur für den Fall vorgesehen, daß die
Berlobten nicht selbst über ein Absommen einig werden.
Uebrigens kommen die Bestimmungen.
Uebrigens kommen die Bestimmungen.
Uebrigens kommen die Bestimmungen.
Des Gestundes d. 1734 über das Eheverlöbnis heute kaum noch zur Anwendung, indem besonders in den höhern Ständen keine
solennen Berlöbnisse mehr abgeschlossen.

1 Mufgebot.

Seber in Schweben nach ichwebischem Befege — d. h. nicht in Anwendung bes Exterritorialitateprincipes - vorzunehmenben Chefchliegung muß bie Berfundung bes Cheverfprechens, unter Angabe ber Bor- und Familiennamen beiber Berlobten, in ber Pfarrfirche bes terris torial abgegrenzten faatsfirchlichen (lutheri= fcen) Pfarrbezirke vorausgehen, in welchem bie Braut - nicht ber Brautigam - ihren Wohnfig hat*), und zwar gilt biese Be-stimmung auch bezüglich ber außerhalb ber Staatstirche — z. B. nach katholischem ober reformirtem Ritus u. s. w., oder civiliter — ərfolgenden Cheschließungen (B. G. B. Abschn., v. d. She", Kap. VII § 2; R. G. B. v. 1686, Kap. XV § 18). Die Berfündung hat in der Regel an brei aufeinanderfolgenben Sonn = ober Feiertagen zu geschehen, tann aber in Rriegsfällen ober, falls ber Brauti-gam im Staatsbienfte fich in's Ausland ju begeben hat, auf eine einmalige Bornahme beschrankt werden **). Immerhin foll bie Trauung nicht vor Ablauf einer Frift bon zwei Tagen nach ber Berfunbung flattfinden.

Der zur Vornahme ber Verkündung berufene Pfarrer hat von Amtswegen (ex nobili officio) zu untersuchen, ob die Brautleute in verbotenem Grade mit einander verwandt oder verschwägert sind, sowie auch, ob übershaupt ein Chehinderniß vorhanden ist, und hat für den Fall, daß er das Vorhandenssein eines Ehehindernisses entdedt, die Berständung zu bermisser

fundung zu verweigern. Bezüglich ber Auslanber befteht bie Borschrift, daß biefelben nur bann im Inlande aufgeboten werden folien, wenn fie bem be-treffenden lutherifchen Bfarrer burch Beibringung von Urfunden glaubhaft nachge= wiesen haben, daß bem ichwedischen Gefete gemäß ihrer beabsichtigten Chefchliegung ein Sinderniß nicht im Bege fteht. Ift ber Aus-lanber refp. Die Auslanderin außer Stanbe, biefe Thatfache burch rechtsgultige Beweismittel binreichend festzustellen, fo fann, falle ber Brautigam ober die Braut mahrend zwei Jahren in Schweben sich aufgehalten hat, ein durch die kgl. Berord= nung vom 12. Dezember 1798 normirtes Ber= fahren ale Ausweg eingeschlagen werben. In folden Fallen fann namlich bie Betannt = machung bes Cheverfprechens - in ber fur die ichmebischen Staatsangehörigen burch bie kgl. Berordnung vom 20. Oftober 1791 vorgeschriebenen Form - in bas offizielle Blatt (bie « Post-och Inrikes Tidningar ») e in gerudt werben. Wird nun binnen Jahresfrift, von dem letten Erscheinen ber Befanntmachung an gerechnet, feine Cheeinsprache beim ftaatsfirchlichen (territorialen) Afarrer bes Wohnsiges ber Braut angemeldet, so ist dieser Pfarrer befugt, die Cheverfundungen vorzunehmen. Rus folge besonderer Konvention zwischen der Deuts schen Reichsregierung und ber Schwedischen Regierung find - laut igl. Berordnung vom 17. April 1874 -, bezüglich ber beizubringenden Urfunden ober sonstigen Rachweise, die Deutfchen Reichsangehörigen, fobalb fie ihre Staatsangehörigfeit nachgewiesen haben, ben fchmebi= fchen Staatsangehörigen vollständig gleichgestellt -b. h. von ber Erfüllung weiterer, fur bie fcmebifchen Staatsangehörigen nicht bestehender For-

Ift die Braut eine Ausländerin, welche keinen hinlänglich begründeten Bohnsit in Schweden fich aufgehalten hat, um als in diesem Lande ihren Wohnsit habend auf den Censuslisten zu stehen —, so bedarf es der Verkündung in Schweden nicht, sondern es genügt in solchem Falle eine Besicheinigung der zuständigen heimatlichen Behörde

malitaten befreit.

^{*)} Unter Bohn fis wird berjenige Ort verstanden, an welchem die betreffende Person auf den Steuerrodeln oder Censuslisten eingetragen ift; ohne Ridficht darauf, ob diese Berson das gange Jahr hindurch denselben Ortewohnt oder im Laufe des Jahres an verschiedenen Orten (3. B die hälfte des Jahres auf dem Lande) fich aufzuhalten pflegt.

^{**)} Das firchliche Gesethuch läßt biese Ausnahmsbestimmung auch für den Fall der lebensgefährlichen Erfrantung eines der Berlobten gelten; das bürgerliche Gesethuch aber sieht diesen Fall nicht vor.

barüber, daß bie Che im Beimatlande ber Braut, ben bortigen Befegen gemäß, verfundet worden fei.

2. Trauung.

Das burgerliche Gefegbuch von 1734 fennt als Form des Cheabschluffes nur die ft a a t 8= firchliche - b. h. bie ben Bebrauchen ber lutherischen Rirche gemäß vollzogene -Erauung. Bur Ginfegnung ber Che, refp. gur burgerlich gultigen Bornahme ber Trauung, ift einzig und allein ein gehörig ordinirter Beiftlicher befugt. Unter allen folchen Beiftlichen haben indeffen bie Berlobten bie Bahl. Gine Stellvertretung ber Berlobten bei ber Trauung ift nicht ftatthaft. Ausgeschloffen ift die Beifugung einer Bedingung bei Erklarung bes Cheichließ= ungewillene.

Die Anwendung der ftaatsfirchlichen Chefoliegungeform bilbet heute noch bie Regel, obicon die Befetzebung in jungfter Beit mehrfache Ausnahmen hievon ftatuirt und fogar bie eigentliche Civilebe eingeführt bat. 3mmerbin barf nicht überfeben werben, bag bie Civilehe in Schweden nur als fog. Rothcivilehe besteht und lediglich auf die in den bezüglichen Befegen vorgefehenen befondern Falle anwendbar ift; so daß die Gultigkeit einer Civilehe bavon abhängig gemacht wirb, ob bei ber betreffenden Chefchließung wirklich eines ber gefeglich bestimmten Ausnahmsverhaltniffe ob-Sonft hat die Trauung nach bem Ritus terjenigen Ronfession stattzufinden, melder bie Chefchließenden angehoren; infofern nam!ich ber Beiftlichkeit biefer Ronfession bie erforberliche Ermachtigung von Seiten bes Staates ertheilt worden ift (vgl. die tgl. Berordnung vom 31. Oftober 1873).

Durch bas Gefet vom 20. Januar 1863 wurde bie Civilebe für bie Chefchließungen zwifchen Chriften und Juben eingeführt, und zwar aus bem Grunde, weil bas firchliche Befegbuch bas Chebinbernig ber Religionsverschiedenheit (zwischen Getauften und Richtgetauften) aufrecht erhalt und mithin bie Staats. geiftlichen ihre Mitwirfung bei judifch-driftlichen Chefchließungen verfagen mußten.

Das Gefet vom 31. Oftober 1873, welches bie Cheschließung ber fog. Diffibenten regelt, behnte fobann bie Anwendung ber Civilebe auf nachfolgende burch bie Betennt. nifberfchiebenbeit(zwischen Angehörigen verschiedener driftlicher Rirchen) begrundete Falle aus, in welchen namlich bie Berlobten freie Bahl zwischen ber firchlichen und ber burger= lichen Trauung haben. Diefe Falle find: 1. Wenn beibe Ehefchließenben

verschiebenen nicht lutherischen

Ronfeffionen (g. B. ber tatholifchen und reformirten) angehoren, beren Beiftlichfeit mit der zur Vornahme von gefetlichen Trauungen erforderlichen ftaatlichen Bollmacht verfeben ift :

2. wenn nur ein er ber Chefchließenden einer solchen Ronfession und ber andere einer Religionsgefellichaft angebort, welcher bie ftaatliche Ermachtigung gur Bornahme von Trauungen nicht ertheilt worben ift - g. B. wenn ber eine katholisch und ber anbere Baptift mare;

3. menn einer ber Chefchließenben ber lutherischen Staatsfirche und ber andere einer anbern driftlichen Ronfeffion

angehört;

4. wenn beide Cheschließenben meber ber ichwebischen Staats. firthe noth einer anbern ber zur Bornahme von gefeglichen Trauungen ermächtigten driftlichen Ronfeffionen angehören.

Schließlich bestimmt ein Gefet vom 15. Oft. 1880, daß die Civilehe auch dann jur Anwendung fommen foll, wenn einer ber Cheschließenben nicht getauft ift ober in ber ichwedischen Staatsfirche bas Saframent bes heil. Abendmahls nicht empfangen hat, aber gleichwohl

einer fremben Rirche nicht angehört.

Die Bornahme einer Civiltrauung ift ftete und überall Sache ber burgerlichen Behorden, b. h. ber Bemeindebehorde in ben Stabten und bes "Rronofogde" (Steuereinnehmer) auf bem Lande. Bevor bie betref= fende Beborbe jur Trauung ichreitet, hat fie bas Richtvorhandenfein von Chehinderniffen ju prufen und zu biefem Behufe gunachft eine Beicheinigung bes fraatstirchlichen Pfarrers bes Bobufiges ber Braut barüber fich vorlegen ju laffen, baß die Berfundung bes Cheverfprechens nach Maggabe bes Gefetes erfolgt und gegen ben Cheabichluß eine Ginfprache nicht erhoben worden fei. Sobann wird bie Che badurch abgeschloffen, daß die Berlobten in Begenwart von Beugen, welche mit ihnen verwandt fein burfen, Die felerliche Erflarung abgeben, bie She mit einander eingehen zu wollen, und zwar mit bem Berfprechen, in Glud und Unglud einander zu lieben. Unmittelbar nachber findet eine bezügliche Protofollaufnahme ftatt, welche im Falle, daß der Kronofogbe bie Trauung vornimmt, von ben anwesenden Beugen ju unterzeichnen ift. (Befet v. 31. Oft. 1873, § 5.)

Unter ber bereits ermahnten Borausfegung, baß bie Civilehe im betreffenben Falle ftatthaft war, find bie in ber vorgeschriebenen Form ab-geschloffene Civilebe und bie firchlich getraute She, bom juribischen Standpunkte betrachtet, vollkommen gleichgeltend, so daß für die Chezgatten die gleichen Rechte und Berpflichet ung en aus ber einen ober ber andern biefer Cheschließungsarten erwachsen.

.

Bezüglich ber Aus lanber liegt bem Seistlichen ober Beamten, welcher bie Trauung vorzunehmen hat, insbesondere noch ob, den Nachweis darüber zu verlangen, daß die hievor erwähnten Bestimmungen über die Bekanntmachung bes Cheversprechens, falls eine Bekanntmachung der bezeichneten Art erforderlich war, gehörig beobachtet worden sind.

In Streitigkeiten über Chefchließungen, welche Schwebische Staatsangehörige im Auslanbe ober mit Auslanbe ober mit Auslanber, find bie schwedischen Gerichte darauf angewiesen, sich an die allgemeinen Normen des schwedischen Rechts zu halten, und, in Ermangelung paffensber Borschriften, die Grundsätze des interenationalen Privatrechts zu Rathe zu ziehen.

B. Die Chescheidung.

Unterschieben wird zwifchen primaren und fefundaren Scheibungsgrunben.

I.

Die primaren Scheibungsgrunbe (causæ divortii primariæ) find biejenigen, welche ben Chescheibungsklagen einen Gerichtsftanb bei bem erstinstanzlichen Gerichte bes Bohnsiges ber Chegatten eröffnen — bezw. bei bem Häradsrätt (Bezirkgericht) auf bem Lande und bei bem Radhusrätt (Rathhausegericht) in ben Stabten.

Das burgerliche Gefetbuch v. 1784 (Abschn. "v. b. Che", Rap. XIII) sieht brei folche primate Scheibungsgrunde vor, welche find:

- 1. Ehebruch eines ber Chegatten;
- 2. bosliche Berlassung (malitiosa desertio) ber Frau ab Seite bes Mannes ober bes Mannes ab Seite ber Frau;

[Bur Begründung ber Ehescheidung sklage wegen boslicher Berlassung hat die klagende Partei den Rachweis zu erbringen, daß der Betlagte mit dem böswiligen Borsage sich von ihr entfernte, niemals mehr zu ihr zurüdzukehren, daß er sich in das Ausland begeben hat und daselbst an einem bestimmten Orte sich aushält, oder, daß alle möglichen Rachforschungen, um den gegenwärtigen Aufenthalisort des Abwesenden aussindig zu machen, angestellt worden und erfolglos geblieben sind.] 3. andauernbe Abwesenheit (diuturna absentia).

Bu diesen Scheidungsgrunden fügt das Geset vom 27. April 1810 folgende hinzu:

4. Berurt beilung bes einen Chegatten zu leben 81 anglich er Bucht haus ftrafe, wofern nämlich ber andere Chegatte bem betreffenben Berbrechen volltommen fremb ift;

5. Berurtheilung des einen Ebegatten wegen Rachstellung nach dem Leben

bes anbern Chegatten;

6. Raferei und Bahnfinn bes einen Chegatten, wenn sie über brei Jahre fortgebauert haben, teine wahrscheinliche Hoffnung auf heilung vorhanden ift und der andere Chegatte nicht etwa durch sein Betragen diesen Zustand verschulbet hat.

Die burgerlichen Gerichte haben bas Erkenntniß zu fällen; bie Ausfertigung bes Scheibebriefes bagegen, welche erst bann erfolgt, wenn bas Urtheil volle Rechtstraft erlangt hat, ist Sache bes Diocesankapitels.

Π.

Die set und aren Scheidung sgründe (causæ divortii secundariæ) sind biejenigen, welche zur Auswirkung eines landesherrlichen Restripts — beziehungsweise zur Anbringung einer Ehescheidungstlage mittelst Bittschrift an den König, in beffen doppelter Eigenschaft als obersten Bischof (primus episcopus) der lutherisch-schwedischen Kirche und als Staatsoberhaupt — berechtigen; wobei zu bemerken ist, daß, wenn es sich um Richtangehörige der Staatschehandelt, der König selbstverständlich nur in der Eigenschaft als Staatsoberhaupt sein Scheiderrecht ausübt.

Nach bem Befete vom 27. April 1810 find bie fekundaren Scheibungsgrunde folgenbe:

- 1. Berurtheilung bes einen Chegatten zur Tobesftrafe ober zu leben slanglichem Berlufte ber burgerlichen Chrenrechte, wenn auch ber Schuldige vom Ronige begnabigt worden ift;
- 2. Berurtheilung des einen Chegatten wegen schweren ober entehrenden Berbrechens;
- 3. Berurthéilung des einen Chegatten au Buchthausstrafe auf bestimmte Beit;
- 4. unverbefferliche Gewohnheitsfäuferei, übermäßige Berichwendung ober ungeftume Gemuthsart bes einen Chegatten;
- 5. eine fo tief eingewurzelte Berichiebenbeit ber Sinne Bart und ber Gemuthsftimmungen (Unverträglichfeit ber

Charaftere) zwischen ben beiden Chegatten, daß fie mit ber Beit, in Folge beständig wiedersbolten Butagetretens zu einer gegenseitigen unsuber mindlich en Abneigung geworden ift.

Das schwedische Recht nimmt bezüglich der Ehescheidung keine Rücksicht auf die Ronfession der Ehegatten, so daß z. B. auch Ratho-liken dem Bande nach geschieden werden und hernach, bei Lebzeiten des andern Ehegatten, eine weitere Ehe schließen können. Ebenso macht es, sowohl für die Schescheidung durch landesherrliches Restript als für die Scheidung durch die bürgerlichen Gerichte, keinen Unterschied, ob die zu scheiden de Ehe kirchlich, und in welcher Rirche, ober bürgerlich absgeschlossen worden ist.

Bezüglich ber Muslanber burfte, nach v.

Dlivecrona's Ansicht, unterschieden werben zwischen benjenigen, welche in Schweben nach der lex loci, und benjenigen, welche außerhalb ber lex loci, und benjenigen, welche außerhalb Schweben & ebenfalls gemäß dem Gesebes Cheschließungsortes, ihre Che eingegangen haben. In ersterem Falle sollte den Klagen der Ausländer in streitigen Chesachen ein Gerichtsstand in Schweden offen stehen, in letzterem Falle dagegen nicht. Die beständige Prazis der schwedischen Gerichte und auch des Landesherrn geht indessen dahin, daß zur Anstellung einer Chescheidungsklage in Schweden die schwed isch wed isch est a at sangehörigte it unbedingt erforsberlich sei.

Auf die mit einem schwedischen Staatsangehörigen verheirathete Ausländerin sindet immerhin der Sat Anwendung, daß "die Frau dem rechtlichen Stande ihres Mannes folgt" (B. G. B. Abschn. "v. d. Ehe", Rap. IX § 1).

Zwei auf die tridentinische Formvorschrift bezügliche Erläuterungen.

1. Bu "Ranonifches Recht", S. 33:

Die Angabe, daß die Ratholiken da, wo der tridentinische Beschluß über die Form der Speschließung auch kirchlich nicht zu Recht besteht (vergl. S. 112, N. 1), schon kraft der Sivilstrauung sakramental verbunden seien, ist selbstverständlich dahin zu beschränken, daß bezüglich Empfang des Sakramentes es auf die Absicht der Cheschließen den ankommt — b. h. darauf, ob die Cheschließenden bei Abgabe ihrer gegenseitigen Ginwilligungserklärung vor dem Civilstandsbeamten wirklich vorhatten, durch den Civilakt auch der Kirche gegenüber rechtsmäßig verbundene Cheleute zu werden.

II. Bu Rote 5 auf S. 128:

Die mit Bezug auf die Gultigkeit einer formlosen Cheschließung in Louisiana (Bereinigte Staaten von Nordamerika) gefallene Aenßerung über die Rechtsverbindlichkeit der tridentinischen Formvorschrift in Frankreich ist dahin zu ergänzen resp. zu berichtigen, daß zwar in diesem Lande die Beschlüsse des Tridentinums als solche niemals von staatswegen publizirt worden sind, dagegen die tridentinische Cheschließungsform kraft der als Ordonnance de Blois bezeichneten königlichen Berordnung vom Jahre 1579 im bürgerlichen Rechte Frankreichs Eingang gefunden hatte.

Bufat. Gemäß Art. 43 des fameizerifchen Bundesgesetst über Civilstand und Che sind Ehejcheidung stlagen und Rlagen auf Ungiltigfeit einer Che bei dem Gerichte des Bohn =
jiges des Chemannes anzubringen. — Beim Abgange eines Bohnsiges in der Schweiz kann die Rlage
am Heim at- (Burger-) Orte oder am letten schweizerischen Bohnorte des Chemannes angebracht werden.

Sachregister.

Die ben Bortern unmittelbar folgenden Bahlen bedeuten Die Seite, romifche Biffern nach ber Seitengahl ben Abichnitt und arabijde Ziffern nach letteren die Rummer einer Unterabtheilung ober einer Rote. In Rlammern eingefchloffen find die Artitel. ober Baragraph. Rummern bes betreffenden Gefetes. Die eine Seitengahl bedeutenden - b. h einem Borte unmittelbar folgenden - romifchen Biffern beziehen fich auf die Ginleitung. R. bedeutet "Rote".

- Aargau XII (Rote zu Art. 33), 166 (Berzeichniß). Abfind ung der Kinder aus früherer Ehe vor der Eheschließung, f. Auseinandersetzung u. f. w.
 Abgaben, wie Brauteinzungsgebühren u. dgl. Absichaftung derselben: Dentsches Reich 145 (Rote*)
 Schweiz VII (Art. 25). Bgl. Gebühren.
 A. B. G. B.: Absürzung für Augemeines dürgerliches Gesethuch, f. Augemeines zc.
 Abfürzung der Bertündfrißt [Aufgeboiskrist], bezw Dispensation von den Seberfündungen [vom Ausgeboi]: Deutsches Reich 89 (R. 2: § 9): 90 (R. 3: § 6). Frankreich 17 f. (Art. 169); 24 (litt. M); 93 (R. 4: Art. 17). Italien 32, III (Art. 78). Aanonisches Recht 34. Riederslande 40 (Art. 111). Desterreich 51 (Rote: § 5). Schweden 173. Schweiz XIV (Art. 37, Abs. 2). Spanien 63 (Art. 18). Bgl. Licenco [Liconse]. Abfürzung der für die Wiederreiching einer Frau festgesetzten Wartesscher 18 (§ 35, Abs. 2). Oesterreich 83 (§ 120). Spanien 84 (Art. 5, 3iff. 4 u. Art. 7). Bgl. Entbindung, Wartespist. Aus Art. 7). Bgl. Entbindung, Wartespist. Reichen Leichen Leichen Rinder, Entel, Urenkel zc.), f. Aziendenten und Deseendenten. Bgl. Aussteinandersetzung u. s. w.

Abtheilung mit ben Rinbern, f Auseinanderfegung u. f. m.

- Abweichungen, unbedeutende, in den Urfunden: Deutsches Reich 81 (§ 45, Abs. 3). Bgl. Berjonennamen.
- Ab wefenheit bes einen Chegatten als Chefcheibungs.

grund: Schweben 175, I (Ziff. 3) — Schweiz IX (Art. 28, Ziff. 1: Art. 46, litt. d) — Bereinigte Staaten 134, IX. — Bal. Berlaffung, Verschollenheit. eines Ascenbenten, bessen Einwilligung zur Speschleigung ersorberlich ist: Deutsches Reich 4 (§ 29, Abs. 3); 71 (litt. a) — Frankreich 15 (Art. 155); 22 (litt. C.) — Großbritannien 29, Ill (Abs. 2). — Mal Auserstandsein Bgl Augerftandefein.

Acte respectueux Chrerbietigfeitsatt - ehrerbietiges Unfuchen, welches bie großjahrigen Rinder bei Chebermeigerungen ber Afcenbenten an biefe gu

richten haben, behufs Erbittung des Rathes der-felben]: Frankreich 14 f. (Art. 151 bis 155 u. 158); 22 (litt. D); 26 (form. B). — Bgl. Friebensrichter, Kantonregter, Rotar.
Abelige Frauleins Erforderniß ber Einwilligung

bes «Giftoman» jur Cheidliegung von folden: Someben 59, I (Biff. 3); vgl. S. 171 (Rote *:

Berichtigung).

- Aboption [Unnahme an Rindesftatt im babifcen Landrecht Anwunfchung, auch Anfindung genannt]. Unter A. wird in den neueren Gesetzgebungen bezüglich der Ehe sowohl die A. im weiteren Sinne
 oder sog. Arrogation — die Annahme einer
 nicht in väterlicher Gewalt stehenden (sui juris)
 Person an Rindesstatt — als die A. im engern
 Sinne — die Annahme einer in väterlicher Gewalt ftebenden Berfon an Rindes- ober Entelsftatt - begriffen, und zwar ohne Unterschied, ob die A. mit voller Wirfung (adoptio plena: Agnationsnezus, Begründung der väterlichen Gewalt) oder mit unvoll-tommener Wirtung (adoptio minus plena: bloßes Inteftaterbrecht) ausgestattet ist. Die Albegründet das Chebinbernig ber Aboptivverwandicaft (f. b. B.) und gibt ober fibertragt nach einzelnen Gefet-gebungen den Aboptanten bas Recht zur Einwil-ligung in die Che bes Aboptirten (f. Aboptiveltern,
- Aboptivbater u. j w.). Bgl. Agnatio.
 Ab op tiveltern [Wahleltern]. Deren Recht zur Einwilligung in die Che des angenommenen Kindes:
 Italien 31 (Art. 63, Abs. 3 u. Art. 65) Desterreich 45 (§ 183). Bergl. Adoptivkind, Aboptivbater, Adoptivbewandtschaft.

Aboptivlind. Dessen Berdaltnis zu den Adoptiveitern: Frankreich 16, VI (Art. 348); 21 (Anh. I: Art. 348). — Bgl. Adoptivderwandtschaft.
Aboptiv mutter. Deren Recht zur Einwilligung in die She des angenommenen Kindes. Deutschaft Heich 5 (& 31) und 71 (litt b. unten). — Ral Adoptiv 5 (§ 31) und 71 (litt. b. unten). — Bgl. Abop-tiveltern, Aboptivberwandischaft.

Aboptivvater. Deffen Recht jur Einwilligung in Die Ebe bes angenommenen Rindes: Deutsches Reich 5 (§ 31) u. 71 (litt. a). - Bgl. Aboptiveltern, Aboptibbermanbtichaft.

A boptivvermandticaft (Bahlvermandticaft) als Chehinderniß: Deutsches Reich 81 (§ 33, Rr. 4)

Sagregifter.

— Frantreich 17, VII (Art. 348) — Italien 30, I (Art. 60) — Desterreich 45 (§ 183); 50 (Biss. 8) — Russand 59 (Biss. 4) — Schweiz X (Art. 28, Biss. 2 litt. b) — Spanien 84 (Art. 6, Biss. 5 u. 6 und Art. 7). — Bgl. Cognatio legalis. Aergerniß, öffentliches, der Grund zu einem Eheberbot: Angland 59 (Biss. 5). — Bgl. Honestas publica

publica

Affinitas illegitima (Augerebeliche Somagericaft, Afinidad natural] - ein Sowägerichaftsverbalt-niß, welches aus der blogen fleischlichen Beiwohnung (copula carnalis) entfteht, ohne bag bas Banb ter Che die Schmägerschaft zwischen dem einen Kontumbenten und den Berwandten des andern hergestellt hat: Ranonisches Recht 36, VI — Ruß-land 58, V (Biff 2) — Spanien 84 (Art. 6, Ziff. 1 u. 4). — Bgl. Beischlaf, außerehelicher

Agnatio (cognatio civilis) : die Bermanbidaft, welche auf lauter ehelichen Beugungen [burch Danner, im Gegenfat ju « Geburten » burch Beiber) beruht. Agnaten find baber Blutsverwandte, bie in mannlicher Linie von dem gemeinsamen Stammvater ber-ftammen und in berselben baterlichen Bewalt fieben, ober boch fteben würden, wenn das fie verbindende Saupt noch lebte. Das romifche Recht unterfceibet nämlich, mit Bezug auf die väterliche Gewalt, welche nur Mannspersonen haben tonnen, die Agnaten von den Rognaten, deren Inbegriff die Familie im natürlichen Sinn ift. — Bgl. Cognatio logalis

Atten: f. Belege, Urfunden. Alabama 67, 126 (R. 5), 129, 131 (R. 10), 134, 187. Allgemeines burgerliches Befeg.Buch (a. b. B.) für bas Raiferthum Defterreich. (a. b. G. B.) für das Raiserthum Desterreich. Mitgetheilte Stellen aus demselben: § 4: S. 32 (Einleitung) — § 21: S. 45 (III) und S. 82 — § 37: S. 32 (Einleitung) — § 44: S. 120 — § 45: S. 120 — § 48: S. 82 u. 120 — § 49: S. 45 — § 50: S. 45 f. — § 51: S. XXII — § 52 u. 53: S. 46 — § 54: S. 46 — § 55: S. 120 — § 56: S. 47 (2) § 57: S. 120 — § 58: S. 47 (3) — § 59: S. 120 — § 60: S. 47 (4) — § 62: S. 120: dgl. S. 47 ff. — § 63: S. 47 (4) — § 62: S. 120: dgl. S. 47 ff. — § 63: S. 47 (4) — § 62: S. 120: dgl. S. 47 ff. — § 63: S. 50 (9) — § 69: S. 121 — § 71; 72 u. 73: S. 51 — § 75: S. 121 — § 76: S. 82 — § 80: S. 121 (Rote) — § 83: S. 50 (unten) u. S. 82 — § 94: S. 120 (R 1) — § 94, 95 u. 96: S. 46 — § 95, 96, 98 u. 99: S. 121 — § 99, 100 u. 101: S. 47 (4) — § 102: S. 121 — § 111, 115, 116 u. 119: S. 48 — § 120: S. 82 — § 121: S. 83; vgl. S. 47 (3) — § 125: S. 49 u. 83 — § 133 bis 136: S. 48 (oben) § 160: S 121 — § 161: S. 52 — § 174 bis 177: S. 45 — § 183: S. 45; vgl. S. 50 (8) — § 273: S. 120 (R. 2). Wilgemeines preußißdes Sandrecht. Die wichtigken Citate auß demselben: Theil I, Titel IV, § 23 bis 29: S. 90 — §§ 31 ff.: S. 91 — §§ 75 bis 83: S. 91 — Theil I, Titel V, § 111: S. 160 — Theil II, Titel II, Si 50 u. 57: S. 92. Witen burg, f. Sadjen-N.

Witer, ju hohes, als Chehinderniß: Nußland 58, II. — zu niedriges, als Chehinderniß: Hußland 58, II. — zu niedriges, als Chehinderniß: Nußland 58, II. — zu niedriges, als Chehinderniß: Hußland 58, II. Ditgetheilte Stellen aus bemfelben: § 4: 6. 32

Alter der Trauungsjeugen: Schweiz XV (Art 38). Ambtenaar van den burgerlijken stand, f. Civilftandsbeamt.r (Riederlande).

Anertennung eines unehelichen Rindes,

** And, s. Civistandsbeamt.r (Riederlande).

**Unerken nung eines unehelichen Kindes, als Bestandsheil der Legitimationsbeurkundung (s. d. W.). Frankreich 15 (Art. 334, als Rote zu Art. 158); 19, XII; 22 (litt. E) — Italien 31 (Rote zu Art. 66) — Bortugal 56, IV (Art. 119) — Bereinigte Staaten 137, XII.

- Bedeutung der A. bezüglich des Rechtes zur Einwilligung in die Ehe des Kindes: Deutsches Recht 71 (litt. a und d.) — Frankreich 15 (Rote zu Art. 158); 22 (litt. E) — Italien 31 (Rote zu Art. 66) — Riederlande 39 (Rote zu Art. 97). — Bgl. Uneheliche Kinder.

Anerkennung der im Auslande von Inländern ab geschlichen Ehen Ehen Eheigien 153 f. — Brasslien 4 — Deutsches Reich (Allgemeines) 160 f., II; Anhalt 147 (Abs. 2); Baden 141 (§ 23), 158; 159 u. 160; Bayern 10 (VI n. VII), 153 und 159 (Iff. 2); Gamburg 159 (Iff. 3); Dessen 159 (Iff. 3); Dessen 159 (Iff. 3); Prenken 159 (Iff. 3); Brenken 150 (Iff. 3); Brenken

Anertennungsertlarung (Befdeinigung) ber ausländifchen Beborbe (refp. Gefandticaft) bezüglich ber in ber Soweiz erfolgenben Spefdießung: Belgien 153 f. — Deutsches Reich 6 und 154 — Frankreich 12 — Großbritannien 26 — Italien 30 — Defterreich 45, Il (Rote) — Rufland 57 — Bgl. Beideinigung über ben Befit berberfonlichen Gabigleit, Formulare, Berebelichungs-

berpersonlichen Fähigteit, formulare, Berehelichungszeugniß (Zusa).
An fecht ung der Ehe, s. Richtigkeitsklage.
Angustia loci (Beschränktheit des Ortes) als Grund zur Rachsicht den Ehehindernissen bezüglich der Braut: Ranonisches Recht 37 (unten).
Anhalt 11 (Rr. 15), 70 (Kr. 15), 72, 75 (Biss. 9), 146 f, 158 (Kr. 15), 159 (Biss. 3).
Anhalt Bernburg 147.
Anhalt Besphänze Köthen 72, 75 (Jiss. 9), 146 f.
Anhalt Besphänze Köthen 72, 75 (Jiss. 9), 146 f.
Anhalt Besphänze Köthen 72, 75 (Biss. 9), 146 f.
Anhalt Besphänze Köthen 72, 75 (Biss. 9), 146 f.
Anhalt Gung, s. Adoption.
Annahme an Kindes flatt, s. Adoption.
Annähme an kindes flatt, s. Adoption.
Anpenglichen Recht], s. Adoption.

Appengett [n. m. u. 3. my.] ani (note zu and v.),
165 (Berzeichniß).
Arbeitsteute, f. Dienstboten.
Arlan fas 67, 183, 187.
Armee im Felde. Cheschließung bei einer solchen:
Deutsches Reich 89 f (§ 71 u. R. 2) — Frankreich
98 f. (Art. 28, 89, 94, 95 u. 98) — Großbritannien
110 (Ausland) — Italien 111, R. 3 (Art. 398) —

Ranonifches Recht 113, R. 2 (Solbaten) — Spanien 124, R. 5 (Art. 43) — Bereinigte Staaten 186 f. (Biff. 3). — Bgl. Exterritorialitätsprincip, Schiffe.

muth als Chehinderniß, f. Boligelliche Befchran-tungen. — Bergl. Politifcher Chefonfens, Berebelidungszeugniß

ber Braut (incompetentia dotis) als Grund jur Rachficht von Chehinderniffen: Rausuifches Recht 37.

Arrogation, J. Adoption,

Afcenbenten und Defcenbenten Berwandte in allen Graben ber auf- und abfteigenben ober geraden Linie]. Berbot ber Che zwijden M. und D., fowie auch mit dem gewesenen Chegatten eines D., fowie auch mit dem gewesenen Ehegatten eines A. oder D. — ohne Unterschied, ob die Berwandsichaft auf ehelicher der außerehelicher Zeugung beruht — ein öffentliches trennendes Ehehinderniß: Dentsches Meich 81 (§ 33, Ar. 1 u. 3) — Frantreich 81 (Art. 161) — Großbritanuien 27 (Ar. 1, 2, 3, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 19, 20, 21, 22, 23 u. 24) — Italien 82 (Art. 58) — Aanonische Recht 36, VI — Miederlande 82 (Art. 87) — Desterreich 49, 3iff. 8 (§§ 65 u. 66) — Portugal 83 (Art. 1073, 8iff. 1) — Mußland 58, V (3iff. 2) — Schweden 172, 3iff. 7 litt. a — Schweiz 1X f. (Art. 28, 8iff. 2 litt. a u. b) — Spanien 84 (Art. 6, 3iff. 1) — Berein. Staaten 132, VII. — Bgl. Affinitas illegitima. illegitima.

te fi e fiber Anertennung ber bon Inlandern im Aus-lande ju ichließenden Chen : f. Anertennungsertld-rung, Befcheinigung, Formulare.

- Auf bewahrung der Belege jur Beurkundung einer Eheschließung und der Legitimation vorehe-licher Kinder: Schweiz XIV (Rote zu Art. 36); XVI (Rote zu Art. 41).
- Aufenthalt am Trauungsorte, vorgängiger: Frankreich 18, IX Großbritannien 99 (R. 13); 110 (Austand) Ranonisches Recht 113 (R 2).
- Aufenthalt im Chefoliegung slande, vorgangiger: Großbritannien Schottland 106 (oben).
- Aufenthaltsort, gewöhnlicher, Wohnort oder be-fonderer Wohnfig (Quafi-Domizil) der Brautleute. Ein folder entscheidet neben dem eigentlichen Wohnfige (Domizil) derfelben über die Zustän-bigkeit des Traubeamten (refp. Gelflichen) zur Anbigteit des Traubeamten (resp. Geistlichen) zur Anserdnung des Aufgebots und zur Mitwirtung beim Sheabschildusse: Deutsches Reich 6, Ill (Note); 89 (R. 1: § 42, Abs.1) — Frankreich 13, III (Art. 74); 93 (R. 4: Art. 15) — Großbritannten England 98, II; 100 (R. 16); Irland 104; Schottland 107; Ausland 110 — Italien 32, III (Art. 71); 32, V (Art. 16); 111 (R. 3: Art. 93) — Ranonisches Recht 118 (R. 2) — Rieberlande 40, III; 119 (Art. 131) — Desterreich 51 (§§ 5 und 72); 121 (§ 75) — Bortugal 56, Ill — Schweiz X (Art. 29); XIV (Art. 37) — Spanien 63, IV; 124 (Art. 29). — Bgl. Wohnsig.

 — unbekannter, eines Elterntheils: s. Abwesenheit.

 — eines Gattentheils: s. Abwesenheit, Berschollenheit.
- eines Gattentheils: f. Abwesenheit, Berschollenheit.

Aufgebot, f. Cheberfundung.

Auf he bung von Chehinderniffen, thatfach-liche: f. Convalidation ber Che. — burch Dispensation: f. Dispensation.

Muflöfung ber Che burd Scheibung [gerichtliche Auflöfung einer früher bestandenen Che]. Inwiefern eine folde bie gefchiebenen (getrennten) Gattentheile gur Bieberverebelichung ober einer anberweitigen Berebelichung berechtigt: Belgien 3 (Art. 295, 296 u. 298) — Dentsches Reich 5 (§ 33, Ar. 5); 9, II; 69
ff.; 89 (§ 34); 161 f — Frantreich 14, V; 21 (litt. B);
92 (Art. 147) — Großbritannien 28, I; 94 (A. 2)
— Italien 30, I (Art. 148) — Ranonisches Recht
34, I; 118 (R. 8) — Riederlande 38, I (Art. 89
u. 90) — Korwegen 41 — Defterreich 47 ff.; 121
(§ 62) — Boringal 56, II — Rußland 58, IV —
Schweben 171, Jiff. 3; 176 — Schweiz IX (Art. 28, 3iff. 1: Rote) — Spanien 62, III (Jiff. 2); 123
(Art. 5, 3iff. 1) — Ungarn 64, II — Bereinigte Staaten 131, VI; 134, IX — Bgl. Päpfliche Dispensation, Richtigkeitserklärung.
— durch Tod und Todeserklärung. Bezügliche bei einer Wiederverecheltigung beizubringende R a ch weiße: Deutsches Reich Bahern 8 (litt. ch) — Frankreich 14, V (Schlußlemma); 21 f. (litt. d) — Frankreich 14, V (Schlußlemma); 21 f. (litt. d) — Schweiz XI (Rote zu Art. 30). — Bgl. Berschollenheiten Eltern, Großeltern, Urgroßeltern 20, f. Alcendenten und Descendenten. — Bgl. Abseigende L. und Gerade L.

useinanderfegung, Racoweifung ober Sicherftellung bes Bermögens vor ber Wieberverehelichung eines verwittweten ober gefchie-

Biederverehelichung eines verwittweten ober geschiebenen Chegatten [im Interesse der Ainder ober anberer Erben des frühern Ebegatten]: Deutsches
Reich 5, I (§ 38); Bayern 8 (unten), 80 (3ist. 8);
Aubed 164; Preußen XVIII (Cirkularerlaß) —
Schweden 171, Zist. 2 litt. b.
[u bland. Besondere Bestimmungen über die Chesse ich ung der Inländer im A.: Belgien 158
— Deutsches Reich 90 (§ 85); Anhalt 147; Baden
141 u. 160; Gayern 7 ff. u. 79 f.; Franzbsscheiet
160 u. 162 f., Königreich Sachsen 140;
Sachsen-Altenburg 158; Sachsen-Meiningen 158 f.;
Schaumburg-Lippe 158 und 159 — Frankeich
12 (Art. 170); 18, VIII; 20, XIII; 92 (Art. 48);
94 — Großbritannien 110 f. — Italien 32, V (Art.
100) — Rieberlaube 38 (Art. 138 u. 139) — Desterreich 43 f., II; 51, IV — Bortugal 54, I (Art. 1065
u. 1056) — Rumdnien 57 — Spanien 60, I (Art.
41); 63 f.. VI (Art. 42 u. 70); — Ungarn 64, I;
— Bereinigte Staaten 66, I; 135 f., XI. — Vgl.
Anertennung 22, Cheverstindung.

— Bereinigte Staaten 66, I; 135 f., Xl. — Bgl. Anerkennung 2c., Cheverkündung.
u s i d n d e r. Besondere Bestimmungen über die Ehef hi i e z u g der A. im Inlande: Deutsches Reich XVII (§§ 38 u. 47) und 150 (§ 41); Anhalt 146 f.; Baben 141 f., 163 u. 164; Bahern XIX f., 164 u. 165; Braunschweig 145 und 165; Bremen 149 f.; Hamburg 150; Heffen 142 f. und 164; Lippe 149 u. 164; Libed 149 u. 164; Medlendurg-Schwerin 143 u. 165; Medlendurg-Schwerin 143 u. 165; Medlendurg-Schwerin 144; Preußen XVIII f., 139 f. u. 163; Keuß d. L. 148; Reuß j. L. 148 f., 164 u. 165; Sachsen 140 f. u. 163; Sachsen-Altenburg 146; Sachsen-Geburg-Gotha 146, 164 u. 165; Sachsen-Weimargen 145 u. 164; Sachsen-Weimar-Eisenach 143 und 164; Schaumburg-Lippe 149 u. 165; Schwarzburg-Rudoln. 164; Sachjen-Weimar-Eijenach 143 und 164; Schaumburg-Rippe 149 u 165; Schwarzburg-Rudolftabt 147; Schwarzburg-Sondershaufen 147; Baldeck 147 f.; Württemberg 141 u. 165 — Frankreich XX f.; Württemberg 141 u. 165 — Frankreich XX f.; 21 (litt. B) — Großbritannien XXIII — Italien XXI f. — Desterreich XXII — Hortugal XXII — Schweben 173 u. 175 — Schweiz XII (Art. 31); XIV (Art. 37, Uh. 4) — Spanien XXIII — Bereinigte Staaten XXIII.
Besondere Bestimmung über die Annahme einer Scheid ung B-oder Richtigkeitsklage von Ausländern ab Seite der inländischen Gerichte: Schweiz IX (Art. 56). — Grundsätliche Rechtsverweigerung in Chesachen der Ausländer: Schweden 176.

Rechtsfoutgewährung ohne Rudficht auf Die Staatsangehörigkeit : Deutsches Reich 162 (Rote *).

Muslanbifdes Recht. Deffen Unwendung im Inlande: Borwort 2 f. Deutsches Reich 5 (Rote zu § 32); Breußen XVIII; Sachsen 140 — Italien XXI — Bortugal XXII — Schweiz VII (Art. 54) — Bereinigte Staaten 136 — Schluswort 85. — Bgl. Exterritorialitätsprincip.

Auslandifche Scheidungsertenntniffe. Auslandige Sheid ung bertenntnije.
Anerkennung berjelben im Inlande: Deutsches Reich
162 — Frankreich 14, V — Großbritannien 28, I
— Italien 30, I — Desterreich 48. — Bgl. Auflögung (gerichtliche) einer früher bestandenen Ehe.
Ausländische Standesurfunden. Deren
Anerkennung im Inlande und Uebertragung in die inlandischen Standesregister: Frankreich 12 (Art.47);
20, XIII — Spanien 60; 64. — Bgl. heiraths-

urfunde.

Musreißer. Berluft bes Bürgerrechts für biefelben : Bereinigte Staaten 66. II (§§ 1996 u. 1998). Mußerebeliche Rinber, f. Ratürliche R, Unebe-

lide R.

Mußerebelicher Umgang bezüglich Entftehung eines Schwägerichaftsverhaltniffes : f. Affinitas ille-

gitima. Der Berdacht desselben (suspecta conversatio) als Grund zur Nachsicht von Chehindernissen: Rans-

als Grund zur Rachfot von Chenindernisen: Kandnisches Recht 37 (unten).

Au gerstandesein, die Einwilligung in die Sche seines Oescendenten zu ertheilen: Dentsches Reich 4, I (§ 29, Abs. 3); 70 f (litt. a) — Frankreich 14, VI; 22 (litt. C) — Großbritannien 29, Ill (Abs. 2) — Italien 31, II — Riederlande 39, II — Dester-reich 45 (§§ 175 u. 176) — Bortugal 55 (Art. 1061) — Rußland 58, Ill — Schweiz VIII (Art. 27, Abs. 2) — Spanien 61 (Art. 2) — Vereiniste Staaten 131 Spanien 61 (Art. 2) -- Bereinigte Staaten 131,

IV. - Bgl. Abmefenheit. Musmeisfdriften, beijubringenbe, bezügl. Schließung einer She in der Schweiz: 1. für Inländer sowohl als für Ausländer: XI (Art. 30); — 2. für alle Ausländer, ohne Unterschied der Staatsangebörigkeit: XII (Art. 31) u. XIV (Art. 37, Abj. 4); aue Austander, ohne Unterfated der Staatsangehörigteit: XII (Art. 31) u. XIV (Art. 37, Abf. 4);

— 3 für die Argehörigen nachenannter Staaten:
Belgien 153 f. — Deutsche Meich 4 (§ 28); 4 (Rote
zu § 29); 5 (§ 33, Rr. 5); 5, II; 69 f.; 75 f. (litt. d);
Baben 158; Bayern 79 f. (litt b); Sachsen-Altenburg 158; Sachsen-Meiningen 158 f; Schaumburggippe 158 u. 159 — Frankreich 12 (Gelandischaftl.
Erklärung); 13, II; 14, IV u. V; 14 f., VI (Rote zu
Art. 148, 149, 150, 151, 154 u. 158); 16, VI und
VII; 19, XI, 25 f. (litt. A, B u. C) — Großbritannien 26; 28. I; 29, III (Abf. 3) — Istalien 30; 30, 1
(Art. 59, 3iff. 2), 31 (Art. 181); 32, IV — Niederlande 40, II (Art. 126); 40 f., IV — Defterreich 43,
I; 44 f., II; 45 f. (bis); 48 f.; 50 (§ 83); 121 f. —
Bortugal 56, III (Art. 1075, § 2) — Rußland 58,
III; 58. V (3iff. 1); 59, V (3iff. 7 u. 8); 59, V
(Rote zu 3iff. 2) is 5) — Schweden 59, I (3iff. 1,
2 u. 3) — Spanien 60 f., II; 62 f. (Art. 7) —

Ungarn 64, I; 65 f., V — Bereinigte Staaten 66
(Art. XXIV, § 414); 67, II, 67 ff.; 131, IV. —

Bgl. Urfunden.

Auszi ge, beglaubigte, aus den Standesregistern [bezw. Riechenbüchern]. Die zur Ertheilung derselben berufenen Amissiellen: Deutsches Reich 11 f.; 76 — Großbritannien 96 (R. 6) — Italien 32, IV — Niederlande 38 — Desterreich 121 f — Rumänien 57 — Schweiz XI (Art. 30: Art. 64) — Spanien 60 — Bereinigte Staaten 67 fl.; vgl. 126

Bgl. Urfunden.

Baben 6, 11 (Ar. 5), 69 (Ar. 5), 71 (litt. a u. b), 73 (litt. b u. c), 75 (3iff. 4), 77, 91. 141 f., 157 (Ar. 5), 158, 159 (3iff. 1), 160 (II), 161, 163 (bis), 164, 168, 170.

Babij he s Landrecht: Die wichtigsten Citate aus demfelben: Sat 139: S. 168 (A. 2) — Sat 160: S. 73 (litt. c.) — Saty 182 u. 184: S. 168 (A. 2). — Saty 298: S. 168 f. (A. 2) — Saty 391: S. 6 (unten). — Bgl. im Uedrigen die entsprechenden [in gleicher Reihenfolge nummerirten und ursprünglich gleichlautenden] Artikel des Code civil. Bafe, f. Geschund "Land XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).

Bapern XIX f., 7 fl., 69 (Rr. 2), 74 (3iff. 2), 77, 79 f., 90, 92, 150 (C), 156 (Rr. 2), 158, 159 (3iff. 1), 164, 165. — Bgl. Berehelichungszeugniß.
Beamte, befondere, für die Beurfundung des Perfonenstandes und die Chefcliegung: f. Civilftands.

beamter, Traubeamte.

beamter, Traubeamte.

Berehelichung der Beamten: Deutsches Reich 5, I (§ 38); Bayern 7, II (Ziff. 3); 9, IV; 79 (litt. a. u. b); 145 (Rote *: § 2, Abs. 2) — Frankreich 21 (Anh. I: Art. 106 u. 107) — Niederlande 40, III (Art. 77) — Desterreich 43, I; 46 (Rote zu § 54) — Portugal 56, III (Art. 51) — Rustand 59 (Ziff. 7).

— Bgl. Landesbeamte.

Bebentzeit bes Brautigams bei Cheeinsprachen. Dauer berfelben: Schweiz XIII (Art. 35).

— Bgl. Rlagefrift bes Einsprechers.
Bebingte Chesch Liegung [Beifügung einer Be-

Bedingte Eheichle ung [Beitigung einer Bebingung bei der Confenserllärung]: Italien 111, R. 2 (Art. 95) — Kanonifches Recht 118 f. — Oesterreich 121 (§ 59). — Bgl. Conditio apposita, Mangel (wesentliche) der Person.
Befreiung der Ausländer von der Beibringung eines Attestes ihrer Deimatsbehörde über Anerkenung der im Inlande zu schließenden Ehe: Deutsche Reich XVIII f.; 139 ff.; 154 ff. — Bgl Disdensationsrecht. Dispensationsrecht.

Beglaubigung ber im Auslande ausgeftellten Urfunden : Franfreich 20, XIII. - Bgl. Beugniß bes Confularbeamten.

– der im Inlande ausgestellten Urkunden: Desterreich 43. T.

Beiffigung einer Bedingung bei ber Con-fensertlarung, f. Bebingte Ehefdliegung. Beifammenwohnen [Bujammenleben], fortgefet-tes, nach Entbedung eines bie Borausjegung ber Einwilligung gur Che ausichließenden Betruges ober Brrthums in ber Berfon, fowie nach Aufhebung eines bie Freiheit biefer Ginwilligung beeintrad. eines die Freiheit dieser Einwilligung beeinträchtigenden Iwanges (beziehungsweise nach Aufhebung der Interdition). Deffen Wirtung: Deutsches Meich 89 (§ 36); 91 — Frankreich 92 (Art. 181) — Italien 30 (Art. 112); 111 (Art. 106) — Kanonisches Recht 115, 11 (Schluß) — Niederlande 120 (Art 142 u. 143) — Desterreich 121 (§ 96) — Vortugal 123 (Art. 668 u. 696) — Spanien 87 (Art. 92, Schlußlemma). — Vgl. Klagefrift. Ve i schlußleichung der Ehe: Eangwisches Wecht 34 I.

als Bollziehung ber Che: Kanonifches Recht 34, I;

als wirfende Urfache bes Schwägerschaftsehehinder-nifies: Ranonisches Recht 36, Vl. — Bgl. Affinitas illegitima.

auferehelicher (a. Umgana), als ohne Bedeutung begüglich bes Comagericaftsebebinberniffes: Groß.

- britannien 27 (Note) Schweig X (Note gu Art. 28,
- 8iff. 2). mit einer britten Person, als privates trennendes Chehindernig: Someben 60, Il (Biff. 2 u 3). Bgl. Schwangericaft.
- Bgl. Schwangerschaft.

 Be kannt mach ung der Gesetze und Berordnungen:
 Deutsches Reich 4 Frankreich 20 Italien 33 Oesterreich 25 f., VI Vortugal 54 u. 57 Spanien 60 Ungarn 64.

 des Schwerkündungsattes [des Ausgebots]: Bahern 7, II (R. 3. Biss. 2) Deutsches Reich 5, III; 89 (R. 2); 90 (R. 3: § 4); 160, II Frankreich 12, I; 17, VIII; 93 (R. 4: Art. 14); 93 (Art. 94) Großbritannten 28, II; England 97 (I) u. 99 (II); Irland 104 f; Schottland 107 Italien 32, III u. V Randuisches Recht 34 Riederlande 40, III Desterreich 51 (§ 5) Vortugal 56, III Schwecken 173 Schweiz XII (Art. 33) Spanien 63, IV (Art. 11, 12 u. 13) Ungarn 64, I Bereinigte Staaten 128.

 Be kenntnis verschieden 128.
- Bekenntnigte Stutten 123.
 Bekenntnigte Stutten 123.
 b. h. zwischen Ratholiten und Anhängern anberer driftlicher Konfessonen ein ausschiebendes Ehebinderniß [das sog. impedimentum mixtæ religionis]: Ranouisches Recht 35, III; 38 (litt. A). Bgl. Christen und Richteristen, Cultus disparitas [Religionsverichiebenheit], Bemijchte Chen,
- Belege au ben Gintragungen in Die Civilftanbsregifter: f. Aufbewahrung b. B., Ausweisschriften, Urfunden.
- Belgien 3, 81, 88, 153 f.
- Belgier. Deren Cheichligung im Auslande: Dent-fches Reich XIX f.; 141 ff. Schweig 3 u. 153 f.
- Bern VIII (Rote zu Art. 27), XII (Rote zu Art. 38),
- Bern VIII (Rote zu Art. 27), XII (Note zu Art. 38), XXIV (Zufatz), 165 (Berzeichniß).

 Beruf [Stand oder Gewerde] der Eheschließenden und ihrer Eltern. Angabe desselben in den Urkunden: Deutsches Reich Bayern 8 (Art. 34, Ziff. 2); 90 (R. 3: § 4) Frankreich 12, I; 13, II (Art. 74 u. 73) Großbritannien 98 (R. 10); 102 f. (Beil. Au. B) Italien 32. III u. IV Niederlande 40, III (Ziff. 1 u. 2) Desterreich 121 (Note: § 80) Boringal 56, III (Art. 1075, Ziff. 1 u. 2) Echweiz XII (Art. 32); XVI (Art. 37, i. b. Rote zu Art. 41); XVI (Art. 42) Spanien 63, IV (Art. 9).
- Befdeinigung über bas Borhandensein eines güterrechtlichen Ehevertrages: Frank-reich 19, X1; 26 (litt. C).

 über ben Bestig ber per fönlichen Fähigteit zur She [bezüglich ber Eheschließung eines Inlan-bers im Auslande]: Desterreich 44 f., II Ungarn 64, I. - Bgl. Anertennungserflarung.
- ber auswärtigen Heimatsbehörde über das Richtborh and en fein von Chehindernissen seinst Ausländers im Iszüglich der Scheichließung eines Ausländers im Inlande]: Deutsches Reich XVII (§ 47, Abs. 2); XIX (litt. A); Anhalt 146 f.; Baden 141 (§ 24), 142 (§ 80) u. 164; Bapen XIX f. u. 164; Heffen 142 f. u. 164; Lippe 149 u. 164; Lübed 149; Preußen 163; Reuß j. L. 148 (litt. d) u. 164; Sachsen 164 u. 163 f.; Sachsen-Coburg-Gotha 146 u. 164; Sachsen-Weimingen 145 f. u. 164; Sachsen-Weimar-Eisenach 148 (3iff. 2) u. 164; Sachsen-Weimar-Eisenach 148 (3iff. 2) u. 164; Sachsen-Weimar-Eisenach 147 Frankreich XX Italien XXII (Art. 103) Spanien XXIII. Bgl. Anertennungsertlärung, Erlaudniß für die Ausländer, heimatsbehörde, Arauschein. über den Erwerb der Staatsangehörigkeit und des ber auswärtigen Beimatsbehörde über bas Richt-
- fiber ben Erwerb ber Staatsangeborigteit und bes Beimatrechts bes Mannes burch bie gutunftige Che frau und die aus der beabfichtigten Che berbor-

- gebenden ober burch biefelbe legitimirten Rin ber [bezüglich ber Eheichliefung eines Auslanders im Inlande], f. Burgerrechtszusicherung.
 Beichrantungen, polizeiliche, ber Eheichließung: f. Bolizeiliche B.
- Befdwerberecht, f. Refursrecht.
- Beftialität als Chefcheibungsgrund: Grofbritan-
- Bestialität als Experceungsgruno: Ersportennien 28, I.
 Betrug als Chehinderniß [wegen dadurch begründeten Mangels der freien Einwilligung zur Che]: Deutsches Reich 89 (§ 36); 90 f. (Preußisches Andrecht)
 Kanonisches Recht 115, II Desterreich 120 (§ 59) Portugal 122 (Art. 663, 667, 668 und 1072) Schweiz VIII (Art. 26) Bereinigte Staaten 129, III. Bgl. Freiheit der Einwilligung.
 Betrunkeneit
- Betrunkeneit
 Beurkund on ng der Eheschließung: Großbritannien England 96; 101 (R. 17); Irland 105 f.; Schottland 108 (irregular marriage), 109 (regular marriage) Desterreich 121 f. (Rote) Rumänien 57 Schweben 59 u. 174 Schweiz XV (Art. 39, Schlußlemma); XVI f. (Art. 42) Spanien 60 Bereinigte Staaten 66; 67 ff; 126 (R. 6); 128 (R. 8); 135 (R. 13). Bgl. Armee im Felde, Civilhandsregisterwesen, Consularbeamte, Logbuch, Schiffe, Sherist, Urkundperson.

 der Legitimation vorehelicher Kinder. s. Leaits-
- ber Legitimation vorebelicher Rinber, f. Legiti-
- mationsbeurkundung. Bevollmächtigter. Ehefchließung mittelft eines folchen, f. Stellvertretung der Berlobten bei der Trauung.
- Bebor mun bete [Danblungsunfähige Bolljährige]. Erforderniß der Einwilligung einer dritten Person zur Eheschließung von solchen: Defterreich 45 (§§ 21 u. 49); 46 (§§ 94 bis 96) Bortugal 54, II (Art. 1658, 3iff. 1); 55 (Art. 1060, §§ 2 u. 3).
- Bevormundung [Interdittion] megen Geiftestrant. sorm un dung interdition wegen Getiestrantheit, als Ehehinderniß: Deutsches Reich Preußisches Landrecht 90 — Großbritannien 28, I — Italien 30 (Art. 61 u. 112) — Kanonisches Recht 115 (R. 5) — Riederlande 120 (Art. 143) — Beteinigte Staaten 130, Ill. — Bgl. Widensunschigkeit.
- B. G. B.: Abfürgung für Bürgerliches Befegbud, f. Bür-
- S. B.: Abfürzung für Bürgerliches Gejegbuch, J. Bürgerliches G.
 ig a mie [Doppelehe]. Berbot berselben: Dentsches
 Meich 89 (§ 34) Frankreich 92 (Art. 147 u. 184)
 Großbritannien 95 (R. 4) Italien 30, I
 (Art. 56); 111 (Art. 104) Kanonisches Recht
 34. I; 117 f., IV Niederlande 119 (Art. 84) —
 Desterreich 121 (§ 62) Schweiz IX (Art. 28, 3iff 1) Spanien 123 (Art. 5, 3iff. 1) Bereinigte Staaten 181, VI. Bgl. Monogamie, Polinamie
- als hinderniß zur Schließung einer zweiten Ehe nach Auflösung der erften: Rufland 58, IV. Bgl. Wiederverehelichung des ichuldigen Gattembeiles.
- in Berbindung mit Chebruch bes Dannes, als Chefceibungsgrund für die Frau: Großbritannien 28, I (unten).
- Birtenfelb 6, 11 (Rr. 10), 69 (Rr. 10), 75 (3iff. 7), 144, 157 (Mr. 10).
- I bb f in n als. Chebinberniß: Deutsches Reich 90 Oesterreich 120 (§ 48) Schweiz X (Art. 28, Biff. 3); XI (Art. 31: Rote). Bgl. Bevormundung, Geistestrantheit, Willensunfahigteit.
- ut f can be [Incestus Gefchlechtliche Bereinigung in benjenigen Graben ber Bermanbtichaft ober Somagericaft, in benen bie Ehe verboten ift].

- als hinderniß jur Anertennung bezw. Legi. timation eines außerehelichen Kinstein ung begie bes: Deutsches Reich Baden u. Franzöf. Rechtsgebiet 6 (Schlüssenna); Bapern-Pfalz 9, V (Abf. 2) Franfreich 19, XII (Art. 331); 22 (litt E: Art. 335) — Italien 33, VI (Art. 195) — Niederslande 41 (Art. 327) — Bortugal 87 (Art. 132) - Bereinigte Staaten Louifiana 137, XII. Bgl. Chebruch.
- als hinderniß gur Legitimation der von ber Sowagerin ober Grognichte vorehelich ge-borenen Rinder, bei einer Chefchliegung in ber Schweig: Frankreich 19, XII (Rote zu Art. 331)
 — Rieberlande 41 (Art. 327 u. 328).
- Bluts verwandt in daft [Conjanguinität Cognatio naturalis sive Consanguinitas] als Chehinderniß, in der geraden auf-und ab-fteigenden Linie: f. Afcendenten u Defcenbenten.
- in der Seitenlinie: f. Seitenverwandte.
 Bgl. Adoptivverwandtschaft, Cognatio legalis [Geseg-lice Berwandtschaft], Einkindschaft, Schwägerschaft.
- Bonum pacis (bas Gut bes Friedens), worunter bei Bribaten bie Tilgung fdwerer Feindschaften und Proceffe oder bgl. ju verfteben ift, ein Grund jur Dispensation von Chehinderniffen : Ranonifces Recht 37.
- Brafilien 3 f.
- Braunich meig 11 (Rr. 11), 70 (Rr. 11), 145, 157 (Rr. 11), 159 (Biff. 3), 165. Braut. Besonbere Bestimmungen in Betreff berfelben:
- aut. Besondere Bestimmungen in Betreff berselben: Belgien 153 (3iff. 6) Deutsches Reich Bapern 8 (Art. 34. 3iff. 2); 10, VIII; 80 (3iff. 11) Frankreich 12 (Art. 12) Jtalien 33. V (Art. 9) Niedersande 38 (Art. 6) Desterreich 42 (Einleitung, 2. Abl.); 47, 3iff. 3 (§ 5x); 49, 3iff. 8 (§ 125) Portugal 54 (Einleitung: Art. 18, Ar. 6) Schweben 59, I (3iff. 3); 60, II (3iff. 3); 171, I (3iff. 2); 173 ("Ausgebot") Schweiz VII (Art. 25, Abl. 4) Bereinigte Staaten 66, II (§ 1994). Siehe im Uedrigen: Angustia loci, Armuth der B., Bürgerrecht, Bürgerrechtszusicherung, Ehemündigkeit, Entsührung, Impotenz, Mündel, Niederkunft, Ronnen, Schwangerschaft, Tochter (elterliche bezw. vormundickeit. Einwilligung), Birginität, Wartefrist bezüglich Wiederverheitrathung.
- Bartefrift bezüglich Biederverheirathung. Brautein jugsgebühren, f. Abgaben.
- Brautein ju gsgedugten, 1. augaben.
 Brautigam. Besondere Bestimmungen in Betress
 besselben: Belgien 153 Dänemart 4 (Abs. 3) —
 Deutsches Reich Anhalt 146 s.; Bayern XIX s.,
 7 sp. 79 s. (litt. au. b.); Braunschweig 145, 165;
 Hamburg 150; Heffen 143; Lippe 149; Liberburg 144; Preußen XVIII f., 139 f.; Reuß d. &
 148; Reuß i. & 148 u. 165; Sachsen 140s.; Sachsen 148; Rruß j. 2. 148 u. 165; Sachien 140f.; Sachien-Altenburg 146 und 165; Sachien-Coburg-Gotha 146; Sachien-Reiningen 145; Sachien-Weimar-Eijenach 143; Schwarzburg-Rubolstacht 147; Schwarzburg-Sondershausen 147; Walded 148 — Frankreich 12 (Erklärung); 20, XIII — Großbritannien Irland 105 (Beurkundung der römischatholischen Sheichließung) — Italien 33, V (Art. 101) — Riederlande 38 (Art. 139) — Desterreich 42 f., I — Bortingal 56, III (Art. 2479) — Schweiz XII (Art. 31, Abs. 4); XIII (Art. 34 bis 36); XIV (Art 37: Abs. 1, 3 u. 4) — Spanien 63, VI. — Siehe im Uedrigen: Ausland, Ausländer, Beamte, Bedenkzeit, Spemündigteit, Erlaubniß, Geistlickperionen, Militärpsschicht, Offiziere, Politischer Ebekonsens, Mriefter, Schwängerung, Sohn (elterliche bezw. vormundschaft. Einrung, Cobn (elterliche beam, vormunbicaftl, Gin-

- willigung), Trauerzeit, Trauschein, Berehelichungszeugniß, Bormundschaftsverhältniß, Weihen (höhere), Wohnort, Wohnsigverhaltniffe.

 Bremen 12 (Nr. 24), 70 (Nr 24), 73 (bis), 75 (3iff. 11), 149 f., 158 (Nr. 24), 159 (3iff. 2), 169 (N. 3), 170 (litt. d).
- [Granth.] 78. Britif de Unterthanen. Cheschließung berfelben im Auslande: Deutsches Reich Libed 149; Breugen XIX — Großbritannien 110 — Schweiz (unter
- "Großbritannien") 26. Britifdes Recht bezüglich ber Chefdliegungen von Busländern im Inlande: XXIII; 151 (litt. c. u. d.); bezüglich der Speschließung von Inlandern im Ausstande: 26 ("Großbritannien": Absat 2); 110 f.; 151 (litt. a. u. b).
- Bruder, f. Geschwifter. Bunders angehörige, bentsche [ein anderer Ausbrud für "Reichsangehörige"]: die Angehörigen der verschiedenen Bundeskaaten (f. d. B.) des Deutschen Reiches. Die Berfassungsurkunde vom 16. April 1871 braucht namlich nach bem Borgang ber nord-beutschen Bundesversaffung ben Ausbrud "Bundes-indigenat" im Sinne von "Reichsbürgerrecht". Rach bem, in ben Bolljugsvorschriften jum Reichsehegefet mehrfach angezogenen, Art. 3 ber Reichsverfaffung ift jeder Angehörige eines jeden Bundesftaates in jedem andern Bundesftaate als "Inlander" ju behandeln. — Bgl. Ausländer.
- n besgericht, foweizerifches. Rechtfprechung : ben de's gert at, jameizerigere, Rechtprechung: De züglich ber Cheverbote wegen naber Berwandticaft: X (Rote ju Art. 28 Biff 2 litt. a); — bezüglich Berbot ber Ebe mit ber unehelichen Tochter feiner verstorbenen Frau: X (Rote ju Art. 28, Biff. 2 litt b); — bezüglich ber außerehelichen Schwägerichaft [affinitas illegitima]! X (Rote ju Art. 23, Biff. 2 litt. b); — bezüglich bes Sheverbotes wegen Rangels ber nothigen Geiftestrafte: X (Rote zu Art. 28, Biff. 8).
- Bundesgeneriesteile A (tet ga att. 20, 311, 3).
 Bundesgeneriesteile Betreffend die Chefchließung und die Beurfundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande, bom 4. Mai 1870. Mitgetheilte Stellen aus diesem Gefete: §§ 4 bis 7 u. § 10: S. 90 (R. 3); vgl. S. 76 (bezüg-lich der "im Auslande verstorbenen" Personen).
- -, über bie Aufhebung ber polizeilichen Beidrantungen ber Cheichließung, bom 4. Dai 1868: 6. 145 (Rote *). — N. B. Diefes Gefeg gilt für bas gesammte Deutsche Reich außer Bayern. Bgl.
- das gejammte Deutsche Reich außer Bayern. Bgl. Reservatrecht (bayerisches).

 schweizerisches, über Civilstand und Ebe v. 24. Desember 1874. Mitgetheilte Stellen aus diesem Gesetze: Axt 13: S. XVII; Axt 25 bis 42: S. VII st. 45 bis 48: S. IX; Axt. 50: S. VIII; Axt. 50: S. X; Axt. 52 u. 53: S. IX; Axt. 54: S. VII; Axt. 55: S. VIII; Axt. 56: S. IX; Axt. 57: S. XVII; Axt. 59. Bist. 2: S. XV; Axt. 63: S. IX; Axt. 64 u. 65: S. XI.

 Bundestath, schweizerischer, Entscheibe und Berstängungen dieser Behörde betressend und Ehe. Beibringung eines Notorietätsattes: XI (Rote
- vingung eines Notorietätsaktes: XI (Note ju Ark. 30); Ablauf der gesehligen Warte frisk bezüglich Wiederverheirathung der Frauen: XI (Note zu Ark. 31); Ablehnung der Eheberfündung auf Grund des Ehehindernisses Beberunoung auf Grund Des Egryinderinifes ber geiftigen Unfahigfeit: XI (Rote gu Art. 31); Zuftändigfeit ber kantonalen Gefetgebung bezüglich Fest fetzung bes Berkunbber-fahrens: XII (Rote zu Art. 33); Gebührenbezug bezüglich bes Berkunbicheines: XIII (Rote

gu Art 36). — Bgl. Sandbuch für die schweizeri-

ichen Civiffandsbeamten. Bunbesräthliches, für die Burng ber Civifftandsregifter [vom 20. für die Führung der Civilstandsregister [vom 20. herbstmonat 1831]. Mitgetheilte Stellen aus demselben: Art. 15, Ziss. 2: S. XV (Rote zu Art. 38, Abs. 1) — Art. 26, Abs. 1: S. X (Rote zu Art. 38, Abs. 1) — Art. 36 is. XIV (Rote zu Art. 36) — Art. 30 is. 31: S. XIV (Rote zu Art. 36) — Art. 32: S. XVII (Rote zu Art. 42) — Art. 34 bis 37 is. 43 bis 45: S. XVI (Rote zu Art. 41) Bundesstellen bei den Beichsbersassung vom 16 April 1871 für die einzelnen deutschen Staaten, welche zu dem Deutschen Reich vereinigt sind I Nartifulare

bem Deutschen Reich vereinigt find.] Bartifular-rechtliche Beftimmungen biefer Staaten Aber die Cheschließung von Ausländern im Inlande und von Inlandern im Auslande: XVII ff ; 7 ff.;

139 ff.; 154 ff. — Bal. Refervatrecht (baperifches). Bürgerliche Gesetsbücher: f. Allgemeines B. G. B., Allgemeines preußisches Landrecht, Badisches Landrecht, Burgerlijk Wetboek, Code civil, Codice civile, Codigo civil, Sveriges rikes lag.
Bürgerliches Gesetsbuch (B. G. B.) für das Königrich Sachsen. Mitgetheilte Stellen aus demselben: § 13: S. 140 — § 19: S. 140 — § 1592: S. 90. 139 ff.; 154 ff. - Bal. Refervatrecht (baperifches).

Rönigreich Sachsen. Mitgetheilte Stellen aus demfelben: § 13: S. 140 — § 19: S. 140 — § 1592: S. 90.

Burgerlijk Wetdoek [Bürgerliches Gesethuch der Niederlande]. Mitgetheilte Stellen aus demselben, nehst Konsordany mit dem Code civil: Art. 6 (C. 12): S. 38 (Einleitung) — Art. 45 (C. 76): S. 41 (unten) — Art. 74 (C. 102). 75 (C. 103) 76 (C 104 u. 105). 77 (C. 106) 78 (C 108) u. 79 (C. 109): S. 40 — Art. 84 (C. 147) u. 85 (C. 146): S. 119 — Art. 86 (C 144 u. 145), 87 (C. 161 u. 162) und 88 (C 162, 163 u. 164): S. 82 — Art. 89 (C. 298) u. 90 (C. 295): S. 38 (I) — Art. 91 (C 228): S. 82 — Art. 92 (C 148 u. 149), 93 (C. 150), 94 (C 150), 95 (C 160), 96, 97 (C. 153), 98 (C 159), 99 (C 151 u. 152), 100 (C. 154 u. 155), 101, 102, 103 (C. 152) u. 104: S. 39 f. — Art. 105 (C 63). 106 (C. 63), 108 (C. 166), 109 (C. 167), 110 (C. 64) 111 (C. 169) u. 112 (C 65): S. 40 (III) — Art. 113: S. 82 — Art. 126 (C. 70): S. 40 (III, Rote) — Art. 127 (C. 70 u. 71), 128 u. 129: S. 40 f. (IV) — Art. 130 (C, 64): S. 40 (III, Rote) — Art. 131 (C 75 u. 165): S. 119 — Art. 132 (C. 170): S. 109 (C. 171): S. 38 (Einleitung) — Art. 140: S. 119 — Art. 141 (C. 188) u. 142 (C. 180 u. 181): S. 119 — Art. 143 (C. 180) u. 144 (C 184): S. 31 (L. 170): S. 119 — Art. 144 (C 184): S. 32 (L. 170): S. 119 — Art. 145 (C 184): S. 38 (L. 170): S. 119 — Art. 146 (C. 182 u. 183): S. 40 (III, Rote) — Art. 147 (C 191 u. 196), 148 (C. 187), 149 (C 190), 150 (C. 20): u. 151 (C 202): S. 120 — Art. 154: S. 119 (R. 19) — Art. 335 (C. 338) u. 339 (C. 336): S. 39 (Rote zu Art. 327 (C. 331) 328 329 u. 332 (C 333): S. 41 — Art. 335 u. 339 (C. 336): S. 39 (Rote zu Art. 327 (C. 331) 328 329 u. 332 (C 333): S. 41 — Art. 335 (C. 388) u. 478 (C. 481 ff.): S. 39 (oben). Bit gerrech ff. [Deimatrech ff.] Erwerbung desselben durch die Berehelichung: Deutschade 38 (Art. 6) — Desterreich 42 (§ 7 u. 11) — Bortugal 54 (Art. 18 Rr. 6) — Schweiz VII (Art. 25, Ab) 4) — Bereelingte Staaten 66, II (§ 1994) — Bgl. Deimatort. Bürgerrech für die Für ung fim Deimatsstaate des Mannes] für die

burch biefelbe legitimirten Rinber. Erforbernig eines, ab Seite ber guftanbigen auslandifden Deimats= behörde ausgefiellten, Atteftes bezüglich ber bon einem Auslander im Inlande zu ichließenden Ebe: Deutsches Reich Anhalt 147; Baden 141 (§ 24) u. 142 (§ 80); Bayern XIX f.; Samburg 150; Deffen 142 f.; Lippe 149; Albed 149; Oldenburg Heifen 142 f.; Lippe 149; Kibed 149; Oldenburg 114; Preußen XVIII f u. 140; Reuß ā. A. 148; Reuß j. A. 148 f.; Sachsen 140 f.; Sachsen-Altenburg 165; Sachsen-Goburg-Gotha 146; Sachsen-Weiningen 145; Sachsen-Weimar-Eisenach 143; Schwarzburg-Rudolstadt 147; Schwarzburg-Sonbershausen 147 — Desterreich XXII(?) — Schweiz XII (Art. 31); XIV (Art. 37, Schlußlemma). — Bgl Anerkennungserklärung, Bescheinigung, Geimatkehärte. Staatkangehäristist (Uehertragung matsbeborbe, Staatsangeborigfeit (Uebertragung derfelben), Traufchein.

Californien 67, 126 (A. 5), 135, 137.
Castraten. Unfahigfeit berselben zur Che: Ranonifches Recht 35, IV; 116. — Bgl. Impotenz.
Caveat [Bermahrungsschrift, mittelft welcher eine zur

Erhebung eines Einfpruchs fonst nicht berechtigte Person den Cheabichluß verhindern resp. verzögern

tann]: Großbritannien 99.
Cortificate [Superintendent Registrar's], Bescheinigung bes Standesbeamten über die Anmelbung einer She, gegen welche kein Einfpruch erfolgte: Großbritannien 29, II; 97; 99; 103 (Beil. B); 104. - Ügl Licence.

of marriage [Minister's], Befcheinigung bes Geistlichen iber bie Bornahme ber Trauung: Groß-britannien Irland 105 (bezüglich ber romischatholischen Cheschliegungen) — Bereinigte Staaten 128 f. (R. 8). — Bgl. Zeugniß bes Consularbeamten.

of marriage [Chefchein]: Großbritannien 101. The first en und Richt driften [bezw. auch jogen.

Confessionslose, gleichviet seien lettere getauft ober nichtgetaust] Berbot ber Che wischen benselben: Desterreich 49, Jiff 7 (§ 61); 120 (R. 1: § 94) — Rufland 53, I (Jiff. 4) — Ungarn 65, III; 152. — Bgl. Cultus disparitas

Civil be amte [im Begenfat ju ben Militarbeamten],

f. Beamte, Sandesbeamte. Civilehe Einsetzung berselben : 1) als, ohne Rudficht ollehe Einsetung derselben: 1) als, ohne Rücksicht auf die Ronsession, staatlich obligatoris de Ebeschießungssorm: Dentsches Reich: 89 (§§ 42 N.); 150 (Rote: § 41) — Frankreich 93 (Art. 191) — Stalien 111 (Art. 94 ff) — Riederlande 119 (Art. 181 ff.) — Schweiz XIV (Art. 37); XV (Art. 40);—2) als für die Ebeschließungen außerhalb der Staatstirche staatliche obligatorische Etaatstirche staatliche obligatorische Ebeschließungssorm: Norwegen 41 — Bortugal 54, 1 — Spanien 60 (Einleitung); — 3) als sogenannte "Norwegen tie he" für diezeinigen, welche in keiner der flaatlich anerkannten Rirchen ihre Ehe schließen konnen: Desterreich 44 — Schweden 59; 174; — vgl. Dissibenten; — 4) als fakultative Eheschließungssorm neben verschiedenartigen, ebenfalls staatlich zu Recht beschreichen, kirchlichen Eheschließungssormen: Großebritannten 95 ff. — Bereinigte Staaten 127 f.; vgl. 3iff. 2.

Rirdenrechtliche Bebeufung ber C. bezüglich eines

t

Sehefcliegungkortes, an welchem bie tribentinifche Formvorschrift nicht ju Recht befleht: Ranoutsches Recht 33; 176 ("Erläuterung", I).

- Richtanerkennung ber E.: Borwort 2 Rumdnien 57 - Rufland 57 - Ungarn 64, I. - Bgl. Rathfamteit bes tirchlichen Cheabichtuffes.
- Civil ft and be beamter [Standesbeamter Officier de l'Etat-civil Registrar, Superintendent Registrar, Registrar General Uffiziale dello Stato civile Ambtenaar van den burgerlijken Stand Official do registo civil]. Betrichtungen und Befugniffe eines solchen Beamten bezüglich der Erheichließung: Bespien 153 (Ziff. 4) Teutsches Reich 5, III; 81 (§ 45); 89 f. (§§ 52, 71, 72 u. 85); 150 (Rote: § 41); 161 ("Scheidealt"); 162 (§ 55); 169 f. Frautreich 17, VIII; 93 (Art. 75, 48, 94 u. 95) Großbritannien 28, II; 96; 98 ff.; 104 f.; 109; 111 Italien 32, III u. IV; 111 (Art. 94) Riederlande 38; 40, III; 41; 119 (Art. 131) Bortugal 54. I; 56 f., III u. IV Rumänien 57 Schweiz X (Art. 29); Xi (Art. 64, als Note zu Art. 30); XI (Art. 31); XIII ff. (Art. 34 bis 39); XV ff. (Art. 41 u. 42). Bgl. Confularbeamte, County Clerk, Geistliche, Juez municipal, Kronofogde, Rotar, Politische Behörde, Traubeamte.
- Civilftandsregisterwesen [Führung der Stanbesregister, insbesondere der Chregister 2c.]: Deutssches Reich 11 f. (Anh.); 89 (§ 71); 90 (§§ 72 u. 85) Frankreich 20, XIII; 93 (Art 48, 88, 95 u. 98) Größbritannien 96 (R. 6); 100 (A. 15); 101 (R. 17); 104 f.; 109; 111 Italien 32. IV Mieberlande 38 Desterreich 121 (Kote) Bortugal 54 v. 57 Rumänien 57 Schweiz XI (Art. 64, als Note zu Art. 30); XIV (Rote zu Art. 36); XV (Art. 39, Schlustenma); XVI f. (Art. 42) Spanien 60 v. 64; 124 (R. 5) Bereinigte Staaten 67 fl.; 125 (R. 3); 128 f. (R. 7 u. 8); 135 (R. 13) Bgl. Heirathsurtunde (aussländische), Legitimationsbeurkundung.
- Clandestinitas sc. matrimonii, f. Beimlichleit ber Chefchließung.
- Clerk of the County Court, f. County Clerk.
- Clerk.

 C ode civil. Mitgetheilte Stellen aus biesem Geseybuche: Art. 3: 5. 12 Art. 10: 5. 12 Art. 12: 5. 12 Art. 47: 5. 12 Art. 48: 5. 93 Art. 63 u. 64: 5. 12 Art. 65: 5. 13 Art. 70 bis 74: 5. 13 Art. 74 u. 75: 5. 93 Art. 94, 95 u. 98: 5. 93 Art. 102 bis 105: 5. 13 Art. 106 u. 107: 5. 21 Art. 108: 5. 13 Art. 109: 5. 21 Art. 115 u. 119: 5. 14 Art. 144 u. 145: 5. 81 Art. 146 u. 147: 5. 92 Art. 148 bis 155: 5. 14 f. Art. 158, 159 u. 160: 5. 15 Art. 161 bis 164: 5. 81 Art. 161 bis 164: 5. 81 Art. 170: 5. 12 Art. 171: 5. 20 Art. 180 u. 181: 5. 92 Art. 182 u. 183: 5. 14 Art. 184 bis 186: 5. 93 Art. 187 u. 188: 5. 92 Art. 189, 190 u. 191: 5. 93 Art. 201 u. 202: 5. 93 Art. 228: 5. 81 Art. 331 bis 333: 5. 19 Art. 336: 5. 15 Art. 337: 5. 22 Art. 348: 5. 17 u. 21 Art. 371: 5. 14 Art. 486 u. 407: 5. 13 Art. 476, 477, 478 u. 488: 5. 13 Art. 509: 5. 17 Art. 1317: 5. 13 Art. 1387, 1388, 1389, 1394 u. 1398: 5. 19. Bil. Badishes Landrecht, Burgerlijk Wetboek, Französisches Recht.

- Co dice civile del Regno d'Italia (Bürgerliches Geschuch sür das Königreich Italia). Witgetheilte Etellen aus demletden: Mrt. 9: S. 33 (V) Mrt. 16: S. 32 (V) Mrt. 17 u. 18: S. 33 (V) Mrt. 16: S. 32 (V) Mrt. 17 u. 18: S. 33 (V) Mrt. 53, 54 u. 55: S. 81 s. Mrt. 57, 58 u. 59: S. 82 Mrt. 59, Biffer 2 u. Mrt. 60 dis 62: S. 30 (I) Mrt. 63: S. 30 s. (II) Mrt. 64 dis 67: S. 31 Mrt. 68 u. 69: S. 82 Mrt. 70 dis 72: S. 32 (III) Mrt. 78: S. 32 (III) Mrt. 70 dis 72: S. 32 (III) Mrt. 78: S. 32 (III) Mrt. 78: S. 32 (III) Mrt. 79: S. 111 (R. 2) Mrt. 97: S. 111 (R. 1) Mrt. 100: S. 32 (V) Mrt. 101: S. 33 (V) Mrt. 100: S. 32 (V) Mrt. 101: S. 33 (V) Mrt. 102: S. XXI Mrt. 103: S. XXII Mrt. 104: S. 30 (I) u. S. 111 Mrt. 105 u. 106: S. 111 Mrt. 107: S. 30 (I) u. S. 82 Mrt. 108 u. 109: S. 31 Mrt. 110: S. 111 Mrt. 111: S. 112 Mrt. 112: S. 30 (I) Mrt. 113, 114 u. 116: S. 112 Mrt. 118: S. 30 (I) Mrt. 179: S. 31 Mrt. 148: S. 30 (I) Mrt. 179: S. 31 Mrt. 180, Biffer 1: S. 33 (VI) Mrt. 181 u. 182: S. 31 Mrt. 195, 196 u. 197: S. 33 (V) Mrt. 240: S. 31 Mrt. 251, 252 u. 253: S. 31 Mrt. 261: S. 31 Mrt. 398: S. 111 (R. 3).

 Codigocivil portuguez [Bürgerliches Geschuch für Kartraell Miterative [Bürgerliches Geschuch]
- Codigo civil portuguez [Burgerliches Gesethbuch für Bortugal]. Mitgetheilte Stellen aus demselben: Mrt. 18, Mr. 6 u. Mrt. 24: S. 54 (Einleitung) Mrt. 27: S. XXII Mrt. 41, 43, 44, 45, 47, 48, 50, 51 u. 52: S. 56 (III) Mrt. 97: S. 54 (II) Mrt. 101 u. 115: S. 87 Mrt. 119, 120 u. 121: S. 56 f. (IV) Mrt. 122, 130, 131 u. 132: S. 87 Mrt. 207, 208 u. 209: S. 55 Mrt. 216: S. 56 (II) Mrt. 643, 656, 657, 661, 662, 663, 666 u. 667: S. 122 Mrt. 668, 695, 696 u. 1056: S. 123 Mrt. 1057: S. 54 (I) Mrt. 1058: S. 54 f. Mrt. 1057: S. 54 (I) Mrt. 1058: S. 55 Mrt. 1062: S. 56 Mrt. 1063 u. 64: S. 55 Mrt. 1062: S. 56 Mrt. 1063 u. 64: S. 55 Mrt. 1062: S. 77: S. 56 (II) Mrt. 1081: S. 83 Mrt. 1075: S. 123 Mrt. 1073 u. 74: S. 83 Mrt. 1075: S. 123 Mrt. 1073 u. 74: S. 83 Mrt. 1075: S. 56 (III) Mrt. 1081: S. 54 (I) u. S. 123 Mrt. 1086 u. 89: S. 86 Mrt. 1090: S. 54 (I) Mrt. 1091 u. 92: S. 123 Mrt. 1233 u. 34: S. 33 Mrt. 2479: S. 56 (III).

 Cognatiolegalis [Geseiche Berwandtschaft, im
- Cognatio legalis [Gesetzliche Berwandtschaft, im Gegensatzur natürlichen oder Blutsverwandtschaft (Cognatio naturalis) die im Gesetzswege bewirfte Nachbildung der natürlichen Berwandtschaft]. Weild durch Aboption (f. d. W.) begründet, wird diese singirte Berwandtschaft gewöhnlich als Adoptiverwandtschaft (f. d. W.) bezeichnet. Da, wo das römische Recht, welchem das dem Feudalrechte völlig fremde Institut entnommen wurde, werig Eingang gesunden hat, (wie z. B. in England) ift noch heutzutage Adoption und mithin sogen. "gesetzliche" Berwandtschaft unbekannt. Das aus derselben entstehende Shehindernis ist nach kanonischem Recht ein öffentliches trennendes. Das römische Recht, an welches sich das kanonische in Bezug auf den Umfang dieses Ehehindernisses anschließt, verdietet die Ehe wegen Adoptiverwandtschaft:
 - Ehe wegen Adoptiverwannigagi:

 1) zwijchen dem Adoptivvater und der Adoptivtater, sowie allen weiblichen Descendenten des Adoptivsschuss;

 2) der adoptiten Person mit densenigen agnatischen Seitenverwandten, welche
 - 2) ber aboptirten Person mit benjenigen agnatischen Seiten verwan bien, welche sie burch ben Gintritt in ben agnatischen Familienverband bes Aboptivbaters erhält, und mitwelchen ihr, wennsie ihr blutsverwandt wären, die Che verboten wäre;

3) bem Aboptivfohn mit ber (vormaligen) Frau bes Aboptivvaters (gleichjam feiner Stiefmutter), ber Deutter bes Aboptivvaters (gleichjam jeiner Großmutter) und der Mutterjchwester des Aboptivbaters (gleichjam
seiner Großtante), sowie dem Adoptivvater
mit der (vormaligen) Frau des Adoptivsohnes (gleichjam seiner Schwiegertochter).

Rach fanonischem Recht bewahren die paternitas und die affinitas legalis — d. h. die Berhältniffe wie zwischen Eltern und Rindern, resp Schwiegereltern und Schwiegerfindern — ihre ehehindernde Wirtung auch nach aufgehobenem Aboptivberhalt-niß, mahrend die Wirtung der fraternitas legalis mit ber Auflojung bes Aboptionsverhaltniffes erlifcht. - Bgl. Aboption, Agnatio, Einfindicaft, Bflegefinder.

Cognatio naturalis [Raturliche ober Bluts.

verwandticaft], i. Blutsverwandticaft
Cognatio spiritualis [Geiftliche Berwandticaft], die kanonisch-rechtliche Berwandticaft, welche
durch Mitwirkung bei der Taufe oder der Firmung begründet wird: Kanonisches Recht 37; 38 (litt. B). - Bgl. Firmpathenicaft, Taufpathen-

Cohabitatio [Beisammenwohnen, f. b. 29. - Bufam-

menleben, f. b. B.]: f. Lebensgemeinicaft (ebeliche). Collifion confessioneller Cherechtsfage bezüglich ber Folgen gesetwidriger Eben: Deutsches Reich 169.

Collifion territorialer Cherectsfage [Collifion ber Chegefete ratione loci]: Bormort 2 f. lision der Chegesehe catione loci]: Borwort 2 f. — Deutsches Neich XVII (Circularerlah); 150 (Schlußnote); 169 f. — Frankreich 19, XII (Note zu Art. 331); 94 (Rote) — Großbritannien 28, I (Chescheidungszurtheile schottischer Gerichtshöfe); 111 (vorlehtes Lemma) — Niederlande 41 (Note zu Art. 327 u. 328) — Desterreich 48 f. ("Siedenbürgische Chen") — Numänien 57 (Form des Cheabichusses) — Ungarn 64, I (Form des Cheabichusses) — Ungarn 64, I (Form des Cheabichusses) — Schlußwort 84 ff. — Vereinigte Staaten 186. — Bgl. Exterritationicalitätsprinzip. Rondittskölle. torialitätspringip, Ronflittsfalle.

Colorado 68, 139.
Columbia [Diftritt] 66, 124 (R. 1), 126 (R. 6), 127, 128 (R. 7 u. 8), 132 (VI), 135 (R. 12).
Common-law (Gemeines Recht), englisches, betreffend Mitwirtung eines Geistlichen bei der Chefcließung [ber berühmte Fall a The Queen v. Millis »]: Grofibritannien Irland 105 (Cheichließung ber römischen Ratholiten); Schottland 108 (R. 21: Anrömischen Ratholiten); Schottland 108 (R. 21: Anficht schottlicher Zuristen); Indien u. Colonien 109; Austand 110 (Eheschliehung auf einer britischen Gesandtschaft) — Bereinigte Staaten 126, II.
— nordamerikanisches. Vildung, Geltungsbereich und Anwendung desselben: Berein. Staaten 125; 126; 130, IV; 130 (R. 9); 131, VI; 132, IX; 134, IX; 134, X; 136.

Computation, Sprosita (Peigetstate Bedingung so bei

Conditio apposita (Beigefügte Bedingung sc. bei ber Confensertlarung), beren Richteintritt bas fog.

ver Lonjensertiarung), deren Richteintritt dos sog. impedimentum desicientis conditionis apposities bewirft: Ranonisches Recht 114, I; 115, II.

— Bgl. Bedingte Eheichließung.
sc. servilis (Stlavenstand). Der Irthum über den Freiheitsstand der andern Person als selbständiges privates trennendes Ehehindernis: Ranonisches Recht 38 (Litt. B).

— Bgl. Error in personam, Wosse und Stand

Raffe und Stanb. Confession. Berndfichtigung berselben burch bas burgerliche Eherecht: Deutsches Reich Babern 10

(Berebelichungszeugniß) — Großbritannien 96 ff — Defterreich 44; 45; 48; 49; 50; 51; 121 — Norwegen 41 — Bortugal 54 — Rufland 58 — Schweben 59; 174 — Spanien 60 — Ungarn 64 f. — Bgl. Auflösung (gerichtliche) einer früher beftanbenen Che, Betenninifpericiebenheit, Gemijchte

Ehen.
Confessions lose. Besondere Bestimmungen in Betress der Cheschießung solcher Personen: Oesterrreich 44 ("Notheivilehe"); 48 (Note zu § 115); 49 (3iff 7: § 64); 50, IV; 121 (§ 75); 122. — Bgl. Christen u. Richtchristen.
Connecticut 67, 128, 131 (N. 10), 137.
Consanguinität, f. Blutsverwandtschaft.

Confens, f. Ginwilligung

Consensaustausch, bloßer. Dessen ehestistende Kraft: Großbritannien Schottland 106 — Kano-nisches Recht 112 — Berein. Staaten 66; 126. — Bgl. Sponsalia de suturo, S. de præsenti,

Trouung.
Conservatio familiae et conservatio bonorum in familia (Erhaltung der Familie und Erhaltung der Güter bei derselben Familie) als Dispensations-

ber Güter bei derselben Kamilie) als Dispensationsgründe bei Sehindernissen: Kanon. Recht 37.
Consularbeamte u diplomatische Agenten. Mitwirkung von folden Bertretern eines Landes bezüglich Standesbeurkundung und Cheschließung ihrer Landsleute im Auslande: Belgien 153 (3iff. 2 u. 3) — Deutsches Reich 76 (Sterbeurkunden); 90 (§ 35) — Frankreich 13, III (Note zu Art. 74); 24 (Beil. M, litt. c); 93 (Art. 48); 94 (Note) — Großbritannien 110 f. — Schweiz XVII (Beisay) — Spanien 60 (oben); 63 f., VI — Bollicht Steaten 66 I. 125 VI — Roll Mn. XVII (Beisat) — Spanien 60 (oben); 63 f., VI—Bereinigte Staaten 66, I; 135, XI. — Bgl. Anerfennungserflärung, Beglaubigung der im Auslande ausgestellten Urtunden, Exterritorialitätsprincip, Belandischaften, Zeugniß des bei der Trausung generalienden Kantillenbenten

ung anwesenden Consularbeamten. Convalidation ber Ehe (Uebergang der blog thatsachlich bestehenden She in eine rechtsgilltige). Die Entstehung der bisher dem Rechte nach — trog erfolgter fattifcher Chefchliegung — nicht vorhan-ben gewesenen Che, als von felbst eintretende Folge bes nach Debung bes trennenden hinderniffes noch fortbauernden Chefonsenses, ohne daß es hiezu einer Erneuerung der Confenserklarung, resp. einer neuen Eheschließung bedürfte [3. B. bezüglich der Bersonen, welche im Zuftande der Cheunmundigkeit sich verehelicht haben und mabrend des fattifden Beftebens ber gefchloffenen Che ebemundig werben]: Ranon.

ber geschlossenen Ehe ehemündig werden]: Kanon. Recht 116 — Bereinigte Staaten 130, lV. — Bgl. Gültigkeit der Ehe, Klagefrist.

Copula carnalis [Geschlechtliche Bereinigung]. Deren Wirkung auf das Entstehen und das Bestehn eines Ebebandes: Großbritannien Schotland 107 f — Kanonisches Recht 34, l; 36, VI; 113 (his); 114; 116; 117 — Berein. Staaten 126. — Bgl. Schwängerung i Berbindung m. Cheversprechen. County clerk [Clerk of the county court, Grafschaftsgerichtsschreiber — County recorder, Grafschaftskarischer — Town clerk, Stadtschreiber]. Dessen Berrichtungen bezüglich der Eheschließung: Berein. Staaten 67 ff.; 128; 130. — Bal Judge Berein. Staaten 67 ff.; 128; 130. — Bal Judge of probate, Ordinary, Superintendent registrar. Crimen [Berbrechen sc. der ehelichen Untreue] als ein die öffentlichen trennenden Chehindernisse des

gemeinsam begangenen Ehebruchs (impedimentum adulterii) und Gattenwords (impedimentum conjugicidii) zusammensassener Begriff: Ranon. Recht 36, V; 38 (Litt. B). — Bgl. Chebruch, Battenmord.

Cultus dis paritas [Religionsverichiedenheit], ein öffentliches trennendes Chehindernig zwischen Be-tauften und folden, welche bas Satrament ber Wiebergeburt nicht empfangen haben: Ranonisches Beide 35, III; 38 (Litt. B). — Rufland 58, I (Jiff. 4) — Schweben 174 (Gef. v. 20. Jan. 1863, Gef. v. 15. Oft. 1880) — Ungarn 65, III; 152 (Beispiel) — Bgl. Bekenntnigverschiebenheit, Christen und Richtdriften.

Datota 68, 139. Danemart XXIV u. 4.

Danifdes Rechtagebiet Rorwegens: Mormegen 82

- De la ware 67, 131 (R. 10), 137. De legation bes juftanbigen Pfarrers jur The-ichließung vor einem andern Priefter: Ranonifces Recht 113 (R. 2). Bgl. Ermächtigung jur aus-

Recht 113 (R. 2). — Bgl. Ermächtigung zur auswärtigen Trauung. Defcendenten, f. Ascendenten u. D. Defertion, f. Berlassung. Deutsche Reichsangehörige. Deren Scheschillebung im Auslande: Belgien subreichtunst v. 8. Oft. 1875: Centralbl. f. d. Deutsche Reich 1875, S. 719]; vgl. S. XX (litt. d), S. 141 ff. — Italien subreichtunft v. 8. Dezbr. 1874: Centralbl. f. d. D. R. 1875, S. 155 f.]; vgl. S. XX (litt. c), S. 141 ff. — Schweden 173 (unten) — Schweiz 154 ff.

Schweiz 154 ff.
Deutsches Reich XVII ff., 4 ff., 69 ff., 81, 88, 89 ff., 139 ff. und 154 ff.

Dienst boten [Gefinde] oder sonst als Arbeitsleute [Gehülfen] das Haus des Dienstherrn [Arbeitgebers] bewohnende volljährige Personen theilen den Wohn sitz der Dienstherrschaft: Frankreich 21, Anh. I (Art. 109) — Riederlande 40, ill (Art. 79)

ung. 1 (urt. 109) — Prederlande 40, III (urt. 199)
— Portugal 56, III (urt. 50).
Dimissoriale, s. Entlaßschein.
Diplomatische und konfularische Bertreter, s. Consularbeamte und diplomatische Agenten

Disparitas cultus, f. Cultus d. Dispenfation, als Form b. Chefcheibung, f. Bapstiche Dispensation.

vom Aufgebot [von ben Cheverfundungen], f. Ab-

türzung ber Berkündfrist.

von Ehe hindern if sen [Austebung von Chehindernissen durch D.]: Deutsches Reich XVIII (Circularersaß); 4, I (§ 28); 5, I (§ 33 Ar. 5); Bayern 8 (litt. a) u. 9, II; 69 f.; 81 (§ 28 Abs. 2, § 38 Ar. 5 u. § 35) — Frankreich 16, VII (Art. 164); 23 (Litt. I); 81 (Art. 145 n. 164) — Großebritannien 94 ("Chehinderniß der Berwandtschaft"); 132 (A. 11) — Italien 30, I (Rote zu Art. 59, 3ist. 2); 82 (Art. 68) — Kanonisches Aecht 37 — Riederlande 38, I (Art 88); 82 (Art. 86 u. 88) — Rorwegen 82 — Desterreich 50 (§ 83); 83 (§ 120) — Fortugal 83 (Art. 1073, 3ist. 3 u. Cinziger §) — Humdusen 83 — Austand 59; 83 — Schweden 59, I (3ist. 1); 83; 171 (3ist. 1); 171 (Rote *) — Spanien 62 f. (Art. 7); 84 (Art. 5, 3ist. 4 und Art. 7) — Bereinigte Staaten 131, VI; 132, VII. Dispensation Behörde über die von einem Ause

ber auswärtigen Beborbe über die von einem Musländer zu ichließende Che: Schweiz XII (Art. 31, Schlußlemma); XIV (Art. 37, Schlußlemma). — Bgl. Befreiung der Ausländer. Diffidenten. Gewährung der Civilehe für die

fogen. D.: Rufland 59 (unten). — Bgl. Civilebe: Biff. 2, 3 und 4. Divorce. Bebeutung dieses Wortes in ber englischen

Rechtsprache: Großbritannien 28, I; 94 (R. 2). Zusammensaffung ber Begriffe "Scheidung", "Richetigfeits" und "Ungültigfeitserklärung der Che" durch dieses Wort: Bereinigte Staaten 134.

Divorcio. Bebeutung biefes Wortes im spanischen Gesetze Gentien G2, III (Ziss. 2).
Domicil [eigentiches] ober Quasidomicil eines der Brautleute begründet die Zuständigkeit des Pfarrers aur Mitwirtung bei der Eheschließung: Kanonisches Recht 34 (Einleitung); 113 (R. 2). — Bgl. Wohnort, Wohnste, Aufändigkeit der Urfundsperson.

Che. Auflösung ber E., f. Auflösung.

— Begriff ber E.: Desterreich 120 (§ 44) — Portugal
128 (Art. 1056) — Spanien 128 (Art. 1). — Bgl.

Monogamie.

wonogame. Eingehung ber E., f. Chefchließung. Gemische C., f. Gemische Chen. Richtigkeit ber E., f. Richtigkeit Butative E., f. Putativehe. Scheidung ber E., f. Chescheidung. Unglitigkeit ber E., f. Kichtigkeit, Richtigkeitserklarung Richtigkeitskelage. ung, Richtigfeitstlage. - Berbot der E., f. Cheberbote. - Beitere E., f. Wiederverehelichung.

- Cheband [ligamen, vinculum matrimonii]. Bestand eines folden und baraus sich ergebendes hindernis jur Schließung einer weitern Che — bas fogen. impedimentum ligaminis: Deutsches Reich 89 (§§ 34 u. 36); 150 (Beilpiel bezüglich Fehlen bes (§§ 34 u. 36); 150 (Beispiel bezüglich Fehlen des bayerischen Berehelichungszeugnisses) — Frankreich XXI (bezüglich geichiebener Ausländer); 14, V; 21 (Litt. B); 92 (Art. 147, 188 u. 189) — Großsteitannien 28, I; 95 — Italien 30, I (Art. 56 u. 148); 111 (Art. 104); 112 (Art. 113) — Kanon. Recht 34, I; 38 (Litt. B); 112 f.; 117 f., IV — Riebersaube 119 (Art. 84, 140 u. 141) — Desterreich 47 f., 3iff. 5 (§ 62); 120 (§§ 44 u. 47) — Bortugal 123 (Art. 1056) — Rußland 58, IV — Schweben 171 (I, 3iff. 3) — Schweiz IX (Art. 28, 3iff. 1) — Spanien C2, III (3iff. 2); 87 (Art. 92, 3iff. 2 und Art. 93); 123 (Art. 5, 3iff. 1) — Ungarn 64, II — Bereinigte Staaten 131, VI; 133 f.— Bgl. Scheicheidung, Richtigkeitserstärung, Päpstliche Dispensation. liche Dispensation.
- Chebrud [adulterium] als hinderniß zur Aner-tennung bezw. Legitimation eines außerehelichen Kindes: Deutsches Reich Baben u. Franzol. Rechtsgebiete (Schlußlemma); Baden u. Franzol. Rechtsgebiete (Schlußlemma); Badern Pfalz 9, V (Abt. 2) — Frankreich 19, XII (Art. 381); 22 (litt. E: Art. 335) — Ftalten 33, VI (Note zu Art. 195) — Riederlaube 41 (Art. 327) — Borstagal 87 (Art. 132) — Bereinigte Staaten Couissiana 137, XII. — Bgl. Blutschande.

als hinderniß gur Auswirfung eines Dispenfes bezüglich Cheichliegung in ben verbotenen Graben ber Bermandtichaft und Schmägerichaft: Frantreich 23 (Litt I, c).

gruntreity 25 (Litt 1, C).
als temporar aufichiebendes Chehinderniß [begüglich besjenigen, beffen Chetruch in dem gerichtlichen Scheidungsurtheil als Grund der Scheidung feftgestellt worden ift]: Schweiz IX (Rote zu Art 28, Ziff. 1: Art. 48 in Berbindung mit Art. 46, litt a) litt. a)

als blos aufichiebend mirtendes Chehinderniß, deffen Umgehung aber mit vermögensrecht-

lichen Rachtheilen bebroht ift: Bortugal 55 (Art. 1058, Ziff. 3 und Art. 1059/1064).
als, nach Maßgabe ber berschiebenen Partifularrechte, balb aufichiebend und balb trennend wirtendes Chehin derniß: Deutsches Reich 5 u.
81 (§ 33 Rr. 5 i. B. mit § 36); Dispensation 9

(II) u. 69 f.

als öffentliches trennendes Chebinderniß [bezüglich bes wegen Chebruches Beichiebenen und [bezüglich bes wegen Chebruches Gefchiebenen und seines Mitschuldigen]: Belgien 3 (Art. 298) — Großsbritannien Schottland 27 (unten); vgl. S. 95 (links, oben) — Rieberlande 38 (Art. 89 u. 145) — Desterzeich 48 (§ 119) — Rußland 87 — Schweben 171 (3iff. 4) — Berein. Staaten 131, VI; 134, IX. als öffentliches trennendes Chehinderniß [bezüglich des gerichtlich des Ehebruchs Ueberführten mit seinem Mitschuldigen]: Rieberlande 38 (Art. 89 u. 145) — Desterreich 50, 3iff. 9 (§ 67) — Schweben 171 (3iff. 4) — Spanien 62, 3iff. 5 (Art. 6, 3iff. 7); S7 (Art. 92, 3iff. 2 i. 8. mit Art. 93).

i. B. mit Art. 93).

- als öffentliches trennendes Chehindernif wenn außerbem die mitidulbigen Chebrecher fich für ben fall des Todes bes uniculdigen Gatten ein Cheversprechen gegeden ober gar, sei es ber eine ober andere ober beibe, eine von Erfolg getronte machinatio in mortem innocentis vorgenommen haben [woburd bas impedimentum adulterii (sulammen mit bem impedimentum conjugicidii) unter bas impedimentum criminis
- fäll]: Ranonifdes Recht 36, V. Bgl. Crimen. Ehefrau. Erwerbung ber In big en athrechte bes Chemannes durch die Berehelichung: f Burgerrecht, Bürgerrechtszusicherung, Staatsangehörigkeit (Uebertragung berfelben).

Beimatrecht berfelben nach erfolgter Muflofung

tragung berselben).

Deimatrecht berselben nach erfolgter Auflösung ber Ebe burch Scheidung oder Tod: Bauern 10 f., Vill — Italien 33, V (Art. 9) — Desterreich 42 (Einleitung: § 11).

Unterschrift derselben im Cheregister: Schweiz XV (Rote zu Art. 39).

Biederverheirathung derselben: s. Wartesrift.

Shegatten. Deren Recht zur Ansechtung der eigenen Che: Deutsches Reich 77 (litt. e); 90 fs.; Baden 168 (R. 2); Sachsen 168 (R. 1). — Frankreich 14, VI (Art. 182 u. 183, unter Art. 148); 16, VII (Art. 184, Rote); 18, VIII (unten); 92 f. (Art. 180, 181, 184 ff. und 191) — Italien 30, I (Art. 104); 31 (Schlusnote: Art. 108 u. 109); 111 (Art. 104, 105, 106 und 110); 112 (Art. 113) — Riebersande 38, I (Rote: Art. 145); 119 (Art. 141, 142, 143, 144 und 147) — Desterreich 46 (Rote: § 95); 121 (§ 95) — Schweden 60, II; 172 (Jifs. 6) — Schweiz VIII (Rote zu Art. 26: Art. 50) — Spanien 87 (Art. 93) — Berein. Staaten 131, V; 132, VI; 132, VII (Schlussemma).

Biederverheirathung derzelben: s. Geschiebene. Che ge i eg, beutsches; s. Reichsgeset.

, schweizerisches: s. Bundesgeset.

, schweizerisches: s. Bundesgeset.

, schweizerisches: s. Bundesgeset.

, schweizerisches: s. Bundesgeset.

, spanisches: s. Ley provisional de matrimonio civil.

Che ge f eg e b u ng, britische: s. Lord Brougham's

- Chegefengebung, britifche: f. Lord Brougham's Chegefetgebung, britische: f. Lord Brougham's Act, L. Hardwicke's A., L. Lyndhurst's A., L. Russell's A.; S. 94 f. (R. 1 bis 5); S. 98 (R. 9); S. 137 ("Quellen u. Literatur").

 —, französische: f. Code civil, Gesetz v. 15. Pluv. XIII.

 —, italienische: f. Codice civile.

 —, niederländische: f. Burgerlijk Wetdoek.

 —, nordamerifanische: S. 124 f.; S. 137 ("Quellen u. Literatur").

u. Literatur").

öfterreichifche : f. Allgemeines burgerliches Gefetbuch, Gefet v. 25. Mai 1868, Gefet vom 9. April 1870.

1870.

—, portugiestische: s. Codigo civil.

—, schwedische: s. Gesetz v. 20. Januar 1863, Gesetz v. 8. Rovember 1872, Gesetz v. 31. Ostober 1873, Gesetz v. 17. März 1882, Kyrkolag, Sveriges rikes lag.

—, spanische: S. 60 (Eingangsnote).

—, ungarische: S. 64 (Eingangsnote).

Ghebindernisse lampedimenta matrimonii —

Brühen melde dem Austandstammen der Sche ente

Granbe, welche bem Buftandetommen ber Ehe ent-gegenfteben, mogen fie bervorgeben aus bem Mangel

gegenstehen, mögen fie hervorgehen aus dem Mangel eines allgemeinen, für jedes Rechtsgeschäft nothwendigen rechtlichen Ersordernisses oder aus einer besonderen, mit Aldsicht auf das Wesen der Ehe rechtlich festgesetzten Beschräntung].

Die aufschieden Beschräntung].

die aufschlen E., deren Entgegenstehen keinen Einfluß auf die Rechtsbeständigkeit der einmal geschlosenen Se auszutiben vermag, indem das Cherecht die wissentliche Nichtbeachtung des hindernisses höchkens mit einer Strafe belegt]. Ein dieselben mit Bezug auf das lathol. Kirchenrecht zusammenssssiedender Gedächtnisvers: Ranonisches Recht 38 (Lit. A). (Lit. A).

Die trennenben G. fi. dirimentia - b. h. biejenigen E., beren Entgegenfteben bie Ungultigfeit ober Richtigfeit ber erfolgten Chefcliegung bewirten

oder Richtigkeit der erfolgten Sehichließung dewirken kann] Gedächnisverse, welche diese E. mit Bezug auf das katholische Kirchenrecht zusammenkassen: Ranonisches Recht 38 (Lit. B).

I. Bezüglich der Unterscheidung zwischen öffentslich en trennenden Schesindernissen simpedimenta matrimonii dirimentia publica sive juris publici — d. h. solchen, welche die Richtigkeitserklärung der Spe auf Grund der öffentlichen Rechtsordung berbessichern sollen und privaten trennenden Spehindernissen simpedimenta matrimonii dirimentia privata sive juris privati nonii dirimentia privata sive jurls privati — b. b. solden, welche eine Ungültigkeitserklärung der Ebe im Privatinteresse gewisser Personen herbeissühren können]: vgl. Aboptivverwandtschaft, Assinitas illegitima, Alter (zu hohes), Ascendenten und Descendenten, Beischaf mit einer dritten Person, Betrug, Bedormundung, Bigamie, Blödsinn, Castraten, Christen u. Richtchristen, Cognatio, Conditio, Crimen, Cultus disparitas, Cheband (bestehendes), Chebruch, Chemundigseit (Mangel derselben), Sin-Shebruch, Chemündigkeit (Mangel berfelben), Einswilligung ber Eheschließenden (Mangel berfelben), Etterliche bezw. bormundschaftliche Einwilligung (Mangel berfelben), Entführung, Epilepsie, Furcht, Gattenmord, Geisteskranheit, Gelübbe (feierliches), Deimlichkeit der Eheschließung, Honestas publica, Impotenz, Irrihum in der Person, Arantheit (anstedende od. ekelhafte), Raserei, Religionsverschiedenheit, Schwangerschaft, Seitenverwandte und Berschwägerte, Berlassung, Weihen (höhere), Jahl der vorausgegangenen Ehen, Juständigkeit des Traubeamten (Nichtvorhandensein derselben). Iwang.

II. Bezüglich Eintheilung der Eheschließung, und in relative, welche nur die Eheschließung zwischen bestimmten Personen verwehren: schaftließung zwischen Litt. Au B.

III. Bezüglich Auseinanderhaltung der Ehehindernisse, welche aus dem Mangel der positiven

nifie, welche aus bem Mangel Der positiven Erforderniffe ber Gheichtiegung fich ergeben, und ber eigentlichen Chehinderniffe (Cheverbote) — b. h berienigen, welche auf gewiffen, ber naturlichen Fahigkeit zur Che entgegenstehenden

Berbotkgesegen beruhen : j. "Erforderniffe der Che-

ichließung" und "Cheverbote". Chetonfens [consensus matrimonialis], die wir-tende Ursache ber Che: s. Einwilligung der Cheidliekenben.

britter Berfonen [ber gefenlichen Bertreter, namentlich ber Eltern, ober ber Borgefesten]: f. Elterliche bezw. bormunbichaftliche Ginwilligung, Erlaubnig (bienftliche) jur Cheichliefung.

bezw. bormundschaftliche Einwilligung, Erlaubniß (dienstliche) zur Speschließung.

– jogen. politischer: s. Bolitischer Ehekonsens.

Shem iln digkeit sactas sc. pubertatis — age of consent. Erforderniß und Eintritt Alter d. E.: Belgien 81 (Art. 144; Dispensation Art. 145) — Tänemark 4 (Dispensation ibid.)

Deutsches Reich 4 u. 81 (§ 28, Abs. 2); Dispensation 69 f.; 89 (§ 28, Abs. 1) — Frankreich 12 (Art. 170); 81 (Art. 144; Dispensation Art. 145) — Großbritannten 81 — Italien 32, Vart. 100); 81 (Art. 55); 82 (Art. 69; Dispensation Art. 68, Abs. 2) Kanonisches Recht 38 (Litt. B); 115 f., III — Niederlande 38 (Art. 138); 82 (Art. 86, Dispensation ibid.) — Desterreich 22 (§§ 21 u. 48) — Portugal 83 (Art. 1073 Zisc. 4) — Rumänten 83 (Dispensation ibid.) — Rußland 83 (Dispensation ibid.) — Sußland 83 (Dispensation); 83 (Disp. ibid.); 171 (Biff. I, I) — Schweiz VIII (Art. 27, Abs. 1) — Spanien 84 (Art. 4, Biff. 1); 123 (Art. 4. 3iff. 1) — Ingarn 84 — Bereinigte Staaten 66, I (Art. XXIV, § 414); 130, IV; 137 ff.

Birlung der mangelnden Chemündigkeit auf den Rechtsbestand der geschlossene Spensations ein unter des stitutes.

Rechtsbestand ber geschloffenen Che:
1) als öffentliches trennenbes jufolge gemiffer Umftande babinfallendes

aber zusolge gewisser Umstände dahinsallendes Ehehinderniß: Dentsches Reich 5 (Rote zu § 36); 91 (leyter Absa); Baden 168 (N. 2); Sachsen 168 (N. 1) — Frankreich 92 f. (Art. 184 u. 185) — Jtalien 111 (Art. 104 u. 110) — Ranonisches Recht 116 (unten) — Niederlande 120 (Art. 144) — Portugal 83 (Art. 1074) — Spanien 87 (Art. 92, Ziff. 1 i. B. mit Art. 93, Abs. 1); — vgl. Convalidation der Ehe; 2) als privates trennen des, mitunter aber zusolge gewisser Umstände dahinsallendes Chehinderniß: Frankreich 92 f. (Art. 184, 185 u. 186) — Italien 111 f. (Art. 104, 110 u. 111) — Kanonisches Recht 116 (unten) — Riederlande 120 (Art. 144) — Desterreich 120 (§ 48) — Schweiz IX (Art. 52, als Rote zu Art 27) — Spanien 84 (Art. 4, 3iff. 1. Abs. 2); 87 (Art. 92, 3iff. 1 i. B. mit Art. 93, Abs. 1). — Bgl. Elterliche bezw. vormundschafts. Cinwilligung (Wangel liche bezw. vormundicaftl. Ginwilligung (Mangel berfelben).

Chepacte, f. Chevertrag. Chepacte, f. Chevertrag. Cheproges Berfahren in Chefachen — bezw. in Streitigfeiten, welche die Ungultigfeit ober Nichtig-feit einer Che und die Auflojung bes Banbes ber Che jum Gegenstande haben] : Deutiches Reich 166 f.

(II) - Bgl. Chefachen, Gerichtsbarteit. Chereg ift er [Beiratheregifter]. Befchaffenheit und Syeregiper i Gertatheregiter. Beidaffenheit und Führung von folden: Großbritannien 96 (R. 6); 101 (R. 17); 104; 105 (bis); 109; 110; 111 — Schweiz XIV (Art 36); XV (Art 39); XVI f. (Art. 42) — Bereinigte Staaten 67 fl.; 125 (R. 3); 128 f. (R. 8). — Bgl. Civilftandbregifterwesen. Chefachen, ftreitige Begriff verselben: Dentsches Reich 161; 166, II (§§ 592 u. 568). — Bgl. Chenrock

Cheideibung [Gerichtliche Auflösung bes Che-bandes — Divortium quoad vinculum]. Das Recht, eine neue Che ju ichließen, auf Grund einer

Scheidung bem Bande nach: Belgien 3 — Deutschie Reich 5 u. 81 (§ 33, Rr. 5); Bapern 8 f. (litt d); 69 f.; 89 (§ 34); 161 f.; 169 (R. 4).

Frankreich XXI; 14, V; 21, 3iff. 2 (Litt B).
NB. Das erst nach Abschluß ber vorliegenden Arbeit ju Stande getommene neue Chefcheibungegefet Frantreichs ift in den dem Titelblatte Diefes Wertes Frankreichs ist in den dem Titelblatte dieses Wertes unmittelbar folgenden Seiten berücksichtigt worden.

— Großdritannien 28, I; 94 s. — Italien 30. I; 111 (Art. 104) — Kanonisches Recht 34, I; 118, IV (R. 8) — Rieberlande 38, I. — Rorwegen 41.

— Desterreich 47 sl., 3iff. 5. — Portugal 56, II. — Russland 58, IV. — Schweden 171 (Ziss. 3 u. 4); 175 s. — Schweiz IX (Art. 28, 3iff. 1) — Spanien 62, III (Ziss. 2) — Ungarn 64, II. — Berzeinigte Staaten 131, VI; 134, IX. — Bgl. Divorcio. Chebruch Geichiebene Ränktlichen. vorce, Divorcio, Chebruch, Geschiedene, Papftliche Dispensation, Randeintragungen, Scheibeatt (ftanbes-amtlicher), Trennung ber Che, Wartefrift, Wieber-verehelichung (Ungulaffigfeit berfelben).

Cheigeingung (Anguluffigiett betrieben). Chweiz XV (Art. 40, bezüglich ber firchlichen Trauungsfeierlichfeit); XVI (Reglem. Art. 36, bezüglich einer Legitimationsbeurkundung). — Bgl.

BeirathBurtunde.

Detraissurtunde.
Cheichlie gung: [. Armee im Felde, Ausland, Auslander, Beurkundung der E., Civilehe, Confensaustaufch, Confularbeamte, Shehindernisse, Eheverkindung, Ehevertag, Einwilliqung, Erfordernisse der E., Ermächtigung, Form der E., Geistliche, Kirchliche Trauungsfeierlichkeit, Nothcivilehe, Schiffe, Traubeamte, Trauschein, Trauung, Wartefrist, Juständigsseit der Urtundsverfon feit der Urfundsperfon.

Chefchliegungsort. Bezüglich bes Erforberniffes

eines vorgängigen Aufenthaltes an diesem Orte: f. Aufenthalt am Trauungsorte, Aufenthaltsort. Dem gemeinrechtlichen Sate «Locus regit actum» gemäß entschiebet, bezüglich der von Inländern im Auslande geschloffenen Ghen, das Recht des Ghesschließungsortes über die zur Rechtsgiltigfeit ersetzte Lesten Den schließungsortes über die zur Rechtsgültigkeit erforderliche Form des Speabschusses: Deutsches Meich Baden 141 (§ 23) u. 160 (II); Franzdische Rechtsgebiete 160 (II); Preußen 160 f.; Sachsen 140 (§ 10) u. 160 (II) — Frankreich 12 (Art. 47 u. 170) — Italien 32, V (Art. 100) — Rauontiches Recht 34; 113 (R. 2) — Niederlande 38 (Art. 138) — Desterreich 42 (§ 37); 43, II — Bortugal 54 (Art. 24 u. 1065) — Spanien 60, I (Art. 41) — Bereinigte Staaten 66, I; 136. — Rol. Arnee im Kelde. Confularbeamte. Erterrito-Bgl. Armee im Felde, Confularbeamte, Exterritorialitätspringip.

Die materiellen sowohlals die formellen Erforderniffe find, bezüglich Ehefdliegung eines Inlanders im Auslande, nach dem Rechte des Cheschließungsortes zu beurtheilen: Brafilien 3 f.
— Großbritannien 110 — Schweiz VII (Art. 25, Abs. 3 i. B. mit Art. 59) — Bereinigte Staaten 136.
— Bal. Britisches Recht, Nordameritanisches Recht.

Sheverbote [bie eigentlichen Chehinderniffe - im Begenfat zu ben aus bem Mangel ber positiven Gegensat zu ben aus dem Mangel der positiven Boraus; tungen der Scheschliebung sich ergebenden Chehindernisen]: Belgien 3 (Art. 295, 296 u. 298) — Dänemark 4 — Deutsches Reich 5 (§ 38); 69 f. (§ 40); 81 (§§ 33 u. 35); 89 (§ 34) — Frankreich 16 f., VII; 81 (Art. 161 dis 164 u. Art. 228); 92 (Art. 147, 184, 187 u. 188) — Großbritannien 27 (Abellarisches Berzeichnis); 28, 1; 94 f. — Italien 30, I; 82 (Art. 57, 58, 59 u. 68); 111 f. (Art. 164 i. B. mit Art. 113) — Panonisches Recht 34 (Geschlossen Beit); 34, I; 35, II; 35, III; 35 f., V, 36 f., VI; 117 f., IV — Riederlande 38, I; 82 (Art. 87, 88 u. 91); 119 (Art. 84, 140 u. 141) — Desterreich 47 (§ 56); 48 (§§ 111 u. 119); 49 (§§ 63 bis 66 u. 125); 50 (§§ 67 u. 68); 82 f. (§§ 120, 121 u. 125); 121 (§ 62) — Portugal 54 f. (Art. 1058); 83 (Art. 1073, 1074, 1283 u. 1294) — Rußland 58, I; 58, II; 58, IV; 58 f. V; 87 — Schweben 171 (3iff. 3 u. 4); 172 (8iff. 5 u. 7) — Schweiz IX f. (Art. 28) — Spanien 62, III; 94 (Art. 5 3iff. 4, Art. 6 u. 7); 87 (Art. 92 u. 93); 123 (Art. 5, 3iff. 1) — Ungarn 65, III u. IV — Bereiu. Staaten 131, VI; 132, VII; 133 f., IX. — Bgl. Erforteniffe ber Chefchließung. — NB. Bemertt wird, daß vorstehende hinweisungen steineßwegs als maßgebend zu betrachten find, hinkeineswegs als maßgebend ju betrachten find, bin-fichtlich ber im einzelnen Falle oft fowierigen Entichtia ber im einzeinen Falle oft ichwietigen Entsicheing bariber, welche Gesete Berbot gesete bebeziehungsweise das Recht zur Eheschließung iber die Festsegung ber erforderlichen körperlichen und geistigen Fähigkeit der Eheschließenden hinaus beschränkende Gesete — und als solche zwingender, absoluter Natur seien. Bgl. Ehehindernisse (sud 21st Ziff. III).

absoluter Natur jeten. Sgl. Spezinverniste (Sud Ziff. III).

Che ver fünd ung [Aufgebot — Bekanntmachung des Eheversprechens]: Bekgien 153 — Deutsches Meich XVII (§ 47); 5, III (§ 46); 6 (§ 51); 89 (R. 2); 90 (R. 3); Baden 141 (§ 23) u. 160 (II); Bayern 7, II kote zu Ziff. 2); Französische Rechtsgebiete 160 (II) — Frankreich XXI; 12 (Art. 170); 12 f., I; 17 f.. VIII; 93 (Art. 48 u. 94) — Großbritannien 28, II; England 97 (I), 98 f. (II); Irland 104 f.; Schottland 107; Indien und Colonien 109; Ausland 110 — Italien XXII (Art. 103, Abs. 2); 32, III u. V — Kanonisches Mecht 34 (oben); 38 (Litt. A) — Niederlande 38 (Art. 138); 40, III — Oesterreich 50 f., IV — Bortugal 56, III — Schwesden 173 — Schweiz X fl. (Art. 29 bis 36 u. Art. 37, Abs. 2) — Spanien XXIII (Art. 15); 63, IV — Ungarn 64, I — Berein. Staaten 66 (Einleitung); 67 fl.; 128. — Bgl. Abstürzung der Berkündseich, Bedentzeit, Caveat, Einsprachen, Notice, Berkündseit, Berkündbescheinigung, Berkündsesuche Berkündseichen Bohner von Tritten, Wohnstwerpkältnisse.

ichein, Wohnort von Dritten, Wohnstwerhältnisse, dein, Wohnst von Dritten, Wohnstwerhältnisse, ob. Berlödig [sponsalia]. Rechtliche Bedeutung eines solchen: Dänemart 4 — Dentsches Reich Baden 170 (litt. c); Bremen 170 (litt. d); Sachien 170 (litt. a); Wartemberg 170 (litt. b) — Großbritannien Soctland 107 f — Italien 81 (Art. 53 u. 54) — Ranonisches Recht 38 (Litt. A); 112 f. — Nieberlaude 82 (Art. 113) — Destereich 82 (§§ 45 und 46) — Bortugal 83 (Art. 1067) — Schweden 172 f. (II) — Schweiz Bern XXIV — Spanien 83 (Art. 3) — Berein. Staaten 130, IV. — Ugl. Honestas publica, Schwängerung, Sponsalia de suturo. Chevertrag, güterrechtlicher. Bezügl. Borschriften: Frankreich 18 f. XI; 26 (Mustersormular C). — [NB. In der österreichsichen Rechtssprache bedeutet das Wort "Ehevertrag" schlechtsin Che oder Cheschliebung, während die güterrechtlichen Seheverträge als "Chepacie" bezeichnet werden; vgl. "Desterreich", S. 47 u. 120.]

S. 47 u. 120.]
Chrbarteit, öffentliche: f. Honestas publica.
Chrenbietig feitsaft, f. Acte respectueux.

Eid, eidliche Ertlärung ober eides ftattlich eidliche Ertlärung ober eides ftattlich e Bersicherung als Beweismittel bezitglich gewister Angaben der Brautleute [resp. als Erjat für die Beibringung von Urkunden]: Bayern
8 (bezügl. vorehelicher Kinder der Braut) — Deutsches Reich 76 u. 81 (§ 45) — Frankreich 16 (R. 3);
22 f. (Litt. F) — Großbritannien England 97 (R. 7)
u. 99 (R. 10); Irland 104 (affidavit) — Rieder-

lande 41 (Art. 127 u. 128) - Bereinigte Staaten

131, IV. — Bgl. Aotorietätsatt. Ein tin bich aft [Unio prolium — bie, wo ftatthaft, in ber Regel mittelft eines gerichtlichen ober gerichtlich bestätigten Bertrages, zwischen beiben Chegatten einerfeits und den Rinbern Diefer Chegatten aus einer fruhern Che (refp. ben gefeglichen Bertretern ber Rinder) anderfeits, bewirkte Ginfegung bes Stiefpaters ober ber Stiefmutter gum rechten Bater, refp. gur rechten Dutter, gum 3mede vermogensober erbrechtlicher Bleichstellung ber von bem einen oder von beiden Chegatten mit in die Che gebrachten Rinder (Borfinder) mit den aus der neuen Bragen Kinder (Bortinder) mit den aus der neuen Ehe hervorgehenden Kindern (Rachtindern). Die Wirkung der so hergestellten Berbindung ist in den meisten Rechtsgebieten, in welchen das Institut der E. überhaupt vorkommt, auf die Bermögensverhaltniffe beschrantt. Ob aber Diefem Inftitut Da, wo traft gefeglicher Berfugung durch Die E. für ben Stiefvater ober bie Stiefmutter Die Rechte Des leib. lichen Baters reip. ber leiblichen Mutter (vaterliche oder elterliche Gewalt) begründet werden, die Bebeutung der Annahme an Rindesftatt beizulegen fei, ift bestritten. Berneint wird insbesondere die Frage, ob § 31 des Reichsgefetes vom 6. Februar 1875 auf den Ginfindicattsvater Anwendung finde, und awar aus dem Grunde, weil die E. nicht "Aboption" fei. 3mmerhin befagt die Sachfen-Meiningen'iche Inftruttion für die Standesbeamten bom 26. Febr. 1876 (§ 49, litt, a), baß jur Eheidließung ein burch Gintinbicafisvertrag in Rinbesverhaltniß jum Stiefvater getretenes Rind ber Einwilligung bes Stiefvaters" bedurf. — Bgl. Pflegefinder. Ein fprachen Drifter gegen ben Cheabichluß. Begilg-

lices Berfahren: Großbritannien England 99 — Schweiz XIII (Art. 34 u 35). — Bgl. Bebentzeit, Caveat, Klagefrift, Berfündbescheinigung. Einspruch frift bei Cheverfündungen: Schweiz XIII

(Mrt. 34).

(Art. 34).
in tra gungen im Eheregister [heirathsregister]. Bezügliche Borschriften: Deutsches Reich
90 (A. 2: § 11) — Frankreich 93 (Art. 95) —
Desterreich 121 (Note) — Rumänien 57 — Schweben
174 (Civiltrauung) — Schweiz XV (Art. 39); XVI f.
(Art. 42) — Spanien 60 (Ginleitung) — Beteinigte Staaten 128 f. (A. 7 u. 8) — Bgl. Beurtundung der Scholchiebung. Spirathkunde (1918fundung ber Chefdliegung, Beirathsurfunde (auslandifche), Legitimationsbeurtundung, Randeintrag-

ungen.
Einwilligung [consensus] der Cheschließenden willigung [consensus] der Cheschließenden ben [Mitkontrahenten], ein aus dem Wesen der ameiseitigen Rechtsgeschäfte hervorgehendes Erfordernis der Sheschließung [mit Bezug auf deren Bertragsnatur]: Deutsches Reich 89 (§ 28, Abs. 1) — Frankreich 92 (Art. 146) — Italien 111 (Art. 105) — Kanonisches Recht 114, 11 — Niederlande 119 (Art. 85) — Desterreich 120 (§ 55) — Portugal 122 (Art. 643, Bist. 2)/123 (Art. 1072) — Schweden 170 (litt. A. 3iff. 1) — Schweiz VIII (Art. 26) — Spanien 87 (Art. 92, Bist. 4) — Vereinigte Staaten 129, 111. — Bgl. Freiheit dec E., Mentalreservoation, Willensunsähigkett.
Einwilligung Dritter zur Cheschließung: f.

reservation, Willensunsähigkeit.
Ein willigung Dritter zur Sheschließung: s. Abelige Fräuleins, Aboptiveltern, Elterliche bezw. vormundschaftl. Einwilligung, Erlaubniß, Lehrmeister, Militärpersonen, Politischer Shekonsens, Trauschein, Berechelichungszeugniß.
Elsaß-Lothringen 12 (Nr. 27), 70 (Nr. 26), 75 (Biff. 12), 158 (Nr. 26).
Elterliche bezw. vormundschaftliche Einswilligung zur Cheschließung [Chekonsens der

gesetlichen Bertreter]. Umfang diese Erfordernisses und Wirtung des aus dem Mangel desselben sich ergebenden Spehindernisses: Dänemark XXIV (Berichtigung) — Deutsches Reich XVIII (Preußischer Ministerialerlaß); 4 f. (§§ 29 bis 32); 8 (litt. b: "Bayern"); 70 sf., 142 ("Baden": § 79/§ 67); Bremen 169 (R. 3); Sachsen 168 (R. 1: § 6) — Frankreich XXI; 12 (Art. 170); 14 sf., VI (Art. 145 bis 160 u. 343); 16, VI (Ges. v. 15. Bluv. XIII); 21 (And. I, 3iff 2: Art. 348); 22 f. (Litt. C. bis F) — Großbritannien 29, III; 97 (R. 7); 99 (R. 10) — Italien XXII (Note zu Art. 102); 30 f., II; 32, V (Art. 100) — Ranonisches Recht 38 (Litt. A) — Miederlande 38 (Art. 138); 39 f., II — Desterreich XXII (§ 51); 45 f., III Portugal 54 sf., II — Mußland 58. III — Schweden 59 f., I (3ist. 2) u. 3); 171 (3ist. 2) — Schweiz VIII f. (Art. 27, Lemma 2: Art. 52 u. 53) — Spanien 60 sf., II — Ungarn 65, V — Bereinigte Staaten 130 f., IV. — Bgl. Abwesenheit eines Assendenten, Acterespectueux, Abelse Arthuseus Aboptiveltern, respectueux, Abelige Frauleins, Aboptiveltern, Aboptivmutter, Aboptivbater, Augerftanbefein, Bebormundete, Chemundigfeit (Birfung ber mangelnben), Eltern, Ergangung, Familienrath, Findel-tinder, Friedensrichter, Begenvormund, Giftoman, Großeltern, Großjährigkeit, Großmutter, Großvater, Kantonregter, Lehrmeister, Mutter, Rotar, Rath, Retursrecht, Sohn, Tochter, Bater, Bormund, Bor-mundicaftsbehörde, Bormundschaftsrath, Justimmungserflärung.

Eltern [Bater u. Mutter - Bermanbie im 1. Grab ber geraben auffteigenben Linie, nach romifder (civil-

- der geraben aufsteigenden Linie, nach römischer (civilirechtlicher) sowohl als nach kanonischer Computation].
 Recht derselben zur Anfechtung der Che ihres Kindes: Deutsches Reich 77 (litt e) Frankreich
 14, VI (Art. 182 u. 183, unter Art. 148); 18, VIII
 (unten); 25 (Litt. N. d.); 93 (Art. 184 bis 186
 u. 191) Ftalten 31 (Schusnote: Art. 108 u.
 109); 111 (Art. 104 u. 110); 112 (Art. 111) —
 Riederlande 38, I (Rote: Art. 145); 40, II (Art.
 146); 119 (Art. 141); 120 (Art. 143 u. 147) —
 Schweden 171 (3iff. 2) Schweiz IX (Art. 52
 u. 53, als Note zu Art. 27) Spanien 87 (Art.
 98) Bereinigte Staaten 131, IV; 132, VII.
 Accht derselben zur Ein will gung in die
 Che des Kindes: Frankreich 14, VI (Art. 148 u.
 150, 151 bis 155, 158 u. 159); 22, 3iff. 3 (Litt.
 C dis E) Italien 30 f., II (Art. 63, 66 u. 67)
 Ranonisches Recht 38 (Litt. A) Niederlande
 39, II (Art. 92, 99 u. 103) Bortugal 55 (Art.
 1058, 3iff. 1) Russland 58, III Schweden
 59, I (3iff. 2). Bgl. Adoptiveltern, Ergänzung,
 Gistoman. Inhaber der citerlichen Gewatt, Mutter,
 Resurbercht, Bater.

Berbot ber Che swiften benfelben und ihren

Rindern: j. Afcendenten u. Defcendenten. Emancipation [Jahrgebung, Großjährigteitsertlarung, Majorennifirung, Ertheilung ber venia ætatis — die Entlaffung eines haustindes aus der voter-lichen Gewalt]. Deren Erfolgen: Frankreich 13, ill (Art. 476, 477 u. 478) — Defterreich 45, ill (§§ 174

- Deren Ginwirkung auf das Erforderniß der elter. liden refp. bormundicaftliden Ginwilligung gur Che: Deutsches Reich 73 (litt. c: Defterreich 45, Ill (§ 49); 46 (§ 96) — Schweiz VIII (Art. 478) — Oefterreich 45, Ill (§ 49); 46 (§ 96) — Schweiz VIII (Rote zu Art. 27).
Deren Ginfluß auf die Bohnfigverhaltniffe bezüglich der Chevertundungen: Frankreich 13, Ill (Art. 108); 17, VIII (R.4 zu Art. 168)

Italien 33, V (Art. 18) — Portugal 56, 111

(Art. 47).
England 26 ff., 95 ff., 108 (R. 21).
Entel, Entelin [Nepos, Neptis — Berwandter bezw. Berwandte im 2. Grad ber geraden absteigenbezw. Berwandte im 2. Grad ber geraden absteigenbezw. Berbat der ben Linie, nach romifder (civilrechtlicher) fowohl als nach fanonischer Berechnung]. Berbot ber Ehe zwischen solchen und ber Großmutter resp. bem

Großvater berfelben: f. Afcenbenten u. Defcenbenten. Entbindung von einer Cheverfündung, f. Abfürgung der Berfünd frift.

[Befreiung von der Leibesfrucht] nach Auflöfung ber Ehe, bezüglich der für die Wiederverbeirathung einer Grau feftgeftellten Bartefrift : f. Rieber-

Entführung [crimen raptus — die jum 8wed ber Chelichung ab Seite einer Mannsperson erfolgte gewaltsame Begführung einer Frauensperson (bestritten ift, ob auch umgekehrt einer Mannsper-fon ab Seite einer Frauensperson) von ihrem ge-wöhnlichen Aufenthaltsorte, wo fie sich im Schutz ihrer Familie befindet, nach einem entfernteren Orte, ihrer gamilie befindet, nach einem entfernteren Orte, wo fie, jenes Rechtsschutes entbehrend, gang ber Gewalt des raptor preisgegeben ift], ein öffent-liches trennendes Chehinderniß: Ra-nonisches Recht 35, V; 38 (Litt. B) — Desterreich 47, III, 3iff. 2 (§ 56); 120 (R. 1: § 94) — Un-garu 65, III. ein privates trennendes Chehinderniß:

Deutsches Reich 91 — Spanien 87 (Art. 92, Ziff. 5 i. B. mit Art. 93). — Bgl Zwang. Entlaßichein [Dimissoriale]. Uebertragung ber

Buftanbigfeit bes trauberechtigten Pfarrers auf einen anbern geeigneten Geiftlichen, mittelft eines fogen. Entlagicheines : f. Delegation.

Epilepsia idiopathica — Jbiopathische Fallucht] als Chehinderniß: Schweden 172 (3iff. 6). Erford ern i fe ber Chefchließung im Gegensat zu ben aus ben Speverboten sich ergebenden]. NB. Bemerkt wird, daß die Entschefung darüber, was tormelle mes metriche feberiale fichtebung darüber, was tormelle mes mehreille Gebertorberiffe feine im merkt wird, dag die Entjuschung oning, im formelle, mas materielle Cheerforderniffe feien, im einzelnen Falle Schwierigfeiten bieten tann. jo ichwieriger gestaltet fic aber die Unterscheidung zwischen "au Bern" und "in nern" Sperforberniffen, weghalb hievon in dieser Arbeit möglichst Umgang genommen wurde. Unter den Juriften herricht namlich fein bezügliches Ginverftanbnig, fo daß namentlich die Unfichten barfiber auseinander geben, was alles ju ben "außeren" Formen ber Ehefchliegung gebore, beziehungsweife ob nicht foon Diefes ober jenes ein "inneres" Erfordernig Des

biefes ober jenes ein "inneres" Erjorvernis ven Aftes felbft ausmache. formelle [Förmlichteiten, welche die Deffentlichteit und die Beurkundung der Sheschließung zum Dauptzweck haben, d. h. auf die dem Eheschließungsatt vorauszuschichtenen Ermittelungen über das Richtvorhandensein von Shehinderniffen. sowie auf die Errichtung des zur Feststellung des Eheabschlisses bienenden instrumentum sich beziehen, gleichviel feien diese Akrmlickfeiten in letterer dinficht ach feien Diefe Formlichfeiten in letterer binfict ad seien diese Förmlickeiten in letzterer hinsicht ad probationem tantum oder ad solemnitatem gefordert]. Umfang dieser Eheerfordernisse und Wirkung der aus dem Mangel derselben sich ergebenden Scheinbernisse: Belgien 153 — Deutsche Reich XXII (§ 47); 5, III (§ 46); 7. II ("Bayern": Note zu Ziss. 2); 81 (§ 72); 89 (§ 42, Abs. 2 u. § 52); 89 (N. 2: §§ 8 u. 9); 90 (§ 72); 90 (N. 3: §§ 4 u. 7); 140 ("Sachsen": § 10); 141 ("Baden": § 23); 150 (Note: § 41); 160 (II) — Frankreich 12 (Einleitung: Art. 47); 12 (Art. 170); 12 s. I; 17 f., VIII; 18, X; 20, XIII; 24f. (Litt. K bis N); 98 (Art. 191); 98 (Art. 48 u. 89 ff); 94 (Rote) — Großbritannien 28, 11; 95 ff. — Italien 32, 11; 32 f., V; 111 (Art. 94 u. 104) — Aanonisces Recht 33 f.; 38 (Litt. B); 113 — Nieberlande 38 (Art. 138 u. 139); 40, 111; 82 (Art. 134); 119 (Art. 131 u. 135); 120 (Art. 147) — Rorwegen 41 — Desterreich 42 (Cinleitung: § 37); 43 f., II; 50 f., IV; 82 (§ 76); 121 (§§ 69 u. 75) — Boxtugal 54 (Cinleitung: Art. 24); 54, I; 56, III; 83 (Art. 1068); 123 (Art. 1081) — Rumänien 57 — Schweiz VII (Art. 25, Abj. 3); X ff. (Art. 29 bis 39) — Spanien 60 (Cinleitung); 60, I; 63, IV; 63, VI; 84 (Art. 35); 87 (Art. 92. 3iff. 3 i. 8. mit Art. 93); 124 (Art. 28, 29, 30, 37 u. 38) — Ingarn 64, I — Bereinigte Staaten 66 (Cinleitung); 66, I; 67 ff.; 126 ff.; 195 f., XI. — Bgl. Beurlundung der Ehelchließung, Cheregister, Cheversündung, Stellvertretung der Berlobten, Trauung, Zeugen, Zuständer Serieniste (Art. ung, Beugen, Bufiandigfeit ber Urfundsperion. materielle [Thatfachen, beren Begriff fowohl bas Borhandenfein ber für Die Statthaftigfeit ober Rechtsbeständigfeit der Chefcliegung überhaupt nothwendigen freien Ginwilligung, geiftigen und forper-lichen Sahigkeit der Cheichließenden, als auch die Abwejenheit eigentlicher Befchrantugen des Rechtes Abbelengeit eigenlicher Befchrantugen des Rechtes zur Geschließung im einzelnen Falle, bezw. das Ertheilifein einer Einwilligung der gesetlichen Bertreter oder einer odrigkeitlichen Erlaudniß umfaßt]. Umfang dieser Cheersordernisse und Wirfung der aus dem Mangal derselben sich ergebenden Ehedindernisse: Belgien 153 f. — Dänemark XXIV; 4 — Dentsche Recht XVII. (§ 38); XVIII (Preußen); XIX (Bayern); 4, I (§§ 28 dis 32 §§ 36 u. 38); Bayern 7, II; 70 ff; 81 (§ 28, Abs. 2); 81 (§ 72); 89 (§ 28, Abs. 1 u. § 36); 90 ff.; 139 sf.; 154 sf.; 161 — Frankreich XX sf.; 12 (Einseitung: Art. 3); 12 (Art. 170); 14 sf., VI; 22 f. (Litt. C dis H); 81 (Art. 144 u. 145); 92 (Art. 146, 180. 181, 184, 185 u. 186) — Großbritanusen XXIII; 28, I (oben); 29, III; 81 — Frasien XXII; 30 f, II; 32, V (Art. 100); 81 (Art. 55); 82 (Art. 68, Abs. 2); 82 (Art. 69); 111 f (Art. 104, 105, 110, 111 u. 112) — Kanonisches Recht 35 IV; 38 (Litt. A u. B); 114 f., II; 115 f., III — Riederlaude 38 (Art. 138); 39. II; 82 (Art. 86); 119 (Art. 85 u. 142); 120 (Art. 143 u. 144) — Norwegen 41; 82 — Desterreich XXII; 42 (Einseitung: § 4), 42 f., I; 43 f., II; 45 sf., III; 82 (§ 21); 120 (§§ 48, 55 u. 57 dis 60); 121 (§§ 95, 96, 98, 99 u. 102) — Fortugal XXII; 54 (Einseitung: Art. 24); 54 sf.. II; 83 (Art. 1073, 3iff. 4 i. B. mit Art. 1074); 122 f. — Rumänien 57; 83 — Rußland 58, III; 83 — Schweden 59, I; 60, II; 83; 171 f. (I) — Schueiz unt. 27) — Spanien XXIII (Art. 15, Schlußlemma); 60 (Einseitung); 60 f., II; 62, III (Art. 26: Art. 50 u. Art. 27); IX (Art. 52 u. 53, als Rote zu Art. 27) — Spanien XXIII; 62, III (Art. 191; 130, III; 130, III; 130, III; 130, III; 130, III; 131, V; 133; 136; 137 ff. — Bgl. Einwilligung der Eheschindernis, Einwilligung Oritter, Habiter (Persordernise, welche das Richvorhandensein eigent-licher Eheschindernise üben Schludensein eigent-Lic gur Cheidließung im einzelnen Falle, bezw. bas Er-theiltfein einer Ginwilligung ber gefetlichen Bertreter (perfontiche). [Bezüglich ber fogen, materiellen Ebe-erforderniffe, welche bas Richtvorhandenfein eigent-licher Chehinderniffe im besondern Falle zum Gegen-ftande haben, f. Cheverbote.]

Ergan zung der elterlichen Einwilligung zur Seichließung durch das Gericht: Deutsches Reich XVIII (Preußen: "Circularerlaß"); 5, I (§.32) — Großbritannien 29, III (Abf. 2) — Desterreich 46 (§ 52) — Rußland 58, III — Bgl. Aclo respectuoux, Kantonregter, Rath, Retursrecht.
Ergänzung der dormund ich aftlichen Einmilligung zur Eheschließung durch die Bormundschafts- respectuoux, Kantonregter, Bath, Retursrecht.
Ergänzung der dormund ich aftlichen Einmilligung zur Eheschließung durch die Bormundschafts- respectuoux, Kantonregter, Bath, Retursrecht.
Ergänzung der dormund ich aftlichen Einmilligung zur Eheschlichen Dentschaftlichen Bericht aus eine Bericht in Bericht wird der Einmilligung der Schließung der Beich 245 (§§ 49 u. 50); 46 (§ 52) — Rußland 58, III — Schweiz VIII (Art. 27, Abs. 2) — Ungarn 65, V. — Bgl. Retursrecht.

Ertenntniffe, auslandifche. Bollftredbarteit berfelben im Inlande: f. Auslandifche Scheidungs-

ertenniniffe.

Ertlarung ber auswärtigen (Beimats-) Be-horbe bezüglich Cheichliegung eines Austanders im Inlande. Erforbernig einer folden: f. Anertennungsertlatung, Befdeinigung über ben Befig ber perfonlichen Fabigleit, Befdeinigung ber auswar-tigen Geimatsbeborbe, Burgerrechtsguficherung, Traufcein.

scie ber Eheschliegenden]: Dentsches Reich 89 (§ 52); 90 (R. 3: § 7) — Frankreich 93 (K. 8: Art. 75) — Großbritannien 100; 107 — Italien 111 (art. 94) — Kanonisches Recht 33; 118; 114, II — Riederlande 119 (Art. 135) — Desterreich 121 (§ 69 u 75) — Schweig XV (Art. 39) — Spanien 124 (Art. 38) — Bereinigte Staaten 126 ff.; 135 f. — Byl. Consensaustausch, Form der Eheschließung, Sponsalia de præsenti, Trauung.

Erlaubnis für die Ausländer par Eheschließung im Inlande: Deutsches Reich XVII (§ 38); XVIII ff.; 139 ff.; 163 ff. [Landestechtl. Borschriften: 1) Erfordernis eines Trausches resp. einer Anerkenn-

1) Erfordernig eines Traufdeins refp. einer Anertennungserflärung ber auslandischen Behörbe: f. Trauschein (sub Biff. I); Erforderniß eines Trauscheins resp. einer Geiraths-bewilligung ber in landischen Behörbe: f. Trau-

fchein (sub. Biff. II).] Erlaubnig für bie Inlanber gur Ehefcliegung

Erlaubniß für die Inlander zur Cheschließung im Auslande: s. Trauschein (sub Biff. III). Erlaubniß (dienftliche) zur Eheschließung für Beamte. Erforderniß einer solchen: Dentsches Reich 5, I (§ 38); Bayern 7, II (Biff. 3) — Desterreich 43, I — Rustand 59 (Biff 7 u. 8). Erlaubniß (dien ftliche) zur Cheschließung für Militärpersonen. Erforderniß einer solchen und Wirfung des aus dem Mangel derselben sich ergebenden Chesindernisses: Deutsches Reich 5, I (§ 38); Bayern 7, II (Biff. 1); 79 — Frankreich 16, VI (Schustemma); 23 (litt. Gu. H) — Desterreich 46 f. (§ 54 sammt Note); 46 (§§ 94 u. 95

16, VI (Schlußlemma); 23 (litt. G u. H) — Defterreich 46 f. (§ 54 sammt Rote); 46 (§§ 94 u. 95 unter § 53) — Rußland 59 (Jiff. 7).
Er mächtigung (ichristliche) bes zuständigen Standesbeamten eines andern Bezirks oder Areises: Deutsches Reich 89 (R 1: § 43) — Schweiz XII (Art. 36); XIV (Art. 37, Abs. 3). — Bgl. Delegation, Entlassungstein in der Persona Grethmet ein privates krennendes Ebehindernik. als

grundet ein privates trennendes Chehinderniß, als Brethum über die Berson felbft, den freien Stand [vgl. Conditio sc. servilis] ober eine folche Eigen-ichaft, daß bei beren Wegfau fich der Mittontrabent als eine andere Person darstellt: Ranonisches Recht 38 (litt. B); 115, II. — Bgl. Irrthum in der Person. Exterritorialitätsprinzip. Anwendung des-jelben: Belgien 153 (Fif. 2 u 3) — Deutsches Reich 90 (R. 3: § 10); 150 (Rote) — Frankreich 13, III (Rote zu Art. 74); 94 (Rote) — Groß-britannien 110 f. — Bereinigte Staaten 135, XI. — Bgl. Armee im Felde, Conjulardeamte, Gefandticaften, Shiffe.

J.

Fabigteit (perfonliche) ber Cheichließenben gur Chefoliegung.

I. 3m Allgemeinen.

1. 3m ungeneinen.

A) Erforderniß des Besiges dieser Fähigkeit für die Inländer, welche im Auslande sich versehelichen: Borwort 1 st. — Belgien 153 (Biff. 5) — Dentschen: Borwort 1 st. — Belgien 153 (Biff. 5) — Dentschen 32, V(Art 100) — Riederlande 38 (Art. 188) — Desterreich 42 (Ginleitung: § 4); 43 f., II — Borugal 54 (Einleitung: Art. 24) — Schweden (rechts, chen) 172 — Species 80 L (West 41) — Inneren

Portugal 54 (Einleitung: Art. 24) — Schweden (rechts, oben) 172 — Spanien 60, I (Art. 41) — Ungarn 64, I — Bereinigte Staaten 66, I (§ 4082). Berüdsichgigung der personlichen Fähigkeit nach Maßgabe des ausländischen Rechts (Personalstatus) bei Ausländern: Borwort 3 — Schluswort 80; 85 — Belgien 153 (Bis. 6) — Dentsche Reich XVIII fi.; 139 fi.; 161 — Frankreich XXI — Italien XXII, (Art. 102 u. 103) — Portugal XXII — Spanien XXIII.

II. 3m Befondern,

A) Die Fahigteit, eine Che überhaupt eing u-Die Fahigfeit, eine Ehe überhaupt ein ungeben, die - aus dem Fehlen ber erforderlichen geiftigen und torperlichen Fahigfeit (Billensunfahigfeit, Sheunmundigfeit, ju hohes Alter, absolute Impotenzy ober einer Einwilligung der gesetlichen Bertreter oder Borgesetten bezw. eines obrigkeitlichen Geirathstonlenies, sowie aus Ber Gebundenheit durch bestehnde Che, Weihe ober Gelübbe, aus ben Cheverboten wegen bes Betragens gegenüber einem frühern Gatten (Bigamie, Chebruch, Berhetungen tc.) ober megen ber Bahl vorausgegangener Chefchliegungen und aus ber Jahl vorausgegangener Cheschliekungen und aus bem Chesindernisse der Bartezeit (bei Berdeirathetegewesenen) sich ergebenden — Gründe ab foluter persönlicher Unsähigkeit sur die Eheschliekung: Deutsches Reich 4 f., I. (§§ 28 bis 32, §§ 36 u. 38); 70 ff.; 81 (§ 28, Uhs. 2 u. § 35, sowie § 72); 89 (§ 28 Uhs. 1, §§ 34 u. 36); 91 f.; 139 ff.; 168 (R. 1 u. 2); 169 (R. 3); Bapern 7 (Einleitung), 7 (II. 3) ff. 1 u. 3), 8 (litt. a, d. u. d.), 79; Schaumburgesippe 159 — Frankreich 14, V; 14 ff., VI; 17, VII (Schlußlemma); 21 (litt. B); 22 f. (litt. C bis H); 23 (litt. I); 81 (Art. 144 u. 145, sowie Art. 228); 92 f. (Art. 147, 184, 185 u. 186) — Großbritannien 28, I; 29, III; 81; 95 — Italien 30, I (Art. 56 i. V. mit Art. 148, Art. 61 u. 107); 30 f., II; 81 f. (Art. 55, 57 u. 68 Uhs. 2, sowie Art. 69); 111 f. (Art. 104, 110, 111 u. 113) — Kanonisches Recht 34, I; 35, II; 35, IV; 115 ff., III; 117 f., IV — Netberlande 39 f., II; 82 (Art. 86 u. 91); 119 (Art. 84 u. 141); 120 (Krt. 143 u. 144) — Oesterreich 42 f., I; 45 ff., III (3iff. 1, 4, 5 u. 6); 82 (§ 21); 82 f. (§§ 120 u. 121); 120 (§§ 47 u. 48); 121 (§ 62) — Bortugal 54 f., II (Art. 1058, 3iff. 1 u. 5); 56, II (Schlußlemma); 25 (Art. 1233 u. 1234); 122 f. (Art. 643, 3iff. 1 i. 8. mit Art. 1072) — Rußland 58, II bis V (3iff. 1); 59 (3iff. 6 u. 7) — Schweden 171 f. — Schweiz VII (Art. 25, Abs. 2); VII (Art. 27); IX (Art. 28, 3iff. 1); X (Art. 28, 3iff. 3 und Schlußlemma) bem Chehinderniffe ber Bartezeit (bei Berbeirathet— Spanien 60 f., ll; 62, lll (Biff. 1, 2 u. 3); 84 (Art. 4 3iff. 1, Art. 5 3iff. 4 und Art. 7); 87 (Art. 92, 3iff. 1 u. 2 i. B. mit Art. 93); 123 (Art. 4 u. Art. 5, 3iff. 1) — Bereinigte Staaten 130 ff., lll bis VI.; 134, IX (Schluß). — Bgl. Alter (zu hobes), Bigamie, Castraten, Cheband, Chemündigfeit, Chescheidung, Citertische bezw. dormundschaftliche Einwilligung, Erlaubniß zur Eheschliegung, Gelübbe, Impotenz, Militärpersonen, Richtigkeitserklärung, Politischen, Berlassungen, Berrehetungen, Berlassunschiedungszeugniß, Bereheungen, Berlassunschie, Bartefrist, Weihen (höhere), Willensunschiedusgeit, Jahl der vorausgegangenen Chesschließungen. foliekungen.

Die Gabigfeit, eine Che mit einer beftimmten Perfon einzugeben. Behufs negativer geftftellung berfelben, Die - aus bem Beftanbe eines Berlobniffes mit einer britten Berfon, aus ben Eheverboten wegen früher bestandener Che mit berfelben Berfon, wegen Berwanbifdaft (incl. Somageridaft, Portier, Betwandtidaft u. geiftliche Berwandtidaft), Bormundidaft, Religions- ober Bekenninigverichie-benheit, Entführung, Chebruch und Gattenmord, sowie aus bem Borhandenfein relativer Impotenz, bem Umftanbe einer nicht bon bem Berlobten erzeugten Schwangericaft ober bes fleifclichen Umgangs mit einem Dritten, bezw. bes bem Brautigam verschwiegenen Richtbefiges der Birginität (bei einer ledigen Welbsperson), ober aus dem Behaftetsein mit einer dem andern Theile gegenüber geheim-gehaltenen anftedenden ober ekelhaften Krantheit gehaltenen anstedenben oder ekelhasten Krankheit und auß den Ehehindernissen des Standes oder der Kasse sich ergebenden — Gründe relativer verschnlicher Unsächigkeit für die Spicksließung: Dänemark 4 — Deutsches Reich 5, I (§ 33 Rr. 5, §§ 36 u. 37); 81 (§ 38); 170; Baden 168 (R. 1) — Frankreich 16, VII; 17, VII (Art. 348); 23 (litt. I); 81 (Urt. 161 dis 164) — Großbritannien 27; 95 — Italien 30, I (Urt. 59 Jisse, 2, Urt. 60 u. 62); 82 (Urt. 58, 59 u. 68, sowie Urt. 69 Uss. 117, III — Ranonisches Recht 35 ff., III dis VI; 117, III — Riederlande 38, I; 82 (Urt. 87 u. 88) — Destrereich 47, 3isse, 2 dis 4 (§§ 56, 58 u. 60); 49, 3iss. 7 u. 8 (§§ 64, 65, 66 u. 125); 50, 8isse, 9 (§§ 67 u. 68); 83 (§ 125) — Bortugal 55, I (Urt. 1058, 3isse, 2 dis 4); 83 (Urt. 1078, 3isse, 1 dis 3 u. Schlussemma/Urt. 1074) — Rußland 58, I; 58 f., V (3iss. 2 dis 5); 87 — Schweden 60, II; 171 (3iss. 4); 172 (3iss. 7) — Schweden 60, II; 171 (3iss. 4); 172 und aus ben Chebinberniffen bes Stanbes ober ber Christen und Richtchristen, Cognatio legalis, Cognatio spiritualis, Conditio sc. servilis, Crimen, Cultus disparitas, Chebrud, Cheberiprechen, Ent-führung, Firmpathenicaft, Gattenmord, Gefciebene, Honestas publica, Impotenz, Arantheit (anftedende ober efelhafte), Raffe u. Stand, Schwangericaft, Schwängerung i. B. mit Eheversprechen, Seiten-verwandte u. Berschwägerte, Sponsalia de futuro, Taufpathenschaft, Birginität, Bormundschaft.

Fahrzeuge ber Marine, f. Schiffe. Familiennamen, mit welchem bie Chefrau beim Cheabichluffe unterzeichnet: Someig XV (Rote gu Art. 39).

ber gefchiebenen Frauen: Berein. Staaten 131.

- Bezüglich verichiebenartiger Schreibart

eines Familiennamens: f. Abweidungen, Berfonen-

Familienrath [Conseil de famille - Consiglio di famiglia — Conselho de familia — Junta de parientes]. Bildung und Wirtsamfeit einer folden Bersammlung: Deutsches Meich 4 (§ 29, Abs. 5); joiden Berjammlung: Dentiges Meich 4 (§ 29, Ab), 5);
72 (oben); 73 (litt. c); 74 f. — Fraukreich 15 (Art. 160); 16 (oben) — Jialien 31 (Art. 65: Art 251 bis 253) — Portugal 55 f. (Art. 1061. § 2: Art. 207 bis 209 u. 216) — Spanien 61 (Art. 8, 4, 6, 8 u 10) — Bgl. Gegenvormund, Bormund, Vormundschaftsbehörde, Bormundschaftsrath.

Beierlich teiten, religib fe, ber Chefcliegung:

feler i i mietten, terigio je, oct wylgenegen.

j. Rirchliche Trauung.
Fin de ! kin der. Recht des betreffenden Findelhausvorkandes [resp. in Paris des Diroctour général de
l'Assistance publique] jur Einwilligung in die
Ehe eines minderjährigen Findlinges: Frankreich
16, VI — Spanien 61 (Art 13 und 14).

The eines minderjährigen Hindlinges; Frantreich 16, VI — Spanien 61 (Art 13 und 14). Tinn I and 83 ("Außland"). Firm pathen sa ("Außland"). Firm pathen sa chides Recht 37 — Rußland 58, V (8iff. 3). — Byl. Cognatio spiritualis. Toxida 67, 133, 138. Torm der Ehechließung: Borwort 2 — Belgien 153 (8iff. 1, 2 u. 3) — Deutsche Reich 89 (§§ 52 u. 71); 90 (§§ 72 u. 85); 140 ("Sachien" § 10); 141 ("Baden" § 23); 150 (Schlußnote); 160 f. — Frantreich 12 (Urt 170); 93 (N. 3: Urt. 75); 93 (Urt. 48 u. 89) — Großbritannien 95 ff. — Fiallen 32, V (Urt. 100); 111 (Urt. 94) — Ranonische Recht 33 f.; 34, I; 112 f., I — Miederlande 38 (Urt. 138); 119 (Urt. 131 u. 135) — Norwegen 41 — Defterreich 43 f., II; 44 (Note); 121 (§ 75) — Bortugal 54. I; 123 (Urt. 1081) — Mumanten 57 — Hugland 57 — Schweben 59; 172 (II); 174 — Schweiz VII (Urt. 25, Us). 3); XIV f. (Urt. 37, 38 u. 39) — Spanien 60 (Einleitung); 60, I; 124 (Urt. 28, 37 u. 38) — Ungarn 64, I — Berein, Staaten 66, I (Urt. XXIV, § 417); 126 ff., II; 135 ff., XI. — Byl. Civilehe, Rirchlich Erauung.

Rotmulare:

1) Acto respectueux (Chrerbietigteitsatt): Frankreich 26 (Litt. B); 2) Anertennungserflärung bes Bot-jchafters von Frankreich über die von einem

ja fters von Frankreich über die von einem Franzosen in der Schweiz zu schließende Ehe: Frankreich 12 (Einleitung);

3) Anerkennung serklärung des Gesandten von Belgien über die von einem Belgier in der Schweiz zu schließende Che: Belgien 153 f.;

4) Anerkennung serklärung einer Disstrikamt oder Magistrat) über die in der Schweiz zu schließende Ehe eines Bahern, welcher rechts des Rheins seine Heinst hat: Bahern 10, VI;

5) Anerkennung serklärung eines Standes den mich wie eines Bahern iber die in der Schweiz zu schließende Ehe eines in der Pfalz heimatberechtigten des den in gung des Rotars, welcher den gitterrechtlichen Staatsangehörigen: Bahern 10, VII;

6) Besche ung der Rotars, welcher den gitterrechtlichen Ehe vertrag abgefaßt hat: Frankreich 26 (Litt. C);

21) Caveat [Berwahrungsschrift bezüglich einer im Heirardsmelbebuch eingetragenen Notice]: Groß-

Caveat [Verwahrungs] drift bezüglich einer im Heirathsmeldebuch eingetragenen Notice]: Eroß-britannien England 99 (R. 12);
Certificate des Confularbeamten, in dessen Gegenwart die Cheschließung stattsand: Bereinigte Staaten 185 (R. 13);
Certifcate des Geistlich en oder Beamten, welcher als Urtundperson bei der Cheschließ-

ung mitwirtte : Bereinigte Staaten Diftritt Co-Iumbia, Minois 128 f. (R. 8); Certificate bes Superintendent

Registrar über eine Gintragung ins Deirathsmelbebud, gegen welche fein Ginipruch erfolgte: Grofbritannien England 108 (Litt. B);

11) Riralice Common-Licence: Grofbritannien

England 101 (I);

Licence [Trauungs-Erlaubnisschein] des County Clerk: Bereinigte Staaten Diftrift Columbia, 31-

linois 128 (N. 7); Licence [Trauungs-Erlaubnißichein] des Super-intendent Registrar: Großbritannien England

intendent Registrar: Großbritannten England 104 (Litt C);
Notice [Anmelbung einer Che]: Großbritannien England 102 f. (Litt. A);
Urtunde über die Ein willigung der Afcendenten: Frankreich 25 (Litt. A);
Berehelichungszeugniß [vgl. Ziff. 4]:
Bayern 10, VI.

Bruffes Rraubeamten an die Cheschließenden: Deutsches Reich 89 (§ 52); 90 (R. 3: § 7) — Bortugal 54, I (Art. 1081) — Schweiz XV (Art. 39) — Spanien 124 (Art. 38). — Bgt. Erflärung der Einwilligung. Frantfurt a. M. XIX, 11 (Nr 1), 78, 140 (litt. f),

142.

Frantreid XX f., 12 ff., 81, 88, 92 ff., 176 (, Tri-

Frantreich XX f., 12 ff., 81, 88, 92 ff., 176 ("Tribentinische Formvorschrift": II). Franzosen. Deren Cheschließung im Auslande: Bapern XX (litt. e) — Deutsches Reich XIX ("Breußen") — Schweiz 12 ff. Französische Reich 71 (litt. a); 71 (litt. b); 72; 73 (litt. b); 73 (litt. c); 74 (litt. c); 77 (litt. d); 77 (litt. e); 92; 159 (3iff. 1); 160, I; 160, II; 161; 162 f. — Bgl. Code civil. Frauenspersonen als Zeugen bei der Cheschließung. Zulaffung don solchen: Schweiz XV (Rote zu Art. 38). — Bgl. Zeugen bei der Cheschließung. — Befondere Bestimmungen in Betreff der F.: s. Braut, Chefrau, Familienname.

Chefrau, Familienname.

Freiburg [Fribourg] XII (Rote ju Art. 38), 165 (Berzeichniß). Freibeit der Einwilligung [liber consensus]

beiber Chefoliegenben. Die Rothwendigfeit und bas wirfliche Borhandenfein Diefer Borausfegung, beren wirkliche Borhandensein dieser Boraussetzung, deren Mängel das Wesen der Ehe unmittelbar gefährden: Dentsches Reich 89 (§ 28, Abs. 1 i. B. mit § 36); 90 (Kotive z. Keichsgese-Entwurse) — Frankreich 92 (Art. 146, 180 u. 181) — Jialien III (Art. 105 u. 106) — Ranonisches Recht 115, II — Riederlande 119 (Art. 85 u. 142) — Desterreich 47, Biss. 2 (§ 56); 120 (§ 55) — Bortugal 122 (Art. 656 sp.) — Schweden 170 (Aiss. 1) — Schweiz VIII (Art. 26) — Spanien 87 (Art. 92, Jiss. 29, Iss. 2011. 129, III. — Bgl. Beirug, Entführung, Error, Furcht, Irrihum, Imang. Freifprechung (Rlaufenburger-), f. Rlau-

fenburger F. Frem de, f. Ausländer. Frieden Srichter [Juge de paix — Protore — Juoz de paz]. Desien Dazwischenkunft behufs Einholung des heirath stonfen fes derjenigen, unter beren befonderem Soute Die eltern.

160) — Italien 31 (Roten zu Art 65 u. 66); 32 (Art. 81, Abj. 3) — Spanien 61 (Art. 8 u. 10). — Bgl. Familienrath, Juiz do inventario, Kantonregter, Bormund ad hoc, Bormundsafts-

gericht, Bormundicafisrath. Dazwifchentunft bes F.s bezuglich Einholung bes Rathes ber Afcendenten: Spanien 62, II (Art. 15).

Bgl Kantonregter.

- Greichtung von Rotorietatsurfunden burch ben F.: Frantreich 13, II (Art 70 ff.); 15 (Art. 155) — Italien 32, IV (Art. 80). — Bgl. Kantonregter.

Mitwirfung eines &.s als Urlundperfon bei ber Chefchließung: Grofibritannien Schottland 107 — Berein. Staaten 127 f — Bgl. Sheriff, Traubeamte.

Uebertragung ber früher vom Ramilienrath genten Birtfamteit auf ben &.: Deutices Reich

74 (Biff. 1, Soluglemma).

fri fien: f. Acte respectueux, Abfürzung, Bebentzeit, Beisammenwohnen, Einspruchsfrift, Gältigkeit ber Che, Gültigkeitsdauer ber Cheberkündung, Deirathsurkunde (ausländisch), Kantonregter, Rlagefrift, Wattefrift.

frist, Wartefrist.
Fur hi [metus — begründeie, des andern Kontrahenten (Eheschießenden) vor einem, bei Richteingehung der Ehe, ihm widerrechtlicherweise nahegebrachten Nebell als Chehindernis, wegen des dadurch bewirkten phychologischen Zwanges, bezw. Mangels der zur Ehe ersorderlichen freien Willensbestimmung: Dentsches Reich 91 (Preußisches Landrecht) — Kanouisches Recht 115, II — Desterreich 120 (§ 55) — Vortugal 122 (Art. 666 u. 1072) — Spanien 87 (Art. 92, Ziss. 4/Art. 93, Schlußlemman) — Vereinigte Staaten 129, III. — Bgl. Rwang. Zwang.

Satten mord [conjugicidium], als blog aufichie-bend wirtendes Chehindernig, deffen Umgehung aber mit bermögensrechtlichen Rachtheilen bedrobt ift:

mit vermögensrechtlichen Nachtheilen bedroht ist:
Portugal 55 (Art. 1058, Ziss. 4 u. Art. 1059/1064).

—, als distinct ich es trennen des Chesindernist:
Italien 80 (Art. 62) — Ranonisches Recht 36, V
— Desterreich 48 (§ 119); 50, Ziss. 9 (§ 68);
120 (R. 1: § 94) — Anfland 87 — Spanien
62 (Art. 6, Ziss. 8); 87 (Art. 92, Ziss. 2/Art. 93)
— Ungarn 65, III. — Bgl. Crimen, Chebruch.
68 ebühren. Zulässiger Bezug von solchen: Bayern
9, II (NB); 80 (Schustemma) — Schwetz XIII
(Rote zu Art. 36); XV (Rote zu Art. 38, Abs. 1).
— Bgl. Abgaben.

— Betreiung der Dürstigen (indigents) von der Ent-

(Rote ju utt. 30); Av (Rote ju utt. 30, ub). 1).

— Bgl. Abgaben.

— Befreiung der Dürftigen (indigents) von der Entrichtung jeglicher G.: Frankreich 20 (Ges. v. 10. Dezdr. 1850).

Se dunden heit durch noch bestehende Che, Weihe oder Gelübde [als Grund absoluter persönlicher Unfähigkeit für die Ehelchließung]: f. Eheband, Gelübde (feierliches), Weihen (höhere).

Belübde (feierliches), Weihen (höhere).

Geburts ort im Deimatlande. Die einem solchen sedentung eines Deimatortes resp. ordentlichen Wohnsiges: Frankreich 17, VIII (Rote zu urt. 166) — Italien 33, V (Rote zu urt. 100). — Bgl. Deimatort.

Geburts sich eine [Sedurtsurfunden]. Beibringung von solchen, bezw. Erzah derelben, behus Bornahme der Eheverstindung [Anordnung des Aufgebots]: Deutsche Reich 5, II; Bayern 8 (litt. a), 9 (II) u. 79 (litt. b); 81 (§ 45) — Frankreich

13, II; 21 (Litt. A) — Großbritannien 99 (Richterforderniß irgendwelcher Belege jur a notice v) — Italien 32, IV - Riederlande 40 f., IV — Desterreich 121 f. — Schweiz XI (Art. 30) — Bereinigte Staaten 67 ff.; 131, IV. — Bgl. Abweichungen, Civilstandsregisterwesen. Eid, Rotorietätsatt, Personennamen, Tausscheine.

Se genvormund Erfordernig einer Einwilligung besselben zur Eheschließung: Deutsches Meich 71 (litt. b) — Riederlande 39 (Art. 95 u. 98)

Se genwart der Urtundperson [reip des Pfarrers oder Beamten] bei der Eheschließung: Großstauwien 97 (R. 6: arogistrars); 100 (letzter Absay) — Ranonisches Mecht 33; 113 (Tribentinische Formvorschrift) — Bereinigte Staaten 126 (Schluß des 1. Absayes). — Bgl. Mitwirtung des Standesbeamten, Mitwirtung eines Gessilichen. Standesbeamten, Mitwirtung eines Geiftlichen.

ung im Auslande: Bereinigte Staaten 66, I; 185, XI.

- 135, XI.

 von Zeugen bei der Cheschließung, s. Zeugen.
 Geistestrantheit als Chehinderniß: Deutsches Meich 90 Großbritannien 28. I Italien 30 (Art. 61) Ranonisches Recht 115 (K. 5) Riederlande 120 (Art. 143) Desterreich 120 (R. 2: § 273) Schweiz X (Art. 28, 3iff. 3); XI (Art. 31: Rote) Spanien 123 (Art. 4, 3iff. 2) Bereinigte Staaten 130, III Bgl. Bevormundung, Wahnsinn, Wissensunfähigkeit, Zwischengraume.
- raume.

 als Chescheibungsgrund: Schweiz IX (Art. 46 litt. c, Rote zu Art. 28 Ziff. 1) Bgl. Raferei, Bahnfinn.
 Geiftes fow ache, f. Blobfinn.
 Geiftliche. Mitwirtung eines solchen bei ber Cheschließung, f. Mitwirtung u. f. w.

 Richtigkett einer bon einem katholischen Geiftlichen einesangenen Eba. Ernertraich 17 VII. 28

lichen eingegangenen Ehe: Frankreich 17, VII; 28 (unten: Litt. J). — Bgl Gelübbe (feierliches) Beiben (hobere). Strafbarleit berfelben bei Bornahme einer tird -

lichen Trauung vor ber bftrgerlichen Che-ichliehung: Schweiz XV (Rote zu Art. 40). Geiftliche Berwandtichaft, f. Cognatio spi-

Gelabbe, ein faches, als aufschiebendes Chehinder-nig [bas fogen. impedimentum voti simplicis]:

Ranvisches Recht 38 (Litt. A).

—, feierliches [Ordensgelübbe — Profesteiftung in einem vom papstichen Stuhl approbirten Orden],

1) als blos aufschiebend wirkendes Che-hindernis: Portugal 55 (Art. 1058, Fiff. 5/Art.

1059;
2) als bffentliches trennendes Chehinderniß [das fogen. impedimentum voti solemnis]: Randnisches Recht 35, 11; 38 (Litt. B)
— Desterreich 49 (§ 63); 120 (R. 1: § 94) —
Rusland 59, V (Jiss. 6) — Spanien 60 (Einleitung); 62, III (Art. 5, Jiss. 2); 97 (Art. 92,
Jiss. 2/Art 93) — Angarn 65, III. — Bgl. Geistliche (Richtigkeit &), Weihen (höhere)
feierliches [Ordensaelübbe — Profekleistung

feierliches [Ordensgelübbe - Brofefleiftung in einem bom papftlichen Stuhl approbirten Orden]. Auflojung bes Chebanbes mittelf Ab-legung eines folden: Rangnifches Recht 34, I (oben); 112 (unten) — Buflanb 58, IV (oben) — Bgl. Bapft-liche Dispensation.

Gemeinderichter [Juez municipal] als Civil-ftandsbeamter: Spanien 60 (Einlettung); 124 (Art. 28 ff.). — Bgl. Friedensrichter. Gemifchte Chen [zwischen Orthodogen und hare-

tifern, refp. zwifden Angehörigen berichiedener drift.

licher Glaubensbefenntniffe]. Bedingungen, unter welchen folde Chen gultig fein tonnen: Ranonifches Recht 34, f., I — Desterreich 43 (Rote unter § 119) — Ruffland 58, I (Ziff. 3) — Schweben 174 — Ungarn 64, I; 65, III (Schluftemma) — Bgl. Betenntnifperschiedenheit.

Begügliche Rechts fixeitig feiten. Deren Beurtheilung: Birttemberg 169 (R. 4).

Genf [Geneve] XII (Rote ju Art. 33), 166 (Bergeichenis).

Seorgia 67, 126 (Rote 5), 137, 138

Serabe auf und abstrigende Sinie linea recta as-cendens sive ascendentium et descendens sive descendentium — die Reihe der Ascendenten u. Descendenten]: Ranonisches Recht 37. — Bgl. Abfteigenbe &., Auffteigenbe &.

Berichte. Inanspruchnahme von folden bezüglich ber Eheichließung: f. Auflöfung der Che, Einsprachen, Ergangung der Sinwilligung Dritter, Friedens-richter, Gerichtsbehörde, Kantonrogter, Richtig-leitserklarung, Richtigkeitsklage, Bormundschaftsgericht.

Gerichtsbarteit in Chejachen: Dentsches Reich 161 f. — Großbritannien 28, I; 161 f. (Anmert-ung) — Vortugal 86 (Art. 1069, 1086 u. 1089) — Schweben 176 f. — Ungarn (Einleitung: Schlußlemma) - Bereinigte Staaten 138 f. - Bgl. Derichtsftanb.

Sericht be horde. Erforderniß einer Einwilligung ber G. gur Chefichiegung: Desterreich XXII (§ 51); 45 (§ 49); 46 (§ 50). — Bgl. Bormundichaftsaericht

Serichts fiand für Chejachen: Deutsches Reich 162 (Rote *); 166, II (§ 568) — Großbritannien 28, I (unten); 29 (Appendix) — Schweben 175 (Litt. B,

1 (unten); 28 (Appendix) — Sameden 175 (Litt. B., Siff 1) — Schweiz 176 (Zufat) — Berein. Staaten 184, IX (am Schlusse). — Bg!. Ausländer.

Se f and bisch aften. Bornahme von Eheschließungen in den zugehdrigen Lotalitäten: Belgien 153 (Ziff. 2 u. 3) — Deutsche Meich 90 (§ 85); 150 (Rote) — Frankreich 93 (Art. 48); 94 (Rote) — Groß-britannien 110. — Bgl. Consularbeamte, Externativitätsnripein torialitätsprincip.

Gejoiebene. Berbot einer Bieberverheirathung für Berfonen, welche bereits mit einander ber-heirathet gewesen find: Belgien 3 (Art. 295) — Rieberlande 38, I (Art. 90). Biederverehelichung ber Geschiedenen überhaupt: f. Bartefriß, Wiederverehelichung.

j. Wartefrift, Wiederverehelichung.
Ge fch lecht's name, f. Familienname.
Ge schlossen ame, f. Familienname.
Ge schlossen ame, f. Familienname.
Ge schlossen ame, f. Familienname.
Recht 34 (Cinleitung).
Ge schwister Etuder u. Schwester — Verwandte im
1. Grad gleicher Seitenlinie nach kanonischer und
im 2. Grad der Seitenlinie nach römischer (civilrechtlicher) Berechnung, gleichviel seien dieselben
leibliche vollbürtige (gormani, bilatorales), d. h.
von demselben Elternpaar erzeugte, oder halbbürtige
(unilatorales, Stiefgeschwister), d. h. folde, die nur (unilatorales, Stiefgeschwifter), b. b. folde, die nur eins von beiden Eltern gemeinschaftlich haben, und zwar bezüglich letterer ohne Unterschied, ob fie den Bater (consanguinei) oder die Mutter (uterini) gemeinschaftlich haben]. Berbot der Che

gemeinschaftlich haben]. Berbot der Che zwischen denselben: s. Seitenberwaudte (Biff. 1). Geschwiftert in der Setter u. Base — Berwandte im 2. Grad gleicher Seitenlinie nach kanonischer und im 4. Grad der Seitenlinie nach römischer (civilrechticher) Berechung]. Berbot der Che

awifden benfelben: j. Seitenverwandte (Biff. 8.)
Gejen [frangöfisches] bom 15. Pluvioso XIII Citat
aus bemjelben: S. 16, VI (bezügl. b. Findlinge).

[frangofifches] vom 10. Dezember 1850, betreffend Befreiung ber Dürftigen von der Entrichtung jeglicher Gebühren behufs Aus-wirfung ber ju ihrer Berbeirathung erforberlichen Attenftude: G. 20 (rechts) [frangoffices] betr. Refrutirung, j. Militaraus-

bebungsgeit

[öfterreichisches] vom 25. Mai 1868, womit bie Borschriften des a b. G. B. über das Cherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Chefachen ben weltlichen Behörden überwiefen und Bestimmungen über die bedingte Aulässig-leit der Cheschließung bor weltlichen Be-h brden eingeführt werden. Mitgetheilte Stellen aus diesem Geletze: Art II, §§ 1 dis 5: S. 50 f., (IV) — Art. II, § 9: S. 121 (Rote). [öfterreichisches] vom 10. Juli 1868, betreffend die

Beweistraft ber Geburts., Erauungs und Sterbematrifen ber Israeliten. Mit-geheilte Stellen aus diefem Gefete: Art. I u. II:

- S. 122 (Rote). [öfterreichifches] vom 9. April 1870, fiber die Chen bon Perfonen, welche feiner gefeglich an-erfannten Rirche ober Religionsgefellertannten Rirde ober Meligionsgefellichaft angehören, und über die Sührung ber Geburts=, Ehe- und Sterberegifter für dieselben. Mitgetheilte Stellen aus diefem Gefege: § 1:
 5. 122 (Rote) — § 2: 5. 48 (Rote zu § 115) —
 — § 3: 5. 122 (Rote).
 [ichwebisches] vom 20. Januar 1863, betr. die 1übich- ariftlichen Cheschliegungen:
 5. 174
- [fowebifches] bom 8. Rovember 1872, betr. Daswifdentunft bes Giftoman bei Chen von Dad chen bürgerlichen Standes: S. 171 (Rote *).
- [fcmebifches] vom 31. Oftober 1873, betr. bie Eheichließungen ber Diffibenten: S. 174. [fcmebifches] vom 15. Oftober 1880, betr. bie theidtießungen berRichtgetauften zc.:
- [ichwebtiches] vom 17. Dar; 1882, betr. bie Ber-ehelichung ber abeligen Frauleins: 6. 171

[fpanifches] betr. die Ginholung der elterlichen Gin-

- willigung jur Che: f. Ley de disenso paterno. Se fegblatter, f. Befanntmachung ber Gefete. Se fete, aus welchen die einschlägigen Theile ober Bruchflude von solchen in diefes Sammelwert aufgenommen murben: f. Allgemeines burgerliches Bejegbuch, Allgemeines preußisches Landrecht, Badisches Landrecht, Bundesgeset, Bürgerliches Gesetbuch, Burgerlijk Wetboek, Code civil, Codice civile, Burgerijk Wetdoek, Code civil, Codice civile, Codigo civil, Common-law, Sefet, Ranonifots Recht, Rithenrecht, Kyrkolag, Legitimacy Dec-laration Act, Ley, Lord Brougham's Act, L. Hardwicke's A., L. Lyndhurst's A., L. Rus-sell's A., Wilitäraushebungsgefet, Reichsgefet, Sta-tutes, Sveriges rikes lag Sefet lice Bermanbtfcaft, f. Cognatio le-
- Befinbe, f. Dienftboten.

Gemerbe, i. Dienploten.
Gewerbe, i. Beruf.
Gewohn heits fau ferei, unverbesserliche, als Cheicheidungsgrund: Schweben 170 (II, Ziss. 4) —
Bereinigte Staaten 134, IX (rechts, oben).
Giftoman [Sponsor — Bormund ad hoc]. Dazwischenkunst bes sogen. G. bezüglich der Eheichließung eines noch nicht 25 Jahre alten oder für minderjahrig ertlatten Maddens: Schweben 59, I (Biff. 3); 171 (Biff. 2) — Bgl. Abelige Frauleins. Glarus XII (Rote ju Art. 33), 165 (Bergeichnis).

Grabberechnung. Bergleichung gwifden ber ta-nonifden und ber civilrechtlichen (romifden) G: Ranonifdes Recht 37.

NB. Die Grabe ber Bermanbticaft gwifden gwei Berfonen bestimmen fich in ber geraben (auf- und abfteigenden) Linie, nach romifder (civilrechtlicher) fowohl als nach tanonifder Berechnung, nach ber Bahl ber Zeugungen, welche zwischen Ber-jonen liegen In ber Seitenlinie aber werden im romi fich en Recht — welchem die modernen Civilgesetzgebungen gesolgt find — soviele Grade gezählt als Zeugungen die Entsernung zwischen den beiben Berwandten herstellen [b. b. es wird von bem einen Berwandten bis jum gemeinschaftlichen Ctammbater auf- und von biefem bis ju dent anbern Bermanbten abmarts gegahlt], mahrenb bas tanonifche Recht blos bis jum gemeinfamen Stammboter hinauf gablend ben Grab ber Ber-wandtichaft nach ber Bahl ber Brugungen, welche jeden der Bermandten bom gemeinsamen Stamm-vater trennen, bezeichnet und bei etwaiger Ungleichheit der Zahl der Generationen auf den beiden Seiten die langere Seite entscheiden lagt. — In bemjenigen Grabe, in welchem Jemand mit einem Ehegatten verwandt ift, ift er mit dem anderen

Ehegatten berichmägert. Graubunben XII (Rote ju Art. 33), 165 (Ber-

Graubünden XII (Note zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).
Greina-Green. Cheschließung daselbst: Deutsches Meich Preußen 161 (oben) — Großbritannien 100 (N. 18). — Bgl. Lord Brougnam's Act.
Groß britannien XXIII, 26 ff., 81, 94 ff.
Groß britannien XXIII, 26 ff., 81, 94 ff.
Groß britannien Eroßvater und Großmutter — Berwandte im 2. Grad der geraden aussteigenden Linie, nach fanonischer sowohl als nach römischer (civil-rechtlicher) Computation]. Recht derselben zur Anfecht ung der Ehe ihres Entels: Frankreich 14, VI (Art. 182 u. 183, unter Art. 148); 18, VIII (unten); 25 (Litt. N., b); 93 (Art. 184 bis 186 u. 191) — Italien 31 (Schlußnote: Art. 108 u. 109); 111 (urt. 104 u. 110); 112 (Art. 111) — Niederlande 38, I (Rote: Art. 145); 40, II (Art. 146); 119 (Art. 141); 120 (Art. 143 u. 147) — Spanien 87 (Art. 93) — Bereinigte Staaten 132, VII (Schlußlemma).

VII (Schlußlemma). Recht berfelben zur Einwilligung in die Che bes Entels: Frankreich 14 f., VI (Art. 150 bis 155); 22, Biff. 8 ((Litt. C bis E) — Italien 31 (Art. 64 u. 67) — Rieberlande 39 (Art. 98 u. 94).

155); 22, Zisi. 3 ((Litt. C bis E) — Italien 31 (Art. 64 u. 67) — Rieberlande 39 (Art. 93 u. 94).

— Bgl. Großmutter, Großvater.

— Berbot der Che zwischen denselben und ihren Enkeln: s. Ascendenten u. Descendenten.

Groß jährig keit [Bolljährigkeit]. Der Eintritt derselben und bessen Einsugen Einstuge Reich 4 f. (§§ 20, 32 u. 36); 73 f; 78; vgl. § 72 auf S. 81 — Frankreich 13, ill (Art. 488, Rote zu Art. 108); 15 (Art. 159 u. 160); 16, R. 4 (vgl. 21, litt. A); 16 (bezügl. d. Findlinge) — Großbritannien 29, III; 97 (R. 7); 99 (R. 10); vgl. S. 81, Abs. 3 — Italien 31 (Art. 63, Abs. 3; Art. 64 bis 67: Art. 240); vgl. Art. 69 auf S. 82 — Riederslande 39 (Art. 385 u. 478; Art. 92 u. 95 bis 104) — Desterreich 45 (§§ 21, 49 u. 50), vgl. S. 43, Abs. I (oben) — Bortngal 54 f., II (Art. 97; Art. 1058, 3ist. 1; Art. 1059 u. 1060, § 1) — Shußland 58, Ill — Schweben 59, I; 171 (3iss. 2) — Schweiz VIII (Art. 27, Abs. 2); XV (Rote zu Art. 38, Schlußlemma) — Spanien 61 (Art. 3 u. 13) — Ungarn 65, V — Bereinigte Staaten 130 f., IV; 137 ss.

Grogmutter. Deren Recht jur Ginwilligung in die Che ihrer Entel: Rieberlande 39 (Art, 94). - Bgl. Großeltern, Großvater.

Grogneffe, - nichte, - oheim, -tante [Ber-wandte im 3. ben 1. berührenden Grad ungleicher Seitenlinie nach tanonischer und im 4. Grab ber Seitenlinic nach romifcher (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Che mit benfelben: f.

Seitenbermandte (Biff. 4). to goater. Deffen Recht jur Gin willigung in o po a ret. Desen necht zur Ein willigung in die She feiner Enkel: Frankreich 14, VI (Art. 150)

— Italien 31 (Art. 64) — Rieberlande 39 (Art. 93) — Portugal 55 (Art. 1061, § 1) — Spanien 61 (Art. 2 u Art. 12). — Bgl. Großeltern.

It ig teit der Ehe in Folge Richtgebrauch ihres

Rechtes innert einer gewissen Frift, ab Setie ber zur Anfechtung ber She berechtigten Personen: Deutsches Reich 77 (litt. e); 89 (§ 36); 91 f.; Sachien 168 (R. 1: §§ 5 u. 6) — Frankreich 14, VI (Art. 183, Note zu Art. 148); 18, VIII (unten); 25 (Litt. N, b); 92 (Art. 181); 93 (Art. 185) — Italien 30, I (Art. 112, Note zu Art. 61); 111 (Art. 104 106 u. 110) — Aanonisches Recht 115, II — Nieberlande 40, II (Art. 146, whj. 2); 120 (Art. 142, 143 u. 144) — Desterreich 46 (§ 96); 121 (§ 96); — Bortugal 123 (Art. 668/Art. 1072) — Schweben 171 (I, Biff. 2) — Schweiz VIII (Note zu Art. 26: Art. 50, Abs. 2); IX (Note zu Art. 27: Art. 52 u. 53) — Spanien 87 (Art. 92, Schlußlemma) — Bereinigte Staaten 131, V. — Bgl. Beisammenwohnen, Convolidation, Rlagefrift. Rechtes innert einer gewiffen Frift, ab Setie ber Rlagefrift.

Baltigfeit einer im Auslande gejchloffenen

Gültigkeiteiner im Auslande geschloffenen Che: s. Anerkennung.
Gültigkeitsbauer ber Cheberkündung [Berjährung bes Aufgebots, bezw. der Dispensation vom Aufgebot — Gültigkeitsbauer einer liconce]: Deutsches Reich 6, III (§ 51) — Frankreich 18, I (Art. 65) — Größbritannien 29, Il (Abs. 3); 98 (R. 7); 100; 102, I; 103 (Beil. B); 104 (Beil. C) — Nieberlande 40, III (Art. 112) — Defterreich 51, IV (§ 73) — Bortugal 56, III (Art. 1077, § 2) — Schweiz XIV (Art. 36, Schlusseh) — Spanien 68, IV (Schlussemma).
Güterrechtliche Bestimmungen: s. Auseinanderseung w., Esterliche Bezw. vormundschiliche Einwilligung [Deutsches Reich, Großbritannien, Portugal], Schweben u. Bereinigte Staaten], Cattenword [Portugal],

den u. Bereinigte Staaten], Gattenmord [Portugal],

Bormunbidaft.



habeln 78. δ alb g e f d wifter (halbburtige ober Stiefgefdwifter) f. Gefdwifter.

f. Gefcwifter. O am burg 12 (Rr. 25), 70 (Rr. 25), 78 (litt. b), 75 (8iff. 11), 78 150, 158 (Rr. 25), 159 (8iff. 3). O an b buch für bie ich weizerischen Civil-ft an b s b e am te n [herausgegeben vom schweizerischen Sechweiz X (Rote zu Art. 28, 3iff. 2) litt. b); X (Rote zu Art. 28, 3iff. 3); XIII (Rote zu Art. 34); XV (Rote zu Art. 38); XV (Rote zu Art. 39). — Bgl. Bundesgericht, Bundesrath. O an blungsfähiefeing: f. Großjährigkeit, Zeugen. O an blungsnung nfähige frechtich]. Auserftanbesein

Dan blun gsun fahige [rechtlich]. Außerftanbefein berfelben, ihre Einwilligung in Die Che bes Rinbes zu erklaren: Frantreich 14, VI (Rote zu Art. 149)

- Desterreich 45 (§§ 176 u. 177, Rote au § 49)
- Schweiz Vill (Rote zu Art. 27, Ab. 2) - Bereinigte Staaten 131, IV.

Erforbernig ber Ginwilligung bes gefeglichen Bertreters jur Chefchliegung berfelben: j. Bebor-

Dannover XIX, 139 ("Breugen": litt. a), 156

(Nr. 1).

(Ar. 1). Tamwendung des Grundsates, daß diefelben den Geseten der salle gillig get auften
Denschen in sich schließenden katholischen Rirche
bezüglich der Ehe unterworfen seien: Ranonisches Recht 34 f., I; 118 (R. 8). — Byl. Gemischte Ehen.
Daupterfordernisse der Eheschließung
[Einwilligung und Fähigkeit der sich bindenden Theile, unter der Boraussetzung eines in rechtmäßiger Form erfolgenden Consensaustausches —
die wesentlichen Bedingungen der Berträge überhaupt mit Bezug auf die Ehe als Bertrag, welcher
die naturgemäße Lebensgemeinschaft zweier Personen
verschieden Goschen Gogenkande hat]: Borbie naturgemäße Lebensgemeinschaft zweier Bersonen verschiebenen Geschlechts zum Gegenftande hat]: Portugal 54, I (Art. 1072); 122 f. — Schweben 170 f. (Litt. A.: Biff. 1, 2 u. 3). — Bgl. Consensaustausch (bloger), Ein willig ung ber Speschenen, Fahigteit (personliche), Form der Epeschlechung. Dei matort [resp. Bohnste im Deimatlande, letzter ständiger Aufenthaltsort oder Geburtsort zu dasselfst bescholich des Kannaussen ber Deburtsort zu dasselfst bescholich des Kannaussens aufen.

ftändiger Aufenthaltsort oder Geburtsort ze dajelbst bezüglich der Cheverkündung: Deutsches
Reich 5 f., ill; 90 (R. 2: § 11 u. R. 3: § 5);
160, II; Baden 141 (§ 23, Abs. 2); Bayern 7, I;
id. 9, IV; id. 10, Vill (Art. 4, Abs. I u. II) —
Frankreich 17, VIII (oben) — Großbritannien 29,
II (Schlußlemma) — Ialien 38, V — Riederstande 40, III — Desterreich 51, IV (unten) —
Portugal 56, III — Schweben 173 (Rote*) —
Schweiz X (Art. 29) — Spanien XXIII (Art. 15);
63, IV — Bereinigte Staaten 66 (Sinleitung:
Schlußlemma). — Bgl. Geburtsort.
Dei matrecht, st. Sürgerrecht.
Dei mats beh 5rde, von welcher im Einzelfalle die
Bescheinigung erhältlich wäre, daß einer be-

Deimatsbehörde, von welcher im Einzelfalle die Beschein gung erhältlich wäre, das einer beabschichtigten Eheschließung nach dem Rechte des Deimatstaates der Berlobten ein Hinderniß nicht entgegenstehe. Boraussezung des Borhandenseins einer solchen "zuständigen Behörde": s. Bescheinigung der auswärtigen Deimatsbehörde zc. Deimatverhölt nisse, besondere: Bahern 9, IV; 10 f., VIII — Desterreich 42 (Einleitung, Abschn. 2); 49, Biss. 5 (Schlußlemma). — Bgl. Wohnsterbaltnisse.

hältniffe.

haliniste.
Deim licht ber Eheschleisung als bffentlices irennendes Chehinderniß [das sogen. impedimentum clandestinitatis]: Ranonisches Recht
38 f. (Einleitung); 84 f., I (Schlusnote); 38 (Litt. B);
113. — Bal. Deffentlichkeit.

— als ohne Einsug auf die Giltigkeit der Cheschließung: Großeritannien Schotland log fo.

Ranonifice Recht 112 — Bereinigte Staaten 126.
— Bgl. Sponsalia de futuro, S. de præsenti. Peixaths bewilligung, j. Erlaubnig jur Che-

foliegung.

Deirath Bregifter, f. Cheregifter. Deirath Surfunde (ausland if che). Gintragung ber im Auslande ausgestellten Urfunde — über bie bafelbft erfolgte Chefchliegung eines Inlanders - in va ein öffentliches Heightegung eines Inlanders — in ein öffentliches Heirathsregister des Inlandes [innert einer gewissen hiefür anderaumten Fr ift]: Beutsches Meich 162, f. — Frankreich 20, XIII; 25 (Litt. Q); 93 (Art. 95) — Großbritannien 111 (Kote) — Italien 33, V (Art. 101) — Niederlande 38 (Einsleitung: Art. 139) — Portugal 56, III (Schuße note: Art. 2479) note: urt. 2479) — Rumänien 57 — Spanien 68 f., V — Bereinigte Staaten 66 (Art. XXIV, § 415); 135.

Seisen [Srobberzogthum] 6, 11 (Rr. 6), 69 (Rr. 6), 72 (unten), 75 (Ziff. 5), 140 ("Preußen": litt. 0), 142 f., 157 (Rr. 6), 159 (Ziff. 1 u. 8), 164, 169

(R. 5).

[Ruffürftenihum] 140 ("Breußen": litt. c) und 142 ("heffen").

Dinbernisse ber Eheschließung, f. Chehinderniffe.

—, welche ber Legitim ation eines vorehe-

—, welche ber Legitimation eines vorehelichen Kindes bei Cheschließungen von Ausländern in der Schweiz entgegenstehen fonnen:
Frankreich 19, XII — Riederlande 41 (Art. 327
u 328) — Bgl. Blutschade, Chebruch.
dobenzollern. Sigmaringen 74.
dolftein XIX, 72, 78, 139 ("Breußen": litt. b), 144
("Oldenburg"). — Bgl. Schleswig-holstein.
Honestas publica [öffentliche Chrbarkeit oder
Sittlichkeit] ein öffentliches trennendes Chehindernis
auf Grund des Berhältnisses welches durch eine
gultig abgeschlossene, aber nicht consumirte Ehe oder
durch ein gültiges Eheberlöbnis zwischen den Chegatten resp. Braut und Bräutigam einerseits und gatten rein. Braut und Brautigam einerfeits und ben Blutsverwandten des andern Ebegaiten, reip. des Bräutigams oder der Braut anderfeits entsteht: Lanonisches Recht 36, VI; 38 (Litt. B). — Bgl. Aergernis (diffentliches).

3 da h o 69, 139.

3 1 1 in o is 67, 125 (R. 4), 126 (R. 5 u. 6), 127, 128 (R. 7), 129 (R 8). 130, 131 (R. 10), 132, 134, 136 (R. 14), 137, 138.

3 m po t e n z [impotentia coëundi — "Undermögen", den Beijsslaf auszuüben,] als difentliches trennendes Schinderniß: Ranonisches Mecht 85, IV; 116 — Spanien 62, III (Art. 4, 3iff. 3); 87 (Art. 92, 3iff. 1/Art. 93); 123 (Art. 4, 3iff. 3).

— als privates trennendes Chehinderniß: Dentsches Keich 91 — Großbritannien 28, I (oben: Abs. 3) — Italien 30, I (Schlußlemma); 82 (Art. 107, unter Art. 57) — Ranonisches Reich 35, IV; 88 (Litt. B); 116 f. — Norwegen 41 (Schlußlemma) — Desterreich 47, 3iff. 4 (§ 60) — Schweben 60, II (3iff. 1) — Spanien 62, III (Art. 4, 3iff. 3); 87 (Art. 92, 3iff. 1/Art. 93); 123 (Art. 4, 3iff. 3) — Ungarn 65, III — Bezeinigte Staaten 131, V. — Best. Unfruchtbarteit. — Richtvorhandensein des hindernisses der Wartegeit bei Wiederverselstäng einer Frau, deren Schwegen Impotenz des Chemannes für ungültig erklärt wurde: Italien 82 (Art. 57). — Bgl. Wartefriß.

Bartefrift.

Inceft, f. Blutichande. Indiana 67, 128, 137, 138. Inhaber ber elterlichen Gewalt. Deffen Recht zur Einwilligung in die She bes unter elter-licher Sewalt stebenden Kindes: Schweiz VIII (Art. 27, Abj. 2). — Bgl. Eltern, Mutter, Bater. Inlander. Speschließung derselben im Auslande: f. Ausland.

3 nierdiftion, f. Bevormundung. Intervalle, f. Zwischenraume. Jowa 67, 138.

Irland 99 (R. 18), 100, 104 ff., 108 (R. 21). Irrinn, f. Geffeskrantheit. Irrihum in der Berfon [Error in personam] des Mitkontrahenten bildet (nach allen Rechten) ein auf einem Mangel der Einwilligung beruhendes

privates trennendes Chehinderniß, und zwar nicht blos dann, wenn der Brrifum über bie Joentitat der bei der Chefchliegung gegenüberftebenden Berfon ftattfindet, fondern auch bann, wenn fich ber 3rrthum auf weientliche — immerhin in den dersichten nechten verschieden bestimmte — Eigensichaften der betreffenden Berson bezieht: Deutsches Reich 89 (§ 36); 90 f. (Preußisches Andrecht) — Frankreich 92 (Art 180 u. 181) — Italien 111 (Art. 105 u. 106) — Kannnisches Recht 115, II — Riederlande 120 (Art 142) — Desterreich 120 (§ 57 u. 59) — Bortugal 122 f. (Art. 656, Art. 657 3iff. 3, Art. 662, 695, 696 u. 1072) — Schweiz VIII (Art. 26) — Spanien 87 (Art. 92, 3iff. 4/Art. 93, Schlußlemmid) — Bereiu. Staaten 129, III. — Byl. Bedingte Cheschiebung, Beischlasmit einer dritten Person, Conditio Sc. servilis, Impotenz, Aransheit (anstedende oder ekelhafte), Mängel der Person. Schwangerschaft.

Italien XXI f. 30 ff., 81 f., 88, 111 f.
Italien is de Staatsangenschaft.

Italien is de Staatsangebart 1874: Centralbl. f. d. D. Reich 1875 Rr. 10, S. 155 f.); vgl. S. XIX, XX, 141 ff. — Schweiz 30.

Iuden [Israeliten] Besondere Bestimmungen in Bestreff derselben: Deutsches Meich Quanover 139 (litt. B, b); vgl. indessen Auf Geite 145 die Rote* (§ 2) — Großbritannien 97; 98; 101 (Rote 17); 106; 109 — Desterreich 45 (Rote zu § 49); 48 (Rote zu § 119; §§ 133 dis 136); 49, 3iff. 8 (§ 125); 51, IV (Schlußabl.); 83 (§125); 88; 122 — Mußlands 58, I (3iff. 5) — Schweden 174 — Ungarn 65, IV; 152. — Byl. Christen u. Richtschiften, Cultus disparitas [Religionsverschiedenheit].

Judge of probate court | Bormundschaftsrichter] — Clerk of probate court | Bormundschaftsrichter] — Clerk of probate court | Bormundschaftsrichter] thum auf wesentliche - immerbin in ben ber-ichiebenen Rechten verschieben bestimmte - Gigen-

Judge of probate (Bormundicafisticitet) — Clerk of probate court [Bormundicafisgericits-jcreiber] — Clerk of orphans' court [Baijen-

— Bgl. County Clerk.

Juez de paz, s. Friedensrichter: "Spanien".

Juez municipal [Gemeinderichter]. Defien Berrichtungen als Civilftandsbeamter: Spanien 60 (Rote); 64; 124 (Art. 28, 29, 30, 37 u. 38).

Juge de paix, s. Friedensrichter: "Franfreich".

Juiz do inventario. [Bormundschaftsrichter].

Defien Dazwischenfunst bezugt. Einholung des heir aths confenses eines Familienrathes:

Portugal 56, II (Art. 216). — Bgl. Friedensrichter,
Rormundschaftsaericht. Bormunbicaftsgericht. Bungfraufcaft, f. Birginitat.

Ranon if des Recht 33 ff., 81 ("Großbritannien"), 94 ("Großbritannien": R. 1), 112 ff., 137 ("Quellen u. Literatur"), 176 ("Tribentinische Formvorschrift"). Kantonregter [Rantonsrichter]. Deffen Da-

awischenkunft bezüglich Cheverweigerungen ber Eitern ober Bormunder: Niederlande 39 (Art. 95, 98, 99 bis 104). — Bgl. Acte respectueux, Ergangung (gerichtliche), Gerichtsbeborbe, Juez de paz, Bormundichaftsbeborbe.

Defien Befugniß jur Errichtung von Rotorietäts-urfunden [als Erfatz für die fehlenden Geburts-oder Todtenicheine]: Riederlande 40 f., IV (Art. 127 u. 128). — Bgl. Eid, Friedensrichter. Raftraten, f. Caftraten. Raufafien 88 ("Rugland").

Rentudy 67, 126 (R. 5), 137, 138 Reufdheitsgelübbe, f. Gelübbe. Rinder, angenommene: f. Adoptivfinder.

-, eheliche. Befonbere Bestimmungen über bas Erorberniß einer Einwilligung der Eltern oder sonfiger Bewandten gur Ebeschließung von solchen: Deutsches Reich 4 I (§ 29); 70 (litt B. a)
— Frankreich 14 f.. VI (Art. 148 bis 155 u. Art. 160); 22 (litt. C, D u. F); 25 f. (Anh. III, litt. A u. B) — Großbritannien 29. III — Jtalien 30 f.,

u. B) — Großbritannien 29. III — Italien 30 f., II (Art. 63, 64 u 55) — Riederlande 39, II (Art. 92 bis 96 u. 99) — Desterreich 45 (§ 49) — Spanien 60 f., II (Art. 1 bis 10 u Art. 15). — Byl. Etterliche Einwilligung.
uneheliche Einwilligung.
uneheliche Besondere Bestimmungen über das Ersorderniß einer Einwilligung Dritter zur Cheschließung von solchen: Deutsches Reich 5 (§ 30); 71 ff. (litt. b u. c) — Frankreich 15 (Art. 158 und 159); 22 (litt. E) — Italien 31 (Art. 66) — Riederlande 39 (Art. 97 u. 98); 40 (Art. 104) — Desterreich 45 f. (§ 50) — Spanien 61 (Art. 12 u. 13).

(Art. 104) — Desterreich 45 f. (§ 50) — Spanicu 61 (Art. 12 u. 13).
voreheliche. Legitimation berselben durch die Ehe der Eltern: s. Legitimation o. [Berwandte im 1. Grad der geraden absteigenden Linie, nach kanonischer sowohl als nach römischer (ctvilrechtlicher) Berechnung]. Berbot der Ehe zwichen denselben und ihren Eltern: s. Assendenten und Defcendenten.

Rirdenbit der als Civilftandsregifter, f. Civilftands-

regiftermefen.

Rirden recht [confessionelles Cherecht], tatholisches: Dentsches Reich 77 (litt. e); 161 (Chescheidung). — Bgl. Ranonisches Recht. —, mosaisches: Dentsches Reich 78 (unten) – Groß:

britannien 94 (R. 3).

—, protestantisches: Deutsches Reich 77 (litt. e, 3iff. 3); Warttemberg 169 (R. 4)

314. 3); Wurtemberg 169 (A. 4) Rirchliche Cheverfundung [Rirchliches Aufgebot]: Großbritannien England 97 (I); Schottland 107 — Ranonisches Recht 34 (sben); 38 (litt. A) — Desterreich 51, IV (§§ 71 bis 73) — Schweben 173 — Ungarn 64, I (Schlußlemma) — Bereinigte Staaten Delaware 67; Jünois 67 (vgl. Recht 7 vit Seitel 188): Ben Compilier 20. Sie Rote 7 auf Seite 128); Rem-Dampfbire 68; Obio 68; Bermont 68; 128.

68; Bermont 68; 128.
Rirchliche Erauung [R. Cheichliehung — Celebratio matrimonii]: Deutsche Reich 6, IV (§ 82) —
Grefbritannien England 97 (1), 100 u. 101; Irland 104 f.; Schottland 107; Indien u. Colonien 109; Ausland 110 — Ranonische Recht 33; 112 f. Rorwegen 41 — Desterreich 44; 121 (§ 75); 121 (Rote, Abs. 2) — Portugal 54, I; 86 (Art. 1069 u. 1086) — Mumänien 57 — Mussland 57 — Schweben 59; 172 u. 174 — Schweiz XV (Art. 40) — Spanien 60 (Cinleitung); 60, I — Ungarn 64, I — Bereinigte Staaten 126 ff.; 135. Xl. — Bgl. Civilehe, Trauungskeierlichkeit.

Rlagefrist [Rothfrist zur Anbringung der Rlaged des Einsprechers bei Eheeinsprachen: Schweiz XIII (Art. 35). — Bgl. Bedentzeit des Brautigams. — zur Ansechtung ungültiger Chen: Deutsches

XIII (Art. 35). — Bgl. Bebenkzeit des Brautigams, jur Anfectung ung ültiger Ehen: Deutsches Meich 91 f. — Frankreich 14, VI (Art. 183); 93 (Art. 185). — Btalien 31 (Art. 108 u. 109); 111 (Art. 104 u. 110); 112 (Art. 114). — Niederlande 40, II (Art. 146, Abs. 2 u. 3); 120 (Art. 144, 3iff. 1 u. 2); 120 (Art. 149). — Desterreich 46 (§ 96). — Schweden 60, II; 171 (3iff. 2); 172 (3iff. 6). — Schweden 60, II; 171 (3iff. 2); 172 (3iff. 6). — Schweden 60, II; 171 (Bellen 2); 172 (Bellen 2); IX (Art. 52 u. 53/Rote zu Art. 27). — Spanien 84 (Art. 4, Biff. 1). — Bgl. Beisammenwohnen.

Rlagegründe für die Cheicheidung: Großbritannien
28, I; 94 — Rorwegen 41 — Defterreich 48 (§ 115)
— Schweben 60, II; 175 — Schweiz IX (Art. 45
u. 46/Rote zu Art. 28, Biff. 1) — Bereinigte
Staaten 184, IX.
— für die Richtigfeitserklarung einer Che: f. Che-

hinderniffe.

Rlaufenburger Breifpredunig ju einer gludlicheren Ghe": Defterreich 48 f. - Ungarn 64, Il.

Rlofterfrau [Ronne]. Berbot ber Che für eine folde:

f. Geinbbe (feierliches - Ordensgelnbbe). Rollateralvermandtichaft (cognatio in linea

Rollateralverwandte.
Rollateralverwandte.
Rollifion, s. Seitenberwandte.
Rollifion, s. Consession.
Ronfession, s. Consession.
Ronfession, s. Confession.
Ronflittsfälle ratione loci wischen ben verschiedenen Ehegesetzgebungen. Beispiele hievon: Bayern u. Frankreich 150 ("Berehelichungszeugniß") — England u. Dänemart 151, litt. a (Chemit der Schwester seiner verstorbenen Ehefrau) — England u. Deutsches Reich 151, litt. b (Chemit der halbbärtigen Schwester seiner verstorbenen Ehefrau) — England u. Schottland 151, litt. d (Kheschung) — Frankreich u. England 151, litt. c (Richteobachtung der Borschriften des Code civil, Art. 170) — Portugal u. England 151, litt. d (Berwandtscheskeinderniß)—Ungarn u. Deutsches Reich 152 (Chehinderniß der Religionsverschieden heit). — Bgl. Collisson territorialer Eherechtsstäte.

Son ig, sonigliche Familie u. s. w.: s. Landesherrliche Familie, Landesherrliches Rescript zc. — Bgl. Dispensation.

penfation.

Rontordang tafel betr. Die Cheverbote megen Ber-

Rontordanztafel bett. die Cheverbote wegen Berwandtschaft u. Schwägerschaft in der Seitenlinie 88. Kontubinentinder [liberi naturales — im Gegensatzu den bloßen spurii]. Beschräntung des Rechtes zur Legitimation auf solche außereheliche Kinder: Bapern 9, V. — Bgl. Ratürliche Kinder. Konfularbeamte, s. Consularbeamte.
Konbentionalstrafe beim Berlöbniß: s. Cheschweise

verfprechen.

Rotperliche Bebrechen [Beibesgebrechen] als Chehinderniß, relp, als Grund jur Bermeigerung bes fogen politifchen Chefonjenfes: Defterreich 42, 1. Bgl. Impoteng, Rrantheit (anftedende oder etelhafte).

hafte).
Roft en der Cheschillegung, schühren
Rrain XIX. 42 f., 141, 145, 148.
Rrant heit, anstedende oder eleschie, als Goehinderniß: Raudussches Recht 115 (R. 6) — Rorwegen
41 — Schweden 60, Il (Ziff. 4).
Rriegsfälle. Abfürzung der Aufgebotsfrift: Schweben 173. — Bgl. Armee im Felde.
Rronofogde [Steuereinnehmer] Deffen Besugniß zur Rornohme von Kinistrauungen: Schweben 59

jur Bornahme von Civiltrauungen: Someben 59 (Einleitung); 174 (rechts). Rundmachung ber Gefetge u. f. w., f. Befannt-

madung.

madung. Rur heffen [bas vormalige Kurfürstenthum Heffen] 140 ("Preußen": litt, c), 142 ("Heffen"), 156 (Bergeichniß, Nr. 1: "Heffen-Rassau"), 157 (Bergeichniß, Nr. 6: "Oberhessen"), 159 (Ziss 3). Kyrkolag [sirchliches Gesegbuch Shwedens]. Citirt: S. 170 und 172 (II).

San be s beamte [im Gegenfat zu ben Reichsbeam-ten]. Erforderniß einer bienftlichen Geirathsbewillig. ung für biefelben: Deutsches Reich 5, I (§ 38); Bapern 7, II (Biff. 3) u. 79; 163 (oben, lints).

Banbesherrliche Familien. Eheichließung in benfelben: Deutsches Reich 81 (§ 72); 90 (§ 72)

— Grofbritannien 81 — Italien 82 (Art. 69).
Banbesherrliches Refeript. Begitimation ber borechelichen Rinder mittelft eines folden: Rieber-

vorehelichen Rinder mittelft eines folden: Rieberlande 41 (Art. 329).

Lande 41 (Art. 329).

Lande 41 (Art. 329).

Lande 41 (Art. 329).

Lande Heich 161 f. — Schweden 175 f. (II).

Lappland 83 ("Rugland" u. "Schweden").

Lauenburg 12 (Rr. 26), 69 (Rr 1) 168 (unten).

Leben zemein ich aft, eheliche [Cohabitatio — Zusammenwohnen]. Inwiefern zum Bestande einer Che ersorberlich: Großbritannien Schottland 107 (rechts, unten) — Ranouische Recht 112 (rechts, unten). — Bgl. Zusammenleben.

Leben an ach ftell ung gle Gescheidungsgrund:

unten). — Bgl. Zusammenleben.

Le fen in ach stell ung als Spescheidungsgrund:
Schweben 175 (B, I: 3is. 5) — Schweiz IX (Art. 46 litt. b, Rote zu Art. 28 3is. 1).

Le gitim acy Declaration Act [21 & 22 Vict., c. 93]: Großbritannien England u. Irland 26 (Einteitung); 29 (Appendix)

Le gitim ation außerehelicher Kinder duch die nachsolgende Spe der Eltern legitimatio per subsequens matrimonium — gemäß dem durch den römische Recht für die monthingte erzeugten bas romifche Recht für die im Rontubinate erzeugten Rinder aufgestellten und durch bas tanonifde Recht jur allgemeinen Geltung gebrachten Sage, daß die She die vorher von den fpateren Chegatten mit einander erzeugten Rinder legitimire]: Bapern 9, V einander erzeugten Kinder legitimire j: Bayern 3, v — Deutsches Reich 6 (Squidlemma) — Frank-reich 19. XII; 25 (litt. P) — Großbritannien 29, IV — Italien 33, VI — Riederlaube 41 (Art. 327 ff.) — Desterreich 51 f, V — Vortugal 56 f., IV; 86 f (Jusahe) — Schweiz XV f. (Art. 41) — Spanien 63, V — Bereinigze Staaten 67, III;

Begitimation speurfundung in der Schweiz. Berfahren bei derfelben bezüglich der Angehörigen nachbenan iter Länder: Frankreich 19, XII (Rote zu Art. 331) — Niederlande 41 (oben, Rote zu Art. 327) — Bortugal 57 (Schlugnote) — Schweiz XVI (Rote zu Art. 41) — Spanien 63, V.

(Rote zu Art. 41) — Spanien 00, v. Le gitimation surfun de, ausländische Civil-Eintragunz derselben in die inländischen Civil-standbregister: Frankreich 20, XIII — Schweiz XVI (Rote zu Art 41: Art. 44, Abs. 3). Lehr meister. Dessen Recht zur Einwilligung in die

Ehefchließung des Lehrlings: Bereinigte Staaten Penniglbanien 130, IV; 138. Leibes ge brechen, f. Körperliche Gebrechen. Loy de disenso pater no de 20 de Junio de

1862 [Befeg betreffend die elterliche refp. pormundidatitide Einwilligung zur Chefoliegung vom 20. Juni 1862]: S. 60 ff., Abfon. II
(Art. 1, 2, 3, 4, 6, 8, 10, 12, 13, 14 u. 15).
Ley provisional de matrimonio civil

y provisional de matrimonio civil de 18 de Junio de 1370 [Broviforisces Civilethegefeg bom 18. Juni 1870]. Mitgetheilte Stellen auß demfelben: Art. 1: S. 123 — Art. 3: S. 83 — Art. 4, Ziff. 1: S. 84 — Art. 4: S. 123 — Art. 5, Ziff. 1: S. 62 (III, Ziff. 2) u. S. 123 — Art. 5, Ziff. 1: S. 62 (III, Ziff. 2) u. S. 123 — Art. 5, Ziff. 2: S. 62 (III, Ziff. 2) u. S. 123 — Art. 5, Ziff. 3: S. 62 (III, Ziff. 2) u. S. 124 — Art. 5, Ziff. 3: S. 62 (III, Ziff. 2) u. S. 124 — Art. 6, Ziff. 1 bis 6: S. 84 — Art. 6, Ziff. 2 bis 10: S. 62 (III, Ziff. 4 bis 6) — Art. 7: S. 62 u. 84 — Art. 9, 11, 12 u. 13: S. 63 (IV) — Art. 15: S. XXIII — Art. 18 u. 19: S. 63 (IV) — Art. 28, 29 u. 30: S. 124 — Art. 32:

S. XXIII — Art. 33: S. 68 (IV) — Art. 35: S. 84 — Art. 37 n. 38: S. 124 — Art. 41: S. 60 (I) — Art. 42: S. 63 (VI) — Art. 43: S. 124 (R. 5) — Art. 90: S. 123 (R. 3) — Art. 91: S. 124 (R. 5) — Art. 90: S. 123 (R. 3) — Art. 91: S. 128 (R. 2) — Art. 92 n. 93: S. 87 — Art. 94, 95 n. 96: S. 124.

Licence [license], ein als Crfaş für den Bertündichein bienender Trauungs-Erlaubnißichein: Großbittannien England 28, II; 97 (I); 99 (R. 13); 101 (Form. 3. "Airchlichen Common-Licence"); 104 (Form. 3. "Standesamtl. Licence"); Iland 104 — Bereinigte Staaten 67 ff. (Anh.); 128 (R. 7) Linien der Berwandtschaft: J. Absteigende L., Aufgeigende L., Gerade L., Seitenlinie. — Bgl. Gradeberechnung.

berechnung.
Lippe 12 (Rr. 22), 70 (Rr. 22), 72, 73, 75, 149, 158 (Rr. 22), 159 (Jiff. 2), 169 (R. 5).
Dog buch (Lagebuch des Schiffers] als Civilftands., insbesondere heirathiregister: Deutsche Beich 89 (§ 71) — Großbritannien 110 (bezüglich der handelsschied). Spanien 124 (R 5) — Bereinigte Staaten 125 (R. 3).

Lotalitäten , in welchen die Bornahme von Trauungen statthast ist: Großbritannien England 98 (R. 9), 100 (R. 15 u. 18), 100 (letzer Absah); Irland 107 (Ab. 3); Ausland 110 — Rieberlande 119 (R. 1) — Portugal 123 (Art. 1081) — Soweiz XV (Art. 38, Ab. 2 u. 3) — Spanien 124 (Art. 37). — Bgl. Gesandischen, Princhenburg Bribatwohnung.

Lord Brougham's Act [19 & 20 Vict c. 96]: Grofbritannien Schottland 106 (R. 18); 108 (legter

Tophottannien England 10.11 (R. 18), 108 (legger Abjay).

Lord Hardwicke's Act [26 Geo. II, c. 33]:

Großbritannien England 95 (R. 5); 108 (R. 21);
109 (oben) — Bereinigte Staaten 126.

Lord Lyndhurst's Act [5 & 6 Wm. IV, c. 54]: Großbritannien außer Schottland u. d. Colonien 28, I (oben); 95 (R 3); 110 (oben); 151 —

Bereinigte Staaten 133 (oben).

Lord Russell's Act [6 & 7 Wm. IV, c. 85]:
Großbritannien England 28, II; 29, III; 96 (R. 5);
96 (R. 6); 97 (bis); 99 (R. 11); 99 (R. 14); 100 (R. 15); 100; 101.

Souifiana 67, 126 (R. 5), 134, 137, 138, 176 ("Tribentinische Hormorschrift": II).

Libe ed 12 (Rr. 23), 70 (Rr. 23), 75 (3iff. 11), 149, 158 (Rr. 23), 159 (8iff. 3), 164 (unten), 168 (unten).

[Fürstenthum] 11 (Rr. 10: litt. b), 69 (Rr. 10), 144 ("Oldenburg"), 157 (Rr. 10), 159 (8iff. 3).

Buzern XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).

Maine 68, 126 (R. 5), 128, 133, 134, 135, 138. Mangel, wesentliche, der Person. Die Unbefanntschaft mit solchen als Chehindernifs [Irrithum in der Person]: Deutsches Reich 91 — Rasnonisches Mecht 35, IV (Rote); 115, II — Norwegen 41 (leztes Lemma) — Desterreich 47, Isis. 3 (§ 58); 120 (§ 59) — Schweden 60, II — Schweiz VIII (Urt. 26) — Bereinigte Staaten 129, III. — Bgl. Beischlas mit einer dritten Person, Epilepsie, Impotenz, Krantheit (anstedende oder ekelhaste), Schwangerschaft, Birginität (Mangel derselben). Wanns person ein. Besondere Bestimmungen in Beiress worschaft, Brüutigam.

Darine. Borfdriften über die Deirathen in berfelben: Desterreich 46 (oben) — Bereinigte Staaten 125 (R. 2: § 4705). — Bgl. Schiffe. Bohnfit der Geeleute: Boringal 56, III (Art. 52,

— Wohnit ber Seeleute: Portugal 56, III (Art. 52, Einsiger §).

Mar pland 68, 126 (A. 5), 135, 137, 138.

Maijadujetts 68, 126 (A. 5), 128, 130, 131 (A. 10 u. Abjon. VI), 134, 135, 136 (bis), 138.

Medlenburg - Schwerin 11 (Ar. 7), 69 (Ar. 7), 72, 75, 143, 157 (Ar. 7), 159 (Aiff. 2). 165.

Medlenburg - Stretiz 11 (Ar. 9), 69 (Ar. 8), 75, 144, 157 (Ar. 9), 159 (Aiff. 2).

Reineid [Porjury — wissentlich faliche Bersicherung an Eidesstatt ober sahrlässiger Falicheid]. Juridstührung falicher Auslagen bei der Stefchattantien 23, II; 99 (A. 10); 99 (A. 14: Bersichrung) jährung).

Meifenheim 6.

Mentalrefervation bei Erflärung bes Cheton-

fenfes: Ranonisches Recht 114 (R. 4). Motus, s. Zwana. Michigan 68, 126 (R. 5), 138, 138. Militaraushebungsgesetz [französisches] vom 27. Juli 1872. Citat aus demselben: S. 83 (lit. H).

27. Juli 1872. Citat aus demfelben: S. 28 (litt. H). Militarbeamte. Exforderniß einer hetrathsbewilligung für dieselben: Bayern 79 (litt. a) — Desterreich 46 (oben) — Musland 59 (Bis. 7).
Militarpersonen. Beweis des Todes von folden: Deutsches Meich 76 — Frankreich 21 f. (litt. B dis).
— Exforderniß einer dienstlichen hei rathsbewilligung für dieselben: Bayern 79 (litt. a) — Dentsches Meich 5, I (§ 38); 168 (oben) — Frankreich 16, VI (Schlustemma); 23 (litt. G) — Desterreich 46 f. (§ 54; vgl. oben § 95) — Mussand 59 (Bis. 7) — Innaan 65. V.

— Ungarn 65, V. Militarpflicht. Berückfichtigung berselben bei ber Eheschließung: Dentsches Reich Sachsen-Altenburg 165 — Frankreich 16, VI (Schufnote); 23 (litt. H) — Desterreich 47 (Ziff. 1: Rote). — Bgl. Auszeich reifer.

reißer.
Min ber jahrig keit. Einfluß berselben auf die Bestimmungen iber das Ersorderniß einer elterlichen resp. vormundschaftlichen Einwilligung: Däusemark XXIV; 4 — Deutsches Reich 4, I (§ 29, Abs. 2) — Frankreich 15 (Art. 160); 16 (bezüglich der Findlinge) — Großbritannien 29, 21 — Italien 31 (Art. 65 u. 67; vgl. Rote hiezu: Art. 240) — Riederlande 39, II (Art. 385; Art. 95, 97 u. 98) — Desterreich 45 (§ 49 u. 50) — Bortugal 54, II (Art. 1053, 3iff. 1) — Russland 58. 21 — Schweben 59 (3iff. 2 u. 3); 171 (3iff. 2) — Schweiz VIII (Art. 27, Abs. 2); vgl. die Rote zu Art. 38 auf Seite XV — Spanien 61 (Art. 8) — Ungarn 65, V — Bereinigte Staaten 130 f., IV (Schlußelmma); 137 ff. (Beilage).
Minne so ia 68, 126 (R. 5), 138.
Rissis is sie en, i. Gemische Sehen.
Rissis sie en, i. Gemische Sehen.
Rissis sie gen andem sim gerichtlichen Scheldungserkenninisse als Grund der Scheidung sestenninisse 3 (Art. 298) — Dentsche Reich 5, I (§ 33 Rr. 5); 69 f.; 89 (§ 36); 167; 168; 169 f. — Großebritannien 95 — Niederlande 38, I (Art. 89) — Desterreich 48 (§ 119) — Bereinigte Staaten 131, VI. — Bgl. Crimen, Seheruch, Gattenword, Tödetung des einen Ehegatten.
Nitwirtung siehen Gegenfat zur bloßen Gegenwart Minderjährigteit. Einfluß berfelben auf Die

tung bes einen Chegatten.

Ditwirtung [im Gegenfat jur blogen Gegenwart] bes Stanbesbeamten bei ber Chefchließung: Deutsches Reich 167 (oben). — Bgl. Gegenwart ber Urkundsperson, Paffive Affiftenz, Urkundsperson.

Mitwirtung eines Geiftlichen bei ber Ehe= Mitwirtung eines Geiftlichen bei der Sheschließung. Inwiefern dieselbe ein wesentliches Ersforderniß für die Gültigkeit der She bildet: Großbritannien 98; 105 (römische Ratholiten); 108 (R. 21); 109; 110 — Ranonisches Recht 113 — Bereinigte Staaten 126 f. — Ugl. Gegenwart der Urfundsperson, Regina v. Millis.

Woham med an er [Muselmänner]. Deren Sheschließung: Rußland 58, I (3iff. 4 u. 5). — Ugl. Christen und Richtspriften, Cultus disparitas [Religionsverschiedenheit].

- [Religionsverschiedenheit].
 Monogamie Anwendung des Grundsages der M.:
 Dentsches Reich 89 (§ 34); 167 (Richtigteitsklage)
 Frankreich 14, V; 21 (And. II, Siff. 2); 92
 (Art. 147 u. 184) Großbritannien 95 Italien 30, I (Art. 56 u. 148); 111 (Art. 104) —
 Ranonisches Recht 34, I; 117 s., IV Riederlande 38, I (Art. 90); 119 (Art. 84) Oesterreich 120 (§ 44) u. 121 (§ 62); vgl. C. 48
 Portugal 123 (Art. 1056) Schweben 171
 (I, 3iff. 3) Schweiz IX (Art. 28, 3iff. 1) —
 Spanien 123 (Art. 5, 3iff. 1) Bereinigte
 Staaten 131, VI. Bgl. Polygamie.
 Montana 139.
 Mofaisches Recht bezüglich Ertheilung oder Ber-
- Do faifches Recht bezuglich Ertheilung ober Ber-weigerung bes Beirathetonfenfes ab Seite ber Eltern: Deutsches Reich 78 (unten).

Ruhme, f. Cante. Rindel (Pflegebefohlene). Berbot ber Che gwifden den noel (plegeoeigiene). Gerdot der Ege zwigen dem M. und dessen Bormund oder einem Rackstommen des letztern [während der Dauer der Bormundschaft]: f. Bormundschaftsverhaltniß. M in dig keitsalter, f. Chemündigkeit. M ufter form ulare, f. Formulare. M utter [Berwandte im 1. Grad der geraden auf-

fleigenden Linie, fowohl nach tanonifcher als nach romifcher (civilrechtlicher) Berechnung]. Ber bot ber Ehe zwifchen berfelben und ihrem Rinbe: i. Afcenbenten und Defcenbenten.

Deren Recht gur Anfectung ber Che bes

- Deren Recht zur Anfechtung ber Che bes Kindes: f. Eltern.

 Deren Recht zur Einwilligung in die Che ihres Kindes: Deutsches Recht 4, I (§ 29); 5, I (§ 30); 71 ff. (litt. b) Frankreich 14, VI (Rote zu Art. 148); 15 (Rote zu Art. 158); 22 (litt. E) Großbritannien 29, III Italien 31 (Art. 63); 31 (Art. 66: Art. 179 ff.) Rieberlande 39 (Art. 92 u. 97, jammt Rote zu letzerm Art.) Boretugal 55 (Art. 1061) Rußland 58, III Schweden 59 (unten) Schweiz VIII (Rote zu Art. 27) Spanien 61 (Art. 2 u. 13) Beretinigte Staaten Ilinois 131, IV. Bgl. Eltersliche Einwilligung. liche Ginwilligung.
- Mutterschaft, außereheliche. Erforschung berfelben: Bortugal 87 (Art. 131 u. 132). — Begitg-lich Feftftellung ber D. jur Begrundung bes Rechtsverhaltniffes zwijchen Mutter und Rind, f. im Ueb-rigen : "Anertennung eines unehelichen Rindes".

- Rachtommen des vorehelichen Kindes. Deren Legi-timation als statthaft vorgesehen: Frank-reich 19 (Art. 332) Italien 33, VI (Art. 196) Portugal 57 (Art. 120). Deren Legitimation für nicht statthaft er-
- flart: Defterreich 52 (Rote gu § 161). bes Bormunbes. Berbot ber Ehe zwifchen benfelben und bem Münbel: f. Bormunbicaftsperbaltnik.

- Rachmeifung bes Bermögens, f. Auseinander-
- segung 2c. Ram en : f. Bamiliennamen, Personennamen. Rassau XIX, 140 ("Weußen": litt. d), 142 ("Geffen"),
- Rassaux IX. 140 ("Weußen": litt. d), 142 ("Hessen"), 156 (Ar. 1).

 Ratürliche Kinder sim Gegensatz zu "ehelichen" Kindern], i. Uneheliche K.

 [Hijos naturales im Gegensatz zu den übrigen unehelichen Kindern (hijos ilegitimos)]: Spanien 61 (Art. 12) Bgl. Blutschande, Chebruch, Uneheliche K. (litt. C, a).

 [liberi naturales], f. Konkubinenkinder.

 Rebraska 68, 138.

 Reffe [Vermandter im 2. den 1. berührenden Grad

- Reffe [Bermanbier im 2, ben 1. beruhrenben Grab ungleicher Seitenlinie nach tanonischer und im 3. Grab ber Seitenlinie nach romifcher (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Ehe amijchen bemfelben und beffen Tante: f. Seitenverwandte. (Biff. 2).
- Reuenburg [Neuchatel] XII (Rote ju Art. 33),

- Reuenburg [Neuchatel] All (Mote zu Art. 33),
 166 (Berzeichniß).

 Revada 68, 138.

 Rew-Hamps hire 68, 126 (N. 5), 128, 138.

 Rew-Hersen 68, 126 (N. 5), 133, 138.

 Rew-Meziko [Reu-Wejiko] 69, 139.

 Rew-York 68, 126 (N. 5), 127, 131 (ter), 132 (bis),
 133 (bis), 134 (bis), 138.

 Richte [Berwandte im 2. den 1. berührenden Grad
 ungleicher Seitenlinie nach kangnischer und im ungleicher Seitenlinie nach tanonischer und im 3. Grad der Seitenlinie nach römischer (civilrecht-licher) Berechnung]. Berbot der Che zwischen berfelbin und beren Obeim: f. Seitenvermanbte

- berseiben und beren Oheim: s. Seitenverwandte (3iff. 2).

 Richtig sum Unterschiede von "ungültig"]: Deutsches Reich 92 (Bemerkung). Bgl. Void & voidable.

 Richtig feit der Ehe, absolute: Bahern 7 (Einsteitung); 150 (Beispiel). Deutsches Reich 167 (litt. B); Schaumburg-Lippe 159 Großbritannten 28 (oben: Lord Lyndhurst's Act); 95 (N. 3); 98 (1); 101 (6 & 7 Wm. IV, c. 85, s. 42); 106 (Lord Brougham's Act); vgl. 110 (Lord Lyndhurst's Act). Riederlande 119 (Art. 140). Portugal 83 (Art. 1074). Schweden 172 (3iff. 7: Rote). Ungarn 64, I. Bereinigte Staaten 133.
- Richtigteitsertlarung einer Che, als Bor-

- Rote) Ungarn 64, I Bereinigte Staaten 133.
 A ichtigkeitserklärung einer She, als Boraussetwag ber anderweitigen Berehelichung: Deutsches Reich 89 (§ 34); 162 Kanonisches Recht 117, III Bereinigte Staaten 131, Vl. Bgl. Todeserklärung, Berscholenheit.
 A ichtigkeitsklage Nigemeines: Deutsches Reich 166 st. Kortugal & (Art. 1086 u. 1089).
 auf Grund der Misachtung eines Sheid 166 st. Portugal & (Art. 1086 u. 1089).
 auf Grund der Misachtung eines She ever der este Scheich 168 (R. 1: § 3) Frankreich 16, VII (unten); 92 f. (Art. 184) Frankreich 16, VII (unten); 92 f. (Art. 184) Frankreich 16, VII (unten); 112 (Art. 113 u. 114) Niederlande 38, I (Art. 145); 119 (Art. 141); 120 (Art. 143, 148 u. 149) Oesterreich 120 (R. 1: § 94) Schweiz VII (Art. 54, Rote zu Art. 25); X (Art. 51, Rote zu Art. 28) Spanien 87 (Art. 92 u. 93) Bereinigte Staaten 132, VI; 132, VII; 133 f.
 auf Grund der Richtbeobachtung gewisser Formsborf Art. 191) Großbritannien 28, II Italien 32, V (Art. 191) Großbritannien 28, II Italien 32, V (Art. 100, Abs. 2); 111 (Art. 104) Niederlande 38 (Art. 198); 119 (R. 1: Art. 154); 120 (Art. 147, 148 u. 149) Oesterreich 43 f., II;

120 (R. 1: § 94, bezüglich § 75) — Boringal 54, I — Schweiz IX (Art. 53. Rote zu Art. 27) — Spanien 87 (Art. 92, Fiff. 3/Art. 93) — Berein. Staaten 129, II.

- Sisaten 129, II.

 auf Grund eines Fehlers im Consense, resp. wegen Mangels der zur Eheschließung erforderten körper lichen und geistigen Fähigkeit, oder auf Grund der mangelnden Einwilligung Dritter: Deutsches Recht 90 ff.; 167; Baden 77 (Ziff. 2), 91 u. 168 f. (R. 2); Bremen 169 (R. 1); Französsiches Rechtsgebiet 77 (Ziff. 2), 91; Geltungsbereich des fanonlichen Rechts 91; Geltungsbereich des gemeinen protestantischen Kirchenrechts 77, 91; Preußische Kandrecht 78, 91, 92; Kgr. Sachsen 77 (Ziff. 2), 92, 168 (R. 1: §§ 4 dis 6); Sachsen Alltenburg u. Sachsen 60tha 92 Frankreich 12 (Art. 170); 14. VI (Art. 182 u. 183, Rote zu Art. 148); 18, VIII (Rote zu Art. 170, unten); 92 f. (Art. 184, 185 u. 186) Großbritannien 28, I (oben) Italien 30 (Art. 112, Rote zu Art. 61); 32, V (Art. 100); 111 f. (Art. 104, 105, 106, 110 u. 111) Ranonisches Recht 115, II; 116 f., III Riedersande 38 (Art. 188); 40, II (Art. 146); 119 f. (Art. 142, 143 u. 144) Psringal 86 (Rote zu Art. 169) Schweiz VIII (Art. 52 u. 53, Rote zu Art. 27) Spanien 87 (Art. 92) Ziff. 1, 4 u. 5 sammt Schussen 28 (Art. 193) Bereinigte Staaten 131, IV; 131, V; 183 j. auf Grund eines Fehlers im Confenfe, Bereinigte Staaten 131, IV; 131, V; 183 f.
- Bereinigte Staaten 131, IV; 131, V; 133 f.
 Riederkunft nach Austösung der Ehe, als Grund zur Abfürzung der bezüglich Wiederberheirath ung einer Frau bestimmten Wartefrist:
 Dentsches Reich 31 (§ 35, aber nur mittels Dispensation) Italien 82 (Art. 57, Abs. 2) Desterreich 82 (§ 120) Bestugal 83 (Art. 1238) —
 Spanien 84 (Art. 5, 3is. 4). Bgl. Absürzung der z. Wartefrist, Impotenz, Wartefrist.
 Riederlande 38 fs., 82, 88, 119 f.
 Riederländer. Deren Eheschließung im Auslande:
 Dentsches Reich XIX f.; 141 fs. Schweiz 38.
 Ronnen. Ehesindernis des feierlichen Keuscheitsgelübbes für dieselben: s. Gelübbe (feierliches).
 Rordamerikaner [Angehörige der Bereinigten

gelübdes für dieselden: 1. Gelübde (feierliches).
Nordameri kaner [Angehörige der Bereinigten Staaten] Deren Gheschließung im Auslande: Deutsches Reich XIX ("Preußen"); 149 ("Lübed") — Schweiz 66 — Bürtei [Berberei, China, Japan, Siam, Madagaskar 20.] 135.
Nordamerikanisches Recht XXIII. — Des Beiteren siehe "Bereinigte Staaten".

Rord - Carolina 68, 126 (R. 5), 131 (R. 10), 138, 187, 138.

Rorwegen 41 f., 82.

Rormegifche Staatsangehbrige, f. Schwebifch-Rormegifche S.

- Rotar, als Civilftandsbeamter: Rormegen 41.
 Aufbewahrung auslandifder Civilftands. urfunben burch einen R.: Franfreid 20, XIII
- Dazwifchentunft eines R. bezüglich Ginholung bes Rathes ber Eltern ober Großeltern: Frank-reich 15 (Art. 154); 22 (litt. D) — Spanien 62, II (Art. 15).
- frichtung einer Urkunde über Anerkennung eines außerehelichen Rindes durch einen R.: Frankreich 19, XII (Rote zu Art. 331); 22 (litt. E, Schlußlemma). Beicheinigung des R., welcher den güterrecht.
- lichen Chevertrag abgefaßt hat: Frankreich 19, XI; 26 (itt. C). Bgl. Chevertrag. Roth civilehe: Defterreich 44 (Rote). Bgl. Civil-
- ebe (Biff. 3).

- Notice [Urfunde aber eine beabfidtigte Chefdliefe ung, Chemelbezeitel]: Großbritannien England u. Irland 28, II; England 98 (II) u. 102 (Formular); Irland 106; Ausland 110.
- Rotorietats att [Offentunbigfeitsurfunbe] als Be-
- weis des Todes eines frühern Chegatten: Frankreich 22 (litt. B bis). Bgl. Todesertlärung. als Erjat des fehlenden Geburt is ich eines eines Eheichließenden: Frankreich 13, II (Art. 70 bis 72) Italien 32, IV (Art. 80) Rieberlande 40 f. (Art. 127) Schweiz XI (Rote zu Art. 30). Bgl. Gib.

Bgl. Eld.

als Erjag bes sehlenden Lobten foeines eines zur Einwilligung in die Sche seines Descendenten berusenen Ascendenten: Frankreich 22 (litt. F).

als Erjag des Urtheils oder des Legenverhörs der die Abwesen heit eines Afcendenten,

beffen Cinwilligung jur Cheschliegung bes Defcen-benten erforderlich ift: Frankreich 15 (Art. 155); 22 (litt. C). — Bgl. Gib.

- Oberheffen 11 (Rr. 6 litt. b), 142, 143, 157 (Rr. 6).
 Bgl. Geffen.
 Obrigfeit, ausländifche [Beimatsbehbrbe].
 Erforbernig eines Atteftes berfelben über bie ftaatsrectliden folgen einer im Inlande von einem Mus-lander ju foliegenden Che: [. Bargerrechtszuficherung, Traufdein (Biff. I).
- Traujchein (Biff. I).

 O e ff en t l i ch ? e i t , eine grundstatich geforderte Eigenjchaft der E h e j ch l i e h un g : Deutsche Reich 5,
 III; 89 (§ 52); Austand 90 (R. 3) u. 160; Baden
 141 (§ 23) u. 160; Breußen 161 (oben) Frankreich 18, VIII u. X; 20, XIII; 93 (Art. 191 u.
 "Rachtrag") Großbritannien England 97 f. (I)
 u. 98 ff. (II); Irland 104 ff.; Schottland 107
 (regular marriages); Indien 22, V; 111 (Art. 94) —
 Ranonisches Recht 33 f.; 38 (litt. B); 113 —
 Riebertande 38 (Art. 138); 40, III; 119 (Art. 131)
 Destereich 50 f., IV; 121 (§ 69) Bortugal
 56, III; 123 (Art. 1031) Schweiz X (Art. 29);
 XV (Art. 38) Spanien XXIII; 87 (Art. 92,
 3iff. 3); 124 (Art. 28 u. 37) Berein. Staaten
 126 ff.; 135, XI. Bgl. Deimlichteit der Ehejchliebung.
- joliegung.
 Defterreich XXII, 2, 42 ff., 82 f., 88, 120 ff. —
 Bgl. Rrain, Salzburg, Eprol, Borarlberg.
 Ehefcliegung ber Auslander in Defterreich
- De fterreich if che Chegefengebung: f. Augemeines burgerliches Gefenbuch, Gefen v. 25. Mai 1868, Gefen v. 10. Juli 1868, Gefen v. 9. April 1870.
- Desterreich ische Staats an gehörige. Deren Cheschiegung außerhalb Desterreichs: Deutsches Reich XIX ("Preußen"); 141 ("Sachsen"); 145 ("Sachsen-Reiningen"); 148 ("Reuß a. L.") Schweiz 42 ff. Bgl. Rlausenburger Freisprechung, Politischer Chekonsens.

Offigiere. Befondere Borfcriften betreffend die Berehelichung der D.: Babern 79 (litt. C, a) — Frankreich 23 (litt. G: Art. 1) — Defterreich 46 (oben:
Rote zu § 54). — Bgl. Militärpersonen.
Ohe im [Berwandter im 2. den 1. berührenden Grad

ungleicher Seitenlinie nach tanonischer und im 3. Grab ber Seitenlinie nach romischer (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Che zwijchen bem D. u. beffen Richte: j. Seitenverwandte (Biff. 2). Dhio 68, 126 (R. 5), 131 (R. 10), 132 (bis), 133,

Olbenburg 6 (lettes Lemma), 11 (Ar. 10), 69 (Ar. 10), 72, 75 (3iff. 7), 144, 157 (Ar. 10), 159 (3iff. 1 u. 3), 160.

Or ben Sgelnb be | Ablegung bes feierlichen Reufch-beitsgelubbes in einem bom Papfte approbirten

Orben]: f. Gelibbe (feierliches). Ordinary [Orbinarius - Richter in geiftlichen Sachen] Deffen Berrichtungen bezüglich ber Chefoliefung: Grofbritannien 98 (oben: ber Bifcof, infofern er im Umfang feiner Didgefe bie Buris-

bittion ausübt) — Bereiu. Staaten Georgia 67.
O r do [Empfang der höheren Beihen] als Chehinderniß: Ranonisches Recht 35, II; 38 (litt. B). —
Bgl. Beihen (höhere).

Oregon 63, 188. Orthodogen. Deren Cheschließung: Mußland 58, I (Biff. 1 u. 3); 58, IV u. V; 59 (Biff. 6). — Bgl. Gemischte Eben.

Orispolize Egen.
Ortspolizeibe borbe. Atteft ber inländischen O. iber bas Richtbefteben eines Chehinderniffes, bezüglich Sheichließung eines Inländers im Auslande: Dentiches Reich Preußen 6 (vorletter Abfah). — Bgl. Bescheinigung ze, Araufchein (Riff I)

ichein (Biff. I). Atteft ber inlandifchen D. über das Richtbefteben eines Chehinderniffes, bezüglich Chejchlie gung eines Auslanders im Inlande: Deut-fches Reich Olbenburg 144. — Bgl. Trauschein (Biff. II).

Bapftliche Dispenjation gur Auflöfung ber Che bem Bande nach sin matrimonio rato sed non consummato: Ranonisches Recht 34, I; 112 (unten). — Bgl. Landesherrliches Scheidungbrecht. Passiber Afficenz sim Gegensatzur "aktiven" Alfikenz — blobe Entgegennahme der Consens-

ujemeng ohne Jusammensprechen ber Confenserlätzung ohne Jusammensprechen ber Rupturienten u. j. w. durch ben Pfarrer]. Als in sormeller Beziehung einzig wesentlich für die Galtigkeit der Ehe: Bereinigte Staaten 126 (rechts, oben). — Bgl. Mitwirtung eines Geistlichen Aridentiner Formvorschrift. Pat hen schaft Lauf- u. Firm-] als Chehindernift:

Cognatio spiritualis Siemnathanichaft Taut-

f. Cognatio spiritualis, Firmpathenschaft, Tauf-

pathenicaft.

Berionalitatut [statut personnel - ber 3n-begriff aller vornehmlich ben Stand und die Dandlungsfähigfeit einer Berfon beftimmenben Rechtsnormen mit Bezug auf die Collifion ber Gefete ratione loci]. Unwendung des Erundfages, daß bas B. bem Gefete bes Deimatlandes ber Bebas 35. dem Gelege des Geimatiandes der Detreffenden entspricht: Frankreich 12 (Einleitung: Art. 3, hinsichtlich der von Inländern im Auslande vorgenommenen Rechtsgeschäfte); vgl. S. XXI (lies aber auf S. XX "Personalstatut" statt "Personalstatus") u. S. 21 (Anh. II, litt. B), bezüglich der von geschiedenen Ausländern im Inlande abzustiellen der foliegenben Chen.

NB. Die ftreng genommen allerdings nicht auf alle möglicherweise auftauchenden Probleme des internationalen Privatrechtes anwendbare, für Die Pragis aber gleichwohl bequeme fogen. Statuten-Theo rie, welche zwischen Berfonal-, Reals und gemischten ober Formen-Statuten (statuts porsonnels, statuts réels et statuts mixtes ou statuts des formes) unterfcheibet, murbe junachft binfictlich ber Collifion territorialer Rechtsfage

aufgeftellt. Auf Diefe Theorie läßt fich immerbin and bie ben namhafteften modernen Cobifitationen ju Grunde liegende Dreitheilung fammtlicher Rechts normen juridfibren: nach beren Berfonlichfeit, Dinglichfeit ober nach bem Umftanbe, bag eine und biefelbe Rorm fowohl bie Berfonen als die Sachen betrifft — wobei zwar lettere Rlaffe bon Beftimmungen nicht in allen Gefegbüchern eine befondere Abtheilung bilbet. Bei seiegbuchern eine bejondere Abtgetlung bloet. Bet jedem Rechtsgeschäft, welches außerhalb des heimatlandes der Parteien abgeschlossen wird, fällt in erster Linie das Per son al statut in Betracht, indem schon die "inneren" Ersordernisse des Formalattes selbst — b. h. die zum Atte habilitirenden Hörmlichkeiten — sich auf die personliche Sand-lungssächigkeit beziehen. Das namentlich der Regel a locus regit actum» entstammende Formalenten der im Einzelfolle mit Recht ftatut (ber Inbegriff ber im Gingelfalle mit Bejug auf bie collibirenden Formen-Statuten maß-gebenden Grundfage) umfaßt alfo nur folche Formvorfdriften, welche die "außere" form eines Rechtsgeschäftes betreffen — b. h. nur diejenigen, welche bas Berfahren beim Abichluß des Rechtsgeschaftes reip bei Errichtung der begüglichen Urtunde normiren. Was das Real ft at ut anbelangt, welches tiber eine auf Sachen und insbesondere auf unbe-wegliche Buter fich beziehende Collifion der Civilgesetze Ju entschein hat, wird hier beiläusig be-merkt, daß als dessen oberfter Satz die Anwendung ber lex rei sitze gilt. — Gründliche und zugleich leichtsakliche Belehrung über die vorerwähnte Sta-tuten-Theorie bietet das vor Aurzem in Paris (bei Rousseau) erschienene Wert des Geren Prof. De Rivier: Eléments de Droit international privé, eine vollständige Umarbeitung des im Jahre 1879 (im Haag) veröffentlichten Buches von Asser: Schets van het internationaal Privaatregt, welches von Mag Cohn (Berlin 1880) in's Deutide

iberfett worden ift.
Berfonen namen. Unrichtige Schreibart bes Familiennamens ober Austaffung eines Bornamens ber Eitern im Geburts ich ein eines Eheichtiegenden: Frankreich 21 (Anh. II, Beil. A). Bgl. Abweichungen.

Unrichtige Schreibart ber Familiennamen ober Auslaffung eines Bornamens in den Tobten -

Muslasiung eines Bornamens in den Tobtenjcheinen [Sterbeurkunden] der Eltern oder Großeltern eines Eheschließenden: Frankreich 16 (R. 4
zu Art. 160). — Bgl. Eid.
Perjönliches Erscheinen der Berlobten
behus Anbegehren der Eheberkündung [resp.
Abgabe der notice]: Großbritannien 99 (R. 10,
Schlußiag) — Schweiz XI (Art. 30, litt. c).

bezitglich der Trauung: j. Stelwertreiung.
Pfalz bagerische], f. Rbeindabern.

- bezüglich der Lraunng: 3. Stellvertretung.

Bfalg [baperische], f. Rheinbapern.

Bfarrer, der eigene [parochus proprius]. Dessen Mitwirtung resp. Gegenwart bei der Cheschließung: Ranonisches Recht 33; 118. — Bgl. Gegenwart 2c., Mitwirtung eines Geistlichen, Seelforger, Trauung. — ftaatstirchlicher. Dessen ausschließliche Bestungis zur Bornahme des Ausgebots [der Chesvertin dung]: Schottland 107. — Schweden 173.

Bflegehefahlene: f. Repormundete. Mindel.

Pflegebefohlene: f. Bevormundete, Mündet. Pflegefinder find mit Aboptivfindern (f. d. B.) nicht zu verwechseln. Die Annahme von folden ift fein juriftischer Att. Während Aboptivfinder ftets und bei jeder Art der Aboption in ein gewiffes rechtliches Berhaliniß ju bem Aboptivbater treten, welches von biefem nicht willfürlich wieder aufgelost werben tann, erlangen die Pflegetinder gegen ihren

Pflegebater gar teine Rechte. Das Cheberbot wegen Aboptivverwandtichaft erfiredt fich in feiner Gefet. gebung auf das Berhaltniß zwifden Pflegeeltern und Pflegefindern. Auch find in Deutschland burch bas Reichsgefen v. 6. Febr. 1875 biejenigen landes-rechtlichen Borichriften, welche ben Pflegeeltern bas Recht jur Ginwilligung in die Che bes Pflegefindes

Becht jur Einwingung in die Ege des piegetindes einraumten, beseitigt worden. Politische [Bezirks- oder Gemeinde-] Behörde. Deren Berrichtungen bezüglich der sonfessiosen Cheschließungen: Oesterreich 50, IV; 121 (§ 75) — Schweden 174 — Bereinigte Staaten 127. Politischer spolizeilicher] Ehekonsen S. Erforbernischeines solchen für die Angehörigen der üsterreichischen Ernnländer Ronner Ronner Ronner

reichtigen Aroniander Borariberg, Eprol, Salaburg und Rrain: Deutiches Reich XIX ("Breugen"); 141 ("Sachjen"); 145 ("Sachfen-Meiningen"); 148 ("Reuß d. L.") — Defterreich 42 f., I — Ungarn 64, I (Schluß bes 1. Lemma). — Bgl. Trauschein (3iff. III), Berechelichungs. zeugniß.

Polizeiliche Befchräntungen bes Rechtes zur

Boligeiliche Beich rantungen bes Richtes zur Sete. Aufhebung berfelben: Deutsches Reich [außer Bayern] 145 (Rote *) — Schweiz VII (Art. 25, Abs. 2). — Bgl. Abgaben, Recht zur See.
Polygamie [Vielweiberei]. Bezügliche Gesetzgebung: Großbritannien 95 (N. 4) — Bereinigte Staaten 124 (§ 5352); 131, VI. — Bgl. Bigamie, Mohammebaner, Monogamie.
Portugal XXII, 2, 54 ff., 83, 86 f.. 88, 122 f.

Bortugal XXII. 2, 54 ff., 83, 86 f., 88, 122 f. Pretore, f. Friedenkrichter [Italien].
Preußen XVIII f., 6, 11 (Nr. 1), 69 (Nr. 1), 73 (litt. c), 74 (Biff. 1), 78, 90 (bis), 92, 139 f., 156 (Nr. 1), 160 (l), 160 f. (II), 163, 167, 168, 170. — Vgl. Allgemeines preußiches Landrecht.
Prießer. Berbot der Che für dieselben [nach deren Confeccation]: Mußland 59 (Biff. 6). — Bgl. Geiftliche, Ordo, Weihen (höhere).
Privatwohn ung. Trauung in einer solchen gesetzich vorgesehen [für den Fall, daß einer der Berlobten am Erscheinen im Amtslotal verhindert iß]: Italien 111 (Nr. 1: Art. 97) — Niederlande 119

lobten am Erideinen im Amisiotal veryindert ipj: Italien 111 (R. 1: Art. 97) — Niederlande 119 (R. 1: Art. 132) — Portugal 123 (Art. 1031) — Schweiz XV (Art. 38) — Spanien 124 (Art. 37). Pr tv il e girte Gebäude [registered buildings — Andachtslofale, in welchen die Bornahme gesetzlich gültiger Trauungen statthaft ik]: Großbritannien England 98 (R. 9, Schließ) u. 100 (N. 15 u. 16); Irland 106 (unten). — Bgl. Lofalitäten 2c.

Brotlamation [oder Bublitation] der Che, f. Che-

verfündung.

Brototollaufnahmen, verichiedenartige. Bayern 8 (Art. 34, Biff. II: über bas Borhanbenfein ober Richtvorhandenfein etwaiger Rinber ber Braut) Nichtvorhandensein etwaiger Kinder der Braut)

— Frankreich 19, XI (am Fuße des Chescheines: über den Abschlug eines gitterrechtlichen Ehevertrages); 19, XII (Amerkennungserklärung eines vorehelichen Kindes bezüglich dessen Legitimationsbeurkundung); 16, VI (Note 3: über den Tod oder die Abwesenheit der Ascendenseine des Descendenten erspettlichen Beschlugung des Descendenten ersordert wird); vgl. hiezu 22 (litt. C) — Niederslande 41, IV (Art. 127 u. 128: als Ersaksstütten oder die Todenten eines Geschließenden oder die Todenten scheschließenden oder die Todenten schessellen. Bgl. Eid, Notorietätsatt. tativehe smallen in der Michael und vers

Butativehe [matrimonium putativum, ver-meint gultige Che — biejenige nichtige Che, welche in bem guten Glauben (bona fides) beiber ober auch nur eines Chegatten, bag ihrer

Berbindung kein trennendes Chehinderniß entgegenfiehe, abgeschlossen wurde]. Wirkungen einer solchen:
Deutsches Reich 5, I (§ 36); 92 (letter Absat)
— Frankreich 93 (Art. 201 u. 202) — Großbritannien 111 (letter Absat) — Italien 112
(Art. 116) — Kanonisches Recht 118 f., V —
Riederlande 120 (Art. 150 u. 151) — Defterreich 121 (§§ 102 u. 160) — Vortugal 123 (Art.
1091 u. 1092) — Schweiz VIII (Art. 55, Rote zu
Art. 25) — Spanien 124 (Art. 94 bis 96) —
Bereinigte Staaten 134 f., X.
Prmont 11 (Art. 18). — Im Lebrigen s. "Walbed".

Quaterehen, Besondere Bestimmungen in Betreff derselben: Großdriannien 97; 98; 101 (R. 17); 106; 109. — Kgl. Juden.

Quasi-Afsinität [Quasi-assanias, Quasi-Schwägerschaft — das durch ein bloßes Berlöbniß oder eine nicht durch Beischlas vollzogene Ehe begründete Schwägerschaftsverhaltniß]: Kannntsches Recht 36, VI. — Bgl. Honestas publica.

Quellen an gabe [Literatur]: Bayern 7 (Anmerkung: v. Miller's Handbuch; v. Miedel's Commentar 3 Deimatsgesch) — Ödnemart 4 — Deutsches Reich 70 (litt. B: die citirten Werte von v. Erichsen, dinschles, v. Sicherer, Stölzel); 158 (Amtliche Zusammen-stellung cl. d. 15. Rovember 1879); 166 (Rote zu § 586 C. P. O.: Dernburg, Breußiches Privatrecht); mehrsach erwähnt: "Der Standesämter. Derausgegeben unter Benutzung der amtlichen Quellen Redaktion u. Berlag: Eugen Grosser. Berlin W., Wilhelmstr. 91. Jahrg. I dis X) — Frankreich 18, VIII (Fælix, Demolombe); 21 (links, oben: die seither in 2. Aust. erschienen Arbeit des A. Verger); 21 (Beilage A, Schluß: Das Handbuch von A. Collier); 25 (Anhang III: die von Mourlon u. Jeannest St-Hilaire ausgeschen Mourlon u. Jeannest St-Hilaire ausgeschen Mustersormulare) — Großbritannien 26 (W. Ernst's mehrsach angesührtes Wert); 111 ("Literatur") — Italien 33 (T. Arabia u. S. Correa's Commentar zu ital. Civilgesch.) — Randsicke Recht 38 ("Literatur"); 119 ("Quellen u. Literatur") — Porwegen 42 ("Quelle") — Oesterreich 53 ("Quellen") — Mumänien 57 ("Quellen") — Schweden 59, 1 (Mittheilung der Schwedischn); 60 ("Quelle"); 170 (R. v. Olive-cronaional privé) — Schwedy VIII (Rote zu Art. 27: Prof. Dr. Rönig's Commentar z. bern. Civilgesch) ; XXIV (id.) — Ungarn 66 ("Literatur").

Bereinigte Stanten 67 ("Literatur").

孤.

Ranbeintragungen [Ranbbemertungen, Rand-vermerte] in ben Civilftanberegiftern. Bulaffigfeit von folden: Deutschies Reich 162 (bezüglich eines außerbeutichen Shetrennungsurtheils) — Frankreich 20, XIII (1] bezüglich der Urtheile ausländischer Gerichte; 2] bezüglich der im Auslande beurkundeten Legitimation oder Anerkennungserklärung eines außerehelichen Rindes) — Schweiz XVI (Rote zu Art. 41: Art. 44 Abf. 3, bezüglich einer im Ausland errichteten Legitimationsurfunde); XVII (Art.

57, Rote ju Art. 42). Raferei als Chehinderniß: Deutsches Reich 90 Ranouifches Recht 115 (oben) — Defterreich 120 (§ 48) — Bgl. Willensunfahigteit. als Ehefcheibungsgrund: Schweben 176 (I, Biff. 6).

- Bgl. Geiftestrantheit. Rafje und Stand Ungleichheit berfelben als Chehinderniß: Bereinigte Staaten 132, VIII; 138. Bgl. Conditio sc. servilis

Rath ber Eltern ober Großeltern über ein Cheborhaben: Frankreich 14 f., VI (Art. 151 bis 158); 22 (litt C bis E) – Rieberlande 39 f. (Art. 99 bis 1041 — Spanien 61 f. (Art. 15). — Bgl. Acte respectueux. Etterliche Einwilligung, Friedenstichter (S. 194), Kantonregter.
Rathjamfeit des fir hlichen Cheabschlusses

nach einer in ber Schweiz erfolgten Civiltrauung: Defterreich 44 — Boringal 54, I (Rote) — Spa-nien 60, 1. — Bgl. Civilebe (Richtanerkennung der-

- nien 60, 1. Bgl. Civilede (Richard errennung verfelben).
 Recht 8 fc 11e, besonders wichtige: Frankreich 21
 (litt. B); 23 (litt. J); 25 (litt. N) Großbritannien Schottland 106 (R. 19 u. 20), 107 (Dal'rymple v. Macadam), 108 (Lord Moncreist);
 Indien 109 (Bombay, 1849); Colonien 110 (Brook
 v. Brook) Bereinigte Staaten 181, VI (unten).
 Bgl. Konstittsfälle, Regina v. Millis.
 Rechtschreibung der Personennamen, s. Personennamen.
- namen.

Rechtstraft ber Urtheile [res judicata] in Che-fachen: Ranonifches Recht 117, III (rechts). — Bgl. Tobeserflarung.

Rechtsvermuthung für das Bestehen einer Ehe [Presumption of inhocence — Bermuthung für die Unschuld der Konkumbenten]: Bereinigte Staaten 126 (habit and repute); 127 (oben); 136 (R. 14, Schluß). — Bgl. Zusammenleben. — für die Etiltigkeit der Che: Desterreich 121 (6.00)

(§ 99). für den Tob eines Abwesenden [Bericolle-nen]: Großbritannien 95 — Spanien 123 (R. 3) — Bereinigte Staaten 131, VI. — Bgl. Todes-

- Beteinigit Sauererklärung.

- für die Baterschaft des frühern Chemannes: Franreich 19, XII (Rote zu Art. 831:
Lemma 4) — Desterreich 82 f. (§§ 120 u. 121) —
Fortugal 83 (Art. 1234); 87 (Art. 101, Rote zu
Art. 180 Ziff. 8) — Schweben 171 (Ziff. 3, litt. b).
Recht zur Che. Beschätzung besselben: Schweiz VII
(Art. 25, Abs. 1). — Bgl. Polizeiliche Beschändungen.

rühmter fall, bezüglich beffen bie Mitwirfung eines ordinirten Geiftlichen bei ber Chefchliegung als, ordinitten Geinlichen von der Egeigalegung als, nach englischem common-law, ein wesentliches Eheerforderniß bilbend erflärt wurde]. Geltungsbereich des fraglichen Rechtssages: Großbritannien England u. Irland 105 ("römische Katholiken"); Schottland 108 (R. 21); Indien 109 ("die Königin gegen Millis") — Bereinigte Staaten 126 («Reg. v. Millis»).

Registered buildings, f. Privilegirte Se-

Registrar [Standesbuchführer]: Großbritannien England 97 (N. 6); 98 ff. (II); Irland 105 (bis); Shottland 107 u. 109 (Rote: Registerwesen); Inbien 109 (3iff. 3). — Bgl. Superintendent registrar.

Registrar-General [Oberfter Standesbeamter]:

Großbritannien England 96 (R. 6), 98 (R. 9), 99 (bezüglich eines «Caveat»), 101 (R. 17); Irland 104 (Rote), 105 (Note), 106 (Schluß); Schottland 109 (Rote: Registerwesen); Ausland 111 (Rote).

— Bgl. Civilftandbregisterwesen.
Reichs geset, dentschese, über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheichließung d. 6 Febru ar 1875. Mitgetheilte Stellen aus demselben: Dritter Abich in it the Erfordernisse der Erbeichließung 8, 28

1875. Mitgetheilte Stellen aus bemfelben: Dritter Abf chnitt. Erfordernisse der Cheschließung. § 28, Abf. 1: S. 89 — § 28, Abf. 2: S. 4 (1) u. 81 — § 29: S. 4 (1) — § 30 bis 32: S. 5 (1) — § 38: S. 81 — § 36: S. 5 (I) — § 38: S. 5 (I) — § 39: S. 168 — § 40: S. 69 — Bierter Abschließung. § 41: S. 150 (Rote) — § 42: S. 89 — § 43: S. 89 (R. 1) — § 45: S. 81 — § 46: S. 5 (III) — § 47: S. XVII — § 51: S. 6 (III) — § 52: S. 89. — Uchter Abschließungtheißungungen. § 71: S. 89 — § 72: S. 81 u. 90 — § 73: S. 5 (II) — § 76 u. 77: S. 161 — § 82: S. 6 (IV) — § 85: S. 90 u. 160.

Retruten, f. Militarperfonen.

Metruren, j. Miliarperjonen.
Metruren, j. Miliarperjonen.
ungen der gefetlichen Berireter: Dänemark XXIV
— Deutsches Reich 74 f. — Großbritannien 29,
III (Absat 2) — Italien 31 (Art. 67) — Portugal 56, II (Art. 1062) — Rußland 58, III —
Schweiz VIII (Art. 27, Abs. 2) — Spanien 61
(Art. 14) — Ungarn 65, V. — Bgl. Ergänzung der elterlichen Einwilligung, Ergänzung der vormundschessischen Einwilligung mundicaftliden Ginwilligung.

Religionsverschiebenheit, f. Cultus disparitas.

Reservatrecht, bayerisches [bie im Bersailler Bundnigvertrage v. 28. Rov. 1870 (Rr. III § 1, R. G. B. S. 18) und im Schlusprotofoll von demfelben Tage (Rr. I, R. G. B. S. 23) - begitglich Regelung ber mit ben Beimats. und Rieberlaffungs. verhältnissen in Jusammenhang ftebenden administrativ-polizeilichen Gegenstände des Berefelichungs-wesens — versassungsmäßig gewährleisteten Borbehalte für das Königreich Bapern]: Bapern XIX f.; 7 ff. — Bgl. Bundesgeset (deutsches) über die Aufsebung der polizeilichen Beschränkungen der Ehe-

hebung ber polizeilichen Beschränfungen der Chefchießung.

Reuß a. L. 12 (Rr. 19), 70 (Rr. 19), 72, 73, 75, 148, 158 (Rr. 19), 159 (F. 1), 162.

Reuß i. L. 12 (Rr. 20), 70 (Rr. 20), 148, 158 (Rr. 20), 159 (F. 20), 164, 165.

Rheinbapern [Rheinpfalz, bayerische Pfalz] 7, 8, 9 (V), 10 (VII), 11 (Rr. 2 litt. a), 74, 156 (Rr. 2).

Rheinbessen 6, 11 (Rr. 6 litt. a), 75 (F. 5), 143 (Pessen), 157 (Rr. 6), 159 (F. 1).

Rheinprovinz [Rheinpreußen] 6 (letztes Lemma), 78 (litt. c.: Rote), 156 (Rr. 1).

78 (litt. c: Rote), 156 (Rr. 1). Rhobe-Island 68, 126 (R. 5), 138. Rudfehr des Inländers in das heimat-Liche Staatsgebiet nach erfolgter Che-jchließung im Auslande. Bezüglich Borschriften: j. Heirathsurfunde (ausländische). Rücktritt vom Eheverfprechen, f. Chever-

Rumanien 2, 57, 88. Ruffen. Deren Chefchliegung im Auslande: Bayern Ministerialentichließung v. 19. Febr. 1880 Rr. 1831: Amisbl. d. Min. Innern 1880, S. 97/98]; vgl. S. 87 (oben) — Prenfen XIX — Schweiz 57 u. 59 (oben). Rugland 2, 57 ff, 83, 87.

Sachfen [Ronigreich] 11 (Rr. 3), 69 (Rr. 3), 75 (3iff. 8), 77, 90, 92 (bis), 140 f., 157 (Rr. 3), 159 (3iff. 1), 160 (II), 161, 163 f., 168 (R. 1), 170 (bis). Sach fen - Altenburg 11 (Rr. 13), 70 (Rr. 13), 75 (3iff. 8), 92, 146, 158 (Rr. 13), 158 (I), 159 (3iff. 1), 165 (II).

- Sachfen-Coburg-Botha 11 (Rr. 14), 70 (Rr. 14), 72, 75 (Biff. 8), 92, 146, 158 (Rr. 14), 159 (Biff. 2), 162, 164, 165.
- Sach fen-Reiningen 11 (Rr. 12). 70 (Rr. 12), 75 (3iff. 8), 145 f., 157 (Rr. 12), 158 (I), 159 (3iff. 8), 162, 164.

 Sach fen-Beimar-Gifenach [Großherzogthum S.]
 11 (Rr. 8), 69 (Rr. 9), 72, 73 (litt. b), 75 (3iff. 6), 143, 157 (Rr. 8), 159 (3iff. 3), 162, 164.
- Sach ber ft an bige. Zugiehung bon folden vorgejehen: Großbritannien 28, I (lints oben) Ranonisches Recht 116 (Frühreife) u. 117, III (Impotenz) Desterreich 83 (§ 120) Portugal 83
 (Art. 1233). Bgl. Abfürzung der 2c. Wartefrift,
 Impotenz Millenaunfähigkeit

3mpoteng, Billensunfabigteit. 1 g b u r g XIX ("Preugen"), 42 f., 141 ("Sachjen"), 145 ("Sachjen-Reiningen"), 148 ("Reuß a. 8.").

- Sammelatten, f. Belege,
 Shabenerfag, Anfpride ber Berlobten aus einem nicht begrundeten « caveat », - aus einseitigem nicht begrundeten Rudtritt vom Berlbbnig: f. Caveat, Efeberiprechen.
 Schaffhaufen XII (Rote gu Art. 33). 165 (Ber-
- zeichniß).
- Schaumburg Lippe 12 (Rr. 21), 70 (Rr. 21), 149, 158 (Rr. 21), 158 (I), 159 (bis), 159 (3iff. 3), 165 (II).
- Cheibeaft, ftandesamtlicher: Deutsches Reich 161 (92. *).
- Soeibung ber Ehe. Bedeutung bes Bortes "S." [im Gegenfat ju "Trennung"] in ber öfterreichischen Rechtsfprache: Defterreich 48 (oben). Bgl. Divorce, Divorcio.
- vorce, Divorcio.
 Sheibung grund be, welche ein [wenigstens temporares] hinderniß zur Wiederverheirathung des schuldigen Ehegatten bilden: Belgien 3 (Art. 296 u. 292) Deutsches Reich 5 (§ 33, Ar. 5) Großdritannien 95 Riederlande 38 (Art. 89) Norwegen 41 Desterreich 48 (§ 119) Schweben 171 (Ziff. 4) Schweiz IX (Art. 48, Rote zu Art. 28 Ziff. 1) Bereinigte Staaten 131, VI; 134, IX. Bgl. Bigamie, Chebruch, Cheschein Reichiebene. deidung, Beidiedene.

Schiffe [Seelchiffe], Eheschließung an Bord eines Seelchiffes: Deutsches Reich 39 (§ 71) — Große britannien 110 — Spanien 124 (R. 5: Art. 43) Bereinigte Staaten 125 (R. 3).

- Soles mig holft ein XIX ("Breugen"), 78 (vor-letter Abfas), 189 ("Breugen": litt. b), 156 (Rr. 1), 168 (unten)
- Shie fung ber Che [als unterichieden von "Confummation" (Bollzug) berfelben]: Rangnifches Recht 113 (rechts) Bereinigte Staaten 129, III (rechts, oben). Bgl. Bedingte Chefchließung, Beifolaf, Copula carnalis, Pāpfilic Dispenjation, Sponsalia de futuro, Sponsalia de præsenti.

 Schottland 27 (unten), 28 (I), 29 (II u. IV), 99 (R. 13), 100, 106 ff., 151 (litt. e).
- Sorift finde, nothwendige, für die Chefchliegung : f. Ausweisfdriften.
- Som ager u. Som agerin Berjowagerte im 1. Grad gleicher Seitenlinie nach tanonifcher und

im 2. Grad der Seitenlinie nach romifcher (civil-

- rechtlicher) Berechnung]. Berbot der Che zwischen benfelben: seitenverwandte u. Berschwä-gerte (Ziff 1, litt. b). Schwägerschaft [Affinität, Affinitas das Ber-hältniß des einen zu den Berwandten des andern Ehegatten (eheliche Affinität) oder Rontumbenten (augerebeliche Affinitat)]. In ber geraden oder auf- und absteigenden Linie wird unterschieden zwischen dem Berhaltniffe des einen Spegatien zu den Descendenten des andern Satten, welche nicht zugleich auch Descendenten des erstern find (der sogen. Stief verwandtschaft), und dem Berhaltniffe des einen Spegatten zu den Asenbenten bes andern Chegatten (ber fogen. Somies gervermanbtichaft). Bezüglich ber Eheverbote wegen S. in der geraden oder auf- und ab-fleigenden Linie: f. Afcendenten u. Defcendenten. Bezüglich ber Cheverbote wegen Schwagerichaft im engern Sinn, b. h. mit ben Seitenverwand-ten eines frubern Ehegatten: f. Seitenverwandte u. Berichwägerte. — NB. Die Grabe ber Soma-gerichaft werben ben Graben ber Ber= wandtichaft analog berechnet: in benfelben Graben nämlich, in welchen eine Berfon mit bem einen Chegatten (Rontumbenten) verwandt ift, ift fle mit bem andern Chegatten (Ronfumbenten) verfdmagert. - Bgl. Beifdlaf (Abf. 2 u 3), Grabberechnung.
- Som an gerich aft ale Dispensationsgrund, begitg-lich eines Chehinderniffes: Frantreich 23 (litt. I, b)
 Ranoniffes Recht 37 (unten: Rote) Spanten 63, Ill
- als privates trennendes & he bin berniß: Defterreich 47, Biff. 3 (§ 58). — Bgl. Beifchlaf mit einer britten Berfon, Brribum in ber Berfon, Birginität.
- Son an gerung in Berbindung mit Cheversprechen. Deren rechtliche Bebeutung: Dinemart 4 (Abs. 8)
 Schweben 172 (II, Abs. 1). Bgl. Copula carnalis, Sponsalia de futuro.

- carnalis, Sponsalia de futuro.
 Schwarzburg-Rubolstabt 11 (Rr. 16), 70 (Rr. 16), 75 (3iff. 10), 147, 158 (Rr. 17), 159 (3iff 3).
 Schwarzburg-Sonbershausen 11 (Rr. 17), 70 (Rr. 17), 147, 158 (Rr. 16), 159 (3iff. 3).
 Schweben 59 f., 83, 170 ff.
 Schwebisch Rorwegische Staatsangehörige. Deren Eheschließung im Auslande: Deutsches Reich XIX f.; 141 ff. Schweiz 172 (oben).
 Schweiz VII ff., XXIV, 1 f., 83, 165 f., 176 (Zusas).
 Schweizer-Bürger. Deren Eheschließung im Auslande: Deutsches Reich 163 ff. Halbeivilistrte Linder XVII (Beisas).
 Schwester, j. Geschwister.
 Schwaz XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichnis).

- Sowiegereltern u. Sowiegertinder [Berfcmägerte in der geraden ober auf- und absteigenden Binie — b. b. die Afcendenten des einen Chegatten mit Bezug auf den andern Chegatten, rejp. Diefer Ehegatte mit Bezug auf die Ascendenten des erftern]. Berbot der Che zwischen denselben: j. Ascenbenten u. Defcendenten.
- benten u. Descendenten.
 Schwiegervermandischie, f. Schwägerschaft.
 Seeleute [Mannschaft der Kriegs- oder handelsschiffe, sowie der Küftenfahrer]. Deren Bohnst;
 Bortngal 56, III (Art. 52 Einziger S, Rote).
 Seelsorger, ordentlichersch, nach Berschiedenheit der Religion der Pfarrer, Pastor,
 Rabbiner z. dessenigen Bezirtes (Pfarrbezirtes), in
 welchem die Berlobten ihren Bohnsty haben]. Dessen
 Mitwirtung bei der Cheschließung: Desterreich 50 f.,

IV: 121 (§ 75). - Bgl. Geiftliche, Pfarrer, Trauung,

Seelchiffe, f. Schiffe. Seitenlinie [linea transversa — Die Reihe ber Berfonen, welche bon einem gemeinfamen Dritten abftammen]: Ranonifdes Recht 37 (oben). Abfteigende L., Auffteigende L., Gerade L.

Seitenbermanbte u. Berfchmagerte [col-latorales]. Berbot ber Ehe mit Blutsverwandten ober gewesenen Chegatten von folden in ben nachbezeichneten Graben ber Seitenlinie, unter den hiebei ermahnten Borausjegungen :

1) a. im 1. Grad gleicher Seitenlinie nach tanonifder, refp. im 2. Grab ber Seitenlinie nach romifder (civilrechtlicher) Berechnung, bezüglich ber boll-ober halbbitrtigen Berwandten [b. h. zwi-fchen Gefchwiftern: Bruber u. Sowester o der halb ürtigen Berwandten [d. h. zwischen Geschwistern: Bruder u. Schwester oder da lbgeschwistern, ohne Unterschied, obsie den Bater (consanguinei) oder die Mutter (uterini) gemeinsam haben], gleichviel beruhe die Berwandtichaft auf ehelicher oder außerehe-licher Zeugung: Dentsches Reich 21 (§ 33, Ar. 2) — Frankreich 21 (Urt. 162) — Großbritannien 27 (Nr. 16) — Jialien 82 (Urt. 59, Ziss. 1) — Ramonisches Recht 36 — Niederlande 82 (Urt. 87) — Desterreich 49 (§ 65 u. 125), 83 (§ 125) — Vortugal 83 (Urt. 1673, Ziss. 2) — Husland 58 (V. Ziss. 2) — Spartugal 83 (Urt. 28, Ziss. 2) — Spanien 84 (Urt. 6, Ziss. 2 u. 4) — Bereinigte Staaten 132, VII; d. —, bezüglich des gewesenn Spegatten eines unter litt. a bezeichneten Berwandten [d. h. zwissen 16 (VII), 81 (Urt. 162 u. 164) — Großbritannien 27 (Ar. 17 u. 18) — Italien 82 (Urt. 52 Ziss. 2, Urt. 68 u. 69) — Ranonisches Recht 36 (VI) — Riederlande 82 (Urt. 88, Ziss. 125), 83 (§ 125) — Rußland 58 (V. Ziss. 8), 35, 12 — Spanien 84 (Urt. 6 Ziss. 18, Ziss. 125), 83 (§ 125) — Rußland 58 (V. Ziss. 2) — Spanien 84 (Urt. 6 Ziss. 3 u. Urt. 7) — Bereinigte Staaten 132 (VII); a. im 2, den 1. berührenden Grad ungleicher Seitenlinie nach kanonischer (civilrechtlicher) Perednung.

linie nach tanonifcher und im 3. Grad ber Seitenlinie nach römischer (civilrechticher) Berechnung, bezüglich der Berwandten [d. h. zwischen Oheim u. Nichte oder Reffe u. Tantel daterlicher. u. mitterlicherseits, gleichviel beruhe die Berwandtschaft auf ehelicher oder außerehelicher Geugung: Frankreich 81 (Art. 163 u 164) — Großebritannten 27 (Nr. 4 u. 5, 25 u. 26) — Italien 82 (Art. 59 ziff. 3, Art. 68 u. Art. 69) — Ramonisches Recht 36 — Niederlande 82 (Art. 88, 3iff. 2 u. Schlußlemma) — Desterreich 49 (§§ 65 u. 125), 83 (§ 125) — Bortugal 83 (Art. 1073, 3iff. 3) — Rußland 58 (V, 3iff. 2) — Schweden 172 (Biff. 7, litt. b) — Schweiz IX (Art. 28, 3iff. 2) — Beretuigte Staaten 132 (VII); b. —, bezüglich der unter litt. a bezeichneten Berwandten, falls die Berwandtschaft auf ehelicher Gelinie nach romifder (civilrechtlicher) Berechnung,

ten, falls die Berwandtschaft auf ehelicher Geburt beruht: Spanien 84 (Art 6 Biff. 2 u. Art. 7); c. —, bezüglich des gewesenen Chegatten eines unter litt. a. ober d. bezeichneten Berwandten: Eroß-britannien 27 (Ar. 6, 7, 8 9, 27, 28, 29 u. 30) — Ranonisches Recht 36 (VI) — Desterreich 49 (Fis. 8: § 66) — Rupland 58 (V. III. 2) — Spanien 84 (Art. 6 Zis. 3 u. Art. 7); 3) a. im 2. Grad gleicher Seitenlinie nach fanonischer

und im 4. Grad der Seitenlinie nach römischer (civilrechtlicher) Berechnung bezitglich der Bermand-ten [b. h. zwischen Geschwistert in dern: Better u. Ba fe], gleichviel beruhe bie Bermandticaft auf ehelicher ober außerehelicher Beugung

oder Geburt: Rauon. Recht 36 (VI) — Defterreich 49 (Biff. 8: § 65) — Rufland 58 (V. Biff. 2); b. —, bezüglich der unter litt. a bezeichneten Berwandten, falls bie Bermandtichaft auf ehelicher Geburt beruht : Spanien 84 (Art. 6 Biff. 2 u. Art. 7); Ceburt beruht: Spanien 84 (Art. 6 3iff. 2 u. Art. 7); c. —, bezüglich des gewe sen en Ehe gatten eines unter litt. a bezeichneten Berwandten: Ranonisches Recht 36 (VI) — Desterreich 49 (3iff. 8: § 66) — Kusland 58 (V, 3iff. 2); a. im 8. den 1. berührenden Grad ungleicher Seitenlinie nach kanonischer und im 4. Grad der Seitenlinie nach romischer siedlicher Berech-

nung, bezüglich ber Bermandten [b. h. zwischen Großobeim u. Großnichte, Großneffe Großobeim u. Großnichte, Großnette u. Großtantel, gleichviel beruhe die Berwandtschaft auf chelicher ober außerehelicher Zeugung: Frantzeich 16 (VII: Rote zu Art. 163), vgl. S. 81 (Art. 163 u. 164) — Kanonisches Recht 36 (VI) — Niederlande 8? (Art. 88. 3iff. 2 u. Schlußlemma) — Desterreich [bezüglich des jüdischen Weibes] 49 (Ziff. 8: § 125), 83 (§ 125) — Rußeland 58 (V, Ziff. 2) — Schweden 172 (Ziff. 7, slitt b): litt. b);

b. —, bezüglich ber unter litt. a bezeichneten Ber-wandten, falls die Bermandtichaft auf ehelich er Beburt beruht: Spanien 84 (Art. 6 Biff. 2 u.

Art. 7);
c. —, bezüglich des gewesenen Ehegatten eines unter litt. a bezeichneten Berwandten: Ranonisches unter litt. a bezeichneten Berwandten: Ranonisches Kecht 36 (VI) — Desterreich sezüglich des sübischen Beibes] 49 (Zis. 8: § 125), 33 (§ 125) — Rußland 53 (V, Zis. 2); bis zum 4. Grad kanonischer Berechnung bezüglich der Berwandten sowohl als der Berjchwägerten, gleichviel beruhe die Berwandtschaft auf ehelicher oder außerehelicher Zeugung: Ranonische Recht 36 (VI) — Rußland 58 (V, Zis. 2). — Bal. Assignias illegitima. Bgl. Affinitas illegitima.

NB. Die Seitenverwandticaft ober Schmagericaft in den verbotenen Graden bildet nach britifchem, por= tugiefifdem, fomebifdem und jum Theil auch nach nordameritanifdem Rechte einen Grund absoluter Richtigfelt ber Che, nach allen fibrigen Rechten ein Richitgteit der Ege, nach allen norigen Rechten ein öffentliches trennendes Chehinderniß: Frankreich 16, VII (Rote: Art. 184) — Größbritannien 28 (oben: Lord Lyndhurst's Act); vgl. S. 110 (oben) — Italien 30, I (Rote: Art. 104) — Ranonisches Recht 36, VI — Riebersande 38, I (Rote: Art. 145) Desterreich 120 (R. 1: § 94) — Bortugal 83 (Art. 1074) — Schweben 172 (3iff. 7: Rote) — Schweiz X (Art. 51, Rote zu Art. 23) — Spanien 87 (Art. 92, Ziff. 2/Art. 93) — Bereinigte Staaten

133 (unten), Sententia divortii [Richteripruch, beffen Bolljug im Auseinanbergeben (divortium) ber Gatten besteht — nach bem Sprachgebrauch bes tanonischen Rechts ebenfo bie Richtig feits ertlarung einer Ehe wie bas auf immermahrende Trennung ber Chegatten lautende Ertenninis]. Analog wird jede durch richterliche Thatigleit bewirfte Auflöfung der Che als edivorces bezeichnet: Bereinigte Staaten 184, IX (links: 1. Abs.). — Bgl. Divorce.

Separation, judicial [im Begenfat ju edissolution of marriage»]: Großbritannien 28, I (oben rechts); 94 (R. 2). — Bgl. Divorce.

Sheriff [Graficaftsrichter]. Deffen Befugniß gur Ertheilung eines awarrants behufs Beuckundung eines irregular marriage : Schottland 108 (legter Mbfak).

Sicherftellung des Bermogens, f. Auseinanderfetung zc.

Stlavenstand als Chehinderniß: J. Conditio sc. servilis, Rasse u. Stand.

Sobn Bermandter im 1. Grad der geraden abfteigenden Linie, nach kanonischer sowohl als nach römischer (civitrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Che zwischen bemselben und beffen Mutter: f. Ascenbenten u. Defcenbenten.

denten u. Bejeenvenien. — [haussohn — "Mannspersonen" im Gegensat zu (Kachter Kaustochter)]. Be-[Haussohn — "Mannspersonen" im Gegensat zu "Frauenspersonen" (Tochter, Haustochter)]. Besondere Bestimmungen über ben Heiraths. consens der Ascendenten in Betress ber Ainder männlichen Geschlechts: Deutsches Reich 4, I (§ 29) — Frankreich 14 f., VI (Art. 148, 151, 152 u. 153) — Italien 30, II (Art. 63); 31 (Art. 67, Abs. 1) — Desterreich 45 (§ 174, Rote zu § 49) — Spanien 60, II (Art. 1); 61 (Art. 15). — Bgl. Elterliche Einwilligung, Tochter. Ib a ten. 1. Willidärversonen.

Soldaten, f. Militarperfonen.

Soldaten, i. Willitärpersonen.
Solothurn XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).
Spanien XXIII, 2, 83 f, 87, 88, 128 f.
Sponsalia de futuro [verba de futuro —
Cheverlöbniß]: Großbritannien Schottland 106
(R. 20), 107 (unten), 108 (R 21) — Ranonisches
Recht 112 f. — Bereinigte Staaten 126. — Bgl.
Cheversprechen, Schwängerung.

Sponsalia de praesenti [verha de præsenti — formlose Ebeschichung]: Großbritansuten Schottland 106 (R. 20), 107, 108 (R. 21) — Ranonisches Recht 112 f.; 113 (bezüglich der "bebingten Eheschiebung") — Bereinigte Staaten 126. — Bgl. Mitwirfung eines Geistlichen, Tribentinum.

Spurii [unebeliche Rinber, im Gegenfan ju Rontu-binentinder eliberi naturales»]. Richtftatthaftigfeit

- binentinder aliberi naturales»]. Richtstatthaftigseit der Legitimation solcher vorehelicher Kinder: Bahern 9, V. Bgl. Ratürliche K.

 Staatsangehdrigteit. Inwiesern dieselbe über das Recht, nach welchem die Erforder nisse der Ehescht, nach welchem die Erforder nisse Weige Welcht. 30 (3iff. 5 u. 6) Deutsche Recht XXI; 12 (Art. 3 u. 170) Graßbritannien XXIII (unten); 26 (Einleitung) Italien XXI (Urt. 102); 32, V (Urt. 100) Riederlande 38 (Urt. 138) Oesterreich XXII; 42 (Einleitung: §§ 4 u. 37); 43 f., II Portugal XXII; 54 (Einleitung: Urt. 24); 54, I (Urt. 1065 u. 1066) Schweden 172, I (Schliehmma) Schweiz VII (Urt. 25, Ubs. 3); XII (Urt. 31); XIV (Urt. 37, Semma 4) Spanien XXIII; 60, I (Urt. 41) Ungarn 64, I Bereinigte Staaten 135 f. Bgl. Cheschliehungsort, Personalstatut, Wohnste.
 - orr, versonalpatut, Wohnty.
 Inwiesern dieselbe bezüglich Statthaftigkeit ber Chessus.
 In mahgebend ist: Deutsches Reich 160 (R.*); 162 (Rote *); 166, II (§ 568)
 Frankreich 14, V (Rote); 21 (litt. B) Italien 30, I (Eingangs-Note) Desterreich 48
 ("Rlausenburger-Freisprechung") Schweden 176
 Schweiz IX (Art. 56, Note zu Art. 28 3iff. 1);
 176 (Zusat: Art. 43). Bgl. Personalstatut,
 Mohnsie Bohnfig.
 - Bohnfig. Uebertragung der S. auf die Gattin und die ehelichen Kinder durch die heirath: Bayern rechts des Rheins 10, VI (Schlußlemma); Pfalz 10. VII (Schlußlemma) Belgien 154 (Gesandtschaftliche Erflärung: Art. 12 u. 10) Dentsches Reich 4 (Einleitung: §§ 5 u. 4) Großbritanuien 26 (Gesandtschaftliche Erflärung) Italien 33, V (Art. 9, Rote zu Art. 100) Piederlande 38 (Einleitung: Art. 6, Rote zu Art. 138) Desterreich 42 (Einleitung: "Staatsbürgerschaft"); 44 (Bescheinigung) Portugal 54 (Einleitung: Schluß-

lemma) — Schweiz VII (Art. 25, Abs. 4) — Ber-

lemma) — Schweiz VII (Art. 25, Abs. 4) — Berecinigte Staaten 60 f., II.

— Berzeichniß ber in den Bundekstaaten des Deutschen Reiches zur Ertheilung von Anerkenntnissen Reiches zur Ertheilung von Anerkenntnissen Reichen Rehörden Behörden 156 ff.

— Berzeichniß der Schweizerichen Behörden, welche besugt sind, über die Staatsangehörigkeit in der Schweiz Ertlärungen und Anerstenntnisse Anwaltschen 165 f.

Staatsanwaltschen 20 popnbaar Ministerie — Ministerio fiscal]. Psticht und Recht dieser Behörde zur Anschung der einem Cheberbote zuwiderlausenden Scholließung: Deutsche Reich 166, II; Baden 168 (R. 2) — Frankreich 16, VII (Rote: Art 184); 92 f. (Art. 184 u. 185); 93 (Art. 191) — Italien 30. I (Roten: Art. 104 u. 112); 111 (Art. 104 u. 110); 112 (Art. 114) — Riederlande 38, I (Rote: Art. 145); 119 (Art. 141); 120 (Art. 143, 144, 147 u. 149) — Desterreich 8 (§ 94); 120 (R. 1: § 94) — Schweiz K (Art. 51, Rote zu Art. 22) — Spanien 87 (Art. 93).

Stand [conditio — die rechtliche Stellung einer Persion bezüglich der ihr Berhältniß zur menschlichen Gesellschaft, nach Maßgabe der staatlichen Ordnung eines Landes, begründenden Thatsachen, insbesondere in Ansehna über Geburt ("Abelsstande")

eines Landes, begrundenden Thatfachen, insbefondere in Anfebung ihrer Beburt ("Abelsftanb", "Stlavenftanb") oder ihres Berufes ("Bauern-ftanb", "Bürgerftanb")]: f Conditio sc. servilis, Raffe u. Stanb.

- [status gewöhnlich als Bersonalstatus, Ber-sonenstand, Familienstand oder Civilstand naber bezeichnet die rechtliche Stellung einer Person bezüglich der ihre Familienverhältnisse, nach Raß-Dezuglich der ihre hamilienverhaltnise, nach Mag-gabebes Civilgeses, begründenden resp. beendigenden Ehatsachen: insbesondere in Ansehung ihrer (ehelichen oder außerehelichen) Geburt, Legitimation, Aboption oder Arrogation, ihrer Berheirathung, der Scheidung ihrer Ehe oder des Todes ihres Mitgatten]. Auf-stellung des Sages, daß über den Stand das Ge-jet des heim at lan des der Betreffenden entjes Den geimatlandes der Betreffenden entjcheidet: Deutsches Reich Breußen XVIII (Cirkularerlaß) — Frankreich 12 (Einleitung: Art. 3) —
 Bortngal XXII (Art. 27); 54 (Eingang snote: Art. 24). — Bgl. Personalstatut.
 Standes beamter, s. Civistandsbeamter.
 Startenburg 11 (Ar. 6 litt. b), 142 ("Deffen": Biff. 1), 143 ("Deffen"), 157 (Ar. 6). — Bgl. Deffen.

Statuten - Theorie [die hertommliche Theorie der brei Rlaffen, in welche die Gefammibeit ber pofitiven Rechtsquellen (Statuten — als Inbegriff der Gefetge, Lotalftatuten und Gewohnheitsrechte) zertheitt wird]: j. Personalstatut (NB.)
1 tutes [Acts of Parliament — Statuten,

Statutes [Acts of Parliament - State Befege]. Citate bon folden ober aus folden:

I. Großbritannien.

25 Hen. VIII c. 19 [— A. D. 1583/4]: €. 94 (R. 1); 25 Hen. VIII c. 21 [— A. D. 1538/4]: ©. 97 (R. 7) u. © 98 (lints); 25 Hen. VIII c. 22 [— A. D. 1538/4]: ©. 94 (R. 8) u. S. 182 (VII); 32 Hen VIII c. 38 [— A. D. 1540]: S. 27 (Tab. Bergeichniß), S. 94 (R. 8), S. 108 (R. 21) 2 & 3 Edw. VI c. 23: 5. 108 (R. 21); 5 & 6 Edw. VI c. 12 [- A. D. 1552]: 6. 95 (lints, oben); 10 Anne c. 7: S. 107 (lints);

```
12 Geo. I. c. 3: S. 108 (R. 21);
15 & 16 Geo. II c. 30 | — A. D. 1741]: S. 28
(lints, oben) u. S. 130 (III);
19 Geo. II c. 13 [— A. D. 1745]: S. 104 (recits,
         unten);
   26 Geo. 11c. 33[Lord Hardwicke's Act - 1753]
         5. 95 f. (R. 5), S. 108 (R. 21), S. 109 (regit, oben) u. S. 126 (bis);

NB. «Provided — That nothing in this Act contained shall extend to that Part of
          Great Britain called Scotland - nor to any
         Marriages solemnized beyond the Seas.
  58 Geo. III c. 45: S. 98 (R. 9);
58 Geo. III c. 81: S. 108 (R. 21);
4 Geo. IV c. 17 [— 26th March 1828]: An
 Act to repeal certain Provisions of 3 Geo. IV c. 75.

4 Geo. IV c. 67: S. 110 (Note);

4 Geo. IV c. 76 [— 18th July 1823]: S. 96 (N. 5),—ss. 10, 11, 14, 15, 16, 17: S. 97 (N. 7)—ss. 16, 17: S. 29 (III)—ss. 18, 19: S. 97 f. (N. 7)—s. 21: S. 98 (N. 8)—s. 22: S. 28 (II) u. S. 98—s. 23: S. 29 (III) u. S. 97 (N. 7);

NB. Act only to extend to England (s. 83).

4 Geo. IV c. 91: S. 110 (lints);

5 Geo. IV c. 68 [Newfoundland]: S. 110 (Note);
          Act to repeal certain Provisions of 8 Geo.
5 Geo. IV c. 68 [Newfoundland]: 5. 110 (Rote);
9 Geo. IV c. 31: 5. 95 (R. 4);
10 Geo. IV c. 34; 5. 95 (R. 4);
3 & 4 Wm. IV c. 45: 5. 110 (Rote);
4 & 5 Wm. IV c. 28: 5. 107 (lints);
5 & 6 Wm. IV c. 54 [Lord Lyndhurst's Act
— 31st August 1835]: 5. 28 (lints, oben),
5. 95 (R. 8), 5. 110 (lints, oben), 5. 138 (rechts, oben) u. 6. 151;
(rechts, oben) u. S. 151;

NB. Not to extend to Scotland (s. 8).
6 & 7 Wm. IV c. 85 [Lord Russell's Act—
17th August 1836]: S. 96 (R. 5), — s. 1:
S. 97 (R. 7) — s. 2: S. 97 (lints) — s. 11:
S. 96 (R. 6) u. S. 97 (R. 7) — s. 13: S. 99
(rechts) — s. 16: S. 100 (Rote) — s. 18: S. 96
(R. 6) u. S. 100 (R. 15) — ss. 20, 21: S. 100
(rechts) — s. 25: S. 29 (III, 3. Mb[.) — s. 37:
S. 96 (R. 6) u. S. 99 (R. 11) — s. 41: S. 99
(R. 14) — s. 42: S. 26 (II) u. S. 101 (lints)
— s. 43: S. 29 (III, Schlußnote);
NB. This Act shall extend only to England and shall not extend to the Marriage of any of the Royal Family (s. 45).
(Rote);
12 & 13 Vict. c. 68 [ The Consular Mar-
        riage Act » - An Act for facilitating the
        marriages of British subjects resident in
        foreign countries]: 6. 119
        NB. Any form of ceremony, according
```

to the creed of the contracting parties, may be used; and the religious portion of the ceremony may be performed by a clergyman of any denomination; but the presence of the duly authorized consular of ficer is necessary to render such marriage valid; and if the ceremonial be not that of the Church of England and Ireland, which can only be duly land and Ireland, which can only be duly performed by an ordained clergyman of that Church, the contracting parties are to make a declaration before the consul, in words prescribed by the Act, that they know not of any lawful impediment why they may not be joined in matrimony, and that they call upon the persons present to witness that they take each other respectively to be lawful wedded husband and wife; and such declaration, in the absence of any religious declaration, in the absence of any religious ceremony, is sufficient.

«The only place where marriages, under this Act, may be solemnized, is the «British consulate »; that is, the public office of the consul-general, consul, vice-consul, or consular agent, as the case may be; and every such marriage must be solemnized with open doors, between the hours of eight and twelve in the forenoon, in the presence of two or

more witnesses

Sagregifter.

« Hence it follows that no marriages performed at other places, or under other circumstances, will be valid under this Act; and accordingly marriages cannot be solemnized under this Act in any churches or chapels, even though attached to British missions or connected with British consulates abroad, nor can they be solemnized under this Act by an ambassador, minister, or other diplomatic agent of the Crown.

«The Act 4 Geo. IV c. 91, however, remains

still in force, and legalizes marriages solemnized by a « minister of the Church of England » in the chapel, or house, of any British ambassador or minister residing within the country to the Court of which he is accre-

dited.

« I may add that all marriages duly solem-nized according to the local law in force, so as to be valid by that law in the country where they are solemnized, will be valid in England. »

(Circular. - Foreign Office, Aug. 20, 1853.) 14 & 15 Vict. c. 40 [An Act for Marriages in India — 24th July 1851]: S. 109;
17 & 18 Vict. c. 80: S. 108 (redis);
17 & 18 Vict. c. 88 [Mexico]: S. 110 (Rote);
19 & 20 Vict. c. 96 [Lord Brougham's Act29th July 1856]: S. 106 (redis, oben) u. S. 108 (redis, 2, Tbj.);
19 & 20 Vict. c. 119 [Marriage and Registra-19 & 20 Vict. c. 179 [Marriage and Registration Acts Amendment — 29th July 1856]: 6. 96 (R.5) — ss. 2, 6: 6. 99 (R. 13) — ss. 7, 8: 6. 100 (Rote) — s. 11: 6. 98 (tints) — s. 12: 6. 101 (redis) — s. 14: 6. 100 (R. 16) — s. 15: 6. 96 (R. 6) — s. 17: 6. 29 (III, 3. Mb].) u. 6. 100 (R. 16) — s. 18: 6. 99 (tints) — s. 19: 6. 29 (III, 6d) us note us. 100 (lints);

20 & 21 Vict, c. 85 [a Divorce Act - 28th August, 1857]: S. 28 (I), S. 94 (R. 2), S. 95 (linfs), S. 138 (redits) u. S. 151 (Anmertung); 21 & 22 Vict. c. 46 [Moscow, Tahiti, and Ningpo]: S. 110 (Rote);

21 & 22 Vict. c. 93 [a Legitimacy Declaration Act. — 2nd August, 1858]: 6. 26 (Ginleit-

Act > — 2nd August, 1858]: 5. 26 (Ginleitung), 5. 29 (Appendix);
22 & 23 Vict. c. 64 [Lisbon]: 5. 110 (Rote);
26 Vict c. 27: 5 105 (linfs);
26 & 27 Vict. c. 90 [a Mr. Monsell's Act >]:
5. 105 (1. Mote);
28 & 29 Vict. c. 64 [Colonial Marriages Validity]: 5 109 (redits, unten);
30 & 31 Vict. c. 2: 5. 110 (Rote);
30 & 31 Vict. c. 93 [Morro Velho]: 5. 110 (Rote);

(Rote);
31 & 32 Vict. c. 61 [China — Consular Marriages]: S. 110 (Rote) u. S. 110 (rechts, letter

**Shoay);

31 & 32 Vict. c. 77 [Divorce Amendment Act, 1868]: S. 94 (N. 2);

33 & 34 Vict. c. 110: S. 104 (linis, unten), S. 104 (recits), S. 105 (sinis), S. 105 (recits)

u. S. 106 (linis);

35 Vict. c. 10: S. 97 (linis);

36 & 37 Vict. c. 66 [Supreme Court of Judicature Act, 1873]: S. 152 (linis, oben);

38 & 39 Vict. c. 77 [Supreme Court of Judicature Act, 1875]: S. 152 (linis, oben).

II. Bereinigte Staaten von Rorbamerila.

A. Bunbesgefeggebung: S. 124.

A. Bun be ge e ge bung: S. 124.

Revised Statutes of the United States [R.- S. of U.S. — 1873/74]: S. 137 ("Quellen unb Literatur"), — § 1992: S. 66 (II) — § 1993: S. 67 (II) — §§ 1994, 1996, 1998: S. 66 (II) — § 2037: S. 124 (R. 2) — § 4082: S. 66 (I), S. 125 (oben) u. S. 135 (XI) — §§ 4290, 4291: S. 125 (R. 3) — § 4704: S. 67 (III) — § 4705: S. 124 (uniten) u S. 125 (R. 2) — § 5352: S. 124 u. S. 132 (VI).

Regulations prescribed for the use of the

E. 124 u. S. 132 (VI).

Regulations prescribed for the use of the Consular Service of the United States.

Art. XXIV, § 414: S. 66 (I) u. S. 135 (R. 12)

— §§ 415, 416: S. 66 (I) — § 417: S. 66 (I) u. S. 135 (XI) — § 418: S. 135 (XI) — Form. No. 87: S. 135 (R. 13) — Circular No. 18: S. 137 ff. (Beilage) — Circular No. 39: S. 67 ff. (Enbanc).

(Anhang). Revised Statutes of the United States relating to the District of Columbia [1873/74]: S. 187 ("Quellen u. Literatur"), — § 1: S. 124 (R. 1) — § 50: S. 124 (R. 1) — § 718: S. 127 (lints) u. S. 128 (recits) — §§ 720, 721: S. 128 (R. 7) — §§ 721, 722: S. 128 (R. 8) — § 748: S. 131 (VI).

B. Einzelftaatliche (Territorial.) Befet. gebung: S. 124 f.

Revised Statutes of the State of Illinols [1874]: 5. 137 ("Duellen u. Literatur"). — c. 17 § 15: 5. 187 (XII) — c. 28 § 1: 5. 125 (R. 4) — c. 38 § 28: 5. 132 (VI) — c. 40 § 11: 5. 136 (R. 14) — c. 40 § 16: 5. 131 (VI) — c. 89 § 1: 5. 132 (VII) — c. 89 § 4: 5. 127 (redis) — c. 89 § 5: 5. 128 (linls) — c. 89 § 6, 7: 5. 128 (R. 7) — c. 89 § 8: 5. 131 (IV) — c. 89 § 8, 10, 11: 5. 129 (R. 8) — c. 89 § 12: 5. 126 (R. 6) — c. 89 § 13: 5. 131 (IV) — c. 89 § 14: 5. 129 (R. 8). Statutes of the State of Massachusetts: 5. 121 Revised Statutes of the State of Illinois [1874]: Statutes of the State of Massachusetts: 6. 131 (VI), ©. 134 (X), ©. 136, ©. 136 (N. 14). Statutes of the State of New-York: ©. 127, ©. 131 (IV), ©. 131 (N. 10), ©. 131 (V), ©. 132 (VI), ©. 132 (VII), ©. 133 (bis), ©. 134 (IX), ©. 134 (X). Stellvertretung der Berlobten bei der Trauung [Eheichließung mittelst eines Bevollmächtigten]. Zuläfigsteit derselben: Ranoutsche Recht 115 (oben) — Rieberlande 82 (Art. 134) — Oesterreich 22 (§ 76) — Portugal 83 (Art. 1068) — Spanien 84 (Art. 35).

Stempelpflichtig feit der ausländischen Urtunden bei dern Gintragung in die inländischen Register: Frankreich XIII (Abs. 4 u. 10).
Sterbeurfunden, s. Todtenscheine.
Stiefeltern u. Stieftinder [Ehegatten der Ascendenten einer Berson einerseits u. Descendenten des andern Gattentheiles anderseits]. Berbot der Ehe zwischen benselben: s. Ascendenten u. Descendenten.

gwifden benfelben: f. Afcenbenten u. Defcenbenten.

iefge ich wifter [Dalbgeichwifter, halbburtige Geschwifter — im Gegensate zu ben rechten, voll-burtigen Geschwiftern]. Berbot ber Che zwischen benfelben: f Seitenverwandte u. Berfcmagerte (Biff. 1). — NB. Bezuglich ber gewöhnlich ebenfalls als "Stiefgeschwifter" bezeichneten Rinder, welche zwei Ehegatten in frühern Ehen erzeugt haben, besteht kein Cheverboi, da solche miteinander weder

bermandt noch berichwägert find. Stiefvater. Deffen Stellung bezüglich Ertheilung eines heirathatonfenfes: Deutsches Reich 71 (litt. b).

- Bgl. Einkindschaft.

Stiefvermandticaft, | Schwägericaft.

Strafandrobung [Androhung von Gelbftrafen ober vermögensrechtlicher Rachtheile]:

oder vermogensreglitiger Rachthelie]:

1) wider die Chegatten:

a. wegen hintansetzung eines Cheverbotes:

Deutsches Reich Sachsen 168 (R. 1: § 7) — Großebritannien 95 (R. 4) — Desterreich 49 (Aiff. 5, Rote); 83 (§ 121) — Portugal 55 (Art. 1063 u. 1064); 83 (Art. 1234) — Schweden 172 (Jiff. 7, Rote) — Bereinigte Staaten 124 ("Bolygimie"); vgl. S. 131 f., Vi;

b. wegen Richtauswirfung ber obrigteitlich en Cheerlaubnis ("Berebelicungszeugnis") refp. ber bienftlichen heirathsbewilligung bei Beamten ober Militarpersonen: Bapern 9, IV — Frankreich 23 (litt. G) — Defterreich 43, I; 46 f. (Rote zu § 54);

(Rote zu § 54);
c. wegen Richteinholung ber Einwilligung [resp. des Rathes] der Eitern oder Borsminder: Großdritannien 29, Ill (Schluknote)
— Bortugal 55 (Art. 1060) — Schweden 60, I;
171, Ziff. 2 (oben) — Spanien 62, II (Art. 15)
— Bereinigte Staaten 131, IV;
cl. wegen Unterlassung gewisser bezüglich der im Auslande ersolgenden Eheschliebung vorgeschriebenen Form lichteiten: Frankreich 18, VIII (Schlukslemma: Art. 192) — Italien 33, V (Art. 101);
e. wegen versaumter Anzeige ihrer vorsehelichen Kinder: Schweiz XVI (Art. 35,

ehelichen Rinber: Schweiz XVI (Art. 35, i. b. Rote zu Art. 41).

2) wider die gesetlichen Bertreter ber Cheichließenben, wegen Unterlaffung gewisser Bormlichfeiten: Frankreich 18, VIII (Schluß-

lemma: Art. 192).

B, wiber ben Beiftlichen, welcher bie Trauung

wider den Geiftlichen, welcher die Erauung vorgenommen hat:

a. wegen Richtbeachtung gewisser durch das bürgerliche Besetz aufgestellter Borschriften: Portugal 86 (Rote zu Art. 1069);

b. wegen Bornahme einer tirchlichen Trau = ung vor der bürgerlichen Cheschließung: Schweiz XV (Rote zu Art. 40);

c. wegen Bornahme einer Trauung ohne Erlaubnissichen [liconso] des zuständigen Beamten: Bereinigte Staaten 129, II.

[Androhung ber für Meineid feftgefesten Strafen]: f. Deineib.

Sub-Carolina 68, 133, 138.

Superintendent Registrar [Auffeher ber Standesbuchführer, insbesondere Eraubeamter]: Großbritaunien 28, II; 96 (R. 6); 98 ff. (II). — Bgl. Civilfiandsbeamter, Registrar, Registrar-General.

General.

Sveriges rikes lag [Schwedisches Bürgerliches Gesetzbuch]. Mitgetheilte Stellen und Citate aus demielben: Abschinte Stellen und Citate aus demielben: Abschinte von der Ehe". Rapitel I § 5: S. 170 (3iff. 1) — Rap. I § 6: S. 171 (3iff. 1) — Rap. II § 1: S. 172 (3iff. 7 litt. a) — Rap. II § 2: S. 172 (3iff. 7 litt. b) — Rap. II § 4: S. 172 (3iff. 7 litt. a) — Rap. II § 8: S. 172 (3iff. 7, lettes Lemma) — Rap. II § 1: S. 171 (3iff. 4) — Rap. III § 2: S. 171 (3iff. 4) — Rap. III § 9: S. 172 (II) — Rap. V § 4: S. 171 (3iff. 3) — Rap. VII § 2: S. 173 (Aufgebot*) — Rap. IX § 1: S. 172 (II) u. S. 176 (Schußlemma) — Rap. X § 1: S. 172 (II) — Rap. X § 7: S. 172 (II, unten) — Rap. XII § 1: S. 171 (3iff. 3 litt. b) — Rap. XII § 3: S. 171 (3iff. 3 litt. b) — Rap. XII § 3: S. 171 (3iff. 3 litt. b) — Rap. XII § 3: S. 171 (3iff. 3 litt. a) — Rap. XIII: S. 175 (3iff. I).

T.

Labellarifdes Bergeichniß der nach eng-lifdem Chefcliegungsrechte verbotenen Grade' der Bermandticaft u. Schmägericaft: Großbritannien 27; vgl. S. 94 (R. 3) u. S. 132 (R. 11) — Bgl. Ronfordangtafel.

La gebuch bes Schiffers als Civilftanderegifter: j. Logbuch.

Tante [Duhme - Bermandte im 2, ben 1, berührenden Grad ungleicher Seitenlinie nach fanonifder und im 3. Grad der Seitenlinie nach romifder (civilrectlicher) Berechnung]. Berbot ber Che amifchen berfelben und ihrem Reffen : f. Geitenbermandte (Biff. 2).

Laubft umme als Chefchliegenbe : Ranonifdes Recht

114, II

Taubftummen - Erziehungsanstalt, f. Bor-

fieher einer E.-E. Taufe. Bezüglich ber aus ber E. entftehenden fogen. geiftlichen Bermandtichaft: f Cognatio spiritualis.

Bezüglich bes auf bem Richtempfang biefes Satramentes beruhenben Chehinder-niffes gwifden Anhangern ber driftliden Religionsparteien und den Ungetauften [alfo 3. B. Juden, Mohammedanern, Geiden 2c.]: f. Cultus disparitas

(Religionsberschiedenheit).

Laufpathenschaft als difentlices trennendes Chehinderniß: Ranonisches Recht 37 ("geistliche Berwandtschaft"); 38 (litt. B) — Rußland 58, V (3iff. 3). — Bgl. Cognatio spiritualis.

Tauffcheine als Erfat der fehlenden Beburtsicheine Geburtsurfunden]: Someiz XI (Art. 65, Rote zu Mrt. 30).

Lennessee 68, 126 (R. 5), 133, 138. Lessin Ticino] XIII (Rote zu Art. 33), 166 (Berzeichnis).

Tegas 68, 135, 138.

Thurgau XII (Rote ju Art. 33), 166 (Bergeichnig). Tochter. Besondere Bestimmungen über bas Erforderniß einer elterlichen refp. vormundichaftlichen Einwilligung für die E.,
b. h. für Frauenspersonen [im Gegensatz zum
Sohne, resp. zu Mannspersonen]: Dänemart XXIV;
4 — Deutsches Reich 4, I (§ 29, Abs. 1); 78 ("mojaisches Recht") — Frankreich 14, VI (Art. 148); 15 (Art. 152) — Italien 30, II (Art. 63); 31 (Art. 67, Abi. 2) — Desterreich 45 (§ 175, Rote 3u § 49) -- Schweben 59, I (3iss. 3); 171 (3iss. 2) — Spanien 60, II (Art. 1) — Ungarn 65, V — Bereinigte Staaten Illnois 130, IV; Rew-Wegito 139; Rew-Port 131 (IV) u. 138; Pennsplvanien 138;

Bafhington 139.
[Bermanbte im 1. Grad der geraden absteigenden Linie, nach tanonischer sowohl als nach römischer (eivitrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Che amifchen ber E. und bem Bater: f. Afcenbenten u.

Defcendenten.

- To de Sert larung [Bericollenheitserklärung ein nach ben meisten Gesetzebungen durch das Gericht, nach einzelnen Rechten auch ab Seite einer Ber-waltungsbehörde, und zwar stets und übergul nach vorgängigem Aufgebotsversahren (Ediktalladung), erfolgender Musipruch über ben Rechtszuftanb einer feit geraumer Beit landesabwefenden Berfon, beren get geraumer geit landesatwejenden verjon, beten Tob vermuthet werben tann]. Wahrend nach einigen neueren Gefetgebungen, a. B. nach preußischem Recht (L. R. II, 1 § 666 ff.), die gerichtliche Tobes, erklärung als Grund der Aufhebung der Che angesehen wird, so daß, wenn der verschollene frühere Gatte wieder zum Borschein kommt, die allenfalls geschlossen neue Ehe des andern Gatten rechtsbeständig bleibt, gestehen die andern Befengebungen, nementlich ber Code civil. ber fog. "Abwesenheits-ertlärung" die erwähnte Wirkung nicht zu, sondern beschränken diese vielmehr auf die vermögensrecht-lichen Berhältnisse des Berschollenen, wenngleich der Art. 139 des Code civil nur dem Zurudkehrenden oder einem Bevollmächtigten besselben die Ansechtung der eima geschloffenen Che geftattet. Insbe-fondere gilt nach tanonischem Recht die erfte Che als fortbauernd: Ranonisches Recht 118, IV. Ugl. Berichollenheit.
- beguglich verfcollener Dilitarperfonen welche am Rriege mit Frankreich in ben Jahren 1870/71 theilgenommen haben: Deutsches Reich 76 | Note]. — Bgl. Rotorietatsatt (als Beweiß bes
- To bien ich eine [Sterbeurfunden]. Beibringung bon folchen, bezw. Erfat berfelben, als Rachweis bes 3.nhe8
- 1. bes fruhern (legten) Chegatten: Frantreich 21 f. (litt. B bis) Großbritannien 99 (Richterforbernig irgendwelcher Belege gur «notice»)
- Schweiz XI (Rote ju Art. 80) —
 Schweiz XI (Rote ju Art. 80) —
 eines zur Einwilligung in die Ehe berufenen Afcendenten: Deutsches Reich 76; 81 (§ 45)
 Frankreich 16, VI (R. 2 bis 4); 22 f. (litt. F)
 Niederlande 41 (Art. 128). Bgl. Abweichungen, Civilfandsregisterwesen, Eid, Notorietätsalt, Berionennamen.
- Tobtung, absichtliche, bes einen Chegatten. Die That ober ber bloge Berjuch als hinderniß jur Schließung einer Ehe mit bem anbern Batten The Spanien of the Holder der Strafurthe il der Thaterschaft oder Theilnahme schuldig erklärt ist: Italien 30, I (Art. 62) — Portugal 55 (Art. 1058, 3iff. 4) — Spanien 62, III 3iff. 5 (Art. 6, 3iff. 8). — Bgl. Gattenmorb.

Trauaft, f. Trauung.

Eraubeamte [Berfonen, welche von Staatsmegen gur Bornahme gesetzlichen Gesche von Stautsbegen zur Bornahme gesetzlicher Eheschliebungen besugt find]: Deutsches Reich 89 (§ 71); 90 (§§ 72 u 85) — Frankreich 93 (Art. 191, sammt Note; Nach-trag: Art. 48 u. 89) — Großbritannien England 96 (R. 6: «superintendent registrar»), 97 (Quater- u. Judenehen), 98 (I: "ordinirter Geifilicher" so. der Staatsfirche); Irland 104 ff; Schottland 107; Indien u. Colonien 109; Austand 110— Italien 111 (R. 3)— Niederlande 119 (Art. 131)— Norwegen 41— Defterreich 121 (§ 75)— Bortngal 54, I (Art. 1057)— Schweden 59; 174— Schweiz XIV (Art. 37)— Spanien 124 (Art. 28)— Bereinigte Staaten 127; 135, XI.— Bgl. Civilfandsbeamter, Urfundsperson, Zuständigefeit. feit.

Erauerzeit bes Bittwers, ein hinberniß gur Schließung einer neuen Ghe: Danemart [3m All-gemeinen beträgt bie T. ein Jahr, für Bauern und andere Danner aus bem Bolte indeffen bloß fechs

andere Männer aus dem Bolke indessen bloß sechs Wochen.] — Schweden 171 (Ziff. 3, litt. a). — Bezüglich der Wittwen, s. Wartefrist.
Trauschein sechenlaubnißschein, heirathsbewilligung]. I. — Erforderniß eines von der auswärtigen heim atsbehörde ausgestellten Trauscheines bei Spescheingungen von Ausländern im Inlande: Deutsches Reich Anhalt 147; Baden 142 (§ 80) u 163 f.; Bayern XIX f. u. 164; Bremen 150; Damburg 150; Dessen 142 f. u. 164; Lippe 149 u. 164; Lippe 149; Oldenburg 144; Preußen XVIII u. 163; Reuß ä. g. 148; Reuß j. g. 148 f. u. 164; Sachsen 141 u. 163; Sachsen 146 u. 164; Sachsen Weiningen 145 u. 164; Sachsen-Weiningen 145 u. 164; Sachsen-Reinender-Eisenach 143 f. u. 164; Schwarzburg-Rudolstadt 147; 143 f. u. 164; Schwarzburg-Rubolftabt Schwarzburg-Sonbershaufen 147; Balbed 148. Bgl. Bescheinigung der auswärtigen Deimatsbehörde, Bürgerrechtszuficherung.

Erfordernig eines von einer in landifchen [Bermaltungs. ober Gemeinde-] Beborbe ausgeftellten Traufdeins bei Chefoliegungen von Mus Bayern XIX (Litt. B. 3iff. II) u 165; Braun-schweig 145 u. 165; Medienburg-Schwerin 143 u. 165; Medlenburg-Strelig 144; Oldenburg 144; Preußen 139 f.; Reuß j. 2. 148 (litt. a u. d) u. 165; Sachlen 140; Sachlen-Altenburg 146 u. 165; Sachjen-Coburg-Gotha 146, 164 u. 165; Schaum-burg-Lippe 149 u. 165; Walded 148; Württem-berg 141 u. 165. — Bgl. Dispensationsrecht zc.

berg 141 u. 165. — Bgl. Dispensationsrecht zc.
III. Erforderniß eines von der inlandigen sche sigteitlichen zu eines von der inlandigen sche sigteitlichen zu eines von Inlandern Trauschießungen von Inlandern im Ausslande: Deutsche Reich Algemeines 160 f.; Anhali-Bernburg 147; Bayern 7 ff. ("Berebelichungszeugniß"); Sachsen-Altenburg 158; Sachsen-Meiningen 158 f.; Schamburg-Lippe 159. — Bgl. Bolitischer Ebekonfens. Berebelichungszeugniß

Neiningen 158 f.; Schaumburg-Lippe 159. — Bgl. Politischer Chekonfens, Berehelichungszeugniß. Trau ung Staatlich bindende Solennitätsform für die Abschließung der Ehe — im deutschen Reichsehegestige als "Cheschlickung" bezeichnet, während in diesem Gesetz die durch das dürgerliche Recht keineswegs gesorderte kirchliche Bestätigung des Cheadhalles "Trauung" genannt wird]: Deutsches Reich 89 (§ 52); 90 (R. 3: § 7) — Frankreich 93 (R. 3: Art. 75); 98 (Rachtrag: Art. 48 u. 88) — Großbritannien 95; England 98 (l), 100; Irland 104, 105; Schottland 107; Indien u. Colonien 109; Aussand 110 f. — Italien 111 (Art. 94) — Riederlande 119 (Art. 131 u. 135) — Desterreich 121 (§ 75) — Bortugal 54, I (Art. 1057); 123 (Art. 1081) — Rumänien 57 — Ansland 57 — Schweden 172 u. 174 — Schweiz XV (Art. 39) — Spanien 60 (Cinleitung); 124 (Art. 37 u. 88) — Ungarn 64, I — Bereinigte Staaten 127 f.; 135. — Bgl. Form der Ehespließung, Lichliche Trauung, Lofalitäten, Zeit.

Trauung feierlichteit [Rirdliche Ganblung (priefterliche Ginfegnung) nach ftattgehabter Civil-trauung — im beutichen Reichsehegefet als "Trauung" bezeichnet]: Deutsches Reich 6, IV (§ 82) — Grofbritannien England 101 (oben) — Soweiz XV (art. 40). - Bgl. Geiftliche, Pfarrer, Seel-

Erennung ber Che. Bedeutung bes Bortes "E" [im

Gegensat zu "Scheidung"] in der öfterreichischen Rechtsprache: Defterreich 48 (oben). Tribentiner form vorfchrift [bie auf bem Trienter Concil durch das Deftet Tametsi vorgeforiebene Chefolichungsform], wonach die Confens-erflärung, wein fie eine firchlich gultige (fatramen-tale) Che bewirten foll, vor bem zuftändigen tathosischen Pfarrer und mindeftens zwei Zeugen abzugeben ift: Kanonisches Recht 38 f.; 38 (Litt. B, v. 4); 113 (R 2); 176 (I). — NB. Zur Gnligteit der Ehe genügt die s. g. "passive Afficen,"
Seitens des Pfarrers — d. h. die bloße Anwesenheit des Pfarrers bei der dor demselben und den Beugen abgegebenen Confenserklärung. Immerhin ift die s. g. "a t i ve A si i ft en z" des Pfarrers, als allgemeine Regel, vorgeschrieben — d. h. es hat, bei rein katholischen Ghen, der mit geistlicher Amtstracht bekleidete Pfarrer die Brautleute nach ihrem Consens zu befragen, sie sodann durch die Worte Ego vos conjungo in matrimonium unter Anstedung der Ringe zusammenzusprechen und schließlich die nunmehrigen Cheleute einzusegnen. Bgl. Garetifer.

Bgl. Hareiter.

Trid en tin um [sc. Concilium — Trienter Concil].
Beschlässe des T.s bezüglich der She, insbesondere über die Form der Speschlässes Graßbeides Recht 33 (vgl. S. 176); 34 (bis); 35, I; 35, V; 36 f, VI: 38; 112 f.; 113 (R. 2); 113 f.; 117, IV; 119 — Bereinigte Staaten Louisiana 126 (R. 5); vgl. indessen S. 176 (Berichtigung II).

Trun ten heit als Shehinderniß [wegen dadurch begründeten Rangels der zur Abgabe der Sinwilligungsertlärung ersorderlichen geistigen Fähigteit]: Deutsches Reich 90 (Breußisches Landrech) — Rasunisches Reich 115, II — Bereinigte Staaten 130, III — Bgl. Billensunsächigkeit.

Tür tei. Sheschließung der Rordamerikaner in der T.: Bereinigte Staaten 135, XI (oben).

Throl XIX ("Preußen"), 42 f., 141 ("Sachsen"), 145 ("Sachsen-Reiningen"), 148 ("Reuß d. 8.").

젲.

Ueberfichtstabellen: f. Ronfordanztafel, Ta-bellarisches Berzeichniß, Bergleichungstafel. Neberfichtsberzeichnisse: 1) betr. Führung der Civilstandsregister (resp. Rirchenbucher) vor dem 1. Januar 1876 im Deutschen Reiche 11 f. (Anhang);

2) betr. Ordnung des Civilstandsregister-meiens in den Rereinigten Stagten 67 f. (Mna

wejens in ben Bereinigten Staaten 67 ff. (An-

hang); —
3) betr. Dispensation von Chehinder = niffen in ben Bundesftaaten bes Dentschen

4) betr. Gintritt ber Bolljahrigteit, mit Bejug auf bie Chemanbigteit, in ben Bereinigten Staaten 187 ff.;

betr. Ertheilung von Anertenntniffen und Ent-icheibung über bie Staatsangehörigteit in ben Bunbesftaaten bes Deutschen Reiche 156 ff.; -

- 6) betr. Ausstellung bon Erflarungen und Anertenniniffen fiber bie Staatsangeborigfeit in ben einzelnen Rantonen ber Schweiz 165 f.; -

7) betr. Berfün boerfahren in den verschiedenen Rantonen der Schweiz XII f. (Rote zu Art. 33). Uebertragung der Staatsangehörigfeit bes Mannes auf Weib und Rind, f. Staatsange-

- pes Mannes auf Weid und Arnd,]. Staatkangehörigkeit (Nebertragung berselben).
 Uebertretung der Berbotsgesetze. Die
 Folgen der einem Cheverdote zuwider geschlossenen Che: Dentsches Reich 5 u. 89 (§ 36); 92 ("Putativehe"); 168 Frankreich 12 (Art. 170); 16, VII (Rote: Art. 184); 17, VI (Rote zu Art. 348); 92
 (Art. 184, 187 u. 185); 93 (Art. 185, 190, 201 u.
 202) Großbritannien 28, I (Rote: Lord Lyndhurst's Act): 95 (R. 3. Schluß): 95 (R. 4): 111 (Art. 184, 187 u. 185); 93 (Art. 185, 190, 201 u. 202) — Großbritannien 23, I (Rote: Lord Lyndhurst's Act); 95 (R 3, Schluß); 95 (R 4); 111 ("Butativehe") — Italien 30, I (R. zu Art. 59 Fiff. 2, Art. 60 u. 62: Art. 104); 30, I (R. zu Art. 61: Art. 112); 32, V (Art. 100); 111 (Art. 104 u. 110); 112 (Art. 113, 114 u. 116) — Ragnonifches Recht 118 f., V — Riederlande 38 (Art. 138); 38, I (Rote: Art. 145); 119 (Art. 140 u. 141); 120 (Art. 143, 144, 148, 149, 150 u. 151) — Oefterreich 48 f.; 83 (§ 121); 120 (R. 1: § 94); 121 (§§ 96, 98, 99, 102 u. 160) — Vortugal 54 (Art. 1065 u. 1066); 55 (Art. 1059, 1060, 1063 u. 1064); 83 (Art. 1074 u. 1234); 86 (Art. 1086 u. 1069); 123 (Art. 1091 u. 1092) — Schweden 171 (Biff. 3 u. 4); 172 (Biff. 7, Rote); 172 (oben, bezügl. der im Auslande geschloßenen Ehem) — Schweiz VII (Art. 54, Rote zu Art. 25); VIII (Art. 55, Rote zu Art. 25); X (Art. 51, Rote zu Art. 28) — Spanien 60, I (Art. 41); 87 (Art. 92 u. 93); 124 (Art. 94, 95 u. 96) — Bereinigte Staaten 131 f., VI; 132, VII; 132 f., IX; 134, X; 136. — Bgl. Strafandrohung.

 Ul mer Recht 78.

 In mg ang, außerehelicher: f. Außerehelicher U., Belichlaf.
- Umgang, außerebelicher: f. Außerehelicher U., Beifolaf.
- , ehebrederifder, als Grund jur Bermeiger-ung der Dispenfation von einem Ehehinder-
- ung der Dispenfation von einem Chehindernise: Frankreich 23 (litt. I, bu. c). Bgl. Chebruch, Mitschuldiger.
 Un auf I ds dar keit des Chebandes [— die Lehre
 der katholischen Kirche]: Deutsches Meich 161 (§§ 77
 u. 78); 162 (R. *: § 77 Ubs. 1) Frankreich 14,
 V; 21 (litt. B) Großbritannien 94 (R. 2) —
 Inalien 30, I (Einleitungsnote: Art. 148) Ranonisches Recht 34, I; 117 f., IV; 118 (R. 8) —
 Desterreich 48 f.; 120 (§ 44) Poringal 123
 (Art. 1056) Schweden 176 (Richtruchschundung
 auf die Ronsession der Geschiedenen) Spanien
 62, III (Zist. 2: Art. 83); 123 (Art. 1).
 Un eheliche Kinder seiner Fenfants naturels, im Gegen-
- Uneheliche Rinder [Enfants naturels, im Gegeneyeri de kinder kenlants naturels, im Gegenfat zu E. de famille — Figli naturali, im Gegenfat zu Figli sc. legitimi — Natuurlijke kinderen, im Gegenfat zu Echte k. — Hijos naturales u. H. ilegitimos, im Gegenfat zu H. de familia]. Besondere Bestimmungen über daß Ersorderniß einer elterlichen resp. bormundschaftlichen Einwilligung für dieselben Diefelben, falls fie bon ben Eltern anertannt find: Deut-
- falls sie von den Eltern anerranns pno: Drussiches Recht Baben u. Französiches Rechtsgebiet 71 (litt. a: Rote), 71 (litt. b: Rote), 78 (litt. b: legte Rote) Frankreich 15 (Art. 158), 22 (litt. E) Italien 31 (Art. 66 Ab). 1) Niederlande 39 (Art. 97), 40 (Art. 104), salls sie von den Eltern nicht anerkannt sind: Deutsche Reich Baden und Französisches Rechtsgebiet 73 (litt. c: Gingangsnote) Frankreich 15

- (Art. 159) Italien 31 (Art. 66 Abs. 2) Riederlande 39 (Art. 98), a. falls beren Eltern im Zeitpunkte ber Zeugung ober ber Geburt ohne Dispens mit einander eine Che ichließen tonnten [hijos naturales]: Spanien 61 (Art. 12), b. falls im Beitpuntte ber Beugung ober Geburt Der Rinder ber Chefcliegung ber Eltern ein gefet=

lices hindernis entgegenstand [hijos ilogitimos]: Spanien 61 (Art.13), —
in allgemeiner Weise: Deutsches Reich 5 (§ 30),
vgl. S. 71 (litt. b) u. S. 73 (litt. b u. c) —
Desterreich 45 f. (§ 50).
Bgl. Anerkennung ze., Natürliche R.

Un fruchtbarteit [Sterilitas, Zeugungsunfähigkeit (impotentia generandi vel concipiendi) — bie bei beiben Geschlechtern, vornehmlich aber beim Beib, vorkommende Unfähigkeit, Kinder zu zeugen]. Richtberücksichtigung berselben bei der Richtigkeitsertlarung einer Che auf Grund ber Impotens eines Sattentheiles: Großbritannien 28, I (oben, Rote: Satientpettes: Großbritannien 28, I (oben, Rote: Abl. 3) — Ranonische Recht 116 (***) — Defterreich 47, Ziff. 4 (Rote zu § 60) — Bereinigte Staaten 131, V. — Bgl. Castraten, Impotenz.
— als Grund zur Richtigkeitserklärung einer Che: Spanien 123 (Art. 4, Ziff. 3).
Ungarn 64 ff., 84, 152.
Ungültig [zum Unterschiede von "nichtig"]: Deutssches Reich 92 (Bemerkung). — Bgl. Void & voidable.

- dable
- dable.
 Ungültigfeitsflage, f. Richtigfeitsflage.
 Unmün bige [Impuberes diejenigen, welche das (in der Regel dem Eintritt der Geschiechtsreife entsprechende) Mündigseitsalter noch nicht erreicht haben]: f. Ehemündigseits
 Unterschriften im Eheregister [Geirathsregister]: Schweden 174 (unten, bezügl. d. Eiviltrauung vor d. Kronofogde) Schweiz XV (Art. 39, Schlußlemma u. Rote). Bgl. Familiennamen.
 Unterwalden [Obwalden u. Ridwalden] XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).
 Unvermögen, geschlechtliches: f. Impotenz.
 Urahn. Urahnfrau [Berwandte im 4. Grad der

- Urahn, Urahnfrau [Berwandte im 4. Grab ber geraben auffteigenben Binie, nach fanonifcher fowohl als nach romifcher (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Che zwifden benfelben und beren Ururentelin, refp. Ururentel: j. Afcendenten u. Defcenbenten.
- cenoenten. Urentel, Urentelin [Berwandte im 3. Grad der geraden absteigenden Linie, nach kanonischer sowohl als nach römischer (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot der Ehe zwischen denselben und deren Urgroßeltern: s. Ascendenten u. Descendenten. Urgroßeltern: setzewandte im 8. Grad der geraden autsteigen Rivie
- auffteigenden Linie, nach tanonifcher fowohl als nach romifcher (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot ber Che zwijchen benjelben und beren Urentel: j. Afcenbenten und Defcenbenten.

j. Afcendenten und Defcendenten.
Uri XII (Rote zu Art. 83), 165 (Berzeichniß).
Urfunden. Beibringung oder Errichtung von folchen bezüglich der Eheschließung, resp. als Belege zu deren Eintragung in die Tivissenderen Benerm 7 ff. u. 79 f. — Deutsches Reich XVII (§ 47); 4, I (Schlußnote zu § 29); 5, II; 6 (vorletzter Absau); 75 f. (litt. d); 81 (§ 45); 89 (R 1: § 43); 89 (R 2: § 9); 139 ff. — Frankreich 12, I; 13, II; 14, VI (I. u. letzte Note zu Art. 148); 14, VI (Rote zu Art. 149); 14, VI (Rote zu Art. 150); 15 (Rote zu Art. 150); 16, VI (Rote zu Art. 150); 16, VI (Rote dezügl. de Riitstender); 16, VI (Rote bezügl. de Riitstender); 16, VI (Rote bezügl. de Riitstender)

personen); 19, XII (Rote zu Art. 331); 20, XIII; 21 (litt. A); 21 f. (litt. B bis); 22 (litt. C bis F); 25 (litt. O, P u. Q): 25 f. (Rukerformulare); 93 (Art. 48, 94 u. 95) — Großbritannien 28, II (Bertündungsversahren"); 29. III (Uhs. 3); 97 (R. 7); 98 (R. 10); 99 (R. 12); 99 (R. 13); 101 ff. (Appendix) — Italien 32, III; 32, IV — Riederslande 40, II (Rote: Art. 126); 40, III; 40 f., IV — Desterreich 42 f., I; 44 f., II; 46 (Roten zu § 54); 51, IV: 121 f. (Rote) — Schweden 173 — Schweiz XI (Art. 30); XIII f. (Art. 36); XIV (Art. 37) — Spanien 63, IV — Bereiu. Staaten 67 ff. (Andang); 128 (R. 7); 131, IV; 135 (R. 13). — Bgl. Abweichungen, Ausschlaft ersp. vormundschaftl. Einwilligung, Erlaubniß (bienstliche), Geburtsscheine, Licence, Notice, Rotorietätsalt, personen); 19, XII (Rote ju Art. 331); 20, XIII; burtsicheine, Licence, Notice, Rotorietatsatt, Scheideatt, Lodteniceine, Traufchein, Urtheile,

Berehelichungszeugniß, Zeugen als Beweismittel zc., Zustimmungserklärung Dritter. Urtundsperfon bei einer Cheschließung [bie zur Beurkundung resp. Feststellung des Cheabichlusses bei Abgabe der Consenserklärung mitwirfende und im Allgemeinen insoweit mit öffentlichem Glauben (publica fides) ausgestattete britte Verson, als sie zur Mitwirkung bei der Cheschiehung von Staatswegen bestellt ist und innerdalb des ihr zugewiesenen Amtsbereiches handelt]: Dentsches Reich 89 (§ 62); 89 (R. 2: § 8); 90 (§ 72); 90 (R. 3: § 7); 150 (Schußnote: § 41); 161 (lints, oben: "Gretna-Green"); 167 (oben) — Frankreich 93 (R. 3: Art. 75); 93 (Rachtrag: Art. 48 u. 89) — Großsbritannien England 96, 96 (R. 6), 97 ("Quakter" u. "Juden"), 98 (I), 100, 101; Irland 104 st.; Inden 106 (R. 18), 107, 108 (legter Absah; Inden 110 — Italien 111 (Art. 94); 111 (R. 3: Art. 398) — Ranonische Recht 33; 113 (R. 2) — Riederlande 119 (art. 131 u. 135) — Desterreich 121 (§ 75); 121 st. (Rote) — Bortugal 54, I.— Schweben 174 — Schweiz XIV (Art. 37) — Spanien 60 (Einleitung); 124 (Art. 28 bis 30); 124 (R. 5: Art. 43) — Ungarn 64 (Einleitung) — Berreinigte Staaten 127 st.; 135, XI. — Bgl. Pharter, Traubeamte, Beugen. im Allgemeinen insoweit mit öffentlichem Glauben

Bfarrer, Eraubeamte, Zeugen.
Urtheile [gerichtliche] betreffend Scheidung ober Richtigkeitserklarung ber vorausgegangenen She, Statusbestimmung eines unehelichen Kindes, 2c. Beibringung von folden bezüglich einer zweiten Chefchliehung, der Legitimation eines vorehelichen Rindes ac: Bapern 8 (rechts, litt. d) — Frankreich 19, XII (Rote zu Art. 331, letztes Kemma) — Italien 30, I (Eingangsnote) — Portugal 56 f., IV (nrt. 119, Ziff. 2, § 2); 86 f. (Art. 130 ff.) — Schweiz XI (Rote zu Art. 30, 3. Lemma). — Bgl. Ausländische Scheidungserkenntnisse, Scheidesteil Ausländische Auslähreiche

att, Buftanbigfeit ber Berichte. uru en tel [Bermandte im 4. Grad der geraden abfteigenden Linie, nach kanonischer sowohl als nach
römischer (civilrechtlicher) Berechnung]. Berbot
der Ehe zwischen denselben und ihren Urahnen:
f. Ascendenten u. Descendenten.

Utah 69, 139.

Bagabunden [im rechtlichen Sinne — b. h. folche Personen, welche weber einen Bohnsty noch einen gewöhnlichen Aufenthaltsort haben]. Deren Chefcliegung: Rausnisches Recht 118 (R. 2).

Bater Bermanbter im 1. Grab ber geraben auffteigenden Binie, fomohl nach tanonifder als nach römischer (civilrechtlicher) Berechnung | Berbot
ber Che zwischen bemselben und seinem Rinde:
j. Ascendenten und Descendenten.
Deffen Recht zur Anfechtung ber Che bes
Rindes: j. Eltern.

Rindes: f. Eltern.
Dessen Recht zur Einwilligung in die Che
bes Kindes: Deutsches Reich 4, I (§ 29); 5, I
(§ 31); 70f. (litt. a); 78 (unten: "mosaisches Recht")
— Frantreich 14, VI (Art 148); 15 (Rote zu
Art 158); 22 (litt. E) — Großbritannien 29, III
— Italien 31 (Art. 63); 31 (Art. 66: Art. 179 ff.)
— Riederlande 39 (Art. 92 u. 97, sammt Rote zu
legterm Art.) — Desterreich 45 (§ 49) — Bortugal
55 (Art. 1061) — Rußland 58, III — Schweden
59 (unten); 171 (3iff. 2) — Schweiz VIII (Art. 27,
Abs. 2) — Spanien 60, II (Art. 1) — Bereinigte
Staaten 130, IV (legter Absa). — Bgl. Etterliche
Einwilligung.

Ginwilligung.
Baterliche Gewalt bezitglich des Erforderniffes eines heirathsconsenses der geseglichen Bertreter: Desterreich 45 (§ 49: §§ 174 ff.) — Bgl. Inhaber ber elterlichen Gewalt.

Bater ich aft, außereheliche. Erforichung ber-jelben: Bortugal 86 f. (Art. 130 u. 132). — Be-züglich Anertenntniß und Feststellung ber B. zur Begrundung des Rechtsverhaltniffes zwischen Bater und Dink is Unbeiden Angeneune eine und Rind, f. im Uebrigen "Anerkennung eines un-ehelichen Rindes".

Verba de futuro, j. Sponsalia de futuro. Verba de praesenti, j. Sponsalia de praesenti.

- Berbot ber Che, f. Cheverbote.

 —, bas fogen tirchliche B. [ecclesiæ vetitum], ein aufschiebenbes Chehinderniß: Ranonisches Recht 38 (litt A).
- ber Wegführung einer Berfon aus ihrem Sout-gebiete in gefchlechtlicher Abficht, f. Entführung.

- Berbrechen ber Doppelebe, f. Bigamie.

 ber ehelichen Untreue, f. Grimen.

 ber Begführung einer Berson aus ihrem Schutzgebiete behufs erzwungener Ehelichung berselben, f. Entführung.

 Sonftige bas Besen ber Ehe gefährbende B.: f. Leben 8 nach ftellung, Berlaffung.

 Berben 78.

Berben 73.
Berehelich ungszeugniß, [Distrittspolizeiliches]:
Bahern XIX (für die Ausländer); 7 ff. (für die Ausländer); 7 ff. (für die Ausländer); 7 ff. (für die Ausländer); 70 ff. (für die Ausweisichriften); 150 (Fredlen des Berehelichungszeugnisses: Beispiel); 156 (Rote *: zuständige Behörde); 164 u. 165 (bezüglich der in Bahern sich verehelichenden Schweizer).
Bereinigte Staaten von Rordamerita XXIII, 66 ff., 124 ff.
Bergleich ungstafel der kanonischen und der römischen (civilrechtlichen) Gradberechnung: Ranonischen Recht 36.

Ranonisches Recht 36.

Ranonisches Recht 36.

Berhen ungen, zusolge welcher die Scheidung einer Ehe erwirkt wurde, als hindernig zur Schließung einer weitern Ehe: Desterreich 48 (§ 119).

Berk in datt [Chevertündungsatt, Aufgebot, Notico]. Dessen Inhalt: Deutsches Reich 90 (R. 3: § 4) — Frankreich 12, I (Art. 63) — Großbritannien 98 (R. 10) — Italien 32, III (Art. 70) — Riederlande 40, III (Art. 107) — Bortugal 56, III (Art. 1075) — Schweben 173 — Schweiz XII (Art. 32) — Spanien 63, IV (Art. 9).

Berkündbein 19 eineigung [Berkündschein — Be-

scheinigung ber einspruchslos stattgehabten Berktin-bung]: Frankreich 12, I (Art. 68) — Großbritan-nien 108 (Beil. B: Cortisicate) — Italien 32, III (Art. 78) — Riederlande 40, III (Art. 107) — Bortngal 56, III (Art. 1077) — Schweiz XIII (Art. 34 Ab. 1) — Spanien 68, IV (Art. 19).— Sgl. Licence.

Bgl. Liconce.

Bertünbfrist [Frist, während welcher Einsprachen erfolgen tönnen und nach deren Ablauf die Bertündbescheinigung erhältlich ift]: Deutsches Reich 5, III (1. Absay); vgl. S. XVII (§ 47, Abs. 1. letzter Say). — Frankreich 12, I (Art. 64); 18 (Rote zu Art. 169). — Großbritannien 29, II (oben); Schottland 107. — Italien 32, III (8. Absay). — Ranonisches Recht 34 (oben). — Riederlande 40, III (Art. 180, Rote). — Desterreich 51 (§ 5 Abs. 2 u. § 71). — Vortugal 56, III (Art. 1077). — Schweden 178. — Schweiz XIII (Art. 34, Abs. 1). — Spanien 68, IV (Art. 19). — Ungarn 64, I (letztes Lemma). — Bgl Gultigseitsbauer der Ehverkündung.

Bertünd zu her [Bon Amteswegen, ab Seite des Eivissandsbeamten, der welchem die Verlobten das Gesuch um Berkündung ühres Cheversprechens ge-

Bejud um Berfündung ihres Cheverfprechens ge-fiellt haben, erfolgende Mitthellungen bes Berfundattes an die Civilftandsbeamten berjenigen Rreife, in welchen die Bertundung ebenfalls ftattfinden mub]: Schweiz XI (Art. 31, Abf. 1); vgl. S. X (Rote zu Art. 29). Bert in bichein [Ermächtigung zur Bornahme bes Eheabichluffes außerhalb bes Civilftandstreifes bes

Bohnortes d. Brautigams]: Schweiz XIII (Art. 36).

— Bgl. Ermächtigung 2c., Bertündbeicheinigung.
Berfündung des Cheversprechens, s. Cheverfündung.
Berfünd verfahren in den verschiedenen Kantonen der Schweiz: XII s. (Rote zu Art. 33)

Berlaffung, boslice [malitiosa desertio], bes Berlassung, bosliche [malitiosa desertio], des andern Chegatten, als Ehescheid ung kgrund: Großvritannten 28, I (unten) — Schweden 175, B (3iff. I, 2) — Schweiz IX (Art. 46 litt. ch. Rote zu Art. 28 3iff. 1) — Bereinigte Staaten 134, IX (oben). — Bgl. Abwesendett, Verschollenheit. — als Hindernis zur Schließung einer weitern Ehe: Mußland 58, IV.

Berlöbniß [Sponsalien — ein Bertrag, durch welchen wechselseitig die Ehe auf zukünftige Zeit zugesat wird]: s. Cheversprechen.

Berlöbie [Brautleute — zukünstige Chegatten]: f. Braut, Prautigam.

Braut, Brdutigam.
Bermerte [Rand-], f. Randeintragungen.
Berm Bg en jur Che [moraliches und phyfiiches]:
f. Fähigfeit (Ziff. II litt. A).

Bermögen krechtliche Bestimmungen be-güglich der im Austande von Intandern vorge-nommenen handlungen: Portugal 54 (Einleitungs-note: Art. 24).

Bermbgen brechtliche Rachtheile, mit wel-den bie Uebertretung eines Chegefeges bebrobt ift:

chen die Alebertretung eines Chegesetes bedroht ift:

j. Strasandrohung.

Berm d gen brechtliche Berhaltnisse ber aus einer Butativehe hervorgegangenen Rinder:

Desterreich 121 (§ 160).

bes von einer vor Ablauf der gesetlichen Bartefrist wiederverheiratheten Frau geboienen Rindes: Desterreich ill.

[Ordnung des Güterrechts sur die Dauer der Ehe und nach dem Ableben des einen oder des anderen Chegatten]: f. Auseinanders.

Gebevertrag (güterrechtlicher).

Bermont 68, 129, 183, 184, 187, 189.

Bermuthung, s. Rechtsvermuthung.

Berordnung [Raiserliche] betressend die Berrichtun-

gen ber Standesbeamten in Bezug auf folde Militarperfonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung ver-

nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben, v. 20. Januar 1879: Deutsches Reich 76 (Rote: § 12); 89 f. (R. 2: §§ 2, 8, 9, 11 u. 16). Berordnung betr. die Dazwischenunst der Conjuln als Civilstandsbeamte im Auslande, vom 23. Oktober 1833: Fraukreich 13, III (Rote zu Art. 74: Art. 15); 18, VIII (Rote zu Art. 169: Art. 17); 24 (litt. M, c: Art. 17); 98 (R. 4: Art. 14, 15 u. 17). Berordnungsblätter, s. Bekanntmachung der Geseund Berordnungen.

Berfagung ber elterlichen bezw. bormunbichaftlichen Ginwilligung [oder bes Rathes ber Afen-

Einwilligung sober des Rathes der Azenbentens: f. Acte respectueux, Ergänzung, Friedensrichter, Kantonregter, Rotar, Refursrecht.
Berschollenheit des einen Schegatten als Schelbungsgrund. Inwiesern dem anderen Schegatten die anderweitige Berehelichung gestattet ift: Großbritannien 95 (N. 4) — Ranoutsches Recht 113, IV (Schuß) — Spanien 123 (R. 3) — Bereinigte Staaten 131 f., VI. — Bgl. Todeserflärung.

bes einen Chegatten als Cheideibungsgrund

für ben andern : f. Abwesenheit. eines Alcendenten, wenn beffen Ginwilligung jur Chejdließung des Descenbenten erforderlich ift: j. Abwejenheit.

Berfcwender [gerichtlich ertlarte]. Erfordernis einer vormundich aftlichen Einwilli-gung in deren Cheschließungen: Defterreich 45, lll (§§ 21 u. 49). Belormundete.

Berfigerung, eibliche ober eides ftattliche:

Bertreter, diplomatische u. consularische: f. Confularbeamte u. diplomatifche Agenten.

-, gesetliche, der Eheschließenden. Deren Recht zur Einwilligung in die Ehe der vertre-tenen Bersonen: s. Aboptivvater, Bevormunbete, Elterliche bezw. vormunbicaftliche Ginwilligung, Eltern, Familienrath, Findelfind, Giftoman, Brogeltern, Mutter, Bater, Berfcwender, Bormund, Bormundicaftsbeborde, Bormundicaftsrath.

Bertretung, f. Stellvertretung. Berwandischen ft [Cognatio — das durch Zeugung oder Erzeugung enistandene und auf der Gemein-schaft des Bluts beruhende Berhältniß zwischen Eltern (Ascendenten) und Kindern (Descendenten), fowie zwifchen fammtlichen von einem gemeinfamen Citernpaare ober blos einem gemeinfamen Elterntheile abstammenben Berfonen (Seiten verwandten]. Beguglich ber wahren ober natur-lichen, leiblichen Berwandtichaft: f. Blutsver-wandtichaft. Bezüglich ber blos fingirten, auf fünftliche Weise begründeten Berwandtichaft: f. Aboption, Aboptivber wandtichaft, Cognatio legalis [Gejegliche Bermandtichaft]. Bezüglich der nach kanonischem Rechte nachgebildeten Bermandtschaft, welche durch die Taufe und Firmelung entsteht: s. Cognatio spiritualis [Geiftsliche Bermandtich aft]. — Bgl. Gradberechenung Schmögerichaft nung, Somagericaft.

Bergeich niffe: f. Staatsangehörigteit (Abf. 4 u. 5), Tabellarifdes B., Uebersichtsverzeichniffe. Bergeihung. Deren Ginfluß auf die Cheicheidungs-flage: Bereinigte Staaten 134, IX (L. Abf.).

Better, f. Gefcmiftertinder. Bielmeiberei, f. Bolygamie. Birginia 68, 128, 137, 139.

Birginitat | Virginitas - Jungfraufcaft]. Der

sreigum vezuglich Richtvorhandenseins bei der ledigen Braut dieses, bei jeder ledigen Weibsperson vorausgesehlen, geschlichtlichen Zuftandes als Chehinderniß: Ranonisches Recht 115, ll (rechts) — Bereinigte Staaten 129, lll (unten). — Bgl. Bedingte Cheschließung, Beischlaf mit einer dritten Person, Mängel (wesentliche) der Person, Schwangerschaft. Brrthum bezüglich Richtvorhandenfeins bei ber

Vis, f. Zwang.
Void & void able ["nichtig" u. "nichtigertlarbar" — im anglo-ameritanifchen Rechte]. Unterfceibung zwifden einer "nichtigen" und einer "nichtigertlarbaren" Ehe: Bereinigte Staaten 132 f., IX — Bgl.

baren" Che: Bereinigte Staaten 132 f., IX. — Bgl. Richtig, Ungaltig.

Boll jahrigkeit, f. Großjährigkeit.

Boll macht [Specialvollmacht] der zur Einwilligung in die Ehe berufenen Dritten: Frankreich 13, ll (R. zu Art. 73). — Bgl. Stellveriretung der Berelobten bei der Trauung.

Bollftredung ausländischer Urtheile. [Eintragung des Bermerkes im Heirathbregister, als eine besondere Art der Bollftredung des die Richtigkeit oder die Scheidung der Ehe aussprechenden Urtheils]: Deutsches Reich 162. — Bgl. Ausländische Scheidungserkenntisse. landifde Scheibungsertenntniffe

ländische Scheidungserkenntnisse.

Bollzug [Consummation] der Ehe durch geschlechtliche Beiwohnung, bezüglich Austissbarkeit des Ehebandes: Randnisches Recht 34, I (rechts, oben);
118 (links); 118 (rechts); 114 (links, oben) —
Berein. Staaten 129, ll (rechts). — Bgl. Schließung.
Borarlberg XIX ("Preußen"), 42 f., 141 ("Sachjen"), 145 ("Sachlen-Meiningen").
Boreheliche Kinder: s. Legitimation außerehelicher P.

licher R.

- ber Braut. Ronflatirung ber Indigenats-und Geimatverhältniffe biefer Rinder, bezw Uebertragung auf die unehelichen Rinder bes von der Mutter durch Berehelichung erwor-benen neuen Helmatrechts: Bayern 8 (Art. 34, Biff. II); 10, VIII (Rote ju Art. 3, Abf. II). Bortinder, s. Einfindschaft.

orm un d [Gesetlicher Bertreter einer rechtlich handlungsunsächigen Person]. Dessen Recht zur Ansecht ung der Ehe der bevormundeten Person:
Deutsches Reich Baden 168 f. (R. 2: § 2, litt. b
u. d.— ngl. Coole civil Art. 182 u. 186); Sachsen
168 (R. 1: §§ 4 u. 6) — Italien 30, I (Art. 112,
Rote zu Art. 61) — Riederlande 40, ll (Art. 112,
120 (Art. 143 u. 147) — Desterreich 46 (§ 94, Rote
unter § 53) — Schweden 171 (3iff. 2, Abs. 2) —
Schweiz IX (Art. 52 u. 53, Rote zu Art. 27) —
Bereinigte Staaten Rew-Yorf 181 (IV) u. 188.
Dessen Recht zur Einwilligung in die Ehe
ber bevormundeten Berson: Dänemark XXIV —
Deutsches Reich 4 (§ 29, Abs. 2); 5 (§ 30); 71 f.
(litt. b); 73 (litt. c); 76; 78 — Großbritannien 29,
lll — Riederlande 59 (Art. 95 u. 98) — Desterreich 45 (§ 49); 46 (§ 52) — Mußland 58, lleSchweiz VIII (Art. 27, Abs. 2) — Ungarn 65, V
Bereinigte Staaten 130 f., (IV; Rew-Yorf 138;
West-Birginia 189; Washington 139. — Bgl. Gegenvormund, Gistoman. Bormund Gefeklicher Bertreter einer rechtlich banb.

vormund, Giftoman. ad hoc [Befonders beignordnender Bormund]. Rect eines folden gur Eiwilligung in bie Che eines nicht anertannten ober elternlofen unebelichen Minderjährigen: Frantreich 15 (Art. 159).
— Bornahme von Cheverfündungen am Bohnorte Diefes Bormundes: Frantreich 17 (R. 8

gu Art. 168). Berbot ber Che zwifchen bem B. und beffen Mündel [Pfiegbefohlener], fowie zwifchen ber be-

bormundeten Berson und ben Abtommlingen bes Bormundes: j. Bormundichaftsverhaltnig.
rmund fo aftsbeborbe. Birtjamteit biefer

Beborbe beguglich Ertheilung ober Bermeigerung einer bormunbichaftlichen Ginwilli-(§ 29, Abf. 5); 74 f. (litt. 0); 76 (unten) — Groß-britannien 29, Ill (Court of Chancery) — Destereich 46 (Rote zu § 96) — Schweiz VIII (Art. 27, Abf. 2) — Ungarn 65, V. — Bgl. Familienrath.

Abi. 2) — Ungarn 65, V. — Bgl. Familienrath, Gerichisbehörde, Kantonrogter, Bormundschifsgericht, Bormundschaftsrath.
Borm un disch aft siger is die [Bormundschaftsrichter: Friedensrichter]. Deffen Birksamkeit bezüglich des Erfordernisse einer vormundschaftlichen Einwilligung zur Eheschließung des Mündels: Deutschieß Reich Preußen 74 (Biff. 1, letzter Absah). — Bgl. Friedensrichter, Judge of prodate, Juiz do inventario

Bormundichaftsrath [Consiglio di tutela].
Bilbung und Birtfamfeit einer folden Berfammlung: Italien 31 (Art. 66/Art. 261). — Bgl.
Familienrath, Bormundschaftsbehörde.
Bormundichaftsrichter, j. Bormundschafts-

gericht.

Borm undichaftsverhaltnig als ein jum Schut ber Bermogensintereffen aufgestelltes Chehin berniß [zwifden cinem gefchaftsführenben Bormunde - nicht aber einem Ehrenvormunde, Gegenbormunbe, affiftirenden Bormunbe oder jon-ftigen Beiftande — ober ben Defcendenten besfelben und ber (dem) Pflegebefohlenen (Mündel)] begrün-bend: Deutsches Reich 5, I (§ 37); 168 (links, oben); Bapern 8 (litt. c); [NB. Dieses Speverbot, welches vor Einführung des Reichsehegesetzes in den Gebieten des Godo civil und des badischen Land-Gebieten des Codo civil und des dadischen Kandrechts nicht bestand, ift nunmehr auf das gesammte Deutsche Reich ausgedehnt, hat indessen, unter Beseitigung widersprechender Vorschriften der Laudesrechte, überall nur ausschiedende Rechtswirkung.
Auch soll die Zulässigleit der Ehe weder durch die
Ablegung der Bormundschaftsrechnung noch durch
die Aushändigung des Mündelvermögens bedingt
sein; dagegen kann das Eheverbot weder auf dem
Wege der Dispensation, noch durch die Erlaubnis
der Bormundschaftsbehörde, sondern nur durch die
Beendigung des Bormundschaftsverhältnisse gehoben
werden.] — Portugal 55 (Art. 1058. Ziss. Art.
1059 u. 1063) — Spanien 62, Ill Ziss. Art.
2059 u. 1063. — Bgl. Bedormundung.
Bornamen, s. Bersonennamen.
Borste ber einer Taubstummen-Erziehungsanstalt als Urkundperson bei der Eheschließung:

an ft alt als Urfundperjon bei ber Chefchliegung:

Bereinigte Staaten 127 (recits, unten). Borfte ber eines Find el ha u fes. Deffen Recht jur Einwiligung in die Che des Findelkindes: f. Findelkinder.

Votum, j. Belubbe.

Baabt [Vaud] XIII (Rote ju Art. 88), 166 (Ber-

Baabt [Vaud] XIII (Rote zu Art. 38), 166 (Berzeichnis).

Bahlver wandtscheinigen Ventscher Vertiges Reich 90
— Kansnisches Recht 115 (links, oben) — Desterreich 120 (§ 48). — Bgl. Bevormundung, Blödsinn, Geistestrantheit, Willensunfähigkeit.
— als Chescherdungsgrund: Schweben 175 (I, Zisch. 8).

Bgl. Geistestrantheit.

- als Einrede bei einer Scheidungsklage wegen Che-

bruchs: Bereinigte Staaten 134, IX (unten). Walbect 11 (Rr. 18), 70 (Rr. 18), 147 f., 158 (Rr. 18), 159 (3iff. 2). Wallis [Valais] XIII (Rote zu Art. 33), 166 (Ber-

geidnik).

Wartefrift [Wartezeit] bezüglich einer Wieder-verheirathung: 1) ohne Unterschied des Geschlechts, bei Geschiedenen:

ohne Unterigied des Geschiechts, det Geschieden en: a. für beide Gattentheile: Belgien 3 (Art. 296); — b. für den schueden 171 (Ziff. 4) — Schweiz IX (Art. 48, Rote zu Art. 28 ziff. 1) — Bereinigte Staaten 181, VI; — sür Wittwer: s. Trauerzeit. für Wittwen und geschiedene Chefrauen, sowie Frauen, deren Che für nichtig erklärt wurde: Sänewark 19m Miseweinen hetefat die Miss.

Danemart |3m Allgemeinen beträgt bie 2B. ein Jahr. Bauerinnen und andere Frauen aus bem Jahr. Bäuerinnen und andere Frauen aus dem Bolke können indessen nach drei Monaten wieder heirathen, wenn sie nicht schwanger sind.] — Deutsches Reich 81 (§ 35); Sachjen 168 (K. 1: § 7) — Frankreich 81 (Art. 228) — Großbritannien 81 — Italien 82 (Art. 57) — Niederlande 82 (Art. 91) — Desterreich 82 f. (§§ 120 u 121) — Bortugal 83 (Art. 1233 u. 1234) — Schweden 171 (Fis. 3, litt a) — Schweiz X (Art. 28, Schusdemma) — Spanien 84 (Art. 5, Jis. 4/Art. 7).

NB. Das fanonifche Recht tennt feine Bartezeit, weber für bas eine noch für bas andere Ge-ichlecht, gleichviel fei bie frubere Ehe burch ben Tob aufgelost ober gerichtlich für nichtig erklart. Das gemeine protestantifche Cherecht ichließt fich bagegen an bas romifche Recht an, nach welchem bie Wittwen ein Trauerjahr einzuhalten haben und auch gefdiebene Frauen erft nach Ablauf eines Jahres fich wieder verheirathen durfen, wenn nicht eine frühere Riedertunft die dubitatio de prole ausgeschlossen hat (L. 8 § 4 und L. 9 C. de repud. 5, 17). Rach gemeinem Recht hat dieses Ebehinder-

Bafbington 69, 139.
Wedgementen accht hat beies Egegindernis immerhin nur aufschiedende Wirtung.
Wahreide 18, III (Art. 103 ff.) — Italien 33, V (Art. 17) — Riederlande 40, III (Art. 75 u. 76) - Portugal 56, 11I (Art. 43 u. 44). — Bgl. Wohn

fig (fruberer), Bobnfigberhaltniffe.

Beihen, bobere. Das aus bem Empfange ber-felben [bezw. aus ber bamit verbundenen Berpflichtung der fatholifchen Geiftlichen der hoheren Beihe-grade jur Chelofigfeit (Colibat)] hervorgebende Chehinderniß — das fogen impedimentum or-dinis: Frankreich 17, VII (letzier Absat); 23 f. dinis: Frankreich 17, VII (legter Ablag); 23 f. (litt. I) — Größdriannien 95 — Kanonisches Mecht 35, II — Desterreich 49, Ziff. 6 (§ 63); 120 (K. 1: § 94) — Portugal 55 (Art. 1058, Ziff. 5/Art. 1059) — Rufland 59, V (Ziff. 6) — Spanken 60 (Einleitung); 52, III Ziff. 2 (Art. 5, Ziff. 2); 87 (Art. 92, Ziff. 2/Art. 93) — Ungarn 65, III. — Bgl. Gelübde (feierliches).

Beft Birginia 68, 139. Bieberverehelichung, Erforderniß der elterlich en Ein willig ung jur B.: Dinemark XXIV — Deutsches Reich [Der gemeinrechtliche Grundsat, ber auch in einzelne Partikularrechte aufgenommen wurde, daß über die Nothwendigkeit ber Einwilligung die Dauer der väterlichen Gewalt entschein joll, ift vom Reichsgesetz, um die Stanbesamtsführung ju erleichtern, aufgegeben worden. (Co die Motive jum Entwurfe des Bundesraths § 28, welchem § 29 des Reichsgefetes entipricht.)

Die elterliche Ginwilligung ift fo lange nothig als bie Rinber bie reichsgesegliche Altersgrenge nicht erreicht haben; ob fie bann noch in vaterlicher Bewalt stehen ober nicht, und ob sie jur erften ober einer weitern Ghe schreiten wollen, ift gleichgültig.]

— Frankreich [Der Code civil nimmt ebenfalls teine Müdsicht auf die väterliche Gewalt, sondern läßt die Rothwendigkeit einer elterlichen Einwilligung lediglich von ber Erreichung einer bestimmten, für bas mannliche Beichlecht immerbin jenfeits ber Bolljahrigfeit liegenden, Altersgrenze abhangig fein, ftatuirt alfo feine Musnahme bon ber allgemeinen Rorm für ben fall ber Wiederverheirathung.] — Großbritannien 29, III; 99 (R. 10) — Italien u. Niederlande [Dem Code civil entsprechend tennen ber Codice civile und das Burgerlijk Wetboek feinem Untericied awijchen "ledigen" und "berwitt-weten" (refp. "geschiebenen") Rinbern; es find baber bezüglich ber Wieberverheirathung von Personen, welche bas festgefeste Alter noch nicht erreicht haben, folechthin die allgemeinen Boridriften maggebend.] — Desterreich 45, III (§ 49/§ 175) — Rustand 58, III — Schweben 59 (3iff. 2) — Schweiz VIII (Rote zu Art. 27).

Dronung ber berm ogen Brechtlichen Ber-baltniffe bezuglich ber Rinber aus einer frii-bern Che: f. Auseinanderfegung, u. f. w.

pern Ege: 1. Auseinanoerjegung, u. 1. w. — Wartefrift nach Beendigung der frühern Che: j. Trauerzeit, Wartefrift. — Unzulässige feit der W. des bei Scheidung der frühern Che für den schuldigen Theil erkannten Ehegatten: Desterreich 48 (§ 119) — Ruflaud 58, IV — Bereinigte Staaten 131, VI; 134, IX Schluß). — Bgl. Chebruch, Wartefrift (Fif. 1 litt. b).

— Unguläffigfeit der 2B. geschiedener Satten mit ein ander: s. Geschiedene. Billen sunfähigfeit [Amentia — der Zustand

Willensunsähigkeit samentia — ber Zustand einer dauernd ober vorübergehend der Wissenskraft beraubten Berson] als vernichtendes Ehehinderniß, d. h. als die Einwilligungserklärung aushebend: Deutsches Reich 90; 92; dessen 169 (N. 5); Lippe 169 (N. 5); Sachsen 168 (N. 1: § 4) — Kanonissches Reicht 115 — Spanien 87 (Art. 92, Ziss. 1/Art. 93); 123 (Art. 4, Ziss. 2) — Bereinigte Staaten 130, III. — Bgl Bevormundung, Blödsinn, Fähigkeit (Ziss. II. litt. A), Geisteskrantseit, Raserei, Trunkenheit, Wahnstnn, Zwischerkaume. Wisconsin 68, 129, 139.
Witwen. Deren Deimatrecht: s. hältnisse einsatvershältnisse (besondere).

Deren Wiederverehelichung: s. Wiederverehes

Deren Wiederverehelichung: f. Bieberverehelichung. Bittwer. Deren Biederverehelichung: f. Bieber-

verebelichung. Bohnort Orisbezeichnung, unter beren Begriff bie-jenigen bes mirflichen Bohnfiges und bes gewöhn-lichen Aufenthaltsortes — refp. bes Domicils und bes Quaff-Domicils — fich berichmelgen. Bor-ichriften betr. die Eheverfitnbungen [Be-tannimadung bes Aufgebois] am B. ber Braute fanntmachung des Aufgevols am W. der Brauts leute [Berlobten]: Deutsches Reich 5 f., III; 89 (R. 2); 90 (R. 3); Bayern 7, II (Rote zu Art. 34, 3iff. I. 2); [NB. Eine bestimmte Dauer des that sach lichen Berweilens fei vom deutschen Reichsehegesetz beshalb nicht vorgeschrieben, weil solche Borschriften, welche einen sechsmonatlichen Aufenthalt (wie das französische Recht) oder den Ablauf einer sonstigen bestimmten Frist ersorderten fich in der Araris als nicht ausstührhar forderten, fich in ber Pragis als nicht ausführbar erwiefen hatten; es folle ber freien Beurtheilung

bes einzelnen Falles nach vernünftigen Grundfagen überlaffen bleiben, ob der augenblidliche Aufenthalt im Sinne bes Gefetes ber "gewöhnliche" Aufent-halt fei. Go ber Rommiffarius bes Bunbesrathes bezüglich der mandernden Schaufpieler-, Runftreiter-Bejellichaften ac.: Sten. B. S. 1061. Immerbin tonnen Bagabunben (f. b. 2B.) in Deutschland feine Che ichliegen; es fei benn, baß fie fich borerft langere Zeit an einem bestimmten Orte aufgehalten haben. So hinschus a. a. D. S. 161.] — Frankreich 12, I; 17, VIII; 24 (litt K); 93 (Art. 94);
93 (R. 4: Art. 15) — Großbritannien 29, II
(Schlußbemerkung); England 97 (i), 98 (II), 99
(R. 13); Irland 104; Schottland 107; Austand
110 (rechts, unten) — Italien 32, III (Art 71);
32, V (Art. 16, Abs. 2) — Kanonisches Recht 34
(links, oben); vgl. S. 113 (R 2) — Riederlande
40. III — Desterreich 51 (links; § 72) — Kortugal 56, III — Schweden 173 (R. *) — Schweix
X (Art. 29); [NB. Unter Wohn or t besteht man ben Ort, wo Jemand, in der Absicht, daselbst dauernd gere Beit an einem beftimmten Orte aufgehalten A (urt. 29); [NB. Unter 28 o fin ort versicht man ben Ort, wo Jemand, in der Absicht, daselbst dauernd zu bleiben, seinen wirklichen Ausenthalt genommen und zu diesem Zwecke eine Riederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung erwirkt hat. Ein bloß vorübergehender Aufenthalt begründet keinen Wohnstg und berechtigt daher den Civilstandsbeamten nicht gur Bornahme der Berfundung. Co das Sandbuch f. b. schweiz. Civilstandsbeamten, Rr. 141.] — Spanien 63, IV — Ungarn 64, I (letter Absas) — Berein. Staaten 128. — Bgl.

Boonfig (früherer). Borfdriften betr. Die Chebertundungen Befanntmachung bes Aufgebots | am 2B. berjenigen Dritten, beren Einwilligung in die Ehe gefordert wird: Frankreich 17 (Art. 168); 24 (litt. L.) Die Regel, das die Cheschließung am Bohnorte eines der Berlobten Braut-

leute] ftattzufinden habe, fammt beren Ginf orantungen Beftimmung bes Wohnories bes einen Berlobten, unter Musichluß besjenigen bes andern - Beftimmung einer befondern Cofalitat am Wohnorte eines Berlobten als ausichlieglich privilegirter Chefchliegungsort] und Ermeiterungen [Freie Buhl bes Cheichliegungsortes; por-ausgefest, dag eine Ermachtigung (Delegation) ber Bufianbigen Urtundperson bes regelmäßigen Egeichließungsortes ausgewirft worben jei - Ausichließungsortes ausgewirkt worden fei — Ausnahmszustände bezüglich des Auslandes oder in Kriegszeiten]: Deutsches Reich 89 (R. 1: § 42 Abf 1, § 43); 89 (R. 2); 30 (R. 3) — Frankreich 18, IX u. X; 93 (R. 3: Art. 74); 93 (Art. 48 u. 88 ff.) — Großdritannien England u. Irland 98 (R. 9), 99 (R. 10). 100 (R. 16); Schottland 106, 107; Ausland 110 — Italien 111 (R. 3: Art. 93 u. 398) — Kanonisches Recht 113 (R. 2) — Riederstande 119 (Art. 131) — Desterreich 121 (§ 75) — Bortugal 56, III (Art. 1075 § 1); 123 (Art. 1081) — Schweden 174 — Schweiz XIV f. (Art. 37 u. 38) — Spanien 124 (Art. 29 u. 30) — Bereinigte Staaten 128. — Bgl. Armee im Felde, Ausenthalt Staaten 128. - Bgl. Armee im Felbe, Aufenthalt am Erauungsorte, Aufenthaltsort, Delegation, Domicit, Ermächtigung jur auswärtigen Trauung, Lota-litäten, Deffentlichteit ber Chefchliegung, Priveligirte

Gebäude, Bagabunden, Zeit.
Bohnsig [Domicilium — im Allgemeinen der Ort, wo sich jemand bleibend aufhält. Domicilium — der durch freie Wahl be-- im Allgemeinen ber grundete 28, beffen Begriff im gemeinen Recht und in den neuern Gefetgebungen der gleiche ift: "b:r-jenige Ort, wo der Menfc den Mittelpuntt feiner Berhaltniffe und feiner Thatigkeit hat, wenn er fich

auch an biefem Orte nicht fortwahrend, ja wenn er felbft fich an bemfelben regelmäßig nur vorübergebend aufhält (Windscho's Pandektenrecht, I. 89 § 36). Domicilium necessarium — der durch das Geseth begründete W, dessen Begründung in einzelnen (in den verschiedenen Rechten immerhin verschieden normirten) Fällen, namentlich bei ben durch ihre amtliche Stellung oder sonftige Dienftverhaltniffe an einen bestimmten Ort gewiesenen Berfonen fomie bei Chefrauen und Rindern in der Gemalt, "nothwendig" erfolgt.] — Bgl. Bohnfig-verhaltniffe. — Bezuglich ber Boridriften über Bertundung des Cheveripredens (Be-fanntmachung des Aufgebots) und Bornahme der Eheichlie gung (Trauung) am Bohnfige ber Berlobten : j. Bohnort.

Berlobten: f. Wohnort.
früheren Mufenthaltsort] der Chefoließenden. Ecforderniß der Berkünd ung des
Cheversprechens [Bekanntmachung des Aufgebots] an diesem Orte: Deutsches Reich 5. III
(§ 46, 3iff 3); 90 (R 3: § 5); 100 (II) — Frankreich 17, VIII (Art. 167) — Italien 32, III (Art. 71,
Abj. 2) — Niederlande 40, III (Art. 109) — Desterreich 51 (§ 72) — Spanien 63, IV (Art. 12) —
Ilngarn 64, I (Schlussemma). — Bgl. Wohnort.
im Deimart 10 and feem Letter tödniger Auf-

im Deimatlande [bezw. legter ftanbiger Auf-

im heimatlande [bezw. letter ständiger Aufenthaltsort oder Geburisort ze daselbst] bezüglich Bornahme der vorgängigen Cheverkundungen bei einer im Auslande stattfindenden ben Sheichtließung: s. Heimatort.
[Domicil-Brincip]. Inwiefern der W. über das Recht, nach welchem die Erfordernisse der Eheschtließung zu beurtheilen sind, entscheitet: Deutsches Reich XVIII; 159 f.; 169 f. — Großbritannien XXIII (unten); 26 (Einleitung) — Bereinigte Staaten 136. — Bgl. Cheschließungsvert. Staatsangeböriaseit. ort, Staatsangeborigfeit.

Inwiefern ber 26. bezüglich Statthaftigfeit

- Inwiesern der W. bezüglich Statthaftigkeit der Ehescheidung maßgebend ist: Deutsches Meich 160 (N. *); 162 (N. ·); 166, II (§ 568) — Großdriannien 28, I; 151 (litt. e) — Schweiz 170 (Zusay. Art 43). — Byl Staatsangehörigteit. Wohn sig ver hältnisse Meich 6, III — Frankreich 13, III; 21 (Und. 1: Nachtrag) — Italien 32 f., V (Note) — Kanonisches Recht 34 (liats: "Domicit"); 113 (N. 2) — Viederlande 40, III (Note) — Bortugal 56, III (Note). — Byl. Deimatverhältnise, wohnort, Wohnsig.
Wärttem berg 11 (Nr. 4), 69 (Nr. 4), 75 (litt. c.:

Bürttemberg 11 (Rr. 4), 69 (Rr. 4), 75 (litt. c: Solus), 141, 157 (Rr. 4), 159 (3iff. 3), 165 (II), 169 (R. 4) 170 (litt. b).
Bürzburgisches Recht 72 ("Bapern"), 140 ("Preußen": litt. g).

3 ahl ber vorausgegangenen Chefchliegungen als Chehinderniß: Rufland 58, V (3iff. 1).

Beit [Tageszeit], ju melder Die Bornahme bon Trau-

geit [Lageszeit], zu welcher die Bornahme von Erauungen statthast ist — die sog. «canonical hours»:
Großbritannien England 98 (I), 100 (rechts); Frland 105 (ter), 106; Schottland 107; Ausland 111.
—, geschlossen e. Beschlossen 3.
Zeitungen [öffentliche Blätter]. Befannimachung des
Aufgebots mittelst solcher: Deutsches Reich
XVII (II, 1: § 47) — Großbritannien Irland 106
— Schweden 173 (rechts) — Schweiz XII (Rote
20 Art 33) — Rel Befannimachung der Geiche ju Art. 33). - Bgl. Befanntmachung ber Gefete und Berordnungen.

Beugen als Beweismittel bezüglich ber

Zeugen als Beweismittel bezüglich der von den Berlobten gemachten Angaben: Bereinigte Staaten 131, IV. — Bgl. Eid, Rotorietätsatt. Zeugen bei der Cheichten und Bestimmung ber Zahl derzeiben: Deutsche und Bestimmung der Zahl derzeiben: Deutsche Areichten 29 (K. 3: Krt. 75) — Frankreich 93 (K. 3: Art. 75) — Großbritannien 98 (links); 100 (rechts); 109 (Rote: "Registerwesen"); 109 (rechts); 107 (rechts); 109 (Rote: "Registerwesen"); 109 (rechts); 111 — Italien 111 (Art. 94); 111 (R. 1: Art. 97) — Kausonisches Recht 33; 113 — Riedersande 119 (Art. 131); 119 (R. 1: Art. 132 u. 154) — Desterreich 121 (K 75) — Portugal 123 (Art. 1081) — Schweden 174 (rechts, unten) — Schweiz XV (Art. 38, Ab). 4) — Spanien 124 (Art. 28) — Bereinigte Staaten 127 f. — Bgl. Urtundsperson, Zeugniß.

NB. Jusige ihres doppelten Charatters — als Solennitätszeugen [jur Herftellung der

NB. Zufolge ihres boppelten Charafters — als Solennitatise ugen [zur herstellung ber Oeffentlichteit (f. d. B.) der Eheschließung zugezogene Personen] und zugleich als Beweißzeugen Formel und zugleich als Beweißerungen en [zur Beglaubiqung der Hersonen]—müssen die Trauungszeugen sämmiliche natürlichen und gesetzlich vorgeschriebenen allgemeinen Eigenschaften von Zeugen haben; in letzterer Beziehung also namentlich im Bollbestze der bürgerlichen Ehrnechte sein. Tagegen wird in einzelnen Ländern 28 im Peutschen Reich u. in der Schweiz bern, 3. B. im Deutschen Reich u. in ber Schweig, mannliches Geschlecht nicht erforbert, ebensowenig Indigenat. Auch Bermandtichaft ober Schmagerichaft amifchen ben Cheichließenden und den Beugen ober amifchen ben Beugen unter einander fteht deren Bugiehung in ben ermähnten Landern nicht entgegen. Bur Franfreich bestimmt ber Code civil, Art. 37: "Rur Mannspersonen, die wenigstens einundzwanzig Jahre alt sind, gleichgültig ob Berwandte ober andere Personen, dürsen bei der Errichtung einer Civistandsurkunde als Zeugen zugezogen werden; sie werden von den Betheiligten selbst gewählt."

Bgl. Zeugniß fahigteit.
Zeugniß des bei der Traung anwesenden Confularbeamten [Consul's Certificate of marriage]: Bereinigte Staaten 66, I (§§ 415 u. 416); 135 (R. 13). — Bgl. Certificate of marriage [Minister's].

Beugniffabigteit [Fabigfeit ber bei einer Chefoliegung anmefenden Dritten, über Die hiebei bon ihnen gemachten Bahrnehmungen Zeugniß abzulegen]. Richt vorhanden ift diese Fähigkeit bei Rindern, Bahn- und Blodfinnigen, vorübergebend des Gebrauchs ihrer Berstandestrafte Beraubten (3. B. Betrunkene), Stummen, Tauben und Blinden, weil ihnen die Fähigkeit zur Wahrnehmung oder zur Rittheilung des Wahrgenommenen fest. Außer biefen fogen, testes naturaliter inhabiles fonnen insbesondere diejenigen, welchen die burgerlichen Chrenrechte abertannt worden find, als Beugen gur Aufnahme von Urtunden, begw. gur Beurtundung bes Cheichließungsaftes nicht gungegogen werden. Die Beurtheilung aber darüber, inwiefern die Be-weistraft der Geiratsurfunde durch die Jugiehung einer natürlich ober gefetlich zeugnigunfabigen Berfon aufgehoben ober gefchmacht wird, ift im All-gemeinen bem freien richterlichen Ermeffen anbeimgeftellt. — Bel. Urfundsperfon (insbesondere Schott= lanb S. 106 R. 18), Beugen (Bereinigte Staaten

131, IV).

3 eugungsunfähigfeit [impotentia generandi vel concipiendi]: [. Unfruchtbarkeit.

3 uchthausstrafe als Ehescheidungsgrund: Schwe-

ben 175, I (Biff. 4); 175, II (Biff. 8) — Schweiz IX (Art. 46 litt. c, Rote zu Art. 28 Biff. 1) — Bereinigte Staaten 134, IX.

3 ug XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).

3 ürich XII (Rote zu Art. 33), 165 (Berzeichniß).

3 uf ammenleben, eheliches [Habit and Repute — ber Ruf als Chemann und Chefrau].

3nwiesern auß bem Umflande einer ehelichen Lebens. gemeinicaft zwischen einer Manns - und einer Beibsperson auf ben Beftanb einer Che awischen diesen Personen zu schlieben fei: Groß-britannien Schottland 107 (rechts) — Bereinigte Staaten 126 f.; 136 (R. 14). — Bgl. Sponsalia de futuro, Rechtsbermuthung für das Bestehen einer

Che, Zwangscopulation. Bezüglich ber burch 3 bewirften Gebung eines auf einem Mangel in ber Ginwilligung beruhenben privaten trennenden Chehinderniffes: f.

Beifammenwohnen. Beijammenwohnen.

3 u fammen fie llung ber berichiedenen in ber Schweiz hinsichtlich Beröffentlich ung bes E beverkündung battes bestehenden Berfahren XII f (Rote zu Art. 33).

3 u fammen fie llungen (verschiedene): f. Ueberssichtstabellen, Ueberschieberzeichnise.

3 u ständigteit der bei einer Eheschließung mitmirfenden Urfundaners an bes Fraubeamten

ficitistabellen, Uebersichtsverzeichnisse.

3 ust and igkeit der bei einer Sheichließung mitwirfenden Urtund bretson ibes Traubeamten oder Geistlichen]: Deutsche Reich 39 (§\$ 42 u. 71); 90 (§\$ 72 u 85); 150 (Schuknote: § 41); 167 (rechts, oben) — Frankreich 93 (Art. 191); 93 (Rachtrag: Art. 48 u. 89); 94 (Note) — Großbritannien England 97 (N. 7), 98 (I), 99 (N. 13), 100 (N. 16); Irland 105; Schottland 107; Indien u. Colonien 109; Austand 110 — Italien 111 (N. 3) — Rannnische Recht 113 (N. 2) — Riedersande 119 (Art. 131); 120 (Art. 147) — Oesterreich 121 (§ 75) — Portugal 56, III (Art. 1075, § 1) — Schweden 174 — Schweig XIV (Art. 37, Lemma 1 u. 3) — Spanien 124 (Art. 29 u. 30); 124 (N. 5: Art. 43) — Bereinigte Staaten 128 (links); 135 (N. 12).

3 ust and igkeit der Gerichte rations loci in streitigen Ebesachen: Deutsches Reich 160 (N. *); 162 (N. *); 166 (II, § 568) — England 28, I (unten); 151 (litt 0) — Schweden 175 (litt. B. 3ist. I) — Schweiz 176 (Jusa) — Bereinigte Staaten 134, IX (Schuß). — Bgl. Gerichtsdarteit.

3 ust and igkeit des Landesherrn in streitigen Ehesachen: Deutsches Reich 161 (rechts, unten); 162 — Schweden: Deutsches Reich 161 (rechts, unten); 162 — Schweden: Deutsches Reich 161 (rechts, unten); 162 ist des Landesherrn in streitigen Ehesachen: Deutsches Reich 161 (rechts, unten); 162 — Schweden 175 (II); 176.

3 ust im mung erst arung der Eltern resp. Bormünder 2c. [Ursunde über die Einwissigung Dritter] zur Scheschleitung. Deren Form und In halt: Deutsches Reich 175 (litt. d) — Frankreich 13, II (Art. 73); 16, VI (Note 1: N. zu krt. 407); 16, VI (Note bezügl. d. "sindlinge"; 25 (And. III: litt. A) — Großbritannien 29, III (Abs 3); 99 (N. 10) — Italien 32, IV (Mrt. 81) — Riedersande 40, II (Art. 126) — Schweiz XI (Art. 30, litt. b) — Ungarn 65, V.

3 wang [Frawingung des Expedichusses durch Sechlingen 22, IV (Mrt. 81) — Piedersanden 40, II (Art. 126) — Schweiz XI (Art. 656, 666); 123 (Art. 1072) — Schweiz XI (Art. 656, 666); 123 (Art. 1072) — Schweiz VIII (Art. 26) — Spanien 170 (Art. 92, V

Bereinigte Staaten 129, III. - Bgl. Ent-

führung, Furcht. 3 mang Scopulation [in der Form eines richter-lichen Urtheiles, welches die Streitenden für Ehe-leute erklärt]: Schweben 172 (II, 1. Abjah). — Bgl. Bujammenleben.

Busammenleben.
Im ischen Buischen 172 (11, 11 abjas). — Sge. Franken. Die Gültigkeit der in solchen Zwischen eine in solchen Zwischen eine in solchen Zwischen eine in in in den Zwischen eine Ghe: Dentsches Reich 90 (bezügl. der unter "Bormundschaft" Gestellten); [NB. Rach gemeinem Recht können Geisteskranke in lichten Zwischenräumen eine gültige She schließen.] — Frankreich [Die franzfliche Doktrin fireitet über die Gültigkeit der in solchen Zwischenzumen abgeschlosenen Ehen.] — Kanonisches Recht 115 (R. 5) — Spanien 123 (Art. 4, 3iff. 2) — Bereiutgte Staaten 130, III. — Bgl. Bevormundung wegen Geisteskrankheit, Fähigkeit (personliche: Ziff. II, litt. A), Geisteskrankheit, Willensunsähigkeit.

Als Rachtrag zu "Strafanbrohung (Biff. 3 litt. b)". Frantreich. Code penal (III. Buch 1. Titel 3. Abschnitt: Bon Uebertretungen, burch welche ber Civistanb ber Personen gefährbet wirb): Art. 199. Ein Religionsbiener (Geiftlicher), ber zur Bornahme einer firchlichen Trauung [ber religiofen Teierlichfeiten einer Chefdliegung] foreitet, ohne bag ibm ber Rachweis ber

ftattgehabten Civiltrauung [ber vorausgegangenen Errichtung einer Deirathsurtunde burch ben Civilftandsbeamten erbracht worden ift, wird für das erfte Dal mit einer Gelbbuge bon fechszehn bis auf hundert Franten beftraft. von jechszegn vis auf gundert Franten bestraft. — Art. 200. Im Falle weiterer llebertretungen der im vorhergehenden Artitel bezeichneten Art wird der Religionsdiener beftraft: — für den ersten Wiedersholungsfall mit Ge fängniß von zwei dis zu fünf Jahren; — und für den zweiten mit Fe ft un g s- ha ft. — Deutsches Reich, Reichsehegeset, v. 6. Februar 1875: § 67. Ein Geistlicher ober anderer Religionsdiener, welcher zu den religiöfen Feierlicheiten einer Ehelchlichung ichreitet benor ibm nochgewiesen werben ift, bag bie Che bor bem Gtanbes-beamten geschloffen sei, bag bie Che bor bem Stanbes-beamten geschloffen sei, wird mit Belbftrafe bis au breihundert Mark ober mit Befangniß bis ju brei Monaten beftraft.

NB. Bezüglich Regelung der ehelichen Berm ben srechte bei heirathen mit Engländerinnen wird auf das neue englische Geieg über Beibergut [The Married Women's Property Act, 1882 — 45 & 46 Vict. c. 75] hingewiesen. Die Uebertragung der Staatsangehörigfeit des Mannes auf die Frou ist nach dem englischen Gesetz vom 2. Mai 1870 [33 Vict., c. 14 — An 'Act to amend the law relating to the legal condition of Aliens and British Subjects] legal condition of Aliens and British Subjects] eine nothwendige Folge ber Berebelichung.

Ueberfichtsverzeichniß der nachstehenden Beilagen.

Nr.	1.	Bestimmungen über die Einsprachen Dritter gegen ben Cheabschluß: A. Fran- 3bsisches Gesethuch (Code civil, Art. 172—179) — B. Badisches Landrecht (Geset v. 9. Dezbr. 1875, §§ 14—22) — Rote [Deutsches Reich, Italien, Riederlande, Desterreich, Portugal, Schweiz und Spanien].	001
m_	a	Internationale Bereinbarungen über bie Bulaffung von Auslandern gur Che-	221
MI.	۵.	folie gung: A. Deutsches Reid u. Belgien - B. Deutsches Reich u. Italien - C. Deutsches Reich	
		u. Riederlande — D. Deutsches Reich u. Schweden-Rorwegen	224
Nr.	3.	Befreiung gewiffer Auslander in Preußen von der Beibringung eines Atteftes ihrer Geimatsbehörde über Anerkennung der zu schließenden Che: [Gefetz v. 13. März 1854, §§ 1 und 2] A. Briten u. Nordamerikaner — B. Franzosen — C. Oesterreicher — D. Russen — E. Pfälzer	
		(bayerijche)	226
Nr.	4.	Befreiung ber Babenfer in ber Schmeig bon ber Beibringung eines Atteftes ihrer	
		Beimatsbehörde über Anertennung ber ju ichließenden Che	229
Nr.	5.	Befreiung ber Sommeiger in Frankreich von gewiffen burch bas frangofifche Befeg -	
		bezüglich ber Einwilligung Dritter gur Che - erforberten Rachmeifen	231
Nr.	6.	Bufammenftellung ber über internationale Mittheilung bon Civilftanbsatten amifchen ber Soweig und ben andern gandern bestehenben Bereinbarungen	
		[Baben - Bapern - Belgien - Frantreich - Italien - Defterreich-Ungarn]	233

Beilagen.

Mr. 1.

Bestimmungen über die Ginfprachen Dritter gegen ben Cheabichlug.

A. Französisches Gesethuch (Code civil).

Art. 172. Das Recht, wiber bie Schließung einer Che eine Ginsprache einzulegen, hat bie Berf on, welche mit einem ber beiben eheschließenden Theile bereits verheirathet ift.

Art. 173. Der Bater, sobann, in Ermangelung bes Baters, bie Mutter, und, in Ermangelung beiber Eltern, bie Großeltern können wiber bie heirath ihrer Kinder und Abkomm-linge Ginfprache erheben, wenngleich biese schon bas fünfundzwanzigste Altersjahr zuruckgelegt haben.

Art. 174. In Ermangelung aller Afcenbenten fonnen ber Bruber ober bie Schwester, ber Oheim ober bie Tante, ober auch Geschwisterkinder, wenn sie großjährig sind, jedoch nur in folgenden zwei Fällen Einsprache erheben, nämlich:

- 1) wenn bie burch Art. 160 geforberte Einwilligung bes Familienrathes nicht ausgewirkt worben ist;
- 2) wenn die Ginfprache fich auf ben Bahnfinn eines ber fünftigen Chegatten gründet. Diese Einsprache, deren unbedingte Aufhebung (main-levée pure et simple) das Gericht verfügen kann, barf nur unter ber Bebingung angenommen werden, daß der Ginsprecher auf die Interdiktion antrage und hierüber binnen einer in dem Bescheid zu bestimmenden Frist entscheiden lasse.

Art. 175. In ben beiben burch ben vorhergehenben Artifel bestimmten Fallen kann ber Bormunb ober Curator mahrend ber Bormunbichaft ober Curatel nur bann Ginfprache erheben, wenn er von einem Familienrath, ben er zu biesem Enbe versammeln laffen barf, bazu ermachtigt worben ift.

Art. 176. Im Einspruch afte sollen angegeben sein: die Eigenschaft, welche ben Einsprecher zur Erhebung der Einsprache berechtigt; — die Bahleines Wohnsitze an dem Orte, wo die She abgeschlossen werden soll; — endlich, falls die Ginsprache nicht von einem Ascendenten erhoben wird, die Gründe, auf welche sich die Einsprache flüt: — alles bei Strafe der Nichtigkeit und der Amtseinstellung wider den ministeriellen Beamten (interdiction de l'officier ministeriel), welcher den Einspruchsakt unterzeichnet hat.

Art. 177. Das Gericht erster Instanz soll binnen einer Frist von zehn Tagen über bie Rlage auf Aufhebung ber Einsprache erkennen.

Art. 178. Bird gegen biefes Urtheil bie Berufung ergriffen, fo foll hieruber in ben nach ften gehn Tagen nach ber Borlabung erkannt werben.

Art. 179. Birb bie Ginfprache verworfen, fo fonnen biejenigen Ginfprecher, bie nicht Afcenbenten find, jum Schabenerfage verurtheilt werben.

Art. 66. Der E in fpruch Satt foll auf ber Uridrift und ber Abidrift von dem Ginfprecher ober beffen mit authentischer Specialvollmacht versebenen Bevollmächtigten unterzeichnet und sodann, nebft einer Abschrift ber Bollmacht, ben Betheiligten entweder zu eigener Dand ober in deren Bohnung, sowie dem Civilftandsbeamten zugestellt werden, welch' letterer sein "Bifa" der Urschrift beizusetzen hat.

Art. 67. Der Civilftandsbeamte hat unverzüglich über die erfolgte Ginfprace eine turggefaßte Gintragung in bas Bertund ung bregifter borgunehmen. Rachmals hat er am Rande Diefer Gintragung ber eine

Aufhebung der Einsprache verfügenden Urtheile oder sonstigen Urtunden, sobald ihm eine Aussertigung davon zugestellt worden ift. Erwähnung zu ihnn.

Art. 68. Ift eine Einsprache erhoben worden, fo darf der Civilftandsbeamte, bei einer Belbftrafe von breihundert Franken und Leiftung des Schabenerfages, die Trauung nicht eher vornehmen, als nachdem ihm die Aufhebungsurtunde zugestellt worden ift.

B. Badifches Landrecht.

[Die den Bestimmungen des Code civil (Art. 172-179) entsprechenden Bestimmungen des badifchen Landrechts (Sage 172-179) find durch nachstehende Borfchriften ersett, welche jenen Bestimmungen mit einigen burch bas Reichsgeset vom 6. Februar 1875 veranlaßten Aenderungen nachgebildet wurden.]

a. Gefet bom 9. Dezember 1875, (Gef.- u. Berordn.-Blatt Rr. XXXIV S. 355 ff.)

§ 14. Der Bater, bei Abgang bes Baters, bie Mutter, tann wiber bie Heirath ihrer Kinder Einsprachen einlegen aus allen Grunben, welche ber Eingehung ber Che nach bem Gefete entgegenstehen.

Die gleiche Befugniß hat hinfichtlich ber Ehe bes Munbels ber Bormund mit Ermachtigung bes Familienrathes.

- § 15. In Ermangelung der Eltern fann der Großvater oder die Großmutter, der Bruder oder die Schwester, ber Obeim oder die Muhme, oder ein Geschwistertind, wenn sie großiahrig find, seboch nur in folgenden zwei Fallen, Einsprache einlegen:
 - 1) wenn für einen minberjahrigen Berlobten bie nach bem Gefete erforberliche Ginwilligung ber Dbervormunbich aft nicht erwirkt worben ift;
 - 2) wenn bie Ginfprache fich auf ben Bahnfinn ober bie @ emuthefchwache eines ber tunftigen Chegatten grunbet.
- § 16. Bur Einsprache gegen ben Abschluß einer Che ift ferner bie Berjon berechtigt welche mit einem ber Berlobten verheirathet ift.
- § 17. Der Staatsanwalt tann Ginfprache einlegen aus allen Grunden, welche ber Eingehung ber Ghe nach bem Gefete entgegenstehen.
- § 18. Die Ginfprachen gegen eine Beirath muffen von ben Einfprechen ben felbft ober ihren mit befonderen und öffentlichen Bollmachten versebenen Gewalthabern erhoben werben.
- Gie follen bie Eigen fchaft, welche bem Ginfprechenben bas Recht gibt, fie ein- gulegen, und ben Grunb ber Ginfprache enthalten.
- § 19. Die Ginsprache ift bei bem Amtsgerichte zu erheben, in beffen Bezirke einer ber Berlobten seinen Bohnsit hat ober fich gewöhnlich aufhalt.

Die Anmelbung ber Ginfprache tann auch vor bem Stanbesbeamten geschehen, welcher zur Cheschließung zuftandig ift. Solche Ginfprachen find von bem Stanbes-beamten unverzüglich bem Amtsgerichte vorzulegen.

§ 20. Fur bas Berfahren in Ginfprachsfachen find bie fur bie Angelegen= beiten ber freiwilligen Berichtsbarfeit bestehenden Borschriften maggebend.

Gegen bie gerichtliche Entscheidung fteht bie Befchwerbeführung an bas Appellationsgericht bem Ginfprechenden und ben Berlobten zu; fle ift innerhalb acht Tagen auszuführen.

- § 21. Wird die Einsprache verworfen, fo tonnen die Einsprechenden, welche nicht Ahnen find, jur Entschädigung angehalten werben.
- § 22. Bon jeder Ginfprache und von jedem Ertenntniffe über eine Ginfprache muß ben Betheiligten unverzüglich Renntniß gegeben werben.

Ebenso find bie Stande & beamten, welche gur Bornahme ber Cheschließung que ständig find, von jeder Ginsprache und von jedem rechtstraftig gewordenen Ertenntniffe barüber ober beren sonftiger Erledigung unvergüglich gu benachrichtigen.

b. Dienstweifung für bie Stanbesbeamten.

(Befannimadung bom 18. December 1875 - Bef. und Berordn.-Blatt Rr. XXXVII G. 375 ff.)

§ 112. Werben Chehindernisse im Bege ber Ginfprache gegen die Che (Gefet vom 9. Dezember 1875, §§ 14—22) dem Standesbeamten angemeldet, so find die Schriftsfücke, welche darauf sich beziehen, unverzüglich dem Amtsgerichte behufs weiterer Behandlung vorzulegen. Den Berlobten muß von der Erhebung der Ginsprache Renntniß gegeben werden.

Nach Erhebung einer Ginsprache barf bie Chefchließung nur auf Grund bes rechtsträftigen richterlichen Ertenntniffes vorgenommen werben, bag bie Ginsprache verworfen werbe.

§ 113. Werden Chehinderniffe auf anderm Wege als bem ber Ginsprache gur Renntnig bes Standesbeamten gebracht, so hat ber Standesbeamte die Richtigkeit ber angezeigten Thatsachen zu untersuchen und je nach bem Befunde zu enticheiden:

ob — weil das hinderniß nachgewiesen — bie Cheschließung abzulehnen, ober — weil Dispensation zulässig — bie Erwirkung derfelben den Ber-lobten aufzuerlegen,

ober - weil bas angezeigte Sinberniß in Birflichfeit nicht vorhanben - bie Cheichließung vorzunehmen fei.

Mote.

Das beutice Reichsgefet vom 6. Februar 1875 regelt bie Erhebung von Ginfpracen auf Grund von Chehinderniffen nicht naber, fowie es überhaupt fein Berfahren vorzeichnet, um gegebenen Falls eine durch Diefes Befet verfugte Beidrantung bes Rechtes gur Cheidliegung gu ermitteln, fonbern fic bamit begnugt, baf es bie Borfdrift aufftellt: "(§ 48.) Rommen Chebinderniffe jur Renntniß des Standesbeamten, fo hat er die Chefchließung abgulehnen." Begen die Ablehnung des Standesbeamten ift allerdings ben Berlobten burd § 11 Abjag 3 bes Reichsgesetes bas Rechtsmittel ber Beschwerde an bas auftanbige Gericht gegeben. Erachtet aber ber Standesbeamte bie behaupteten Shehinderniffe nicht für vorhanden, fo ift britten Berfonen tein Rechtsmittel eingeraumt, um im Wege ber Opposition eine richterliche Enticheibung über bas Bestehen biefer Chehinderniffe herbeizuführen; es fei benn, daß bas betreffende Landesrecht — wie bies im Sebiete bes frangofifden Gefetbuche und des babifden Landrechte der fall ift - befondere Bestimmungen hierüber enthalte. Unter ber Gerrichaft bes Reichsgeseiges bleibt nämlich bem Landesrecht überlaffen, Die Cheeinspracen gu normiren, jedoch mit der Daggabe, daß die Ginfprache nur durch ein vom Reichsgefet anerkanntes Chehinderniß begrundet werden tonne. Rach wie vor tonnen indeffen in den bezeichneten Gebieten - wie den vorftehenden Bestimmungen zu entnehmen ist — gewisse Personen gegen eine beabsichtigte Chelchließung mit der Rechtswirkung Einsprache erheben, daß die Che nur dann abgeschloffen werden darf, wenn die erhobene Einsprache durch ein rechtsfraftiges Ertenninif bes juftandigen Berichtes verworfen worden ift. Diebei tonnen einige ber borgebachten Perfonen jedes gefetliche - b. h. reichsgesetliche - Chehinderniß, die andern dagegen blos bestimmte Chehindernife geltend machen. Immerhin bemerkt die helfische Instruktion für die Standesbeamten vom 9. Rovember 1875 (Reg.-Bl. Rr. 52) ju § 48: "Bur bie rheinheffifden Standesbeamten ift hier insbefordere barauf hingumeifen, daß bas Reichsgefet die Boridriften ber Art. 66 zc. und 172 zc. C. civ. nicht fennt. Gleichviel alfo, auf welchem Bege die gefetlichen Chebinderniffe gur Renntnig bes Standesbeamten gelangen, ob im Wege ber Oppofition oder fonftwie, er hat fie ju beachten und bei vorliegendem Rachweiß die Chefchliegung abzulehnen.

In ahnlicher Beise, wie der französische Code civil, sehen der italienische Codice civile (Art. 82-91), das niederlandische Burgerlijk Wetdoek (Art. 114-125) und die spanische Ley provisional de matrimonio civil de 18 de Junio de 1870 (Art. 20-27) die Erhebung von Eheeinsprachen ab Seite bestimmter Personen und Behörden mit der Rechtswirtung vor, daß die Cheschließung nicht eher zuläsig ift, als nachdem das zuständige Gericht über die erhobene Einsprache rechtsträstig befunden hat. Das öfterreichische allgemeine bürgerliche Gesetzuch (§ 70) dagegen enthält schlechthin eine — den Bestimmungen des kanonischen Rechts entsprechende — Borschrift, wonach das Ausgebot "mit der Erinnerung" zu geschen hat, "daß jedermann, dem ein hinderniß der Ehe befannt ist, selbes anzeigen solle". Das Gleiche besagt auch der Art. 1076 des portugiesischen Codigo civil, wobei immerhin dieses allgemeine Recht insofern beschränkt wird, als die in Art. 1058 Ziss. 1 (s. hievor S. 54 f.) erwähnten Chehindernisse nur von denjenigen Personen geltend

gemacht werden tonnen, beren Ginwilligung gur Chefcliegung erforberlich ift. Das foweigerifde Gefet über Civilftand und Che fennt ebenfalls feine besondere Qualificirung von Bersonen ober Beborben gur Erhebung einer Cheeinsprache, sonbern verpflichtet einfach ben Civilftandsbeamten, Die Trauung ju verweigern, fobalb ibm, gleichgultig burd wen, ber Beweis vorhandener Chehinderniffe erbracht ift. Dieg gilt namentlich mit Bezug auf fehlende Chemundigfeit (Art. 27 Abj. 1), fehlende Zustimmung des Inhabers der elterlichen Gewalt (Art. 27 Abf. 2) und wenn einer ber in Art. 28, Biff. 1 u. 2 ober Schluflemma ermahnten Grunde liquid vorliegt. Bezieht fic aber die Ginfprace auf Art. 28 Biff. 3 oder tonnten fonft über das Borhandenfein des behaupteten Chehinderniffes Bweifel obwalten, fo darf der Civilftandsbeamte nicht ohne Beiteres die Trauung ablehnen (vgl. hiebor S. XI die Rote ju Art. 31); es tommen vielmehr alsbann bie Bestimmungen ber Art. 34 u. 35 (f. biebor 6. XIII) jur Anwendung. Gegen eine Ablehnung der Trauung foll, nach Prof. Dr. König's Rommentar 3. bern. Civilgefetb. I. 119, bie Beschwerdeführung an Die fantonale Regierung [refp. an Die bem Civilftanbawefen vorgesette Abtheilung ber Regierung] julaffig fein.

Mr. 2.

Internationale Bereinbarungen über die Bulaffung von Auslandern gur Chefcliegung. [Bgl. S. XX (Schluftemma), 139 ff. u. 154 ff, fowie die Beilagen Rr. 3 u. 4.]

A. Deutsches Reich - Belgien.

Uebereintunft zwifchen ber faiferlich beutiden und ber foniglich belgifchen Regierung wegen gegenfeitigen Bergichts auf Die Beibringung von Trauerlaubniffcheinen. Bom 8. Oftober 1875. (Centralblatt fur bas Deutsche Reich - 1875, S. 719.)

Artifel. 1.

Deutsche, welche mit Belgierinnen in Belgien, und Belgier, welche mit Deutschen in Deutsch= land eine Che abichließen wollen, follen, wenn fie ihre Staatsangehörigkeit nach. gewiesen haben, nicht mehr verpflichtet fein, Durch Borlegung von Atteften ihrer bezüglichen Beimathebehörben darjuthun, daß fie ihre Staatsangehörigfeit burch bie Chefchließung auf ihre zufunftige Ehefrau und ihre in ber Chegebores nen Rinber übertragen und baß fie bem gemaß nach eingegangener Che fammt ihrer porgebachten Familie von ihrem Beimathsftaate auf Erforbern wieder werben übernommen werben.

Artifel 2.

Die beiberseitigen Angehörigen sind jedoch verpflichtet, falls bies in ihrer Beimath ober an bem Orte ber Chefchließung gefetlich vorgeschrieben ift, eine Bescheinigung ihrer guftanbigen Banbesbehorbe barüber borzulegen, bag ber Abschließung ber Ghe nach bem burgerlichen Rechte ihrer Beimath tein betanntes Sindernig entgegenfteht.

Article 1er.

Les Allemands voulant contracter une union en Belgique avec des Belges, et les Belges voulant contracter une union en Allemagne avec des Allemandes ne seront pas tenus, lorsqu'ils auront établi leur nationalité, de prouver par la présentation d'un certificat de l'autorité de leur pays d'origine que le mariage concède à la future épouse et aux enfants issus de cette union la nationalité du père et qu'en conséquence, sur la demande qui en serait faite, ils seront recus avec leur famille susnommée. après le mariage accompli, dans le pays d'origine.

Article 2.

Les sujets respectifs devront cependant, si les lois de leur pays ou celles du lieu de la célébration du mariage l'exigent, présenter un certificat de l'autorité compétente de leur patrie constatant que d'après les lois civiles de leur pays, il n'y a pas à sa connaissance, d'empêchement à la célébration du mariage.

B. Deutsches Reich - Stalien.

Uebereinfunft swifden ber faiferlich beutiden nub ber toniglich italienifden Regierung wegen gegenfettigen Berzichts auf die Beibringung von Trauerlaubnifischeinen. Bom 3. Dezember 1874. (Centralblatt für das Deutsche Reich - 1875, S. 155 f.)

Artifel 1.

welche mit Stalienerinnen in

Articolo 1°.

I Tedeschi che vogliono maritarsi in Italien und Italiener, welche mit Deutschen | Italia con Italiane e gli Italiani che vogin Deutschland eine Che abschließen wollen, sollen in Butunft, wenn sie ihre Staatsangehörigkeit nach gewiesen haben, nicht mehr verpflichtet sein, durch Borlegung von Atteften ihrer bezüglichen Seimathsbehörden darzuthun, daß sie ihre Staatsangehörigkeit durch die Cheschließung auf ihre zukunftige Chefrau und ihre in ber Che geborenen Kinder übertragen, und daß sie demgemäß nach eingegangener Che sammt ihrer vorgedachten Familie von ihrem Beimathöstaate auf Erfordern wieder werden übernommen werden.

Artifel 2.

Die beiberseitigen Angehörigen find jedoch nach wie vor verpstichtet, salls dies in ihrer Deimath ober an dem Orte der Cheschließung gesetzlich vorgeschrieben ist, eine Bescheinischung ihrer zuständigen Landes behörde barüber vorzulegen, daß der Absichließung der Ehe nach dem bürgerslichen Rechte ihrer Beimath tein Dinderniß entgegensteht.

Der Art. 103 bes italienischen burgerlichen Gefethuches, fraft beffen die
in Italien heirathenden Fremden vor der Eingehung der Ehe eine derartige Bescheinigung
beigubringen haben, und der Artifel 33
be. bayerischen Gesets vom 16. April
1868, welcher den Angehörigen der bayerischen
Landestheile rechts des Rheines die gleiche
Pflicht auferlegt, bleiben mithin unverändert
in Geltung.

liono contrarre matrimonio in Germania con Tedesche, non sono più obbligati per l'avvenire, constatata che abbiano la loro nazionalità, a provare con la presentazione di certificati rilasciati dalle autorità competenti del rispettivo loro paese, che essi, mercè la celebrazione del loro matrimonio, conferiscono la propria nazionalità alla loro futura moglie ed ai loro figli legittimi, e che in conseguenza di ciò, dopo contratto il matrimonio, essi saranno, dietro richiesta, accettati di nuovo dal proprio paese di origine insieme alla loro famiglia.

Articolo 2º.

I rispettivi sudditi sono però obbligati come prima, qualora ciò sia prescritto per legge nel loro paese oppure nel luogo della celebrazione del matrimonio, di produrre un certificato della Autorità competente del loro paese, comprovante che, secondo le leggi civili della loro patria, nessun impedimento osta alla celebrazione del matrimonio.

L'articolo 103 del Codice civile italiano, in forza del quale gli stranieri che contraggono matrimonio in Italia devono prima della celebrazione del matrimonio presentare un cosifatto certificato, e l'articolo 33 della legge bavarese del 16. Aprile 1868, il quale impone il medesimo obbligo ai sudditi bavaresi delle provincie della destra del Reno, rimangono quindi inalterati in vigore.

C. Deutsches Reich — Niederlande.

NB. Obicon für das gesammte deutsche Reichsgebiet getroffen, ift diese Bereinbarung nicht von Reichswegen, fondern nur in den einzelnen Bundesftaaten veröffentlicht.

Allgemeine Berfügung des Preußischen Justizministers vom 4. Januar 1872, — betreffend die Zulaffung Riederläudischer Staatsangebörigen zur Chefchließung. (Justig-Ministerial-Blatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege — 1872, Rr. 1 S. 2.)

Sammtliche Juftizbehörben werben bavon in Renntniß gesetzt, baß mittelft gemeinschafts licher Berfügung ber herren Minister ber geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und bes Innern, sowie bes Justizministers, die Rieberlanbischen Staatsangehörigen von ber Beibringung bes nach § 1 bes Gesetzes vom 13. März 1854*) zur Eingehung einer Che im Inlande erforderlichen Attestes ber heimathsbehörbe in Gemäßheit bes § 2 ebendaselbst generell dispensitt worden sind.

D. Deutsches Reich - Schweden-Rorwegen.

NB. Obicon für das gesammte deutsche Reichsgebiet getroffen, ift biefe Bereinbarung nicht von Reichswegen, fondern nur in den einzelnen Bundesftaaten veröffentlicht.

Cirkular bes Preußischen Justizministers — in Gemeinschaft mit den Ministern des Innern und der geistlichen zc. Angelegenheiten — an fammtliche lönigl. Regierungen der Brovinzen Preußen, Braudendurg, Bommern, Bosen, Schlesten, Sachsen, Westfalen und Rheinproving, sowie an das lönigl. Polizeiprufibium zu

^{*)} Siehe 5. 226 (Beilage Rr. 3).

Berlin und in ahnlicher Beife an die herren Oberpraficenten der Prodingen hannober, Schleswig-holftein und heffen-Raffan, die Chefchliehungen Schwedischen Staatsangehöriger im Austande betreffend, vom 5. Mai 1874. (Minifierialblatt für die gesammte innere Berwaltung — 1874, S. 120.)

Seitens ber Königlich Schwedisch Norwegischen Staatsregierung ift bie Erklarung abgegeben worben, baß Schwebisch. Rorwegische Staatsangehörige für ihre Eheschließung im Auslande weber einer Genehmigung bedürfen, noch durch dieselbe (soweit es sich um Männer handelt) ihre Staatsangehörigkeit verlieren, daß vielinehr die Chefrau und die in der Che erzeugten Rinder ohne Weiteres die Schwedisch Norwegische Staatsangehörigkeit des Mannes beziehungsweise Baters erwerben, und daß endlich Angehörige des Deutschen Reiches bei Cheschließungen in Schweden und Norwegen nur den Nachweis ihrer Reichsangehörigkeit zu sühren haben, sonst aber weder eines Trauerlaubnissicheines noch eines Wieder Aufnahme-Reverses ihrer zuständigen Heimathsbehörde bedürfen.

Mit Rudficht auf biefen Stand ber Schwedisch-Norweglichen Gefetzebung unterliegt es teinem Bebenken, die Bornahme von Trauungen Schwedisch-Norweglicher Staatsangehöriger — sobald biefelben ben Rachweis biefer Staatsangehörigkeit geführt haben — innerhalb Preußens auch ohne Beibringung der im § 1 des Gesetzes von 13. Maiz 1854*) für Austian ber vorgeschrieben en Bescheinigung ber heimathsbehörde zu gestatten. Indem wir bemzufolge in Gemäßheit bes § 2 bes gedachten Gesetzs bezüglich der Schwedischen Rorwegischen Staatsangehörigen die Beibringung des im § 1 l. c. bezeichneten Attestes ber heimathsbehörde allgemein erlassen, weisen wir die königliche Regierung an, in allen vorstommenden Fällen von Beibringung des fraglichen Attestes Seitens Schwedisch-Rorwegischer Staatsangehöriger Abstand zu nehmen.

Mr. 3.

Befreiung gewiffer Auslander in Preußen von der Beibringung eines Atteftes ihrer Beimathsbehorbe über Anerteunung der ju fchließenden Gbe.

[Bergl. S. XVIII f.]

Gefet, betreffend die Bulaffung von Ausländern gur Gingehung einer Che in den toniglich preußischen Staaten, vom 13. März 1854. (Gef.-Sammlung, S. 128.)

- § 1. Auslanber, welche in Unferen Staaten mit einer Inlanderin ober Auslanderin eine Ghe ichließen wollen, haben, neben der Erfüllung der sonstigen gesetzlichen Erforderniffe, burch ein gehörig beglaubigtes Atte fi ber Ortsobrigteit ihrer Seimath nachzu-weisen, daß sie nach dortigen Gesehen, unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit, zur Eingehung einer Ehe im Auslande befugt sind, ober die nach diesen Gesehen etwa erforderliche Erlaubniß zu der beabsichtigten Ehe erhalten haben.
- § 2. Unfere Minister ber Justig, ber geistlichen zc. Angelegenheiten und bes Innern find ermächtigt, sowohl in einzelnen Fällen, als, mit Rudficht auf die Gesetzebung einzelner Staaten, für die Angehörigen berfelben überhaupt die Beibringung eines solch en Atteftes (§ 1) zu erlassen.

Cirkular-Berfügung bes Justizministers — in Gemeinschaft mit den Ministern der geistlichen, Untexticks- 2c. Angelegenheiten und des Innern — an sämmtliche tönigliche Regierungen, und an das Polizeispräsibium zu Berlin, die von britischen Untherthanen und von Bürgern der Bereinigten Staaten von Nordsamerika in dem Prensischen Staate einzugehenden Sen betreffend, vom 31. August 1856. (Winisperialblatt für die gesammte innere Berwaltung — 1856, S. 220 f.)

Nach \$ 2 bes Gefeges vom 13. Marg 1854*) find die Minister ber Juftig, ber geiftlichen Angelegenheiten und bes Innern ermachtigt, von ber Beibringung bes Atteftes,

^{*)} Siehe unter Rr. 3.

^{*)} Siehe oben.

burch welches Auslander, die sich in den königlichen Staaten mit einer Inlanderin ober Auslanderin verheirathen wollen, ihre Befugniß jur Gingehung einer Che nachjuweisen haben, sowohl in einzelnen Fallen, als mit Rücksicht auf die Gefetgebung einzelner Staateu, für deren Angehörige überhaupt zu entbinden.

Da britische Unterthanen nach ben britischen Landesgesehen zur Eingehung einer Che einer besonderen obrigkeitlichen Genehmigung nicht bedürfen, da ihnen die Beibringung des im § 1 l. c. vorgeschriebenen Attestes nach dortiger Landesverfassung in der Regel nicht möglich ift, und da ber Aufnahme der Chefrau und Kinder eines britischen Unterthans in England kein Hinderniß entgegensteht; so wollen wir den britischen Unterthanen, welche in Breußen eine Che einzugehen beabsichtigen, die Beibringung des mehrgedachten Attestes hiermit allgemein erlassen.

Eine gleiche Dispensation wollen wir auch fur die Burger der Bereinigten Staaten von Rordamerita, welche im Inlande eine Che zu schließen beabsichtigen, hiermit aussprechen, ba in Beziehung auf bieselben gleiche Grunde ber Dispensation obwalten.

Die Legitimation eines britischen Unterthanen in seiner Eigenschaft als solcher kann durch einen Baß des britischen Ministeriums oder eines diplomatischen Agenten der englischen Regierung im Auslande dann geführt werden, wenn in diesem Passe seine Eigenschaft als britischer Unterthan ausdrücklich bezeugt ist. In gleicher Beise wird die Eigenschaft als Bürger ber Bereinigten Staaten von Nordamerika durch Passe der Unionsregierung oder ihrer diplomatischen Agenten, welche eine gleiche Bescheinigung enthalten, nachgewiesen. Britische und nordamerikanische Passe, welche diese Bescheinigung nicht enthalten, beweisen nicht die Eigenschaft eines Briten, resp. eines amerikanischen Bürgers. Bei obwaltenden Zweiseln haben die königlichen Rezierungen über die Frage, ob der Nachweis der Nationalität geführt sei, zu entscheiden.

В.

Erlaß bes Justigministers — in Gemeinschaft mit den Ministern der geistlichen, Unterrichts- 2c. Ansgelegenheiten und des Innern — an sämmtliche lönigliche Regierungen und an das Polizeipräsidium zu Berlin, die Berhältniffe der französischen Unterthanen betreffend, welche in Breußen eine Se einzugehen beabsichtigen, vom 2. April 1858. (Ministerialblatt für die gesammte innere Berwaltung — 1858, S. 59.)

Nachdem bei Gelegenheit eines Spezialfalles festgestellt worden, daß französische Unterthauen nach den bortigen Landesgesetzen zur Eingehung einer She einer besonderen Zustimmung der betreffenden Berwaltungsbehörde nicht bedürfen, daß ferner die Beibringung des im § 1 bes Gesetze vom 13. März 1854 für Ausländer vor Eingehung einer Che in den königlichen Staaten vorgeschriebenen Attestes nach dortiger Landesverfassung in der Regel nicht möglich ift, und daß endlich Ausländerinnen durch Berheirathung mit einem Franzosen in daß staatsbürgerliche Berhältniß des Chemannes treten und sedes in einer solchen She, gleichviel ob im In- oder Auslande, geborene Rind bie Unterthans Eigenschwisten States erwirbt: haben wir auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 13. März 1854 beschlossen,

ben französischen Unterthanen, welche in Breußen eine Che einzugehen beabsichtigen, bie Beibringung bes Attestes, baß sie hierzu nach ben Gesegen ihrer Deimath, unbeschabet ihrer Staatsangehörigkeit, befugt seien, hiermit allgemein zu er= laffen.

Indem wir die königliche Regierung zur Beachtung hiervon in Kenntniß sehen, bemerken wir, daß die Legitimation eines französischen Unterthans in seiner Eigensschaft als solcher durch den Baß einer französischen Behörde nur dann als geführt angesehen werden kann, wenn dem Inhaber in diesem Passe seine Eigenschaft als Franzose ausdrücklich bezeugt ift.

Ueber obwaltende Zweifel, ob der Beweis ber Rationalitat als geführt zu erachten fei, hat die betreffende konigliche Regierung zu entscheiben.

C.

Berfügung bes Juftizminifters — in Gemeinschaft mit ben Miniftern ber geiftlichen ze. Angelegenheiten und bes Junern —, die Dispensation von Beibringung bes im § 1 bes Gesehes vom 13. März 1854 für Ansländer vorgeschriebenen Trauerlandnifischeines ber heimathsbehörbe bezüglich Desterreichischer Staatsangebörigen betreffend, vom 17. Juni 1869. (Ministerialblatt für die gesammte innere Berwaltung — 1869, S. 160.)

Rach einer von ber hiefigen f. f. öfterreichischen Gefandtschaft gemachten Mittheilung besteht bas die Freiheit ber Cheschließung aus polizeilichen Grunden beschräntende Erforderniß eines politischen (polizeilichen) Shefonfen fense (Ehe-Meldezettel) und die hierauf bezüg-liche Gesetzeichung zur Beit nur noch für diesenigen öfterreichischen Staatsburger. welche in einem der Länder Salzburg, Tyrol, Borarlberg und Krain heimathberechtigt sind, wogegen der gedachte Chekonsens in den übrigen Gebietstheilen der Oesterreich-Ungarischen Monarchie, namentlich in Niederösterreich, Steiermark, Mähren, Schlesien, Oberösterreich, Böhmen, im Kuftenlande, in Kärnthen, Galizien und der Bukowina aufgehoben, in Dalmatien, Ungarn und in Siebenbürgen aber schon seither nicht erforderlich gewesen ist.

Mit Rudficht auf biesen Stand ber öfterreichischen Gejetzebung unterliegt es keinem Bebenken, die Bornahme von Trauungen solcher öfterreichischer Staatsburger, welche ben lett-bezeichneten Gebietstheilen angehören, für welche also die Beibringung eines polizeilichen Shestonsenses nicht erforderlich ift, innerhalb Preußens auch ohne Beibringung eines polizeilichen Shes Gesetzes vom 13. März 1854*) für Ausländer vorgeschrieben ung des im S 1 bes Gesetzes vom 13. März 1854*) für Ausländer vorgeschrieben wir demzusolge in Gemäßheit des S 2 des Gesetzes vom 13. März 1854 bezüglich dieser österreichischen Staatsangehörigen eine generelle Dispensation von Beibringung des im S 1 l. c. bezeichneten Attestes der Heimathsobrigkeit über das Nichtvorhandensein eines polizeilichen Chehindernisses hierdurch ertheilen, veranlaßen wir die königliche Regierung, in etwa vorkommenden Fällen von Beibringung des Attestes Seitens der bezeichneten österreichischen Staatsangehörigen Abstand zu nehmen, wogegen es in Betress der neinem der Länder Salzburg, Tyrol, Borarlberg und Krain heimatberechtigten Personen bei den Bestimmungen des S 1 des Gesetzes vom 13. März 1854 auch ferner sein Bewenden behält.

D.

Cirtular-Erlaß des Juftizministers — in Gemeinschaft mit ben Ministern der geistlichen zc. Angelegenbeiten und des Junern — an sämmtliche löuigliche Regierungen und Landdrosteien der Monarchie und an das lönigliche Bolizei-Bräsidium zu Berlin, die Bornabme von Tranungen taiserlich rufsischer Staatsangehöriger innerhalb Breußens betreffend, vom 2. März 1871. (Ministerialblatt für die gesammte innere Berwaltung — 1871, S. 59 f.)

Seitens ber taiferlich ruffischen Staatsregierung ift uns mitgetheilt worden, daß nach ben gegenwärtig in Rußland bestehenden Gesethen ruffische Unterthanen beiderlei Geschlechts das Recht haben, sich mit Ausländern zu verheirathen, ohne verpstichtet zu sein, hierzu die spezielle Genehmigung ber taiferlichen Regierung einzuholen; sowie, daß die ruffische Unterthan ensich aft mit zu benjenigen Rechten und Prarogativen gehört, welche ein rufsischer Unterthan auf feine ausländische Ehefrau überträgt.

Bei biefer lage ber ruffischen Gefetgebung unterliegt es keinem Bebenken, die Bornahme von Trauungen kaiferlich ruffischer Staatsangehöriger innerhalb Breugens auch ohne Beibringung bes in § 1 bes Gefetes vom 13. Marg 1854 *) für Auslander vor=

^{*)} Siehe S. 226 (sub Rr. 3).

^{*)} Siehe S. 226 (sub Rr. 3).

gefchriebenen Trauerlaubnissscheines ber Heimathsbehörbe zu gestatten. Indem wir demzufolge in Gemäßheit des § 2 des gedachten Gesets bezüglich der kaiserlich rufsischen Staatsangehörigen die Beibringung des im § 1 l. c. bezeichneten Attestes der Beimathsbotigket hierdurch allgemein erlassen, veranlassen wir die königliche Regierung (Landbrostei), in etwa vorkommenden Fällen von Beibringung des fraglichen Attestes Seitens kaiserlich rufsischer Staatsangehöriger Abstand zu nehmen.

E.

Cirkular des Justizministers — in Gemeinschaft mit den Ministern der geistlichen 2c. Angelegenheiten und des Innern — an sämmtliche königliche Regierungen und Landdrosteien der Monarchie und an das lönigliche Bolizeiprasidium zu Berlin —, das Fortbestehen der polizeilichen Beschräntungen zur Cheschließung in preußischen Staaten in Bezug auf bayerische Staatsangehörige, excl. derjenigen aus der bayerischen Bfalz, betreffend, vom 29. Angust 1871. (Ministerialblatt für die gesammte innere Berwaltung — 1871, S. 251.)

Bas bas Rönigreich Bapern anbelangt, in welchem bas Gefet vom 4. Mai 1868*) nicht zur Einführung gelangt ift, so bebarf es für bie Angehörigen bieses Staates — mit der weiterhin bezeichneten Ausnahme —, falls sie in Preußen eine Ehe schließen wollen, nach wie vor, ber Beibringung berim § 1 bes Gesets vom 13. März 1854**) vor geschrieben en Bescheinigung, da eine shne solche abgeschlossene Che nach Baperischen Gesetzen ungültig sein wurde. Es bezieht sich dies jedoch nicht auf die Angehörigen der königlich baperischen Pfalz weil für letztere nach Lage der baperischen Gesetzebung volle Berebe-lichungsfreiheit besteht; daher die Angehörigen berselben zum Zweck ihrer Berehelichung in Preußen eines Trauerlaubnißsche nicht auch in Preußen nicht zu fordern. Solche sind hiernach von ihnen auch in Preußen nicht zu fordern.

Mr. 4.

Befreiung der Badenfer in der Schweiz von der Beibringung eines Atteftes ihrer Beimathsbehörde über Anerkennung der zu schließenden Che.

Kreisfdreiben des schweizerischen Bunbesrathes an fämmtliche eidgenöfsische Stände, vom 12 Juni 1884. (Bundesblatt 1884, Bb. III S. 314 f.)

Mit Note vom 5. bies macht bas Großherzoglich Babifche Staatsministerium folgenbe Eröffnung:

Im hinblid auf die in Art. 31 Absat 4, resp. Art. 37 Absat 4 des schweizerischen Bundesgesets betreffend Feststellung und Beurkundung des Civilftandes und die Che, vom 24. Dezember 1874, enthaltene Bestimmung, daß die Berkündung, resp. Trauung einer Che, wenn der Bräutigam Ausländer ist, nur auf Borlage einer Erklärung der zuständige einer Che nung der zuständigen aus martigen Behörde erfolgen soll, worin die Anerkennung der Che mit allen ihren Folgen ausgesprochen ist, ersuchen vielfach Babische Staatsangehörige, welche in der Schweiz eine Che schließen wollen, die Standesbeamten ihres heimatortes um Ausstellung und Uebersendung einer bezüglichen Erklärung. Nach Lage der Gesetzgebung des Großherzogsthums Baden sind nun aber weder die Standesbeamten, noch andere Behörden im Stande, eine derartige Erklärung abzugeben; sie muffen daher dem darum Nachsuchenden regelmäßig einen ablehnenden Bescheid zugehen lassen, in Folge bessen die Berwirklichung des Chevorhabens leicht verhindert ober doch wenigstens verzögert wird.

Die Erklärung, worin bie Anerkennung einer beabsichtigten Ghe mit allen ihren Folgen ausgesprochen ift, kann feitens einer Babischen Behörbe aus bem Grunde überhaupt nicht abgegeben werben, weil das Recht ber Cheschließung im Großherzogthum Baben von ber

^{*)} Bergl. Seite 145 (Rote *).

^{**)} Siehe S. 226 (sub Rr. 3).

Anerkennung irgend welcher Berwaltungs- ober Gemeindebehörde durchaus unabhängig ift. Es werden vielmehr vom Babifchen Staate Ehen, welche von feinen Staats-angehörigen im Auslande eingegangen werden, als gultig anerkannt, wenn fie nach ber im Lande ber Cheschließung gultigen "Form" abgesichlossen werden*). [Badifches Geset vom 9. Dezember 1875, den Bollzug bes Reichsegeses vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung betreffend, § 23; Gesets und Berordnungsblatt 1875, Rr. 34.]

Durch biefe gesetzliche Bestimmung ift die Anerkennung ber Gultigkeit einer von einem Babischen Staatkangehörigen in ber Schweiz abzuschließenben Che gesichert**). Richt minder sichergestellt — und zwar durch Art. 7 ***) bes Rieberlaffungs=

^{*)} Dieser dem § 23 Absatz 1 des Badischen Gefetzes vom 9. Dezember 1875 (vgl. hievor S. 141) entssprechende Satz ift selbstverftändlich in dem Sinne aufzusaffen, daß die von Badischen Staatsangehörigen im Auslande eingegangenen Shen, falls deren Abschluß in der am Sheschließungsorte zu Recht bestehenden "Forms erfolgt ift, hinsichtlich der formellen Erfordern isse der Eheschließung im Großherzogthum Baden als gultig anerkannt werden. Immerhin durfte die durch § 23 Abs. 2 des vorerwähnten Gesetzes aufgestellte Bestimmung, wonach dem im Auslande ersolgenden Speahschlusse das Aufgebot im Großherzogthum Baden vorauszuschichen ist, gewissermaßen einem Vorbehalte bezüglich Anerkennung der Giltigkeit einer im Auslande abgeschlossenen Speachschließenen Speakschließenen Speakschließenen Speakschließenen Speakschließenen. (Bgl. das auf S. 160 in Abschn. II Gesagte.)

^{**)} Das fomeizerifche Gefeg (Art. 29) entspricht allerdings ber in vorhergehender Rote erwähnten babifchen Borfdrift (Gef. v. 9. Deg 1875, § 23 Abf. 2) dadurch, daß es die Bertunbung bes Cheverfprechens [bas Aufgebot] am "heimatorte" jedes der Brautleute vorfchreibt. Mit Bezug auf die Fahigteit gur Chefoliegung bagegen ftimmen die Befete Babens und ber Schweiz fogar in wesentlichen Buntten nicht überein. Das beutiche Reichsehegefest vom 6. Februar 1875 (88 28-35), auf beffen Bestimmungen das angeführte Babifche Gejet (§ 23 Abi. 3) hinfictlich ber von Badenfern im Auslande zu ichließenden Chen ausbrücklich verweist, ftellt namlich gewiffe Cheerforberniffe refp. Chebinderniffe auf, welche bem fcmeigerifden Bundesgefete über Civifftanb und Che entweder gar nicht oder boch nicht in so weitem Umfange bekannt find. Gine Ausnahme hievon bilbet einzig bas Berbot ber Che bis jum 3. Grab ber Seitenlinie [Obeim und Richte, Reffe und Tante], wodurch umgetehrt bas ichweizerifche Bundesgefet die Befugnit jur Cheidliegung im Berbultnig jum beutichen Reichsgeset beschrankt. Dem schweizerischen Gefet durchaus fremd ift das Berbot der Che für den Chebrecher mit feinem Ditfoulbigen (§ 38 Rr. 5 bes bes beutschen Reichsgefenes), welches Berbot immerhin nach Babifchem Recht als offentliches trennendes Ehehinderniß wirkt. Diefe Rechtswirtung bestimmt ber - burch § 2 litt. i bes vorermanten Gefeges v. 9. Dez. 1875 abgeanderte - Sat 298 a des Babifden Landrechts, wie folgt: "Bebe bem § 33 Biff. 5 bes Reichsgefeges vom 6. Februar 1875 über bie Beurtundung bes Berfonenftanbes und bie Chefdliegung zuwiderlaufende Che ift nichtig; der andere Theil ber ehemaligen Cheleute und ber Staatsanwalt tonnen allein Diefe Richtigfeit antlagen." Gerner lagt bas foweigerifche Gefet (Art 27 Abf. 1) Die Chemundigfeit bes mannlichen Befchlechts bereits mit bem vollenbeten achtzehnten Bebensjahre eintreten, mahrend nach bem beutichen Gefet (§ 28 Abf. 2) ber Brautigam bas zwanzigfte Altersjahr zurudgelegt haben muß, um ohne "Dispensation" eine Che foliegen ju tonnen. Die hintanfegung Diefer reichsgefeslichen Borjchrift bildet nach Badischem Recht ebenfalls ein öffentliches trennendes, wenn auch nur temporares, Chehinderniß. Die bezüglichen Stellen aus den maßgebenden Sagen des Babifchen Landrechts lauten in, der Abfürgungen wegen, etwas veranderter Faffung: "(184; abgeandert durch § 2 litt. c des Gef. b. 9. Dez. 1875.) Bebe ben Berfügungen bes § 28 Abf. 2 des Reichsgefeges über die Beurfundung bes Berfonenftandes und die Chefchliegung jumiberlaufende Che tann sowohl von den Chegatten felbft, als von jedem, der dabei betheiligt ift, und fo auch von dem Staatsanwalte angefochten werben. - (185.) Wenn nur der Mangel der Chemundigkeit des einen Chegatten Die Ginfprache begrunden mochte, fo tann bie Che nicht mehr angefochten werben: (1') nach fechs Monaten von ber Beit an, ba biefer Chegatte bas gefestiche Alter erreicht hat. (186; abg. b. § 2 litt. d log. cit.) Der Bater, Die Mutter, ber Bormund und Die Familie, welche im vorermahnten Sall in Die gu fruhe Che eingewilligt haben, tonnen mit der Rlage auf Richtigkeit derfelben nicht gehort werden. -- (190.) In allen Fallen, worauf fic ber 184fte Gat anwenden lagt, tann und foll ber Staatsanwalt, jedoch unter ben im 185ften Sat enthaltenen Ginforantungen, auf Richtigkeitserklarung ber Che, mabrend bem Leben beiber Chegatten, antragen, um fie beruttheilen ju laffen, fich ju icheiben." Schlieflich fei noch erwähnt, bag bas ichweizerifche Gefet - im Gegenfat jum beutschen (vgl. §§ 29 bis 32 bes Reichsgefetes) — bas Erforberniß einer elterlichen Einwilligung nicht auf Großjahrige ausdehnt. hinfichtlich ber rechtlichen Folgen einer von Babifchen Staatsangehörigen, welche noch nicht volle 25 refp. 24 Jahre alt find, ohne Ginwilligung des Baters ober ber Mutter abgefchloffenen

vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz vom 27. April 1876 — erscheint die Bsticht des Badischen Staats, die betreffenden Eheleute und die aus ihrer Che etwa entsprossen naten, zu übernehmen, falls dieselben in die Lage kommen sollten, aus einem der an der angeführten Stelle naher bezeichneten Gründe aus der Schweiz weggewiesen zu werden. Durch eine Uebernahmezusicherung von Seiten der Wadischen Gemeinde, welcher der Brautigam als Gemeindeburger angehört, wurde eine derartige Sicherstellung nicht herbeigeführt, da nach der bestehenden Gesetzgebung über den Unterstützungswohnst die Berpstichtung zur Uebernahme und Unterstützung im Falle der Berarmung sich nicht nach dem Gemeinde bur meinde sollten.

Im hinblick auf biefe Eröffnung icheint uns funftighin wohl bavon abgesehen werden zu tonnen, einen Babischen Staatsangehörigen, welcher in ber Schweiz eine She ichließen will, zur Borlage ber in Art. 31 Abs. 4, resp. Art. 37 Abs. 4 bes eidzenössischen Sivistandsgesetes geforberten Erklarung zu veranlaffen, und erscheinen die Rantonsregierungen zur Ertheilung bes bezüglichen Dispenses in allen den Fällen ohne weiteres ermächtigt, in welchen der Brautigam Babenser ift.

Nr. 5.

Befreiung der Schweizer in Frankreich von gewissen durch das französische Geseth — bezüglich der Ginwilligung Dritter zur Che — erforderten Nachweisen.

(B3l. das hievor auf S. XXI Gesagte.)

Der — in ber bießsährigen Rr. 40 bes "Schweizerischen Bundesblattes" (1884, Bb. III S. 566 f.) in deutscher Uebersetzung +) mitgetheilte — Cirkularerlaß, welchen das französische Ebe find nun folgende Bestimmungen des Badischen Landrechts maßgebend: "(Sat 182.) Die Geirath, die ohne Ginmilliaung der Gitern bei Geraftelle mar) geschlosen mirb tenn nur von deminiscen Giternthelle

She find nun folgende Bestimmungen des Badifchen Kandrechts maßgebend: "(Sat 182.) Die Heirath, die ohne Ginwilligung der Eltern. . . . (wo diese erforderlich war) geschlossen wird, kann nur von demjenigen Citernthetle, dessen Cinwilligung erforderlich war, oder von dem Ebegatten, der sie bedurfte, angesochten werden. — (S. 183.) Weder die Chegatten, noch die Eltern, deren Einwilligung nöthig war, können die Richtigkeitsklage anstellen, so weit von letzern die Heirath ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt worden ist, oder, soweit nach erlangter Renntnis von der Che ein Jahr ohne Einsprache von ihrer Seite verstrichen ist; ebensowenig kann der Chegatte diese Rlage anstellen, sobald er das gehörige Alter erreicht hat, um für sich allein in die Se willigen zu hannen, und ein Jahr ohne Einsprache verstreichen läßt." Das Badische Recht behandelt also den Mangel einer Einwilligung des Baters oder der Mutter, salls eine solche nach dem dem dentschen Reichsgesetz für die betressenden Eheleute erforderlich war, auch bei Großsährigen als ein zwar rein privates, sowie nur bedingt und temporär wirkendes, gegebenen Falls aber doch trennendes Ehehinderniß.

***) Die hier angezogenen Stellen (Abf. 1 u 2) biefes Artitels 7 lauten :

"Die Angehörigen bes einen Theiles, welche sich auf bem Gebiete bes anbern Theiles befinden, aufhalten oder niedergelaffen haben, und in die Lage kommen sollten, weggewiesen zu werden, entweder durch gerichtliches Urtheil, oder weil sie die innere oder außere Sicherheit des Staates gefährden, oder in Folge der Gesetze und Berordnungen über die Armen- und Sittenpolizei, sollen fammt Familie auf Berlangen des ausweisenden Theiles jederzeit von dem andern Theile wieder übernommen werden.

"Unter gleichen Boraussetzungen verpflichtet sich jeber Theil, seine vormaligen Angehörigen, auch wenn fie bas Staatsbürgerrecht nach ber inlandischen Gesetztung bereits verloren haben, so lange fie nicht in dem andern ober einem britten Staate angehörig geworden find, auf Berlangen des andern Theiles wieder zu übernehmen."

- †) Der in der französischen Ausgabe des schweiz. Bundesblattes (Feuille sédérale suisse 1884, Vol. III p. 549) abgedrudte Originaltest lautet:
- «M. le ministre de Suisse à Paris a appelé, à plusieurs reprises, mon attention sur les formalités exigées par les maires, à l'occasion des mariages que des Suisses se proposent de contracter en France.
 - «Quelques officiers de l'état civil, notamment à Paris, procèdent au mariage des Suisses sur

Justiz- und Rultusministerium an sammtliche Generalprofuratoren Frankreichs unterm 2. August 1884 gerichtet hat, besagt, daß die in Frankreich eine Che schließenden Schweizer beiberlei Geschlechts, bezüglich des Erfordernisses einer elterlich en ober vormundschaftlich en Einwilligung lediglich dem schweizerischen Gesetze unterworsen seien, b. h. schlechthin der durch das schweizerische Bundesgesetz über Civilstand und Ehe vom 24. Dezember 1874 (Art. 27, Abs. 2) gesorderten Einwilligung des Inhabers der elterlichen Gewalt resp. des Bormundes und zwar nur dann bedürsen, wenn sie das 20. Altersjahr noch nicht vollendet haben. Die auf die Auswirfung der Einwilligung des Rathes der Ascendenten (den sogen. Ehrerbietigkeitsakt) sich beziehenden Borschristen des Code civil sollen demgemäß bei Angehörigen der Schweiz nicht in Anwendung gebracht werden. Damit entfällt die Beibringung von Todtenscheinen [Sterbeurkunden Berschligung in die Ehe berufen waren, oder von Urkunden über die Abwesen heit solcher Ascendenten, u. s. w.

Diese Berfügung begründet das französische Justigministerium dadurch, daß es erklart, über bie Fähigkeit zur Cheschließung entscheibe das Bersonalstaut, b. h. das Geset, welchem in fraglicher Beziehung der Ausländer in seinem heimatlande unterworfen ist und welchem er — weil dasselbe als seiner Person gleichsam anhaftend betrachtet wird — auch in Frankreich unterworfen bleibt. Folglich sei die Erfüllung vorerwähnter, der schweizerischen Gesetzebung nicht bekannter Förmlichkeiten, welche der Code civil für die Franzosen vorschreibt, den Schweizern nicht aufzuerlegen.

Behufs Erlangung fraglicher Bergünstigung haben die Schweizer, welche in Frankreich eine She einzugeben beabsichtigen, bem Traubeamten des Cheschließungsortes schlechthin ihr Alter und ihre Staatsangehörigkeit eit nachzuweisen. Ersteres geschieht durch Borlegung des Geburtssche in es, letteres gewöhnlich mittelst eines — von der schweizerischen Gesandtschaft in Paris oder dem Konsuln, in dessen Amtsbereich die Nupturienten ihren Bohnort haben, ausgestellten und durch das französische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beglaubigten — Attestes über die Nationalität der zu trauenden Person.

Im Weitern bringt das französische Justizministerium den betreffenden Beamten in Erinnerung, daß die Schweizer, hinsichtlich ihrer Berheirathung, einen Rachweis über Erfüllung ber Militarpflicht [resp. über die bienftliche Erlaubniß der Militarbehörde] nicht zu erbringen haben.

la seule production de leur acte de naissance et des pièces qui justifient de leur nationalité. Mais d'autres officiers municipaux exigeraient, pour le mariage des Suisses, comme pour le mariage des Français, la production d'un acte notarié, constatant le consentement des parents, ou les actes de décès des père et mère, et même parfois ceux des grand-pères et grand'-mères.

[«] La capacité requise pour contracter mariage tient au statut personnel; elle est réglée par la loi de chaque pays. Or, contrairement au code civil, la loi fédérale suisse du 24 décembre 1874, sur le mariage, dispose que les Suisses des deux sexes, âgés de 20 ans révolus, peuvent valablement contracter mariage sans le consentement de leurs ascendants ou tuteurs.

[«] J'estime donc qu'il n'y a pas d'intérêt sérieux à imposer aux Suisses des formalités inconnues à la législation fédérale, et qu'ils n'auraient pas à remplir s'ils se mariaient dans leur pays.

[«]En conséquence, je vous prie d'informer les officiers de l'état civil qu'ils peuvent procéder au mariage des Suisses sans exiger le consentement préalable des parents du futur époux, ou leurs actes de décès, à la condition que le futur époux produise un acte de naissance qui justifiera de son âge et un document établissant sa nationalité. Ce document sera, le plus souvent, un certificat délivré par la légation de Suisse à Paris, ou par le consul suisse le plus rapproché, légalisé par le ministère des affaires étrangères et attestant la nationalité de l'intéressé.

[«]Je vous rappelle, en outre, que les Suisses n'ont, pour contracter mariage, aucune justification à fournir au point de vue des lois militaires.»

Mr. 6.

Bufammenftellung ber über internationale Mittheilung von Civilftandsatten awifchen ber Schweiz und ben andern Landern bestehenden Bereinbarungen.

Baben.

Bundesräthliches Rreisschreiben vom 11. Ottober 1858. (Bundesblatt 1858, Bb. II, S. 495.)

Aus den Antworten der Kantonsregierungen über den Vorschlag der großherzoglich-babischen Regierung, sich gegenseitig die Tobschein eine der Angehörigen des andern Staates von Amteswegen und unentgeltlich zu übersenden, ergab sich, daß mit Ausnahme von Baadt und Renendurg alle übrigen Kantone den Borschlag genehmigt haben. Indem wir dieses Resultat der großeherzoglich-badischen Regierung mittheilten, fügten wir, veranlaßt durch die Bemerkungen einiger Kantonsregierungen, noch bei, daß nach hierseitiger Ansicht die Art und Weise der Legalisation der Todscheine nach den Gesehen des Staates, wo diese ausgestellt werden, bestimmt werden, und daß es gegenseitig freistehen solle, diese Aktenstücke entweder direkte der betreffenden Deimathbehörde der Verstorbenen oder auf dem diplomatischen Wege übermitteln zu lassen. Die große herzogliche Regierung trat dieser Ansicht bei, indem sie uns hierauf Folgendes antwortete:

"Die im Großherzogthum über Ableben von Angehörigen ber Schweiz, wie aller Auslander überhaupt, ausgestellten Todesscheine sollen von ber hohern Behörbe (vide infra) be glaubigt werben. Deren Zusendung wird in ber Regel burch Bermittlung ber schweizerischen Bunbestanzlei geschehen; dieß hindert jedoch offenbar nicht, daß eine birekte Uebermittlung ber in der Schweiz ben bort üblichen Formen gemäß ausgesertigten und beglaubigten Todesscheine an die im Großherzogthum belegenen heim at hbe horben des Berstorbenen geschehe."

Rote. Unter biefen "heimathbehorben" find nach einem Rreisfcreiben ber ichweigerifchen Bundestanglei vom 15. Dezember 1873 (Bundesblatt 1874, Bb. I, S. 524) bie "Bürgermeifter" ju verfteben.

Indem wir Ihnen hievon Renntniß geben, halten wir die Angelegenheit in obigem Sinne für erledigt.

Die Dienstweisung für bie Standesbeamten bes Großherzogthums Baben (v. 18. Dezember 1875) enthalt folgende einschlägige Borichrift :

§ 133. Wenn ein Ausländer (Richtbeutscher) im Inlande stirbt, so hat der Standesbeamte durch Bermittelung des Amtsgerichtes einen Registerauszug dem Ministerium des Großherzoglichen Gauses, der Justiz und des Auswärtigen behufs der Uebermittelung an die Heimathsbehörde vorzulegen.

Diefen Registerauszügen muß das heimathland und der ausländische Bohnort, bezw. heimathsort des Berftorbenen und — fofern dies befannt — der Bezirk (die Proding) beigefügt werden, in welchem der lettere Ort gelegen ift.

Das Umisgericht hat vor ber Borlage an bas Ministerium die Aechtheit der Unterschrift und bes Siegels bes Standesbeamten zu beglaubigen.

Befanntmachung, die Beglaubigung der zum Gebrauche im Auslande bestimmten Urfunden betreffend, vom 3. Februar 1882 ("Standesbeamter" die 1882, Rr. 8).

Im Einverständniß mit dem Großherzogl. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts und dem Großherzogl. Ministerium des Innern macht das Großherzogl. Staatsministerium darauf ausmerkjam, daß die zum Gebrauche im Auslande bestimmten, von den badischen Gerichten, Berwaltungsbehörden oder Rotaren ausgestellten oder beglaubigten Urtunden behufs weiterer Beglaubigung oder Erwirkung der Beglaubigung durch auswärtige Botschaften, Gesandtschaften oder Konsulate, nicht dem Großherzogl. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts oder dem Großherzogl. Ministerium des Innern, sondern dem Großherzogl. Staatsministerium vorzulegen sind. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Urkunden, welche nicht von einer Staatsbehörde oder einem Rotar, sondern von einer Gemeindebehörde, einem

Standesbeamten, einem Pfarramte u. f. w. ausgestellt find, vor Erwirfung ber minifteriellen Beglaubigung junacht einer gerichtlichen, bezirksamtlichen oder notariellen Beglaubigung bedurfen.

Der f. 3. ebenfalls vereinbarte Austausch ber Geburts ich eine findet nicht mehr ftatt. Auf eine dießbezügliche — am 14. Februar 1879 gerichtete — Anfrage des schweizerischen Bundesrathes an das großherzoglichbadische Staatsministerium wurde von dieser Behörde unterm 4. April gl. 3. geantwortet, daß die dortige Regierung die bisher übliche Mittheilung der Geburtsurkunden nicht mehr in Aussicht stellen konne. (Bgl. Bundesblatt 1880, Bd. II, G. 23.)

Bagern.

Uebereintunft zwischen der Schweiz und Bapern wegen gegenseitiger tostenfreier Zustellung von Geburtsund Tobscheinen, vom 7. Dezember 1874. (Aus: Dr. A. v. Müller. Die Beurfundung des Personenstandes und die Cheschließung. 2. Aust., S. 182 f. — Bgl. Bundesblatt 1875, Bd. i, S. 29 und Amtl. Sammlung der Bundesges. Reue Folge. Bd. 1, S. 210 f.)

1.

Sammtliche Rantone der Schweiz haben sich bamit einverstanden erklart, über bie auf ihrem Gebiete vorkommenden Geburts und Sterbefälle baperischer Staats angehörigen Geburts und Todesscheine mit Legalisation burch die zuständigen Amtskellen koftenfrei und birekt von Behorde zu Behorde mitzutheilen.

Diese Urfunden werden für die Landestheile rechts bes Rheins an die Diftrittspolizeibehorde (bal. S. 156: Rote *) und für die Bfalg an die Staatsanwalticaft übermittelt.

2

Entgegen werben über bie auf t. baperischem Staatsgebiete eintretenden Geburts= und Sterbefälle von Schweizern ben bezüglichen Amtsstellen der schweizer Rantone beglaubigte Beburts- und Tobesscheine kostenfrei und direkt zugestellt.

Diefe Urtunden werden an die Staatstangleien (vgl. unten Biff. 3 litt, a) der Rantone gefandt.

3

Die zur Legalifation zuftanbigen Amtstellen finb:

a. in ben Rantonen Appenzell A.-Rh. u. J.=Mh. (mit ber unter litt. b. bezeichneten Ausnahme), Bafel . Stadt, Genf, Glarus, Graubunden, Reuenburg, Schaffhaufen, Solothurn, Thurgau, Unterwalden ob u. nid b. B., Uri, Ballis und Zurich — bie Staatstanzleien, auch Rantons., Standes. ober Landestanzleien genannt;

Bemertt wird, daß in Burich nunmehr die Direttion bes Innern mit der Legalifation betraut ift

(Baper. Juftig-Min. Bl. 1875, S. 42).

- b. in ben Kantonen Margan, Appenzell J.-Rh. für die Rhoben hirschberg und Oberegg, Bafel-Land, Bern, Freiburg, St. Gallen, Schwyz für die Gemeinden Gersau, Ginsfiedeln und Rufinacht (im Uebrigen vergl. unten litt. c.), dann Teffin die Regierungstatthalter, Dezirkstatthalter, Oberamtmanner, Bezirks amtmanner, Bezirksammanner, Prafekten, Regierungskommissäre u. s. w. genannt;
- c. in ben Kantonen Lugern, Schwyz fur bie Gemeinden Schwyz, March und hofe, bann Rug bie betreffenden Gemeinde beborben;
- d. im Ranton Bagt ber Krieben Brichter bes betreffenben Rreifes.

1

In Bayern erfolgt in den Landestheilen rechts des Rheins die Beglaubigung und Mittheilung der Geburts- und Todesscheine durch die einschlägigen Diftritts = polizeibehorben.

In ber Pfalz wird bie Legalisirung burch ben zuständigen Bezirtsgerichts= vorstand vollzogen und bie Buftellung burch bie Staatsanwaltschaft vermittelt.

Es ift verftanden, daß die Ausstellung ober Annahme von Geburtsicheinen von Seite der Behorden eines ber beiden Rander der Frage ber 3 uft an dig teit der betreffenden Individuen in teiner Weise prajudigire.

Belgien.

Erllärung zwischen bem schweizerischen Bundesrathe und der belgischen Regierung, betreffend gegenseitige tostenfreie Mittheilung von Civilstandsatten, vom 2. Februar 1882. (Amtliche Sammlung d. Bundesges.
Reue Folge. Bb. VI. S. 140 f.)

Art. 1.

Der schweizerische Bundesrath und die belgische Regierung verpflichten sich, zu ben festgesetzen Beitpunkteu und kostenfrei sich gegenseitig gehörig beglaubigte Ausfertigungen ber auf ihrem Gebiete in Bezug auf Burger bes andern Staates ausgestellten Geburts=, Trau=ungs=und Tobschein emitzutheilen.

Art. 2.

Die Uebermittlung ber Tobscheine soll sich im Beitern auch auf solche in ber Schweiz verstorbene Personen erstreden, welche in Belgien geboren wurden ober, ben an die Ortsbehörden gemachten Mittheilungen zufolge, daselbst ihren Bohnsit hatten.

Das Gleiche gilt für die Tobscheine von in Belgien verst orbenen Bersonen, welche in der Schweiz geboren wurden oder, den ertheilten Aufschluffen zufolge, daselbft ihren Bohnsit hatten.

Art. 3.

Die Civilstandsbeamten in ber Schweiz und in Belgien follen einander gegenseitig, auf biplomatischem Wege, die in den Trauungsaften eingetragenen Legiti= mationen unehelicher Rinder mittheilen.

21rt. 4

Alle fechs Monate foll bie Buftellung ber im Caufe bes vorausges gangenen halb jahrs ausgeftellten Aften genannter Art vom schweizerischen Bundesrathe an die belgische Gesandtschaft in Bern, und von ber belgischen Regierung an bas schweizerische Ronfulat in Bruffel, erfolgen.

Art. 5.

Die in der Schweiz in deutscher oder italienischer Sprache und die in Belgien in flämischer Sprache abgefaßten Aktenstüde sind mit einer durch die zuständige Behörde gehörig beglaubigten französischen Uebersetzung zu begleiten.

Mrt 6

Es wird ausbrudlich vereinbart, bag bie Uebermittlung ober bie Annahme ber Ausfertigungen ber genannten Aftenftude bie Frage ber Staatsangehörigteit nicht prajubigiren foll.

Die auf Begehren von Privaten, die mit keinem Armuthszeugniß versehen find, beiberseitig verlangten Civilftanbsatten unterliegen ber Bezahlung ber in jedem ber beiben Lander geltenden Gebuhren.

Frankreich.

Auf eine Anfrage des Bundesrathes vom 26. Juni 1863, welche sowohl die Wünsche der französischen Gesandischaft in Bern als eine Gegenseitigkeitserklärung der französischen Regierung enthielt (Note vom 23. Juni), hat die Mehrheit der Kantone beschlossen, in Zukunft der genannten Gesandischaft Todiche in e berjenigen französischen Angehörigen: verlassen Kinder, Armen, Geisteskranken u. s. w. zu übermitteln, welche in einer schweizerischen Wohlthätigkeitsanstalt sterben.

Gine Uebereinkunft mit Frankreich besteht nicht. (Sandbuch f. b. foweig. Civilftandsbeamten, S. 183.)

Italien.

Andzug aus den Erklärungen zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und der t. italienischen Regierung, betreffend die gegenseitige kostenfreie Mittheilung von Todscheinen, vom 1. und 9. Sept. 1870. (Amtliche Sammlung der Bundesgesetz, Bb. X, S. 299.)

Die Tobicheine ber Angehörigen bes einen ber beiben Lanber, welche auf bem Gebiete bes andern verstorben sind, follen auf biplomatischem Bege (toftenfrei und gehörig legalisirt) ben zuständigen Behörben bes heimathstaates übermittelt werden.

Defterreich-Ungarn.

Bertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und der schweizerischen Sidgenoffenschaft zur Regelung der Riederlassungsverhältniffe u. f. w , vom 7. Dezember 1875. (Bundesbl. 1875, Bb. IV, S. 1160.)

Art. 8.

In allen Geburts=, Trauungs= und Tobes fallen öfterreichisch-ungarischer Staatsangehöriger in ber Schweiz und umgekehrt schweizerischer Staatsangehöriger in Desterreichsungarn werben die kompetenten kirchlichen und weltlichen Funktionare die amtlichen Auszüge aus den Kirchenbuchern, resp. Standesregistern (Registres de l'Etat civil), ohne Berzug und kostenfrei aussertigen und dieselben in Desterreich-Ungarn an die Gesandtschaft der schweizerischen Eibgenoffenschaft in Wien, und in der Schweiz an die k. ofterreichisch-ungarische Gesandtsschaft in Bern gelangen lassen.

Die Art und Beife ber Legalifation biefer Ausfertigungen richtet fich nach ben Gefegen bes Staates, wo fie zu geschehen haben.

Den in Desterreich : Ungarn in einer andern als in der deutschen oder lateinischen Sprache ausgestellten Geburts., Trauungs. und Todesscheinen ist eine latein ische Ueberssehn gehung beizuschließen; dagegen sind die in der Schweiz ausgestellten derlei Urkunden, wenn es sich um einen öfterreichischen Staatsangehörigen handelt und die Urkunde in einer andern, als in der deutschen oder lateinischen oder lateinischen, wenn sie aber einen ungarischen Staatsangehörigen betrifft, und nicht in der lateinischen, wenn sie aber einen ungarischen Staatsangehörigen betrifft, und nicht in der lateinischen Sprache ausgesertigt ist, mit einer lateinischen von der zuständigen Behörde gehörig beglaubigten Uebersetzung zu begleiten.

(Rote. Rach ber bezüglichen bundesrathlichen Botichaft vom 8. Dezember 1875 werden bie ab Seite ber Schweiz auszusertigenden Uebersetzungen burch bie Bundestanzlei oder durch die schweiz. Gesandtichaft in Wien beforgt.)

Beber burch bie Ausfertigung noch burch bie Annahme ber Geburtsscheine fann bie Frage ber Staats an geborigteit ber Betreffenben prajudigirt werben.

Berichtigung und Ergänzung

111

"Brafilien".

Die auf Seite 4 gemachte Angabe, wonach Ehen, welche brafilianische Staatsangehbrige im Auslande bem daselbst geltenden Rechte gemäß eingehen, in Brafilien unbedingt für gültig anzuerkennen wären, beruht auf einem Irthum. Das angebliche Geset vom 19. Juli 1858 ist blos der an diesem Tage der Abgeordnetenkammer Brafiliens vorgelegte Entwurf zu einem Geset, welches insbesondere bestalb nicht angenommen wurde, weil es in erster Linie die Einführung der Civilehe für akatholische und Mischen zum Gegenstande hatte. Drei weitere Gesetzniwürse (aus den Jahren 1867, 1870 u. 1875), welche das Gleiche bezweckten, wurden ebensalls verworfen. Das streng katholische Brafilien will nämlich selbst für die Ehen der Richtlatholisen der Civilehe keinen Eingang verschaffen.

Betreffend Gültigkeitsanerkennung ber von katholischen Brafilianern außerhalb Brafiliens vorgenommenen Cherechtsgeschäfte befteht keine Gesetesvorschrift. Die herrschende Anficht geht indeffen dabin, daß die im Aus. lande abgeschloffenen Chen von brafilianischen Staatsangehörigen, welche der tatholifden [Staats.] Rirde jugethan find, ihre civilrectlichen Birtungen in Brafilien nur bann hervorbringen tonnen, wenn benfelben fein tanonifdes bindernig im Bege fieht und die Erauung nach ben Bebrauch en ber tatholifchen Rirde erfolgte. Diefer Sat wird auch bezüglich berjenigen Länber, wo ausichließlich die Civilehe ftaatlich ju Recht besteht, nicht eingeschränkt. Anders verhalt es fich jedoch, wenn es fich um Chefdliegungen von Richtfatholiten handelt. Aus den Bestimmungen des Gefeges Rr. 1144 bom 11. September 1861 wird hergeleitet, daß nichtfatholifche Brafilianer, welche im Auslande eine Che ichließen, in der für ihre Religionsgenoffen durch das Bejet des Chefchließungsortes vorgejehenen Form fich trauen laffen follen und bemnach an Orten, wo die Civiltrauung eine ftaatstirchliche Chefchliegungsform erfett, eine auch fur Brafilien gultige Civilehe foliegen tonnen. Diefen Sinn legt jedenfalls bas Detret Rr. 3069 vom 17. April 1863 ber betreffenden Gefegesfielle bei, indem es ertlart, daß die Bestimmung, - wonach die außerhalb Brafiliens abgefcloffenen Chen in Brafilien in formell-rechtlicher hinficht als Chen anzuerkennen find, falls beren Abicluf bem Rechte entsprach, welchem jur Beit Die Cheleute unterworfen maren, - fich fowohl auf bie Inlander als auf bie Auslander begiebe.

1.

Als faatliches Cherecht für bie Ratholiten gilt bas tanonifche Cherecht und zwar mit ausbrudlichem Ginichluß ber tribenti = nischen Formvorschriften. Dies ergibt fich zunächst aus bem für Brafilien bermalen noch maßgebenben - von Philipp II. als Ronig von Portugal im Jahre 1603 promulgirten - fogen. Philippinifchen Gefegbuche [Ordinagoes, Berordnungen | und fobann aus einem brafilianischen Defret vom 3. November 1827, welches die Beschluffe bes Tribentinums bezug= lich ber Che bestätigend insbesondere bie Beobachtung ber in ber XXIV. Sigung bes Concils (cap. 1: « de riformatione matrimonii ») aufgestellten Borfchriften über bie Form ber Cheschließung verordnet. Rach ber herrschenden Anficht follen die tribentinischen Formvorschriften für ben ber Staatstirche angehorenben Brafilianer felbft im Austande bindend fein, fo bag Chen, welche brafilianische Staatsangehörige

tatholifder Religion an einem ausländifden Orte, wo allenfalls bas vortribentinifche fanonifche Recht, ber Rirche gegenüber, feine Beltung bewahrt hat, formlos refp. nicht vor bem firchlich zuftanbigen fatholifchen Bfarrer eingeben murben, in Brasilien keinerlei civilrechtliche Wirkungen bervorbringen konnten. Die brafilianischen Juriften laffen überhaupt ben Sat locus regit actum binfictlich ber Chefchliegungsform nicht gelten. Sie betrachten namlich bie firchliche Trauung als ein für bie Rechtsbestanbigfeit bes Chefchließungsaftes felbft nothwendiges "inneres" Erforberniß besselben und nicht etwa als eine blos "außere" Formlichkeit, beren Zweck lediglich in ber Feststellung bes stattgehabten Cheabschluffes liegen murbe. Immerhin bleibt es nach brafilianischem Rechte ben Ratholiten unbenommen, neben ber fur biefelben einzig gultigen Chefchließung in tribentinischer Form, einer Trauung in anderweitiger Form sich zu unterziehen.

П.

Während also bie rein katholischen und die Mifcheben*) ausschließlich und unbedingt ben Befegen ber fatholischen Rirche — b. h. bem kanonischen Rechte mit Inbegriff ber tribentinifchen Borfdriften - unterworfen find, befimmt über bie Chen ber Nichtfatholifen bas Gefes Rr. 1144 vom 11. September 1861, in Ausführung beffen bas Defret Mr. 3069 unterm 17. April 1863 erlaffen murbe, welches insbesondere ein Reglement betreffend die Rub= rung ber Civilftanberegifter für bie Richtfatholiten **) enthalt.

Die "nichtfatholifche" Chefchließung erfolgt unter Mitwirtung eines - ben Sagungen ber Rirche gemaß, welcher bie Rupturienten ange-boren ***), - gur Bornahme von Trau-ungen berechtigten Seelforgers. Diefe Berechtigung hat ber betreffenbe Beiftliche, bevor er überhaupt Trauungen vornimmt, ben brafilianischen Behörben nachzuweisen, und zwar wird ber Gintritt ber civilrechtlichen Birfungen fur bie von biefem Beiftlichen getrauten Chen von bem Umftande abhangig gemacht, baß ber geforderte Rachweis wirflich erbracht worben fei. Die hieruber geführte Rontrolle gieht in= beffen nur bie außere Form ber Bestallunge. urfunde in Betracht, fo daß die bezügliche Regiftereintragung teine unbedingte Bemahr fur bie Gultigfeit ber Trauung bietet. Diefer Mangel ift insbesonbere beghalb von Bedeutung, weil die brafilianische Besetzebung eine nicht wenigstens von irgend einer ber in Brafilien gebulbeten Religionsgenoffenschaften anerkannte Ehe ebenfalls nicht als Che anerkennt; benn eine Chefchließungsform für fogen. Confef. fion Blofe, beziehungsweife bas Mitwirken einer britten Berfon behufs bloger Feststellung bes Cheabschluffes ift bem brafilianischen Rechte burchaus fremb.

*) Bu wiederholten Dalen ift von ben brafilianifchen Berichtshöfen entichieden worden, daß eine nicht nach tatholischem Ritus getraute Rifdebe ein bloges Kontubinat fei und teine civilrechtlichen Birtungen hervorzubringen vermöge. (Bgl. die juribische Zeitichrift Le Droit, Vol. VII p. 305.)

Dieje besonderen Civilftandsregifter für die Richtfatholiten jollen nur jo lange gefthrt werben, bis die fibrung allgemeiner Civilftanbbregifter burd weltliche Beamte, welche das Defret Ar. 5604 vom 25. April 1874 vorfieht, zu Stande gefommen fein wird. 20. April 1874 bornegt, zu Stande getommen jein wird. Erwähntem Defrete fehlt indessen noch heute die Bestätigung der gesetzgebenden Gewalt, welcher es bezüglich gewisser Strasbestimmungen und der den Civilstandsregistern zusommenden Rechtswirtung bedarf.

***) Daß die Rupturienten wirklich der betreffen den Religionsgenoffen fcatt an gehören, wird mittelst einer von einem Seelsorgen bieter Belichingen Michael der Belichingen

Diefer Religionsgenoffenfchaft ausgestellten Befdeinigung nachgewiesen.

Die Trauung wird nach dem Ritus derjenigen Religionsgenoffenschaft vorgenommen, welcher die Cheschließenden und der Beiftliche angehören. Die ber Trauung vorauszuschickenben Berfunbungen bes Cheverfprechens erfolgen ebenfalls nach ben Gebrauchen biefer Religionsgenoffenschaft. Die Bornahme von solchen ift aber allen Religionsgenoffenschaften ausnahmelos vorgeichrieben †). Im Falle, bag eine Cinfprace gegen ben Eheabichluß erhoben wird, steht beren Prufung, fur welche ein bem tanonischen nachgebilbetes Berfahren vorgesehen ift, ben weltlichen Gerichten, unter Mitwirkung ber Staatsanwaltschaft, zu. Die von dem Beiftlichen, welcher die Trauung vorgenommen hat, auszustellende Deirathe : urfunbe foll folgende Angaben enthalten: 1º bie Namen, bas Alter, ben Bohnsty und ben Aufenthaltsort ber Getrauten; 20 beren Beruf; 30 bie Namen bes Baters und ber Mutter, nebst Bezeichnung bes Baterichafterefp. Mutterschaftsverhaltniffes ale eines ebelichen ober unehelichen; 4° bas Jahr, ben Do= nat, ben Tag und bie Stunde, sowie ben Ort ber Trauung; 5° bie Bescheinigung, baß Che-hinberniffe nicht gur Renntniß bes Beiftlichen gefommen, ober baß folche burch bas zuftanbige Gericht ober mittelft einer Dispensation ++) ge-hoben worden find; 60 bie Namen ber bei ber Trauung anwesenden Beugen ober wenigstens von zwei dieser Beugen. Die Beiratheurtunde wird verbo ad verbum in das staatliche Bei= ratheregister eingetragen, und es bilbet sobann ber Auszug aus biefem Beiratheregister — abgesehen von einzelnen Ausnahmsfallen — bas einzige vor Gericht zugelaffene Beweismittel über ben gesetlichen Abichluß ber Che.

Ueber bie materiellen Cheerforberniffe für bie Richtfatholifen hat nach bem vorermannten Befege bas fanonische Recht zu bestimmen, welches jeboch nur infofern Unwenbung finden foll, ale das religiofe Betenntniß ber Cheschließenben hiezu einen gemiffen Rudhalt bietet. Im Einzelfalle entscheibet bas freie richterliche Ermeffen. Im Allgemeinen barf nun angenommen werben, baß bezuglich ber Dange I im Confense ber Rupturienten, bes Bor= handenfeins ber Chemunbigfeit, bes

foliegungen fteht in ber hauptftadt ber Regierung und in ben Provingen bem Brafibenten gu.

^{†)} Die Richtvornahme von Bertinbungen hat zwar teineswegs die Richtigfeit ber Che zur Folge, wohl aber ift dem betreffenden Geiftlichen eine Gefangnigftrafe bon 2 Monaten bis zu einem Jahre angebrobt.

††) Die Ertheilung ber Dispenfation von einem Chehinberniffe bei nichtfatholifden Che-

Chehinderniffes ber 3 mpoteng und ber Cheverbote wegen [Bluts: ober Aboptiv- | Ber= wandticaft ober Schmagerichaft [incl. Quafifchwagerichaft], fowie berjenigen wegen Chebruches, Battenmorbes ober Entführung es schlechthin bei ben fanonischen Rechtsnormen sein Bewenden haben muß; denn diefen Ginschrankungen bes Rechtes jur Chefchließung geht gemiffermaßen ber specififch confessionelle Charafter ab. Dagegen werden die auf rein firchlichen Lehrfagen beruhenden Chehinderniffe bes Reufchheits = gelübbes, ber Briefterweihe und ber geiftlichen Bermanbtichaft in Betreff ber Angehörigen folder Religionsgenoffenfchaften, welche ihre Seelforger nicht jum Golibate zwingen, aus der Taufe keinerlei Berwandtichaftsverhaltnig entstehen laffen, die Firmung nicht fennen u. f. w. faum aufrecht ju halten fein. Bu bemerten ift aber hiebei, bag das Chehinderniß der höhern Weihen resp. des feierlichen Reuschheitsgelübbes bei folchen fa= tholischen Brieftern, welche fich von ber katholischen Kirche losgesagt haben, beffenungeachtet fortwirft. Bas bas Chehinberniß ber Religion & verfchieben heit an-belangt, fo foll es ichon beshalb befeitigt fein, weil ber Grund, auf welchem basfelbe beruht, baß namlich ein Abfall von ber "alleinseligmachenben" Rirche für ben gläubigen Theil zu befürchten mare, bei Richtfatholiten nicht vorhanden ift.

Besondere Schwierigkeiten bot die Frage, inwiefern bie Bebunbenheit aus einer frubern Che einer weitern Cheschliegung im Bege fteht. Bur lofung berfelben bienen nun folgende Rormen, welche ein durch faiferlichen Ent= icheib vom 23. Juni 1873 mit der Kraft eines De= fretes versehenes Staatsraths-Butachten enthalt : 1º bie nach tatholischem Ritus ges trauten Berfonen, falls burch eine gultige und consumirte Che unausloslich gebunden, tonnen felbft bann, wenn fie ber tatholifchen Rirche abtrunnig geworden find ober auch ur-fprunglich Afatholifen waren, bei Lebzeiten ihres allfällig gerichtlich von ihnen getrennten Mitgatten, eine neue Che nicht schließen; 20 bie zwischen Richtstatholiten geschloffene Che wird burch ben Uebertritt beiber Chegatten ober auch nur eines derfelben zur fatholischen Rirche nicht aufgelößt, und es foll bie bor einer gefenmäßigen Auflofung ber frühern Che eingegangene weitere Che als Bigamie geahndet werden. Auch foll über diejenigen fatholischen Priefter, welche bei Cheschließungen dieser Art mitgewirft hatten, eine Strafe verhängt werben. Lettere Berfügung ift hauptfächlich beshalb von Wichtigkeit, weil bas in Brafilien staatlich recipirte Eherecht ber katholischen Kirche ben Sat aufstellt, baß bie nicht vor bem zuständigen "katholischen" Pfarrer abgeschlossen Ehe null und nichtig ift.

Nach einer von hervorragender Autorität vertretenen Ansicht raumt übrigens das brafilianische Gesetz stillschweigend den dürgerlichen Gerichten, vor welche es die streitigen Chesachen der Nichtstatholiken verweist*), die Befugniß ein, auf Eche id ung der Che dem Bande nach zu erkennen, wosern diesenige Glaubenslehre, zu welcher die Chegatten sich bekennen, die Chescheidung überhaupt zuläst und im betreffenden Falle die nach dieser Lehre zur Ausschlung des Chebandes hinreichenden Gründe vorhanden sind.

ΙV

Ueber bas Erforberniß einer Einwilligung Dritter zur Cheschließung enthält bas brafilianische Civilgeset nachstehenbe Bestimmungen, welche indessen blos auf bie Inlander und nicht auf bie Auslander Anwendung sinden follen:

1º haustinder bedürfen zur Chefchließung, ber Sohn zeitlebens, die Lochter fo lange fie das einundzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet hat, der Einwilligung ihrer Eltern, refp. Bormünder oder Ruratoren.

Der Mangel ber elterlichen Einwilligung tann, nach freier Entscheidung ber Eltern, bie Enterbung jur Folge haben. Ueberdieß verlieren bie Rinder, bei Mißachtung vorstehender Gesegesvorschrift, jeden Anspruch auf Alimentation.

2° Für minberjährige — b. h. noch nicht volle einundzwanzig Jahre alte — vaterlofe Kinder wird die Zustimmung der Ge= richtsbehörde zur Cheschließung erfordert.

Wurde die Che ohne diese Zustimmung abgeschlossen, so soll dem vaterlosen Kinde, für
die Dauer seiner Mindersährigkeit, der Besits
und die Berwaltung seiner Güter nicht überlassen werden. Die Einwilligung der Mutter,
gleichviel sei diese wiederverheirathet oder Wittue
geblieben, schützt vor der angedrohten Maßregel
selbst dann nicht, wenn der Mutter die Bormundschaft über die Kinder übertragen ist.

3° Militarper son en haben zu ihrer Berehelichung bie bienftliche Erlaubniß eines Borgesetten (vom Bataillons fom manbanten incl. aufwärts) nachzusuchen.

Quelle. Der im Journal du Droit international prive (Vol. VIII p. 324 ss.) ericienene Auffat bes Dr. Souza Bandeira Filho, Direttor im brafiliantichen Justizministerium und Brofeffor bes Raturrechts an ber Rormalicule ju Rio be Janeiro.

^{*)} Bezüglich ber nach tatholischem Ritus getrauten Ehen findet ausschliehlich eine geiftliche Gerichtsbarteit mit bürgerlicher Wirfung ftatt.

Berichtigungen und Ergänzungen:

Bu "Bapern"			•	•						•				•	E eite	79	
— "Belgien"		•								•		٠.			•	153	f.
— "Brafilien" .								•			•	•			•	237	ff.
— "Dänemart" .	•				•	•		•						•	•	XXI	V
— "Deutsches Reich"	•										. 6	Seite	69	ff., 139	Ħ. u.	154	Ħ-
— "Frankreich" .									•	•		•		Seite v	₩. u.	231	f.
— "Großbritannien"														6	eite 22((N)	B.)
— "Ranonisches Recht"	•							•	•					•	Seite	176	
— "Bortugal" .		•	•				•							•		86	f.
— "Rußland" .	•		•			•				•				•	•	87	
— "Schweden" .			•		•									•	•	170	ff.
— "Shweiz"	•			•	•	•	•	•				Sei	te :	XXIV,	176 u.	229	Ħ.
— "Spanien" . .	•		•		•						•				Seite	87	

Drnkfehler:

Seite XX Beile 7 von unten lies Berfonalftatut ftatt Personalftatus.

- " 148 " 21 " " (Reuß j. L., § 19 litt. b) lies ausländische Mannsperson ftatt inländische Mannsperson.
- " 153 " 13 " oben (rechts) lies Personalftatut ftatt Personalftatus.
- , 176 , 13 , unten lies "Zu Rote 5 auf S. 126" fatt "Zu Rote 5 auf S. 128".



. • . . • •

.

. · • . .

.



HARVARD LAW LIBRARY

FROM THE LIBRARY

OF

RAMON DE DALMAU Y DE OLIVART
MARQUÉS DE OLIVART

RECEIVED DECEMBER 31, 1911

•